

Theodor Heuss
Bürger der Weimarer Republik

Theodor Heuss
Stuttgarter Ausgabe
Briefe

Herausgegeben von der
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Wissenschaftliche Leitung
Ernst Wolfgang Becker

Editionsbeirat
Wolfgang Hardtwig, Hans Peter Mensing,
Angelika Schaser, Andreas Wirsching

Theodor Heuss
Bürger der Weimarer Republik

Briefe 1918–1933

Herausgegeben und bearbeitet von
Michael Dormann

K · G · Saur München

Träger des Editionsprojekts:
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart
www.stiftung-heuss-haus.de

Der Band wurde gefördert von:
Robert Bosch Stiftung
LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg
Würth-Gruppe
Daimler AG
Wüstenrot Stiftung
Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG
Landesbank Baden-Württemberg
Ralf Lord Dahrendorf

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlag:

Foto: Theodor Heuss um 1925; Landesmedienzentrum Baden-Württemberg.

Brief: Theodor Heuss an Friedrich Ebert, 25. 12. 1924, in: BArch, R 601, 30, abgedruckt auf S. 238f.



Gedruckt auf säurefreiem Papier

© 2008 by K. G. Saur Verlag, München

Ein Imprint der Walter de Gruyter GmbH & Co. KG

Alle Rechte vorbehalten

Jede Art der Vervielfältigung ohne Erlaubnis des Verlags ist unzulässig

Satz: Dr. Rainer Ostermann, München

Druck & Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Printed in Germany

ISBN 978-3-598-25120-7 (Gesamtedition)

ISBN 978-3-598-25121-4 (Briefe)

ISBN 978-3-598-25122-1 (Briefe 1918–1933)

Inhalt

Vorwort des Editionsbeirates	7
Theodor Heuss: Lebensstationen	11
Michael Dormann	
Einführung: Theodor Heuss als Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933	15
Zur Edition	51
Verzeichnis der Briefe	57
Briefe	83
Anhang	541
Bildnachweis	543
Abkürzungen	544
Quellen und Literatur	546
Biographisches Personenregister	565
Sachregister	611

Vorwort des Editionsbeirates

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist die einer stabilen Demokratie. An ihrem Anfang standen 1945 Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Elisabeth Selbert, Helene Weber und andere Männer und Frauen, die nach den Katastrophen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges einen demokratischen Neuanfang wagten – freilich unter den engen Rahmenbedingungen, welche die Besatzungsmächte nach der Befreiung vorgaben. Ohne den Rückgriff auf demokratische Traditionen, wie sie in der deutschen Geschichte in Personen wie Heuss greifbar sind, hätte die Demokratie in Deutschland vermutlich nicht so nachhaltig Fuß fassen können.

Mit der Werkausgabe „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“ wird eine moderne Edition vorgelegt, die wichtige Zeugnisse zur deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereithält. Sie lädt dazu ein, die seit einigen Jahren anschwellende Krisenrhetorik, die Systemschwächen der Bundesrepublik diagnostiziert, mit der Bilanz einer letztendlich erfolgreichen Gründungsgeschichte zu kontrastieren.

Im einzelnen sprechen mehrere Gründe für die Herausgabe der Werke von Theodor Heuss. Zum einen erhielt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus vom Deutschen Bundestag den gesetzlichen Auftrag, „das Andenken an das Wirken des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, für Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für Europa, für Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der jüngeren Geschichte sowie der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten“ und den Nachlass „für die Interessen der Allgemeinheit in Wissenschaft, Bildung und Politik auszuwerten.“ Dazu dient auch die „Veröffentlichung von Archivbeständen“ (Errichtungsgesetz der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus vom 27. Mai 1994).

Hinter diesem Auftrag klingt zum anderen als ein weiterer wesentlicher Beweggrund für eine Theodor-Heuss-Edition die historische und politische Bedeutung von Heuss an. Als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland hat er das Amt des Bundespräsidenten durch sein stilsicheres, umsichtiges und souveränes, intellektuell anspruchsvolles Auftreten nachhaltig geprägt. Während der schwierigen Formationsphase der 1949 neu begründeten, noch ungesicherten Demokratie bewies er in dieser Funktion eine bemerkenswerte innen- und außenpolitische Sensibilität. Darüber hinaus steht Theodor Heuss für die liberale Tradition deutscher Demokratiegeschichte im 20. Jahrhundert, die er als Politiker, als außerordentlich produktiver Publizist, als engagierter Hochschullehrer und ehrenamtlicher Verbandsfunktionär mitgeprägt hat. Diese Erfahrungen, die Heuss während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesammelt hatte, bildeten in der

posttotalitären Situation nach 1945 ein entscheidendes politisches Kapital, das der Wiedererrichtung einer demokratischen Republik auf deutschem Boden zu dauerhaftem Erfolg verholfen hat.

Ein dritter Grund für die neue Editionsreihe liegt in dem glücklichen Umstand, dass sich das vielfältige Wirken von Theodor Heuss in einer ungewöhnlich umfangreichen Überlieferung von hohem historischen und literarischen Wert niedergeschlagen und erhalten hat. Sein Nachlass, die Präsidentenakten aus seiner Amtszeit 1949–1959 sowie die vielschichtigen Parallelbestände weisen ihn als einen *Homme de Lettres* aus, der intellektuelle Reflexion und Übernahme von politischer Verantwortung in Einklang zu bringen vermochte. Seine zahlreichen Reden, Briefe und Schriften zu einer Vielzahl zeitgeschichtlicher Schlüsselthemen dokumentieren, in welchem ungewöhnlichen Ausmaß er über die politischen und kulturellen Instrumente des Bildungsbürgers verfügte.

Schließlich soll die „Stuttgarter Ausgabe“ weitere wissenschaftliche Untersuchungen zum Leben und Werk von Theodor Heuss und zum Amt des Bundespräsidenten anregen. Trotz einiger Teilstudien sind die Forschungen zu Heuss noch immer lückenhaft. Zahlreiche biographische Aspekte sind aufzuarbeiten und problemorientiert in den zeitgeschichtlichen Kontext einzubetten. Vor allem kann die Edition Impulse geben für eine längst überfällige, anspruchsvolle Biographie über Theodor Heuss, die wissenschaftlichen Standards genügt.

Die „Stuttgarter Ausgabe“ gliedert sich nach Gattungen in vier Reihen: Briefe, Reden, Gespräche, Schriften. Diese Kommunikationsformen handhabte Heuss gekonnt. In ihnen kommt die ganze Bandbreite seiner Biographie wie auch seiner zahlreichen Tätigkeiten und Funktionen zum Ausdruck: So begegnet uns nicht allein der „öffentliche“ oder „offizielle“ Heuss, sondern auch der zurückgezogen arbeitende Schriftsteller und Künstler, der Freund, Ehemann und Vater. Die Edition macht historische Prozesse und Entscheidungen über einen biographischen Einstieg zugänglich und besser verständlich. Sie wendet sich nicht nur an die Wissenschaft, sondern auch an die interessierte Öffentlichkeit. Dies vor Augen, liegt der Edition das Konzept einer leserfreundlichen, aber auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Studienausgabe zugrunde. Dass es sich dabei angesichts der Überfülle des überlieferten Materials nur um eine Auswahl-edition handeln kann, liegt auf der Hand.

Die „Stuttgarter Ausgabe“ beginnt mit der Reihe der Briefe, die – chronologisch angeordnet – in acht Bänden veröffentlicht werden. Die noch weitgehend unbekannt Korrespondenz von Theodor Heuss gibt einen außergewöhnlichen Einblick auch in jene Aspekte seiner Biographie, die er der öffentlichen Rede oder Publizistik nicht anvertraut hat. Vor allem die Briefe an Familienangehörige, Freunde, Bekannte und Personen der Zeitgeschichte, nicht zuletzt aber auch die Kontakte zu „kleinen Leuten“ machen den Facettenreichtum seiner Persönlichkeit und seines Wirkens deutlich. Der weitverzweigte, die Jahre 1892–1963 um-

fassende Schriftverkehr zeigt darüber hinaus, wie Heuss auch über das traditionelle liberale und demokratische Lager hinaus als Kommunikator wirkte und dazu beitrug, dass ein von antitotalitären Überzeugungen getragenes Beziehungsnetz das „Dritte Reich“ überdauern konnte. Es werden – mit Ausnahme des Briefbandes, der Eingaben aus der Bevölkerung und die Reaktionen des Bundespräsidenten darauf aufnimmt – ausschließlich Schreiben von Heuss abgedruckt, die Gegenkorrespondenz aber im Kommentar berücksichtigt.

Nachdem im Herbst 2007 der Auftaktband der „Stuttgarter Ausgabe“ unter dem Titel „Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949“ erschienen ist, freuen wir uns, nur ein Jahr später den nächsten Band vorlegen können. Die Briefe aus den Jahren 1918–1933 machen einen besonders sensiblen Abschnitt deutscher Zeitgeschichte deutlich. Als „Bürger der Weimarer Republik“ setzte sich Theodor Heuss partei-, kultur- und bildungspolitisch intensiv für die Demokratie der Weimarer Republik ein. Die Einleitung beleuchtet die thematischen Schwerpunkte, die sich in den Briefen aus diesen „Krisenjahren der klassischen Moderne“ (Detlef Peukert) widerspiegeln, und ordnet sie in den historischen Zusammenhang ein.

Ohne die Unterstützung zahlreicher Archive, Bibliotheken und anderer Einrichtungen sowie vieler Privatpersonen hätte dieses Projekt nicht so umfassend und sorgfältig durchgeführt werden können. Wir danken an dieser Stelle vor allem der Schwiegertochter von Theodor Heuss, Ursula Heuss-Wolff, und dem Enkel, Dr. Ludwig Theodor Heuss, die der Edition das umfangreiche Familienarchiv mit der Privatkorrespondenz von Heuss großzügig und vertrauensvoll zur Verfügung stellten und das Projekt in jeder Hinsicht unterstützten. Unser Dank gilt gleichfalls der Robert Bosch Stiftung, der Landesstiftung Baden-Württemberg, der Würth-Gruppe, der Daimler AG, der Wüstenrot-Stiftung, der Porsche AG, der Landesbank Baden-Württemberg sowie Ralf Lord Dahrendorf. Sie haben den vorliegenden Band mit erheblichen Mitteln gefördert. Und schließlich danken wir dem Herausgeber des Bandes, Dr. Michael Dorrman, und dem wissenschaftlichen Leiter der „Stuttgarter Ausgabe“, Dr. Ernst Wolfgang Becker, für ihren wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses Werkes und für die gute Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Dr. Hans Peter Mensing,
Prof. Dr. Angelika Schaser, Prof. Dr. Andreas Wirsching

Theodor Heuss: Lebensstationen

(unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1918–1933)

- 1884 31. 1. Geburt von Theodor Heuss in Brackenheim/Württemberg
- 1890 Umzug nach Heilbronn
- 1892 Eintritt in das humanistische Karls gymnasium
- 1902 Abitur
Erste Begegnung mit Friedrich Naumann
Beginn des Studiums der Neuphilologie und Nationalökonomie an der Universität München
- 1905 Abschluss des Studiums der Nationalökonomie mit einer Dissertation zum Thema „Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N.“ (Publikation 1906)
Redakteur der Wochenzeitschrift „Die Hilfe“ in Berlin (bis 1912)
Erste Begegnung mit Elly Knapp
- 1907 Erfolgreicher Reichstagswahlkampf für Friedrich Naumann in Heilbronn
- 1908 11. 4. Hochzeit mit Elly Knapp (Pfarrer: Albert Schweitzer)
- 1910 5. 8. Geburt des Sohnes Ernst Ludwig
- 1912 Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn (bis 1917)
Erfolgreiche Kandidatur für den württembergischen Landtag
- 1913 Schriftleiter der Kulturzeitschrift „März“ (bis 1917)
- 1918 Veröffentlichung von „Die Bundesstaaten und das Reich“ und „Das Haus der Freundschaft in Konstantinopel“
Mitarbeit in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes in Berlin (hauptamtlich bis 1921)
Schriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Politik“ (bis 1922)
Januar: Umzug nach Berlin
April: Nachzug der Familie und Einzug in die Fregestraße 80 in Berlin-Friedenau
Juni: zweiwöchige Reise nach Wien
November: Revolution in Berlin. Beginn der politischen Arbeit für die Deutsche Demokratische Partei (DDP)
- 1919 Veröffentlichung von „Zwischen Gestern und Morgen“ und „Deutschlands Zukunft“
19. 1. Erfolgreiche Kandidatur für die Verfassunggebende Nationalversammlung
Februar: Reise nach Wien

23. 2. Wahl zum Mitglied der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung, seit 1920 der Schöneberger Bezirksversammlung
24. 8. Tod Friedrich Naumanns
- 1920 Veröffentlichung von „Die neue Demokratie“ und „Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation“
Studienleiter (bis 1925) und Dozent (bis 1933) an der Deutschen Hochschule für Politik
Wahl zum 2. Vorsitzenden des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller
6. 6. Erfolglose Kandidatur bei den Wahlen zum 1. Reichstag
Oktober: Gründung der Deutschen Hochschule für Politik
- 1921 Beginn der Arbeiten an der Biographie über Friedrich Naumann
- 1922 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“ (bis 1925)
Sommer: Reise nach Tirol
- 1923 Sommer: Dozent bei den Schulungswochen der Reichszentrale für Heimatdienst
- 1924 Wahl zum Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes
4. 5. Wahl in den 2. Reichstag für die DDP
7. 12. Wahl in den 3. Reichstag für die DDP
- 1925 5. 4. Wahl zum 1. Vorsitzenden des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (Rücktritt 1926)
August/September: Reise nach Wien zu einer Anschlusskundgebung des Deutsch-Österreichischen Volksbundes, anschließend Weiterfahrt nach Salzburg, Prag und Gablonz
- 1926 Veröffentlichung von „Staat und Volk“
23. 1. Wahl zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Auslandsdeutschen
- 1927 Veröffentlichung von „Führer aus deutscher Not. Fünf politische Porträts“ und „Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte“
- 1928 20. 5. Erfolglose Kandidatur bei den Wahlen zum 4. Reichstag
September: Teilnahme an der Balkanfahrt des Bundes der Auslandsdeutschen
- 1929 Veröffentlichung von „Deutsche Einheit. Deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag, 11. August 1929“
Arbeit für die Historische Reichskommission
2. 3. Gedenkrede zum 100. Geburtstag von Carl Schurz in der Frankfurter Paulskirche
Oktober: Wahl zum Vorstandsmitglied der DDP
17. 11. Wahl in die Berliner Stadtverordnetenversammlung für die DDP
- 1930 Juli: Umzug in die Kamillenstraße 3 in Berlin-Lichterfelde-West
14. 9. Wahl in den 5. Reichstag für die DStP

17. 9. Wahl zum Geschäftsführer der DStP-Fraktion
Ende September: Reise an den Gardasee
- 1931 Veröffentlichung von „Robert Bosch“
4.–8. 4. Teilnahme am Kongress der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires in Athen
Ende September: Reise nach Warschau und Krakau, Teilnahme an einem Treffen von „Les Amitiés internationales“
- 1932 Veröffentlichung von „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“
28. 5. Gedenkrede zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes
31. 7. Wahl in den 6. Reichstag für die DStP
6. 11. Erfolglose Kandidatur bei den Wahlen zum 7. Reichstag
- 1933 1. 1. Herausgeber der „Hilfe“
5. 3. Wahl in den 8. Reichstag für die DStP
23. 3. Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“
3. 5. Aberkennung der Dozentur an der Deutschen Hochschule für Politik
10. 5. Verbrennung zweier Bücher von Theodor Heuss
12. 7. Aberkennung des Reichstagsmandats
29. 9. Rücktritt vom Vorstand des Deutschen Werkbundes
- 1936 Rücktritt von der Herausgeberschaft der „Hilfe“
- 1937 Veröffentlichung der Biographie über Friedrich Naumann
- 1939 Veröffentlichung der Biographie über den Architekten Hans Poelzig
- 1940 Veröffentlichung der Biographie über den Zoologen Anton Dohrn
- 1942 Veröffentlichung der Biographie über den Chemiker Justus von Liebig
Beginn der Arbeit an der Biographie über den Unternehmer Robert Bosch (Veröffentlichung 1946)
- 1943 August–Oktober: Flucht aus Berlin über Heilbronn und den Boschhof (Oberbayern) nach Heidelberg
Dezember: Treffen mit Carl Goerdeler
- 1945 5. 9. Verleihung der Lizenz für die Herausgabe der „Rhein-Neckar-Zeitung“ in Heidelberg (bis Ende 1949)
24. 9. Vereidigung zum Kultusminister von Württemberg-Baden
Ende September: Umzug nach Stuttgart
- 1946 6. 1. Wahl in den Vorstand der Demokratischen Volkspartei (DVP) von Württemberg-Baden
30. 6. Wahl in die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg-Baden
29. 9. Wahl zum Vorsitzenden der DVP in der amerikanischen Zone
24. 11. Wahl in den 1. Landtag von Württemberg-Baden

- 1947 17. 3. Wahl zum Mitvorsitzenden (gemeinsam mit Wilhelm Külz) der gesamtdeutschen liberalen Demokratischen Partei Deutschlands (DPD)
- 1948 12. 1. Ernennung zum Honorarprofessor für politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Stuttgart
18. 1. Scheitern der DPD
1. 9. Beginn der Tätigkeit als Abgeordneter im Parlamentarischen Rat (bis 23. 5. 1949)
12. 12. Wahl zum Vorsitzenden der westzonalen FDP
- 1949 14. 8. Wahl in den ersten Deutschen Bundestag
12. 9. Wahl zum ersten Bundespräsidenten
- 1950 Vergebliche Bemühungen um die Einführung einer neuen Nationalhymne (bis 1951)
- 1951 Stiftung des Bundesverdienstkreuzes
- 1952 Verfassungsstreit über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft
19. 7. Tod von Elly Heuss-Knapp
- 1953 Veröffentlichung der Jugenderinnerungen „Vorspiele des Lebens“
- 1954 17. 7. Wiederwahl zum Bundespräsidenten in Berlin
8.–14. 11. Erster offizieller Staatsbesuch eines ausländischen Staatsoberhauptes in der Bundesrepublik durch den äthiopischen Kaiser Haile Selassie I.
- 1956 14.–22. 5. Staatsbesuch in Griechenland
- 1957 5.–13. 5. Staatsbesuch in der Türkei
19.–28. 11. Staatsbesuch in Italien
- 1958 28.5.–4. 6. Staatsbesuch in Kanada
4.–23. 6. Staatsbesuch in den USA
20.–23. 10. Staatsbesuch in Großbritannien
- 1959 Auseinandersetzungen um die dritte Amtszeit und die Nachfolge des Bundespräsidenten
12. 9. Ende der zweiten Amtszeit
- 1960 Reisen nach Frankreich, Israel und Indien
- 1963 Veröffentlichung der „Erinnerungen 1905–1933“
12. 12. Tod von Theodor Heuss in seinem Haus in Stuttgart

Michael Dormann

Einführung:
Theodor Heuss als Bürger der Weimarer Republik.
Briefe 1918–1933

„Eine tapfere bürgerliche Gesinnung“ sei für Deutschland jetzt und in der kommenden Zeit dringend nötig, ließ Theodor Heuss einen seiner Brieffpartner nach dem erdrutschartigen Sieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 wissen.¹ In der Tat: Die NS-Bewegung schien im Sommer 1932 mit ihren Wahlerfolgen, ihrer Propaganda und ihrem ganzen Habitus der bürgerlichen Welt und den bürgerlichen Parteien erfolgreich den Kampf angesagt zu haben. Die Verhöhnung des Rechtssystems, die Gewaltorgien der SA, die Verunglimpfung des Bürgertums als Synonym für Feigheit, Saturiertheit und Profitgier und die abschätzigste Zusammenfassung der republikanischen politischen Kräfte als zum Untergang verurteilte „Systemparteien“ sprachen eine deutliche Sprache.²

Aus dieser Abwehrstellung heraus lässt sich in den letzten Monaten des Jahres 1932 eine Vielzahl von Äußerungen finden, in denen Heuss dazu aufruft, sowohl die demokratische Staatsform als auch die bürgerlichen Werte und Freiheiten zu verteidigen.³ Etwa, wenn er am 5. November 1932, dem Vorabend der nächsten Reichstagswahlen, in einem Artikel für die „Vossische Zeitung“ zum „männlichen Einsatz“ derer auffordert, „denen das Wort ‚bürgerliche Freiheit‘ nicht zu einer verwehten Sentimentalität geworden ist oder einen Irrtum der Geschichte bedeutet hat oder im Anmarsch einer kollektivistisch-sozialistischen Gefühls- und Gedankenwelt ‚überwunden‘ wurde.“⁴

Was bedeutete es aber, bürgerlich gesinnt oder auch Bürger der Weimarer Republik zu sein und inwiefern definierte sich Heuss selbst als Bürger? Angesprochen sind mit dieser Frage die unterschiedlichen Dimensionen des Begriffs „Bürger“, die einander überschneiden und zum Teil gegenseitig bedingen: der Bürger als Angehöriger einer sozialer Formation, als Staatsbürger und als Träger bürgerlicher Kultur und Lebensweise.⁵

¹ Nr. 212.

² Vgl. G. PAUL, *Aufstand*; P. LONGERICH, *Bataillone*. – Dass Hitler bzw. die NSDAP sich jenseits der Propaganda selbst als sozialrevolutionäre Kräfte verstanden und entsprechend handelten, wird dagegen von der Forschung überwiegend verneint; vgl. I. KERSHAW, *NS-Staat*, S. 234–266.

³ Belege bei J. C. HESS, *Theodor Heuss*, S. 196f; vgl. auch DERS., *Lage*, S. 65–70.

⁴ THEODOR HEUSS: *Ein letztes Wort*, in: *VZ*, Nr. 532, 5. 11. 1932; Wiederabdruck in: M. EKSTEINS, *Theodor Heuss*, S. 180–183.

⁵ Zur Differenzierung des Begriffs vgl. J. KOCKA, *Bürgertum*; zu Heuss als Vertreter des Bürgertums vgl. TH. HERTFELDER, *Bürger*.

Mit seiner sozialen Herkunft, seiner humanistischen Schulbildung und seinem anschließenden Studium schlug Heuss „in geradezu prototypischer Weise eine bildungsbürgerliche Karriere“ ein.⁶ Die Heirat mit der Professorentochter Elly Knapp, ein „standesgemäßer“ Haushalt, die Berufswahl als Journalist und ein sich entwickelndes engmaschiges Freundschaftsgeflecht mit anderen Bildungsbürgern komplettieren dieses Bild.

Neben diesen Binnenkriterien war für das Bürgertum in Deutschland die Frontstellung zu anderen sozialen Gruppen konstitutiv, es lebte insbesondere von der Abgrenzung „nach unten“ zur Arbeiterschaft. Heuss hingegen war durch seine politische Initiation im Naumann-Kreis schon im Kaiserreich sensibilisiert für die „soziale Frage“ und die fehlende Integration der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft. Die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP), zu deren Mitgliedern er von Beginn an gehörte, suchte bewusst den Brückenschlag zur Sozialdemokratie und verwirklichte in den Anfangsjahren der Republik ein politisches Bündnis mit der SPD, das in Preußen noch bis 1932 Bestand hatte.

War das politische Programm, dem sich Heuss verschrieb, also „nach unten“ durchlässig, so beschränkte er sich in seinen privaten Kontakten doch weitgehend auf seinesgleichen. Tatsächlich bildet der Heuss'sche Briefwechsel im Wesentlichen ein Gespräch mit anderen Bildungsbürgern ab, zu dem vereinzelt Wirtschaftsbürger einen Redebeitrag geben. Auch ein gewisses Standesbewusstsein lässt sich erkennen, etwa wenn Heuss seinem Sohn nach dessen Besuch einer Reichsbannerveranstaltung vorhält, „das sei unter seinem Niveau“.⁷ Sein Vertrauen in die politische Urteilsfähigkeit der Arbeiterklasse war zudem gering. Die Republik sei, so Heuss in einem Brief aus dem Jahre 1925, am sichersten „in der Hand und Gesinnung der selbständigen mittleren Leute. Das Proletariat allein trägt den Staat nicht, und die Geschichte lehrt allzuoft, daß die Entwurzelten ein Raub von Schlagworten oder Diktatoren werden.“⁸

Hier klingt an, wie soziale und politische Konstellationen in den Begriff der bürgerlichen Partei zusammengedacht werden. So gilt die ergiebigste Frage, für die die Briefe reiches Anschauungsmaterial bieten, dem politischen Akteur und Staatsbürger Heuss.

Die Weimarer Republik füllte den Begriff des Staatsbürgers, der zweiten Dimension des „Bürgers“, mit neuem Inhalt. Nicht mehr Staatszugehörigkeit wie im Kaiserreich, sondern das Fundament der Staatsgewalt durch die Verwirklichung des Prinzips der Volkssouveränität war jetzt gemeint. Der Staatsbürger sollte

⁶ DERS., Kapital, S. 94.

⁷ Nr. 225. Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold wurde zwar gemeinsam von der SPD, der DDP und dem Zentrum als politischer Kampfverband zur Verteidigung der Republik gegründet, in der Praxis überwog aber der Anteil der Arbeiterschaft deutlich; vgl. K. ROHE, Reichsbanner.

⁸ Nr. 90.

selbstständig, eigenverantwortlich und kompetent im politischen Raum Stellung beziehen und Verantwortung übernehmen. Der Bildungsbürger Heuss war schon vor der Weimarer Republik ein politischer Bürger, der auf ein politisches Mandat drang und Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen wollte, aber erst nach 1918 rückt dieser Aspekt seiner Lebenswirklichkeit von der Peripherie in das Zentrum. Sein politisches Engagement verbindet sich dabei im Wesentlichen mit der DDP bzw. nach 1930 mit der Deutschen Staatspartei (DStP), in die sich die DDP 1930 umformiert hatte, und die Heuss als bürgerlich im soziologischen und demokratisch im politischen Sinn definiert. Noch 1932, wenn er von den Trümmern seiner Partei spricht, bezeichnet er sie nicht als liberale oder linksliberale Partei, sondern als die „bürgerliche Demokratie“.⁹ Vorstellungen, das Bürgertum durch die Frontstellung zur Arbeiterbewegung als im Kern antisozialistisch zu definieren und alle bürgerlichen Parteien zu einem „Bürgerblock“ zusammenzuschließen, lehnte Heuss in Naumann'scher Tradition bis zum Ende der Weimarer Republik ab.

Engagierter Bürger der Weimarer Republik war Heuss aber auch in seiner Eigenschaft als Journalist und Redakteur, der politische Ereignisse kommentierte und analysierte, und insbesondere als Vermittler staatsbürgerlicher Bildung. Da mit der Durchsetzung des Prinzips der Volkssouveränität in der Weimarer Reichsverfassung zugleich die Einschränkungen von Geschlecht sowie Besitz und Bildung wegfielen, die vor 1918 im ganzen Reich den Frauen das Wahlrecht versagt und in den meisten Bundesstaaten die politische Teilhabe einzelner Schichten eingeschränkt hatten, war die politische Bildung in der Weimarer Republik vor ganz neue Aufgaben gestellt. Als Studienleiter und Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik trug Heuss einen nicht unwesentlichen Teil zu ihrer Professionalisierung bei.

Bürgerlichkeit schloss schließlich einen Tugend- und Wertekanon mit ein, zu dem – grob umrissen – die Hochachtung von Arbeit und Leistung, das Beharren auf Individualität sowohl in der Lebensführung als auch in der Urteilsbildung und die Teilnahme am kulturellen Leben gehörten. All diese Bestandteile lassen sich zuhauf in der Korrespondenz von Heuss finden. Als Beispiele seien nur sein ständiger Verweis auf die von ihm geschulterte Arbeit, sein Interesse an literarischen Neuerscheinungen und sein ausgeprägter Sinn für ästhetische Fragen genannt. Einer ausgeprägt bürgerlichen Vorstellung entsprach ferner sein Vertrauen, dass über das Gemeinwohl letztlich in vernünftigem Diskurs entschieden werde, dass irgendwann „die bloße Leidenschaft, die Vernunft und Erfahrung verachtet, sich lahm laufen“ werde, wie Heuss diesen Gedanken in einer Reaktion auf die Juliwahl 1932 fasst.¹⁰ Und schließlich ist auch das Briefeschreiben selbst in sei-

⁹ THEODOR HEUSS: Ein letztes Wort, in: VZ, Nr. 532, 5. 11. 1932; Wiederabdruck in: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 180–183.

¹⁰ Vgl. Nr. 211

nem Changieren zwischen „Selbsterforschung“ und „Selbstenthüllung“¹¹ eine zutiefst bürgerliche Ausdrucksform und gelegentlich noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein später Nachklang des bürgerlichen Freundschaftskultes.

Die für diesen Band ausgewählten Briefe lassen sich – wie die gesamte Korrespondenz von Heuss¹² – ganz unterschiedlichen Empfängerkreisen zuordnen. Neben engen Freunden und Familienangehörigen finden sich Politiker ganz unterschiedlicher Couleur, Schriftsteller, Architekten, Gelehrte, Verleger und Journalisten unter den Adressaten, die damit das Nebeneinander und die Vielgestaltigkeit der Interessen eines Bürgers wie Heuss deutlich machen. Die Briefe überzeugen durch ihr hohes sprachliches und reflexives Niveau, sind gleichwohl aber präzise Stimmungsbarometer. Dabei werden sehr unterschiedliche Temperamente sichtbar: Es gibt die wohlkomponierten, dann meist handschriftlichen Briefe zu besonderen Anlässen wie etwa als Beileidsbezeugungen oder als „Bewerbungsschreiben“ für höhere politische Aufgaben. Daneben liegen eilig verfasste Berichte über den Verlauf des Tages vor, sachlich gehaltene Schreiben in fast amtlicher Diktion, ausschweifende Erörterungen politischer Problemlagen, Klagen, Bittbriefe, Reiseschilderungen und anderes mehr.

Heuss war ein pflichtbewusster Briefschreiber, der in der Regel eine Antwort nicht lange schuldig blieb. Bei der Erledigung der Korrespondenz, die dienstlichen Charakter trug, stand ihm während der Weimarer Jahre wohl immer eine Sekretärin zur Seite, für den privaten Teil gilt dies erst ab 1928. Mitunter merkt man dem Duktus einzelner Briefe an, dass dieser „in aller Eile herunterdiktirt“¹³ war und unter Umständen dadurch etwas umfänglicher als geplant ausfiel. Ein weiteres Charakteristikum der Briefe von Heuss ist ihre Unverstelltheit und Direktheit, die manchmal bis ins Grobe ging. So antwortete ihm einer seiner Korrespondenzpartner auf einen unverblühten Brief denn auch, man solle sich doch die geäußerten „Freundlichkeiten gegenseitig als Beweise der Urlaubsbedürftigkeit aufrechnen“.¹⁴

In den Briefen wird Theodor Heuss als Bürger der Weimarer Republik in all seinen Rollen und Facetten lebendig. Das Ende der DDP/DStP als einflusslose Splitterpartei im Jahre 1932 zeigt allerdings, dass der Konzeption des Bürgertums als einer der Republik verpflichteten politischen Kraft kein Erfolg beschieden war und die antirepublikanischen Affekte im Bürgertum deutlich überwogen.¹⁵ Es gehört zu den Fehlerwartungen und wohl auch Selbsttäuschungen von Heuss, dass das Bürgertum die von ihm apostrophierte „tapfere bürgerliche Gesinnung“

¹¹ Vgl. P. GAY, Macht, S. 390–416, Zitat S. 390.

¹² Zu Heuss' gesamter Korrespondenz vgl. E. W. BECKER, Haus.

¹³ Nr. 96.

¹⁴ Cohnstaedt an Heuss, 22. 7. 1929, in: BArch, N 1221, 75.

¹⁵ Vgl. klassisch H. MOMMSEN, Auflösung.

nach 1933 nur zu einem verschwindend geringen Teil aufbrachte, besser gesagt, überhaupt für angebracht hielt.

„Die Vereinigung von ästhetischen und politischen Interessen“

Der Briefband setzt mit der Rückkehr von Theodor Heuss nach Berlin im Januar 1918 ein und nimmt damit mit guten Gründen ein biographisches und nicht das historische Datum der Revolution vom November 1918 als Zäsur. In den Jahren zuvor, von 1912 bis 1917, hatte Heuss als Chefredakteur die „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn geleitet – ein Blatt, das bereits sein Vorgänger Ernst Jäckh zu einer wichtigen Stimme im Konzert der liberalen Presse ausgebaut hatte.¹⁶ Auf die Dauer bot Heilbronn Heuss jedoch zuwenig Entfaltungsmöglichkeit für seine journalistischen und politischen Ambitionen, die wohl schon zu dieser Zeit auf ein Reichstagsmandat abzielten.¹⁷ Er zeigte sich daher aufgeschlossen, als sich für ihn Mitte 1917 eine neue berufliche Perspektive in Berlin konkretisierte, dem unumstrittenen politischen Macht- und Entscheidungszentrum des Deutschen Reiches. Zudem hatte Heuss bereits von 1905 bis 1912 als enger Vertrauter seines politischen Mentors Friedrich Naumann in der Redaktion der Zeitschrift „Die Hilfe“ in Berlin gearbeitet, konnte bei seiner Rückkehr also an ein Netz von Freundschaften und Bekanntschaften anknüpfen.

In einem Rückblick auf seine ersten Monate in Berlin begründete Heuss die Entscheidung, Heilbronn zu verlassen, mit der Verlockung, hier sowohl seinen künstlerischen als auch politischen Interessen nachgehen zu können, und schlägt damit ein Motto an, das über seine ersten Berliner Jahre geheftet werden kann.

„Daß ich den heilbronner Wirkungskreis verlassen habe, hat ja manche Ansätze einer schönen und befriedigenden Arbeit <geknickt>, an die ich manchmal mit Sehnsucht zurückdenke. Aber als die Versuche, mich wegzuholen, sich häuften, habe ich mich zur Rückkehr nach Berlin entschlossen, weil meine gegenwärtige Doppelstellung am „Deutschen Werkbund“ und an der Wochenschrift „Deutsche Politik“ die Vereinigung von ästhetischen und politischen Interessen in sich enthält – an dieser Verbindung ist für meinen inneren Menschen viel gelegen, und man kann sie selten nebeneinander besitzen.“¹⁸

Die „Deutsche Politik“, der eine und umfänglichere Teil von Heuss' „Doppelstellung“, war im Januar 1916 als Zeitschrift mit weitgehend außenpolitischer Themensetzung gegründet worden. Ihre bestimmende Persönlichkeit war Paul

¹⁶ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 111–125.

¹⁷ Als Stimmungsbild vgl. das Schreiben von Dürr an Heuss, 18. 6. 1917: „Ich weiß, Sie wachsen täglich über die N. Z. hinaus. [...] Schickt Backnang Sie nicht das nächstmal – hoffentlich ist bis dahin der Krieg aus – in den Landtag und womöglich in den Reichstag, so wird Württemberg Sie nicht mehr länger festhalten können“, zit. n. ebd., S. 121f.

¹⁸ Nr. 14.

Rohrbach, der wie Jäckh und Heuss zum Naumann-Kreis gehörte und regelmäßig für den außenpolitischen Teil der „Hilfe“ schrieb. Den Anspruch der „Deutschen Politik“ als „Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“, so ihr Untertitel, füllte Rohrbach mit einem imperialistischen Programm, das kolonialpolitische Erwerbungen des Deutschen Reiches und eine Dominanz der „mitteleuropäisch-orientalischen Bundesgenossenschaft“ nach einem für Deutschland siegreichen Weltkrieg propagierte.¹⁹ Die Berufung von Heuss in die Redaktion der „Deutschen Politik“ ist als Reaktion auf die zunehmende Realitätsferne dieser außenpolitischen Zielsetzung und die immer offenkundiger zu Tage tretende mangelnde innenpolitische Kompetenz der Zeitschrift zu deuten. Der Umbau der Zeitschrift ging aber nur schleppend voran, und sie konnte sich letztlich von ihrem Gründungsprogramm nicht emanzipieren.

In den gut vier Jahren seiner Tätigkeit bei der „Deutsche Politik“ verfasste Heuss knapp hundert Beiträge, die fast ausschließlich politische Ereignisse und Entwicklungen zum Inhalt hatten.²⁰ Selbst in seinen Rezensionen war er auf historisch-politische Werke beschränkt – „ich kann hier nur Politica anfordern“ klagte er einem Heilbronner Bekannten.²¹

In seiner Korrespondenz finden jedoch die Mühen des Redaktionsalltags, wie die Gewinnung von Autoren oder die Ablehnung von Manuskripten, einen weitaus stärkeren Widerhall als seine eigenen Beiträge. Zu den prominenteren Autoren, die er für eine Mitarbeit gewinnen wollte, gehörten beispielsweise der Historiker Friedrich Meinecke, den er um einen Beitrag über die Entstehung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bat,²² oder der einflussreiche linksliberale Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann, der seine Vorstellungen über eine Reform des Auswärtigen Dienstes für die „Deutsche Politik“ skizzieren sollte.²³ Während Heuss' Werben in den beiden genannten Fällen kein Erfolg beschieden war, konnte er – quasi als Morgengabe seines Eintritts in die Redaktion – der „Deutschen Politik“ einen Vorabdruck aus einem Werk seines Schwiegervaters sichern, des bekannten Nationalökonomen Georg Friedrich Knapp.²⁴

Der andere Teil der in Berlin neu errungenen „Doppelstellung“ bestand in Heuss' Mitarbeit in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes. Der Deutsche Werkbund, dessen Gründung im Jahre 1907 Heuss nur aus der Ferne verfolgt hatte, bemühte sich um die Verbesserung der Form und Qualität von Gebrauchsgütern und verband damit das Ziel, den Weltmarkt für deutsche Produkte zu er-

¹⁹ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 63, 192–195.

²⁰ Vgl. ebd.; zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Artikel von Heuss vgl. die Analyse ebd., S. 210–222.

²¹ Nr. 5.

²² Vgl. Nr. 3.

²³ Vgl. Nr. 11.

²⁴ Vgl. Nr. 1.

obern. Als gemeinsame Plattform brachte er Künstler und Architekten auf der einen und Vertreter von Industrie, Handel und Handwerk auf der anderen Seite zusammen.²⁵ Seine Geschäftsführung befand sich seit 1912 in Berlin und stand dort unter der Leitung von Jäckh. Unter dessen Führung drang der Werkbund mit einer regen Publikationstätigkeit und zahlreichen Ausstellungen, darunter der berühmten Werkbundaussstellung in Köln 1914, verstärkt in die Öffentlichkeit.²⁶ Dementsprechend wuchs der dazu notwendige Mitarbeiterstab, und zu dessen Verstärkung begann Jäckh im Juni 1917 auch um eine Mitarbeit von Heuss zu werben. Im offiziellen Schreiben des Vorstands des Deutschen Werkbundes wurde sein Aufgabengebiet schließlich als Behandlung der „künstlerischen und literarischen Dinge im Werkbund“ näher gefasst.²⁷

Heuss' erste größere Aufgabe war die Publikation der Entwürfe zu dem geplanten, aber nicht realisierten deutsch-türkischen „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel, das sich bruchlos in die von Rohrbach und Jäckh in der „Deutschen Politik“ propagierte „mitteleuropäisch-orientalische Bundesgenossenschaft“ einfügt. Unversehens wurde Heuss mit dieser Arbeit zum „Architekturschriftsteller“ und hatte die Entwürfe so renommierter Architekten wie Richard Riemerschmid, Hans Poelzig oder Martin Elsaesser zu kommentieren.²⁸ Auch wenn er sich selbst dabei „eine irgendwie temperamentvoll ausgedrückte Stellungnahme für oder gegen einzelne der Projekte“ verbot, warb er bei den betroffenen Architekten doch recht selbstbewusst für sein Verfahren, auf „event[ue]ll[e] kritische Meinungsäußerung“ nicht zu verzichten, „denn es konnte ja nicht im Sinne der Teilnehmer selber liegen, wenn die Publikation in einer allgemeinen Farblosigkeit geschehe.“²⁹ Daneben verschrieb sich Heuss innerhalb des Werkbundes insbesondere der Förderung der Glasmalerei und regte die Gründung einer Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei an.³⁰

Seine Doppelstellung der ersten Berliner Jahre als Zeitschriftenredakteur und Funktionär einer Künstlervereinigung konnte Heuss wohl nur bewältigen, weil beide Arbeitsgebiete nicht nur einzelne inhaltliche Überschneidungsfelder hatten, wie beim „Haus der Freundschaft“, sondern auch ganz pragmatisch kaum voneinander getrennt waren. Sowohl die Redaktion der „Deutschen Politik“ als auch die Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes fanden sich unter derselben Adresse Schöneberger Ufer 36a und standen unter der Leitung von Ernst Jäckh. Dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – bereitete es Heuss anfangs einige

²⁵ Zur Geschichte des Deutschen Werkbundes vgl. insbes. J. CAMPBELL, Werkbund.

²⁶ Vgl. W. HARDTWIG, Kunst, S. 250.

²⁷ Vgl. Jäckh an Heuss, 30. 6. 1917, in: BArch, N 1221, 83; Peter Bruckmann an Heuss, 22. 10. 1917, ebd., 514.

²⁸ TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 221–223.

²⁹ Nr. 9.

³⁰ Vgl. Nr. 15; vgl. auch Nr. 41.

Mühe, sich mit seiner „angeborenen Unordentlichkeit und mit der Erledigung aus dem Handgelenk“ in die „klare Bürokratie von Jäckh“ einzufinden:

„Da läuft immer einer hin u. her, daß man Briefe liest, sein Visum macht, diktiert, unterschreibt – alles sehr klug und weise, aber auch das will gelernt sein, in einem solchen Apparat mitzulaufen, ohne daß die Dinge sich gerade an einem selber verfangen.“³¹

Der neun Jahre ältere Jäckh war es auch, der Heuss in die politischen Diskussionskreise der Reichshauptstadt einführte, die unter den Bedingungen der Pressezensur im Krieg unverzichtbar für den Informationsaustausch geworden waren. Am regelmäßigsten besuchte Heuss die von Hans Delbrück veranstalteten „Mittwochabende“, wo er unter anderem mit den Gelehrten Ernst Troeltsch, Friedrich Meinecke und Lujo Brentano, aber auch liberalen Politikern wie Bernhard Dernburg und Eugen Schiffer zusammentraf.³² Dieser auf einen Verständigungsfrieden und eine innenpolitische Reform des Kaiserreichs abzielende „Verschwörerklub“³³ galt Heuss dabei rückblickend als „eine Schule der Skepsis“.³⁴ Zu seiner Mitgliedschaft in der stärker überparteilich ausgerichteten „Deutschen Gesellschaft 1914“ kam noch sein gelegentlicher Besuch der Holtzendorff-Abende hinzu, die über Gelehrten- und Politikerkreise hinaus auch die Tore zur Reichsbürokratie und zu einflussreichen Unternehmern öffneten. Stolz ließ er seine vorerst in Heilbronn zurückgebliebene Ehefrau, die zum 1. April 1918 nach Berlin nachzog, wissen, nachdem er sein erstes „Diner mit Ministern, Staatssekretären, Admirälen u. s. f. eingenommen“ hatte: „es hat mir gut geschmeckt“.³⁵

Diese unterschiedlichen Gesprächskreise, zu denen noch die reaktivierten Kontakte zu den in Berlin ansässigen Mitgliedern des Naumann-Kreises wie Wilhelm Heile und selbstverständlich Friedrich Naumann selbst hinzuzurechnen sind,³⁶ ermöglichten es Heuss, frühzeitig an vertrauliche Informationen zu gelangen, etwa über die geplante militärische Offensive der Mittelmächte oder über die offizielle Haltung des Deutschen Reiches gegenüber dem bolschewistischen Regime in Moskau.³⁷ Innenpolitisch teilte er die Positionen des Delbrück-Kreises, die auf eine vorsichtige Parlamentarisierung des politischen Systems des Kaiserreichs abzielten.³⁸ Als deren Vorbedingung galt allgemein eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Preußen, deren absichtliche Verschleppung er sowohl der Regierung als auch den konservativen Parteien vorwarf.³⁹ Ein Gespür

³¹ Nr. 5.

³² Vgl. Nr. 1.

³³ Nr. 5.

³⁴ TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 220.

³⁵ Nr. 6.

³⁶ Vgl. Nr. 2.

³⁷ Vgl. Nr. 8, Nr. 13.

³⁸ Vgl. J. C. HESS, *Theodor Heuss*, S. 21–42.

³⁹ Vgl. Nr. 8.

dafür, dass diese inhaltende Politik die Gefahr eines politischen Umsturzes in sich barg, wie er sich schließlich in der Revolution des Winters 1918/19 Bahn brechen sollte, lässt sich bei Heuss nicht feststellen. Prekär schien ihm dagegen aufgrund der Nationalitätenfrage und der nachlassenden Bindungskraft der Dynastie der Fortbestand der österreichisch-ungarischen Monarchie. Auf einer Reise nach Wien im Sommer 1918 sammelte er hierzu zahlreiche pessimistische Stimmen.⁴⁰

Der politische Umbruch in Deutschland kam für Heuss also überraschend. Die Revolution als solche, der er einen „Mangel an schöpferischen politischen Ideen“ vorwarf und die er einige Jahre später lediglich als inneren „Zusammenbruch“ wertete, lehnte er ab.⁴¹ Ihr politisches Ergebnis, die Abschaffung der Monarchie, stellte er jedoch nicht in Frage, und nach dem 9. November setzte sich Heuss als Redner unermüdlich für die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ein. Denn dass das vordringliche Ziel jetzt in der Einberufung einer Nationalversammlung und der anschließenden Ausarbeitung einer neuen Verfassung bestand, schien ihm ebenso wie dem gesamten bürgerlichen Spektrum und auch weiten Teilen der SPD unabdingbar. Bereits wenige Tage nach dem 9. November sprach Heuss auf Massenversammlungen mit bis in die Tausende gehenden Zuhörerzahlen,⁴² während seine Ehefrau Elly Heus-Knapp mit „Hochdruck die jetzt dringliche Politisierung der Frauen“ betrieb.⁴³ An der Gründung der neuen bürgerlich-demokratischen Partei, der DDP, die bis zum Ende der Weimarer Republik seine politische Heimat werden sollte, war er nicht direkt beteiligt, darüber jedoch durch Naumann gut informiert.⁴⁴

Nicht zuletzt sah Heuss in dieser Umbruchszeit die Chance, seine politischen Ambitionen auf ein Reichstagsmandat zu verwirklichen. In drei Briefen an Conrad Haußmann, gemeinsam mit Friedrich von Payer die Führungsfigur der württembergischen Linksliberalen, meldete er vehement seinen Anspruch an, für die württembergische Partei in die Nationalversammlung entsandt zu werden.⁴⁵ Als Argumente führte er seine Jugend an – Heuss war zu diesem Zeitpunkt knapp 35 Jahre alt –, seine Kenntnis staatsrechtlicher Fragen, seine Erfahrung als Wahlkämpfer und den Zuspruch, den er aus Württemberg selbst erhalte. Konkurrierende Bewerber kanzelte er „als Bezirksgröße oder Interessenvertreter“ ab,⁴⁶ die beschlossene Kandidatenliste, die ihm den aussichtslosen sechsten Platz zuwies,

⁴⁰ Vgl. Nr. 10.

⁴¹ THEODOR HEUSS: Es bleibt beim Alten..., in: DP 3, H. 51, 20. 12. 1918, S. 1612; DERS.: Staatsbejahung, in: DN 4, H. 10, Oktober 1922, S. 840; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 60–62; M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 23–28.

⁴² Vgl. Nr. 16, Nr. 17, Nr. 18.

⁴³ Nr. 16.

⁴⁴ Vgl. Nr. 17.

⁴⁵ Vgl. Nr. 16, Nr. 18, Nr. 19.

⁴⁶ Nr. 16.

galt ihm gar als „Kapitulation vor dem berufsständischen Gedanken“ und gegenüber der intellektuellen Kapazität des Paulskirchenparlaments von 1848/49 als Blamage.⁴⁷ Dass seine Ansprüche in der Stuttgarter Parteizentrale übergegangen wurden, war eine der bittersten Erfahrungen seiner noch jungen politischen Karriere, die er gleichwohl bis zum Ende der Weimarer Republik noch mehrfach erdulden musste. Seiner Enttäuschung machte er in zum Teil rigorosen Urteilen über das alte und neue Führungspersonal der DDP Luft: Alfred Weber: „viel zu hysterisch“;⁴⁸ Theodor Wolff: „pazifistische Pointen“;⁴⁹ Friedrich von Payer: „seine große Leistung hinter sich“.⁵⁰

Trotz der von vornherein zum Scheitern verurteilten Kandidatur unternahm Heuss im Januar 1919 eine ausgedehnte und auch körperlich zehrende Wahlkampfreise durch Württemberg.⁵¹ Das einzige politische Mandat, das er in dieser Umbruchphase erringen konnte, war ein Sitz in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.⁵² Erst 1924 gelang ihm der Sprung in den Reichstag, dem er mit Unterbrechungen bis 1933 angehören sollte.

Der Redakteur, Journalist und Schriftsteller

In der politischen Karriere gebremst, kehrte Heuss vorerst in seine Doppelstellung beim Deutschen Werkbund und der „Deutschen Politik“ zurück, die er jedoch nach und nach um andere Tätigkeitsfelder erweiterte. Am gewichtigsten war seine Beteiligung an der Gründung der Deutschen Hochschule für Politik, die weiter unten eingehend geschildert wird und die ihn endgültig zu einem bildungsbürgerlichen Multifunktionär werden ließ. Aber auch im Bereich der Publizistik erschloss er sich in den folgenden Jahren zahlreiche weitere Publikationsforen und entwickelte umfangreiche Buchprojekte, darunter die seit 1919 geplante Biographie über Friedrich Naumann.

Mit dem verlorenen Weltkrieg war das außenpolitische Konzept der „Deutschen Politik“ endgültig obsolet geworden. Rohrbach hielt aber auch unter den gänzlich anderen politischen Rahmenbedingungen an seinen Weltmachtträumen fest und propagierte zudem die „Dolchstoßlegende“, nach der die SPD für die Niederlage des Deutschen Reiches verantwortlich sei.⁵³ Daraufhin halbierte sich die Zahl der Abonnenten von rund 8.900 im Jahre 1917 auf knapp 4.250 im Juli 1919.⁵⁴ Die Behauptung von Heuss, der Verlag habe die Zeitschrift absichtlich

⁴⁷ Nr. 18.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Nr. 19.

⁵¹ Vgl. Nr. 20.

⁵² Vgl. Nr. 21.

⁵³ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 201.

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 200.

„verkrachen“ lassen,⁵⁵ als die „Deutsche Politik“ ihr Erscheinen im Frühjahr 1922 endgültig einstellte, scheint von daher zumindest fraglich.

Fast bruchlos übernahm Heuss im Mai 1922 die Redaktion der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“. Waren seine Versuche, die „Deutsche Politik“ näher an die DDP heranzuführen, gescheitert,⁵⁶ so übernahm er nun eine Publikation, die zwar nicht als Parteizeitschrift im engeren Sinne gelten kann, aber über ihr Herausgebergremium und durch ihre außenpolitische Programmatik eng mit der DDP verwoben war.⁵⁷ Seine Aufgaben lagen wie bei der „Deutschen Politik“ in der Gewinnung von Autoren sowie der Prüfung und Redaktion der eingereichten Texte,⁵⁸ mit der Veröffentlichung eigener Artikel hielt er sich jedoch zurück.⁵⁹ Der Hauptgewinn der von Heuss angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage der Zeitschrift ehrenamtlich übernommenen Redaktionsleitung⁶⁰ dürfte in der daraus erwachsenen näheren Bekanntschaft mit Bernhard Wilhelm von Bülow und Kurt Riezler zu sehen sein, die die „Deutsche Nation“ 1919 gegründet hatten. Gleich nach seinem Eintritt in die Redaktion unternahm Heuss mit beiden einen Segeltörn auf dem Wannsee und stellte zufrieden fest: „Dieses Segelboot ist eine angenehme Beigabe der neuen Redaktion“.⁶¹ Auf dem Höhepunkt der Inflation im Juli 1923 stellte „Die Deutsche Nation“ ihr Erscheinen ein, konnte aber nach einjähriger Pause noch einmal ihre Finanzierung für ein Jahr sichern, bevor im August 1925 das endgültige Aus kam.⁶² Heuss' Ziel, „aus dem Turm der reinen Politik“ herauszukommen und „die Beobachtung kultureller, geistiger und religiöser Bewegungen“ in die Zeitschrift mit aufzunehmen,⁶³ war aufgrund ihrer fragmentierten Erscheinungsweise nicht realisierbar.

Schon aus finanziellen Gründen war Heuss darauf angewiesen, kontinuierlich auch in anderen Zeitschriften und Zeitungen zu publizieren. Er verfolgte auch aus diesem Grunde aufmerksam die deutsche Presselandschaft. An den Geburtswehen des „Schwäbischen Bundes“, einer Kulturzeitschrift für Schwaben, war er mit seinem Rat direkt beteiligt. Hermann Missenharter, einem ihrer Gründungsherausgeber, gab er neben einer Reihe von Themenvorschlägen den Ratschlag, auf ein sehr gutes Niveau vor allem in Kunstfragen Wert zu legen und „die Trennung vom Selbstgefällig-Kleinbürgerlichen und Pausbäckigen, das der schwäbischen Tradition vielfach noch anhängt, klar durchzuführen.“⁶⁴ Auch bei

⁵⁵ Nr. 56.

⁵⁶ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 204.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 222–230.

⁵⁸ Vgl. Nr. 50, Nr. 54, Nr. 60, Nr. 80.

⁵⁹ Vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 233.

⁶⁰ TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 300.

⁶¹ Nr. 51.

⁶² Vgl. Nr. 80, Nr. 98.

⁶³ Nr. 50.

⁶⁴ Nr. 22.

einer Kritik der ersten Hefte des „Schwäbischen Bundes“ hielt er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg:

„Daß Theobald Ziegler im Goetheschen Sinn eine dämonische Natur gewesen ist, wirkt auf mich fast grotesk, da ich ihn bisher immer für einen klugschwätzenden, an die Universität verirrten Professor hielt. Verstehen Sie bitte diese Kritik nicht falsch, aber wir müssen uns wirklich gegen unsere legendären schwäbischen Größen etwas wappnen.“⁶⁵

Heuss selbst veröffentlichte in den folgenden Jahren im „Schwäbischen Bund“ einige kulturpolitische Artikel und sogar Gedichte aus seiner Jugendzeit.⁶⁶

Von größerer Bedeutung als Publikationsort war der von Gustav Stolper in Wien herausgegebene „Österreichische Volkswirt“. Heuss hatte Stolper während seiner Wienreise 1918 kennen gelernt und ihn anschließend wiederholt um Artikel für die „Deutsche Politik“ gebeten.⁶⁷ Im Gegenzug lud Stolper ihn ein, auch für den „Österreichischen Volkswirt“ zu schreiben. Dort publizierte Heuss u. a. einen „enthusiastisch“ gefärbten Nachruf auf Max Weber⁶⁸ oder längere historisch-politische Abhandlungen und Buchbesprechungen.⁶⁹ Im Krisenjahr 1923 griff er dankbar das Angebot Stolpers auf, nun regelmäßig für den „Österreichischen Volkswirt“ über die innenpolitische Situation in Deutschland zu berichten.⁷⁰ Die Zusammenarbeit intensivierte sich, als Stolper, mittlerweile einer der engsten Freunde von Heuss, 1925 nach Berlin übersiedelte und den „Österreichischen“ in den „Deutschen Volkswirt“ umtaufte. Heuss war zwar nicht offiziell Mitglied der Redaktion, aber doch häufig an redaktionellen Entscheidungen beteiligt und regelmäßiger Mitarbeiter an dem namentlich nicht gekennzeichneten Glossenteil der Zeitschrift.⁷¹

Auch andere Briefe zeigen sein Bemühen, sich gerade in den politisch und wirtschaftlich instabilen Inflationsjahren weitere Veröffentlichungsmöglichkeiten zu erschließen.⁷² „Die Hilfe“, der er aufgrund seiner früheren Redaktionstätigkeit eng verbunden war, druckte mehrmals Glossen von ihm unter dem leicht zu durchschauenden Pseudonym „Theobald Schwab“, unter dem er „schon mehr Unseriöses produziert“ habe.⁷³

Für den aufmerksamen Zeitungsleser Heuss gehörten Zeitungsredakteure zu den regelmäßigen Briefpartnern. Besonders hart ging er mit den drei der DDP verbundenen großen demokratischen Zeitungen ins Gericht, dem „Berliner Tage-

⁶⁵ Nr. 27.

⁶⁶ Vgl. Nr. 32.

⁶⁷ Vgl. Nr. 12, Nr. 24, Nr. 31.

⁶⁸ Nr. 33.

⁶⁹ Vgl. Nr. 56, Nr. 79.

⁷⁰ Vgl. Nr. 66, Nr. 67.

⁷¹ Vgl. Nr. 152; zu Heuss' Mitarbeit am „Deutschen Volkswirt“ vgl. auch R. BURGER, Theodor Heuss, S. 248f.

⁷² Vgl. Nr. 59.

⁷³ Vgl. Nr. 63, Nr. 71.

blatt“, der „Frankfurter Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“. ⁷⁴ Tenor seiner Beschwerden, die meist durch konkrete Artikel ausgelöst wurden, war, dass die Zeitungen es sich zu leicht machten mit ihrer Kritik an der Politik der DDP, indem sie den Notwendigkeiten im politischen Alltagsgeschäft nicht genug Achtung zollten und durch wohlfeile Kommentare den Spielraum der Partei oder auch der deutschen Außenpolitik insgesamt unnötig einengten. Die Zeitungen argumentierten „moralisch, wie es zum Stil der deutschen Zeitungen gehört“, und vergäßen, dass man auf dem flachen Lande „die ausgezeichneten Leitartikel der Frankfurter Zeitung“ nicht lese, wie Heuss sarkastisch hinterherschob. ⁷⁵ Schon nach wenigen Monaten im Reichstag bekannte er gegenüber dem Parteiführer Erich Koch-Weser, wie sehr er darunter leide,

„daß das Triumvirat Feder-Bernhard-Cohnstaedt sich den Auftrag zugewiesen hat, je und je festzustellen, wer noch ein guter Demokrat ist und was eigentlich Demokratie bedeutet. Es kann nicht ausbleiben, daß hier im Ganzen ein rationalistischer Formalismus das gewachsene Gefühl niederdrückt.“ ⁷⁶

Die „partei-imperatorische Haltung“ der „Frankfurter Zeitung“ versuchte er gar über eine Intervention bei Friedrich von Payer, der ihrem Aufsichtsrat angehörte, abzumildern. ⁷⁷ Blieb er Redakteuren wie Georg Bernhard, Wilhelm Cohnstaedt und Julius Elbau trotz aller Gereiztheit im Einzelnen doch freundschaftlich verbunden, so reagierte er fast allergisch auf das „Berliner Tageblatt“ und dessen Chefredakteur Theodor Wolff. Wenn er sich „von Zeit zu Zeit der Lektüre des Berliner Tageblatts aussetze, etwa dem Artikel des Herrn Wolff“, wisse er, dass „diese Tonart“ die Menschen vertreibe. ⁷⁸

Sichtliches Unbehagen bereitete ihm die Entwicklung der „Neckar-Zeitung“, die er auch nach seinem Weggang im Jahre 1917 aufmerksam verfolgte. ⁷⁹ Nach kurzen Gastspielen von Erich Schairer, der die Zeitung knapp zwei Jahre leitete, und anderen Journalisten übernahm 1927 Heinz Goldammer die Chefredaktion. Ihm warf Heuss eine unklare politische Linie und das Bedürfnis vor, „die Parteien mies und madig“ machen zu wollen. ⁸⁰ Wenig später empfand er sogar „Scham, daß ich dieser Zeitung einmal das Gepräge gegeben habe“, und bestellte sie ab. ⁸¹

Neben seinen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln veröffentlichte Heuss in den ersten Jahren der Weimarer Republik, oft in wenigen Tagen zusammengeschrie-

⁷⁴ Vgl. Nr. 120, Nr. 124, Nr. 137, Nr. 138.

⁷⁵ Nr. 138.

⁷⁶ Nr. 83.

⁷⁷ Nr. 91.

⁷⁸ Nr. 124; vgl. auch Nr. 111.

⁷⁹ Vgl. Nr. 5, Nr. 28.

⁸⁰ Nr. 174.

⁸¹ Nr. 223; vgl. Nr. 225.

ben, einige kleinere politische Schriften mit tagesaktuellem Bezug.⁸² Zur selben Zeit begann er jedoch mit einem Buchprojekt, das ihn fast zwanzig Jahre begleiten sollte: seiner voluminösen Biographie Friedrich Naumanns.⁸³

Naumanns früher Tod im August 1919 traf ihn und seine Frau Elly schwer; er habe sie beide „des geistigen Vaters beraubt“, bekannte Heuss gegenüber seinem Doktorvater Lujo Brentano.⁸⁴ In den kommenden Jahren bemühte sich Heuss in vielfältiger Weise, das Andenken Naumanns wach zu halten, sei es mit der Herausgabe von Schriften oder Briefen Naumanns,⁸⁵ der Anbringung einer Erinnerungstafel an seinem Geburtshaus,⁸⁶ der Pflege seines Grabes in Berlin⁸⁷ oder Überlegungen zu einem „Naumann-Gedenkzimmers“ in den Räumen des „Demokratischen Clubs“ in Berlin. Letzteres lehnte er allerdings wegen der Naumann nicht gemäßen „Heroenehrung“ ab.⁸⁸ Am folgenreichsten war zweifelsohne der Umstand, dass Heuss – wohl unmittelbar nach dem Tod Naumanns – von dessen Familie mit der Ordnung und Sichtung des Nachlasses und der Abfassung einer Biographie beauftragt worden war. Schon in seiner ersten Projektskizze, die er dem Verleger Walter de Gruyter unterbreitete, wird der weit gesteckte Rahmen und die persönliche Motivation von Heuss deutlich:

„Ich habe bei dem Werk die Absicht, nicht nur die Persönlichkeit Naumanns geistig und psychologisch herauszuarbeiten, sondern ein Stück geistiger und politischer Zeitgeschichte von diesem Brennpunkte aus zu zeigen. Ich bin nun unter allen Umständen entschlossen, diese Aufgabe ernsthaft zu betreiben, gleichviel ob heute völlig unübersehbar ist, wie die buchhändlerische Lage beim Abschluß des Werkes sein wird, da ich in ihr nicht nur eine persönliche Dank<es>pflcht sehe, sondern eine wissenschaftliche Aufgabe, die in späteren Jahren und von einem Fremden nicht so wird gelöst werden können.“⁸⁹

Die Abtragung dieser „persönlichen Dankespflicht“ begann 1921 mit der Sammlung von Naumann-Briefen bei ehemaligen Freunden und Bekannten von Naumann.⁹⁰ Die Sichtung des Nachlasses und seine Ergänzung durch Korrespondenzen verfolgte Heuss auch in den folgenden Jahren,⁹¹ wenn er auch aufgrund seiner vielen anderen Tätigkeiten und Interessen immer nur „stoßweise an die Naumann-

⁸² TH. HEUSS: Zwischen Gestern und Morgen; DERS.: Deutschlands Zukunft; DERS.: Die neue Demokratie; DERS.: Kapp-Lüttwitz; DERS.: Demokratie und Selbstverwaltung; DERS.: Das Wesen der Demokratie.

⁸³ TH. HEUSS: Friedrich Naumann; zu Heuss biographischen Arbeiten vgl. E. W. BECKER, Biographie.

⁸⁴ Nr. 26.

⁸⁵ Vgl. Nr. 25, Nr. 64.

⁸⁶ Vgl. Nr. 40.

⁸⁷ Vgl. Nr. 49.

⁸⁸ Nr. 144.

⁸⁹ Nr. 42.

⁹⁰ Nr. 43.

⁹¹ Vgl. Nr. 112, Nr. 131, Nr. 154.

sachen“ kam.⁹² Nach dem Verlust seines Reichstagsmandats im Mai 1928 und nochmals im November 1932 nahm er sich jeweils fest vor, intensiver an der Naumann-Biographie zu arbeiten.⁹³ Ihre Fertigstellung gelang ihm jedoch erst 1937.

Als Vorlauf zu einer anderen monumentalen Lebensbeschreibung, der 1942 begonnenen und 1946 erschienenen Bosch-Biografie,⁹⁴ kann die 1931 von Heuss zusammengestellte und mit einer Einführung versehenen Festschrift zu Robert Bosch 70. Geburtstag gelten, bei der er auch „die Schroffheit und eigentümliche Versonnenheit“ des Wesens von Bosch zeigen wollte.⁹⁵

Politische Bildungsarbeit

Bis Ende 1921 war Heuss parallel zu seiner Redakteurstätigkeit für die „Deutsche Politik“ bezahltes Mitglied der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes. In diese Zeit fielen intensive Diskussion um die Neuausrichtung des Bundes, der sich nach Meinung vieler Künstler und Architekten zu sehr auf die imperialistischen Ambitionen des Deutschen Kaiserreichs eingelassen habe.⁹⁶ Mit dem 1919 als Ausgleichskandidat zwischen alten und neuen Strömungen zum Vorsitzenden gewählten Architekten Hans Poelzig verband Heuss eine tiefe gegenseitige Wertschätzung, die auch zu zahlreichen Begegnungen abseits der Werkbundtätigkeit führte.⁹⁷ Nach seinem endgültigen Ausscheiden aus der Geschäftsführung⁹⁸ blieb Heuss dem Werkbund weiterhin als Vorstandsmitglied verbunden, brachte seine Stimme aber erst gegen Ende der Weimarer Republik wieder stärker in die Verbandspolitik ein, als der langjährige Vorsitzende Peter Bruckmann aufgrund persönlicher Animositäten und finanzieller Ungereimtheiten zum Rücktritt gedrängt und von Ernst Jäckh abgelöst wurde.⁹⁹

Ein weiteres und umfänglicheres Projekt des am Schöneberger Ufer 36a residierenden „Jäckh-Konzerns“ war die Deutsche Hochschule für Politik. Ihre Gründung „in zahllosen Konferenzen“ bildete im Herbst 1920 Heuss’ „Hauptbeschäftigung“.¹⁰⁰ Die Anfänge der Deutschen Hochschule für Politik reichen noch bis in das letzte Kriegsjahr zurück, als Naumann eine „Staatsbürgerschule“ konzipierte,

⁹² Nr. 112.

⁹³ Vgl. Nr. 158, Nr. 222.

⁹⁴ Vgl. E. W. Becker, Biographie, S. 62–65.

⁹⁵ Nr. 179.

⁹⁶ Vgl. Nr. 23.

⁹⁷ Vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 258; später verfasste er eine Biographie über Poelzig; vgl. TH. HEUSS, Poelzig.

⁹⁸ Heuss spricht in seinen Erinnerungen davon, der Geschäftsführung bis 1924 angehört zu haben, was allerdings seit Ende 1921 auf unentgeltlicher Basis erfolgt sein muss; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 259; J. CAMPBELL, Werkbund, S. 176.

⁹⁹ Vgl. Nr. 219, Nr. 220, Nr. 222, Nr. 225.

¹⁰⁰ Nr. 36; vgl. Nr. 35.

die in erster Linie als Ausbildungsstätte für den parteipolitischen Nachwuchs des Linksliberalismus gedacht war und an der Heuss im Revolutionswinter 1918/19 gelegentlich Vorträge gehalten hatte. Nach Naumanns Tod wurde die „Staatsbürgerschule“ von Jäckh übernommen und in ihrer Konzeption wesentlich verändert. So war die Deutsche Hochschule für Politik überparteilich angelegt und wesentlich stärker akademisiert als ihre Vorläuferorganisation. Gleichwohl unterschied sie sich durch ihre heterogene Hörerschaft – Heuss selbst führt „Studenten, Offiziere, Lehrer, Gewerkschaftsbeamte“ an¹⁰¹ – und ihr Lehrangebot, das auch Weiter- und Fortbildungsprogramme enthielt, in ihren Anfangsjahren deutlich von einem universitären Institut. Ihre von Heuss verfasste Gründungsdenkschrift führt für die Notwendigkeit der Hochschule insbesondere den Mangel an politischen Führern in der modernen Demokratie an,¹⁰² obwohl sich Heuss in einem Privatbrief selbst skeptisch zeigte, „ob Politik lehr- und lernbar sei“.¹⁰³

Mit der Aufnahme des Lehrbetriebs zum Wintersemester 1920/21 übernahm Heuss den Posten des Studienleiters der Deutschen Hochschule für Politik, den er bis zum Sommersemester 1925 innehatte. In dieser Eigenschaft war er für die Aufstellung des Lehrplans und insbesondere für die Gewinnung der Dozenten zuständig, die sich in den Anfangsjahren überwiegend aus Männern der politischen Praxis und Professoren der Berliner Universität rekrutierten.¹⁰⁴ Daneben hielt er Kontakt zum überparteilich zusammengesetzten Vorstand der Hochschule – Jäckh agierte als Geschäftsführender Vorsitzender – und zeichnete für Prüfungsangelegenheiten verantwortlich.¹⁰⁵ Bis 1933 gehörte Heuss zudem zum Kollegium der Hochschule und bot regelmäßig Vorlesungen und Übungen zur deutschen Parteiengeschichte, zu verfassungsrechtlichen und -geschichtlichen Themen, aber auch zu „Politischen Tagesfragen“ an.¹⁰⁶ Wohl nicht ganz zu Unrecht hielt er sich aufgrund dieser Lehrtätigkeit „für einen der besten Kenner der deutschen Parteiengeschichte“¹⁰⁷. Seine Gutachten zu Abschlussarbeiten von Studenten der Deutschen Hochschule für Politik zeigen, dass Heuss seine Lehraufgabe sehr ernst nahm und dabei bereit war, sich auch auf fremde Fachgebiete zu wagen. Vor einem deutlichen Urteil schreckte er nicht zurück und legte neben inhaltlicher Korrektheit immer auf den „literarischen“ bzw. „schriftlichen Vortrag“ Wert.¹⁰⁸

Als Folge seiner Tätigkeit für die Deutschen Hochschule in Berlin erschloss sich Heuss im Laufe der Jahre weitere Foren der politischen Bildungsarbeit.

¹⁰¹ Nr. 38.

¹⁰² Vgl. TH. HEUSS, Denkschrift.

¹⁰³ Nr. 36.

¹⁰⁴ Vgl. Nr. 44, Nr. 52, Nr. 54, Nr. 62.

¹⁰⁵ Vgl. Nr. 45, Nr. 65.

¹⁰⁶ Letzteres der Titel einer Übung von Heuss im Sommerhalbjahr 1924.

¹⁰⁷ Nr. 134.

¹⁰⁸ Vgl. Nr. 156a, Nr. 184.

Recht eng waren seine Beziehungen zur staatlichen Reichszentrale für Heimatdienst, die während der Weimarer Republik durch Vorträge und Propagandamaterial für die republikanische Idee warb. An ihren Schulungswochen beteiligte er sich als Dozent für innen- und kulturpolitische Fragen, zudem gehörte er ihrem parlamentarischen Beirat an.¹⁰⁹ Nebenprodukte seiner Vortrags- und Lehrtätigkeit waren die beiden Mitte der 1920er Jahre kurz hintereinander erschienenen historisch-politischen Werke „Staat und Volk. Betrachtungen über Wirtschaft, Politik und Kultur“ und „Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte“, die sich mit zentralen politischen Grundbegriffen auseinandersetzten und ersichtlich für einen breiteres Publikum geschrieben waren.¹¹⁰

Im Auftrag der Reichszentrale war Heuss 1929 ferner „anonymer Hersteller“ des Gedenkbuchs der Reichsregierung zum 10jährigen Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung.¹¹¹ Die Arbeit daran, für die er prominente Autoren wie Gustav Stresemann, Carl Severing oder Gustav Radbruch um Beiträge gebeten hatte, geriet für ihn zu einer Quelle des Ärgernisses. Die Zentrumspartei warf ihm eine parteiische Auswahl der ebenfalls abgedruckten historischen Dokumente vor;¹¹² mit Gustav Radbruch geriet er in einen heftigen Disput über seine redaktionellen Eingriffe, woraufhin sich Heuss bei seiner Berufsehre gepackt sah: „Ich bin schließlich auch kein Analphabet. Daß Sie der Meinung sind, ich hätte die ‚Prägnanz‘ Ihres Stiles ‚banalisiert‘, muß ich Ihnen ja lassen: über prägnanten und banalen Stil zu streiten, wird vermutlich aussichtslos sein.“¹¹³

Die Anlage des Gedenkbuches und die Auswahl der Texte und Dokumente, die von der Zeit der napoleonischen Befreiungskriege bis zur Wahl von Hindenburg zum Reichspräsidenten reichen, zeigen Heuss' Bemühen, die Weimarer Republik nicht als Bruch mit der bisherigen deutschen Geschichte erscheinen zu lassen. Schon in der Überschrift „Deutsche Einheit – Deutsche Freiheit“ klingt an, dass die junge Republik vielmehr das deutsche Grunddilemma zwischen Vollendung der staatlichen Einheit und Durchsetzung politischer Freiheit überwunden habe. Mit seinen Reden in der Paulskirche und zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes bemühte sich Heuss auch an anderer Stelle, demokratische Traditionsstränge innerhalb der deutschen Geschichte offen zu legen.¹¹⁴

¹⁰⁹ Vgl. Nr. 61.

¹¹⁰ TH. HEUSS, Staat und Volk; DERS., Politik.

¹¹¹ DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929; vgl. dazu Nr. 134, Nr. 136, Nr. 139, Nr. 143.

¹¹² Vgl. Nr. 143.

¹¹³ Nr. 136; Heuss übte außerdem Kritik an der zu parteimäßigen Darstellung der Weimarer Reichsverfassung durch Radbruch.

¹¹⁴ Vgl. Nr. 132, Nr. 199.

Der Parteipolitiker

Theodor Heuss gehörte von 1924 bis 1928 und von 1930 bis 1933 – lediglich von einer kurzen Zwangspause unterbrochen – dem Deutschen Reichstag an, anfangs für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und nach 1930 für die Deutsche Staatspartei (DStP). Zur ersten Garde der DDP-Politiker zählte er allerdings nicht. Auch gibt es keine Anzeichen dafür, dass Heuss vor 1933 in irgendeiner Form „ministrabel“ gewesen wäre. Vielmehr war eine Fortsetzung seiner Laufbahn als Berufspolitiker stets prekär und von zwei Seiten bedroht: zum einen von dem schwankenden Rückhalt für Heuss innerhalb des württembergischen Landesverbandes der DDP und zum anderen von der sinkenden Wählergunst für die DDP insgesamt: Die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten reduzierte sich in kontinuierlicher Abwärtsbewegung von 75 bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 auf zwei bei den letzten freien Reichstagswahlen vom November 1932.

Einen Großteil seiner politischen Energie verwandte Heuss darauf, sich innerhalb der Partei einen aussichtsreichen Listenplatz zu erkämpfen und in unzähligen Wahlkampfreisen und -reden um Stimmen für sich und seine Partei zu werben. Angesichts der hohen Zahl vorzeitiger Reichstagsauflösungen – während der 14 Jahre des Bestehens der Weimarer Republik fanden neben der Wahl zur Nationalversammlung sieben Reichstagswahlen statt – wurden Ansätze kontinuierlicher politischer Arbeit häufiger unterbrochen, als Heuss lieb sein konnte.

Aus seinem ernüchternden Scheitern bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zog Heuss die Konsequenz, sich stärker innerhalb des württembergischen Landesverbandes zu engagieren und dort ein Netz von Vertrauensleuten aufzubauen. Dabei setzte er insbesondere auf seine engere Heimat, die Ortsgruppe Heilbronn, die seit der Übernahme des Vorsitzes der württembergischen DDP durch den Heilbronner Unternehmer Peter Bruckmann im Jahre 1921 ein großes Gewicht innerhalb des Landesverbandes hatte.¹¹⁵ Enge Kontakte knüpfte Heuss aber auch zu anderen Ortsgruppen wie beispielsweise Schwäbisch Hall und Tübingen¹¹⁶ oder zu einflussreichen Parteigrößen wie dem ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten Johannes Hieber¹¹⁷ und dem der DDP nahestehenden Robert Bosch.¹¹⁸

Nach einer erneut schlechten Platzierung auf der württembergischen Kandidatenliste für die Reichstagswahlen von 1920 und dem damit verbundenen Misserfolg¹¹⁹ ergab sich 1922 kurzfristig die Chance, als Nachrücker in den Reichstag einzu-

¹¹⁵ Vgl. Nr. 29.

¹¹⁶ Vgl. Nr. 39, Nr. 163.

¹¹⁷ Vgl. Nr. 160.

¹¹⁸ Vgl. Nr. 94, Nr. 159.

¹¹⁹ Vgl. Nr. 29, Nr. 30.

ziehen. Heuss führte erneut Beschwerde über den mangelnden Rückhalt für seine Ambition; die „schwäbischen Freunde“ hätten von Anfang an das „Scharfschießen“ unterlassen und den vor ihm platzierten Hugo Herrmann nicht energisch genug zum Verzicht zugunsten von Heuss überredet. Der „Volksvertretertraum“ war erneut ausgeträumt.¹²⁰ Erst bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 gelang es ihm, das ersehnte Mandat zu erzielen. Im Sommer zuvor hatte er sich den sicheren zweiten Platz auf dem Wahlvorschlag der württembergischen DDP von der dortigen Parteiführung bestätigen lassen,¹²¹ anschließend die Vereinsvorsitzenden „bearbeitet“¹²² und einen mehrwöchigen Wahlkampf quer durch Württemberg geführt:

„sechs Wochen fast war ich von Berlin weg – Reden, Reden, Reden, dazwischen Flugblätter, Zeitungsaufsätze – nun, Sie kennen den Betrieb. Schließlich hat es doch erreicht. [...] Gesundheitlich habe ich die Sache gut durchgemacht – wäre das Wetter besser gewesen, wäre es zwischen den Blütenbäumen fast eine Erholung gewesen. Sehr solid, wenig Alkohol, aber entsetzlich viel Tabak! Nun werde ich mir den Wahlkreis festmachen – gerade meine engeren Heimatbezirke haben sich sehr gut gehalten.“¹²³

Getrübt wurde sein Erfolg lediglich von dem Umstand, dass die württembergische Liste nicht von ihm, sondern von dem Ulmer Fabrikanten Philipp Wieland angeführt worden war, mit dem Heuss bis 1930 in Württemberg in bitterer Konkurrenz stehen sollte und dessen Ablösung er mehr oder minder offen forderte.¹²⁴ Heuss befürchtete nämlich, in der öffentlichen Wahrnehmung als eine Art Gegengewicht zu dem Großindustriellen Wieland und damit als Interessenvertreter der Beamten und Angestellten angesehen zu werden.¹²⁵ Welches Politikerverständnis Heuss dagegen für sich selbst in Anspruch nahm, wird deutlich in mehreren Schreiben an die Parteiführung, in denen er sich für eine Berücksichtigung seiner intellektuellen Weggefährten Kurt Riezler und Alfred Wolf aussprach: Was die Partei im Reichstag benötige, seien „Männer der Erfahrung, Bildung und inneren Unabhängigkeit“.¹²⁶

Politik war für Heuss sowohl Berufung als auch Beruf, er wollte aufgestellt und gewählt werden, weil man Vertrauen in sein intellektuelles Urteilsvermögen und in seine spezifisch politischen Fähigkeiten hatte, zu denen er in hohem Maße die Gabe der politischen Rede sowohl innerhalb des eigenen Parteimilieus als auch im Kampf mit dem politischen Gegner zählte.¹²⁷ Er sah sich weder als Ver-

¹²⁰ Nr. 49; vgl. Nr. 48.

¹²¹ Vgl. Nr. 68.

¹²² Vgl. Nr. 70.

¹²³ Nr. 77; vgl. Nr. 76.

¹²⁴ Vgl. Nr. 73, Nr. 74, Nr. 122, Nr. 123, Nr. 150, Nr. 151, Nr. 158, Nr. 160, Nr. 164.

¹²⁵ Vgl. Nr. 73, Nr. 74.

¹²⁶ Nr. 83; ähnlich Nr. 75a.

¹²⁷ In zahllosen Briefen führt Heuss die Zahl und Häufigkeit der von ihm bestrittenen Wahlkampfreden und Parteiversammlungen als Argument für sich an; vgl. als Beispiel Nr. 160. – Ein von

treter einer bestimmten sozialen Formation noch als Spezialist für bestimmte Sachfragen, sondern als Generalist, dem es sein Bildungshintergrund ermögliche, sich in alle Themen einzuarbeiten – was ihn für die Fraktion um so wertvoller mache¹²⁸ – und diese in einen politischen Gesamtrahmen zu stellen:

„Ich glaube persönlich in meiner Lebensführung wie auch in meiner politischen Stellungnahme niemals mit dem Grattel des Akademikers aufgetreten zu sein, und wenn ich bei meinen Reden nicht so sehr den Katalog der Einzelinteressen darzubieten versuche, sondern ein politisches Gesamtbild zu zeigen, so entspricht das doch in einigem der Tradition, zu der wir uns im allgemeinen bekennen und verpflichtet fühlen.“¹²⁹

Dabei bekannte Heuss offen, kein Honoratiorenpolitiker zu sein, der *für* die Politik leben könne, sondern seine „berufliche Tätigkeit weitgehend auf die Kombination von Lehramt, Publizistik und politischer Wirksamkeit aufgebaut“ zu haben und auf die Reichstagsdiäten nicht ohne weiteres verzichten zu können.¹³⁰

Innerhalb der DDP-Fraktion lehnte Heuss gleich zu Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit alle Versuche ab, ihn einer bestimmten Richtung zuzuordnen, da er sich seine „Entscheidung je nach der inneren Gewissenhaftigkeit“ vorbehalten wolle.¹³¹ Außerdem plädierte er dafür, das Profil der DDP durch eine deutliche Abgrenzung gegenüber der SPD nach links und der wirtschaftsfreundlichen DVP nach rechts zu schärfen. Insbesondere parteiinterne Stimmen, die dafür plädierten, genuin sozialdemokratische oder gewerkschaftlichen Themen stärker in den Mittelpunkt der Partearbeit zu rücken, stießen auf seinen heftigen Widerstand.¹³² Auf der anderen Seite hielt er die „Liberale Vereinigung“, die langfristig auf eine Verschmelzung der beiden liberalen Parteien DDP und DVP abzielte, für „aufgelegten Unsinn“.¹³³ Erst später, nach den Wahlen von 1928, sah er Möglichkeiten, mit der DVP über eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln,¹³⁴ die allerdings durch den Rechtsschwenk der DVP nach Stresemanns Tod im Oktober 1929 erschwert wurden.¹³⁵ Mit der Erosion des bürgerlichen Parteienspektrums in der Schlussphase der Weimarer Republik sollte die Frage erneut dringlich werden.

Heuss geführter Redenkalender weist für die Zeit von November 1918 bis März 1933 995 Reden und Vorträge auf; vgl. TH. HERTFELDER, Politiker, S. 97.

¹²⁸ Vgl. Nr. 122.

¹²⁹ Nr. 205.

¹³⁰ Ebd.; vgl. Nr. 122, Nr. 163, Nr. 222. Von 1923 bis 1930 waren die Reichstagsdiäten an die Besoldungsstufe eines Beamten gekoppelt und betragen ein Viertel des Grundgehalts eines Reichsministers; ab 1930 betrug sie monatlich 600 Reichsmark; vgl. H. BUTZER, Diäten, S. 391–393, 401–404.

¹³¹ Nr. 83.

¹³² Vgl. Nr. 83, Nr. 124.

¹³³ Nr. 85.

¹³⁴ Vgl. Nr. 122, Nr. 123.

¹³⁵ Vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 585–594.

Von den Parteiführern der DDP hielt er den 1924 zum Vorsitzenden gewählte Erich Koch-Weser für eine technisch gute Wahl, sprach ihm aber das „ethische Pathos, was eine repräsentative Parteiführung eigentlich nicht entbehren kann“, ab.¹³⁶ Vertrauter war Heuss dessen Nachfolger Hermann Dietrich, der ihm schon vor seiner Übernahme des Parteivorsitzes im Herbst 1930 als der „kenntnisreichste Mann“ innerhalb der Fraktion galt.¹³⁷ Später kritisierte er jedoch Dietrichs mangelnde Fühlung mit der Fraktion und der Partei, seine häufige Abwesenheit aus Berlin¹³⁸ und seinen „ungeschickten Wechsel von Draufgängertum und Hängenlassen“ während der parlamentarischen Agonie der DStP Ende 1932.¹³⁹ Zudem fühlte sich Heuss von Dietrich bei der Kandidatenaufstellung der Reichswahlliste im Herbst 1932 persönlich hintergangen.¹⁴⁰ Anton Erkelenz, als stellvertretender Fraktionsvorsitzender eine weitere parteipolitische Größe, warf er vor, sich vor der Basisarbeit zu drücken und Parteiarbeit mit der Erstellung guter Statuten zu verwechseln.¹⁴¹ Zu den wenigen führenden DDP-Politikern, die er durchweg positiv würdigte, gehörte der langjährige Erste Bürgermeister von Hamburg Carl Petersen, Parteivorsitzender der DDP von 1919 bis 1924.¹⁴²

Der Parlamentarier

Die DDP/DStP gehörte während der Weimarer Republik fast ununterbrochen zu den Regierungsparteien. Während Heuss' erster Zeit als Parlamentarier von 1924 bis 1928 bildete die DDP die meiste Zeit den linken Flügel einer bürgerlichen Minderheitsregierung. Die Wunschkoalition der DDP, die „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP und Zentrum, fand dagegen seit den Reichstagswahlen von 1920 keine Mehrheit mehr. Die „Große Koalition“ unter Einschluss der DVP, die der DDP die komfortable Rolle eines Vermittlers zwischen links und rechts zuwies, regierte 1923 nur wenige Monate und dann erneut von 1928 bis 1930, also in Jahren, in denen Heuss nicht im Reichstag vertreten war. Unter den Bedingungen der seit 1930 regierenden und vom Parlament unabhängigen Präsidialkabinette stellte sich die Frage von Koalitionen nicht. Durch den Umstand, dass ihr Parteiführer Dietrich als Vizekanzler und Reichsfinanzminister in die Regierung eingebunden war, gehörte die DStP unter Reichskanzler Heinrich Brüning jedoch zu den inoffiziellen Regierungsparteien.

Zwischen 1924 und 1928 standen die DDP und damit auch Heuss wiederholt vor der Frage, in welcher Konstellation sie ihre politischen Ziele am ehesten

¹³⁶ Nr. 72.

¹³⁷ Nr. 120; vgl. Nr. 125.

¹³⁸ Vgl. Nr. 190, Nr. 200, Nr. 202.

¹³⁹ Nr. 219.

¹⁴⁰ Vgl. Nr. 217, Nr. 219, Nr. 221.

¹⁴¹ Vgl. Nr. 133.

¹⁴² Vgl. Nr. 161.

durchsetzen konnten und ob sie bereit waren, eine Umwandlung der bürgerlichen Minderheitsregierung aus Zentrumspartei, DDP und DVP in eine stabile Mehrheitsregierung unter Einschluss der rechtskonservativen und nationalistischen DNVP mitzutragen. Heuss befürwortete anfänglich den Eintritt der DDP in ein solches Mitte-Rechts- oder Bürgerblock-Kabinett, um die DNVP in die politische Verantwortung zu holen,¹⁴³ erkannte aber bald, dass der DNVP hierzu noch die außenpolitische Reife fehle.¹⁴⁴ Das Thema der Regierungserweiterung nach rechts blieb das ganze Jahr 1924 über virulent und führte im Oktober zur vorzeitigen Reichstagsauflösung und zur Absplitterung von Teilen der DDP, die dem ablehnenden Kurs der Parteileitung nicht folgen wollten. Fand Heuss bei den ausscheidenden Mitgliedern kaum „einen sachlichen Verlust“,¹⁴⁵ so komplizierte sich seine Position in den folgenden Jahren durch seine nur als bedingungslos zu bezeichnende Gefolgschaft zu Reichswehrminister Otto Gessler.

Bereits 1923 hatte Heuss dessen Reichswehrpolitik, die auf das Konzept eines der Republik neutral gegenüberstehenden und der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogenen „Staates im Staate“ hinauslief, gegenüber kritischen Stimmen aus der SPD und seiner eigenen Partei verteidigt:

„Daß Generäle politische Dummheiten machen, muß immer in Kauf genommen werden, aber aufs Ganze gesehen haben die Sozialdemokraten und auch Teile der Demokraten psychologisch eine falsche Politik geübt, wenn sie der Reichswehr gegenüber zumeist immer das Kritische heraushoben, denn sie haben dadurch das Zusammenleben von Wehrmacht und Republik häufig genug ohne Nutzen erschwert, während hier mit zarter Vorsicht vorgegangen werden muß, da ja nun die Reichswehr fast der einzig reale Machtbestand in diesem gallertartigen Staate ist.“¹⁴⁶

Trotz Vorbehalten in der eigenen Partei schien ihm Gessler „eine für Deutschland repräsentative Figur“,¹⁴⁷ die sich Heuss als Parteiführer und später sogar als Reichspräsident wünschte.¹⁴⁸ Gessler selbst wollte am Amt des Reichswehrministers unabhängig von der jeweiligen Koalitionsaussage der DDP festhalten, wovon ihm Heuss mehrfach abriet.¹⁴⁹ Fand sich für den Anspruch Gesslers im ersten Bürgerblock-Kabinett unter Hans Luther Anfang 1925 die fast groteske Lösung, dass Gessler zwar als „Fachminister“ der Regierung angehörte, die DDP sich aber nicht als Regierungspartei verstand,¹⁵⁰ so drängte der linke Flügel der DDP beim zweiten Bürgerblock-Kabinett unter Wilhelm Marx Anfang 1927 auf einen Par-

¹⁴³ Vgl. Nr. 78, Nr. 79.

¹⁴⁴ Vgl. Nr. 82.

¹⁴⁵ Nr. 83.

¹⁴⁶ Nr. 67.

¹⁴⁷ Nr. 72.

¹⁴⁸ Vgl. Nr. 90, Nr. 91.

¹⁴⁹ Vgl. Nr. 82, Nr. 106.

¹⁵⁰ Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, S. 274f.

teiausschluss Gesslers. Heuss beklagte nicht nur die wiederholten Angriffe der Parteilinken auf Gessler,¹⁵¹ sondern warnte die Fraktionsleitung explizit vor Parteiaustritten und Parteiabspaltungen in Württemberg, sollte die DDP Gessler fallen lassen.¹⁵² Seinem drohenden Ausschluss kam Gessler schließlich durch die Erklärung seines Parteiaustritts zuvor.

Koalitionen mit der SPD hielt Heuss, bei aller Kritik im Einzelnen, sowohl auf Reichs- als auch auf Landesebene stets für möglich.¹⁵³ Die Parole des „Anti-Marxismus“, mit der die DVP nach 1930 auf Stimmenfang ging, hielt er für verhängnisvoll, da sie – hier klingen deutlich die von Friedrich Naumann in dessen Schrift „Demokratie und Kaisertum“ entwickelten Vorstellungen an – „die Eingliederung der ökonomisch abhängigen Schichten in ein national betontes und lebendig bewußtes Staatsgefühl“ immer wieder erschwere und zurückwerfe.¹⁵⁴ Bürgerlich zu sein bedeutete für Heuss eben gerade nicht „anti-sozialistisch“ zu denken und zu handeln. Mit einzelnen SPD-Politikern wie Otto Landsberg verkehrte er freundschaftlich,¹⁵⁵ wie er überhaupt klagte, sich „persönlich so wohl mit vielen Sozialdemokraten wie mit manchen Deutschnationalen rascher, leichter und eindeutiger über das Notwendige einer deutschen Politik verständigen“ zu können als mit einzelnen seiner Parteifreunde.¹⁵⁶

Als württembergischer Reichstagsabgeordneter verstand sich Heuss als Scharnier zwischen der Reichstagsfraktion bzw. der Berliner Parteizentrale einerseits und dem im Stuttgart angesiedelten Landesverband andererseits. In zahlreichen Briefen, häufig an den württembergischen Generalsekretär Albert Hopf gerichtet, berichtet er detailliert über einzelne Entwicklungen innerhalb von Partei und Fraktion.¹⁵⁷ Er sah sich zwar nicht als weisungsgebunden an, wollte aber vor einer eigenen Stellungnahme im Reichstag die Stimmungslage in der Heimat erkunden und sich mit der Stuttgarter Landtagsfraktion abstimmen.¹⁵⁸ Als Folge seines intensiven Austauschs profilierte sich Heuss gegenüber der Berliner Parteizentrale als Vertreter Württembergs und brachte die dortigen Ansichten häufig in die Diskussion um zentrale Fragen der künftigen Parteitaktik ein.¹⁵⁹ Da die DDP/DStP in Württemberg sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen regelmäßig herausragende Ergebnisse erzielte, konnte die Parteiführung an deren Votum nicht ohne weiteres vorbeigehen.

¹⁵¹ Vgl. Nr. 91.

¹⁵² Vgl. Nr. 113.

¹⁵³ Vgl. Nr. 96, Nr. 123.

¹⁵⁴ Nr. 172a; vgl. Nr. 185a und F. NAUMANN, Demokratie.

¹⁵⁵ Vgl. Nr. 114.

¹⁵⁶ Nr. 124.

¹⁵⁷ Vgl. Nr. 72, Nr. 169, Nr. 185, Nr. 196, Nr. 198, Nr. 199, Nr. 203, Nr. 216.

¹⁵⁸ Vgl. Nr. 96, Nr. 190, Nr. 198.

¹⁵⁹ Vgl. Nr. 83, Nr. 113, Nr. 198, Nr. 200, Nr. 207, Nr. 216.

Das Verhältnis zwischen „der schwäbischen Partei“ und ihm betrachtete Heuss „als eine gegenseitige Treueverpflichtung“.¹⁶⁰ Umso enttäuschter reagierte er, wenn er bei wichtigen Entscheidungen des Landesverbandes nicht einbezogen wurde – dies war beispielsweise im Januar 1930 beim Eintritt der württembergischen DDP in die rechtsgerichtete Landesregierung von Eugen Bolz der Fall¹⁶¹ – oder wenn seine Spitzenkandidatur in Württemberg in Frage gestellt wurde.¹⁶² Trotz seiner zahlreichen Wahlkampfreden und Vorträge in Württemberg wurden Heuss sein Berliner Wohnsitz und seine „geistige Kultur“, die ihn von einem „Volksmann“ unterscheidet, zum Vorwurf gemacht.¹⁶³ Tatsächlich spielte er während der Weimarer Republik wohl auch aus diesem Grunde mehrfach mit dem Gedanken, nach Stuttgart überzusiedeln, sah aber die Gefahr drohen, im Parlament dann nur noch Gastrollen spielen und sich keine Stellung in der Fraktion erarbeiten zu können.¹⁶⁴

Dort beschränkte sich Heuss keineswegs auf Fragen der Kultur- und Bildungspolitik, sondern stürzte sich auch auf die „harten“ finanz- und wirtschaftspolitischen Themenfelder. So arbeitete er sich intensiv in die komplizierten „Aufwertungsfragen“¹⁶⁵ ein und beschäftigte sich mit dem deutsch-spanischen Handelsvertrag, wo er gegenüber einem leicht erbosten Robert Bosch die Interessen der Weinbauern über diejenigen der Exportindustrie stellte.¹⁶⁶

Heuss' gesamte Ausschuss- und Redetätigkeit kann hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden. Zweifelhafte Berühmtheit erlangte seine Haltung bei der parlamentarischen Behandlung des sogenannten Schund- und Schmutzgesetzes im Jahre 1926.¹⁶⁷ Der Gesetzentwurf hierzu sah Einschränkungen beim öffentlichen Verkauf jugendgefährdender Schriften vor, wobei unklar blieb, nach welchen Kriterien Schriften als „Schund und Schmutz“ klassifiziert und damit indiziert werden sollten. Zahlreiche Schriftsteller protestierten deshalb lauthals gegen das geplante Gesetz, von dem sie eine Wiederkehr der Zensur befürchteten. Bei seiner Verteidigung des Gesetzesvorhabens im Reichstag schoss Heuss dann über das Ziel hinaus, als er die Proteste der Schriftsteller als belanglos abtat und behauptete,

„daß eine namenlose junge Frau, die irgendwo in einem Berliner Vorort des Ostens täglich in der sozialen Fürsorge steht, in dieser Frage, ob ein Schutzgesetz notwendig ist, mir eine größere Autorität ist als die gesamte preußische Dichterakademie.“¹⁶⁸

¹⁶⁰ Nr. 163.

¹⁶¹ Vgl. Nr. 149, Nr. 150.

¹⁶² Vgl. Nr. 158, Nr. 160, Nr. 163, Nr. 205, Nr. 217.

¹⁶³ So berichtet von Ernst Mayer; vgl. Mayer an Heuss, 31. 7. 1930, in: BArch, N 1221, 59; vgl. Nr. 163, Nr. 205.

¹⁶⁴ Vgl. Nr. 29, Nr. 155.

¹⁶⁵ Vgl. Nr. 96.

¹⁶⁶ Vgl. Nr. 94.

¹⁶⁷ Vgl. Nr. 111.

¹⁶⁸ RT-Bd. 391, S. 8233–8237, Zitat auf S. 8234.

Ein Mitglied der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste, Thomas Mann, meldete sich daraufhin umgehend bei Heuss und warf ihm vor, „die politisch-rankünösen Restaurationstendenzen“ der Zeit zu unterschätzen.¹⁶⁹ Als Konsequenz seiner Befürwortung des Gesetzes gab Heuss auch den Vorsitz des „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller“ ab, zu dessen 1. Vorsitzendem er erst im Vorjahr gewählt worden war.¹⁷⁰ Weniger gestört haben dürfte ihn dagegen, dass Theodor Wolff aus Enttäuschung über die DDP, die nicht, wie von Wolff erwartet, geschlossen gegen das Gesetz stimmte, aus der Partei austrat.

Heuss war ein Verfechter des parlamentarischen Regierungssystems und stand den Elementen direkter Demokratie innerhalb der Weimarer Reichsverfassung skeptisch gegenüber. Die Volkswahl von Hindenburgs zum Reichspräsidenten kommentierte er bitter mit dem Satz, dass „die Deutschen keine Dummheit unterlassen, die zu machen das Schicksal ihnen anbietet“.¹⁷¹ Vor allem hielt er aber Plebiszite für grundsätzlich ungeeignet zur Lösung der komplexen Probleme „der großräumigen Massendemokratie“. So wandte er sich sowohl 1926 gegen den Volksentscheid zur Fürstenenteignung als auch 1929 gegen das Volksbegehren gegen den Youngplan und warnte davor, „unter Demokratie das Segelstreichen vor der Demagogie“ zu verstehen.¹⁷²

Als Parlamentarier übernahm Heuss auch einige repräsentative Ämter in überparteilichen Verbänden wie etwa dem republikanischen Reichsbanner Schwarz Rot Gold,¹⁷³ dem Bund der Auslandsdeutschen oder dem Deutsch-Österreichischen Volksbund. Den stellvertretenden Vorsitz im Bund der Auslandsdeutschen bekam Heuss aufgrund seiner parlamentarischen Beschäftigung mit der Frage der Entschädigung der sogenannten verdrängten Grenzlands- und Auslandsdeutschen angetragen, also derjenigen Deutschen, die vor 1918 in den durch den Friedensvertrag von Versailles vom Deutschen Reich abgetretenen Gebiete gelebt hatten.¹⁷⁴ Aus dem rechtslastigen Bund hätte sich Heuss nach kurzer Zeit fast wieder zurückgezogen; 1926 begrüßte nämlich der Bund der Auslandsdeutschen explizit die neue Flaggenverordnung, mit der die republikanische schwarz-rotgoldene Reichsflagge im Ausland von der schwarzweißroten, an das Kaiserreich erinnernden Handelsflagge begleitet und damit abgewertet wurde.¹⁷⁵ Wie viele andere DDP-Abgeordnete gehörte Heuss ferner dem Vorstand des Deutsch-Österreichischen Volksbundes an, der auf einen Anschluss Deutsch-Österreichs

¹⁶⁹ Mann an Heuss, 17. 12. 1926, in: BArch, N 1221, 381.

¹⁷⁰ Vgl. Nr. 107, Nr. 111.

¹⁷¹ Nr. 93; bereits 1919 hatte Heuss für eine Wahl des Präsidenten durch das Parlament statt durch direkte Volkswahl plädiert; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 120.

¹⁷² Nr. 138; vgl. Nr. 108.

¹⁷³ Vgl. Nr. 106.

¹⁷⁴ Vgl. Nr. 102, Nr. 117, Nr. 140.

¹⁷⁵ Vgl. Nr. 105; zum Flaggenstreit vgl. W. RIBBE, Flaggenstreit.

an das Deutsche Reich hinarbeitete.¹⁷⁶ Seine Beschäftigung mit diesem Themenkomplex reicht bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik zurück, denn bereits Heuss' vehemente Ablehnung des Versailler Vertrags gründete auch in dem darin formulierten Anschlussverbot, gegen das er in den folgenden Jahren wiederholt in Briefen, aber auch emotional aufgeladenen Reden und Aufsätzen Stellung bezog.¹⁷⁷

Realistischer war seine Haltung bei der Frage der Deutschland auferlegten Reparationsleistungen. Eine konstruktive Haltung zum Dawes- und später zum Youngplan war ihm nicht nur Lackmestest für die Regierungsfähigkeit der rechtsgerichteten Parteien.¹⁷⁸ Vielmehr verteidigte er gerade die lange Laufzeit des Youngplans und damit die Streckung der Reparationszahlungen gegen das „dumme“ und „sentimentale“ Gerede von der „Versklavung“ der Enkel mit dem Hinweis auf die faktische Reduktion der zu zahlenden Summe durch die Inflation und mit der Notwendigkeit, der jetzigen Generation eine wirtschaftliche Zukunft aufzuzeigen.¹⁷⁹

Diese Stellungnahme aus dem Jahre 1929 fiel bereits in die zweijährige Reichstagsabstinenz von Heuss. Aufgrund des Stimmenrückgangs für die DDP bei den Reichstagswahlen von 1928 hatte er sein Mandat nicht verteidigen können. Die unfreiwillige Unterbrechung seiner politischen Laufbahn überbrückte er durch seine verstärkte Beschäftigung mit Buchprojekten wie der oben erwähnten Naumannbiographie oder dem Gedenkbuch der Reichsregierung. Zusätzlich übernahm er einen Auftrag der Historischen Reichskommission, für die er Politiker wie Wilhelm Marx und Friedrich von Payer um ihre Erinnerungen zu historisch-politischen Ereignissen bat.¹⁸⁰

Krise der Partei und des Parteienstaats

Das Ende der Großen Koalition im März 1930, der darauf folgende Übergang zum Präsidialregime und die Auflösung des Reichstags im Juli markieren eine der tiefsten Zäsuren in der Geschichte der Weimarer Republik.¹⁸¹ Die politische Entscheidungsfindung verlagerte sich aus dem Parlament heraus und beruhte hinfort auf dem persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen Reichspräsident und Reichskanzler, der einem sich überparteilich gebenden bürokratischen Notverordnungsregime vorstand. Unter der Androhung der wiederholten Reichs-

¹⁷⁶ Vgl. Nr. 100, Nr. 102; zur Haltung der DDP zur Anschlussfrage und zu ihren anderen nationalstaatlichen Revisionszielen vgl. J. C. HESS, Deutschland, S. 184–251.

¹⁷⁷ Vgl. Nr. 24, Nr. 100; zu Heuss' Haltung im Zusammenhang vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 150–163.

¹⁷⁸ Vgl. Nr. 82, Nr. 137, Nr. 138.

¹⁷⁹ Vgl. Nr. 137.

¹⁸⁰ Vgl. Nr. 142, Nr. 146.

¹⁸¹ Vgl. A. WIRSCHING, Weimarer Republik, S. 33f.

tagsauflösung wurden die Parteien dazu gebracht, diese Praxis zu akzeptieren, sofern sie von diesen ohnehin nicht als alternativlos angesehen wurde. Denn die Rückkehr zum Parlamentarismus war durch den enormen Stimmenzuwachs der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom September 1930 blockiert, der jede vernünftige Koalitionsbildung ausschloss.

Schon im Vorfeld der Wahlen war abzusehen, dass die bürgerlichen Parteien, insbesondere die DDP und die DVP, weitere Stimmverluste zu gewärtigen hatten. So setzte unmittelbar mit der Auflösung des Reichstags eine hektische Phase des Verhandels ein, um beide liberale Parteien und einige links von der DNVP angesiedelte Splitterparteien stärker aneinander zu binden oder sogar zu vereinigen. Auch Heuss plädierte für eine Annäherung in Form eines gemeinsamen Reichswahlvorschlages von DDP und DVP, angeregt durch die Tatsache, dass beide Parteien in Württemberg seit ihrem gemeinsamen Regierungseintritt im Januar 1930 einvernehmlich gearbeitet hatten.¹⁸² Der Parteiführer Koch-Weser schlug jedoch mit der Gründung der Deutschen Staatspartei, in der die DDP, die Volksnationale Reichsvereinigung und ein Teil der eher der DVP zuneigenden jungliberalen Clubbewegung aufgingen, einen anderen, in der Partei heftig umstrittenen Weg ein.¹⁸³ Heuss folgte zwar Koch-Weser und konzidierte ihm sogar das Recht zum innerparteilichen „Staatsstreich“,¹⁸⁴ wollte aber die Tür zu weiteren Zusammenschlüssen und Kooperationen, anders als Koch-Weser, offen halten:

„Ich für meine Person würde die Tatsache eines meinethalben auch inhaltslosen gemeinsamen Wahlaufrufs begrüßt haben, denn er würde als Überbrückung des Parteienpartikularismus und als Bekundung eines bürgerlichen Machtwillens zunächst psychologisch gewirkt haben.“¹⁸⁵

Auf Befremden und auch Ablehnung stieß bei vielen Parteimitgliedern der Pakt mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, die ihre Ursprünge in der bündischen Bewegung des Jungdeutschen Ordens hatte und antisemitische Züge trug. Heuss betonte dagegen die Chancen, die für die DDP in dieser Öffnung zur Jugend beständen, und erinnerte in historischer Parallele an das Misstrauen, welches eine Generation zuvor dem Stöcker-Schüler und Antikapitalisten Friedrich Naumann entgegenschlug, als dieser mit seiner national-sozialen Bewegung dem linksliberalen Freisinn beitrug.¹⁸⁶ Umso enttäuschter zeigte sich Heuss, als die Volksnationalen kurz nach der Wahl nach Querelen über die politische Ausrichtung der neuen Partei ihren Austritt verkündeten, was er als „ungewöhnliches Maß von

¹⁸² Vgl. Nr. 149, Nr. 150, Nr. 158, Nr. 162.

¹⁸³ Vgl. Nr. 159.

¹⁸⁴ Nr. 161. Koch-Weser hatte die Parteigremien bei seinem Vorgehen vor vollendete Tatsachen gestellt.

¹⁸⁵ Nr. 162.

¹⁸⁶ Vgl. Nr. 159, Nr. 162.

sachlicher und menschlicher Illoyalität“ empfand.¹⁸⁷ Denn durch den Austritt der „Jungdo-Leute“ war der Fraktionsstatus der DStP akut gefährdet; lediglich durch den späteren Übertritt eines Mitglieds der Deutschen Bauernpartei konnte sie die notwendige Anzahl von 15 Abgeordneten erreichen und damit ihre Vertretung in den parlamentarischen Arbeitsausschüssen sicherstellen.¹⁸⁸

In den Jahren bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Januar 1933 sondierte Heuss immer neue Kombinationen, die Restbestände der bürgerlichen Mittelparteien einander anzunähern und sie damit aus der Bedeutungslosigkeit herauszuholen. Seine Hoffnungen, mit der DVP in ein engeres Verhältnis zu kommen, erlitten allerdings im Oktober 1931 einen herben Rückschlag, als die DVP auf die Seite von NSDAP und DNVP wechselte und sich einem Misstrauensvotum gegen Reichskanzler Brüning anschloss.¹⁸⁹ Auch spätere Verhandlungen scheiterten regelmäßig an der Forderung der DVP, bei der eventuellen Neugründung einer bürgerlichen Partei auch die DNVP miteinzubeziehen. Um diesen Preis kam eine Einigung für Heuss jedoch nicht in Frage:

„Aber wenn ich aus den mannigfachen Berichten über die Konferenzen mir ein Bild machen kann, möchte die eine Gruppe eine bürgerliche Partei stellen, die sich à la suite der Regierung Papen und der Nationalsozialisten fühlt. Die andere Gruppe will aus dem Bürgertum das noch herausholen, was sich nicht der Suggestion unterwirft und sich gegen Generalspolitik und halbsozialistische Experimente wehrt.“¹⁹⁰

Schließlich folgten die verschiedenen Landtags-, Reichspräsidenten- und Reichstagswahlen im Jahr 1932 so schnell aufeinander, dass die Sondierungsgespräche nie über Verhandlungen zu Listenverbindungen und Fraktionsgemeinschaften hinaus kamen.¹⁹¹ Stimmen innerhalb der eigenen Partei, die DStP aufzulösen, um so Platz für eine Neugründung zu schaffen, wehrte Heuss mit dem Argument ab, so die noch relativ starken Bastionen der Partei in Württemberg und Hamburg zu untergraben.¹⁹² Nachdem eine weiter gefasste Umbildung der Parteienlandschaft nicht vorankam, reduzierte sich für Heuss die Alternative schließlich auch auf „Weiterführen oder Neuaufbau der linksbürgerlichen Mitte“.¹⁹³

Die Wähler hatten zu diesem Zeitpunkt ihr Urteil über die DStP schon längst gefällt. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 erzielte sie lediglich vier, bei den Wahlen vom November 1932 nur noch zwei Mandate. Heuss sah sich bei diesen letzten freien Reichstagswahlen zudem von der Parteiführung im Reich

¹⁸⁷ Nr. 171; vgl. Nr. 169.

¹⁸⁸ Vgl. Nr. 170.

¹⁸⁹ Vgl. Nr. 185a.

¹⁹⁰ Nr. 201.

¹⁹¹ Vgl. Nr. 201, Nr. 202, Nr. 203, Nr. 216.

¹⁹² Vgl. Nr. 198.

¹⁹³ Nr. 218.

und in Württemberg um einen sicheren Listenplatz betrogen.¹⁹⁴ Unter diesen Umständen wies er Überlegungen, ihm das Amt des Parteiführers anzutragen, sofort zurück.¹⁹⁵ Auf Reichsebene hielt er zum Jahreswechsel 1932/33 die Zeit der DStP für abgelaufen und glaubte, „daß die Partei isoliert in naher Zeit nicht noch einmal in den Kampf geführt werden“ könne.¹⁹⁶

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Im Reichstagswahlkampf des Jahres 1930 geriet Heuss erstmals in direkte Konfrontation mit der nationalsozialistischen Bewegung. Als Wahlkämpfer und Redner schien ihm dabei eine erfolgreiche politische Auseinandersetzung nicht nur eine Frage der Argumente, sondern auch eine der bürgerlichen Courage zu sein. Typisch hierfür ist sein Bericht von einer Wahlkampfveranstaltung in Bad Mergentheim, bei der er und der örtliche Parteivorsitzende einen nationalsozialistischen Störtrupp „gleich dermaßen schwäbisch anfaßten, daß sie nach einigem Geschrei völlig still wurden“.¹⁹⁷ Ähnlich forderte er ein Jahr später, dass man „gerade den Nationalsozialisten ganz primitiv zeigen muß, daß man gegenüber ihrem massierten Gefühl der Herrschaft keine Angst hat. Man hilft damit auch einer teilweise eingeschüchterten Gesellschaft über feige Empfindung hinweg.“¹⁹⁸

Angeregt von einer Rede in Tübingen gab die Union Deutsche Verlagsgesellschaft im März 1931 bei Heuss eine Darstellung des Nationalsozialismus in Auftrag, die Anfang 1932 unter dem Titel „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“ erschien.¹⁹⁹ Heuss konzipierte sie nicht als Wahlkampfbroschüre, sondern bemühte sich um eine Darlegung von Ideologie und Zielsetzung der NSDAP und ihres Parteiführers. „Ohne laute Polemik, eine sachliche Auseinandersetzung, mit ziemlich viel Ironie durchsetzt“, so fasste er selbst die Intentionen seiner Schrift zusammen, als deren Publikum er vor allem Studenten im Auge hatte, die ihm offenbar besonders anfällig für den Nationalsozialismus schienen.²⁰⁰ Seine Studie war das erste einschlägige Buch zum Thema²⁰¹ und wurde in drei Sprachen übersetzt. Der von Heuss verfolgte Ansatz, durch die Analyse ihrer wichtigsten Schriften so etwas wie eine Programmatik der NSDAP herauszuarbeiten und damit einen Beitrag zur „deutschen Parteilsgeschichte“ zu liefern,²⁰² ließ dabei zwangsläufig die revolutionäre Dynamik der

¹⁹⁴ Vgl. Nr. 217, Nr. 219, Nr. 220, Nr. 221.

¹⁹⁵ Vgl. Nr. 224.

¹⁹⁶ Nr. 226.

¹⁹⁷ Nr. 166.

¹⁹⁸ Nr. 176.

¹⁹⁹ Vgl. Nr. 186; TH. HEUSS, *Hitlers Weg*.

²⁰⁰ Nr. 193; vgl. Nr. 195.

²⁰¹ So E. JÄCKEL, *Einleitung*, S. XXXVIII.

²⁰² TH. HEUSS, *Hitlers Weg*, *Vorbemerkung*.

NS-Bewegung nicht ausreichend in sein Blickfeld geraten.²⁰³ Zudem verkannte Heuss sowohl die politischen Fähigkeiten Hitlers – „Der Kerl ist einfach, auf sich selber gestellt, feig“²⁰⁴ – als auch, befangen durch seine „wohlbürgerliche Erziehung“, wie Heuss selbst rückblickend einräumt, das Maß an Brutalität, zu der die NS-Bewegung fähig war.²⁰⁵ Damit stand er keineswegs allein. Typisch für die Unterschätzung der NSDAP innerhalb der bürgerlichen Parteien waren Gedankenspiele der DStP, die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen und sie dort „abwirtschaften“ zu lassen. Heuss erteilte diesen Planspielen eine Absage, allerdings nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil er dadurch die außenpolitische Stabilität gefährdet sah.²⁰⁶

Mit den Wahlen vom Juli 1932, bei denen die NSDAP stärkste Fraktion im Reichstag wurde, sah Heuss ihren Zenit überschritten. Aber auch wenn sie bei künftigen Wahlen Verluste einfahren werde, warnte er davor, sich auf einen „raschen Schwund“ der Nationalsozialisten einzustellen. Denn neben „dem Treibholz, was ihnen von der Zeit zugeschwemmt wurde“, stehe ein Apparat, „der für Tausende von Menschen heute Inhalt auch ihres beruflichen Seins geworden ist.“²⁰⁷ Durch den Austritt Gregor Strassers im Dezember 1932 schien ihm die NSDAP aber entscheidend geschwächt,²⁰⁸ und bei möglichen Neuwahlen sah er sogar eine Chance, dass die bürgerlichen Gruppierungen links von der DNVP als „anonyme Regierungspartei“ des Reichskanzlers Kurt von Schleicher den Weg zurück aus der politischen Bedeutungslosigkeit fänden.²⁰⁹

Da zu seinen politischen Weggefährten, Freunden und Briefpartnern zahlreiche Juden gehörten, zeigte er sich vom Antisemitismus der NSDAP besonders beschämt.²¹⁰ Dass er selbst von den Nationalsozialisten 1930 als einwandfreier „Rassejude“ bezeichnet wurde, belustigte ihn dagegen eher²¹¹ – ganz im Gegensatz zu dem mit ihm befreundeten Politiker und Historiker Walter Goetz, der sich gegen eine ähnliche Behauptung gerichtlich zur Wehr setzte. Auch als ihn 1932 ein örtliches NSDAP-Blatt als „Freimaurer und Jude“ begrüßte, sah Heuss von einer Beleidigungsklage ab,

„da ich unter den persönlichen und politischen Freunden sehr viele habe, die sowohl Jude als Freimaurer sind, und ich mich an sich ja natürlich nicht in die Lage bringen möchte, daß solche Begriffe oder Tatsachen als Beleidigungen angesehen werden“.²¹²

²⁰³ Vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 177–191.

²⁰⁴ Nr. 223.

²⁰⁵ Heuss an Alfred Wiener, 22. 4. 1951, in: BArch, N 1221, 216; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 190f.

²⁰⁶ Vgl. Nr. 190, Nr. 193.

²⁰⁷ Nr. 212; vgl. auch Nr. 227.

²⁰⁸ Vgl. Nr. 226, Nr. 227.

²⁰⁹ Nr. 226.

²¹⁰ Vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 183.

²¹¹ Vgl. Nr. 192, Nr. 195.

Familie und Freunde

Eine Aufteilung in politische Korrespondenz und persönliche Korrespondenz ist bei Heuss kaum möglich. Gerade weil der familiäre Rückhalt für ihn von elementarer Bedeutung war, ließ er seine Familie an all seinen Lebensbereichen teilhaben. So gehören zu den wichtigsten Briefpartnern der Weimarer Jahre seine Ehefrau Elly Heuss-Knapp, sein Schwiegervater Georg Friedrich Knapp und zunehmend auch sein Sohn Ernst Ludwig Heuss.

Das Ehepaar Heuss sah sich desöfteren über Wochen hinweg nicht und hielt in dieser Zeit über einen intensiven, mitunter fast täglichen Briefaustausch Kontakt. Grund hierfür waren nicht nur die ausgedehnten Wahlkampfreisen von Theodor Heuss, sondern auch zahlreiche Kuraufenthalte seiner Ehefrau. Vor allem Elly Heuss-Knapp bestand in dieser Zeit darauf, über die wichtigsten Ereignisse auf dem Laufenden gehalten zu werden und zeigte sich enttäuscht und manchmal sogar ungehalten, wenn ihr Mann seinen Briefpflichten nicht nachkam. So endeten ihre Briefe schon einmal mit der bündigen Aufforderung: „Lebwohl. Rauche wenig, iss viel, trink nix. Schreib!“²¹³ Selbst wenn die Briefe an seine Frau politische Themen zum Inhalt hatten, unterscheiden sie sich von dem häufig etwas atemlosen Ton seiner sonstigen politischen Korrespondenz und liefern mitunter kleine, reizvolle Miniaturen. Andere Briefe geben Einblicke in die Probleme des Alltags und schildern Besuche bei ihrem gemeinsamen weitgestreckten Bekannten- und Freundeskreis.

Gelegentlich gönnte sich Heuss Urlaub von Familie und Beruf und unternahm alleine Reisen in die Alpen, auf den Balkan oder nach Italien,²¹⁴ von denen er seiner Frau humorvolle und auch sehnsuchtsvolle Briefe, wie beispielsweise 1928 aus Venedig, schrieb:

„Es ist im übrigen von der unendlichen Fülle des Schönen und Anmutigen nichts im einzelnen zu berichten – die Aufnahme der Eindrücke diesen Morgen vollzog sich nicht ganz einfach, weil ich immer an Dich dachte, und zwar nicht an die freundwillige Mitgenießerin schöner Bilder, sondern an das schöne Bild selber. Hast Du die Liebkosung von Seele und Leib gespürt?“²¹⁵

Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp waren aber auch eine politische und literarische Arbeitsgemeinschaft. So berieten und halfen sie sich etwa gegenseitig bei ihren Buchprojekten.²¹⁶ Zu Beginn der Weimarer Republik – Elly Heuss-Knapp gehörte wie ihr Mann der DDP an – standen ihre Chancen, ein Mandat

²¹² Nr. 215.

²¹³ Heuss-Knapp an Heuss, 19. 8. 1930, in: FA Heuss, Basel.

²¹⁴ Vgl. Nr. 53, Nr. 101, Nr. 129, Nr. 130.

²¹⁵ Nr. 130.

²¹⁶ Vgl. Heuss-Knapp an Heuss, 21. 5. 1926, in: FA Heuss, Basel; vgl. Nr. 104, Nr. 110.

für die Nationalversammlung zu erzielen, sogar besser als die seinigen.²¹⁷ In späteren Jahren versuchte Heuss den Bekanntenkreis seiner Ehefrau, der vor allem in das theologisch-evangelische Milieu hineinreichte, für die DDP/DStP bzw. seine eigene Kandidatur zu gewinnen.²¹⁸

Auch mit seinem 1926 verstorbenen Schwiegervater Georg Friedrich Knapp liegt ein dichter Briefwechsel vor, der von Seiten Heuss' allerdings weniger vertraut und in verehrungsvollerem Ton gehalten ist. Knapp, der bis 1918 an der Universität Straßburg unterrichtet und zu den Leitfiguren des sozialen Liberalismus gehört hatte, war nach der Abtretung des Elsass zur Übersiedelung nach Deutschland gezwungen. Heuss sah es als selbstverständliche Pflicht an, Knapp in diesen schwierigen Nachkriegsjahren in jeder ihm möglichen Form zu unterstützen.²¹⁹

Ernst Ludwig Heuss, der 1910 geborene Sohn, war seit 1926 im Landschulheim Holzminden am Solling untergebracht. Seine Eltern besuchten ihn dort so häufig wie möglich und legten großen Wert auf regelmäßige „Berichtsbriefe“. Heuss führte seinen Sohn behutsam an politische Problemstellungen heran, berichtete etwa von seiner Parlamentsarbeit oder stellte seinen Rat bei staatsbürgerlichen Referaten zur Verfügung.²²⁰ Auch nachdem Ernst Ludwig Heuss 1930 ein Studium aufgenommen hatte, tauschte der Vater sich regelmäßig mit seinem Sohn aus und war froh, als dieser sich endgültig für Jura entschied, „nachdem er sich zunächst in die von mir mißtrauisch betrachtete Soziologie verirrt hatte“.²²¹ Gegen Ende der Weimarer Republik spielte sein Sohn mit dem Gedanken, in die SPD einzutreten, worauf Heuss ebenso betroffen wie verunsichert reagierte:

„Ich fühle mich auch in einer schwachen Position, weil ich als junger Mensch ja eine andere politische Meinung hatte als mein Vater, und weil ich nicht recht weiß, was ich ihm Glänzendes über die Staatspartei sagen kann. Ich kann ihm nur Bosheiten über die Sozialdemokraten sagen.“²²²

Adressat dieser Klage war Friedrich Mück, sein wohl engster und ältester Freund, der als Bankdirektor in Heilbronn lebte. Mück sorgte als einflussreiches DDP-Mitglied nicht nur dafür, dass Heuss über Interna des württembergischen Landesverbandes gut informiert war, sondern beriet das Ehepaar Heuss auch in finanziellen Dingen und bei anderen lebenspraktischen Problemen.²²³ Besonderes

²¹⁷ Vgl. Nr. 18.

²¹⁸ Vgl. Nr. 73, Nr. 218.

²¹⁹ Vgl. Nr. 38, Nr. 59, Nr. 66.

²²⁰ Vgl. Nr. 115, Nr. 118, Nr. 119.

²²¹ Nr. 192; vgl. Nr. 204.

²²² Nr. 225.

²²³ Die im Nachlass von Heuss enthaltene Korrespondenz zwischen Heuss und Mück enthält mehr als zweihundert Schreiben, wobei die Schreiben von Mück an Heuss deutlich überwiegen; vgl. BArch, N 1221, 269.

Vergnügen bereitete es dabei sowohl Heuss als auch Mück, per Stenografie zu korrespondieren. Als sein Freund Ende 1931, ausgelöst durch die wirtschaftliche Krisensituation, in so tiefe Depression verfiel, dass er sich in eine psychiatrische Klinik einweisen ließ, war Heuss tief betroffen und nahm an seinem Schicksal mit warmen Worten Anteil.²²⁴

Das Werden und Wachsen einer anderen lebensbestimmenden Freundschaft lässt sich quer durch den Briefband verfolgen. Gemeint ist diejenige zu dem österreichischen Nationalökonom und Publizisten Gustav Stolper. Auf ein erstes Aufeinandertreffen in Wien, bei dem sich Heuss bereits sicher war, dass es „dort und hier seine Wiederholung finden wird“,²²⁵ folgten ein reger Briefwechsel und bald auch gemeinsame Reisen. Aus dem „Lieben Stolper“ wurde der „Liebe Freund“ – immer noch gesiezt – und schließlich der „Liebe Gustav“. Die Freundschaft erstreckte sich bald auch auf die jeweiligen Ehefrauen; Toni Stolper wurde zudem 1924 als regelmäßige Mitarbeiterin für die „Deutsche Nation“ gewonnen.²²⁶ Mit der Übersiedlung des Ehepaares Stolper nach Berlin im Jahr 1925 wurden die Kontakte so eng, dass sie kaum mehr briefliche Spuren hinterlassen. Heuss arbeitete seitdem nicht nur, wie oben erwähnt, für den „Deutschen Volkswirt“ von Stolper, sondern man saß von 1930 bis 1932 auch gemeinsam für die DStP im Reichstag.

Das Wiener Zusammentreffen zwischen Heuss und Stolper war von Friedrich Naumann angeregt worden,²²⁷ und auch viele andere Briefpartnerschaften verweisen in der einen oder anderen Weise auf das um Friedrich Naumann gebildete Freundschafts- und Bekanntschaftsgeflecht. Zum Naumann-Kreis, den das Bekenntnis zum nationalen Machtstaat, verbunden mit der Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, einte, gehörten als Naumanns Weggefährten – und Briefpartner von Heuss – etwa Martin Rade oder Paul Rohrbach und als Multiplikator der Naumann'schen Ideen an erster Stelle Ernst Jäckh, der, wie Heuss in seinen Erinnerungen zu Recht festhält, „ein paarmal Weichensteller meines äußeren Schicksals gewesen ist“.²²⁸ Für Heuss bildete die Zugehörigkeit zum Naumann-Kreis einen unablösbaren Bestandteil seines persönlichen und politischen Werdegangs und zugleich ein auf den ersten Blick nicht sichtbares, aber doch untrügliches Erkennungszeichen politischen Gleichklangs; er vermerkte selbst, wenn sich ein Hotelbesitzer ihm gegenüber als alter „Naumannianer“ zu erkennen gab.²²⁹ Zum Teil überschritten sich die Freunde

²²⁴ Vgl. Nr. 187, Nr. 193.

²²⁵ Nr. 12.

²²⁶ Vgl. Nr. 80.

²²⁷ Vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 224.

²²⁸ Ebd., S. 216; zur Unterscheidung in Weggefährten und Multiplikatoren innerhalb des Naumann-Kreises vgl. U. KREY, Demokratie, S. 77f.

²²⁹ Vgl. Nr. 106.

und Bekanntschaften aus dem Naumann-Kreis mit Kommilitonen und akademischen Lehrern, die Heuss noch während seiner Münchner Studienzeit kennen gelernt hatte. So blieb der Kontakt zu seinem Doktorvater Lujo Brentano und zu dem damaligen Privatdozenten Walter Goetz zeitlebens eng und wandelte sich vom „Schülerverhältnis“ zur „Freundschaft“.²³⁰ Es spricht aber für sein besonderes Talent, Freundschaften zu pflegen – und sein wichtigstes Medium dazu waren Briefe –, wenn auch Jahrzehnte nach dem gemeinsamen Studium ehemalige Studienfreunde wie Willy Andreas, Julius Bab oder Wilhelm Cohnstaedt nicht aus seinem Blickfeld gerieten.

So konnte sich Heuss auch sicher sein, dass ihn der erneute Verlust des Reichstagsmandats im November 1932, obwohl schmerzlich in seinen Begleitumständen, nicht von den für ihn wichtigen Diskussionszusammenhängen abschneiden würde. Er selbst trug die Situation mit einigem Humor. Das familiäre Leben stehe eben jetzt „in der Tendenz heroischer Sparsamkeit. Ich habe mich zum Beispiel gestern auf eine Zigarre beschränkt, und Elly ist entschlossen, auf den Kuchen beim Nachmittagskaffee zu verzichten.“²³¹ Zudem schien seine Arbeit für die Deutsche Hochschule für Politik vorerst ungefährdet, da sich Jäckh, „schlau wie er ist“, schon „auf die Naziherrschaft eingerichtet“ habe.²³² Mit Radiovorträgen, wissenschaftlichen Artikeln und Publikationen sah Heuss genügend Arbeitsvorhaben vor sich liegen; außerdem „muß und kann ja wohl mit der Naumannarbeit ernstlich begonnen werden“.²³³ So gilt der letzte hier abgedruckte Brief, eine Woche vor der Machtübertragung an Hitler verfasst und an einen nicht näher bekannten Dr. Friedrich adressiert, erneut Friedrich Naumann und der Frage, woran sich politischer Erfolg messen lasse:

„Das Problem des ‚erfolglosen‘ Politikers bleibt immer in dem Sinn offen, als die Frage offen bleibt: was ist politischer Erfolg, und hier wird der Standpunkt des Betrachtenden, der Zeitpunkt des Betrachtens und der Zeitabschnitt des Betrachteten immer wesentlich sein.“²³⁴

Danksagung

Die Planung und Durchführung eines so anspruchsvollen und umfangreichen Projekts wie das der Edition „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“ ruht auf vielen Schultern. Für die fortwährende Unterstützung und wohlwollende Begleitung danke ich dem Kuratorium der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, bis 2006 unter dem Vorsitz von Lord Ralf Dahrendorf, seit 2007 von Dr. Wolf-

²³⁰ Vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 315.

²³¹ Nr. 222.

²³² Nr. 223.

²³³ Nr. 222.

²³⁴ Nr. 229.

gang Gerhardt MdB, außerdem dem Vorstand unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch sowie dem wissenschaftlichen Beirat, bis 2006 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dieter Langewiesche, seit 2007 von Prof. Dr. Andreas Wirsching. Der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Thomas Hertfelder, hat regen Anteil an dem Projekt genommen und bei zahlreichen Fragen und Problemen sachkundig zur Seite gestanden.

Mein besonderer Dank gilt dem wissenschaftlichen Leiter des Editionsprojektes, Dr. Ernst Wolfgang Becker, sowie dem Editionsbeirat, der sich aus dem wissenschaftlichen Beirat konstituiert hat und dem Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Dr. Hans Peter Mensing, Prof. Dr. Angelika Schaser und Prof. Dr. Andreas Wirsching angehören. Dieses Gremium hat auf zahlreichen Sitzungen mit der Editionsleitung, der Geschäftsführung und den Bearbeitern das Editionsprojekt kritisch und konstruktiv begleitet und einen wichtigen Beitrag bei der Formulierung von Editionsrichtlinien geleistet. Zudem haben einzelne Editionsbeiräte besondere Verantwortung für die Begutachtung einzelner Bände der Briefreihe übernommen. Für den vorliegenden Band danke ich besonders Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig für den kritischen und äußerst hilfreichen Austausch über die Briefauswahl sowie über inhaltliche Belange. Auch der fruchtbare Kontakt zu den Bearbeitern der anderen Bände ist dem Projekt zugute gekommen.

Der Lektüre des Manuskripts haben sich dankenswerterweise Dr. Ernst Wolfgang Becker, Dr. Frieder Günther, der Bearbeiter des Bandes der Briefe 1892–1917, und Prof. Dr. Jürgen C. Heß unterzogen. Ihnen allen danke ich für ihre zahlreichen Hinweise und Anregungen. Bei Verena Lehmbruck, Rebecca Schaarschmidt und Florian Burkhardt bedanke ich mich für ihre Mithilfe bei der Überprüfung der Abschriften und der Erstellung der Kurzbiographien für das Personenregister.

Dieses Editionsprojekt hätte nicht auf diese Weise durchgeführt werden können, wenn nicht zahlreiche öffentliche Archive, Bibliotheken und andere Einrichtungen sowie Privatpersonen so hilfreich mitgewirkt hätten. An erster Stelle möchte ich Ursula Heuss-Wolff und Dr. Ludwig Theodor Heuss für den Vertrauensbeweis danken, aus ihrem Familienarchiv in Basel die so wichtige Privatkorrespondenz von Theodor Heuss mit seinem Schwiegervater, mit seiner Frau und seinem Sohn für das Projekt beizusteuern. Darüber hinaus gilt mein Dank insbesondere den Leitungen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern folgender Einrichtungen und Privatpersonen, von denen Briefe in dem vorliegenden Band zum Abdruck gekommen sind: Antiquariat AJM (Göttingen), Architektursammlung der Berlinischen Galerie (Berlin), Archiv der Robert Bosch GmbH (Stuttgart), Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (München), Archiv des Leo Baeck Institutes (New York), Archiv des Liberalismus (Gummersbach), Bundesarchiv (Koblenz/Berlin), Deutsches Kunstarchiv des Germanischen Nationalmuseums (Nürnberg), Deutsches Literaturarchiv (Marbach a. N.), Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin),

Goethe- und Schiller-Archiv (Weimar), Hauptstaatsarchiv Düsseldorf bzw. Prof. Dr. Jürgen Becker (GEMA), Historisches Archiv der Stadt Köln, Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt a. M.), Karl Ernst Osthaus-Museum (Hagen), Landesarchiv Baden-Württemberg/Badisches Generallandesarchiv (Karlsruhe), Landesarchiv Baden-Württemberg/Hauptstaatsarchiv (Stuttgart), Landesarchiv Berlin, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin), Privatarchiv Hans Bruckmann (Heilbronn), Privatarchiv Elsbeth Haule (Heilbronn), Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (Berlin), Stadtarchiv Mannheim, Stadtarchiv Stuttgart, Stadtarchiv Ulm, Universitätsarchiv Tübingen, Universitätsbibliothek Marburg, Württembergische Landesbibliothek (Stuttgart). Zahlreiche Stadtarchive gaben zudem bereitwillig Auskunft bei der Suche nach Angaben für das biographische Personenregister.

Und schließlich geht mein Dank an den Verleger Prof. Dr. h.c. mult. Klaus G. Saur und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verlages K. G. Saur (München), vor allem an die Verlagsleiterin Clara Waldrich, an die Leiterin des Lektorats Barbara Fischer und an den Herstellungsleiter Manfred Link, für die sorgfältige Betreuung des Bandes. Dr. Rainer Ostermann danke ich für die umsichtigen Satzarbeiten.

Zur Edition

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus hat gemeinsam mit dem Editionsbeirat und den Bearbeitern der Einzelbände detaillierte Editionsrichtlinien vereinbart, die den wissenschaftlichen Standard und die Einheitlichkeit der Edition gewährleisten sollen. Im Folgenden werden nur die Aspekte erwähnt, die für die Lektüre der Briefe von Bedeutung sind.

Die Edition der Briefe von Theodor Heuss kann auf vier zentrale Bestände zurückgreifen. Einem Wunsch von Heuss folgend, erhielt das Bundesarchiv den politisch ausgerichteten Bestandteil des Nachlasses, das Deutsche Literaturarchiv in Marbach den schriftstellerisch-kulturpolitischen Teil. Schriftstücke familiären bzw. privaten Charakters gingen in die Obhut der Schwiegertochter von Theodor Heuss, Ursula Heuss-Wolff, nach Basel. Neben dem politischen, literarischen und familiären Nachlassstrang sind für die Jahre 1949–1959 die Akten des Bundespräsidialamtes aus der Amtszeit von Heuss unverzichtbar.

In diesen Beständen sind vor allem für die Zeit vor 1949 in der Regel die *an* Theodor Heuss gerichteten Schreiben abgelegt, *von ihm selber* hingegen sind dort nur wenige maschinenschriftliche Durchschläge und selten eigenhändige Schreiben überliefert. Deshalb musste der Fokus der Recherchen auf die Nachlässe der zahlreichen Korrespondenzpartner erweitert werden. Diese sehr ertragreiche Suche in öffentlichen und privaten Archiven führte die Bearbeiter zu vielen bisher unbekanntem Heuss-Schreiben.

Für den vorliegenden Band wurden von den knapp 1.100 nachgewiesenen Heuss-Schreiben, die vom Januar 1918 bis zum Januar 1933 reichen, 229 plus vier Anlagen ausgewählt. Die Auswahl orientiert sich an der biographischen und zeitgeschichtlichen Relevanz der jeweiligen Schreiben. Es sollen Einblicke in die verschiedenen Aspekte des Lebens und der Persönlichkeit von Theodor Heuss gewährt werden, auch in den Alltag und das private Umfeld, ohne dabei eine „Schlüsselloch-Perspektive“ zu bieten. Die Haltung von Heuss zu den großen und kleinen Themen seiner Zeit und sein Handeln in diesen Kontexten können ein Stück Zeitgeschichte offenlegen. Neben dieser inhaltlichen Komponente wurde der Auswahlprozess bisweilen auch durch den Rang des Adressaten gesteuert. Ferner wurde versucht, die Spannweite des Kommunikationsnetzes von Heuss abzubilden. Selbst Briefe scheinbar „banalen“ oder technischen Charakters können exemplarisch zum Abdruck kommen, wenn sie einen wichtigen Aspekt der Tätigkeitsfelder von Heuss verdeutlichen.

Aufgenommen werden ausschließlich Dokumente, die *von* Theodor Heuss verfasst wurden, in Ausnahmefällen in seinem Auftrag oder gemeinsam mit anderen Autoren: Schreiben (geschlossene Versandtechnik), Post- oder Ansichtskarten,

Rundschreiben oder Übertragungen von Stenogrammen. Auch Gattungen wie Gutachten oder Briefentwürfe, die für bestimmte Personen erstellt wurden und damit einen Adressaten haben, können Aufnahme finden, entweder als eigenständiges Dokument oder als Anlage zu den zugehörigen Schreiben. Die Schreiben sind in chronologischer Folge und vollständig abgedruckt. Es wird möglichst die behändigte Ausfertigung abgedruckt, so wie sie den Empfänger erreichte.

Jedem Schreiben ist ein *Dokumentenkopf* vorangestellt, der folgende Angaben umfasst:

- Fortlaufende Nummerierung.
- Persönlicher oder institutioneller Adressat einschließlich akademischer Grade und Ort des Empfängers. Bei Rundschreiben werden die nachweisbaren Empfänger im Kommentar erwähnt. Altertümliche Schreibweisen von Orten werden nach Vorlage wiedergegeben, verschiedene Schreibweisen eines Ortes in der Regel vereinheitlicht. Geht die Ortsangabe nicht aus dem Schreiben hervor, kann sie aber erschlossen werden, wird sie in eckigen Klammern eingefügt.
- Datierung des Briefes und Wohn- bzw. Aufenthaltsort des Verfassers einschließlich Straße, Hotel oder Institution, so wie es aus der Vorlage hervorgeht. Erschlossene Bestandteile dieser Angaben finden sich wiederum in eckigen Klammern.
- Herkunftsnachweis und Beschreibung der Vorlage. Konnte nur eine Kopie eingesehen werden, wird darauf in runden Klammern hingewiesen.
- Zusätze, die sich auf das gesamte Dokument beziehen (Eingangsstempel, Aktenzeichen, Diktatzeichen, Vermerke, Verfügungen, Notizen etc.), Anlagen, Druckorte und weitere Überlieferungsformen der Schreiben werden in einer ersten textkritischen Anmerkung nachgewiesen.
- Stichwortartiges Kurzregest über den wesentlichen Inhalt des Dokuments.

Die Edition soll als Studienausgabe sowohl einen breiten Leserkreis ansprechen als auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Die Wiedergabe der Briefe will deshalb sowohl der Authentizität der Texte wie auch der Leserfreundlichkeit gerecht werden. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die *Textgestaltung*. Die Dokumente werden grundsätzlich vorlagengetreu in „alter Rechtschreibung“ übernommen. Hingegen orientieren sich alle Bearbeitertexte an der Rechtschreibung des Duden von 2006 (24. Aufl.). Im Sinne der Lektüererleichterung werden bei den Dokumenten in einigen Fällen Korrekturen bzw. Vereinheitlichungen vorgenommen:

- Anrede und Schlussformel/Zeichnung werden in der Regel nach Vorlage abgedruckt. Bei fehlender Schlusszeichnung wird in eckigen Klammern der Name von Theodor Heuss ergänzt.

- Ein Postskriptum von Heuss wird im Anschluss des Briefes abgedruckt, bei fehlender Bezeichnung vorangestellt: [PS]. Postskripta von dritter Hand (z. B. von Elly Heuss-Knapp) werden in der Regel in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Bei eigenhändigen Schreiben werden offensichtliche Verschreiber, sinnentstellende Syntaxfehler und falsche Interpunktion stillschweigend korrigiert entsprechend der Rechtschreibung, wie sie zu Lebzeiten von Heuss galt. Ein Nachweis der vorliegenden Schreibweise erfolgt in Anmerkungen nur, wenn sie Relevanz für den Briefschreiber Heuss besitzt. Spezifische Schreibweisen, die bei Heuss besonders ausgeprägt sind (z. B. die Kleinschreibung von adjektivisch gebrauchten Ortsangaben, Schreibweise von „bischen“, „Wittwe“), werden beibehalten.
- Bei maschinenschriftlichen Schreiben wird analog verfahren. Dabei werden aber unterschiedliche Schreibweisen (z. B. „ß“ oder „ss“) vereinheitlicht, da sie in der Regel den technischen Defiziten der Schreibmaschine oder den mangelnden Kenntnissen der Schreibkraft geschuldet sind.
- Inhaltliche Korrekturen bei handschriftlichen oder maschinenschriftlichen Schreiben durch die Hand von Heuss werden im Text übernommen und in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Offensichtlich sinnentstellende inhaltliche Fehler werden im Text korrigiert und in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Bei unklaren Formulierungen oder Sachverhalten werden diese im Text belassen und in einer Anmerkung nach Möglichkeit erläutert .
- Unterschiedliche Schreibweisen von Personennamen werden in der Regel stillschweigend vereinheitlicht, bei inhaltlicher Relevanz in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Hervorhebungen von Heuss werden einheitlich kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Empfänger oder von dritter Hand in einer Anmerkung nachgewiesen.
- Abkürzungen werden nicht aufgelöst, soweit sie sich im aktuellen Duden bei dem entsprechenden Worteintrag finden. Dies gilt auch für altertümliche Abkürzungen, deren Bedeutung noch erschließbar ist (z. B. „bezw.“). Alle anderen, auch heuss-spezifischen Kürzel, werden in eckigen Klammern aufgelöst. Amtliche/offizielle Abkürzungen von Parteien, Verbänden und anderen Institutionen werden im Text beibehalten und im Abkürzungsverzeichnis aufgelöst.

Folgendes textkritisches Klammersystem wird verwendet:

- <?> Unleserliches Wort
- < > Unsichere Lesart
- [] Zusätze durch Bearbeiter, vor allem bei aufgelösten Abkürzungen
- [...] Auslassungen durch Bearbeiter

Der *textkritische und inhaltliche Kommentar* wird nach einheitlicher Zählung in Fußnoten aufgenommen. Die textkritischen Anmerkungen beziehen sich entweder in einer ersten Fußnote auf das gesamte Dokument oder auf einzelne Textstellen. Darüber hinaus bietet der Kommentar eine am Text orientierte inhaltliche Verständnishilfe, die dem Informationsbedürfnis eines breiten Leserkreises gerecht zu werden versucht. Er enthält Erläuterungen zu historischen Begriffen, zu Sachverhalten, Ereignissen und Zusammenhängen auch biographischer Art, die heute nicht mehr ohne weiteres als bekannt vorausgesetzt werden können. Reden, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Bücher, Reisen, Wahlkampfauftritte, Gesetze, Verträge und Protokolle werden ebenso nachgewiesen wie Zitate oder Zitatanklänge. Soweit es das abgedruckte Schreiben erforderlich macht, wird auch die Gegenkorrespondenz ermittelt, der Inhalt kurz zusammengefasst oder in Auszügen zitiert. Unveröffentlichte archivalische Überlieferung wird mit der entsprechenden Fundstelle genannt, Forschungsliteratur nur sparsam und in der Regel mit genauen Seitenverweisen herangezogen. Auf die Wiedergabe von Forschungskontroversen wird verzichtet. Allgemeine biographische Angaben zu den im Text oder in den Anmerkungen genannten Personen finden sich im biographischen Personenregister. Sind hingegen weitergehende biographische Erläuterungen zu einer bestimmten Textstelle erforderlich, finden sich diese im Kommentar.

Formal richtet sich der Anmerkungsapparat nach den Regeln der Manuskriptgestaltung, die für die Edition entworfen wurden. Personen werden nur bei der Ersterwähnung mit Vor- und Zunamen genannt, dann in der Regel nur noch mit Nachnamen. Davon abweichend wird der Vorname erwähnt, um bei Namensgleichheit eine eindeutige Identifizierung vornehmen zu können oder um z. B. bei Aufzählungen Einheitlichkeit herzustellen. Forschungsbezogene Literatur und Archivalien werden schon bei Ersterwähnung mit sinnvollen Kurzformen aufgeführt, welche die Zuordnung zu den vollständigen Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis ermöglichen. Zeitgenössische Monographien oder Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die der Erläuterung einer bestimmten Briefstelle dienen, werden hingegen bei Ersterwähnung vollständig wiedergegeben. Abkürzungen von Publikationsorganen, Archiven und anderen Institutionen finden sich im Abkürzungsverzeichnis aufgelöst.

Die auf den ersten Seiten dieses Bandes vorliegende Übersicht über die Lebensstationen von Theodor Heuss konzentriert sich auf biographische Daten. Das Verzeichnis der Briefe gibt eine schnelle Orientierung über die Adressaten und Inhalte der Briefe. Das Quellen- und Literaturverzeichnis nimmt alle in der Einleitung, im Dokumentenkopf und im Kommentar erwähnten Archivalien und Veröffentlichungen mit Ausnahme der zeitgenössischen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel auf. Das biographische Personenregister enthält in standardisierter Form biographische Kerndaten zu allen in den Briefen und in den Bearbeitertexten

erwähnten Personen, mit Ausnahme von Theodor Heuss. Das Sachregister dient dem thematisch differenzierten Zugriff auf alle in den Brief- und Bearbeitertexten enthaltenen relevanten Informationen.

Verzeichnis der Briefe

- 1 14. Januar 1918
Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp
Ankunft in Berlin; Besuch der „Mittwochabende“ von Hans
Delbrück; Beitrag von Georg Friedrich Knapp für die
„Deutsche Politik“ 85
- 2 15. Januar 1918
Elly Heuss-Knapp
Aufnahme in die „Deutsche Gesellschaft 1914“;
Zusammentreffen mit Friedrich Naumann und anderen
Berliner Bekannten 88
- 3 21. Januar 1918
Prof. Dr. Friedrich Meinecke
Bitte um einen Beitrag zum Selbstbestimmungsrecht der
Völker für die „Deutsche Politik“ 91
- 4 21. Januar 1918
Elly Heuss-Knapp
Abendgesellschaft bei Peter Behrens; Charakterisierung von
Ernst Jäckh; Schulwahl für Ernst Ludwig Heuss 92
- 5 30. Januar 1918
Robert Bauer
Arbeitsorganisation im „Jäckh-Konzern“; Entwicklung
der „Neckar-Zeitung“ nach dem Weggang von Theodor
Heuss 94
- 6 3. März 1918
Elly Heuss-Knapp
Besuch eines Holtzendorff-Abends 96
- 7 12. März 1918
Elly Heuss-Knapp
Abschied Elly Heuss-Knapps von Heilbronn 97
- 8 28. Mai 1918
Dr. Erich Schairer
Militärische Offensive der Mittelmächte; Reform des
preußischen Dreiklassen-Wahlrechts 98

9	Juni 1918 Rundschreiben an die Herren Mitarbeiter bei dem Wettbewerb um das „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel Übersendung von Druckfahnen für die geplante Publikation des Deutschen Werkbundes zum „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel	100
10	29. Juni 1918 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Aufenthalt in Wien; Diskussionen über den Fortbestand von Österreich-Ungarn	101
11	29. Juni 1918 Conrad Haußmann Bitte um einen Beitrag zur Reform des Auswärtigen Dienstes für die „Deutsche Politik“	103
12	8. Juli 1918 Dr. Gustav Stolper Erinnerung an das gemeinsame Zusammentreffen in Wien; Bitte um einen Beitrag über die ungarische Volkswirtschaft für die „Deutsche Politik“	104
13	23. August 1918 Conrad Haußmann Dank für einen Beitrag für die „Deutsche Politik“; innenpolitische Entwicklung; Friedensbemühungen des Deutschen Reiches	105
14	14. September 1918 Martin Schlenker Kriegsgefangenschaft von Martin Schlenker; Rückblick auf die ersten Monate in Berlin	107
15	16. September 1918 Prof. Dr. Fritz Wichert Gründung einer Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei	109
16	17. November 1918 Conrad Haußmann Anspruch auf einen aussichtsreichen Platz auf der Kandidatenliste der württembergischen Linksliberalen bei den Wahlen zur Nationalversammlung	111

17	Um den 20. November 1918 Friedrich Naumann Gründung der DDP	113
18	13. Dezember 1918 Conrad Haußmann Kritik am berufsständischen Aufbau der Kandidatenliste der württembergischen DDP bei den Wahlen zur National- versammlung; Wahlagitation in Berlin; Zweifel an den Führungsqualitäten von Alfred Weber.	115
19	15. Dezember 1918 Conrad Haußmann Zuspruch aus Württemberg für eine Kandidatur von Theodor Heuss bei den Wahlen zur Nationalversammlung; erneute Kritik am bisherigen Aufbau der Kandidatenliste der württem- bergischen DDP	117
20	2. und 3. Januar 1919 Elly Heuss-Knapp Verlauf des Wahlkampfes in Württemberg	120
21	26. Februar 1919 Martin Schlenker Versorgungsschwierigkeiten in Berlin; Wahlkampf in Wien; Wahl in die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung	121
22	24. April 1919 Hermann Missenharter Projekt einer schwäbischen Kulturzeitschrift: Autoren- und Themenvorschläge	122
23	6. Juni 1919 Rundschreiben an die Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Werkbundes Einladung zur Vorstandssitzung des Deutschen Werkbundes. . .	125
24	16. August 1919 Dr. Gustav Stolper Bitte um einen Aufsatz über Deutsch-Österreich für die „Deutsche Politik“	127
25	4. September 1919 Dr. Walter de Gruyter Veröffentlichung einer Aufsatzsammlung von Friedrich Naumann	128

26	18. September 1919 Prof. Dr. Lujo Brentano Umzug von Georg Friedrich Knapp nach Darmstadt; Tod von Friedrich Naumann	130
27	11. November 1919 Hermann Missenharter Beurteilung der Beiträge im letzten Heft des „Schwäbischen Bundes“	131
28	12. November 1919 Dr. Erich Schairer Weggang Erich Schairers von der „Neckar-Zeitung“	132
29	21. April 1920 Friedrich Mück Aussichten von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920; eventuelle Übersiedlung nach Stuttgart	133
30	4. Juni 1920 Elly Heuss-Knapp Voraussichtlicher Misserfolg von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920	136
31	18. Juni 1920 Dr. Gustav Stolper Misserfolg von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920; Unklarheit über die weitere politische Entwicklung in Deutschland	138
32	5. Juli 1920 Hermann Missenharter Übersendung von Beiträgen für den „Schwäbischen Bund“	140
33	20. Juli 1920 Dr. Gustav Stolper Beitrag über Max Weber für den „Österreichischen Volkswirt“	141
34	2. August 1920 Ernst Ludwig Heuss Glückwünsche zum 10. Geburtstag von Ernst Ludwig Heuss.	142
35	2. Oktober 1920 Rundschreiben Bitte um Unterstützung der Deutschen Hochschule für Politik.	144

36	6. und 7. Oktober 1920 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Gründung der Deutschen Hochschule für Politik; Besuch bei Prinz August Wilhelm in Rheinsberg	145
37	31. Oktober 1920 Edith Flaischlen Beileidsschreiben zum Tod von Cäsar Flaischlen	147
38	13. November 1920 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Haltung von Theodor Heuss zum George-Kreis; finanzielle Verhältnisse von Georg Friedrich Knapp; Entwicklung der Deutschen Hochschule für Politik	148
39	17. Februar 1921 Dr. Ulrich Zeller Verlauf einer Parteiveranstaltung in Schwäbisch Hall	151
40	20. März 1921 Elly Heuss-Knapp Graphologische Beurteilung gemeinsamer Bekannter und Freunde; Werner Sombart über Max Webers „Wirtschaft und Gesellschaft“	152
41	30. März 1921 Hessisches Staatsministerium Genehmigung einer Lotterie zugunsten der Ausschmückung der Offenbacher deutsch-katholischen Kirche mit Glasmalereien	154
42	24. Juni 1921 Dr. Walter de Gruyter Bitte um finanzielle Unterstützung des Projekts einer Naumann-Biographie	156
43	Juli 1921 Rundschreiben Bitte um die Überlassung von Briefen von Friedrich Naumann für das Projekt einer Naumann-Biographie	157
44	27. Juli 1921 Prof. Dr. Reinhold Seeberg Bitte um die Übernahme einer Lehrveranstaltung an der Deutschen Hochschule für Politik	159

45	2. Dezember 1921 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Bitte um Verbleib im Vorstand der Deutschen Hochschule für Politik; Fortgang der Naumann-Biographie	160
46	2. Februar 1922 Dr. Gustav Stolper Vortragsreihe über Österreich im Rahmen der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung.	161
47	15. Februar 1922 Robert Haußmann Beileidsschreiben zum Tod von Conrad Haußmann.	162
48	4. April 1922 Albert Hopf Möglichkeit, als Nachrücker in den Reichstag einzuziehen	164
49	8. Mai 1922 Elly Heuss-Knapp Übergehung von Theodor Heuss als Nachrücker für den Reichstag; persönlicher Gesundheitszustand; Deutsche Gewerbeschau in München; Ausflüge und Einladungen in Berlin; Schulaufgaben von Ernst Ludwig Heuss	165
50	26. Mai 1922 Prof. Dr. Hans Delbrück Ablehnung eines Aufsatzes für die „Deutsche Nation“	168
51	4. Juni 1922 Elly Heuss-Knapp Erlebnisse bei einem Ausflug an den Wannsee; Mitteilungen über gemeinsame Bekannte.	169
52	24. Juni 1922 Prof. Dr. Hans Delbrück Bitte um Vorschläge für einen Dozenten für Militärgeschichte für die Deutsche Hochschule für Politik	171
53	5. Juli 1922 Elly Heuss-Knapp Erlebnisse auf einer Reise durch Tirol; Attentate auf Walther Rathenau und Maximilian Harden.	172

54	2. September 1922 Bernhard Schwertfeger Beurteilung der Arbeiten von Bernhard Schwertfeger	175
55	12. Oktober 1922 Administration der Zeitschrift „Demokratia“ Beiträge von Theodor Heuss für die bulgarische Zeitschrift „Demokratija“	176
56	12. Oktober 1922 Dr. Gustav Stolper Reiseempfehlungen für Gustav Stolper	177
57	22. Oktober 1922 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Ankündigung des Besuches von Gustav Stolper; Interesse Max Serings an der agrargeschichtlichen Bibliothek von Georg Friedrich Knapp; familiäre Mitteilungen	179
58	28. Oktober 1922 Albert Hopf Bitte um Veröffentlichung zweier Aufsätze im „Beobachter“ . . .	182
59	1. Februar 1923 Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp Vortragsreisen; Übersetzung der „Staatlichen Theorie des Geldes“ ins Englische; Angebot finanzieller Hilfe; Tod von Ernst Troeltsch	183
60	5. Februar 1923 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Bitte um eine Rezension von Ernst Troeltschs Buch über den Historismus für die „Deutsche Nation“	185
61	17. Juli 1923 Dr. Johannes Hieber Bitte um Beteiligung der württembergischen Staatsregierung an der Schulungswoche der Reichszentrale für Heimatdienst in Maulbronn	187
62	22. August 1923 Prof. Dr. Carl Heinrich Becker Vorlesungstermine von Carl Heinrich Becker an der Deutschen Hochschule für Politik	189

63	12. Oktober 1923 Anton Erkelenz Veröffentlichungen eines Aufsatzes in der „Hilfe“ unter dem Pseudonym Theobald Schwab.	191
64	13. Oktober 1923 Anton Erkelenz Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Friedrich Naumann und Max Weber in der „Hilfe“	192
65	13. November 1923 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Kooperation zwischen der Deutschen Hochschule für Politik und der „Zeitschrift für Politik“; Bitte, Richmond Lennox in die „Mittwochabende“ von Hans Delbrück einzuführen.	193
66	16. November 1923 Dr. Gustav Stolper Mitarbeit am „Österreichischen Volkswirt“; politische Krise; Arbeit an der Deutschen Hochschule für Politik; Publizistik; Hilfsaktionen zugunsten von Magdalene Naumann und Georg Friedrich Knapp	195
67	3. Dezember 1923 Dr. Gustav Stolper Verhältnis zwischen Republik und Reichswehr; Konflikt zwischen Reichsregierung und Bayern; Umwandlung von Preußen in ein Reichsland; Beiträge für den „Österreichischen Volkswirt“	199
68	5. Dezember 1923 Albert Hopf Haltung der SPD nach dem Sturz der „Großen Koalition“; Aufstellung von Kandidaten bei einer eventuellen Auflösung des Reichstags	201
69	28. Dezember 1923 Dr. Hjalmar Schacht Bitte um einen Aufsatz für den „Österreichischen Volkswirt“ . .	203
70	6. Januar 1924 Elly Heuss-Knapp Verlauf des Stuttgarter Parteitages der württembergischen DDP	204

71	30. Januar 1924 Anton Erkelenz Glosse zu Lenins Tod für die „Hilfe“	205
72	30. Januar 1924 Albert Hopf Wahl von Erich Koch-Weser zum Parteivorsitzenden der DDP; Wertschätzung für Otto Gessler; Frage der Änderung des Wahlrechts zu den Reichstagswahlen	207
73	8. März 1924 Dr. Fritz Elsas Bitte um die Unterstützung einer Spitzenkandidatur von Theodor Heuss bei den kommenden Reichstagswahlen; Konkurrenz mit Philipp Wieland.	209
74	10. März 1924 Albert Hopf Vorbereitung von Wahlkampfveranstaltungen in Württem- berg; Wunsch nach einer Spitzenkandidatur „Wieland-Heuss“ statt „Wieland“ bei den kommenden Reichstagswahlen.	211
75	15. März 1924 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Bitte um die Unterstützung einer Kandidatur von Kurt Riezler auf der Reichswahlliste der DDP.	214
75a	März 1924 Vorstand der DDP Aufruf zur Unterstützung einer Kandidatur von Kurt Riezler auf der Reichswahlliste der DDP.	215
76	10. April 1924 Elly Heuss-Knapp Verlauf des Reichstagswahlkampfes und Besuche bei Familie und Freunden	216
77	11. Mai 1924 Dr. Gustav Stolper Wahlerfolg bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924; Artikel für den „Österreichischen Volkswirt“	217
78	28. Mai 1924 Dr. Fritz Elsas Konstituierung des Reichstags; möglicher Eintritt der DDP in eine Mitte-Rechtsregierung.	219

79	30. Mai 1924 Dr. Gustav Stolper Frage des Eintritts der DDP in eine Mitte-Rechtsregierung; Rezension von Schriften Oswald Spenglers	221
80	3. Juni 1924 Dr. Gustav Stolper Konflikt zwischen Otto Gessler und Walter Schücking; Mitarbeit von Toni Stolper an der „Deutschen Nation“	222
81	27. Oktober 1924 Alfred Colsman Wunsch nach einer Reichstagskandidatur von Alfred Colsman . .	224
82	29. Oktober 1924 Dr. Otto Gessler Verbleib von Otto Gessler als Reichwehrminister in einer rechtsgerichteten Regierung	225
83	29. Oktober 1924 Dr. Erich Koch-Weser Sorge vor einem Linksruck der DDP-Fraktion nach den kommenden Reichstagswahlen	228
84	6. November 1924 Wilhelm Hartmann Stellung zum Pazifismus	231
85	13. November 1924 Alexander Dominicus Austritt von Alexander Dominicus und anderen aus der DDP; Stellung zu Otto Gessler	232
86	18. Dezember 1924 Dr. Erich Koch-Weser Erlebnisse auf einer Jugend-Bannerweihe der Berliner Jungdemokraten	234
87	25. Dezember 1924 Willy Dürr Vereinbarung von Terminen; Angebot, mit Willy Dürr per Du zu sein.	236
88	25. Dezember 1924 Friedrich Ebert Loyalitätsbekundung nach dem Urteil des Amtsgerichts Magdeburg	238

89	11. Februar 1925 Emmanuel Loulakakis Ablehnung des Wunsches nach einer nachträglichen Verbesserung des Abschlusszeugnisses der Deutschen Hochschule für Politik	239
90	17. März 1925 Dr. Willy Hellpach Themenvorschläge für Reden Willy Hellpachs im bevorstehenden Reichspräsidentenwahlkampf.	240
91	31. März 1925 Friedrich von Payer Angriffe der „Frankfurter Zeitung“ auf die Politik der DDP . . .	242
92	23. April 1925 Elly Heuss-Knapp Verlauf einer Reichspräsidentenwahlkampfveranstaltung in Darmstadt.	244
93	28. April 1925 Elly Heuss-Knapp Ausgang der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925	245
94	2. Mai 1925 Dr. Robert Bosch Gegensätzliche Meinungen von Theodor Heuss und Robert Bosch zum deutsch-spanischen Handelsabkommen; Wahl von Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten; konfessionelle Spaltung Deutschlands	247
95	18. Mai 1925 Kulturausschuss der Deutschen Demokratischen Partei Ablehnung einer Beteiligung von Künstlern an der Verwaltung von Kunstgalerien.	250
96	30. Juni 1925 DDP-Fraktion im württembergischen Landtag Behandlung der Aufwertungsfrage im Reichstag.	252
97	22. Juli 1925 Elly Heuss-Knapp Reichstagsreden; Mitgliedschaft im Ausschuss für die künstlerische Ausschmückung des Reichstags.	254

98	18. August 1925 Dr. Rudolf Pechel Einstellung der „Deutschen Nation“; „Polnische Aktion“ der Arbeitsgemeinschaft deutscher Zeitschriften für die Interessen des Grenz- und Auslandsdeutschtums	256
99	19. August 1925 Prof. Dr. Willy Andreas Arbeiten von Willy Andreas und Ernst Jäckh über Alfred von Kiderlen-Waechter	257
100	31. August 1925 Elly Heuss-Knapp Verlauf einer Anschlusskundgebung in Wien	258
101	9. und 10. September 1925 Elly Heuss-Knapp Erlebnisse in Gablonz; Besuch bei Familie Goetz in Salzburg . .	259
102	10. Februar 1926 Gerhard Freiherr von Branca Ablehnung, dem Präsidium der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft beizutreten	262
103	3. März 1926 Dr. Hans Simons Auseinandersetzung mit einer Studentin der Deutschen Hochschule für Politik	263
104	5. März 1926 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Publikationen aus dem Nachlass von Georg Friedrich Knapp . .	264
105	7. Mai 1926 Dr. Heinrich Schnee Haltung des Bundes der Auslandsdeutschen zur Flaggenfrage . . .	266
106	24. Mai 1926 Elly Heuss-Knapp Besuch bei Otto Gessler; Reichsbanner-Veranstaltung in Konstanz.	267
107	8. Juni 1926 Amtsgericht Berlin-Mitte Wahl zum Vorsitzenden des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller	270

108	17. Juni 1926 Anton Erkelenz Unterschiedliche Ansichten von Theodor Heuss und Anton Erkelenz zum Volksentscheid zur Fürstenenteignung	271
109	16. Juli 1926 Friedrich von Payer Glückwünsche zur Goldenen Hochzeit von Payers; Abweichen vom Abstimmungsverhalten der DDP-Reichstagsfraktion	272
110	1. November 1926 Marianne Lesser Vorrede von Elly Heuss-Knapp zu Georg Friedrich Knapps „Jugenderinnerungen“	274
111	22. Dezember 1926 Dr. Heinrich Lilienfein Austritt aus dem Vorstand des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller aufgrund der Auseinandersetzungen um das „Schund- und Schmutzgesetz“	276
112	28. Dezember 1926 Prof. Dr. Martin Rade Fortgang der Naumann-Biographie	278
113	24. Januar 1927 Fraktionsleitung der DDP Innerparteiliche Auseinandersetzungen um Otto Gessler	279
114	9. April 1927 Dr. Otto Landsberg Übersendung einer Porträtskizze Otto Landsbergs aus dem Nachlass von Friedrich Naumann	281
115	11. Mai 1927 Ernst Ludwig Heuss Schulbetrieb im Landschulheim Holzminden; Reisevorschläge für eine Klassenfahrt von Ernst Ludwig Heuss	282
116	13. Juni 1927 Elly Heuss-Knapp Verlauf der Feiern zu Friedrich von Payers 80. Geburtstag in Stuttgart; eventuelle Tätigkeit als Repräsentant der Deutschen Verlags-Anstalt in Berlin; bevorstehende Reise von Elly Heuss-Knapp nach Heilbronn	285

117	27. September 1927 Dr. Gustav Stresemann Tod des Botschafters Ago von Maltzan	287
118	12. November 1927 Ernst Ludwig Heuss Vortrag von Joseph Wirth in Holzminden; Gesellschaft im Hause Heuss	288
119	Nach dem 19. November 1927 Ernst Ludwig Heuss Unitarismus in der deutschen Geschichte	289
120	26. Januar 1928 Julius Elbau Kritik an der Berichterstattung der „Vossischen Zeitung“ über Hermann Dietrich	292
121	24. Mai 1928 Gottfried R. Treviranus Verlust des Reichstagsmandats	293
122	31. Mai 1928 Prof. Dr. Walter Goetz Berufliche Perspektiven nach dem Verlust des Reichstagsmandats	294
123	1. Juni 1928 Albert Hopf Sondierungsgespräche in Berlin über die Regierungsbildung in Württemberg	296
124	18. Juni 1928 Dr. Wilhelm Cohnstaedt Verlauf einer Vorstandssitzung der DDP; Verhältnis der liberalen Zeitungen zur DDP	299
125	30. Juni 1928 Hermann Dietrich Glückwünsche zur Ernennung Hermann Dietrichs zum Reichs- minister für Ernährung und Landwirtschaft	302
126	28. Juli 1928 Dr. Otto Benecke Angriffe von Johannes Haller auf Carl Heinrich Becker	303

127	27. August 1928 Dr. Heinrich Schnee Balkanfahrt des Bundes der Auslandsdeutschen	304
128	27. August 1928 Dr. Wilhelm Külz Bitte, den Plan eines „Tags des deutschen Buches“ zu unterstützen	305
129	15. September 1928 Elly Heuss-Knapp Erlebnisse und Bekanntschaften auf der Balkanfahrt des Bundes der Auslandsdeutschen	308
130	24. September 1928 Elly Heuss-Knapp Erinnerungen an eine Venedigreise im Jahre 1912.	310
131	23. November 1928 Prof. Dr. Walter Goetz Durchsicht des Nachlasses von Friedrich Naumann.	311
132	16. Februar 1929 Otto Ernst Sutter Gedenkrede auf Carl Schurz in der Frankfurter Paulskirche.	312
133	26. März 1929 Anton Erkelenz Unterschiedliche Vorstellungen über die Arbeit an der Parteilbasis	314
134	26. April 1929 Dr. Gustav Stresemann Beitrag von Gustav Stresemann für das Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag	316
135	26. April 1929 Elly Heuss-Knapp Schulprüfungen von Ernst Ludwig Heuss; Rede in der Schöneberger Bezirksversammlung; Beitrag für das Sammelwerk „Zehn Jahre Versailles“	317
136	30. April 1929 Prof. Dr. Gustav Radbruch Redaktionelle Eingriffe in den Beitrag Gustav Radbruchs für das Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag	319

137	5. Juni 1929 Prof. Georg Bernhard Auseinandersetzung über die Kritik Georg Bernhards an der Verhandlungsführung von Albert Vögler auf der Pariser Reparationskonferenz	321
138	18. Juli 1929 Dr. Wilhelm Cohnstaedt Verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Volksbegehrens gegen den Youngplan	325
139	2. August 1929 Prof. Dr. Lujo Brentano Rezension von Lujo Brentanos „Englischer Wirtschafts- geschichte“; Konzeption des Gedenkbuchs der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag	329
140	15. August 1929 Dr. Paul Rohrbach Eventuelle Vereinigung verschiedener Deutschums- organisationen; weitere Behandlung von Entschädigungs- fragen	332
141	15. August 1929 Bibliographisches Institut, z. Hd. Dr. Richard Brodführer Absage einer redaktionellen Tätigkeit für das geplante „Lexikon der Gegenwart“	335
142	10. September 1929 Dr. Wilhelm Marx Erinnerungen von Wilhelm Marx für die Historische Reichskommission	336
143	21. September 1929 Reichszentrale für Heimatdienst Kritik aus Zentrumskreisen am Gedenkbuch der Reichs- regierung zum 10. Verfassungstag.	338
144	21. November 1929 Anton Erkelenz Plan eines Naumann-Gedenkzimmers im Demokratischen Club	340

145	25. November 1929 Ernst Ludwig Heuss Angriffe auf Theodor Heuss von Seiten der Berliner SPD; Erkrankung von Toni Stolper; Rundfunkvortrag zu Lujo Brentanos 85. Geburtstag	341
146	16. Januar 1930 Prof. Dr. Friedrich Meinecke Erinnerungen von Friedrich von Payer für die Historische Reichskommission	343
147	18. Januar 1930 Dr. Rudolf Pechel Edgar Jungs „Herrschaft der Minderwertigen“	344
148	20. Januar 1930 Prof. Dr. Carl Schmitt Vortrag von Carl Schmitt über Hugo Preuß	345
149	24. Januar 1930 Ernst Ludwig Heuss Abiturprüfung von Ernst Ludwig Heuss; Regierungseintritt der DDP in Württemberg	347
150	30. Januar 1930 Dr. Peter Bruckmann Reaktionen auf den Regierungseintritt der DDP in Württem- berg	348
151	8. April 1930 Dr. Erich Koch-Weser Bestrebungen, Philipp Wieland zur vorzeitigen Aufgabe seines Reichstagsmandats zu veranlassen	352
152	16. April 1930 Dr. Gustav Stolper und Dr. Toni Stolper Artikel für den „Deutschen Volkswirt“; Finanzierung des Hauskaufs.	354
153	30. April 1930 Dr. Eugen Schneider Bitte um Literaturhinweise für ein Buchprojekt von Walter von Molo	357

154	9. Mai 1930 Prof. Dr. Walter Goetz Werdegang von Max Maurenbrecher; Verhältnis von Max Maurenbrecher zu Friedrich Naumann	358
155	14. Mai 1930 Prof. Dr. Ernst Jäckh Pro und Contra einer Professur für Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart.	360
156	16. Juni 1930 Dr. Karl Otto Thieme Übersendung des Gutachtens zur Diplomarbeit von Georg Bretzke.	362
156a	Juni 1930 Gutachten zur Diplomarbeit von Georg Bretzke	363
157	12. Juli 1930 Dr. Gustav Stolper Fortgang der Renovierungsarbeiten im neuen Haus; Verlauf der Vorstandssitzung der DDP	365
158	23. Juli 1930 Albert Hopf Anspruch von Theodor Heuss auf die Spitzenkandidatur in Württemberg; Parteiumbildungsprozesse nach der Reichstagsauflösung	367
159	28. Juli 1930 Dr. Robert Bosch Bitte um Unterstützung der Neugründung der DStP.	370
160	31. Juli 1930 Dr. Johannes Hieber Bitte um die Unterstützung einer Spitzenkandidatur „Heuss“ in Württemberg.	371
161	1. August 1930 Dr. Carl Petersen Kritik an der Führung der DDP durch Erich Koch-Weser	373
162	1. August 1930 Dr. Erich Koch-Weser Verhandlungen über ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien der Mitte; Beurteilung des Jungdeutschen Ordens	375

163	2. August 1930 Adolf Scheef Widerstände gegen eine Spitzenkandidatur „Heuss“ in den Schwarzwaldkreisen; Bitte um Unterstützung auf dem württem- bergischen Vertretertag	379
164	14. August 1930 Philipp Wieland Dank für die Bereitschaft, die Spitzenkandidatur in Württem- berg an Theodor Heuss abzutreten.	381
165	15. August 1930 Dr. Carl Petersen Bitte um die Unterstützung einer Reichstagskandidatur von Gustav Stolper in Hamburg.	382
166	26. August 1930 Elly Heuss-Knapp Verlauf von Wahlkampfveranstaltungen	384
167	19. September 1930 Hanns Peter Deeg Politische Entwicklung der BVP; künftige Rolle der demokratischen Staatsform	385
168	28. September 1930 Elly Heuss-Knapp Erlebnisse am Gardasee; Memoiren von Bernhard von Bülow . . .	386
169	12. Oktober 1930 Albert Hopf Austritt der Volksnationalen Reichsvereinigung aus der DStP; Rücktritt Koch-Wesers vom Parteivorsitz der DDP; Stellung der DStP im Parlament; kommende Gesetzesvorhaben; Festhalten am Parteinamen Deutsche Staatspartei	389
170	20. Oktober 1930 Albert Hopf Scheitern der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Reichstags- fraktionen von DStP und DVP	395
171	30. Oktober 1930 Dr. Theodor Wilhelm Enttäuschung über das Verhalten der Volksnationalen Reichs- vereinigung.	398

172	25. November 1930 Hermann Dietrich Übermittlung und Erläuterung eines Briefentwurfs an Eduard Dingeldey	400
172a	25. November 1930 Entwurf eines Briefes von Hermann Dietrich an Eduard Dingeldey Ablehnung der Parole vom Anti-Marxismus	401
173	25. November 1930 Julius Bab Weitere Entwicklung der DStP; Beurteilung von Anton Erkelenz und Ludwig Quidde	403
174	31. Januar 1931 Heinz Goldammer Kritik an der Art der politischen Berichterstattung der „Neckar- Zeitung“	404
175	5. März 1931 Dr. Georg Schmückle Stilistische Bemerkungen zum Roman „Engel Hiltensperger“ . . .	407
176	18. März 1931 Margarete Beutler-Frekxa Konflikt der Generationen; Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Jugend.	408
177	Zweite Aprilhälfte 1931 Auswärtiges Amt Berlin Bericht über den Kongress der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires.	411
178	26. Juni 1931 Emil Schwamberger Rede zur Verfassungsfeier in Ulm.	415
179	2. Juli 1931 Dr. Gustav Kilpper Mitarbeit an der Festschrift zu Robert Boschs 70. Geburtstag . . .	416
180	5. August 1931 Dr. Otto Meißner Verleihung des Adlerschildes des Deutschen Reiches an Robert Bosch	417

181	5. August 1931 Ernst Lissauer Erinnerung an frühere Bekanntschaft; Erfolgsaussichten des Volksbegehrens auf vorzeitige Auflösung des preußischen Landtags; Bankenkrise in Deutschland	419
182	24. August 1931 Erich Rücker Steuerangelegenheit von Gottlob Enzel	421
183	1. Oktober 1931 Hans Adolf von Moltke Erlebnisse als Repräsentant Deutschlands in Warschau und Krakau	422
184	9. Oktober 1931 Deutsche Hochschule für Politik Gutachten zur Diplomarbeit von Paul Ullrich	425
185	16. Oktober 1931 Albert Hopf Abstimmungsverhalten des DVP-Abgeordneten Keinath; Auftreten der NSDAP-Fraktion im Reichstag	426
185a	16. Oktober 1931 Anlage zum Brief an Albert Hopf vom 16. Oktober 1931 Konsequenzen des Abstimmungsverhaltens des DVP- Abgeordneten Keinath	429
186	30. Oktober 1931 Union Deutsche Verlagsgesellschaft Fertigstellung des Manuskripts von „Hitlers Weg“; Zeitpunkt der Veröffentlichung	431
187	30. Oktober 1931 Prof. Dr. Robert Gaupp Charakteristik von Friedrich Mück	433
188	28. November 1931 Dr. Monty Jacobs Auseinandersetzungen innerhalb des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller	436
189	1. Dezember 1931 Ernst Ludwig Heuss Verlauf der Gemeinderatswahlen in Heilbronn; Vortrag von Arnold Bergsträsser in der Deutschen Hochschule für Politik . . .	437

190	8. Dezember 1931 Albert Hopf Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der NSDAP; Pogromfurcht bei den deutschen Juden; Ausfall der Gemeinderatswahlen in Württemberg	439
191	10. Dezember 1931 Ernst Ludwig Heuss Juristisches Problem des Überzeugungstäters; Wirkung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931	442
192	17. Dezember 1931 Prof. Dr. Walter Goetz Otto Gesslers Chancen auf eine Kandidatur bei den nächsten Reichspräsidentenwahlen; Bezeichnung von Theodor Heuss als „Rassejude“ im nationalsozialistischen Schrifttum	444
193	21. Dezember 1931 Friedrich Mück Ausfall der Gemeinderatswahlen in Württemberg; mögliche Regierungsbeteiligung der NSDAP; Auswirkungen der neuer- lichen Notverordnung; Drucklegung von „Hitlers Weg“; Hoffnung auf baldige Genesung Friedrich Mücks	447
194	31. Dezember 1931 Marianne Lesser Steuerpflicht von Marianne Lessers fotografischer Tätigkeit; Fertigstellung von „Hitlers Weg“	453
195	4. Februar 1932 Ernst Ludwig Heuss Diskussion von „Hitlers Weg“ in studentischen Kreisen	455
196	27. Februar 1932 Dr. Reinhold Maier Organisationsfragen innerhalb des württembergischen Landes- verbandes der DStP; Vorverlegung der preußischen Landtags- wahlen; Stellung der DVP zur Regierung Brüning.	456
197	14. April 1932 Elly Heuss-Knapp Treffen mit Albert Schweitzer und Robert Bosch	460

198	29. April 1932 Dr. Reinhold Maier Vorstandssitzung der DStP; eventuelle Auflösung der DStP aufgrund des schlechten Abschneidens bei den Landtagswahlen; Regierungsbildung in Preußen	461
199	14. Mai 1932 Dr. Reinhold Maier Regierungsbildung in Württemberg; Reichstagsrede; Gedenk- rede zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes.	464
200	19. Mai 1932 Dr. Reinhold Maier und Albert Hopf Stimmen für und wider eine baldige Einberufung des Reichs- tags; politische Situation in Württemberg	467
201	13. Juni 1932 Otto Debatin Parteiumbildungsprozesse im bürgerlichen Lager	469
202	15. Juni 1932 Friedrich Mück Politische Lage im Reich und in Württemberg.	471
203	17. Juni 1932 Albert Hopf Zwischenparteiliche Gespräche über ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien	475
204	22. Juni 1932 Ernst Ludwig Heuss Latinum von Ernst Ludwig Heuss; Beurteilung der Regierung von Papen; politische Taktik der NSDAP	478
205	24. Juni 1932 Willy Dürr Chancen für eine Spitzenkandidatur „Heuss“ in Württemberg . . .	480
206	29. Juni 1932 Dr. Otto Meißner Verfassungsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten	483
207	8. Juli 1932 Friedrich Mück Listenverbindung mit der SPD; Beginn des Reichstagswahlkampfes	485

208	22. Juli 1932 Ernst Ludwig Heuss „Kunstbummeltag“ zwischen Wahlkampfauftritten; „Preußenschlag“	488
209	23. Juli 1932 Herbert Julius Schmauser Bitte um Unterstützung des Stimmscheinverkehrs	489
210	29. Juli 1932 Theodor Bäuerle Austritt von Theodor Bäuerle aus der württembergischen DStP	490
211	4. August 1932 Dr. Wilhelm Külz Wiederwahl in den Reichstag	491
212	10. September 1932 Heinrich Schäff-Zerweck Politische Situation nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932; Zukunft der bürgerlichen Parteien	493
213	12. September 1932 Friedrich Mück Auflösung des Reichstags	495
214	22. September 1932 Hermann Dietrich Vorschlag Siegfried von Kardorffs, Hermann Dietrich solle in einem offenen Brief an Eduard Dingeldey eine Auflösung von DVP und DStP anregen; Reichstagskandidatur von Theodor Heuss	497
215	23. September 1932 Karl Hoffstetter Prozess gegen die „National-Sozialistische Volkszeitung“ in Trossingen	499
216	27. September 1932 Albert Hopf Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen der bürger- lichen Parteien bei den kommenden Reichstagswahlen	501

- 217 3. Oktober 1932
Friedrich Mück
Innerparteiliche Gegner einer Reichstagskandidatur von
Theodor Heuss in Württemberg. 504
- 218 3. Oktober 1932
Dr. Oscar Meyer
Listenverbindung mit der SPD; Wechsel in der württem-
bergischen Spitzenkandidatur; eventuelle Kandidatur von
Theodor Heuss im Wahlkreis Potsdam II. 506
- 219 13. Oktober 1932
Friedrich Mück
Behandlung von Theodor Heuss durch die Parteispitze der
DStP; Möglichkeit einer Listenverbindung zwischen DStP
und Bayerischem Bauernbund; Kritik an der Führung des
Deutschen Werkbundes. 508
- 220 18. Oktober 1932
Dr. Peter Bruckmann
Wechsel im Vorsitz des Deutschen Werkbundes;
Enttäuschung über die Platzierung auf der Reichswahlliste 511
- 221 18. Oktober 1932
Hermann Dietrich
Verstimmung über Hermann Dietrichs Vorgehen bei der Auf-
stellung der Reichswahlliste; Übersendung von „Hitlers Weg“ . . . 513
- 222 8. November 1932
Friedrich Mück
Politische Lage und berufliche Perspektiven nach den
Reichstagswahlen vom 6. November 1932 514
- 223 3. Dezember 1932
Friedrich Mück
Politische Absicherung der Deutschen Hochschule für Politik;
Perspektiven für die Regierung von Schleicher; Vorstoß gegen
den Parteivorsitz von Hermann Dietrich; Kritik an der
Berichterstattung der „Neckar-Zeitung“; berufliche und
finanzielle Verhältnisse von Theodor Heuss 517
- 224 9. Dezember 1932
Heinrich Landahl
Ablehnung, für das Amt des Parteivorsitzenden der DStP zu
kandidieren. 523

225	16. Dezember 1932 Friedrich Mück Schulden des Deutschen Werkbundes; Vorgehen des Deutschen Nationalvereins; Abbestellung der „Neckar-Zeitung“; Eintritt in das Herausbergremium der „Hilfe“; politische Ansichten von Ernst Ludwig Heuss.	527
226	17. Dezember 1932 Albert Hopf Wunsch nach einem Beitritt der „Süddeutschen Demokraten“ zur „Technischen Arbeitsgemeinschaft“; die bürgerliche Mitte als künftige Stütze des Kabinetts von Schleicher.	530
227	29. Dezember 1932 Dr. Robert Bosch Veröffentlichungen aus dem Nachlass von Gustav Stresemann; deutsch-französisches Verhältnis; Schweigen der „Frankfurter Zeitung“ zu einem Aufsatz von Robert Bosch	534
228	31. Dezember 1932 Prof. Dr. Walter Goetz Kritik an Hermann Dietrich.	536
229	24. Januar 1933 Dr. D. Friedrich Frage des politischen Erfolges von Friedrich Naumann	538

Briefe

Nr. 1

An Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp, Straßburg im Elsaß

14. Januar 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“.

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Ankunft in Berlin; Besuch der „Mittwochabende“ von Hans Delbrück; Beitrag von Georg Friedrich Knapp für die „Deutsche Politik“

Lieber Vater!

Seit letzten Montag bin ich nach Abschiedstagen „Preisend mit viel schönen Reden“ hier eingetroffen. – Ich habe es mit der Pension¹ nach meiner Empfindung recht gut getroffen. Ein schönes, großes Zimmer am Magdeburgerplatz, nur 5 Min. zu Fuß von meinem Büro. Die Ernährung ist durchaus genügend. Ich habe bis jetzt den Eindruck, daß man in der „Provinz“ etwas allzuviel Geschrei über die Berliner Hungersnöte gemacht hat.

Durch Jäckh² bin ich in einen politischen Mittwoch-Abend eingeführt worden, der unter Hans Delbrücks Leitung steht und etwa 15–20 Leute umfaßt.³ Ich traf dort unter anderen: Troeltsch, Meinecke, Alfred Weber und Lujo Brentano,⁴ der sehr munter ist, und den Winter zu einer Arbeit in Berlin zubringt. Seiner Frau geht es gesundheitlich offenbar nicht zum besten.

¹ Heuss zog vorerst alleine nach Berlin, seine Familie folgte im April 1918; vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 218.

² Heuss und Ernst Jäckh kannten sich seit 1902, als Jäckh die Chefredaktion der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn übernommen hatte. Nach Jäckhs Weggang aus Heilbronn im Jahre 1912 wurde Heuss sein Nachfolger und zog von Berlin, wo er von 1905 bis 1912 gelebt hatte, zurück nach Heilbronn. Besonders in den ersten Jahren nach seiner Rückkehr nach Berlin war Heuss' beruflicher Werdegang eng mit den vielfältigen Unternehmungen von Jäckh verbunden: Jäckh leitete die Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes, war einer der Herausgeber der „Deutschen Politik“ und die treibende Kraft hinter der Gründung der Deutschen Hochschule für Politik.

³ In den von Hans Delbrück von 1914 bis 1929 geleiteten „Mittwochabenden“ trafen liberale Kräfte aus dem Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum zusammen, die während des Ersten Weltkriegs für einen Verständigungsfrieden und eine Demokratisierung des preußischen Dreiklassenwahlrechts eintraten; vgl. W. GUTSCHE, *Mittwochabend*.

⁴ Sowohl Lujo Brentano als auch Friedrich Meinecke prägten die intellektuelle Entwicklung von Heuss. Bei Brentano hatte Heuss in München studiert und 1905 mit einer nationalökonomischen Arbeit promoviert; auch danach waren Heuss und Brentano freundschaftlich verbunden; vgl. TH. HEUSS, *Vorspiele*, S. 223–225, 251. – Meinecke war nach Heuss' eigener Aussage einer der für sein historisches Denken wichtigsten Historiker. Im Frühsommer 1917 hatten sie sich auf der ersten vom Verleger Eugen Diederichs veranstalteten Tagung auf der Burg Lauenstein persönlich kennen gelernt; vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 215; DERS., *Friedrich Meinecke*, S. 280–288. – Ernst Troeltsch kannte Heuss noch aus seinen Heilbronner Tagen, als Troeltsch in Heidelberg Systematische Theologie lehrte und ebenso wie das Ehepaar Heuss häufig im Salon von Max Weber verkehrte; vgl. F. W. GRAF, *Ernst Troeltsch in Nachrufen*, S. 732.

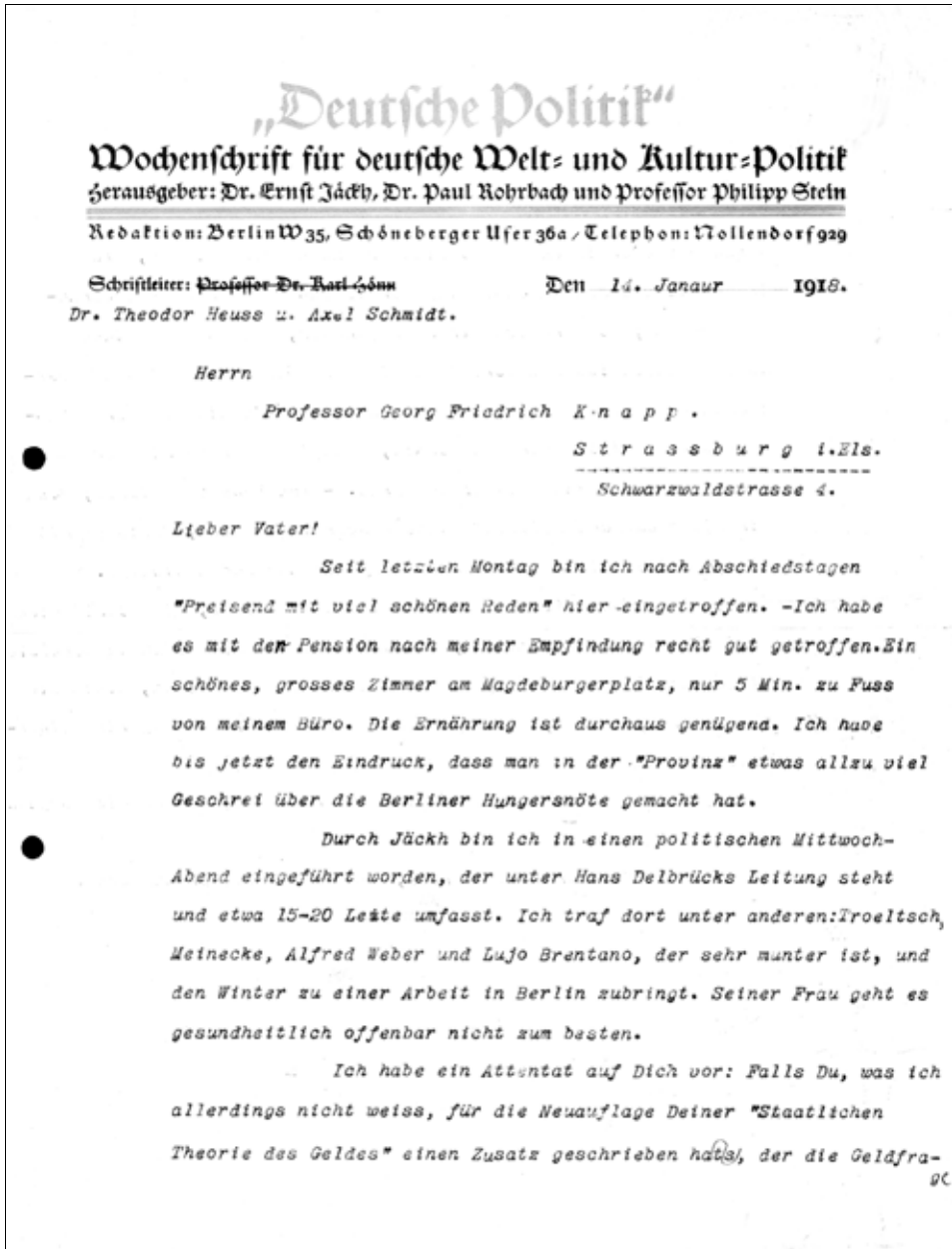


Abb. 1: Theodor Heuss an Georg Friedrich Knapp, 14. 1. 1918

Ich habe ein Attentat auf Dich vor: Falls Du, was ich allerdings nicht weiß, für die Neuauflage Deiner „Staatlichen Theorie des Geldes“ einen Zusatz geschrieben hast, der die Geldfrage behandelt oder irgend sonst eine Ergänzung vorgenommen, die irgendwie aus dem Zusammenhang herausgenommen für sich abgerundet

dasteht,⁵ so wäre ich Dir sehr dankbar, wenn Du uns einen solchen Abschnitt zum Vorabdruck in der „Deutschen Politik“⁶ überlassen könntest. Eventuell würde ich mich dann mit Duncker & Humblot⁷ verständigen über den Termin, daß der Abdruck mit der Ausgabe des Buches zusammenfallen würde. – Ich habe veranlaßt, daß Dir die „Deutsche Politik“ nunmehr überwiesen wird, damit Du mit dieser Seite meiner neuen Arbeit auf dem Laufenden bleibst.

Von Heilbronn habe ich gute Nachricht; die Schulferien sind bis zum 21. verlängert, so daß Elli mit dem Gedanken kokettiert, einen mehrtägigen Ausflug in den Schwarzwald zu machen, wohin sie von einer Pfarrfrau, einer früheren Heilbronner „Anhängerin“ eingeladen worden.⁸

Hier schneit es fast ununterbrochen, so daß wir morgens den „Damm“ fegen.

Mit herzlichem Gruß, auch an Marianne und Ernst⁹ sowie Lotte¹⁰

Dein dankbarer

Theodor Heuss

[PS]¹¹ Man sagte mir, Max Weber gehe als Nachfolger von Philippovich nach Wien. Ist das richtig?¹²

⁵ GEORG FRIEDRICH KNAPP: Staatliche Theorie des Geldes. Zweite durchgesehene und vermehrte Auflage, München/Leipzig 1918. Die erste Auflage war 1905 erschienen; in der zweiten Auflage finden sich Nachträge und Ergänzungen, die die Zollzahlung in Österreich und die Änderungen im Geldwesen in Deutschland und in Österreich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs behandeln. Den Schlussabschnitt der Zusätze stellte Knapp der „Deutschen Politik“ als Vorabdruck zur Verfügung. GEORG FRIEDRICH KNAPP: Über den sogenannten Geldwert, in: DP 3, H. 10, 8. 3. 1918, S. 309–316.

⁶ Die Zeitschrift „Deutsche Politik“ war im Januar 1916 von Jäckh, Paul Rohrbach und Philipp Stein gegründet worden. Sie behandelte im Wesentlichen außenpolitische Fragestellungen und propagierte eine „mitteleuropäisch-orientalische Bundesgenossenschaft“; vgl. W. MOGK, Paul Rohrbach, S. 172; R. BURGER, Theodor Heuss, S. 192–195. – Im Juni 1917 hatte Jäckh Heuss, der sich in Heilbronn zunehmend in seiner politischen Wirkungs- und Entwicklungsmöglichkeit gehemmt sah, die redaktionelle Leitung der „Deutschen Politik“ angeboten; vgl. Jäckh an Heuss, 30. 6. 1917, in: BArch, N 1221, 83. Neben seiner Redaktionstätigkeit verfasste Heuss für die „Deutsche Politik“ zahlreiche Artikel über aktuelle politische Ereignisse sowie Rezensionen zu politischen und historisch-politischen Neuerscheinungen; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 209–222.

⁷ Verlag, in dem Knapp veröffentlichte.

⁸ Vgl. Nr. 2, Anm. 16.

⁹ Marianne und Ernst Lesser, Tochter und Schwiegersohn von Knapp.

¹⁰ Lotte Jürgens, Hausdame von Knapp.

¹¹ Hs. hinzugefügt.

¹² Weber übernahm im Sommersemester 1918 ein Ordinariat an der Wiener Universität. Heuss war mit Weber seit seinen Heilbronner Tagen persönlich bekannt. Gemeinsam mit seiner Frau hatte er das Ehepaar Weber mehrfach in Heidelberg besucht; Pfingsten 1917 waren Heuss und Weber bei der Tagung auf der Burg Lauenstein erneut zusammengekommen; vgl. M. WEBER, Max Weber, S. 476, 608–610, 615–620.

Nr. 2

An Elly Heuss-Knapp, [Heilbronn am Neckar]

15. Januar 1918; Berlin, Magdeburger Platz 5

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
*Aufnahme in die „Deutsche Gesellschaft 1914“; Zusammentreffen mit Friedrich
Naumann und anderen Berliner Bekannten*

Liebe Elli,

schönen Dank für den großen Brief.¹

Zunächst: in den beifolgenden Brief an die Deutsche Gesellschaft 1914² leg einen Scheck über 45 Mk ein – die Aufnahme mußte noch über Heilbronn laufen, da die Mitgliedschaft für Berliner gesperrt ist.

Das Buch für die Kgl. Bibliothek in Stuttgart ist das große Tafelwerk über Oberschwäb[ischen] Barock, dunkelrot gebunden.³ Das entsprechende Packpapier muß noch vorhanden sein. Vielleicht läßt Bauer es holen und abfertigen.

Über die Schönlebersche Gabe habe ich mich natürlich sehr gefreut – es ist mehr als ich erwartet habe. Ich schrieb natürlich sofort einen Brief nach Karlsruhe.⁴

Die Kunst sammelt sich jetzt ungeheuer um unser Haus – Heile schrieb mir gestern aus Stuttgart,⁵ daß ich auch von Brackenhammer⁶ bald eine längst ver-

¹ Heuss-Knapp an Heuss, 9. 1. 1918, in: FA Heuss, Basel.

² Die „Deutsche Gesellschaft 1914“ war Ende November 1915 als überparteilicher politischer Club gegründet worden. Sie entwickelte sich zu einer der wichtigsten hauptstädtischen Informationsbörsen und versammelte regelmäßig die politische Prominenz Berlins. Politisch befürworteten die meisten Mitglieder einen Verständigungsfrieden und eine Parlamentarisierung des Deutschen Reiches; vgl. B. SÖSEMANN, Politische Kommunikation.

³ Vermutlich WILHELM KICK: Barock, Rokoko und Louis XVI aus Schwaben und der Schweiz, Stuttgart 1903 bzw. Leipzig ²1907. Heuss setzte sich im Rahmen eines Aufsatzes mit dem ober-schwäbischen Barock auseinander; THEODOR HEUSS: Oberschwäbisches Barock, in: Die Rheinlande. Monatsschrift für deutsche Kunst und Dichtung 18, H. 7/8, Juli/August 1918, S. 157–160; Wiederabdruck in: TH. HEUSS, Ort, S. 57–66.

⁴ Vgl. Heuss-Knapp an Heuss (wie Anm. 1): „Eben kam ein Wertpaket von Karlsruhe mit einem wunderschönen Geschenk von Frau Schönleber, eine Oelskizze, Schiffe mit Segeln, die sich im Wasser spiegeln, in altem goldenem Rahmen, kleines Format, hängt wundervoll über meinem Schreibtisch.“ Der Begleitbrief von Luise Schönleber an Heuss vom 8. 1. 1918, in: DLA, A: Heuss, 73.4834.

⁵ Ließ sich nicht ermitteln.

⁶ Heuss hatte sich publizistisch für den Maler Rudolf Brackenhammer – von Heuss irrtümlicherweise Richard Brackenhammer benannt – eingesetzt und über Conrad Haußmann versucht, Brackenhammer einen Atelierraum in Stuttgart zu verschaffen; THEODOR HEUSS: Die Nürtinger Kunstausstellung, in: NZ, Nr. 84, 11. 4. 1914; DERS.: Richard Brackenhammer, in: Christliches Kunstblatt für Kirche, Schule und Haus 58, H. 6, Juni 1916, S. 175f; Heuss an Haußmann, 14. 1. 1918, in: HStAS, Q 1/2, 89.

sprochene Zeichnung erhalten soll. Du wirst nun nicht gerade am 27. Jan. zur Eröffnung der Schönleberausstellung nach Stuttg[art] fahren.⁷ Aber wenn Du in der Zeit nachher einmal hinauf kommst, sieh sie Dir an und schreib dann auch doch einmal einen netten Brief nach Karlsruhe. Mach auch etwas Propaganda. Mück⁸ soll s[einen] Freund Müller <stauchen>.

Hast Du die Verbindung Gutmann aufrecht erhalten?

Von Jochen bekam ich einen köstlichen Entschuldigungsbrief – ich hab ihm darauf sehr kühl und grob geantwortet. Der Brief ging an Mück weiter als Material. Dem Konditor Hartmann schrieb ich, dass ich nicht zahlen werde und daß ich es unglaublich finde, dass er einem Schlosserlehrling diese Summe kreditierte.⁹

Nach Straßburg schrieb ich einen Brief und bat Deinen Vater um evtl. Vorabdruck von neuen Zusätzen zum „Geld“ in der „D[eutschen] P[olitik]“¹⁰ – auch mit Jastrow hab ich brieflich angebandelt.¹¹ Heinersdorff will mich Ab[en]ds bei sich haben,¹² am nächsten Samst[a]g Abend gehe ich zu Schmidt.¹³ Mit dem vertrage ich mich sehr gut.

Heile u. Naumann¹⁴ traf ich gestern Abend. N[aumann] ist ganz munter, H[eile] sieht sehr schlecht aus. Von Dr. Schotte hörte ich, dass Max Weber wahrscheinlich als Nachfolger von Philippovich nach Wien gehen werde.¹⁵

⁷ Im Kunsthaus Schaller in Stuttgart fand Anfang 1918 die Nachlassausstellung der Werke Gustav Schönlebers statt. Für den Katalog zur Ausstellung hatte Heuss einen Aufsatz verfasst: THEODOR HEUSS: Gustav Schönleber, in: Gustav Schönleber. Nachlaß-Ausstellung. Kunsthaus Schaller, Stuttgart 27. Januar – 17. März 1918, S. 9–13, zit. n. R. MILLER-GRUBER, Gustav Schönleber, S. 248.

⁸ Der Heilbronner Bankier Friedrich Mück war einer der engsten Freunde von Heuss. Er förderte die politischen Ambitionen von Heuss und beriet ihn in finanziellen Belangen. Während der Weimarer Republik informierte Mück Heuss regelmäßig über Interna des württembergischen Landesverbandes der DDP.

⁹ Heuss unterstützte mit einer Pension Jochen Feldmann, der eine Schlosserausbildung in Neckarsulm absolvierte und sich dort unter Berufung auf Heuss eine größere Summe Geld geliehen hatte. Weder mit Feldmann noch mit Hartmann ließen sich Briefwechsel ermitteln.

¹⁰ Vgl. Nr. 1.

¹¹ Ein entsprechender Briefwechsel ließ sich nicht ermitteln.

¹² Ein Besuch von Heuss bei Gottfried Heinersdorff ist für den 23. 1. 1918 belegt; vgl. FARBLICHT, S. 77, Anm. 31. Heuss hatte Heinersdorff im Rahmen des Deutschen Werkbundes kennen gelernt und bereits 1912 seine Tätigkeit für die Wiederbelebung der Glasmalerei ausführlich gewürdigt; THEODOR HEUSS: Der Künstlerbund für Glasmalerei, in: Die Kunst. Monatshefte für freie und angewandte Kunst 26 (1912), S. 129–136.

¹³ Axel Schmidt, gemeinsam mit Heuss Redakteur der „Deutschen Politik“.

¹⁴ Friedrich Naumann war mit seinem Versuch einer Vereinigung von sozialen, nationalen und demokratischen Ideen Zeit seines Lebens das große Vorbild von Heuss im politischen Bereich. 1901 erstmals mit der Ideenwelt von Naumann in Berührung gekommen, war Heuss bald aktives Mitglied des Nationalsozialen Vereins geworden und hatte Naumann bereits 1902 persönlich kennen gelernt. Von 1905 bis 1912 hatte Heuss in Berlin als Redakteur für die Zeitschrift „Die Hilfe“ gearbeitet, dem wichtigsten Sprachrohr der Vorstellungen Naumanns. Auch nach seinem Wechsel an die „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn blieb Heuss’ politisches Denken und beruflicher

Wenn ihr ein paar Tage in den Schwarzwald geht, so finde ich das gar nicht so übel? Nur müßt ihr euch warm anziehen.¹⁶

Von Schairer wirst Du Dich, denke ich, nicht weiter in die Enge treiben lassen – Du kannst ruhig grob werden. Ich bin fast ein bisschen bestürzt, wie viel Pazifismus er entwickelt, da war ich fast alldeutsch!¹⁷

Die 40 Mk gab ich gestern in der D[eu]tsch[en] Ges[ellschaft] an Dominicus,¹⁸ mit dem ich zu Abend aß. Teure Vergnügen, die nicht wiederholt werden. Jedermann bestaunt die Billigkeit meiner Pension!

Für heute Adieu. Nachher will ich die erste berliner „Plauderei“ für die Frankf[urter] Z[eit]un[g] schreiben.¹⁹

Herzl[iche] Grüße

Dein

Theodor

[PS] An Frau Eberhardt schrieb ich Dankbrief.²⁰ Mit Weitergabe des Giefschen Windenzauns an Rauth bin ich einverstanden.

Werdegang im Bannkreis von Naumann; Heuss' engste politische Weggefährten entstammten wie er dem Naumann-Kreis.

¹⁵ Vgl. Nr. 1, Anm. 12.

¹⁶ Vgl. Heuss-Knapp an Heuss (wie Anm. 1): „Wir sind nach Besenfeld hoch im Schwarzwald bei Pfarrer Maier, Frau geb. Weinbrenner eingeladen. Was meinst Du, sollen wir uns getrauen, in der kalten Eisenbahn hinzufahren?“

¹⁷ Erich Schairer hatte im Januar 1918 die Nachfolge von Heuss als Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ angetreten; im März bezog er die Wohnung der Familie Heuss in der Lerchenstraße 31 in Heilbronn. – Heuss hatte sich in der „Neckar-Zeitung“ zwar niemals für Annexionen ausgesprochen, rechtfertigte aber die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 166–172.

¹⁸ Alexander Dominicus gehörte zum Straßburger Bekanntenkreis von Heuss-Knapp; beide Ehepaare waren eng befreundet.

¹⁹ Ein Artikel von Heuss in der „Frankfurter Zeitung“ ist erst für Anfang Februar nachweisbar: TH. H. [THEODOR HEUSS]: Schussens neue Erzählung, in: FZ, Nr. 40, 9. 2. 1918.

²⁰ Ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 3

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem

21. Januar 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GStA PK, VI. HA, NL Meinecke, 331: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen:

„Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“¹

Bitte um einen Beitrag zum Selbstbestimmungsrecht der Völker für die „Deutsche Politik“

Verehrter Herr Geheimrat!

Da Sie am letzten Mittwohabend nicht in der Delbrück-Zusammenkunft² waren und ich selber am nächsten Mittwoch verhindert sein werde, möchte ich Ihnen brieflich einen Wunsch unterbreiten. – Jetzt, da das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker eine so große Rolle zu spielen begonnen hat, wäre es erwünscht und interessant, eine Darstellung zu erhalten, wann und unter welchen politischen und staatsrechtlichen Voraussetzungen diese Fragestellung in die europäische Diskussion gekommen: Es wäre wohl vielleicht auch lockend, darüber einen Juristen einmal zu hören, aber mir scheint die Frage doch wesentlich mehr zur politischen Geschichte als zur staatsrechtlichen Theorie zu gehören. Würden Sie in der Lage sein, und die große Freundlichkeit haben, uns vielleicht darüber einen kurzen Aufsatz bald zu schreiben?³ Ich weiß nicht, ob bereits innerhalb des Wiener Kongresses neben dem Legitimitätsprinzip der neue Gedanke sich gemeldet hat, aber vermutlich wird er in den Fragen der Balkanpolitik doch schon wirksam gewesen sein.⁴ Es wird sich dabei natürlich auch darum handeln, von vornherein seine starke Begrenzung zu zeigen.

Ich wäre sehr froh, wenn diese Anregungen bei Ihnen Wiederhall finden würden.

Mit freundlicher Begrüßung,

Ihr sehr ergebener

Theodor Heuss
Schriftleiter der „Deutschen Politik“

¹ Diktatzeichen: H/A.

² Vgl. Nr. 1, Anm. 3.

³ Ein entsprechender Artikel Meineckes läßt sich in der „Deutschen Politik“ ebensowenig wie ein Antwortschreiben nachweisen.

⁴ Der Begriff des „Selbstbestimmungsrechts“ der Völker wird erstmals Mitte der 1870er Jahre von der Ersten Sozialistischen Internationale im Zusammenhang mit dem Anrecht Polens auf Selbstbestimmung und der Zurückdrängung des Einflusses Russlands gebraucht; vgl. K. RABL, Selbstbestimmungsrecht, S. 4–54, insbes. S. 32f. – Heuss selbst galt während des Ersten Weltkriegs die Formel des Selbstbestimmungsrechts als „Waffe der Weltpropaganda, mit der vor allem Österreich-Ungarn getroffen werden sollte“; vgl. TH. HEUSS, Staat und Volk, S. 278.

Nr. 4

An Elly Heuss-Knapp, [Heilbronn am Neckar]

21. Januar 1918; Berlin, Magdeburger Platz 5

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Abendgesellschaft bei Peter Behrens; Charakterisierung von Ernst Jäckh; Schulwahl für Ernst Ludwig Heuss

Liebe Elli,

gestern bin ich trotz Sonntag nicht zu dem beabsichtigten Brief gekommen, weil ich spät aufstand und <spät> einen längeren Aufsatz zu tun hatte. Am Nachmittag verfehlte ich bei einem Besuch Naumanns. Zum Abendessen war ich bei A. Schmidt, der sich in den Schlußfahrten der Elektrischen täuschte, so daß ich jetzt die erste Wanderung von Friedenau heim antreten durfte. Wie oft wird es sich wiederholen in diesem Leben? Die Haupt- u. Potsdamerstraße kam mir vertraut genug vor.¹

Der Abend bei Behrens war enttäuschend. Ich kam mit Baur u. Hellwag erst nach dem Abendessen. Behrens, der Alkoholiker ist, war schon betrunken, schlaff u. alt, während er, ein wunderschönes Mannsstück, ein eindrucksvoller Kerl ist. Jäckh war in seiner unsympathischen Täschelmanier, Bruckmann erzählte die gleichen Geschichten wie am Abend zuvor, nur Riemerschmid², ein feiner stiller Kerl, war entzückend. Mit dem verstehe ich mich.

Mit Jäckh ist es merkwürdig: in der Arbeit ist er fabelhaft präzise, geordnet, umsichtig, das Wesentliche behandelnd u. mit gutem Gedächtnis – aber sein Scherzton mit Frauen ist arg, vor allem auch weil so wenig nuanciert. Bertha,³ die eine Erkältung hinter sich hat, ist viel ausgeglichener und behaglicher. Der Sohn hält übrigens zur Mutter. Er wird in ein paar Wochen in Frankfurt a. O. Fahnenjunker.⁴

Frau Axel Schmidt ist eine manchmal sehr hübsche Frau, lungenleidend, offenbar sehr in Musik lebend, doch hat sie ihre Stimme eingebüßt. Sie ist klug und gebildet – der Abend war sehr behaglich. Sie wohnen ziemlich in unserer Nähe, u. vielleicht kannst Du sie etwas aus ihrer Einsamkeit erlösen. Übermorgen Abend bin ich mit Traub zusammen, dem die Sozialdemokraten übrigens in Mannheim u. Frankfurt die Versammlungen zertreten haben.⁵

¹ Heuss hatte bereits von Juni 1905 bis Dezember 1906 in Berlin-Friedenau gewohnt.

² In der Vorlage: „Riemerschmied“.

³ Bertha Jäckh.

⁴ Kurz nach seiner Ausbildung in Frankfurt (Oder) fiel Hans Jäckh in den letzten Kriegswochen an der Westfront; vgl. E. JÄCKH, Pflug, S. 471.

⁵ Gottfried Traub, ein langjähriger politischer Weggefährte von Naumann, hatte sich während des Ersten Weltkriegs von seinen linksliberalen Ursprüngen entfernt und der annexionistischen Deut-

Wegen Jochen will ich an s[eine] Mutter schreiben. Es wäre nur wünschenswert, wenn man ihm den Lehrlingsbrief noch verschaffen könnte, damit die zwei Jahre nicht umsonst sind. Ganz einfach ihn sitzen lassen kann man wohl deshalb nicht, weil man den Fahrzeugwerken gegenüber eine Verpflichtung für die Lehrzeitdauer übernommen hat.⁶ Frage darüber Mück.

Auf der Treppe, als ich eben wegging, erhielt ich den beifolgenden Brief von Dürs,⁷ der allerdings die Angelegenheit ziemlich hoffnungslos erscheinen läßt.

Wegen der Schule sprach ich mit Frau Rohrbach. Das Gymnasium am Maybachplatz ist humanistisch, gehört zu Friedenau, wodurch das Schulgeld um etwa 200 Mk im Jahr sich erhöht. Einige nette Lehrer, der Rektor aber weniger erfreulich. Das Helmholtzrealgymn[asium], jenseits der Wannseebahn, gehört zu Schöneberg; nach Meinung von Frau Rohrbach geht die Trennung des Lehrplans erst in Quarta los. Die Frage heißt: soll man wegen der Ersparnis einen späteren Wechsel der Schule in Aussicht nehmen. Über die Maybachschule lasse sich weder etwas dafür noch dagegen sagen. Ist Herr Elser auch der Meinung, der Bub⁸ solle wieder mit der zweiten Klasse beginnen?

Deine Instruktionen über den Sekretär sind mir nicht ganz deutlich.⁹ Er ist gut erhalten, muß aber „abgezogen“ werden. Bei Behrens gab es übrigens (zur Beruhigung) auch allerhand alte Möbel und keineswegs lauter I a Bilder.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

Theodor

[PS] Von Frau Isy Kr[ämer] bekam ich eine kleine Zunge – im übrigen liegen im Fensterdepot für das Morgenvesper noch 1½ Würste u. das ganze Rauchfleisch. Von der Pension erhalte ich, seit mein Brot ausging, jeden Morgen 4 Schnitten.

Schicke in der <?> Pappschachtel das großväterliche Schachspiel, <?> in der Pension will sich eine Dame mit mir auf diesem Gebiet einlassen. Sonst blüht hier offenbar die „Patience!“

schen Vaterlandspartei angeschlossen. Veranstaltungen der Deutschen Vaterlandspartei wurden mehrfach von Sozialdemokraten gestört oder gesprengt, die sowohl die außenpolitischen Ziele als auch das innenpolitisch reaktionäre Programm der Vaterlandspartei vehement bekämpften. In Mannheim kam es Anfang 1918 zu Ausschreitungen zwischen Anhängern von USPD und Vaterlandspartei, in Frankfurt a. M. wurde eine Veranstaltung mit Traub als Hauptredner gesprengt; vgl. H. HAGENLÜCKE, Deutsche Vaterlandspartei, S. 308f, 328f.

⁶ Vgl. Nr. 2, Anm. 9.

⁷ Ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Heuss' Sohn Ernst Ludwig Heuss.

⁹ In ihrem Brief vom 9. 1. 1918 hatte Heuss-Knapp um nähere Angaben zu einem Schreibtisch gebeten, den Heuss käuflich erwerben wollte; FA Heuss, Basel.

Nr. 5

An Robert Bauer, [Heilbronn am Neckar]

30. Januar 1918; Berlin, Magdeburger Platz 5

AJM Mönkemeier KG, Göttingen: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung (Kopie); Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Arbeitsorganisation im „Jäckh-Konzern“; Entwicklung der „Neckar-Zeitung“ nach dem Weggang von Theodor Heuss

Lieber Freund Bauer,

am Vorabend meines Geburtstags sitze ich mit dem Rest einer von Eugen Kaiser in den Abschiedszug gestifteten Flasche Rotwein und heimatlichen Zwiebacken auf meiner Bude, um über allerhand Dinge nachzusinnen. Bis mich Jäckh nachher zum „Verschwörerklub“ von Dernburg bis Schiffer abholt, der jeden Mittwoch die deutsche Politik betastet u. heute mit der Streikfrage eine zweifellos ernste Diskussion erfährt.¹

Vorher will ich aber doch mein Monatsgewissen entlasten und Ihnen den längst geplanten Brief schreiben. Von Mück, von meiner Frau und nach den Erfahrungen, die Sie mit mir in den sechs Jahren gemacht haben, wissen Sie, daß es mir gut geht. Ich habe in den ersten vierzehn Tagen völlig anonym gelebt, nur zwischen Bude und Büro, um mich einzugewöhnen. Jetzt geht es. Jetzt bekommt auch die Arbeitsteilung zwischen „Deutscher Politik“ u. „Werkbund“² ein Gesicht – an ziemlich intensiver Arbeit wird es mir in der nächsten Zeit sicher nicht fehlen, manches muß ich lernen, aber es wird gehen. Denken Sie sich, wie ich mit meiner angeborenen Unordentlichkeit und mit der Erledigung aus dem Handgelenk zunächst wie in einem Netz in der klaren Bürokratie von Jäckh gefangen

¹ Gemeint sind die von Delbrück veranstalteten „Mittwochabende“; vgl. Nr. 1, Anm. 3. Vom 28. 1. bis zum 4. 2. 1918 wurden die Berliner Rüstungsbetriebe bestreikt.

² Der 1907 gegründete Deutsche Werkbund setzte sich die Verbesserung von Form und Qualität der deutschen Gebrauchswaren zum Ziel. Im Gegensatz zu Naumann, der die Gründung des Deutschen Werkbundes organisatorisch und publizistisch vorantrieb, war Heuss an seiner Entstehung nicht unmittelbar beteiligt gewesen; Heuss' Studienfreund Wolfgang Dohrn wurde jedoch erster Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes. – Im April 1912, anlässlich der Übersiedlung des Deutschen Werkbundes von Dresden nach Berlin, hatte Jäckh die Geschäftsführung übernommen. Ende Oktober 1917 hatte der Vorstand des Deutschen Werkbundes Heuss eine Stelle in der Berliner Geschäftsstelle angeboten, „mit der besonderen Aufgabe, die künstlerischen und literarischen Dinge im Werkbund zu behandeln“; Peter Bruckmann an Heuss, 22. 10. 1917, in: BArch, N 1221, 514. Das Aufgabenfeld von Heuss wurde im Folgenden noch um Fragen der Übergangswirtschaft erweitert; vgl. MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN WERKBUNDES 1918, Nr. 1, S. 31. – Heuss war bis Ende 1921 bezahltes Mitglied der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes, arbeitete anschließend noch einige Zeit unentgeltlich für die Geschäftsstelle und blieb dem Deutschen Werkbund als Vorstandsmitglied bis zum Ende der Weimarer Republik eng verbunden; vgl. J. CAMPBELL, Werkbund, S. 176.

saß. Da läuft immer einer hin u. her, daß man Briefe liest, sein Visum macht, diktiert, unterschreibt – alles sehr klug und weise, aber auch das will gelernt sein, in einem solchen Apparat mitzulaufen, ohne daß die Dinge sich gerade an einem selber verfangen. In der „D[eutschen] P[olitik]“ mußte ich zunächst vor allem auf Ausräumen losgehen.

Politisch kann u. brauche ich Ihnen nichts zu sagen – an Mück habe ich ein paarmal „Tipps“ gegeben, ohne diese Beschäftigung für sehr wesentlich zu halten.

Die „N[eckar] Z[ei]t[un]g“ seh ich mir jeden Tag an, mit dem Gefühl um den Bauch herum: „Junge, wie hast Du Dir verändert!“ Zum Glück sind jetzt die neuen Zwischentypen da, aber daß das Ganze sehr gut aussieht, kann ich immer noch nicht finden. Die Grundschrift ist für das typographische Experiment von Haus aus ungeeignet. Sie können sich denken, daß ich nun doch einigermaßen neugierig bin, wie die Heilbronner die neue Sachlage beurteilen. Vor allem: was Viktor sagt u. ob seine geschäftlichen Hoffnungen, die er an die „Aufmachung“ knüpfte, in Erfüllung gehen?³ Wer schreibt denn nun Theaterkritiken? Ich glaube, *Schairer* drückt sich ein bischen darum. Im Feuilleton waren ein paar ganz nette Sachen, aber ich glaube, im Ganzen zu viel Witze. Will es ihm gelegentlich auch selber schreiben.

Ist unser P. Riedmaier Off[izieller] Stellv[ertreter] geworden? Dann schreiben Sie mir seine Adresse. Schreiben mir überhaupt einmal ein bisle vom Betrieb – ich kann mich ja über die Arbeit hier nicht beklagen, aber der Leitartikel, den ich nicht mehr morgens zwischen 9 u ½10 Uhr schreiben darf, der fehlt mir direkt!

Seien Sie mit Ihrer Frau, mit Nichte <Amanda> und Neffe Walter, herzlich begrüßt in dankbarer Freundschaft von
Ihrem

Theodor Heuss

[PS] Eine Bitte: schicken Sie eine Karte für Rezens[ions]ex[emplar] an den Inselverlag, er soll mir zur Besprech[ung] in der N[eckar]z[ei]t[un]g Scheffler „Geist der Gotik“⁴ senden; ich kann hier nur Politica anfordern.

Daß Sie m[einer] Frau beim Garten vom P.l.m.⁵ so nett geholfen haben, hat mir viel Spaß gemacht.

³ Viktor Krämer, der Verleger der „Neckar-Zeitung“, war seit längerem mit der Leitung der „Neckar-Zeitung“ durch Heuss unzufrieden und hatte Schairer mit der Ausarbeitung eines umfangreichen Plans zur „Wiederaufrichtung“ der Zeitung beauftragt; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 122–124.

⁴ KARL SCHEFFLER: Der Geist der Gotik, Leipzig 1917; eine Besprechung des Werkes durch Heuss ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Kürzel ließ sich nicht aufschlüsseln.

Nr. 6

An Elly Heuss-Knapp, Heilbronn am Neckar

3. März 1918; Berlin

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung; Postkartenaufdruck: „Dr. Theodor Heuss“

Besuch eines Holtzendorff-Abends

Liebe Elli,

nachdem die erbetene schwäb[ische] Büchersendung, wegen der ich vor 10 Tagen schrieb,¹ bei Euch nicht erledigt wurde, habe ich gestern, da die Zeit drängte, den Artikel für den „Wieland“ aus der Tiefe meines Gemütes geschrieben.² – Die Bücher brauchen also *nicht mehr* geschickt zu werden. Auch den Aufsatz über Stock für „D[eu]tsche Kunst u. Dekoration“ habe ich bereits am Freit[a]g erledigt.³ Gestern Abend hab ich bei <H[er]rn> v. Holtzendorff, dem Bruder des Admiralstabschefs, mein erstes Diner mit Ministern, Staatssekretären, Admirälen u. s. f. eingenommen – es hat mir gut geschmeckt.⁴ Am Donnerst[a]g folgt bei Jäckh in kl[einem] Kreis eine Wiederholung. Ich hoffe, daß bei Euch gesundheitlich wieder alles in Ordnung ist.⁵ Heute Mittag werde ich mit Katz zusammensein. – Von Mück höre ich, daß meine Schuld bei der G[ewerbe]K[asse] immer noch so um 1.800 Mk ist – ich hoffe, daß Du die Ausgaben u. s. f. immer einträgst. Vergiß nicht, ehe Du von H[ei]lbr[onn] wegfährst, Dein u. mein Kontobuch zu einer durchgehenden Flurbereinigung der G[ewerbe]K[asse] zu übergeben. Von Bauer bekam ich heute einen netten ausführlichen Brief.⁶

Mit herzlichen Grüßen an Euch alle

Dein

Theodor

¹ Heuss an Heuss-Knapp, 19. 2. 1918, in: FA Heuss, Basel; darin hatte Heuss zur Abfassung eines Artikels um die Übersendung folgender Literatur gebeten: SIEBEN SCHWABEN. Ein neues Dichterbuch von Ludwig Finckh, Cäsar Flaischlen, Hermann Hesse, Heinrich Lilienfein, Anna Schieber, Wilhelm Schussen, Auguste Supper. Mit einer Einleitung von Theodor Heuss, Heilbronn 1909; HERMANN MISSENHARTER: Das schwäbische Schrifttum von heute, in: Von schwäbischer Scholle. Kalender für Schwäbische Literatur und Kunst 1916, S. 109–114; VIKTOR BRUNS (Hg.): Württemberg unter der Regierung König Wilhelm II., Stuttgart 1916.

² THEODOR HEUSS: Die schwäbische Dichtung, in: Wieland 4, H. 1, April 1918 (=Schwabenheft), S. 14–18.

³ DERS.: Bildhauer Carl Stock, in: Deutsche Kunst und Dekoration XLII, H. 7/8, April/Mai 1918, S. 37–43.

⁴ Die Holtzendorff-Abende wurden von Arndt von Holtzendorff, dem Berliner Repräsentanten der Hamburger Hapag-Reederei, veranstaltet. Wöchentlich einmal versammelten sich dort hohe Reichsbeamte, Militärs, Journalisten, Politiker und Unternehmer zu informellen Gesprächen; vgl. L. CECIL, Albert Ballin, S. 215–220.

⁵ Ernst Ludwig Heuss war im Februar 1918 an Windpocken erkrankt.

⁶ Ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 7

An Elly Heuss-Knapp, Straßburg im Elsaß

12. März 1918, Berlin

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung; Postkartenaufdruck: „Dr. Theodor Heuss“

Abschied Elly Heuss-Knapps von Heilbronn

Liebe Elli,

als ich heute Abend von einem ganz behaglichen Kaffee bei Rohrbach zurückkam, fand ich Deinen Brief mit den Abschiedsvorstellungen – daß Du einmal den Weggang von Heilbronn mit Tränen begießen würdest, hast Du vor sechs Jahren sicher nicht gedacht.¹ Die Möbel schwimmen jetzt also – hoffentl[ich] nicht zu lang, damit wir vor der Osterwoche eingezogen sind. Leider vergaßest Du mir mitzuteilen, wer der hiesige Spediteur ist – hat der meine Adresse? Sonst sofort schreiben. Auf Wien will ich auch nicht ernsthaft eingehen, nachdem die Umkrepelung auf Berlin eben erst gemacht ist; Bernhard will freilich weiter mit mir verhandeln.² Mit einem kl[einen] Aufsatz über Hausensteins Weisgerberbuch bin ich übrigens in die „Neue Rundschau“ eingedrungen;³ schrieb ich Dir, daß dort das pariser Porträt von mir abgebildet ist?⁴ Das Wiedersehen mit mir selbst nach 12 Jahren hat mir Spaß gemacht. Es ist sehr nett, daß Du noch nach Straßburg fahren konntest – ich hoffe, daß der Möbelwagen hier einen Tag stehen kann, bis es mit dem Auspacken beginnt. Oder Du mußt mir, wie ich Dir schrieb,

¹ Heuss-Knapp an Heuss, 10. 3. 1918, in: FA Heuss, Basel: „Unsere Abschiedsfeier von der Jugendgruppe war so rührend, dass mir noch die Augen brennen, so habe ich geheult. Der arme Lulu hat sich entsetzlich geschämt.“ – Heuss-Knapp hatte 1913 in Heilbronn eine Jugendgruppe für soziale Hilfsarbeit gegründet, während des Ersten Weltkrieges die Frauenmeldestelle und Fürsorgevermittlung geleitet und eine Arbeitsbeschaffungsstelle für Kriegerfrauen ins Leben gerufen; vgl. E. KOCH, Frauen, insbes. S. 480–484, 666–722, 774–821. 1912 war Heuss-Knapp ihrem Mann nur ungern von Berlin in die Provinzstadt Heilbronn gefolgt; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 180f.

² Georg Bernhard, Redakteur der „Vossischen Zeitung“. Der Ullstein-Verlag hatte Heuss die Vertretung der „Vossischen Zeitung“ in Wien angeboten; vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 9. 3. 1918, in: FA Heuss, Basel.

³ THEODOR HEUSS: Weisgerber, in: Die Neue Rundschau 29, H. 6, Juni 1918, S. 862–864. Heuss hatte Albert Weisgerber 1904 in München kennengelernt.

⁴ WILHELM HAUSENSTEIN: Albert Weisgerber. Ein Gedenkbuch, hg. von der Münchener Neuen Sezession, München 1918, S. 107. Das Gemälde aus dem Jahre 1906 trägt den Titel „Sitzendes Paar“. – Im Frühjahr 1906 hatte Heuss zusammen mit Hausenstein einige Wochen in Paris verbracht und ihn mit Weisgerber bekannt gemacht; vgl. TH. HEUSS: Wilhelm Hausenstein, in: DERS.: Würdigungen, S. 300–307.

für alle Fälle noch rasch die Aufstellung der Hauptmöbel in <Eß>⁵- Fremden- u. Arb[beits]-Z[iimmer] schreiben. An alle herzliche Grüße

Dein

Theodor

[PS] Gestern tauchte Hermine <Schmidt> bei mir auf

Nr. 8

An Dr. Erich Schairer, [Heilbronn am Neckar]

28. Mai 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

DLA, A: Schairer, 95.19.1297: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“¹

Militärische Offensive der Mittelmächte; Reform des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts

Lieber Doktor Schairer!

Freundlichen Dank für Ihre Karte.² Die Mutmaßung über die Fortsetzung der Offensive ist ja nun durch den heutigen Bericht bestätigt. Nach unserer „Information“ war der Wiederbeginn der Kampfhandlungen zwischen dem 24. und dem 27. zu erwarten. Es wird behauptet, daß zwei Offensiven gleichzeitig geführt werden sollen, eine Scheinoffensive und ein größerer Durchbruchversuch. Um was es sich an der Aisne jetzt handelt, weiß ich nicht. Es soll die Bedrohung von Paris mit im Programm stehen. Eigentlich muß man annehmen, daß auch die flandrische Küste das Ziel bleibt, denn für die Entwicklung des U-Bootkrieges ist es nach den sehr wirkungsvollen Abwehrmaßnahmen der Engländer zweifellos höchst wertvoll, Stützpunkte jenseits der Kanalenge zu gewinnen. Es wird auch behauptet, daß eine österreichische Offensive in Italien bald nachfolgen werde.³ – Über die politische Lage hier ist wenig zu sagen. Die preußische Wahlrechtsfrage wird verschieden beurteilt. Ich selber sehe sie nicht sehr optimistisch an, wenn die Regierung sich nicht entschließt, den Pairsschub zu proklamieren und gleichzeitig die Bearbeitung der Wählerlisten jetzt schon anzuord-

⁵ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

¹ Am Briefende Erledigungsvermerk durch Empfänger vom 12. 6. 1918.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Am 27. 5. 1918 hatte eine Offensive der deutschen Truppen an der Westfront begonnen, bei der zwischenzeitlich die Aisne überschritten wurde. Am 15. 6. 1918 begann die österreichische Offensive an Brenta und Piave.

nen.⁴ (Die Konservativen wissen, daß dieses Geschäft bei den heutigen Zuständen einige Monate verlangt und daß deshalb eine Auflösung technisch gar nicht möglich ist, da die Verfassung Neuwahl in zwei Monaten verlangt.) Die innerpolitische Situierung wird im wesentlichen von der direkten Steuer abhängen. Sonst ist anzunehmen, daß die kleineren Steuern mit⁵ wechselnder Mehrheit beschlossen und von der Regierung akzeptiert werden.⁶

Ob es den Russen gelingt, den Ostfrieden noch einmal aufzurollen,⁷ weiß ich nicht. Auch bei uns sind sehr viele Leute, die <in> dieser Richtung wirken. Ich würde es auch aus Prestige-Gründen jetzt für unerwünscht halten.

Von mir selber ist nicht sehr viel zu erzählen. Ich hatte für letzten Sonntag auch eine Kriegsbeorderung zum Train, bin aber bis Ende August zurückgestellt worden.⁸ Ich hoffe, daß es Ihnen den Umständen entsprechend ordentlich geht, und denke, daß es Viktor Krämer schon gelingen wird, Sie wieder zur Arbeit zurückzugewinnen. Ich habe Bauer dieser Tage empfohlen, sich vielleicht den Roman „Fridericus“⁹ von Walter von Molo auf seine Abdruckerlaubnis durch Langen hin anzusehen.¹⁰ Die Arbeit scheint mir sehr geeignet zu sein.

Mit besten Grüßen und gutem Wunsche

Ihr

Th. Heuss

⁴ In seiner Osterbotschaft 1917 hatte Wilhelm II. die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Aussicht gestellt. Seit Dezember 1917 beriet das preußische Abgeordnetenhaus über die Wahlrechtsvorlage der Regierung, lehnte in der dritten Lesung vom 13. und 14. 5. 1918 aber mehrheitlich die von der Regierung gewünschte Einführung des gleichen Männerwahlrechts ab und votierte stattdessen für ein Pluralwahlrecht, das unter bestimmten Voraussetzungen (Alter, Beruf, langjährige Sesshaftigkeit in einer Gemeinde) eine Zusatzstimme vorsah. Der Regierungsvertreter stellte daraufhin eine Auflösung des Parlaments und Neuwahlen in Aussicht. Zugleich versuchte die preußische Regierung über das Herrenhaus, den ursprünglichen Regierungsentwurf wiederherzustellen. Um sich die Zustimmung in dem konservativ dominierten Herrenhaus zu sichern, verfügte Wilhelm II. über die Möglichkeit, durch einen „Pairsschub“ – sein Privileg der Ernennung neuer Herrenhausmitglieder – die Mehrheitsverhältnisse zu verändern; vgl. W. O. VOLLRATH, Kampf, S. 57–65; H. SPENKUCH, Herrenhaus, S. 131–136.

⁵ Hs. eingefügt von Heuss: „mit wechselnder Mehrheit“.

⁶ Am 16. 4. 1918 war dem Reichstag eine Reihe von Steuergesetzesentwürfen zugegangen, die dem Reich Mehreinnahmen von 4,3 Milliarden Mark einbringen sollten. Sie bestanden aus einer Umsatzsteuer und aus indirekten Steuern auf verschiedene Güter. Die Gesetzesentwürfe wurden vom Reichstag vom 9. bis 13. 7. 1918 beraten und mehrheitlich gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen; RT-Bd. 313, S. 5970–6148.

⁷ Am 3. 3. 1918 hatte Sowjetrußland mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien den Friedensvertrag von Brest-Litowsk unterzeichnet, in dem es auf ein Drittel seiner Bevölkerung und den größten Teil seiner Rohstoffe verzichtete.

⁸ Heuss litt seit seinem 18. Lebensjahr an einer habituellen Schulterluxation und war deshalb nicht zum Militär eingezogen worden; der Einberufungsbefehl zum 26. 5. 1918, in: BArch, N 1221, 486.

⁹ Vom Empfänger unterstrichen: „Fridericus“.

¹⁰ WALTER VON MOLO: Fridericus, München 1918; das Buch erschien im Albert Langen Verlag.

Nr. 9

Rundschreiben an die Herren Mitarbeiter bei dem Wettbewerb um das „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel

Juni 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GNM, DKA, NL Riemerschmid: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede; Kopfbogen: „Deutscher Werkbund“¹

Übersendung von Druckfahnen für die geplante Publikation des Deutschen Werkbundes zum „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel

Die Vorarbeiten für die beschlossene Veröffentlichung über den Wettbewerb sind jetzt abgeschlossen.

Ich habe dem Auftrag des Vorstandes des Werkbundes zufolge eine allgemeine Einleitung geschrieben und dieser eine Charakterisierung der einzelnen Entwürfe beigegeben.² Auf Grund der früheren Abmachungen lege ich den Herren vor, was über ihre Entwürfe gesagt wird, nicht verkennend, daß dies Verfahren unvollkommen ist, weil natürlich in mancher Einzeldarstellung Dinge gesagt wurden, die auch die anderen Entwürfe berühren.

Ich darf bei den Herren Mitarbeitern ein gewisses Verständnis für die Schwierigkeit meiner Aufgabe voraussetzen. Es handelt sich bei der Publikation, die gleichzeitig für die Mitglieder der Deutsch-Türkischen Vereinigung bestimmt ist, nicht um eine rein fachliche Veröffentlichung, wie sie wohl in einer Architekturzeitschrift gedacht werden könnte, sondern es sollte ein weiterer Kreis an einem konkreten Einzelbeispiel zum Interesse an³ architektonischen Problemstellungen herangezogen werden. In diesem Sinne habe ich meine Aufgabe pädagogisch aufgefaßt.

Zum andern verbot⁴ sich für mich, im Rahmen einer Publikation des Werkbundes, eine irgendwie temperamentvoll ausgedrückte Stellungnahme für oder gegen einzelne der Projekte. Ich habe naturgemäß auf event[ue][ll]e kritische Meinungsäußerung nicht verzichtet, denn es konnte ja nicht im Sinne der Teil-

¹ Diktatzeichen: Hs/Kö; Druck: RIEMERSCHMID, S. 491.

² THEODOR HEUSS: Das „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel, in: DEUTSCHER WERKBUND / DEUTSCH-TÜRKISCHE VEREINIGUNG (Hg.): Das Haus der Freundschaft in Konstantinopel. Ein Wettbewerb deutscher Architekten. Mit einer Einführung von Theodor Heuss, München 1918, S. 5–45. – Der Bau des Hauses der Freundschaft sollte das deutsch-türkische Bündnis während des Ersten Weltkrieges auf kultureller Ebene befestigen und wurde von offiziellen Stellen in Deutschland und der Türkei gefördert. Die Leitung des Unternehmens lag in den Händen der Deutsch-Türkischen Vereinigung, deren treibende Kraft Jäckh war. Der Deutsche Werkbund besorgte die Auswahl von zwölf Architekten, die um die Einreichung eines Wettbewerbsentwurfs gebeten wurden; zur Vorgeschichte des Hauses der Freundschaft vgl. J. KLOOSTERHUIS, Deutsche Auslandsvereine, S. 625–632.

³ In der Vorlage: „in“.

⁴ In der Vorlage: „erbot“.

nehmer selber liegen, wenn die Publikation in einer allgemeinen Farblosigkeit geschehe. Aber das wichtigste ist natürlich, an Hand der „Erläuterungen“, soweit diese im Einzelfall die Handhabe dazu boten, das Wesentliche in den Absichten der Architekten herauszuarbeiten.

Wenn ich Ihnen jetzt auf Grund der früheren Abmachung einen (unkorrigierten) Abzug des Ihren Entwurf betreffenden Teiles vorlege, so erbitte ich von Ihnen keine Kritik, keine Ablehnung oder Zustimmung, denn die Form, in der ich der Aufgabe gerecht zu werden versuchte, ist gegeben.⁵ Was mir aber wichtig sein muß, ist festzustellen, ob meine Ausführungen an irgend einer Stelle wesentliche Mißverständnisse Ihrer Absichten und Auffassungen enthalten. Dies bitte ich mir mitzuteilen, damit ich sie, sofern auch ich den Gegensatz zu Gewolltem und Ausgesagtem empfinde, berücksichtigen kann.

Ich hoffe aber, im allgemeinen mit meiner Auffassung von der Art, wie der Auftrag gelöst werden könnte, Einverständnis zu finden.

Sehr ergeben

Th. Heuss

Anlage.⁶

Nr. 10

An Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp, [Straßburg im Elsaß]

29. Juni 1918; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Aufenthalt in Wien; Diskussionen über den Fortbestand von Österreich-Ungarn

Lieber Vater,

am Mittwoch bin ich wieder aus Wien zurückgekehrt¹ – da hier allerhand Arbeit wartete, konnte ich den Aufenthalt nicht weiter ausdehnen. Er war interessant

⁵ In seiner Antwort auf das Rundschreiben bemängelte Richard Riemerschmid lediglich die falsche Schreibung seines Namens: „Im übrigen werde ich mich, eingedenk der deutlichen Winke, die Sie in Ihrem Begleitschreiben gegeben haben, wohl hüten, etwas anderes zu schreiben, als daß ich durchaus einverstanden bin.“ Riemerschmid an Heuss, 19. 7. 1918, in: GNM, ABK, NL Riemerschmid. Ein weiteres Antwortschreiben hat sich von Martin Elsaëßer erhalten; Elsaëßer an Heuss, 28. 6. 1918, in: BArch, N 1221, 388.

⁶ Als Anlage liegt dem Schreiben ein Fahnenabzug des Beitrages über den Wettbewerbsentwurf von Riemerschmid bei.

¹ Auf Veranlassung Naumanns war Heuss im Frühsommer 1918 nach Wien gereist, um dort die Stimmung für Naumanns Mitteleuropaidee zu erkunden; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 224f. –

genug, doch werde ich in der publizistischen Ausbeute ziemlich zurückhaltend sein.² Denn je näher man an die österr[eichisch]-ungar[ischen] Fragen kommt, desto stärker empfindet man ihre Verwickeltheit, zumal seit sich die südslawische Frage³ aufgetan hat, über deren Zukunft in Wien selber feste Meinungen fehlen. Ich bin mit deutschnationalen, sozialistischen u. polnischen Politikern zusammengewesen – die Österreicher haben ja eine hier undenkbare Leichtigkeit, daß man den Dingen rasch nahekommt. Freilich – und das liegt in der Natur der Probleme – sehr viel bleibt eben auch liebenswürdige oder interessante Konversation. Von Deinen wiener Bekannten habe ich neben Grünberg und Federn vor allem Jos. Redlich und Ludo M. Hartmann wiederholt gesehen – bei Redlich war ich einige Stunden in seinem entzückenden altwiener Landhaus. Er gilt hier als „anglo-“ und „slavo-phil“, und ich wurde mit Warnungen zu ihm entlassen – ein hiesiger Bekannter hatte ihn mir dringend ans Herz gelegt. Immerhin – wir haben uns gut verstanden, zumal mir sein Typus nicht fremd war. Hartmann ist bereit, Ö[sterreich] kaputt⁴ zu schlagen u. den deutschen Teil dem Reich zu inkorporieren – er verzweifelt über die Lebensfähigkeit des Staates. Einhellig ist die Meinung über den jungen Monarchen⁵ – er hat den Vorrat an dynastischen Gefühlen unheimlich rasch herabgewirtschaftet.

Abgesehen davon, daß es recht teuer war, habe ich mich in Wien wieder außerordentlich behaglich gefühlt, zumal an den Abenden, da ich in den Hügeln zum Leopoldsberg zu war. Man muß jetzt hoffen, daß die Bevölkerung über die nächsten Wochen wekommt – sogar in den Hotels, die vom Schleichhandel doch existieren, gab es kein Brot, und 630 Gramm in der Woche ist eben fast unmöglich.

Wenn Du, wie Elli meint, vielleicht einmal aus Straßburg herausgingest und mit nach Wasseralfingen kämest, wäre das furchtbar nett. Ich verzweifelte an der Möglichkeit, von hier aus während des Krieges nach Str[aburg] zu kommen –

In seiner programmatischen Schrift „Mitteleuropa“ aus dem Jahre 1915 hatte Naumann die Idee eines mitteleuropäischen Staatenbundes entwickelt, der u. a. einen staatlichen Zusammenschluss von Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vorsah und in den bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisen in Österreich auf lebhaften Beifall stieß; vgl. F. NAUMANN, *Mitteleuropa*; W. SCHIEDER, *Einleitung*, S. 385–390.

² Laut einem Brief an Schairer hatte Heuss Wien und Budapest auch im Auftrag der „Deutschen Politik“ besucht; vgl. Heuss an Schairer, 15. 6. 1918, in: DLA, A: Schairer, 95.19.1297. Seine Eindrücke legte Heuss in einem noch in Wien verfassten Aufsatz nieder; THEODOR HEUSS: *Wiener Krise*, in: DP 3, H. 27, 5. 7. 1918, S. 840–846.

³ Im Mai 1917 hatten sich die südslawischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats zu einem Klub zusammengeschlossen und eine Vereinigung ihrer Gebiete zu einem staatsrechtlichen Körper verlangt. Insbesondere in den slowenischen Gebieten formierte sich seit dem Frühjahr 1918 eine breite Deklarationsbewegung zur Unterstützung der Politik des Südslawischen Klubs; am 27. 5. 1918 hatten alle slowenischen Parteien das Verlangen des slowenischen Volkes auf das Selbstbestimmungsrecht bekräftigt; vgl. J. PLETERSKI, *Slowenen*, S. 834–838.

⁴ In der Vorlage: „kaputt“.

⁵ Karl I. Franz Joseph, Kaiser von Österreich von 1916 bis 1918.

für den Paß nach Wien hab ich drei Tage lang auf Hausgängen herumstehen müssen, u. schließlich ging es doch nur mit Protektion.

Für heute herzliche Grüße Euch allen
Dein dankbarer Sohn

Theodor Heuss

[PS] Die wiener Herren lassen Dich alle grüßen.

Nr. 11

An Conrad Haußmann, Stuttgart

29. Juni 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

HStAS, Q 1/2, 115: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“¹

Bitte um einen Beitrag zur Reform des Auswärtigen Dienstes für die „Deutsche Politik“

Sehr geehrter, lieber Herr Haußmann,

nachdem durch die bedauerliche Verzögerung der Antwort auf die verschiedenen geschäftlichen Fragen, die zwischen Ihnen und dem Verlage der „Deutschen Politik“ schwebten, Ihre Mitarbeit durch Sie selber ausgeschaltet war, möchte ich heute gleich mit einer konkreten Bitte an Sie herantreten.²

Wir haben neulich schon in der „Deutschen Politik“ das heute so viel erörterte Problem der Ausgestaltung des Auswärtigen Amtes und der Reform des auswärtigen Dienstes in Angriff genommen.³ Ich beabsichtige, diese Frage weiter behandeln zu lassen, da sie mir neben der doch etwas oberflächlichen Behandlung in der Tagespublizistik einer Vertiefung bedürftig erscheint, und ich möchte Sie nun

¹ Diktatzeichen: H/A.

² Heuss hatte Haußmann im Vorfeld der württembergischen Landtagswahlen von 1906 in Stuttgart kennengelernt. Seit der Übernahme der Redaktion der politisch-literarischen Zeitschrift „März“ durch Heuss im Juli 1913 standen sie in engem brieflichen Austausch, da das Profil des „März“ wesentlich von Haußmann bestimmt wurde. Mit Heuss' Wechsel in die Redaktion der „Deutschen Politik“ Anfang 1918 war die Zeitschrift „März“ in der „Deutschen Politik“ aufgegangen; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 152f. – Haußmann berief sich in der Folgezeit darauf, dieser Vereinigung nur unter der Bedingung zugestimmt zu haben, dass er ständiger Mitarbeiter der „Deutschen Politik“ mit einem festen Honorar werde, stieß mit diesen Forderungen jedoch auf den Widerstand der Herausgeber und des Verlages der „Deutschen Politik“. Erst Ende Juli kam es zu einer Einigung, deren genaue Bestimmungen jedoch nicht überliefert sind; vgl. Heuss an Haußmann, 30. 7. 1918, in: HStAS, Q 1/2, 89.

³ Nicht gezeichnete Glosse in: DP 3, H. 25, 21. 6. 1918, S. 770.

bitten, auch Ihrerseits bei uns einmal darüber einige Seiten zu schreiben in Verbindung mit der Frage, wie sich geschichtlich bei uns das Verhältnis des Parlaments zu Fragen der auswärtigen Politik gestaltet hat. So viel ich weiß, hat ja auch Hamburg eine Denkschrift über diese Fragen eingereicht. Ich kenne sie selber nicht, weiß aber, daß sie in ihrem Wert sehr verschieden beurteilt wird. Sie ist wohl auch den Reichstagsabgeordneten zugegangen.⁴ Vielleicht kann sie den Anlaß bieten, jetzt von Ihrer Seite diese Frage einmal eingehender zu behandeln.⁵

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

Theodor Heuss
Schriftleiter der „Deutschen Politik“

Nr. 12

An Dr. Gustav Stolper, Wien

8. Juli 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“¹

Erinnerung an das gemeinsame Zusammentreffen in Wien; Bitte um einen Beitrag über die ungarische Volkswirtschaft für die „Deutsche Politik“

Sehr geehrter Herr Doktor!

Verzeihen Sie, daß ich so lange stumm geblieben bin. Erstens habe ich sehr viel Arbeit hier vorgefunden, zumal jetzt die Urlaubsvertretungen begonnen haben,

⁴ Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches hatte in hanseatischen Handelskreisen zu mehreren Initiativen geführt, die eine Reform des Auswärtigen Dienstes forderten. Neben der „Hamburger Denkschrift“ des Ausschusses für Neugestaltung des Auslandsdienstes entstand eine „Denkschrift der Handelskammern Hamburg, Bremen und Lübeck zur Neugestaltung des Auslandsdienstes“, die im Juni 1918 auch den Reichstagsabgeordneten zugegangen war; vgl. K. DOSS, Auswärtiges Amt, S. 92–113.

⁵ Ein entsprechender Aufsatz von Haußmann ist weder in der „Deutschen Politik“ noch an anderer Stelle nachweisbar; vgl. die Bibliographie der Zeitschriftenbeiträge bei K. RABENSTEIN-KIERMAIER, Conrad Haußmann, S. 417–429.

¹ Diktatzeichen: H/A; am Briefende der stenographische Entwurf des Antwortschreibens von Gustav Stolper: „Darf ich Sie versichern, daß mich schon lange eine neue freundschaftliche Bekanntschaft nicht so gefreut hat wie die Ihre?“ Zit. n. der Übertragung des Stenogramms durch den Stenographen des Landtags von Baden-Württemberg, in: BArch, N 1221, 646. – Heuss' Besuch in Wien im Sommer 1918 markiert den Beginn seiner lebenslangen Freundschaft mit dem Publizisten Stolper, die sich bald auf die jeweiligen Ehepartner erstreckte. Sowohl in publizistischen als auch in politischen und privaten Belangen wurde Stolper zu einem der wichtigsten Gesprächspartner von Heuss; gemeinsame Urlaubsreisen und die Übersiedlung des Ehepaars Stolper nach Berlin Ende des Jahres 1925 intensivierten die Freundschaft.

und zweitens habe ich mich auch der spanischen Krankheit² einige Tage unterworfen. Ich danke Ihnen also noch vielmals für die überaus lebenswürdigen Dienste, die Sie mir während der Wiener Tage haben zukommen lassen.³ Ich bin sicher, daß dieses, unser erstes Zusammensein, dort und hier seine Wiederholung finden wird, und freue mich darauf.

Heute habe ich zwei Bitten. Einmal, Sie möchten mir die Adresse von Dr. Egon Bergson mitteilen lassen, damit wir ihm Belege⁴ und Honorar überweisen können, und dann, Sie möchten uns für die „Deutsche Politik“ einen Aufsatz von vielleicht 5–6 Seiten (zu je 850 Silben) über die Stärkung der ungarischen Volkswirtschaft und allgemeine Situation während des Krieges schreiben.⁵ Das ist mir in den Besprechungen in Wien ja oft genug entgegen getreten, wie sehr Ungarn teils agrarisch durch eine weitgehende Entschuldung, teils industriell durch die Zuteilung der Staatsaufträge sich wirtschaftlich umbildet. Ich glaube, es wäre wertvoll, auch vor deutschen Lesern einmal diese Zusammenhänge vorzutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss
Schriftleiter der „Deutschen Politik“.

Nr. 13

An Conrad Haußmann, Onstmettingen, Württemberg
23. August 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

HStAS, Q 1/2, 115: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „„Deutsche Politik“.
Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

*Dank für einen Beitrag für die „Deutsche Politik“; innenpolitische Entwicklung;
Friedensbemühungen des Deutschen Reiches*

Lieber Herr Haußmann!

Freundlichen Dank für Ihren Aufsatz,¹ der gestern schon ankam und gleich in die Druckerei gesandt werden konnte, so daß Sie wohl morgen Korrektur erhalten.

² In den Jahren 1918/19 kam es zu einer schweren Influenza-Pandemie, die auch als „Spanische Grippe“ oder „Spanische Krankheit“ bezeichnet wurde. Allein im Deutschen Reich fielen ihr mindestens 250.000 Menschen zum Opfer; weltweit schwanken die Schätzungen der Opferzahlen zwischen 6 und 100 Millionen Menschen; vgl. M. HIERONIMUS, Krankheit, S. 11, 24.

³ Vgl. Nr. 10, Anm. 1.

⁴ Vgl. EGON BERGSON: Die austropolnische Lösung. Eine Erwiderung an Karl Leuthner, in: DP 3, H. 26, 28. 6. 1918, S. 808–812.

⁵ Ein entsprechender Artikel von Stolper läßt sich in der „Deutschen Politik“ nicht nachweisen.

¹ CONRAD HAUSSMANN: Graf Hertling, in: DP 3, H. 35, 30. 8. 1918, S. 1091–1099.

Ich bitte Sie, diese gleich zu erledigen und als Eilbrief nach Weimar, Druckerei Dietsch & Brückner, zu senden, damit der Abzug Montag früh zuverlässig da ist. Und nicht allzuviel Korrekturen vornehmen! Ich hoffe, daß ich Ihnen ein anständiges Honorar aussetzen kann. An sich sind die Honorarsätze der „D[utschen] P[olitik]“ nicht gerade schlecht, aber die Balance einer Wochenschrift ist, wie Sie ja wissen, eine heikle Sache. – Gestern nachmittag sah ich Payer noch, ehe er ins Hauptquartier fuhr.² Aus dem, was man sonst hört (mit P[ayer] selber habe ich nicht viel Politisches geredet), ist Helfferichs Versuch im Hauptquartier, die Revision des Brester Friedens anzubringen, vollständig gescheitert und die Rückkehr Helfferichs in eine führende politische Stellung offenbar durch diesen Zwischenfall sehr fraglich geworden.³ Die Kaiserin leidet an starken Herzschwächen, so daß der Kaiser nach Wilhelmshöh⁴ gereist ist. – Die Rede von Solff⁵ habe ich mitangehört. Die Wortoffensive soll ja noch ziemlich ausgedehnt werden. Natürlich wäre es politisch wirkungsvoller gewesen, wenn sie nicht in den Zeitpunkt der starken feindlichen Angriffe im Westen fiel.⁶

Mit herzl[ichen] Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

² Friedrich von Payer besuchte in seiner Funktion als Vizekanzler am 25. 8. 1918 die Oberste Heeresleitung in Avesnes, um deren Einverständnis zu einer gemeinsamen Verzichtserklärung von Reichsregierung und Oberster Heeresleitung auf Annexionen von belgischen Gebietsteilen einzuholen; vgl. F. PAYER, *Erinnerungen*, S. 275–278.

³ Karl Helfferich hatte vom 23. 7. bis zum 10. 8. 1918 als diplomatischer Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau amtiert. Aufgrund seiner Eindrücke in Moskau war er zu dem Schluss gekommen, dass das bolschewistische Regime kurz vor dem Kollaps stehe und sich Deutschland deshalb nach anderen Verbündeten in Russland umsehen und von dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk abrücken müsse. Helfferich hatte sich jedoch mit seinem Standpunkt bei einer Besprechung im Großen Hauptquartier in Spa am 12. 8. nicht durchsetzen können und reichte am 30. 8. 1918 sein Abschiedsgesuch ein; vgl. W. BAUMGART, *Ostpolitik*, S. 233–255.

⁴ In der Hohenzollernresidenz Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel hielt sich Wilhelm II. regelmäßig in den Sommermonaten auf.

⁵ In der Vorlage: „Solff“. Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Wilhelm Solff hatte am 20. 8. 1918 in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ eine Rede zu den deutschen Kriegszielen gehalten. Sie leitete eine Reihe von Kundgebungen ein, mit denen im In- und Ausland für die Friedensbemühungen der deutschen Regierung geworben werden sollte; vgl. SCHULTHESS' 1918 I, S. 254–259.

⁶ Seit der Schlacht von Amiens am 8. 8. 1918 befand sich die deutsche Armee an der Westfront in permanenten Rückzugsgefechten.

Nr. 14

An Martin Schlenker, [Lauffen]

14. September 1918; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

DLA, A: Heuss, 73.4185: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Kriegsgefangenschaft von Martin Schlenker; Rückblick auf die ersten Monate in Berlin

Lieber Freund Schlenker,

Ihr Brief, den ich heute Nachmittag erhielt,¹ war mir eine rechte Wohltat. Zugleich hat er ja auch mein schlechtes Gewissen geweckt, daß ich in dem letzten Jahr, das soviel Änderung und Umtrieb für mich selber gebracht hat, im Schreiben versagte – ich kann das gar nicht beschönigen und nur um Entschuldigung bitten. Es war nicht so, als ob ich Sie vergessen hätte – aber während ein Freund nach dem andern den Schlachtentod fand (und er hat in meiner Generation furchtbar gehaust), da erschien der Gefangene manchmal fast als der Geborgene. Als endlich der Austauschvertrag zustandekam,² habe ich mich besonders für Sie und Ihre Familie darüber gefreut und ich bin froh, Sie jetzt in der Heimat zu wissen. Es muß etwas Merkwürdiges und Ergreifendes sein, nach solch böser Leidenszeit wieder zu Frau und Kindern zurückzukehren – hoffentlich haben Sie die seelische Spannkraft unvermindert erhalten, um das Schlimmste der Erinnerungen in den Hintergrund zu drängen. Ich denke doch, daß man Sie jetzt hoffentlich nach einer entsprechenden Erholungszeit in Lauffen in Ihrem Beruf beläßt; Sie gehören doch auch nicht mehr zu den Jüngsten.

Daß ich den heilbronner Wirkungskreis verlassen habe, hat ja manche Ansätze einer schönen und befriedigenden Arbeit <geknickt>, an die ich manchmal mit Sehnsucht zurückdenke. Aber als die Versuche, mich wegzuholen, sich häuften, habe ich mich zur Rückkehr nach Berlin entschlossen, weil meine gegenwärtige Doppelstellung am „Deutschen Werkbund“ und an der Wochenschrift „Deutsche Politik“ die Vereinigung von ästhetischen und politischen Interessen in sich enthält – an dieser Verbindung ist für meinen inneren Menschen viel gelegen, und man kann sie selten nebeneinander besitzen. Die sechs Jahre Schwabenheimat sind aber sehr fruchtbar für mich geworden – ich verberlinere nicht! Ich bleibe auch mit den heilbronner Freunden in bester Fühlung und freue mich auf den Augenblick, wo man wieder ungezwungen politisch zusammenarbeiten kann.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Im Juni 1918 war es zu einer Austauschvereinbarung zwischen Deutschland und Sowjetrußland gekommen, aufgrund derer innerhalb von vier Monaten fast alle deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückkehrten; vgl. G. H. DAVIS, Kriegsgefangene.

Ich habe mich hier wieder gut eingewöhnt – der Boden war mir ja von meiner Hilfezeit³ her vertraut. Der Kreis, in dem ich verkehre, ist politisch sehr angeregt: Naumann, Rohrbach, Delbrück u. s. f. Die „Deutsche Politik“ hat gute Mitarbeiter u. ist in sehr starkem Aufstieg, so daß man auch einen Erfolg der Arbeit spürt. Das Leben freilich bringt vielerlei Entbehrung, die ich selber für mich gut aushalte – daß der Bub keine Milch kriegt, ist allerdings schmerzlich. Er hat sich – er ist ja „geborener Berliner“ – im übrigen soweit gut in seiner Geburtsstadt zu rechtgefunden – manchmal hat freilich auch das Heimweh nach Heilbronn bei ihm sich eingefunden.

Ich werde am 5. u. 6. Oktober zu einer Sitzung nach Württemberg fahren müssen⁴ – am 7. bin ich sicher in Heilbronn.⁵ Ich hoffe, wir werden uns bei der Gelegenheit sehen und menschlich wie politisch aussprechen können.

Ich sende Ihnen als Begrüßung in der Heimat ein kleines Büchlein, ein politisch-geschichtliches Preislied auf die Schwaben (aber in Prosa), das ich im 2. Kriegsjahr schrieb.⁶ In einer geruhigen Stunde macht es Ihnen vielleicht Freude, darin zu lesen. Von ein paar wirtschaftspolitischen u. staatsrechtlichen Arbeiten, die ich noch veröffentlichte, hab ich leider nichts mehr da – das kann vielleicht noch nachgeholt werden.

Für heute also herzliches Willkomm in der Heimat und Ihnen allen freundschaftlichen Gruß

Ihr

Theodor Heuss

³ Zur Tätigkeit von Heuss für die „Hilfe“ vgl. Nr. 2, Anm. 14.

⁴ Am 5. 10. 1918 fand in Schwäbisch Hall eine Vorstands- und Ausschusssitzung des Deutschen Werkbundes statt, auf der Heuss über die Publikationspläne und „freien Gruppen“ des Deutschen Werkbundes referierte; vgl. das Protokoll in: Werkbundarchiv, ADK 2-46/18.

⁵ Am 7. 10. 1918 hielt Heuss eine Rede zu „Weltwirtschaftsfragen nach dem Krieg“ vor dem Kaufmännischen Verein Heilbronn; Redenotizen, in: BArch, N 1221, 26.

⁶ THEODOR HEUSS: Schwaben und der deutsche Geist, Konstanz 1915.

Nr. 15

An Prof. Dr. Fritz Wichert, Berlin

16. September 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

StadtA Mannheim, NL Wichert, 307: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen:
„Deutscher Werkbund“¹

Gründung einer Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei

Sehr geehrter Herr!

Um die Ansätze für eine Erneuerung der Glasmalerei und der Mosaikkunst zu pflegen, die das letzte Jahrzehnt gebracht hat, soll eine „Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei“ ins Leben gerufen werden. Es handelt sich darum, den jungen Künstlern, die hier schon ausgezeichnetes geleistet haben, Aufträge, Anregungen, Förderung zuzuleiten und den Umkreis der kunstliebenden Menschen, die ihr Interesse diesen neuen Versuchen zugewendet haben, zu erweitern.

In der Anlage ist ein Rundschreiben enthalten, das den Plan im einzelnen kennzeichnet, die Ziele und Arbeitsmethoden der Gesellschaft näher umgrenzt.²

Wir glauben, Ihre Teilnahme für diese Bestrebungen voraussetzen zu dürfen, und bitten um Ihre Unterstützung. Diese sehen wir zunächst darin, daß Sie uns gestatten, Ihren Namen auf das Anschreiben zu setzen, das an einen ausgesuchten Kreis versandt werden wird, und daß Sie uns selber Persönlichkeiten und Vereinigungen nennen wollen, bei denen wir mit einer freundlichen Aufnahme unserer Arbeit rechnen dürfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Theodor Heuss

¹ Oben rechts Vermerk durch Empfänger: „unerledigt“.

² Entwürfe für das Rundschreiben finden sich in: Berlinische Galerie. Landesmuseum für moderne Kunst, Photographie und Architektur, Architektursammlung, Archiv Puhl & Wagner, Gottfried Heinersdorff, Ordner 196; die Gründung der Gesellschaft kam nicht zustande. Zu Heuss' Interesse an der Glasmalerei vgl. Nr. 2, Anm. 12.

Deutscher Werkbund

1

Ehrenmitglied: Dr. h. c. Robert Bosch, Stuttgart.

Geschäftsführender Vorstand: Geheimter Hofrat Peter Brudmann, Landtagsabgeordneter, Heilbronn a. N. (1. Vorsitzender); Professor Peter Behrens, Neubabelsberg-Berlin; Direktor Karl Schmidt, Dresden-Gellerau.
Vorsitzender der Geschäftsstelle: Professor Dr. Ernst Jäch, Berlin.

Jernsprech-Anschluß: Amt Nollendorf 928, 929 u. 930

Telegramm-Adresse: Werkbund Berlin

Postfachkonto: Berlin 15387

Baukonto: Dresdner Bank, Depositionskasse B, Potsdamer Str. 20

Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

am 16. September 1918

Herrn

Professor Dr. Wichert,

unverlesigt

Berlin W 10.

Sehr geehrter Herr!

Um die Ansätze für eine Erneuerung der Glasmalerei und der Mosaikkunst zu pflegen, die das letzte Jahrzehnt gebracht hat, soll eine „Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei“ ins Leben gerufen werden. Es handelt sich darum, den jungen Künstlern, die hier schon ausgezeichnetes geleistet haben, Aufträge, Anregungen, Förderung zuzuleiten und den Umkreis der kunstliebenden Menschen, die ihr Interesse diesen neuen Versuchen zugewendet haben, zu erweitern.

In der Anlage ist ein Rundschreiben enthalten, das den Plan im einzelnen kennzeichnet, die Ziele und Arbeitsmethoden der Gesellschaft näher umgrenzt.

Wir glauben, Ihre Teilnahme für diese Bestrebungen voraussetzen zu dürfen und bitten um Ihre Unterstützung.

Diese

Schreiben sollte man an die Geschäftsstelle, nicht an Personen richten

Abb. 2: Theodor Heuss an Fritz Wichert, 16. 9. 1918

Nr. 16

An Conrad Haußmann, [Stuttgart]

17. November 1918; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

HStAS, Q 1/2, 115: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹
Anspruch auf einen aussichtsreichen Platz auf der Kandidatenliste der württembergischen Linksliberalen bei den Wahlen zur Nationalversammlung

Lieber Freund,

es ist ja im Augenblick eine ungewisse Sache, Briefe zu schreiben, aber irgendwann wird dieses Blatt Sie doch erreichen.

Ich möchte Ihnen das Folgende vortragen. Es ist noch unsicher, wie die derzeitige Regierung die Nationalversammlung ausschreiben wird² bzw. wie die Abgrenzung der Proporzkreise sein wird. Ich nehme an, daß wie bei dem Reichstagsproporz gebundene Listen (ohne Kumulierung) ausgegeben werden, so daß die Auswahl der Gewählten sich nach der Reihenfolge der Parteileitungen bemißt. Wieviel Vertreter auf Württemberg kommen sollen, ist wohl noch unbestimmt.³

Sie werden es nicht falsch verstehen, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß ich von unserer schwäb[ischen] Partei⁴ mit auf den Zettel komme u. zwar an guter Stelle. Ich weiß nicht, ob Payer kandidieren wird u. Liesching, der ja doch einmal der Nachfolger von Blos werden wird, aber ich möchte hoffen dürfen, neben Hähnle, Scheef, Schweikhardt u. Gunßer ernsthaft in Frage zu kommen.⁵ Die Nationalversammlung soll wohl Leute erhalten, die mit den staatsrechtlichen

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 129f.

² Bereits am 16. 11. 1918 war in der „Vossischen Zeitung“ unter der Überschrift „Die Regierung für die Nationalversammlung“ die Meldung erschienen, dass „die gegenwärtige Regierung [...] die gesetzgebende Nationalversammlung sobald als irgend möglich wählen und zusammentreten lassen“ werde; vgl. VZ, Nr. 588, 16. 11. 1918.

³ Vgl. Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz). Vom 30. November 1918, in: RGBl. 1918, S. 1345–1352. Nach § 20 des Reichswahlgesetzes war die Reihenfolge der Benennungen auf dem Wahlvorschlag der einzelnen Parteien für die Verteilung der Abgeordnetensitze maßgeblich. Auf Württemberg inkl. des preußischen Regierungsbezirks Sigmaringen entfielen 17 Abgeordnete; vgl. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918. Vom 6. Dezember 1918, ebd., S. 1403.

⁴ Gemeint ist der württembergische Landesverband der Fortschrittlichen Volkspartei, der nach einem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 23. 11. 1918 korporativ der DDP beitrug; vgl. L. LUCKEMEYER, Deutsche Demokratische Partei, S. 210f.

⁵ Die Kandidatenliste der württembergischen DDP für die Wahlen zur Nationalversammlung wies folgende Reihenfolge auf: Friedrich von Payer, Conrad Haußmann, Philipp Wieland, Carl Hermann, Mathilde Planck, Theodor Heuss. Hermann Gunßer kandidierte erst an elfter Stelle. Ein Mandat für die Nationalversammlung errangen nur die ersten vier Kandidaten; vgl. C. RAITH, Wahlen, S. 13. Theodor Liesching, Adolf Scheef und Heinrich Schweikhardt kandidierten nicht für die Nationalversammlung, sondern für die Württembergische Landesversammlung; vgl. ebd., S. 6f.

Entwicklungsmöglichkeiten sich schon früher befaßt haben.⁶ Ich darf wohl sagen, daß ich in den 6 Jahren in Württemberg (neben Fischer) agitatorisch am meisten für die Partei gearbeitet habe und daß ich auch durch meine Stellung zu den Frauenfragen nach dieser Seite völlig unbelastet bin. Die württ[em]b[er]g[ische] Partei hat den Jungen immer Raum zur Arbeit gegeben – Sie haben selber s. Zt. den Versuch in Backnang eingeleitet, der mißlang, weil es zu spät war.⁷ Heute stellt sich für mich die Frage so dar, ob ich jetzt, Mitte der Dreißig, verantwortungsvoll in die Politik eintrete oder noch einmal eine Reihe von Jahren warten muß. Ich glaube, daß es der bürgerlichen Demokratie notwendig ist, bei dieser großen Kraftprobe junge Kräfte mit heranzuholen.

Wenn wir die Einigung der bürgerlich-demokratischen Parteien erhalten, so müssen wir in Württemberg den bisherigen Nationalliberalen möglichst gar keine Konzessionen machen, vor allem in der Mandatsfrage, denn wir sind die Stärkeren.⁸

Nehmen Sie mir diesen Brief nicht übel. Sie werden seine Motive verstehen. Ich will jetzt mithelfen u. kann das nur von der schwäbischen Heimat aus. Ich glaube, für die großen Aufgaben an Wissen u. Gesinnung nicht schlechter gerüstet zu sein, als wer sonst als Bezirksgröße oder Interessenvertreter in Frage kommt. Ich schreibe Ihnen das in aller freundschaftlichen Offenheit; da ich jetzt nicht nach Württemberg fahren kann, gebe ich die Vertretung meines Wunsches in Ihre Hand. Darf ich auf ein freundliches Echo rechnen.⁹

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

[PS] Ich habe vorgestern hier vor 1.000 Menschen gesprochen;¹⁰ meine Frau betreibt mit Hochdruck die jetzt dringliche Politisierung der Frauen.¹¹

⁶ Heuss spielt hier auf eigene verfassungsrechtliche Überlegungen an; vgl. THEODOR HEUSS: Die Bundesstaaten und das Reich, Berlin 1918.

⁷ 1912 hatte Heuss auf Betreiben von Haußmann im Oberamt Backnang für den württembergischen Landtag kandidiert, war aber bereits im ersten Wahlgang gegen die Kandidaten der SPD und des konservativen Bauernbundes ausgeschieden; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 186–188.

⁸ Der größere Teil der Deutschen Partei, der württembergische Landesverband der Nationalliberalen Partei, beschloss auf Betreiben Johannes Hiebers in einer Versammlung am 23. 11. 1918 den Zusammenschluss mit dem württembergischen Landesverband der Fortschrittlichen Volkspartei; am 26. 11. 1918 bildete sich ein gemeinsamer Ausschuss aus Volkspartei und Deutscher Partei, der im Verhältnis 2:1 besetzt war und damit die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen widerspiegelt. Die vereinigte Partei konstituierte sich am 7. 12. 1918 als württembergischer Landesverband der DDP; vgl. K. SIMON, Demokraten, S. 198f. Kleinere Teile der Deutschen Partei schlossen sich der konservativen Bürgerpartei an oder sammelten sich in dem im September 1919 gegründeten württembergischen Landesverband der DVP. Zum bürgerlichen Parteienspektrum in Württemberg zu Beginn der Weimarer Republik vgl. R. WEBER, Bürgerpartei, S. 121–132.

⁹ Weder auf dieses noch auf die folgenden Schreiben von Heuss an Haußmann ließ sich eine Antwort ermitteln.

Nr. 17

An Friedrich Naumann, [Berlin]

[um den 20. November 1918]; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 3001, 11: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Gründung der DDP

Lieber Freund,

besten Dank für die Zusage für Schöneberg.¹ Wir haben hier in der letzten Woche nach Vorträgen von Elli und mir 200 neue Mitglieder bekommen – Zobel ist voll Zuversicht, daß in den Verein wieder neuer Schwung kommt.

Er bittet um 2erlei. Daß Du einiges über die *wirtsch[aftliche]* Seite des neuen Programms sagest u. überhaupt den Charakter der neuen Bildung abgrenzest.²

Wird Georg Bernhard, da nicht er, sondern Th. Wolff die Bewegung signiert, Gegenmienen legen?³

Mit herzl[ichen] Grüßen

Dein

Th. Heuss

[PS] Lokal wird noch mitgeteilt.

¹⁰ Am 15. 11. 1918 hatte Heuss einen Vortrag zum Thema „Der neue Volksstaat“ in einer öffentlichen Versammlung des Liberalen Vereins von Berlin-Schöneberg gehalten; vgl. Berlin-Schöneberger Tageblatt, Nr. 271, 17. 11. 1918, zit. n. BArch, N 1221, 650.

¹¹ Heuss-Knapp arbeitete mit im Ausschuß zur Vorbereitung der Frauen für die Nationalversammlung, an dem sich die meisten deutschen Frauenvereine beteiligten und der zahlreiche Flugblätter und Mustervorträge zur staatsbürgerlichen Aufklärung der Frauen herausgab; vgl. A. SALOMON, Frauenemanzipation, S. 24f.

¹ Am 21. 11. 1918 hielt Heuss zusammen mit Naumann zwei Reden vor dem Liberalen Verein in Berlin-Schöneberg; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

² Am 16. 11. 1918 hatte der Journalist Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ einen Aufruf zur Gründung einer neuen bürgerlichen Partei, der Deutschen Demokratischen Partei, veröffentlicht; THEODOR WOLFF: Die große demokratische Partei, in: BT, Nr. 587, 16. 11. 1918. Parallel dazu hatten Abgeordnete der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei über ein Wahlbündnis bzw. über eine Vereinigung ihrer beiden Parteien verhandelt. Auf einer gemeinsamen Sitzung aller drei Gruppierungen am 18. 11. 1918 hatte Naumann die Neugründung gegenüber Gustav Stresemanns Wunsch, die beiden etablierten liberalen Parteien ohne Rücksicht auf die DDP zu fusionieren, befürwortet. Am 20. 11. 1918 forderte der Geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei alle Parteiorganisationen auf, der DDP beizutreten. Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei beschloss dagegen am 15. 12. 1918, die Partei als Deutsche Volkspartei weiterzuführen; vgl. L. LUCKEMEYER, Deutsche Demokratische Partei, S. 52–58; L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 31–45. – Die Mitglieder der Liberalen Fraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung traten am 25. 11. 1918 geschlossen der DDP bei. Ihre politische Vertretung, der Liberale Verein, dem auch Heuss angehörte, nannte sich in Deutscher Demokratischer Verein für Berlin-Schöneberg um; vgl. BT, Nr. 604, 26. 11. 1918.

³ Bernhard begrüßte den Gründungsaufwurf der DDP, warnte jedoch vor einer weiteren Zersplitterung des bürgerlichen Parteienspektrums und forderte deshalb ein baldiges Zusammengehen der DDP mit der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei. GEORG BERNHARD: Die neue Partei, in: VZ, Nr. 590, 18. 11. 1918.

1918.

Dr. Theodor Heuss / Heilbronn / Lerchenstr. 31.

Berlin. Naumann
Singsstr. 10.

Lieber Freund,
Guten Dank für die Güte für Ihre
Wir leben hier in der letzten Woche nach
Verkauf von 111 und um 200 um
Mitglieder bekommen - Total 1.500
Zurzeit, das in der Chemie werden
Rühmlich sein.

Es ist mir sehr lieb, dass Sie mir
die Wortf. Karte der Chemie-Verwaltung
in. Abhängig der Qualität der
Bewertung abzugeben.

Mit ganz besten, die mich er, sondern
H. Hoff die Verwaltung (Zurzeit, Gasse,
und die Lage?

Mit best. Grüßen

Theodor Heuss

Total wird auf 1.500 gebracht.

Abb. 3: Theodor Heuss an Friedrich Naumann, um den 20. 11. 1918

Nr. 18

An Conrad Haußmann, Stuttgart

13. Dezember 1918; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

HStAS, Q 1/2, 115: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Kritik am berufsständischen Aufbau der Kandidatenliste der württembergischen DDP bei den Wahlen zur Nationalversammlung; Wahlagitation in Berlin; Zweifel an den Führungsqualitäten von Alfred Weber

Lieber Freund!

Besten Dank für Ihren Brief,¹ der mir nun offen gestanden eine ziemliche Enttäuschung war. Nicht deshalb allein, weil sich nach Ihrer Darstellung für mich auf dem württemberger Zettel kein Platz zu finden scheint, sondern weil ich die Kapitulation vor dem berufsständischen Gedanken für unsere Partei für ruinös halte. Ich habe immer den Eindruck, wir müßten doch sehen, daß wir uns nicht vor dem Jahr 48 in der geistigen Qualität dieser Nationalversammlung allzusehr blamieren.² Nun gebe ich natürlich gern zu, daß Bauern, Fabrikanten und Arbeiter, die bei Ihnen an der Spitze stehen,³ so gut Politik machen können wie Journalisten oder Rechtsanwälte. Aber wenn der Berufscharakter maßgebend sein soll für die Reihenfolge, so scheint mir das etwas wie politische Bauernfängerei zu sein und zu viel an vorsichtiger Taktik. Es handelt sich doch darum, daß wir in der neuen demokratischen Bewegung den Führergedanken als solchen nicht völlig durch ein Kompliment vor der beruflichen Massenvertretung kompromittieren. Wann wird denn eigentlich die Kandidatenliste aufgestellt werden und wie soll das vor sich gehen? Ich halte es an sich für notwendig, daß die Aufstellung möglichst eine breite Unterlage hat und daß sie auch in Rechnung zieht, wer die agitatorische Leistung schaffen kann. Wenn jetzt wahrscheinlich die Wahl für die deutsche Nationalversammlung ziemlich unmittelbar nach der württembergischen erfolgen wird,⁴ so ist doch unbedingt das Kompromiß möglich, daß Ihr die *württembergische* Liste berufsständisch aufbaut und an die Spitze zwei Bauern, zwei Arbeiter, zwei Handwerker setzt, damit offenbar unvermeidliche Konzessionen gemacht sind, dann aber, um Doppelmandate nach Möglichkeit zu vermeiden, die Vertretung für die Nationalversammlung nach *politischen* und nicht nach beruflichen

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Das Paulskirchenparlament von 1848/49 ging zwar als „Professorenparlament“ in die Geschichte ein, war jedoch weit mehr ein „Beamtenparlament“; vgl. H. BEST, Männer.

³ Anspielung auf den Landwirt Hermann und den Industriellen Wieland.

⁴ Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung für den freien Volksstaat Württemberg fanden am 12. 1. 1919, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. 1. 1919 statt.

Gesichtspunkten abtönt. Es scheint mir an sich in hohem Grad wahrscheinlich, daß der Mann, der für die Landesversammlung den demokratischen Zettel abgegeben hat, ihn auch für die deutsche Nationalversammlung abgibt, so daß der Gesichtspunkt der reinen Wahrücksicht *vollständig wegfällt*. Denn wir müssen die Agitation sowieso für beide Wahlen *verbinden*, da die Kandidaten zur allgemeinen Nationalversammlung an sich ja in der kurzen Zeit gar nicht in der Lage sind, alle Dörfer des Landes zu besuchen. Ich bitte Sie dringend, bei der offenbar wesentlich von wahltaktischen Gründen her erfolgten Beurteilung der Listenaufstellung diesen Gesichtspunkt doch zu berücksichtigen.

Ich rede hier jeden Tag ein- oder zweimal vor kleinen und vor großen Versammlungen (vorgestern habe ich zu 2.000 bis 2.500 Metzgern im großen Rheingold-Saal gesprochen) und am nächsten Sonntag werde ich mit meiner Frau zusammen eine der großen acht Versammlungen halten, die hier den Wahlkampf einleiten.⁵ An Betätigungsmöglichkeiten für die Partei fehlt es hier nicht, aber ich denke natürlich immer, wie viel lieber es mir wäre, jetzt in Württemberg die geistige Umstellung der Bevölkerung mitzubetreiben. Ich komme sofort, wenn ich weiß, daß ich notwendig bin und daß die Möglichkeit besteht, daß ich für meine eigene Kandidatur arbeiten kann.

Meinen einleitenden Verfassungsartikel lasse ich gleichzeitig an Sie abgehen. Ich freue mich, wenn ich von Ihnen bald zu diesen Dingen ein Votum für die „Deutsche Politik“ erhalten würde.⁶

Auch hier sind die Frauen und die jungen Kräfte sehr in Bewegung. In der Berliner Partei ist auch Palastrevolution gewesen, die viele von den Alten an die Wand gedrückt hat.⁷ Das Parteibüro selber allerdings scheint mir in ziemlicher Unordnung zu sein, und sehr bedauerlich ist, daß man zu keiner programmatischen Erklärung bisher gekommen ist, auf die ich ja persönlich gar keinen Wert lege, die aber, wie man im Lande draußen jetzt hört, von den dortigen Parteifreunden verlangt wird.

⁵ Die DDP hatte für den 15. 12. 1918 die acht größten Säle Berlins für Wahlkampfveranstaltungen gemietet. Neben dem Ehepaar Heuss sprachen u. a. Bernhard Dernburg, Friedrich Naumann und Otto Nuschke; vgl. BT, Nr. 636, 13. 12. 1918, und Nr. 641, 16. 12. 1918; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Heuss-Knapp kandidierte – erfolglos – im Wahlkreis Potsdam II auf dem dritten Platz des Wahlvorschlags der DDP; vgl. BT, Nr. 32, 18. 1. 1919.

⁶ THEODOR HEUSS: Deutsche Reichsverfassung I. Einheitsstaat oder Bundesstaat, in: DP 3, H. 50, 13. 12. 1918, S. 1571–1576. Daran schloss sich ein zweiter Artikel an; DERS: Deutsche Reichsverfassung II. Der Aufbau der Gewalten, ebd., H. 52, 27. 12. 1918, S. 1637–1642. Ein entsprechender Artikel von Haußmann lässt sich in der „Deutschen Politik“ nicht nachweisen.

⁷ Im Wahlkreis Berlin hatten die Vertreter des „Berliner Kommunalfreisinns“ keine Berücksichtigung bei der Kandidatenaufstellung für die Nationalversammlung gefunden. Die ersten Plätze auf dem Wahlvorschlag der DDP gingen an Friedrich Naumann, Gustav Hartmann und Marie-Elisabeth Lüders; vgl. L. LUCKEMEYER, Deutsche Demokratische Partei, S. 274f.

Daß Alfred Weber zwar ein geistreicher Mensch ist, aber viel zu hysterisch, um Führerqualitäten zu haben, war mir von vornherein klar. Gelegentliche Demagogie, über die er verfügt, hilft nicht über den Mangel an sachlicher Ruhe und Gehaltenheit hinweg. Ich hoffe, daß er sich in den Hintergrund zurückziehen wird.⁸ Mit Theodor Wolff an der Spitze ist allerdings auch keine Volksbewegung zu machen, da heute Deutschland etwas anderes als pazifistische Pointen braucht, sondern zur nationalen Würde erzogen werden muß.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 19

An Conrad Haußmann, [Stuttgart]

15. Dezember 1918; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

HStAS, Q 1/2, 102: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Zuspruch aus Württemberg für eine Kandidatur von Theodor Heuss bei den Wahlen zur Nationalversammlung; erneute Kritik am bisherigen Aufbau der Kandidatenliste der württembergischen DDP

Lieber Freund,

Sie dürfen nicht ärgerlich werden, daß ich Sie mit Briefen quäle. Aber vielleicht verstehen Sie meine innere Situation: da Sie immer mitgedacht und mitgeraten haben, wie ich zur politisch verantwortlichen Arbeit kommen könnte, hatte ich auf Ihre besondere Unterstützung gerechnet u. fühle mich nun etwas verlassen.

Nun habe ich aber seit Ihrem Absagebrief¹ einige Schreiben aus der Heimat erhalten, die in Bezug auf meine Kandidatur² einen vollkommenen Optimismus atmen, von Leuten, die in der Partei etwas geleistet haben und was gelten.³ Das gibt mir wieder etwas Zuversicht, daß die Kapitulation vor dem Berufsgedanken doch offenbar nicht so *allgemein* ist, wie Sie andeuteten.

⁸ Alfred Weber war am 17. 11. 1918 zum provisorischen Vorsitzenden der DDP ausgerufen worden. Aufgrund falscher Anschuldigungen gegen Hugo Stinnes und August Thyssen hatte er am 12. 12. 1918 seine Funktionen innerhalb der DDP zur Verfügung gestellt. Seine Stelle als provisorischer Vorsitzender übernahm Otto Fischbeck; vgl. E. DEMM, Alfred Weber, S. 265–277.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Durch Empfänger unterstrichen: „Kandidatur einen“.

³ Entsprechende Briefe ließen sich nicht ermitteln.

Lassen Sie mich ein englisches Sprichwort dahin variieren: „Democracy begins at home“,⁴ u. geben Sie die Aufstellung der Liste in das Ermessen der Gesamtpartei. Sie wissen, daß ich mich nie an Palastrevolutionen beteiligt habe, wenn sie etwa aus Reutlingen kamen,⁵ da ich daran geringe Freude habe. Aber verkennen Sie nicht den Geist der Jungen gegen „die alten Bonzen“, wie Sie schreiben. Ganz unabhängig von der Kandidatengeschichte schrieb man mir, ich solle doch bald in die Heimat kommen, da, wenn durch stuttg[arter] Cliquenpolitik ein neuer Geist abgebunden werde, viele Leute nach links abgehen. Ich habe besänftigend geantwortet,⁶ aber ich erlebe es z. Zt. fast jeden Tag in den Versammlungen, welcher Furor in der Jugend steckt, die vom Felde kommt, die *gar nicht taktisch, sondern nur politisch denkt*.

Wenn es nicht allzu pathetisch wäre, würde ich Ihnen sagen: ich beschwöre Sie, von dem Berufszettel abzusehen, denn er ist unmöglich dazu geeignet, gesinnungsmäßig zu werben. Ich habe das auch an Elsas, Liesching u. Bruckmann geschrieben.⁷ Der Landeszettel, der uns 20–50 Abg[eordnete] bringen wird, kann eine berufl[iche] Musterkarte werden u. an Wahltaktik alles notwendige halten – ich denke, daß dabei aber auch polit[ische] Notwendigkeiten wie Esenwein u. H. G. Bayer nicht vergessen werden.⁸ Aber dann müssen wir die „deutsche“ Liste innerlich frei gestalten können. Es schien mir ganz selbstverständlich, daß sie

⁴ Eventuell Bezugnahme auf das Sprichwort „Charity begins at home“: die Sorge um die eigene Familie oder das eigene Land steht vor anderen Verpflichtungen.

⁵ Der Hintergrund der Anspielung ließ sich nicht aufklären; Reutlingen war der langjährige Landtags- und Reichstagswahlkreis von von Payer; Vorsitzender der Ortsgruppe der DDP war der Fabrikant Emil Roth.

⁶ Der Briefwechsel ließ sich nicht ermitteln.

⁷ Die Briefe ließen sich nicht ermitteln. Bruckmann setzte sich jedoch bei Haußmann nachdrücklich für Heuss ein: „Ich sehe in Heuss mehr, er ist der künftige Führer der württembergischen Demokratie, wenn einmal an unsere Stelle die Jugend kommt. Die Jugend bekommen wir aber nur, wenn eine weitgehende Durchgeistigung der demokratischen Arbeit zur Tat wird, und die Durchgeistigung kann sich nur durchsetzen, wenn Leute wie Heuss schon von jetzt ab mitarbeiten und einen Stab von hoffnungsvollen jungen Leuten heranziehen. Geschieht das nicht, so ist die Abwanderung zur Sozialdemokratie in den nächsten Jahren so groß, daß die deutsche demokratische Partei nichts anderes wird, als die Hüterin einiger Erinnerungen von 1848 und die Vertreterin des Mittelstands, des Großkapitals & der Spießbürger. Im Interesse der künftigen Entwicklung unserer Partei, die ich mit allen Mitteln zu fördern suche, stelle ich noch einmal von Heilbronn aus dringend den Antrag, Heuss an aussichtsvolle Stelle für die Nationalversammlung zu setzen. Für Verfassungsfragen, für Staatsaufbau ist er besonders geeignet, und er hat gerade in diesen Dingen sehr viel gearbeitet. Ich trete für meine Person schon des Doppelmandats wegen gegen Heuss ausdrücklich zurück. Wir müssen aus der kleinlichen Auffassung der Parteaufgaben gerade bei den Wahlen unserer ersten Nationalversammlung herauskommen, und das bekunden wir am besten durch eine aussichtsvolle Kandidatur Heuss.“ Bruckmann an Haußmann, 24. 12. 1918, in: HStAS, Q 1/2, 104.

⁸ Die DDP konnte bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung für den freien Volksstaat Württemberg 38 Mandate erringen, Albert Esenwein wurde an 13., Hermann Gustav Bayer an 38. Stelle des DDP-Wahlvorschlags gewählt; vgl. C. RAITH, Wahlen, S. 6f.

von Ihrem Namen geführt wird, der geschichtl[ich] u. persönlich ein Programm ist. Dann mag ein linker Nat[ional]lib[eraler] folgen, dann Liesching oder ich u. eine Frau.⁹ Da ich Liesching für den Nachfolger von Bloss halte, glaubte ich, er würde sich auf W[ür]tt[em]b[er]g beschränken, von Payer aber nahm ich an, daß er zurücktreten würde. Er hat seine große Leistung hinter sich und einen bedeutenden Abschluß erreicht. Doch wie dem sei: helfen Sie mit, daß die Entscheidung *politisch* fällt.

Flectere si nequeo Acheronta movebo!¹⁰ Ich habe für das Stuttg[arter] Tagbl[att] gestern Abend einen Artikel geschrieben, „Politischer Geist“, den ich Sie zu lesen bitte. Er versucht, in allgemeiner Haltung meiner Empfindung über die Lage Ausdruck zu geben.¹¹

Wir haben heute beide die berliner Wahlbewegung in zweien der acht Massenversammlungen¹² einzuleiten begonnen. Hier ist das „Bonzentrum“ gestürzt, dafür ist man in der peinl[ichen] Lage, daß die Hälfte der Diskussionsredner der eigenen Partei auf Fischbeck, Kopsch u. Wiemer¹³ einhauen.

Mit der Bitte, daß Sie für meinen „Ehrgeiz“, Ihrer eigenen Anfänge gedenkend, väterl[iches] Verständnis haben.

Ihr dankb[ar] erg[ebener]

Theodor Heuss

[PS] Ein heilbr[onner] Fr[eu]nd, der hier war, meinte, er würde es unverständlich finden, wenn ich jetzt mich damit begnügen wollte, in solcher Zeit Statist zu bleiben.¹⁴ Das gibt mir die Gewähr, daß meine „Aufdringlichkeit“ nicht mißverstanden wird.

⁹ Vgl. Nr. 16, Anm. 5.

¹⁰ Das Zitat lautet vollständig: „Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo“ („Kann ich die Himmlischen nicht beugen, so werde ich Acheron [d. h.: die Unterwelt] in Bewegung setzen“; Vergil: Aeneis VII, 312).

¹¹ Der Artikel erschien erst einige Tage später. THEODOR HEUSS: Politischer Geist, in: SNT, Nr. 652, 23. 12. 1918; der Artikel gipfelte in der Forderung, dass sich das politische Leben in Deutschland von „Vorsichtigkeiten und ängstlicher Berufstaktik erholen und zu der klaren Luft einer glaubensvollen und tapferen Gesinnungspolitik erheben“ müsse.

¹² Vgl. Nr. 18, Anm. 5.

¹³ Fischbeck hatte von Dezember 1918 bis Juli 1919 den Vorsitz des Geschäftsführenden Ausschusses der DDP inne; Otto Wiemer und Julius Kopsch hatten hingegen Haußmann bereits am 28. 11. 1918 informiert, dass sie sich nicht der DDP, sondern der DVP von Stresemann anzuschließen gedachten; vgl. K. SIMON, Demokraten, S. 205.

¹⁴ Um welchen Heilbronner Freund von Heuss es sich handelte, ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 20

An Elly Heuss-Knapp, [Berlin]

2. und 3. Januar 1919; Heilbronn

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Redaktion der Neckar-Zeitung“

Verlauf des Wahlkampfes in Württemberg

Liebe Elli,

Deinen ausführlichen Brief¹ fand ich gestern Abend vor, als ich nach Vorträgen in Stuttgart, Bietigheim, Bönningheim zurückkehrte.² Vielen Dank. Es war mir doch sehr lieb, über eure Zwischenerlebnisse Bericht zu erhalten. Ich habe nun heute früh im Stadtbad die nicht sehr erhebende Entdeckung gemacht, daß ich nur noch 115 Pfd. wiege. Damit habe ich eine Mitleidspropaganda bei den Parteifreunden eingeleitet – morgen früh schickt Lampe die ersten Eier, heute Abend esse ich dreimal zu Nacht – bei der Mutter Hirn, bei Mück Spätzle, bei Kaiser Rauchfleisch mit Eiern.

Soweit³ gestern Abend. Gestern war Pause. Heute hier Jugendversamml[un]g, Morgen in Brackenheim Heimattöne, am Sonnt[a]g Ludwigsburg u. Marbach, am Dreikönigstag Waiblingen, Eßlingen, Göppingen, Dienst[a]g in Stuttgart Studenten.⁴

Teile bitte in der Soz[ialen] Frauenschule mit, daß m[eine] nächsten Stunden ausfallen. Auch Dir empfehle ich, bis zum Wahltag alle Schule auszusetzen.⁵

¹ Heuss-Knapp an Heuss, 29. 12. 1918, in: FA Heuss, Basel; als Auszug gedruckt in: E. HEUSS-KNAPP, Bürgerin, S. 169f.

² Am 1. 1. 1919 hatte Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Stuttgart, Bietigheim und Bönningheim abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Zu Heuss' Rede in Dinkelackers Saalbau in Stuttgart vgl. den Bericht in: SNT, Nr. 1, 2. 1. 1919.

³ Fortsetzung des Schreibens am 3. 1. 1919.

⁴ Am 4. 1. hielt Heuss Wahlkampfveranstaltungen in seinem Geburtsort Brackenheim und in Güglingen ab, am 5. 1. folgten Veranstaltungen in Ludwigsburg und Marbach und am 6. 1. in Waiblingen, Esslingen und Backnang. Am 7. 1. sprach Heuss in Stuttgart zum Thema „Student und Politik“; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Redenotizen zu letztgenanntem Vortrag, in: BArch, N 1221, 26; vgl. den Bericht, in: SNT, Nr. 10, 8. 1. 1919.

⁵ Heuss hielt Ende 1918 Vorlesungen über politische Grundbegriffe und die politische Entwicklung Deutschlands in der Sozialen Frauenschule; die beiden überlieferten Vorlesungskonzepte vom 21. 11. und 19. 12. 1918, in: BArch, N 1221, 26. – Die 1908 ins Leben gerufene Soziale Frauenschule war dem Pestalozzi-Fröbel-Haus angeschlossen und bildete Frauen in einer zweijährigen Ausbildung für soziale Berufe im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Armenpflege aus. Für ehemalige Schülerinnen wurden weiterbildende Abendkurse eingerichtet, die sich häufig mit politischen Fragestellungen auseinandersetzten. Heuss-Knapp hatte bereits in den Vorkriegsjahren an der Sozialen Frauenschule unterrichtet; seit April 1918 war sie dort erneut als Dozentin tätig; vgl. CHRONIK DER SOZIALEN FRAUENSCHULE.

Ich habe Wulle Deine Frauenflugblätter⁶ gebracht. Das an die Hausfrauen u. das für die Arbeiterinnen will er hier nachdrucken. Natürlich lassen wir dabei die Berliner Adresse weg.

Der Sylvesterabend bei Käthe Schaller (mit Elsässers) war behaglich. Pfeleiderer u. Stotzle⁷ sind bei der Soz[ial]dem[okratie] Mitglied geworden.⁸ Das ist jetzt Mode. Hoffentl[ich] sind sie so einsichtig, mich trotzdem zu wählen.

Morgen ziehen hier die 122er ein.⁹

Rustige kommt dieser Tage auch nach Hause. Frau Paul vergeblich[ich] besucht, bei Anselm Kahn Zigarren beschlagnahmt.

Gesundheitl[ich] geht es gut, auch der Schlaf ist vortrefflich.

Für heute genug – ich muß noch ein Flugblatt für – Landfrauen schreiben.

Mit herzlichen Grüßen euch beiden

Dein

Theodor.

Nr. 21

An Martin Schlenker, [Lauffen]

26. Februar 1919; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

DLA, A: Heuss, 73.4185: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Versorgungsschwierigkeiten in Berlin; Wahlkampf in Wien; Wahl in die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung

Lieber Freund Schlenker,

für Ihren freundlichen Brief herzlichen Dank.¹ Ihr Fleischangebot wird mit großem Dank angenommen, denn die wochenlange Fleischlosigkeit macht das Essen so langweilig, daß man nicht recht davon satt wird, und das Geräucherte gibt halt immer eine sympathische Heimatnote für Herz u. Magen. Auf das Öl will meine Frau im Augenblick nicht reflektieren – Salat haben wir den ganzen Sommer hier nicht ein einziges Mal erhalten, u. für den sonstigen Gebrauch hat sie noch

⁶ Vgl. u. a. ELLY HEUSS-KNAPP: Die deutsche demokratische Partei und die Frauen. Ansprache, o. O. u. J. [Berlin 1918].

⁷ Spitzname für Gustav Stotz.

⁸ Vgl. Stotz an Heuss, 20. 12. 1918, in: BArch, N 1221, 99. Mit Wolfgang Pfeleiderer kam es darüber zum Zerwürfnis; vgl. die Briefe von Pfeleiderer an Heuss, in: BArch, N 1221, 91.

⁹ Gemeint ist die Rückkehr aus dem Feld des in Heilbronn stationierten Württembergischen Füsilier-Regiments Nr. 122 am 4. 1. 1919; vgl. H. GNAMM, Füsilier-Regiment, S. 284–287.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

etwas, weil mir in Heilbronn von einem Parteifreund eine große Flasche dediziert wurde.

Die wiener Reise war sehr interessant. Ich habe fünf Versammlungen abgehalten u. manches gesehen und gelernt.² Nach der Heimkehr kam noch eine heftige Woche Wahlversammlungen – ich bin in die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gewählt worden.³ Jetzt kommt hoffentlich eine Zeit zum Ausschnaufen, denn vom Redenhalten hab ich zunächst genug.

Ich denke, daß mich der Frühsommer wieder einmal südwärts trägt. Daß in Stuttg[art] der kleine Payer das große Wort in den Gemeindedingen führt,⁴ gefällt mir nicht sehr; Sie wissen, daß ich von seinem menschlichen Geschick und Takt nicht viel halte.

Für heute Ihnen und den Ihrigen herzl[ichen] dankb[aren] Gruß
Ihr

Theodor Heuss

[PS] Wertpaket empfiehlt sich – ich schicke dann einen Scheck (Gewerbekasse)

Nr. 22

An Hermann Missenharter, Stuttgart

24. April 1919; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

WLB, Cod. hist. 4° 600: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Projekt einer schwäbischen Kulturzeitschrift: Autoren- und Themenvorschläge

Sehr geehrter Herr Missenharter!

Freundlichen Dank für Ihren Brief,¹ dessen Beantwortung sich etwas verzögert hat, da ich über Ostern eine mehrtägige Wanderung in der Mark gemacht habe.²

² Im Februar 1919 war Heuss zusammen mit Hjalmar Schacht zur Unterstützung des Wahlkampfes der Bürgerlich-Demokratischen Partei nach Wien gereist; vgl. THEODOR HEUSS: Die Wahlen in Deutsch-Österreich, in: SNT, Nr. 89, 19. 2. 1919; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 244f.

³ Die Wahlen hatten am 23. 2. 1919 stattgefunden; auf die DDP entfielen 14 der insgesamt 66 Sitze der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung; vgl. BLA, Nr. 88, 24. 2. 1919. Heuss gehörte der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung bis zur Gründung von Groß-Berlin im Jahre 1920 an und war in dieser Eigenschaft u. a. Mitglied im Kuratorium für die Volksbücherei und in der Deputation für Kriegsfürsorge; vgl. BERLINER ADRESSBUCH 1920, V. Teil, S. 292f. Nach 1920 gehörte Heuss der Schöneberger Bezirksversammlung an.

⁴ Friedrich Adolf Payer, der Sohn von Friedrich von Payer, gehörte Anfang 1919 dem Stuttgarter Bürgerausschuss an.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Gemeinsam mit Jäckh nach Brandenburg.

Ihre liebenswürdigen Zeilen haben mich sehr gefreut, und Sie können sich denken, daß ich Ihr Unternehmen³ mit der wärmsten Teilnahme unterstützen will, da ja die Schaffung eines solchen Organs in mancherlei Unterhaltungen sowohl mit Salzer, wie mit Haußmann, wie vor allem mit Hans Otto Schaller oft erörtert wurde. Es ist schade, daß Sie in Stuttgart jetzt nicht mehr die ideelle Unterstützung von Schaller genießen können, weil der mit seiner großen Kenntnis schwäbischer Dinge Ihnen so wertvoll sein könnte.

Ich bin nun sehr froh, daß gerade Sie die Sache zur Verwirklichung bringen, da die erste Voraussetzung einer solchen schwäbischen Zeitschrift ist, daß sie in allen Kunstfragen, vor allem auch in den literarischen auf ein sehr gutes Niveau Wert legt. Hoffentlich ist Ihr Mut berechtigt, der voraussetzt, daß Sie unter Verzicht auf die kleineren Geister Monat für Monat Hefte herausbringen, die auch nach außen das beste Schwabentum repräsentieren. Denn es ist notwendig, die Trennung vom Selbstgefällig-Kleinbürgerlichen und Pausbäckigen, das der schwäbischen Tradition vielfach noch anhängt, klar durchzuführen.

Ich hoffe, daß ich im Laufe des Sommers einmal nach Württemberg herunterkomme, und ich werde dann gern, ohne natürlich Ihre eigenen redaktionellen Dispositionen heute übersehen zu können, mit Ihnen die Anlage der Monatsschrift genau durchsprechen, da ich vielleicht in manchem, auch nach der Seite der Personalkennntnis und auf Grund langer journalistischer Erfahrung, manche Anregung geben kann. Wichtig ist, daß Sie möglichst von vornherein über die württembergischen Grenzen herauskommen und die Schweiz, Baden und das schwäbische Bayern erfassen. Es müßte also zum Beispiel gleich in einem der ersten Hefte etwas über den Augsburger Schwaben Holbein, der in Basel wirkte, stehen, und Sie sollten den Versuch machen, Emil Strauss, der ein badischer Schwabe ist, gleich zu einer kurzen Arbeit über den größten schwäbischen Prosaiker, Johann Peter Hebel, zu gewinnen, um damit von vornherein die Breite der Anlage, nicht nur programmatisch, sondern gleich sachlich zu kennzeichnen.

Was nun den Beitrag anlangt, den Sie für die erste Nummer von mir wünschen, so nehme ich an, daß Sie über das staatsrechtliche Problem der badisch-württembergischen Vereinigung sich vielleicht schon anderwärts etwas bestellt haben.⁴ Sollte das nicht der Fall sein und glauben Sie, daß diese Geschichte publizistisch

³ Heinrich Missenharter gab ab Oktober 1919 gemeinsam mit Hans Heinrich Ehrler und Georg Schmückle die Zeitschrift „Der Schwäbische Bund. Eine Monatsschrift aus Oberdeutschland“ heraus.

⁴ Heuss hatte bereits in einer Wahlkampfreden in Stuttgart am 17. 1. 1919 für eine Vereinigung von Baden und Württemberg geworben; vgl. TH. HEUSS, Deutschlands Zukunft, S. 7f. In seinem Antwortschreiben gab Missenharter zu bedenken, „ob ein jetzt geschriebener Aufsatz darüber bis zu unserem Erscheinen nicht schon veraltet wäre“, wollte es aber Heuss überlassen, „ob Sie mir für das erste Heft darüber etwas schreiben wollen“; Missenharter an Heuss, 29. 4. 1919, in: BArch, N 1221, 97. Ein Beitrag von Heuss zu diesem Thema kam nicht zustande.



Abb. 4: Osterwanderung von Theodor Heuss in der Mark Brandenburg, 1919

bis dorthin noch nicht zu sehr abgeklappert ist, so würde das vielleicht in Frage kommen. Andernfalls, wenn Sie etwas Kulturpolitisches im anderen Sinne wünschen, vielleicht eine Betrachtung des Inhalts, daß künftig noch mehr als bisher der Mensch das wichtigste Sachgut der Volkswirtschaft ist und daß wir unter diesem Gesichtspunkt das württembergische Geistes- und Erziehungsleben ansehen müssen: welche Qualitäten der Schwabe besitzt und welche entwickelt werden müssen.⁵ Sehr dankbar bin ich aber auch, wenn Sie mir von Ihrer Seite auch den einen oder anderen Vorschlag machen. Ich habe vor geraumer Zeit Herrn Mittelschullehrer Hörle in Stuttgart, der ein schwäbisches Sammelbuch herausgibt, einen, wie ich glaube ganz guten und sorgfältigen, Aufsatz geschrieben „Der schwäbische Geist“.⁶ Vielleicht würde dieser, falls Hörle ihn zum Vordruck überläßt, für Sie auch in Frage kommen. – Für eine spätere Nummer bitte ich

⁵ Der Aufsatz erschien Ende 1919. THEODOR HEUSS: Menschenökonomie, in: Der Schwäbische Bund 1, H. 2, November 1919, S. 193–201.

⁶ Vgl. Hörle an Heuss, 1. 10. 1918, in: DLA, A: Heuss, 73.4035. Der von Emil Hörle geplante „Wirtschaftliche Heimatführer für das Königreich Württemberg“ erschien nicht im Druck; der Aufsatz von Heuss ließ sich nicht ermitteln.

mich zu einem Ess<ai> über Hölderlin vorzumerken, mit dem ich mich als Gegengewicht gegen die Revolution seit einiger Zeit ernsthafter beschäftige.⁷

Sollten Sie auch auf die rein wissenschaftlichen Leistungen schwäbischer Leute übergreifen, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Professor Albert Einstein, der Vater der Relativitätstheorie, an der Berliner Akademie, ein geborener Ulmer ist. Ich kann seine Leistungen sachlich nicht beurteilen, weiß aber, daß sie in wissenschaftlichen Kreisen teilweise auf der Höhe der Arbeiten Keplers, Newtons und Robert Mayers stehend gewertet werden. Vielleicht könnte ein sehr gescheiter Wissenschaftler Ihnen darüber einmal etwas Gutes schreiben.

In dem Brief des Verlages wird gewünscht, daß ich vielleicht für einen größeren Prospekt ein paar Zeilen niederschreiben soll. Ich habe das auf dem anliegenden Zettel⁸ versucht und bitte Sie, wenn Sie die paar Zeilen für brauchbar halten, davon Gebrauch machen zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 23

Rundschreiben an die Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Werkbundes
6. Juni 1919; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

Karl Ernst Osthaus-Archiv, Hagen, DWB 270/1: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung;
Kopfbogen: „Deutscher Werkbund“¹

Einladung zur Vorstandssitzung des Deutschen Werkbundes

Sehr geehrter Herr!

In der gestrigen Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes ist eingehend die Frage der künftigen Haltung und Arbeit des Deutschen Werkbundes besprochen worden und zugleich beschlossen, daß am 30. Juni hier in Berlin eine Vorstandssitzung stattfinden soll und daß für die Tage vom 6. bis 8. September eine ordentliche Mitgliederversammlung einberufen wird, für die, wenn die politischen

⁷ Vermutlich auf eine Nachfrage von Missenharter hin musste Heuss den angekündigten Essay zurückziehen. Darüber, „was ich Ihnen zu Hölderlin sagen könnte, habe ich mich neulich schon besonnen, aber so schnell ist mir nichts eingefallen, und für die nächste Zeit bin ich mit der Fertigstellung eines politischen Buches und mit Vorträgen so stark besetzt, daß ich zu dem Termin eine Arbeit, die innere Sammlung voraussetzt, nicht leisten kann.“ Heuss an Missenharter, 6. 1. 1920, in: WLB, Cod. hist 4° 600.

⁸ Ließ sich nicht ermitteln.

¹ Diktatzeichen: Hs/Bl.

Voraussetzungen es erlauben, nach mannigfacher Besprechung anderer Möglichkeiten provisorisch Stuttgart in Aussicht genommen wurde.² Da diese Mitgliederversammlung sachlich von großer Bedeutung sein wird, da auf ihr eine Klärung über die neue wirtschaftliche und kunstpolitische Situation erreicht werden muß, bekommt auch die für Ende Juni geplante Vorstandssitzung ihre besondere Bedeutung, da in ihr nicht nur die Mitgliederversammlung nach ihrem sachlichen Gehalt besprochen, sondern auch die künftige Zusammensetzung des Vorstandes und die Organisationsfrage eingehend behandelt werden muß. Wir bitten deshalb alle Vorstandsmitglieder, angesichts der Bedeutung der kommenden Mitgliederversammlung, ihr Erscheinen am 30. Juni zu ermöglichen und diesen Tag für Berlin freizuhalten.³

Wir haben auf der gestrigen Sitzung den Entwurf einer Tagesordnung durchgesprochen, der nach der Seite der Redner wie der Referate noch unverbindlich ist, von dem ich mir aber erlaube, Ihnen doch zur Kenntnisnahme eine Abschrift heute schon zuzusenden.⁴ Es ist so gedacht, daß die beiden ersten Vorträge als allgemeine öffentliche Abendveranstaltungen ohne Diskussion gelten sollen und die übrigen Referate mit Diskussion in den darauf folgenden Tagen vormittags durchgegangen werden. Die grundsätzliche Diskussion wird sich nach unserer Auffassung an das Referat von Karl Scheffler anknüpfen.⁵

² Die erste Mitgliederversammlung des Deutschen Werkbundes nach dem Ersten Weltkrieg fand vom 6. bis 9. 9. 1919 in Stuttgart statt; vgl. MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN WERKBUNDES 1919, Heft 4, S. 105–134.

³ Auf der Vorstandssitzung am 30. 6. und der darauf folgenden am 30. 7. 1919 prallten innerhalb des Vorstandes gegensätzliche Vorstellungen über die künftige Ausrichtung des Deutschen Werkbundes aufeinander, die sich bereits auf der letzten Werkbund-Versammlung vor dem Ersten Weltkrieg in Köln 1914 abgezeichnet hatten. Die Gruppe um Walter Gropius und Bruno Taut warf der Geschäftsführung und dabei insbesondere Jäckh vor, den Deutschen Werkbund als imperialistisches Werkzeug benutzt und die Kunst den Anforderungen von Handel und Industrie unterworfen zu haben. Der Deutsche Werkbund habe „zu viel Geschmacks-Imperialismus getrieben und alles organisieren wollen, [...] aber schließlich nur eine Schale ohne Inhalt zustande gebracht“. Stattdessen sei eine Rückbesinnung auf den künstlerischen Individualismus und eine Öffnung gegenüber neuen künstlerischen Bewegungen notwendig. Um eine Spaltung des Deutschen Werkbundes bzw. ein Abwandern der Opposition zu verhindern, schlug Hans Poelzig vor, der im Arbeitsrat für Kunst organisierten Opposition die Hälfte der Vorstandssitze zuzugestehen; vgl. Protokoll über die Vorstandssitzung, 30. 6. 1919, in: Karl Ernst Osthaus-Archiv, DWB 270a/2-6, bzw. Protokoll über die Vorstandssitzung, 30. 7. 1919, in: BArch, R 32, 110.

⁴ Ließ sich nicht ermitteln.

⁵ An öffentlichen Veranstaltungen waren in Stuttgart ein Vortrag von Riemerschmid über künstlerische und ein Vortrag von Heuss über volkswirtschaftliche Fragen vorgesehen. Das einleitende Hauptreferat sollte Scheffler halten, der in Stuttgart seinen Plan eines dem Deutschen Werkbund angeschlossenen Bundes der Erneuerung vorstellen wollte. Die Gruppe um Gropius und Taut beharrte dagegen darauf, dass ausschließlich ein Vertreter aus ihren Reihen spreche und Scheffler auf seinen Vortrag verzichte. In der Vorstandssitzung vom 30. 7. 1919 erklärte sich Taut zur Übernahme des Referats bereit, zog seine Zusage aber einen Tag später wieder zurück, da er Jäckh mangelnden Willen zu einem Neuanfang unterstellte; vgl. Taut an Heuss, 31. 7. 1919, in: BArch,

Wir bitten um rechtzeitige Mitteilung, ob Sie an der Sitzung am 30. Juni teilnehmen können, anderenfalls bitten wir Sie um Rückäußerung.

Mit freundlicher Empfehlung
sehr ergeben

Deutscher Werkbund
Geschäftsstelle
Theodor Heuss

Nr. 24

An Dr. Gustav Stolper, Wien

16. August 1919; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik¹

Bitte um einen Aufsatz über Deutsch-Österreich für die „Deutsche Politik“

Lieber Herr Dr. Stolper!

Ich denke jetzt sehr viel an die Wiener Freunde und an die politische Situation von Deutsch-Österreich, ohne freilich die offenbar sehr schwankende innere Situation der dortigen Verhältnisse zu übersehen und zu begreifen. Ich würde Ihnen außerordentlich dankbar sein, wenn Sie mir, sobald es irgendwie möglich ist, für die „Deutsche Politik“ einen Aufsatz von etwa 6 Seiten über die Lage von Deutsch-Österreich und das großdeutsche Problem nach dem Frieden von St. Germain schreiben wollten.² Ich glaube, es ist für Deutschland notwendig, ununterbrochen über österreichische Dinge zu reden. Ich habe deshalb neulich auf dem Parteitag

R 32, 110. – Das Hauptreferat in Stuttgart fiel schließlich an Poelzig, der eine vermittelnde Position einnahm und in seiner programmatischen Rede die Rückkehr „auf den Boden des Idealismus“ und eine Rückbesinnung darauf forderte, dass den Deutschen Werkbund „eine geistige und nicht eine wirtschaftliche Bewegung ins Leben rief“; MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN WERKBUNDES 1919, Nr. 4, S. 109–124, Zitate S. 110. Poelzig wurde kurz darauf von dem in Stuttgart neu gewählten Vorstand, in dem die oppositionellen Kräfte nun prominent vertreten waren, zum Vorsitzenden des Deutschen Werkbundes bestimmt und traf in dieser Position häufiger mit Heuss zusammen. – Heuss bezeichnete Poelzig als einen der wenigen „genialen“ Menschen, die er in seinem Leben getroffen habe; vgl. TH. HEUSS: Hans Poelzig, in: DERS.: Würdigungen, S. 106–114. 1939 widmete Heuss Poelzig eine ausführliche Biographie; TH. HEUSS, Hans Poelzig.

¹ Diktatzeichen: Hs/Bl; am Briefende das stenographische Konzept des Antwortschreibens von Stolper.

² Im Vertrag von St. Germain zwischen Österreich und den alliierten und assoziierten Mächten wurde u. a. der Anschluss von Österreich an das Deutsche Reich untersagt; ein diesbezüglicher Aufsatz von Stolper ließ sich in der „Deutschen Politik“ nicht nachweisen.

der deutschen Demokraten über das großdeutsche Problem einiges geredet, und wir haben eine Kommission beschlossen, die von Partei wegen die Beziehungen möglichst aufrecht erhalten und pflegen soll.³

Mit freundlichen Grüßen, auch an die anderen Herren, mit denen ich im Wahlkampf zusammengekommen bin,⁴ von
Ihrem

Theodor Heuss

Nr. 25

An Dr. Walter de Gruyter, Berlin

4. September 1919; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

SBB PK, Dep. 42 (de Gruyter), Heuss, Theodor (Gr): ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung;

Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Veröffentlichung einer Aufsatzsammlung von Friedrich Naumann

Sehr verehrter Herr Doktor!

Der telefonische Versuch, heute vor meiner Abreise¹ noch eine Besprechung mit Ihnen anzusetzen, ist wiederholt gemacht worden, aber nie gelungen. Ich habe gestern früh eine ausführliche Unterhaltung mit Frau Dr. Naumann gehabt, in deren Verlauf ich ihr auch die Gesinnung zum Ausdruck brachte, um deren Verdolmetschung Sie mich gebeten hatten. Ich habe Frau Dr. Naumann gesagt, daß ich es ihr nahelegen würde, gelegentlich von Ihnen eine Meinung über die buchhändlerische Lage der Werke ihres Mannes zu erbitten.²

Ich habe ihr den Plan vorgetragen, aus Naumanns Schriften jene zusammenzutragen, die in der Form von Erinnerungsartikeln, Nekrologen oder aus sonsti-

³ Vgl. den Redebeitrag von Heuss in: REICHSGESCHÄFTSSTELLE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI, Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags, S. 105f; Heuss forderte den Parteitag zusätzlich zu einer Bekundung auf, „daß der Friede von Saint Germain für die Österreicher ebensowenig dauernd verbindlich sein kann wie für uns“. – Seit Kriegsende trat Heuss mehrfach für den Anschluss von Deutsch-Österreich an das Deutsche Reich ein und wiederholte diese Forderung während der Weimarer Republik in unzähligen Schriften, Artikeln und Reden. In einer Vollendung der deutschen Nationalstaatsbildung unter demokratischen Vorzeichen sah er zugleich eine Chance, der jungen Republik innenpolitisch Akzeptanz zu verschaffen. Heuss ging dabei soweit, vom „Eins-Sein des demokratischen und des ‚großdeutschen‘ Gedankens“ zu sprechen; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 150-163, das Heuss-Zitat aus dem Jahre 1921 auf S. 158.

⁴ Vgl. Nr. 21, Anm. 2.

¹ Anfang September 1919 verbrachte Heuss einige Tage mit seiner Mutter in Bad Boll.

² Naumann war kurz zuvor, am 24. 8. 1919, gestorben; vgl. Nr. 26.

gen Anlässen Charakteristiken einzelner Männer historischen, politischen und kulturellen Charakters haben. Wie ich Ihnen telefonisch gesagt habe, war im Einverständnis mit Naumann seinerzeit die Sammlung von mir vorbereitet. Aber das Buch ist dann nicht zustande gekommen aus Mangel an Material für die gewünschte Buchstärke.³ Ich glaube, daß es ebenso reizvoll sein würde wie Theodor Barths „Politische Portraits“,⁴ aber von stärkerer Resonanz, weil neben den politischen Charakteristiken etwa von Bebel, Singer, Sohm, Mommsen, Richter, Stöcker, Barth u. s. fort wohl auch die Aufsätze über Schiller, Richard Wagner, Napoleon, Peel und andere gesammelt werden könnten.

Ich wollte Ihnen heute das, was an fertigem Material vorliegt, überbringen, und falls Ihnen das Buch einleuchtet, anheim geben, gleich in den nächsten Wochen mit dem Satz beginnen zu lassen, bis ich nach meiner Rückkehr im Oktober noch einmal die gründliche Durcharbeitung der Zeitschriften und sonstigen Sammlungen vornehmen würde. Ich habe nun dieses Material an Fräulein Katter, die Sekretärin von Naumann, gegeben und ihr mitgeteilt, welche der Aufsätze, die mir vorliegen, ich unmittelbar für druckfertig halte, sie gleichzeitig gebeten, eine Durchprüfung des Materials vorzunehmen und mir in meinen Ferientaufenthalt davon Kenntnis zu geben, damit ich eventuell nach der Durchsicht der neuen Arbeiten diese an Sie weiter schicken könnte. Die Gliederung⁵ des Stoffes und seine endgültige Bestimmung würde dann im Oktober möglich sein. Ich bitte Sie, Ihrerseits nun zu überlegen, ob Sie glauben, daß dieses Buch, dessen Umfang natürlich nicht abzuschätzen ist, aber beliebig gekürzt werden kann,⁶ noch für den diesjährigen Weihnachtsverkauf fertiggestellt werden kann. Für diesen Fall würde ich Sie bitten, bei Fräulein Katter die paar Aufsätze abholen zu lassen, die heute schon als fertiges Druckmaterial angesehen werden können, und ich würde dann für eine beschleunigte Durchsicht des Übrigen besorgt sein, so daß, wenn im Oktober die endgültige Redaktion erfolgen könnte, wesentliche Bestandteile schon gesetzt wären.⁷

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

³ Hs. eingefügt von Heuss: „aus Mangel an Material für die gewünschte Buchstärke“.

⁴ THEODOR BARTH: Politische Porträts, Berlin 1904.

⁵ Von hier bis zum Ende des Briefs durch Empfänger linke Randaustreichung.

⁶ Hs. eingefügt von Heuss: „aber beliebig gekürzt werden kann“.

⁷ Die Aufsatzsammlung erschien im November 1919 unter dem von Heuss vorgeschlagenen Titel „Gestalten und Gestalter“. Sie enthielt überwiegend Aufsätze Naumanns aus der „Hilfe“ und war in die Kapitel „Deutsche Staatsmänner“, „Politiker und Parlamentarier“, „Religiöse Charakterköpfe“, „Geistesgeschichte“ und „Napoleon“ untergliedert; F. NAUMANN, Gestalten.

Nr. 26

An Prof. Dr. Lujo Brentano, Baden-Baden

18. September 1919; Bad Boll

BArch, N 1221, 74: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Umzug von Georg Friedrich Knapp nach Darmstadt; Tod von Friedrich Naumann

Verehrter Herr Geheimrat,

freundl[ichen] Dank für Ihre Zeilen.¹

Mit Frau Dr. Stoecker wollte Prof. Jäckh, <der>² z. Zt. in Oberstdorf ist, in München persönlich sprechen – ich weiß nicht, ob das inzwischen geschehen. Da ich selber mit der Völkerbundliga³ organisatorisch nichts zu tun habe, konnte ich persönlich keine weiteren Schritte tun.

Wir warten eigentlich fast täglich auf die Nachricht, wann Knapp Straßburg verläßt; in Darmstadt ist eine Wohnung gemietet, aber er will nur einziehen, wenn er die Möbel mitnehmen darf u. hier scheinen Aussichten u. Entscheidungen immer schwankend.⁴ Elli ist noch in Berlin. Naumanns Tod⁵ hat uns beide des geistigen Vaters beraubt – wir haben uns auch bei ihm kennengelernt⁶ – der Tod kam uns nicht völlig überraschend, da wir erlebten, wie Naumann, bei geistiger Frische, furchtbar rasch alterte, und wiederholtes starkes Nasenbluten im Sommer die Arteriosklerose verriet. Unsere Sorge ist jetzt die Weiterführung seines Werkes.

Mit bestem Gruß

Ihr dankbarer Schüler

Theodor Heuss

¹ Ließen sich nicht ermitteln.

² Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

³ Die 1918 gegründete Deutsche Liga für Völkerbund warb für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund; Mitgründer und Geschäftsführender Vorsitzender bis 1925 war Jäckh; vgl. G. HÖHNE, Deutsche Liga.

⁴ Mitte Oktober 1919 verließ Knapp Straßburg und wohnte zuerst bei seiner Tochter Marianne in Mannheim, bevor er im Frühjahr 1920 nach Darmstadt übersiedelte. – Mit dem Übergang des Elsass vom Deutschen Reich an Frankreich mussten alle führenden Beamten und Professoren, sofern sie deutscher Nationalität waren, das Land verlassen; vgl. S. FISCH, Übergang.

⁵ Naumann war am 24. 8. 1919 gestorben.

⁶ Vgl. E. HEUSS-KNAPP, Ausblick, S. 74; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 116f.

Nr. 27

An Hermann Missenharter, Stuttgart

11. November 1919; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

WLB, Cod. hist. 4° 600: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Beurteilung der Beiträge im letzten Heft des „Schwäbischen Bundes“

Lieber Herr Missenharter,

ich schrieb neulich an Ihren Verlag, daß ich den „Schwäbischen Bund“ abonnieren möchte und daß man mir das Abonnement für das erste Jahr von meinem Honorar für den Aufsatz „Menschenökonomie“¹ abziehen möchte. Nun habe ich das Novemberheft erhalten, weiß aber nicht, ob als Beleg- oder Abonnements-Exemplar. No. 1 habe ich nicht bekommen. Wollen Sie bitte einmal darnach sehen, daß mir diese Nummer auch gesandt wird und das Honorar dann, wenn die 24 Mark abgezogen sind, recht bald zugeht, da ich augenblicklich recht geldbedürftig bin.

Da ich Nr. 1 noch nicht gesehen habe, bin ich noch nicht in der Lage, ein Urteil abzugeben. Ich hoffe aber, wenn ich von ein paar Nummern einen richtigen Eindruck habe, einmal meine Meinung sagen zu können. Wenn ich zur vorliegenden Nummer etwas sagen darf, so finde ich die kunsthistorischen Beiträge und vor allem den Briefwechsel Kurz-Heyse sehr interessant.² Auch das von Häring und Raithe³ ist durchaus am Platz.⁴ Wahrscheinlich würde ich nicht mit einer solchen Auseinandersetzung die Nummer eröffnet haben, weil sie die Kenntnis des ersten Heftes zu sehr voraussetzt. Bedenken habe ich aber gegen die Tirade auf Theobald Ziegler,⁵ und diese Bedenken möchte ich Ihnen nicht verschweigen. Vielleicht ist das eine Marotte von mir, aber ich rechne Theobald Ziegler als Typus zu den Schwaben, die überwunden werden müssen. Es ist zu viel Pathos bei ihm vorhanden, auch bei seinem Neffen Binder, der über ihn schreibt. Was er etwa auf Seite 234 über Z[iegler] als Redner sagt, wirkt fast komisch, wenn mitgeteilt wird, daß er „völlig frei ein zu Hause niedergeschriebenes Manuskript repetierte.“⁶ Daß Theobald Ziegler im Goetheschen Sinn eine dämonische Natur

¹ In der Vorlage fälschlicherweise: „Münchener Ökonomie“; THEODOR HEUSS: Menschenökonomie, in: Der Schwäbische Bund 1, H. 2, November 1919, S. 193–201.

² HUGO FALKENHEIM: Aus dem Briefwechsel zwischen Paul Heyse und Hermann Kurz, ebd., S. 218–229.

³ In der Vorlage: „Reidel“.

⁴ THEODOR HAERING d. Ä.: Plaudereien eines alten Mannes (Schluß), in: Der Schwäbische Bund 1, H. 2, November 1919, S. 242–251; HANS RAITHEL: Weltliche Predigten. 2., ebd., S. 152–159.

⁵ HERMANN BINDER: Theobald Ziegler als Erzieher, ebd., S. 230–236.

⁶ Ebd., S. 234 heißt es wörtlich: „Er sprach völlig frei, selbst in den großen, vier- und fünfstündigen Vorlesungen. [...] Nicht nur besaß er zu all seinen Kollegien sorgsam ausgearbeitete und

gewesen ist,⁷ wirkt auf mich fast grotesk, da ich ihn bisher immer für einen klugschwätzenden, an die Universität verirrten Professor hielt. Verstehen Sie bitte diese Kritik nicht falsch, aber wir müssen uns wirklich gegen unsere legendären schwäbischen Größen etwas wappnen.

Hat Ihnen der Verleger Engelhorns Nachf[olger] aus meiner Sammlung „Zwischen Gestern und Morgen“ zugesandt?⁸

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 28

An Dr. Erich Schairer, [Heilbronn am Neckar]

12. November 1919; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

DLA, A: Schairer, 95.19.1297: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Weggang Erich Schairers von der „Neckar-Zeitung“

Lieber Doktor Schairer,

von Peiler höre ich heute früh, daß Sie am 1. Dezember die Redaktion der „Neckarzeitung“ niederlegen. Die Nachricht hat mich deshalb betroffen, weil Sie mir bei unserem Zusammensein vor zwei Monaten nichts von Friktionen mit Krämer erzählt hatten. Ich habe mir zwar selber ein Bild darüber gemacht, daß die Hartnäckigkeit, mit der Sie Unitarismus und Rätegedanken plus Planwirtschaft vertraten, nicht gerade Saiten des Mitschwingens bei ihm wecken würde, aber daß daraus eine plötzliche Trennung kommen würde, dachte ich nicht.

Der Vorgang beschäftigt mich doppelt: nach der persönlichen und der sachlichen Seite.

Was werden Sie nun machen? Ich fürchte, innerhalb Württembergs, das Sie doch als Wirkungskreis wünschten, wird *journalistisch* die Situation nach der Gastrolle an der N[eckar]z[ei]t[un]g schwierig werden. Ist nicht denkbar, daß

fortgeführte Manuskripte und hatte nur eben sein Gedächtnis mit solcher Willenskraft geschult, daß bei seinen Vorträgen ein Stenogramm nach der freigesprochenen Rede und der Druck nach dem Manuskript selbst im Ausdruck nur in Unwesentlichem auseinandergingen“.

⁷ Ebd., S. 236.

⁸ THEODOR HEUSS: Zwischen Gestern und Morgen, Stuttgart 1919; vgl. dazu die Rezension: HERMANN MISSENHARTER: Über Bücher und Dichter, in: Der Schwäbische Bund 1, H. 5, Februar 1920, S. 563–568, hier S. 556f.

Rathenau Sie für die Durcharbeitung seines Gedankenkreises irgendwie fest in Anspruch nimmt; wenn ich mich nicht täusche, wollte er doch einmal ein Institut für derlei stiften. Auf die freie Schriftstellerei dürfen Sie sich mit 4 Kindern nicht stellen. Ich kann Sie mir am besten an einer Wochenschrift vorstellen od. an irgend einem wissensch[aftlichen] Institut – es ist mir fraglich, ob für Politik u. Organisation Ihre Talente der Menschenbehandlung ausreichen.¹ Ich glaube, Ihr Fehler in H[ei]lbr[onn] war, was ich Ihnen im Juli sagte, daß Sie zu sehr den Willen zum Einsiedlertum hatten, und darauf verzichteten, bestimmte Dinge in die Hand zu nehmen.

Ist über Ihren Nachfolger etwas bestimmt? Krämer hat von Ihrem Ausscheiden weder Jäckh noch mir geschrieben. Es interessiert mich aber natürlich sehr, ob er jemanden schon in Aussicht genommen hat; denn immerhin steckt ein Teil meiner Lebensarbeit u. Lernzeit auch in der N[eckar]z[ei]t[un]g.²

Wenn Sie mich einmal mit einigen Zeilen wissen lassen, wie die Dinge für Sie aussehen, bin ich Ihnen dankbar.

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 29

An Friedrich Mück, Heilbronn am Neckar

21. April 1920; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 269: ms. Schreiben, Durchschlag

Aussichten von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920; eventuelle Übersiedlung nach Stuttgart

Lieber Freund,

ich habe zunächst so viel Arbeit vorgefunden, daß ich noch nicht zum Schreiben kam, muß Dir aber heute doch persönlich und pol[itisch] einiges sagen, das größtenteils auch zugleich für Bruckmann mitbestimmt ist.

¹ Ende 1919 plante Schairer die Herausgabe einer gemeinwirtschaftlich orientierten Zeitschrift in Zusammenarbeit mit Rudolf Wissell. Nachdem sich dieser Plan zerschlagen hatte, gründete er im Januar 1920 die „Heilbronner Sonntags-Zeitung“; vgl. E. SCHAIRER, *Journalist*, S. 141–149.

² Heuss hatte sechs Jahre lang, von 1912 bis 1917, als Chefredakteur die „Neckar-Zeitung“ geleitet. Sperlings *Zeitschriften-Adreßbuch* führt für 1923 keinen, für 1925 Robert Bauer als Redakteur der „Neckar-Zeitung“ auf; vgl. *HANDBUCH DER DEUTSCHEN PRESSE 51 (1925)*, S. 368.

1. Politisches: es zeigte sich, daß die Fünfteilung Württembergs bei der Reichstagswahl nicht zustande kommen wird.¹ Die Frage meiner Kandidatur ist dadurch auch sehr viel fraglicher geworden. Sie hängt jetzt von der Plazierung auf der Gesamtliste ab und damit von der Energie, mit der Ihr von Heilbronn aus einschl. Wulle diese Sache zur Vertretung bringen wollt. Ich lege Dir den Entwurf eines Schreibens bei,² der natürlich abgeändert werden kann, der aber vielleicht an die drei Vorsitzenden der württ[embergischen] Partei Haußmann³, Hieber und Hopf gehen soll, damit diese Sache nicht erst in den Ausschuß- und Vertretertagen behandelt wird. Evtl. könnt Ihr Durchschläge von diesem Schreiben einigen Vereinen (Ludwigsburg Caprian, Leonberg Schleicher, Bietigheim Schradin⁴, Aalen Reinöhl⁵, Cannstatt Wiedersheim, Hall Zeller, Schorndorf Lehrer Schweizer, Backnang Faber, Neckarsulm Kraus, Friedrichshafen Colman, Göppingen Krauss⁶, Geislingen Kübler) zur Kenntnis geben. Haußmann, mit dem ich Sonntag früh sprach, scheint mir mit Bedenklichkeiten angefüllt. Er meint, daß die Frauen stark auf ihren Anspruch bestehen werden, daß man den Bauern entgegenkommen müsse und daß von Hieber eine Erklärung wegen der Kandidatur noch nicht vorliege. Ich würde es für einen großen Schaden halten, wenn Hieber sich berlinwärts konzentrieren würde. Haußmann meinte, ob dies vielleicht ein Ausweg sei, daß der Bauernkandidat, Herrmann Blaufelden, ihm ehrenwörtlich zusagen würde, daß er, wenn er vor mir plazierte hat⁷, nur das Stuttgarter Mandat⁸ nimmt. Ich habe aber gemeint, daß ich dann mit einer innerlich unwahren Situation an die Wahlarbeit gehe. Ich habe das Gefühl, daß ich eigentlich nur den 4. Platz gehen soll, denn wenn die Abstimmung 10% schlechter wird, so reicht es [für] die 5 Sitze

¹ Zur Diskussion stand eine Aufteilung Württembergs in fünf Reichstagswahlkreise, bei der Heuss Spitzenkandidat der DDP im Wahlkreis Ludwigsburg-Heilbronn geworden wäre.

² Der Entwurf des Schreibens ist auf den 21. 4. 1920 datiert und liegt dem Brief bei. Darin wurde der Wunsch geäußert, „daß Dr. Heuss an die 4. Stelle der Kandidatenliste aufgeführt wird. Das ist nicht nur eine Forderung, die wir als größte Stadt des Unterlandes stellen, sondern wir sind auch überzeugt, daß sie für die parteipolitische Entwicklung des Landes schlechtweg von größter Bedeutung ist, und eine Auswahl von jüngeren Kräften, die für solche Stelle in Frage kämen, ist nicht sehr groß bei uns. Wir glauben aber bei den Vorsitzenden der Partei, die Dr. Heuss ja selbst aus seinen Schriften und Reden kennen, daß sie mit uns der Meinung sind, daß er gerade auch in der Lage ist, die jüngeren gebildeten Schichten unseres Volkes für die pol[itische] Arbeit zu interessieren und sie der Partei zu erhalten. [...] Wir glauben, daß es ein Mißbrauch mit der pol[itischen] Kraft von Heuss ist, wenn man seine Agitationshingabe gern sieht, ihn aber den ewigen Durchfallskandidaten spielen läßt.“ In dem Rundschreiben der DDP-Ortsgruppe von Heilbronn vom 26. 4. 1920 findet sich dieser Passus wörtlich wieder; HStAS, Q 1/2, 102.

³ In der Vorlage: „Hauser“.

⁴ In der Vorlage: „Schrabing“.

⁵ In der Vorlage: „Rheinöhl“.

⁶ In der Vorlage: „Kraus“.

⁷ Vermutlich gemeint: „wird“.

⁸ In Württemberg fanden die Landtagswahlen gleichzeitig zu den Reichstagswahlen statt.

noch, auf die wir nach den Ziffern von 1919 rechnen können.⁹ Hermann Reutlingen meint, daß die 5 Sitze ziemlich sicher seien.

2. Persönliches: Elly ist von Württemberg sehr mit der Stimmung zurückgekommen, daß es wünschenswert sei, die Frage der Übersiedlung wieder stärker anzusehen. Der Zufall will es, daß jemand[, der] in der Staffelschen Bergstraße¹⁰ wohnt, hier einen neuen Beruf gefunden hat, die Wohnung tauschen möchte. Die Möglichkeit, in so schöner Lage eine Wohnung zu finden, hat für Elly etwas sehr Verlockendes. Glaubst Du und Bruckmann, daß in der Sache etwas zu machen sei, freilich ohne ein sicheres Mandat ist die Übersiedlung unmöglich, da die Voraussetzungen einer erfolgreichen Arbeit bei der D. V. A.¹¹ und als Leitartikler des [Stuttgarter] N[eu]en T[agblatts]¹² die unmittelbare Verbindung mit dem großen politischen Problem bleibt, die von Stuttgart ohne häufigere Fühlung mit Berlin schwierig aufrecht zu erhalten ist. Andererseits freilich würde die Möglichkeit einer Dozentur an der Hochschule,¹³ die ja nur eine sehr unklare Vorstellung noch ist, unter dem Zwang, viele Wochen in Berlin zu sein, leiden. Falls die finanzielle Fundierung Schwierigkeiten macht, daß die Geschäftsführung im württ[embergischen] Werkbund mit verbunden werden könnte, wage ich nicht recht zu beurteilen.¹⁴ Wahrscheinlich würde die starke politische Inanspruchnahme, die ich dann für nötig halte, ihre Bedenklichkeiten haben. Offen bleibt die Frage, ob in der Kandidatenfrage dieses Moment der Rückkehr nach Württemberg verwendet werden kann und soll. Ich weiß auch nicht, ob Bosch¹⁵

⁹ In seinem Antwortbrief beurteilte Mück die Chancen von Heuss auf den vierten Platz skeptisch: „Bei Goeser hatte ich auch den Eindruck, daß er nur theoretisch für den 4. Platz für Dich sehr begeistert ist, in Wirklichkeit ist die Freude daran nicht so sehr groß. Ich weiß nicht, woher das kommt. Offenbar ist bei Haußmann einiger Widerstand vorhanden, der vielleicht durch Payer hervorgerufen oder verstärkt wurde. Was von mir aus geschehen kann, wird selbstverständlich geschehen.“ Mück an Heuss, 24. 4. 1920, in: BArch, N 1221, 269. Heuss erhielt schließlich den fünften Platz der württembergischen Landesliste; ein Reichstagsmandat erzielten nur die beiden Listenführer Haußmann und Wieland, da die DDP im Wahlkreis Württemberg im Vergleich zu den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 fast 50 % ihrer Stimmenanteile verlor und nur mehr auf 161.727 statt 331.963 gültige Stimmen kam; vgl. STATISTIK 291, I, S. 53; J. GRIESMEIER, Reichswahlen, S. 96.

¹⁰ Gemeint ist die Stafflenbergstraße in Stuttgart.

¹¹ Gemeint ist die Deutsche Verlags-Anstalt.

¹² Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ befand sich seit 1890 im Besitz der Deutschen Verlags-Anstalt; vgl. P. TRÖGER, Stuttgarter Neues Tagblatt, S. 67. – Mück verfolgte bereits seit 1919 den Plan, durch seinen Einfluss auf die Deutsche Verlags-Anstalt Heuss eine Stelle als Redakteur am „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ zu verschaffen; vgl. BArch, N 1221, 269 und 648; F. ELSAS, Rathaus, S. 174.

¹³ Eventuell war bereits 1920 eine Lehrtätigkeit von Heuss an der TH Stuttgart im Gespräch; 1930 kam diese Überlegung nochmals zum Tragen; vgl. Nr. 155.

¹⁴ Die Geschäftsführung der im September 1920 gegründeten Württembergischen Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes übernahm der mit Heuss befreundete Stotz.

¹⁵ Mit dem Unternehmer Robert Bosch war Heuss nach eigener Aussage seit 1917 oder 1918 bekannt. Bosch stand während der Weimarer Republik politisch der DDP nahe und unterstützte

selbst für eine solche Frage genügend interessiert ist, um in den anderen Dingen von Euch die entsprechenden Schritte gutzuheißen.

So viel für heute! Mit herzlichem Gruß
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 30

An Elly Heuss-Knapp, [Berlin]

4. Juni 1920; [Tübingen]

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Voraussichtlicher Misserfolg von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920

Liebe Elli,

wenn Du diesen Brief bekommst, ist die Schlacht geschlagen.

Ich werde hier durchfallen, weil die Bauern wegen der Zwangswirtschaft alle maßlos verstimmt sind u. in die Opposition gehen.¹ Auch ergibt sich, daß Haußmann als Spitzenführer des Zettels doch eine sehr starke Belastung ist, weil er zu viel Dinge gesagt hat, die, aus dem Moment geboren, zur Belastung wurden (z.B. „Wilhelm von Amerongen“ für Wilhelm II).² Aber es war eine nette Zeit u. meine Versammlungen sind seit 10 Tagen überall ausgezeichnet gewesen.³ Am

zahlreiche Unternehmungen, für die Heuss tätig war, wie z. B. den Deutschen Werkbund, die Deutsche Hochschule für Politik und die „Deutsche Nation“, mit großzügigen Zuwendungen. Zudem verfügte er über größere Anteile der Deutschen Verlags-Anstalt. Während des Zweiten Weltkriegs schrieb Heuss auf Wunsch von Bosch eine Biographie des Unternehmers; vgl. TH. HEUSS, Robert Bosch. Leben und Leistung.

¹ Die DDP wurde in Württemberg bei den Reichstagswahlen vom 6. 6. 1920 mit 14,3 % hinter dem Zentrum, dem Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund und der SPD lediglich viertstärkste Kraft; vgl. STATISTIK 291, I, S. 52f. – Heuss errang kein Reichstagsmandat; vgl. auch Nr. 29, Anm. 9.

² Nach seiner Flucht aus Deutschland bewohnte Kaiser Wilhelm II. zuerst Schloss Amerongen in Holland, bevor er im Mai 1920 nach Haus Doorn übersiedelte.

³ Heuss hatte Wahlkampfveranstaltungen in Urach (10. 5.), Metzingen (10. 5.), Pfullingen (11. 5.), Sindelfingen (15. 5.), Güglingen (16. 5.), Brackenheim (16. 5.), Böckingen (17. 5.), Bad Mergentheim (18. 5.), Stuttgart (19. und 20. 5.), Vaihingen (21. 5.), Nürtingen (22. 5.), Böblingen (23. 5.), Mühlacker (24. 5.), Maulbronn (24. 5.), Schwenningen (25. 5.), Schwäbisch Gmünd (26. 5.), Bietigheim (27. 5.), Murrhardt (28. 5.), Öhringen (29. 5.), Schwäbisch Hall (1. 6.), Hohenheim (1. 6.), Schorndorf (2. 6.), Zuffenhausen (2. 6.), Cannstatt (4. 6.) und Tübingen (4. 6.) abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Redenotizen zu seiner Wahlkampfreden, in: BArch, N 1221, 26. – Die Eindrücke auf seinen Wahlkampfveranstaltungen verarbeitete Heuss auch literarisch; THEODOR HEUSS: Empfindsame Wahlreise, in: Die Hilfe 26, Nr. 28, 15. 7. 1920, S. 430f.

Mont[a]g bin ich in H[ei]lbronn, am Dienstag fahr ich nach Darmstadt u. von dort Abends via Frankfurt zurück. Deinem Vater habe ich mich angemeldet.

Am Mittwoch will ich den Delbrück Ab[en]d⁴ besuchen, der sicher interessant sein wird – aber ich hoffe, Du erwartest mich an dem Abend, damit wir uns noch Freude machen können! Gelt. Heute Nacht waren meine Träume bei Dir.



Abb. 5: Ernst Ludwig Heuss (1.v.l.) als Wahlhelfer bei den Bezirksverordnetenwahlen für Schöneberg, 1920

Ich bin nun sehr gespannt, wie es bei Dir verläuft.⁵ Uns[ere] Resultate werden nicht so schnell kommen, weil auch die Landtagsergebnisse mitgezählt werden müssen.⁶ Gestern kam endl[ich] mein neues Buch;⁷ leider zu spät, um noch vor den Wahlen zu wirken. Ich habe es wenigstens einigen Menschen schenken kön-

⁴ Vgl. Nr. 1, Anm. 3.

⁵ Heuss-Knapp kandidierte bei den Reichstagswahlen vom 6. 6. 1920 auf dem dritten Platz des DDP-Wahlvorschlags im Wahlkreis Potsdam II; ein Mandat erzielte nur der Listenführer Dernburg; vgl. STATISTIK 291, I, S. 17.

⁶ In Württemberg fanden gleichzeitig zu den Reichstagswahlen auch Landtagswahlen statt.

⁷ THEODOR HEUSS: Die neue Demokratie, Berlin 1920.

nen. Im „[Stuttgarter] N[eu]en T[ag]bl[att]“ vom 3. Morgens u. Ab[en]ds findest Du einen *Wahlartikel* von mir „*Fragen u. Antworten*“, der sehr gelobt wird.⁸

Der Zettel für die Gemeindewahlen ist, glaube ich, gut. Schade, daß Lauterbach fehlt.⁹

Sybill¹⁰ wird am Mont[a]g 7 Jahre alt; ich schenke ihr die Turnachkinder.¹¹

Das Wetter ist herrlich.

Käthe soll in diesem Sommer in Heilbronn *neun* Kinder à la Hartmann¹² zeichnen; sie wird im Fremdenzimmer der Mutter hausen, um immer ausruhen zu können.

Für heute euch allen herzliche Grüße von
Deinem

Theodor

Nr. 31

An Dr. Gustav Stolper, Wien

18. Juni 1920; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Misserfolg von Theodor Heuss bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920; Unklarheit über die weitere politische Entwicklung in Deutschland

Sehr geehrter Herr Stolper,

freundlichen Dank für Ihren Aufsatz über die deutsch-österreichische Finanzwirtschaft,¹ den ich gleich zur Druckerei gab. – Ich selbst war jetzt 3 Wochen in

⁸ THEODOR HEUSS: Fragen und Antworten I, in: SNT, Nr. 262, 3. 6. 1920; DERS.: Fragen und Antworten II, ebd., Nr. 263, 3. 6. 1920.

⁹ Am 20. 6. 1920 fanden in Berlin Wahlen zum neuen Gesamtberliner Stadtparlament statt. Der Lyzealdirektor und Schöneberger Stadtverordnete Amandus Lauterbach kandidierte erst auf Platz 9 der Schöneberger Kreiswahlliste; Heuss kandidierte bei den gleichzeitig stattfindenden Bezirksverordnetenwahlen für die Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung und errang ein Mandat; vgl. Gemeindeblatt der Stadt Berlin 61 (1920), Sonderbeilage zum Gemeinde-Blatt Nr. 40, S. 8.

¹⁰ Sybille Schaller, die Tochter der mit dem Ehepaar Heuss befreundeten Malerin Käte Schaller-Härlin.

¹¹ IDA BINDSCHEDLER: Die Turnachkinder im Sommer. Erzählungen für Knaben und Mädchen von 8–14 Jahren, Frauenfeld um 1909; bzw. DIES.: Die Turnachkinder im Winter. Erzählungen für Knaben und Mädchen von 8–14 Jahren, Frauenfeld um 1909.

¹² Hartmann Heuss, ein Neffe von Heuss; der Porträtauftrag kam auf Vermittlung von Heuss zustande; vgl. Schaller an Heuss, 12. 5. 1918, in: BArch, N 1221, 95.

¹ GUSTAV STOLPER: Die deutschösterreichische Finanzwirtschaft, in: DP 5, H. 27, 2. 7. 1920, S. 17–23.

Württemberg auf Wahlagitation, bin auch von dem allgemeinen Niedergang der demokratischen Partei mitbetroffen und erfolglos geblieben.² Persönlich ist das ja ganz gut zu tragen, da ich mir keine Illusionen gemacht habe, aber was für eine politische Entwicklung wir in Deutschland erleben werden, ist unklar. Ihren Aufsatz über die Wahlen habe ich mit großem Interesse gelesen; er trifft die Situation nach meiner Meinung ganz gut.³ Daß Schotte zur deutschen Volkspartei mit einer wichtigtuenden Erklärung übergegangen ist, haben Sie wohl gesehen?⁴ Ich danke Ihnen, daß Sie mich auf Prof. Brockhausen aufmerksam gemacht haben. Ich habe gleich an ihn geschrieben.⁵

In der Hoffnung, daß ich Sie im Laufe des Sommers hier sehen werde (ich werde wohl erst im September in Urlaub gehen) begrüße ich Sie aufs Beste.

Ihr sehr ergebener

Th. Heuss

² Vgl. Nr. 30, Anm. 1.

³ GUSTAV STOLPER: Die deutschen Wahlen, in: ÖVW 12, Nr. 37, 12. 6. 1920, S. 701–703; darin führt Stolper das schlechte Abschneiden der DDP auf den frühzeitigen Tod Naumanns zurück, den die Partei durch keinen anderen Parteiführer zu ersetzen verstanden habe. Daneben prophezeit Stolper eine Annäherung von USPD und SPD sowie von DDP und DVP.

⁴ Vgl. BLA, Nr. 216, 9. 5. 1920. In der dort veröffentlichten Erklärung von Walther Schotte heißt es u. a.: „Maßgebend für meinen Austritt aus der Demokratischen Partei ist der Umstand, daß ich nicht billigen kann, wie sich die Demokratische Partei von der Sozialdemokratie hat ins Schlepptau nehmen lassen.“

⁵ Stolper an Heuss, 29. 5. 1920, in: BArch, N 1221, 487: „Nebenbei möchte ich Ihnen eindringlich nahelegen, sich für die ‚Deutsche Politik‘ um die Mitarbeit von Professor Karl Brockhausen zu bewerben, der einer unserer besten und feinsten Köpfe ist“. – Brockhausen veröffentlichte in den kommenden Monaten zahlreiche Aufsätze zu Deutsch-Österreich in der ‚Deutschen Politik‘; CARL BROCKHAUSEN: Das vergangene Österreich, in: DP 5, H. 35, 27. 8. 1920, S. 266–270; DERS.: Die sogenannten Nationalstaaten auf dem Gebiete des alten Österreich, ebd., H. 36, 3. 9. 1920, S. 301–305; DERS.: Die Zukunft der Deutschösterreicher, ebd., H. 38, 17. 9. 1920, S. 362–368; DERS.: Die Aussichten des tschechoslowakischen Staates, ebd. H. 43, 22. 10. 1920, S. 509–515. Ein Schreiben von Heuss an Brockhausen ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 32

An Hermann Missenharter, [Stuttgart]

5. Juli 1920; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

WLB, Cod. hist. 4° 600: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Übersendung von Beiträgen für den „Schwäbischen Bund“

Lieber Herr Missenharter,

nun bricht der Segen über Sie herein, denn erstens habe ich etwas Zeit und zweitens habe ich kein Geld – muß also fleißig sein.

1. Ein Essai über die Volksversammlung. Harmlose Bemerkungen, vom Redner aus gemacht. Nicht erschöpfend, aber kurz. Ausklang der Wahlbewegung – die „Soziologie“ der politischen Agitation ist noch nicht geschrieben.¹

2. Eine Anekdote, Schillerfeier, wahre Geschichte. Vor einem Jahr, aus Versehen ohne Namen, in der Vossischen erschienen. Ich weiß nicht, ob die Pointe genügend gut herauskommt. Wenn ja, muß das Ding gerade in Schwaben Spaß machen. Die „Vossische“ liest bei uns niemand.²

3. Zwei kleine Gedichte, allerdings bald 15 Jahre alt, aus der Zeit, da meine lyrische Betätigung verebte. Ich bitte aber um ganz objektiven Ja oder Nein-Spruch – ich habe nicht den Ehrgeiz (u. auch nicht die Leistung), nebenher als schwäb[ischer] Dichter gelten zu wollen. Nur das Bedürfnis, innerhalb der neuen lyrischen rabies³ altmodisch zu sein.⁴

Mit viel Vergnügen las ich in der Nummer vom Juli die Arbeiten von Schaffner und dem alten Ableiter. Auch H. Fischer machte mir immer Freude. Hefeles Barock-Aufsatz ist anregend, aber zu überladen (sozusagen im Barockstil geschrieben); in vielen Einzelheiten bin ich historisch anderer Meinung. Ich glaube z. B. nicht, daß der Barock eine sehr stark individualisierende Tendenz hat.⁵

Nun muß aber noch etwas Geschäftliches von Ihnen erledigt werden. Ich ließ mir s. Zt. vom ersten Honorar (Menschenökonomie)⁶ den Betrag für ein Jahres-

¹ THEODOR HEUSS: Die Volksversammlung, in: Oberdeutschland. Eine Monatsschrift für jeden Deutschen 5, H. 4, Januar 1922, S. 316–319. „Der Schwäbische Bund“ erschien seit 1921 unter dem Titel „Oberdeutschland. Eine Monatsschrift für jeden Deutschen“.

² Nicht im „Schwäbischen Bund“ veröffentlicht; [THEODOR HEUSS]: Schillerfeier, in: VZ, Nr. 338, 6. 7. 1919.

³ Englisch für: Tollheit.

⁴ THEODOR HEUSS: Ein später Sommermorgen, in: Der Schwäbische Bund 2, H. 12, September 1920, S. 511; DERS.: Lied der Schenke, ebd. 3, H. 6, März 1921, S. 457.

⁵ JAKOB SCHAFFNER: Die Welt im Licht Alfred Kerrs, ebd. 2, H. 10, Juli 1920, S. 363–366; LEONHARD ABLEITER: Aus meinem Leben. Erinnerungen und Betrachtungen, ebd. S. 350–356; HERMAN HEFELE: Der Barock, ebd., S. 318–322; HERMANN FISCHER: Ästhetische Ketzereien, ebd., H. 7, April 1920, S. 62–69 und H. 9, Juni 1920, S. 256–263.

abonnement abziehen. Inzwischen mußten Sie (wie wir alle) dies sehr erhöhen. Lassen Sie also, wenn Sie von den neuen Einsendungen etwas nehmen, diese Erhöhung im Honorar mit verrechnen. Sonst bitte ich, veranlassen Sie eine Benachrichtigung, was ich noch schulde.

Mit freundl[ichem] Gruß auch an Schmückle
Ihr

Theodor Heuss.

Nr. 33

An Dr. Gustav Stolper, Wien

20. Juli 1920; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Beitrag über Max Weber für den „Österreichischen Volkswirt“

Lieber Herr Stolper,

da ich gestern abend Zeit hatte, habe ich den Artikel über Max Weber niedergeschrieben.¹ Ich weiß aber nicht, ob er gerade dem entspricht, was Sie erwartet haben. Ich halte es für möglich, daß er für den „Österreichischen Volkswirt“ eine etwas zu persönliche, wenn Sie so wollen, enthusiastische Färbung hat. Auch weiß ich nicht, ob er im Umfang dem entspricht, was Sie erwarteten. Da ich aber in den nächsten Tagen wieder stark von Sitzungen und anderen Verpflichtungen in Anspruch genommen bin, wollte ich mein Versprechen erledigen, ohne länger zu warten. Hoffentlich ist der Aufsatz doch für Sie verwendbar.

Mit freundlicher Empfehlung
Ihr

Th. Heuss

⁶ THEODOR HEUSS: Menschenökonomie, in: Der Schwäbische Bund 1, H. 2, November 1919, S. 193–201; vgl. Nr. 27.

¹ THEODOR HEUSS: Zu Max Webers Gedächtnis, in: ÖVW 12, H. 44, 31. 7. 1920, S. 816f; Stolper hatte den Aufsatz Anfang Juli angeregt; vgl. Stolper an Heuss, 5. 7. 1920, in: BArch, N 1221, 487.

Nr. 34

An Ernst Ludwig Heuss, [Wyk auf Föhr]

2. August 1920; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Glückwünsche zum 10. Geburtstag von Ernst Ludwig Heuss

Mein lieber Sohn,

vor zehn Jahren lagst Du, schön gewickelt, in einem Korb, als Dein Vater Dich gerührt in dieser Welt begrüßte, ein kleines Würmchen mit dünnen zarten Fingern und einer verhältnismäßig großen Nase. Obwohl Deine liebe Mutter sehr ängstlich krank war,¹ versammelte sich viel Freude um Dich, und die Telegramme flogen in alle Welt, nach Straßburg, nach Heilbronn, nach Brettheim, sogar nach Rom, (wo mein Bruder Hermann damals war), um mitzuteilen, daß ein „Stammhalter“ angekommen sei. Der Stammhalter war behaglich und vergnügt und schimpfte noch nicht, wenn er auch fleißig schrie. Daß er gerade in Berlin-Schöneberg geboren wurde, das war ihm damals völlig wurst, denn er wußte noch nicht, daß die Schwaben etwas Besonderes zwischen den Deutschen seien.

Inzwischen ist das Wickelkind ein Lausbub geworden, ein vielgereister Herr, der die Alpen und das Meer kennt, ein erfolgreicher Schauspielere und ein den Wissenschaften sich widmender Lateinschüler. Seinen Eltern und nicht nur ihnen hat er in diesen zehn Jahren viel Freude gemacht; denn wenn es auch zwischendurch manchen unvermeidlichen Krach gab, weil die Auffassungen etwa über die Ausdehnung der Spazierfahrten mit Lotte Rex² auseinandergingen oder der Vater verlangte, daß ein Akkusativ nicht immer mit dem Dativ verwechselt werde – wenn es solche Zwischenfälle zwar gab und vermutlich auch fernerhin geben wird; aufs Ganze gesehen hat das Bübchen in seinem zehnjährigen Erdenwalten sich bewährt, und die Eltern sind dankbar, daß ihnen dieses Kind geschenkt wurde.

Nun kann der Vater leider nicht bei Deinem „Jubiläum“ anwesend sein; er muß Dir also seine Wünsche in einem Brief schicken. Was er Dir wünscht, wünscht er zugleich sich: daß Du immer gesund bleiben mögest und das Leben tapfer anfassen und mit ihm fertig werden. In zehn Jahren – ja, da wirst Du wohl ein Student sein. Was wir uns am meisten wünschen für diesen Geburtstag, an dem Du zwanzig alt wirst, ist dies, daß dann Dein lieber Großvater noch gesund und frisch unter uns weile, damit Du nicht nur als Kind, sondern auch als „junger Mann“ weißt, was Du an ihm hast.

¹ Die Geburt Ernst Ludwig Heuss' im Jahre 1910 war mit lebensbedrohlichen Komplikationen für Heuss-Knapp verbunden; vgl. E. HEUSS-KNAPP, Bürgerin, S. 82; Th. HEUSS, Erinnerungen, S. 129.

² Tochter des Vermieters in der Fregestraße 80.



Abb. 6: Käthe Schaller-Härlin: Jugendbildnis von Ernst Ludwig Heuss, Öl auf Pappe, 1923

Jetzt feiere mit der Mutter, mit Tante Bertha³ und mit Deinen Freunden einen fröhlichen Tag. Ich denke dann an Euch, und Ihr dürft mich auch nicht vergessen.

Nun ade, mein liebes Kind. Sei herzlich geküßt von
Deinem Vater

Theodor Heuss

³ Bertha Jäckhs Mann, Ernst Jäckh, war der Patenonkel von Ernst Ludwig Heuss.

Nr. 35

Rundschreiben

2. Oktober 1920; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GStA PK, I. HA Rep. 76 Va, Sekt. 2, Tit. X, Nr. 200, Bd. 1: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik. Vorläufige Geschäftsstelle“¹

Bitte um Unterstützung der Deutschen Hochschule für Politik

Wir überreichen Ihnen in der Anlage die Denkschrift und den Studienplan der Deutschen Hochschule für Politik, mit der Bitte um freundliche Kenntnisnahme.²

Daran knüpfen wir das ergebene Gesuch, die Beamten auch Ihres Ministeriums auf die neu geschaffene Bildungsanstalt hinzuweisen. Die Stunden der Vorlesung sind so gelegt, (nachmittags 4–8 Uhr) daß diese außerhalb der üblichen Dienststunden stattfinden. Aus der Zusammensetzung des Vorstandes ersehen Sie, daß die Hochschule für Politik einen überparteilichen Charakter besitzt.³ Wir glauben, daß diese Möglichkeit, eine Weiterbildung politischer und sozialer Kenntnisse, von vielen dankbar ergriffen werden wird, und wir wären Ihnen für eine sachliche und moralische Unterstützung unseres Versuchs zu Dank verpflichtet. Wir stehen zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung und würden Ihnen empfehlen, falls

¹ Eingangsstempel vom 4. 10. 1920; mit Zeichnungsvorbehalt und eigenhändiger Notiz des preussischen Kultusministers: „Bitte um Vorlage eines Antwortentwurfs u. weitere Veranlassung! H[aenisch] 4/10.“ Auf der Rückseite des Schreibens der hs. Entwurf eines Antwortschreibens.

² Die von Heuss verfasste Denkschrift liegt dem Schreiben als Anlage bei (Wiederabdruck in: TH. HEUSS, Denkschrift). Heuss begründet darin die Notwendigkeit einer Hochschule für Politik mit dem Mangel an politischen Führern in der modernen Demokratie und der Notwendigkeit, den Kampf der „nationalen Befreiung“ mit „Fleiß, Achtsamkeit, Regsamkeit, Kenntnisse, Hingabe“ zu führen. – In den folgenden Jahren entwickelte sich die Deutsche Hochschule für Politik weniger zu einer „Kaderschmiede des Politikernachwuchses“ als zu einer „multifunktionalen Institution“, die spezifische Qualifikationen für die Partei-, Verbands- und politische Öffentlichkeitsarbeit vermittelte, Fortbildungsprogramme für Pädagogen und staatliches Verwaltungspersonal bereitstellte und interessierten Staatsbürgern mit Informations- und Diskussionsangeboten offen stand; vgl. D. LEHNERT, „Politik als Wissenschaft“, S. 446, 460. – Als Studienleiter blieb Heuss bis zum Sommersemester 1925 für die Deutsche Hochschule für Politik tätig. In dieser Funktion war er für die Lehrplangestaltung, die Gewinnung von Dozenten, zu denen Politiker, Beamte und Wissenschaftler gehörten, und die Beratung der Studenten zuständig. Bis 1933 gehörte Heuss zum Kollegium der Deutschen Hochschule für Politik und hielt regelmäßig Vorlesungen zu Themen der deutschen Parteien- und Verfassungsgeschichte sowie Übungen zu politischen Tagesfragen ab.

³ Den Vorstand der Deutschen Hochschule für Politik bildeten Bill Drews, Ernst Jäckh und Friedrich Meinecke. Der Vorstandsrat war mit Konrad Beyerle (BVP), Clemens von Delbrück (DNVP), Hans Delbrück, Siegfried von Kardorff (DVP), Gustav Radbruch (SPD), Hans Roeseler und Eugen Schiffer (DDP) überparteilich besetzt; mit Jäckh als geschäftsführendem Vorsitzenden und Heuss als Studienleiter bildeten DDP-Mitglieder den engeren Kern der Hochschulleitung.

das Ministerium an unsern Bestrebungen Anteil nimmt, vielleicht einen Herren für weitere Verhandlungen mit uns zu bestellen.⁴

Sehr ergeben

Dr. Th. Heuss

Nr. 36

An Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp, [Darmstadt]

6. und 7. Oktober 1920; Rheinsberg (Mark) und Neu-Brandenburg

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Gründung der Deutschen Hochschule für Politik; Besuch bei Prinz August Wilhelm in Rheinsberg

Lieber Vater,

verzeih, daß ich so lange nichts von mir hören ließ. Aber die letzten Wochen waren, arbeitsmäßig, sehr stark ausgefüllt; jetzt endlich konnte ich mich frei machen, und nun will ich mich noch acht Tage in alten kleinen Städtchen Mecklenburgs herumtreiben u. etwas von Backsteingotik sehen, viel schlafen, wenn das Wetter schön ist, zeichnen.¹

In der Zwischenzeit wirst Du meine Denkschrift über die „Deutsche Hochschule für Politik“ erhalten haben.² Diese Sache auf die Beine zu stellen, in zahllosen Konferenzen, war die Hauptbeschäftigung der letzten Monate. Ich bin selber fast zufällig enger mit der ganzen Unternehmung verwachsen, da ich selber, schon Naumanns „Staatsbürgerschule“³ gegenüber, die Skepsis besaß, ob Politik lehr- und lernbar sei; nun aber wagen wir den Versuch, gute Dozenten mit einem

⁴ Der preußische Staat förderte die Deutsche Hochschule für Politik durch einen Finanzausschuss und die mietfreie Überlassung von Räumen in der ehemaligen Staatlichen Bauakademie. Zum Ansprechpartner der Deutschen Hochschule für Politik bestellte das Kultusministerium den Juristen und Hochschulprofessor Viktor Bruns; vgl. Preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Deutsche Hochschule für Politik, 20. 10. 1920, in: GStA PK, I. HA, Rep. 76 Va, Sekt. 2, Tit. X, Nr. 200, Bd. 1. Ihren wichtigsten Fürsprecher innerhalb des preußischen Kultusministeriums fand die Deutsche Hochschule für Politik jedoch in dem Staatssekretär und späteren Kultusminister Carl Heinrich Becker.

¹ Zahlreiche Skizzen von dieser Reise finden sich im Skizzenbuch XVIII, in: FA Heuss, Basel.

² Zur Denkschrift vgl. Nr. 35, Anm. 2; Knapp bestätigte ihren Empfang am 6. 10. 1920; Knapp an Heuss, 6. 10. 1920, in: FA Heuss, Basel.

³ Die Anfang 1918 von Naumann in Berlin gegründete Staatsbürgerschule hatte im Revolutionswinter 1918/19 in improvisierter Form ihren Betrieb aufgenommen. Als „politische Volkshochschule“ zielte sie in erster Linie auf die Schulung und Ausbildung des politischen Nachwuchses des Linksliberalismus. Nach dem Tod Naumanns hatte Jäckh ihre Leitung übernommen und sie in die Deutsche Hochschule für Politik überführt; vgl. E. NICKEL, Politik, S. 63–65; zum Programm der Staatsbürgerschule vgl. F. NAUMANN / W. HEILE, Erziehung. – Heuss hatte im Mai 1919 an der

noch nicht übersehbaren Hörerkreis zu semestralen Kursen zusammenzubringen; dabei gehen die Kurse der „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung“ organisatorisch in uns auf.⁴ Welches Maß von laufender Arbeit damit an mich heranwächst, ist noch nicht zu übersehen; ich werde sehen, mich anderwärts etwas zu entlasten.

In der Familie ist alles gesund. Elli hat das Mädchen auf Urlaub geschickt u. steckt fest in Arbeit. Ludwig führt einen verzweifelten Kampf mit den latein[ischen] Vokabeln; leider scheint ihm der Knopf dafür noch nicht aufgegangen. Er ist sehr viel mehr aufs Kasperle-Theater eingestellt als auf den „sittlichen Ernst“ der lateinischen Deklinationen. Körperlich ist er z. Zt. trefflich in Ordnung.

Hermann Geiger war bis gestern unser mehrtägiger Gast, von Holland kommend. Er ist dabei, sein deutsches Geschäft neu aufzubauen, das unter Rohstoffnot u. Valuta natürlich viel gelitten hat; doch ist er, was die Möglichkeiten der Wiederherstellung anlangt, im Ganzen ziemlich optimistisch. Freilich muß er den alten Weg teilweise noch einmal zurücklegen.

Nach⁵ Rheinsberg war ich auf folgende Weise gekommen: Anfang August fuhr ich dorthin u. wanderte nach Neu-Ruppin. In der Voss[ischen] Zeit[un]g schrieb ich dann einen kl[ainen] Aufsatz, über Fritz, Fontane, mit der resignierten Bemerkung, daß aber das Schloß nicht mehr angesehen werden könne.⁶ Darauf lud mich der Prinz August Wilhelm, der den Aufsatz las, ein, u. so habe ich den Absprung ins Mecklenburgische vom Fritzschen aus gemacht. Ich war gestern bei dem Prinzen zum Abendessen; es war nett u. angeregt. Wir haben auch viel von Straßburg gesprochen.⁷ Heute dann, bei fabelhaftem Herbstwetter ein Gewaltmarsch. Neu-Brandenburg kenn ich bis jetzt nur nächtlich; es scheint aber noch ziemlich reuterisch-kleinbürgerlich.

Hoffentlich trifft Dich dieser Brief bei guter Gesundheit an.

Herzliche Grüße, auch an Lotte,⁸

Dein dankbarer Sohn

Theodor Heuss

Staatsbürgerschule zwei Vorträge zu Fragen der auswärtigen Politik gehalten; vgl. die Redenotizen, in: BAArch, N 1221, 26.

⁴ Die 1902 gegründete Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung richtete sich vor allem an Beamte, die eine Vertiefung und Erweiterung ihrer Kenntnisse auf volkswirtschaftlichem und juristischem Gebiet wünschten. Nach einer vorübergehenden Verwaltungsgemeinschaft mit der Deutschen Hochschule für Politik in der Staatlichen Bauakademie lockerte sich in den späteren Jahren die Verbindung; vgl. R. WOLLKOPF, Konzeption, S. 139.

⁵ Fortsetzung des Schreibens am 7. 10. 1920 in Neu-Brandenburg.

⁶ THEODOR HEUSS: In Rheinsberg, in: VZ, Nr. 457, 16. 9. 1920; Wiederabdruck in: TH. HEUSS, Ort, S. 136–142.

⁷ Prinz August Wilhelm hatte 1908 zwei Semester in Straßburg studiert und war bei gesellschaftlichen Anlässen mehrfach mit Knapp – zu dieser Zeit Rektor der Universität – zusammengekommen; vgl. E. HEUSS-KNAPP, Ausblick, S. 80.

⁸ Lotte Jürgens, Hausdame von Knapp.

Nr. 37

An Edith Fleischlen, [Berlin]

31. Oktober 1920; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

DLA, A: Fleischlen/Familie, 31.595/150: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen:
„Dr. Theodor Heuss“

Beileidsschreiben zum Tod von Cäsar Fleischlen

Verehrte liebe Frau Fleischlen,

da ich nicht wußte, unter welcher Adresse ein Brief Sie erreichen würde, habe ich bis heute gewartet; jetzt nehme ich an, daß Sie nach Berlin zurückgekehrt sind.

Die Nachricht von Cäsars Tod bedeutete uns allen eine schmerzliche Erschütterung;¹ mein Bruder hatte mir neulich geschrieben, daß er ihn in Ingelfingen gesprochen, ich vermutete ihn dort, gesund und frisch, ahnungslos, daß ihm Erschöpfung, Krankheit und Tod drohten.

Ich habe in der Frankfurter Zeitung kurz sein literarisches Profil zu zeichnen versucht;² das Wesentliche freilich konnte vor der Öffentlichkeit nicht gesagt werden, das was mir in meinen eigenen berliner Anfängen vor anderthalb Jahrzehnten Fleischlens väterliche Freundschaft bedeutete.³ Ich war da, blutjung, in die Großstadt und in den Beruf geworfen worden; da mußte seine menschliche Wärme und Teilnahme, die persönliche Art, in der er die Lebensprobleme sah, klärend und festigend wirken. Wir gehörten verschiedenen Generationen an, die meinige war ihm wohl manchmal zu „rationalistisch“, aber wir hatten den gemeinsamen Heimathintergrund, und dies war eine feste und gute Brücke.

Ich danke ihm manche Stunde ernster Erörterung und froher Geselligkeit, danke seiner Dichtung Stunden zarter Freude, seinem Menschentum den unverlöschlichen Eindruck einer tapferen, ringenden Männlichkeit.

Ihr Schmerz um den jähen Tod Cäsar Fleischlens wird von vielen im deutschen Vaterlande geteilt, von vielen, denen sein Werk Anruf und Stärkung bedeutete, am lebhaftesten von denen, deren Entwicklung die Nähe seiner Persönlichkeit spüren durfte.

Mit meiner Frau spreche ich Ihnen unsere herzliche und aufrichtige Teilnahme aus.

Ihr ergebener

Dr. Theodor Heuss

¹ Fleischlen war am 16. 10. 1920 gestorben.

² THEODOR HEUSS: Cäsar Fleischlen †, in: FZ, Nr. 785, 22. 10. 1920.

³ Heuss hatte Fleischlen 1905 kurz nach seiner Übersiedlung nach Berlin durch Vermittlung von Jäckh kennengelernt; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 90–94.

Nr. 38

An Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp, [Darmstadt]

13. November 1920; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Haltung von Theodor Heuss zum George-Kreis; finanzielle Verhältnisse von Georg Friedrich Knapp; Entwicklung der Deutschen Hochschule für Politik

Lieber Vater,

Deine beiden letzten Briefe haben uns viel Freude gemacht,¹ denn sie verrieten uns, daß Dein subjektives Wohlbefinden gegenwärtig recht befriedigend ist. Wir sind froh darüber, daß sich in Darmstadt eine behagliche und wieder anregende Geselligkeit um Dich versammelt; hoffentlich bringt der Winter keine störenden Kohlen- und Dienstbotennöte dazwischen.

Gundolf kenne ich nicht persönlich, auch nicht sein neues Werk über George; doch habe ich den Goethe und den Shakespeare von ihm mit Bewunderung und Gewinn gelesen.² Ich weiß aber nicht, wie eine persönliche Berührung verlaufen würde; vor einer Reihe von Jahren habe ich mich einmal mit dem ganzen George-Kreis publizistisch auseinandergesetzt,³ und da dies sich ziemlich kühl vollzog, hat man sich darüber, wie man mir sagte, ziemlich geärgert und meine banausische Inkompetenz festgestellt. Ich glaube, daß ich heute immer noch ähnliches sagen müßte, freilich teilweise in anderer Formulierung. Da Du Dich jetzt mit dieser Gruppe auch beschäftigst,⁴ habe ich die paar Aufsätze aus meiner Mappe hervorgeholt; in einer unbeschäftigten halben Stunde finden sie vielleicht Dein Interesse. Nur muß ich um Rückgabe bitten.

Deine höchst anschauliche Schilderung der Wilbrandtschen Hochzeit hat uns sehr viel Spaß gemacht.⁵ Für die Wiedergewinnung des Elsaß, so oder so, bin

¹ Knapp an Heuss, 29. 10. 1920, in: FA Heuss, Basel; der zweite Brief mit der weiter unten im Schreiben erwähnten Schilderung der Heirat von Wilbrandts Tochter ließ sich nicht ermitteln.

² FRIEDRICH GUNDOLF: *George*, Berlin 1920; DERS.: *Goethe*, Berlin 1916; DERS.: *Shakespeare und der deutsche Geist*, Berlin 1911. Zu allen drei Arbeiten verfasste Heuss Rezensionen; THEODOR HEUSS: *Gundolf über George*, in: *Die Hilfe* 27, Nr. 4, 5. 2. 1921, S. 59f; DERS.: *Gundolfs Goethe*, ebd. 23, Nr. 17, 26. 4. 1917, S. 281f; DERS.: *Shakespeare und der deutsche Geist*, ebd. 18, Nr. 34, 22. 8. 1912, S. 544f.

³ DERS.: *Über Stefan George und seinen Kreis*, ebd. 19, Nr. 40, 2. 10. 1913, S. 632–634; Nr. 41, 9. 10. 1913, S. 649–651; in seinem Aufsatz wirft Heuss dem Gedankengebilde des George-Kreises vor, dass es „im Grunde bloß auf Abwehr und Resignation gestellt wird, daß sein Wirklichkeitssinn aller Unmittelbarkeit durch historische Überlegungen filtriert ist, daß nur Betrachtung und kein Wille, keine Leidenschaft (außer der des Schmähens) vorhanden“; ebd., S. 651.

⁴ Eine Arbeit von Knapp zum George-Kreis ließ sich allerdings nicht ermitteln; vgl. G. P. LANDMANN, *George und sein Kreis*; STEFAN GEORGE-BIBLIOGRAPHIE.

⁵ Heuss-Knapp bedankte sich am 16. 11. 1920 bei ihrem Vater ebenfalls für die „Schilderung der konterrevolutionären Hochzeit“; vgl. HEUSS-KNAPP, *Bürgerin*, S. 180.

ich auch; aber in dynastischen Empfindungen bin ich bedauerlich unbegabt, und Elly hat solche nur für das Gräflich Erbachische Haus.⁶ Zum republikanischen Cato fehlt es freilich auch; aber für großherzogliches Silbergeschirr bin ich nicht. Du nimmst es mir nicht übel, wenn ich das sage.



Abb. 7: Theodor Heuss (1. Reihe 2.v.l.) im Kreis von Kollegen und Studenten der Deutschen Hochschule für Politik, 1922

Neulich habe ich mich, ohne vorher Deine Erlaubnis zu erbitten, um Deine Finanzverhältnisse gekümmert; denn es war mir deutlich, daß das mit den 16.000 Mk nicht ein Endzustand sei.⁷ Auf einer Abschiedsfeier für Ludo Hartmann, der seinen Gesandtenposten wegen des Wahlmißerfolges der österreichischen Sozialdemokraten leider aufgibt,⁸ traf ich den Ministerialdirektor Götz, der im Reichs-

⁶ Zwei Ururgroßväter von Heuss-Knapp waren Räte des Grafen Franz zu Erbach gewesen; vgl. E. HEUSS-KNAPP, *Ausblick*, S. 25–27.

⁷ Laut einer Aussage von Knapp war dies die Höhe seiner augenblicklichen jährlichen Besoldung; vgl. Knapp an Heuss, 19. 10. 1920, in: FA Heuss, Basel.

⁸ Bei den österreichischen Nationalratswahlen vom 17. 10. waren die Sozialdemokraten Österreichs mit 35,88 % nur mehr zweitstärkste Kraft im Parlament geworden und daraufhin am 22. 10. 1920 aus der Regierung ausgeschieden.

ministerium des Innern die elsässischen Dinge behandelt. Von ihm erfuhr ich, daß die Gehaltsangleichung in⁹ Arbeit ist und wenn möglich vor Weihnachten noch an den Reichstag kommt.¹⁰ Nach seiner Berechnung würdest Du (nicht emeritiert, aber auch nicht amtentend) nach dem geplanten Schlüssel auf etwa 24.000 Mk kommen. Ob mit rückwirkender Kraft, unterließ ich zu fragen; aber ich denke, das ist eine Sache der Logik. Prof. W. Goetz, der von Straßburg nach Leipzig kam und jetzt im Reichstag sitzt, will sich der Frage noch besonders annehmen.¹¹ Ich denke, daß Dir diese Aussichten angenehm sind.

Unsere „Hochschule für Politik“ ist jetzt im vollen Betrieb, gegen 700 eingeschriebene Hörer – Studenten, Offiziere, Lehrer, Gewerkschaftsbeamte.¹²

Unter dem Lichtstreik haben wir zu Hause gar nicht gelitten, weil unsere Gegend ihr Licht nicht von einem „sozialisierten“ Betrieb, sondern von einer A.G. bezieht. Dort pflegt nicht gestreikt zu werden.¹³

Mit herzlichen Grüßen
Dein dankbarer

Theodor Heuss

⁹ Linke Randanstreichung vom Empfänger: „in Arbeit ... besonders annehmen“.

¹⁰ Entwurf eines Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemaligen elsäß-lothringischen Beamten und einer Besoldungsordnung für die elsäß-lothringischen Landesbeamten, in: RT-Bd. 368, Nr. 2367. Der Gesetzentwurf wurde erst am 4. 7. 1921 in den Reichstag eingebracht und sofort an den Hauptausschuss überwiesen; RT-Bd. 350, S. 4360. Der überarbeitete Gesetzentwurf wurde am 17. 12. 1921 verabschiedet und am 11. 1. 1922 als Gesetz verkündet; RT-Bd. 352, S. 5338; RGBl. 1922 I, S. 29–37.

¹¹ Heuss hatte während seines Studiums in München mehrere Veranstaltungen bei dem Historiker Walter Goetz belegt; Goetz gehörte als zweiter Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins zum engeren Naumann-Kreis. Seit Mitte der 1920er Jahre bestand ein intensiver Gedankenaustausch zwischen Heuss und Goetz, der sich bis in die Nachkriegszeit fortsetzte. – Zum Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemaligen elsäß-lothringischen Beamten meldete sich Goetz im Reichstag nicht zu Wort.

¹² Die Deutsche Hochschule für Politik hatte am 24. 10. 1920 ihren Lehrbetrieb aufgenommen; vgl. auch Nr. 35, Anm. 2.

¹³ Am 10. 11. 1920 war es in den Berliner Elektrizitäts- und Gasanstalten zu einem wilden Streik unter kommunistischer Führung gekommen, der bereits am 11. 11. 1920 durch eine Urabstimmung der Arbeiter beendet werden konnte; vgl. SCHULTHESS' 1920, S. 291f.

Nr. 39

An Dr. Ulrich Zeller, Schwäbisch Hall

17. Februar 1921; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

DLA, A: Heuss, 73.4228-4230: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung (Kopie); Kopfbogen:

„Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Verlauf einer Parteiveranstaltung in Schwäbisch Hall

Lieber Freund Zeller!

Freundlichen Dank für Ihren liebenswürdigen Brief und den Bericht.¹ Daß Sie nachträglich Skrupel wegen der Aussprache nach meinem Vortrag² gehabt haben, finde ich nicht notwendig, im Gegenteil. Wenn es nicht eine öffentliche Versammlung gewesen wäre, hätte die weitere Durchdiskussion der von Freund Wild angeregten Fragen sehr schön werden können. Seine Fragestellungen schienen mir alle wichtig und auch die Empfindungen, die er [gegenüber] der Unterlage meines Vortrages hatte, berechtigt. Ich will selber sehen, gelegentlich des Buchs von Förster³, das auf Euch so starken Eindruck gemacht hat, habhaft zu werden. Es war nur schade, daß ich gleich wieder wegfahren mußte. Ich liebe die Stadt Hall über alle Maßen und treibe mich gern in ihr herum. Früher war Hennings Familie noch ein besonderer Anziehungspunkt, aber nun habe ich ja auch immer an Ihnen und Wild Leute, mit denen man sich gern ausspricht. Hall lag mir zwar diesmal rein fahrplanmäßig ungeschickt, und ich habe deshalb zuerst geflucht, als ich den Ruf dorthin hörte, andererseits ist es erfreulich, eine Stadt zu wissen, wo man noch niemals eine schlechte Versammlung gehabt hat. In Hall habe ich etwas wie ein „Stammpublikum“, und das ist eine Lockung, weil man weiß, in bestimmter Ausdrucksweise verstanden zu werden.⁴

Ihnen allen herzlichen Gruß

Ihr

Th. Heuss

¹ Weder Brief noch Bericht ließen sich ermitteln.

² Heuss hatte am 5. 2. 1921 in Schwäbisch Hall eine Rede zur politischen Lage gehalten; Rede-notizen, in: BArch, N 1221, 26.

³ Vermutlich ist der Pazifist Friedrich Wilhelm Foerster gemeint, von dem im Jahre 1921 zahlreiche Bücher und Broschüren erschienen.

⁴ Zu früheren Redeauftritten von Heuss in Schwäbisch Hall vgl. A. MÜLLER, Wahlkampf, S. 487, 490.

Nr. 40

An Elly Heuss-Knapp, [Darmstadt]

20. März 1921; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Graphologische Beurteilung gemeinsamer Bekannter und Freunde; Werner Sombart über Max Webers „Wirtschaft und Gesellschaft“

Liebe Elli,

ich hoffe, der Bub ist gut angekommen; er war etwas entrüstet, daß Frl. v. Kn.¹ erst im letzten Augenblick in den zieml[ich] überfüllten Zug eintraf.

Was mich in den letzten Tagen mit am stärksten beschäftigte, waren Bächles Graphologenleistungen; wir müssen ihn unbedingt einmal einen Abend vor Briefen vorturnen lassen. Viel war schlechterdings verblüffend.

Etwa: A. D.² – große Verwaltungsbegabung, klarer Organisationsdrang, kompliziertes Sexualproblem. So hintereinander. Sexualität ursprünglich ganz normal und stark; Schuld der Abdrängung liegt im Versagen der Frau in dieser Sphäre. Das ist doch schon fast unheimlich.

Bei Deinem Vater: beherrscht durch absolute Klarheit der Logik. Ursprünglich große Leidenschaft. Starker ästhet[ischer] Sinn, der aber vorzüglich auf das Formale der Kunstleistung gerichtet ist. Nebenher ein „Genießer“.

Bei M. Weber: große Klarheit in der Gesamtlinie, in der bedeutenden Konstruktion, ungegliedert im Detail, das von einem drängenden Zuviel unübersichtlich wird. Kein Mann der Tat, nur das Medium ganz großer Intuitionen. Gewaltige Leidenschaft neben heimlicher Melancholie – innerlich adlig. (Er hat nie etwas von M[ax] W[eber] gelesen)

Bei m[einem] Bruder Hermann: Anlehnsbedürfnis, Weichheit, das Gemüt hat den Intellekt überschwemmt, schwärmerisch (ich dachte an die Briefe an die Mutter), jetzt das innerlich Unfertige durch eine geordnete Berufsführung ausgeglichen. Ästhetisch stark reagierend auf Farben, aber ohne gestaltende Linie.

Bei Dir: pathetisch im Wortsinn vor 100 Jahren. Gute ästhetische Bildung u. Empfindung. Sehr aktiv, mit dem leisen Gefühl, ob nicht ein beschaulicheres u. konzentrierteres Leben richtiger wäre. (er wußte nicht, daß die Schrift von Dir)

Schairer: geschickt, Propagandist für bestimmte Ideen, große innere Geschmacklosigkeit.

Bei mir sagte er, daß er bei einem früheren Betrachten meiner Schrift zunächst geglaubt hatte, Naumann vor sich zu haben, da dieselbe Disposition von Gemüt und Verstand vorliege, die bei Naumann nie zu einer inneren Ausgeglichenheit

¹ Abkürzung ließ sich nicht auflösen.

² Vermutlich gemeint: Alexander Dominicus.

gekommen sei; ich hätte mir zwischen a u. b ein Drittes konstruiert, wovon aus ich die Welt u. mich betrachte, es sei aber fraglich, ob dies durchzuhalten sei. Als ich ihm sagte: *Aequam memento rebus in arduis servare mentem*,³ meinte er sehr witzig, das sei die lateinische Übersetzung des „schwäbischen Geistes“ (Götz v. Berl[ichingen])⁴ und meine Form einer „ästhetischen“ Betrachtung des Weltgeschehens.

Daß er s. Zt. die Charakteristik der Jäckhschen Handschrift einleitete: dieser Herr ist aber ein sehr starker Erotiker, weißt Du wohl. Von K. Schaller, deren Handschrift ihm Borst einmal gezeigt, sagte er, daß sie mit großer Bewußtheit das Herbe u. Harte ihres Wesens ausgebildet habe, um immer der Situation gewachsen zu sein.

Ich kann natürl[ich] nur Splitter geben, aber sie werden Dir interessant genug sein.

Deinen Vater wird interessieren, daß Sombart, mit dem ich beruflich vorgestern zusammen war, mich auf M. Webers „Wirtschaft u. Gesellschaft“⁵ ansprach: er nannte es „das bedeutendste Werk der deutschen Nationalliteratur, wohlgemerkt nicht der Fachliteratur“. Spaß gemacht hat mir die Konstatierung, daß M[ax] W[eber] nur 4 Namen genannt habe u. zwar außer Knapp u. Bücher – Liefmann u. Neurath.⁶ Ganz leise Gekränktheit.

Gestern abend bin ich, um einer Schmidtkeschen Einladung zu Kinderreigen und den sozialen Mädchen zu entgehen, in einen Ersatz von soviel Lieblichkeit gegangen: zu Richard III, mit Turnau⁷, die sich auch gern um die Frauenschule drücken wollte. Im ganzen eine höchst interessante Aufführung. Dabei stellte ich fest, daß Turnau nicht in die Tschechei geht, (weil der betr. Fabrikant sie ohne Paß nicht haben will), sondern mit ihrer Frankf[urter] Schwester in den Odenwald. Ich habe ihr gesagt, daß Du es ihr nie verzeihen wirst, wenn sie nicht Euch aufsucht, denn wenn sie schon zur Familie gehöre, müsse sie auch Deinen Vater kennen lernen. Sie fährt via Dresden nach Fr[an]k[furt]; ich glaube, Du mußt sie,

³ Zitat aus den „Carmina“ des Horaz: „Denke daran, in widrigen Zeiten ein ruhiges Herz zu bewahren.“

⁴ Vermutlich eine Anspielung auf das berühmteste Zitat aus der „Geschichte Gottfrieds von Berlichingen mit der eisernen Hand“ von Johann Wolfgang von Goethe: „er kann mich im Arsch lecken“.

⁵ Anfang Februar 1921 war eine erste Lieferung von Webers postumen Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ erschienen; MAX WEBER: Grundriß der Sozialökonomik. III. Abteilung. Wirtschaft und Gesellschaft. I. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Erster Teil, Tübingen 1921. Die erste Lieferung entspricht S. 1–180 der späteren von Johannes Winkelmann besorgten Gesamtausgaben von „Wirtschaft und Gesellschaft“.

⁶ In „Wirtschaft und Gesellschaft“ erwähnt Weber deutlich mehr als vier Autoren; eine eingehendere Würdigung erhalten allerdings nur Karl Bücher, Georg Friedrich Knapp, Robert Liefmann und Otto Neurath.

⁷ Laura Turnau, Hausärztin der Familie Heuss.

wenn Du sie in D[armstadt] haben willst, in Fr[an]k[furt] brieflich verhaften (die Adresse ihrer Schwester ist: Helene T[urnau], Oedeweg 123).

Morgen Abend Leipzig; wenn sich am Dienstag ein parteiwilliges Auto findet, fahre ich nach Strömthal, wegen der Tafel an Naumanns Geburtshaus.⁸

Seid alle herzlich begrüßt und habt keinerlei Scheu vor der Grammatik.

Frieda wandelt in Maries⁹ Spuren, auf m[einen] freundlichen Rat; ich feiere Zwiebelorgien!

Dein

Theodor

Nr. 41

An das Hessische Staatsministerium, Darmstadt

30. März 1921; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BG, APWH, Ordner 196: ms. Schreiben, Durchschlag, ohne Anrede¹

Genehmigung einer Lotterie zugunsten der Ausschmückung der Offenbacher deutsch-katholischen Kirche mit Glasmalereien

Es ist uns zufällig bekannt geworden, daß die deutsch-katholische (freireligiöse) Gemeinde zu Offenbach die Absicht hat, ihren Erbauungsraum durch Glasgemälde von Thorn-Prikker schmücken zu lassen, daß aber die Verwirklichung ihre finanziellen Schwierigkeiten gefunden hat und daß die Vereinigung deshalb mit dem Hessischen Staatsministerium in Unterhandlung wegen der Genehmigung einer Lotterie getreten ist. Die Genehmigung dieser Lotterie mußte auf Grund der geltenden Bestimmungen, wonach für örtliche Unternehmungen entsprechende Gesuche jetzt nicht berücksichtigt werden können, vom Staatsministerium abgelehnt werden, da die zur Disposition stehende Grenzsumme zulässiger Lotterien bereits erreicht erscheint. Trotzdem erlauben wir uns, das Hessische Staatsministerium unter der Voraussetzung, daß es ihm möglich sein sollte, eine dem gesunkenen² Geldwert entsprechende Erhöhung dieser Grenzsumme zu bewirken, zu bitten,

⁸ Am 21. 3. 1921 sprach Heuss in Leipzig in einer Parteiveranstaltung zum Thema „Demokratischer Staat und Volksgemeinschaft“; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Die Bronzetafel an Naumanns Geburtshaus in Strömthal bei Leipzig wurde im März 1922 feierlich angebracht; vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 27. 3. 1922, in: FA Heuss, Basel.

⁹ Haushälterinnen im Hause Heuss.

¹ Diktatzeichen: Hs/P.

² In der Vorlage: „gesunden“. – Der gesunkene Geldwert der deutschen Währung und damit die beschleunigte Inflation wurde allgemein anhand des Wechselkurses Dollar:Mark gemessen. Im Zeitraum vom 11. 11. 1918 bis zum 5. 5. 1921 stieg der Wert des Dollars von 7,43 auf 63,53 Mark, im Juli 1922 betrug er bereits 439,22 Mark; vgl. F. BLAICH, Schwarzer Freitag, S. 23–28.

mit allem Nachdruck die Genehmigung dieser Lotterie zu empfehlen aus mehrfachen Gründen:

Thorn-Prikker ist ein Künstler von hohem Rang, und wenn ihm die Gelegenheit gegeben wird, ein geschlossenes Werk von Glasgemälden herzustellen, so hat das eine weit über Offenbach hinausgehende allgemeine künstlerische und kulturelle Bedeutung. Offenbach selber wird sich einen Ruhmestitel dadurch erwerben, wenn es gerade jetzt die Durchführung eines solchen Werkes ermöglicht.

Darüber hinaus hat aber ein solches Vorhaben eine allgemeine Bedeutung. Gewiß müssen unter dem Zwang der wirtschaftlichen und politischen Not bestimmte kulturelle Aufgaben zurückgestellt werden, aber in dem Maße, als die Erhaltung eines großen privaten Mäzenatentums fraglich geworden ist, ist es aufs dankbarste zu begrüßen, wenn eine Vereinigung, wie augenscheinlich die Offenbacher, sich ihrer kulturellen Verpflichtung bewußt bleibt. Gewiß kann man sagen: Glasgemälde seien nicht unbedingt notwendig. Stellt man sich aber allgemein auf den Standpunkt, so bedeutet das die Ruinierung einer höchst qualifizierten handwerklichen Kunstübung, die gerade im Laufe des letzten Jahrzehnts in Deutschland aus längerer Verderbnis sich erholte, und zu einem Aktivum unseres Besitzes an wirtschaftlichen und kulturellen Kräften wurde. Diese neuen Ansätze zu pflegen und zu erhalten, wo immer es möglich ist, muß unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung qualitativer Leistungsmöglichkeiten dringende Sorge aller ernstesten staatlichen und öffentlich kulturellen Überlegungen sein.

Der Deutsche Werkbund ist eine wirtschaftlich nicht interessierte Vereinigung von Künstlern, Handwerkern, Industriellen und Freunden der Kunst, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Sinn für gute Leistung und gute Form zu erhalten und zu fördern. Er fühlt sich deshalb berechtigt, an das Hessische Staatsministerium heranzutreten und ihm die eben erörterten Gesichtspunkte vorzutragen mit dem Ersuchen um freundliche Beachtung.³

Sehr ergeben

[Theodor Heuss]

³ Heuss unterstützte die Eingabe gleichzeitig durch Privatbriefe an ihm persönlich bekannte Mitglieder des hessischen Ministeriums; vgl. Heuss an Heinersdorff, 30. 3. 1921, in: Werkbundarchiv Berlin, Sammlung Deutscher Werkbund, D 1510. Von den zehn von Jan Thorn-Prikker entworfenen Fenstern konnten fünf ausgeführt werden; vgl. A. RICHTER, Gottfried Heinersdorff, Nr. 230a-e. – Eine schriftliche Reaktion des Hessischen Staatsministeriums ließ sich nicht ermitteln.

Nr. 42

An Dr. Walter de Gruyter, Berlin

24. Juni 1921; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

SBB PK, Dep. 42 (de Gruyter), Heuss, Theodor (Gr): ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung;

Kopfbogen: „Deutsche Politik“. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultur-Politik“

Bitte um finanzielle Unterstützung des Projekts einer Naumann-Biographie

Sehr geehrter Herr Doktor!

Wir haben uns vor 1½ Jahren über die Abfassung einer Naumann-Biographie unterhalten. Die Familie Naumanns bat mich im Einverständnis mit den näheren Freunden um die Übernahme dieser Aufgabe, und auch Sie hatten die Freundlichkeit auszusprechen, daß Sie sich für ein solches Werk aus meiner Feder interessieren würden.¹

Leider konnte ich aus der ganz einfachen Tatsache, daß unser einer heute ziemlich angespannt in dem wirtschaftlichen Kampf steht, die Arbeit nicht so aufnehmen, wie ich und die Angehörigen es wohl gewünscht hätten. Aber nun bin ich doch in der letzten Zeit dazu gekommen, in dem großen und ungeordneten Nachlaß von Naumann die Briefe, Redeentwürfe u. s. w. zu sichten, und darf hoffen, mich künftig etwas entlasten zu können, so daß Zeit und Gedanken in höherem Maße dieser Arbeit zur Verfügung stehen, ohne daß ich natürlich irgendwie Termine nennen könnte. Es wird sicher ein paar Jahre noch dauern, bis das Werk abgeschlossen sein wird.²

Nun habe ich vor, in der nächsten Zeit an eine größere Anzahl von Personen, mit denen Naumann in näherer Verbindung gestanden hat, einen Brief zu schreiben mit der Bitte, mir zur Einsichtnahme Briefe oder dergleichen zu überlassen, die vielleicht in ihrem Besitz sind.³ Anhaltspunkte dafür gibt mir nicht nur meine durch jahrelange intime Zusammenarbeit gewonnene Kenntnis des Personenkreises, sondern eben auch die Durchsicht der im Nachlaß gefundenen Briefe an Naumann. Ich habe bei dem Werk die Absicht, nicht nur die Persönlichkeit Naumanns geistig und psychologisch herauszuarbeiten, sondern ein Stück geistiger und politischer Zeitgeschichte von diesem Brennpunkte aus zu zeigen.

Ich bin nun unter allen Umständen entschlossen, diese Aufgabe ernsthaft zu betreiben, gleichviel ob heute völlig unübersehbar ist, wie die buchhändlerische

¹ Heuss hatte mit de Gruyter anlässlich der Drucklegung einer Aufsatzsammlung von Naumann im Jahre 1919 (vgl. Nr. 25) den Plan einer Naumann-Biographie besprochen; de Gruyter an Heuss, 6. 9. 1919, in: SBB PK, Dep. 42 (de Gruyter), Heuss, Theodor (Gr). Johannes Naumann, der Bruder Friedrich Naumanns, sicherte Heuss die Unterstützung der Familie bei diesem Vorhaben zu; Johannes Naumann an Heuss, 14. 11. 1919, in: BArch, N 1221, 90.

² Die Arbeit an der Naumann-Biographie begleitete Heuss während der gesamten Zeit der Weimarer Republik; ihre Fertigstellung erfolgte erst 1937; Th. HEUSS, Friedrich Naumann.

³ Vgl. Nr. 43.

Lage beim Abschluß des Werkes sein wird, da ich in ihr nicht nur eine persönliche Dank<es>pflicht⁴ sehe, sondern eine wissenschaftliche Aufgabe, die in späteren Jahren und von einem Fremden nicht so wird gelöst werden können. Aber die Frage hat für mich natürlich auch eine materielle Seite, und darüber möchte ich ganz offen mit Ihnen reden dürfen. Nicht in dem Sinne, als ob ich von Ihnen heute eine Erklärung über Vertrag und Honorar haben wollte, sondern ich möchte gern folgende Frage an Sie richten, ob Sie an dem Interesse für das geplante Werk festhalten und zweitens, ob Sie in diesem Falle dem Gedanken nahetreten könnten, mir eine jeweils abzurechnende Summe für die unmittelbaren Barausgaben zur Verfügung zu stellen. Wenn ich jetzt diese Briefe herausgehen lasse und die evtl. zur Verfügung gestellten Briefe wieder zurückgeben muß, so entstehen damit heute Porto- und Papierausgaben, die man früher gar nicht in Anschlag gebracht hätte, die aber heute immerhin gerechnet werden müssen und von mir aus meinen laufenden Einnahmen nur in starker Beengung getragen werden können. Ich hoffe, daß Sie diese Anfrage richtig verstehen und freundlich aufnehmen, und wäre Ihnen für eine baldige Beantwortung sehr dankbar, da ich noch vor meinem Sommerurlaub im Juli einiges einleiten möchte.⁵

Mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener

Theodor Heuss

Nr. 43

Rundschreiben¹

Juli 1921; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GS&A PK, VI. HA, NL Sombart, 2a: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede und Grußformel

Bitte um die Überlassung von Briefen von Friedrich Naumann für das Projekt einer Naumann-Biographie

Der Wunsch der Familie und naher Freunde *Friedrich Naumanns*, sowie das Gefühl eigener dankbarer Verpflichtung sind sich in dem Plane begegnet, eine um-

⁴ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

⁵ Ein Antwortschreiben von de Gruyter ließ sich nicht ermitteln.

¹ Das Schreiben ging an zahlreiche weitere Empfänger, neben Werner Sombart (Vorlage) an Lujo Brentano (BArch, N 1221, 74: behändigte Ausfertigung), Anton Erkelenz (BArch, N 1072, 128: behändigte Ausfertigung), Georg Gothein (BArch, N 1006, 22: behändigte Ausfertigung), Conrad Haußmann (HStAS, Q 1/2, 271: behändigte Ausfertigung), Friedrich von Payer (BArch, N 1221, 91: Antwortschreiben von von Payer), Hans Delbrück (SBB PK, NL Delbrück, Heuss, Theodor: behändigte Ausfertigung) und die Nachlassverwaltung Ernst Abbe (Carl Zeiss Jena GmbH, Firmenarchiv, BACZ 1161: behändigte Ausfertigung).

fassende biographische Darstellung und Würdigung Naumanns vorzubereiten. Das Buch von Martin Wenck² ist mir dafür eine höchst wertvolle Vorarbeit, doch geht die Absicht des von mir geplanten Werkes weiter als sie Wenck selber, der sich in der Zeit für die Herstellung seines Bandes gebunden fühlte, setzen wollte. Ich möchte zum einen die Quellen erschließen für die persönliche Entwicklung, zum anderen den allgemeinen Zeithintergrund herausarbeiten und herausholen, was an Naumanns Person zeitlich bedingt, was über die Zeit seines Lebens hinaus schöpferisch und bleibend ist. Ich bin mir wohl bewußt, daß für eine Darstellung, die nach einer wissenschaftlichen Abrundung streben wird, die Distanz der Zeit noch allzu gering ist; aber ich sehe darin einen Gewinn, daß die frühzeitige Inangriffnahme des Versuches mir die Mitarbeit derer sichern kann, die irgendwie und irgendwann ein Stück Wegs mit Naumann gemeinsam gegangen sind.

Ich selber kann mir für den Abschluß des Werkes keinen Termin setzen, da ich die Zeit für die Arbeit mühsam den Berufsverpflichtungen abgewinnen muß, aber die Vorarbeit, die Sichtung der Hinterlassenschaft, ist begonnen. Da ich selber Naumann erst nach der Jahrhundertwende kennen gelernt habe, um dann von 1905 bis 1912 als Redakteur der „Hilfe“ mit ihm in nächster Berührung zu sein, bin ich vor allem für die richtige Erkenntnis seiner früheren Tätigkeit und Anschauung, so, wie sie sich aus anderen Quellen als dem gedruckten Material erschließen läßt, auf die freundliche Mitwirkung anderer angewiesen. Ich werde mich deshalb manchmal an diesen oder jenen um nähere Auskunft wenden müssen. Heute spreche ich den Wunsch und die Bitte aus, daß diejenigen, an die ich mit diesem Schreiben herantrete, feststellen möchten, ob und welcher Art in ihrem Besitz Briefe von Naumann sich befinden.³ Ich wäre im Interesse einer möglichst deutlichen Erfassung seiner Entwicklung zu größtem Dank verpflichtet, wenn mir handschriftliche Äußerungen, die auf politische, religiöse, kulturelle Fragen allgemeiner oder spezieller Natur eingehen, oder die als Beitrag zur persönlichen Würdigung wichtig erscheinen, zur Einsichtnahme überlassen würden. Es ist dabei selbstverständlich, daß ihre eventuelle Verwendung nur im Einverständnis mit denen erfolgen wird, an die die Briefe gerichtet sind. Ich sende diese Bitte auch an diejenigen, deren religiöser oder politischer Weg sie von Naumann zu irgend einem Zeitpunkt getrennt hat, da ich glaube annehmen zu dürfen, daß auch sie einem Werke wie dem geplanten ihre Förderung nicht entziehen werden.

Dankbar bin ich natürlich darüber hinaus für Hinweise auf Material von und über Naumann, von dem die Schreiber annehmen, daß es mir bisher fremd ge-

² MARTIN WENCK: Naumann. Lebensbild, Berlin 1920.

³ Positive Antworten ließen sich von Brentano (BArch, N 1221, 74), Haußmann (HStAS, Q 1/2, 271), von Payer (BArch, N 1221, 91) und Sombart (GSStA PK, VI. HA, NL Sombart, 2a) ermitteln.

blieben ist; die Arbeit der nächsten Zeit wird ja im wesentlichen darin bestehen, den Stoff für eine möglichst breite Erkenntnis zusammenzutragen.

Dr. Th. Heuss

Nr. 44

An Prof. Dr. Reinhold Seeberg, Berlin-Halensee
27. Juli 1921; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1052, 69: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“

Bitte um die Übernahme einer Lehrveranstaltung an der Deutschen Hochschule für Politik

Sehr verehrter Herr Professor!

Ich stehe jetzt in den Vorbereitungen des Studienplans für das nächste Wintersemester und habe bereits mit den Abteilungsleitern eine Besprechung gehabt. Dabei haben wir den Plan wieder aufgenommen, der uns auch im ersten Semester bewegte, das Kirchenproblem in unsere Arbeit einzubeziehen. Wir möchten sehr gern haben, daß im Winter-Semester in den Monaten November und Dezember von evangelischer Seite, im Januar und Februar von katholischer Seite eine Vorlesung gehalten würde, der man etwa den Titel geben könnte: „Kirche und Gesellschaft“ oder „Kirche und öffentliches Leben“. Es sollten darin die Probleme und Berührungen gezeigt werden, die die kirchliche Organisation und Tradition und Zukunft gegenüber den Mächten des Staates, des Volkstums und so fort besitzt. Dürften wir damit rechnen, daß Sie sich für diesen Versuch interessieren und evtl. diese Vorlesung übernehmen? Es wird sich um 6 bis 7 Stunden handeln; die Vorlesungen finden nachmittags in der Zeit zwischen 5 und 8 Uhr statt. Auf der katholischen Seite ist an Herrn Professor Schreiber, Münster, oder Herrn Professor Kaas¹, Trier, gedacht, die beide Mitglieder des Reichstags sind.²

Ihr sehr ergebener

Dr. Theodor Heuss

¹ In der Vorlage: „Kaars“.

² Vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, [Vorlesungsverzeichnis] 1921/22, S. 19. Die Vorlesung trug den Titel „Religion und Gesellschaft, Kirche und Staat“, die Dozenten waren Reinhold Seeberg und Georg Schreiber.

Nr. 45

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem

2. Dezember 1921; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GStA PK, VI. HA, NL Meinecke, 15: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen:
„Deutsche Hochschule für Politik“

*Bitte um Verbleib im Vorstand der Deutschen Hochschule für Politik; Fortgang
der Naumann-Biographie*

Verehrter Herr Geheimrat!

Freundlichen Dank für Ihren Brief vom 21. vorigen Monats.¹ Es tut uns allen sehr leid, daß Sie durch Ihre wissenschaftliche Arbeit daran verhindert sind, an unserem Versuch in dem Ausmaß teilzunehmen, als es für uns wünschenswert sein müßte, aber ich möchte nach Rücksprache mit Professor Dr. Jäckh doch sehr bitten, daß wir Ihrem Wunsche, aus dem Vorstande der Deutschen Hochschule für Politik auszuschneiden, nicht unmittelbar Folge geben müssen.² Wir können uns vielleicht gelegentlich persönlich einmal über die Modalitäten unterhalten, daß ich Ihnen von der Arbeit erzählen kann und von Ihrem Rat Nutzen ziehe. Vielleicht können wir das so machen, daß ich gelegentlich nach Ihren Vorlesungen sehe, Sie in der Stadt zu erreichen.

Die Naumann-Biographie ist natürlich nicht aufgegeben; es wäre auch für mich der wünschenswerte Zustand, mich einmal für längere Zeit von allen Sitzungen und aller Artikelschreiberei zurückzuziehen und das anwachsende Material durchzuarbeiten und zu klären, aber der Mensch ist eben im Druck beruflicher und wirtschaftlicher Pflichten, zumal in der gegenwärtigen Situation. Immerhin die Sammelarbeit wird zunächst fortgesetzt, und manches hat sich mir aus den Briefschaften der achtziger Jahre schon deutlicher geklärt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr dankbar ergebener

Theodor Heuss

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Meinecke blieb bis zum Sommerhalbjahr 1927 im Vorstand der Deutschen Hochschule für Politik. Danach löste sich der Vorstand auf und wurde durch ein erweitertes Kuratorium bzw. einen Arbeitsausschuss ersetzt. Meinecke gehörte außerdem weiterhin dem Kollegium der Deutschen Hochschule für Politik an.

Nr. 46

An Dr. Gustav Stolper, Wien

2. Februar 1922; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“¹

Vortragsreihe über Österreich im Rahmen der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung

Lieber Herr Dr. Stolper!

Sie haben lange nichts von mir gehört, was aber nicht bedeutet, daß ich unsere Unterhaltung über österreichische Vorträge vergessen hätte.² Im Gegenteil, ich habe mich mit Riedl ein paar Mal über die Frage unterhalten, aber die hiesige allgemeine Situation war nie recht derart, daß ich für den Plan eine unmittelbare Konkretisierung fand. Nun habe ich mir folgendes überlegt und vorzuschlagen: Nach Ostern beginnt die Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung einen dreiwöchentlichen Kurs.³ Da es mir zweifelhaft war, ob wir bei den vielen Geschichten, die hier los sind, mit einem sicheren Hörerstand rechnen können, wenn wir österreichische Probleme für sich darstellen, habe ich Professor Sering den Vorschlag gemacht, mit diesem Kursus eine Behandlung der österreichischen Fragen zu verbinden. Damit ist gewonnen, daß man einen festen, guten Hörerkreis besitzt, Justizbeamte, politische Beamte u. s. f.; wir würden aber die österreichischen Vorträge über den Kreis hinaus als Sonderveranstaltung innerhalb des Kursus' allgemein zugänglich machen. Mir scheint es ein sachlich-politischer Gewinn, wenn an dieses beste Material des jüngeren preußischen Beamtentums, was bei solchen Kursen zusammenkommt, die österreichischen Fragen herangebracht werden.⁴

Praktisch gesprochen heißt es so: daß in den Tagen vom 8. bis 12. Mai nachmittags von 6–8 Uhr österreichische Fragen vorgetragen werden sollen. Mein Vorschlag geht dahin, 2 Doppelstunden referieren Sie über Wirtschafts- und Finanz-Probleme, 2 Doppelstunden Professor Brockhausen über österreichische Verwaltung und Verfassung, und vielleicht auch, falls er diesen Komplex mit behandeln will, über die Frage der Rechtsangleichung.⁵ Riedl würde, wie er mir

¹ Oben rechts Vermerk durch Empfänger: „7. 1/28. Rheingau 725 [Privattelefon der Familie Heuss]. Friedenau Fregestr. 80. [unleserlicher Vermerk] 24, 40, 61, 87, 88; 8571, 9773“.

² Seit Juli 1921 verhandelten Stolper und Heuss über einen Kurs zu Österreich an der Deutschen Hochschule für Politik; vgl. BArch, N 1221, 487.

³ Zur Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung vgl. Nr. 36, Anm. 4.

⁴ Zu Heuss' Eintreten für eine Vereinigung von Deutschland mit Österreich vgl. Nr. 24, Anm. 3.

⁵ In der Vorlage: „Rechtsangleichung“.

zugesagt hat, einen Doppelvortrag über das österreichische Problem als Teilproblem des europäischen und des deutschen Staatenproblems halten.⁶ Ich schicke der Einfachheit halber einen Durchschlag dieses Briefes auch an Professor Brockhausen. Riedl sagte mir, daß er noch im Februar nach Wien fahren werde und sich dann auch mit Ihnen beiden über diese <Frage>⁷ verständigen. Teilen Sie mir bitte auch mit, was für finanzielle Voraussetzungen für Sie und Brockhausen mit einer solchen Berliner Reise verknüpft sind.⁸

Mit herzlichem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 47

An Robert Haußmann, [Stuttgart]

15. Februar 1922; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

HStAS, Q 2/10, 5: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Beileidsschreiben zum Tod von Conrad Haußmann

Lieber Freund,

vorgestern, unter dem nahen Eindruck der schmerzlichen Nachricht,¹ habe ich versucht, Ihrer Mutter zu sagen, was mich bewegt. Ich bin unglücklich über die Unmöglichkeit gewesen und bin es noch, daß ich in Stuttgart nicht bei der Trauerfeier sein konnte; Ihre Depesche,² an das Büro gerichtet, wurde leider nicht an meine Frau weitergeleitet, sie hätte mir Nachricht nach Jena geben können, wo ich am Montag vor Studenten sprach³ – ich war auf dem Wege nach Stuttgart und erfuhr das Schlimme, wohl als letzter der Freunde, erst Dienstag früh auf der Heimfahrt aus der Zeitung.

Ich habe am Dienstag abend dann auf Hopfs Wunsch einen Nachruf für den „Beobachter“ geschrieben,⁴ mit dem Wunsche, das menschlich-persönliche Bild

⁶ In der Vorlage: „behandeln“.

⁷ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

⁸ Die Vorträge fanden im Mai 1922 statt, stießen aber auf wenig Resonanz, „die Berliner interessieren sich nicht für Anschlußprobleme“; Heuss an Heuss-Knapp, 11. 5. 1922, in: FA Heuss, Basel.

¹ Conrad Haußmann war am 11. 2. 1922 an den Folgen einer heftigen Grippe gestorben.

² Robert Haußmann an Heuss, 12. 2. 1922, in: BArch, N 1221, 56.

³ Am 13. 2. 1922 hatte Heuss in Jena vor der Akademisch-demokratischen Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Führertum und moderner Staat“ gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁴ THEODOR HEUSS: Conrad Haußmann zum Gedächtnis, in: Der Beobachter, Nr. 7, 18. 2. 1922.

und die geschichtliche Bedeutung Conrad Haußmanns für die schwäbischen Freunde festzuhalten – ich hoffe, daß Sie in dem literarischen Bildnis auch Ihren Vater aus der Nähe betrachtet wiedererkennen werden – aber als der Brief, dringlich wie solche an den Termin gebundene Arbeit, weggesandt war, stieß ein Gedanke auf den andern: das hättest du noch sagen müssen und das und das, dies schärfer, dies knapper, dies breiter – so reich war dies Leben und Menschentum, daß es den Gestalterwillen immer neu reizt.

Die schönen und großen Worte Payers⁵ habe ich mit Ergriffenheit gelesen – für ihn hart, für uns bitter, daß er diesen Liebesdienst tun mußte. Sie gaben diesem Abschied die tragische Weihe.

Für Sie selber hat sich das Welt- und Berufsbild durch dieses Weggehen des besten Freundes schmerzlich verändert – ich habe spüren dürfen, welche herzliche Gemeinschaft Ihre Familie gewesen ist, mit welcher Liebe, mit Humor und Stolz der Vater von seinen Kindern sprach. Aber Sie werden sich des Vaters, mit dem manche Züge Ihnen gemein sind, würdig erweisen, indem Sie, inmitten Schmerz und Verlassenheit, mannhaft sind. Ich möchte, daß die Freundschaft, die mich mit Ihrem Vater verband und in die meine Empfindung auch Sie und die Ihrigen einbezog, zwischen uns bleiben möge.

Ich komme noch mit einer Bitte: ich möchte gerne ein gutes Bild Ihres Vaters besitzen, aus den letzten Jahren. Gibt es ein solches?

Ich denke, daß ich in ein paar Wochen südwärts fahre (mein Schwiegervater⁶ feiert seinen 80. Geburtstag); vielleicht reicht es da auch nach Stuttgart. Dort war ich nie, ohne ins „Büro Haußmann“ zu gehen, und dabei will ich bleiben, wenns Ihnen recht ist.

Grüßen Sie auch Goeser⁷ und Ihre Schwester.

In freundschaftlichem Gedenken
Ihr

Theodor Heuss

⁵ Von Payer hatte die Grabrede bei der Beisetzungsfest am 14. 2. 1922 gehalten; vgl. SNT, Nr. 75, 15. 2. 1922.

⁶ Georg Friedrich Knapp.

⁷ Karl Goeser, ein Schwiegersohn von Conrad Haußmann.

Nr. 48

An Albert Hopf, Stuttgart

4. April 1922; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Möglichkeit, als Nachrücker in den Reichstag einzuziehen

Lieber Freund Hopf!

Heute früh lese ich zu meiner Überraschung, daß Hermann-Reutlingen sein Reichstagsmandat niedergelegt hat und daß nun die Frage der Nachfolge von Herrmann-Blaufelden aktuell wird.¹ Ich erinnere mich nun an unsere neuliche Unterhaltung, in der Sie sagten, daß Herrmann-Blaufelden zurzeit sehr froh sei, um seines Hofes willen nicht mit Parlamentsarbeit belastet zu sein, und daß Sie annehmen, daß er kaum in den Reichstag gehen wolle. Die Angelegenheit hat für mich natürlich das größte persönliche und sachliche Interesse, weil ich im Falle einer Ablehnung von Herrmann-Blaufelden, der nun sein Nachfolger würde, meine ganzen Arbeitsdispositionen auch beruflich danach einrichten müßte. Können Sie mir ein Wort sagen, wie es damit steht? Ich kann niemandem zumuten, Herrmann zuzureden, daß er um meinetwillen verzichten solle, auch halte ich ihn ja, wie Sie wissen, persönlich für einen ausgezeichneten Mann und habe ihn menschlich gern. Das einzige, was ich evtl. von Ihnen, Bruckmann und Mück erwarten möchte, ist dies, daß, wenn Bestrebungen im Gange sind, Herrmann, falls er selber schwankt, unter dem Gesichtspunkte zuzureden, daß eine Mandatsnachfolge von mir verhindert werden solle (ich muß ja mit solchen Möglichkeiten rechnen), demgegenüber ein gewisses Paroli geboten wird. Sollte ich in den Reichstag einziehen, so würde ich mir im Winter hier außerhalb der Parlamentszeit soviel Zeit freimachen, um Württemberg agitatorisch von Friedrichshafen bis Mergentheim und von Bopfingen bis Schwenningen zu durchziehen, da ich mich dann hier von der Berufsverpflichtung der Hochschule für Politik etwas beurlauben lassen würde. Ich würde mich dann natürlich auch in die Agrarfragen wieder stärker einarbeiten, um die ländliche <Führung>² persönlich wieder herzustellen. Diese relative Freiheit von geschäftlicher Gebundenheit würde für die Partei vielleicht als Plus gewertet werden können, umsomehr als vermutlich meine wirtschaftliche Situation, die gegenwärtig ja ziemlich gedrückt ist, freier

¹ Carl Hermann, der aufgrund des Todes von Haußmann in den Reichstag nachgerückt war, hatte am 3. 4. 1922 sein Mandat niedergelegt; RT-Bd. 354, S. 6807. Sein unmittelbarer Nachrücker war Hugo Herrmann; hätte dieser abgelehnt, wäre das Mandat an Heuss gefallen.

² Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

sein würde. Sehen Sie zu, was sich machen läßt. Ich schicke diesen Brief auch an Bruckmann und Mück.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

[Theodor Heuss]

Nr. 49

An Elly Heuss-Knapp, [Badenweiler]¹

8. Mai 1922; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Übergehung von Theodor Heuss als Nachrücker für den Reichstag; persönlicher Gesundheitszustand; Deutsche Gewerbeschau in München; Ausflüge und Einladungen in Berlin; Schulaufgaben von Ernst Ludwig Heuss

Liebe Elli,

der Volksvertretertraum ist zunächst für zwei Jahre ausgeträumt² – die brieflichen Dokumente lege ich Dir bei, bitte aber, sie aufzubewahren. Ich hab in den letzten Wochen, nachdem das Scharfschießen am Anfang von den schwäb[ischen] Freunden unterlassen war, an eine andere Wendung der Sache nicht mehr geglaubt u. bin froh, daß der Ausgang offenbar keine zu großen Verstimmungen hinterläßt. Wenn H[errmann]-Bl[aufelden] in Berlin ist, muß ihn B[ertha] J[äckh] mit ihrer Kenntnis interessanter Lokale einmal auf die Reise nehmen, um ihm ein Bild von der Kostspieligkeit Berlins zu vermitteln. Vielleicht macht das den gewünschten Eindruck. Eine Bruckmannsche „Einladung“ ist nicht an mich gelangt – ich könnte ihr auch jetzt nicht folgen, da meine Drüse noch lustig weiter eiert.³ Ich hoffe aber, daß das in etwa 4 Wochen vorbei ist – dann will ich ein paar Tage nach München, wo ich bei Brettauer⁴ wohnen kann. Die ‚Gewerbeschau‘ muß ich, nachdem ich soviel über ihren ‚Sinn‘ geschrieben,⁵ doch auch überprüfen –

¹ Heuss-Knapp weilte regelmäßig zu Kuraufenthalten in Badenweiler im südlichen Schwarzwald.

² Hopf und Bruckmann hatten vergeblich versucht, Herrmann zu einem Rückzug zugunsten von Heuss zu bewegen; vgl. Heuss an Hopf, 8. 5. 1922, in: BArch, N 1221, 57, bzw. Bruckmann an Heuss, 18. 4. und 8. 5. 1922, in: BArch, N 1221, 54. Herrmann trat am 10. 5. 1922 in den Reichstag ein; RT-Bd. 354, S. 7053.

³ Heuss war im Frühjahr 1922 an einer Halsdrüsenentzündung erkrankt; vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 26. 4. und 1. 5. 1922, in: FA Heuss, Basel.

⁴ Mit dem Juristen Guido Brettauer war Heuss seit ihrem gemeinsamen Studium bei Brentano bekannt.

⁵ Vom 13. 5. bis zum 9. 10. 1922 fand in München die Deutsche Gewerbeschau statt, an der sich auch der Deutsche Werkbund beteiligte. Heuss gehörte dem vielköpfigen Hauptausschuss der Aus-

die Finanzierung dieser Tour ist eingeleitet u. erscheint gesichert.⁶ Es kam mir der Einfall, ob im Anschluß an München ein paar Tage Gutbrod-Walchensee angeregt werden könnten. Was meinst Du? Ich würde je nachdem bei Ludwig wegen Weiterfrage anklopfen lassen.

Am Samst[a]g fuhren Lulu⁷ u. ich mit Katzens nach Werder, bei herrlicher Sonne; es war sehr schön. Heute Abend bin ich dort in „Gesellschaft“, wozu, um meine Schönheit zu retten, Frau Wolf mir ein gesticktes weißes Seidenhalstuch ihres Urgroßvaters leiht. Die baumwollene Armbinde schien mir nicht völlig genügend. Katz lebt nur für Pflanzen u. hat Lulu Samen u. Stecklinge geschenkt.

Sonnt[a]g Ab[en]d hatte ich Turnauchen⁸ eingeladen; es geht ihr gut. Am Sams[t]a]g fährt sie für 10 Tage nach Holland, mit Direktiven von mir, was anzusehen ist.

„August“ hat Lulu die „Glocke“ jetzt verboten u. nur 3 Seiten erlaubt.⁹ Der Bub arbeitet jetzt an einem Aufsatz „Erlebnisse eines Mastbaums“ – er hat die Ich-Form der Erzählung selber konzipiert und bis jetzt, Erinnerungen an den Wald, die Sache recht hübsch durchgeführt. Am Donnerst[a]g wird er in die erste Turnstunde gehen. Pallat tritt seiner (Friedenauer) Wandervogelgruppe bei. Das Familienleben spielt sich z. Zt. katastrophenfrei ab; auch in der Schule scheint es normal zu gehen.

Wir nehmen an, daß in B[aden]w[eiler] jetzt das gleiche herrl[iche] Wetter wie hier ist, u. freuen uns für Euch beide.¹⁰ Es ist sehr schade, wenn Du Deinen Aufenthalt vorzeitig abbrechen muß. Ich selber werde gut gepflegt mit Eier u. Butter – die Waage zeigt aber noch keinen Erfolg. Vielleicht muß die Eiterei vorher aufgehört haben.

Frau Naumann u. Löws schreiben aus Remscheid gerührte Dankbriefe wegen des Grabmals; offenbar hat Frau N[umann] auch den Eindruck jetzt, daß die Lösung sehr glücklich. Ich muß jetzt nur noch die Bepflanzung in Ordnung bringen, wobei Katz mir helfen will.¹¹ Die Remscheider grüßen Euch beide.

Damit für heute genug.

stellung an und hatte bereits im Mai 1921 einen werbenden Artikel für die Deutsche Gewerbeschau verfasst; vgl. MITTEILUNGEN DER DEUTSCHEN GEWERBESCHAU MÜNCHEN 1922. Beiblatt der „Form“, Monatschrift für gestaltende Arbeit 1922, Nr. 5, S. 5; THEODOR HEUSS: Der Werkbund in München, in: Breslauer Zeitung vom 25. 5. 1921, zit. n. Werkbund-Archiv, D 262/23.

⁶ Für einen Aufsatz über die Deutsche Gewerbeschau in der Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ erhielt Heuss ein Honorar von 1.000 Mk; vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 11. 5. 1922, in: FA Heuss, Basel.

⁷ Kosename für Ernst Ludwig Heuss.

⁸ Laura Turnau.

⁹ August Sodemann, Lehrer von Ernst Ludwig Heuss. Ernst Ludwig Heuss plante, „Die Glocke“ von Friedrich Schiller im Unterricht zu rezitieren.

¹⁰ Heuss-Knapp verbrachte ihren Kuraufenthalt in Badenweiler gemeinsam mit Bertha Jäckh.

¹¹ Eugen Katz erklärte sich kurz darauf bereit, die Anlage und Pflege des Grabmals von Naumann auf dem Zwölf-Apostel-Kirchhof in Berlin-Schöneberg zu finanzieren; vgl. Nr. 51.

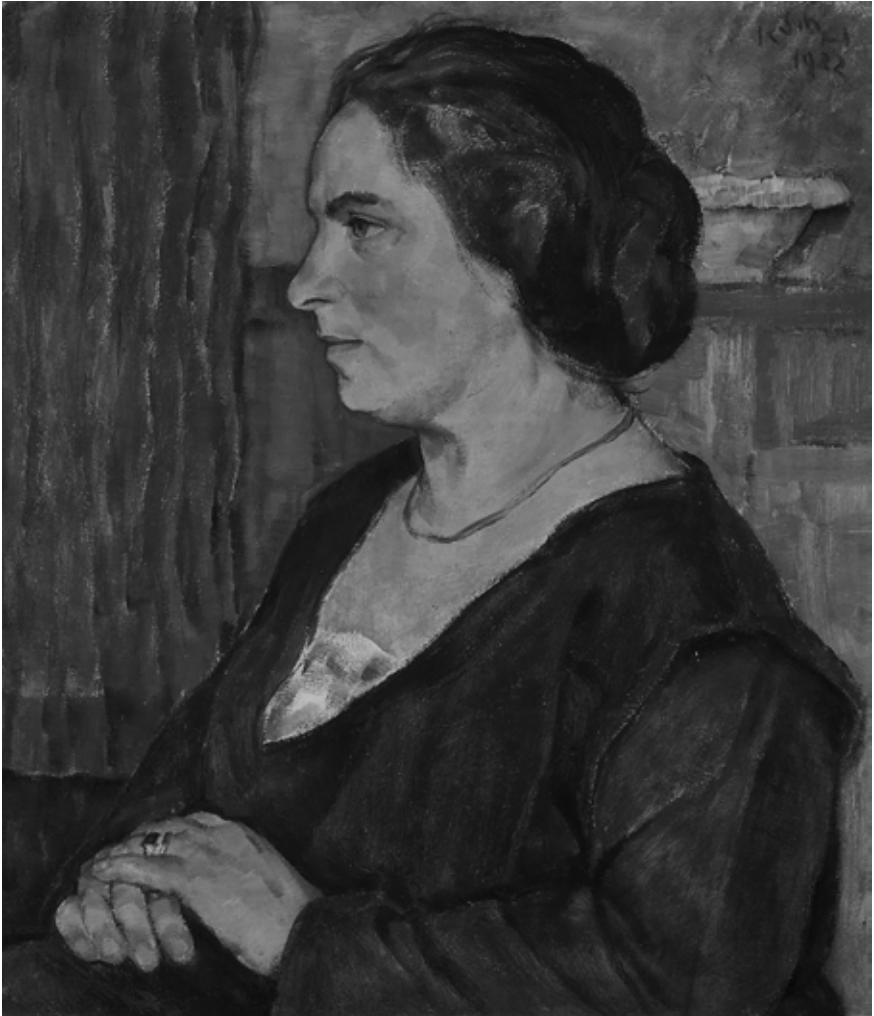


Abb. 8: Käte Schaller-Härlin: Elly Heuss-Knapp, Öl auf Leinwand, 1922

Der Schneider erklärt den Fall des grauen Sommeranzugs für hoffnungslos – alles zu klein. Bon marché! Bitte schreibe an Hedwig in Heilbr[onn],¹² sie soll bei Skorepa¹³ einen guten, soliden Stoff heraussuchen u. sofort einen Anzug bestellen. Ich richte dann ein, daß ich von M[ün]chen über H[ei]lbr[onn] zurückfahre.

Herz[iche] Grüße allerseits
Dein

Theodor.

¹² Hedwig Heuss, Schwägerin von Heuss.

¹³ Herrenbekleidungsgeschäft in Heilbronn.

[PS] Tante Helene¹⁴ telefoniert eben – natürlich gehen wegen der neuen Wohnungsanmeld[un]gen die Polizeigeschichten weiter. Außerdem will sie ihre frühere Wirtin verklagen, wegen Beleidigung: näm[lich], diese hat gesagt, T[ante] H[elene] habe ihr „Verhältnis“ mitgebracht, um ihr Grobheiten zu sagen. Dieses Verhältnis bin – ich! Wir waren uns am Telefon nicht einig, für wen diese „Beleidigung“ schmeichelh<after> sei, für mich oder sie. Ich soll ihr einen Anwalt nennen. Ich werde Eyck¹⁵ bitten, ihr den Prozeß auszureden.

Nr. 50

An Prof. Dr. Hans Delbrück, Berlin-Grunewald
26. Mai 1922; Berlin W 35, Potsdamer Straße 45

SBB PK, NL Delbrück, Briefe, Heuss, Theodor: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Die Deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik“¹
Ablehnung eines Aufsatzes für die „Deutsche Nation“

Verehrter Herr Professor!

Den Aufsatz von Professor *Dressler* habe ich mit Aufmerksamkeit durchgelesen. Er ist sehr gut geschrieben, aber er würde in der „Deutschen Nation“, die sich als „Zeitschrift für Politik“ bezeichnet, völlig wie ein Fremdkörper wirken.² Ich will zwar aus dem Turm der reinen Politik heraus, die Beobachtung kultureller, geistiger und religiöser Bewegungen mit aufnehmen, aber dies hier ist eine religiös philosophische Betrachtung, die in unserer Umgebung nach meiner Empfindung nicht die Leser finden würde, die sie sucht, eine Betrachtung über das Göttliche im Menschen, über Willensfreiheit, die kleine Aktivität des Verstandes, die große Aktivität der Seele durch Gott, der in dem Menschen waltet, die Menschen nur

¹⁴ Helene Terian, russische Tante von Heuss-Knapp, die für kurze Zeit in Berlin wohnte.

¹⁵ Heuss hatte den Juristen und Historiker Erich Eyck vor dem Ersten Weltkrieg im Berliner Liberalen Stammtisch kennengelernt, der sich aus dem Naumann-Kreis und Anhängern von Barth zusammensetzte; vgl. H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 29–32.

¹ Diktatzeichen: H/H.

² Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik“ war 1919 im Umfeld von Angehörigen des Auswärtigen Amtes gegründet worden. Die Zeitschrift bekannte sich rückhaltlos zur Weimarer Republik und forderte eine Revision des Versailler Vertrages auf friedlichem Wege; seit 1920 gehörten fast alle ihre Herausgeber der DDP an. – Heuss war im Mai 1922 in ihre Redaktion eingetreten und knüpfte insbesondere zu den beiden Herausgebern Bernhard Wilhelm von Bülow und Kurt Riezler freundschaftliche Beziehungen an. Wie bereits für die „Deutsche Politik“ verfasste Heuss neben seiner Redaktionstätigkeit auch für „Die Deutsche Nation“ zahlreiche Rezensionen und politische Artikel; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 222–238; TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 300.

wirklich, soweit sie göttlicher Natur sind, eine Auseinandersetzung und Interpretation von Laotse und Meister Eckhardt.

Ich könnte mir denken, daß in der „Deutschen Rundschau“ und dem „Leuchter“ des Grafen Hermann Keyserling die richtige Umgebung für den Aufsatz wäre.³ Er ist für Menschen, die in der Stille mystische Gedankenkreise verfolgen.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mich den Aufsatz lesen ließen. Ich muß aber vor allem, da die „Deutsche Nation“ noch vor einer Metamorphose steht, als Redakteur anders entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 51

An Elly Heuss-Knapp, [Darmstadt]

4. Juni 1922; [Berlin]

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Erlebnisse bei einem Ausflug an den Wannsee; Mitteilungen über gemeinsame Bekannte

Liebe Elli,

dem Buben schlug leicht das Gewissen, daß er Dir nicht mehr geantwortet hat – die „Abenteuer“ seiner gestrigen Ruderei boten nun hinlänglich Material. Du siehst, wie sensationell er erzählen kann¹ – er sei sehr ordentlich gewesen u. habe sich beim Rudern geschickt angestellt, nur das Zurückklettern² ins Boot, von einer seichten Schilfstelle aus, muß eine Humoreske gewesen sein. Wie richtig er seinen Vater beurteilt, zeigt, daß er Fr! Vater versicherte, ich würde den Bootsmann auf seinen Geldirrtum aufmerksam gemacht haben.

Unsere gleichzeitige fünfstündige Segelfahrt, weit über Potsdam hinaus, war ganz ungefährlich, wäre aber für den Buben zu anstrengend gewesen, weil wegen dem böigen Wind viel gekreuzt und Platz gewechselt werden mußte. Es war sehr gelungen; außer Riezler noch der sehr nette Dr. v. Bülow, ein Neffe des Kanzlers u. Hauptmitarbeiter der „D[utschen] N[ation]“. Dieses Segelboot ist eine angenehme Beigabe der neuen Redaktion.

³ Weder in der „Deutschen Rundschau“ noch im „Leuchter“ ließ sich ein Artikel von Max Dressler ermitteln.

¹ Ein Brief von Ernst Ludwig Heuss aus dieser Zeit ließ sich nicht ermitteln.

² In der Vorlage: „Zurückklettern“.

Hedwig Frieboes, mit der ich Freitag abend telefonierte, war eben erst aus Heidelb[er]g zurückgekehrt; sie führen schon Samstag in aller Frühe nach Graal, u. Lulus Nachreise schien uns in dem Pfingsttrubel dann doch ein bisschen riskiert. Er ist trotz der Enttäuschung sehr nett u. durch den Rudermitt[a]g fast entschädigt. Gestern u. heute früh kutscherte er stundenlang einen Bollerwagen!

Ein Brief von Mück sagt, daß er nicht an die Dauerhaftigkeit der „Weltflucht“ von Bertha J[äckh] glaubt, da sie sich auf dem Rotenberg bald langweilen werde.³

Ich bin gespannt, wie weit ihr die Lotte-Frage⁴ fördern könnt.

Teile uns bitte noch genau, nach <dem>⁵ *neuen Fahrplan*, mit, zu welcher Stunde u. auf welchem Bahnhof Du am Donnerstag ankommst. Heute Mittag waren wir bei Alfr[ed] Wolf zum Kaffee – er fährt Mitte der Woche nach Belgrad. Du mußt Dich in nächster Zeit etwas um die Frau kümmern; wir waren oft dort.

Katz übernimmt, auch finanziell, ganz die Anlage des Naumannschen Grabes, (Pflanzen u. s. f.), obwohl er sich über Frau N[umann], als wir neulich dort waren, grau ärgerte.

Hedw[ig] Fr[ieboes] sagte mir, daß Lucie Kirmmeier 4 Wochen lang mit hohem Fieber lag, ohne daß die Krankheit genau festgestellt wurde.⁶

Bayers lassen grüßen – bei denen ist neulich in den Kinderstuben eingebrochen worden. Bettwäsche u. alle Kleider etc. der Kinder gestohlen. Denen ist die Liebe zu Berlin nicht ganz leicht gemacht.

Herzliche Grüße und Küsse
Dein

Theodor

[PS] Grüße allerseits!

³ Mück an Heuss, 2. 6. 1922, in: BArch, N 1221, 269; Bertha Jäckh lebte bereits vor der Scheidung im Jahre 1925 getrennt von ihrem Mann und plante, sich in dem auf dem Rotenberg gelegenen Haus von Schaller-Härlein niederzulassen.

⁴ Gemeint sind Gespräche über eine eventuelle Weiterbeschäftigung von Jürgens, der bisherigen Hausdame von Knapp, in dessen Haushalt; vgl. Heuss-Knapp an Heuss, 2. 6. 1922, in: FA Heuss, Basel.

⁵ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

⁶ Lucie Ecarius, geb. Kirmmeier, war eine Jugendfreundin von Heuss; sie starb 1922 im Alter von 38 Jahren.

Nr. 52

An Prof. Dr. Hans Delbrück, Berlin-Grünwald
24. Juni 1922; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

SBB PK, NL Delbrück, Briefe, Heuss, Theodor: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung;
Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“

Bitte um Vorschläge für einen Dozenten für Militärgeschichte für die Deutsche Hochschule für Politik

Verehrter, lieber Herr Geheimrat!

Da ich für ein paar Wochen verreise, kann ich Ihnen meinen Wunsch nicht mehr mündlich vortragen.

Wir haben vor ein paar Tagen in der Überlegung über den Studienplan des kommenden Wintersemesters davon abgesehen, die ursprünglich von mir vorgeschlagene Vorlesung über die militärtechnischen Lehren des Krieges einzuschalten, da nach der geringen Beteiligung, die General von Kuhl in diesem Sommersemester mit seinem Kolleg über die Heeresorganisation der gegenwärtigen Militärmächte gefunden hat,¹ die Sache wenig aussichtsreich ist. Dafür ist die Anregung gegeben worden, kriegsgeschichtliche Fragen behandeln zu lassen. Ich würde mich ja sehr freuen, wenn Sie selber wieder auf das Katheder steigen wollten, aber nach Ihrer letzten Erklärung wage ich dies nicht zu hoffen.

Wollen Sie sich einmal überlegen, wer evtl. in Frage kommt. Wird Graf Montgelas jetzt oder später zu einer solchen Vorlesung wohl in der Lage sein? Oder wen können Sie nennen? Ich möchte von mir aus bemerken dürfen, ohne daß dieses Urteil im einzelnen als kompetent gelten kann, daß ich von Hobohm, an den Sie vielleicht denken, nicht recht den Eindruck habe, daß er die genügende Frische besitzt.²

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Theodor Heuss

¹ Vgl. die Ankündigung der Veranstaltung in: HOCHSCHULE FÜR POLITIK, [Vorlesungsverzeichnis] 1922, S. 10.

² Eine Vorlesung zu kriegsgeschichtlichen Fragen fand im Wintersemester 1922/23 nicht statt; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, [Vorlesungsverzeichnis] 1922/23.

Nr. 53

An Elly Heuss-Knapp, [Berlin]

5. Juli 1922; auf der Fahrt von Kitzbühel nach Innsbruck

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Erlebnisse auf einer Reise durch Tirol; Attentate auf Walther Rathenau und Maximilian Harden

Liebe Elli,

schönen Dank für Deinen Brief, der gestern Abend kam u. etwas jämmerlich klang.¹ Hoffentl[ich] sind inzwischen Stimme u. Humor zurückgekehrt u. das Fieber ist vorbei. Daß es beim Buben mit der Schule noch so lange dauerte, tut mir leid; denn er geht nun mit sehr lädiertes Schulstimmung in die Ferien.

Um von mir einiges zu erzählen: Die letzten Tage waren sehr gelungen. Sonnt[a]g Vormittag von München weg,² glatter Übergang nach Tirol. Hier begann dann gleich die höhere Arithmetik, da in Wörgl das Mittagessen 2.400 Kronen kostet. Inzwischen habe ich schon ein paar Tausend dieses Papiers verrauchert – Heute früh zog ich mit 800 Kronen Trinkgeld ab! Das ist alles noch nicht russisch, aber sehr seltsam.³ Ich dividiere nach meinem <Um>wechselkurs alles mit 40, und weiß dann, was ich mir leisten kann.

Die erste Woche ist verhältnismäßig billig verlaufen, da ich bisher immer umsonst gewohnt, (mit der augsburger 50 Mk-Ausnahme). Von heute ab wird es losgehen. Für Alkohol habe ich bisher kaum etwas ausgegeben, aber viel Butter gegessen.

Die Tage bei Brockhausen waren entzückend. Ich hatte ein Zimmer mit großem Balkon u. Liegebett, Blick auf zwei gotische Kirchen, Waldberg u. hinten die Schroffen des „Wilden Kaisers“. Mit Brockhausen verstehe ich mich sehr gut – wir haben fleißig politisiert, er hat <Rusticana>⁴ erzählt. In der Villa wohnt auch die Schwiegermutter. Beide Frauen erziehen ein bischen an ihm herum; er gestand mir, daß ihm beide *mich* als Vorbild des Mannes hingestellt haben, der auch ohne Pflege der Frau reisen könne u. dabei adrett aussehe. Nun? Das erinnert

¹ Heuss-Knapp an Heuss, 1. 7. 1922, in: FA Heuss, Basel. In ihrem Brief hatte Heuss-Knapp über ihren Gesundheitszustand und über Ärger mit dem Hauswirt geklagt; der Sohn hatte zudem Verständnisschwierigkeiten im Lateinunterricht.

² In München hatte Heuss die Deutsche Gewerbeschau besucht und einen Vortrag vor demokratischen Studenten gehalten (vgl. Nr. 49); daneben hatte er in Augsburg an der Jahrestagung des Deutschen Werkbundes teilgenommen; vgl. TH[EODOR] H[EUSS]: Die Werkbundtagung in Augsburg, in: FZ, Nr. 494, 5. 7. 1922.

³ In Österreich geriet die Geldentwertung bereits ab dem Sommer 1921 außer Kontrolle und erreichte im Sommer 1922 ihren Höhepunkt; vgl. F. BUTSCHEK, Wirtschaft, S. 39–45.

⁴ Lateinisch für „Bäuerliches“.

mich an meine Wiener „Erfolge“ vor 12 Jahren.⁵ Offenbar bin ich für öster[r[eichische] Frauen der richtig gekleidete Typus.

Br[ockhausen] hat auf halber Höhe des Kitzbühler Horns ein kleines Pachtgut, von dem er Milch u. Butter als Deputat erhält; dort waren wir. Es ist im Tal auch ein See, in dem wir schwammen. In der Frühe schrieb ich einige Artikel, um meine Gewerbeschau-Verpflichtungen los zu werden;⁶ ich hoffe damit meine Reise mindestens zur Hälfte aus ihr selber bereits finanziert zu haben.

Zwei Zeichnungen sind auch schon gemacht.⁷ Mein Habitus hat sich in den drei Tagen radikal geändert, insofern ich rotbraun verbrannt bin, was zu den grauen Haaren u. der *blauen* Weste gut steht.

Der Bericht von den REXSCHEN⁸ Zuschlägen ist nicht erfreulich – aber was kann man machen? Läßt er wenigstens die Waschküche reparieren? Was das für eine Steuer-Zahlkarte sein soll, ist mir unklar. Die ist doch auf der Rückseite des Steuerbescheids.

Daß ihr ohne Zeitungen seid, las ich: Du mußt sehen, falls Du neugierig bist, auf der Redaktion der „D[eu]tschen Nation“ die Frankfurter Zeitung zu erhalten. Wegen Rathenau sind neue Bewegungen kaum mehr zu erwarten, wohl aber staatsrechtl[iche] Schwierigkeiten.⁹ Um Hardens willen wird eine neue Erregung kaum einsetzen; würde der Anfall auf ihn¹⁰ zu einer anderen Zeit erfolgt sein, würde er kaum sehr starken Eindruck gemacht haben, denn der hat doch Züge vom mauvais sujet.¹¹

Das Wetter ist in den letzten Tagen wunderbar schön, nachdem es in Augsburg] u. München noch regnerisch gewesen.

⁵ Anfang September 1910 hatte Heuss zwei Wochen in Wien verbracht, um vor allem Museen und Theater zu besuchen; wie er seiner Ehefrau schrieb, wurde in Wien u. a. sein Hut für „fesch“ befunden; Heuss an Heuss-Knapp, 5. 9. 1910, in: FA Heuss, Basel.

⁶ THEODOR HEUSS: Deutsche Gewerbeschau 1922, in: Der Bund. Zeitschrift für Werden und Wachsen von Handel, Wirtschaft und Verkehr 1, H. 2, 15. 7. 1922, S. 57f, bzw. ebd., H. 3, 29. 7. 1922, S. 87f; DERS: Wirtschaftspolitisches zur „deutschen Gewerbeschau München“, in: Der Wiederaufbau. Zeitschrift für Weltwirtschaft 1, H. 11/12, 10. 8. 1922, S. 178f.

⁷ Vgl. die Zeichnungen „Kitzbühel“ (3. 7. 1922; Abb. Nr. 9) und „Schwarzsee“ (4. 7. 1922), in: FA Heuss, Basel, Skizzenbuch V.

⁸ Vermieter der Familie Heuss in Berlin-Friedenau.

⁹ Am 24. 6. 1922 war Reichsaußenminister Rathenau von Mitgliedern der rechtsradikalen Geheimgesellschaft Organisation Consul ermordet worden. In zahlreichen Städten Deutschlands kam es daraufhin zu Großdemonstrationen gegen die Rechtsparteien, die man für das Attentat mitverantwortlich machte. Zugleich ergriff das Kabinett Wirth gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz der Republik, die in Bayern auf starken Widerstand stießen. Insbesondere die geplante Errichtung eines Staatsgerichtshofes interpretierte die bayerische Regierung als Eingriff in ihre staatlichen Hoheitsrechte, auf den sie mit Gegenverordnungen reagierte. Der mit Schärfe geführte Konflikt konnte Ende August beigelegt werden; vgl. AdR Wirth I und II, Bd. 1, S. LXVII–LXX.

¹⁰ Am 3. 7. 1922 war der Publizist Harden überfallen und misshandelt worden.

¹¹ Französisch für „übler Bursche“.



Abb. 9: Theodor Heuss: Kitzbühel, Bleistiftzeichnung, 3. 7. 1922

Ich nehme an, daß ich etwa bis zum 12.–14. in Steinach¹² bleibe u. dann über Bregenz herausfahre, da ich die Arlbergbahn noch nicht kenne.

Soviel für heute. Gruß an alle. Was machen die lernbedürftigen Exoten?

Dein

Theodor

[PS] Wenn ihr auf den Rotenberg geht, werden wir uns dort Mitte Juli einen Tag sehen. – Nächste Adr[esse]: Steinach *am Brenner*, (Tirol), Gasthaus z. Rössel

¹² In Steinach traf Heuss mit der Familie Stolper zusammen.

Nr. 54

An Bernhard Schwertfeger, Bad Pyrmont

2. September 1922; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1015, 455: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“

Beurteilung der Arbeiten von Bernhard Schwertfeger

Sehr geehrter Herr Oberst!

Freundlichen Dank für Ihre Zeilen, die mich etwas in Verlegenheit setzen, da Sie eine grundsätzliche Stellungnahme von mir zu Ihren Arbeiten erwarten,¹ während ich Ihnen gestehen muß, daß ich von Ihren Buchpublikationen² keine gelesen habe u. zwar deshalb nicht gelesen habe, weil ich mit meiner Lektüre an sich sparsam sein muß, zumal ich selber die Zeit, die ich mir von der Arbeit um den Lebensunterhalt absparen kann, zu eigenen wissenschaftlichen Studien auf innerpolitischem Gebiete brauche. Ich sehe, daß für eine Reihe von Fragen, die mit Krieg beginnen und mit Kriegsausgang zusammenhängen, Spezialisten an der Arbeit sind, und habe deshalb diesen ganzen Komplex von mir aus mit Absicht vernachlässigt. Dies hat damit freilich zur Folge, daß ich bei der Bewertung dieser Arbeiten zu einem Urteil komme, das vielleicht falsch ist, das sich mir aber aus einer allgemeinen Betrachtung der Dinge ergibt; nämlich, daß eine gewisse Philologie, die in diese Spezialfragen eingedrungen ist, die Gefahr mit sich bringt, daß³ die politische und publizistische Bedeutung von Einzelfeststellungen überschätzt wird. Sie werden das gewiß nicht zugeben können; ich meinerseits habe die belgischen Dokumente vom Herbst 1914⁴ an nie anders als einen sehr interessanten Chorgesang der geschichtlichen Entwicklung angesehen, ihnen aber

¹ Schwertfeger an Heuss, 31. 8. 1922, in: BArch, N 1015, 455. In seinem Brief hatte sich Schwertfeger darüber beschwert, dass Heuss bis jetzt „alle meine Vorschläge in Bezug auf die Hochschule für Politik oder in Bezug auf gelegentliche Aufsätze für die von Ihnen geleitete Zeitschrift stets abgelehnt oder ausweichend beantwortet“ habe. „Das kann vielleicht Zufall sein. Sollte es aber Ihrer inneren Auffassung von dem Werte meiner Arbeiten entsprechen, so bitte ich darum, das ganz offen zum Ausdruck zu bringen. Es wäre ja immerhin möglich, dass politische Zweckmäßigkeitsgründe dabei mitsprächen.“

² Zu den wichtigsten Buchveröffentlichungen Schwertfegers aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zählen: BERNHARD SCHWERTFEGER: Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität, Berlin 1919; DERS.: Die Grundlagen des belgischen Franktireurkrieges 1914. Das deutsche amtliche Material, Berlin 1920; DERS.: Die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit. Gutachten, Berlin 1922.

³ Durch Empfänger unterstrichen: „daß die politische und publizistische Bedeutung von Einzelfeststellungen überschätzt wird“.

⁴ Vgl. die Editionen BELGISCHE AKTENSTÜCKE; BELGISCHES GRAUBUCH; B. SCHWERTFEGER, Fehlspruch von Versailles. Umstritten war dabei die Frage der belgischen Neutralität zu Beginn des Ersten Weltkriegs.

nie eine zentrale Bedeutung zuweisen können. Ich weiß nicht, ob diese Sätze dem entsprechen, was Sie durch den Appell an meine süddeutsche Herkunft⁵ erwarten. Ich habe die Auffassung, daß meine Entscheidungen immer sine ira et studio⁶ getroffen werden, und Ihre Meinung, daß vielleicht politische Zweckmäßigkeitsgründe mitsprechen, kann ich mir nicht recht verdeutlichen. Es ist selbstverständlich, daß ich, wenn ich ein Thema, einen Vorschlag, einen Aufsatz für politisch nicht zweckmäßig halte, ihn dann ablehne, das bezieht sich aber dann doch immer nur auf die Tatfrage.

Mit verbindlichem Gruß
Ihr erg[ebener]

Theodor Heuss

Nr. 55

An die Administration der Zeitschrift „Demokratia“, Sofia (Bulgarien)
12. Oktober 1922; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 54: ms. Schreiben, Durchschlag

Beiträge von Theodor Heuss für die bulgarische Zeitschrift „Demokratija“

Sehr geehrter Herr Dr. Alexiew!

Herr Wassileff hat mich seinerzeit gebeten, alle paar Monate entweder über ein politisches Problem aus dem deutschen Interessenkreis oder eine Situationsbetrachtung zu schreiben.¹ Ich habe mir erlaubt, ein paar Seiten für Sie niederzuschreiben, wohlwissend, daß die gegenwärtige Situation an Überraschungen reich sein kann und dies oder jenes verschiebt, aber in der Hoffnung, ein paar Akzente² von längerer Bedeutung herausgestellt zu haben. Ich würde mich natürlich sehr freuen, wenn der Aufsatz, der ja räumlich konzentriert ist, bei Ihnen erscheinen könnte.

Ich danke Ihnen auch noch für die Übersendung der Nummer mit meinem Aufsatz.³ Die Familie stand etwas erstaunt und bewundernd vor den kyrillischen Buchstaben. Mein Junge kam dabei auf die Idee, ich möchte Sie bitten, bei einem

⁵ Unter Bezug auf die süddeutsche Herkunft von Heuss hatte Schwertfeger in seinem Brief (wie Anm. 1) Heuss zu einem offenen Urteil über seine Arbeiten aufgefordert.

⁶ Lateinisch für „ohne Hass und Liebe“, „unparteiisch“.

¹ In der Zeitschrift „Demokratija“ ist lediglich ein Artikel von Heuss nachweisbar; THEODOR CHOJIC [THEODOR HEUSS]: Demokratijata v Germanii [Die Demokratie in Deutschland], in: Demokratija 2, H. 17/18, 25. 7. 1922, S. 393–397.

² In der Vorlage: „Exzente“.

³ Vgl. Anm. 1.

eventuellen weiteren Briefwechsel die Briefumschläge mit möglichst mannigfaltigen Marken zu bepflastern, da er natürlich auch ein Sammler ist. Verzeihen Sie diesen familiären Exkurs.

Ich hatte gehofft, Herrn Wassileff im September hier begrüßen zu dürfen. Er hat sich aber nicht sehen lassen. Falls er, wie ich annehme, wegen der politischen Situation nach Sofia zurückgekehrt ist, darf ich Sie bitten, ihm meine freundlichen Empfehlungen zu bestellen.

Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Anlage: Manuskript „Deutschland und die weltpolitische Lage“.⁴

Nr. 56

An Dr. Gustav Stolper, Wien

12. Oktober 1922; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“

Reiseempfehlungen für Gustav Stolper

Lieber Freund!

Besten Dank für Ihren Brief vom 2. ds. Mts.¹ Es freut mich natürlich sehr, wenn Sie meinen Bismarck-Aufsatz² bringen wollen; daran hatte ich persönlich nicht gedacht, da er mir zu historisch-politisch vorkam. Ich habe Ihre Bitte um ein Rezensionsexemplar sofort dem Verlag übermittelt³ und hoffe auf Erfolg, bin aber etwas unsicher, weil die Publikation heute den Buchhändlerpreis von M 3.000.- erreicht hat und ich selber mit dem Verlag (der früher die „Deutsche Politik“ besaß und sie dann verkrachen ließ) im Prozeß wegen nicht bezahlten Restgehalts liege.⁴ Hoffen wir das Beste!

⁴ Liegt dem Schreiben nicht bei.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² THEODOR HEUSS: Rings um Bismarck, in: ÖVW 15, H. 13, 30. 12. 1922, S. 334–337.

³ Stolper hatte um ein Rezensionsexemplar der bislang sechsbändigen Aktenpublikation „Die große Politik der europäischen Kabinette“ gebeten. Die Bitte wurde vom Verlag jedoch abschlägig beschieden; Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte an Heuss, 13. 10. 1922, in: BArch, N 1221, 487.

⁴ Die „Deutsche Politik“ hatte im Frühjahr 1922 durch „die Unfähigkeit des Verlages, seine finanzielle Deroutierung wieder in Ordnung zu bringen“, ihr Erscheinen einstellen müssen; Heuss an Stolper, 6. 4. 1922, in: BArch, N 1221, 487.

Für Ihre süddeutsche Reise wünsche ich Ihnen vor allem gutes Wetter. Ich selber kann in diesen Tagen unmöglich hier fort, da wir unmittelbar vor der Eröffnung unseres Wintersemesters stehen.

Wenn Sie Zeit haben, schöne Dinge anzusehen, so machen Sie entweder von Mannheim einen Abstecher nach Bruchsal (ausgezeichnetes Barockschloß) oder Maulbronn (vollkommenste romanische Klosteranlage). Wenn Sie in Heilbronn Station machen wollen, so können Sie von dort aus Wimpfen besuchen (Richtung Heidelberg) oder Hall (beides fabelhafte alte Reichsstädtchen mit guter Romanik⁵ und Gothik). Falls Sie nach Heilbronn kommen, besuchen Sie meinen Freund Friedrich Mück, Direktor der Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G. Ich sprach Ihnen schon von ihm. Er ist nach meinem Dafürhalten einer der volkswirtschaftlich kenntnisreichsten Leute, die in der Praxis stehen, aus meinem Bekanntenkreis und durch Aufsichtsratsstätigkeit in vielen mittleren und größeren Betrieben sehr geschult.

Auf jeden Fall würde ich Sie bitten, auch in Darmstadt Station zu machen und meinen Schwiegervater zu besuchen (Heidelberger Strasse 73). Ich werde Sie auf alle Fälle als möglichen Besuch ankündigen.⁶ Meine Frau meint dann nur, daß es gut wäre, wenn Sie ihm einen Tag vorher ungefähr schreiben, daß Sie mit Ihrer Frau kommen würden. Er ist über Sie und unsere Beziehungen unterrichtet, kennt ja auch Federn,⁷ und ich glaube, daß es für Sie und Ihre Frau ein Vergnügen sein müßte, von seiner reichen und entzückenden Art noch einen persönlichen Eindruck mitzunehmen.⁸

Soviel für heute. Die Antwort hat sich etwas verzögert, weil ich auf dem Elberfelder Parteitag⁹ gewesen bin, der ganz anständig verlief. Seien Sie mit den Kindern und Ihrer Frau sehr herzlich begrüßt.

Ihr

Theodor Heuss

⁵ In der Vorlage: „Romantik“.

⁶ Vgl. Nr. 57.

⁷ Vgl. Nr. 57, Anm. 2.

⁸ Stolper hatte aus Zeitmangel weder Knapp noch Mück besuchen können; Stolper an Heuss, 1. 12. 1922, in: BArch, N 1221, 487.

⁹ Am 9. und 10. 10. 1922 hatte in Elberfeld der vierte ordentliche Parteitag der DDP stattgefunden.

Nr. 57

An Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp, [Darmstadt]
22. Oktober 1922; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Ankündigung des Besuches von Gustav Stolper; Interesse Max Serings an der agrargeschichtlichen Bibliothek von Georg Friedrich Knapp; familiäre Mitteilungen

Lieber Vater,

zweierlei Dinge zuvor.

1. Mein Freund Dr. Gustav Stolper in Wien schrieb mir neulich, daß er Ende Oktober nach Frankfurt u. s. f. reisen werde; ich sollte ihm wegen Süddeutschland einige Ratschläge geben. Dies tat ich.¹ Dabei behauptete ich, falls er nach Darmstadt käme, würdest Du Dich über einen Besuch gewiß freuen; er solle sich aber anmelden. Ob dies alles geschieht, weiß ich nicht. Aber ich will ein paar einführende Zeilen schreiben. Stolper gibt mit Deinem österreichischen Gesandten W. Federn² gemeinsam den „österreichischen Volkswirt“ heraus. Er ist wirtschaftspolitisch u. -theoretisch sehr informiert, aber darüber hinaus klug u. liebenswürdig u. nach der ökonomischen (nicht nach der historischen) [Seite] wohl einer der gründlichsten Kenner Österreichs. Ich war mit ihm u. s[einer] Familie in diesem Sommer in Steinach (Tirol). Vielleicht ist er von s[einer] Frau begleitet, wenn er kommt; sie ist eine Schülerin von Herkner. Stolper war schon in Berlin bei uns; kennt also auch Elli. Vielleicht war der ganze Steckbrief umsonst; sollte Stolper Dich aber besuchen, so hoffe ich, daß Du nachträglich damit einverstanden bist, daß ich ihn Dir sandte.

2. Sering bat <mich>³ um Vermittelung in folgender Sache. Er hat dem staatsw[issenschaftlichen] Seminar der berl[iner] Universität ein „Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen“ angegliedert, das mit einigen hunderttausend Mark dotiert ist.⁴ Sie bearbeiten dort, teilweise in Anlehnung an geplante Gesetz-

¹ Vgl. Nr. 56.

² Walther Federn hatte 1907 die „Staatliche Theorie des Geldes“ in Österreich bekannt gemacht und stand auch später noch in brieflichem Kontakt mit Knapp; vgl. G. F. KNAPP / F. BENDIXEN, Briefwechsel 1905–1920, S. 71, 112, 140.

³ Unsichere Lesart durch Tintenklecks. Dazu hs. eingefügt von Heuss: „[Das war ich, nicht Lulu! Entschuldige]“.

⁴ Das Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen war nicht dem Staatswissenschaftlich-Statistischen Seminar der Berliner Universität angegliedert, sondern erhielt die Rechtsform einer Stiftung, in deren Kuratorium das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie die Preußischen Ministerien für Landwirtschaft und Wissenschaft vertreten waren. Die Berliner Zentrale des Instituts befand sich im Dahlemer Wohnhaus von Sering; als Startkapital diente das Vermögen der Stiftung Kriegerhilfe Ost; vgl. I. STOEHR, Max Sering, S. 60–62.

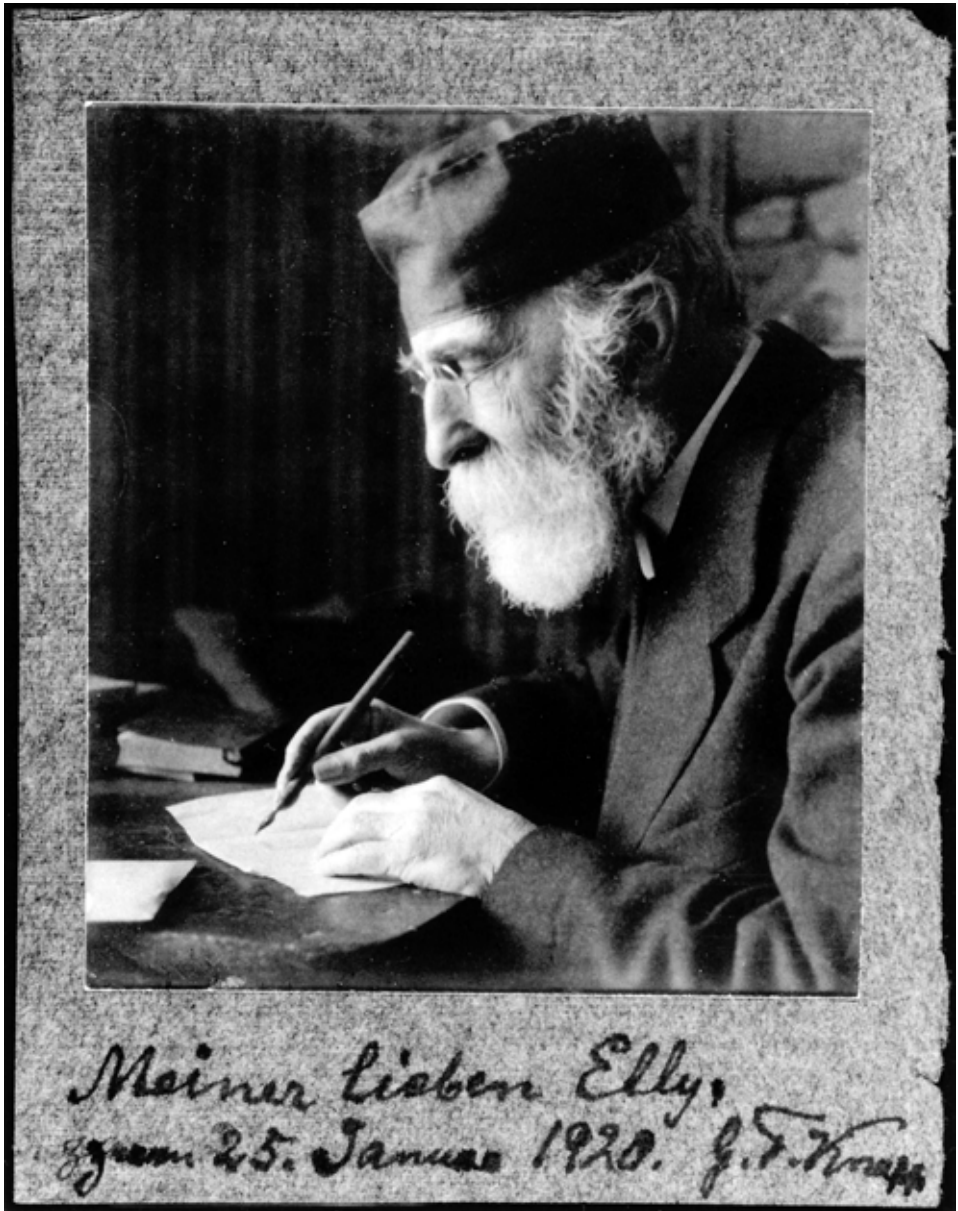


Abb. 10: Georg Friedrich Knapp, 1920

gebungsarbeit, zur Zeit Anliegersiedlung, Pachtverhältnisse in Deutschland und die Agrarverfassungen der wichtigsten Nationen unter Kriegseinfluß. Sein Geld will er nicht verkommen lassen, sondern Bücher kaufen. Frage: ob Du Dich bereit finden würdest, diesem Institut Deine agrargeschichtliche Bücherei, soweit Du Dich von ihr trennen wollest, zu verkaufen. Auf freiem Markt, beim Antiquar,

heute eine wissenschaftl[iche] Bibliothek zusammenzustellen, ist fast unmöglich. Ich konnte Sering über den Umfang dieser Abteilung Deiner Bücher keine Antwort geben – er meint, daß ja die Masse für ihn nicht in Frage komme, aber er nimmt an, daß sich darunter ältere Werke befinden müßten, die heute nicht mehr erreichbar. Bitte, überlege Dir die Sache. Wenn Du ihr nahe treten willst, so ist Sering bereit, diese Bücher katalogisieren zu lassen, falls Du damit einverstanden. Oder besorgt Dir das dort jemand. Ein fachwissenschaftlicher Antiquar würde dann die Sache abschätzen und man würde Dir einen anständigen Preis bezahlen. (Es kann sich heute u. U. um recht erhebliche Summen handeln).

Ich bin in der Angelegenheit zunächst lediglich Briefbote. Elli und ich sind aber der Meinung, falls Dir die Trennung von diesen Büchern nicht schwer wird, Du solltest darauf eingehen. Je nachdem will ich hier die Verhandlungen für Dich weiterführen, oder Du schreibst an Sering direkt oder mir einen Brief, den ich weiterleiten kann.⁵

Von uns liegen neue Tatsachen, des Berichtens wert, nicht vor.

Tante Helene Terian hat heute mitgeteilt, daß sie im Schatten der Dollars einer amerik[anischen] Schülerin, sobald die Paßgeschichten in Ordnung sind, nach Paris übersiedelt; sie ist etwas berlinmüde, weil sie ewige Wohnungsschwierigkeiten hat u. glaubt, daß sie unter Ausländerhaß leidet.⁶ Josef Loris Melikow soll, wie sie sagt, bald wieder hierherkommen.

In der Familie ist die Karl May-Seuche ausgebrochen und hat Elli und den Buben erfaßt; ich selber bin durch puerilen⁷ Giftgenuß immun.

Hermann Geiger schrieb vorgestern aus Mailand – er war wochenlang in Spanien und Süditalien. Von Ludwig haben wir nie etwas gehört, weder mittelbar noch unmittelbar.

Herzliche Grüße von uns allen
Dein dankbarer

Theodor Heuss

⁵ In seiner Antwort begrüßte Knapp die Anregung von Sering, gab aber zu bedenken, dass ein Großteil der von ihm benutzten agrarwissenschaftlichen Bücher dem Staatswissenschaftlichen Seminar in Straßburg gehört habe. Die in seinem Besitz befindlichen Bücher wolle er demnächst durchsehen; Knapp an Heuss, 24. 10. 1922, in: FA Heuss, Basel.

⁶ Vgl. Nr. 49.

⁷ Lateinisch für „kindlich“.

Nr. 58

An Albert Hopf, Stuttgart

28. Oktober 1922; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Bitte um Veröffentlichung zweier Aufsätze im „Beobachter“

Lieber Freund!

Ich schicke Dir hier einen Aufsatz über „Das Buch des Kaisers“, den ich Dich bitte abzdrukken, wenn Du mit seiner Haltung einverstanden bist und Dich nicht schon anderwärts versorgt hast.¹ Ich habe die polemische Schärfe, wie sie etwa die Frankfurter Zeitung gewählt hat, abgelehnt, da es mir zwecklos erscheint, in dieser Sache verletzend zu wirken. Falls Du den Aufsatz bringst, bitte ich Dich aber auch noch um folgendes: bei dem Verlag K. F. Köhler in Leipzig umgehend für den Beobachter ein Besprechungsexemplar einzufordern. Das Exemplar, das ich gelesen habe, gehört Riezler. Ich möchte das Buch aber auch gern selber besitzen.²

Außerdem lege ich eine kleine Buchbesprechung eines Romans von Knut Hamsun bei, um dessen Abdruck in Eurem Feuilletonteil ich bitte,³ da der Verlag mir das Buch auf meinen Wunsch gesandt hat. Dem Verlag Albert Langen in München laßt dann ein Exemplar zugehen, bei dem mein Verfassersname ausgeschrieben ist. Diese Buchbesprechung natürlich honorarlos. Für die paar Artikel (Liesching, Elberfeld,⁴ Wilhelm II.) überweise mir bitte wieder einige hundert Mark auf mein Konto bei der Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G., Heilbronn am Neckar, da leider meine Einkünfte gegenwärtig sehr hinter der Geldentwertung herhinken.⁵ Jetzt könnte ich die Diäten glänzend verwerten!⁶

In der nächsten Woche helfe ich den Sachsen bei der Landtagswahl.⁷ Sollte ich im November zu einer Werkbund-Sitzung nach Heilbronn fahren,⁸ so teile

¹ THEODOR HEUSS: Das Buch des Kaisers, in: Der Beobachter, Nr. 44, 4. 11. 1922; der Artikel ist eine Rezension von: WILHELM II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Leipzig/Berlin 1922. – Neben seiner Tätigkeit als Generalsekretär der württembergischen DDP war Hopf auch Redakteur der württembergischen DDP-Zeitschrift „Der Beobachter“.

² Ein Exemplar des Buches befindet sich heute in der historisch-politischen Bibliothek von Heuss im Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart.

³ TH[EODOR] H[EUSS]: Knut Hamsun: Die Weiber am Brunnen, in: Der Beobachter, Nr. 48, 2. 12. 1922.

⁴ THEODOR HEUSS: Theodor Liesching, ebd., Nr. 30, 29. 7. 1922; DERS.: Elberfeld, ebd., Nr. 41, 14. 10. 1922; letztgenannter Artikel war ein Bericht vom DDP-Parteitag in Elberfeld; vgl. Nr. 56, Anm. 9.

⁵ Vgl. Nr. 41, Anm. 2.

⁶ Anspielung auf den gescheiterten Versuch von Heuss vom Frühjahr 1922, als Nachrücker in den Reichstag einzuziehen; vgl. Nr. 48, Nr. 49.

⁷ Am 5. 11. 1922 fanden in Sachsen Landtagswahlen statt; Heuss unterstützte den Wahlkampf durch Auftritte in Meerane (2. 11.) und Reichenbach (3. 11.); Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

ich Dir dies noch rechtzeitig mit, damit Du mir vielleicht in Ludwigsburg oder Cannstatt oder sonst in der Nähe eine Versammlung ansetzen kannst, die sich etwas an meinen Reisekosten beteiligt.

Mit herzlichem Gruß

Dein

[Theodor Heuss]

*Anlagen:*⁹

Manuskript „Das Buch des Kaisers“

Buchbesprechung (Knut Hamsun).

Nr. 59

An Prof. Dr. Georg Friedrich Knapp, [Darmstadt]

1. Februar 1923; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Vortragsreisen; Übersetzung der „Staatlichen Theorie des Geldes“ ins Englische;

Angebot finanzieller Hilfe; Tod von Ernst Troeltsch

Lieber Vater,

herzlichen Dank für Deine Geburtstagswünsche. Unsere diesjährigen Geburtstage sind etwas zerrissen verlaufen: an dem Ellis mußte ich in der Frühe wegfahren, an dem meinen hatten wir auf dem Rathaus städtische Etatdebatte.¹ Aber die Hauptsache: es geht uns beiden gesundheitlich gut. Der Bub freilich ist von den Nachwirkungen seiner Erkältung noch nicht ganz frei.

Seit meiner darmstädter Reise, von der ich gute Heimfahrt hatte, bin ich schon wieder in Oldenburg gewesen, und dann ein paar Tage in Sachsen, politischer u. wissenschaftlicher Reden wegen.² Es ist eine etwas gefährliche Sache, immer sich aus seiner normalen Arbeit reißen zu lassen; auf der andern Seite ist gerade im gegenwärtigen Augenblick das Bedürfnis der Menschen, die außenpolitischen

⁸ An der Vorstandssitzung des Deutschen Werkbundes am 6. 11. 1922 in Heilbronn nahm Heuss nicht teil; vgl. BArch, R 32, 110.

⁹ Liegen dem Schreiben nicht bei.

¹ Gemeint ist die Bezirksverordnetenversammlung von Schöneberg, der Heuss seit 1920 angehörte; vgl. Nr. 30, Anm. 9.

² Heuss hatte auf der Reichsgründungsfeier der DDP in Oldenburg (18. 1. 1923) und anschließend in Chemnitz (26. 1.) und Meerane (28. 1.) zur Ruhrbesetzung gesprochen. Dazwischen hatte er als Dozent an dem „Reichskurs“ der Deutschen Hochschule für Politik in Zwickau teilgenommen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

Verstrickungen dargestellt zu erhalten,³ sehr groß, und da ich jetzt als „Redner“ ein kleines „Rüflein“ habe, schwanke ich immer zwischen den Pflichten. So, ob ich im März nach Ostpreußen soll.⁴

Vor⁵ ein paar Wochen habe ich mit Prof. Bonn, der aber keineswegs Chartalist⁶ ist, wegen der englischen Übersetzung der Staatl[ichen] Theorie⁷ gesprochen. Er hat liebenswürdiger Weise (wir stehen freundschaftlich) sofort an J. M. Keynes in Cambridge, den bekannten Kritiker des versailer Friedens⁸ geschrieben, und mir vor einigen Tagen dessen Antwort gezeigt; darnach will sich Keynes darum bemühen, einen Verleger für das „classical work“ zu finden.⁹ Ich habe Bonn und durch ihn Keynes mitgeteilt, daß ich Dein „business-man“ in dieser Sache sei; ich denke, daß ich unseren früheren Briefwechsel¹⁰ so auffassen durfte. Einstweilen führt Bonn in Fühlung mit mir die Verhandlungen. Bringen sie ein Ergebnis, dann werde ich dies Dir zur Genehmigung unterbreiten und auch Duncker u. Humblot¹¹ benachrichtigen. Ob Erfolg kommt, ist natürlich noch ungewiß.

Was Heppenheim¹² betrifft, so bitte ich Dich, nie zu vergessen, was ich vor ein paar Wochen wiederholt: daß ich jeden Tag bereit bin, mit einer beliebigen Beteiligung an dieser Verpflichtung zu tragen. Ich weiß nicht, ob Du Dein Auge auf Kursbewegungen lenkst: im September hat ein Freund mir 37.000 Mk angelegt, die heute etwas über 3,5 Millionen Kurswert erreicht haben. Mit anderen Papieren ist es ähnlich. Ob ich solch eine Aktie einmal abstoße, ist mir persön-

³ Am 11. 1. 1923 hatten französische und belgische Truppen mit der Besetzung des Ruhrgebiets begonnen.

⁴ Im März 1923 sprach Heuss in verschiedenen Städten Ostpreußens erneut zum Thema „Um Rhein und Ruhr“; eine Schilderung dieser Reise findet sich in: TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 286–288. – Nach Ansicht von Heuss lagen die Gründe der französischen Politik für die Ruhrbesetzung in der Verfolgung der in Versailles gescheiterten politischen Ziele und in der Befreiung vom mäßigenden Einfluss Großbritanniens; vgl. M. EKSTEINS, *Theodor Heuss*, S. 51f.

⁵ Von hier bis zum Ende des nächsten Absatzes linke Randanstreichung durch Empfänger.

⁶ Anhänger einer staatlichen Theorie des Geldes.

⁷ Die Übersetzung kam 1924 zustande; GEORG FRIEDRICH KNAPP: *The state theory of money*. Abridged edition, translated by H. M. Lucas and J. Bonar, London 1924.

⁸ JOHN MAYNARD KEYNES: *The economic consequences of peace*, London 1919 (dt. Ausgabe: JOHN MAYNARD KEYNES: *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, übers. von M. J. Bonn u. C. Brinkmann, München 1920). – Der Friedensvertrag von Versailles wurde vom Deutschen Reich am 28. 6. 1919 unterzeichnet und am 10. 1. 1920 ratifiziert. Er beendete formell den Ersten Weltkrieg zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Mächten und ihren Verbündeten.

⁹ Eine Korrespondenz zwischen Bonn und Keynes ließ sich im NL Bonn (BArch, N 1082) nicht nachweisen.

¹⁰ Im Februar 1921 hatte Knapp künftige Vertragsverhandlungen über seine Werke an Heuss übertragen; Heuss an Knapp, 21. 2. 1921, in: FA Heuss, Basel.

¹¹ Verlag, in dem Knapp veröffentlichte.

¹² Knapps Ehefrau Lydia Knapp war seit 1919 in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim untergebracht.

lich furchtbar gleichgiltig, und wenn Dir damit irgend eine Sorge erleichtert wird, verwandelt sich diese Gleichgiltigkeit mir in Genugtuung. Auch gibt es eine Zeitung in Buenos Aires, die brav Artikel von mir druckt.¹³ Und nach den Ver[einigten] Staaten wird eine Verbindung aufgemacht.¹⁴ Elly hat den Japaner mit einem jungen gut lernenden Engländer vertauscht.

Damit für heute genug. Wir stehen unter dem Eindruck von Ernst Troeltschs Tod;¹⁵ ich kam jede Woche einmal mit ihm zusammen¹⁶ u. habe ihn persönlich sehr gern gehabt; in den letzten Wochen erschien noch eine große, höchst gelehrte und geistreiche Geschichtsphilosophie von ihm,¹⁷ an der ich eben studiere. Die Generation Naumann – M. Weber zerbricht vor ihrem Abschluß.

Für heute viele herzliche Grüße, auch an Lotte,¹⁸
Dein dankbarer Sohn

Theodor Heuss

Nr. 60

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem
5. Februar 1923; Berlin W 35, Potsdamer Str. 45

GSa PK, VI. HA, NL Meinecke, 15: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen:
„Die Deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik und Wirtschaft“¹
*Bitte um eine Rezension von Ernst Troeltschs Buch über den Historismus für die
„Deutsche Nation“*

Verehrter Herr Geheimrat!

Dr. Riezler und ich begegneten uns nach der Todesnachricht von Ernst *Troeltsch* in dem Wunsch, ihm im März-Heft ausführliche Würdigung zukommen zu lassen. Ich habe eben *Harnack* geschrieben, uns, wenn es ihm möglich ist, seine Gedäch-

¹³ In der in Buenos Aires erscheinenden Zeitung „Argentinisches Tageblatt“ sind in den Jahren 1922 bis 1924 sieben umfangreiche Artikel von Heuss nachweisbar; vgl. BArch, N 1221, 36 und 37.

¹⁴ Erst für den Herbst 1923 lassen sich zwei englischsprachige Artikel von Heuss nachweisen, deren genauer Publikationsort sich jedoch nicht ermitteln ließ; THEODOR HEUSS: Politics and Economics in the Ruhr Question [September 1923]; DERS.: Friedrich Ebert [November 1923], zit. n. BArch, N 1221, 37.

¹⁵ Troeltsch war am 1. 2. 1923 gestorben. Noch am Todestag hatte Heuss einen Nachruf veröffentlicht; THEODOR HEUSS: Ernst Troeltsch †, in: Demokratischer Zeitungsdienst, Nr. 28, 1. 2. 1923, zit. n. F. W. GRAF, Ernst Troeltsch in Nachrufen, S. 180f.

¹⁶ Vermutlich im Rahmen des politischen „Mittwochabends“ von Delbrück; vgl. Nr. 1, Anm. 3.

¹⁷ ERNST TROELTSCH: Der Historismus und seine Probleme. Erstes Buch: Das logische Problem der Geschichtsphilosophie, Tübingen 1922.

¹⁸ Lotte Jürgens.

¹ Diktatzeichen: H./S.

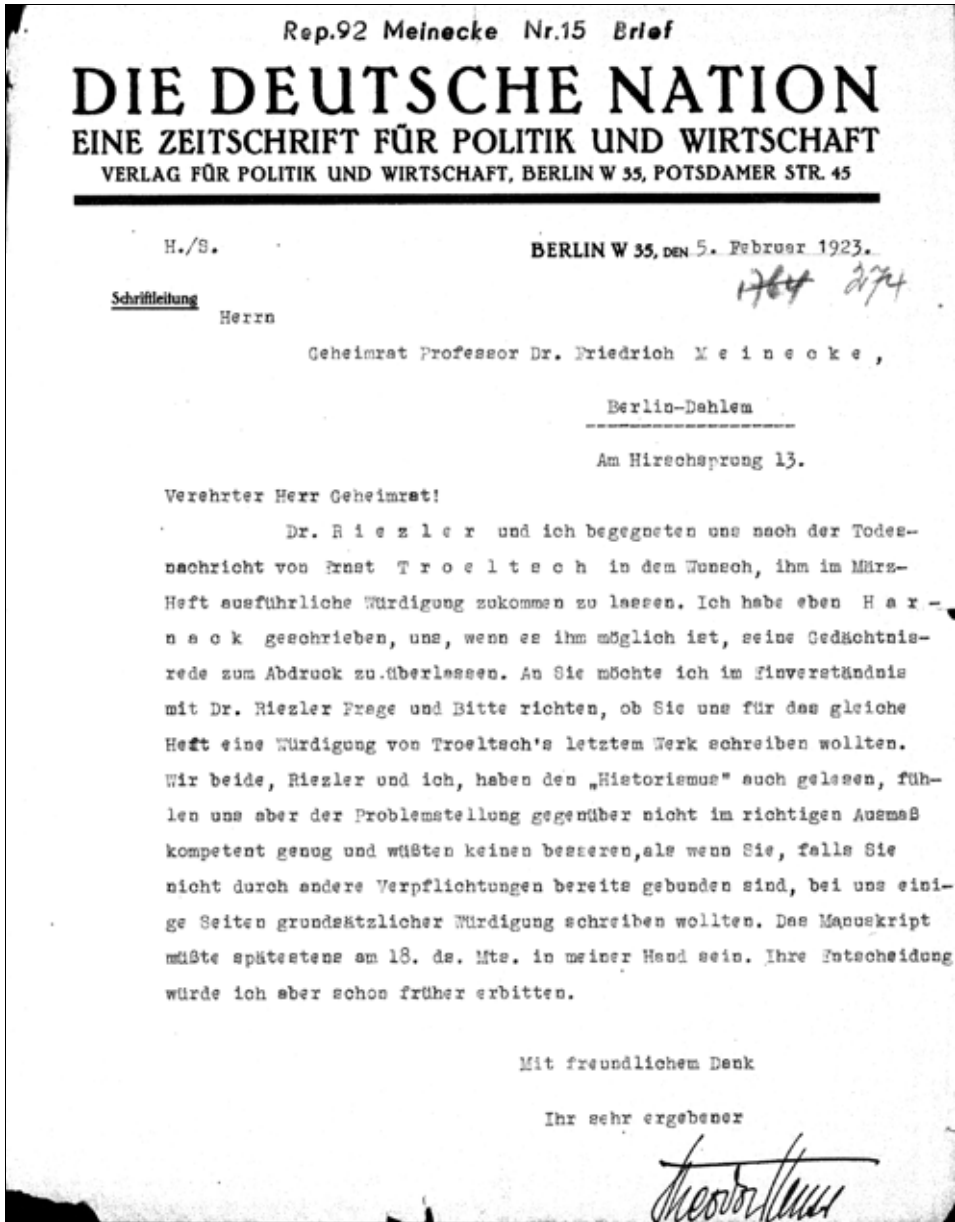


Abb. 11: Theodor Heuss an Friedrich Meinecke, 5. 2. 1923

nisrede zum Abdruck zu überlassen.² An Sie möchte ich im Einverständnis mit Dr. Riezler Frage und Bitte richten, ob Sie uns für das gleiche Heft eine Würdi-

² Adolf von Harnack hatte auf der Trauerfeier für Troeltsch am 3. 2. 1923, an der auch Heuss und Heuss-Knapp teilgenommen hatten, die Leichenrede gehalten. Das Konzept der Rede ist veröffent-

gung von Troeltschs letztem Werk schreiben wollten. Wir beide, Riezler und ich, haben den „Historismus“³ auch gelesen, fühlen uns aber der Problemstellung gegenüber nicht im richtigen Ausmaß kompetent genug und wüßten keinen besseren, als wenn Sie, falls Sie nicht durch andere Verpflichtungen bereits gebunden sind, bei uns einige Seiten grundsätzlicher Würdigung schreiben wollten.⁴ Das Manuskript müßte spätestens am 18. ds. Mts. in meiner Hand sein. Ihre Entscheidung würde ich aber schon früher erbitten.

Mit freundlichem Dank
Ihr sehr ergebener

Theodor Heuss

Nr. 61

An Dr. Johannes Hieber, Stuttgart

17. Juli 1923; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

HStAS, E 130 b, 3490: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“¹

Bitte um Beteiligung der württembergischen Staatsregierung an der Schulungswoche der Reichszentrale für Heimatdienst in Maulbronn

Verehrter Herr Staatspräsident!

Die Reichszentrale für Heimatdienst² veranstaltet in den Sommerwochen in Verbindung mit der Arbeitsstelle für sachliche Politik,³ an deren Spitze Oberpräsident

licht in: F. W. GRAF, Ernst Troeltsch in Nachrufen, S. 231–243. Eine aus der Erinnerung geschriebene Fassung der Rede erschien drei Tage nach der Trauerfeier; ADOLF VON HARNACK: Rede am Sarge Ernst Troeltschs, in: BT, Nr. 61, 6. 2. 1923. Einen Abdruck seiner Rede in der „Deutschen Nation“ lehnte von Harnack offenbar ab.

³ E. TROELTSCH, Historismus.

⁴ FRIEDRICH MEINECKE: Ernst Troeltsch und das Problem des Historismus, in: DN 5, H. 3, März 1923, S. 183–192; Wiederabdruck in: F. W. GRAF, Ernst Troeltsch in Nachrufen, S. 398–407.

¹ Eingangsstempel vom 23. 7. 1923; Aktenzeichen 4818 und Vermerk: „Er[edigt] 125a.“

² Die Reichszentrale für Heimatdienst war 1918 zur staatsbürgerlichen Aufklärungsarbeit gegründet worden und warb durch die Organisation von Vorträgen und die Bereitstellung von Propagandamaterial für republikanisch-demokratische Ideen; vgl. K. W. WIPPERMANN, Reichszentrale. Seit Februar 1925 gehörte Heuss dem parlamentarischen Beirat der Reichszentrale für Heimatdienst an; vgl. DER HEIMATDIENST 5, H. 2, Februar 1925, S. 22.

³ Die „Arbeitsstelle für sachliche Politik“ bemühte sich nach Aussage ihres zweiten Vorsitzenden Hans Luther, „Wege auszuarbeiten, die zusätzlich zum Wirken der Parteien und ohne Bindung an die sich darin ausdrückenden Grundsätze oder auch Weltanschauungen das lediglich Deutsche finden wollten. Als Ziel schwebten praktische Lösungen vor, denen jeder freie Mensch in Deutschland, der nicht im Banne von Radikalismen stand, zustimmen konnte“; vgl. H. LUTHER, [Schwander], S. 12.

Dr. Schwander steht, drei sogenannte Schulungswochen:⁴ eine im Norden, eine in der Mitte, eine im Süden Deutschlands. Die Sache ist so gedacht, daß etwa 20 bis 30 von den Landesstellen ausgesuchte Hörer für 8 Tage zusammenkommen mit der Verpflichtung, den gesamten Kurs mitzumachen, und daß währenddem von drei Dozenten in Vortrag und Aussprache die wichtigsten Probleme der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt sachlicher Darstellung und synthetischer Lösungsversuche behandelt werden. Als Dozenten wirken mit: Professor Dr. Brinkmann von der Universität Berlin: Auswärtige Fragen; Privatdozent Dr. Raab – Frankfurt-Giessen: Wirtschaft und Finanzen und ich für innerpolitische und kulturpolitische Fragen.

Die Veranstaltungen finden in Witzenhausen bei Cassel, in Neustrelitz und die letzte vom 26. 8. bis 1. 9. (auf meine Veranlassung) in Maulbronn statt.

Dr. Raab teilte mir nun mit, daß in Witzenhausen bei der Eröffnung ein Vertreter des Oberpräsidiums sein würde, in Neustrelitz, wo die Sache im Schloß stattfindet, die Regierung selber sich irgendwie beteiligt. Er hat mich gefragt, ob ich nicht auch die württembergische Staatsregierung auf dies Unternehmen hinweisen wolle mit der Anregung, sich evtl. auch bei Beginn der Veranstaltung vertreten zu lassen.

Diese Anregung gebe ich mit dem Vorstehenden an Sie weiter. Vielleicht kann der Herr Oberamtmann von Maulbronn, vielleicht einer der Herren aus dem Ministerium beim Beginn der Woche, die mit irgend einem Akt eröffnet werden soll, anwesend sein und zu der Veranstaltung etwas sagen. Wenn <auf> Ihrer Seite dazu Möglichkeit und Geneigtheit vorliegt, so würde ich Herrn Dr. Raab bitten, Ihnen die näheren Unterlagen zuzusenden.⁵

Ich hoffe, im Anschluß an die Maulbronner Woche noch ein paar Tage in Württemberg bleiben zu können (am 2. rede ich in Hall).⁶ Vielleicht, wenn Sie nicht gerade in jener Zeit auf Erholung sind, werde ich Ihnen „Grüß Gott“ sagen können.

Ihr dankbar ergebener

Theodor Heuss

⁴ Die Teilnehmer der Schulungswochen der Reichszentrale für Heimatdienst sollten ihrerseits in Kreisstädten „staatsbürgerlichen Bildungstage“ abhalten; Vgl. K. W. WIPPERMANN, Reichszentrale, S. 260f.

⁵ In seinem Antwortschreiben kündigte Hieber die Teilnahme eines Vertreters des Württembergischen Staatsministeriums an; laut einem Zeitungsausschnitt handelte es sich dabei um den Ministerialdirektor Erlenmeyer; HStAS, E 130 b, 3490.

⁶ Heuss an Zeller, 29. 6. und 19. 8. 1923, in: DLA, A: Heuss, 73.4228-30; in Schwäbisch Hall hielt Heuss eine Rede über das Kabinett Stresemann; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

Nr. 62

An Prof. Dr. Carl Heinrich Becker, Berlin

22. August 1923; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GStA PK, VI. HA, NL Becker, 190: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“¹

Vorlesungstermine von Carl Heinrich Becker an der Deutschen Hochschule für Politik

Betrifft: Ausbildungskurse Wintersemester 1923/24 für die Attachés des Auswärtigen Amts.

Das Auswärtige Amt hat uns, wie Sie wissen, den Auftrag erteilt, die technische Durchführung der Ausbildungskurse für die Attachés zu übernehmen.² Dieser Tage sind mir nun die Wünsche des A. A., die Namen, Themen und Terminvorschläge der in Aussicht genommenen Herren Dozenten zugegangen. Ich habe daraufhin aus den verschiedenen Wünschen und Bedingungen einen Studienplan zusammengestellt, wonach für Ihre Vorlesung über „den Kreis der orientalischen Fragen (Der Islam und die Politik der Großmächte.)“ Montag, der 5.³ und Donnerstag, der 8. November und Montag, der 12. und Donnerstag, der 15. November, nachmittags von 5–7 Uhr angesetzt ist.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich mit diesen Terminen einverstanden erklären könnten,⁴ damit das etwas mühe- und kunstvolle Gebäude der Anordnung im Ganzen belassen werden kann; das Semester ist verhältnismäßig knapp bemessen, das Programm umfassend und bei der vielseitigen Inanspruchnahme einiger der Herren Dozenten in seiner Beweglichkeit beschränkt.

Ihr sehr ergebener

Th. Heuss

¹ Oben links Vermerk durch Empfänger: „Vorgang beigelegt [Paraphe nicht auflösbar] 24/8. 23.“; oben Mitte: „Ablage“.

² Den Inhalt des Fortbildungskurses und die Auswahl der Dozenten bestimmte weitgehend das Auswärtige Amt; vgl. ERNST JACKH: Das dritte Jahr (Staat und Wirtschaft – Wissen und Willen), in: Mitteilungen der Deutsche Hochschule für Politik 1 (1923/1924), H. 1, S. 1–14, hier S. 2f.

³ Von hier bis zum Ende des nächsten Absatzes linke Randanstreichung durch Empfänger; die einzelnen Termine unterstrichen.

⁴ Nach wiederholter Aufforderung erklärte sich Becker mit den Terminen einverstanden; Ministerialsekretär an Deutsche Hochschule für Politik, 13. 9. 1923, in: GStA PK, VI. HA, NL Becker, 190.

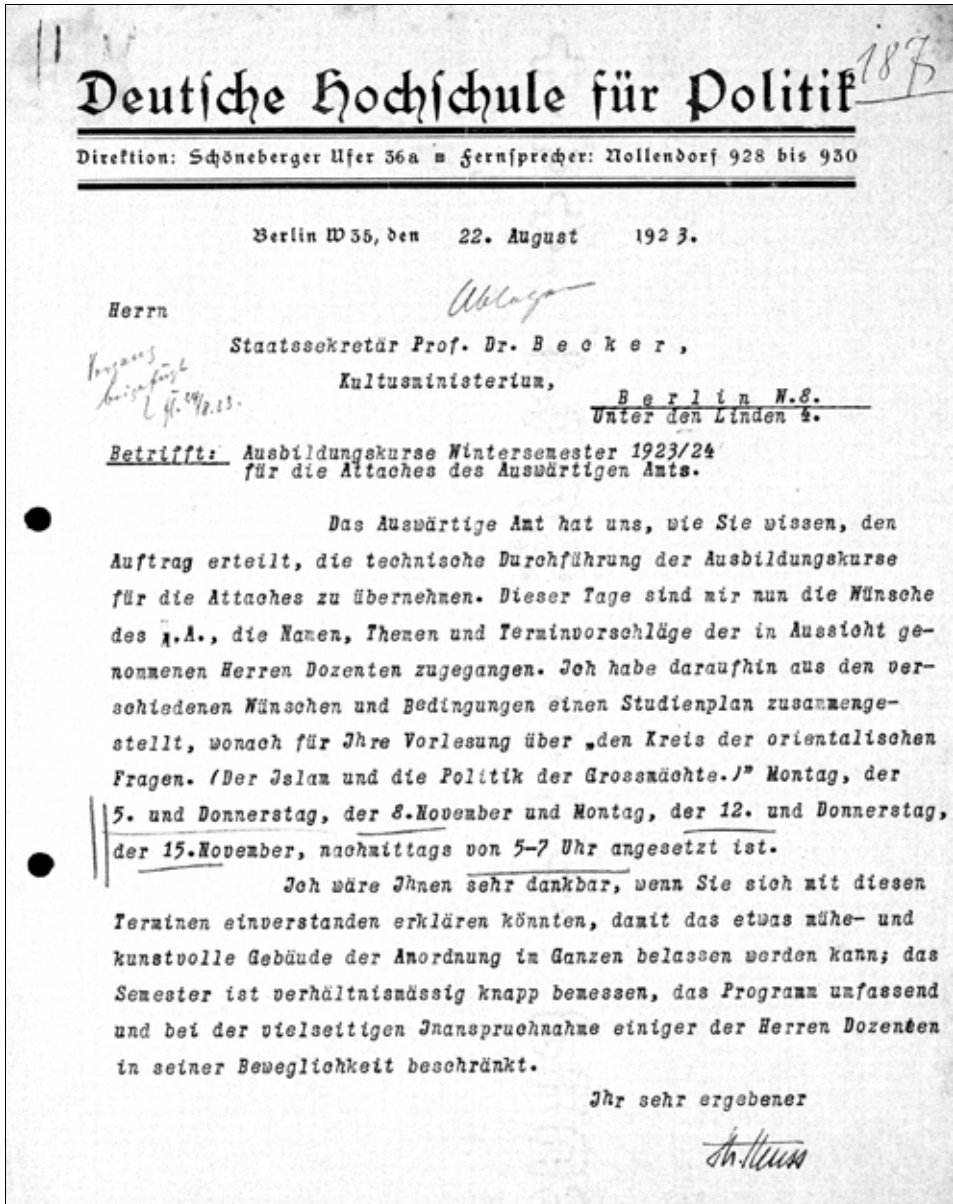


Abb. 12: Theodor Heuss an Carl Heinrich Becker, 22. 8. 1923

Nr. 63

An Anton Erkelenz, [Berlin-Baumschulenweg]

12. Oktober 1923;¹ Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1072, 28: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Veröffentlichungen eines Aufsatzes in der „Hilfe“ unter dem Pseudonym Theobald Schwab

Lieber Herr Erkelenz,

hier ist ein Versuch.

Ich bin unsicher, ob er dem entspricht, was Sie erwartet haben; die Bauern-
anekdote, die ich an den Anfang setzte, wird, fürchte ich, zwar nicht Ihnen, aber
Dr. Bäumer zu derb sein. Aber sie paßt, glaub ich.²

Zeichnen möchte ich nicht mit meinem Namen. Entweder *.* oder „Theobald
Schwab“; mit diesem Pseudonym habe ich schon mehr Unseriöses produziert.³
Möglichst wenig Druckfehler im Falle der Verwendung, bitte!

Was das Honorar anlangt, so will ich an der Hilfe kein Billionär werden (Mil-
liardär bin ich auch schon); ich freue mich, daß sie noch lebt. Aber ein bischen
anpassen an die Geldsituation müßt Ihr. Als ich für den Anfang August an zwei
Abenden einigermaßen sorgfältig geschriebenen Aufsatz über Naumann⁴ im
Laufe des September 140.000 Mk erhielt, kostete die elektr[ische] Fahrt schon
250.000 Mk.⁵ Das war doch etwas herb in der Distanz!

Mit freundl[ichem] Gruß

Ihr

Theodor Heuss

¹ In der Vorlage: „12. September 1923“; das Datum ergibt sich aus dem Abdruck der unten auf-
geführten Aufsätze bzw. aus dem folgenden Dokument Nr. 64.

² THEOBALD SCHWAB [THEODOR HEUSS]: Randbemerkungen. Zur letzten Kabinettskrisis, in: Die
Hilfe 29, Nr. 20, 15. 10. 1923, S. 359. Heuss glossiert darin das Auseinanderbrechen der ersten
Großen Koalition am 4. 10. 1923 durch den Vergleich mit zwei Bauern, die sich gegenseitig
grundlos dazu aufstacheln, eine Kröte zu fressen. Die zweite Randbemerkung trug den Titel
„Bierkrugkrieg“; ebd.

³ Unter dem Pseudonym Theobald Schwab veröffentlichte Heuss in den kommenden Wochen re-
gelmäßig kleinere Glossen in der „Hilfe“.

⁴ THEODOR HEUSS: Naumann als politischer Pädagoge, in: Die Hilfe 29, Nr. 16, 15. 8. 1923, S. 288f.

⁵ Im Sommer 1923 war die Inflation in Deutschland endgültig in das Studium der Hyperinflation
eingetreten. Der Wert des Dollars stieg binnen weniger Wochen von 4,6 Millionen Mark (Monats-
durchschnitt August) auf 25,26 Mrd. Mark (Monatsdurchschnitt Oktober). Der von Heuss an-
geführte Fahrschein der elektrischen Straßenbahn kostete bis zum 27. 8. 1923 noch 5 Mark.
Nach 44 Erhöhungen erreichte er am 22. 11. 1923 den Preis von 150 Mrd. Mark; vgl. F. BLAICH,
Schwarzer Freitag, S. 29, 31; vgl. Nr. 41, Anm. 2.

Nr. 64

An Anton Erkelenz, Berlin-Baumschulenweg
13. Oktober 1923; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1072, 28: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“

Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Friedrich Naumann und Max Weber in der „Hilfe“

Lieber Herr Erkelenz!

Ich hoffe, daß sich mein Hilfe-Manuskript in der Zwischenzeit bei Ihnen gemeldet hat.¹ Es ist, wie verabredet, Freitag vormittag etwa um 11 Uhr gemeinsam mit einem Manuskript für Weinhausen² in der Demokratischen Partei abgegeben worden und offenbar Ihnen dort nicht vorgelegt. In dem Bierkrieg hat Kahr ja nun in der Zwischenzeit klein beigegeben, aber wir können die Geschichte, glaube ich, trotzdem laufen lassen, wenn Ihnen das Tönchen an sich paßt.³

Was den Briefwechsel von Naumann an Max Weber anlangt, so habe ich, als Varrentrap⁴ mich im Auftrage von Stündt⁵ und Julie Meyer darum bat, gleich gesagt, falls er publiziert werden solle, käme nach meiner Meinung in erster Linie oder eigentlich nur die Hilfe in Frage.⁶ Ich würde auch nicht für eine gleichzeitige Publikation von mir aus sein. Das Verfügungsrecht hat natürlich nicht Marianne Weber, sondern Frau Naumann und Frau Pfarrer Loew. Ich werde mit Frau Naumann sprechen, wenn sie zurück ist, und halte es für selbstverständlich, daß sie keine Schwierigkeiten machen wird. Hoffentlich komme ich dazu, in den nächsten

¹ Vgl. Nr. 63, Anm. 2.

² Friedrich Weinhausen redigierte den „Demokratischen Zeitungsdienst“; bei dem Manuskript handelte es sich vermutlich um: THEODOR HEUSS: Die britische Reichskonferenz, in: Der Demokratische Zeitungsdienst, 17. 10. 1923, zit. nach BArch, N 1221, 37.

³ Auf die Ankündigung der Münchner Brauer, den Bierpreis der Geldentwertung anzupassen, hatte Gustav von Kahr, der Generalstaatskommissar von Bayern, am 5. 10. 1923 mit der Festsetzung der Bierpreise geantwortet. Mit der Anordnung vom 11. 10. 1923 wurde die Preisfestsetzung jedoch wieder aufgehoben und die Anpassung der Bierpreise in das Ermessen der Landespreisstellen gestellt; vgl. Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 232, 6. 10. 1923, und Nr. 236, 11. 10. 1923. Heuss kommentierte den gescheiterten Versuch bissig: „Aber die staatspolitische Frage liegt klar zutage. Kahr wollte sein Regiment in dem feuchtesten Boden der Volksseele Wurzel schlagen lassen, damit von dort Stamm, Ast und Krone genährt werden.“ THEOBALD SCHWAB [THEODOR HEUSS]: Randbemerkungen. Bierkrugkrieg, in: Die Hilfe 29, Nr. 20, 15. 10. 1923, S. 359.

⁴ In der Vorlage: „Varentrap“.

⁵ In der Vorlage: „Stindt“.

⁶ Nachdem Erkelenz von dem Plan erfahren hatte, den Briefwechsel zwischen Naumann und Weber in der Zeitschrift „Echo der jungen Demokratie“ zu veröffentlichen, befürwortete er Heuss' Vorschlag, die Briefe zuerst in der „Hilfe“ zu publizieren, der jedoch nicht verwirklicht wurde; Erkelenz an Heuss, 11. 10. 1923, in: BArch, N 1221, 56.

Wochen einmal die Briefe, soweit ich sie bereits gesammelt habe, durchzugehen. Nach meiner Erinnerung sind [es] nicht allzu viele, die von politisch größerem Gewicht sind, deshalb, weil Naumann in allen entscheidenden Fragen ein bis zwei Tage zu Max Weber fuhr und sich mündlich mit ihm auseinandersetzte.⁷

Ob im Falle des Abdrucks das Echo nachdruckt,⁸ kann uns gleichgültig sein, nur darf es gerade mit Naumann-Manuskripten kein Vorrecht haben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 65

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem

13. November 1923; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GStA PK, VI. HA, NL Meinecke, 15: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“

Kooperation zwischen der Deutschen Hochschule für Politik und der „Zeitschrift für Politik“; Bitte, Richmond Lennox in die „Mittwochabende“ von Hans Delbrück einzuführen

Verehrter Herr Geheimrat!

Freundlichen Dank für Ihren entgegenkommenden Brief.¹

Inzwischen haben wir, einer Anregung von Ihnen entsprechend, mit Dr. Grabowsky und einem Vertreter des Verlags Carl Heymann Verhandlungen angeknüpft über die Möglichkeit, mit der „Zeitschrift für Politik“ ein Verhältnis zu gewinnen, das sie auf der einen Seite als regelmäßiges Publikationsorgan erscheinen läßt, auf der anderen Seite die Wiederaufnahme des Literaturblattes ermöglicht. Die vorläufigen Abmachungen gehen dahin, daß mit eigenem Umbruch 16 bzw. 8 Seiten dem alle zwei Monate erscheinenden Heft angefügt werden sollen. Wir denken, daß wir innerhalb dieser Mitteilungen Jahresbericht, Prüfungsordnung und später grundsätzliche Erörterungen zu dem Problem der poli-

⁷ Vgl. den im Nachlass Naumann befindlichen Briefwechsel zwischen Naumann und Weber, in: BArch, N 3001, 106. Der Briefwechsel erstreckt sich auf die Jahre 1892 bis 1918 und besteht aus etwa 40 Schreiben Webers und 25 Schreiben Naumanns; vereinzelte Briefe Webers finden sich noch in: BArch, N 3001, 25, 212 und 232.

⁸ Vgl. Anm. 6.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

tischen Pädagogik u. s. f. aus dem Kreise unserer Mitarbeiter bringen werden können.²

Ich will nun die Frage an Sie stellen, ob Sie Ihr Manuskript auch für eine Publikation im Rahmen der „Zeitschrift für Politik“ zur Verfügung stellen würden.³ Grabowsky seinerseits würde dafür sehr dankbar sein, aber wir wissen beide nicht, ob Sie dazu bereit sind. Es würde technisch den Vorzug haben, daß wir für das geplante Sonderheft den dortigen Satz benutzen können. Für eine freundliche baldige Beantwortung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Ich habe vor ein paar Tagen Hans Delbrück gefragt, ob ich Herrn Dr. Lennox⁴ auf den Mittwoch-Abend⁵ mitbringen dürfte. Delbrück hat aber in dem Augenblick nicht recht gezogen. Ich würde es aber für recht wünschenswert halten, vor allem für Dr. Lennox, wenn er hier in einen politisch angeregten Kreis treten könnte. Vielleicht legen Sie selber Delbrück schriftlich oder mündlich nahe, Lennox in den Kreis miteinzuführen. Seiner persönlichen Art nach würde er durchaus gemäß sein und die eine oder andere Beziehung gewinnen, die ihm vielleicht interessant ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

*Anlage: Freikuvert.*⁶

² Ab H. 3 von Bd. 13 waren der „Zeitschrift für Politik“ regelmäßig die „Mitteilungen der Deutschen Hochschule für Politik“ als Beiblatt beigelegt.

³ FRIEDRICH MEINECKE: Hegel und die Anfänge des deutschen Machtstaatsgedankens im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Politik 13 (1923/1924), H. 3, S. 197–213. Die Abhandlung beruhte auf dem Festvortrag, den Meinecke am 28. 10. 1923 auf Bitten von Heuss auf der Jahresfeier der Deutschen Hochschule für Politik gehalten hatte; Heuss an Meinecke, 19. 7. 1923, in: GStA PK, VI. HA, NL Meinecke, 15.

⁴ Lennox war seit 1924 als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik tätig.

⁵ Zu den „Mittwochabenden“ von Delbrück vgl. Nr. 1, Anm. 3.

⁶ Liegt dem Schreiben nicht bei.

Nr. 66

An Dr. Gustav Stolper, Wien

16. November 1923; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“¹

Mitarbeit am „Österreichischen Volkswirt“; politische Krise; Arbeit an der Deutschen Hochschule für Politik; Publizistik; Hilfsaktionen zugunsten von Magdalene Naumann und Georg Friedrich Knapp

Lieber Freund Stolper!

Für Ihren Brief vom 5. ds. Mts. sage ich Ihnen herzlichen Dank, für das „Geschäftliche“ wie für das Persönliche.²

Was zunächst die Mitarbeit anlangt, so will ich Ihrer freundlichen Einladung im Rahmen des Möglichen gern folgen, zumal, solange die „Deutsche Nation“ sistiert ist,³ meine publizistische Kraft nicht voll ausgenutzt wird. Ich habe Ihnen gestern abend einen Aufsatz niedergeschrieben⁴ mit einem etwas unsicheren Gefühl, ob er so recht ist; unsicher erstens, weil wir keine berliner Zeitungen hatten,⁵ zweitens weil ich nicht weiß, in welchem Ausmaß Sie allgemeine Reflexion jetzt für zweckdienlich halten, wieweit unmittelbar aktuelle Stellungnahme. Die letztere ist in einem Zeitpunkt der Zeitungslosigkeit und vollkommenen Undurchsichtigkeit verflucht schwierig. Ich möchte Sie nun noch um folgende technische Angaben bitten: an welchem Tage haben Sie Redaktionsschluß? Wie groß soll der Umfang eines durchschnittlichen Artikels sein? Ich würde dann immer versuchen, mit einer Karte Sie einige Tage vorher zu orientieren, was ich ungefähr drannehmen will.

Es würde mir Spaß machen, wenn ich hin und wieder zu Ihren Vornotizen⁶ die eine oder andere schreiben könnte, natürlich ohne jegliche Verpflichtung zum Abdruck, wenn Sie selber diese oder jene Frage schon glossiert haben oder wenn Ihnen mein Zeug nicht paßt. In der „Hilfe“ schreibe ich jetzt unter einem

¹ Im Briefkopf Erledigungsvermerk durch Empfänger vom 24. 11. 1923.

² Stolper an Heuss, 3. 11. 1923, in: BArch, N 1221, 487; ein Brief vom 5. 11. 1923 ließ sich hingegen nicht ermitteln. – Stolper bot in seinem Brief Heuss eine regelmäßige Veröffentlichung von Artikeln im „Österreichischen Volkswirt“ an; außerdem erkundigte er sich nach dem Wohlergehen der gesamten Familie Heuss und bot auch hier seine Hilfe an.

³ Die „Deutsche Nation“ hatte im Herbst 1923 „wegen der Gestaltung der Preise im Buchdruckgewerbe“ ihr Erscheinen bis auf weiteres eingestellt; Heuss an die Preußische Staatsbibliothek, 9. 11. 1923, in: SBB PK, F 619/31-5.1923.

⁴ THEODOR HEUSS: Die deutsche Staatskrise, in: ÖVW 16, H. 8, 24. 11. 1923, S. 220–222.

⁵ Die Berliner Buch- und Zeitungsdrucker streikten vom 10. bis zum 16. 11. 1923.

⁶ Gemeint sind die nicht namentlich gezeichneten Glossen zu Beginn eines jeden Heftes des „Österreichischen Volkswirts“.

Pseudonym gelegentlich Randbemerkungen⁷ und könnte das vielleicht hin und wieder auch im Rahmen Ihrer Spitzennotizen tun.

An Bülow habe ich Ihren Wunsch übermittelt und bei ihm nach wie vor Bereitwilligkeit gefunden. Wenn es ihm zwischen der Massenarbeit möglich ist, will er sich am Sonntag hinsetzen und etwas für Sie schreiben; bringt er es jetzt nicht fertig, so heißt das nicht Ablehnung, sondern Vertagung. Er sagte mir, daß er „sehr gern“ bei Ihnen schreiben würde.⁸

Wegen sonstiger Mitarbeiter will ich, wenn wohl im Laufe der nächsten Zeit mit Riezler und Bülow zusammen eine Konferenz stattfindet,⁹ meine Bemühungen weiter dehnen.

Politisch ist die jetzige Situation nahezu grauenvoll durch die Zuspitzung der Rheinfrage.¹⁰ Ob Stresemann parlamentarisch der Sache noch Herr wird, nachdem die Revolten in seiner eigenen Fraktion sich dauernd wiederholen, ist außerordentlich fraglich.¹¹ Im Rheinland scheint die verwüstende Politik von Hermes-Becker jetzt ihre vollen Früchte zu tragen.¹²

Persönlich geht es bei uns bis jetzt noch ordentlich. An der Hochschule für Politik haben wir den Betrieb wieder aufgenommen; die Beteiligung ist natürlich wesentlich geringer als im vergangenen Winter, aber der Betrieb kann ordnungsgemäß durchgeführt werden. Ich halte Vorlesungen über neuere deutsche Geschichte, über Verfassungswesen und behandle laufend die tagespolitischen

⁷ Vgl. Nr. 63, Nr. 64.

⁸ Ein Artikel von von Bülow ließ sich in den folgenden Heften des „Österreichischen Volkswirts“ nicht ermitteln.

⁹ Vermutlich zum weiteren Schicksal der „Deutschen Nation“; vgl. Anm. 3.

¹⁰ Mit Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden versuchten Separatisten im Oktober und November 1923 im Rheinland und in der Pfalz einen vom Deutschen Reich getrennten Rheinstaat zu gründen. Auf dem Höhepunkt der Bewegung proklamierte der Separatistenführer Franz-Josef Heinz am 12. 11. 1923 die Pfälzische Republik im Verbands der Rheinischen Republik; vgl. J. KERMANN/H.-J. KRÜGER, Separatismus. – Gleichzeitig plante die Regierung Stresemann mit der Einführung der Rentenmark die Erwerbslosenzahlungen im besetzten Gebiet einzustellen und die Verwaltung der betroffenen Gebiete vorübergehend einem Fünffzehner-Ausschuß zu übertragen. Von diesen Maßnahmen wurde allgemein eine Verstärkung separatistischer Tendenzen befürchtet; vgl. AdR Stresemann I und II, Bd. 2, S. 1032–1037, 1042–1049, 1051–1055, 1057–1060; 1085–1089.

¹¹ Der rechte Flügel der Reichstagsfraktion der DVP drängte seit Anfang November gegen den Widerstand Stresemanns auf die Bildung einer „nationalen“ Regierung unter Einschluss der DNVP. Auf mehreren Fraktionssitzungen setzten sich die parteiinternen Kritiker Stresemanns mit ihren Beschlüssen durch; es gelang ihnen jedoch nicht, einen Rücktritt Stresemanns als Reichskanzler oder Parteichef zu erzwingen. In der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP am 18. 11. 1923 konnte Stresemann die Partei wieder hinter seine Position bringen; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 291–301.

¹² Andreas Hermes und Johannes Becker hatten als Reichsminister der Finanzen bzw. als Reichswirtschaftsminister dem Kabinett Cuno angehört, das im Januar 1923 den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen ausgerufen und damit die Inflation beschleunigt hatte.

Probleme.¹³ Sonst sehe ich zu, durch einige Publizistik meinen Etat zu ergänzen, was noch leidlich geht, zumal auch meine Frau munter, freilich für ein Bettelgeld, Sozialbeamtinnen und Kinderhortlerinnen unterrichtet.¹⁴ Sie ist seit geraumer Zeit sehr aktiv in die Armenwohlfahrtspflege wieder hineingegangen, hat jetzt wieder nebeneinander individuelle Fürsorge und bestimmte Organisationsaufgaben.¹⁵

In Ihrem Brief bieten Sie sich freundlicherwise an, evtl. außerhalb der organisierten Hilfsaktionen¹⁶ etwas zu tun. Diese freundschaftliche Bereitwilligkeit nehme ich in einem bestimmten Falle gern an. Wie ich Ihnen wohl schon einmal erzählte, ist die Fürsorge für Friedrich Naumanns Witwe in den letzten Jahren in meine Hand gekommen. Ihr ergeht es, wie vielen solchen Existenzen, daß das Vermögen, von dem sie hätte leben können, vernichtet ist, und es ist meine von Woche zu Woche gehende Sorge, immer wieder das Notwendigste bei Freunden zusammen zu betteln. Pension liegt nicht vor; öffentliche Armenpflege will ich natürlich nicht in Anspruch nehmen. Eine Anzahl von Freunden hat sich zu regelmäßigen Leistungen verpflichtet, die aber dann praktisch doch unregelmäßig und in „entwertetem“ Gelde kamen. Falls es möglich wäre, daß Sie, natürlich ganz vertraulich, wie diese Frage überhaupt behandelt werden muß, ein paar der Freunde, die Naumann ja auch in Wien gehabt hat, zu einer einmaligen oder regelmäßigen Stiftung zusammenbringen könnten, so wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar.¹⁷

Dann noch ein Zweites: Ich weiß nicht, in welcher Lage Federn ist, aber wenn er dem alten Knapp ein Päckchen mit Lebensmitteln, etwas Kaffee, etwas Tee oder ähnliches schicken würde als unsentimentalen Gruß, so würde das, wie ich glaube, dort nicht unfreundlich aufgenommen werden. Es ist dem alten Herrn außerordentlich schwer zu helfen, da sich natürlich sein Stolz dagegen sträubt. Ich kämpfe seit langer Zeit darum, daß er mich an den Kosten für den Aufenthalt

¹³ Vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, [Vorlesungsverzeichnis] 1923/24, S. 7. Danach hielt Heuss eine Vorlesung „Deutschlands innere Politik und Entwicklung seit 1870“. Die Zahl der eingeschriebenen Hörer war von 825 im Wintersemester 1922/23 auf 293 im Wintersemester 1923/24 gefallen; vgl. D. LEHNERT, „Schule der Demokratie“, S. 80.

¹⁴ Zu den Vorträgen und Lehrtätigkeiten von Heuss-Knapp Ende 1923, die insbesondere in Bibelkursen bestanden, vgl. E. Heuss-Knapp, Bürgerin, S. 365f.

¹⁵ Seit September 1923 war Heuss-Knapp ehrenamtlich bei der städtischen Armenpflege in Berlin-Schöneberg tätig, seit November 1923 organisierte sie die „Nachbarschaftshilfe“; ebd.

¹⁶ Zur Unterstützung bedürftiger Deutscher hatten sich in Österreich Ende Oktober verschiedene Komitees wie das Österreichische Hilfswerk für Deutschland, die Österreichische Freundeshilfe für Deutschland, die Österreichische Künstlerhilfe oder das Aktionskomitee Intellektueller gebildet, die Lebensmittelsendungen nach Deutschland organisierten. Über ihre Arbeit wurde in der „Neuen Freien Presse“ kontinuierlich berichtet.

¹⁷ In seinem Antwortschreiben berichtete Stolper über einzelne Schritte, die er in dieser Hinsicht unternommen hatte, und bat um die Adresse von Frau Naumann; Stolper an Heuss, 24. 11. 1923, in: BArch, N 1221, 487.

seiner, wie Sie wissen, seit Jahrzehnten erkrankten Frau mittragen läßt, bislang vergeblich.¹⁸ In den letzten Wochen aber hat sich dort die Situation auch so zugespitzt, daß er mir jetzt, wie ich hoffe, mein Eingreifen, das ich ungefragt eingeleitet habe, nicht verübelt. Er schrieb kürzlich,¹⁹ daß ihm Grünberg ein Paket geschickt habe und dieser oder jener Schüler; daneben teilt die Hausdame mit, wie sorgenvoll er seit einigen Wochen ist. Ich darf sicher sein, daß Sie diese Zeilen nicht falsch verstehen. Eine solche Sendung müßte mit höchster Diskretion vor sich gehen. Wir versuchen hier auch, ihm seine Lage mit Lebensmitteln zu erleichtern. Seine Pension reicht natürlich für ihn persönlich aus, aber offenbar nicht mehr für die Aufwendungen für seine Frau.

Meine Frau hat die Arbeit der Ihrigen über deutsche Sozialpolitik²⁰ mit lebhaftestem Interesse gelesen. Sie wollte eigentlich auch ein paar Zeilen schreiben, ist aber nun nicht dazu gekommen, und ich möchte Sie nicht länger warten lassen.

Wölfi²¹ muß entschuldigen, daß ich ihm diesmal keine Briefmarken mitschicke; das nächste Mal denke ich, einige Zeichen des deutschen Chaos für ihn zurecht legen zu können.

Für heute Ihnen allen herzlichen, dankbaren Gruß

Ihr

Theodor Heuss

*P.S.*²² Würden Sie bitte veranlassen, daß der „Österreichische Volkswirt“ nach Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 36a1 umgeleitet wird, da ich gegenwärtig nicht mehr regelmäßig auf die Redaktion der „Deutschen Nation“²³ komme, sondern immer einige Spanne dazwischen lasse.

*Anlage*²⁴ Manuskript „Die deutsche Staatskrise.“

¹⁸ Vgl. Nr. 59, Anm. 12.

¹⁹ Ließ sich nicht ermitteln.

²⁰ TONI STOLPER: Abbau der Sozialpolitik in Deutschland, in: ÖVW 16, H. 4, 27. 10. 1923, S. 102f.

²¹ Wolfgang Stolper, ein Sohn von Gustav Stolper aus erster Ehe.

²² Von hier bis zum Ende des Postskriptums rechte Randanstreichung durch Empfänger.

²³ Durch Empfänger unterstrichen: „Berlin W. 35, Schöneberger“ und „Deutschen Nation“.

²⁴ Von unbekannter Hand hs. hinzugefügt: „Anlage. Manuskript „Die deutsche Staatskrise“. Die Anlage liegt dem Schreiben nicht bei; vgl. Anm. 4.

Nr. 67

An Dr. Gustav Stolper, Wien

3. Dezember 1923; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Hochschule für Politik“¹

Verhältnis zwischen Republik und Reichswehr; Konflikt zwischen Reichsregierung und Bayern; Umwandlung von Preußen in ein Reichsland; Beiträge für den „Österreichischen Volkswirt“

Lieber Freund!

Besten Dank für Ihren liebenswürdigen Brief² und den raschen Abdruck meines Aufsatzes.³ Vielleicht reicht es am Montag, Ihnen die eine oder andere Glosse zu schicken. Ob Sie die dann benutzen können oder nicht, stelle ich Ihnen anheim.⁴ Ich habe die letzten Nummern des Volkswirts immer mit sehr großem Interesse gelesen und halte vor allem den Glossenteil mit seiner munteren Abwechslung für eine sehr starke journalistische Leistung. Wie Sie schon aus meinem Artikel sahen, behandle ich die Reichswehr mit Absicht nicht allzu kritisch.⁵ Daß Generäle politische Dummheiten machen, muß immer in Kauf genommen werden, aber aufs Ganze gesehen haben die Sozialdemokraten und auch Teile der Demokraten psychologisch eine falsche Politik geübt, wenn sie der Reichswehr gegenüber zumeist immer das Kritische heraushoben,⁶ denn sie haben dadurch das Zusammenleben von Wehrmacht und Republik häufig genug ohne Nutzen erschwert, während hier mit zarter Vorsicht vorgegangen werden muß, da ja nun die Reichswehr fast der einzig reale Machtbestand in diesem gallertartigen Staate ist. Vielleicht kann ich Ihnen das nächste Mal, wenn ich einen Aufsatz anfasse, etwas

¹ Oben links Vermerk durch Empfänger: „abl[egen]“.

² Stolper an Heuss, 24. 11. 1923, in: BArch, N 1221, 487.

³ Vgl. Nr. 66, Anm. 4.

⁴ Die Glossen im „Österreichischen Volkswirt“ waren namentlich nicht gekennzeichnet; ein Abdruck von Heuss-Texten lässt sich daher nicht verifizieren.

⁵ Stattdessen kritisierte Heuss in seinem Artikel (vgl. Nr. 66, Anm. 4) vehement die politisch Verantwortlichen für die Reichskrise Ende 1923. Insbesondere das Vorgehen des bayerischen Generalstaatskommissars von Kahr, der den am 20. 10. 1923 durch Reichspräsident Friedrich Ebert vom Dienst enthobenen Generalleutnant Otto von Lossow eigenmächtig wieder eingesetzt hatte, hielt Heuss für inakzeptabel: Damit habe sich ein Teilkörper gegen die Gesamtheit gewendet und „zwar gegen das fast einzige Instrument des Gesamtwillens, die Reichswehr. Der Sonntag, an dem Doktor von Kahr die siebente Reichswehrdivision als ‚Treuhand in Pflicht nahm‘, ist der wahre dies ater der deutschen Staatskrise geworden und er ist heute noch nicht ausgelöscht.“ Zur Auseinandersetzung zwischen Reichsregierung und Bayern vgl. auch Anm. 9.

⁶ Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit der Reichswehr hatten u. a. zum Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der zweiten Großen Koalition unter Reichskanzler Stresemann am 2. 11. 1923 geführt; vgl. AdR Stresemann I und II, Bd. 2, S. 948–954.

über das Problem Preußen und Reich sagen.⁷ Die Entwicklung wird vielleicht dahin kommen müssen, Preußen zum eigentlichen Reichsland zu machen, d. h. die Berliner Ministerien zusammenzulegen;⁸ denn wenn das, was von Bayern aus gegen das Reich geschah,⁹ sich einmal von Preußen aus ergeben sollte, ist das Reich gesprengt.

Die Adresse von Frau Naumann heißt: Frau Magdalena Naumann, Berlin N.W. 40, Kronprinzen Ufer 27.

Wegen der Mitarbeit für den „Österreichischen Volkswirt“ bleibe ich gern bemüht. Ich will Dominicus, der recht gut und klar schreiben kann, einmal vorschlagen, die Probleme der Verwaltungsreform in Preußen für Euch unter allgemeinen Gesichtspunkten darzustellen. Über die geplante Neuregelung der Finanzen zwischen Reich und Staat kann vielleicht Finanzminister Dr. Schall in Stuttgart sich einmal auslassen.¹⁰

Für heute herzlichen Gruß und ein kleines bißchen gelassenen Humor für Ihren Kampf mit Herrn Bekessy, dessen Budapester „Nationale“ in der letzten Nummer ja wahrhaft überzeugend wirkt.¹¹

Ihr

Theodor Heuss

⁷ Ein entsprechender Artikel von Heuss im „Österreichischen Volkswirt“ ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Der Dualismus zwischen dem Reich und dem größten Gliedstaat Preußen prägte wesentlich die „Reichsreform“-Diskussion der zweiten Hälfte der 1920er Jahre; das von Erich Koch-Weser für die DDP entwickelte Reformprogramm aus dem Jahre 1927 sah ebenfalls die Verschmelzung der preußischen mit der Reichsregierung vor; vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 151–160. – Heuss hatte 1918 noch eine Aufteilung bzw. Auflösung Preußens favorisiert, in den späteren Jahren jedoch die Bindekraft Preußens hervorgehoben, die das Abgleiten des deutschen Ostens in Hass auf den neuen Staat verhindere; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 101f; TH. HEUSS, Staat und Volk, S. 135f.

⁹ Nach Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrkampf hatte die bayerische Regierung am 26. 9. 1923 eigenmächtig den Ausnahmezustand in Bayern erklärt und von Kahr zum Generalstaatskommissar ernannt. Dieser setzte kurz darauf den Vollzug der Gesetze zum Schutz der Republik aus und entzog die in Bayern stationierte 7. Reichswehrdivision der Befehlsgewalt des Reiches. Die Wehrhoheit des Reiches wurde erst im Februar 1924 wiederhergestellt.

¹⁰ Weder von Alexander Dominicus noch von Wilhelm Friedrich Schall ließen sich Artikel im „Österreichischen Volkswirt“ ermitteln.

¹¹ Seit Sommer 1923 setzte sich Stolper in zahlreichen Artikeln mit dem Sensationsjournalisten Imre Békessy auseinander, dem er erpresserische Methoden vorwarf; vgl. T. STOLPER, Gustav Stolper, S. 151–158. In einem mit „Békessy“ überschriebenen Artikel hatte der „Österreichische Volkswirt“ zuletzt eine Liste der Straftamtshandlungen veröffentlicht, die zwischen 1912 und 1921 gegen Békessy in Budapest anhängig waren; ÖVW 16, H. 8, 24. 11. 1923, S. 219.

Nr. 68

An Albert Hopf, Stuttgart

5. Dezember 1923; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Haltung der SPD nach dem Sturz der „Großen Koalition“; Aufstellung von Kandidaten bei einer eventuellen Auflösung des Reichstags

Lieber Freund!

Ich sende Dir heute wieder einmal einen größeren Aufsatz,¹ der den Versuch macht, die inneren Parteisituationen der letzten Vorgänge darzustellen. Ich hatte ein paarmal in der letzten Zeit das Bedürfnis, Dir zu schreiben, aber es war immer die blöde Situation, daß man den Zustand der Lage für den Augenblick des Erscheinens nicht errechnen konnte. Auch heute ist das nicht ganz der Fall, da das Bild fortgesetzt wechselt.² Immerhin denke ich, daß mit einiger Vorsicht die Situation beschrieben werden kann. Ob Du mit der polemischen Abtönung gegenüber den Sozialdemokraten einverstanden bist, kann ich nicht ganz übersehen, da dies ja mit von den württembergischen Verhältnissen abhängig sein dürfte.³ Aber der Zustand, in dem sich die Sozialdemokratie augenblicklich befindet, ist so, daß man mit ihr, um ihrer selbst willen, gelegentlich grobe Worte reden muß.⁴

Ob eine plötzliche Auflösung des Reichstags oder, wie es gestern hieß, ein Ansetzen der Wahlen für den Anfang März kommen wird, läßt sich natürlich noch nicht übersehen.⁵ Seid Ihr darauf einigermaßen eingestellt? Falls, wie ich sehr hoffe, an der Gesamtüberlegung der Kandidatenfrage in den letzten Wochen sich nichts geändert hat⁶ (Gegenteiliges ist nie hierher gekommen), dann würde

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Das Rumpfkabinett Stresemann wurde am 23. 11. 1923 gestürzt. Nach mehrtägigen Verhandlungen über ein bürgerliches Kabinett mit oder ohne Einschluss der DNVP gelang dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Wilhelm Marx am 30. 11. 1923 die Bildung eines Minderheitskabinetts aus DDP, Zentrum, BVP und DVP.

³ Nach ihrem Austritt aus der Regierung Hieber im Juni 1923 tolerierte die württembergische SPD die Minderheitsregierung aus DDP und Zentrum; vgl. J. MITTAG, Württembergische SPD, S. 71.

⁴ Vermutlich spielt Heuss auf den Mißtrauensantrag der SPD gegen das Rumpfkabinett Stresemann vom 22. 11. 1923 an; vgl. Anm. 2. Die SPD hatte ihren Antrag mit der ungleichen Behandlung der Volksfrontregierungen aus KPD und SPD in Sachsen und Thüringen und der verfassungswidrigen Zustände in Bayern begründet; vgl. H. A. Winkler, Weimar, S. 239f.

⁵ Reichskanzler Marx hatte sofort nach seiner Vereidigung eine Auflösung des Reichstags in Erwägung gezogen, sollte dieser nicht einem bis zum 15. 2. 1924 befristeten Ermächtigungsgesetz zustimmen; vgl. AdR Marx I und II, Bd. 1, S. 1–17. Da das Ermächtigungsgesetz den Reichstag passierte, fanden die Reichstagswahlen im regulären Vierjahreszyklus am 4. 5. 1924 statt.

⁶ Im Sommer 1923 hatte Hopf Heuss mitgeteilt, dass bei den kommenden Reichstagswahlen Heuss' Kandidatur auf dem zweiten Platz des Wahlvorschlags der württembergischen DDP gesichert sei; Hopf an Heuss, 18. 6. 1923, in: BArch, N 1221, 381.

ich Dich bitten, für Anfang Januar jetzt schon eine Reihe von Versammlungen für mich festzumachen. Ich stehe vom 2.–13. Januar einschließlich zur Verfügung; am 15. 1. muß ich hier wieder Vorlesungen halten.⁷ Auf dem beifolgenden Zettel notiere ich die Städte, in denen ich im ablaufenden Jahr gesprochen habe, und diejenigen, die nach meiner Meinung evtl. in Frage kommen. Natürlich würde es mir persönlich, würde aber auch wohl sachlich wertvoll sein, wenn es Euch möglich wäre, noch vor Weihnachten die Aufstellung der Kandidaten in Ordnung zu bringen,⁸ weil dann eine solche Redereise einen viel positiveren Sinn hat und eine stärkere Wirkung üben kann. Die Kandidatenaufstellung der Parteien hat, wie mir Stephan⁹ sagt, im Laufe der letzten Wochen in einer Reihe von Wahlkreisen stattgefunden, und ich würde es für sehr gut halten, wenn gerade wir nicht im Rückstande blieben. Sollte das „Wildermuthsche Programm“¹⁰ erreichbar sein, so würde ich den Versuch machen, wie ich Dir seinerzeit sagte, für die Finanzierung der Wahl hier bei einigen meiner Freunde Geld locker zu machen.

Ich hoffe, daß es Dir persönlich soweit wohl ergeht. Mück fand ich vor vier Wochen, als er hier war, gesundheitlich in einem guten Zustand.

Mit herzlichen Grüßen

[Theodor Heuss]

*Anlage.*¹¹

⁷ Vgl. Nr. 66, Anm. 13.

⁸ Vgl. das Antwortschreiben von Hopf vom 8. 12. 1923, in: BArch, 1221, 57: „Mit Bruckmann habe ich ausgemacht, daß wir Deine Kandidatur in der nächste Woche stattfindenden Vorstandssitzung behandeln werden. Es wird Einstimmigkeit herrschen. Im Lande habe ich für Dich gut vorgearbeitet. Ich halte Deine Kandidatur für sicher. Fraglich ist nur die Reihenfolge in Bezug auf den Namen Wieland – ob 1.) Wieland 2.) Heuss, oder umgekehrt, was ich möchte, u. viele andere.“

⁹ In der Vorlage: „Stefan“; gemeint ist Werner Stephan, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP von 1922 bis 1929.

¹⁰ Eberhard Wildermuth trat innerhalb des Landesvorstandes der württembergischen DDP für die Spitzenkandidatur von Heuss ein; vgl. Mück an Heuss, 28. 2. 1924, in: BArch, N 1221, 269.

¹¹ Liegt dem Schreiben als Durchschlag bei.

Nr. 69

An Dr. Hjalmar Schacht, Berlin-Zehlendorf

28. Dezember 1923; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 95: ms. Schreiben, Durchschlag

Bitte um einen Aufsatz für den „Österreichischen Volkswirt“

Verehrter Herr Präsident!

Ich nehme an, daß Ihnen von unserer gemeinsamen Redetätigkeit in Wien im Februar 1919¹ Dr. Gustav Stolper, der Herausgeber des „Österreichischen Volkswirts“ noch persönlich in Erinnerung ist; möglicherweise kennen Sie Stolper auch sonst, und seine Zeitschrift wird Ihnen nicht unbekannt sein. Ich selber halte den „Österreichischen Volkswirt“ als die in ihrer Art beste ökonomisch-politische Wochenschrift in der deutschen Sprache und habe Dr. Stolper, mit dem ich auch seit jenem Wiener Zusammensein persönlich befreundet bin, versprochen, ihm zu helfen, daß er, der den Radius seiner Wirkung ausdehnen möchte, auch reichsdeutsche Mitarbeiter bekommt.

Heute früh erhalte ich nun einen sehr dringenden Brief von ihm, in dem er mich bittet, Sie für einen programmatischen Aufsatz für den „Österreichischen Volkswirt“ zu gewinnen.² Da ich knapp vor der Abreise für zwei Wochen stehe³ und auch annehmen muß, daß Ihre freie Zeit gegenwärtig sehr beschränkt ist, will ich nicht den Versuch machen, Sie persönlich in der Sache zu sprechen, möchte aber mit diesen Zeilen nicht nur Stolpers Bitte weitergeben, sondern sie auch aus sachlichen Gründen aufs angelegentlichste unterstützen. Es erschiene mir außerordentlich wichtig, wenn Sie die Gelegenheit wahrnehmen würden, von einer Stelle aus, mit dem „Österreichischen Volkswirt“, in dem Publizistik und Wissenschaft sich begegnen, wenn Sie also vor der mitteleuropäischen Öffentlichkeit propagandistisch sich äußern würden. Ihre Darlegungen vor den Züricher Bankiers sind in der Tagespresse ja doch nur sehr knapp berichtet worden.⁴ Vielleicht fällt es Ihnen auch im Augenblick nicht allzu schwer, die dort gegebenen wieder vorgetragenen Anschauungen in Aufsatzform zu diktieren und evtl. zu ergänzen. Die Adresse von Dr. Gustav Stolper ist: Wien IX, Porzellangasse 27.

¹ Vgl. Nr. 21, Anm. 2.

² Stolper an Heuss, 22. 12. 1923, in: BArch, N 1221, 487: „Bitte verschaffen Sie uns dringend einen programmatischen Artikel von Schacht. Legen Sie ihm nahe, wie wichtig es ist, durch den ‚Volkswirt‘ die mitteleuropäische Öffentlichkeit über seine Währungsansichten und Pläne zu informieren. Machen Sie es ihm sehr heiß.“

³ In den ersten beiden Januarwochen sprach Heuss in zahlreichen Städten Württembergs zum Thema „Deutsche und europäische Krisis“; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁴ Schacht hatte am 17. 12. 1923 vor der Volkswirtschaftlich-statistischen Gesellschaft des Kantons Zürich über die deutsche Währungsreform gesprochen; vgl. VZ, Nr. 597, 18. 12. 1923.

Auf jeden Fall würde ich Ihnen dankbar sein, wenn Sie Stolper Bescheid zugehen ließen; ein positiver würde mich um Stolper's und um der Sache willen besonders freuen.⁵

Darf ich Ihnen bei dieser Gelegenheit meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Berufung⁶ aussprechen und mit den persönlichen Wünschen zum Neujahr die allgemeinen verbinden, daß Ihre Wirksamkeit, die so erfolgreich eingesetzt hat, dem Vaterland in diesen furchtbar schweren kommenden Monaten helfen kann.

Ihr dankbar ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 70

An Elly Heuss-Knapp, Berlin-Friedenau

6. Januar 1924; [Stuttgart], am Zug¹

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Verlauf des Stuttgarter Parteitages der württembergischen DDP

Liebe Elli,

der Parteitag ist gut verlaufen. Zur Kandidatenfrage Beschluß, bis 25. Febr. Entscheidung.² Heute große Landesversamml[un]g, in der ich für Hamm sprach, unter erschwerten Umständen, da Hieber statt 15 Min 45 und Gessler statt 45 Min 1½ St[un]den sprach. Ich hab aber <die>³ Versammlung noch fest zusammengehalten u. einige Leute verblüfft, dadurch daß ich fast durchweg, mit einigen „graziösen“ Witzen gelockert, rein wirtschaftl[iche] Dinge sprach (Finanz, Währung, Industrie, u. Agrarfrage), dann Wendung zum Grundsätzlichen. Sieh im Neuen Tagblatt nach.⁴ Mein „Konkurrent“ Wieland, ganz erstaunt: „Ich habe Sie noch nie über Wirtschaft reden hören. Ich habe selten so Ausgezeichnetes u. Klares gehört“. Ich hoffe, daß die Rede, die genau disponiert war u. der zuliebe ich am Abend vorher ganz solid war, in der Richtung ihrer Absicht gewirkt hat.

⁵ Ein Brief von Schacht an Stolper ließ sich ebensowenig ermitteln wie ein Aufsatz von Schacht im „Österreichischen Volkswirt“.

⁶ Schacht war am 22. 12. 1923 zum Präsidenten der Reichsbank ernannt worden.

¹ Poststempel: Stuttgart-Bahnpost.

² Die Aufstellung der Kandidaten der württembergischen DDP für die Reichstagswahlen am 4. 5. 1924 fand erst am 22. 3. 1924 statt; vgl. Nr. 74, Anm. 6.

³ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

⁴ Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ berichtete in zwei Artikeln ausführlich über den Vertretertag der württembergischen DDP und referierte auch den Redebeitrag von Heuss; vgl. SNT, Nr. 8, 5. 1. 1924, und Nr. 9, 7. 1. 1924. Ein Abdruck der Rede von Heuss findet sich in: Der Beobachter, 12. und 18. 1. 1924, zit. n. BArch, N 1221, 1; das Konzept der Rede findet sich ebd., 26.

Nun kommen noch ein paar Reisetage zwischen dem Hohenloheschen u. dem Schwarzwald.⁵ – Zu Mittag bei Kom[merzien]r[a]t Rosenfeld, Kaffee bei Willich, dann wieder Rosenfeld. Heute Abend Versamml[un]g in Waiblingen, um in Übung zu bleiben. Schlaf gut, Glatteis gemein, aber noch nie gefallen. Lehre der Reise: ich brauche neue Socken, das Flickwerk versagt, ich produziere lauter Löcher. – Gestern haben Wüsts bei Käthe⁶ Bild der Tochter bestellt (Vermittl[un]g von Hedwig⁷). Zweifelhaft ob ich Trudi Geiger sehe – sie ist wieder zurück.

Herzl[iche] Grüße

Dein

Theodor

[PS] Am Donnerst[a]g bei Prof. Gaupp in Tübingen,⁸ dorthin vielleicht Nachricht.

Rückfahrt: In Waiblingen ganz volle, große Versamml[un]g mit sehr anständiger Diskussion mit Soz[ial]d[emokratie] u. Zentr[um].⁹ Ich „bearbeite“ die Vereinsvorsitzenden.

Nr. 71

An Anton Erkelenz, Berlin-Baumschulenweg
30. Januar 1924¹; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 56: ms. Schreiben, Durchschlag

Glosse zu Lenins Tod für die „Hilfe“

Lieber Herr Erkelenz!

Ich bin in der letzten Zeit durch auswärtige Reisen (in Württemberg elf demokratische gutbesuchte Versammlungen)² so stark in Anspruch genommen gewesen,

⁵ Vor seiner Rückkehr nach Berlin sprach Heuss auf Parteiveranstaltungen in Waiblingen (6. 1.), Künzelsau (7. 1.), Crailsheim (8. 1.), Tübingen (10. 1.), Schramberg (12. 1.) und Reutlingen (12. 1. 1924); Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁶ Käte Schaller-Härlin.

⁷ Hedwig Heuss, Schwägerin von Heuss.

⁸ In Tübingen sprach Heuss zum Thema „Nationale Diktatur oder nationale Demokratie“; Redenotizen, in: BArch, N 1221, 26.

⁹ In Waiblingen hatte Heuss zum Thema „Deutsche und europäische Krise“ gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹ In der Vorlage: 30. Dezember 1924; das Datum kann aufgrund des Todestages von Lenin (21. 1. 1924) nicht stimmen.

² Vgl. Nr. 70, Anm. 5; vor dem 6. 1. hatte Heuss bereits in Bopfingen, Untertürkheim, Neuenburg, Biberach (3. 1.) und Aalen (4. 1. 1924) gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

daß ich einen Teil meiner laufenden Verpflichtungen und Vorhaben vernachlässigt habe. Ich weiß nicht, ob Sie meine Randbemerkungen³ sehr vermißt haben; ich habe mich nun aber doch wieder hingesetzt und einige geschrieben in der Hoffnung, daß sie nicht zu spät kommen. Ich schicke sie nicht direkt an die Druckerei, weil ich etwas unsicher bin, ob Sie die Glosse über „Lenin, der Tod und die Presse“ für tragbar halten.⁴ Sie ist aus einer Empfindung des Ekels heraus entstanden, welche Schmockerei⁵ die Moskauer Sowjetleute über Lenins Tod inszeniert haben, und wie auch die Berliner Presse auf dieses Verfahren hereingefallen ist. Da Ihr aber in der „Hilfe“ jetzt ziemlich auf der russischen Linie geht, weiß ich nicht, ob für Euch diese satirische Behandlung nicht des Todes von Lenin, sondern seiner journalistischen Verarbeitung tragbar ist. Durch die Form, in der ich meine Kritik gegossen habe (indem ich den Tod selber auftreten lasse), wird vielleicht das politische Moment ganz verwischt. Es würde mir vor allem auch aus sachlichen Gründen angenehm sein, wenn die Bemerkung erscheint. Ich will Lenin nicht verkleinern, da ich eine fabelhafte persönliche Willensleistung in ihm sehe. Was das Geistige und Positive seiner Lebensleistung anlangt, so denke ich davon allerdings wesentlich geringer als die gegenwärtige Nachrufliteratur.

Ihre Anfrage wegen eines Bibliotheksentwurfes für Ihre Gewerkvereinsfreunde⁶ will ich im Laufe der nächsten Tage erledigen. Ich habe die Frage schon mit der Bibliothekarin der Hochschule für Politik, Fräulein von Mayer, durchgesprochen und sie gebeten, meine Vorschläge evtl. zu ergänzen und nach der finanziellen Seite zu überprüfen. Ich bitte also noch um eine kleine Geduld.

Mit freundlichen Grüßen

[Theodor Heuss]

*Anlagen.*⁷ Theobald Schwab: Randbemerkungen.

Lenin, der Tod und die Presse.

Kommt der Prozeß?⁸

³ Vgl. Nr. 63, Anm. 3; in den ersten drei Januarheften der „Hilfe“ waren keine Randbemerkungen von Theobald Schwab alias Heuss erschienen.

⁴ THEOBALD SCHWAB [THEODOR HEUSS]: Randbemerkungen. Lenin, der Tod und die Presse, in: Die Hilfe 30, Nr. 4, 15. 2. 1924, S. 66. In seinem Artikel nahm Heuss die Glorifizierung von Lenins Sterben durch die sowjetische, aber auch die ausländische Presse aufs Korn. So fand der Tod auch in diesem Fall „wieder die Spießermmentalität vorgesetzt, die ihm von allem Monarchen- und Prinzessinnensterben so vertraut war, jene rührsame Verniedlichung seines Handwerks“.

⁵ Gemeint: gesinnungsloser Journalismus.

⁶ Gemeint ist entweder der Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker), dessen geschäftsführendem Ausschuss Erkelenz seit 1907 angehörte, oder sein mächtigster Teilverband, der Gewerksverein Deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter, in dem Erkelenz ebenfalls Leitungsfunktionen bekleidete.

⁷ Liegen dem Schreiben nicht bei.

⁸ THEOBALD SCHWAB [THEODOR HEUSS]: Randbemerkungen. Kommt der Prozeß? In: Die Hilfe 30, Nr. 4, 15. 2. 1924, S. 66f; die Glosse behandelt den bevorstehenden Prozess gegen die Beteiligten am Hitlerputsch vom November 1923.

Nr. 72

An Albert Hopf, Stuttgart

30. Januar 1924; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Wahl von Erich Koch-Weser zum Parteivorsitzenden der DDP; Wertschätzung für Otto Gessler; Frage der Änderung des Wahlrechts zu den Reichstagswahlen

Lieber Freund!

Das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden des Parteiausschusses ist Euch wohl inzwischen durch die Presse bekannt geworden. Die Sitzung war außerordentlich stark besucht. Innerhalb des Vorstandes war am Samstag, wenn ich mich nicht irre, im zweiten Wahlgang Koch mit elf, Hummel mit 10 Stimmen genannt.¹ Der Parteiausschuß ernannte dann noch eine besondere Kommission, die nach langen Verhandlungen zur Nominierung von Koch kam, der auch wieder mit knapper Mehrheit über Gessler gekommen war; Hummel war vor diesem Gremium an dritte Stelle gekommen und für den zweiten Wahlgang ausgeschieden. Wieland und ich verständigten uns, daß wir unsere Stimmen Gessler gaben, der freilich, als die Abstimmung schon beginnen wollte, auf eine Anfrage von Tantzen sagte, er bitte, Koch zu wählen; er selber sehne sich zwar, wie jeder wisse, aus seinem Amte heraus. Damit hatte er diejenigen, die ihn wählen wollten, selber in Unklarheit gesetzt, was er privat nachher auch zugab. Die Stimmenzahl war: Koch 118, Gessler und Hummel je 22, dann einige zersplitterte Stimmen für Dr. Fischer, Hieber und andere.² Erkelenz hat offenbar von sich aus keinen Wert darauf gelegt, neben dem Vorsitz im Parteivorstand auch diese Stellung anzustreben.³

Koch wird ja technisch ein guter Leiter der Partei sein, aber es fehlt ihm ein Stück gefestigte Ruhe und, wie er selber in einer Ansprache sagte, die Liebenswürdigkeit und das ethische Pathos, was eine repräsentative Parteiführung eigentlich nicht entbehren kann. Wenn ich mich für Gessler⁴ entschlossen habe, dann

¹ In der Vorstandssitzung der DDP vom 26. 1. 1924 hatte Koch-Weser zwölf und Hermann Hummel zehn Stimmen erhalten; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 304f.

² Zum Verlauf der Sitzung des Parteiausschusses am 27. 1. 1924 vgl. ebd., S. 305–312.

³ Neben dem Parteivorsitzenden bestand innerhalb der DDP das Amt des Vorsitzenden des Vorstandes, das Erkelenz von 1921 bis 1929 bekleidete. Dem Vorstand oblag die eigentliche Führung der Parteigeschäfte; vgl. L. Albertin, Einleitung, S. XX–XXI.

⁴ Zwischen Heuss und Otto Gessler entwickelte sich in den kommenden Jahren ein enges Vertrauensverhältnis, das mit häufigen Besuchen von Heuss auf Gesslers Bauernhof im Allgäu verbunden war. Heuss unterstützte Gesslers Versuch einer überparteilichen Reichspräsidenten-

deshalb, weil mir versichert war, daß seine Reichswehrministerzeit nicht mehr zu lange dauere. Ich hatte in den Vorbesprechungen zum Ausdruck gebracht, daß ich den Reichswehrminister nicht im Kampf der inneren Parteigegensätze wissen möchte, nicht um der Partei, sondern um der Reichswehr willen. Ohne daß ich Gessler überschätze, würde ich in ihm eine für Deutschland repräsentative Figur gesehen haben, die gewiß manche „radikalen“ Elemente in der Partei sehr wenig befriedigt, aber eine nationale Plattform dargestellt hätte. Ich kann dabei freilich nicht übersehen, inwieweit Gesslers politisches Geschick im einzelnen geht; er ist innerhalb der Fraktion eine umstrittene Figur geworden, weil er, seiner Stellung entsprechend, natürlich in den Informationen an die Fraktion sehr zurückhaltend ist. Was Hummel anlangt, so habe ich ihn ja menschlich ganz gern. Ich sehe ihn vielleicht zu sehr als liebenswürdigen Badener und bin ungewiß, ob er das Zeug in sich hat, eine deutsche Figur zu werden.

Der Parteiausschuß, der außerordentlich stark besucht war, litt unter der Länge der Teilreferate aus den politisch interessanten Gegenden. Was Falk⁵ über das Rheinland vortrug, war instruktiv und interessant, während leider Raschig mit seinen Darstellungen über die Verhältnisse in der Pfalz den Saal fast völlig leerte, da er mit dünner Stimme einen Haufen Artikel u. s. w. vorlas. Zu einer eigentlichen Aussprache ist es bei dieser Lage der Dinge gar nicht gekommen.⁶

Was das Wahlrecht anlangt, so scheint im Augenblick noch ganz undurchsichtig zu sein, ob es beim alten bleiben soll oder ob die kleineren Wahlkreise kommen werden. Die Fraktion hat sich mit einer knappen Mehrheit für die Änderung der Wahlkreise ausgesprochen und Koch beauftragt, dies dem Kanzler mitzuteilen. Diese Änderung soll freilich nicht durch das Ermächtigungsgesetz erfolgen, sondern durch den Reichstag noch beschlossen werden.⁷ Angeblich ist aber die Sozialdemokratie und die Volkspartei jetzt nicht für die Änderung zu haben. (Stresemann soll zurzeit bemüht sein, wesentlich durch das bisherige Proporzsystem seine kommende Fraktion nach seinen Bedürfnissen vorzubereiten.) Es wird also wohl noch einiger kurzer Wochen bedürfen, bis man völlige Klarheit hat. Immerhin wird offenbar die Frage der Kandidaturen zunächst unabhängig von der Entscheidung so weitergeführt, als ob mit dem alten System

kandidatur im Jahre 1925 und verteidigte ihn stets gegen Angriffe aus der DDP, die Gesslers Reichswehrpolitik als zu rechtslastig kritisierten.

⁵ In der Vorlage: „Falck“.

⁶ Vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 309f.

⁷ Koch-Weser an Marx, 26. 1. 1924, zit. n. AdR Marx I und II, Bd. 1, S. 275, Anm. 2. Das Reichskabinett hatte sich diesem Vorschlag in seiner Sitzung vom 26. 1. 1924 angeschlossen; vgl. ebd., S. 275f. Die Wahlrechtsvorlage der Regierung sah u. a. eine Verkleinerung der Wahlkreise und eine Beschränkung der Listenvorschläge vor, um die Verbindung zwischen Wähler und Abgeordnetem enger zu gestalten. – Zum Ermächtigungsgesetz vgl. Nr. 68, Anm. 5.

noch einmal gewählt würde. Bei beiden bleibt die Frage offen, ob die Zahl der Wähler pro Abgeordneten auf 60.000 bleibt.⁸

Mit freundlichen Grüßen
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 73

An Dr. Fritz Elsas, Stuttgart

8. März 1924; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

BArch, N 1221, 55: ms. Schreiben, Durchschlag

Bitte um die Unterstützung einer Spitzenkandidatur von Theodor Heuss bei den kommenden Reichstagswahlen; Konkurrenz mit Philipp Wieland

Lieber Dr. Elsas!¹

Bruckmann hat mir von dem Ergebnis seiner Besprechung mit Wieland kurz berichtet und mich gebeten, mit Haas-Karlsruhe zu reden, damit von Fraktionsseite aus auf Wieland eingewirkt werde, auf die erste Stelle zu verzichten.² Ich habe mit Haas dementsprechend gestern mittag Fühlung genommen und ihm wesentlich die Argumente vorgetragen, die Sie in Ihrem Brief an Bruckmann zum Ausdruck gebracht haben.³ Er ist von sich aus auch bereit, mit Wieland zu sprechen, meint aber, daß er eine Legitimation dazu brauche, irgendeinen Brief, weil er sonst fürchten muß, daß bei der sachlichen Gegnerschaft innerhalb der Fraktion, die zwischen ihm und Wieland gelegentlich war, sein Eingreifen ungeschickt wirke. Ich habe dies auch gestern Bruckmann geschrieben⁴ und ihm gesagt, daß

⁸ Auf einer Besprechung des Reichskabinetts mit führenden Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien am 14. 2. 1924 sprach sich der Fraktionsvorsitzende der DVP Ernst Scholz gegen eine Befassung des Reichstags mit der Wahlrechtsvorlage aus. Da mit Ausnahme der DDP die anderen Parteien Scholz zustimmten, wurde die Wahlrechtsvorlage nicht in den Reichstag eingebracht; vgl. AdR Marx I und II, Bd. 1, S. 362–364. Bis zum Ende der Weimarer Republik entfiel auf 60.000 Wählerstimmen ein Reichstagsmandat; die Größe der Wahlkreise blieb ebenfalls unverändert.

¹ In der Vorlage: „Elsass“.

² Bruckmann an Heuss, 5. 3. 1924, in: BArch, N 1221, 381. Heuss und Wieland konkurrierten bei den Reichstagswahlen am 4. 5. 1924 um den ersten Platz auf der Landesliste der württembergischen DDP. – Am 4. 3. 1924 hatte zwischen Bruckmann und Wieland eine Unterredung stattgefunden, in der Wieland mit den Argumenten, die Reichstagsfraktion sehe in ihm den württembergischen Spitzenkandidaten und seine eventuelle Kandidatur an zweiter Stelle stoße die Ulmer Ortsgruppe der DDP vor den Kopf, auf der Führung der Wahlkreisliste beharrte.

³ Ließ sich nicht ermitteln.

⁴ Heuss an Bruckmann, 7. 3. 1924, in: PA Hans Bruckmann.

nach meiner Meinung er, Bruckmann, nicht an Haas schreiben kann, weil Wieland sonst die Empfindung haben müßte, daß Bruckmann seine Darstellung über die Auffassung der Reichstagsfraktion kontrolliere. Ich habe Bruckmann geschrieben, daß mir der beste Weg dieser scheine, wenn Sie an Haas einen kurzen Privatbrief schreiben, der sagt: wir wollen in Württemberg keinen inneren Parteikonflikt haben, glauben aber aus den und den Gründen, daß eine Spitze Heuss der Partei bekömmlicher ist als eine Spitze Wieland und bitten Sie, Haas, auf Wieland in dem Sinne zu wirken, daß es allgemein parteipolitisch zweckmäßig erscheint, eine Spitzenkandidatur zu haben, die nicht in der Gefahr steht, als spezifisch wirtschaftlich angesehen zu werden.⁵ Wieland ist, wie ich von Haas erfuhr, bis Mittwoch in der Schweiz, wird aber dann wieder in Berlin sein. – Über den Wahltermin sagt im Reichstag jedermann etwas anderes; er ist immer noch nicht bestimmt.⁶ Ich habe Bruckmann gestern geschrieben, daß ich mir wie ein Pferd vorkomme, das mit den Hufen scharrt, um loszustürmen, aber es scheint mir psychologisch falsch, loszugehen, ehe die Kandidatur in dieser oder jener Form fertig gemacht ist. Wenn es soweit ist, gilt das alte Inseratenwort: Komme sofort, Karte genügt!

Es hat mich sehr gefreut, daß Sie so liebenswürdig sind, anzunehmen, daß ich „auf Frauen“ wirke, und daß Sie meiner Frau das Zeugnis ausgestellt haben, daß sie in Württemberg beliebt ist (das hat ihr sehr wohlgetan), aber wir sind trotzdem fest entschlossen, sie keine Rede für mich halten zu lassen, weil das auf unsere Leute falsch wirken würde. Schade ist nur, daß die im vergangenen Jahr geplanten Versammlungen meiner Frau im Evangelischen Volksbund⁷ damals aus Gesundheitsgründen nicht zustandekamen, weil hier die Beziehungen meiner Frau in Kreise reichen, die nicht parteidemokratisch im engeren Sinne sind. – Ehe ich losturne, will ich mich mit Ihnen und Schall über einige Formulierungen in den wirtschaftspolitischen Fragen verständigen. Ich hoffe ja, genügend Tastgefühl für die psychologische Situation zu haben, aber muß mich hier über einzelne Dinge informieren. Ich fürchte fast, an den kleineren Plätzen wird ausschließlich die Aufwertungsfrage⁸ die Menschen beschäftigen, und ob man in eine Ober-

⁵ Elsas hielt das Verfahren, über Ludwig Haas auf Wieland einzuwirken, bei der unnachgiebigen Haltung von Wieland für ungeeignet; Elsas an Heuss, 10. und 12. 3. 1924, in: BArch, N 1221, 55.

⁶ Die Neuwahlen wurden durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. 3. 1924 auf den 4. 5. 1924 festgesetzt; RGBl. 1924 I, S. 257.

⁷ Der 1919 gegründete Evangelische Volksbund war ein gesamtprotestantischer Laienverband in Württemberg; er stand den liberalen Parteien nahe; vgl. R. WEBER, Bürgerpartei, S. 234–236.

⁸ Mit der 3. Steuernotverordnung vom 14. 2. 1924 wurden Gläubigeransprüche auf Vermögensanlagen, die durch die Inflation entwertet worden sind, auf 15 % ihres früheren Goldmarkbetrages aufgewertet. Darunter fielen z. B. Hypotheken, Grundschulden, Schuldverschreibungen, Sparkassenguthaben oder Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen; RGBl. 1924 I, S. 74–77. –

amtsstadt sich wagen darf, die „abgebaut“ werden soll,⁹ ist fraglich. Immerhin man wird Mut haben müssen!

Herzlichen Dank für Ihre Mühe und Freundschaft, die auch Sie in dieser Frage mir erweisen.

[Theodor Heuss]

Nr. 74

An Albert Hopf, Stuttgart

10. März 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

PA Hans Bruckmann: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹

Vorbereitung von Wahlkampfveranstaltungen in Württemberg; Wunsch nach einer Spitzenkandidatur „Wieland-Heuss“ statt „Wieland“ bei den kommenden Reichstagswahlen

Eilbrief!

Lieber Hopf!

In der Anlage gebe ich Dir ein Verzeichnis der demokratischen Versammlungen, die ich im Laufe der letzten drei Jahre gehalten habe. Auf dem anderen Zettel findest Du die Städte verzeichnet, in denen ich eine Versammlung von mir für wünschenswert halte.² Soweit mehrere Versammlungen an einem Tage möglich

Der Regelsatz von 15 % wurde vielfach als ungerecht und zu niedrig empfunden, so dass es 1925 zu einer neuen und abschließenden gesetzlichen Regelung kam; vgl. Nr. 96.

⁹ Zur Einsparung von Verwaltungskosten diskutierte die württembergische Regierung seit Beginn des Jahres 1924 eine Verminderung der Zahl der Oberämter. Über die Verwaltungsreform, die heftige Gegenreaktionen innerhalb der betroffenen Oberamtsstädte auslöste, zerbrach Anfang April 1924 die Koalition aus DDP und Zentrum; vgl. P. SAUER, Württemberg, S. 101–104.

¹ Weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Beide Anlagen liegen als Durchschlag dem Durchschlag des Schreibens in: BArch, N 1221, 57, bei. Danach hatte Heuss in den letzten Jahren in folgenden Orten Versammlungen abgehalten: 1921 in Tübingen, Schwäbisch Hall, Lauffen, Esslingen und Heilbronn; 1922 in Ulm, Göppingen und Heilbronn; 1923 in Göppingen, Stuttgart, Brackenheim, Bietigheim, Backnang, Schorndorf, Aalen, Tübingen, Calw, Zuffenhausen, Rotenberg, Ebingen, Hechingen, Kirchheim, Nürtingen, Maulbronn und Schwäbisch Hall; 1924 in Biberach, Aalen, Stuttgart, Waiblingen, Neuenburg, Künzelsau, Tübingen, Crailsheim, Schramberg, Reutlingen und Untertürkheim. – Im Vorfeld der Reichstagswahlen hielt Heuss Veranstaltungen in Sigmaringen, Balingen, Tuttlingen, Schwenningen, Freudenstadt, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Heidenheim, Schwäbisch Gmünd, Ellwangen, Bad Mergentheim, Öhringen, Heilbronn, Böckingen, Marbach, Besigheim

sind, vor allem an den Sonntagen, bitte ich, völlig über mich zu verfügen. Ich kann gut vier bis fünf Versammlungen an so einem Tage leisten, möchte vor allem eine „Heimatsfahrt“ durch das Zabergäu machen mit Zaberfeld, Güglingen, Brackenheim und Lauffen. Es wird zwar nicht unmäßig viel dabei herauskommen, aber dort bin ich wohl etwas Heimatkandidat.

Einer telephonischen Mitteilung von Mück muß ich entnehmen, daß Deine „Ulmer Mission“³ ergebnislos verlaufen ist. Ich bedauere das natürlich, aber da vor allem Rechtsanwalt Hähnle aus mir unbekanntem Gründen mich immer abgelehnt hat (Du weißt ja, daß ich in den letzten Wahlbewegungen nie in Ulm sprechen durfte), hat mich das Ergebnis nicht überrascht.

Ob Wieland selber den Argumenten, die Bruckmann ihm vorgetragen hat, sich noch anschließen wird, ist wohl noch eine offene Frage, aber nicht wahrscheinlich.⁴

Meine Meinung, die ich auch Mück und Bruckmann in letzter Zeit brieflich zum Ausdruck gebracht habe,⁵ kennst Du. Ich würde für das Aufziehen des Wahlkampfes eine Spitzenkandidatur von mir agitatorisch für günstiger halten als die Wielandsche, nicht so sehr wegen der verschiedenen sozialen Lage, sondern weil ich aus meinen vielen Beziehungen zu Vereinsvorständen draußen im Lande herum glauben darf, daß bei einer ganzen Anzahl Leute eine Kandidatur von mir einen gewissen persönlichen Schwung in die Leute bringen würde, aber ich möchte nicht haben, daß eine Konfliktsituation entsteht, die dann nach außen sich auswirkt.

Wenn Wieland und die Ulmer hier eine Prestigefrage sehen, so bedauere ich das zwar, möchte aber haben, daß die Durchführung der Angelegenheit nicht mit Bruch und Verstimmung endigt. Wenn ich an die zweite Stelle treten soll, so ist mir der einzig peinliche Gedanke dabei, daß ich als „Gegengewicht“ gegen den Großindustriellen taxiert werden könnte, als der „Vertreter“ der Beamten, Angestellten usw. – dem dann ein Handwerker oder Bauernvertreter oder sonst wer folgt; denn gerade dies möchte ich vermieden wissen, von irgendeiner beruflichen Gruppe sozusagen auch nur taktisch in Anspruch genommen zu werden. Es müßte nach meiner Meinung taktisch, falls der Vorstand sich dazu entschließt, den Vertretertag nicht selber mit seinen Unsicherheiten zum Willenspräger zu

oder Bietigheim, Ravensburg, Friedrichshafen, Zaberfeld, Güglingen, Brackenheim, Lauffen, Ulm und Geislingen für wünschenswert.

³ Zur Rivalität zwischen Heuss und dem in Ulm beheimateten Wieland vgl. Nr. 73, Anm. 2. Am 7. 3. 1924 hatte dazu eine Aussprache zwischen Hopf und der Ulmer Ortsgruppe der DDP stattgefunden; vgl. Elsas an Heuss, 10. 3. 1924, in: BArch, N 1221, 55.

⁴ Wieland beharrte auf seinem Anspruch, die württembergische Liste anzuführen, und hatte dies sowohl Bruckmann als auch von Payer nochmals schriftlich zur Kenntnis gebracht; Wieland an Bruckmann, 7. 3. 1924, bzw. Wieland an von Payer, 7. 3. 1924, in: BArch, N 1020, 14.

⁵ Ein Schreiben an Mück ließ sich nicht ermitteln; zu Bruckmann vgl. Nr. 73, Anm. 4.

machen,⁶ sondern ihm einen fertigen Entschluß vorzulegen, von vornherein die Sache so aufgezogen werden, daß man nicht von der Spitzenkandidatur Wieland, sondern von den Spitzenkandidaten Wieland-Heuss redet. Die beim Wahlleiter angemeldete Reihenfolge müßte dann innerhalb der Agitation selber verwischt werden. Ich bin nicht ganz sicher, ob bereits nach dem amerikanischen Wahlzettel-system gewählt werden wird, das einen einheitlichen Stimmzettel für alle Parteien kennt und keine Namen bringt. Es müßte in der Ankündigung von vornherein dann immer das Doppelnamenpaar gleichzeitig erscheinen und die anschließenden dritten, vierten Kandidaten u. s. f. zunächst etwas für die allgemeine psychologische Wirkung zurückgehalten werden.

Ich hoffe, daß Du verstehst, wie ich das meine. Wenn ich die Spitze nicht führe, man sich aber von meinem Namen etwas verspricht, soll ich nicht in einer Reihenfolge erscheinen, sondern in Gottes Namen als Dioskure, wobei wir offen lassen wollen, wer von uns beiden Kastor und wer Pollux ist. Ich brauche weiter keine Erklärung darüber abzugeben, daß die Intensität meiner Wahlarbeit, was die persönliche Hingabe anlangt, von der Frage meiner Plazierung völlig unabhängig ist. Ich kämpfe wohl mit um ein Mandat für mich, aber doch nicht „für mich“, sondern für die Partei um der vaterländischen Dinge willen.

Sehr dankbar wäre ich auch, wenn ich bald erfahren könnte, wann der Vertretertag und ob meine Teilnahme erwünscht sein wird.⁷ Wenn die Wahlen erst in den Mai fallen sollten (noch weiß kein Mensch endgültig Bescheid),⁸ würde ich freilich gerade den nächsten Sonntag ganz gern noch hier sein, da ich auf unserem Bezirksparteitag (Potsdam II) den Versuch machen will, beim Kampf um den zweiten Platz, der zwischen Nuschke und Marie-Elisabeth Lüders strittig ist, meinen Freund Alfred Wolf⁹, den Elsässer, hineinzukriegen.¹⁰

Mit herzlichen Grüßen
Dein

Th. Heuss

⁶ Laut § 17 der Satzungen des württembergischen Landesverbandes der DDP fiel die Aufstellung der Wahlvorschläge für Landes- und Reichswahlen in die Kompetenz des Vertretertags, der von den Ortsvereinen im Verhältnis zu ihrer Mitgliederstärke beschickt wurde; vgl. K. HEGER, Deutsche Demokratische Partei, S. 129.

⁷ Der Vertretertag der württembergischen DDP fand am 22. 3. 1924 in Anwesenheit von Wieland und Heuss statt und bestätigte Wieland an erster und Heuss an zweiter Stelle der Kandidatenliste; vgl. SNT, Nr. 130, 24. 3. 1924.

⁸ Vgl. Nr. 73, Anm. 6.

⁹ In der Vorlage: „Wolff“.

¹⁰ Den zweiten Platz im Wahlkreis Potsdam II erhielt nicht Wolf, sondern Nuschke; vgl. STATISTIK 315, I, S. 26. Auch Heuss' Versuch, Wolf einen sicheren Platz auf der Reichswahlliste zu verschaffen, schlug fehl; vgl. Heuss an Heinrich Gerland, 19. 3. 1924, in: BArch, N 1010, 34. Auf der Reichswahlliste erhielt Wolf den aussichtslosen Platz 22; vgl. STATISTIK 315, I, S. 84.

Nachschrift. Soll ich mich an Professor Rothenbücher in München wenden, der die Kahr-Broschüre¹¹ geschrieben hat und mit dem ich persönlich gut bekannt bin, ob er in Stuttgart oder in Tübingen zu meinen Gunsten in den Wahlkampf eingreift? Ich habe ihn nie reden hören, nehme aber aus seiner ganzen Persönlichkeit an, daß er ausgezeichnet redet; er ist klug, kenntnisreich und innerhalb der bayerischen Demokraten wohl der Wertvollste, wenn er auch nicht weiter in den Vordergrund tritt.

Nr. 75

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem

15. März 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

GStA PK, VI. HA, NL Meinecke, 15: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹

Bitte um die Unterstützung einer Kandidatur von Kurt Riezler auf der Reichswahlliste der DDP

Verehrter Herr Geheimrat!

Ich hoffe, daß der beifolgende Brief, wenn auch nicht in jeder Formulierung, so doch in seinem Sachinhalt, von Ihnen mitunterstützt werden kann. Ich würde in diesem Falle sehr dankbar sein, wenn Sie auf der beiliegenden Karte mir Ihr Einverständnis aussprechen wollten, daß ich Ihren Namen mit unter die Eingabe setze, zu der ich von einigen Freunden angeregt wurde.

Mit guten Wünschen für Ihre Genesung

Ihr dankbar ergebener

Th. Heuss

2 Anlagen.²

¹¹ KARL ROTHENBÜCHER: Der Fall Kahr, Tübingen 1924.

¹ Ein Schreiben ähnlichen Inhalts ging auch an Bruckmann; vgl. Heuss an Bruckmann, 15. 3. 1924, in: PA Hans Bruckmann.

² Im Nachlass Meinecke ließ sich lediglich eine Anlage (vgl. Nr. 75a) ermitteln.

Nr. 75a

An den Vorstand der DDP, Berlin

[März 1924]

GStA PK, VI. HA, NL Meinecke, 15: ms. Schreiben, ohne Grußformel

*Aufruf zur Unterstützung einer Kandidatur von Kurt Riezler auf der Reichswahl-
liste der DDP*

Entwurf.

Sehr geehrte Herren!

Wir¹ erlauben uns, Ihnen die folgende Bitte vorzutragen.

Der Sinn der Reichswahlliste ist offenbar der, den Parteien die Möglichkeit zu geben, ihre Fraktionen durch Persönlichkeiten zu ergänzen, die politisch wichtig sind, ohne in einem bestimmten Wahlkreis die Unterlage eines Mandates zu besitzen. Leider hat die Mehrzahl der Parteien unter dem Andrängen von Berufsinteressen diesen Gesichtspunkt verwischt, wohl in der Annahme, dadurch in den verschiedenen Erwerbsgruppen Zugkraft zu entfalten. Wir halten diese Auffassung nicht für durchschlagend; denn die Reichswahlliste spielt in der Phantasie des Wählers keine Rolle.

Wir möchten dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei das Ersuchen unterbreiten, bei der Aufstellung der Reichswahlliste den Gesandten z. D. Dr. *Kurt Riezler* an aussichtsreicher Stelle zu nominieren. Wir sind der Auffassung, daß die Fraktion mit ihm eine Persönlichkeit von größter politischer Erfahrung gewinnen würde, einen Mann, der sowohl für die außenpolitischen als für die staatspolitischen Probleme Kenntnis, Phantasie und Kombinationskraft besitzt. Durch den außerordentlichen Eindruck seines großen Referats auf dem Elberfelder Parteitag² ist sein Name auch in den breiteren Parteikreisen bekannt geworden; den Mitgliedern des Vorstandes glauben wir, seine Qualitäten nicht breiter darstellen zu müssen.

Dr. Riezler weiß von diesem unserem Schritte nichts; er weilt im Augenblick im Ausland. Wir glauben aber, daß er sich dem Ruf der Partei nicht entziehen wird, wenn die entscheidenden Organe ihm durch eine günstige Kandidatur zum Ausdruck bringen, welchen Wert sie auf seine Mitarbeit legen.³

¹ Laut dem Schreiben an Bruckmann (vgl. Nr. 75, Anm. 1) ging der Vorstoss von Heuss in Absprache mit Wilhelm Cohnstaedt aus.

² Riezler hatte 1922 auf dem 4. ordentlichen Parteitag der DDP in Elberfeld über „Unser Verhältnis zu den Ostmächten“ gesprochen; vgl. REICHSGESCHÄFTSSTELLE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI, Bericht über die Verhandlungen des 4. ordentlichen Parteitags, S. 16–21.

³ Riezler erhielt den aussichtslosen Platz 18 auf dem Reichswahlvorschlag der DDP; vgl. STATISTIK 315, I, S. 84.

Das Parlament und die Fraktion werden nur gewinnen, wenn Männer einer freien und unabhängigen Geistigkeit sich der politischen Tagesarbeit zur Verfügung stellen.

Nr. 76

An Elly Heuss-Knapp, [Badenweiler]

10. April 1924; auf der Fahrt zum Bodensee

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Verlauf des Reichstagswahlkampfes und Besuche bei Familie und Freunden

Liebe Elli,

Gesundheit nach wie vor sehr gut, Leben mit Mäßigkeit u. Schlaf gepflegt. Die Versammlungen der letzten Tage vor allem in Hall und Göppingen, wo ich alter Kunde bin, sehr gut besucht; in Hall auch anständige Diskussion mit Deutschnationalen.¹ Sonst nicht, obwohl ich immer darum bitte. In Göppingen bei Hartmann wohnend; er sehr nett, die Frau immer noch ohne Dienstboten und der Haushalt darum genau so schmutzdelig wie je. Es ist ein Elend. Er sagte mir, es sei ein „Vogel“ seiner Frau. Offenbar Schwierigkeiten zwischen Mutter u. ältestem (17jährigem) Sohn. Die Mödingersche Verwandtschaft² anwesend in der Versamml[un]g. In Gmünd fehlte Herm. Erhard – in Italien auf der Geschäftsreise! Henning noch immer nicht recht gesund – Eiterungen am Hals, fiebrig u. viel hustend. Er hofft auf den Frühling. Kinder gesund, Lottchen konfirmiert, entzückend hübsch, Ernst mit rotblondem langem Lockenhaar ein junger Apostel. Mittags bei Gertrud Dessecker (verh. Lempp) – auch sehr nette Kinder, sie selber schlecht aussehend.

Zwei Tage gehe ich jetzt an den Bodensee – morgen zu einer Feier der Zeppelinwerke eingeladen – ich fuhr heute deshalb extra nach Stuttgart, um den Cutaway zu holen! So bin ich.

Wahlaussichten verschlechtern sich, weil die Hausbesitzer und ein „Rentnerbund“ mit eigenen Listen antreten werden; letzterer von einem Schulmeister Bauser geführt, der auf unserer Reichstagswahlliste stand.³ Wir werden ihn post

¹ Seit Beginn des Wahlkampfes hatte Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Herrenalb (30. 3.), Conweiler (30. 3.), Marbach (31. 3.), Backnang (1. 4.), Gaildorf (2. 4.), Ludwigsburg (3. 4.), Cannstatt (4. 4.), Böckingen (5. 4.), Schwäbisch Hall (7. 4.), Pfullingen (8. 4.), Göppingen (9. 4.) und Schwäbisch Gmünd (10. 4.) abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

² Familie von Heuss' Schwägerin Hedwig Heuss, geb. Mödinger.

³ In der offiziellen Statistik zu den Reichstagswahlen vom 4. 5. 1924 wird Adolf Bauser nicht auf der Reichswahlliste der DDP geführt; vgl. STATISTIK 315, I, S. 84; zum Wahlergebnis des von

festum herausschmeißen; es ist unsicher, ob er uns nicht vorher die Situation versaut hat.

Käthe⁴ noch nicht zurück – sie schrieb, sie wolle am Palmsonntag da sein. Es wird aber noch bezweifelt. Wetter ist wieder kühl geworden, so daß ich noch nicht zum Zeichnen kam.

Schreibe nach St[utt]g[ar]t (Adresse Käthe), wie es geht u. wie die Adresse des Buben in Basel.⁵

Herzl[ichen] Gruß
Dein

Theodor

Nr. 77

An Dr. Gustav Stolper, [Wien]

11. Mai 1924; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 487: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung¹

Wahlerfolg bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924; Artikel für den „Österreichischen Volkswirt“

Lieber Stolper,

sechs Wochen fast war ich von Berlin weg – Reden, Reden, Reden, dazwischen Flugblätter, Zeitungsaufsätze – nun, Sie kennen den Betrieb. Schließlich hat es doch gereicht. Das württ[em]b[er]g[ische] Ergebnis hätte besser sein müssen; aber gerade wir haben unter Quertreibereien gelitten. Die „Geusen“ haben über die Hälfte ihrer Stimmen aus Württ[em]b[er]g, weil einer unserer Leute sich aus persönl[ichem] Ehrgeiz an ihre Spitze stellte. Wir haben ihn dann auch aus der Partei geschmissen.²

Gesundheitlich habe ich die Sache gut durchgemacht – wäre das Wetter besser gewesen, wäre es zwischen den Blütenbäumen fast eine Erholung gewesen. Sehr solid, wenig Alkohol, aber entsetzlich viel Tabak! Nun werde ich mir den

Bauser angeführten Volksbundes der Entrechteten und der betrogenen Sparer (Bund der Geusen) vgl. Nr. 77, Anm. 2.

⁴ Käte Schaller-Härlin.

⁵ Ernst Ludwig Heuss verbrachte Teile seiner Osterferien bei Bekannten in Basel; vgl. Heuss-Knapp an Heuss, Ostersonntag 1924, in: FA Heuss, Basel.

¹ Oben links Erledigungsvermerk durch Empfänger vom 28. 5. 24.

² Vgl. Nr. 76; der Volksbund der Entrechteten und der betrogenen Sparer (Bund der Geusen) hatte im Wahlkreis Württemberg etwas über 30.000 seiner insgesamt 59.221 Stimmen erzielt; vgl. STATISTIK 315, I, S. 75, 85.

Wahlkreis festmachen – gerade meine engeren Heimatbezirke haben sich sehr gut gehalten.³

Bei der Heimkehr fand ich Ihren freundlichen Glückwunsch⁴ vor; vielen Dank.

Ich habe dann auch mit Genuß u. Gewinn den Volkswirt durchgelesen u. hoffe jetzt, wieder zur Mitarbeit zu kommen – ich empfinde auch, daß die 6 Wochen „Nicht-Arbeit“ meinen Finanzen recht schlecht bekommen sind.



Abb. 13: Foto aus dem Abgeordnetenausweis von Theodor Heuss für den Reichstag

Lassen Sie bitte in Ihrer Administration nachsehen, ob ich noch etwas zu kriegen habe – mein Aufschreibwesen ist völlig im Durcheinander.

Ob die beiliegende Glosse für Sie etwas ist, weiß ich nicht. Der soz[ial]d[emo]kratische] Vorschlag wird im Augenblick hier publizistisch diskutiert; ob die Leute ihn ernst nehmen, weiß ich nicht. Ich halte ihn für vollkommenes Blech.⁵ Wann sehen wir uns wieder?

Ihnen allen herzliche Grüße, auch von meiner Frau.

Ihr getr[euer]

Theodor Heuss

³ Im Wahlkreis Württemberg waren die Stimmanteile der DDP um ein gutes Drittel gesunken. In den Oberämtern Heilbronn und Brackenheim, die als Heimatbezirke von Heuss gelten können, waren die Verluste mit 18 % bzw. 19 % deutlich geringer ausgefallen; vgl. die Aufschlüsselung des württembergischen Wahlergebnisses auf Oberamt-Ebene in: J. GRIESMEIER, Reichswahlen, S. 144–154.

⁴ Glückwunschtelegramm der Familie Stolper vom 7. 5. 1924, in: BArch, N 1221, 381.

⁵ [THEODOR HEUSS]: Falscher Kurs, in: ÖVW 16, H. 33, 17. 5. 1924, S. 1002. Die Glosse behandelt den Vorschlag der SPD, über die Annahme oder Ablehnung des Dawes-Plans – dem am 9. 4. 1924 erstatteten alliierten Sachverständigengutachten, der die künftigen deutschen Reparationsleistungen von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches abhängig machen wollte – einen Volksentscheid abzuhalten; vgl. Vorwärts, Nr. 217, 9. 5. 1924.

Nr. 78

An Dr. Fritz Elsas, [Stuttgart]

28. Mai 1924; Berlin NW 7

StadtA Stuttgart, 2188, 9: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag“¹
*Konstituierung des Reichstags; möglicher Eintritt der DDP in eine Mitte-Rechts-
regierung*

Lieber Elsas,

schönen Dank für Deinen Brief.² Wir haben inzwischen mit dem „Regieren“
begonnen, was eine große Sauerei war: Wettgesang im Plenum.³ Wenn es so
weitergeht, ist der Parlamentarismus ziemlich bald kaputt. Aber ich denke, bald
kommen ein Präsident u. eine Verschärfung der Geschäftsordnung, die einigen
Wandel besorgen.⁴

Eben „wählen“ wir das Präsidium; wir wählen im ersten Gang Fehrenbach, im
zweiten Loebe, aber es wird nichts nützen, da die Volkspartei Wallraf wählen
wird.⁵

Regierungsbildung noch ungewiß. Leider hat V[olks]p[ar]tei verhindert, daß das
Kabinett vor den Reichstag trat.⁶ Jetzt sucht Marx Rekonstruktion des Kabinetts
zu erreichen. Die Deutschnat[ionalen] sollen „weich“ werden u. die „Plattform“⁷
angeblich schlucken; mir noch unsicher.⁸

¹ Oben rechts Erledigungsvermerk durch Empfänger vom 31. 5. 1924; das Antwortschreiben von Elsas in: BArch, N 1221, 55.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Am 27. 5. 1924 war der neu gewählte Reichstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Abgeordnete der KPD hatten die Sitzung durch Zwischenrufe wiederholt gestört und zum Schluss die Internationale angestimmt; vgl. RT-Bd. 381, S. 1–6.

⁴ Die Geschäftsordnung für den Reichstag vom 12. 12. 1922 blieb in ihren wesentlichen Bestimmungen bis zum Ende der Weimarer Republik unverändert; eine Neufassung der Ordnungsbestimmungen auf Beschluss des Reichstags vom 11. 12. 1929 stärkte jedoch die Befugnisse des Reichstagspräsidenten bei der Entziehung des Wortes und beim Ausschluss von Abgeordneten; vgl. RT-Bd. 426, S. 3508–3521.

⁵ In der Vorlage: „Wallraff“; im ersten Wahlgang erhielt Max Wallraf (DNVP) 202, Paul Löbe (SPD) 107 und Konstantin Fehrenbach (Z) 63 Stimmen; in der Stichwahl entfielen 227 Stimmen auf Wallraf und 151 auf Löbe. Die DVP-Fraktion hatte vermutlich bereits im ersten Wahlgang für Wallraf votiert; vgl. RT-Bd. 381, S. 12.

⁶ Die DVP-Fraktion hatte am 26. 5. 1924 die Demission des ersten Kabinetts Marx erzwungen; vgl. AdR Marx I und II, Bd. 1, S. 666, Anm. 2. – Hintergrund waren die in eine Sackgasse geratenen Gespräche der DVP mit der DNVP über deren Beteiligung an der bisherigen Regierung Marx. Nach der Demission des Kabinetts Marx sollte von Reichspräsident Ebert einer neuer Anlauf zur Regierungsbildung unternommen werden; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 336–338.

⁷ In der Vorlage: „Plattform“.

⁸ Die Koalitionsverhandlungen zwischen den bisherigen Regierungsparteien (DDP, Z, BVP, DVP) und der DNVP hatten am 21. 5. begonnen und zogen sich bis zum 3. 6. 1924 hin. Sie schei-

Wenn ja, kommt an uns die Frage, ob mitmachen. Ich ventiliere in m[einer] Seele seit 10 Tagen hin und her die Ja und die Nein. Die Fraktion hat sich noch nicht damit beschäftigt, weil innertaktische Fragen des Augenblicks zur Diskussion standen. Sie wird wahrscheinlich sehr verschiedener Auffassung sein.⁹

Aufs Ganze würde ich außenpolitisch unser Drinbleiben für richtig halten, damit, wenn wir die Sache nicht verhindern können, das Kabinett nicht einseitig als „Rechtsregierung“ bezeichnet werden kann. Die Deutsch-Völkischen müßten dann freilich sehr scharf gegen das Kabinett angehen. Ich habe es für falsch gehalten, daß immer von „Bürgerblock“ geredet wurde.¹⁰ Die Bindung der „D[eutsch]N[ationalen]“ außenpolitisch hat den Vorzug, daß Frankreich nicht immer auf eine große „nationalist[ische]“ Opposition blicken kann, die als Opp[osition] Poincaré wieder Chancen gibt bei der Unsicherheit des französ[ischen] Parlaments.¹¹ Untragbar ist selbstverständl[ich] eine Kombination, an der Tirpitz beteiligt ist; das sieht offenbar auch die V[olks]p[ar]tei ein.¹²

Es läßt sich also noch kein Bild geben, wie in der Fr[akt]i[on] die Sache aussieht. Parteipolitisch heißt es so: Kompromittieren wir uns mit den D[eu]tschnat[ionalen] mehr als die D[eu]tschnat[ionalen] mit uns sich kompromittieren? Sie kommen natürlich auch sofort in die Zersetzung.

Frage: kannst Du Stolze-Schrey¹³ stenographieren. Das würde große Verzüge haben, weil ich Dir dann mit einer gewissen Regelmäßigkeit knappe <Stimmungs>bilder¹⁴ geben könnte.

terten an Forderungen der DNVP, die eine Regierungsumbildung in Preußen zur Vorbedingung ihres Eintritts in die Reichsregierung machte; vgl. M. STÜRMER, Koalition, S. 45–47.

⁹ Fraktionsprotokolle der DDP sind nicht überliefert; auf der Sitzung des Vorstands der DDP vom 26. 5. 1924 hatte Heuss jedoch den Eintritt der DDP in eine Regierung unter Einschluss der DNVP befürwortet. Von den anderen anwesenden Mitgliedern der Fraktion sprachen sich Johann Heinrich Graf von Bernstorff, Heinrich Gerland, Walter Goetz, Eugen Schiffer, Carl Friedrich von Siemens und Georg Sparrer für, Gertrud Bäumer, Ludwig Bergsträsser, Alfred Brodauf, Anton Erkelenz, Hermann Fischer, Ludwig Haas, Adolf Korell und Walther Schücking gegen den Eintritt in eine mögliche Mitte-Rechtsregierung aus; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 323–327.

¹⁰ Ein mögliches Parteienbündnis aus DDP, Zentrum, BVP, DVP und DNVP wurde auch als „Bürgerblock“ bezeichnet; im Gegensatz zu einer Mitte-Rechtsregierung hätte eine Rechtsregierung ohne Einschluss der DDP über keine stabile Mehrheit im Parlament verfügt.

¹¹ Bei den französischen Parlamentswahlen vom 11. 5. 1924 hatte ein Kartell linksstehender Parteien eine knappe Mehrheit erzielt; der bisherige Ministerpräsident Raymond Poincaré wurde zum 1. 6. 1924 von Édouard Herriot abgelöst.

¹² Die DNVP hatte zu Beginn der Koalitionsverhandlungen am 21. 5. 1924 gefordert, den politisch weit rechts stehenden ehemaligen Admiral Alfred von Tirpitz mit der Kanzlerschaft zu betrauen, was von den bisherigen Regierungsparteien jedoch zurückgewiesen wurde; vgl. AdR Marx I und II, Bd. 1, S. 659f.

¹³ „Stolze-Schrey“ war neben „Gabelsberger“ das verbreitetste Stenographiersystem.

¹⁴ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

An Hopf schrieb ich am Sonntag einen kurzen Artikel, damit er ihn für die „Provinzpresse“ vervielfältigen lasse.¹⁵ Ich will das Verfahren etwas pflegen.

Grüße alle
Dein

Theodor Heuss

Nr. 79

An Dr. Gustav Stolper, Wien

30. Mai 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, hs. gez. von R. Mittag für Heuss; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Frage des Eintritts der DDP in eine Mitte-Rechtsregierung; Rezension von Schriften Oswald Spenglers

Lieber Freund!

Ich wollte Ihnen gern einmal einen Aufsatz über die Entwicklung der parlamentarischen Situation bei uns in Deutschland schreiben, aber es ist im Augenblick noch zu früh. Ich bin selber noch innerlich unsicher, wie ich mich innerhalb der Fraktion verhalten werde, wenn die Frage kommt, ob wir in einer Regierung bleiben sollen, an der auch die Deutschnationalen beteiligt sind. Die Meinungen gehen sehr auseinander. Ich gehöre zu denen, die nicht von vornherein ablehnend stehen, da ich es für falsch halte, das Unvermeidliche, wenn es kommt, vor dem Ausland als Rechtsregierung zu charakterisieren.¹ Hier haben nach meinem Eindruck die großen demokratischen Zeitungen in der letzten Zeit taktisch falsch operiert. Die Volkspartei hat leider verhindert, daß das Kabinett Marx² sich dem Reichstag stellen konnte.³

Ich lege Ihnen nun heute einen größeren Aufsatz bei, den Sie mir aber bitte schlankweg und ohne Hemmung zurückschicken, wenn er Ihnen für den Gesamtcharakter des Volkswirt zu fremd erscheint. Ich weiß nicht, ob Spengler bei

¹⁵ Eventuell handelt es sich um einen Artikel, der kurz darauf im „Schwarzwälder Boten“ erschien; THEODOR HEUSS: Reichstagsbeginn, in: Schwarzwälder Bote, 29. 5. 1924, zit. n. BArch, N 1221, 37.

¹ Vgl. Nr. 78.

² In der Vorlage: „Marcks“.

³ Vgl. Nr. 78, Anm. 6.

⁴ OSWALD SPENGLER: Politische Pflichten der deutschen Jugend. Rede, gehalten am 26. Februar 1924 vor dem Hochschulring deutscher Art in Würzburg, München 1924; DERS.: Neubau des Deutschen Reiches, München 1924.

Euch in Österreich eine ähnliche Wirkung hat wie in Deutschland. Ich habe mir einmal meine Enttäuschung über seine beiden letzten Schriften⁴ herunterschrieben und wollte in der „Frankfurter“ auf ihn losgehen, aber dort war das Thema schon behandelt. Wenn Sie den Aufsatz⁵ nicht brauchen können, lassen Sie ihn bitte sofort an mich zurückgehen.

Mit den besten Grüßen von Haus zu Haus
Ihr

für Herrn Dr. Th. Heuss
R. Mittag
Sekretärin.

*Anlage:*⁶ Manuskript „Geschäftsprospekt des Diktators“.

Nr. 80

An Dr. Gustav Stolper, Wien

3. Juni 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Die Deutsche Nation. Schriftleitung“

Konflikt zwischen Otto Gessler und Walter Schücking; Mitarbeit von Toni Stolper an der „Deutschen Nation“

Lieber Freund!

Besten Dank für Ihren Brief vom 28. Mai.¹ Er hat sich mit meiner Anti-Spengler-Sendung² gekreuzt, über die Sie sich ja wohl entschieden haben. Ein Nein, wie gesagt, würde mich gar nicht verwundern. Ich bitte dann nur um schleunige Rückgabe, da Spengler einige Bewegung hier verursacht und ich mit meiner Meinung nicht erst nach Wochen herauskommen möchte. Falls Sie den Aufsatz aber schon in der nächsten Nummer bringen sollten, würde³ ich Ihnen dankbar sein, wenn Sie gleich je ein Exemplar an Herrn Reichsminister a. D. Dr. Erich Koch, Berlin-Grunewald, Beyeustraße 10 und an Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm, Reichswirtschaftsministerium, Berlin W. 15, Kur-

⁵ THEODOR HEUSS: Geschäftsprospekt des Diktators, in: ÖVW 16, H. 37, 14. 6. 1924, S. 1135–1137.

⁶ Liegt dem Schreiben nicht bei.

¹ Stolper an Heuss, 28. 5. 1924, in: BArch, N 1221, 487.

² Nr. 79.

³ Von hier bis zum Ende des nächsten Absatzes linke Randanstreichung durch Empfänger; dazu hs. Vermerk: „Nr. 37 [unleserlicher Vermerk]“.

fürstendamm 193/94 schicken lassen könnten, die sich beide lebhaft für meine Spenglerpolemik interessieren.

Wir haben hier eine ziemlich trostlose Woche hinter uns; heute soll angeblich die Entscheidung fallen.⁴ Ich will sehen, daß ich Ihnen heute oder morgen noch etwas schreibe.

Ich würde sehr froh sein, wenn ich mich wieder einmal mit Ihnen unterhalten könnte. Den Aufsatz von Schücking beurteile ich nicht so günstig wie Sie es tun.⁵ Die Aussprache in der Fraktion über die Sache (dies ganz vertraulich!) hat mit einer ziemlich kleinlauten Entschuldigung Schückings gegenüber Gessler geendigt. Ich gehöre zu den Leuten, die im allgemeinen Gessler, dem Vielumstrittenen, die Stange halten. Ich verkenne nicht, wie fatal politisch vielfach das Auftreten auch wesentlicher Leute in der Reichswehr ist, aber ich habe etwas zuviel historisches Gefühl, um aufs Ganze gesehen nicht anzuerkennen, daß es eine ungeheure Aufgabe war und bleibt, ein Heer mit dieser Tradition umzustellen ohne dauernde innere Krise in der Wehrmacht selber.

Mit Schacht will ich den Versuch gern erneuern.⁶ Ich höre nur, daß er außerordentlich schwer zu bekommen ist.

Und dann nun von mir auch eine Bitte: wir haben gestern beschlossen, vom 1. Juli ab die „Deutsche Nation“ wieder aufleben zu lassen. Für ein Jahr ist sie zunächst gesichert.⁷ Wir wollen auch wieder monatliche kurze Wiener Briefe haben, möchten aber jetzt auf die Frau von Urbanitzky⁸ verzichten. Wer wird mir das machen können? Am liebsten wäre mir natürlich, wenn Sie selber uns 1½ bis 2 Seiten unterschrieben, aber ich fürchte, Sie schaffen es nicht. Kann es Frau Toni?⁹ Sie ist ja in den Fragen durch ihre dauernde Mitarbeit bei Ihnen

⁴ Am 3. 6. 1924 scheiterten die Verhandlungen über einen Eintritt der DNVP in die bisherige Regierungskoalition endgültig; vgl. Nr. 78, Anm. 8. Reichskanzler Marx regierte mit einer Minderheitsregierung aus DDP, Zentrum und DVP.

⁵ WALTHER SCHÜCKING: Die Zukunft der Demokratischen Partei, in: FZ, Nr. 389, 25. 5. 1924. In seinem Artikel hatte Schücking den fehlenden Mut der DDP, sich zu einem richtig verstandenen Pazifismus zu bekennen, als einen der beiden entscheidenden Gründe für die Wahlverluste bei den letzten Reichstagswahlen bezeichnet. Als Beleg für dieses Versäumnis hatte er eine Rede von Gessler angeführt. Stolper hatte Schückings Aufsatz „mit großer Billigung gelesen“ (wie Anm. 1).

⁶ Vgl. Nr. 69; ein Artikel von Schacht lässt sich für die folgenden Monate im „Österreichischen Volkswirt“ nicht ermitteln.

⁷ Von September 1923 bis Juni 1924 war „Die Deutsche Nation“ nicht erschienen; vgl. Nr. 66, Anm. 3.

⁸ Grete von Urbanitzky hatte in den Jahren 1922 und 1923 regelmäßig über die politische Entwicklung in Österreich einen „Wiener Brief“ für „Die Deutsche Nation“ verfasst. Bereits kurz nach der Übernahme der Redaktion der „Deutschen Nation“ durch Heuss hatte Stolper die Befähigung von von Urbanitzky hierzu bezweifelt; Stolper an Heuss, 27. 5. 1922, in: BArch, N 1221, 487.

⁹ Unter dem Kürzel „T. St.“ veröffentlichte Toni Stolper von August 1924 bis Juli 1925 monatlich eine Rubrik in der „Deutschen Nation“, in der Regel unter dem Titel „Wiener Brief“; vgl. DN 6 und 7 (1924 und 1925).

sicher ganz drin, sonst verschaffen Sie mir jemand, bei dem ich mich darauf verlassen kann, daß am 20. jeden Monats zuverlässig hier ein Manuskript eingeht, das ohne Chronik der Vollständigkeit das Wesentliche der österreichischen politischen bzw. wirtschaftlichen Situation zu charakterisieren versucht. Der Mitarbeiter muß seriös, aber nicht langweilig sein. Honorar 10 Rentenmark für die Seite.

Die Sommerpläne stehen noch nicht fest; einige Zeit wird mit Kursen¹⁰ und ähnlichen Unternehmungen belastet sein.

Allerseits herzlichen Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 81

An Alfred Colsman, Friedrichshafen

27. Oktober 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 54: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Wunsch nach einer Reichstagskandidatur von Alfred Colsman

Eilbrief!

Verehrter, lieber Freund!

Leider konnten Sie gestern an der Stuttgarter Vertreterversammlung¹ nicht teilnehmen, die sehr stark besucht war und einheitlich verlief. Ich will nun gleich nach meiner Rückkehr Ihnen ein paar Zeilen schreiben:

Als mitgeteilt wurde, daß der Vorstand der Partei Sie bitten will, an die fünfte Stelle der Liste zu gehen, gab die Versammlung ihren freudigen Beifall. Hopf wird ja nun dieser Tage zu Ihnen kommen und Ihre Zustimmung erbitten. Diese Zeilen möchten den Wunsch der Parteileitung persönlich unterstützen.² Ich bin noch unsicher, wie die Wahlaussichten sich darstellen, weil wir über den Kreis der organisierten Leute hinaus ja mit Angst- und Bequemlichkeitsgefühlen des

¹⁰ Im Sommer 1924 wirkte Heuss als Referent an den Schulungswochen der Reichszentrale für Heimatdienst mit, die in Fürstenwalde/Spree (6.–12. 7. und 14.–23. 8. 1924) und Maulbronn (20.–26. 7. und 3.–9. 8. 1924) stattfanden; vgl. DER HEIMATDIENST 4, Nr. 11, November 1924, S. 70; das Konzept seines Referats in: BArch, N 1221, 26.

¹ Auf dem Vertretertag des Landesverbandes der württembergischen DDP am 26. 10. 1924 wurde Heuss erneut hinter Wieland zum Spitzenkandidat für die Reichstagswahlen am 7. 12. 1924 bestimmt; vgl. SNT, Nr. 476, 27. 10. 1924. – Zur vorangegangenen Reichstagsauflösung vgl. Nr. 82, Anm. 2.

² Colsman lehnte das Ansinnen ab: „Ich passe nicht in den Wirkungskreis, den Sie mir anbieten“; Colsman an Heuss, 28. 10. 1924, in: BArch, N 1221, 54.

Spießbürgers zu rechnen haben. Wenn Sie mit auf die Liste gehen, kommt in den Zettel selber, wenn ich so sagen darf, ein gewisser Schmiß. Und zwar sollen Sie nicht nur Attraktion und Dekoration sein, sondern Sie müssen an ein paar Städten mitsprechen, was Sie ja ausgezeichnet können. Ich möchte in meiner Versammlungslaufbahn die Versammlung nicht missen, die ein paar Tage vor der Wahl stattfindet und Colsmann-Heuss heißt. Sie wird kolossal besucht sein und Ihnen selber Freude machen. Das Gleiche führen wir in Heilbronn, Ulm und Reutlingen auf. Wenn Sie mehr tun wollen und können, um so besser; aber diese paar Geschichten, vor allem die Stuttgarter, müssen wir miteinander machen, um unsere Leben um nette gemeinsame Anekdoten zu bereichern. Wenn Sie auf den Zettel gehen und mit mir in Stuttgart reden, holen wir zusammen 3–4.000 Stimmen mehr aus dieser Stadt heraus.

Ich hoffe sehr, daß die gesundheitlichen Verhältnisse bei Ihrer Frau und Ihrer zweiten Tochter sich seit unserem Zusammensein³ gebessert haben und daß Sie jetzt am See schöne Herbsttage gemeinsam genießen. Daß ich in der Zeit der großen Zeppelinfahrt⁴ viel und stolz an Sie gedacht habe, brauchte ich Ihnen nicht besonders zu schreiben; das wußten Sie.

Mit herzlichen, dankbaren Grüßen

[Theodor Heuss]

Nr. 82

An Dr. Otto Gessler, Berlin

29. Oktober 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1032, 20: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹

Verbleib von Otto Gessler als Reichwehrminister in einer rechtsgerichteten Regierung

Verehrter, lieber Herr Dr. Gessler!

In den letzten Wochen habe ich mich oft mit Ihnen innerlich auseinandergesetzt, heute Nacht sogar im Traum, und ich muß Ihnen nun doch einige Worte schrei-

³ Heuss hatte Colsmann während des Reichstagswahlkampfes vom Frühjahr 1924 kennengelernt und während seines Aufenthalts in Friedrichshafen bei Colsmann gewohnt; vgl. Nr. 76 und Heuss an Heuss-Knapp, 15. 4. 1924, in: FA Heuss, Basel.

⁴ Im Oktober 1924 war der erste Transatlantikflug eines Zeppelins geglückt; Colsmann war Generaldirektor der Luftschiffbau-Zeppelin-GmbH in Friedrichshafen.

¹ Druck: O. GESSLER, Reichswehrpolitik, S. 519f; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 129: ms. Schreiben, Durchschlag.

ben, warum ich nicht wünschte, daß Sie in einem wesentlich von der Rechten beeinflussten Kabinett als „Vertreter der Fraktion“ bleiben.² Sie wissen, daß ich Ihre geschichtliche Leistung sehr hoch bewerte und daß ich nicht zu den Kreisen der Partei gehöre, in denen eine gewisse Antimilitärstimmung noch oder wieder vorhanden ist.³ Aber für mich war die Überlegung maßgebend, daß Ihr Verbleiben in der als möglich herankommenden Situation schlechthin zu einer Gefährdung Ihrer Arbeit werden könnte; denn es hätte sich folgendes ergeben: Innerhalb der Rechtskreise wäre eine gewisse triumphierende Prestigegeginnung laut geworden, die ganz notwendig auf die Reichswehr abgefärbt hätte. Jene an sich von mir nicht tragisch genommenen, aber unerwünschten Vorkommnisse, wie schwarz-weiß-rote Kaisergeburtstagsfeiern im Kasino, hätten sich wiederholt und vermehrt. Sie hätten dafür dann parlamentarische Angriffe von links bekommen und wären der Rechten gegenüber isoliert gewesen. Ferner wären von Seiten der Linken alle die Fragen, die mit der sogenannten schwarzen Reichswehr⁴ zusammenhängen, erneut forciert worden. Die Idee des Fachministeriums⁵ war richtig, solange die Reichswehr und ihr Minister in einer einigermaßen homogenen Regierung standen. Jetzt wäre ganz zwangsläufig das Reichswehrministerium durch seine Flügelstellung⁶ das eigentlich politische Ministerium geworden insofern, als, ohne daß man es verhindern konnte, Ihre Position in den Mittelpunkt polemischer Auseinandersetzungen gerückt wäre. Der Kollege Schiffer meinte mir gegenüber, wir hätten, wenn Sie jetzt in einem Rechtskabinett verblieben wären, ja immer die Möglichkeit gehabt, Sie zurückzuziehen und damit von uns aus die

² Nachdem die auf Druck der DVP geführten Verhandlungen über eine Erweiterung der Minderheitsregierung aus DDP, Zentrum und DVP zu einer Mitte-Rechtsregierung unter Einschluss der DNVP Mitte Oktober am Widerstand der DDP gescheitert waren, hatte Reichskanzler Marx von der DDP zumindest die Duldung einer Minderheitsregierung aus Zentrum, DVP und DNVP zu erreichen versucht, die durch den Verbleib Gesslers im Amt des Reichswehrministers gewährleistet werden sollte. Nachdem auch diese Option von der DDP-Fraktion abgelehnt worden war, beantragte Marx bei Reichspräsident Ebert die Auflösung des Reichstags; vgl. AdR Marx I und II, Bd. 2, S. 1110–1114, 1121–1127, 1129–1131; Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vom 20. 10. 1924, in: RGBl. 1924 I, S. 713.

³ Als prominenteste Pazifisten innerhalb der DDP galten Ludwig Quidde und Walther Schücking; zu ihrer schwachen Stellung innerhalb der Partei vgl. K. HOLL, Pazifismus. Zu Heuss' Stellung zum Pazifismus vgl. Nr. 84.

⁴ Als „Schwarze Reichswehr“ wurden geheime Reserveformationen der Reichswehr bezeichnet. Sie waren gebildet worden, um die im Vertrag von Versailles festgelegte Beschränkung der Mannschaftsstärke der Reichswehr auf 100.000 zu umgehen. Angehörige der „Schwarzen Reichswehr“ hatten sich im Oktober 1923 in Küstrin und Spandau an Putschversuchen gegen die Reichsregierung beteiligt; vgl. F. L. CARSTEN, Reichswehr, S. 188f.

⁵ Je nachdem, ob die DDP Regierungsverantwortung trug oder eine Regierung lediglich tolerierte, wurde das Regierungsmitglied Gessler parteiintern als „Parteiminister“, „Vertrauensmann“ oder von der DDP weitgehend unabhängiger „Fachminister“ betrachtet; vgl. H. SCHUSTERREIT, Wehrfragen, S. 138.

⁶ In einer Rechtsregierung hätte der DDP-Minister Gessler den linken Flügel gebildet.

Beeinflussung der Situation in der Hand behalten. Diesen Standpunkt teile ich nicht. Eine Zurückziehung des Reichswehrministers mit der möglichen Folge einer Kabinettskrise und Reichstagsauflösung hätte dann unter Umständen die Reichswehr in den Vordergrund einer Wahlbewegung gerückt, was unter allen Umständen vermieden werden muß, jetzt und in Zukunft. Ich bin auch gar nicht sicher, ob wir, wenn eine solche Situation entstanden wäre, sachlich die Freiheit zu einem solchen Entschluß gehabt hätten. Ich habe vor einigen Tagen mit einem mir seit Kindheit befreundeten und uns politisch nahestehenden, sehr klugen Reichswehrhauptmann die Situation durchgesprochen, der dringend wünschte, daß Sie bleiben, aus der Furcht, daß ein Deutschnationaler Ihr Nachfolger werden könnte. Ich konnte ihm nur sagen, daß mir natürlich die Stabilität in diesem Ressort auch aufs Höchste erwünscht erscheint, daß ich aber glaube, daß Ihre viereinhalbjährige Geschäftsführung doch die Frucht getragen haben muß, daß die Reichswehr selber als konsolidierter Körper einigermaßen angesehen werden kann.

Für mich ist in der Ablehnung der heutigen Deutschnationalen als Regierungspartei⁷ mitbestimmend gewesen ihr Verhalten Anfang September, als die Kriegsschuldnote der Regierung, die ich so für einen Mißgriff hielt, hinausging.⁸ Die gesamte deutschnationale Presse hat sie als den ersten Erfolg der Deutschnationalen gepriesen, während, wenn tatsächlich deutschnationaler Einfluß an ihrer Formulierung beteiligt war, es eine patriotische Pflicht gewesen wäre, das Maul zu halten und diese Aktion nicht von vornherein dem Ausland gegenüber als parteipolitische Konzession zu entwerten.⁹ Dieser Vorgang zeigt mir, daß die Staatspolitik dort das Instrument zur Überwindung der Parteikrise hätte werden müssen.

Entschuldigen Sie diese breiten Auseinandersetzungen, aber da die Probleme mich sehr bewegen, wollte ich sie doch auch Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht haben. Ich bin nicht ganz sicher, ob ich in den nächsten Reichstag wiederkehren werde – unser württembergischer Vertretertag¹⁰ verlief recht optimistisch – aber wenn ich wiederkehren sollte, hoffe ich auf alle Fälle, Sie als Mitglied der Fraktion wiederzufinden. Ich möchte mich den gewiß häufigen Bitten,

⁷ Unmittelbar nach den Reichstagswahlen vom 4. 5. 1924 hatte Heuss eine Regierungsbeteiligung der DNVP noch für möglich gehalten; vgl. Nr. 78, Nr. 79.

⁸ Anlässlich der Annahme der Dawes-Gesetze durch den Reichstag am 29. 8. 1924 hatte die Regierung eine Kundgebung zur Kriegsschuldfrage veröffentlicht, in der sie die in Art. 231 des Friedensvertrag von Versailles getroffene Feststellung zurückwies, das Deutsche Reich sei für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich; der Wortlaut der Kundgebung in: AdR Marx I und II, Bd. 2, S. 1006f.

⁹ Vgl. z. B. den Artikel „Fernwirkungen“, in: Der Tag, Nr. 211, 2. 9. 1924. Dort wird die Kriegsschuldnote als „das Verdienst der viel gelästerten Deutschnationalen Partei“ bezeichnet, „deren zäher Kampf bis zum letzten Augenblick diesen Erfolg erst herbeiführte.“

¹⁰ Vgl. Nr 81, Anm. 1.

daß Sie wieder kandidieren, die in diesen Tagen an Sie gekommen sind, sehr warm anschließen.¹¹

Mit bestem Gruß
Ihr ergebener

Dr. Theodor Heuss

Nr. 83

An Dr. Erich Koch-Weser, Berlin-Grünwald
29. Oktober 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1012, 92: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹

Sorge vor einem Linksruck der DDP-Fraktion nach den kommenden Reichstagswahlen

Verehrter, lieber Herr Dr. Koch!

Sie stehen jetzt in den Anfangsfreuden der Nominierung von Reichstagskandidaturen.² Ich will Ihnen diese nicht zu sehr vermehren, in dem ich Ihnen mit allerhand Vorschlägen auf der Seele herumknie, aber ich möchte Sie bitten, ein paar Minuten den Überlegungen zu widmen, die mich in diesen letzten Tagen sehr beschäftigen. Wie wird die nächste Fraktion aussehen, der ich hoffe noch weiter anzugehören?³ Ich finde bei den Weggehenden⁴ nur in Keinath einen sachlichen Verlust, da Gerland ein zu wendiger und streberischer Charakter ist, und Schiffer zu sehr ins Monologisieren gekommen ist. Aber wie wird der Ersatz sein? Wieland und ich haben in Württemberg eine ausgezeichnet besuchte und gut verlaufene Vertreterversammlung gehabt, und ich glaube, daß ich durch meine Rede über die politisch-parlamentarische Situation die anwesenden Parteifreunde völ-

¹¹ Gessler verzichtete wegen der ablehnenden Haltung der demokratischen Presse Norddeutschlands gegenüber seiner Person auf eine erneute Reichstagskandidatur; vgl. Gessler an Heuss, 31. 10. 1924, in: BArch, N 1221, 79.

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 144–146; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Die Neuwahlen zum Reichstag waren durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. 10. 1924 auf den 7. 12. 1924 festgesetzt worden; RGBl. 1924 I, S. 715.

³ Heuss wurde als Zweitplazierter auf dem Wahlvorschlag der württembergischen DDP wiedergewählt; vgl. STATISTIK 315, III, S. 73.

⁴ Am 21. 10. 1924 hatten die Reichstagsabgeordneten Heinrich Gerland, Otto Keinath und Eugen Schiffer sowie die Landtagsabgeordneten Alexander Dominicus und Bernhard Grund ihren Austritt aus der DDP erklärt. Ihr Schritt war eine Reaktion auf die Weigerung der DDP-Führung, eine Erweiterung der Reichsregierung nach rechts mitzutragen bzw. zu tolerieren; vgl. Nr. 82, Anm. 2.

lig hinter die Haltung der Fraktion gebracht habe.⁵ Die mannigfaltigen privaten Unterhaltungen ergaben aber, vor allem aus Gesprächen mit Industriellen und Angehörigen der freien Berufe – Ärzte, Anwälte –, die Sorge, daß die Partei etwas in die Gefahr kommen könnte, zu „radikalisieren“, d. h. Verstärkung der Tendenzen von Angestellten- und Beamtengewerkschaften⁶ und Ausdehnung eines von der großstädtischen Presse mitbestimmten etwas systematisierten Radikalismus. Da wir im Südwesten unseren Boden vor allem in den kleineren Landstädten in der „gestandenen“ Bevölkerung haben, hat man mich gebeten, diese Sorge zum Ausdruck zu bringen. Sie wird von mir selber nur bedingt geteilt. Z. B. bin ich auf alle Fälle dafür, es zu ermöglichen, daß wir für die Beamtenfragen wieder einen Spezialisten bekommen, der diese Geheimlehre einigermaßen beherrscht. Auf der anderen Seite aber habe auch ich etwas die Befürchtung, daß, wenn etwa die Kandidatenliste, die vor einigen Tagen ein Leitartikel des Berliner Tageblatts brachte,⁷ maßgebend sein könnte, die Spannungen innerhalb der Fraktion nicht nachlassen.

Ich habe es seinerzeit Erkelenz gegenüber abgelehnt, mich zum rechten oder linken Flügel der Fraktion rechnen zu lassen, da ich mir die Entscheidung je nach der inneren Gewissenhaftigkeit vorbehalte und nicht zu einer Gruppe gerechnet sein will.⁸ Ich habe auch zu meiner Freude immer empfinden können, daß ich mit Ihrer Führung und Haltung fast durchweg nicht bloß äußerlich, sondern auch in der inneren Haltung zu den Problemen einverstanden sein konnte. Ich möchte aber die Sorge nicht unausgesprochen lassen,⁹ daß vielleicht jetzt ein für die Parteientwicklung nicht absolut erwünschtes Vordrängen der Gruppe stattfindet, die sich selber als linke empfindet. Ich weiß, was etwa Herr Tantzen für Qualitäten besitzt; ich schätze auch Preuß in seinen historisch-politischen Arbeiten sehr hoch und kenne Schneiders rührige Arbeit; aber ich möchte nicht haben, daß diese Gruppe prävaliert, vor allem weil ich fürchte, daß dann auch

⁵ Zur Vertreterversammlung vgl. Nr. 81, Anm. 1; ein Redemanuskript von Heuss hierzu ließ sich nicht ermitteln.

⁶ Die Bemerkung zielt vermutlich auf den Reichsarbeitnehmerausschuss und Reichsbeamtenausschuss der DDP; zur ihrer Stellung innerhalb der Partei vgl. L. ALBERTIN, Einleitung, S. XL–XLIII.

⁷ Die Demokraten im Wahlkampf. Kandidatenfragen, in: BT, Nr. 512, 28. 10. 1924; der Artikel hatte als wünschenswerte Kandidaten für die Reichswahlliste der DDP u. a. die dem linken und pazifistischen Flügel der DDP zugehörigen Politiker Hugo Preuß, Berthold von Deimling und Theodor Tantzen genannt.

⁸ Den rechten Flügel der DDP-Fraktion bildeten die Industrie- und Bankkreisen nahestehenden Politiker Bernhard Dernburg, Hermann Fischer, Oscar Meyer und Philipp Wieland sowie die Mittelstandsvertreter Franz Bartschat und Johannes Büll. Der linke Flügel bestand aus Pazifisten (Ludwig Quidde, Walther Schücking), Jungdemokraten (Ernst Lemmer) und Gewerkschaftsvertretern (Anton Erkelenz, Gustav Schneider). Frühere Naumann-Anhänger wie Gertrud Bäumer, Heuss und Erich Koch-Weser bildeten eine Mittlerstellung und neigten je nach Streitfrage dem linken oder rechten Flügel zu; vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 64f.

⁹ In der Vorlage: „nicht ausgesprochen lassen“.

eine gewisse Antimilitärstimmung in der Fraktion breiteren Platz gewinnt, die ich nach mancher Seite für sehr unerwünscht und unerträglich halten müßte.

Mir ist zwar Gesslers Psychologie nicht in allen Teilen ein offenes Buch, aber seine staatliche Leistung schätze ich außerordentlich hoch ein, und seine werbende Kraft für die Partei hat, wie ich beobachten konnte, die der meisten von uns anderen übertroffen. Jene Beanstandungen in der Reichswehrpolitik, die in der Fraktion gelegentlich eine Rolle gespielt haben, werden sicher, aufs Ganze gesehen, nur von einem verhältnismäßig geringen Teil unserer Anhängerschaft mitgetragen. Ich würde es, gerade auch nach den Eindrücken, die ich in Württemberg gehabt habe, sehr bedauerlich finden, wenn das Gewicht der Partei unter Wegfall von Gessler mehr auf die Linie Tantzen – Hummel geschoben würde. Ich glaube, ohne daß ich diese Dinge im einzelnen mit ihm durchgesprochen habe, daß auch Hieber die Situation ähnlich betrachtet.

Ich würde mir im ganzen die Argumentation, die unsere drei großen Zeitungen¹⁰ als die Quelle aller Schwierigkeiten ansieht, nicht zu eigen machen, aber manchmal leide auch ich darunter, daß das Triumvirat Feder-Bernhard-Cohnstaedt¹¹ sich den Auftrag zugewiesen hat, je und je festzustellen, wer noch ein guter Demokrat ist und was eigentlich Demokratie bedeutet. Es kann nicht ausbleiben, daß hier im Ganzen ein rationalistischer Formalismus das gewachsene Gefühl niederdrückt.

Verzeihen Sie, verehrter Herr Dr. Koch, diese etwas lang gewordene Auseinandersetzung. Ich darf hoffen, daß Sie für den Ausgangspunkt dieses Briefes eine freundschaftliche Mitempfindung haben. Er ist seiner Natur nach nur für Sie persönlich bestimmt. Ich habe aber nichts dagegen, wenn Sie, falls es angebracht ist, auch Erkelenz von meiner Auffassung unterrichten.¹² Vielleicht ist mein Standpunkt nicht so sehr wichtig. Ich wollte ihn aber auf jeden Fall nicht verschwiegen haben und bin der Hoffnung, daß in einer Zeit, wo gewiß viele Leute auf Sie losstürmen, Sie auch ein Wort von mir freundlich aufnehmen. Was ich der Partei wünsche, sind Männer der Erfahrung, Bildung und inneren Unabhängigkeit, wie ich sie bei meinen Freunden Alfred Wolf und Kurt Riezler sehe;¹³ diese sind auch nicht vom Großstädtertum innerlich aufgeessen, wie manche andere unserer Freunde.

Mit herzlichem Gruß
Ihr ergebener

Theodor Heuss

¹⁰ Gemeint sind das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“ und die „Vossische Zeitung“.

¹¹ Ernst Feder war innenpolitischer Redakteur beim „Berliner Tageblatt“, Georg Bernhard Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ und Wilhelm Cohnstaedt politischer Redakteur bei der „Frankfurter Zeitung“.

¹² Ein entsprechendes Schreiben von Koch-Weser an Erkelenz ließ sich nicht ermitteln.

¹³ Wolf und Riezler kandidierten bei den Reichstagswahlen vom 7. 12. 1924 auf den aussichtslosen Plätzen 18 und 22 der Reichswahlliste der DDP; vgl. STATISTIK 315, III, S. 81. Heuss hatte sich bereits im Frühjahr 1924 für Wolf und Riezler verwendet; vgl. Nr. 74, Nr. 75a.

Nr. 84

An Wilhelm Hartmann, Stuttgart

6. November 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 56: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹

Stellung zum Pazifismus

Sehr geehrter Herr Parteifreund!

Freundlichen Dank für Ihren Brief,² den ich mit großem Interesse gelesen habe. Verzeihen Sie, daß ich ihn erst jetzt und auch nur kurz beantworte. Ich bin in diesen Tagen, ehe ich in den Wahlkampf gehe, beruflich so außerordentlich in Anspruch genommen, daß ich eine breitere Auseinandersetzung über meine Stellung zum Pazifismus schriftlich jetzt nicht niederlegen kann, zumal ich mich darüber in Aufsätzen und Büchern schon wiederholt geäußert habe.³ Was Sie mir über die Haltung der verschiedenen schwäbischen demokratischen Führer zum Pazifismus mitteilen, ist richtig und mir durchaus bekannt. Ich habe mich über diese Frage auch mit Conrad Haußmann oft auseinandergesetzt, stand aber in diesen Fragen Payer und Liesching näher als ihm. Ich bin, was Sie hoffentlich von mir nicht annehmen, kein Esel, der an Krieg und Kriegführung Freude hat. Ich selber habe mich auch immer vom nationalen Haßgefühl frei gewußt und mich dadurch oft genug, vor allem in der Kriegszeit, gegenüber den Massenstimungen isoliert gefühlt, aber ich glaube nicht an die entscheidende Möglichkeit, durch rechtliche Organisationen und pädagogische Maßnahmen die Tatsache staatlicher und nationaler Machtkämpfe aus der Welt schaffen zu können. Ich halte die internationalen⁴ Organisationen, wie Völkerbund und dergl., für Formen politischer Zweckmäßigkeit, derer ich mich immer bedienen würde, wenn ich für mein Vaterland darin Gewinn sehe, aber meine geschichtliche Betrachtungsweise erlaubt mir nicht, in Vorschlägen und Formen dieser Art die letzten Lösungen der Geschichtsentwicklungen als unbedingt anzuerkennen.⁵ Ich weiß auch das aus der Geschichte, daß der Eintritt der Demokratie in die Geschichte den nationalen Gedanken und die allgemeine Wehrpflicht geboren hat, und wehre mich deshalb gegen die wohlmeinende Gleichsetzung von Pazifismus und Demo-

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 147.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Eine konsistente Auseinandersetzung von Heuss mit dem Pazifismus ließ sich nicht ermitteln. In gelegentlichen Bemerkungen setzte Heuss Pazifismus mit Literatentum gleich oder warf den Pazifisten vor, falsche Vorstellungen über ihre positive Wirkung im Ausland zu haben, vgl. TH. HEUSS, Gestern, S. 14f bzw. 54.

⁴ In der Vorlage: „nationalen“.

⁵ Zu Heuss' Haltung zum Völkerbund vgl. auch TH. HEUSS, Staat und Volk, S. 300–305; J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 166–169.

kratie.⁶ Ich habe über diese Fragen auch mit uns nahestehenden Freunden und oft mich auch in Wahlversammlungen auseinandergesetzt und bin ganz damit einverstanden, wenn wir anlässlich der kommenden Wahlversammlungen auch eine öffentliche Aussprache darüber haben wollen.

Mit freundlicher Begrüßung

[Theodor Heuss]

Nr. 85

An Alexander Dominicus, Berlin-Schöneberg

13. November 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 55: ms. Schreiben, Durchschlag, von unbekannter Hand hs. für Heuss paraphiert; Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Austritt von Alexander Dominicus und anderen aus der DDP; Stellung zu Otto Gessler

Lieber Dominicus!

Freundlichen Dank für Ihren Brief vom 10. ds. Mts.,¹ den ich heute vorfand, als ich um meiner Vorlesungen² willen den württembergischen Wahlkampf für einen Tag unterbrach. Es soll mir ganz recht sein, wenn wir uns gelegentlich einmal auch mündlich über meine etwas schroffe Kritik Ihres Verhaltens³ aussprechen können. Ich habe bei denjenigen der ausgeschiedenen Parteifreunde, die nicht die Absicht hatten, zu einer anderen Partei zu gehen, auch heute noch das ausgesprochene Empfinden, daß es richtiger gewesen wäre, ein Pronunziamento zu vermeiden, lediglich aus Rücksicht auf die Partei, der sie bisher angehört haben. Wenn ich jetzt meine Wahlreden halte, gehe ich, um der Diskussion vorzubeugen, immer auf diese Austritte ein ohne Polemik, bedauere sie, weise auf das Ausscheiden von Quaat, Marezky u. s. w. hin.⁴ Es würde nach meiner Meinung

⁶ Dieses Argument findet sich ausführlich dargelegt in: TH. HEUSS, Demokratie, S. 91–95.

¹ Dominicus an Heuss, 10. 11. 1924, in: BArch, N 1221, 55.

² Im Wintersemester 1924/25 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung zu „Wesen und Geschichte der deutschen Parteien“; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, [Vorlesungsverzeichnis] 1924/25, S. 13.

³ Nachdem Dominicus am 21. 10. 1924 aus der DDP ausgetreten war, hatte Heuss im „Nachrichtenblatt des Deutschen Demokratischen Vereins Schöneberg-Friedenau“ eine Notiz dazu veröffentlicht; zum Austritt von Dominicus aus der DDP vgl. Nr. 83, Anm. 4.

⁴ Die beiden Reichstagsabgeordneten Reinhold Quaat und Oskar Marezky hatten bis zum Frühjahr 1924 der DVP-Fraktion angehört; bei den Reichstagswahlen vom 4. 5. 1924 war Quaat für die DNVP und Marezky für die Nationalliberale Vereinigung in Berlin (später: DNVP) in den Reichstag eingezogen.

durchaus möglich gewesen sein für diejenigen, die die Parteihaltung nicht mitmachen, auf eine Nomination zu neuer Kandidatur zu verzichten.⁵ Ich darf sagen, daß die Haltung der Mitglieder der Reichstagsfraktion etwas menschlich Verletzendes hatte, da niemand von uns von diesem Schritt etwas ahnen konnte. Er würde ja die politische Entscheidung als solche nicht beeinflußt haben, aber eine andere Form wäre sympathischer gewesen. Was Schiffer jetzt vor den Wahlen macht in der liberalen Vereinigung,⁶ ist politisch gesehen aufgelegter Unsinn: auf Mandate zielt sie nicht ab, kann es bei diesem Wahlrecht ja auch gar nicht tun und bringt, soweit ich sehe, nur Zeitungsverwirrung, die freilich, nachdem im Wahlkreise von Böhme und Schiffer die Wahlen für die Demokraten so günstig liefen, weiter nichts Schlimmes anrichten wird. Was will denn Schiffer nachher machen? Er ist zwar sehr gescheit, aber doch zu verbraucht, um „etwas wie eine Bewegung“ fertig zu bringen. Auch Keinath und Gerland sind dazu nicht die Leute. Keinath ist außerordentlich kenntnisreich, und ihn vermisse ich am stärksten in der Fraktion. Gerlands hervorragende Begabung, menschliche Sympathien sich nicht zu sammeln, wird ihn auch nicht zum Führer einer selbständigen Sache werden lassen.

Was nun meine Stellung zu Gessler anlangt und die mangelnde Logik meiner Motivierung, so habe ich wohl meinen Gedankengang nicht scharf genug gefaßt.⁷ Das Eintreten der Deutschnationalen würde nach meiner Meinung auf der einen Seite innerhalb mancher Kreise der Reichswehr so gewirkt haben, daß Rücksichten auf Staatsform wegsinken bei Äußerungen, Banketten u. s. f. (ein befreundeter Reichswehrhauptmann hat mir diese Möglichkeit zugegeben); andererseits wäre von der Sozialdemokratie aus Gesslers Ministerium (Komplex schwarze Reichswehr u. s. f.) außerordentlich scharf beobachtet und vermutlich angegriffen worden. Folge: Das Reichswehrministerium wäre durch die Flügelstellung seines Vertreters *das* politische Ministerium geworden. Ich habe das auch gegenüber dem Gedankengang Schiffers eingewandt, daß wir jederzeit die Möglichkeit gehabt hätten, Gessler zurückzuziehen, wenn uns die Politik des neuen Kabinetts nicht mehr paßte. Das ist nur formal richtig. Praktisch würde diese Möglichkeit sehr eingeengt gewesen sein, weil eine Kombination hätte entstehen können, daß dann eine Auflösung um Reichswehrfragen entstanden wäre. Wenn ich von einer Bedrohung des Werkes von Gessler durch diese Situation spreche, dann meine

⁵ Von den fünf Mitte Oktober 1924 aus der DDP ausgetretenen Reichstags- bzw. Landtagsabgeordneten (vgl. Nr. 83, Anm. 4) bewarb sich lediglich Keinath – auf der Reichswahlliste der DVP – erneut um ein Mandat; vgl. STATISTIK 315, III, S. 81.

⁶ Die Liberale Vereinigung wurde am 27. 11. 1924 gegründet, um eine Einigung der beiden liberalen Parteien vorzubereiten. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten neben Schiffer auch Dominicus, Keinath und von Siemens; vgl. L. ALBERTIN, Einleitung, S. XVIII.

⁷ Vgl. den Aufsatz THEODOR HEUSS: Betrachtung zur Lage, in: Nachrichtenblatt des Deutschen Demokratischen Vereins Schöneberg-Friedenau, Nr. 34, 27. 10. 1924, zit. n. BArch, N 1221, 37.

ich damit, daß die Entpolitisierung der Reichswehr durch die exponierte politische Stellung, in die das Ministerium gekommen wäre, gefährdet ist: Daß Gessler selber diesen Standpunkt in diesem Gedankengang nicht für durchschlagend hält, kann mich bei aller Wertschätzung für ihn und sein Werk natürlich nicht abhalten, meine eigene Auffassung maßgebend sein zu lassen.

Er selber schreibt mir übrigens neulich: „Bei meiner Stellungnahme habe ich nicht einen Augenblick an das Wehrministerium gedacht, da ich mich hier für absolut entbehrlich halte.“⁸ Ich hingegen habe hauptsächlich an das Ministerium gedacht, nicht um der Person, sondern um der Reichswehr willen.

Ich fahre heute abend wieder nach Württemberg und komme erst im Dezember zurück.

Bis dahin herzlichen Gruß

Ihr

für Herrn Dr. Th. Heuss
Sch.
Sekretärin

Nr. 86

An Dr. Erich Koch-Weser, Berlin-Grunewald

18. Dezember 1924; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag; Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹

Erlebnisse auf einer Jugend-Bannerweihe der Berliner Jungdemokraten

Verehrter, lieber Kollege!

„Ich warne Sie als Mensch und Christ“² in Berlin zuviel Redezusagen zu machen, ohne vorherige Gewißheit, ob es sich lohnt. Auf Stephans dringenden Wunsch habe ich mich gestern (Mittwoch) abend bereit finden lassen, obwohl es der einzige freie Abend dieser Woche gewesen wäre, an Ihrer Stelle bei einer demokratischen Jugend-Bannerweihe und „Massenkundgebung“ in den Germania Prachtsälen mitzuwirken und an Ihrer Stelle die politische Ansprache zu halten. Es wäre nach meiner Meinung ein fabelhafter Mißbrauch mit Ihrem Namen und mit Ihrer Kraft gewesen, wenn Sie selber bei dieser Geschichte mitgewirkt hätten.

⁸ Gessler an Heuss, 31. 10. 1924, in: BArch, N 1221, 79.

¹ Oben rechts Vermerk von unbekannter Hand: „Durchschlag an Stephan gesandt Sch. 18.12.“

² Zitat aus „Die fromme Helene“ von Wilhelm Busch: „Helene!“ – sprach der Onkel Nolte – „Was ich schon immer sagen wollte! Ich warne dich als Mensch und Christ: Oh, hüte dich vor allem Bösen: Es macht Pläsier, wenn man es ist, Es macht Verdruß, wenn man’s gewesen!“ W. BUSCH, Fromme Helene, S. 8.



Abb. 14: Theodor Heuss (2.v.l.) mit Erich Koch-Weser (1.v.l.) im Restaurant des Reichstags, um 1926

Der große Saal war mäßig besetzt mit jungen Mädchen, sorgenden Müttern und einer Reihe junger Leute, die tanzen wollten. Das Tanzen ist auch ganz in Ordnung; ich habe die Situation ausgenutzt und auch Walzer getanzt. Aber das Drum und Dran war verheerend, weil die Leute mit großer Unpünktlichkeit kamen, mäßig rezitiert wurde, „Phantasietänze“ von acht jungen Mädchen aufgeführt wurden, von denen einige ja ganz hübsch waren, aber das „Ensemble“ doch eine etwas herbe Zumutung. Und dann kam als Einlage vor meiner Rede ein Mann in Marineuniform aus dem Wintergarten³, der ein Mundstück hatte, wie niemand von uns. Er balancierte nämlich in seinem Mund mit einem beneidenswerten Gebiß einen Tisch, auf dem vier Stühle aufgebaut waren, außerdem trug er einen auf einem Stuhl sitzenden Reichsbannermann⁴ auch in seinem Maul auf der Bühne herum. Da ich gestern früh einen Zahn gezogen bekam, war für mich der Vorgang technisch außerordentlich interessant, und ich blickte nicht ohne Neid auf den Mann, zumal er auch mit Recht einen viel größeren Beifall fand, als das, was ich mit meinem Maul nach ihm zu leisten hatte. Aber schließlich haben wir alle ja doch etwas besseres zu tun, als junge Menschen, die sich aufs Tanzen freuen, in ihrer Erwartung aufzuhalten.

³ Bekanntes Varieté in Berlin.

⁴ Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold war 1924 als Kampfbund republikanischer Kriegsteilnehmer gegründet worden. Wie die Mehrheit der DDP-Spitzenpolitiker war auch Heuss Mitglied dieser paramilitärischen Schutzorganisation der Weimarer Republik; vgl. K. ROHE, Reichsbanner, S. 305.

Außer mir war noch der frühere Kollege Könke zum Reden bestellt, so daß ich eigentlich überflüssig war. Ich redete dann aber doch auf Mertens Wunsch und Könke resignierte, worüber er nicht unglücklich war. Für mich ist der Abend die Lehre, daß ich sehr vorsichtig sein werde, meine Abende dem guten Stephan unbesehen zu schenken, und für Sie ist es, glaube ich, notwendig (deshalb schreibe ich diese Zeilen), gegenüber der liebenswürdigen Chuzpe, die manche Berliner Jungdemokraten besitzen, äußerst kühl zu sein, sonst setzen Sie sich Abenden aus, wie es gestern einer gewesen ist. Ich denke dabei natürlich an den Abend nicht mit Verstimmung zurück, sondern solche Einblicke sind ja kulturell äußerst lehrreich. Schon der Anblick einer jungdemokratischen Tombola ist höchst belehrend über das Berliner Kleinbürgertum, aber Vorsicht! Ich würde an Ihrer Stelle in Berlin zwischendurch nur etwas machen, wenn mir Merten mit Hals und Kragen garantiert, daß er seinen organisatorischen Schmiß dahinter stellt, sonst riskieren Sie ähnliche Erfahrungen, denen gerade Sie sich gerade hier, auch als Abgeordneter dieser Stadt, nicht aussetzen dürfen.⁵

Mit besten Grüßen und Wünschen für die Feiertage

[Theodor Heuss]

Nr. 87

An Willy Dürr, Heilbronn am Neckar

25. Dezember 1924; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

PA Elsbeth Haule, NL Willy Dürr: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung¹

Vereinbarung von Terminen; Angebot, mit Willy Dürr per Du zu sein

Lieber Dürr,

besten Dank für den Brief.² Ich will ihn heute nur kurz und grundsätzlich beantworten, dahin, daß ich mir den 18. 1. für die Konferenz in Heilbronn³ freihalten

⁵ In seinem Antwortschreiben bedankte sich Koch-Weser bei Heuss, ihn „vor einer tragikomischen Situation bewahrt“ zu haben, aus der sich wohl kaum jemand mit „so viel Grazie und Humor“ gezogen hätte wie Heuss; Koch-Weser an Heuss, 22. 12. 1924, in: BArch, N 1221, 58.

¹ Durchgestrichener Aufdruck: „,Deutsche Politik‘. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik“.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Heuss sprach am 18. 1. 1925 auf einer Parteiveranstaltung in Heilbronn über „Die parlamentarische Lage“; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

will – 25. 1. geht schwerer, weil Geburtstag m[einer] Frau, die stärkeren Sinn für Feierlichkeit besitzt als ich. In der Familie nennt man das „lithurgisches Gefühl“. Ich habe nun Hopf versprochen, bestimmt am 5. u. 6. 1. (trotz Reichstagsbeginn)⁴ in Stuttgart zu sein⁵ – ich denke, dabei finden wir eine halbe Stunde, mit den notwendigen Leuten uns zu verständigen. Am 13. wird übrigens Bruckmann 60 Jahre alt – innerhalb der Woche kann ich nicht kommen, teils wegen Reichstag, teils wegen Vorlesung.⁶ Kann man in der Partei Wulle u. ihn gemeinsam am 17. feiern? Oder wie ist das gedacht?

Im übrigen schlage ich vor, *daß wir von nun an Du zueinander sagen*. Ich wollte den Vorschlag neulich in Heilbronn⁷ beim Wein machen – aber es war immer zu viel „Volk“ da, u. bei aller Demokratie soll Brüderschaft doch kein alkoholischer Gossenvorgang sein. Wir holen den „Beguß“ dann irgend einmal nach. Es soll auch so gelten, und unsere freundschaftliche Bindung festigen.

Weihnachten ist schön verlaufen; meine Beschäftigung ist, eine freche Geburtstagskarikatur für Bruckmann zu malen u. zwei dicke Bücher über Gajus Julius Cäsar zu lesen! Von Gundolf u. von G. Brandes.⁸

Dir u. Deiner Frau herzl[ichen] Gruß
Dein

Theodor Heuss

⁴ Der am 7. 12. 1924 neu gewählte Reichstag trat am 5. 1. 1925 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen; vgl. RT-Bd. 384, S. 1–7.

⁵ Am 6. 1. 1925 hielt Heuss eine Rede auf dem traditionellen Dreikönigstreffen der württembergischen DDP in Stuttgart; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁶ Vgl. Nr. 85, Anm. 2.

⁷ Am 8. 12. 1924, einen Tag nach den Reichstagswahlen, hatte Heuss auf einer Parteiveranstaltung in Heilbronn eine Rede mit dem Titel „Wahlbetrachtung“ gehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁸ FRIEDRICH GUNDOLF: Caesar. Geschichte seines Ruhms, Berlin 1924; GEORG MORRIS COHEN BRANDES: Cajus Julius Caesar, København 1918 (dt. Ausgabe: GEORG MORRIS COHEN BRANDES: Cajus Julius Caesar, Berlin 1925); vgl. dazu die Sammelrezension: THEODOR HEUSS: Über Cäsar, in: Die Hilfe 31, Nr. 9, 1. 5. 1925, S. 212–214.

Nr. 88

An Friedrich Ebert, Berlin

25. Dezember 1924; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, R 601, 30: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung¹

Loyalitätsbekundung nach dem Urteil des Amtsgerichts Magdeburg

Verehrter Herr Reichspräsident,

zahllosen Deutschen wird es ergehen wie mir, daß ihnen die ausruhsame Stille des Weihnachtsfriedens zerstört ist durch das unfaßbare Unrecht des angeblichen Rechtsspruches von Magdeburg² und daß sie in diesen Tagen mit lebhafterer Sympathie und vaterländischer Dankbarkeit Ihrer Person gedenken. Lassen Sie es sich gefallen, daß ich diese Empfindung zum Ausdruck bringe. Sie bedürfen dieser Versicherung nicht; denn in all der Bitterkeit, die Sie manchmal überfallen mag, wird das ruhige innere Gefühl Sie stark bleiben lassen. Und das Wort Goethes mag Sie durch diese bösen Jahre begleitet haben:

Übers Niederträchtige
niemand sich beklage,
denn es ist das Mächtige,
was man dir auch sage.³

Aber es scheint mir eine Pflicht des menschlichen Anstandes und der Dankbarkeit für uns andere, daß wir in diesen Tagen zu Ihnen treten, und Ihnen sagen, daß der magdeburger Spruch uns erst recht verpflichten soll, im öffentlichen Wirken den Schutz Ihres Namens und Ihrer vaterländischen Leistung zu übernehmen.

¹ Eingangsstempel vom 27. 12. 1924; oben rechts Verfügung: „Pers. Dankschreiben (Vordruck) ab 3./1.25“. Das Dankschreiben Eberts in: BArch, N 1221, 76.

² Vor dem Amtsgericht Magdeburg war im Dezember 1924 der Beleidigungsprozess von Reichspräsident Ebert gegen Erwin Rothardt geführt worden. Rothardt hatte als verantwortlicher Redakteur der „Mitteldeutschen Presse“ ein offenes Schreiben abgedruckt, das Ebert aufgrund seines Verhaltens während des Berliner Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 des Landesverrats bezichtigte. Obwohl Ebert damals nachweislich mit der Absicht in die Streikleitung eingetreten war, den Ausstand möglichst schnell zu beenden, kam das Amtsgericht am 23. 12. 1924 zu dem Schluss, dass Ebert 1918 zwar nicht im politischen, historischen oder moralischen, wohl aber im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen habe. Rothardt wurde lediglich zu drei Monaten Gefängnis wegen Formalbeleidigung verurteilt. Der Prozess und das Urteil, das das Ansehen der Republik nachhaltig beschädigte und deshalb in republikanischen Kreisen mit Empörung aufgenommen wurde, waren mitverantwortlich für den frühen Tod Eberts, der im Februar 1925 an den Folgen einer zu spät vorgenommenen Blinddarmoperation starb; vgl. M. MILTENBERGER, Vorwurf; W. MÜHLHAUSEN, Friedrich Ebert, S. 941–966. – Neben seinem Privatbrief unterzeichnete Heuss zusätzlich eine von Delbrück initiierte öffentliche Kundgebung für Ebert; vgl. den Abdruck in: PROZESS DES REICHSPRÄSIDENTEN, S. 201.

³ Erste Strophe des Gedichts „Wanderers Gemüthsruhe“; J. W. VON GOETHE, Werke. Band 11.1.1., S. 32.

Ich hoffe, daß die fürchterliche juristische Groteske, die eine Schande für die deutsche Justiz wie für das deutsche Volk ist, ausgelöscht werden wird; ich rechne freilich damit, daß der trübe Ungeist einer hetzerischen Politik im Mißbrauch des schändlichen Urteils das Schändlichste leisten mag. Dem müssen alle anständigen Elemente, gleichviel welcher Partei, sich entgegenstellen. Dann wird einmal dieser Zwischenfall nichts anderes sein als eben ein Zwischenfall, der den Zustand unseres Volkes charakterisiert, und dessen man sich nur mit Scham und Peinlichkeit erinnert.

Genehmigen Sie, Herr Reichspräsident, den Ausdruck der persönlichen Verehrung⁴
Ihrem sehr ergebenen
Dr. Theodor Heuss
M. d. R.

[PS] Meine Frau sagt mir, daß auch sie Ihnen gestern einige Zeilen schrieb;⁵ Sie werden das gewiß freundlich aufnehmen.

Nr. 89

An Emmanuel Loulakakis, Paris

11. Februar 1925; [Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a]

GStA PK, I. HA, Rep. 303, 144: ms. Schreiben, Durchschlag, von unbekannter Hand hs. gez. für Heuss¹

Ablehnung des Wunsches nach einer nachträglichen Verbesserung des Abschlusszeugnisses der Deutschen Hochschule für Politik

Sehr geehrter Herr Loulakakis!

In der Anlage übersenden wir Ihnen die Urkunde über Ihr Zeugnis. Ich habe in der Zwischenzeit gehört, daß die Zensur „befriedigend“ für politische Geographie nicht Ihren Erwartungen entsprach und daß Sie deshalb sich nochmals an Herrn Dr. Grabowsky gewandt haben, der seinerseits sich uns gegenüber bereit erklärt hat, mit einer Änderung „gut“ statt „befriedigend“ einverstanden zu sein. Ich kann von mir aus die Änderung in vollem Umfange nicht vornehmen: erstens ist es unmöglich, in der Urkunde durch Radierung etwas bereits Geschriebenes zu

⁴ Heuss zollte Zeit seines Lebens der Person und der Präsidentschaft Eberts seine Hochachtung; vgl. neben kleineren biographischen Skizzen insbesondere seine Rede zum 25. Todestag Eberts; THEODOR HEUSS: Friedrich Ebert zum Gedächtnis, Ansprache im Bundeshaus am 28. 2. 1950; Wiederabdruck in: TH. HEUSS, Reden, Bd. 1, S. 108–119. Zu Heuss' Ebertbild vgl. U. BAUMGÄRTNER, Republik, S. 104–109.

⁵ Heuss-Knapp an Ebert, 24. 12. 1924, in: BArch, R 601, 30.

¹ Stempel im Briefkopf: „Einschreiben“.

entfernen; zweitens ist es nicht möglich, eine Urkunde nochmals herzustellen und zu den erforderlichen Unterschriften in Umlauf zu setzen; drittens, und dies grundsätzlich, ist es vollständig unmöglich, die Wünsche von Hörern nach besseren Zeugnissen zu berücksichtigen. Ich habe das auch bereits in anderen Fällen vollkommen abgelehnt, weil mit einem solchen Verfahren ja die ganze Ernsthaftigkeit der Prüfung und Beurkundung innerlich entwertet würde.

Sehr ergeben

gez. Dr. Theodor Heuss

Nr. 90

An Dr. Willy Hellpach, [Karlsruhe]

17. März 1925; Berlin NW 7

GLAK, N Hellpach, 257: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Themenvorschläge für Reden Willy Hellpachs im bevorstehenden Reichspräsidentenwahlkampf

Verehrter lieber Herr Dr. Hellpach!

Die Fraktion hat sich heute eingehend mit der rednerischen Vorbereitung des Reichspräsidentenwahlkampfes¹ sowohl nach der formal-technischen als nach der inhaltlichen Seite beschäftigt. Es sind dabei von verschiedenen Seiten die Fragen erörtert worden, die in den Vordergrund der Agitation gestellt werden müssen, wobei man sich völlig klar war, daß der Abgeordnete, der im politischen Tageskampf steht, in anderer Weise als der Kandidat selber Fragen der Tagespolemik mit zur Darstellung bringen kann. Wir haben aber auf der anderen Seite natürlich das Bedürfnis empfunden, daß zwischen Ihren programmatischen Kundgebungen und dem, was die Abgeordneten, freilich auch in verschiedener Tönung, sagen, eine möglichst weitgehende sachliche Übereinstimmung bestehe.

¹ Nach Eberts Tod am 28. 2. war die erste Volkswahl eines Reichspräsidenten durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 9. 3. auf den 29. 3. 1925 festgesetzt worden; RGBl. 1925 I, S. 17f. Nachdem der Plan eines von den Parteien der „Weimarer Koalition“ gemeinsam unterstützten republikanischen Reichspräsidentenkandidaten gescheitert war, verfolgte die DDP eine Kandidatur Gesslers, die von der DDP bis zur DNVP getragen werden sollte und von Heuss lebhaft unterstützt wurde. Da Stresemann jedoch aus außenpolitischen Gründen Bedenken gegen Gessler geltend machte, nahm die DDP von einer Sammelkandidatur gänzlich Abstand und nominierte Hellpach als demokratischen Zählkandidaten. – Stresemanns Haltung in dieser Frage war ein entscheidender Grund für die von Heuss wiederholt vorgetragene Antipathie gegenüber der Person des Reichsaußenministers; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 272f; zur Kandidatur Gesslers vgl. H. MÖLLERS, Otto Gessler, S. 289–303.

Ich darf Ihnen schreiben, daß der Wunsch zum Ausdruck kam, daß in Ihren Reden neben der allgemein staatspolitischen Stellungnahme und der kulturpolitischen Betrachtung eine gewisse Konkretisierung der wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Fragen erfolge. Ich bin gewiß, daß Sie das nicht mißverstehen, als ob wir für Ihre Reden einen Dispositionsentwurf liefern wollten. Der würde, wenn ihn die Fraktion macht, miserabel ausfallen, und ich selber weiß auch zu gut, daß man sich in diesen Dingen auf seine eigene Gestaltungskraft einstellt. Sie sollen deshalb nicht über Aufwertung² und ähnliche schöne Dinge und ihre gegenwärtige Lage reden. Aber es scheint doch notwendig, daß in der Ihnen eigenen guten Formulierung einige Sätze über die Notwendigkeit, Unrecht wiedergutzumachen, gesagt werden. Ich würde auch für fruchtbar halten, wenn Sie darstellten, daß die Republik am sichersten sei in der Hand und Gesinnung der selbständigen mittleren Leute. Das Proletariat allein trägt den Staat nicht, und die Geschichte lehrt allzuoft, daß die Entwurzelten ein Raub von Schlagworten oder Diktatoren werden. Die Mittelschicht an den Staat heranzubringen, den Staat auf sie zu legen, ist notwendig genug.

Wohl auch über die Notwendigkeit, das deutsche Volk in seinen weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder zur Geltung zu bringen und dabei die gelernte Arbeit und die Fertigungsindustrie in den Vordergrund zu bringen, müßte und könnte in besserer Formulierung, als dieser Satz sie enthält, einiges gesagt werden.

Wir werden wohl alle über Rheinlandfrage, Sicherung, Militärkontrolle und Räumung einiges sagen.³ Dabei wird, was Sie natürlich⁴ nicht können und sollen, gegen Jarres⁵ polemisch manches gesagt werden müssen. Es ist aber zum Ausdruck gebracht worden, daß es wünschenswert sei, daß auch Sie zu den schwebenden Fragen der Außenpolitik Stellung nehmen, die wohl verbunden sein könnte mit einer Verteidigung der außenpolitischen Haltung, die die Fraktion im Ablauf der letzten Jahre eingenommen hat.⁶

² Vgl. Nr. 96.

³ Die alliierten Besatzungsmächte hatten aufgrund deutscher Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Vertrages von Versailles die für den 10. 1. 1925 vorgesehene Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht vollzogen und auf einen abschließenden Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission verwiesen. Die „Entwaffnungsnote“ mit den von Deutschland noch zu erbringenden Abrüstungsleistungen wurde der deutschen Regierung am 4. 6. 1925 übergeben; vgl. AdR Luther I und II, Bd. 1, S. XXVIII f.

⁴ Von hier bis zum Ende des nächsten Absatzes linke Randaustreichung durch Heuss; dazu hs. Notiz: „Erkelenz hat sehr anregende Aufsätze in der Hilfe über Demokr[at]ie] u. Außenpolitik gemacht, die gute Anregungen enthalten.“ Vgl. ANTON ERKELENZ: Deutschland und der Völkerbund, in: Die Hilfe 31, Nr. 1, 1. 1. 1925, S. 4–6; DERS.: Was ist demokratische Außenpolitik, ebd., Nr. 4, 15. 2. 1925, S. 77–79.

⁵ Karl Jarres war der Reichspräsidentenkandidat des „Reichsblocks“ aus DVP und DNVP.

⁶ Im Zentrum des Wahlkampfes von Hellpach standen jedoch innenpolitische Fragen und sein Konzept einer „konservativen Republik“; vgl. C.-A.. KAUNE, Willy Hellpach, S. 165f.

Ich darf annehmen, daß Sie diese paar Worte freundlich aufnehmen, und wünsche Ihnen für die „Tour“, vor der Sie stehen, frohen Mut und gute Gesundheit. Ich selber werde in der nächsten Woche Niederrhein, Pfalz und Württemberg heimsuchen.⁷

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 91

An Friedrich von Payer, [Stuttgart]

31. März 1925; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1020, 15: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung¹

Angriffe der „Frankfurter Zeitung“ auf die Politik der DDP

Verehrter Herr Payer,

ich hatte die Absicht, in den letzten Tagen zwischen meinen paar schwäbischen Wahlreden Sie zu besuchen, aber Hopf ließ mich zwischen Oberland und Schwenningen spazieren fahren,² und so reichte es zu keinem verständigen stuttgarter Aufenthalt.

Was mich bewegt, ist dies: ob nicht Ihr Einfluß auf die Frankfurter Zeitung irgendwie aktiv gemacht werden könnte. Ich weiß nicht, ob in den nächsten Tagen noch einmal die Kombination Gessler³ kommen wird – kommt sie, so sollen wir als Fraktion nicht vor ihr Angst haben, sondern zugreifen. Aber wir fechten dann gegen unsere eigene große Presse.

Ich selber habe in einigen der Sitzungen des Parteivorstands oder der Fraktion, an denen mein Freund Dr. Cohnstaedt teilgenommen hat, mich mit ihm gerauft – die Freundschaft hat darunter nicht weiter gelitten, es ist aber auch nicht viel oder vielmehr gar nichts heraus gekommen.⁴ C[ohnstaedt] hat mir einmal erklärt,

⁷ Im Rahmen des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl hielt Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Stuttgart (15. 3.), Schwerin (22. 3.), Krefeld (23. 3.), Aachen (24. 3.), Frankfurt a. M. (25. 3.), Speyer (26. 3.), Biberach (27. 3.) und Schwenningen (28. 3. 1925) ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹ Auf der Rückseite des Briefbogens hs. Entwurf des Antwortschreibens von von Payer an Heuss.

² Vgl. Nr. 90, Anm. 7.

³ Gemeint ist eine mögliche Kandidatur von Gessler im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen. Der zweite Wahlgang war notwendig geworden, nachdem im ersten Wahlgang vom 29. 3. 1925 kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit erhalten hatte. Auf Hellpach, den Kandidaten der DDP, waren lediglich 5,8 % der abgegebenen Stimmen entfallen. Zu früheren Überlegungen einer Reichspräsidentenkandidatur von Gessler vgl. Nr. 90, Anm. 1.

⁴ Vgl. den Wortwechsel zwischen Wilhelm Cohnstaedt und Heuss in der Sitzung des Vorstandes der DDP vom 2. 2. 1925, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 335.

die Zeitung sei mächtiger als die Fraktion. Gut. Ich habe ihm dann gesagt: wir kriegen dann halt den österreich[ischen] Zustand, wo es wohl eine „Neue freie Presse“ als öffentliche Macht, aber keine Volksbewegung oder Parlamentsarbeit gibt, die ihr entspricht.⁵

Mir scheint, ich brauche meine Beschwerden nicht breit auseinanderzusetzen – im November mußte man sich ärgern als man in der „F[rankfurter] Z[ei]t[un]g“ las, wir in Württemberg freuen uns fast über jeden früheren Nationalliberalen, der Keinath folgt.⁶ Bald darauf gewann die Polemik gegen Gessler einen nicht nur parteimäßig unerwünschten, sondern auch staatspolitisch unerträglichen Zug.⁷

Ich glaube, ohne mit Ihnen dies Thema je besprochen zu haben, dessen gewiß zu sein, daß diese und ähnliche Aufsätze der „F[rankfurter] Z[ei]t[un]g“ auch nicht eben nach Ihrem Sinne sind.

Vielleicht können Sie doch einmal Ihre Jahrzehnte der gemeinsamen Arbeit mit Fr[an]k[ur]t umspannende Autorität⁸ dort einsetzen, um eine andere oder doch weniger selbstgewisse und partei-imperatorische Haltung zu erreichen.⁹ Denn ich muß sagen: es ist unerfreulich, wie von hier aus in die Partei selber Wirrnis getragen wird, und es ist undankbar, dem Parteigegner gegenüber in der

⁵ Die 1864 gegründete „Neue Freie Presse“ war das wichtigste Blatt des politischen Liberalismus in Österreich. Während der Ersten Republik unterstützte sie mangels einer starken österreichischen liberalen Partei mehrfach die Politik des christlichsozialen Lagers; vgl. TH. VENUS, Jahre, S. 136–138.

⁶ FW: Das schwäbische Land. Bilder und Eindrücke von einer Reise, in: FZ, Nr. 847, 12. 11. 1924. Der Artikel warf der württembergischen DDP schwere Versäumnisse bei der Bekämpfung der politischen Rechten vor, die für die Stimmverluste bei den letzten Wahlen verantwortlich gewesen seien. „Aber auf *einem* Blatte des Verlustkontos sind Posten verbucht, die man allerdings weder hier noch im übrigen Reich zu beklagen braucht: es ist der *Abfall* jener Elemente, die bei der Revolution unter dem Dach der Demokratie Unterkunft und Schutz suchten und sich erst wieder hervortrauten, als eben dank der aufopfernden Entschlossenheit der Demokratie die ersten Schrecken überwunden waren. [...] Kaum einen traf ich, den der Schritt der Keinath und Schiffer beunruhigt hätte, aber viele, die es um der Reinheit und der Schlagkraft der Partei willen begrüßten, wenn sich die Mitläufer entfernen.“ Zum Austritt von Keinath und Schiffer aus der DDP vgl. Nr. 83, Anm. 4.

⁷ Besonders energisch hatte sich die „Frankfurter Zeitung“ im März 1925 gegen eine mögliche Reichspräsidentenkandidatur von Gessler gewandt. Diese habe nur mit der Unterstützung der rechten Parteien Erfolg, entferne damit die DDP aus ihrer Makleraufgabe zwischen Zentrum und SPD und gebe dem Gedanken eines „Bürgerblocks“ Auftrieb; vgl. z. B. „Kandidatur Gessler?“ In: FZ, Nr. 191, 12. 3. 1925.

⁸ Von Payer verband eine langjährige Zusammenarbeit mit der „Frankfurter Zeitung“, die auf seiner Freundschaft mit dem Gründer der Zeitung, Leopold Sonnemann, beruhte und von Payer an die Spitze des Aufsichtsrats der Frankfurter Societäts-Druckerei, dem Verlag der „Frankfurter Zeitung“, geführt hatte; vgl. HEINRICH SIMON: Friedrich Payer. Zu seinem 80. Geburtstag, in: FZ, Nr. 428, 12. 6. 1927.

⁹ In seiner Antwort versicherte von Payer Heuss, dass er mit der Haltung der „Frankfurter Zeitung“ zu Gessler ebenfalls nicht einverstanden sei, aber momentan keine Möglichkeit sehe, auf die Zeitung einzuwirken; von Payer an Heuss, 1. 4. 1925, in: BArch, N 1221, 91.

öffentlichen Auseinandersetzung die Mitverantwortung für die Redaktion der Fr[an]k[urter] Z[eit]u[n]g zu übernehmen.

Ich las, daß Sie neulich in der Gessler-Versammlung¹⁰ waren. Daraus schließe ich auf gesundheitliche Frische und freue mich dessen.

Seien Sie mit Ihrer Familie aufs herzlichste begrüßt von
Ihrem dankbar ergebenen

Theodor Heuss

Nr. 92

An Elly Heuss-Knapp, Badenweiler

23. April 1925; auf der Fahrt von Heidelberg nach Stuttgart

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Verlauf einer Reichspräsidentenwahlkampfveranstaltung in Darmstadt

Liebe Elli,

Darmstadt war sehr gelungen.¹ Entsetzlich große Plakate überall, sehr große Massenversammlung. Und das Überraschende: als wir abends hingingen, geht Dein Vater mit. Er hatte mich ja noch nie reden hören u. war also lustig darauf. Offenbar hat es ihm auch ordentlich gefallen; er lobte vor allem das klangvolle u. unermüdete Organ und meine Argumente gegen Hindenburg.² Mir scheint, daß Lotte u. er diesmal Marx³ wählen; sie seien zwar zunächst „Hindenburgisch“ gewesen, weil der Name achtbar u. bekannt. Nach mir – etwas zu lang – noch eine Erklärung eines jungen (akadem[ischen]) Sozialisten, der übrigens Hindenburg fast mehr „lobte“ als ich es tat.⁴ Dein Vater fand, man rede heute besser

¹⁰ Gessler hatte am 26. 3. 1925 im Stuttgarter Stadtgartensaal eine Wahlkampfveranstaltung für den demokratischen Reichspräsidentenkandidaten Hellpach abgehalten; vgl. Schwäbischer Merkur, Nr. 143, 27. 3. 1925.

¹ Im Rahmen des zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl hatte Heuss am 22. 4. 1925 eine Wahlkampfveranstaltung in Darmstadt abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

² Beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl trat Paul von Hindenburg als Kandidat der Rechtsparteien an. – Das Konzept der Rede von Heuss ist nicht überliefert; in einem kurz darauf erschienenen Artikel im „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ griff Heuss von Hindenburg als Repräsentanten einer ins Grab gegangenen, dynastisch geprägten Zeit an; vgl. THEODOR HEUSS: Hindenburg oder Marx? In: SNT, 25. 4. 1925, zit. n. M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 148–150.

³ Nach dem Scheitern der Parteikandidaten im ersten Wahlgang hatten sich die Parteien der „Weimarer Koalition“ auf Marx als Kandidaten für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl geeinigt.

⁴ Bei dem „akademischen Sozialisten“ handelte es sich um Carlo Mierendorff; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 329.

als früher. Die Sache dauerte bis 10.¹⁰ u. ist ihm gut bekommen; heute hört er sich einen Abendvortrag von Gundolf über Georges Dante⁵ an. Hermine David war auch im Vortrag; ihr Bub kam vorgestern zur Schule. – In H[ei]d[e]lb[er]g bei Marie u. Nora.⁶ Marie erholt sich nur sehr langsam; zu Hause geht es ordentlich, aber nach jedem Ausgang fühlt sie sich völlig erschöpft. Mit Walter Frieboes liegt ein Brief vor; der hat ihr eine seit Oktober gegebene Unterstützung von 100 Mk monatlich auf etwas tapsige Weise neulich gekündigt. Noras Bräutigam ist wegen Krankheit nicht ins Examen, worüber traurige Depression. Ich habe Marie erneut Unterstützung angeboten oder einen Erholungsaufenthalt; aber sie hat abgelehnt. Sie lebt kümmerlich vom Vermieten. Sonst war sie ganz nett und angeregt. Falls Du auf der Rückreise in H[ei]d[e]lb[er]g Station machst, besuche sie doch: Mittelstr. 8. – Sonst nichts zu berichten. Dein Vater jammert über die ewigen Sitzungen von Frau Friedländer: statt der verabredeten 3 sind es schon über 20 u. die Büste (die an sich falsch angelegt ist) wird nichts Rechtes.⁷ Bei Euch ist jetzt gewiß auch schönes Wetter.

Herzl[iche] Grüße allerseits

Theodor

[PS] Harnack schreibt heute in der Frankf[u]r[ter] Z[ei]t[un]g einen Aufsatz für Marx⁸

Nr. 93

An Elly Heuss-Knapp, Badenweiler

28. April 1925; Berlin-Friedenau, [Fregestraße 80]

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Ausgang der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925

Liebe Elli,

gestern früh bin ich also nach guter Fahrt hier wieder eingetroffen. In Halle erfuhr ich, daß die Deutschen keine Dummheit unterlassen, die zu machen das Schicksal ihnen anbietet.¹ Riezler ist unglücklich, weil er H[inden]b[ur]gs politi-

⁵ Georges Übertragungen der „Göttlichen Komödie“ waren 1925 in einer vierten und erweiterten Auflage erschienen; DANTE ALIGHIERI: Göttliche Komödie, übertragen von Stefan George, Berlin ⁴1925.

⁶ Marie Senn und ihre Tochter Nora; Marie Senn war eine Cousine von Heuss.

⁷ Nähere Informationen zu der Büste ließen sich nicht ermitteln.

⁸ ADOLF VON HARNACK: An die evangelischen Deutschen. Für Marx als Reichspräsidenten, in: FZ, Nr. 298, 23. 4. 1925.

¹ Im zweiten Wahlgang am 26. 4. 1925 war von Hindenburg, der Kandidat der Rechtsparteien, mit 48,3 % der abgegebenen Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt worden.

sche Unfähigkeit u. Entschlußlosigkeit für sehr groß hält; es geht schon der Ringkampf an, wer sein „Meißner“² werden soll. Nach m[einer] Meinung tut H[inden]b[ur]g gut daran, sich an Luther zu klammern. Was weiter geschehen wird, ist ungewiß. Die evang[elischen] Bauern haben diesmal rein konfessionell gewählt.³ – Der Bub ist durch den Wahlausgang sehr getroffen worden; man lacht ihn in der Schule offenbar aus. Aus der Harvy-Gruppe⁴ ist er, auf eigenen Entschluß, neulich ausgetreten wegen dieser Geschichten. Mit Hans Liepm[ann] besprach ich, daß er nach einem Ersatz sich umsehe. Ich gab ihm 50 Mk Stundenzuschuß, und dann noch 50 Mk, die er, 1,50 Mk für die Stunde, abverdienen soll. Damit er die Kolleg-Gelder abzahlen kann.

Abends zuerst D[eu]tsche Nation-Konferenz, dann „Rout“⁵ bei Reibnitz, wo auch Dr. Petersens Schwester, Frau Reimann, die Dich grüßen läßt. Sonst „wie gehabt“. Heute Mittag fangen wir wieder im Reichstag an; ich eröffne meine Vorlesungen.⁶ – Bertha⁷ scheint in Garmisch gemietet zu haben, aber ich fürchte, sie hat selber keinen rechten Fiduz.⁸ Den jungen Spiecker bei Bosch unterzubringen, ist mißlungen. Das Wetter ist ewig schwankend. Die Frau Schmaltz aus Offenbach, bei der wir in Miltenberg waren,⁹ gestorben.

Sonst nichts zu berichten.

Herzl[iche] Grüße

Theodor.

[PS] Wie anhänglich doch die alten Sachen an mich sind! Am Samst[a]g Mitt[a]g verlor ich <im>¹⁰ Zug St[utt]g[ar]t-Heilbr[onn] m[einen] Geldbeutel (ohne Geld, mit Marken u. Schlüsseln); meldete es gleich u. konnte ihn schon heute früh auf Wannseebahn abholen!

² Otto Meißner war seit 1920 Chef des Büros des Reichspräsidenten; er blieb bis 1945 in diesem Amt.

³ Gegen den engagierten Katholiken Marx, den Reichspräsidentenkandidaten der „Weimarer Koalition“, bestanden auf protestantischer Seite erhebliche konfessionelle Vorbehalte.

⁴ Wandervogelgruppe von Ernst Ludwig Heuss.

⁵ Veraltet für „Abendgesellschaft“.

⁶ Im Sommersemester 1925 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung zu „Deutsche Verfassungsgeschichte“; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, [Vorlesungsverzeichnis] 1925, S. 8.

⁷ Bertha Jäckh.

⁸ Lateinisch für „Vertrauen“.

⁹ 1908 hatte Heuss und Heuss-Knapp ihre Hochzeitsreise nach Miltenberg geführt; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 125.

¹⁰ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

Nr. 94

An Dr. Robert Bosch, Stuttgart

2. Mai 1925; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

DLA, A: Heuss/Bosch, 73.4429: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Gegensätzliche Meinungen von Theodor Heuss und Robert Bosch zum deutsch-spanischen Handelsabkommen; Wahl von Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten; konfessionelle Spaltung Deutschlands

Verehrter Herr Dr. Bosch!

Freundlichen Dank für Ihren großen Brief vom 23. ds. Mts.,¹ den ich bei der Rückkehr von der leider erfolglosen Propagandareise für Dr. Marx vorgefunden habe.²

Über die Frage des spanischen Handelsabkommens³ habe ich im Januar einmal eine Unterhaltung mit Herrn Hugo Borst gehabt und habe auch am 14. Januar an das Wirtschaftliche Sekretariat der Robert Bosch Akt.-Ges. auf Grund eines längeren Schreibens, das ich von ihm erhalten hatte, eine Darstellung meines Standpunktes gegeben.⁴ Die den Vertrag betreffende Literatur kenne ich einigermaßen und weiß, wie in einzelnen Branchen, vor allem die mit der Elektrizität und

¹ Bosch an Heuss, 23. 4. 1925, in: DLA, A: Heuss/Bosch, 73.4457. In seinem Brief beklagte Bosch, dass der Reichstag zugunsten „einer kleinen Minderheit von Weingärtnern“ gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag stimmen wolle, den die Industrie „bitter notwendig“ brauche.

² Im Rahmen des zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl hatte Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Neißة (19. 4.), Eisenach (20. 4.), Nordhausen (21. 4.), Darmstadt (22. 4.), Stuttgart (23. 4.), Untertürkheim (23. 4.), Heilbronn (24. 4.), Ulm (23. 4. oder 25. 4.) und Ehingen (25. 4.) abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684; zum Ausgang der Wahl vgl. Nr. 93, Anm. 1.

³ Im deutsch-spanischen Handelsabkommen gewährte Spanien dem Deutschen Reich Zollermäßigungen auf zahlreiche industrielle Güter, während das Deutsche Reich seine Importzölle auf spanische Nahrungs- und Genussmittel aufhob bzw. reduzierte. Das Handelsabkommen war am 25. 7. 1924 von Vertretern beider Länder unterzeichnet worden, musste aber noch vom Reichstag verabschiedet werden; RT-Bd. 383, Nr. 467. Aufgrund der Auflösung des Reichstags im Oktober 1924 blieb die Vorlage vorerst unerledigt und wurde nach der Konstituierung des neu gewählten Reichstags im Januar 1925 einem eigens eingesetzten Ausschuss überwiesen, der eine Ablehnung des Vertrags empfahl. In nicht namentlicher Abstimmung verabschiedete der Reichstag am 27. 5. 1925 den Gesetzentwurf, forderte aber – unter dem Eindruck der Proteste deutscher Winzer – die Regierung auf, sofort in neue Verhandlungen mit Spanien zu treten, um einen ausreichenden Zollschutz für die deutsche Landwirtschaft zu erreichen; RT-Bd. 385, S. 2095–2127. Die Kündigung des Vertrages am 16. 7. 1925 führte zu einem mehrmonatigen deutsch-spanischen Zollkrieg, der erst im Mai 1926 durch einen neuen Handelsvertrag beigelegt werden konnte.

⁴ Vgl. den Briefwechsel zwischen Heuss und der Robert Bosch Aktiengesellschaft, Abteilung Wirtschaftliches Sekretariat, in: BArch, N 1221, 54.

Kleisenfabrikation zusammenhängenden, sehr große Hoffnungen auf den Vertrag gesetzt sind. Auf der anderen Seite wenden sich auch großindustrielle Interessenten an uns, den Vertrag abzulehnen; etwa in der Linoleumbranche und auch in bestimmten Textilbranchen hält man den Vertrag für eine Schädigung.

Ich habe im Januar Ihrem Sekretariat mitgeteilt, daß ich den Vertrag deshalb ablehne, weil ich seit einigen Jahrzehnten mit dem Weinbau zusammenhänge durch meine Doktorarbeit, in der ich die Berechtigung von Zöllen für Wein und Trauben vertreten habe,⁵ was sogar Brentano, bei dem ich die Arbeit machte, nicht weiter beanstandete. Ihre Meinung, daß es „eine wenig beneidenswerte Lage sei, wenn man es nur dadurch werden konnte, daß man sich festlegte“,⁶ trifft für mich nicht zu, denn gewählt werde ich wohl nur von ganz wenigen Weingärtnern, die meistens in der Hand des württembergischen Weingärtner- und Bauernbundes⁷ sind. Auch hat bei den Wahlen des Vorjahrs⁸ oder bei früheren Kandidaturen diese Frage gar keine Rolle gespielt.

Ich habe mich aber aus sachlicher Überlegung, als das Provisorium mit seinen Sätzen bekannt wurde, im September öffentlich gegen den spanischen Handelsvertrag ausgesprochen,⁹ und die Entwicklung, die seitdem eingetreten ist, hat eine Änderung meiner Auffassung nicht herbeigeführt. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß unter dem Gesichtspunkt der Handelsbilanz allein sehr viele Argumente für die Ratifizierung sprechen, aber ich weigere mich volkspolitisch, einen Stand preiszugeben, der wie wenige heimatmäßig verwurzelt ist, und der aufs Ganze gesehen auch wirtschaftspolitisch doch ein sehr wichtiger Faktor <ist>¹⁰. Für sehr viele Bezirke kommt die von Ihnen angeratene Umstellung auf andere landwirtschaftliche Arbeit technisch und wirtschaftspolitisch nicht in

⁵ THEODOR HEUSS: Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N., Heilbronn 1906, S. 79–99. Im Schlusswort seiner Doktorarbeit schränkt Heuss allerdings die positive Wirkung eines Schutzzolls auf den einheimischen Weinbau wieder ein: „So kommen wir zu dem Schluß, daß das Interesse des Heilbronner Weinbaues aufs engste verknüpft ist mit dem kommerziellen und industriellen Aufschwung der Stadt und ihrer weiteren Umgebung, soweit sie als Markt in Betracht kommt, und daß alle Maßnahmen handelspolitischer und besonders auch verkehrspolitischer Natur, soweit sie dieser Entwicklung Schranken aufrichten und Möglichkeiten vorenthalten, schädigend rückwirken auf den Weinbau und seine Vertreter. Der beste Schutz des einheimischen Weinbaues liegt bei einem zahlreichen und kaufkräftigen Konsumentenstand.“ Ebd., S. 126.

⁶ Im Brief von Bosch (wie Anm. 1) heißt es: „Es ist eine wenig beneidenswerte Lage, Abgeordneter zu sein, wenn man es nur dadurch werden konnte, daß man sich so festlegte.“

⁷ Der Württembergische Weingärtner- und Bauernbund war zwischen 1893 und 1895/96 als württembergische Sektion des Bundes der Landwirte gegründet worden und vertrat die Interessen der klein- und mittelbäuerlichen Landwirte. Seit 1919 trat er bei den Landtags- und Reichstagswahlen als eigenständige Partei an; vgl. R. WEBER, Bürgerpartei, S. 88–96.

⁸ In der Vorlage: „Frühjahrs“.

⁹ THEODOR HEUSS: Der Weinbau in der deutschen Volkswirtschaft, in: NZ, Nr. 210, 6. 9. 1924.

¹⁰ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

Frage.¹¹ Was erreicht wird, ist eine weitere Proletarisierung eines bodenständigen Menschenkreises. Ich habe das auch je und je öffentlich ausgesprochen, daß der spanische Vertrag von der deutschen Regierung schlecht gemacht wurde. Die Ausfuhr aus Spanien hat für Spanien selber nicht die Bedeutung, aber wenn wir um das Prinzip der Meistbegünstigung kämpfen, sind die italienischen, französischen und nordafrikanischen Weinbaugebiete Mitgenießer dieses Entgegenkommens. Eine Darstellung, die ich nicht weiter kontrollieren kann, will ja auch wissen, daß Spaniens Forderung auf Druck der französischen Regierung geschah, die entsprechende Leistungen an Spanien vollzogen hat. Es werden in der Fraktion, soweit ich sehe, vier bis fünf Herren diesen Standpunkt einnehmen.

Ihren Aufsatz zur Wahl¹² habe ich seinerzeit mit großer Freude gelesen und ihn sehr dankbar begrüßt, mich auch darüber amüsiert, wie der Schwäbische Merkur und die Süddeutsche Zeitung mit ihm sich abfinden wollten.¹³ Ich kann mir sehr gut denken, daß Sie mit Zuschriften überschüttet worden sind. Hieber hat unter einem ähnlichen Bedürfnis des Publikums, wie er mir erzählte, in diesen Wochen auch viel auszustehen gehabt.

Es ist schade, daß Sie in der Liederhallenversammlung¹⁴ nicht sein konnten. Ich habe dort nach meiner Meinung recht offen über die kulturpolitischen Gegensätze zwischen uns und dem Zentrum gesprochen und dabei auseinandergesetzt, daß die konfessionelle Zerrissenheit für die deutsche politische Geschichte ein Unglück sei,¹⁵ aber für die geistig kulturelle eine Befruchtung bedeute. Die deutsche geistige Entwicklung sei ohne den deutschen Protestantismus nicht zu denken, aber auch der Katholizismus habe seine wertvollen Beiträge für die Gestaltung des deutschen Wesens in der Auseinandersetzung mit dem Protestantismus geleistet. Diese Auseinandersetzung, die nicht politischer Natur sei, gehe weiter und habe mit dem Wahlkampf nichts zu tun. Ich sei aber dafür, daß man das Wort „Duldung“, das etwas Mattes habe, sich abgewöhne, und daß beide Teile vor der Leistung und der Überzeugung der anderen „Achtung“ gewännen.

Die Deutschen, die ja nun eine politische Dummheit, wenn sie sich irgendwie machen läßt, nicht vermeiden, haben die Entscheidung anders getroffen, als wir es wünschten. Hoffentlich schlägt es Deutschland nicht zu übel aus. Ich nehme

¹¹ In seinem Brief (wie Anm. 1) hatte Bosch angeregt, die Weinbauern sollten sich auf den Obst- und Gemüseanbau umstellen, sollte ihr Wein nach dem Wegfall des Schutzzolls nicht mehr verkäuflich sein.

¹² ROBERT BOSCH: Für Marx! In: FZ, Nr. 293, 21. 4. 1925.

¹³ Vgl. die Artikel „Der führende Industrielle“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 185, 23. 4. 1925, bzw. „Eine Antwort an Herrn Robert Bosch“, in: Schwäbischer Merkur, Nr. 187, 24. 4. 1925; beide Zeitungen hatten die Kandidatur von Hindenburgs unterstützt.

¹⁴ Am 23. 4. 1925 hatte Heuss eine Wahlkampfveranstaltung in der Stuttgarter Liederhalle abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹⁵ In der Vorlage: „würde“.

an, daß Hindenburg, um nicht einer Adjutantenkamarilla ausgeliefert zu sein, sich sehr an Luther halten wird, und vielleicht wird nun die schwarz-rot-goldene Fahne bei ihren Gegnern langsam etwas Achtung gewinnen, wenn sie als Standarte auf dem Präsidentenhaus über Hindenburgs Haupt flattert.

Mit freundlicher Begrüßung
Ihr dankbar ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 95

An den Kulturausschuss der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin
18. Mai 1925; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 55: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“
Ablehnung einer Beteiligung von Künstlern an der Verwaltung von Kunstgalerien

Verehrtes Fräulein Dr. Rathgen!

Freundlichen Dank für die Übersendung der Leitsätze und Vorschläge zur Förderung der schaffenden Künstler.¹ Ich finde es ja sehr nett von dem Kulturausschuß,² daß er die Leute draußen anregen will, für die Kunst etwas zu tun, aber ich habe, um mein Gewissen zu salvieren, das Bedürfnis, in einigem meinen abweichenden Standpunkt auszudrücken. Dieser bezieht sich vor allem auf Punkt 2, worin Sie verlangen, daß Künstler in großem Umfange für die Verwaltung der Galerien herangezogen werden, sowie im Ausstellungswesen als Landes- und Stadtkunstbeiräte. Ich verkenne nicht, daß das im Einzelfalle einmal gut ausgehen kann. Die Erfahrung selber sagt, daß Galerien unter der Leitung von Künstlern fast überall einen qualitativen Rückgang erfahren haben. In den Galerie-Kommissionen u. s. w. sind ja wohl auch Künstler angebracht, aber meine eigenen langjährigen Erfahrungen in einer Kunstdeputation³ haben mich lernen lassen, daß die positiven Anregungen von dieser Seite nicht immer sehr glücklich gewesen sind. Als Landes- und Stadtkunstbeirat würde ich vermutlich niemals einen Künstler berufen, sondern einen Mann, der Geschmack, Kenntnis und innere Unabhängigkeit besitzt. Ich habe den deutlichen Eindruck, daß Ihre Leitsätze

¹ Ließen sich nicht ermitteln.

² Der Kulturausschuss der DDP bestand aus rund 70 Mitgliedern. Den Vorsitz hatte Goetz inne, Heuss und Heuss-Knapp gehörten ihm als einfache Mitglieder an; vgl. ORGANISATIONSHANDBUCH, S. 71–73.

³ Heuss spielt hier vermutlich auf seine langjährige Mitgliedschaft im Deutschen Werkbund an.

unter dem Einfluß des wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler⁴ entstanden sind, der ja eine sehr nützliche soziale und wirtschaftliche Funktion ausübt, aber ich wehre mich dagegen, jemanden deshalb, weil er mit dem Pinsel oder Meißel sein Brot verdient, für einen Künstler zu halten.

Auch innerhalb der Unterstützungsvorschläge würde ich in der Praxis sehr zurückhaltend sein, die Berufsorganisation zum Träger von Unterstützungen zu machen, da sie notwendig in Vereinsrücksicht stecken bleibt. Wenn man der Kunst als solcher dienen will, ist die Unterstützung junger Künstler mindestens so wichtig als die alter; die jungen pflegen aber nicht im Vereinsbetrieb zu finden zu sein.

Ich habe keineswegs das Bedürfnis, meine Arbeitslast auszudehnen, und bin ja, wie ich Ihnen schon einmal sagte, sehr skeptisch dem gegenüber, was man Kulturpolitik des Staates nennt,⁵ aber wenn Sie Schritte unternehmen, die mit Kunst und Literatur zu tun haben, lassen Sie es mich bitte doch vorher wissen, weil ich in diesen Dingen, wie ich glaube, gewisse Meinungen und Erfahrungen habe.

Dieser Brief ist natürlich nur zu Ihrer und Herrn Rönneburgs⁶ persönlicher Information.

Mit bestem Gruß

[Theodor Heuss]

⁴ Wirtschaftliche Verbände bildender Künstler gab es bereits vor dem Ersten Weltkrieg in den Zentren der deutschen Kunstproduktion (Berlin, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Königsberg, Leipzig, München und Stuttgart). Im Januar 1921 hatten sie sich zum Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands zusammengeschlossen, dessen Hauptziel „die Schaffung neuer sozialer und wirtschaftlicher Gesetze für die bildenden Künstler“ war; vgl. KUNST UND WIRTSCHAFT 1, H. 5, Februar 1921, S. 1–3.

⁵ Im „Kulturpolitik“ überschriebenen Abschnitt seines fast gleichzeitig erschienenen Buches „Staat und Volk“ sah Heuss die kulturpolitischen Aufgaben des Staates im Wesentlichen im Bereich der Schul- und Bildungspolitik. Die Kunst selbst sei dagegen autonom; man tue gut daran, „Staat und Staatsform in diesem Zusammenhang des Schöpferischen nicht zu hoch zu veranschlagen“. Eine gelungene staatliche Kunstpolitik hänge zudem stark von der Persönlichkeit der damit beauftragten Referenten und Museumsdirektoren ab; vgl. TH. HEUSS, Staat und Volk, S. 251–266, Zitat S. 259.

⁶ Heinrich Rönneburg war ebenfalls Mitglied des Kulturausschusses der DDP.

Nr. 96

Rundschreiben an die Mitglieder der DDP-Fraktion im württembergischen Landtag, Stuttgart

30. Juni 1925; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1221, 60: ms. Schreiben, Durchschlag, ohne Anrede; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Behandlung der Aufwertungsfrage im Reichstag

Es ist mir bei der starken Inanspruchnahme des Augenblicks nicht möglich, mich so ausführlich, wie es vielleicht wünschenswert wäre, mit Euch über die *Aufwertungsfrage*¹ und meine Stellungnahme zu unterhalten. Auch leidet die Möglichkeit darunter, daß noch nicht zu übersehen ist, welche Anträge in der zweiten Lesung kommen und das Bild verschieben.² Ich möchte aber gern einigermaßen in dieser Frage mit Euch konform gehen.

Die Behandlung der Angelegenheit ist ja auf dem Wege, eine juristische Geheimwissenschaft zu werden, und ich fürchte, die erwünschte Beruhigung wird aus formal sachlichen Gründen schwer erreicht werden, so wünschenswert das aus wirtschaftlichen Gründen sein müßte. Die Vertretung der Fraktion im Ausschuß³ war ja schwankend. Richthofen hat sich, wie mir scheint, aus politisch taktischen Gründen ziemlich weit in der Tendenz der individuellen Behandlung bewegt. Er sagte mir, daß er auch sachlich sich diesem Gesichtspunkte genähert habe. Ich bin sehr unsicher, ob ich ihm auf dem Gebiet folgen kann, da ich fürchte, daß die individuelle (Bestsche) Aufwertung⁴ einen unübersehbaren und durch Jahre gehenden Prozeßgang bringt. Soweit ich die Materie übersehe, arbeiten die Gerichte

¹ Nach der provisorischen Behandlung im Rahmen der 3. Steuernotverordnung (vgl. Nr. 73, Anm. 8) beschäftigte sich der Reichstag seit Mai 1925 erneut mit einer gesetzlichen Regelung der Frage, wie das durch die Inflation entwertete Vermögen aufzuwerten sei.

² Der Reichstag beriet vom 10. bis zum 15. 7. 1925 in zweiter und dritter Lesung über das Aufwertungsgesetz; RT-Bd. 386, S. 2933–3207. Zu den zahlreichen Änderungsanträgen während der zweiten Lesung vgl. RT-Bd. 386, S. 3025, und RT-Bd. 403, Nr. 1140, 1143–1145, 1149, 1152, 1161, 1168–1171.

³ Der 18. Ausschuss (Aufwertungsfragen) hatte vom 15. 5. bis zum 7. 7. 1925 über den Entwurf eines Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz) beraten. Die DDP war durch Wilhelm Külz und Hartmann Freiherr von Richthofen im Ausschuss vertreten; Bericht des 18. Ausschusses, in: RT-Bd. 402, Nr. 1125.

⁴ Georg Best war als Vertrauensmann des Sparerbundes auf der Reichswahlliste der DNVP in den Reichstag gewählt worden. Im Gegensatz zur Kabinettsvorlage vom 25. 4. 1925, die eine maximale Aufwertung auf 15 % des Goldmarkbetrags vorsah, forderte er eine individuelle, die Vermögenslage des Schuldners berücksichtigende Aufwertung von bis zu 100 %; RT-Bd. 399, Nr. 632: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Umwertung alter Geldschulden (Dr. Best, Dr. Steinger und Genossen, 7. 3. 1925). Nachdem im Laufe der parlamentarischen Behandlung seine Position innerhalb der DNVP keinen Rückhalt mehr fand, schloss sich Best im Juni 1925 der Völkischen Arbeitsgemeinschaft an.

selber ja nicht einheitlich, weil hier der individuellen Auffassung des Richters von den sozialen Verpflichtungen und von den wirtschaftlichen Möglichkeiten ein außerordentlicher Spielraum gegeben ist. Die Stuttgarter Partei hat vor einigen Wochen nach einem Referat von Erlanger Forderungen aufgestellt, die gewiß unter dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit alle erwünscht sein mögen, aber ich würde nach meiner inneren Empfindung nicht in der Lage sein, mich ihnen in vollem Umfange anzuschließen. Die Aufwertung von Bank- und Kontokorrent-Guthaben z. B. halte ich technisch und bei dem gegenwärtigen Stand der Geldlage der Banken einfach für unmöglich. Die Frage der Industrieobligationen⁵ übersehe ich nicht genügend; kein Mensch weiß, wieviele eigentlich noch in Privatbesitz sind. Die Verknappung der Geldmittel für die Industrie bedeutet natürlich auch hier sofortige Auswirkung auf Preisgestaltung und Arbeitsmarkt, wenn zu der Dawesbelastung⁶ eine wesentliche Aufwertung von Industrieobligationen erfolgt.

Wie es scheint, wird die parlamentarische Entscheidung, die wohl Ende der nächsten Woche fallen muß, sich in der Richtung bewegen, daß bei Hypothekenaufwertung die Regierungsvorlage eine Härteklauseel zu Gunsten des Schuldners ansetzt, wie sie ja schon in der dritten Steuernotverordnung gewesen ist.⁷ Diese Ausnahme zu Gunsten des Schuldners erscheint einem Teil der Fraktion wirtschaftlich berechtigt, aber die Fraktion wird vermutlich hier geschlossen ablehnen und wird, wie es Richthofen im Ausschuß getan hat,⁸ die völlige Streichung einer Härteklauseel beantragen.⁹ Dringt diese Streichung nicht durch, so ist anzunehmen, daß die Härteklauseel auch zu Gunsten des Gläubigers von den Sozialdemokraten beantragt werden wird.¹⁰ Das wird der wesentliche Streitpunkt sein. Ich bin von mir aus geneigt, dann aber auch einen solchen Antrag abzulehnen, weil hier die individuelle Aufwertung dann durch eine Hintertür wieder herein-

⁵ Für Industrieobligationen war in der 3. Steuernotverordnung vom 14. 2. 1924 ein Aufwertungssatz von 15 % festgelegt. Das Aufwertungsgesetz vom 16. 7. 1925 hielt an diesem Satz fest; RGBl. 1924 I, S. 74 bzw. RGBl. 1925 I, S. 123.

⁶ In dem das Dawes-Abkommen begleitenden „Gesetz über die Industriebelastung“ vom 30. 8. 1924 wurde den industriellen und gewerblichen Betrieben des Deutschen Reichs die Last der Verzinsung und Tilgung eines Betrages von 5 Milliarden Goldmark auferlegt; RGBl. 1924 II, S. 257–269.

⁷ Vgl. Art. 1, § 2, Abs. 1 der 3. Steuernotverordnung vom 14. 2. 1924, in: RGBl. 1924 I, S. 74f.

⁸ Vgl. RT-Bd. 402, Nr. 1125, S. 5.

⁹ Ein entsprechender Antrag der DDP-Fraktion ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰ Keil (SPD) forderte am 11. 7. 1925 eine unbegrenzte Härteklauseel sowohl für die Schuldner- als auch für die Gläubigerseite; RT-Bd. 386, S. 3017f bzw. RT-Bd. 403, Nr. 1143. Der Antrag Keils wurde im Reichstag ebenso wie ein Eventualantrag, der eine Erhöhung oder Herabsetzung der Aufwertung um bis zu 10 % vorsah, in namentlicher Abstimmung abgelehnt; RT-Bd. 386, S. 3038–3043. Das Aufwertungsgesetz sah schließlich für die Aufwertung von Hypotheken einen Regelsatz von 25 % vor; in Härtefällen bestand die Möglichkeit der Herabsetzung der Aufwertung um 10 %; unter speziellen Voraussetzungen war auch eine höhere Aufwertung als 25 % möglich; RGBl. 1925 I, S. 119. Die DDP stimmte bei der Schlussabstimmung am 15. 7. 1925 geschlossen gegen den Gesetzentwurf; RT-Bd. 386, S. 3209–3213.

kommt. Ich halte dies zwar für eine Sicherung guter Konjunktoren für Rechtsanwälte, aber stecke voll innerster Bedenken und bin geneigt, die Härteklauseel in allen Fällen abzulehnen.

Allgemein-politisch habe ich wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir [uns] zu der Politik von Keil distanzieren müssen; der treibt heute eine agitatorisch eingestellte Politik, die in ihren Wirkungen ähnlich sein kann wie die der Herren Hergt und Steiniger, indem er jedermann das Geld der anderen verspricht, ohne die entsprechende rücksichtslose und darum unmögliche Steuerpolitik gleichzeitig zu betreiben.¹¹ Ich möchte nicht haben, daß wir für den ja gewiß einmal wieder kommenden Fall der politischen Kooperation mit den Sozialdemokraten mit dieser Agitationshypothek der Sozialdemokratie vorbelastet sind, die uns dann niemand aufwertet.

Diesen Brief, der in aller Eile herunterdiktirt ist, bitte ich zur Kenntnis zu nehmen und mir evtl. Eure Meinung dazu zu sagen.

Ich hoffe, daß die beiden Reden, die ich vor vierzehn Tagen im Hohen Hause gehalten habe, aufs Ganze gesehen Euren Beifall fanden. Sie waren, wenn ich mich nicht täusche, parlamentarisch ein guter Erfolg.¹²

Mit herzlichem Gruß

Ihr

[Theodor Heuss]

Nr. 97

An Elly Heuss-Knapp, [Darmstadt]

22. Juli 1925; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Reichstagsreden; Mitgliedschaft im Ausschuss für die künstlerische Ausschmückung des Reichstags

Liebe Elli,

leider ist auch am Mittwoch Abend noch nichts von Dir da; ich rechnete schon gestern mit einem Wort, wie Du die Situation angetroffen.¹ Dem Buben scheint

¹¹ Als Sprecher der SPD im Aufwertungsausschuss hatte Keil sogar einen allgemeinen Aufwertungssatz von 40 % gefordert und sich damit den Forderungen von Best angenähert; RT-Bd. 402, Nr. 1125, S. 5.

¹² Heuss hatte im Reichstag am 15. 6. zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche, zum Auslandsdeutschum und zum Föderalismus, am 16. 6. 1925 zum Schulwesen und zum Verhältnis zwischen Staat und Kunst gesprochen; RT-Bd. 386, S. 2300–2304 bzw. S. 2352–2356.

¹ Die Mutter von Heuss-Knapp starb in der Nacht vom 23. auf den 24. 7. 1925.

es sehr gut zu gehen; ich denke, Du hast ihm nach Cortina d'Ampezzo auch gleich geschrieben.²

Ich sende Dir, falls Dein Vater sich dafür interessieren sollte, meine 2 „großen“ Reichstagsreden;³ Dir dann noch die gestrige Rede, die auch gut verlief und einig- es Erstaunen durch die durchsichtige Sachlichkeit der Darstellung hervorrief.⁴ Die Soz[ial]dem[okraten] meinten, die Regierung habe mir Material gesteckt, was aber nur halb richtig, weil ich die Pointen in ihrem Material selber fand, umgekehrt aber Brauns seinen Erfolg hatte durch die Fragen, die ich s[einem] Vertreter vor einigen Tagen vorgelegt hatte: das Material, das ich für mich erbeten hatte, trug der Minister nun selber vor.

Die Hitze ist enorm, aber außerhalb des Plenarsaals erträglich.

Ich habe meine weitschichtige parlam[entarisches] Tätigkeit⁵ heute wieder ausgedehnt. Da gibt es nämlich einen Ausschuß für die künstl[erische] Ausschmückung des Reichstags,⁶ in dem von uns der biedere Klempner Bartschat saß. Als ich den frug, ob er von Kunst was verstünde, räumte er mir s[einen] Platz, u. ich gab dort heute mein Debüt, das die herrlichsten Perspektiven eröffnete. Mit den beiden „Sachverständigen“ von der Akademie, mit Kampf u. dem Lederer (Hamb[urger] Bism[arck] Denkmal)⁷ bekam ich gleich Krach, mit letzterem bis zur Grobheit, und den Mitgliedern führte ich zu Gemüte, daß sie Im- u. Expressionismus verwechselten. Das gibt einen Ausschuß, auf den ich mich jedesmal freue, obwohl hoffnungslose Minderheit; nur der Mann der bayr[ischen] Volksp[artei]⁸ ging heute mit mir.

Clara⁹ versorgt mich gut.

Leider sind fortgesetzt Fraktionssitzungen, daß ich zur anständigen Vorbereitung der Vorlesungen für Neustrelitz¹⁰ gar nicht komme.

² Ein entsprechendes Schreiben ließ sich nicht ermitteln. – Ernst Ludwig Heuss unternahm zusammen mit Gustav Stolper und dessen Familie eine Urlaubsreise nach Südtirol, an den Gardasee und in die Schweiz; Ernst Ludwig Heuss an seine Eltern, 13. 7., 25. 7. und 1. 8. 1925, in: FA Heuss, Basel.

³ Vgl. Nr. 96, Anm. 12.

⁴ Heuss hatte im Reichstag am 21. 7. 1925 zum Reichsversorgungsgesetz gesprochen; RT-Bd. 387, S. 3344–3347.

⁵ Im Laufe der dritten Reichstags-Legislaturperiode arbeitete Heuss in den Ausschüssen für Bildungswesen (12. Ausschuss), Kriegsbeschädigtenfragen (17. Ausschuss), Entschädigungsgesetze (22. Ausschuss) und Jugendschutz und Jugendpflege (25. Ausschuss) mit; RT-Bde. 398–422.

⁶ Protokolle des Ausschusses für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes sind nicht überliefert.

⁷ Der Bildhauer Hugo Lederer hatte das Hamburger Bismarckdenkmal entworfen.

⁸ Der BVP-Abgeordnete Hans Rauch.

⁹ Haushälterin beim Ehepaar Heuss in Berlin.

¹⁰ Am 26. und 27. 7. 1925 hielt Heuss in Neustrelitz im Rahmen der von der Reichszentrale für Heimatdienst organisierten Schulungswochen eine vierstündige Vorlesung über „Vergleichende Verfassungsprobleme“; vgl. DER HEIMATDIENST 5, Nr. 6, Juni 1925, S. 86.

Hoffentlich bis Du in der Hitze noch nicht ganz zerschmolzen. Die Buben-Karten aufheben!

Herzl[ichen] Gruß allerseits
Dein

Theodor

[PS] Meine Reden nicht wegwerfen!

Nr. 98

An Dr. Rudolf Pechel, Berlin

18. August 1925; Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a

BArch, N 1160, I, 73: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Die Deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik und Wirtschaft“

Einstellung der „Deutschen Nation“; „Polnische Aktion“ der Arbeitsgemeinschaft deutscher Zeitschriften für die Interessen des Grenz- und Auslanddeutschtums

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir haben „Die Deutsche Nation“ leider nicht durchhalten können, sondern ihr Erscheinen wieder einmal sistiert,¹ so daß unser Blatt für die beabsichtigte polnische Aktion² leider zur Zeit ausfällt.

Mit freundlichem Gruß
Ihr

Th. Heuss

¹ Die „Deutsche Nation“ stellte mit dem Juniheft 1925 ihr Erscheinen endgültig ein.

² Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Zeitschriften für die Interessen des Grenz- und Auslanddeutschtums, der 59 Publikationsorgane angehörten, beabsichtigte, in allen ihr angeschlossenen Blättern gleichzeitig die polnische Frage zu behandeln und dabei insbesondere den deutschen Charakter der an Polen abgetretenen Gebiete herauszustellen. Material hierzu in: BArch, N 1160 I, 125.

Nr. 99

An Prof. Dr. Willy Andreas, Heidelberg

19. August 1925; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

GLAK, N Andreas, 809: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Arbeiten von Willy Andreas und Ernst Jäckh über Alfred von Kiderlen-Waechter

Lieber Andreas,¹

Ihr Brief ist hier über 14 Tage liegen geblieben – ich war mit m[einer] Frau in Paris (Exposition), Chartres, Rouen, Amiens – ohne Politik, bloß Kathedralen.² Der polit[ische] Bedarf war im Reichstag für lange gedeckt.

Schönen Dank für die Kiderlen-Studie.³ Vielleicht werden wir uns einmal über ihn unterhalten können. Ich glaube, daß sich das „staatsmännische“ Bild aus dem Material, das J[äckh] zur Verfügung hatte,⁴ nicht bildet, weil es doch zu intim ist – mir scheint, daß K[iderlen]s größtes Kunststück, die d[eu]tsche Haltung im Tripoliskonflikt,⁵ gar nicht herauskommt. (Auch bei Ihnen nicht). Wahrscheinl[ich] wird die Aktenpublikation⁶ hier manches noch ergeben müssen. Jäckhs Herausgeberschaft ist sicher nicht „wissenschaftlich“⁷ gemeint, sondern politisch; sie hat darum auch „apologetische“ Züge. Was Kiderlen zum großen

¹ Andreas und Heuss kannten sich seit ihrem gemeinsamen Studium bei Goetz in München.

² Von April bis Oktober 1925 fand in Paris die Exposition Internationale des Arts Décoratifs et Industriels Modernes statt; seine Reiseeindrücke hielt Heuss in einigen Feuilletons fest; THEODOR HEUSS: Fahrt nach Chartres, in: VZ, Nr. 241, 8. 10. 1925; Wiederabdruck in: TH. HEUSS, Ort, S. 212–218; THEODOR HEUSS: Die Kathedrale von Amiens, in: BT, Nr. 464, 1. 10. 1925; Wiederabdruck in: TH. HEUSS, Ort, S. 219–222.

³ WILLY ANDREAS: Kiderlen-Wächter. Randglossen zu seinem Nachlaß, in: Historische Zeitschrift 132, H. 2 (1925), S. 247–276.

⁴ ERNST JÄCKH (Hg.): Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlaß, 2 Bde., Stuttgart 1924.

⁵ Aufgrund der italienischen Annexion von Tripolis war es im September 1911 zum Krieg zwischen Italien und dem Osmanischen Reich gekommen. Das Deutsche Reich hatte sich um strikte Neutralität bemüht und sich an mehreren offiziellen und inoffiziellen Vermittlungsbemühungen beteiligt, die im Oktober 1912 zur Unterzeichnung von Friedenspräliminarien führten. Die italienische Regierung hatte sich anschließend auf inoffiziellem Wege bei von Kiderlen-Waechter für seine Intervention bedankt; vgl. B. SCHWERTFEGER, Diplomatische Akten 5/2, S. 1–57.

⁶ Der entsprechende Band der „Großen Politik der europäischen Kabinette“ erschien im Jahre 1926; DIE GROSSE POLITIK DER EUROPÄISCHEN KABINETTE 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, im Auftrage des Auswärtigen Amtes hg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. Bd. 30: Der Italienisch-Türkische Krieg 1911–1912, Berlin 1926.

⁷ In der Einleitung zu seinem Aufsatz (wie Anm. 3), der gleichzeitig eine Rezension zu Jäckhs Briefedition darstellte, bemerkte Andreas: „Ich möchte nur den Gegenstand in eine *wissenschaftliche* Beleuchtung rücken, und die einseitige Überschätzung, die nicht auf den Herausgeber des Nachlasses beschränkt blieb, durch eine nüchterne, historisch-kritische Einstellung ersetzen.“ Heuss hingegen hatte die Briefedition positiv besprochen; THEODOR HEUSS: Kiderlen-Wächter, in: Der Beobachter, 5. 7. 1924, zit. n. BArch, N 1221, 37.

Staatsm[ann] fehlt, ist das Ethos,⁸ was ihn auszeichnet, ist die Sinnlichkeit, die Dinge zu sehen – darin war er den andern über. Aber wahrscheinlich hatte er zu viel Spaß an dem diplomatischen Spiel. Jäckh ist z. Zt. für ein paar Wochen verreist, so daß ich ihn wegen der Caillaux-Publikation⁹ nicht fragen kann; ich glaube kaum, daß er sie gekannt hat, als er das Buch vor anderthalb Jahren fertig hatte.

Bei den badischen Wahlen¹⁰ muß ich wohl mit auftreten – da seh ich Sie dann hoffentlich wieder, wenn nicht schon früher

Herzl[ichen] Gruß

Ihr

Th. Heuss

Nr. 100

An Elly Heuss-Knapp, Berlin-Friedenau

31. August 1925; Wien

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Verlauf einer Anschlusskundgebung in Wien

Liebe Elli,

der gestrige Tag verlief in solchem Trubel, daß ich nicht zum Schreiben kam. Der äußere Verlauf programmäßig – schöne Fahrt auf der Donau, abends fast rührende Massenbegrüßung. Reise<gesellschaft>¹ Mittelbürgertum, anständig und begeisterungswillig.² Sonnt[a]g früh große Versamml[un]g, bei der ich, nach Stolper, „den Vogel abschoß“ – Mittelding von Politik u. größter Demagogie, mit einigen kecken Witzen. Ich sprach als letzter Deutscher, dann Stolper das Schlußwort.

⁸ Ähnlich urteilte Andreas in seinem Aufsatz (wie Anm. 3): „Kiderlens Welt ist im Grunde arm an geistigen Inhalten und, wenn nicht alles trügt, auch an bewegenden sittlichen Kräften. Beider kann kein wirklicher Staatsmann entraten, wenn er nicht auf Sand bauen will.“

⁹ JOSEPH CAILLAUX: *Agadir. Ma politique extérieure*, Paris 1919. Nach Andreas finden sich dort wichtige Schriftstücke Kiderlen-Wächters, die von Jäckh nicht berücksichtigt worden waren.

¹⁰ Im Rahmen der Wahlen zum badischen Landtag am 25. 10. 1925 hielt Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Achern (16. 10.), Baden-Lichtental (17. 10.), Mülheim (18. 10.), Sandhausen (19. 10.), Wiesloch (20. 10.), Singen (21. 10.), Konstanz (21. 10.), Pforzheim (22. 10.), Heidelberg (23. 10.) und Weinheim (23. 10.) ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

² Zusammen mit einer Delegation von 400 Mitgliedern des Deutsch-Österreichischen Volksbundes, die Reichspräsident Löbe als dessen 1. Vorsitzender anführte, war Heuss Ende August zu einer Anschlusskundgebung nach Wien gereist. – Zu Heuss Tätigkeit für den Deutsch-Österreichischen Volksbund vgl. auch Nr. 102, Anm. 5.

Ich muß am Mittw[och] noch einmal reden; dann fahre ich zu Goetz. Adresse Salzburg, Judenbergalpe am Gaisberg. Dort bleibe ich bis zum 8. u. erwarte eine Nachricht von Dir. Bei Stolpers geht es gut; ich kampiere, gut schlafend, auf dem Eßzimmerdiwan. Morgen werde ich mit den Buben³ etwas wandern. Die Photographie habe ich verabfolgt erhalten. Daß der Bub noch weiter zum Arzt muß, tut mir sehr leid. Hoffentlich bedeutet es nicht <Schul>störung⁴. Das Wetter hält sich soweit ordentlich. Hebe die Zeitungen auf; die Voß wird ja über die hiesige Sache berichten.⁵

Herzl[iche] Grüße Euch allen

Theodor

Nr. 101

An Elly Heuss-Knapp, [Berlin]

9. und 10. September 1925; Prag und Gablonz

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Erlebnisse in Gablonz; Besuch bei Familie Goetz in Salzburg

Liebe Elli,

der Anmarsch nach Gablonz ist nicht so einfach, als ich mir das vorgestellt hatte. Erstens bekommt man nirgends in Österreich ein Kursbuch der böhmischen Bahnen, die neben hinausgehen, zweitens habe ich mich gestern Abend, als Reiseonkel, wie ein Pennäler blamiert. Denn theoretisch bin ich per Nachtzug u. Schlafwagen nach Prag gefahren, um hier heute von Stolper sekundierte deutsche Politik zu machen;¹ praktisch habe ich mich gestern Abend auf dem salzburger Bahnhof am falschen Bahnsteig aufgestellt, an dem Verspätung angekündigt war, während in meinem Rücken *mein* Zug fahrplanmäßig abfuhr. Der salzb[urger] Bahnhof hat mir früher schon Sorgen gemacht, mit seiner Unsicherheit von Ankunft und Abfahrt. Ich denke, der hat *nach* Linz Verspätung, der blödsinnige Zug, aber es

³ Gemeint sind die beiden ältesten Söhne von Gustav Stolper, Wolfgang Friedrich und Ernst Gustav Stolper.

⁴ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

⁵ Vgl. den Artikel „Wien für den Anschluß“ in: VZ, Nr. 209, 1. 9. 1925. Darin heißt es über die Rede von Heuss: „Der deutsch-demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Heuss wandte sich gegen die Auffassung des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel, der einen Unterschied zwischen Nation und Staat in dem Sinne machte, daß irgendwelche Grenzen nicht von besonderer Bedeutung für ein Volk gleichen Stammes seien“. – Zu Heuss' Wunsch nach einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vgl. auch Nr. 24, Anm. 3.

¹ Der Zweck der Reise von Heuss und Stolper nach Prag ließ sich nicht ermitteln.

war der, der von Linz kam. Ich kam mir in der ersten halben Stunde äußerst „doof“ vor, zumal ein „verfallendes“ Schlafwagenbillet an meinem Busen lag; dann aber begriff ich den Humor der Sache, wie ich ja auch dafür bin, daß Teller gelegentlich von Dir und nicht von Clara² etc. zerschlagen werden. Ich trug also den einen Koffer wieder zum „Handgepäck“, nachdem das Studium der Reisepläne mir Prag bei Tag als Unmöglichkeit erwiesen, trollte in ein Hotel u. führte gegen meinen – jetzt besiegt – Erkältungsdurchfall das Schlußgefecht mit einer Flasche Rotwein. – Den heutigen Morgen benutzte ich dann zu einem nochmaligen <Bummel>³ durch Salzburg, das ich „total“ zeichnete⁴ – das „Blatt“ kriegt die Helene Kirmmeier wie ein anderes die Frau Goetz, meine Kunst findet Liebhaber – dann, um die Mittagszeit, fuhr ich im Schnellzug hierher. Meine hier versäumte polit[ische] Aufklärung erfuhr ich dabei durch einen deutschen Prager Rechtsanwalt, der mit mir reiste. – Da nach Gablonz nur in der Frühe ein Schnellzug geht u. ich nicht erst in den Nachtstunden eintreffen will, richte ich es so ein, daß ich noch einmal hierher fahre und nicht über Görlitz, sondern Bodenbach-Dresden berlinwärts rutsche. Wann? – das hängt etwas von dem Befund der gablonzer Atmosphäre ab. Anfang bis Mitte nächster Woche. Ich „muß“ auch in jener Gegend politische Adressen abklopfen – sie ist das Zentrum des böhm[ischen] Deutschtums.

Um die kl[eine] Wild⁵ hab ich mich nicht mehr kümmern können. Das Dorf, in dem sie wohnt, habe ich viermal durchwandert – es liegt unterhalb der Judenbergalpe – aber als ich Deinen Brief⁶ erhielt, am Tag der Abreise, war ich bereits der Gefesselte meines Koffers u. des spärlichen Verkehrs der Gaisbergbahn. Es wäre sehr lustig gewesen, sie zu überraschen – so kann ich nur verpaßte Anekdoten an sie vermelden.

Die zwei letzten Tage bei Goetzens waren mit warmem Wetter gesegnet u. behaglich ausruhvoll mit kl[einen] Wanderungen, etwas handwerklicher Arbeit und Liegen in der Sonne. Ich habe mich allen Bewohnern unvergeßlich gemacht, indem ich das äußerst peinliche und fast schmerzhaft Tüschloß des Abtritts durch eine ebenso sinnvolle als angenehme Reparatur umgestaltete, was allseitigen Beifall fand. Man wird, so proponierte ich, beim Verlassen des Lokals dem allgemeinen Dank für eigene Leistung im Unterbewußtsein immer den an mich als einen brauchbaren u. verdienstvollen Menschen hinzufügen. Der Frau hinterließ ich – wie gesagt – eine Kohlenzeichnung, die das Gästebuch zu eröffnen hat, den Kindern ein Reisewürfelspiel (à la Ostseespiel) durch das Alpenland, das ich in

² Haushälterin beim Ehepaar Heuss in Berlin.

³ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

⁴ Im Skizzenbuch VI ist eine Zeichnung „Blick auf Salzburg“, 6. 9. 1925, überliefert, in: FA Heuss, Basel.

⁵ Gerda Wild, Bekannte von Heuss-Knapp.

⁶ Heuss-Knapp an Heuss, 5. 9. 1925, in: FA Heuss, Basel.

Salzburg kaufte, und ein Flohspiel – ich habe die Empfindung, daß solch ein „Abschiedsel“ viel anständiger ist als ein Mitbringsel, denn ihre Zuneigung war auf solche Weise keine Bestechung. Die Kinder – höchst verschieden – sind sehr nett und die Frau ganz famos – Du würdest Dich auch bei näherer Bekanntschaft gut mir ihr verstehen. Sie ist gescheit u. gebildet, und hat etwas von der Mischung von Natürlichkeit u. Würde der Italiener, zwischen denen sie aufwuchs.

Diese Philosophie schreib ich auf dem „Wilson-Bahnhof“ in Prag – von dem Namen etwas beelendet,⁷ mein Hotel ist garni – jetzt aber verfüge ich mich dorthin.

Gablonz.⁸

Vornotizen.

Gegend schön, Stadt scheußlich.

In die Gesellschaft lebe ich mich nicht ohne weiteres ein – die Industriellen klagen immer über ihre Verarmung (mit 2 Autos). Immerhin mit Ecarius, dem Mann von Lucie, verstehe ich mich; ich habe ihn heute zum erstenmal allein gehabt. Er kann interessant von der franz[ösischen] Pfalzpolitik⁹ erzählen. Sonst ist das pol[itische] Gerede primitiv.

Was die Ertalschen Kinder anlangt, so muß ich mich, die Braut anlangend, dem Urteil meines sachverständigen Sohnes anschließen. Das Mädchen hat Glück, daß ich schon verheiratet bin; denn wenn sie es auf mich abgesehen hätte, würde sie hereingefallen sein. Die Mutter ist etwas in Sorge, ob die Ehe glückt – sie ist ihr zu sehr improvisiert. Die 2te gefällt mir besser. Immerhin eine mir – und Dir – ziemlich fremde Jugend – ich verstehe, wie Helene K[irrmeier] sich diesen Nichten gegenüber äußerst veraltet vorkommt.

Nun – man wird sehen.

Anekdote aus den Geheimnissen des Kapitalismus. Der Bubikopf hat in der speyerer Fabrik¹⁰ die Beschäftigung um 150 Arbeiterinnen verringert, weil Schildpatt als Massenware wegfällt. Auch sonst lehrreiche Sachen.

Herzl[iche] Grüße

Theodor

⁷ Die „Vierzehn Punkte“ des US-Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Grundlage das Deutsche Reich im Oktober 1918 um Waffenstillstand gebeten hatte, gingen bei ihren Vorschlägen zur Neugestaltung Europas vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aus. Dieses Prinzip sah die deutsche Öffentlichkeit in zahlreichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles zuungunsten Deutschlands verletzt. – Heuss selbst hatte sich 1919 vehement gegen die Annahme der Friedensbedingungen von Versailles ausgesprochen, mit deren Bestimmungen die Kriegsgegner Deutschlands gegenwärtige Ohnmacht „zur Vernichtung seiner wirtschaftlichen und moralischen Existenz ausnützen“ wollten; vgl. THEODOR HEUSS: Versailles, in: DP 4, H. 20, 9. 5. 1919, S. 611–614. Zu Heuss' Haltung im einzelnen vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 152–158.

⁸ Fortsetzung des Schreibens am 10. 9. 1925.

⁹ Die Pfalz war von 1918/19 bis 1930 von französischen Truppen besetzt.

¹⁰ Die Firma Franz Kirrmeier betrieb in Speyer ein Steinwerk und eine Ziegelei; vgl. STADT-BUCH DER KREISHAUPTSTADT SPEYER, S. 58.

Nr. 102

An Gerhard Freiherr von Branca, [München]

10. Februar 1926; Berlin NW 7

BArch, R 8011, 56: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“¹

Ablehnung, dem Präsidium der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft beizutreten

Sehr geehrter Herr von Branca,

verbindlichen Dank für die ehrenvolle Aufforderung, dem Präsidium der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft beizutreten.² Ich kann mich dazu, nach reiflicher Prüfung, nicht entschließen, da ich erst vor wenigen Wochen mich dazu gewinnen ließ, nach Überwindung schwerer Bedenken, den stellv[ertretenden] Vorsitz im Bunde der Auslandsdeutschen³ zu übernehmen. Ich führe daneben noch den Vorsitz im Schutzverbände deutscher Schriftsteller⁴ – also neben dem beruflichen und parlamentarischen Betrieb Arbeit genug.

Ich habe es mir zum Gesetz gemacht, niemals allgemeine „Aufrufe“ zu unterschreiben oder Organisationen nur aus „repräsentativen“ Gründen beizutreten; ich mache nur dort mit, wo ich das Gefühl habe, unmittelbare Arbeit leisten zu können. Ich fühle mich aber am Ende meiner Zeit und Kraft, da ich nicht in der Lage bin, den Rest meiner Stunden Sitzungen zu gewähren; ein wenig muß ich mir noch für die Wissenschaft retten können.

¹ Im Briefkopf Eingangsstempel vom 17. 2. 1926, No. 133, sowie Stempel: „Gebucht“ und hs. Vermerk durch Empfänger: „nachgetragen“.

² Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft an Heuss, 6. 2. 1926, in: BArch, R 8011, 56. Danach hatte die Gesamtvorstandschaft der „Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft“ in ihrer letzten Sitzung am 27. 1. 1926 einstimmig beschlossen, Heuss in das Präsidium zu bitten. Die am 30. 10. 1925 in München gegründete, überparteiliche Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft bemühte sich insbesondere um eine Angleichung der Rechts- und Wirtschaftsordnung Österreichs an das Deutsche Reich und wollte damit einem späteren „Anschluss“ vorarbeiten; vgl. W. R. GARSCHA, Arbeitsgemeinschaft, S. 529f.

³ Die Vertreterversammlung des Bundes der Auslandsdeutschen hatte am 23. 1. 1926 Heinrich Schnee zum 1. Vorsitzenden und Heuss zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden gewählt; vgl. LA Berlin, B Rep. 042, Nr. 26395/2, bzw. Auslandsware 6, Nr. 2, 10. 2. 1926, S. 22. – Der Bund der Auslandsdeutschen war am 6. 8. 1919 gegründet worden und vertrat die Interessen der im Ausland lebenden Reichsdeutschen. Hintergrund der Wahl von Heuss war seine parlamentarische Beschäftigung mit Entschädigungsfragen; vgl. den Antrag Heuss, Schneider (Berlin), Koch-Weser und Genossen vom 13. 1. 1925 auf Entschädigung der verdrängten Grenzlands- und Auslandsdeutschen, in: RT-Bd. 398, Nr. 286.

⁴ Zu Heuss' Tätigkeit im SdS vgl. Nr. 107, Anm. 3.

Nun sitze ich schon, auch mit vielen Versäumnissen, im Vorstand des Öster[reichisch]-Deutschen Volksbundes.⁵ Was ich an allgemeiner organisatorischer Leistung aufbringen kann, liegt dort. Wenn die „Arbeitsgemeinschaft“ neben dem „Volksbund“ eine eigene Stellung bekommen soll, so kann sie nur in ganz präzisen wissenschaftl[ichen] Arbeiten liegen – für diese bin ich aber zur Zeit gar nicht brauchbar.

Ich bitte Sie also, meine Absage freundlich entschuldigen zu wollen.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, an meiner Stelle Geh. Rat. Professor Dr. W. Goetz zu nehmen, der lange nicht so überlastet ist wie ich, zu München lebhaft Beziehungen unterhält und, wie ich sehe, bereits Ihr Mitglied ist. Ich übersehe nicht, ob er annehmen kann; für die Frage ist er genau so interessiert wie ich.⁶

Mit verbindlichen Empfehlungen

Dr. Theodor Heuss

Nr. 103

An Dr. Hans Simons, [Berlin]

3. März 1926; Berlin NW 7

GStA PK, I. HA, Rep. 303, 144: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“¹

Auseinandersetzung mit einer Studentin der Deutschen Hochschule für Politik

Lieber Dr. Simons,

die Unterhaltung, die ich etwa 1 halbe St[un]de nach uns[erem] Telefongespräch mit Fr[ä]ul. Frank² im Kuppelbau des Reichstags hatte, war kurz u. schmerzlich. Ich sagte ihr, ich bedaure, daß Sie offenbar für Examen psycholog[isch] nicht

⁵ Heuss war Vorstandsmitglied des Deutsch-Österreichischen Volksbunds in Berlin; der Österreichisch-Deutsche Volksbund in Wien war dessen Komplementärorganisation. Der Volksbund arbeitete auf einen Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich hin und forderte zudem das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht und den Minderheitenschutz „der unter Fremdherrschaft verbliebenen deutschen Volksteile, insbesondere in den Alpen- und Sudetenländern“; vgl. § 2 der Satzungen, zit. n. PAAA, R 73314. Neben Heuss waren zahlreiche weitere DDP-Politiker Vorstands- bzw. Ausschussmitglieder des Volksbundes; vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 205. – Zu Heuss' frühem Eintreten für einen Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich vgl. Nr. 24, Anm. 3.

⁶ In ihrer Antwort vom 12. 2. 1926 teilte die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft mit, sie wünsche für das Präsidium ein Mitglied aus dem Süden oder Westen und sei deshalb an Goetz nicht interessiert; BArch, R 8011, 56.

¹ Eingangsstempel vom 4. 3. 1926; oben links und rechts: unleserliches Kürzel und Paraphen.

² Durch Empfänger unterstrichen: „Fr[ä]ul. Frank“. Die Studentin Marie Louise Franck hatte die mündliche Prüfung bei Heuss nicht bestanden.

brauchbar; Haas hätte zum Guten geredet, ich hätte das nicht verantworten können, weil das Examen keine Mitleidsveranstaltung sei. Sie erwiderte, „man“ hätte ihr schon 2 Tage vorher gesagt, sie würde durchfallen, da sie eine „nationale Einstellung“ habe. Ich frug, ob das bedeute, daß sie an uns[erer] wohlwollenden Objektivität zweifle. Darauf sagte sie ja. Darauf sagte ich, das sei eine vollkommene Unverschämtheit und ich bedaure, die Unterhaltung nicht fortsetzen zu können. Da sie mir sowieso tränenschwanger aussah und die Kuppelhalle dafür keine geeignete Wochenstube, war der Rückzug das einzig gemäße.

Ich will aber diesen dramatischen Abschluß nicht als letztes Wort ansehen, sondern noch den Versuch machen, mit ihr verständig zu reden. Ich weiß ihre Adresse nicht; vielleicht veranlassen Sie, Frl. Böhm die Beilage³ zu adressieren.

So hat man seine Nöte – wir Armen!

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 104

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, [Berlin-Dahlem]

5. März 1926; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

GSa PK, VI. HA, NL Meinecke, 15: ms. Schreiben; behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf:

„Dr. Theodor Heuss“

Publikationen aus dem Nachlass von Georg Friedrich Knapp

Verehrter Herr Geheimrat,

meine Frau, die gestern von Darmstadt zurückgekommen ist,¹ steht vor der Frage von Nachlaßpublikationen, die sie recht bald vorbereiten möchte. Knapp hat seine Jugendgeschichte in den Münchener Jahren und seine erste wissenschaftliche Lehrzeit beschrieben. Die im Jahre 1904 abgefaßte Autobiographie reicht bis zum Jahre 1869; wir haben alle bisher nur einzelne Stücke davon gekannt, die Knapp gelegentlich vorlas, und diese Stücke sind, wie Sie sich denken können, außerordentlich reizvoll. Meine Frau brachte nun vor allem auch auf Grund von Unterhaltungen mit Wittich die Meinung mit, dieser Jugendgeschichte Briefe, die rings um die Werke geschrieben wurden, beizufügen.² Ich selber habe zu-

³ Liegt dem Schreiben nicht bei.

¹ Knapp war am 20. 2. gestorben und am 22. 2. 1926 in Darmstadt beerdigt worden.

² Der Plan, der Autobiographie von Knapp Briefe hinzuzufügen, wurde nicht verwirklicht; vgl. GEORG FRIEDRICH KNAPP: Aus der Jugend eines deutschen Gelehrten, Berlin/Leipzig 1927.

nächst ein gewisses Bedenken, ein persönlich abgeschlossenes Werk mit einer Brieffortsetzung zu belasten, die einen wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-politischen Charakter hat. Immerhin ist anzunehmen, daß in dem Briefwechsel mit Schmoller, mit Brentano, mit Carl Geibel sehr viel intime Zeitgeschichte neben dem Persönlichen steckt. Meine Frau erzählte mir auch, daß ihr Vater sicher sehr schöne Briefe an Alfred Dove geschrieben habe. Da Sie ja nun eben einen Dove Briefband herausgeben,³ darf ich gleich die Frage an Sie richten, wo wohl der Nachlaß von Dove liegt⁴ und ob ohne zu große Mühe nachgesehen werden kann, ob er verfügbar wird. Dove selber zitiert ja in einem seiner Briefe, wie ich sah, einen Knappschen Brief aus dem Dezember 1914 mit der sehr Knappschen Formel: daß ihn die Kundgebungen der deutschen Professoren⁵ an „Stammesgeheil der Sioux-Indianer“ erinnern.⁶

Mit freundlichem Dank
Ihr verehrungsvoller

Theodor Heuss

³ ALFRED DOVE: Ausgewählte Aufsätze und Briefe, hg. von FRIEDRICH MEINICKE / OSWALD DAMMANN, 2 Bde., München 1925; darin ist lediglich ein Brief von Alfred Dove an Knapp aus dem Jahre 1890 abgedruckt.

⁴ Der Briefnachlass von Dove lag seit 1920 in der Universitätsbibliothek Freiburg und enthielt laut einer Beschreibung aus dem Jahre 1925 elf Briefe von Knapp an Dove aus der Zeit zwischen 1890 und 1913; vgl. O. DAMMANN, Alfred Doves Briefnachlaß, S. 171f.

⁵ Die bekannteste Kundgebung des Jahres 1914 war der Anfang Oktober veröffentlichte und von 93 Schriftstellern, Gelehrten und Künstlern unterzeichnete Aufruf „An die Kulturwelt!“, in dem alliierte Behauptungen über die deutsche Kriegsführung als „Verleumdungen“ zurückgewiesen wurden; Abdruck in: J. v. UNGERN-STERNBERG / W. v. UNGERN-STERNBERG, Aufruf, S. 144–147. Möglicherweise meinte Knapp aber auch die Erklärung deutscher Völkerrechtler und Historiker vom 12. 12. 1914, in der die von Mitgliedern der Oxforder Fakultät für moderne Geschichte verfasste Schrift „Why we are at war. Great Britain's case“ als „Verunglimpfung der Wahrheit“ und „Herabwürdigung der Wissenschaft“ bezeichnet wurde; Abdruck in: CHRONIK DES DEUTSCHEN KRIEGES II, S. 221–223.

⁶ Dove an Meinecke, 31. 12. 1914: „Was die Professoren sonst schreiben, gefällt mir immer weniger, wenn ich auch kaum so weit gehe, wie Knapp, der mir vorgestern schrieb: ‚Finden Sie nicht, daß die Kundgebungen unserer Kollegen eine starke Ähnlichkeit haben mit dem Stammesgeheil der Sioux-Indianer?‘“ Zit. n. A. DOVE, Briefe, S. 299.

Nr. 105

An Dr. Heinrich Schnee, Berlin

7. Mai 1926; Weißenfels (Poststempel)

GStA PK, VI. HA, NL Schnee, 40: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung; Aufdruck: „Reichstag“

Haltung des Bundes der Auslandsdeutschen zur Flaggenfrage

Verehrter Herr Kollege,

wenige Minuten vor der durch einen Vortrag notwendigen Abreise erfuhr ich im Reichstag von der Flaggenkundgebung des B.d.A.¹ Es war mir leider nicht möglich, Sie noch aufzusuchen; ich mußte aber, bei der politischen Bedeutung, die diese Frage leider bekommen hat, die Presse zu der Mitteilung autorisieren, daß ich von diesem Akt nicht verständigt war und daß ich das Vorgehen der Regierung nicht für geeignet halte, die gewünschte Beruhigung des Problems zu erreichen.² Ich bedauere lebhaft, daß mein Verhältnis zum B.d.A. durch diesen Zwischenfall nun einen Stoß erlitten hat; ich muß zunächst abwarten, wie die Dinge weiter laufen.³

Verzeihen Sie, daß ich das nur so auf einer Karte schreibe – ich habe aber anderes „Material“ nicht zu Verfügung.

Mit bester Empfehlung

Ihr erg[ebener]

Theodor Heuss

¹ In einer Eingabe an den Reichspräsidenten und die Reichsminister des Innern und des Äußern hatte Schnee im Namen des Bundes der Auslandsdeutschen die ergangene Flaggenverordnung begrüßt, mit der „den ausgesprochenen Wünschen der überwältigenden Mehrheit des Auslandsdeutschtums Rechnung getragen worden ist.“ Zit. n. VZ, Nr. 111, 9. 5. 1926.

² Die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 5. 1926 schrieb den gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und europäischen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen wurden, vor, neben der schwarzrotgoldenen Reichsflagge auch die schwarzweißrote Handelsflagge zu führen; RGBl. 1926 I, S. 217. Die Parteien der „Weimarer Koalition“ bekämpften diese Verordnung als Abwertung der Republik. – Eine diesbezügliche Pressemitteilung von Heuss ließ sich nicht ermitteln. Die uneinige Haltung des Präsidiums des Bundes der Auslandsdeutschen wurde allerdings in der Reichstagssitzung vom 11. 5. 1926 aufgegriffen und von der SPD als Beleg genommen, dass die Auslandsdeutschen in dieser Frage keineswegs einig seien; RT-Bd. 390, S. 7156. Schnee bestritt daraufhin, dass sein Vorgehen „eine absichtliche Übergehung des Herrn Kollegen Heuss“ gewesen sei; vielmehr stelle es „lediglich eine Fortsetzung“ dessen dar, „was der Bund der Auslandsdeutschen früher beschlossen hatte“; ebd., S. 7173.

³ Das Präsidium des Bundes der Auslandsdeutschen billigte in einer Entschließung am 8. 5. 1926 einstimmig das Vorgehen von Schnee; vgl. Auslandswarte 6, Nr. 6, 20. 5. 1926, S. 177f. Heuss nahm an der entsprechenden Sitzung vermutlich nicht teil, da er am 7. 5. einen Vortrag in Weißenfels (Saar) hielt und am 9. 5. 1926 auf einer Parteiveranstaltung in Magdeburg sprach; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

Nr. 106

An Elly Heuss-Knapp, [Göttingen]

24. Mai 1926; Reichenau

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Besuch bei Otto Gessler; Reichsbanner-Veranstaltung in Konstanz

Liebe Elli,

die Zeit ist etwas ins Rutschen gekommen; ich weiß seit zwei Tagen nicht mehr, was in der Welt vor sich geht. Aber ich finde, daß dieses Wissen zeitenweise entbehrlich.

Da Du in Holzminden warst, hast Du die Pfingstkarte an den Buben gesehen.¹ Freitag Nachmittag kam ich also nach Lindenberg. Gessler hat vor der Stadt ein altes Bauernhaus mitten in 30 Morgen Wiesen, hält 8 Kühe, einen Stier und zwei Ponys. Seine 80jährige Mutter, Typus der schwäb[ischen] Bäuerin aus der heilbronner Gegend, wohnt immer dort. Der 2. Sohn, Unterprimaner, kam zum Pfingstbesuch; außerdem war noch die Tochter eines bremer Parteifreundes da.

Die anderthalb Tage verliefen sehr nett. Viele politische und persönliche Gespräche. Gessler hat eine herrliche Bibliothek, die allein lohnen würde, bei ihm zu bleiben. Ich habe ihm, wie im Januar, dringend den Rat gegeben, freiwillig außerhalb einer Krise im Lauf des Jahres aus dem Amt zu scheiden, denn sonst geht wieder um seine Person bei der nächsten Erweiterung der Regierung der Krakehl los.² Es ist besser, er bleibt eine Zeitlang in Reserve und „erholt“ sich politisch, schreibt währenddem s[eine] Memoiren, die sicher äußerst interessant werden.³ Am Samstag früh machten wir auf dem Pfänderrücken, der nach Lindenberg zu verläuft, einen ununterbrochenen fünfstündigen Marsch, der trotz der neuen Stiefel und trotz Mangel an Übung glänzend verlief – G[essler] ächzte etwas. Am Nachmittag besuchten wir den Minister Dr. Brauns, der sich in Lindenberg ein kl[eines] Landhaus gebaut hat u. am Tage zuvor eingezogen war. Ich habe ihm angekündigt, daß Du ihn einmal in L[indenberg] besuchen würdest!

¹ Ernst Ludwig Heuss war seit 1926 Schüler des Landschulheims Holzminden am Solling; eine Postkarte von Theodor an Ernst Ludwig Heuss ließ sich für den betreffenden Zeitraum nicht ermitteln.

² Gemeint ist eine eventuelle Erweiterung der Minderheitsregierung von DDP, Zentrum und DVP nach rechts, an der sich die DDP wie bereits Ende 1924 aller Voraussicht nach nicht beteiligen und in der sie Gessler nicht als Reichswehrminister belassen würde. Der von Heuss prognostizierte Fall trat Anfang 1927 ein und führte zum Parteiaustritt Gesslers; vgl. Nr. 113.

³ Gesslers Memoiren erschienen nach 1945 unter Mithilfe von Heuss; OTTO GESSLER: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hg. von KURT SENDTNER. Mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss, Stuttgart 1958.

Frau G[essler] sehr nett – zu überlegen, ob Du nicht bei Deiner münchener Reise auf zwei Tage hinfährst. Samst[a]g Abend 10 Uhr Fahrt nach Lindau – der dortige Hotelbesitzer diagnostiziert mich nach dem Eintrag in die Fremdenkarte als alten Hilfe-Redakteur.⁴ Er war ein alter Naumannianer.

In der Frühe kühle Fahrt nach Konstanz, etwas regnerisch, das Schiff voll wiener und vorarlberger Schutzwehr-Leute – das österr[eichische] Reichsbanner.⁵

In Konstanz von Mücks abgeholt – dann gemeinsames Essen + dem 76jährigen Muser, den ich in den Straßen gefunden.

Konstanz über und über in schwarzrotgoldenen Fahnen, was in den alten Straßen entzückend aussieht.⁶ Nach dem Essen nehmen wir, d. h. die <Koniferen>⁷ auf einer Tribüne in der Hauptstraße den fahnen- u. musikreichen Vorbeimarsch der Massen „ab“, u. dann reden wir vor der Stadt auf einem riesigen Platz im Freien.⁸ Da Wirth durch den Zentrumsmann Diez ersetzt wird u. Hörsing, der Reichsbannergeneral, primitive Energie, aber nicht viel mehr, ist die „Konkurrenz“ bescheiden. Auch Dr. Renner-Wien⁹ redete sehr landläufig.

Die Leute in guter Haltung; Mück kam in eine gelinde Begeisterung, als die Ref[ichs]-Ba[nner]-Leute gestern u. heute, wenn sie mir in der Stadt begegneten, immer aufstachen. Der Deutsche muß offenbar Soldat spielen.

Am Abend aßen wir sehr feudal im Inselhotel, was sehr schön, aber zu mondän ist. Nachmittags traf man dort die Familie Göser, die vier Tage nach Ermatingen ging.

Heute früh gelang mir nun, das Mariele Mück¹⁰ in die Luft fliegen zu lassen – d. h. wir charterten das Dorniersche Wasserflugzeug, zuerst flogen Mücks, dann ich nach Staad bei der Mainau; telefonisch hatten wir dort Mittagessen bestellt u. ein kl[eines] Boot, das an das Flugzeug heranruderte. Zwar nur eine Viertelstunde Fliegen, über Bodensee, Meersburg, Mainau – aber sehr, sehr schön, mit dem

⁴ Vgl. Nr. 2, Anm. 14.

⁵ Gemeint ist der von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs 1923/24 gegründete Republikanische Schutzbund.

⁶ Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold hielt am 24. 5. 1926 einen „Republikanertag“ in Konstanz ab; vgl. den Bericht in: DAS REICHSBANNER, Nr. 11, 1. 6. 1926, Beilage für die Gaue Baden und Pfalz. Zum Reichsbanner vgl. Nr. 86, Anm. 4.

⁷ Konifere: zapfentragender Nadelbaum; Bedeutung im Zusammenhang unklar, ev. Verballhornung von Koryphäen.

⁸ Laut einem Zeitungsbericht erinnerte Heuss in seiner Rede an die „trübe Epoche deutscher Kleinstaaterei, die noch vor sechzig Jahren dazu führte, daß Deutsche auf Geheiß ihrer Fürsten gegen Deutsche kämpfen mußten. Die Fürstengeschichte ist abgeschlossen, jetzt beginnt Volksgeschichte. Das offene Bekenntnis des Redners zu Großdeutschland löste stürmischen Beifall aus.“ VZ, Nr. 124, 25. 5. 1926.

⁹ Heuss kannte Karl Renner bereits aus der Vorkriegszeit, als dieser unter dem Pseudonym Rudolf Springer häufig Artikel über Österreich-Ungarn in der „Hilfe“ veröffentlicht hatte; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 66.

¹⁰ Ehefrau von Friedrich Mück.

angenehmen Gefühl, daß auch die Luft keine Balken hat. Der Anfang ist also gemacht – ätsch! Zu Deiner Beruhigung: in dem Flugpreis von 15 Mk ist eine Lebensversicherung über 25.000 Mk enthalten. Der Pilot meinte, auf Marieles besorgte Vorfrage: es ist noch keiner oben geblieben.

Mücks fuhren 3 Uhr über Friedrichshafen heim. Ich schrieb dann meinen Hilfe-Aufsatz über 1866¹¹ fertig und fuhr abends 8 Uhr hierher, wo ich in einem Privathaus nahe beim Mohren ein nettes Zimmer bei einer Familie mit fabelhaften eingelegten alten Schränken habe. Ich bleibe bis Samst[a]g u. fahre wohl Sonntag[a]g Nacht nach Holzminden, evtl. am Mont[a]g Mittag mit einer Unterbrechung in Göttingen. Am Samst[a]g Mittag fahre ich vielleicht nach Basel, um Geigers u. m[einen] Vetter Max¹² zu besuchen. Ich weiß nicht, ob ich Dir eine Reichenauer Adresse gab; wenn Du am Mittwoch wegschickst (falls Du den Brief bis dorthin hast), erreicht mich vielleicht noch eine Nachricht. Sonst Basel St. Albananlage 10.

Deinen Zensurbrief¹³ erhielt ich gestern Abend, aber die Arbeit werde ich erst morgen anfangen können. Will mal sehen, was sich machen läßt. Hoffentlich waren Deine Eindrücke im L[and-]S[chulheim]H[olzminden] erfreulich.

So, nun ist es genug. Das Wetter heute sehr warm und in den nächsten Tagen Vollmond. Morgen seh ich nach Lily Braumann. Leider ist auch die überkluge Julie Meyer aus Nürnberg hier, mit der ich gestern in Konstanz wegen frecher Reden über Gessler¹⁴ allerdings einen sehr groben Zusammenstoß hatte.

Herzliche Grüße

Theodor

¹¹ THEODOR HEUSS: Vor sechzig Jahren, in: Die Hilfe 32, Nr. 11, 1. 6. 1926, S. 205–207.

¹² Die Familie Geiger in Basel war mit Heuss-Knapp verwandt; Max Gümbel-Seiling, ein Vetter von Heuss, arbeitete zusammen mit Rudolf Steiner in Dornach bei Basel.

¹³ Heuss-Knapp an Heuss, 21. 5. 1926, in: FA Heuss, Basel. Die „Zensur“ bezieht sich auf ein Manuskript von Heuss, über das Heuss-Knapp schrieb: „Wenn ich Dich nicht kannte und das Manuskript etwa für einen Verlag lesen sollte, so würde ich als Urteil dies an den Rand schreiben: Es liegt hier Hochmut vor, der Verfasser schreibt für Professoren des Staatsrechts oder der neuen Geschichte. Er soll alles noch einmal durcharbeiten mit dem Blick auf den gebildeten Leser, der nicht Fachmann ist. Dies sind geistreiche Randbemerkungen, der Text fehlt sehr oft.“ Bei dem angesprochenen Buchprojekt handelt es sich um TH. HEUSS, Staat und Volk.

¹⁴ Julie Meyer hatte im „Echo“, der Zeitschrift des Bayerischen Landesverbands Deutscher Demokratischer Jugendvereinigungen, Gessler mehrfach scharf angegriffen; vgl. W. R. KRABBE, Zukunft, S. 123f.

Nr. 107

An das Amtsgericht Berlin-Mitte

8. Juni 1926; Berlin W 57, Bülowstraße 22

LA Berlin, B Rep. 042, 28337: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, gemeinsam hs. gez. mit Arthur Eloëßer, ohne Anrede und Grußformel; Kopfbogen: „SDS – Schutzverband deutscher Schriftsteller E. V. (Gewerkschaft Deutscher Schriftsteller)“¹

Wahl zum Vorsitzenden des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller

betr. Schutzverband deutscher Schriftsteller E. V.

Aktenz[eichen] 167 V.R. 1097/83

Unter Überreichung je einer auszugsweisen Abschrift aus den Protokollen der Hauptversammlungen vom 5. April 1925 und 28. März 1926² melden die unterzeichneten Vorstandsmitglieder zur Eintragung in das Vereinsregister an, daß folgende Änderung in der Zusammensetzung des Hauptvorstands dieses Vereins eingetreten ist:

1. Der Schriftsteller Dr. Alfred *Döblin* ist aus dem Hauptvorstand ausgeschieden.

2. An seiner Stelle ist der Schriftsteller Dr. Theodor *Heuss*, Friedenau, Fregestr. 80 zum 1. Vorsitzenden bestellt worden.³

3. Zum 2. Vorsitzenden ist der Schriftsteller Fedor von *Zobeltitz*, Berlin, Uhlandstr. 33 bestellt worden.

Schutzverband deutscher Schriftsteller (E. V.)⁴

Dr. Theodor Heuss

Dr. Arthur Eloëßer

¹ Eingangsstempel vom 23. 7. 1926; oben Mitte Vermerk durch Empfänger: „Erh[alten] 23/7.“ [Paraphe nicht auflösbar]; an der linken Seite Vermerk: „Vbeh.“ Am Endes des Schreibens die notarielle Beglaubigung der Unterschriften von Heuss und Eloëßer.

² Auszüge aus den Protokollen der beiden Hauptversammlungen liegen dem Schreiben bei. Danach war Heuss am 5. 4. 1925 zum 1. und von Zobeltitz zum 2. Vorsitzenden des SdS gewählt worden; in der Hauptversammlung vom 28. 3. 1926 waren sie in ihren Ämtern bestätigt worden.

³ Heuss hatte 1909 zu den Gründern des SdS gehört und 1912 sowie von 1920 bis 1924 das Amt des 2. Vorsitzenden bekleidet. – Der SdS setzte sich für die Urheberrechte von Autoren ein und bot seinen Mitgliedern Hilfe bei juristischen Auseinandersetzungen; vgl. E. FISCHER, Schutzverband.

⁴ Gestempelt: „Schutzverband deutscher Schriftsteller (E. V.)“.

Nr. 108

An Anton Erkelenz, [Berlin-Baumschulenweg]

17. Juni 1926; Berlin NW 7

BArch, N 1072, 125: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Unterschiedliche Ansichten von Theodor Heuss und Anton Erkelenz zum Volksentscheid zur Fürstenenteignung

Lieber Kollege Erkelenz,

als einige Mitglieder der Fraktion ihre Parolen zum Volksentscheid hinausgegeben hatten,¹ entschloß ich mich, nach Rückfrage bei Koch, auch meine Meinung niederzuschreiben.² Ich schicke sie Ihnen, ohne zu wissen, ob Sie Zeit u. Lust haben, den langen Aufsatz zu lesen. Er kommt zu einem anderen Ergebnis als Sie. Ich bin über Ihren Aufsatz³ ziemlich unglücklich, denn erstens glaube ich nicht, daß im Falle des Erfolges man harmlos ein positives Entschädigungsrenten-Gesetz machen kann – mit wem? –, zweitens fürchte ich, haben Sie die parlamentarische Lage nicht erleichtert mit der Darlegung, beim Versagen des Entscheids würde jetzt überhaupt nichts zustande kommen. Ist damit nicht den Gegenströmungen bei der Volkspartei⁴ psychologisch der Weg geebnet.

¹ Nachdem das von SPD und KPD initiierte Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen im März 1926 die notwendige Stimmenanzahl von 10 % aller Wahlberechtigten erhalten und der dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetzentwurf keine Mehrheit im Reichstag gefunden hatte, hatte die Reichsregierung den 20. 6. 1926 als Termin für einen Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen festgesetzt. Die DDP-Führung war in dieser Frage gespalten und hatte es in ihrer Resolution vom 20. 5. 1926 abgelehnt, eine bindende Parole auszugeben; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 399f. Sowohl Vertreter des linken als auch des rechten Flügels der Partei meldeten sich daraufhin in Zeitungsartikeln pro bzw. contra Volksentscheid zu Wort; vgl. die Nachweise bei W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 96, Anm. 92 und 93; U. SCHÜREN, Volksentscheid, S. 221–227; O. JUNG, Volksgesetzgebung, S. 850–856.

² THEODOR HEUSS: Glossen zum Volksentscheid, in: SNT, Nr. 274, 16. 6. 1926. In dem Artikel spricht sich Heuss gegen den Volksentscheid aus, da eine reichseinheitliche Regelung, wie sie der Volksentscheid vorsah, der Situation in den einzelnen Ländern nicht gerecht werden könne und im Endergebnis die Machtlosigkeit des Reiches offenbaren werde.

³ ANTON ERKELENZ: Zur gesetzlichen Regelung der Fürstenvermögen, in: Die Hilfe 32, Nr. 12, 15. 6. 1926, S. 230–232. Erkelenz befürwortet in seinem Artikel den Volksentscheid, um überhaupt zu einer Lösung des Konflikts auf gesetzlichem Wege zu kommen. Nach der Annahme könne der Reichstag dann mit Hilfe eines Ausführungsgesetzes den Fürsten das geben, „was man ihnen aus politischen Gründen geben will“.

⁴ Die DVP-Führung hatte die Parole „Keine Beteiligung am Volksentscheid!“ ausgegeben und strebte eine parlamentarische Lösung auf der Basis eines Gesetzentwurfes der bürgerlichen Mittelparteien vom Frühjahr 1926 an. Bei den Verhandlungen nach dem Scheitern des Volksentscheids, dem etwa 5,5 Millionen Stimmen zum Erfolg fehlten, waren sowohl die DNVP als auch die DVP jedoch zu keinen Zugeständnissen an die SPD bereit, deren Zustimmung aufgrund des ver-

Ich achte natürlich Ihre Grundentscheidung, aber die Argumentationen, die zu Ihrem Ja führen, haben mir sachliches parteipolitisches Bauchweh verursacht.

Ich für meine Person – schimpfen Sie mich einen Ästheten – will froh sein, wenn dieser ganze Fürstenzauber vorbei ist – ich habe, glaube ich, noch nie so unter dem geistig niederen Niveau unseres politischen Kampfes gelitten als gegenwärtig bei den Spaziergängen zwischen Vorwärts und Lokalanzeiger.

Besten Gruß

Ihr Th. Heuss

Nr. 109

An Friedrich von Payer, [Stuttgart]

16. Juli 1926; Berlin NW 7

BArch, N 1020, 28: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Glückwünsche zur Goldenen Hochzeit von Payers; Abweichen vom Abstimmungsverhalten der DDP-Reichstagsfraktion

Verehrter lieber Herr Payer,

ein wenig verspätet kommt der Glückwunsch,¹ denn ich habe mich in diesen Tagen etwas zeitunglos herumgetrieben – aber diese Zeilen bitten doch auch post festum noch um eine freundliche Aufnahme. Sie sollen Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin sagen, daß ich mit dankbarer Freude in diesen Tagen an Sie gedacht habe, und sie sollen den Wunsch für gute und dauernde Gesundheit in sich schließen.

„Politisieren“ will dieser Brief nicht. Ich hätte manchmal Lust gehabt, mich in diesen Monaten mit Ihnen auszusprechen, da ich in ein paar „großen Fragen“ – Sturz Luthers, Behandlung der Fürstenenteignung – mich von Fraktionsführung und Fraktionsmehrheit getrennt habe.² Ich denke, die Ferienzeit bringt mich auch

fassungsändernden Charakters der Gesetzes notwendig war, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu erreichen. Die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern wurde schließlich auf Länderebene ausgetragen; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 418–429.

¹ Das Ehepaar von Payer feierte 1926 Goldene Hochzeit.

² Zum Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen vgl. Nr. 108. Von der Fraktionsführung der DDP hatten sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Erkelenz und der Geschäftsführer der Fraktion Rönneburg für den Volksentscheid ausgesprochen; vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 96f, Anm. 93. Zur Flaggenverordnung vom 5. 5. 1926 vgl. Nr. 105, Anm. 2. Bei der entscheidenden Abstimmung am 12. 5. 1926 über den von Koch-Weser eingebrachten Antrag, Reichskanzler Luther aufgrund seiner Behandlung der Flaggenfrage die Missbilligung des Reichstags auszusprechen, hatte Heuss vor der Abstimmung

Reichstag

Abgeordneter

Berlin NW 7, den 16. Juli 1926.
 Fernsprecher: Zentrum 9592-9600

Mein lieber Herr Payer,
 wie unangenehm empfand ich die Mitteilung,
 dass ich sehr wenig in diesen Tagen Anteil an
 dem Leben der Partei habe - aber diese Zeit
 bitten Sie mich doch festzuhalten und mich
 freundlich zu empfangen. Sie sollen Ihnen
 Ihre Frau Gattin sagen, dass ich mich
 sehr freue in diesen Tagen an Sie zu
 schreiben, und Sie sollen den Brief für
 mich und die Freunde in die Post
 geben. Ich werde mich sehr freuen,
 wenn Sie mich bald wieder sehen.
 Ich habe mich sehr über die
 Teilnahme an der Sitzung gefreut,
 und ich hoffe, dass Sie
 auch an der Sitzung teilnehmen
 werden. Ich werde mich sehr freuen,
 wenn Sie mich bald wieder sehen.
 Ich werde mich sehr freuen,
 wenn Sie mich bald wieder sehen.
 Ich werde mich sehr freuen,
 wenn Sie mich bald wieder sehen.

V

Abb. 15: Theodor Heuss an Friedrich von Payer, 16. 7. 1926

einmal für einige Tage nach Stuttgart – da will ich sehen, ob ich ein sorgenvolles Herz bei Ihnen ausschütten kann.

Für heute wollen wir das sein lassen. Meine Frau bittet mich, Gruß und Glückwunsch für Sie beide anzuschließen.

In treuer Verehrung
Ihr erg[ebener]

Theodor Heuss

Nr. 110

An Marianne Lesser, [Heidelberg]

1. November 1926; Berlin-Friedenau, [Fregestraße 80]

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Vorrede von Elly Heuss-Knapp zu Georg Friedrich Knapps „Jugenderinnerungen“

Liebe Marianne!

Elly hat knapp vor ihrer Abreise nach Cassel, Göttingen und Holzminden (Vorträge),¹ die sie für 10 Tage von Berlin fernhält, Deinen heutigen Brief und ein zweites Schreiben von Gundelfinger² bekommen.³ Sie hat mich gebeten, dies Dir zuzuschicken. Jetzt erwartet sie noch in der Sache der Vorrede⁴ eine Äußerung von Singer-Hamburg. Ich selber habe in der Angelegenheit das Gefühl, daß die Vorrede desto besser ist, je weniger Elly auf Vorschläge und Einwendungen, die sie sich erbeten hat, hört. Ich selber bin ja an der Formulierung der Vorrede, nachdem wir ihren Inhalt besprochen hatten, völlig unbeteiligt, da ich im Oktober fast dauernd unterwegs war,⁵ aber ich finde sie ganz ausgezeichnet. Es kann

den Saal verlassen. Die DDP-Fraktion hatte dem Antrag, der zum Rücktritt des Kabinetts Luther führte, mit großer Mehrheit zugestimmt; RT-Bd. 390, S. 7224; zur Auseinandersetzung innerhalb der DDP-Fraktion vgl. G. PAPKE, Erich Koch-Weser, S. 141.

¹ Heuss-Knapp sprach im November 1926 im Landschulheim Holzminden über „Sitten und Traditionen“, in Göttingen und Kassel zum Thema „Evangelische Führer, Naumann, Bodelschwingh, Wichern“; vgl. E. HEUSS-KNAPP, Bürgerin, S. 367.

² Eigentlicher Name von Friedrich Gundolf.

³ Beide Briefe ließen sich nicht ermitteln.

⁴ Heuss-Knapp verfasste zu den Jugenderinnerungen ihres Vaters ein sechsseitiges Vorwort, in dem sie das Wirken ihres Vaters als Straßburger Professor skizzierte; Elly HEUSS-KNAPP: Vorwort, in: GEORG FRIEDRICH KNAPP: Aus der Jugend eines deutschen Gelehrten, Berlin/Leipzig 1927, S. 5–10.

⁵ Im Laufe des Oktober 1926 hatte Heuss in Ludwigsburg (10. 10.), Nürtingen (15. 10.), Weilheim (17.10.), Künzelsau (19. 10.), Schorndorf (20. 10.), Aachen (23. 10.) zur politischen Lage

die Absicht dieser Einleitung weder eine wissenschaftliche Charakteristik noch eine distanzierte Bewertung sein. Die Anekdote hat ein hohes Recht, zumal bei Deinem Vater, der die Vorrede zu seiner Geldtheorie selber auf anekdotischen Erinnerungen aufgebaut hat.⁶ Ich bin der Meinung, daß man den Gesamtduktus ruhig gehen lassen soll, wie er von Elly angelegt worden ist. Ihre Schlußentscheidung will Elly dann treffen, wenn sie die Korrekturfahnen vor sich hat.

Die Grabsteinzeichnung gebe ich Dir zurück. Wir sind beide von ihr nicht weiter beeindruckt. Elly meinte, daß Dein Vater auf diese Wappengeschichte⁷ eigentlich nie Wert gelegt habe. Was die Schrift anlangt, so ist mir nicht ganz klar, warum vor das „gestorben“ immer noch ein Kreuzzeichen gesetzt werden muß. Ein Gewinn für die flächenhafte Wirkung der Schrift ist nicht erreicht. Elly selber war bei dem Eingang der Zusendung bereits so sehr im Abmarsch begriffen, daß wir zu einer ordentlichen Besprechung der Sache nicht mehr kamen.

Herz[ichen] Gruß
Dein

Th. Heuss

[PS]⁸ Neulich habe ich Lotte⁹ besucht, sie aber wegen der „Rentengeschichten“ in etwas desolatem Zustand angetroffen. Ich habe ihr, nach Klärung der Lage, einen regelmäßigen Zuschuß von uns gemeinsam in Aussicht gestellt. Rückkehr zu Lene Schweizer¹⁰ ist ausgeschlossen und die Idee der Heimarbeit ohne finanzielle Aussicht.

gesprochen; daran schlossen sich Wahlkampfauftritte in Zwickau (26. 10.), Annaberg (27. 10.) und Meerane (28. 10.) anlässlich der sächsischen Landtagswahlen vom 31. 10. 1926 an. Zusätzlich hatte er Vorträge über Hugo Preuß in Frankfurt a. M. (9. 10.), Friedrich List in Holzminden (12. 10.), die Neugestaltung der deutschen und europäischen Wirtschaft vor dem „Kaufmännischen Verein Heilbronn“ (18. 10.) und die Politik der demokratischen Reichstagsfraktion in Aachen (24. 10.) gehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁶ GEORG FRIEDRICH KNAPP: Staatliche Theorie des Geldes, Leipzig 1905, S. V–VIII.

⁷ Näheres zu einem Wappen der Familie Knapp ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Hs. hinzugefügt.

⁹ Lotte Jürgens, ehemalige Hausdame von Knapp.

¹⁰ Vermutlich gemeint: Helene Schweitzer-Bresslau, die Ehefrau von Albert Schweitzer.

Nr. 111

An Dr. Heinrich Lilienfein, [Weimar]

22. Dezember 1926; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

GSA 58/C III,3,3: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Austritt aus dem Vorstand des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller aufgrund der Auseinandersetzungen um das „Schund- und Schmutzgesetz“

Sehr geehrter Herr Doktor Lilienfein,

ich darf Ihnen meinen herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen schreiben.¹

Die Angelegenheit mit dem S.d.S.² wird, wie ich annehme, einen geruhigeren Verlauf nehmen, als durch die falschen Informationen, in denen besonders das B[erliner] T[ageblatt] zur Zeit eifrig ist,³ vermutet werden kann. Der Hauptvorstand hat mit 10 gegen 2 Stimmen abgelehnt, ein Ausschlußverfahren einzuleiten⁴ – das „Niederlegen der Ämter“ ist m. E. ein falscher Zungenschlag (und ich möchte fast sagen, daß ich dem Vorstand heute schon fehle); denn dieses Niederlegen erfolgt jedes Frühjahr; der Tatbestand ist der, daß die Hauptversammlung nun, um die ganze Sache zu bereinigen, statt Anfang März wohl Ende Januar zusammentritt.⁵

Der Beschluß der berliner Ortsgruppe war eine Überrumpelung; die Versammlung hatte irgend einen anderen Gegenstand als Stoff. In der berliner Gruppe

¹ Lilienfein an Heuss, 21. 12. 1926, in: DLA, A: Heuss, 73.4302.

² Als 1. Vorsitzender des SdS war Heuss durch seine Befürwortung des „Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ in eine schwierige Situation geraten. Das Gesetz, das Einschränkungen beim öffentlichen Verkauf indizierter Schriften vorsah, stieß wegen der fehlenden Definition von „Schund und Schmutz“ auf heftige Kritik der Schriftsteller, die von ihm eine Wiederkehr der Zensur befürchteten. Als sich im Oktober 1926 eine Zustimmung von Heuss zu dem Gesetzesvorhaben abzeichnete, hatte Heuss gegenüber dem Hauptvorstand des SdS seinen Rücktritt vom Vorsitz erklärt. Der Hauptvorstand hatte Heuss jedoch gebeten, seinen Schritt vorerst nicht öffentlich zu machen und im Parlament weiterhin entschärfend auf das Gesetzesvorhaben einzuwirken. Nach Heuss' Zustimmung zum Gesetz in der Reichstagssitzung vom 3. 12. 1926 hatte die über seinen Rücktritt nicht in Kenntnis gesetzte Berliner Ortsgruppe des SdS den Antrag gestellt, Heuss aus dem Verband auszuschließen; vgl. E. FISCHER, Schutzverband, S. 529–535; zum Gesamtkomplex vgl. D. PEUKERT, Schund- und Schmutzkampf; M. F. STIEG, 1926 German Law; der Wortlaut des Gesetzes in: RGBl. 1926 I, S. 505f.

³ Das „Berliner Tageblatt“ gehörte zu den energischsten Gegnern des „Schund- und Schmutzgesetzes“. Wiederholt hatte die Zeitung die Haltung von Heuss kritisiert und seinen Konflikt mit dem SdS kommentiert; vgl. BT, Nr. 562, 28. 11. 1926, Nr. 585, 11. 12. 1926, Nr. 587, 13. 12. 1926, Nr. 599, 20. 12. 1926, Nr. 601, 21. 12. 1926.

⁴ Vgl. DER SCHRIFTSTELLER. Organ des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller 13, H. 12, Dezember 1926, S. 100.

⁵ Die nächste Hauptversammlung des SdS fand am 20. 2. 1927 statt. Heuss schied aus dem Hauptvorstand aus, das Amt des 1. Vorsitzenden übernahm von Molo; vgl. LA Berlin, B Rep. 042, 28337.

muß seit drei Jahren gegen radikale Politisierung gekämpft werden – die Kommunisten <hatten> nun offenbar ihre Leute wieder zusammengezogen, zumal der Typus leidenschaftlich gern Versammlungen besucht.⁶ So geschah die Sache; sie war nicht gerade loyal für mich, aber nicht überraschend. Denn mit Dankbarkeit zu rechnen, habe ich mir längst abgewöhnt. Die berliner Presse, die mich gegenwärtig wenig liebt, weil ich mich ihr nicht unterworfen habe, hat dann ihre kleine Misch-Sensation von Politik und Feuilleton aus der Affaire gemacht.⁷

Die Auseinandersetzung mit dem Hauptvorstand war aber vollkommen loyal – auch die Minderheit hat, wie man mir berichtet, eine persönl[iche] Ehrenerklärung für mich ausgesprochen, da ja mein Standpunkt niemandem unbekannt war. Die Formulierung im Reichstag wurde dann wohl etwas scharf⁸ – aber gegen die sinnlose Übertreibung der Gegenaktion mußte dann nicht vermittelnde Klugheit, sondern Ironie und Stolz gestellt werden. Das haben einige Leute wie etwa Herr Theodor Wolff nicht vertragen⁹ – aber ich kann ihnen nicht helfen.

Vielleicht interessieren Sie die Hauptstellen meiner Reichstagsrede.

Ich habe mich über Ihren Brief aufrichtig gefreut und danke Ihnen für die Gesinnung, die ich in ihm finden durfte.

Mit Weihnachtsgruß

Ihr

Theodor Heuss

⁶ Seit 1924 hatte sich innerhalb des SdS eine kommunistische Fraktion gebildet, die in der Berliner Ortsgruppe besonders stark vertreten war; vgl. E. FISCHER, Schutzverband, S. 554–564.

⁷ Vgl. als Beispiel den satirischen Artikel von IGNAZ WROBEL [KURT TUCHOLSKY]: Old Bäumerhand, der Schrecken der Demokratie, in: Die Weltbühne 22, H. 50, 14. 12. 1926, S. 916–919. Heuss ergriff zu den Vorwürfen selbst Stellung: THEODOR HEUSS: Glosse zum Fall Heuss. Eine Replik in eigener Sache, in: BT, Nr. 5, 4. 1. 1927.

⁸ In seiner Reichstagsrede vom 27. 11. 1926 hatte Heuss Proteste der Schriftsteller energisch zurückgewiesen: „Aber bei all dem Respekt, den man Namen wie Albert Einstein oder Kandinsky oder Thomas Mann oder wie sie sonst heißen, schuldig ist, – mich persönlich hat solcher Aufmarsch wie auch der Lärm der Presse keinen Augenblick beeindruckt, denn ich wage zu sagen, daß eine namenlose junge Frau, die irgendwo in einem Berliner Vorort des Ostens täglich in der sozialen Fürsorge steht, in dieser Frage, ob ein Schutzgesetz notwendig ist, mir eine größere Autorität ist als die gesamte preußische Dichterakademie.“ RT-Bd. 391, S. 8233–8237, Zitat auf S. 8234. Bei der von Heuss apostrophierten „namenlosen jungen Frau“ handelt es sich um Erna Feder, die Ehefrau des Journalisten Ernst Feder; vgl. E. FEDER, Tagebücher, S. 84, 88. – Heuss hatte seine Reichstagsrede Thomas Mann zukommen lassen, dem Heuss' Glaube an die Nützlichkeit des Gesetzes unbegreiflich blieb: „Wer, wie es bei Ihnen der Fall sein muss, die heutige Atmosphäre kennt, die politisch-rankünösen Restaurationstendenzen, welche, fussend auf dem niedrigsten Lebens- und Gesundheitsbegriff, sich gegen das Geistige (Sie erlauben diesen Terminus) und Künstlerische richten, der dürfte eigentlich nicht mit dieser Gutgläubigkeit auf die Absichten blicken, mit denen dieses Gesetz eingebracht und verfochten wurde.“ Mann an Heuss, 17. 12. 1926, in: BArch, N 1221, 381.

⁹ Wolff trat aus Protest gegen das Abstimmungsverhalten der DDP, die nicht, wie von ihm erwartet, geschlossen gegen das „Schund- und Schmutzgesetz“ votiert hatte, aus der Partei aus; vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 100.

Nr. 112

An Prof. Dr. Martin Rade, Marburg (Lahn)

28. Dezember 1926; Berlin NW 7

UB Marburg, MS 839: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung; Aufdruck: „Reichstag. Abgeordneter“

Fortgang der Naumann-Biographie

Verehrter lieber Herr Professor,

freundl[ichen] Dank für Ihre Zeilen.¹ Ich würde vorschlagen, etwa eine Notiz zu machen: „Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf das Lebensbild Fr[iedrich] N[aumanns], das Martin Wenck im Jahre 1920 hat erscheinen lassen.² Eine umfassende biographische Darstellung des Lebens und des Werkes von Fr[iedrich] N[aumann] wird durch Theodor Heuss vorbereitet.“ – Die Nennung von Wenck um deßwillen, weil man ihm, der jetzt s[eine] Stellung in Worms³ verloren hat u. einem schweren Lebensabend entgegengieht, bei jeder nur möglichen Gelegenheit Freundlichkeit zeigen muß. Ich selber komme leider nur stoßweise an die Naumannsachen, wider alle gute Absicht – aber die Sache steht nun eben auch so, daß ich mit „Bildungsreden“ und fortgesetzter Publizistik ganz banal Geld verdienen muß, um zu leben und den Totalverlust verschiedener ersparter u. ererbter „Vermögen“ langsam wieder auszugleichen, zwecks Alterssicherung der Frau! Das ist Schicksal der freien Berufe.

Mit schönen Neujahrsgrüßen

Ihr

Theodor Heuss

[PS] Goehre, Sie, Traub, v. Broecker haben im Heraussuchen früher N[aumann] Briefe leider bis heute versagt.

¹ Ließen sich nicht ermitteln.

² M. WENCK, Naumann; der Anlass der Anfrage von Rade ließ sich nicht ermitteln.

³ Wenck war im Laufe des Sommers 1926 schwer erkrankt, worauf ihm der Verlag der „Wormser Volkszeitung“, deren Chefredaktion er seit 1920 innehatte, zum 1. 4. 1927 kündigte; vgl. das Typoskript der Autobiographie von Wenck, in: BArch, N 3001, 70.

Nr. 113

An die Fraktionsleitung der DDP, Berlin

24. Januar 1927; [Berlin NW 7]

BArch, N 1221, 381: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez., ohne Anrede und Grußformel; ms. Briefbogen: „Dr. Heuß“

Innerparteiliche Auseinandersetzungen um Otto Gessler

Da ich heute früh schon nach Thüringen fahren muß¹ und unsicher bin, ob nicht morgen die Fraktionssitzung in die Stunden meiner Vorlesungen² fällt, möchte ich nur ganz kurz die Bitte aussprechen, in der Aktion der Regierungsbildung weiterhin zurückhaltend zu bleiben.³

Der Anlaß dieses Schreibens ist aber nicht das Bedürfnis, gute Ratschläge zu geben, sondern ich stehe unter dem Eindruck eines Briefes, den ich gestern, von Lübeck zurückgekehrt,⁴ vorgefunden habe. Ich erlaube mir, auf die Gefahr der Mißdeutung hin, ihn in der Abschrift der Fraktionsleitung zu unterbreiten. Gefahr der Mißdeutung deshalb, weil er von meinem älteren Bruder stammt. Es ist wohl der erste politische Brief, den ich von ihm, einem schreibfaulen, vielbeschäftigten Arzt, der gleichzeitig demokratischer Gemeinderat in Heilbronn und eifriger und erfolgreicher Werber für die Partei im Wahlkampfe ist, erhalten habe. Der Stimmungseindruck dieses Briefes, der in der Grundempfindung mit meiner Auffassung der gegenwärtigen Situation weithin harmoniert, ohne daß zwischen uns schriftlich oder mündlich ein Wort gewechselt wurde, soll der Fraktionsleitung sagen, wie verständige, maßvolle und gebildete Menschen draußen die Lage beurteilen und wie sie ehrlich darunter leiden, wenn durch öffentliche Pressepolemik die Partei sich innerlich zerfleischt.⁵

¹ Am 24. 1. hielt Heuss eine Wahlkampfveranstaltung in Rudolstadt anlässlich der thüringischen Landtagswahlen vom 31. 1. 1927 ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

² Im Winterhalbjahr 1926/27 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung zu „Deutschlands innere Politik und Entwicklung seit 1870“; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungs-Verzeichnis 1926/27, S. 10.

³ Am 17. 12. 1926 war das dritte Kabinetts Marx durch ein Misstrauensvotum der SPD gestürzt worden, nachdem Philipp Scheidemann am Tag zuvor in einer aufsehenerregenden Rede der Reichswehrpolitik Gesslers illegale Rüstungsmaßnahmen und Verbindungen zu rechtsgerichteten Verbänden sowie zur Roten Armee vorgeworfen hatte; RT-Bd. 391, S. 8577–8586, 8651. Seit dem 10. 1. 1927 fanden zwischen den bürgerlichen Parteien Verhandlungen über die Bildung einer Mitte- oder einer Mitte-Rechtsregierung statt. Umstritten war insbesondere die Anzahl der DDP-Minister bei einem Eintritt in die Regierung bzw. der Verbleib Gesslers im Amt des Reichswehrministers, sollte die DDP den Eintritt in eine Mitte-Rechtsregierung ablehnen; zur Kabinettsbildung vgl. AdR Marx III und IV, Bd. 1, S. XLV–XLIX; W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 83f.

⁴ Am 22. 1. 1927 hatte Heuss in Lübeck eine Rede über „Geschichte und Wesen des deutschen Nationalbewußtseins“ gehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁵ Ludwig Heuss an Heuss, 21. 1. 1927, in: BArch, N 1221, 381. In zum Teil drastischer Wortwahl zeigte sich Ludwig Heuss von Überlegungen erbost, Gessler aus der DDP auszuschließen, sollte

Ich habe am Freitag abend auf dem Parteitag⁶ in der Auseinandersetzung mit Figuren wie⁷ dem Herrn Grossmann, meistens wieder dementsprechende Eindrücke empfunden und bin empört darüber, daß die Vossische Zeitung unter ihren „Briefen aus dem Leserkreis“ in der Sonntagsnummer ganz subaltern gegen Gessler und Külz von irgendeinem Unberufenen schreiben läßt.⁸ Der Brief meines Bruders ist an einigen Stellen gekürzt, wo er in seiner Polemik allzu persönlich wird. Ich habe ihn aber natürlich sonst nicht gemildert. Zu der Bemerkung, daß in Württemberg ein Austritt der Gesamtorganisation erörtert würde, teile ich mit, daß diese Fragestellung schon im vergangenen Jahre auf einem Sommerparteitag in der Diskussion ausgesprochen wurde,⁹ von mir natürlich schroff abgelehnt. Aber ich mache die Fraktionsleitung darauf aufmerksam, daß, wenn nicht eine wesentliche Wendung der Situation oder Reinigung der Atmosphäre eintritt, Württemberg ein sehr schlechter Hintergrund für den nächsten Parteitag sein wird,¹⁰ da die gesamte große lokale Presse absolut für Gessler steht.

gez. Dr. Heuss.

dieser beabsichtigen, als Fachminister in einer Mitte-Rechtsregierung zu verbleiben: „Wenn Gessler herausgeworfen und den Berliner Judenjungen geopfert wird, werden wir einen Massenverlust von guten Mitgliedern erleben, den die Partei nicht verschmerzen wird.“ Nachdem die DDP am 27. 1. 1927 den Eintritt in eine Mitte-Rechtsregierung endgültig ablehnte, trat Gessler aus der DDP aus, um dem vierten Kabinett Marx weiter angehören zu können.

⁶ Am 21. 1. 1927 hatte ein außerordentlicher Parteitag der DDP für den Wahlkreis Potsdam II stattgefunden, auf dem Hermann Grossmann und Arendt einen Antrag auf Ausschluss Gesslers aus der DDP gestellt hatten, während Heuss Gessler verteidigt hatte; vgl. VZ, Nr. 20, 23. 1. 1927.

⁷ In der Vorlage: „mit“.

⁸ WALTER SCHNELL: Gessler, Külz und die D.D.P., in: VZ, Nr. 20, 23. 1. 1927; zu Vorbehalten innerhalb der DDP gegenüber Gesslers Reichswehrpolitik vgl. auch H. MÖLLERS, Otto Gessler, S. 330–334.

⁹ Am 4. 7. 1926 hatte eine Sommertagung der württembergischen DDP in Crailsheim stattgefunden; vgl. SNT, Nr. 306, 5. 7. 1926. Zu einem Austritt der württembergischen DDP aus der Gesamtpartei ließ sich kein Hinweis ermitteln.

¹⁰ Der Vorstand der DDP hatte am 6. 11. 1926 beschlossen, den nächsten Reichsparteitag vom 22. bis 24. 4. 1927 in Stuttgart abzuhalten; vgl. DEMOKRAT 7, Nr. 21, 11. 11. 1926, S. 367. Nachdem neben Heuss auch Bruckmann und Hieber wegen des Falls „Gessler“ Bedenken gegen die Abhaltung des Parteitags in Stuttgart geltend gemacht hatten, nahm Koch-Weser von dem Plan Abstand; Koch-Weser an Bruckmann, 18. 2. 1927, in: BArch, N 1221, 381, bzw. LINKSLIBERALISMUS, S. 423. Der Parteitag fand schließlich vom 21. bis 24. 4. 1927 in Hamburg statt.

Nr. 114

An Dr. Otto Landsberg, [Berlin]

9. April 1927; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 686: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Übersendung einer Porträtskizze Otto Landsbergs aus dem Nachlass von Friedrich Naumann

Verehrter lieber Freund,

als ich gestern bei Friedrich Naumanns Wittve in seinen Papieren kramte, fand ich das beiliegende Blatt, eine Porträtskizze von Ihnen aus der weimarer Zeit.¹

Ich sagte Frau Naumann, daß ich glaube, es würde Ihnen Spaß machen, dieses Blatt zu besitzen – ich weiß ja nicht, ob Sie solche Anekdoten sammeln, aber immerhin ist es ja ganz nett. Naumanns zeichnerische Stärke lag ja nicht im Porträt, aber ich finde für einen Dilettanten das Blatt doch ganz nett geglückt.²



Abb. 16: Theodor Heuss an seinem Schreibtisch in Berlin, Fregestraße 80, 1927

¹ Landsberg (SPD) hatte von Februar bis Juni 1919 im Kabinett Scheidemann das Amt des Reichsjustizministers bekleidet; das Kabinett hatte ebenso wie die Nationalversammlung hauptsächlich in Weimar getagt. Das Porträt von Landsberg liegt dem Brief bei.

² Heuss hatte sich einige Jahre zuvor in einem Aufsatz der „Hilfe“ mit der Zeichenkunst Naumanns auseinandergesetzt und dabei einige seiner Skizzen abgebildet; THEODOR HEUSS: Naumanns Verhältnis zur Kunst, in: Die Hilfe 30, Nr. 16, 15. 8. 1924, S. 271–275.

Wie dem auch sei: Frau Naumann war ganz damit einverstanden, daß die Zeichnung an Sie weitergeht, um so mehr, als ich ihr mit gutem Gewissen sagen konnte, daß auch Sie ihren Mann verehrt haben.

Und wenn diese kleine Sendung Ihnen etwas Freude macht, soll es mir recht sein.³

(Das beiliegende Papier hat nur den Zweck, die Briefhülle zu versteifen).

Schöne Ostergrüße
Ihr getreuer

Theodor Heuss

Nr. 115

An Ernst Ludwig Heuss, [Holzminden]

11. Mai 1927; Berlin NW 7

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Schulbetrieb im Landschulheim Holzminden; Reisevorschläge für eine Klassenfahrt von Ernst Ludwig Heuss

Lieber Bub,

über Deinen ausführlichen Berichtsbrief haben wir uns sehr gefreut.¹ Wenn es auch viel zu schuffen gibt, so scheint doch auch genügend los zu sein und wegen Langeweile keine Verlegenheit. Ich glaube auch hoffen zu können, daß mit Ehrecke und den Kameraden keine inneren Reibungen bestehen; ich finde es aus gesundheitlichen Gründen sehr nett, daß ihr nebenher im Freien fest zu arbeiten habt – wenn es mit dem Essen dann hapert, so müßt ihr für die anstrengenden Tage eine Schwerarbeiterzulage beantragen.

Sage auch in einem nächsten Brief ein Wort, wie Dir der Klavierunterricht gefällt; ob Du glaubst, daß Du dabei bleibst, was uns natürlich viel Freude machen würde.

Dein Amt als Reichs-Innen-Minister² wird Dir vermutlich keine zu großen Sorgen in diesem Sommer machen. Denn ich glaube nicht daran, daß Dein etwas

³ Der Antwortbrief von Landsberg an Heuss vom 10. 4. 1927, in: BArch, N 1221, 86.

¹ Ernst Ludwig Heuss an Heuss-Knapp, 4. 5. 1927, in: FA Heuss, Basel.

² Die Schülerschaft im Landschulheim Holzminden besetzte im Rahmen der Schulverwaltung eine Reihe von „Ämtern“, denen bestimmte Aufgaben im Schulbetrieb zugeordnet waren. Laut einem Brief von Ernst Ludwig Heuss war er nicht Mitglied im „Inneren Amt“, sondern im „Auswärtigen Amt“; Ernst Ludwig Heuss an seine Eltern, 16. 7. 1927, in: FA Heuss, Basel. Das „Auswärtige

schüchterner Kollege, Dr. von Keudell, eine sehr große Gesetzgebungsenergie entwickeln wird. Es sieht noch kein Mensch, ob denn das Reichsschulgesetz³ kommen wird. Und um die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik wird es wohl auch keine zu großen Kräche geben, da die Deutschnationalen offenbar seine Verlängerung schlucken wollen.⁴

Die Mutter ist vorgestern wohlbehalten und schlank hier eingetroffen, mit einem Forunkel unter dem Kinn freilich – der ist aber dann am Abend aufgegangen. Sie hat mir jetzt ein bisschen die Erziehung von Marianne Dohrn abgenommen.⁵ Diese filmt z. Zt. unter der Führung von Paul Wegener – der ist mit ihrer Familie befreundet.

Für die große Fahrt stelle ich natürlich meinen Rat sehr gerne zur Verfügung. Wie lange soll sie dauern? Im Notfall komme ich einmal herübergefahren, um sie mit in Ordnung zu bringen. Ist geplant, in Heilbronn Station zu machen? Würzburg ist ja sehr schön. Falls ihr in Heilbronn unterbrecht, würde ich Bruckmann schreiben, ob ihr seine Fabrik ansehen könntet; es wäre von dort ein Besuch Wimpfens zu machen. Im Übernacht-Fall wären Privatquartiere zu schaffen. Beuron als Stützpunkt ist sehr schön. Der Weg dorthin, von Stuttgart aus, könnte über Tübingen führen – dort sitzt mein Freund Prof. Dr. Nägele als der Chef der Jugendherbergen des Landes, für Beratung und Unterbringung gut. Ich würde auch vorschlagen, von Beuron aus nicht über Tuttlingen – Immendingen – Radolfzell an den Bodensee zu fahren, sondern über Sigmaringen – Aulendorf nach Friedrichshafen. In diesem Fall würde ich vorher bei Direktor Colsmann,⁶ dem Leiter der Zeppelinwerke, anfragen (ich war erst in der vorigen Woche bei ihm), ob Euch der neue Zeppelin⁷ im Bau gezeigt werden könnte. Ich bitte das aber nur mit Ehrecke zu besprechen, ob er für derlei Einlagen ist, aber nicht mit den Kameraden. Denn ich weiß nicht, ob Colsmann darauf eingeht, ob er da ist

Amt“ bereitete die „Gegenwartsstunden“ vor, in denen die Schüler aktuelle Fragen der Politik diskutierten; vgl. ERNST LUDWIG HEUSS: Gegenwartsstunde, in: Die Innengemeinde 3, Sommer 1928, S. 33–35.

³ Die Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes, mit dem das Schulprogramm der Weimarer Reichsverfassung erst hätte vollzogen werden können, war ein zentrales Gesetzesvorhaben des vierten Kabinetts Marx. Der Entwurf des Reichsinnenministers Wilhelm von Keudell scheiterte im Februar 1928 an der Haltung der DVP, die die damit mögliche Rekonfessionalisierung des Schulwesens ablehnte, und führte zum Rücktritt des vierten Kabinetts Marx; vgl. E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte VI, S. 939–960.

⁴ Das Gesetz zum Schutze der Republik wurde am 17. 5. 1927 mit den Stimmen der DNVP, die für die erforderliche Zweidrittelmehrheit notwendig waren, um zwei weitere Jahre verlängert; RT-Bd. 393, S. 10761–10767, 10780; der Wortlaut in: RGBI. 1927 I, S. 125.

⁵ Marianne Dohrn, die Tochter von Boguslav Dohrn, wohnte im April und Mai 1927 bei der Familie Heuss.

⁶ In der Vorlage hier und an späteren Stellen: „Colsmann“.

⁷ Gemeint ist LZ 127 Graf Zeppelin, der 1928 fertig gestellt wurde.

(Eckener ist z. Zt. in Amerika); wenn es nichts wird, sollst Du nichts vorher in Aussicht gestellt haben.

Falls Zeppelinwerke sich versagen, ist Friedrichshafen nicht so wichtig – dann ist Wanderung von Pfullendorf über Heiligenberg und Landschulheim Salem am Platz – ein herrliches altes Kloster, dessen Leiter, Kurt Hahn, ich gut kenne.⁸ Auch für Konstanz (Oberbürgermeister) und Reichenau (Unterkunft im Löchnerhaus)⁹ könnte ich vorbereitend wirken. Unbedingt bin ich dafür, daß ihr nach Schaffhausen auf dem Dampfer fahrt – entweder von der Reichenau aus oder von dem etwas weiter unten gelegenen, wunderschönen Städtchen Stein a. Rhein aus – die Fahrt in den Abendstunden (ich habe sie vor einem Jahr gemacht) ist ganz herrlich. Ich nehme an, daß auch von Mainz bis Koblenz¹⁰ auf dem Dampfer gefahren wird – falls etwas gewandert werden soll, erst von Bingen ab und zwar auf dem linken Rheinufer, bis Boppard.

Habt ihr einen Führer? Ein altes Bodenseebüchlein lege ich bei; den guten württ[em]b[er]g[ischen] Führer finde¹¹ ich nicht, nur einen mäßigen aus meiner Kinderzeit. Ich lege beide bei. Falls Fr. Ehrecke auf das Kunstgeschichtliche Wert legt, stelle ich vorübergehend auch den Dehio-Band¹² zur Verfügung. Adressen folgen, wenn die Pläne einigermaßen sicherer. Ich glaube auch, daß ich in Sigmaringen etwas behilflich sein könnte.

Damit für heute genug und herzliche Grüße
Deines Vaters

Theodor Heuss

⁸ Heuss hatte Hahn 1918 während seiner Tätigkeit für die „Deutsche Politik“ kennengelernt; vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 219.

⁹ Das Kurhaus Löchnerhaus war ein Erholungsheim der württembergischen Lehrerschaft, stand aber auch anderen Gästen offen.

¹⁰ Hier lag ein Missverständnis zwischen Theodor Heuss und Ernst Ludwig Heuss vor, die Wanderung sollte in Konstanz und nicht in Koblenz enden.

¹¹ Durch Heuss rechte Randanstreichung: „finde ich ... stelle ich“; dazu hs. Notiz: „beim württ[em]-b[er]g[ischen] Führer stimmen Preise, Gasthäuser u. s. f. nicht mehr, wahrscheinlich aber die Kilometer.“

¹² Vermutlich gemeint: *HANDBUCH DER DEUTSCHEN KUNSTDENKMÄLER*. Bd. 4: Südwestdeutschland, bearb. von Georg Dehio, Berlin 1911.

Nr. 116

An Elly Heuss-Knapp, [Gotha]

13. Juni 1927; auf der Rückfahrt nach Berlin

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Verlauf der Feiern zu Friedrich von Payers 80. Geburtstag in Stuttgart; eventuelle Tätigkeit als Repräsentant der Deutschen Verlags-Anstalt in Berlin; bevorstehende Reise von Elly Heuss-Knapp nach Heilbronn

Liebe Elli,

die Payertage¹ sind gut verlaufen. Die Feier am Abend vorher stark besucht, Payer sprach selber eine längere Rede. Am Sonntag früh dann Deputationen; da Koch am Abend schon geredet hatte und Haas auch, Erkelenz aber meinte, Koch würde nochmal reden, der nicht wollte, hab ich dann noch völlig extemporiert nach Hieber, der für den Landtag redete, für den Reichstag geredet. Das war um 10. Um 11 begann die Landesausschußsitzung, die bis 4 dauerte, wo nach Koch, der mittelmäßig referierte, aber gut diskutierte, Mück „seinen Kropf leerte“, übrigens ohne sich zu erhitzen. Es redeten dann noch ein paar, auch Haas u. Erkelenz² – wir Großkopfer waren, tönicht genug, von Payers auf 1 Uhr zum Diner ins Marquardt geladen, wo wir dann um ½5 Uhr eintrafen und zum Essen kamen. Es war herb. Um 7.25 fuhr ich dann, Mücks u. Ludwig³ zufällig wieder treffend, nach Heilbronn. Ich habe Payer als „Privatgeschenk“ nach der offiziellen Rederei das Jugendbüchlein Deines Vaters⁴ geschenkt.

Ich kann Dir nun keinen Fahrplan für Deine stuttg[arter] u. heilbronner Tage zurecht machen. Sondern nur einige Hinweise geben. Borst steht am Mittw[och] u. Donnerst[a]g Dir mit Auto zur Verfügung, auch zur eventuellen Fahrt nach Maulbronn. Er soll auch Dich und Käthe⁵ in das Baugelände der Werkbundaustellung⁶ bringen; die sei gerade jetzt, wo man den Baucharakter kennen lerne, sehr interessant.

Ob Du bei Nägele Dich sehen läßt oder Rustige, überlasse ich Dir. Trudi Geiger wirst Du ja sehen wollen. Bei Stotz habe ich Dich für die Besichtigung annonciert.

¹ Von Payer hatte am 12. 6. 1927 seinen 80. Geburtstag gefeiert; vgl. THEODOR HEUSS: Friedrich Payer. Zum heutigen 80. Geburtstag, in: BT, Nr. 274, 12. 6. 1927.

² Vgl. den Bericht über die Landesausschuß-Sitzung der württembergischen DDP, in: SNT, Nr. 267, 13. 6. 1927.

³ Vermutlich gemeint: Ludwig Heuss.

⁴ G. F. KNAPP, Jugend.

⁵ Käte Schaller-Härlin.

⁶ Vom 23. 7. bis 31. 10. 1927 fand in Stuttgart die Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung“ statt, auf der insbesondere die Musterhäuser der Werkbundsiedlung Weißenhof für Aufsehen sorgten.

Dann wirst Du stürmisch begehrt von Dr. Pagel und „erwartet“ bei Kommerzienrat Otto Rosenfeld. Falls Du zur Verlagsanstalt gehst, kannst Du ja auch sagen, daß Du den Generaldirektor Dr. Kilpper begrüßen wollest, teils wegen Jugendbuch,⁷ teils wegen Lindsey,⁸ der ihn ja sehr bewegt hat. Hier nun spielt eine Sache, über die ich nicht mit Dir sprach, weil sie mir noch nicht konkret genug war. – Rosenfeld, Mück und Walz bilden mit Kilpper den engeren Rat d. Verlagsanstalt u. erörterten kürzlich, ob ich vielleicht, in lockerer Bindung, der Botschafter der D[utschen] V[erlags]-Anst[alt] in Berlin werden solle. Am Himmelfahrtsabend habe ich mit Kilpper inter pocula⁹ die Frage erörtert, aber ihre Weiterverhandlung vertagt. Er muß zuerst Leute in Berlin <abgesägt> haben. Es ist mit niemandem darüber gesprochen. Rosenfeld, der mich ja immer sehr fördern will, ist der erste Unterhändler in der Sache gewesen – wenn Du dorthin gehen würdest aus Liebenswürdigkeit, würde er vermutlich davon anfangen. Du würdest dann halt sagen, ich hätte Dir nur gesagt, daß Besprechungen aufgenommen, aber noch keine deutliche Fixierung erhalten.¹⁰

Ob Kilpper davon anfangen wird, ist mir zweifelhaft, aber es würde mir schon interessant sein, wenn Du ihn kennen lernen würdest und er Dich. Du bist ja im übrigen klug genug, eine solche Situation zu führen; das ist auch Mücks Meinung.

Was Heilbronn anlangt, so wohnst Du bei Johanna Rümelin – Schäfers sind aus Kairo z. Zt. auch da. Kannst auch bei Hedwig¹¹ wohnen. Dort rechnet Liselore¹² bestimmt mit einem Winter bei uns – es wird darüber als feststehend gesprochen. Dies „zur Regelung Deiner Sprache“, wie der Diplomatenjargon sagt. Mücks werden nicht in H[ei]lbr[onn] sein – da dort am 1. Juli die Direktorenferien beginnen, wird er vorher noch 14 Tage in Donaugegend u. Schweiz herumfahren. Bei dem Frauenvereins-Abend wird sicher zuviel gemacht. Auch waren sie so dumm, ausdrücklich die Presse nicht einzuladen – angeblich weil Johanna R[ümelin] Angst vor dem öffentlichen Reden, Begrüßung, hat. Nach wem Du Dich umsiehst, außer der Frl. Brendle, überlasse ich Dir – „Freude“ trägst Du ja in jedes Haus. Vielleicht siehst Du nach Deiner Schicksalsgefährtin, Frau Goldammer, vielleicht auch nach Frau Paul.

Sonst ist nichts zu berichten. Ich selber habe am Samstag in H[ei]lbr[onn] Station und einige Besuche gemacht und den bestellten Smoking anprobiert. Womit ich ihn bezahle, ist noch nicht ganz raus.

⁷ Gemeint ist G. F. KNAPP, Jugend; das Buch erschien in der Deutschen Verlags-Anstalt.

⁸ BEN B. LINDSEY: Die Revolution der modernen Jugend, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927; das Buch erschien ebenfalls in der Deutschen Verlags-Anstalt und war ein großer Verkaufserfolg.

⁹ Lateinisch für „beim Trinken“.

¹⁰ Beginnend mit dem 1. 10. 1927 wirkte Heuss für ein Jahr als literarischer Berater der Deutschen Verlags-Anstalt in Berlin; vgl. Kilpper an Heuss, 1. 10. 1927, in: BArch, N 1221, 513.

¹¹ Hedwig Heuss, Schwägerin von Heuss.

¹² Elisabeth Eleonore Heuss, genannt Liselore, Nichte von Heuss.

Hoffentlich bekommst Du besseres Wetter. Die Bodenseereise des Buben scheint verschoben.¹³

Schöne Grüße

Theodor

Nr. 117

An Dr. Gustav Stresemann, Berlin

27. September 1927; Berlin C 2, Klosterstraße 75

PAAA, NL Stresemann, 59: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Bund der Auslandsdeutschen E. V. Der Präsident“

Tod des Botschafters Ago von Maltzan

Hochgeehrter Herr Reichsminister!

Zu dem schweren Verlust, der die deutsche Nation durch den erschütternden Tod des Herrn Botschafters Freiherrn Ago v. *Maltzan* betroffen hat,¹ gestatten wir uns Ihnen, hochgeehrter Herr Reichsminister, als dem Leiter der deutschen Außenpolitik unser aufrichtiges Mitempfinden auszusprechen.

Was der Verlust dieser auf der Höhe ihrer Schaffenskraft hinweggerissenen Persönlichkeit bedeutet, werden diejenigen am besten ermessen können, denen es gleichfalls vergönnt gewesen ist, in persönlicher Beziehung und fruchtbarem Gedankenaustausch mit dem Verstorbenen zu stehen.

Der² Bund der Auslandsdeutschen beklagt in ihm nicht nur den erfolgreichen Förderer freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, den Vorkämpfer für die Freigabe des beschlagnahmten Privateigentums, sondern auch einen warmherzigen Freund, der ihn erst einige Wochen vor dem tragischen Ereignis erneut seiner geistigen Verbundenheit mit den Bestrebungen des Bundes versicherte.

In vorzüglicher Hochachtung

Bund der Auslandsdeutschen E. V.

Der Präsident:

i. V.:

Dr. Theodor Heuss

¹³ Vgl. Nr. 115.

¹ Am 23. 9. 1927 war von Maltzan, deutscher Botschafter in den USA, bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückt.

² Linke Randanstreichung durch Empfänger: „Der Bund ... erst einige“.

Nr. 118

An Ernst Ludwig Heuss, [Holzminden]

12. November 1927; Berlin NW 7

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“

Vortrag von Joseph Wirth in Holzminden; Gesellschaft im Hause Heuss

Lieber Ludwig,

schönen Dank für Deinen Brief mit der Schilderung Deines Arbeits- und Vergnügungstages.¹ Ich freue mich, daß Du Wirth gehört hast² – er ist ein ausgezeichneter Volksredner, warmherzig und lebendig. Ich bemühe mich aber sehr, seit langem, ihn auch wieder mehr an die parlamentarische Arbeit heranzubringen.

Ich selber war inzwischen wieder einmal im Südwesten, sprach in Bingen und in Darmstadt, dort in einer sehr großen Versammlung – die Hessen haben am 13. Landtagswahl.³ Von den Verwandten habe ich niemanden zu Hause angetroffen. Als ich gestern abend nach Hause kam, lag die Frau Minna⁴ mit Darmstörung krank, die Mutter war nach Torgau gefahren, kommt aber heute zurück, denn am Nachmittag ist bei uns großer „Tee“ – Stolpers, Katzens, Lennox + Frau, Wildermuth, Hartensteins, Haas (von der Hochschule). Vorwegnahme von Verpflichtungen und Erledigung alter Sünden.

Hoffentlich geht es Dir, trotz des scharfen Arbeitens, gesundheitlich gut – da Du nicht darüber schreibst, nehme ich an, daß es so ist.

Und wie ist der Stand der unterrichtlichen Erkenntnisse? Ich bitte, daß Du darüber auch einmal etwas mitteilst. Ich bin nicht gerade in Sorge, aber ich würde mich doch sehr freuen, wenn Du da oder dort Dein Zeugnis aufwerten könntest.

Mit herzlichen Grüßen

Dein Vater

Theodor Heuss

[PS] (Im Schulausschuß sitzend⁵)

¹ Ernst Ludwig Heuss an seine Eltern, 11. 11. 1927, in: FA Heuss, Basel.

² Wirth hatte am 10. 11. 1927 in Holzminden im Rahmen einer Veranstaltung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold eine Rede über die außen- und innenpolitische Lage gehalten; vgl. die Schilderung von Ernst Ludwig Heuss (wie Anm. 1).

³ Heuss hatte am 9. 11. in Bingen und am 10. 11. 1927 in Darmstadt Wahlkampfveranstaltungen anlässlich der Landtagswahlen in Hessen abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁴ Haushälterin beim Ehepaar Heuss in Berlin.

⁵ Gemeint ist der für Bildungswesen zuständige 12. Ausschuss, der vom 25. 10. 1927 bis zum 15. 2. 1928 über den Keudellschen Entwurf eines Reichsschulgesetzes beriet (vgl. Nr. 115, Anm. 3).

Nr. 119

An Ernst Ludwig Heuss, [Holzminden]
[nach dem 19. November 1927]¹; Berlin NW 7

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“²

Unitarismus in der deutschen Geschichte

Lieber Bub,

da ich auf der Wahlreise³ auch viel erledigen will, glaube ich kaum, daß ich am Freitag herüberutschen kann.

Für Dein Referat kurz einige Gesichtspunkte.

Man kann den heutigen Staat nicht eigentl[ich] mehr als „Bundesstaat“ bezeichnen – er ruht nicht wie der Bismarcksche auf *Verträgen* selbständiger Staaten (Aug. 66 u. Nov. 70),⁴ sondern auf d[em] souveränen Willen des Volkes. Aber im Reichsrat, der ohne Einfluß ist auf Reichspräsident u. Zusammensetz[un]g d[es] Kabinetts, sind die historischen Mächte der Einzelstaaten vorhanden.⁵ Nachteile des Zustandes: die Vielarbeit in Ministerien u. Länderparlamente mit sehr unterschiedlichen Mehrheiten. Dadurch Reibungen u. Gegeneinander von Landtagen und Bürokratien.

Zentralist[jische] Entwicklung schon im Bismarckschen Reich: etwa durch die großen Sozialversicherungen.⁶ Jetzt auch durch Reichsfinanzverwaltung.⁷ Es würde nicht allzu schwer sein, auch die Justizverwaltung ans Reich zu geben – dafür sogar einige Volksparteiler. Freilich: Widerstände gegen Unitarismus, wegen Sorge, daß Berlin schematisch zentralisiert u. den Verschiedenheiten der d[eu]t-schen Landesteile nicht Rechnung trägt. Es müßte, wenn Unifizierung kommt,

Heuss und Bäumer vertraten die DDP in den Ausschussberatungen; vgl. G. GRÜNTAL, Reichschulgesetz, S. 231–237; die Sitzungsprotokolle in: BArch, R 101, 1573.

¹ Ernst Ludwig Heuss musste für die „Gegenwartsstunde“ (vgl. Nr. 115, Anm. 2) ein Referat zur Stellung der Linksparteien zum Einheitsstaat vorbereiten und hatte seinen Vater am 19. 11. 1927 um Material hierzu gebeten. FA Heuss, Basel.

² Auf dem Briefkopf Vermerk durch Ernst Ludwig Heuss: „Einheitsstaat“.

³ Für November und Dezember 1927 ließen sich keine Wahlkampfveranstaltungen von Heuss ermitteln.

⁴ Gemeint ist der Bündnisvertrag Preußens mit den norddeutschen Staaten vom 18. 8. 1866 bzw. die Novembervträge 1870 zwischen dem 1866 gegründeten Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten; vgl. E. R. HUBER, Dokumente 2, S. 268–270 bzw. 326–338.

⁵ Zur Zusammensetzung und zur Beteiligung des Reichsrats an der Gesetzgebung vgl. Art. 60 bis 77 WRV.

⁶ Gemeint ist die Schaffung der Kranken- (1883), Unfall- (1884) und Alters- und Invaliditätsversicherung (1889).

⁷ Nach Art. 8 WRV hatte das Reich die Gesetzgebung über die Abgaben und sonstigen Einnahmen inne.

den „Reichsprovinzen“ ein größeres Eigenleben gegeben werden als heute die preuß[ischen] Provinzen haben. Jedoch keine „Zerschlagung“ Preußens, wenn nicht vorher diese Entwicklung erreicht.



Abb. 17: Theodor Heuss mit seinem Sohn Ernst Ludwig Heuss, um 1925

In der vorletzten Nummer des D[eu]tschen Volkswirts schrieb ich die Glosse „Reichsdeputationshauptschluß“.⁸

Ich glaube übrigens, daß Du in meinem Büchlein „Politik“ unter Föderalismus, Unitarismus, Reichsrat, Nordd[eu]t[scher] Bund, Reich u. s. f. allerhand Anregungen finden kannst. Hinweis auch auf Enklaven der Länder mit überflüssiger Verwaltungsverteuerung.⁹

Hoffentlich bist Du mit Vorbereitung und mit Aufsatz gut vorangekommen.

Ich laboriere sehr an meinen Zähnen, denn das Provisorium, was ich im Maul herumtrage, ist mir beim Sprechen sehr lästig.

Schönen Gruß

Ihr¹⁰

Theodor Heuss

[PS] Überlege Dir auch bald Deine Weihnachtswünsche.
Habt Ihr schon Schnee? Hier ist es trocken, sonnig und kalt.

⁸ [THEODOR HEUSS]: Ein neuer Reichsdeputationshauptschluß, in: DVW 2, H. 6, 11. 11. 1927, S. 164. Darin berichtet Heuss über die Rede des preußischen Kultusministers Becker auf der Jahresfeier der Deutschen Hochschule für Politik vom 5. 11. 1927, in der Becker die Schaffung eines Einheitsstaates in Deutschland befürwortete.

⁹ THEODOR HEUSS: Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte, Halberstadt 1927; die entsprechenden Artikel auf S. 53 (Enklave), 60f (Föderalismus), 142f (Norddeutscher Bund), 174f (Reichsrat), 215f (Unitarismus). – Zusammenhängend setzte sich Heuss mit dem Thema Einheitsstaat und Bundesstaat in dem gleichnamigen Abschnitt seines Buches „Staat und Politik“ auseinander. Darin wendet sich Heuss entschieden gegen die Auffassung, alle zentralistischen Bestrebungen seien „wider die Natur“ des Deutschen“. Mit der Weimarer Reichsverfassung gebe es eine deutliche und von ihm begrüßte Stärkung der unitarischen Entwicklung und eine Zurückdrängung der föderalen Einflüsse auf die Exekutive und Legislative des Reichs. Das Existenzrecht der Länder müsse sich – frei von historischem Ballast – auch pragmatische Fragen gefallen lassen: „belastet sich Deutschland nicht mit seinen zahllosen Parlamenten und Ministerien finanziell und wirtschaftlich allzusehr, wird nicht ein Zuviel an Leerlauf eingeschaltet, an Wichtigtuerei des Kompetenzenkampfes?“ TH. HEUSS, Staat und Volk, S. 115–137, Zitate S. 119, 136. – Heuss grundsätzliche Kritik am Länderparlamentarismus führte sogar dazu, dass er 1933 die Gleichschaltung der Länder – wenn auch unter Vorbehalten – befürwortete; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 101–105, insbes. S. 104f.

¹⁰ Sic!

Nr. 120

An Julius Elbau, [Berlin]

26. Januar 1928;¹ Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1004, 102: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. gez.; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“²
Kritik an der Berichterstattung der „Vossischen Zeitung“ über Hermann Dietrich

Lieber Kollege,³

Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich in alter Freundschaft den Kropf leere. Ich bin aber mit Euch in den letzten Tagen unzufrieden gewesen. Es war ja ganz nett, daß Ihr gestern Kochs flotte Rede in guter Aufmachung gebracht habt,⁴ aber es war gar nicht nett, wie Ihr Dietrichs etatpolitische – und polemisch bedeutende Rede mit ein paar Zeilen abgemacht habt⁵ und ich habe vergeblich⁶ bei Euch nach einem Echo der ausgezeichneten agrarpolitischen Rede gesucht, bei der Dietrich vorgestern Schiele im Hauptausschuß in Verlegenheit gebracht hat.⁷ Ich weiß nicht, ob das Zufall ist. Dietrich ist ein so fleißiger Mann und mit Arbeit so sehr überlastet, daß er sich um die Publizität seiner Reden wohl weder kümmern kann noch will. Aber ich für meine Person ärgere mich immer ein wenig über die relative Echolosigkeit seiner Arbeit in der großen Berliner Presse. Ich stecke jetzt 4 Jahre in dieser Fraktion und habe den Eindruck, auch wenn ich nicht immer mit Dietrich einverstanden bin, daß er eigentlich der kenntnisreichste Mann ist, der keine Sprüche macht, sondern die Dinge funditus⁸ durcharbeitet. – So, damit wäre auch dies gesagt, salvavi animam meam.⁹

Es grüßt Sie bestens

Ihr

Th. Heuss

¹ In der Vorlage: 24. Januar 1928. Der 26. 1. 1928 ergibt sich daraus, dass die „Vossische Zeitung“ erst am 25. 1. über die Reichstagsrede von Koch-Weser berichtete; vgl. Anm. 4.

² Oben rechts hs. Verfügung von Heuss: „(Kopie an Abg. Dietrich)“; oben links nicht auflösbare Paraphe.

³ Hs. von Heuss hinzugefügt: „(Elbau)“; Elbau war Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“.

⁴ VZ, Nr. 21, 25. 1. 1928; der Wortlaut der Rede von Koch-Weser vom 24. 1. 1928, in: RT-Bd. 394, S. 12343–12350.

⁵ VZ, Nr. 18, 22. 1. 1928; der Wortlaut der Rede von Dietrich vom 21. 1. 1928, in: RT-Bd. 394, S. 12290–12298.

⁶ In der Vorlage: „und ich habe mich vergeblich“.

⁷ Zu Dietrichs Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags am 23. 1. 1928 vgl. Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 20, 24. 1. 1928; über die Sitzung findet sich ein kurzer Bericht in der „Vossischen Zeitung“; VZ, Nr. 20, 24. 1. 1928.

⁸ Lateinisch für „von Grund aus“.

⁹ Zitat aus Hesekiel 3,19: „Dixi et salvavi animam meam“ („Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet“).

Nr. 121

An Gottfried R. Treviranus, Berlin

24. Mai 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 101: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. paraphiert; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Verlust des Reichstagsmandats

Verehrter Herr Kollege!

Freundlichen Dank für Ihre liebenswürdigen Zeilen, man muß das Schicksal nun eben hinnehmen.¹ Mein eigener Wahlkreis hat sich für meine Partei einigermaßen gut gehalten, aber der Mißerfolg in Baden hat mich dann mitgeschlenkert.² Ich werde vermutlich jetzt nun stärker an die Wissenschaften herangehen, aber der Politik nicht völlig verloren sein, und ich werde mich immer freuen, mit Ihnen in Freundschaft oder Gegnerschaft zusammenzutreffen.

Einstweilen dankbaren und freundlichen Gruß mit Empfehlungen von Haus zu Haus

Ihr

gez. ThH

¹ Heuss war es bei den Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 nicht gelungen, sein Reichstagsmandat zu verteidigen. In seinem Schreiben vom 23. 5. 1928 hatte Treviranus (DNVP) das Ausscheiden von Heuss bedauert, da er in ihm „einen der Gegen- und Mitspieler sehe, mit denen es sich verlohnt die Klinge zu kreuzen“; BArch, N 1221, 101.

² Die DDP war im Wahlkreis Württemberg von 128.769 (7. 12. 1924) auf 109.986 (20. 5. 1928) und in Baden von 92.535 auf 63.888 Stimmen gesunken. Da für ein Reichstagsmandat 60.000 Stimmen erforderlich waren, entfiel auf beide Wahlkreise jeweils ein Kreissitz, den die jeweiligen Listenführer, Wieland in Württemberg und Dietrich in Baden, erhielten. Baden und Württemberg bildeten jedoch einen gemeinsamen Wahlkreisverband: Hätten sich die Reststimmen aus beiden Wahlkreisen auf über 60.000 addiert, hätte der Wahlkreisverband mit Heuss einen weiteren Kandidaten in den Reichstag entsenden können. Hierzu fehlten dem Wahlkreisverband Württemberg-Baden etwas über 6.000 Stimmen; vgl. STATISTIK 315, III, S. 19, bzw. STATISTIK 372, I, S. 24.

Nr. 122

An Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig

31. Mai 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1215, 35a: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“¹
Berufliche Perspektiven nach dem Verlust des Reichstagsmandats

Lieber Freund!

Vor ein paar Tagen bin ich nun von Württemberg hierher zurückgekehrt. Ich habe den Wahlkampf gesundheitlich gut durchgemacht, den Mißerfolg² haben Sie ja der Zeitung entnommen. Wir haben in Württemberg noch relativ anständig abgeschnitten. Allerdings war die Wahlbeteiligung in den kleineren Städten so gering, daß in diesem Wahlkreis Zentrum, Deutschnationale, Bauernbund und Demokraten alle einen Sitz verloren haben und keine der anderen Parteien einen gewonnen.³ Das, was nun werden soll, scheint mir hier den führenden Leuten noch ziemlich unklar zu sein, die meisten sind noch verreist. Koch und Erkelenz habe ich kurz gesehen, die beide etwas verdonnert sind, Meyer und Fischer will ich heute aufsuchen, wie die Geschichte von ihnen angesehen wird. Ich würde, wenn ich in der Fraktion wäre, geneigt sein, einer Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei das Wort zu reden,⁴ auf die Gefahr hin, daß nach rechts und links einige Leute verloren werden. Durch Stresemanns Krankheit (er ist immer noch bettlägerig)⁵ scheint mir aber das Tempo zu Verhandlungsmöglichkeiten verzögert zu sein. In Württemberg wollen sie in einiger Zeit den Versuch machen, Wieland zum Verzicht zu überreden.⁶ Ich selber sehe diesen Fall skept-

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 152f.

² Vgl. Nr. 121, Anm. 1.

³ Die Wahlbeteiligung war im Wahlkreis Württemberg von 74 % (7. 12. 1924) auf 68,3 % (20. 5. 1928) gesunken. Auf das Zentrum entfielen drei statt vier, auf die DNVP einer statt zwei und auf die DDP ebenfalls einer statt zwei Wahlkreissitze. Die Zahl der Wahlkreissitze von SPD (4), Württembergischem Bauern- und Weingärtnerbund (3), DVP (1) und KPD (1) blieb unverändert, allerdings hatte der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund 1924 einen zusätzlichen Sitz im Wahlkreisverband Württemberg-Baden errungen, den er 1928 nicht verteidigen konnte; vgl. STATISTIK 315, III, S. 6, 19, bzw. STATISTIK 372, I, S. 6, 24f.

⁴ In seiner Antwort stimmte Goetz Heuss zu: „Der Mißerfolg unsrer Partei hat auch mir sogleich den Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft mit der DVP gegeben. Daß er ein großes Risiko ist, wissen wir beide, und ich möchte diesen Weg auch nur mit größter Vorsicht, mit Zurückhaltung im Verhandeln, beschreiten. Immerhin läßt sich eine Arbeitsgemeinschaft wohl versuchen, wenn man gemeinsam in der Regierung sitzt.“ Goetz an Heuss, 6. 6. 1928, in: BArch, N 1221, 80. – Der Plan einer Arbeitsgemeinschaft wurde weder von den Führungsgremien der DVP noch der DDP verfolgt, allerdings ließ sich die Umbildung der Liberalen Vereinigung als Annäherung beider Parteien interpretieren; vgl. Nr. 124, Anm. 5.

⁵ Stresemann war Anfang Mai 1928 an einer Niereninfektion erkrankt und zu wochenlanger Rekonvaleszenz gezwungen; vgl. G. STRESEMANN, Vermächtnis, Bd. 3, S. 501.

⁶ Vgl. Wolfgang Haußmann an Heuss, 30. 5. 1928, in: BArch, N 1221, 56: „In der Landespartei-Vorstands-Sitzung vom Mittwoch den 23. Mai ist die Sache Ulm eingehend besprochen worden.“

tisch an, wiewohl ich bei Beurteilung der gesamten Sachlage mir ein persönlich und sachlich größeres Recht zur Vertretung des Wahlkreises auf Grund meiner größeren Arbeitsleistung zugestehe. Der Ausfall von Richthofen und mir scheint in der Fraktionsleitung am peinlichsten empfunden zu werden, weil wir für die mannigfaltigsten Sparten verwendbar waren. Was ich beruflich tun werde, ist noch einigermaßen ungeklärt. Ich muß mich natürlich nach Arbeitsergänzung schon aus finanziellen Gründen umsehen.

Daß Sie mit dem Verleger des großen Sammelwerkes⁷ Unglück hatten, tut mir leid. Hoffentlich kommen Sie persönlich den Autoren gegenüber, so weit sie schon geliefert haben, nicht in eine zu große Verlegenheit. Mit welchem Verlag verhandeln Sie denn? Wenn Sie mir eine fertige und genaue Aufstellung der Mitarbeiter und Themen schicken lassen können, kann ich vielleicht den Versuch machen, Ihnen beim Suchen eines Verlages behilflich zu sein. Freilich müssen auch dabei die Kalkulationsunterlagen, Honorare usw. genau genannt werden.

Was macht die eigene Arbeit, wie steht es mit Wilhelm II?⁸ Über sein Verhältnis zu Stoecker müssen Sie die vor einigen Tagen erschienene Stoeckerbiographie von Dr. Walter Frank im Verlag Reimar Hobbing vergleichen.⁹

Mit besten Grüßen von Haus zu Haus wie immer
Ihr

Theodor Heuss

Herr Schall, den ich am Tage vorher nicht zuletzt wegen dieser Angelegenheit aufgesucht hatte, gab, ebenso wie ich, unter starker Resonanz bei Bruckmann und den sonstigen zahlreichen Anwesenden dem Wunsch Ausdruck, daß möglichst bald mit dem Herrn W[ieland] gesprochen werden möge, damit man und vor allem auch Du bald weiß, ob und wann [man] mit einer nicht verletzenden, aber klaren und erfreulichen Lösung in unserem Sinne rechnen kann“.

⁷ Goetz plante zum zehnjährigen Bestehen der Weimarer Republik – ursprünglich für den Verlag Hoffmann und Campe – ein zweibändiges Werk, für das Heuss einen Aufsatz über Preuß verfasst hatte. Das Projekt wurde aufgrund von Schwierigkeiten mit dem Verlag und mangels Zuschüssen von Seiten des Reiches im Jahre 1929 fallen gelassen; vgl. BArch, N 1215, 2.

⁸ Goetz arbeitete seit 1920 an einer Biographie über Wilhelm II., die er erst kurz vor seinem Tod im Manuskript fertigstellen und nicht mehr veröffentlichen konnte; vgl. W. V. WEIGAND, Walter Goetz, S. 213, 366–370.

⁹ WALTER FRANK: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlichsoziale Bewegung, Berlin 1928; Heuss hatte Frank zur Abfassung seiner Stoecker-Biographie den Naumann-Nachlass zugänglich gemacht; vgl. Heuss an Maria Frank, 23. 1. 1949, in: BArch, N 1221, 78. Die Biographie wurde von Heuss wohlwollend rezensiert; THEODOR HEUSS: Eine Stöcker-Biographie, in: Literaturblatt 27, Beilage zur FZ, Nr. 486, 1. 7. 1928; DERS.: Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, in: Zeitschrift für Politik 18 (1928/1929), S. 207f.

Nr. 123

An Albert Hopf, Stuttgart

1. Juni 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Abschrift; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“¹

Sondierungsgespräche in Berlin über die Regierungsbildung in Württemberg

Lieber Freund!

Gestern vormittag habe ich der Verabredung gemäß² gleich bei Dr. Wirth angerufen, ihn kurz orientiert, dann trafen wir uns gegen 1 Uhr im Reichstag. Ich bat ihn, in dem angegebenen Sinn auf Bolz und die übrigen Württemberger einzuwirken, um die Parallelität von Reichs- und Landespolitik zu sichern und nicht durch einen anti-sozialdemokratischen Präzedenzfall die Verhandlungen im Reiche zu erschweren.³ Wirth sagte mir, daß er meine Auffassung teile, aber auch für die reichspolitische Entwicklung eine ziemlich mühsame Verhandlungsarbeit vor sich sähe wegen Preußen und wegen sozialistischer Personalien.⁴ Von Württemberg habe er das Gefühl, daß das Zentrum die Rechtsbindung nicht aufgeben wolle. Er hat Bolz schon gesagt, daß ich, Heuss, ihn im Reichstag aufsuchen würde. Wirth sagte mir, er wolle mir einfach einmal Bolz schicken, daß ich mit ihm direkt rede, und so kam ich ziemlich unvermutet zu einer Besprechung mit Bolz, der mir natürlich gleich sagte,⁵ ich hätte gar kein Mandat mit ihm qua Partei zu reden, sondern hätte mich einmal mit Wirth über den Zusammenhang von Reichs- und Landespolitik aussprechen wollen, aber ich würde mich natürlich auch ganz gern mit ihm über seine Auffassung unterhalten, ohne daß ich wisse, ob mit ihm überhaupt von unserer Seite geredet worden sei, da ich seit 10 Tagen

¹ Oben links Vermerk: „Abschrift“; im Kopfteil der einzelnen Seiten durchlaufende Überschrift: „Dr. Heuss an Herrn Albert Hopf – Stuttgart“.

² Der Landesverband der württembergischen DDP hatte Heuss gebeten, „auf die Sitzung des Reichsparteivorstands des Zentrums am Donnerstag den 31. Mai 1928 im Sinne der Bildung der großen Koalition in Württemberg durch Wirth oder ein sonstiges prominentes Zentrums-Mitglied Fühlung zu nehmen“; Wolfgang Haußmann an Heuss, 30. 5. 1928, in: BArch, N 1221, 56.

³ Aus den württembergischen Landtagswahlen vom 20. 5. 1928 war die SPD als stärkste Partei hervorgegangen und drängte auf die Übernahme der Regierungsverantwortung innerhalb einer „Weimarer Koalition“. Das Zentrum, welches seit 1924 in Württemberg zusammen mit einer Fraktionsgemeinschaft aus Württembergischer Bürgerpartei/DNVP und Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund regierte, plante jedoch diese Koalition – jetzt als Minderheitsregierung unter Staatspräsident Bolz – fortzusetzen; vgl. P. SAUER, Württemberg, S. 115f; J. MITTAG, Württembergische SPD, S. 85f.

⁴ Die Bildung einer „Großen Koalition“ im Reich wurde durch die Bedingung der DVP erschwert, gleichzeitig die preußische Regierung durch den Eintritt von DVP-Ministern von einem Kabinett der „Weimarer Koalition“ zu einem der „Großen Koalition“ zu erweitern; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 488.

⁵ Vermutlich gemeint: dem ich natürlich gleich sagte.

ohne Nachricht von Stuttgart geblieben und nur die Zeitungen verfolgt habe. Ich erfuhr von ihm, daß er sowohl mit Schall als mit Bruckmann schon einmal gesprochen hatte, so daß seine Argumentation Euch ja wohl bekannt ist. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß das Zentrum zum ersten Mal die Erfahrung gemacht habe, daß ihm bestimmte Wählerbestände verloren gehen und zwar wesentlich solche ländlicher Natur aus der allgemeinen landwirtschaftlichen Notlage heraus.⁶ Das Zentrum müsse, wozu es in all den Jahren nie gekommen wäre, diesmal parteiegoistisch denken. Wenn es den Bauernbund in die Opposition entlasse, so sei die Gefahr einer Erschütterung der Zentrumsposition vor allem im ländlich bayerischen⁷ Oberland verstärkt. Ich machte ihm natürlich den Einwand, daß auch innerhalb des Bauernbundes eine Vertrauenserschütterung und ein Rückgang eingetreten sei,⁸ daß die Frage der Wählerbestände in 4 Jahren heute noch gar nicht abgefühlt werden kann, weil es doch auch denkbar sei, daß einmal eine Wahl wieder unter einer klaren und bestimmten Parole geschlagen wird. Ich trug ihm auch vor, daß nach meiner Empfindung mit den württembergischen Sozialdemokraten eine Bauernpolitik getrieben werden könne, so fruchtbar wie mit dem Bauernbund. Darüber gerieten wir in eine agrarpolitische Auseinandersetzung über Preissicherung landwirtschaftlicher Produkte, wobei wir in der sachlichen Argumentation uns nicht ganz trafen, da ich die schlechten Ernte- und Zinsjahre als nicht ganz maßgebend für die Gesamtorientierung der Politik darstellte, er aber Angst vor dem polnischen Handelsvertrag markierte.⁹ Ich wies ihn darauf hin, daß in dieser Frage von Schiele so weitgehende Konzessionen für die Verhandlungen vorlagen, daß nach meinem Gefühl eine parteimäßige Auswirkung nicht zu erwarten ist. Die Besprechung kehrte dann wieder auf Württemberg zurück. Er bedauerte, daß Bazille durch die Abtönung seiner Politik genau das Gegenteil von dem¹⁰ herbeigeführt habe, was er ihm vor Jahren anempfohlen habe. Bazille scheine freiwillig seine Position nicht räumen zu wollen und den Bauernbund als Stütze zu mobilisieren. Bei der Deutschen Volkspartei sei man

⁶ Bei den Reichstagswahlen war das Zentrum in Württemberg von 258.509 (22,3 %; 7. 12. 1924) auf 215.941 (19,2 %; 20. 5. 1928), bei den Landtagswahlen von 248.748 (20,9 %; 4. 5. 1924) auf 219.816 (19,6 %; 20. 5. 1928) Stimmen gefallen; vgl. E. SCHANBACHER, Wählervotum, S. 313.

⁷ In der Vorlage: „bayerlichen“.

⁸ Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund hatte bei den Landtagswahlen vom 20. 5. 1928 2,1 % verloren und kam auf 18,1 % aller Stimmen; vgl. E. SCHANBACHER, Wählervotum, S. 312.

⁹ Seit dem Eintritt der DNVP in die Reichsregierung im Januar 1927 standen die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die den Zollkrieg zwischen beiden Staaten beenden sollten, still; mit der Bildung einer „Großen Koalition“ war eine Wiederaufnahme der Verhandlungen abzusehen, als deren Ergebnis die deutsche Landwirtschaft eine Berücksichtigung der polnischen Exportwünsche für landwirtschaftliche Erzeugnisse befürchtete.

¹⁰ In der Vorlage: „ihm“.

sich nicht klar,¹¹ aber er habe das Gefühl, daß eine Mehrheit auch den Rechtsanschluß wolle. Der christliche Volksdienst¹² habe ihm erklärt, daß er ja eine Bindung nicht eingehen wolle, aber für ein Mißtrauensvotum der Linken bei einem Rechtskabinett nicht stimmen werde. Im übrigen werden die württembergischen Situationen von einer heute stattfindenden großen Parteiausschußsitzung abhängig sein, denn es habe auch in Württemberg Zentrumsleute, die eine andere Auffassung als er über die notwendige Entwicklung besäßen.¹³

Es ist also bei dieser Unterhaltung nicht sehr viel herausgekommen, und vielleicht sind Euch die Argumente, die ich hier niedergeschrieben habe, schon geläufig. Ob Wirth in der Abendbesprechung des Zentrums auf die Angelegenheit zurückgekommen ist, kann ich natürlich nicht sagen. Ich habe ihn auch heute früh nicht erreicht.

Ich bemühte mich gestern natürlich auch Eurem Wunsche gemäß um die Volkspartei.¹⁴ Leider stehen fast alle Berliner politischen Besprechungsversuche heute unter dem Druck der Abwesenheit der Menschen. Mittelmann habe ich nicht erreicht und dann nach der Rücksprache mit Stephan Dr. Hermann Fischer aufgesucht, der ja starke persönliche Beziehungen nach der Seite der Volkspartei noch besitzt. Ich wollte ihn auf Curtius hetzen. Fischer ging auch sofort darauf ein, aber wir stellten zunächst fest, daß Curtius bis Montag verreist ist. Dann wurde bei Stresemann angerufen, aber dessen Vorzimmermann war auch weg, so daß eine zeitliche Feststellung, wann Fischer mit Stresemann am Bett reden könnte, auch noch nicht erreichbar war. Da Koch in Kissingen ist, vertritt ihn Fischer, der auch unabhängig von unseren württembergischen Fragen bei Stresemann schon gemeldet ist, um mit ihm die gesamtpolitische Lage zu besprechen. Fischer hat sich den genauen Bestand der württembergischen Dinge nach meinem Vortrag notiert. Ich habe ihm darzustellen versucht, daß 1. für die Außenpolitik bei Stresemann das Verschwinden Bazilles erwünscht sein müsse und daß 2. für

¹¹ Im Gegensatz zur DDP, die dies strikt ablehnte, stand die württembergische DVP einem Eintritt in eine Minderheitsregierung Bolz weniger ablehnend gegenüber, machte ihn jedoch von einem gleichzeitigen Eintritt des CSVD abhängig, der nicht zustande kam; vgl. W. BESSON, Württemberg, S. 38f.

¹² Der vor allem in Württemberg beheimatete CSVD war einem protestantischen Weltbild verpflichtet und trat für eine Kooperation aller Parteien ein. Erstmals bei den Gemeinderatswahlen von 1925 angetreten, erreichte er bei den württembergischen Landtagswahlen vom 20. 5. 1928 aus dem Stand 3,9 % und drei Landtagsmandate. In den folgenden Jahren tolerierte er die Minderheitsregierung Bolz; vgl. R. WEBER, Bürgerpartei, S. 417–419; G. OPITZ, Volksdienst, S. 62, 116–120.

¹³ Von der Sitzung des Parteivorstands des Zentrums am 1./2. 6. 1928 ist lediglich ein Beschluss zur Regierungsbildung im Reich überliefert; PROTOKOLLE DER REICHSTAGSFRAKTION, S. 207, Anm. 1.

¹⁴ Eine Stellungnahme der Führungsgremien der DVP zur Frage einer eventuellen Regierungsbeteiligung in Württemberg ist nicht überliefert.

eine etwa geplante freundschaftliche oder noch engere Kooperation¹⁵ zwischen Demokratie und Volkspartei es ein sehr erschwerender Präzedenzfall sein müßte, wenn die beiden Gruppen in Württemberg in ein schroffes Verhältnis kämen. Ich habe Fischer daraufhingewiesen, daß in Württemberg leider der Zusammentritt des Landtags vor dem des Reichstags vorgesehen ist, und ihn gebeten, die Sache bei Stresemann dringlich zu machen.¹⁶ Gegebenenfalls könnt Ihr den Versuch machen, morgen früh Fischer in seinem Büro Hansa 27 61 zu erreichen, um festzustellen, ob er einen der leitenden Leute der Volkspartei erreicht hat. Ich habe mit Fischer auch kurz die Angelegenheit Wieland-Heuss¹⁷ besprochen unter dem Gesichtspunkt, daß er vermutlich der einzige Mann sei innerhalb der Fraktion, mit dem Wieland sich über seine Entscheidung aussprache. Fischer hat im Unterschied zu Meyer die Auffassung, daß Wieland sich zu einem Verzicht bereitfinden lasse. Er, Fischer, werde ihm seine Auffassung sicher nicht vorenthalten, [daß] für die Gruppierung, wie sie die Fraktion nun erhalten hat, ich wichtiger sei als er. Ich warte in dieser Frage nun natürlich durchaus in Ruhe ab, was bei Euch als zweckmäßig und gangbar angesehen wird.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 124

An Dr. Wilhelm Cohnstaedt, Frankfurt am Main

18. Juni 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 75: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Verlauf einer Vorstandssitzung der DDP; Verhältnis der liberalen Zeitungen zur DDP

Lieber Cohnstaedt!

Ich habe leider die Vorstandssitzung,¹ bei der ich ja nur als Gast fungierte, nur in ihrem Beginn mitmachen können, da ich an dem Donnerstag abend noch nach

¹⁵ In der Vorlage: „Corporation“.

¹⁶ Der am 20. 5. 1928 gewählte württembergische Landtag trat am 8. 6. 1928, der ebenfalls am 20. 5. 1928 gewählte Reichstag am 13. 6. 1928 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen; vgl. SCHULTHESS' 1928, S. 114f.

¹⁷ Gemeint sind die Versuche, Wieland zum Verzicht seines Reichstagsmandats zugunsten von Heuss zu bewegen; vgl. Nr. 122, Anm. 6.

¹ Der Vorstand der DDP hatte am 14. und 15. 6. 1928 über die Lage nach den Reichstagswahlen und über die Bildung der künftigen Regierung beraten; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 452–469.

Dessau fuhr, um Freitag früh für Hummel, einspringend auf einer Tagung von Gemeindebeamten, einen Vortrag zu halten.² Ich habe seitdem auch von niemandem eine eingehendere Darstellung über den weiteren sachlichen Verlauf und über die Stimmung berichten gehört. Ich weiß deshalb im einzelnen nicht, wie die Stellungnahme gewesen ist, was passiert wäre, wenn ich selber geredet hätte. Daß mich Stubmanns und Frankfurters Reden geärgert haben, können Sie sich wohl denken, denn der Tenor von Stubmann war: die Partei hat die Aufgabe den Menschen, die sonst zur Sozialdemokratie gehen, einen „Unterschlupf“ zu geben.³ Das Wort habe ich mir gleich notiert, und wenn Frankfurter schon von den „Radikalen“ redet,⁴ dann fällt mir ein, daß dieses Wort seine Wurzeln eben in radix besitzt und daß das die Stimmung von Entwurzelten ist. Ich habe ganz deutlich gefühlt, wie hier einfach zwei Welten sich gegenüberstehen und daß ich mich persönlich sowohl mit vielen Sozialdemokraten wie mit manchen Deutschnationalen rascher, leichter und eindeutiger über das Notwendige einer deutschen Politik verständigen kann als mit Typen solcher seelischen Grundhaltung, deren plastischste Darstellung der Herr Senatspräsident Grossmann ist.

Wenn ich meine sozialdemokratischen Freunde ärgern will, biete ich Ihnen den an, der wird aber mit Schrecken und Furcht schleunigst abgelehnt.

Nun weiß ich nicht, ob Sie selber noch geredet haben und sich zu dem so beliebten Pressethema äußerten. Sie hatten, als, glaube ich, Koch davon sprach, daß die Aktion der Liberalen Vereinigung⁵ in der Provinzpresse günstig aufgenommen sei, den Zwischenruf gemacht: die Redakteure sind ja gar keine Demokraten.⁶ Auf wen Sie dabei abhoben, weiß ich nicht, noch ob dieses Thema weiter variiert wurde. Wäre ich da gewesen, so hätte ich, glaube ich, mir das Maul verbrannt und etwas davon erzählt, daß in den großen demokratischen Blättern und Verlagen immer ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Redakteure organisierte Sozialdemokraten wären und sind, was die Leute draußen gar nicht wissen. Ich bin

² Am 15. 6. 1928 sprach Heuss in Dessau vor kommunalen Arbeitgebern über „Probleme der Wirtschaftsentwicklung“; Redenkalender, in: BAArch, N 1221, 684; Redenotizen, ebd., 26 (von Heuss-Knapp irrtümlich auf 1927 datiert).

³ Zur Rede von Peter Stubmann vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 453–455. Laut Protokoll hatte Stubmann gefordert, dass die DDP Maßnahmen zugunsten der Wirtschaft mit Maßnahmen „zugunsten der abhängigen wirtschaftlichen Schichten“ begleite; der von Heuss monierte Passus „Unterschlupf“ findet sich nicht im Protokoll.

⁴ Laut Protokoll hatte nicht Richard Frankfurter, sondern Stubmann gefordert, dass die DDP sich künftig als „radikale bürgerliche Partei“ verhalte und keine Rücksicht auf Positionen der DVP nehme; vgl. ebd., S. 455.

⁵ Die Liberale Vereinigung hatte sich nach den Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 neu konstituiert und Koch-Weser und Stresemann zu ihren Ehrenvorsitzenden gewählt; vgl. DEMOKRAT 9, Nr. 11/12, 14. 6. 1928, S. 332. – Zur Gründung der Liberalen Vereinigung vgl. Nr. 85, Anm. 6.

⁶ Vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 459; der Zwischenruf von Cohnstaedt findet sich nicht im Protokoll.

nicht subaltern genug, das irgend einem dieser Leute vorrechnen zu wollen oder den Verlagen zum Vorwurf zu machen; das ist deren Sache, aber es ist doch etwas zu viel verlangt von unsereins, der diese Dinge weiß, der Presse gegenüber eine allgemeine Respektshaltung einzunehmen.

Daß ausgerechnet Herr Stubmann in spürbarer Antithese zu Petersen für sich Naumann zu reklamieren versuchte,⁷ setzte der Sache die Krone auf. Die Herren haben offenbar vergessen, daß im Jahre 1918 auch Naumann ähnlich wie Herrn Stresemann der Zutritt zur demokratischen Partei verunmöglicht werden sollte, weil ihnen Mitteleuropa sündhafter Imperialismus war.⁸ Lassen wir das auf sich beruhen.

Ich weiß nicht, wie weit ich in der nächsten Zeit an der Gestaltung der Politik der Partei überhaupt mitwirken kann, da ich dem Vorstand nicht angehöre,⁹ aber es ist mir ganz deutlich, was ich ja oft genug ausgesprochen habe, daß das Schicksal der Partei von dem Maß der Eigenbewegung abhängt, das sie sich der sogenannten „großen Presse“ gegenüber bewahrt. Ich denke dabei nicht unmittelbar an Euch. Die Frankfurterin hat wenigstens aufs Ganze gesehen immer einen anständigen Ton. Aber wenn ich mich von Zeit zu Zeit der Lektüre des Berliner Tageblatts aussetze, etwa dem Artikel des Herrn Wolff, weiß ich nur, daß diese Tonart die Menschen vertreibt und vertreiben muß, die mir für die Konstitution einer innerlich sicher werdenden Gruppe als Voraussetzungen erscheinen.

So, nun habe ich meinen Kropf wieder einmal geleert. Sie brauchen nicht zu antworten,¹⁰ aber bei der alten freundschaftlichen Verbundenheit zwischen uns wollte ich meine inneren Stimmungen Ihnen gegenüber klarlegen.

Mit bestem Gruß

Ihr

[Theodor Heuss]

⁷ Ein Bezug auf Naumann findet sich in der Rede von Stubmann laut Protokoll nicht. Carl Petersen, der wie Stubmann der Hamburger DDP angehörte, hatte sich in einem Telegramm für eine Annäherung an die DVP ausgesprochen und damit die Gegenposition zu Stubmann bezogen; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 459.

⁸ Zu Naumanns Mitteleuropakonzeption vgl. Nr. 10, Anm. 1. Zu den Vorbehalten der Gründergruppe der DDP und insbesondere des Kreises um Wolff gegen einen Beitritt Stresemanns und Naumanns vgl. L. LUCKEMEYER, Deutsche Demokratische Partei, S. 88–99, 122–124.

⁹ Heuss gehörte erst seit dem Mannheimer Parteitag vom Oktober 1929 dem Vorstand der DDP an; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 802.

¹⁰ In seinem Antwortbrief vom 5. 7. 1928 äußerte Cohnstaedt sein Unverständnis über Heuss' Ärger auf Stubmann, da dessen Ausführungen ganz dem entsprächen, „was heute die ganz große Mehrzahl der organisierten Demokraten denkt.“ BArch, N 1221, 75.

Nr. 125

An Hermann Dietrich, Berlin-Charlottenburg
30. Juni 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1004, 159: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Glückwünsche zur Ernennung Hermann Dietrichs zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Verehrter, lieber Freund!

Sie erinnern sich unserer in Wildgutach¹ und in Stuttgart geführten Unterhaltung. Für mich bedurfte es weder des Herrn von Hindenburg noch des Herrn Müller-Franken, um Sie in die Aufgabe zu stellen, die Sie jetzt erwartet. Ich habe Sie freihändig seit dem Ende des alten Reichstages zum Landwirtschaftsminister ernannt.² Ich war mir dabei klar, daß das gar keine so einfache Geschichte ist. Ich halte es für möglich, daß in der demokratischen Partei der eine oder andere Bauchweh bekommt, weil sie bloß Konsumentenpolitik gewöhnt sind. Aber bei der schlechthin entscheidenden Bedeutung, die eine vernünftige Lösung des Agrarproblems für die vaterländische Entwicklung hat, ist es gut, daß ein Mann von Sachkenntnis *und* Phantasie, mit Tatkraft *und* psychologischem Geschick diese Dinge anfaßt. Es tut mir natürlich jetzt doppelt leid, daß ich nicht in der Fraktion als Ihr Triarier³ oder Gefolgsmann fungieren kann. Es würde wohl manchmal notwendig sein. Sachlich kann ich Sie nicht beraten, denn da wissen Sie weit besser Bescheid als ich, aber wegen der menschlichen und taktischen Behandlung würde ich ganz gern gelegentlich meinen Rat anbringen.

Was ich Ihnen heute wünsche, ist in des Wortes wahrster Bedeutung: gutes Wetter. Ich habe das Gefühl, daß für Ihr Ministerium im Laufe des Jahres die Parteienkonstellation weniger bedeutungsvoll ist als die Disposition des lieben Gottes über Sonne und Regen. Als ich vor ein paar Tagen durch die Mark fuhr und das Korn in sehr gesundem Wachstum sah, hatte ich das Gefühl, daß der liebe Gott Ihnen Ihre Aufgabe erleichtern will. Wenn er Ihnen nach 2 verhältnismäßig schlechten Jahren eine gute Ernte schenkt, Mäusefraß und Hochwasser, Auswachsen der Ähren auf dem Halm und anderes erläßt, wird die psychologische Lage etwas anders, als sie in den beiden letzten Jahren gewesen ist, und es will mir scheinen, daß es von ungeheurer Wichtigkeit ist, die landwirtschaftliche Bevölkerung aus der psychischen Depression zu erlösen, in die sie sich vielfach über das verständliche Maß hinaus hat hineinreden lassen.

¹ Dietrich besaß in Wildgutach im Schwarzwald großen Waldbesitz und einen Hof.

² In dem am 28. 6. 1928 gebildeten zweiten Kabinett Müller bekleidete Dietrich das Amt des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

³ Altgedienter, schwer bewaffneter Soldat im alten Rom.

Mit herzlichen Grüßen und freundlichen Empfehlungen auch an Ihre Gemahlin
bin ich wie immer

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 126

An Dr. Otto Benecke, Berlin

28. Juli 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

GStA PK, VI. HA, NL Becker, 4043: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“¹

Angriffe von Johannes Haller auf Carl Heinrich Becker

Verehrter, lieber Herr Doktor!

Da ich in der nächsten Zeit eine zusammenfassende große Rezension der Reichsländerliteratur schreiben muß,² habe ich in den letzten Tagen auch allerhand an der Seite des Problems liegende Broschüren nachgelesen, darunter auch die des Prof. Johannes Haller³ in Tübingen, „Bundesstaat oder Einheitsstaat“, das Protokoll eines Vortrages auf der Führertagung des Reichslandbundes am 18. November 1927 (Oslandersche Buchhandlung, Tübingen).⁴ Haller ist ein ausgezeichnete, mittelalterlicher Historiker und ein formal glänzender Publizist, politisch sehr weit rechts stehend und mit einem nicht zu bändigenden Bedürfnis nach Polemik ausgestattet. Ich weiß deshalb immer schon ungefähr, was ich bei ihm zu erwarten habe. In diesem⁵ Büchlein,⁶ von dem ich nicht weiß, ob es bei Ihnen bekannt ist, steht nun ein Absatz, der, wie mir scheinen will, die Grenzen des Zulässigen überschritten hat, und ich möchte Sie darauf aufmerksam machen; nicht um Haller zu „denunzieren“, denn Ihr habt ja amtlich nichts mit ihm zu tun, sondern damit Ihr Euch überlegen könnt, ob das Ministerium das einfach hingehen läßt oder ob

¹ Auf dem Briefkopf zahlreiche Vermerke und Verfügungen, aus denen hervorgeht, dass das Buch von Haller Minister Becker vorgelegt wurde.

² THEODOR HEUSS: Die Reichsländerfrage. Eine Wanderung durch das neuere Schrifttum, in: Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt 49, H. 49, 1. 9. 1928, S. 777–781. Gleichzeitig hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Übung „Die Literatur zum Reich-Länder-Problem“ ab; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1928, S. 7; das Vorlesungsmanuskript in: BArch, N 1221, 394.

³ Von unbekannter Hand unterstrichen: „Haller in Tübingen, „Bundesstaat oder Einheitsstaat““.

⁴ JOHANNES HALLER: Bundesstaat oder Einheitsstaat? Das Problem der deutschen Reichsverfassung in geschichtlicher Beleuchtung. Vortrag auf der Führertagung des Reichslandbunds am 8. November 1927, Tübingen 1928.

⁵ Anmerkungszeichen durch Empfänger und Erläuterung an der linken Seite: „Buch ist in Mappe „Einheitsstaat“ Nr. 46 abgelegt.“ Der Passus durchgestrichen und weiterer Vermerk: „s. oben.“

⁶ Von unbekannter Hand unterstrichen: „Büchlein“.

sich Dr. Becker, auch wenn er Kummer gewöhnt sein wird, bei irgend einer Gelegenheit einmal zur Wehr setzt. Der Absatz findet sich auf Seite 32 der Broschüre: „Von dem Preußen der Braun und Severing, von dem Lande, in dem ein Kultusminister Becker das Verbrechen begeht, die deutsche Jugend in Unwissenheit und geistiger Zuchtlosigkeit aufwachsen zu lassen, von einem solchen Preußen wollen wir draußen nichts wissen, von ihm erwarten wir auch nichts mehr.“⁷

Ich finde das ein bißchen viel auf einmal.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 127

An Dr. Heinrich Schnee, Berlin-Charlottenburg

27. August 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

GStA PK, VI. HA, NL Schnee, 40: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Balkanfahrt des Bundes der Auslandsdeutschen

Verehrte Excellenz,

wie Sie wissen, beteilige ich mich an der sogenannten Orientreise,¹ weil ich hoffe, dabei nicht nur etwas Kunstgeschichte aufzuholen, sondern auch bei den ansässigen Deutschen etwas von Politik und Wirtschaft des Balkans kennenzulernen. Als ich mich zu der Teilnahme an der Reise entschloß, war es mir eigentlich selbstverständlich, daß Geheimrat Grosse mitgehen würde, um das Vereinspolitisch-Notwendige wahrzunehmen. Wie er mir vorgestern mitteilte, hatte er einstweilen nur die Reise bis Budapest oder höchstens Belgrad geplant. Einerseits, um den Bund finanziell nicht zu überlasten, andererseits, weil die Vorbereitung des sogenannten Balles der Nationen ihn stark in Anspruch nimmt. Ich sehe schon mit Sorge und Schrecken die Funktion eines Gesellschaftsführers auf mich zukommen, der ich weder psychologisch noch sachlich gewachsen bin, während Grosse mit seiner angenehmen Schroftheit geradezu prädestiniert ist, so

⁷ So wörtlich bei J. HALLER, Bundesstaat, S. 32.

¹ Der Bund der Auslandsdeutschen organisierte im September 1928 für deutsche Politiker und Unternehmer eine Balkanreise, die über Wien, Budapest, Belgrad, Sofia, Bukarest, Constanza, Istanbul, Piräus, Korfu und Brindisi nach Venedig führte. – Über seine Eindrücke verfasste Heuss eine Artikelserie für die „Hilfe“; vgl. THEODOR HEUSS: Balkanreise, in: Die Hilfe 34, Nr. 22, 15. 11. 1928, S. 521f; Nr. 23, 1. 12. 1928, S. 551–553; Die Hilfe 35, Nr. 1, 1. 1. 1929, S. 20–22.

was zu machen. Im Ernst: Ich bin nicht der Mann, um für den Bund aus der Reise organisatorisch usw. etwas herauszuholen. Ich weiß nicht einmal, wer wo angeschlossen ist. Kurzum, ich bin, wie Sie wissen, nicht sehr brauchbar. Aber dieser Brief bittet Sie nun, Geheimrat Grosse zuzureden, die Reise auf alle Fälle ganz mitzumachen. Sie wird für ihn selbst lehrreich genug sein, für den Bund damit fruchtbar, für meine arme Seele eine Entlastung.

Mit den besten Grüßen und Wünschen
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 128

An Dr. Wilhelm Külz, Dresden

27. August 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Bitte, den Plan eines „Tags des deutschen Buches“ zu unterstützen

Verehrter, lieber Freund,

eine Besprechung, die ich vorgestern mit dem mir befreundeten Generaldirektor der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart, Dr. G. *Kilpper*, hier gehabt habe, veranlaßt mich, Ihnen eine Anregung vorzutragen, die sich aus dieser Unterhaltung ergab.

Die Frage einer, wenn man so will, breiteren Propaganda für das deutsche gute Schrifttum bewegt ja seit ein paar Jahren die beteiligten Kreise, ohne daß die mannigfachen Anregungen irgend eine Verdichtung erfahren hätten. Auf der Seite der Schriftsteller ist man gelegentlich geneigt gewesen und wohl noch geneigt, mit einer gewissen anklägerischen Gesamthaltung gegen Staat und Gesellschaft von der Not des deutschen Buches und Schrifttums zu sprechen. Ich habe selber einmal vor 2½ Jahren bei einer solchen Kundgebung des Schutzverbands der Schriftsteller ein wohlweises Einleitungsreferat gehalten¹ und am anderen Morgen in der Zeitung gelesen, daß die Versammlung, die ich nach meiner Rede verlassen mußte, mit Resolutionen zur Fürstenenteignung abgeschlossen wurde.²

¹ Auf einer öffentlichen Kundgebung zur „Not der Schriftsteller“, die von der Berliner Ortsgruppe des SdS am 11. 2. 1926 im Herrenhaus veranstaltet worden war; Redenotizen, in: BArch, N 1221, 26.

² Zum Schluss der Kundgebung am 11. 2. 1926 hatte Wilhelm Herzog eine Resolution eingebracht, nach der die Versammlung eine EntschlieÙung für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten verabschieden sollte. Der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe hatte eine Abstimmung darüber

Diese Erfahrung hat mich skeptisch gemacht bei Unternehmungen, die von den Schriftstellern selber moralisch und organisatorisch getragen werden. Dabei sind wir uns beide wohl darüber klar, daß Kundgebungen oder Versammlungen etwas ganz schönes sein können, jedoch in ihrer Bedeutung nur ephemere bleiben. Die Unterhaltung mit Herrn Dr. Kilpper vermittelt mir den Eindruck, daß bei ihm auch nicht bloß persönlich, sondern auch in der psychologischen Bewertung der Wirkungsmöglichkeiten der Charakter einer Notaktion oder eines Notschreies als wenig angebracht erscheint. Wir waren uns darüber einig, daß, wenn das öffentliche Bewußtsein in der Richtung der Wertschätzung des deutschen Buches beeinflußt werden soll, der Ausgangspunkt nicht eine Klage der geistigen Arbeiter oder der Verleger über ihre derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse sein dürfe, sondern daß der Gesichtspunkt der positiven Kulturwerte, die gepflegt werden sollen, durchaus in den Vordergrund treten müßte.

Ich habe nun die Auffassung, daß irgend eine Vereinsaktion, wenn sie auch gemeinsam geschieht, von Seiten der Verleger und Schriftsteller diesen Charakter des „Notrufs“ nie ganz abstreifen wird und daß eine Stellungnahme der wesentlichen öffentlich-rechtlichen Organisation (Reich, Länder, Städtetag) die Sache erst eigentlich tragen könnte.

Und hier hat sich mir nun nahegelegt, an Sie zu denken. Ihnen sind die Kompetenzbereiche der oberen Behörden bekannt. Sie wissen, wie gerade in diesen Fragen der Kulturpolitik eine Reichsinitiative dem Mißtrauen oder gleich der Ablehnung der Kultusministerien der Länder begegnet, und doch müßte das Reichsministerium des Innern zumindest in dem Sinn initiativ vorgehen, daß es einmal und zwar bald die Vertreter der Kultusministerien, die Vertreter des Reichsbundes der deutschen Schriftsteller,³ der Verleger und Buchhändlerverbände, der freien Volksbildungsvereine an einen runden Tisch zusammenbringt, um aus einer solchen Besprechung konkrete Beschlüsse entstehen zu lassen, denen konkrete Anregungen vorangehen müßten.

Sie sind ja nun leider nicht mehr Reichsminister des Innern,⁴ um mit der Parole „die Sache ist ganz einfach“, die Geschichte zu schmeißen. Aber ich erinnere mich unserer Unterhaltungen aus den Kampftagen um Schmutz und Schund⁵ und an ihre lebhaft unterstrichene öffentliche Ankündigung, wonach Sie damals den Plan ankündigten, der Abwehrpolitik gegen minderwertige Literatur eine

jedoch nicht zugelassen und die Versammlung geschlossen; vgl. E. FISCHER, Schutzverband, S. 557f.

³ Vermutlich ist der Reichsverband des Deutschen Schrifttums gemeint, zu dem sich Ende 1927 verschiedene Schriftstellerverbände zusammengeschlossen hatten.

⁴ Külz hatte vom 20. 1. 1926 bis zum 29. 1. 1927 als Reichsminister des Innern im zweiten Kabinett Luther und im dritten Kabinett Marx amtiert.

⁵ Zum „Schund- und Schmutzgesetz“ vgl. Nr. 111, Anm. 2; Külz hatte das Gesetzesvorhaben 1926 als Reichsminister des Innern parlamentarisch vertreten.

großangelegte staatliche Pflege und Förderung des guten Schrifttums folgen zu lassen.⁶ Sie hatten darüber, wenn ich mich recht erinnere, schon eine ganz positive Vorstellung, aber kurze Zeit darauf war ja Ihr Amt zu Ende.

Nun will mir scheinen, daß in dieser damaligen Stellungnahme, ich will nicht sagen eine Verpflichtung, aber doch eine Berechtigung für Sie gegeben ist, dem Problem Ihre Aktivität zu leihen. Ich wollte gern heute einmal informativ im R[eichsministerium] d[es] I[nnern] vorfühlen, wie dort die Dinge stehen (daß unter Keudells völligem Mangel an Ideen und Initiative nichts geschehen ist, liegt ja auf der Hand). Aber sowohl Donnevert als Severing sind im Augenblick im Urlaub, so daß ich ihnen nichts berichten kann. Aber da ich selber übermorgen für 4 Wochen verreise (Balkan)⁷ und wie mir scheint, die Frage nicht liegen bleiben darf, sende ich Ihnen heute diesen Brief, mit der Bitte, seinen Inhalt „in einem stillen und feinen Herzen zu bewegen“⁸. Ich nehme an, daß Sie mit den leitenden Herren Ihres früheren Ministeriums, wie auch mit Severing, persönlich angenehme Beziehungen haben, um in der Sache ohne innere Hemmungen initiativ erscheinen zu können. Da Sie ja nun die Pressa⁹ als Reichskommissar betreut haben, würde nach meiner Meinung gerade die Buchpolitik sich sehr nett und verständig anschließen, weil ja die Zeitung zugleich der große Konkurrent und der große Helfer des Buches ist und hier in Ihrer Person eine sehr nette Synthese gefunden werden könnte (bloß dürfen Sie dann nicht Präsident der nächsten Radioausstellung werden).

Die Spanier haben seit einer Reihe von Jahren an ihrem Cervantes-Gedenktag einen Tag des spanischen Buches,¹⁰ an dem jedes Schulkind eine Buchgabe erhält. Das faschistische Italien hat den 15. Mai zur festa del libro¹¹ gemacht. Dr. Kilpper denkt, was mir glücklich erscheint, daß bei uns in Deutschland der 10. November, Schillers Geburtstag, als ähnlicher Termin in Frage käme. Der Tag hat ja an sich einen Symbolgehalt, nicht bloß für die Dichtung, sondern für die deutsche Nationalgeschichte,¹² und er liegt insoweit glücklich, als die Deutschen ja gewöhnlich nur in den Wochen vor Weihnachten Bücher kaufen.

⁶ In seiner Reichstagsrede vom 26. 11. 1926 hatte Külz angekündigt, den Kampf gegen „Schmutz und Schund“ nicht nur prohibitiv, sondern auch positiv „durch Vermittlung guter Literatur und durch Förderung gesunden Schrifttums“ fördern zu wollen; RT-Bd. 391, S. 8209.

⁷ Vgl. Nr. 127.

⁸ Paraphrase auf Luthers Bibelübersetzung (Mk 2,19): „Maria aber behielt alle diese Worte und bewegte sie in ihrem Herzen“.

⁹ Von Mai bis Oktober 1928 fand in Köln die erste Internationale Presseausstellung „Pressa“ statt.

¹⁰ Die „Fiesta del Libro“ wurde seit 1926 am 7. Oktober, dem überlieferten Tag der Geburt von Cervantes, gefeiert. 1930 wurde sie auf den 23. April, den Todestag von Cervantes, verlegt.

¹¹ Die „Festa Nazionale del Libro“ fand seit 1927 statt.

¹² Friedrich Schiller war am 10. 11. 1759 geboren worden. Möglicherweise spielt Heuss hier auch auf den Geburtstag Martin Luthers (10. 11. 1483) und die „Novemberrevolution“ von 1918 an; damals war Wilhelm II. am 10. 11. 1918 ins Exil gegangen.

Da ich, wie ich Ihnen oben schon mitteilte, jetzt für längere Zeit verreise, möchte ich Sie bitten, Ihre Meinung und Stellungnahme vielleicht Herrn Direktor *Mörike*, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin W Linkstr. 16 mitzuteilen.¹³ Dr. Mörike hat sich an der Besprechung, die Herr Dr. Kilpper mit mir hatte, beteiligt und würde eventuell für Auskunft oder weitere Schritte in der Zeit meiner Abwesenheit zur Verfügung stehen. Ob und in welchem Tempo Versuche von den Schriftstellern selber, eine Kundgebung über die Not des deutschen Buches zu veranstalten, verfolgt werden, konnte ich im Augenblick nicht feststellen, da die paar Menschen, mit denen ich in solchen Fragen die vertrauliche Verbindung aufrechterhalten habe, auch von Berlin abwesend sind.

Mit den besten Grüßen
Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 129

An Elly Heuss-Knapp, Berlin-Friedenau

15. September 1928 (Poststempel); auf der Fahrt von Sofia nach Bukarest

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Erlebnisse und Bekanntschaften auf der Balkanfahrt des Bundes der Auslandsdeutschen

L[iebe] E[lli],

heute ist die längste Bahnfahrt – die Tage in Sofia hatten kühle Abende. Das ist wieder vorbei. In Sofia allerhand lehrreiche Gespräche u. ein Ausflug ins Gebirge, das aber nun mehr Schwarzwaldcharakter hatte als Balkan. Bei dem „D[eu]tschen Abend“ in Sofia lernte ich Eugen Rosenstock kennen, der mit Studenten hier ist – er hat mir gut gefallen.¹ Auch eine hier verheiratete Deutsche, Frau eines Arztes,

¹³ Bereits am 8. 8. 1928 hatte sich der Börsenverein der Deutschen Buchhändler mit dem Vorschlag der Einrichtung eines „Tags des deutschen Buchs“ an das Reichsministerium des Innern gewandt. Ende 1928 wurde zur weiteren Vorbereitung ein Arbeitsausschuss unter dem Vorsitz von Külz eingerichtet, an dessen Arbeiten sich Heuss nicht beteiligte. Der „Tag des deutschen Buches“ fand in Form einer öffentlichen Kundgebung erstmals am 21. 3. und 22. 3. 1929, dem Todestag Goethes, statt; Material und Presseberichte hierzu in: BArch, N 1042, 53f.

¹ Rosenstock-Huessy schrieb über das gleiche Treffen an seine Frau: „Gestern war Schlussfest bei der deutschen Kolonie, nachts bis 1/3! Die Jungen und ich ohne Alkohol. Weisst Du, wer dafür viel Bier trank und mit uns um die Wette Lieder brüllte – Dr. Theodor Heuss“; vgl. Four Wells, Norwich (Vermont), Eugen Rosenstock-Huessy Archiv (freundliche Mitteilung von Gottfried Hofmann von der Gesellschaft Eugen Rosenstock-Huessy).

meldete sich, die via Lena Bresslau² über Dich Bescheid wußte. In der deutschen Kolonie reichlich Gegensätze der Familien – aber ganz kluge Leute dabei. Smoking mitzunehmen war überflüssig – bei der Hochsommerzeit machen die Leute alles ganz zwanglos. – Du wirst jetzt wohl wieder in Berlin sein.³ Athen fällt vermutlich weg, weil der deutsche Verein jetzt nicht funktioniert – die Leute sind in die Berge. Ob nun etwas anderes eingeschoben wird (Italien), ist noch nicht bestimmt – die Entscheidung wird erst in Constantinopel fallen.

Schönen Gruß auch an Frau Minna,⁴

Theodor



Abb. 18: Theodor Heuss: Sofia, Kreidezeichnung, 12. 9. 1928

² Helene Schweitzer-Bresslau, Jugendfreundin von Heuss-Knapp.

³ Heuss-Knapp hatte im September einige Zeit in Badenweiler verbracht.

⁴ Haushälterin beim Ehepaar Heuss in Berlin.

Nr. 130

An Elly Heuss-Knapp, [Berlin-Friedenau]

24. September 1928; Venedig

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Bristol-Britannia Venezia“

Erinnerungen an eine Venedigreise im Jahre 1912

Liebe Elli,

das Wetter ist, nach dem einen Regentag, wieder strahlend geworden, so daß ich erst übermorgen hier wegfahren will und bis dahin unsystematisch hier herum-bummeln werde, um Erinnerungen von 1912 aufzufrischen. Unterkunft gut, für meinen Privatbedarf etwas zu elegant. Ich esse deshalb auswärts in kleinen Kneipen. Heute früh Huldigung vor Tintoretto in der Scuola del Rocco¹ – existieren eigentlich greifbar noch meine Venedigberichte von 1912?² Damals hatte ich, glaube ich, noch einen kunstgeschichtlichen Eifer. Wenn sie mühelos zu finden, will ich doch noch einmal nachlesen.

Es ist im übrigen von der unendlichen Fülle des Schönen und Anmutigen nichts im einzelnen zu berichten – die Aufnahme der Eindrücke diesen Morgen vollzog sich nicht ganz einfach, weil ich immer an Dich dachte, und zwar nicht an die freundwillige Mitgenießerin schöner Bilder, sondern an das schöne Bild selber. Hast Du die Liebkosung von Seele und Leib gespürt?

Ich freue mich heute auf dies Wiedersehen, Wiederhaben – vielleicht holst Du Dir ein paar der alten Verse heraus. Und wenn sie Dich gefangen haben, sagst Du mir die Antwort.

Spürst Du es, wie nahe ich bei Dir bin?

Dein

Theodor.

¹ In der „Scuola Grande di S. Rocco“ in Venedig waren zwei der bekanntesten Bilderzyklen von Jacopo Tintoretto zu sehen; vgl. R. PALLUCCHINI/P. ROSSI, Tintoretto, Nr. 332–356, 435–442.

² Heuss hatte im August und September 1912 ohne Familie eine dreiwöchige Reise durch Norditalien mit Stationen in Verona, Vicenza, Venedig, Padua, Ravenna, Bologna, Florenz, Parma und Mailand unternommen. Über seine Eindrücke in Venedig berichtete er seiner Frau in mehreren Briefen – von Heuss mitunter auch als „Berichte“ bezeichnet; vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 27. 8., 28./29. 8. und 31. 8./1. 9. 1912, in: FA Heuss, Basel.



Abb. 19: Theodor Heuss: Venedig, Kreidezeichnung, 25. 9. 1928

Nr. 131

An Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig

23. November 1928; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1215, 35a: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Durchsicht des Nachlasses von Friedrich Naumann

Lieber Freund,

ich habe am gestrigen Bußtag, was auch eine schöne Beschäftigung war, stundenlang Papierkörbe mit den Naumannpapieren angefüllt; seit ein paar Wochen ist ja Frau Naumann zu ihrer Tochter übergesiedelt, und ich habe in vier großen Kisten einen erschreckenden Haufen von Papier in die Wohnung bekommen. Bei dem Durchsehen und Wegwerfen kam eine Karte von Sabatier durch meine Hand, die ich nicht in den Papierkorb gab, sondern die ich an Sie weiterschicke. Ich weiß nicht, wie Ihre persönlichen Beziehungen zu Sabatier sind. Einen

Sammelbetrieb für Autogramme und ähnliches werden Sie ja nicht machen, aber vielleicht mache ich Ihnen doch eine kleine Freude.

Welche Schwierigkeiten ich mit dem Heranholen früherer Naumannscher Briefe habe, sagte ich Ihnen wohl schon. Göhre hat z. B. vor ein paar Jahren seine ganze Korrespondenz verbrannt.¹ Haben Sie sich eigentlich schon einmal, oder war es Barge, auf meinen Wunsch mit der Familie Sohm in Verbindung gesetzt? Ich habe hier ziemlich viele Sohmsche Briefe und rechne bestimmt damit, daß Naumann auch öfters an Sohm geschrieben hat. Die früheren Bemühungen sind, glaube ich, gar nicht weiter verfolgt worden. Können Sie vielleicht noch einmal aufgenommen werden?

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

*Anlage!*²

Nr. 132

An Otto Ernst Sutter, Frankfurt am Main

16. Februar 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M., S 4b/371: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“¹

Gedenkrede auf Carl Schurz in der Frankfurter Paulskirche

Lieber Sutter,

es war ein sehr netter Gedanke von Ihnen, daß Sie mich vorschlugen zu einer Gedenkrede auf Karl Schurz.² Da es sich um die Paulskirche handelt, habe ich keck und kühn gleich zugesagt, denn wenn der Bruder des Urgroßvaters selber auf dem Aßberg und in Rastatt saß, als Führer der Freischärler vom unteren Neckar,

¹ Dies hatte die Witwe Göhres Heuss auf Nachfrage mitgeteilt; Luise Göhre an Heuss, 5. 8. 1928, in: BArch, N 1221, 79.

² Liegt dem Schreiben nicht bei.

¹ Im Briefkopf Vermerk durch Empfänger: „Herrn <?> Reinert; Schurzfeier“.

² Die Gedenkrede zum 100. Geburtstag von Carl Schurz hielt Heuss am 2. 3. 1929; sie wurde nicht publiziert. Vgl. die Redenotizen, in: BArch, N 1221, 27. – Über 25 Jahre später urteilte Heuss, dass die Rede „nicht weiter bedeutend ist, sondern eben nur für eine dreiviertelstündige Feier Biographisches gab“; vgl. Heuss an Toni Stolper, 30. 11. 1955, in: TH. HEUSS, Tagebuchbriefe, S. 102.

dann nimmt man die Romantik einer Paulskirchenrede zu Ehren eines Achtundvierzigers ganz gern wahr.³

Nach der Zusage des Vortrages ergab sich aber eine Schwierigkeit, denn ich nahm zunächst an, die Feier sei am Samstag abend. Ich hatte für Freitag abend Gäste eingeladen. Es ist mir nun im Laufe des gestrigen Vormittages gelungen, die alle wieder auszuladen und umzuladen, so daß die Sache geht.

Nun beginnt der schwierigere Teil, nämlich das: in 14 Tagen sich wieder in Schurz hereinzuarbeiten, dessen Lebenserinnerungen⁴ ich ja von früher kenne. Die drei Bände müssen aber nun noch einmal gelesen werden, und ich will vor allem sehen, auch etwas amerikanische Geschichtsschreibung über ihn zu finden. Seine Studententeilnahme an 48⁵ hat ja sehr reizvolle Züge, aber ich möchte doch auch vor allem den Mann zeigen, der um die Jahrhundertwende als Greis den Kampf gegen die Plutokratisierung der republikanischen Partei führte, und ich möchte auch den interessanten Vorgang herausarbeiten, daß Schurz, obwohl Miterneuerer der republikanischen Partei, dem Demokraten Cleveland zum Sieg half,⁶ weil er ihn für den moralisch besseren Mann hielt als den Kandidaten der eigenen Partei. Da ich Amerika nicht kenne, werde ich nicht den koketten Versuch machen, mich als Spezialist der amerikanischen Parteigeschichte aufzuführen. Der Nachdruck der Rede wird ja in der psychologischen Deutung von Schurz, im Zeichnen des geschichtlichen Hintergrundes und seiner bedeutenden Rolle liegen; aber ich möchte nicht bloß allgemeine Sprüche machen müssen, sondern auch einiges Konkretes sagen dürfen.

Unter den Leuten, die ich an dem Freitag auslud, befand sich auch Stolper, mit dem ich ja seit über 10 Jahren <nahe> befreundet bin; der protestierte, daß ich zugesagt hätte, ohne eine höhere Honorarforderung zu stellen. Ich verdürbe den Markt derer, die gut reden können. Ihm hatte Frankfurt neben den Reisekosten zu einer weniger repräsentativen Aufgabe, die weniger Vorbereitung verlangt hätte, vor ein paar Jahren Rm. 500,-- gegeben. (Stolper will mich seit Jahren geschäftstüchtig machen.) Er behauptet, daß Sie dafür Verständnis hätten. Nun habe ich bei meiner Zusage nicht das Honorarangebot ausschlaggebend sein lassen, sondern Ort und Aufgabe haben mich gelockt. Aber, da ich auf der einen Seite gegenwärtig ja darauf bedacht sein muß, meine freien Einnahmen zu erhöhen,

³ Georg Friedrich Heuss, Bruder des Urgroßvaters von Heuss, hatte sich als Vorstand des örtlichen Volksvereins und als Kommandant bzw. Hauptmann der Bürgerwehr an den revolutionären Ereignissen von 1848/49 in Haßmersheim beteiligt; vgl. H. RAAB, *Revolutionäre*, S. 388.

⁴ CARL SCHURZ: *Lebenserinnerungen*. 3 Bde., Berlin 1906–1912.

⁵ Schurz hatte sich 1848 als Bonner Student der demokratischen Bewegung angeschlossen und 1849 als Leutnant der Revolutionsarmee am pfälzisch-badischen Aufstand teilgenommen.

⁶ Bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1884 gegen den Republikaner James G. Blaine.

auf der anderen⁷ Seite die Vorbereitung für Schurz mich zwingen wird, ein paar andere dringende Arbeiten auf die Seite zu schieben, würde ich Ihnen schon dankbar sein, wenn Sie die Frage des Honorars vielleicht noch einmal bei der entscheidenden Stelle in dem Sinn zur Besprechung bringen könnten, daß Rm. 350,-- bis 400,-- als Nettoeinnahme bleiben.

Mit dankbarem Gruß
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 133

An Anton Erkelenz, Berlin-Zehlendorf
26. März 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1072, 129: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Unterschiedliche Vorstellungen über die Arbeit an der Parteibasis

Lieber Erkelenz,

als ich in der Vorstandssitzung bei Kochs Bemerkungen, daß Sie Ihre Aufgabe als Vorsitzender des Parteivorstandes nicht in der Außenarbeit auf den Parteitag gesehen hätten, die Bemerkung „sehr richtig“ machte, tat ich es deshalb, weil ich selber durch den Schlußantrag keine Aussicht mehr hatte, meine Meinung zu der Sache zu sagen.¹ Ich wollte bemerken, daß Ihre programmatischen Ausführungen über die zentralistische oder über die, wenn Sie so wollen, föderalistische Gestaltung der Partei² nach meiner Meinung grundsätzlich falsch seien, insoweit, als es ganz gewiß Wahlbezirke gibt, die ein Hereinregieren der Berliner Zentrale³ unangenehm empfinden können; nämlich solche Bezirke, die mit einem politischen Eigenleben erfüllt sind. Daß aber andere, und das dürfte nach meinen Erfahrungen die Mehrzahl sein, sehr dankbar sind, wenn sie rednerisch und vor

⁷ Von hier bis zum Ende des nächsten Absatzes linke Randanstreichung durch Empfänger; dazu Vermerk: „[Paraphe nicht auflösbar] genehmigt 500,--“.

¹ Die Vorstandssitzung der DDP vom 23. 3. 1929 wurde von der Rivalität zwischen Koch-Weser und Erkelenz um das Amt des Vorsitzenden des Vorstands geprägt. Erkelenz hatte Koch-Weser beschuldigt, innerhalb der DDP eine Diktatur errichten zu wollen, während Koch-Weser Erkelenz aufgrund von dessen Erkrankung für nicht ausreichend belastbar hielt; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 485–494. – Zudem vertraten Erkelenz und Koch-Weser unterschiedliche Lager innerhalb der DDP; vgl. Nr. 83, Anm. 8.

² Erkelenz hatte argumentiert, der Hauptunterschied zwischen ihm und Koch-Weser liege darin, dass er für die Selbständigkeit der Wahlkreisorganisationen eintrete, während Koch-Weser die Zentralisation der Partei in Berlin befürworte; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 488.

³ Hs. korrigiert von Heuss aus „Wahlbezirke“ in „Zentrale“.

allem auch für die Parteikonferenzen draußen von Berlin her dauernd alimentiert werden. Da ich selber in der Zeit meiner parlamentarischen Tätigkeit eine ganze Anzahl von provinziellen Parteitagen besucht habe, von Aachen bis Neiß, ohne ein eigentliches Vorstandsmandat, so habe ich auf diesem Gebiet Erfahrungen.

Als ich den Zwischenruf machte, stand mir sehr deutlich eine Unterhaltung mit Ihnen vor Augen, die ich in meiner Rede auch zitiert hätte; nämlich, daß Sie mich freundschaftlich ironisierten, daß *mir* es offenbar Freude mache, im Land herumzureisen und zu reden, während es für Sie immer eine gräßliche Überwindung sei. Ich sagte Ihnen damals, daß für mich allerdings das Reden als solches eine Beschäftigung sei, der ich mich nicht entziehe, daß ich auf solche Reden zwar nicht scharf bin, daß aber bei der Bereitwilligkeit der Mehrzahl, diese Reden nicht zu übernehmen, unsereins sich zur Verfügung halten müsse. Ich empfing dafür Ihren wohlwollenden, ironisierenden Glückwunsch. Diese Unterhaltung liegt gewiß 3 – 4 Jahre zurück. Sie hat in der Wandelhalle des Reichstages stattgefunden und ist für mich aufschlußreich gewesen in der Erkenntnis, daß für Sie das Organisationsproblem sich wesentlich in guten Statuten und in der literarischen Anregung abspielt, das Problem der suggestiven Beeinflussung der provinziellen Mitgliedschaften in Rede und Gegenrede aus einer gewissen Scheu zurücktrat.

Wenn Sie nicht damals eben diesen Gegensatz des Gern-Redners und des Ungern-Redners, an mir und Ihnen demonstrierend, so deutlich confrontiert hätten, wäre mir diese Unterhaltung gar nicht mehr so deutlich in Erinnerung geblieben und psychologisch nicht so aufschlußreich geworden.

Ich bin natürlich nach Ostern ganz gern zu einer Unterhaltung über diese Dinge bereit. Ich weiß aber nicht, ob es ratsam ist, den Kampf der Statistik aufzuführen.⁴

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

⁴ In seinem Brief an Heuss vom 25. 3. 1929 hatte Erkelenz angeführt, er könne den Vorwurf, dass er sich den rednerischen Verpflichtungen im Lande entzogen habe „zahlenmäßig“ widerlegen; BArch, N 1072, 51. Nach Erhalt des Briefes von Heuss zeigte sich Erkelenz erschrocken über die Schlüsse, die Heuss aus einzelnen gelegentlichen Bemerkungen ziehe. Er, Erkelenz, habe „in früheren Jahren leidenschaftlich gern geredet“ und käme jetzt lediglich aufgrund seiner zahlreichen Verpflichtungen nicht mehr im gewünschten Maße hierzu. Trotzdem habe er 1926 noch 51 und 1927 noch 38 Reden gehalten. „Wenn ich auf diese Richtigstellung einen gewissen Wert lege, so geschieht dies deshalb, weil ich gefunden habe, daß mit diesen und ähnlichen Argumenten gegen mich gearbeitet wird.“ Erkelenz an Heuss, 28. 3. 1929, in: BArch, N 1221, 56.

Nr. 134

An Dr. Gustav Stresemann, Berlin

26. April 1929; Berlin W 35, Potsdamer Straße 41

PAAA, NL Stresemann, 79: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Reichszentrale für Heimatdienst. Zentralleitung“

Beitrag von Gustav Stresemann für das Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag

Verehrter Herr Minister!

In der Anlage überreiche ich Ihnen den Korrekturabzug Ihres Beitrages.¹ Ich habe mir die Freiheit genommen, ihm den Titel „Der deutsche Weg“ zu geben ohne vorher bei Ihnen anzufragen; wollen Sie ihn bitte je nachdem ändern. Ihrer Bitte, auf den Ursprung des Beitrages hinzuweisen,² habe ich in einer Bemerkung zu entsprechen versucht, die ich an den Schluß des Aufsatzes setzte, da ich ein konsequenter Feind von Fußnoten bin. Die Herren in der Reichszentrale für Heimatdienst würden jedoch eine andere Lösung lieber sehen, die dem Beitrag weniger sichtbar den Charakter einer Originalarbeit raubt. Ich habe deshalb an einer mir passend erscheinenden Stelle (Fahne 1) eine Einschaltung gemacht, die vielleicht Ihren Wünschen genügt. Haben Sie bitte die Freundlichkeit so oder so zu entscheiden.³

Mit freundlichem Gruß

Ihr sehr ergebener

Theodor Heuss

¹ Im Auftrag der Reichszentrale für Heimatdienst stellte Heuss 1929 ein Gedenkbuch zum 10jährigen Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung zusammen; einer der Autoren war Stresemann; GUSTAV STRESEMANN: Der deutsche Weg, in: DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929, S. 155–161; der Korrekturabzug des Beitrags liegt dem Brief von Heuss bei.

² Stresemann an Heuss, 12. 4. 1929, in: BArch, N 1221, 100. Der Beitrag war ein Auszug aus der Dankesrede, die Stresemann am 29. 6. 1927 in Oslo aus Anlass der Verleihung des Nobelpreises gehalten hatte.

³ In seinem Antwortbrief vom 30. 4. 1929 bat Stresemann, den Hinweis auf den Ursprung der Rede im Text selbst unterzubringen; PAAA, NL Stresemann, 79.

Nr. 135

An Elly Heuss-Knapp, Badenweiler

26. April 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Schulprüfungen von Ernst Ludwig Heuss; Rede in der Schöneberger Bezirksversammlung; Beitrag für das Sammelwerk „Zehn Jahre Versailles“

Liebe Elly,

gestern ist das Geld von der Reichszentrale für Heimatdienst für Dich gekommen, ergänzt um eine Reihe von Blancoschecks, sende ich Dir den Betrag. Du kannst mit Maß und Lust Geld unter das biedere Schwarzwaldvolk bringen. Ich nehme an, daß der Bub Dich auch mit Karten informiert hat.¹ Ich habe ihm von hier jeden Tag geschrieben, um durch diese „Fernbehandlung“ ihn munter zu halten.² Seine heutige Karte machte mir den Eindruck, daß er das Examen³ ordentlich geschmissen hat; denn wenn er im Aufsatz so viel besser abgeschnitten hat wie seine beiden Kameraden, dann wird das eventuelle Mängel in den Naturwissenschaften und Mathematik doch sicher ausgleichen. Wenn er sich auch über den englischen Aufsatz nicht weiter verbreitet, nehme ich doch an, daß die 5 Wochen des vergangenen Jahres fruchtbar werden.⁴

Von hier ist nicht viel zu berichten. Am Mittwoch habe ich in der Bezirksversammlung nach längerer Zeit einmal wieder politisch geredet. Die Sozialdemokraten hatten einen großen Vorstoß gegen den Jugendpfleger Eitze gemacht. Ich habe sie dann so elegant und witzig demoliert, daß ihrem Fraktionsredner bei seiner Schlußentgegnung (Lotti⁵ erlaubt mir das zu schreiben!) die Spucke wegblieb.⁶ Es hat mir eigentlich Spaß gemacht, in diesem Ersatzparlamentchen wieder einmal zu fechten. Gestern hörte ich in der österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft ein paar ausgezeichnete Vorträge, vor allem agrarischer Natur;⁷

¹ Ernst Ludwig Heuss an Heuss-Knapp, 23. 4., 24. 4., 25. 4. 1929 bzw. Ernst Ludwig Heuss an Heuss, 23. 4., 24. 4., 25. 4. 1929, in: FA Heuss, Basel. In seinen Postkarten und Briefen berichtete Ernst Ludwig Heuss über seine Prüfungen im Landschulheim Holzminden.

² Entsprechende Schreiben ließen sich nicht ermitteln.

³ Ernst Ludwig Heuss musste im April 1929 eine gesonderte Prüfung absolvieren, da seine Vertretung in die Oberprima gefährdet war.

⁴ Ernst Ludwig Heuss hatte den August 1928 in England verbracht; vgl. den Briefwechsel zwischen ihm und seinen Eltern, in: FA Heuss, Basel.

⁵ Charlotte Kaempffer, Sekretärin von Theodor Heuss.

⁶ Gemeint ist die Schöneberger Bezirksversammlung; zu dem Vorgang ließ sich weder im „Berliner Lokal-Anzeiger“ noch im „Berliner Tageblatt“ oder in der „Vossischen Zeitung“ Näheres ermitteln.

⁷ Zur Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft vgl. Nr. 102, Anm. 2; zu den auf der Jahresversammlung ihres Landwirtschaftlichen Fachausschusses Berlin gehaltenen Referaten vgl. AGRARFRAGEN, S. 16–30.

dann kneipte ich mit dem deutschnationalen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Bäcker bis tief in die Nacht, um mir Konfidenzen über den Kampf um Hugenberg machen zu lassen.⁸ Ich habe ihm dann auch mit einigen Auskünften von der anderen Seite gedient.

Gestern nachmittag hatten wir ein regelrechtes Hagelwetter, heute weiß man noch nicht recht, was werden will. Hoffentlich hast Du eine ordentliche Reise gehabt und eine im ganzen annehmbare Gesellschaft angetroffen.

An Mück diktierte ich eben einen großen Brief,⁹ in dem u. a. drinsteht, daß ich meine geplante Reise nach Württemberg auf die Tage vor Pfingsten verschiebe. Ich rede am Mittwoch, den 15., in Potsdam vor den Polizeioffizieren.¹⁰ Ich habe gesagt, Du wollest ihm nahe legen, in den Pfingstfeiertagen mit Marie und mir nach Badenweiler zu kommen, um ein paar Tage, ähnlich wie letzte Ostern, gemeinsam zu verbringen. Du darfst also nicht vergessen, in den nächsten Tagen diesen Vorschlag ihm zu machen.

Ich habe mich zur Verschiebung der geplanten Reise auch deshalb entschlossen, weil ich bis zum 15. Mai für ein Sammelwerk „Zehn Jahre Versailles“ 16 Seiten über das Schicksal der Auslandsdeutschen schreiben soll.¹¹ Ich habe zugesagt, weil ich ja in der Materie noch einigermaßen drinstecke und weil die Leute mich nicht nach dem Muster Stählin honorieren, sondern mit dem zehnfachen Betrag, d. h. Rm. 500,--, wodurch sich der Großteil der Zahnarztrechnung erledigt.

Mit herzlichen Grüßen

Theodor

[PS]¹² Hast Du gemerkt, daß in Schickeles Roman die eine Figur Maxime Simone oder wie er heißt Aristide Briand darstellt?¹³

⁸ Ausgelöst durch die Wahlniederlage im Mai 1928 hatte Alfred Hugenberg gegen starke parteiinterne Widerstände am 20. 10. 1928 das Amt des Parteivorsitzenden der DNVP übernommen, das er in der Folgezeit mit diktatorischen Befugnissen auszustatten versuchte. Am 9. 4. 1929 war im Parteivorstand der DNVP ein Antrag gescheitert, der dem Parteivorsitzenden Hugenberg das alleinige Recht zusprechen sollte, Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten über eine mögliche Regierungsbeteiligung der DNVP zu führen; vgl. R. QUAATZ, Die Deutschnationalen, S. 70.

⁹ Ließ sich nicht ermitteln.

¹⁰ Am 15. 5. 1929 sprach Heuss in der Polizeischule Eiche bei Potsdam zum Thema „Wesen und Krise des Parlamentarismus“; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. – Redennotizen hierzu, ebd., 27.

¹¹ Von unbekannter Hand unterstrichen: „Zehn Jahre Versailles“; THEODOR HEUSS: Das Schicksal der Auslandsdeutschen, in: HEINRICH SCHNEE / HANS DRAEGER (Hg.): Zehn Jahre Versailles. Bd. 2: Die politischen Folgen des Versailler Vertrages, Berlin 1929, S. 25–46.

¹² Hs. hinzugefügt.

¹³ RENÉ SCHICKELE: Blick auf die Vogesen, München 1927; in dem Roman tritt ein Ministerpräsident Maxime-Simon auf. Elly Heuss-Knapp hatte Schickele bei ihren Kuraufenthalten in Badenweiler kennengelernt.

Nr. 136

An Prof. Dr. Gustav Radbruch, Heidelberg
30. April 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 395: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
*Redaktionelle Eingriffe in den Beitrag Gustav Radbruchs für das Gedenkbuch
der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag*

Verehrter Herr Professor,

vor einigen Tagen schrieb ich Ihnen in einem Brief mein persönliches Bedauern, daß der Abdruck Ihres Manuskriptes [in] dem geplanten Buch von den Herren, die die politische Verantwortung zu übernehmen haben, bei der Zweckbestimmung dieses Buches nicht für opportun gehalten wird.¹ Gestern wurde mir nun bei einem Besuch in der Reichszentrale für Heimatdienst ein Brief gezeigt, den Sie an Herrn Ministerialrat Dr. Strahl geschrieben haben,² und dieser Brief veranlaßt mich, noch einmal ein paar Zeilen an Sie zu schreiben. Ich muß gestehen, daß ich höchlichst erstaunt war, daß ich nun in Ihrer Vorstellung der Mann bin, der in dieser Sache, wenn ich so sagen darf, schuldhaft vorgegangen ist. Wie lag und wie liegt denn der Fall? Ich hatte Sie für den Beitrag in Vorschlag gebracht, wesentlich in Erinnerung an Ihre Verfassungsrede vom letzten August.³ Würde es sich um ein Buch gehandelt haben, das ich mit meinem Namen herauszugeben unternommen hätte, dann hätten mich inhaltlich verschiedene Auffassungen oder gar stilistische Überlegungen gar nicht weiter beschwert. Der Einspruch gegen Ihr Manuskript erfolgte von den Beamten; er richtete sich gegen die konkrete Behandlung einiger Sachprobleme und die parteimäßig pointierte Schärfe an verschiedenen Punkten des Manuskripts.⁴ Man glaubte, zum einen, daß davon die

¹ Heuss an Radbruch, 27. 4. 1929, in BArch, N 1221, 395; Radbruch hatte für das Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag ein Manuskript über die Weimarer Reichsverfassung mit dem Titel „Lebendige Verfassung“ eingereicht.

² Radbruch an Strahl, 24. 4. 1929, in: BArch, N 1221, 395. Radbruch hatte sich darin über die redaktionellen Eingriffe von Heuss beschwert, der es für gut befunden habe, „prägnante Wendungen zu banalisieren, auch ganze Textstücke selbst einzufügen mit der Zumutung, daß ich sie mir so zu eigen machen sollte. [...] Ein Schriftsteller, der etwas auf sich hält, kann sich derartiges unmöglich gefallen lassen.“ Er, Radbruch, ziehe deshalb seinen Beitrag zurück.

³ GUSTAV RADBRUCH: Verfassungsrede, gehalten bei der Feier der Reichsregierung am 11. August 1928, Berlin 1928.

⁴ Vgl. bereits Heuss an Radbruch, 20. 3. 1929, in: BArch, N 1221, 395; danach hatte die Reichszentrale für Heimatdienst insbesondere Anstoß an der scharfen „Pointierung der Frage des Einheitsstaates“ und an der zugespitzten „Herausarbeitung des Gegensatzes von Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold“ genommen. Diesen Bedenken habe sich Heuss angeschlossen, damit „nicht durch ein paar Wendungen die Verbreitung des Buches gefährdet werde, wie man hier auf Grund von Erfahrungen glaubt befürchten zu müssen.“ Als private Äußerung vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 1. 5. 1929, in: FA Heuss, Basel: „Mit dem Verfassungsbuch habe ich noch einigen

Einführung des Buches bei verschiedenen einzelstaatlichen Schulverwaltungen gefährdet würde, und zum anderen, daß die Tonlage nicht durchaus dem Charakter eines als Schulprämie gedachten Werkes entspräche. Ich hätte Ihnen ja das Manuskript daraufhin zusenden können; eben dies aber wollte ich nicht, weil mir selber der gedankliche Ductus der Arbeit und ihre systematische Anlage durchaus gefiel. In der loyalsten Absicht bemühte ich mich, erstens im Ausdruck an einigen Stellen jene Tonlage zu finden, die nach manchen vorangegangenen Besprechungen hier dem Zwecke des Buches angemessen erscheinen mußte, und zugleich machte ich einige Streichungen mit dem Wissen,⁵ was sonst in dem Buch enthalten ist. Die Raumenge mußte dazu zwingen, Wiederholungen und Parallelen, wo es ging, zu vermeiden. Ich habe solche redaktionelle Durchsicht von Manuskripten als Redakteur von Tageszeitungen und Zeitschriften schon viele dutzende Male in meinem Leben gemacht und wage die Behauptung, daß die Mehrzahl der Autoren mit dieser redaktionellen Hilfsleistung einverstanden war. Was ich wollte, war doch nur, Sie selber entlasten. Die Entscheidung, ob Sie mit dem Ergebnis einverstanden waren, sollte Ihnen ja nicht genommen werden. Das Verfahren eines Briefwechsels hätte die Auseinandersetzung vermutlich in vielen Dingen nicht gefördert, wenn nicht um einzelne Sätze eine Korrespondenz geführt worden wäre. Ich selber aber stand auch unter dem Druck, daß die redaktionelle Zurichtung des Buches vom Verlag zeitlich limitiert war.

Sie haben offenbar die Vorstellung, daß ich die Arbeit aus einer Art von Vergnügen gemacht hätte. Sie ist *mit aller Sorgfalt und Verantwortung* angefaßt worden und ich bestreite aufs Entschiedenste, daß Ihre Gedanken an den Stellen, wo ich breitere Ausführungen zusammengezogen habe, nicht mehr wiederzuerkennen waren. Ich bin schließlich auch kein Analphabet. Daß Sie der Meinung sind, ich hätte die „Prägnanz“ Ihres Stiles „banalisiert“, muß ich Ihnen ja lassen: über prägnanten und banalen Stil zu streiten, wird vermutlich aussichtslos sein. Wenn ich Ihnen „zumute“, Verbindungssätze von mir sich zu eigen zu machen,⁶ so kann ich auch das nicht als eine „erschreckliche“ oder beleidigende Haltung von mir ansehen. Es handelte sich um Vorschläge, die ich *optima fide*⁷ gemacht habe und Ihnen mit der Korrektur zur Genehmigung oder Ablehnung vorlegte. Wenn mir daran gelegen wäre, könnte ich die Genugtuung aussprechen, daß an einigen Stellen Ihres revidierten Manuskriptes Sie meine „Banalisierungen“

Ärger, da nicht bloß Radbruch, sondern auch Severing seinem Aufsatz einen viel zu parteimäßigen Charakter gegeben hat.“ Vgl. dazu CARL SEVERING: Arbeiterschaft und Staat, in: DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929, S. 162–166.

⁵ In der Vorlage: „mit unter dem Wissen“.

⁶ Vgl. Anm. 2.

⁷ Lateinisch für „in bestem Glauben“.

ungeändert stehen ließen. Aber an diesem „Streit um Worte“ kann mir wirklich nichts gelegen sein. Ich muß mich nur dagegen verwahren, daß Sie die Absicht meiner Arbeit und die mühevollte Technik, die ihr gewidmet war, in einem völlig falschen Lichte sehen. *Ich wollte Ihnen und der Sache dienlich sein* und sehe nun, daß eine offenbar mangelhafte Menschenkenntnis meinerseits auf eine beleidigte Verstimtheit gestoßen ist. Das kann ich menschlich nur bedauern.

Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 137

An Prof. Georg Bernhard, Berlin

5. Juni 1929; Berlin[-Friedenau, Fregestraße 80]

BArch, N 1221, 54: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. gez.; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“
Auseinandersetzung über die Kritik Georg Bernhards an der Verhandlungsführung von Albert Vögler auf der Pariser Reparationskonferenz

Lieber Bernhard!

Die freundschaftliche Aufnahme, die mein Brief trotz seines polemischen Inhalts bei Ihnen gefunden hat,¹ hat mich um deswillen gefreut, weil mir natürlich mit daran liegt, die sachliche Aussprachemöglichkeit lebendig zu erhalten. Daß Koch meinen Brief an Sie weitergab, lag eigentlich nicht in meinen Intentionen, als ich ihm schrieb.² Ich wollte ihm auch nicht nahelegen, Ihnen etwa eine andere Auffassung oder ein anderes Temperament aufzuzwingen, denn das wäre von vornherein ein hoffnungsloses Unternehmen gewesen. Aber ich schrieb ihm aus der Befürchtung heraus, daß meine Auffassung wohl auch von anderen Mitgliedern der Partei und auch der Fraktion geteilt würde und daß es dann seine Aufgabe sein müßte, in den außenpolitischen Dingen, bei deren höchst prekärem Charakter für die nächste Zeit die Synthese einer einheitlichen Haltung der Partei zu versuchen.

¹ Heuss an Bernhard, 31. 5. 1929, bzw. Bernhard an Heuss, 3. 6. 1929, in: BArch, N 1221, 54.

² Ein Brief von Heuss an Koch-Weser ließ sich in diesem Zusammenhang nicht ermitteln. – Hintergrund des ersten Briefes von Heuss an Bernhard war ein Zeitungsartikel von Bernhard, in dem er schwerindustriellen Kreisen unterstellte, Albert Vögler zum Verlassen der deutschen Delegation gedrängt zu haben, um dadurch den Youngplan zu verhindern und die deutsche Regierung zu stürzen. Ihr Ziel sei eine politische Diktatur, die sie mit dem Schlagwort von der „Versklavung“ Deutschlands im Falle einer Annahme des Youngplans und der Torpedierung eines jeden innen- und außenpolitischen Erfolges der Weimarer Republik herbeizuführen suchten; vgl. GEORG BERNHARD: Die Torpedisten, in: VZ, Nr. 125, 26. 5. 1929.

Hemmungslos?³ Die philologische und psychologische Interpretation wird einer gelegentlichen persönlichen Unterhaltung vorbehalten. Ich gebe zu, daß „besessen“⁴ eine interessantere Formulierung ist, und schließlich sollte ja jeder von uns von irgendeinem Ziel „besessen“ sein. Aber daß Ihr Temperament mit Ihnen oft durchgeht und daß Sie selber Freude an diesem Durchgehen haben, das werden Sie mir nicht ausreden. Ich finde das ja auch ganz sympathisch, und wenn die üblichen Vergleiche zwischen Theodor Wolff und Ihnen an die Reihe kommen, pointiere ich seit einem Jahrzehnt rückhaltlos für Sie, gleichgiltig, wer von Ihnen beiden mich im Augenblick mehr geärgert hat, eben weil Sie Temperament und Willen besitzen.

Aber nun ein paar Bemerkungen noch zu der konkreten Tatfrage. Ich kann von mir aus nicht den Anspruch erheben, von Ihnen für die vorhandenen Fragen als besonders sachverständig angesehen zu werden. Doch habe auch ich mir einige Meinungen darüber gemacht und bin niemals mit Ihrer These einverstanden gewesen, daß auf die Kommerzialisierung gedrängt werden solle und die Schuld Ihres politischen Charakters entkleidet werden solle.⁵ Dabei war mir immer klar, daß eine Teilkommerzialisierung von uns um des deutsch-französischen Verhältnisses willen und nach Maßgabe der internationalen Finanzlage nicht bloß zugestanden, sondern von vornherein mit erörtert werden müsse. Da aber Politik eine Angelegenheit dauernd wechselnder Kräfte ist, schien es mir immer richtig, [einen] Teil der aktuellen deutschen Verpflichtung in dem Charakter der politischen Schuld zu belassen, um nicht die Manövrierfähigkeit bei wechselnden Weltkombinationen dadurch verloren zu haben, daß die gesamte deutsche Schuld sich in Privatverbindlichkeiten verwandelt hat.

³ In seinem Brief (wie Anm. 1) hatte Heuss Bernhard nicht vorgeworfen, hemmungslos zu sein, sondern „immun gegen Lob und Tadel“ und nicht frei von „publizistischen Ressentiments“. Der Vorwurf der „Hemmungslosigkeit“ fiel vermutlich in dem Brief von Heuss an Koch-Weser; vgl. Anm. 2.

⁴ Bernhard hatte auf die Kritik von Heuss geantwortet (wie Anm. 1), seine Artikel seien weniger von Hemmungslosigkeit geprägt als „Ausdruck einer gewissen Besessenheit“.

⁵ Am 16. 9. 1928 hatten die Regierungen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans die Einsetzung eines Ausschusses von unabhängigen Finanzsachverständigen beschlossen, die Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems ausarbeiten sollten. Der Ausschuss nahm am 11. 2. 1929 in Paris seine Tätigkeit auf und erarbeitete bis zum 7. 6. 1929 einen Sachverständigenplan, der in der Öffentlichkeit nach dem Vorsitzenden Owen D. Young als Youngplan bezeichnet wurde. Die Arbeit des Ausschusses stand unter der Devise, „Vorsorge für die Umwandlung der Reparationsschuld aus einer politischen in eine kommerzielle Verpflichtung“ zu treffen; Sachverständigenplan vom 7. 6. 1929, in: RGBl. 1930 II, S. 395–537, hier S. 408. – Unter Kommerzialisierung und Mobilisierung wurde die Umwandlung einer Schuld in eine Anleihe verstanden, die anschließend in Bonds gestückelt auf dem Kapitalmarkt platziert werden sollte; vgl. PH. HEYDE, Ende, S. 35, Anm. 2.

Auf der anderen Seite glaube ich in der Frage der Dauer der deutschen Verpflichtungen mit Ihnen parallel zu gehen.⁶ Ich habe es immer bedauert, daß hier die deutsche Öffentlichkeit so schlecht instrumentiert war, und habe in diesem Punkt auch die ursprüngliche Haltung von Schacht in Paris⁷ für falsch gehalten. Denn ich habe selber in zahllosen Reden während der letzten Jahre, bei denen ich von diesen Fragen sprach (und ich habe vor einem Jahr in jeder Wahlrede davon gesprochen, und seitdem oft genug), immer auseinandergesetzt, daß es dumm und sentimental sei, immer davon zu reden, daß wir unsere Enkel nicht „versklaven“ dürfen.⁸ Die meisten Leute haben das auch begriffen, wenn man darstellte, daß die Generation von Krieg und Inflation nicht bloß eine seelische, sondern auch eine sachliche Entlastung brauche, und daß der Wille zum geschäftlichen Unternehmen die sichtbare Chance eines Erfolgs in neuer Kapitalbildung brauche. Die Grundüberlegung für meine Haltung war dabei rein wirtschaftlich: Daß bei wachsendem Wirtschaftsvolumen eine Milliarde im Jahre 1970 etwas anderes ist und etwas vermutlich wesentlich Kleineres als im Jahr 1930.

Sie werden daraus sehen, daß ich die Motivierung Vöglers für seinen Rücktritt sachlich für falsch halte.⁹ Ich habe damals im Witz gesagt, offenbar hätte ich meine Reden über diese Dinge nicht in Calw und Nagold und Veihingen¹⁰ halten sollen, sondern im Reichsverband der Industrie.¹¹ Wenn ich bei dieser Sachlage mich aber dann doch so sehr über Ihren Aufsatz¹² geärgert habe, daß ich Koch

⁶ Der Youngplan sah vom 1. 9. 1929 bis zum 31. 3. 1966 37 Annuitäten im Durchschnittswert von 1988,8 Millionen Reichsmark vor. Vom Rechnungsjahr 1966/67 bis zum Rechnungsjahr 1987/88 waren weitere Zahlungen unter besonderen Bestimmungen vorgesehen; vgl. RGBl. 1930 II, S. 432–437.

⁷ Schacht und Vögler waren die beiden deutschen Hauptdelegierten bei den Pariser Sachverständigenverhandlungen. Zu Beginn der Verhandlungen hatte Schacht gefordert, die Dauer der von Deutschland zu leistenden Zahlungen auf maximal 30 Jahre zu begrenzen; vgl. ENTSTEHUNG DES YOUNGPLANS, S. 179, Anm. 4 und S. 187.

⁸ Anspielung auf das von den Rechtsparteien unter dem Titel „Entwurf eines Gesetzes gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ betriebene Volksbegehren gegen den Youngplan; vgl. auch Nr. 138.

⁹ Vögler war am 22. 5. 1929 als Sachverständiger zurückgetreten. In einem Gespräch mit Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding hatte er die Höhe der Reparationslasten, die Deutschland seiner Meinung nach nicht aus eigener Kraft bezahlen könne, als Grund angeführt; vgl. AdR Müller II, Bd. 1, S. 673.

¹⁰ Anfang Januar hatte Heuss in Calw (7. 1.), Nagold (8. 1.) und Vaihingen an der Enz (9. 1. 1929) über die politische Lage gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹¹ Der 1919 gegründete Reichsverband der Deutschen Industrie war der Spitzenverband der industriellen Unternehmer Deutschlands. Unter dem Einfluss von Fritz Thyssen verhielt sich der Reichsverband im Frühjahr 1929 scharf ablehnend gegenüber den Pariser Verhandlungen und forderte Vögler zum sofortigen Rücktritt auf. Nach dem Bekanntwerden des Sachverständigenplans enthielt er sich jedoch einer eindeutigen Stellungnahme; vgl. AdR Müller II, Bd. 1, S. 661; J.-O. SPILLER, Reformismus, S. 597f.

¹² Vgl. Anm. 2.

und Ihnen schrieb, dann aus einer sachlichen und einer persönlichen Überlegung. Sachlich: Es schien mir höchst unerwünscht, in diesem Augenblick die Pariser Delegation und ihre Gegenspieler einer innerdeutschen Auseinandersetzung entgegenzustellen, die zu nichts nütze sein konnte. Glauben Sie wirklich, daß mit Vöglers Ausscheiden bei den Gegenspielern der Eindruck entstand, daß von der Delegation ein Druck genommen sei? Glauben Sie, daß für die innerdeutsche Verabschiedung Vöglers Ausscheiden erleichternd gewirkt hat?¹³ Nach meiner Meinung hat es Stresemanns Stellung in seiner Fraktion erschwert. Wenn in meinem Brief an Koch offenbar das Wort „Fassadehalten“ vorkommt, so bedeutet das nicht, Fassadenpolitik machen, von der ich auch nichts halte, sondern eine Haltung bewahren, die dem Gegenspieler die Notwendigkeit aufzwingt, sich den Reim zu dem Vorgang zu suchen. So hätte nach meiner Meinung aus dem unerwünschten Vorgang vielleicht noch eine taktische Besserung der Situation gerettet werden können. Aber eigentlich war es das Persönliche, was mich veranlaßte. Ich schrieb Ihnen schon, daß ich Herrn Vögler nicht kenne. Aber wie ich Ihnen schon sagte, empfand ich es ganz peinlich gerade für Sie selber, daß Vögler, den immerhin die gegenwärtige Regierung berufen hat, schließlich als der folgsame Angestellte eines Finanzkonzerns bei Ihnen erscheint.¹⁴ Damit ist implizit exemplifiziert, daß jemand in einer geschäftlich abhängigen Stellung freier Entschließungen mehr oder weniger beraubt sei. Sie schreiben in Ihrem Brief: „Ich möchte mal sehen, was die öffentliche Meinung sagen würde, wenn ich mich in ähnlicher Weise verhalten würde“. Sie meinen, die öffentliche Meinung würde dann über Sie herfallen. Ich würde in diesem Fall der öffentlichen Meinung entgegentreten und würde sagen: „Georg Bernhard spricht hier nicht als Funktionär des Ullstein-Hauses, sondern als ein selbstverantwortlicher Mann, der Anspruch darauf hat, als solcher gewertet zu werden“. Nichts anderes als eine ähnliche Haltung ist es, die ich in der Abtönung von Ihnen gegenüber dem mir so unbekanntem als gleichgültigen Herrn Vögler gewünscht hätte. Es geht um ein Prinzip.

Lieber Bernhard, wir hatten ein paar Wochen vor der Wahl in einer frühen Morgenstunde im Schöneberger Rathaus nach irgendeiner Presseveranstaltung ein ganz lustiges Gespräch. Ich sagte Ihnen damals etwas keck, daß ich Ihre Wahl¹⁵ für gesichert halte, wenn Sie der Einladung, zu reden im Frankfurter Kreise, widerstehen würden. Und ich machte damals mit Ihnen den Pakt, daß Sie mir bei Ihrem ausschweifenden Fleiß in der Fraktion wenigstens die Belange der

¹³ In der Vorlage: „Ausscheiden erleichtert hat“.

¹⁴ In seinem Artikel (wie Anm. 2) warf Bernhard Vögler vor, „in dauernder Verbindung mit denjenigen heimischen Industriekreisen gestanden“ zu haben, „von denen er in seiner Eigenschaft als Generaldirektor wirtschaftlich abhängig ist.“

¹⁵ Bernhard gehörte seit 1928 der Reichstagsfraktion der DDP an.

evangelischen Kirche überlassen würden.¹⁶ Was Sie mir lachend zugestanden. Damals schon habe ich mit Ihnen gesprochen über die Schwierigkeit, Publizistik und Mandat zu verbinden. Ich hatte sie selber zu sehr in der Nähe bei Naumann erlebt, obwohl der doch nur in der „Hilfe“ zu einem kleineren Kreise sprach. Aber auch er hat sich oft außerordentlich schwer getan in dem Dilemma, daß die „Hilfe“ einen Aufsatz verlangte und die schwebende politische Lage und die Ungeklärtheit einer fraktionspolitischen Entscheidung Zurückhaltung nahelegte. Bei Eugen Richter, der eine Kompagnie in Jahrzehnten auf die Befolgung seiner Kommandos einexerziert hatte, ging das leichter.

Nun ist der Brief doch wieder ziemlich lang geworden. Er kann wohl gelegentlich in der Unterhaltung weitergesponnen werden. Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Antwort und bitte Sie, auch diesen Brief in der alten Gesinnung entgegenzunehmen!

Mit herzlichem Gruß

Ihr

Th. Heuss

Nr. 138

An Dr. Wilhelm Cohnstaedt, Frankfurt am Main

18. Juli 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 75: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. gez.; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Volksbegehrens gegen den Youngplan

Lieber Cohnstaedt,

besten Dank für Ihre Zeilen in der Sache H.¹ Er hatte das betreffende Literaturblatt übersehen und hat sich bei mir für die Zusendung heute sehr bedankt.

Sie müssen es sich nun gefallen lassen, daß ich Ihnen auch wieder einmal in einer politischen Sache schreibe, obwohl ich nicht weiß, ob Sie (oder wer sonst) den Leitartikel vom Dienstag, den 16. Juli 1929, geschrieben haben.² Zu diesem

¹⁶ Bernhard war jüdischer Konfession.

¹ Weder ein Brief an Heuss noch der Sachverhalt „H.“ ließen sich ermitteln.

² FZ, Nr. 523, 16. 7. 1929. Der Autor der Artikels wandte sich mit mehreren Argumenten gegen Versuche, das Volksbegehren gegen den Youngplan durch Hinweise auf Bestimmungen der Verfassung unmöglich zu machen. Diese Überlegungen wären wider den Geist der Verfassung, da fast jede politische Angelegenheit einen Bezug zum Haushaltsplan habe und damit alle künftigen Volksbegehren verhindert werden könnten. Außerdem gebe man durch ein Verbot, den rechtsstehenden Parteien nur ein vortreffliches Agitationsmittel in die Hand. Dagegen lohne es sich in der Politik, „anständig zu sein.“ – In seiner Antwort vom 22. 7. 1929 bemerkte Cohnstaedt,

möchte ich ein paar Bemerkungen machen dürfen, da ich die These von der verfassungsrechtlichen Unzulässigkeit eines Volksbegehrens über die Younggesetze³ in einem Aufsatz des demokratischen Zeitungsdienstes und einer Glosse des „Volkswirtes“ publizistisch vertreten hatte⁴ und auf dem demokratischen Parteitag in Öhringen, was in dem Bericht der Frankfurter vermeldet war, mich in ähnlichem Sinn ausgesprochen hatte.⁵

Die Frankfurter Zeitung hält diese Auffassung für „widerrechtlich“, für eine „Torheit“, außerdem ist sie moralisch, wie es zum Stil der deutschen Zeitungen gehört. Sie will sich nicht nachsagen lassen, daß sie „bereit sei, ein Gesetz falsch auszulegen“, und sie meint, es rentiere sich, immer noch „anständig“ zu sein.

Darüber will ich nun weiter nicht reden. Eine gewisse Tantenhaftigkeit wird aus alter Gewöhnung hingenommen, aber was das Sachliche anlangt, so habe ich den Eindruck, daß die Frankfurter Zeitung sich den Gesamtkomplex ungeheuer leicht macht. Es handelt sich natürlich nicht [darum], etwas „Widerrechtliches“ zu machen, sondern es handelt sich darum, eine Rechtsvorschrift sinnvoll zur Geltung zu bringen. Es ist total falsch, wenn die Frankfurter Zeitung so tut, als ob man jedes Volksbegehren von größerer, politischer Zielsetzung unmöglich machen könne, weil es doch in den Haushaltsplan hereinwirke: Sie können jeden Tag ein Volksbegehren über Todesstrafe, über § 218, über Landesverrat, Aufhebung der Abgeordnetenimmunität, gesetzlichen Religionsunterricht, Freigabe des Mietsrechts⁶ haben, von den sonstigen Verfassungsgeschichten, Flagge, Präsidentenmacht usw. ganz abgesehen.

Ich weiß nicht, wie die Frankfurter Zeitung sich vor ein paar Jahren verhalten hat, als Külz, nach meiner Meinung mit vollem Recht, die Zulassung eines Volksbegehrens in der Aufwertungsfrage ablehnte,⁷ obwohl er sich dadurch unpopulär

dass der Leitartikel zwar nicht von ihm stamme, aber dass er „gerade die Einfügung des Absatzes gegen Ihre Volksabstimmungsplanik veranlaßt“ habe; BArch, N 1221, 75.

³ Am 9. 7. 1929 hatte sich ein Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, getragen von DNVP, NSDAP und dem Bund der Frontsoldaten „Stahlhelm“ konstituiert, um ein Volksbegehren gegen die „Kriegsschuldflüge“ und die im Youngplan vereinbarten Reparationszahlungen vorzubereiten; vgl. K. A. HOLZ, Diskussion, S. 368.

⁴ THEODOR HEUSS: Volksbegehren über den Young-Plan? In: Nürnberg-Fürther Morgenpresse, Nr. 197, 20. 7. 1929; [DERS.]: Volksbegehren über den Young-Plan, in: DVW 3, H. 41, 12. 7. 1929, S. 1393. Das Volksbegehren war nach Heuss nicht verfassungsgemäß, da es in den Haushaltsplan eingriff (vgl. Anm. 7).

⁵ Am 14. 7. 1929 hatte in Öhringen eine Sommertagung der württembergischen DDP stattgefunden; vgl. dazu den Bericht in: FZ, Nr. 521, 16. 7. 1929: „Dr. Theodor Heuss warf u. a. die Frage auf, ob nicht das Volksbegehren Hugenbergs gegen den Young-Plan aus denselben Gesichtspunkten zu verbieten sei, aus denen heraus es z. B. Steuergesetzen gegenüber nicht zulässig sei.“

⁶ Hs. korrigiert von Heuss aus „der Mietszinsbildung“ in „des Mietsrechts“.

⁷ Unmittelbar nach der Verabschiedung der Aufwertungsgesetze im Reichstag im Juli 1925 (vgl. Nr. 96) hatte der Sparerbund die Abhaltung eines Volksentscheids vorbereitet, der eine Regelung der Aufwertungsfrage in einer für die Gläubiger günstigeren Weise zum Inhalt hatte. Dazu hatte Best im April 1926 im Namen des Sparerbundes einen Gesetzentwurf und einen Antrag

machte. Dabei wäre die Hypothekenaufwertung, isoliert, da den Reichshaushalt nicht berührend, wohl für ein Volksbegehren zuzulassen gewesen.

Es wird Sie nun kaum interessieren, daß ich ein grundsätzlicher Gegner des Volksbegehrens in der großräumigen Massendemokratie bin,⁸ daß ich im Jahre 1919 brieflich⁹ und mündlich auf Conrad Haußmann einzuwirken versuchte, man solle in der Verfassungsarbeit bei Hugo Preuß bleiben, der nur einen präsidentiellen Volksentscheid vorgeschlagen hatte.¹⁰ Aber diese meine Meinung ist ja nun ziemlich gleichgültig. Als ich meine These niederschrieb, daß dieses Volksbegehren nicht zugelassen werden darf, hat mich dazu kein überschlauer Machiavellismus veranlaßt, der Euch nun die schöne Geste des politischen fair play, der überlegenen taktischen Klugheit oder Honorigkeit gegenüber dem Gegner gibt, sondern die furchtbare Sorge, daß man sich widerspruchslos daran gewöhnt, nun diese kommende große Auseinandersetzung als eine Selbstverständlichkeit anzusehen, die den Aufmarsch gegen die deutsche Außenpolitik ruhig und ohne Störung geschehen läßt. Daß Ihr diese Stellung einnehmt, überrascht mich nicht. Ich habe Sorge, daß man auch anderwärts unter Demokratie das Segelstreichen vor der Demagogie versteht. Wenn dann dieses Volksbegehren in Gang kommen sollte,¹¹ werdet Ihr kluge, zwischen Entrüstung und Witz wechselnde Aufsätze schreiben, und wir, die wir gewohnt sind, in öffentlichen Versammlungen die Stellung der Bevölkerung beeinflussen zu sollen, sehen uns in die unmögliche Lage gedrängt, den Young-Plan verteidigen zu sollen. Das war es aber natürlich nicht, was mich zu der Stellungnahme veranlaßte. Was sich abspielen wird, wenn das Volksbegehren in Gang kommt, ist die radikalste Politisierung des fla-

auf Zulassung eines Volksbegehrens beim Reichsministerium des Innern eingereicht. Der Antrag war am 18. 8. 1926 vom Reichsminister des Innern Külz abgewiesen worden, da das geplante Gesetz nach seiner Auffassung Art. 73, Abs. 4 WRV widerspreche, wonach ein Volksentscheid über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nur vom Reichspräsidenten veranlasst werden dürfe; vgl. O. JUNG, Direkte Demokratie, S. 21–32.

⁸ Die Skepsis von Heuss gegenüber plebiszitären Elementen innerhalb der Legislative hatte bereits seine Haltung beim Volksentscheid zur Fürstenenteignung bestimmt (vgl. Nr. 108) und ließ Heuss während der Arbeit am Grundgesetz 1948/49 zu einem Gegner dieser „Prämien für Lautsprecher in einem amorphen und verwirrten Volk“ werden; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 248; TH. HEUSS, Erzieher, S. 446f.

⁹ Entsprechende Briefe ließen sich nicht ermitteln. – Schriftlich formuliert finden sich seine damaligen Bedenken, in: TH. HEUSS, Demokratie, S. 50f.

¹⁰ Nach Art. 60 des von Preuß erarbeiteten Entwurfs zum allgemeinen Teil der künftigen Reichsverfassung vom 20. 1. 1919 hatte der Reichspräsident beim Nichtzustandekommen einer Übereinstimmung zwischen den beiden legislativen Körperschaften Volkshaus (später: Reichstag) und Staatenhaus (später: Reichsrat) das Recht, eine Volksabstimmung herbeizuführen; Abdruck des Entwurfs in: REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, zweiter Teil, Nr. 105b, S. 263f.

¹¹ Nachdem der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren am 28. 9. 1929 den Zulassungsantrag für ein Volksbegehren zu dem „Entwurf eines Gesetzes gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ gestellt hatte, setzte Reichsminister des Innern Severing die Zeit vom 16. bis 29. 10. 1929 als Eintragsfrist für das Volksbegehren fest; vgl. STATISTIK 372, Anhang, S. 35.

chen Landes gegen den Staat. Davon macht Ihr Euch nun eben gar keine Vorstellung, wie dann Dorf für Dorf und Gut für Gut bei dieser noch immer halb öffentlichen Stimmenabgabe unter einen furchtbaren Druck kommen werden, und zwar unter einen wirkungsvollen Druck, weil man dort die ausgezeichneten Leitartikel der Frankfurter Zeitung nicht liest. Ich glaube nicht, daß dieses Volksbegehren zum Erfolge¹² kommen wird, weil das Zentrum und die Sozialdemokratie ja einigermaßen kompakte Größen sind, aber ich würde mit einem großen Zuzug aus dem kommunistischen Lager rechnen und auch aus dem mittelbürgerlicher Lager der kleinen Städte mit farblosen oder rechtsgerichteten Zeitungen.¹³

Ist dann aber das Volksbegehren, sagen wir mit 60 gegen 40 oder mit 65 gegen 35 Prozent abgelehnt, was dann?¹⁴ Dann steht hinter dem Young-Plan nicht bloß eine parlamentarische Mehrheit, sondern ein Plebiszit, was in ein paar Jahren auf einmal eine Waffe unserer außenpolitischen Gegenspieler werden kann und unsere Bewegungsfreiheit hemmt.

Ich kann ja kaum damit rechnen, daß diese Ausführungen einen tieferen Eindruck auf Sie oder den Verfasser des Aufsatzes machen, da Euch ja der liebe Gott in einem halben Jahrhundert journalistischer Praxis mit der größeren Einsicht und Fernsicht ausgestattet hat. Aber daß der Schluß des Aufsatzes der Frankfurter Zeitung ja nun einen fast ärmlichen Eindruck macht, werden Sie wohl nicht bestreiten können. Die letzten Sätze sind geradezu klassisch; wie eine schöne Geste damit endigt: es muß etwas geschehen, wir wissen bloß nicht was.¹⁵

So, lieber Cohnstaedt, jetzt habe ich mich einmal wieder ausgeleert. Ich bin ja im letzten Jahr in meiner politischen Betätigung notgedrungen wesentlich passiver

¹² Hs. von Heuss korrigiert aus „zum Zuge“ in „zum Erfolge“. Mit 10,02 % erreichte das Volksbegehren knapp den notwendigen Stimmenanteil von 10 % aller Wahlberechtigten; vgl. ebd.

¹³ In den fünf Wahlkreisen Pommern (32,91 % der Stimmberechtigten), Ostpreußen (23,93 %), Mecklenburg (20,86 %), Osthannover (19,8 %) und Frankfurt (Oder) (19,05 %) erzielte das Volksbegehren den größten Zulauf; am geringsten waren die Eintragungen in den fünf Wahlkreisen Koblenz-Trier (1,28 %), Köln-Aachen (1,31 %), Düsseldorf-Ost (2,01 %), Baden (2,21 %) und Niederbayern (2,46%); vgl. ebd., Anhang, S. 36f.

¹⁴ Heuss meint hier vermutlich nicht das Volksbegehren, sondern den Volksentscheid, der – nachdem der dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetzentwurf keine Mehrheit im Reichstag gefunden hatte – am 22. 12. 1929 stattfand. Anders als von Heuss angenommen, war zur Annahme des Volksentscheids nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sondern die Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich, da der Gesetzentwurf von der Reichsregierung am 25. 11. 1929 als verfassungsändernd eingestuft wurde. Am Volksentscheid beteiligten sich 14,92 % der Stimmberechtigten, von denen 0,8 % gegen und 13,81 % für den Gesetzentwurf votierten. Der Volksentscheid war damit abgelehnt; vgl. ebd.

¹⁵ Der Leitartikel (wie Anm. 2) endet mit den Worten: „Wir haben nicht Rezepte bei der Hand, aber man muß doch vor allem ändern einmal sehen, was vorliegt und was geschieht. Es liegt Gefahr vor, und manches, was geschieht, macht sie größer.“

geworden und hatte mich eigentlich ziemlich „zurückgezogen“, bis mich vor ein paar Wochen die nach meiner Meinung verhängnisvolle Politik von Georg Bernhard (Affaire Vögler) aus dieser Situation aufschreckte.¹⁶ Ich kann nur bitten, daß diese Zeilen Euch veranlassen könnten, diese Frage des Volksbegehrens nicht mit einer überlegenen Gelassenheit anzusehen.¹⁷

Mit herzlichem Gruß
Ihr

Th. Heuss

Nr. 139

An Prof. Dr. Lujo Brentano, Prien

2. August 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 74: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Rezension von Lujo Brentanos „Englischer Wirtschaftsgeschichte“; Konzeption des Gedenkbuchs der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag

Verehrter, lieber Herr Geheimrat,

während Elly Ihre Gastfreundschaft in Prien genossen hat,¹ habe ich hier den letzten Band Ihrer englischen Wirtschaftsgeschichte² mit dem größten Interesse und großem sachlichen Gewinn an Kenntnissen gelesen. Ich hatte, als vor zwei Jahren der erste Band kam,³ mich gleich dahinter gesetzt, aber dann mit der geplanten Besprechung doch gewartet bis zum Abschluß des Werkes. Denn ich mußte damit rechnen, daß die Publikationsorgane, die mir vielleicht zur Verfügung

¹⁶ Vgl. Nr. 137.

¹⁷ In seiner Antwort (wie Anm. 2) wies Cohnstaedt die Vorwürfe von Heuss scharf zurück, wich aber einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus Zeitmangel aus: „Ich muß übrigens offen sagen, daß ich ganz gern darauf verzichte, denn Ihre Hochschulmagisterwürde oder Gott weiß was sonst hat Ihnen einen Ton gegenüber uns Zeitungsleuten anwachsen lassen, mit dem Sie eigentlich nur noch in die ‚Weltbühne‘ oder ähnliche Literaten-Gesellschaften hineinpassen.“ Entscheidend sei für ihn, Cohnstaedt, „daß das Volk in einer Demokratie nicht die Empfindung bekommen darf, daß die Verfassung ihm nur ein Scheinrecht gegeben hat, und daß die Republik ihren Staatsbürgern jedes Mal auf die Finger schlägt, wenn sie nach dem konkretesten Staatsbürgerrecht greifen wollen.“ Der Brief endet mit dem Vorschlag, sich die geäußerten „Freundlichkeiten gegenseitig als Beweise der Urlaubsbedürftigkeit aufrechnen“ zu wollen.

¹ Heuss-Knapp verbrachte Mitte Juli einige Tage bei Lujo und Sissi Brentano in Prien am Chiemsee.

² LUJO BRENTANO: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, Bd. 3: Die Zeit der Befreiung und Neuorganisation, Jena 1928/29.

³ DERS.: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, Bd. 1: Von den Anfängen bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts, Jena 1927.

stehen würden, weniger an der Darstellung der Vergangenheit, als an dem Hinweis auf die Behandlung der letzten Entwicklung Interesse haben würden. Die letzte Nummer des „Deutschen Volkswirts“, des von meinem Freund Gustav Stolper ins Leben gerufenen deutschen „Economist“, bringt nun einen Aufsatz von mir über das Werk.⁴ Ich habe den Verlag veranlaßt, daß er Ihnen gleich ein Exemplar zusendet. Ich würde mich freuen, wenn mein Aufsatz in der Hinsicht Ihre Zustimmung fände, daß Sie in ihm die wesentlichen Gesichtspunkte erkannt sehen, die bei der Würdigung der englischen Entwicklung zur Frage stehen. Der Aufsatz kann und will nicht den Anspruch erheben einer ausgesprochen wissenschaftlichen Würdigung, dazu fehlen bei mir auch die notwendigen sachlichen Voraussetzungen; aber es war mein Bemühen, den Lesern des „Deutschen Volkswirts“, die sich aus Praktikern wie Theoretikern des Wirtschaftslebens zusammensetzen, ein Bild von dem Ausmaß und der geistigen Kraft Ihres bewunderungswürdigen Werkes zu geben. Ich darf ruhig gestehen, daß ich durch den Umfang der beiden letzten Bände⁵ zunächst etwas beunruhigt wurde, ob ich mir zwischen den Tagesgeschäften und sonstigen Verpflichtungen die Zeit und Ruhe retten könnte, ohne längere Verschleppung an die Lektüre heranzugehen, aber das Buch hat mich dann durch die Fülle konkreter Lebendigkeit aufs Stärkste gefesselt, und ich würde froh sein, wenn von dieser Empfindung auch auf den Leser des Aufsatzes einiges übergehen würde.

Elly hat mich ermuntert, Ihnen ein Buch zu senden, dessen, sozusagen, anonymer Hersteller ich in den letzten Monaten gewesen bin. Die Reichsregierung beschloß im Frühjahr zum 10. Verfassungstag ein Buch herauszugeben, das u. a. als Schulprämie Verwendung finden könnte, und es kam jemand im Reichsministerium des Innern auf die Idee, mich für die Bearbeitung vorzuschlagen. Da es nun an gelehrten und volkstümlichen Kommentaren der Reichsverfassung selber nicht fehlt und da die Querschnitte über die einzelnen politischen Sachgebiete der letzten zehn Jahre, von verschiedenen Autoren hergestellt, die Gefahr in sich bergen, daß das Ergebnis langweilig werde, habe ich den Versuch gemacht, das Werden der nationalen und demokratischen Idee im 19. Jahrhundert in der Weise zu zeigen, daß ich aus den Quellen Stücke höchst verschiedener weltanschaulicher Haltung zusammentrug, allen mit knappen Sätzen ihren historischen Ort anwies und dabei für einiges zeitgenössisches Bildmaterial besorgt blieb.⁶

⁴ THEODOR HEUSS: Brentanos Englische Wirtschaftsgeschichte, in: DVW 3, H. 44, 2. 8. 1929, S. 1504f.

⁵ LUJO BRENTANO: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, Bd. 2: Die Zeit des Merkantilismus, Jena 1927; DERS: Geschichte, Bd. 3; Bd. 2 hatte etwas über 450, der in zwei Teilbänden erschienene Bd. 3 über 1.300 Seiten.

⁶ DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929.

Ein Anhang konnte daneben einige Aufsätze, deren Autoren aus den verschiedenen Parteien gewählt werden mußten, nicht entbehren. Die literarische Aufgabe war dabei in gewissem Sinn gespalten. Das Buch hat einen unpersönlichen, allgemein repräsentativen Auftrag. Daneben aber war es mein Ehrgeiz, wenn ich so sagen darf, in der literarischen Führung das Blaße und Langweilige, das amtliche Dokumente leicht bekommen, zu vermeiden. Das Buch wird für Sie keinerlei Neuigkeiten enthalten, aber interessiert Sie vielleicht doch, aus dem pädagogischen Gesichtswinkel heraus, wie ich die Aufgabe angefaßt habe.

Elly hat die acht Tage in Prien genossen wie selten eine kurze Erholungsreise. Ich weiß nicht, wie oft sie schon das Abenteuer der seligen Irmingard⁷ erzählt hat, und die Erzählung hat jetzt bald die klassische Knappsche Prägung von Anekdoten erreicht, die Sie ja auch gut kennen und lieben. Zum anderen war Elly auch sehr froh, Sie selber so rüstig und aufgeschlossen angetroffen zu haben. Der Besuch bei Ihnen ist ja von uns immer wieder besprochen worden. Es wollte sich aber mit den Gelegenheiten nie recht schicken, nun er endlich wieder einmal ausgeführt werden konnte, hat Elly vor, nicht mehr so lange mit seiner Wiederholung zu warten, und ich hoffe sehr, daß ich auch wieder einmal mit dabei sein kann.

Unser Bub ist seit ein paar Tagen in die Ferien zurückgekehrt. Das Familienleben steht unter dem Zeichen eines Faltbootes, das er, der mit fremden Schiffen Weser, Mosel und Rhein schon berudert hat, jetzt zu seinem 19. Geburtstag erhielt.

Mit herzlichen Grüßen wie immer
Ihr dankbar ergebener

Theodor Heuss

⁷ Irmengard von Chiemsee gilt als zweite Begründerin des Frauenklosters auf dem Chiemsee und wurde als Selige verehrt. Der Legende nach soll zu ihren Lebzeiten am ganzen Chiemsee kein Armer gewohnt haben; in späteren Jahrhunderten soll es zu zahlreichen Gebetserhöhungen durch Anrufung der seligen Irmengard gekommen sein; vgl. W. BAUMANN, Irmengard, S. 36, 93–105.

Nr. 140

An Dr. Paul Rohrbach, München

15. August 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 94: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“¹

Eventuelle Vereinigung verschiedener Deutschumsorganisationen; weitere Behandlung von Entschädigungsfragen

Lieber Freund,

freundlichen Dank für Ihren Brief,² den eindeutig und klar zu beantworten, mir schwer fällt, bzw. fast unmöglich ist. Grosse hat wiederholt von den Bestrebungen berichtet, eine Zusammenlegung der verschiedenen Deutschumsorganisationen herbeizuführen, und auch von den Besprechungen, die er in München gehabt hat.³ Wenn ich mich recht erinnere, würde auch dem Ministerialdirektor Dammann im Reichsministerium des Innern an einer solchen Vereinbarung des Organisationswesens gelegen sein. Ich bin aber persönlich an organisatorischen Besprechungen in der letzten Zeit nie beteiligt gewesen und habe mich auch nicht sehr um sie kümmern wollen, da ich meinen eigenen Pflichtenkreis nicht ausdehnen möchte; da ich selber vom Auslandsdeutschum doch nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz kenne, habe ich mich nie für sehr qualifiziert gehalten, in diesen Dingen mit dem Anspruch auf Autorität meinen Rat zu erteilen. Ich bin an die Frage, wie Sie wissen, herangekommen, dadurch, daß ich mich im Reichstag der Entschädigungsfrage mit unbefangener Initiative annahm⁴ (ursprünglich veranlaßt durch meine elsass-lothringischen Freundschaftsbeziehun-

¹ Oben rechts Vermerk von unbekannter Hand: „Auslands-Institut“.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Rohrbach hatte 1927 die Leitung der Praktischen Abteilung der „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschums – Deutsche Akademie“ mit dem Ziel übernommen, sie zum Mittelpunkt der nichtamtlichen Kulturpropaganda zu machen. Zudem versuchte er, die unterschiedlichen Deutschumsorganisationen unter dem Dach der in München beheimateten Deutschen Akademie zusammenzufassen; vgl. H. BIEBER, Paul Rohrbach, S. 66–74.

⁴ Antrag Heuss, Schneider (Berlin), Koch-Weser und Genossen vom 13. 1. 1925 auf Entschädigung der verdrängten Grenzlands- und Auslandsdeutschen, in: RT-Bd. 398, Nr. 286. – Sein Eintreten für die Entschädigungsfragen der Auslandsdeutschen begründete Heuss auch mit der Sorge vor einer Verbitterung der Betroffenen und vor ihrer Entfremdung vom deutschen Staat: „Viele dieser ‚Auslandsdeutschen‘ fühlen sich zwiefach getroffen, von dem Staat, in dem sie lebten und arbeiteten, von dem Vaterland, das ihnen Ersatz der Verluste nicht gewährt, und es steckt viel Bitterkeit in dieser Wechselbeziehung.“ TH. HEUSS, Staat und Volk, S. 282. – Heuss wusste sich bei seinem Engagement im Einklang mit der DDP, deren Eintreten für die Belange der im Ausland lebenden deutschen Minderheiten zum Teil auf echter Teilnahme an deren Schicksal beruhte, gleichermaßen aber die nationale Zuverlässigkeit der DDP untermauern und die deutsche Weltgeltung stärken sollte; vgl. J. C. HESS, Deutschland, S. 221–241.

gen⁵). Von dieser Seite her hat mich dann auch der Bund der Auslandsdeutschen⁶ an sich herangezogen. Ich hatte mich unabhängig davon schon früher einmal im Reichstag um einen Antrag der deutschen Schulen im Ausland, so weit es sich um die Schulen deutscher Kaufmanns- und Gewerbekolonien handelt, gekümmert.⁷ Es wird nun außerordentlich schwer sein, heute schon zu sagen, wann die Entschädigungsfrage als solche zu Ende sein wird. Das Kriegsschädenschlußgesetz⁸ ist ja in seiner Hauptsache abgewickelt, aber wie Sie wissen, wird das Inkrafttreten des Young-Planes, wenn es erfolgt, die Wirkung haben, daß über das Ende der Liquidation zwischen den Staaten unmittelbare Verhandlungen gepflogen werden sollen.⁹ Dann werden Verrechnungsprobleme kommen und dann wird auch unzweifelhaft die parlamentarische Diskussion lebendig werden. Der Bund der Auslandsdeutschen wird also nach meiner Meinung noch geraume Zeit mit diesen Fragen befaßt sein. Wie Sie wissen, hat er sich ja zur taktischen Erledigung mit einer Reihe anderer Verbände (Hilfsverein der Elsaß-Lothringer, Deutscher Ostbund etc.) zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, wo das ganze Problem gemeinsam behandelt wird.¹⁰ So lange diese Arbeitsgemeinschaft als solche weitergeführt wird, wird meines Erachtens der Bund der Auslandsdeutschen in ihr tätig sein müssen; denn wollte er die an sich heute noch absolut

⁵ Vgl. den Kommentar des Elsaß-Lothringischen Hilfsbunds zum Antrag Heuss: „Es darf hierzu erwähnt werden, daß der Abg. Heuss durch Vermittlung des Mitglieds des Geschäftsführenden Vorstands des Hilfsbunds, Alfred Wolff, sich wiederholt eingehend durch die hierzu beauftragten Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands des Hilfsbunds über die Lage der Geschädigten hat informieren lassen.“ In: ELSASS-LOTHRINGISCHE MITTEILUNGEN 7, H. 4, 25. 1. 1925, S. 45.

⁶ Vgl. Nr. 102, Anm. 3.

⁷ Antrag Goetz, Heuss, Külz, Koch-Weser und Genossen vom 14. 1. 1925 betr. die Gleichstellung der im Auslandsschuldienst tätig gewesenenen und noch tätigen deutschen Lehrkräfte, in: RT-Bd. 398, Nr. 332.

⁸ Das Gesetz zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden (Kriegsschädenschlußgesetz) war am 1. 4. 1928 in Kraft getreten; RGBl. 1928 I, S. 120–124. Heuss hatte durch seine Mitgliedschaft im 22. Ausschuss (Entschädigungsgesetze) an der Entstehung des Gesetzes intensiven Anteil genommen, war aber mit dem Ergebnis unzufrieden; RT-Bd. 422, Nr. 4111 (Bericht des Ausschusses); RT-Bd. 395, S. 13558–13562 (Reichstagsrede Heuss' vom 20. 3. 1928); vgl. THEODOR HEUSS: Kriegsschädenschlußgesetz, in: Die Hilfe 34, Nr. 7, 1. 4. 1928, S. 149–151.

⁹ Der Sachverständigenplan vom 7. 6. 1929 (Youngplan) trat mit dem Gesetz über die Haager Konferenz vom 13. 3. 1930 in Kraft; RGBl. 1930 II, S. 45–537. Zur Frage der Liquidation von Vermögen oder Rechtstiteln deutscher Reichsangehöriger vgl. Punkt 144 des Youngplans; ebd., S. 456.

¹⁰ Der Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden gehörten neben dem Bund der Auslandsdeutschen der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, der Deutsche Ostbund, der Reichsverband der Kolonialdeutschen, die Freie Interessenvertretung der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen, die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und der Verein Wiederaufbau im Ausland, Hamburg-Berlin an. – Heuss war während seiner Abgeordnetenzeit gemeinsam mit Büll der Ansprechpartner der Arbeitsgemeinschaft innerhalb der DDP-Fraktion; vgl. ELSASS-LOTHRINGISCHE MITTEILUNGEN 9, H. 19, 8. 5. 1927, S. 226.

notwendige Beziehung kündigen, so würde er nicht nur den anderen Verbänden gegenüber illoyal handeln, indem er die gemeinsame Front verläßt, sondern er würde auch sicher seine eigenen Reihen stark erschüttern, um so mehr als, wie Sie wissen, eine Anzahl wilder Verbände mit rücksichtsloser Propaganda sich aufgetan hat. Wir alle sind bemüht, die Entschädigungsfrage im Bewußtsein der Bundesmitglieder, wenn ich so sagen darf, in dem Sinn abzubauen, als wir die Aufgabe herausarbeiten, den Auslandsdeutschen in der Zukunft, die nicht mit dem Entschädigungskomplex verhängt sind, die Gemeinsamkeit zu erhalten, und ich erwarte, daß auf dem Kongreß¹¹ hier manches zur Klärung kommen wird; aber ich sehe persönlich heute noch nicht die Möglichkeit gegeben, den Schnitt zu ziehen.

Selbstverständlich werde ich, Ihrem Wunsch entsprechend, diese Korrespondenz vertraulich behandeln. Ihr Inhalt ist ja für Sie von meiner Seite nicht sehr ergiebig. Ich will sehen, ob sich aus den Kongreßbesprechungen etwas ergibt, was mitteilenswert erscheinen kann, dann werde ich Ihnen noch einmal darüber berichten.¹²

Mit freundlichem Dank

Ihr

[Theodor Heuss]

¹¹ Vom 31. 8. bis 5. 9. 1929 fand auf Einladung des Bundes der Auslandsdeutschen die zweite „Welt-Tagung des Auslandsdeutschtums“ in Berlin, Magdeburg und Goslar statt; zu den Beschlüssen der Tagung, die jedoch die Arbeit des Bundes der Auslandsdeutschen nicht neu ausrichteten, vgl. AUSLANDSWARTE 9, Nr. 17/18, 15. 9. 1929, S. 261.

¹² Ein weiterer Brief von Heuss an Rohrbach ließ sich nicht ermitteln. Bevor Rohrbach im Oktober 1930 aus der Deutschen Akademie ausschied, fand im Januar 1930 auf Einladung der Deutschen Akademie eine Zusammenkunft führender Vertreter der Deutschtumsverbände statt, in der Fragen der praktischen Zusammenarbeit besprochen wurden; vgl. MITTEILUNGEN DER AKADEMIE ZUR WISSENSCHAFTLICHEN ERFORSCHUNG UND ZUR PFLEGE DES DEUSCHTUMS. Deutsche Akademie, Nr. 1, Februar 1930, S. 64. Ende 1930 verhandelte der Bund der Auslandsdeutschen über einen Zusammenschluss mit dem in Stuttgart beheimateten Deutschen Ausland-Institut; vgl. GStA PK, VI. HA, NL Schnee, 33.

Nr. 141

An das Bibliographische Institut, z. Hd. Dr. Richard Brodführer, Leipzig
15. August 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 74: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Absage einer redaktionellen Tätigkeit für das geplante „Lexikon der Gegenwart“

Sehr geehrter Herr Dr. Brodführer,¹

die Besprechung, die wir gestern nachmittag miteinander gehabt haben, habe ich in ihrem Ergebnis am Abend und auch in der Nacht noch ziemlich lange hin und her überdacht und bin nun doch zu einem Ergebnis gekommen, das einen großen Teil des Inhalts der gestrigen Verständigung aufheben muß. Es tut mir leid, daß ich Sie damit wohl enttäusche und auch Herrn Dr. Mittenzwei nur geringe Freude mache. Aber die Überprüfung meiner allgemeinen Arbeitslage und die Inanspruchnahme, die eine ernsthafte Fachredaktion mit sich bringen würde, zwingen mich, die mündliche Zusage zurückzunehmen, soweit sie sich auf das Redaktionelle bezieht. Ich bin bereit, die innerdeutsche Geschichte und Parteienentwicklung als Autor zu behalten, möchte aber darüber hinaus eine weitere Verpflichtung nicht eingehen.²

Das hätte ich Ihnen vielleicht schon gestern nachmittag sagen können, wenn mir die Arbeitsbelastung völlig klar gewesen wäre. Diese Klarheit ergab sich mir aber erst beim Durchdenken der technischen Methode, wie sie nach Ihrer Darstellung, und wahrscheinlich mit Recht, erforderlich sein würde. Die autorenmäßige Mitarbeit, da man konzentriert sich seinen Arbeitsplan machen kann, läßt sich leichter in ein sonst arbeitsbelastetes Leben einfügen. Der redaktionelle Briefwechsel, das Überprüfen und Ausgleichen der Manuskripte, das Nachlaufen nach säumigen Autoren würde, das ist mir ganz klar geworden, fast täglich irgend einen Zeitraub und ein Nachdenken über diesen oder jenen Fall verlangen, weil dahinter die Verantwortung und Verpflichtung stünde, daß rechtzeitig etwas Ordentliches zustande komme. Dafür kann ich aber nach nochmaliger Selbstprüfung keine Garantie übernehmen, wenn ich nicht die Vorbereitung meiner Vorlesungstätigkeit³ und sonstige literarische und wissenschaftliche Arbeit für fast

¹ In der Vorlage: „Brotführer“.

² Das Bibliographische Institut in Leipzig beabsichtigte, ein „Lexikon der Gegenwart“ herauszugeben, für das Heuss die Redaktion übernehmen sollte. Als Autoren waren vor allem Dozenten der Deutschen Hochschule für Politik vorgesehen; vgl. Rundschreiben Heuss, 11. 7. 1929, in: GStA PK, VI. HA, NL Cleinow, 63 I. Das Projekt wurde vom Verlag offenbar nicht weiter verfolgt.

³ Im Winterhalbjahr 1929/30 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung zur „Geschichte der deutschen Innenpolitik seit 1918“; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungs-Verzeichnis 1929/30, S. 4.

ein Jahr völlig vernachlässigen wollte. Wie Sie sich selber sagen müssen, ist für diese Arbeitsleistung das Redaktionshonorar ein nicht zulängliches Äquivalent.⁴ Ich sehe natürlich selber ein, daß das Bibliographische Institut in der Honorarfrage an Voraussetzungen der buchhändlerischen Kalkulation gebunden ist. Für mich aber stellt sich die Frage selbstverständlich anders dar; nämlich, ob eine durch zehn Monate sich verzettelnde, unschöpferische, technische Arbeit mit viel Freudlosigkeit zu einem Finanzeffekt führt, der dem Honorar von vier oder fünf Abendvorträgen entspricht, die fast mühelos sind und Freude machen. Die redaktionelle Mitwirkung, die seiner Zeit Prof. Jäckh bei mir angeregt hatte, hatte so lange eine gewisse Lockung für sich, als daran gedacht werden konnte, daß der Hochschulkreis mit einer gewissen solidaren Freude an die Sache herangehen würde. Dies ist weggefallen, und ich möchte mein Gewissen, vor allem auch gegenüber meiner Pflicht zur Naumann-Biographie, nicht von vornherein mit einer durch Resignation und technischen Kleinigkeiten bestimmten Gemütsverfassung belasten. Ich habe Herrn Dr. Mittenzwei einen Durchschlag dieses Briefes zugehen lassen.

Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 142

An Dr. Wilhelm Marx, Berlin-Wilmersdorf

10. September 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

Historisches Archiv der Stadt Köln, 1070, 112: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“⁴¹

Erinnerungen von Wilhelm Marx für die Historische Reichskommission

Verehrter Herr Reichskanzler,

als wir uns bei dem Essen der Deutschen Hochschule für Politik sprachen,² brachte Geheimrat Prof. Dr. Meinecke die Rede auf die geplante Sammlung von Erinnerungen, die die historische Reichskommission³ dem Reichsarchiv einver-

⁴ In der Vorlage: „ein nicht unzulängliches Äquivalent“.

¹ Oben rechts Vermerk durch Empfänger: „bis Mitte October in Aussicht gestellt!“

² Marx saß seit 1926 im erweiterten Vorstand bzw. im Kuratorium der Deutschen Hochschule für Politik.

³ Die mit Reichsmitteln gegründete Historische Reichskommission hatte die Aufgabe, die Geschichte Deutschlands im Zeitraum von etwa 1859 bis zur Gegenwart zu erforschen. Neben der Förderung von Quellenpublikationen und quellenverarbeitenden Darstellungen hatte ihr Vorsitzender Meinecke eine Sammlung zeitgeschichtlichen Materials der letzten 15 Jahre angeregt. Dazu sollten

leiben möchte. Geheimrat Meinecke hat mich nun, wie früher schon Hans Delbrück, gebeten, mich mit in den Dienst dieser an sich guten Idee zu stellen. Ich empfang von ihm kürzlich einen Brief,⁴ in dem er mich nun direkt bittet, in Fortsetzung des damaligen Gespräches, mich mit Ihnen in Verbindung zu setzen und Ihnen das beiliegende Rundschreiben zuzustellen.⁵ Ich habe damit etwas gewartet, bis die Freiburger Tagung vorüber war,⁶ komme aber jetzt gern dem Ersuchen von Herrn Geheimrat Meinecke nach und frage Sie, ob Sie vielleicht in der zweiten Hälfte des September, in der ich hier sein werde, Lust und Muße fänden, daß ich das eine oder das andere Mal zu Ihnen käme, wir uns unterhalten und ich bei Ihren Erzählungen mir stenographische Notizen mache. Ich könnte mir die Sache so vorstellen, daß Sie Anekdoten zum Verlauf der Londoner Konferenz⁷ mitteilen, nicht im Sinn der umfassenden historischen Würdigung, sondern gerade in der Darstellung kleiner Nebenzüge. Ich würde mir vorstellen können, daß ein solch umschriebener Stoffkreis sich einmal am besten dafür eignet zu erproben, ob das Verfahren gelingt. Es wird sich dann ergeben, ob Sie auch Erfahrungen aus der Kriegszeit noch miterzählen wollen oder Fragen der inneren Politik aus dem letzten Jahrzehnt. Das ganze ist ja auch in der Formung, die ich der Niederschrift geben müßte, ein Experiment; aber es würde mir schon rein technisch Freude machen, wenn wir es einmal versuchen könnten.⁸

Mit ausgezeichnetener Hochachtung und freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener

Theodor Heuss

80 bis 90 Personen der Zeitgeschichte von Historikern befragt werden. Zur Geschichte der Historischen Reichskommission und ihrer Projekte während der Weimarer Republik vgl. H. HEIBER, Walter Frank, S. 124–168.

⁴ Ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Das von Meinecke im Auftrag der Historischen Reichskommission verfasste Rundschreiben liegt dem Brief bei. Es legt die mit der Befragung noch lebender Politiker verbundene Zielsetzung der Historischen Reichskommission dar und informiert über die geplante Vorgehensweise.

⁶ Vom 28. 8. bis 1. 9. 1929 hatte in Freiburg der 68. Katholikentag stattgefunden; Marx hatte dessen Präsidium geleitet.

⁷ Auf der Londoner Konferenz (16. 7. bis 16. 8. 1924) hatten die alliierten Regierungen über ein Programm zur Durchführung der im Dawes-Plan vorgesehenen Reparationsleistungen des Deutschen Reiches beraten. Die deutsche Delegation war am 5. 8. 1924 unter Führung von Reichskanzler Marx in London eingetroffen.

⁸ In seiner Antwort vom 20. 9. 1929 schlug Marx vor, seine Erinnerungen an die Londoner Konferenz bis Mitte Oktober seiner Sekretärin zu diktieren und anschließend Heuss zu übermitteln; die Niederschrift wurde am 12. 10. 1929 an Heuss übersandt; BArch, N 1221, 87. Ein Regest der Aufzeichnung von Marx findet sich in: H. STEHKÄMPER (Bearb.), Nachlaß Wilhelm Marx, II, S. 130–133.

Nr. 143

An die Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin

21. September 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 395: ms. Schreiben, Durchschlag, ohne Anrede; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Kritik aus Zentrumskreisen am Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag

Betrifft: Deutsche Einheit – Deutsche Freiheit.

Indem ich Ihnen für die freundliche Übermittlung der Beschwerde aus den Kreisen der deutschen Zentrumspartei danke,¹ die die Redigierung des Gedenkbuches „Deutsche Einheit – Deutsche Freiheit“ betrifft, darf ich vielleicht ein paar Bemerkungen machen, welche Gesichtspunkte mich bei Auswahl und Anordnung leiteten.²

Die Bemerkung des Schreibens, daß „nur Liberale und Sozialdemokraten“ genannt seien, ist an sich sachlich unzutreffend. Es war mein Bemühen, soweit immer es möglich war, Stimmen der verschiedenen Weltanschauungen zur Geltung zu bringen, wobei es ganz klar ist, daß das, was vor den sechziger Jahren liegt, sich in den Sprachgebrauch der späteren Parteienentwicklung gar nicht einfügen läßt. Die Beschwerde hat dabei an sich übersehen, daß mit Görres und Radowicz sehr bedeutende katholische Politiker neben Bischof von Ketteler zum Worte kommen.³

Die Anlage des Buches war von mir so gedacht, daß in wechselvoller Färbung wesentlich die ideologische Entwicklung unter dem Stichwort „Einheit und Freiheit“ zum Ausdruck käme. Es konnte unmöglich meine historische Aufgabe sein, eine parteipolitische Gleichgewichtslage oder eine parteipolitische Koalition in die historische Vergangenheit zu projizieren. Ich habe es mir sehr angelegen sein lassen, aus der Frühzeit des politischen Katholizismus unter dem Gesichtspunkt der ideologischen Entwicklung Umschau zu halten. Ich habe zu diesem Zweck nicht nur die Schriften von Ketteler und Jörg durchgesehen, sondern auch eine ganze Anzahl von Reden der Brüder Reichensperger und Windthorst durchgeprüft. Ich habe für die spätere Zeit vor allem Hitze und auch Erzberger durchgegangen. Ich habe befreundete Historiker gerade bei diesem Suchen um ihre Unterstützung gebeten. Ich selber habe bei dieser Arbeit viel gelernt, aber doch erneut auch dies, daß die großen parlamentarischen Führer des Zentrums in

¹ Georg Schreiber an Reichskanzlei, 7. 9. 1929, in: BArch, N 1221, 395. In dem Schreiben zitiert Schreiber ausführlich aus einer kritischen Zuschrift zum Gedenkbuch aus „führenden Kreisen der Deutschen Zentrumspartei“.

² Zu Heuss' Anlage des Gedenkbuchs DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT vgl. Nr. 139.

³ DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT, S. 19f (Görres), 65f (Radowicz), 75f (Ketteler).

höchstem Maße Politiker des Konkreten gewesen sind, bewundernswert in der taktischen Führung und in der umgrenzten gesetzgeberischen Aktion, aber ich habe solche Stellen, die aus der umgrenzten Situation gelöst ohne breite Kommentare im Sinne einer Deklaration leicht verständlich geworden wären, dann eigentlich nur in den Wahlaufufen gefunden. In meinem ersten Plan waren solche Wahlaufufe mitberücksichtigt, aber dann ließ ich diese Stücke weg, weil ich hier in der Tat befürchten mußte, daß ein Nachrechnen der Parteien, ob sie in gleichem Maß berücksichtigt seien, eintreten könnte.

In meinem Material waren auch Redeauschnitte von Dr. Wirth und Dr. Marx vorgesehen. Ich habe dann darauf verzichtet, wie auch auf Zitate aus Luther, Koch, Meinecke usw., weil ich mich entschloß, auf alle lebenden und aktiven Politiker mit Ausnahme des Reichspräsidenten von Hindenburg im historischen Teil zu verzichten.⁴ Denn hier wäre die Grenzziehung noch sehr viel schwieriger geworden. Ich gebe gern zu, daß Fehrenbach in dem Buch, als der Präsident der Nationalversammlung, einen Platz verdient hätte; um so mehr als von ihm in Weimar Bekundungen ausgesprochen wurden, die der Entwicklung mit einen repräsentativen Abschluß geben.⁵ Ich bin gern bereit, bei einer eventuellen Neuauflage, hier für eine Einfügung besorgt zu sein.

Daß die Beschwerde von dem „Versuch einer sehr einseitigen Propaganda“ redet,⁶ brauche ich nicht unmittelbar zu berühren. Dazu sich zu äußern, ist wohl Aufgabe der politisch verantwortlichen Stelle. Ich für meine Person weise den Verdacht durchaus und entschieden zurück, als ob ich bei der Aufgabe, die zumal bei der kurzen Zeit sich schwierig genug gestaltet hat, irgendwelche parteipolitische Tendenzen zur einseitigen Darstellung hätte bringen wollen. Ich denke, daß die Sammlung der Mitarbeiter an dem zweiten Teil der rundeste Gegenbeweis ist.⁷

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

[Theodor Heuss]

⁴ Ebd., S. 140f. Der historische Teil (1807–1919) machte etwa zwei Drittel des Buches aus und bestand aus einer Zusammenstellung von Quellen.

⁵ RT-Bd. 329, S. 2195f (Ansprache Fehrenbachs vom 31. 7. 1919 anlässlich der Verabschiedung der Reichsverfassung); ebd., S. 2751f (Rede Fehrenbachs vom 21. 8. 1919 anlässlich der Vereidigung des Reichspräsidenten und des Abschieds der Nationalversammlung vom Tagungsort Weimar).

⁶ So wörtlich in der in Anm. 1 angeführten Zuschrift aus Zentrumskreisen.

⁷ Im zweiten Teil mit dem Titel „Aufbau und Ausbau“ fanden sich Autoren unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtung; neben Heuss u. a. Gustav Stresemann (DVP), Paul Löbe (SPD), Georg Schreiber (Z), Wilhelm von Gayl (DNVP) und Willy Hellpach (DDP); vgl. DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT, S. 143–223.

Nr. 144

An Anton Erkelenz, Berlin-Zehlendorf

21. November 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1072, 55: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Plan eines Naumann-Gedenkkimmers im Demokratischen Club

Lieber Erkelenz,

freundlichen Dank für Ihren Brief.¹ Ihre Vorschläge haben mich natürlich interessiert, sowohl nach der positiven als nach der negativen Seite. Vor einem Naumannzimmer habe ich etwas Angst, weil mir erstens diese Art von Heroenehrung nicht Naumann zu entsprechen scheint, weil der Charakter seiner Stube von spezifischer Bibliothek bestimmt war und weil die Bilder und christlichen Embleme, die dem eigentlichen Arbeitsraum den Charakter gaben, überall eher hinpassen als in den Demokratischen Club in der Viktoriastraße.² Ich übersehe noch nicht ganz meine Inanspruchnahme in den nächsten Tagen. Ich bin sehr in Anspruch genommen durch die laufende Vorbereitung einer Vorlesung über die Geschichte der letzten zehn Jahre;³ aber ich will, wenn es Ihnen recht ist, einmal in Aussicht nehmen, am kommenden Sonntag vormittag Sie draußen zu besuchen, nach vorangegangener telephonischer Verständigung.

Mit bestem Gruß

Ihr

Th. Heuss

¹ Erkelenz an Heuss, 19. 11. 1929, in: BArch, N 1221, 398.

² Auf Anregung von Maria Magdalena Naumann und ihrer Tochter Elisabeth Loew sollte in den Räumen des Demokratischen Clubs ein Naumann-Gedenkkzimmer mit Zeichnungen von Naumann, einer Kopie des Naumann-Porträts von Max Liebermann, einer Porträtbüste und persönlichen Gegenständen Naumanns eingerichtet werden. Der Plan verzögerte sich und wurde nach dem Austritt von Erkelenz aus der DDP im Sommer 1930 aufgegeben.

³ Vgl. Nr. 141, Anm. 3.



Abb. 20: Ansprache von Theodor Heuss bei einer Gedenkfeier zum zehnjährigen Todestag Friedrich Naumanns an dessen Grab auf dem Berliner Zwölf-Apostel-Kirchhof, 24. 8. 1929

Nr. 145

An Ernst Ludwig Heuss, [Holzminden]

25. November 1929; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Angriffe auf Theodor Heuss von Seiten der Berliner SPD; Erkrankung von Toni Stolper; Rundfunkvortrag zu Lujo Brentanos 85. Geburtstag

Lieber Bub,

Dein ausführlicher Brief ist mit lebhaftem Dank entgegengenommen worden.¹ Daß die sozialdemokratische Partei mich zum Spezialgegenstand eines Angriffes herausgesucht hat,² hat niemand ganz begriffen, der meinen Aufsatz im Acht-

¹ Ernst Ludwig Heuss an seine Eltern, 23. 11. 1929, in: FA Heuss, Basel.

² Vgl. das offene Schreiben des Bezirksvorstandes der Berliner SPD „An die Sozialdemokraten Berlins!“ In: Vorwärts, Nr. 545, 20. 11. 1929; darin heißt es u. a.: „Auch die Deutsch-Demokrati-

uhrabendblatt gelesen hat.³ Er ist ein Zeichen der Nervosität, und wie sehr ich mit dem Hinweis auf die unmögliche Situation des Herrn Brolat recht hatte, zeigt, daß seit vorgestern das Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet ist.⁴ Sie tun also genau jetzt das, was sie mit größerem Sinn vor drei Wochen hätten tun sollen. Wann wir im Stadtparlament mit dem Regieren anfangen, ist noch nicht ganz bestimmt; vielleicht erst Mitte Dezember.⁵

Hoffentlich ist das Ergebnis der Zulassungskonferenz⁶ nun ohne neue Krise. Vergiß nicht, wie ich Dir schon schrieb, vor den Weihnachtsferien festzustellen, ob und in welchen Bereichen Du eventuell hier in den Ferien mit Nachhilfestunden arbeiten sollst.

Gestern war Frau Hesse-Mannheim hier, mit der die Mutter am Abend im Theater war. Heute kommt Eberhard Frey-Madrid; Du siehst, es ist hier ziemlich viel los. Leider macht uns Toni wieder einige Sorgen; sie hat eine Rippenfellentzündung und liegt nun schon seit 14 Tagen, so daß das Hannele⁷ aus gesundheit-

sche Partei hat im Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den unsaubersten Mitteln gearbeitet. Demokratische Wahlzeitungen haben bei den Kommunisten Anleihen aufgenommen, um unsere Partei zu infamieren. Der neugewählte demokratische Stadtverordnete Dr. Theodor Heuss verstieg sich in einem Zeitungsaufsatz zu der Behauptung, daß neben den Kommunisten die Sozialdemokraten in der Sklarek-Angelegenheit am meisten ‚verstrickt‘ seien, während er gegen seine eigenen Parteifreunde kein Wort der Beschuldigung fand.“ – In den Bestechungsskandal um die Gebrüder Sklarek waren Berliner Lokalpolitiker fast aller Parteien verwickelt; in der rechtsstehenden und liberalen Presse wurde jedoch insbesondere die SPD als „Sklarek-Partei“ diffamiert; vgl. H. KÖHLER, Berlin, S. 868–875. Heuss war bei den Stadtverordnetenwahlen am 17. 11. 1929 auf Platz 7 des Stadtwahlvorschlags der DDP in das Berliner Stadtparlament gewählt worden; vgl. AMTSBLATT DER STADT BERLIN 70, Nr. 49, 8. 12. 1929, S. 1108.

³ THEODOR HEUSS: Ernste Lehren der Wahl, in: 8 Uhr-Abendblatt. National-Zeitung, Nr. 270, 18. 11. 1929. Darin heißt es zum Abschneiden der SPD: „Die *Berliner Wahlen* grenzen sich zu denen des übrigen Landes deutlich ab. Sie erhalten in den charakteristischen Ziffernveränderungen durchaus ihr Gepräge von den *Skandalerörterungen* der vergangenen Monate. Zwar war die *Kommunistische Partei* in diese so stark verstrickt wie die *Sozialdemokratie*, aber sie hat sich, zumal bei ihr das Fraktion-‚Revirement‘ aus vielen Gründen sehr ausgedehnt war, der *Gaebel* und *Degener* [sic!] rasch und entschlossen entledigt, während die Herren *Schneider* und *Brolat* sichtbarer blieben.“

⁴ Der erweiterte Bezirksvorstand der Berliner SPD hatte am 22. 11. 1929 beschlossen, dass Brolat sein Stadt- und Bezirksverordnetenmandat nicht annehmen dürfe; vgl. Vorwärts, Nr. 549, 23. 11. 1929. Zum Austritt von Fritz Brolat aus der Stadtverordnetenversammlung vgl. AMTSBLATT DER STADT BERLIN 70, Nr. 50, 15. 12. 1929, S. 1155. Brolat, der Direktor der städtischen Verkehrsbetriebe, war von dem Bestechungsskandal zwar nicht direkt betroffen, hatte aber enge persönliche Beziehungen zu den Sklarek-Brüdern unterhalten und wegen seines hohen Jahresgehalts bereits zuvor Anstoß erregt; vgl. H. KÖHLER, Berlin, S. 874.

⁵ Die Berliner Stadtverordnetenversammlung trat am 19. 12. 1929 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen; vgl. AMTSBLATT DER STADT BERLIN 70, Nr. 52, 29. 12. 1929, S. 1255.

⁶ Ernst Ludwig Heuss wurde von der genannten Konferenz zum Abitur zugelassen, das er am 26. und 27. 2. 1930 erfolgreich absolvierte; vgl. DIE INNENGEMEINDE 9/10, Winter 1929/Frühling 1930, S. 34.

⁷ Johanna Campbell geb. Stolper; sie verfasste in späteren Jahren die erste wissenschaftliche Darstellung über den Deutschen Werkbund; vgl. J. CAMPBELL, Werkbund.

lichen Gründen von ihr getrennt wurde. Die Kleine selber gedeiht aufs Beste und ist so rund als liebenswürdig. Dein Weihnachtswunsch ist zur Notiz genommen worden. Da Du am 17. schon hier bist, können wir ja das Nähere nach Deinem Eintreffen besprechen. Ich soll am 18. zu Brentanos 85. Geburtstag eine kleine Radiorede halten.⁸

An Lotti⁹ habe ich Deinen Wunsch weitergegeben, und das Adventspaket wird die Mutter wohl zurecht machen. Ich lege Dir heute einmal einen Zehnmarkschein bei, in der Annahme, daß Du mit dieser Größenklasse an Zuwendung aus Deinen augenblicklichen Verlegenheiten herauskommst.

Mit herzlichem Gruß
Dein Vater

Theodor Heuss

Anlage.

Nr. 146

An Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem
16. Januar 1930; [Berlin-Friedenau, Fregestraße 80]

BArch, N 1221, 91: ms. Schreiben, Durchschlag

Erinnerungen von Friedrich von Payer für die Historische Reichskommission

Verehrter, lieber Herr Geheimrat,

auf Anregung von Professor Gustav Mayer hatte ich mit Friedrich Payer zum 7. Januar eine historisch-politische Unterhaltung verabredet, die vier bis fünf Stunden dauerte.¹ Aus den stenographischen Notizen habe ich dann die beiliegenden Blätter geformt.²

Ich bin nun freilich ganz unsicher, ob das Ergebnis dieses ersten Versuches dem entspricht, was Sie erwarten und was Sie für wertvoll genug halten, daß es als historisches Material festgehalten bleibe. Ich habe die Unterhaltung auf Payers Stellung zu einigen der deutschen Staatsmänner und der württembergischen Politiker geleitet, bin mit ihm die Reichstagspräsidenten durchgegangen und habe selbstverständlich jeder Neigung von Payer, Anekdotisches mit vorzutragen, nachgegeben. Der Ausgangspunkt konnte nicht ein umschriebenes Fragegebiet sein,

⁸ Redemanuskript, in: BArch, N 1221, 1.

⁹ Charlotte Kaempffer.

¹ Heuss hatte von Payer im Auftrag der Historischen Reichskommission besucht; zur Historischen Reichskommission vgl. Nr. 142.

² Liegen dem Schreiben nicht bei.

sondern ich konnte meine Aufgabe eben nur darin sehen, das Echo aufzunehmen, wenn ich diese oder jene Frage angeschlagen hatte. Professor Mayer meinte, als ich vor ein paar Tagen mit ihm sprach, daß auch die persönlichen Urteile Payers als historisches Material im engeren Sinn durchaus von mir aufgenommen und wiedergegeben werden sollen und daß auch die württembergischen Geschichten nicht vernachlässigt bleiben sollten.

Nun lege ich Ihnen einmal die Blätter vor, einstweilen einen von Payer noch nicht durchgesehenen Durchschlag. Wenn Payer sehr viel ändern sollte, lasse ich die Geschichte noch einmal abschreiben; erwünschter wäre es mir natürlich, wenn es ohne dies ginge.³

Payer ist zu weiteren Unterhaltungen gern bereit und steht der historischen Reichskommission auch für konkrete Anfragen über bestimmte Tatbestände gern zur Verfügung. Über die Weimarer Zeit ist nichts aus ihm herauszubringen gewesen. Er meinte selber, daß für diesen Abschnitt von Ende 1918 [an] sein Gedächtnis unscharf geworden sei, weil seine ganze Gehirnkraft damals von der Fraktionsführung absorbiert worden sei.⁴

Mit freundlichen Grüßen
wie immer
Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 147

An Dr. Rudolf Pechel, Berlin

18. Januar 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1160, I, 73: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹

Edgar Jung „*Herrschaft der Minderwertigen*“

Sehr geehrter Herr Doktor,

freundlichen Dank für Ihre Zeilen.² Als ich die zweite Auflage des Buches von Jung erhielt, bin ich, wie es wohl auch anderen gegangen ist, über den gewach-

³ Von Payer brachte noch einige Korrekturen an; vgl. den Abdruck des Briefwechsels zwischen Heuss und Payer sowie der „Notizen über politische Unterhaltungen mit Geheimrat Friedrich Payer“, in: G. BRADLER, Unterhaltungen.

⁴ Von Payer war von Februar bis Juni 1919 und von Oktober 1919 bis Juni 1920 Vorsitzender der Nationalversammlungsfraktion der DDP gewesen.

¹ Im Briefkopf Vermerk durch Empfänger: „Jung“.

² Pechel hatte Heuss am 28. 12. 1929 auf Veranlassung von Edgar Jung ein Exemplar von dessen „Herrschaft der Minderwertigen“ zur Rezension übersandt. In einem weiteren Schreiben vom

senen Umfang einigermaßen erschrocken.³ Ich habe mir aber Mut genommen und auf einer Reise es zu lesen begonnen und will die Lektüre mit Gottes Hilfe auch zu Ende führen, um mich, wenn ich eine Stelle finde, dazu äußern zu können.⁴ Ich habe den Eindruck, daß der Verfasser nicht ohne Erfolg ein Stück Resentiment abreagiert hat und dadurch in die Lage gekommen ist, konkreter zu schreiben.

Ich hatte gehofft, vor ein paar Tagen Sie im Volksdeutschen Club,⁵ zu dem ich freundlicherweise eingeladen war, wieder einmal zu sehen.

Mit den besten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Th. Heuss

Nr. 148

An Prof. Dr. Carl Schmitt, Berlin

20. Januar 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

HStA Düsseldorf, NL Carl Schmitt, RW 265-6042: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung;

Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Vortrag von Carl Schmitt über Hugo Preuß

Verehrter Herr Professor,

es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für die starken Anregungen zu danken, die in der Gliederung Ihres vorgestrigen Vortrages und in einer Reihe der Formulierungen enthalten waren. Ich hoffe sehr, daß der Vortrag durch Druck zugänglich gemacht wird.¹ Wenn ich Preuß richtig sehe, ist bei ihm das Staatstheoretische mit der

16. 1. 1930 hatte Pechel Heuss versichert, dass „sowohl für den Verfasser wie mich, gerade Ihr Urteil von besonderer Bedeutung sein würde“; BArch, N 1160, I, 73.

³ EDGAR JUNG: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich, Berlin ²1930; die zweite Auflage weist mit 692 Seiten fast den doppelten Umfang der Erstauflage aus dem Jahre 1927 auf; DERS.: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung, Berlin 1927.

⁴ Eine Rezension von Heuss ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Der Volksdeutsche Klub gehörte zum Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, dem Dachverband der Vereine des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Er residierte zusammen mit anderen Organisationen der jungkonservativen Bewegung in der Berliner Motzstraße 22; vgl. D. FENSCH, Schutzbund; A. MOHLER, Konservative Revolution, S. 60.

¹ Carl Schmitt hatte am 19. 1. 1930 seine Antrittsvorlesung an der Berliner Handelshochschule gehalten; der Vortrag erschien gedruckt unter dem Titel CARL SCHMITT: Hugo Preuß. Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatsrechtslehre, Tübingen 1930; bzw. DERS.: Hugo Preuß in der deutschen Staatslehre, in: Die Neue Rundschau 41, H. 3, März 1930, S. 289–303. – Schmitt bedankte sich bereits am 21. 1. 1930 für das „Lob aus dem Munde des maßgeben-

Angrenzung an das Staatsphilosophische ja verhältnismäßig schwach entwickelt. Ich glaube, seine innerste Leidenschaft war die Historie, wie denn auch die literarisch reifste Frucht seiner Arbeit „die Geschichte über die Entwicklung des deutschen Städtewesens“² ist.

Sehr³ wertvoll war mir Ihr Hinweis auf den Juristen Gneist, um so mehr als ich ja in den Vorstudien einer Biographie meines Lehrers und Freundes Friedrich *Naumann* stehe und die geistige Atmosphäre der neunziger Jahre für dessen Entfaltung, im positiven wie im negativen, entscheidend genug gewesen ist. Er ist nun ganz gewiß kein Jurist, aber als Sie, mir sehr zur Freude, den Typus der Labandschen Rechtslehre schilderten,⁴ fiel mir ein, daß doch in ihrem Gedankengang: Integration des industriellen Proletariats in den historischen Staat, Naumanns „Demokratie und Kaisertum“ von 1900,⁵ als Fanal zumindestens, eine nicht bloß biographisch und politisch gedachte Bedeutung behält, sondern auch eine geistesgeschichtliche. Einige Jahre später, in seinem Jahrbuch „Patria“ hat Naumann dann den Gedanken der Verfassungsentwicklung noch einmal breiter aufgenommen.⁶

Mit freundlichen Grüßen

Ihr dankbar ergebener

Theodor Heuss

den Beurteilern“ und versprach, Heuss sobald als möglich einen Abdruck der Rede zukommen zu lassen; BArch, N 1221, 96. Heuss hatte bereits mehrfach über Preuß geschrieben und 1926 Teile des Nachlasses publiziert; vgl. H. PREUSS, Staat.

² HUGO PREUSS: Entwicklungsgeschichte der deutschen Städteverfassung, Leipzig 1906.

³ In der Vorlage von hier bis zum Ende des Absatzes Brief auf der rechten Seite beschädigt; fehlende Wörter von unbekannter Hand hs. ergänzt.

⁴ Paul Laband gilt als der führende Staatsrechtler des Deutschen Kaiserreichs; seine Rechtslehre war von staatsrechtlichem Positivismus und Begriffsjurisprudenz geprägt; vgl. W. PAULY, Laband. – Schmitt charakterisierte Labands Rechtslehre als „Legitimierung des gouvernementalen *status quo* und Evasion vor politischen Schwierigkeiten“; C. SCHMITT, Hugo Preuß in der deutschen Staatslehre, S. 290.

⁵ FRIEDRICH NAUMANN: Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik, Berlin-Schöneberg 1900. Für Schmitt verband sich weniger mit Laband als mit Rudolf Gneist die Idee einer Integration neuer sozialer Schichten in den bestehenden Staat; vgl. C. SCHMITT, Hugo Preuß in der deutschen Staatslehre, S. 295.

⁶ FRIEDRICH NAUMANN: Die Umwandlung der deutschen Reichsverfassung, in: Patria. Jahrbuch der Hilfe 1908, S. 81–105.

Nr. 149

An Ernst Ludwig Heuss, [Holzminden]

24. Januar 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Abiturprüfung von Ernst Ludwig Heuss; Regierungseintritt der DDP in Württemberg

Lieber Bub,

in meiner Jugend begann die Popularisierung der Oper des französischen Komponisten Bizet, Carmen, die gerade ein paar Jahre vorher Nietzsche als wahre Musik gegen Richard Wagners schweren Schwulst pointiert hatte.¹ Dort heißt ein wiederholtes Motiv: Auf in den Kampf Torero, Stolz in der Brust, siegesbewußt. Ich denke, daß Du die Melodie auch kennst, und empfehle Dir ihre erfrischende Repe-tition, weil in ihrer heiteren Beschwingtheit auch Suggestives liegt.²

Die Rm. 20,-- und das erbetene Buch lege ich bei.³ Hoffentlich hast Du nicht vergessen, daß morgen der Geburtstag der Mutter ist, denn Deine Karte vermerkt nichts darüber.

An Fritz Schneider will ich sicher noch einmal schreiben.⁴ Es ruht aber eine Anzahl von Briefen noch unerledigt, weil es an drangvoller Beschäftigung nicht fehlte.

Die württembergische Regierungsbildung⁵ ist mir selber eine Überraschung gewesen. Ich muß mir ihren Verlauf durch Briefe und Telephone mit Stuttgart und Heilbronn rekonstruieren und habe dabei das wachsende Gefühl, daß Bruckmann technisch recht schlecht verhandelt hat. Er hätte dann bei der Schlußent-scheidung 105:97 den Eintritt in die Regierung nicht vollziehen dürfen, weil die Gewichtslage zu knapp ist.⁶ Eine solche Wendung kann man nur machen, wenn

¹ FRIEDRICH NIETZSCHE: Der Fall Wagner. Ein Musikanten-Problem, in: Kritische Studienausgabe, hg. von GIORGIO COLLI / MAZZINO MONTINARI, Bd. 6, München 1988, S. 9–53; die Schrift war erstmals 1888 erschienen.

² Vgl. H. MEILHAC / L. HALÉVY, Carmen, S. 39 (Lied des Toreros Escamillo). Ernst Ludwig Heuss absolvierte im Januar 1930 die schriftliche und im Februar 1930 die mündlichen Abiturprüfungen erfolgreich.

³ Ernst Ludwig Heuss hatte ein Exemplar von THEODOR HEUSS: Führer aus deutscher Not. 5 poli-tische Porträts, Berlin 1928, erbeten, um es einem Klassenkameraden zu schenken; Ernst Ludwig Heuss an Heuss, 23. 1. 1930, in: FA Heuss, Basel.

⁴ Ein entsprechendes Schreiben ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Die württembergische DDP war im Januar 1930, trotz starker Vorbehalte gegen den Kultusminis-ter Wilhelm Bazille (Bürgerpartei/DNVP), zusammen mit der württembergischen DVP über-raschend in die rechtsgerichtete württembergische Regierung eingetreten; Reinhold Maier hatte das Amt des Wirtschaftsministers übernommen.

⁶ Der Vertretertag der württembergischen DDP hatte die Regierungsbeteiligung am 19. 1. 1930 nur mit einer knappen Mehrheit von 105 zu 97 Stimmen gebilligt; vgl. FZ, Nr. 51, 20. 1. 1930.

man Zweidrittel oder Dreiviertel der Partei hinter sich hat, und nicht, wenn die geistig hervorragendsten Leute der Fraktion selber wie Hieber und Scheef auf der anderen Seite stehen. Daß ein Teil der Jüngeren auf Regierungsteilnahme ausging, finde ich an sich nicht verwerflich. Es mußte nur dann vor längerer Zeit schon der Kampf gegen Bazille umgestellt⁷ werden und mit der Sozialdemokratie Händel angefangen werden. Was jetzt in Württemberg werden wird, ist mir so unklar, wie offenbar den Leuten selber.

Mit herzlichen Grüßen
Dein Vater

Theodor Heuss

Nr. 150

An Dr. Peter Bruckmann, Heilbronn am Neckar

30. Januar 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 75: ms. Schreiben, Durchschlag; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Reaktionen auf den Regierungseintritt der DDP in Württemberg

Lieber Freund,

als gestern Deine Sendung kam,¹ habe ich sofort bei Gertrud Bäumer angerufen und festgestellt, daß sie auf Grund der Unterhaltung, die ich neulich telephonisch mit ihr gepflogen hatte (sie wollte von mir Informationen über Württemberg haben), schließlich doch davon Abstand genommen hat, für die nächste Nummer der „Hilfe“ den geplanten Aufsatz über Württemberg zu schreiben. Erkelenz, ihr Mitherausgeber, hatte sie um einen solchen Aufsatz gebeten, da er bei ihr eine größere Vertrautheit mit den württembergischen Menschen und Dingen voraussetzte. Nun wird nach ihrer Darstellung in der nächsten Nummer der „Hilfe“, die gestern schon umbrochen und im Druck war, vermutlich Erkelenz eine Glosse im Notizenteil geschrieben haben, die anscheinend nicht zu der materiellen Frage der Regierungsbeteiligung Stellung nimmt, sondern feststellt, daß Ihr nicht mit Berlin Euch in Verbindung gesetzt habt (was mir hier dauernd vorgeworfen wird), und zweitens, daß die knappe Mehrheit auf dem Vertretertag nicht als genügende Basis einer solchen Wendung hätte angenommen werden sollen. Sie

⁷ Vermutlich gemeint: „eingestellt“.

¹ Bruckmann an Heuss, 28. 1. 1930, in: BArch, N 1221, 75. Bruckmann hatte Heuss in seinem Brief gebeten, Bäumer von einem Aufsatz in der „Hilfe“ über die Regierungsbildung in Württemberg solange abzuhalten, bis sie ein erläuternder Brief von Bruckmann erreicht habe.

kannte die Formulierung selber im Einzelnen noch nicht, hatte aber in dieser Richtung mit Erkelenz sich unterhalten.²

Als die Nachricht vom Vertretertag³ hierher kam, befand ich mich in einer etwas ungeschickten Situation: daß alle Leute mich frugen, welches die sachlichen Voraussetzungen Eures Verhandeln und Eurer Entschließung gewesen seien, und ich mußte dann immer antworten, daß am 5. und 6. Januar⁴ kein Mensch mit mir über den Stand der württembergischen Dinge geredet hat, nämlich auch von der Gruppe, die gegen die Beteiligung war, hat mich niemand weiter unterrichtet oder befragt. Ich will darüber nicht nachträglich den Gekränkten spielen. Aber als mich am 17. abends Günzler telephonisch um ein telegraphisches Votum an den Vertretertag bat, habe ich es abgelehnt, weil ich mich [nicht] in eine von mir selber weiter nicht abzuprüfende und zu beeinflussende Versammlungssituation bloß mit dem geschriebenen Worte begeben wollte.

In der Zwischenzeit ist mir durch ein paar Briefe⁵ und Telephongespräche der Vorgang deutlicher geworden, und ich habe Eure Haltung jetzt den hiesigen Menschen gegenüber auf die Formel gebracht, daß Ihr aus gesamtpolitischen Gründen erstens dafür sorgen wolltet, daß im württembergischen Bewußtsein nicht die agrar-klerikale Herrschaftsposition als etwas unabänderliches sich festige.⁶ Das sei vor allem auch das Bedürfnis einer eigenen Aktivität bei der Generation, die jetzt um [die] 40 herum ist und die ihr Leben [nicht] in die Opposition gebunden wissen will. Zweitens: Ihr hättet für die reichspolitischen Entscheidungen Württemberg aus der etwas unwürdigen Situation herausmanövrieren wollen in der 2:2 Haltung der Minister mit dem gesamtpolitischen Nachdruck, daß Württemberg hier nicht an die Seite Bayerns zurückrutsche.⁷

² [ANTON ERKELENZ]: Ein schwäbischer Seitensprung, in: Die Hilfe 36, Nr. 5, 1. 2. 1930, S. 103; darin heißt es u. a.: „Ein Vorbild dafür, wie man nicht Koalitionspolitik machen soll, haben leider die württembergischen Demokraten gegeben. Auf dem Dreikönigstag, wo alljährlich die Parolen der württembergischen Demokratie ausgegeben werden, wurden weder Anträge gestellt, noch Beschlüsse gefaßt, die sich auf die württembergische Landespolitik bezogen, und nur zehn Tage später wurde plötzlich auf einem neuen Vertretertage, mit einer Mehrheit von nur vier Stimmen, der Eintritt in das Kabinett Bolz-Bazille beschlossen. [...] Niemand weiß, warum es in Württemberg auf einmal so eilte, daß man nicht einmal die Berliner Parteileitung benachrichtigen oder einladen konnte, niemand sieht auch die sachliche Notwendigkeit des demokratischen Anschlusses an die bisherige Rechtskoalition ein.“

³ Vgl. Nr. 149, Anm. 6.

⁴ Heuss hatte Anfang Januar 1930 am traditionellen Dreikönigstreffen der württembergischen DDP in Stuttgart teilgenommen und dort die Festansprache gehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684; DEMOKRAT 11, Nr. 2, 20. 1. 1930, S. 40.

⁵ Dürr an Heuss, 22. 1. 1930, in: BArch, N 1221, 55; Hopf an Heuss, 27. 1. 1930, ebd., 57.

⁶ Seit 1924 regierte in Württemberg eine Koalition aus Zentrum, Bürgerpartei/DNVP und Bauern- und Weingärtnerbund, seit 1928 nur noch als Minderheitsregierung; vgl. Nr. 123, Anm. 3.

⁷ Das württembergische Kabinett bestand bis zum Januar 1930 aus jeweils zwei stimmberechtigten Ministern des Zentrums (Eugen Bolz, Josef Beyerle) und der Bürgerpartei/DNVP (Wilhelm Bazille, Alfred Dehlinger). Durch die Erweiterung des Kabinetts um einen Minister der DDP

Ich hoffe nun sehr, daß die Beruhigung innerhalb der Partei in einiger Zeit eingetreten sein wird, vor allem, wenn Reinhold Maier das Wirtschaftsministerium sichtbar gemacht haben wird.⁸ Ob Ihr die Partei psychologisch in den vorangegangenen Wochen stärker hättet vorbereiten können, von Bazille etwas wie eine sichtbare Genugtuung erhalten,⁹ mit den Sozialdemokraten irgend einen Krach hättet machen können, wage ich natürlich hinterher nicht recht festzustellen. Es ist sehr schwer etwas zu sagen, wenn man außerhalb gewesen ist; bloß Dir darf ich in alter Freundschaft und Offenheit sagen, daß Du bei dem Stand der Dinge die entzückende Rede vom 5. abends über die Regierungsbildung nicht hättest halten dürfen, wenn Ihr in den Verhandlungen doch, wie mir scheint, recht weit gewesen seid.¹⁰ Wenn ich mich in die Seele eines entweder ganz einfachen oder eines mißtrauischen Parteifreundes setze, so wird er der Empfindung nicht fern sein, daß Du an diesem Abend etwas Schindluder mit ihm getrieben hättest. Das war wenigstens meine sichtbarste Reaktion, als ich die Nachricht erhielt, obwohl ich mich weder für primitiv noch für mißtrauisch halte: wie konnte Bruckmann, wenn er davor stand, von der Partei eine so wichtige Entscheidung zu fordern, vorher den ganzen Komplex in einem Ulk zeigen. Vielleicht taxiere ich falsch. Aber diese Rede muß, glaube ich, so lustig sie war, sehr vergessen werden.

Die Sitzung des Gesamtvorstandes der Partei ist jetzt auf den 8. vorverlegt worden.¹¹ Wie Staatssekretär Oscar Meyer mir gestern sagte, ist die Regierungs-

(Maier) konnte Staatspräsident Bolz gegen die Stimmen der beiden Bürgerpartei/DNVP-Minister die Zustimmung Württembergs zum Gesetzentwurf über die Haager Konferenz (Youngplan) im Reichsrat sicherstellen; vgl. W. BESSON, Württemberg, S. 75–79. – Die bayerische Staatsregierung lehnte den Youngplan ab; sie beantragte in der entscheidenden Sitzung des Reichsrats am 5. 2. 1930 eine Vertagung der weiteren Verhandlungen über den Youngplan, bis flankierende Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden zur Beratung vorlägen. Der Reichsrat stimmte dem Entwurf eines Gesetzes über die Haager Konferenz 1929/30 jedoch noch am gleichen Tag mit 48 gegen 6 Stimmen bei Stimmenthaltung Bayerns und Mecklenburg-Schwerins zu; NIEDERSCHRIFTEN ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES REICHSRATS 1930, S. 22–28; vgl. K. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, S. 232–237.

⁸ Vgl. das Glückwunschsreiben von Heuss an Maier vom 21. 1. 1930 anlässlich seiner Berufung zum Wirtschaftsminister, in: BArch, N 1221, 58.

⁹ In der Vorlage: „zu erhalten“.

¹⁰ Am 5. 1. 1930 hatte Bruckmann dem in Stuttgart versammelten Vertretertag der württembergischen DDP lediglich über die Verhandlungen mit der württembergischen DVP berichtet, die auf ein näheres Zusammengehen beider Parteien abzielten. Der Wortlaut der Rede ließ sich nicht ermitteln. – In seiner Antwort entgegnete Bruckmann, zum Zeitpunkt seiner Rede habe ein Regierungseintritt noch nicht ernstlich zur Debatte gestanden; erst am 13. 1. habe man mit der württembergischen Regierung über einen Eintritt der DDP verhandelt. Hintergrund sei der Wunsch gewesen, einen alleinigen Regierungseintritt der DVP zu verhindern und mit Maier einen Vertreter der DDP als Wirtschaftsminister durchzusetzen; Bruckmann an Heuss, 3. 2. 1930, in: BArch, N 1221, 75.

¹¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Vorstandes der DDP vom 8. 2. 1930, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 522–527; in der Sitzung verteidigte Bruckmann den Regierungseintritt der württembergischen

bildung in Württemberg als zweiter Punkt der Tagesordnung angesetzt. An erster Stelle steht die Regierungsbildung in Preußen.¹² Er teilte mit, daß Du und wohl auch Reinhold Maier dazu eine Einladung erhalten würdet. Nach einer Vorbesprechung, die in dem geschäftsführenden engeren Vorstand stattgefunden hat,¹³ stellt man sich die Erledigung ungefähr so vor: daß der Parteivorstand erklärt, er sei nicht zugezogen gewesen und wenn er zugezogen worden wäre, hätte er erhebliche Bedenken geltend gemacht. So ungefähr lautete die Formulierung von Meyer und meiner Unterhaltung mit ihm.¹⁴ Ob die Besprechung eine andere Wendung nehmen wird, weiß ich nicht. Aber ich wollte Dir dies doch schreiben.

Hier hat natürlich, ähnlich wie in Württemberg, Payers Haltung¹⁵ einen sehr starken Eindruck gemacht. Payer soll, wie mir Frau Bäumer vor einigen Tagen sagte, an Koch auch geschrieben haben, daß er eine Vertiefung des Gegensatzes von Berlin aus nicht wünsche.¹⁶ Ich hoffe, daß Dein Brief an Payer sowohl bei ihm atmosphärisch gut wirkt, wie die Kopie wohl auch hier Koch einiges verdeutlichen konnte.¹⁷ Ich nehme an, daß Payer sich eben auch so überrascht fühlte. Ich war am 7. I. fast sechs Stunden lang bei ihm, um mir für die historische Reichskommission Geschichten erzählen zu lassen.¹⁸ Dabei wurde auch kein Wort über die württembergische Politik geredet.

So viel für heute. Wieland ist leider wieder in Pontresina, was ich ihm sehr gönne. Aber in der Fraktion beklagt man sich, daß seine Passivität die Beziehung zu Württemberg so geschwächt habe.

DDP unter Hinweis auf die starke DDP-Anhängerschaft innerhalb der württembergischen Wirtschafts- und Handwerkskreise.

¹² Die seit Oktober 1929 laufenden Verhandlungen über einen Eintritt der DVP in die preußische Regierung waren erfolglos geblieben; allerdings wurde der der DDP nahestehende Kultusminister Becker Ende Januar 1930 durch den Sozialdemokraten Adolf Grimme ersetzt; ebd., S. 522f.

¹³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der DDP vom 23. 1. 1930, ebd., S. 521.

¹⁴ Der entsprechende Passus in der von Meyer eingebrachten und vom Parteivorstand mehrheitlich angenommenen Resolution lautet: „Der Eintritt der Deutschen Demokratischen Partei in die württembergische Regierungskoalition ist ohne Fühlungnahme mit der Parteileitung erfolgt. Die Parteileitung hätte sonst ihre Bedenken, insbesondere kulturpolitischer und persönlicher Art, geltend gemacht.“ Ebd., S. 527; die Bedenken richteten sich im Wesentlichen gegen den württembergischen Kultusminister Bazille.

¹⁵ Von Payer trat am 20. 1. 1930 aus Protest gegen ihren Regierungseintritt aus der württembergischen DDP aus; von Payer an die DDP Württemberg, 20. 1. 1930, in: BArch, N 1012, 104. Die Austrittserklärung wurde kurz darauf in der Presse veröffentlicht; FZ, Nr. 58, 22. 1. 1930. Gleichzeitig trat von Payer der DDP als Reichsmitglied bei; Reichsgeschäftsstelle der DDP an von Payer, 6. 2. 1930, in: BArch, N 1020, 33.

¹⁶ Im Nachlass Koch-Weser hat sich lediglich der Durchschlag eines Antwortbriefes erhalten; Koch-Weser an von Payer, 28. 1. 1930, in: BArch, N 1012, 104.

¹⁷ Bruckmann hatte in einem Schreiben vom 22. 1. 1930 an Koch-Weser den Schritt der württembergischen DDP verteidigt und Koch-Weser seinen Brief an von Payer vom gleichen Tag zur Kenntnis übersandt; BArch, N 1012, 104.

¹⁸ In der Vorlage: „Geschichten zu erzählen“; zu Heuss' Befragung von von Payer vgl. Nr. 146.

Von Elly und mir ist weiter nichts zu berichten. Lulu¹⁹ sitzt zur Zeit im Schriftlichen des Abiturs. Deinem Brief lag versehentlich der beifolgende Notizzettel bei, von dem ich nicht weiß, ob er für Dich noch Bedeutung hat. Er geht deshalb zurück.

Mit herzlichen Grüßen
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 151

An Dr. Erich Koch-Weser, Berlin

8. April 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1012, 92: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹
Bestrebungen, Philipp Wieland zur vorzeitigen Aufgabe seines Reichstagsmandats zu veranlassen

Verehrter Herr Kollege,

als ich in der vergangenen Woche in Württemberg war, um im Zusammenhang mit einem Familienfest dort vier politische Versammlungen abzuhalten,² hat Bruckmann mich in Heilbronn von sich aus auf die Mandatfrage angesprochen, an Ihre Rede bei der letzten Vorstandssitzung³ erinnert und zum Ausdruck gebracht, daß in letzter Zeit auch aus Reihen der württembergischen Industrie wiederholt Äußerungen gemacht wurden, daß Wielands Vertretung von Württemberg nicht mehr ganz dem entspreche, was erwünscht sei. Er, Bruckmann, suche nur nach einem Anlaß, der von außen kommen müsse, um die Frage im württembergischen Vorstand aufzunehmen. Von Württemberg aus wollen sie die erste Initiative offen-

¹⁹ Kosenamen für Ernst Ludwig Heuss.

¹ Am Ende des Briefs Vermerk durch Koch-Weser: „Stephan Besprech“; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag. Einen Brief ähnlichen Inhalts hatte Heuss zuvor an Oscar Meyer gerichtet, der Heuss mit seinem Anliegen aber an Koch-Weser verwiesen hatte; Meyer an Heuss, 5. 4. 1930, in: BArch, N 1221, 59.

² Am 25. 3. hatte Heuss in Stuttgart für die Reichszentrale für Heimatdienst einen Vortrag über „Probleme der deutschen Innenpolitik“ gehalten; am 26. 3., 27. 3. und 28. 3. 1930 hatte er in Neuenburg, Stuttgart und Nürtingen zur politischen Lage gesprochen; vgl. Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

³ Auf der Sitzung des Vorstands der DDP vom 8. 2. 1930 hatte Koch-Weser seine Kritik am Regierungseintritt der württembergischen DDP in das Kabinett Bolz-Bazille mit dem Ausscheiden von Heuss aus dem Reichstag in Verbindung gebracht: „Seitdem wir Herrn Heuss nicht mehr im Parlament haben, sind die Stricke nach Württemberg in bedauerlicher Weise gerissen. Diese Verbindung muß wieder angeknüpft werden, das sollte die Lehre sein, die uns der Vorfall gibt.“ LINKSLIBERALISMUS, S. 526.

bar nicht ergreifen, weil sie fürchten, daß dann eine Verstimmung entstehen könnte. Sie sind in ein paar Städten ja mit der Auswirkung des Regierungseintritts⁴ noch nicht fertig, wenn es ihnen auch unzweifelhaft gelungen ist, in den Schulfragen⁵ und im innerwürttembergischen Finanzausgleich⁶ schon spürbaren Einfluß zu gewinnen.

Ich war mit Bruckmann darüber einig, daß es erwünscht wäre, wenn schon vor dem natürlichen Ende des Reichstags⁷ über die nächsten Kandidaturen Gewißheit bestünde, und daß, falls die Resignation von Wieland festgestellt ist, man ihm nahelegt, schon vor dem endgültigen Ende zurückzutreten, damit der Wahlkreis von mir noch vorher etwas durchpflügt werden kann. Ich habe ja in den letzten zwei Jahren die Verbindungen nie aufgegeben und das völlige agitatorische Versagen Wielands einigermaßen auszugleichen versucht. Das ist aber natürlich schon aus finanziellen Gründen ein sehr kümmerlicher Ersatz.

Die kritische Situation, die den Bestand des gegenwärtigen Reichstags bedroht,⁸ hat mich nun veranlaßt, im Sinne der Bruckmannschen Anregung einen Brief zu entwerfen, den Sie ihm vielleicht schreiben können. Ich glaube, er ist so gehalten, daß er nicht als eine Illoyalität gegenüber Wieland angesehen werden kann, sondern als Bedürfnis der Parteileitung, verhältnismäßig früh zu Klärungen über die Situation in den einzelnen Wahlkreisen zu kommen. Ich erlaube mir, Ihnen einmal den Entwurf zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Anlage.⁹

⁴ Vgl. Nr. 149 und Nr. 150.

⁵ Die Beratungen innerhalb des württembergischen Staatsministeriums zum Landesschulgesetz und zur Volksschullehrerbildung, den beiden wichtigsten Gesetzesvorhaben im Bereich des württembergischen Kultministeriums, waren im Frühjahr 1930 noch nicht abgeschlossen; VERHANDLUNGEN DES LANDTAGS WÜRTTEMBERG 3, S. 2311–2313, 2325 (Sitzung vom 27. 3. 1930). Auf der Sitzung des Landesausschusses der württembergischen DDP am 31. 5. 1930 wurde die Einigung über das achte Schuljahr als Erfolg der Teilnahme der DDP an der württembergischen Regierung gewürdigt; vgl. DEMOKRAT 11, Nr. 12, 20. 6. 1930, S. 288.

⁶ Aufgrund der Proteste zahlreicher Oberbürgermeister zog die württembergische Regierung im Februar 1930 einen Gesetzentwurf des Finanzministers zurück, der die Landgemeinden im interkommunalen Lastenausgleich bessergestellt hätte; vgl. W. BESSON, Württemberg, S. 83–86.

⁷ Die reguläre Sitzungsperiode des am 20. 5. 1928 gewählten Reichstags endete 1932; der Reichstag wurde jedoch am 18. 7. 1930 durch Verordnung des Reichspräsidenten vorzeitig aufgelöst; RGBl. 1930 I, S. 299.

⁸ Nach dem Rücktritt des Kabinetts Müller am 27. 3. hatte sich am 30. 3. 1930 das Kabinett Brüning gebildet. Es verfügte über keine parlamentarische Mehrheit mehr, sondern stützte sich auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten.

⁹ Liegt dem Schreiben bei; der Entwurf wurde mit geringfügigen Änderungen von Koch-Weser am 15. 4. 1930 an Bruckmann übersandt; BArch, N 1012, 104. Darin heißt es u. a.: „Ich darf Ihnen

Nr. 152

An Dr. Gustav Stolper und Dr. Toni Stolper, Cap d'Ail, Frankreich, Eden-Hotel
16. April 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Artikel für den „Deutschen Volkswirt“; Finanzierung des Hauskaufs

Liebe Freunde,

meine braven Absichten, die Sachsallee¹ zu überwachen, habe ich bisher nur telephonisch durchgeführt, weil zum einen allerhand Arbeit immer vorlag und zum anderen das Wetter in den letzten Tagen sehr wenig dazu verführte, in den Garten zu gehen. Um so eifriger habe ich im Volkswirt getobt mit allerhand Glossen, wobei ich mich „gesund“ mache und Euch zu ruinieren drohe.² Gestern hat mich nun Landauer³ noch aus dem Handgelenk verurteilt, weil Klepper ihn mit irgend einem Aufsatz im Stich gelassen hat, den politischen Leitartikel zu schreiben, was ich dann auch mit einiger Hast getan habe,⁴ aber so, daß ich selber weniger befriedigt bin von dem Ergebnis als Landauer; denn da ich den späten Nachmittag und Abend fest besetzt hatte, blieben zum Niederschreiben nur 2½ Stunden, wobei ich auch mit keinem Menschen vorher über den Gang der Dinge und die intimeren Spannungen reden konnte. Der Aufsatz ist dann mehr ein Spaziergang

gegenüber zum Ausdruck bringen, ohne daß dies eine Illoyalität gegenüber dem Kollegen Wieland ist, daß uns die Vertretung Württembergs im Reichstag in der Richtung seit geraumer Zeit Sorge macht, dass die höchst lebendigen Wechselbeziehungen, die gerade zwischen diesem Land und der Reichspolitik früher vorhanden waren, matter und vielfach unwirksam geworden sind. [...] Denken die Württembergischen Freunde daran, eine jüngere Kraft mit ihrer Vertretung zu betrauen, so ist vielleicht mit Dr. Wieland darüber von Ihnen aus zu sprechen, ob er ein halbes oder ein Jahr vor dem Schluß der Legislaturperiode zurücktritt, um seinem Nachfolger auf der Liste außerhalb der Wahlbewegung zu ermöglichen, den Wahlkreis agitatorisch aufzulockern. Ich übersehe nicht im einzelnen, ob die persönlichen Beziehungen Ihres früheren Abgeordneten Dr. Heuss zur württembergischen Partei durch den Mißerfolg von 1928 gelitten haben, glaube aber, daß dies nicht der Fall ist; denn ich höre aus der Geschäftsstelle, daß Dr. Heuss von Zeit zu Zeit seinen alten Wahlkreis besucht und die reichspolitische Berichterstattung aufrecht erhält, soweit ihm das möglich ist. Daß wir Heuss selber nicht nur in der Fraktion vermißt haben, sondern daß er auch einer der Abgeordneten war, die in ganz Deutschland, zumal auf Bezirksparteitagen, zur Vertretung der Gesamtpartei zur Verfügung standen, brauche ich Ihnen nicht darzustellen.“ Heuss erhielt einen Durchschlag des Schreibens zur Kenntnisnahme; BArch, N 1221, 75. Am 8. 5. 1930 bedankte sich Bruckmann für den Brief bei Koch-Weser, der ihm den Anlass gebe, jetzt an Wieland heranzutreten; BArch, N 1012, 104.

¹ Die Familie Stolper wohnte in der Sachs-Allee 25 in Berlin-Dahlem.

² Nach der Ausschnittsammlung im NL Heuss (BArch, N 1221, 43) stammen im betreffenden Heft drei Glossen von Theodor Heuss; [THEODOR HEUSS]: Saar, in: DVW 4, H. 29, 17. 4. 1930, S. 968f; [DERS.]: Seipel und Schober, ebd., S. 971f; [DERS.]: Prozeß Ulitz, ebd., S. 972.

³ Carl Landauer war Redakteur beim „Deutschen Volkswirt“..

⁴ THEODOR HEUSS: Brünings Sieg. Betrachtungen nach der Schlacht, ebd., S. 975–977.

geworden, der einige Erfahrungen und Eindrücke auf Formeln bringen will, ohne eine starke Markierung. Wir hatten uns natürlich auch klar gemacht, daß wir den Volkswirt nicht irgendwie ohne Dich sehr akzentuiert festlegen könnten gegenüber den Regierungen und ihrem Versuch.⁵ Zu den Steuern habe ich selber nichts gesagt; das wollte, glaube ich, Landauer noch in einer Glosse besorgen.⁶



Abb. 21: Wohnsitz der Familie Heuss in der Kamillenstraße 3, Berlin-Lichterfelde-West, 1930–1943

Der Montag der Abstimmungen hat die Leute hier offenbar sehr aufgeregt. Ich möchte nicht in der Haut von Oscar Meyer gesteckt haben, der acht Tage vorher stillvergnügt mit seiner Familie nach Sizilien fuhr und unauffindbar blieb; das Abitur seines Sohnes hätte, wo es fast auf jede Stimme ankam, ein teurer Spaß werden können.⁷

⁵ Gemeint ist vermutlich das am 30. 3. 1930 neugebildete Kabinett Brüning.

⁶ [CARL LANDAUER]: Die neuen Steuern, ebd., S. 967f.

⁷ Der Reichstag hatte in seiner Sitzung vom 14. 4. 1930 über den Gesetzentwurf über Zolländerungen und die damit verbundenen Steuergesetze abgestimmt. Einige Steuergesetze wie z. B. das Mineralwassersteuergesetz waren nur mit einer sehr knappen Stimmenmehrheit angenommen worden; RT-Bd. 427, S. 4963–5011.

Heute hatte mich Treviranus mit Lindeiner, v. Sybel, Hoff und ein paar Leuten zu einem Frühstück aufgefordert. Er will den Versuch machen, einen überfraktionellen Mittagstisch des mittleren Alters herzustellen. Ich habe grundsätzlich mich bereit erklärt, mitzumachen; was dabei herauskommt, ist mir noch undurchsichtig.

Von Badenweiler⁸ kommen gute Nachrichten. Die Gewichtsabnahme ist noch nicht ganz nach Wunsch; Lulu⁹ scheint in der Hauptsache fest auszuschlafen. Was die Franzosen doch für Hämmel sind, ergibt sich aus folgendem Abenteuer des Buben: er hatte in seinem Koffer Trotzki's Lebensgeschichte¹⁰. Der Straßburger Zollbeamte ließ das Buch nicht durchgehen, und der Junge mußte nach Kehl zurück, um es mit der Post nach Badenweiler zu schicken!

In der Wohnungsgeschichte¹¹ habe ich jetzt von Herrn Höche ein Gutachten eingefordert. Das Angebot steht jetzt bei Rm. 48.000,--. Ich würde jetzt gern Deinen Rat haben, welche Wege der Finanzierung die Besten sind. Der Preis wird von einer Reihe von Leuten, die ich frug, für nicht zu hoch gehalten, da die Lage sehr günstig ist. Jetzt kommt es nur darauf an, wie ich das Geld kriege. Ich habe bei den württembergischen Bausparern wegen einer detaillierten Berechnung angefragt. Wildermuth hat mich auch beraten. Die Schwierigkeit ist, soweit ich sehe, die, wie ich über die nächsten zwei Jahre wegkomme, weil der gegenwärtige Besitzer Rm. 20.000,-- Barzahlung wünscht und den Rest zunächst für ein Jahr mit 8 % stehen lassen will. Der Versuch, Hermann Geiger zu gewinnen, ist mißglückt. Er schreibt mir, daß er ein Verlustjahr hinter sich hat und im Augenblick mit seinen Geldern ziemlich festgelegt ist. Ich weiß nicht recht, ob ich mich an jemanden und an wen ich mich wenden soll, der mir einen nicht zu teuren Überbrückungskredit gibt zu der Anzahlung, bis bei den Bausparern die sogenannte Zuteilung erfolgt. Ich schreibe Dir das nicht etwa in der Erwartung, daß Du mir ausführliche briefliche Beratungen gibst, sondern, daß Du Dir vielleicht in einer freien Stunde die Geschichte mitüberlegst. Mit Katz will ich das nicht besprechen. Ich war am Sonntag abend bei ihm und fand ihn zum ersten Mal innerlich frei. Das Steigen der 8 %igen Goldpfandbriefe scheint medizinisch gut gewirkt zu haben.

⁸ Kurort von Heuss-Knapp.

⁹ Kosenamen für Ernst Ludwig Heuss.

¹⁰ LEO TROTZKI: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930; Heuss hatte eine Rezension dazu verfasst: THEODOR HEUSS: Trotzki, in: Die Hilfe 36, Nr. 10, 8. 3. 1930, S. 257–261.

¹¹ Die Familie Heuss plante seit dem Frühjahr 1930, ein Einfamilienhaus im Südwesten von Berlin zu kaufen. Das Haus in der Kamillenstraße 3, für das sich die Familie Heuss schließlich entschied, wurde jedoch vorerst nur gemietet und erst 1937 käuflich erworben; vgl. Heuss an Heuss-Knapp, 5. 5. 1937, in: FA Heuss, Basel.

Hoffentlich habt Ihr die Reise ohne Fährnisse gesundheitlicher Art für Toni gut zurückgelegt und seid jetzt gut untergekommen. Herr Mischel hat mir heute mitgeteilt, daß Ihr in der Nähe von Monaco und nicht bei Biarritz gelandet seid.

Ich selber fahre morgen zu Dohrn nach Hökendorf,¹² obwohl das Wetter im Augenblick nicht sehr verlockend ist. Aber wenn ich hier sitzen bleibe, komme ich überhaupt nicht aus der Bude heraus.

Viel schöne Grüße

Euer

Theodor Heuss

Nr. 153

An Dr. Eugen Schneider, Stuttgart

30. April 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

WLB, Cod. hist. 4° 624, VII: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Bitte um Literaturhinweise für ein Buchprojekt von Walter von Molo

Verehrter, lieber Freund,

heute komme ich mit einer etwas eigentümlichen Bitte: vor einigen Tagen war der mir seit Jahren mehr oder weniger befreundete Dichter Walter von *Molo* ein paar Stunden bei mir,¹ der in den Vorstudien eines „Romanes“ über Friedrich List steckt. Aber es soll kein eigentlicher Roman werden, sondern ein möglichst lebendiges Volksbuch, das List in seiner Zeit zeigt.² Aus der Unterhaltung habe ich den Eindruck gewonnen, daß er sich auf List selber eine menschlich sehr lebendige Vorstellung aus den Werken und Schicksal schon gemacht hat. Aber nun wollte er gern von mir beraten sein über zeitgenössische Literatur und Quellen, bezw. Darstellungen, die von dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bild des schwäbischen Vormärz eine Vorstellung geben. Am liebsten wären ihm zeitgenössische Chroniken, aber auch vielleicht biographische Darstellungen von Wangenheim, Maucler u. and[eren]. Ich habe ihn natürlich auf Deine Schriften verwiesen,³ aber ihm zugesagt, daß ich mich auch sonst ein bißchen umhören

¹² Boguslav Dohrn bewirtschaftete ein landwirtschaftliches Gut in Hökendorf bei Stettin.

¹ Von Molo und Heuss waren sich erstmals 1917 auf einer von dem Verleger Diederichs organisierten Tagung auf der Burg Lauenstein begegnet; vgl. H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 285–288.

² WALTER VON MOLO: *Ein Deutscher ohne Deutschland. Ein Friedrich List-Roman*, Berlin/Wien/Leipzig 1931.

³ Vgl. u. a. EUGEN SCHNEIDER: *Württembergische Geschichte*, Stuttgart 1896; DERS. (Hg.): *Ausgewählte Urkunden zur Württembergischen Geschichte*, Stuttgart 1911; DERS.: *Abriß der württembergischen Geschichte*, Stuttgart 1915.

will. Er möchte möglichst plastisch auch den Übergang der neuwürttemberger Gebiete und das neue Königreich zeigen,⁴ also gern etwas von der Technik der Verwaltungen, vom „Schreiberwesen“ lesen. Kannst Du mir ein paar Sachen nennen? Ich würde Dir sehr dankbar sein, da ich meine, man muß Molo unterstützen. Er fühlt sich selber übrigens halb als Schwabe, da seine Familie aus Kempten stammt, wenn er auch in Österreich aufgewachsen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dein dankbarer

Theodor Heuss

Nr. 154

An Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig

9. Mai 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1215, 35a: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Werdegang von Max Maurenbrecher; Verhältnis von Max Maurenbrecher zu Friedrich Naumann

Lieber Freund,

schönen Dank für Ihre Karte.¹ Ich wollte nun nicht Sie weiter mit dem Republikbuch² gequält wissen, sondern eben nur von Steinberg eine Nachricht haben, wie die Situation sich darstellt, denn er hatte bei der Rückgabe des Manuskriptes seinerzeit mitgeteilt, daß ein Rechtsanwalt sich bemüht, für die Honorare etwas aus der Masse zu gewinnen. Ich will jetzt den Versuch machen, die Würdigung von Preuß der Zeitschrift für Politik anzuschmieren.³ Mit der Neuen Rundschau, an die ich ursprünglich dachte, wird nichts zu machen sein, da Professor Carl Schmitt dort neulich seinen Vortrag in der Berliner Handelshochschule über „die Stellung von Preuß in der Staatsrechtslehre“ veröffentlicht hat.⁴

⁴ Als „Neu-Württemberg“ wurden die Württemberg im Vertrag mit Frankreich vom 20. 5. 1802 und im anschließenden „Hauptschluß der außerordentlichen Reichsdeputation“ vom 25. 2. 1803 zugesprochenen Territorien bezeichnet, die aus zahlreichen Stiften, Abteien, Klöstern und Reichsstädten bestanden und das Herzogtum um 120.000 Untertanen vergrößerten. Ende 1805 erhielt Württemberg von Frankreich ferner große Teile der österreichischen Besitzungen in Schwaben und die Erhebung zum Königreich zugesprochen, das am 1. 1. 1806 feierlich proklamiert wurde; vgl. B. MANN, Württemberg, S. 240–252.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Vgl. Nr. 122, Anm. 7.

³ Ein Artikel von Heuss zu Preuß läßt sich in der „Zeitschrift für Politik“ nicht nachweisen.

⁴ Vgl. Nr. 148, Anm. 1.

Maurenbrecher⁵ ist mir selber persönlich nie sehr nahe gestanden, da ich ihn in der eigentlichen national-sozialen⁶ Zeit doch nur verhältnismäßig flüchtig kannte, da er immerhin zehn Jahre älter war als ich. Im Jahre 1917 sind wir dann einmal auf der Lauensteiner Tagung aneinandergeraten;⁷ aber als ich ihn vor einigen Jahren zufällig im Zuge traf (wir kamen beide von politischen Reden im Osten), hatte er doch das starke Bedürfnis, von den alten Zeiten zu reden und irgendwie eine menschliche Beziehung zu bekommen. Ich selber hatte ihn „abgeschrieben“, seitdem ich bei Ihnen vor vielen Jahren Todesanzeige und Danksagung gelesen hatte, bei dem schweren Familienunglück, das ihn mit Tod von Frau und Kindern getroffen hatte, als er damals in einer geradezu unverständlichen Primitivität des Geschmackes in einem Nachwort den höchst und allerhöchsten Herrschaften des Weimarer Hofes seinen speziellen Dank drucken ließ. Aus Ihren heutigen Zeilen entnehme ich, daß auch die zweite Frau bei der neuen Todesanzeige mit einer verwandten Rhetorik gearbeitet hat. Ich kenne sie nicht persönlich, habe ihr aber in den vergangenen Tagen geschrieben⁸ und sie nach der Beileidsbezeugung gebeten, die Briefe von Naumann nicht zu vernichten, die eventuell im Nachlaß vorhanden sind, sondern mir zur Verfügung zu halten. (Bei Göhre ist der gesamte briefliche Nachlaß noch von ihm selber verbrannt worden.) Naumann hat den jungen Maurenbrecher sehr geliebt und unter seiner späteren Entwicklung sehr gelitten. Wie sehr Maurenbrecher im Innern vollkommen ohne Linie war, weiß ich schon lange aus den zahlreichen Briefen an Naumann,⁹ die in meinem Besitz sind, die, nebeneinander gehalten, geradezu eine Karikatur ergeben könnten. Ich freue mich, wenn wir uns am 25. und 26.¹⁰ in Halle wiedersehen werden¹¹ und denke, daß wir uns über die politische Gesamtfrage verhältnismäßig rasch verständigen. Bei der letzten Vorstandssitzung ging es teilweise ziemlich herb zu.¹² Ich selber habe mir polemisch, wenn auch in verbindlich ironischer Form, die

⁵ Maurenbrecher war kurz zuvor am 30. 4. 1930 gestorben.

⁶ In der Vorlage: „national-sozialistischen“.

⁷ Zum Verlauf der von Diederichs auf der Burg Lauenstein organisierten Pfingsttagung vgl. G. HÜBINGER, Eugen Diederichs, S. 263–274. Laut Tagungsprotokoll äußerte sich Heuss zur scharfen Auseinandersetzung zwischen Max Weber und Maurenbrecher, die Maurenbrechers Beharren auf der Überlegenheit der deutschen Staatsauffassung gegenüber dem westeuropäischen Parlamentarismus ausgelöst hatte. Der genaue Inhalt von Heuss Wortmeldung ist nicht überliefert; vgl. ebd., S. 271.

⁸ Ein entsprechendes Schreiben ließ sich nicht ermitteln.

⁹ Die im Nachlass Naumann überlieferte Korrespondenz zwischen Maurenbrecher und Naumann erstreckt sich auf die Jahre 1898 bis 1915 und besteht aus rund 20 Schreiben; vgl. BArch, N 3001, 4, 105, 206, 224.

¹⁰ In der Vorlage: „25. und 25.“

¹¹ Am 25. 5. 1930 fand in Halle die Sitzung des Parteiausschusses der DDP statt; vgl. das Protokoll in: LINKSLIBERALISMUS, S. 533–553.

¹² Vgl. das Regest der Sitzung des Vorstands der DDP vom 5. 5. 1930, ebd., S. 529–533. Das vollständige Protokoll, in: BArch, R 45 III, 22. Auf der Sitzung waren insbesondere die Beteiligung

staatsmännischen politischen Aktionen von Lemmer vorgenommen, der, von den Zeitungen etwas zu jung hochgepöppelt, eine, wie mir scheint, nicht immer gute Rolle in dieser Zeit gespielt hat, da er den „Führer“ markiert, ohne Konsistenz an sachlichen Kenntnissen.¹³

Hoffentlich ist in der Familie alles munter. Ich würde sehr gerne die heranwachsende blonde Schar wieder einmal sehen. Aber die beiden Male, da ich im Laufe der letzten Jahre in Leipzig gewesen bin und mich telephonisch bei Euch ansagte, war die Familie verreist.

Mit herzlichen Grüßen
wie immer
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 155

An Prof. Dr. Ernst Jäckh, Berlin-Steglitz
14. Mai 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 83; ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Pro und Contra einer Professur für Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart

Lieber Freund,

in der Anlage¹ übergebe ich Dir die Niederschrift meines Lebenslaufes und seiner literarischen Ergebnisse.

Deine gestrige Mitteilung ist natürlich der Gegenstand sehr intensiver Familienbesprechungen mit wechselnden Akzenten. Ich spüre selber die in die Tiefe meines persönlichen Schicksals reichende Fragestellung, die in der Möglichkeit ruht, eine Lehrtätigkeit in Stuttgart aufzunehmen, und muß mir natürlich Konsequenzen im Für und Wider klar legen. Das pro liegt in der „Landschaft“ und in der relativen Lebenssicherung (Pensionsberechtigung etc.), das contra in dem wahrscheinlichen Verzicht auf eine größere politische Betätigung. Aus der Beobachtung des Lebens von Goetz und Hellpach² und anderen habe ich die Erfahrung

der DDP an der Regierung Brüning und die Überlegungen einer Fusion der DDP mit anderen Parteiengruppierungen kontrovers diskutiert worden.

¹³ Heuss richtete sich gegen den von Lemmer zu dieser Zeit gemeinsam mit anderen links stehenden DDP-Politikern vorangetriebenen Plan, einen „Sozial-Republikanischen Kreis“ innerhalb der DDP zu gründen; vgl. ebd.

¹ Die Anlage „Notizen zum Lebensgang von Dr. Theodor Heuss“ liegt dem Schreiben bei.

² Hellpach hatte Anfang März 1930 sein Reichstagsmandat aufgrund seiner Unzufriedenheit mit der Politik der DDP, aber auch aufgrund der Schwierigkeit, akademischen Beruf und parlamentarisches Mandat zu vereinen, niedergelegt; vgl. DEMOKRAT 11, Nr. 6, 20. 3. 1930, S. 134.

gemacht, daß sich Dozententätigkeit und Parlament nur so lange vertragen, als die Arbeitsstätte die gleiche ist; entweder vernachlässigt man seine Lehrtätigkeit oder man beschränkt sich im Parlament auf Gastrollen und kommt weder in Ausschüssen noch in der Fraktion zu einer Stellung. Nun sind ja natürlich die politischen und parlamentarischen Entwicklungen alle zur Zeit sehr unterwegs, aber sie sind auch sehr interessant, so daß es mir im Augenblick eigentlich leid tun würde, aus der Nähe des Zentrums der werdenden Bildungen und Umbildungen zu sein.³ Wenn an sich die finanzielle Fundamentierung meiner Existenz durch den Lehrauftrag an der deutschen Hochschule für Politik für die kommende Zeit als gesichert angenommen werden darf, kann ich hier zusätzlich so viel verdienen, daß vermutlich ein rein finanzieller Anreiz in der Stuttgarter Berufung nicht liegt, zumal ja auch Elly hier immer Erwerbsmöglichkeiten findet, die in Stuttgart in diesem Ausmaß völlig wegfallen würden. Es ist also ein arger Zwiespalt der Überlegungen, in dem ich mich befinde, der dadurch ja nun auch noch verwirrt ist, daß in dieser Woche die entscheidenden Finanzgespräche über das Haus stattfinden sollen.⁴

Immerhin bin ich Dir natürlich für die freundschaftliche Zwischenstellung sehr verbunden, die Du einnimmst. Falls Du in Stuttgart mit den Leuten redest, stelle fest, ob es sich eigentlich um eine neue Professur handelt (oder um Egelhaafs Nachfolge), ob es sich um einen ordentlichen Lehrstuhl handelt, denn ich glaube, Egelhaaf war außerordentlicher,⁵ ob er neu errichtet wird oder schon grundsätzlich ist und ob Bazille eigentlich dabei mitzusprechen hat.⁶ Es müßte natürlich auch festgestellt sein, wie hoch das Amt dotiert ist. Ich habe mich zu erkundigen versucht, was eigentlich ein Professor in solcher Situation an Fixum erhält, und habe Rm. 1.000,-- im Monat genannt erhalten. Da komme ich hier

³ In der Vorlage: „fern zu sein.“

⁴ Vgl. Nr. 152, Anm. 11.

⁵ Gottlob Egelhaaf war von 1900 bis 1925 Lehrbeauftragter für Geschichte und Kulturgeschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart.

⁶ 1930 wurde unter Kapitel 40 „Technische Hochschule“ eine ordentliche Professur für Geschichte in den württembergischen Staatshaushalt neu eingestellt. Den Beratungen im Haushaltsausschuss des Württembergischen Landtags zufolge sollte auf Wunsch von Bazille mit der Professur die wissenschaftliche Betreuung der Weltkriegsbücherei verbunden sein; ein Vertreter der DDP hatte dagegen betont, der „Geschichtspräsident müsse nicht nur Gelehrter, sondern guter Vortragender sein“; VERHANDLUNGEN DES LANDTAGS WÜRTTEMBERG 3, S. 2384 (Sitzung vom 29. 3. 1930). Eine mögliche Berufung von Heuss begründete der Rektor der TH Stuttgart Peter Paul Ewald in einem Schreiben an den Historiker Hermann Oncken vom 18. 6. 1930 mit Heuss' besonderer Kenntnis der Zeitgeschichte: „Bezüglich Heuss sind wir uns darüber im Klaren, daß er nicht auf Grund seiner Arbeiten zu den Fachhistorikern gezählt werden kann. Nun handelt es sich bei uns ja auch nicht darum, Fachhistoriker auszubilden, sondern die allgemeinen Kenntnisse des studentischen- und Stadtpublikums in Geschichte zu heben und vor allem das Interesse an der *geschichtlichen* Betrachtung von Zeiten, die in der Erinnerung noch lebendig sind, zu wecken. Es ist die Frage, ob Herr Heuss, der an der Berliner Hochschule für Politik über neuere Geschichte

höher, wobei freilich in den Rm. 1.000 Pensionsberechtigung, Hinterbliebenenversorgung drinsteckt. Aber rein danach habe ich ja noch nie mein Leben anlegen wollen. (Eventuelle Kolleggelder werden eine größere Rolle nicht spielen, da Geschichte ja an einem Politechnicum kein Pflichtfach ist, sondern wahrscheinlich nur von einem kleinen Kreis Interessierter besucht wird.)

In der Gesamtstimmung ist hier im Augenblick das Negative stärker; aber wir müssen die Sache hier noch einmal besprechen.

Mit schönen Grüßen
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 156

An Dr. Karl Otto Thieme, Berlin

16. Juni 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

IfZ, NL Thieme, ED 163, 35: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Übersendung des Gutachtens zur Diplomarbeit von Georg Bretzke

Lieber Doktor Thieme,

in der Anlage¹ übergebe ich Ihnen die Arbeit von Bretzke und mein Gutachten. Hoffentlich ist mein Gutachten nicht zu „anstößig“, aber ich wollte in meiner Einleitung doch etwas Grundsätzliches für unsere kommende Prüfungspädagogik festgelegt haben.² Ich habe zwei Tage ziemlich mit der Arbeit zugebracht, denn sie hintereinander zu lesen, ist mir bei ihrer Reizlosigkeit fast unmöglich gewesen.

Ich möchte sehr gerne auch von den anderen Arbeiten, die ich noch nicht kenne, einen Eindruck bekommen. Ich hoffe, daß die etwas reizvoller sind. Kann ich sie vielleicht über den kommenden Sonntag erhalten?

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Th. Heuss

liest, und dessen frühere Tätigkeit ihn in engsten Kontakt mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Vor- und Nachkriegszeit gebracht hat, auch in den Augen eines Historikers möglich wäre.“ In: Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, NL Oncken, 271-14, Nr. 121. Auf die Professur wurde 1932 Helmut Göring berufen; vgl. W. WEBER, Lexikon, S. 178f.

¹ Vgl. Nr. 156a.

² Bretzke war einer der ersten fünf Absolventen, die an der Deutschen Hochschule für Politik ihr Diplom erwarben.

Nr. 156a

Gutachten zur Diplomarbeit von Georg Bretzke

Juni 1930

GStA PK, I. HA, Rep. 303, 162: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung¹

Gutachten zur Arbeit von Herrn Georg Bretzke: „Die Entwicklung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse von Reich und Ländern in Hinsicht auf das deutsche Eisenbahnwesen.“

Die Arbeit von Bretzke erfordert eine grundsätzliche Vorbemerkung: sie kann als Warnung dienen, wozu sich Prüfungsarbeiten² auswachsen, wenn ihre Abgrenzung nicht vorher zwischen dem Verfasser und dem Referenten einigermaßen festgestellt ist und die Innehaltung dieser Grenzen in gelegentlicher Rücksprache überwacht wird. Die Arbeit von Bretzke ist ein Leitfaden, fast ein Handbuch des Eisenbahnwesens geworden, immerzu die eigentliche Themenstellung verlassend, Grenzen überschwemmend. Ich beklage mich nicht über die Mühen der Lektüre und des Referats, die vor allem durch die verspätete Einreichung der Arbeit verzögert wurde, aber es ist, wie mir scheint, von dieser Erfahrung her ein Gebot, daß wir für die Prüfungsarbeiten nicht bloß einen Mindestumfang, sondern einfach auch eine Maximalgrenze setzen. Denn nur so werden wir den bei manchen unserer Hörer spürbaren Drang zur weitschweifigen Ausbreitung ihrer Kenntnisse und ihren kompulatorischen Eifer bekämpfen können und sie dazu erziehen, daß Fleiß wohl zur Wissenschaft gehört, sie aber nicht ausmacht. Der Fleiß des Herrn Bretzke ist geradezu niederschlagend, und der Respekt vor seiner Unverdrossenheit im Zusammenstellen des oft recht reizlosen Materials beeinflussen natürlich die Urteilsbildung. Aber die Arbeit ist unter dem Gesichtspunkt, was nach meiner Auffassung wir verlangen müßten, verunglückt, weil sie nicht *ein* Problem der Eisenbahnpolitik behandelt, sondern so ziemlich alle Fragen und die ganze Geschichte des deutschen Eisenbahnbaus dazu. Drei, vier Arbeiten sind ineinandergeschoben, zwei Drittel davon ist mit größtem Fleiß Kompilation aus historischen Monographien, Denkschriften usw. Wahrscheinlich hat Herr Bretzke eine Belehrung, wie er die Arbeit anlegen sollte, nicht gesucht und ist dann der Verführung unterlegen, über *alle* Dinge zu schreiben.

Es ist natürlich ganz interessant und auch so weit ganz gut herausgebracht, wie in den deutschen Staaten die Systeme der Privatbahn und der Staatsbahn miteinander konkurrieren, wie verschiedene Typen entstehen, aber diese Darstel-

¹ Vermerk durch Empfänger: „Durchschlag Prof. Briefs ges. 17.VI.; / I. Referent Dr. Heuss“.

² Seit dem Wintersemester 1927/28 bestand an der Deutschen Hochschule für Politik eine akademische Abteilung, die mit einer Diplomprüfung abgeschlossen wurde; vgl. D. LEHNERT, „Schule der Demokratie“, S. 82.

lung ist verbunden mit einer Schilderung, wann der Reihe nach die einzelnen Strecken gebaut worden sind! Es ist natürlich notwendig, daß die verschiedenen Ansätze der Jahrzehnte vor dem Kriege gewürdigt werden, zu einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens in dieser oder jener Frage, Tarif, Materialbeschaffung, Raumverwendung usw. zu kommen. Aber die Belastung mit dem genauen Etatmaterial all der einzelnen Bahnverwaltungen ist schlechthin ermüdend und für die Sinngebung der Arbeit verwirrend. Mit einer wahren Hingabe hat sich³ der Verfasser in den späteren Teilen der Tarifpolitik der Reichsbahn-gesellschaft angenommen, das System der Sondertarife beschrieben, den Konkurrenzkampf mit dem Kraftwagen, die Personal- und Gehaltspolitik, das Materialbeschaffungsproblem usw. usw., mit einem Haufen von Zahlen – daß das alles mit den „verfassungsrechtlichen Verhältnissen“ nichts zu tun hat, liegt auf der Hand.

Nun sind diese selber nicht zu kurz gekommen. Sie sind vom Jahre 1867 ab in vergleichender Kommentierung eingehend geschildert. Die Versuche, das Eisenbahnproblem je und je in den Ablauf der allgemeinen Geschichte zu stellen, sind ein wenig banal – es ist erstaunlich, daß der Verfasser den Vereinigten Landtag von 1847, der ja doch wegen der Ostbahnkredite einberufen wurde, überhaupt nicht erwähnt, während er von den Konferenzen mit den Provinzialständen 1842 spricht. Ich entnehme daraus, daß er wesentlich von der Spezialliteratur des Eisenbahnwesens aus die historischen Dinge bearbeitet hat, an deren Zufälligkeiten gebunden blieb und so an der möglichen stärksten Pointe in den Zusammenhängen von Eisenbahnwesen und allgemeiner oder verfassungsrechtlicher Politik harmlos vorüberging.

Da ich mich in der verkehrspolitischen wissenschaftlichen Literatur nicht auskenne, vermag ich nicht zu sagen, wie weit in der Darstellung des Materials, der Tarifpolitik usw. eigene Auffassungen niedergelegt sind.

Was die verfassungsrechtlichen Betrachtungen anlangt, so sind die staatsrechtlichen Lehrmeinungen zu dem Stoff mit Fleiß zusammengestellt. Die Bedeutung der Staatsverträge von 1920⁴ und die spätere Entwicklung sind wohl richtig charakterisiert wie auch die wesentliche rechtliche Verschiebung von der Konstruktion der „Deutschen Reichsbahn“⁵ zur „Deutschen Reichsbahngesellschaft“ nach

³ In der Vorlage: „sie“.

⁴ Mit den Staatsverträgen zwischen dem Reich und den Ländern vom Frühjahr 1920 waren die Eisenbahnen der Länder in das Eigentum des Reichs übergegangen; Gesetz, betreffend den Staatsvertrag über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich vom 30. 4. 1920, in: RGBl. 1920, S. 773–796.

⁵ Mit der Verordnung über die Schaffung eines Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ vom 12. 2. 1924 waren die Reichseisenbahnen in ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen überführt worden; RGBl. 1924 I, S. 57–59.

Dawes⁶ und nach Young⁷ in ihren Elementen zutreffend gezeigt ist. Der schriftstellerische Vortrag ist unpersönlich und farblos.

Ich beschränke mein Urteil auf diese Kapitel, die sich bei dem ganzen Werk „ausbeinen“ ließen, und würde ihm das Prädikat befriedigend zusprechen, ungeachtet, daß ich die Arbeit in ihrer Gesamtlage als Prüfungsarbeit für verfehlt halte, unsicher, wie weit den Verfasser dabei allein die Schuld trifft, und ungewiß, ob Fleiß strafbar ist.

Theodor Heuss

Nr. 157

An Dr. Gustav Stolper, Maloja, Schweiz, Palast-Hotel

12. Juli 1930; Berlin-Friedenau, Fregestraße 80

BArch, N 1221, 487: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Fortgang der Renovierungsarbeiten im neuen Haus; Verlauf der Vorstandssitzung der DDP

Lieber Freund,

seit ein paar Tagen plant Elly an Toni die Frage zu richten, ob wir, falls der Umzug Ende nächster, Anfang übernächster Woche passiert,¹ ein oder zwei Nächte in Eurem Haus Unterschlupf nehmen können. Die Absicht wird täglich besprochen, aber nie ausgeführt, so daß ich die Sache in die Hand bzw. in den Mund nehme und bei Euch anfrage. Elly selber steckt fast den ganzen Tag jetzt draußen und wettet mit den Handwerkern herum, wenn sie Bierflaschen auf den Parkettboden ausleeren und sagen, daß das Wasser aus der Heizung sei. Nebenher werden

⁶ Mit dem Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (Reichsbahngesetz) vom 30. 8. 1924 hatte das Reich der neuerrichteten Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft das ausschließliche Recht zum Betrieb der Reichseisenbahnen übertragen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die an die Stelle des Unternehmens Deutsche Reichsbahn trat, stellte nach ihrer Errichtung Reparationsschuldverschreibungen in Höhe von 11 Milliarden Goldmark aus, deren Inhaber paritätisch zu den Vertretern des Reichs im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vertreten waren; RGBl. 1924 II, S. 272–287. Das Reichsbahngesetz war Teil der Dawes-Gesetze, mit denen die Tilgung der deutschen Reparationsschulden auf eine neue Grundlage gestellt wurde.

⁷ Mit dem Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (Reichsbahngesetz) vom 13. 3. 1930, das Teil der Younggesetze war, wurde der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wieder nationalisiert; RGBl. 1930 II, S. 369–381.

¹ Die Familie Heuss zog Mitte Juli 1930 von der Fregestraße 80 in Berlin-Friedenau in die Kamilienstraße 3 in Berlin-Lichterfelde-West.

Beleuchtungskörper gekauft, die Tapetenwahl erweist sich als zweifelhaft, man streitet sich, welcher Fußboden gestrichen werden soll, es ist sehr vergnüglich. Dabei ist der offizielle Mietsvertrag immer noch nicht in Ordnung und unsere gegenwärtige Wohnung ist auch noch nicht an den Mann gebracht. Aber wir pflanzen egal mit dem gärtnerischen Sinn, der uns jetzt erfaßt hat, an jedem Graben eine Hoffnung auf.

Die Vorstandssitzung der D.D.P. verlief dieses Mal ohne Kräche.² Dietrich selber war nicht da, da er die ganze Zeit im Steuerausschuß steckte. Es soll ein heftiger Gegensatz in der Fraktion zwischen Koch und Fischer bestehen, da Koch gegen die 800 Millionen des Hansabundes greifbare Ersparnismöglichkeit wettet.³ Die Fraktion will ihre Zustimmung von der Annahme einer Schankverzehrsteuer abhängig machen, die nicht bloß den Alkohol umfaßt, sondern auch Tee und Kaffee, aber Milch freilassen will (wegen der christlich-sozialen und christlich-nationalen Unterbauung überhaupt). Wie die Geschichte parlamentarisch erledigt werden kann, war gestern noch ungewiß.⁴ Ich will heute noch einmal in den Reichstag gehen.

Die Versuche, den Pressekreis⁵ qua Verleger und Chefredakteure zusammenzukriegen, sind im Augenblick als völlig aussichtslos aufgegeben, da alles auf dem Abmarsch in die Ferien ist.

Mit Bülow habe ich am Dienstag eine eingehende Besprechung gehabt, deren Niederschlag die drei West-Glossen sind.⁶ Ich werde wohl am Dienstag wieder

² Vgl. das Regest der Sitzung des Vorstandes der DDP vom 10. 7. 1930, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 554–556.

³ Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie war 1909 gegründet worden, um den politischen Einfluss des Bundes der Landwirte zurückzudrängen. Von 1922 bis 1933 amtierte der DDP-Schatzmeister Hermann Fischer als Präsident des Hansa-Bundes; vgl. C. HOHBERG, Hansa-Bund. – In einer im Auftrag des Hansa-Bundes im Frühjahr 1930 verfassten Denkschrift hatte Ernst Mosich ein radikales Sanierungsprogramm für die Reichsfinanzen propagiert. Danach seien im Reichshaushalt für das Etatjahr 1930 Ausgaben in Höhe von rund 760 Millionen Reichsmark einzusparen und Mehreinnahmen in Höhe von rund 40 Millionen Reichsmark zu erzielen; ERNST MOSICH: Steuersenkung statt Steuererhöhung bleibt unsere Parole! Materialien und Vorschläge zur Vorbereitung des Reichshaushalts von 1930, Berlin 1930, insbes. S. 160–163. Die Vorschläge wurden Reichskanzler Heinrich Brüning mit einem offenen Brief am 14. 6. 1930 übermittelt; vgl. MITTEILUNGEN DES HANSA-BUNDES FÜR GEWERBE, HANDEL UND INDUSTRIE 7, 1. 7. 1930, S. 1–3.

⁴ Die Schankverzehrsteuer wurde nicht mehr parlamentarisch behandelt, sondern vom Reichspräsidenten als „Gemeindegetränksteuer“ auf Grund des Art. 48 WRV verordnet; RGBl. 1930 I, S. 212f.

⁵ Gemeint ist der Deutsche Demokratische Presse-Verein, in dem die wichtigsten demokratischen Zeitungen durch ihre Redakteure oder Verleger vertreten waren. Zur Zusammensetzung vgl. ORGANISATIONSHANDBUCH, S. 78; zur Einberufung durch Heuss vgl. das Telegramm von Heuss und Leon Zeitlin vom 18. 7. 1930, in: BArch, N 1221, 487.

⁶ Briands europäischer Plan, in: DVW 4, H. 41, 11. 7. 1930, S. 1397; Nachklänge zur Rheinlandräumung, ebd., S. 1397f; Suspension der Saarverhandlungen, ebd., S. 1398. Ob Heuss oder Bülow der Verfasser der Glossen war, ließ sich nicht ermitteln. Im Nachlass Heuss findet sich kein Beleg

mit ihm konferieren. Die deutsche Antwort wird am Montag vermutlich veröffentlicht werden,⁷ und ich denke, daß sie noch einmal nun nicht nach der taktischen Seite, sondern nach der sachlichen Seite kommentiert werden muß.⁸

Von Wolfi⁹ hören wir, daß gute Nachrichten eingetroffen sind. Hoffentlich ruht Ihr Euch gut aus. Toni soll sich schonen.

Herzliche Grüße
Dein dankbarer

Theodor Heuss

Nr. 158

An Albert Hopf, Stuttgart

23. Juli 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Anspruch von Theodor Heuss auf die Spitzenkandidatur in Württemberg; Partei-umbildungsprozesse nach der Reichstagsauflösung

Lieber Freund,

wie ich heute höre, werden zum Freitag vormittag die Wahlkreisvorstände hierher eingeladen, Nachmittag ist Parteivorstandssitzung. Wirst Du von Württemberg kommen oder wird Bruckmann herreisen?¹ Ich würde dankbar sein, wenn ich mich eventuell noch kurz über die Lage bei uns zu Hause und hier vor dieser Konferenz besprechen könnte, an der ich ja selber nicht teilnehme. Über die hiesige Situation ist noch nicht viel zu sagen. Ich habe in einem Aufsatz² und auch

für seine Autorenschaft. – In der ersten Glosse reagierte der Verfasser auf das Memorandum zur „Organisation eines Systems eines europäischen Staatenbundes“, das der französische Außenminister Aristide Briand am 17. 5. 1930 veröffentlicht hatte; Abdruck in: SCHULTHESS' 1930, S. 460–468. Zu von Bülow's ablehnender Haltung vgl. PH. HEYDE, Ende, S. 83.

⁷ Die Antwort der deutschen Regierung vom 11. 7. auf das Memorandum (vgl. Anm. 6) wurde Briand am 15. 7. 1930 übergeben und anschließend veröffentlicht; Abdruck in: ADAP B XV, S. 329–332.

⁸ Vgl. die nicht gezeichnete Glosse: Die Memoranden an Briand, in: DVW 4, H. 42, 18. 7. 1930, S. 1429.

⁹ Wolfgang Stolper, Sohn von Gustav Stolper.

¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Vorstandes der DDP vom 25. 7. 1930, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 556–561. Die Sitzung, an der für den württembergischen Landesverband Johannes Fischer teilnahm, stand im Zeichen der bevorstehenden Reichstagswahlen. Reichspräsident von Hindenburg hatte auf Bitten Brünnings den Reichstag am 18. 7. 1930 aufgelöst, nachdem am gleichen Tag ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16. 7. 1930 eine Mehrheit gefunden hatte.

² THEODOR HEUSS: Die Anlage des Wahlkampfes, in: Nürnberg-Fürther Morgenpresse, Nr. 193, 25. 7. 1930. Darin heißt es u. a.: „Die bürgerliche Mitte ist in diesen vergangenen Jahren vielfach

in der Konferenz der Presseleute mich für die Einigung mit der Volkspartei³ ausgesprochen, während ich ein völliges Zusammengehen mit den Volkskonservativen⁴ im Augenblick für unmöglich halte, da diese noch stark in Verhandlungen mit der Westarp-Gruppe⁵ drinstecken. Scho[lz] agiert sehr stark aus seinem ostpreußischen Bedürfnis heraus, wo er wegen der Hugenbergerei Anlehnung an die gemäßigte Rechte braucht und sucht.⁶ Gegen Koch sind wegen seines Taktierens⁷ vor der Krise ziemlich erheblich Verstimmungen, über die nicht ganz leicht hinwegzukommen sein wird.⁸ Ich habe Meyer und Koch gegenüber am Montag den Gedanken der gemeinsamen Reichstagsliste⁹ in die Diskussion ge-

zerbröseln und hat mit einem gelegentlich zerstörerischen Eifer eine scharfe Grenzföhrung gepflegt, die wirtschaftliche Sonderinteressen, soziales Ressentiment, verschieden gelagerten Traditionskult als Trennungen sah. Man kann über diesen Tatbestand nicht hinwegblicken, um ihn nicht bewerten zu müssen, man braucht sich ihm aber nicht als einem unabänderlichen Schicksal zu unterwerfen. Es ist eine Frage des politischen Entschlusses, ob und wieweit die Gruppen, die in dieser Krise hinter das Kabinett sich gestellt hatten und jetzt mit ihm fechten müssen, von Rechthabereien sich befreien und die Elemente des Gemeinsamen herausarbeiten können.“

³ Der Parteivorstand der DVP hatte in seiner Sitzung vom 22. 7. 1930 beschlossen, die DDP, die WP, die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft und die Westarp-Gruppe zu Verhandlungen über einen möglichen Zusammenschluss einzuladen; Abdruck des Einladungsschreibens in: BT, Nr. 342, 23. 7. 1930. Der Parteiföhrer der DDP Koch-Weser ging auf diesen Vorschlag nicht ein, sondern beabsichtigte die Neugründung einer deutlich stärker in der politischen Mitte angesiedelten Partei unter Föhrung der DDP; vgl. Nr. 159, Nr. 162.

⁴ Die Volkskonservative Vereinigung war eine Absplitterung der DNVP. Bereits im Spätherbst 1929 waren unter Föhrung von Gottfried R. Treviranus und Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau zwölf Abgeordnete aus der DNVP ausgetreten. Hintergrund war ihre Ablehnung von § 4 des „Entwurf eines Gesetzes gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ (Volksbegehren gegen den Youngplan), der Reichskanzler und Reichsminister mit Zuchthausstrafen bedrohte, sollten sie die Younggesetze unterzeichnen. Die Sezessionisten hatten sich zuerst in der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft organisiert, bevor am 27. 1. 1930 die Volkskonservative Vereinigung als Sammelbecken eines christlich-sozialen Jungkonservatismus gegründet wurde. Acht der zwölf Sezessionisten schlossen sich der Volkskonservativen Vereinigung, die restlichen vier dem bereits bestehenden CSVD; vgl. E. JONAS, Volkskonservative, S. 42–60.

⁵ Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag vom 18. 7. 1930 (vgl. Anm. 1) hatte sich die DNVP-Fraktion erneut gespalten: 32 Abgeordnete unter Föhrung von Hugenberg hatten für die Aufhebung, 25 unter Föhrung von Kuno Graf von Westarp gegen die Aufhebung der Notverordnung gestimmt und sich stattdessen zur Unterstützung der Regierung Brüning bekannt. Kurz darauf begannen Verhandlungen zwischen der mittlerweile aus der DNVP ausgetretenen Westarp-Gruppe und der Volkskonservativen Vereinigung, die am 23. 7. 1930 zur Gründung der Konservativen Volkspartei (KVP) föhrten; vgl. ebd., S. 75–80.

⁶ Scholz war Abgeordneter des Wahlkreises 1 (Ostpreußen); Anfang August 1930 wurde dort ein Wahlbündnis zwischen DVP und KVP abgeschlossen; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 663.

⁷ In der Vorlage: „Traktierens“.

⁸ Zu Koch-Wesers Haltung zur Notverordnung vom 18. 7. 1930 vgl. das Protokoll der Sitzung des Vorstands der DDP vom 10. 7. 1930, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 555.

⁹ Gemeint ist die Bildung eines gemeinsamen Reichswahlvorschlags mehrerer Parteien, dem die überschüssigen Stimmen aus den Wahlkreisverbänden zugeföhrte wurden.

worfen, der dann den Wahlkreisen je nach dem örtlichen Bedürfnis die technische Möglichkeit der gemeinsamen Liste geben würde.

Ich war gestern mit Kemper und Brackmann zusammen, wollte mich orientieren, wie die Rechtskrise¹⁰ auf Württemberg bezw. die süddeutsche Zeitung zusammenwirkt, aber das scheint noch nicht ganz sichtbar zu sein. Ich nehme an, daß Bazille auf dem Bauernbundzettel erscheinen wird und Hugenberg einen eigenen Laden macht.¹¹

Mir selber kommt die Wahlagitation im gegenwärtigen Augenblick sehr ungeschickt, weil ich von Anfang August bis Ende Oktober still in meiner Gaststube sitzen wollte und nichts wie Naumann-Biographie arbeiten. Das wird nun wieder zerschlagen. Ich bin freilich, was Du verstehen wirst, fest entschlossen, wenn Ihr mir wieder eine Kandidatur übertragen wollt, sie nur dann anzunehmen, wenn ich die Liste führe. Ich will nicht mehr wie zwischen den Jahren 1924 bis 1928 sechzig Berichterstattungen gemacht haben, während der Vordermann nur eine, und für ihn alle Arbeit leisten mit dem Ergebnis, daß er selber dann für Württemberg doch nicht als genügend intensive Vertretung in der Fraktion selber erscheint. Ich sehe, daß Ihr beide, Bruckmann und Du, jetzt in persönlich schwieriger Situation seid, denn ich glaube fast annehmen zu können, daß Wieland selber mit einer neuen Kandidatur rechnet. Ob sich in der Zwischenzeit neue Bewerber aufgetan haben und wie von Euch die Lage beurteilt wird, übersehe ich nicht. Aber ich wollte Dir doch kurz diesen meinen Standpunkt mitteilen. Soweit ich sehe, wünscht man mich hier in der Fraktion zurück. Den Wettlauf um die Reichsliste gegen Herrn Lemmer und andere will ich aber nicht machen, und vor allem will ich nicht, wenn die Frage akut werden soll, etwa einem Mann wie Stolper hier den Platz versperren, für den natürlich die Basis in einem zu ihm gehörigen Wahlkreis viel schwerer zu finden ist als für mich, der ich seit bald einem Vierteljahrhundert in Württemberg herumrede.

Die neue Wohnung verliert langsam ihren chaotischen Charakter; heute wurde zum ersten Mal in ihr genächtigt.

Mit schönen Grüßen
Dein

[Theodor Heuss]

¹⁰ Gemeint ist das Auseinanderfallen der DNVP-Fraktion.

¹¹ Bazille hatte sich in der Abstimmung vom 18. 7. 1930 der Westarp-Gruppe angeschlossen, auf dem Vertretertag der Württembergischen Bürgerpartei/DNVP setzte sich jedoch der Kurs von Hugenberg durch. Als Vertrauensmann des Bauernbundes blieb Bazille dennoch bis März 1933 Kultusminister. Bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 trat Bazille nicht auf dem Wahlvorschlag des Bauern- und Weingärtnerbundes, sondern für die neugegründete Nationale Volksgemeinschaft an, erzielte jedoch kein Mandat; vgl. R. WEBER, Bürgerpartei, S. 141–144; STATISTIK 382, I, S. 106.

Nr. 159

An Dr. Robert Bosch, Stuttgart

28. Juli [1930]; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1012, 92: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. gez.; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹
Bitte um Unterstützung der Neugründung der DStP

Verehrter Herr Dr. Bosch,

am Samstag nachmittag und am Sonntag früh habe ich einige Male vergeblich versucht, Sie in Stuttgart und dann in Ihrem Jagdhaus bei Urach zu erreichen. Herr Reichsminister Koch-Weser hatte mich gebeten, Sie zu unterrichten über die Parteiverhandlungen, die in den letzten Tagen gepflogen wurden, um der drohenden weiteren Zersplitterung im Parteienlager der linken Mitte zu begegnen.² Herr Koch-Weser wäre sehr froh gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, Ihre Unterschrift neben der von Bruckmann und Abg. Henne für Südwestdeutschland gleich bei dem ersten Aufruf der neu geschaffenen Staatspartei zu erreichen.³ Das ist nun leider nicht möglich gewesen, weil die telefonische Verständigung ausblieb. Der Aufruf ist also ohne Ihren Namen hinausgegangen, wie ich höre, ist er aber doch mit der Gründung in Verbindung gebracht worden, offenbar weil der eine oder andere Journalist erfuhr, daß Sie auf der Liste derer standen, an die herangetreten werden sollte. Ich hoffe, daß Sie das nicht weiter stört, und übermittle Ihnen im Auftrag des Herrn Koch-Weser die Bitte, sich und Ihren Namen für die Erweiterung der Aktion, die wohl in den nächsten Tagen zu erwarten ist, doch freundlichst zur Verfügung zu stellen.⁴ Die Vereinigung mit den sogenannten Volksnationalen⁵ wird eine Gruppe jüngerer Menschen der Romantik ihres Seins

¹ Oben rechts Verfügung durch Heuss: „Kopie an Herrn Koch-Weser“; oben Mitte Vermerke durch Koch-Weser: „Gründ[un]gs-Mat[erialien]“; „Stephan Erledigt“.

² Vom 23. bis 27. 7. 1930 hatten in Berlin vertrauliche Fusionsgespräche zwischen der DDP, der Volksnationalen Reichsvereinigung und Vertretern der jungliberalen Clubbewegung stattgefunden, die am 27. 7. in den Beschluss zur Gründung der DStP mündeten; zur Vorgeschichte und zum Verlauf der Verhandlungen vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 253–257; TH. ADERS, Hermann Höpker-Aschoff, S. 143–154. Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Parteiausschusses der DDP hatte Heuss frühzeitig von den Fusionsbestrebungen erfahren, da er bereits am Samstag, den 26. 7. 1930, Bosch über die Zusammenhänge unterrichten sollte. – Heuss stand dem „staatsstreichtartigen“ Vorgehen der Parteispitze der DDP anfangs wohlwollend gegenüber, beklagte sich jedoch später über die Illoyalität der Volksnationalen Reichsvereinigung, vgl. Nr. 161, Nr. 162, Nr. 171. – Abgeschlossen wurde die Gründung der DStP und die Auflösung der DDP erst mit dem Gründungsparteitag der DStP vom 9. 11. 1930.

³ Vgl. den Gründungsaufruf der DStP, in: BT, Nr. 351, 28. 7. 1930.

⁴ Ein von Bosch mitunterzeichneter Gründungsaufruf ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Die am 5. 4. 1930 gegründete Volksnationale Reichsvereinigung verstand sich als eine „Partei der nationalen Erneuerung“, die bei einem grundsätzlichen Bekenntnis zur republikanischen Staatsform den Einfluss der Parteien beschränken und eine Verwaltungs- und Reichsreform voran-

entziehen und sie politisch aktivieren, und ich hoffe auch, daß die positiv gerichteten Kräfte in der Deutschen Volkspartei dem Versuch ihre Mitwirkung schenken werden.⁶ Ich halte es persönlich für einen Gewinn, daß Männer wie Arco, Haber bei dieser Gelegenheit in die Linie des öffentlichen Bekennens getreten sind,⁷ und ich würde mich sehr freuen, wenn auch Sie mitwirken wollten.

Haben Sie die Freundlichkeit, Ihre Entschließung doch möglichst bald Herrn Reichsminister a. D. Koch-Weser, Berlin, Viktoriastr. 4 a mitteilen zu wollen,⁸ der mich gebeten hat, Ihnen seine Empfehlungen zu übermitteln.

Mit besten Grüßen, wie immer,
Ihr dankbarer

Th. Heuss

Nr. 160

An Dr. Johannes Hieber, Stuttgart

31. Juli 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 82: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. paraphiert; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Bitte um die Unterstützung einer Spitzenkandidatur „Heuss“ in Württemberg!

Lieber Freund,

es hat mir sehr leid getan, daß ich am vergangenen Freitag abends nicht mehr mit Dir sprechen konnte, aber ich saß bis nachts 2 Uhr über den Ullstein-Bernhard-Akten, weil die Verantwortung für unseren Spruch mich zu sehr drückte, [um] ohne genaue Kenntnis des Materials an die Begutachtung heranzugehen (sie mußte, vertraulich mitgeteilt, leider für Bernhard wenig günstig ausfallen).²

treiben wollte. Ihre Mitgliederbasis entstammte weitgehend dem Jungdeutschen Orden, einer 1920 aus einem Zeitfreiwilligen-Verband entstandenen und vom Fronterlebnis geprägten bündischen Bewegung; vgl. K. HORNING, Orden, S. 87–96; A. KESSLER, Orden I, S. 80–82. – Für Kontroversen innerhalb der DDP sorgte vor allem der antisemitische Charakter des Jungdeutschen Ordens, der einen „Ariernachweis“ zur Vorbedingung eines Eintritts machte; vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 259.

⁶ Der Versuch von Koch-Weser, den linken Flügel der DVP für die DStP zu gewinnen, blieb erfolglos; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 653–655.

⁷ Eine Unterzeichnung des Gründungsaufrufs durch Georg Graf von Arco lässt sich nicht nachweisen. Möglicherweise verwechselte Heuss Arco mit dem Agrarwissenschaftler Friedrich Aereboe, der den Aufruf gemeinsam mit Haber unterzeichnet hatte; vgl. BT, Nr. 351, 8. 7. 1930.

⁸ Ein Schreiben von Bosch an Koch-Weser ließ sich im Nachlass Koch-Weser nicht ermitteln.

¹ Schreiben ähnlichen Inhalts gingen an Adolf Goetz (BArch, N 1221, 56) und Ulrich Zeller (DLA, A: Heuss, 73.4228-4230).

² Durch Bernhards – völlig unbegründete – Behauptung, die Ehefrau von Franz Ullstein sei in Spionagetätigkeiten für Frankreich verwickelt, kam es 1930 zu einer Reihe von aufsehenerregenden

Ich hätte mich natürlich sehr gern mit Dir gründlich über die württembergische Situation ausgesprochen. Die von irgendwelchen Journalisten hier produzierten Meldungen, Wieland werde, wie eine Reihe anderer, zurücktreten, haben offenbar in Württemberg ziemliches Durcheinander erzeugt.³ Ich hörte gestern von Bruckmann, daß die Ulmer Wieland wieder haben wollen, daß man im Schwarzwald Mauthe an die Spitze verlangt, und ich rechne auch noch mit einigen anderen Bewerbern. Ich habe Hopf neulich mitgeteilt, daß ich zur Kandidatur bereit bin, wenn ich an die erste Stelle komme,⁴ und ich möchte mich mit Dir in aller Freundschaft über Deine Stellungnahme zu dieser Frage unterhalten. Ich weiß, daß Politik kein Rechengeschäft von Dank oder Undank ist; aber ich halte die Vertretung Württembergs durch Wieland heute einfach nicht mehr der Bedeutung unseres Wahlkreises entsprechend, da sie einen politischen Charakter im engeren Sinn nicht mehr besitzt. Payer, Haußmann, Du und Liesching, Ihr wart alle im Reichstag als Politiker. Es ist auch ein Stück Selbstachtung, daß ich nicht noch einmal für Wieland die ganze agitatorische Arbeit leiste. Ich habe in den vier Jahren gemeinsamen Mandates ca. 60 Berichterstattungen im Land gemacht und er eine einzige. Ich habe in der Fraktion zu den fleißigsten Mitgliedern gehört und auch in wirtschafts- und außenpolitisch entscheidenden wichtigen Fragen mitgewirkt. Ich habe in der Fraktion eine starke Stellung besessen und sie zwischen Königsberg und Aachen, Trier und Neißة auf provinziellen Parteitagten vertreten. Ich weiß, daß man in der alten Fraktion wünscht, daß ich zurückkehre und daß man vor allem in der gegenwärtigen Lage⁵ für die Herausarbeitung einer gemeinsamen Ideologie mit den Kreisen, die von den Jungdeutschen kommen, mich mit wünscht.⁶ Es ist mir ein unangenehmes Gefühl, gegen Wieland oder

den Prozessen zwischen Bernhard und seinem Verleger. Auf Ersuchen der Reichstagsfraktion beschäftigte sich ein innerparteilicher Schiedsausschuss der DDP mit dem Streit. Das Gremium, dem auch Heuss angehörte, sollte klären, ob Bernhard bei den anstehenden Reichstagswahlen nochmals für die DDP kandidieren dürfe. Nach Studium der Akten und Schriftsätze kam es Ende Juli zu dem Schluss, dass Bernhard in der Form der Verteidigung und in der Wahl seiner Mittel Fehler begangen habe, „die mit seiner Stellung als der eines Führers im öffentlichen Leben Deutschlands nicht vereinbar erscheinen“; vgl. das Material hierzu in: BAArch, N 1221, 382.

³ Eine entsprechende Zeitungsmeldung ließ sich weder im „Berliner Tageblatt“ noch in der „Frankfurter Zeitung“ oder der „Vossischen Zeitung“ ermitteln.

⁴ Vgl. Nr. 158.

⁵ In der Vorlage: „Lage jemanden braucht, der für“.

⁶ Gemeint ist der Jungdeutsche Orden; vgl. Nr. 159, Anm. 5. Das von Heuss vorgebrachte Argument war offenbar nur taktischer Natur bei seinem Kampf um die Spitzenkandidatur in Württemberg, wie aus einem Schreiben an Bäumer hervorgeht: „Unser württembergischer Parteisekretär Hopf hat mich nun vorgestern gebeten (das ist natürlich ganz vertraulich), ich möchte den Weg zur volksnationalen Vereinigung finden und dort eine Stellungnahme von deren eventuellen württembergischen Vertretern herbeiführen, daß ich persona grata oder persona gratior für diese Gruppe sei. Eine solche Äußerung erleichtere ihm das taktische Eintreten für meine Kandidatur“. Heuss an Bäumer, 1. 8. 1930, in: DLA, A: Heuss, 73.4054.

vielleicht Mauthe und Fischer um den ersten Platz auf der Liste kämpfen zu sollen. Aber ich habe früher wie auch in den vergangenen Wochen Anfragen nach Mandaten, die aus anderen Wahlkreisen an mich kamen, immer abgelehnt, weil ich für die parlamentarische Arbeit nur in der Heimat die Basis haben will. Es erschien mir fast selbstverständlich, daß ich die Erbschaft von Haußmann und Dir weiter verwalten durfte, und ich glaube ohne falschen Hochmut sagen zu dürfen, daß ich von den schwäbischen, sowohl wirtschaftspolitischen als geistesgeschichtlichen Dingen genügend viel verstehe, um diesen Anspruch gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Ich würde Dich bitten, mich von Deiner Auffassung der Lage zu informieren und mir eventuell Deine wichtige Unterstützung zu gewähren.⁷ Ich kann ja schließlich auch ohne das Mandat existieren, aber wenn man wie ich seit dem zwanzigsten Jahr sein Leben auf öffentliche Wirksamkeiten und Verantwortungen angelegt hat, will man nicht Mitte der Vierziger mit einfacher Resignation anderen den Platz machen, deren sachliche Überlegenheit und persönliche Berufenheit man nicht als überlegen anerkennen muß.

Mit herzlichem Gruß
Dein

Th. H.

Nr. 161

An Dr. Carl Petersen, Hamburg

1. August 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 59: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Kritik an der Führung der DDP durch Erich Koch-Weser

Verehrter, lieber Freund!

Zu meiner großen Freude höre ich heute, daß man in Hamburg daran denkt, Sie wieder in den Reichstag zu entsenden. Ich will Ihnen nur mit ein paar Zeilen sagen, daß ich das für ein wahres Glück halten würde. Es ist mir zwar selber noch unsicher, ob ich persönlich wiederkehren werde, da Wieland offenbar sehr stark an dem Mandat hängt und nichts gegen ihn einzuwenden ist, abgesehen¹ davon, daß er kein Politiker ist und den Wahlkreis rednerisch vollständig vernachlässigt hat. Doch das steht in diesem Brief nicht zur Debatte.

⁷ In seiner Antwort versicherte Hieber Heuss seine Unterstützung beim Kampf um die Spitzenkandidatur in Württemberg. Allerdings sei in der württembergischen Partei noch alles in der Schwebe, einige Gruppen wollten an Wieland festhalten, andere Fritz Mauthe, Otto Henne, Reinhold Maier oder Johannes Fischer unterstützen; Hieber an Heuss, 4. 8. 1930, in: BArch, N 1221, 82.

¹ In der Vorlage: „angesehen“.

Wir haben uns beide wiederholt vertraulich über Koch unterhalten. Wir schätzen seine Intelligenz und seine Beweglichkeit. Ich habe ihm am vergangenen Mittwoch auch das Recht zum Staatsstreich konzidiert,² aber ich bin sehr unglücklich über den Weitergang seines Verhandeln und fürchte, daß er im Augenblick schlecht beraten ist. Sein rednerisches Auftreten am Mittwoch war nach meinem Gefühl äußerst unglücklich. Höpker-Aschoff hat dann die Situation gerettet.³ Es ist leider in der Fraktion, soweit ich das von außen sehen konnte, durch Kochs schulmeisterliche Nervosität soviel Unbehagen, daß die Atmosphäre Ihrer ruhigen und sicheren Menschlichkeit ein wirklicher Gewinn nicht bloß für die demokratische, sondern für die deutsche Politik schlechthin sein müßte. Ich weiß nicht, wie die Dinge in Hamburg gelagert sind, ob Büll „gestürzt“ werden soll, mir möchte erscheinen, daß Hamburg über alle inneren Schwierigkeiten, die bei Kandidatenwechsel eintreten, hinausgehoben sein würde durch Ihren Namen, und daß Sie ein glänzendes Vertrauensvotum weit über die Parteianhänger hinaus gewinnen würden.

Nehmen Sie diesen Brief als einen freundschaftlichen Appell entgegen.⁴

Mit herzlichen Wünschen für Ihre baldige Genesung wie immer

Ihr

[Theodor Heuss]

² In der Sitzung des Parteausschusses der DDP am 30. 7. 1930 hatte Koch-Weser über seine Verhandlungen mit der Volksnationalen Reichsvereinigung und über die anschließende Gründung der DStP berichtet, bei denen er die Parteigremien der DDP nicht einbezogen hatte. Heuss hatte das Vorgehen von Koch-Weser mit den Worten, „Der Führung ist das Recht einzuräumen, im gegebenen Augenblick zur Tat zu schreiten“, verteidigt; LINKSLIBERALISMUS, S. 562–567 (Rede Koch-Weser) bzw. 573 (Wortmeldung Heuss).

³ Höpker-Aschoff hatte eine weitere Debatte über das Vorgehen Koch-Wesers unter Hinweis auf die mit der Parteinuigründung verbundenen Hoffnungen auf eine Bewahrung des Parlamentarismus unterbunden und schloss seine Ausführungen mit der Ermahnung: „Achten Sie darauf, daß dieser große Moment nicht ein kleines Geschlecht findet!“ Ebd., S. 575.

⁴ In seiner Antwort lehnte Petersen eine Reichstagskandidatur ab, hielt sich jedoch die Option auf eine Nachfolge Koch-Wesers offen: „Will man meine Kräfte in der Leitung der Partei verwenden, so läßt sich darüber reden.“ Petersen an Heuss, 8. 8. 1930, in: BArch, N 1221, 59. Die Reichstagskandidatur in Hamburg fiel an Stolper; vgl. Nr. 165.

Nr. 162

An Dr. Erich Koch-Weser, Berlin

1. August 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1012, 92: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“¹

Verhandlungen über ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien der Mitte; Beurteilung des Jungdeutschen Ordens

Verehrter, lieber Herr Koch-Weser!

Verbindlichen Dank für die Übermittlung Ihres Briefes an Geheimrat Dr. Bruckmann.² Soweit ich die Dinge übersehe, halte ich die Konstruktion, daß Bickes eine gemeinsame Liste der bürgerlichen Mittelparteien in Württemberg führen solle, für ein subjektives Wunschbild, für eine der Kombinationen, an denen diese Zeit reich genug ist.³ Bickes hatte schon vor zwei Jahren Schwierigkeiten, von seiner eigenen Partei aufgestellt zu werden, und es ist mir sehr ungewiß, ob er von seinen Freunden für den Versuch einer gemeinsamen Liste überhaupt präferiert würde.⁴ Das Problem der gemeinsamen Liste ist freilich in Württemberg, soweit ich die Dinge übersehen kann, schon *vor* der Reichstagsauflösung erörtert worden, weil man mit der Volkspartei landespolitisch zu einem guten Einvernehmen gekommen ist⁵ und im Laufe des Sommers glauben konnte, daß die Entwicklung im Reich zu der schwäbischen Situation parallele Züge im zwischenparteilichen Verhältnis zeitigen werde. Ich glaube auch, daß für Bruckmann wie für Henne bei der Unterzeichnung des Gründungsaufrufs der deutschen Staats-

¹ Im Briefkopf Vermerk durch Koch-Weser: „Telefonisch erledigt“; Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 156–158; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Koch-Weser an Heuss, 31. 7. 1930, in: BArch, N 1012, 92; bzw. Koch-Weser an Bruckmann, 31. 7. 1930, in: BArch, N 1012, 105.

³ In seinem Schreiben an Bruckmann (wie Anm. 2) ging Koch-Weser auf Gerüchte ein, bei den kommenden Reichstagswahlen werde in Württemberg eine Einheitsliste aus DVP, DStP und WP antreten, die Bickes (DVP) anführe. Überzählige Stimmen sollten eventuell dem Reichswahlvorschlag der DVP zufallen. Bruckmann antwortete daraufhin, dass sich „unsere Verhandlungen mit Volkspartei [...] nicht auf der von ihnen genannten Grundlage“ bewegen; Bruckmann an Koch-Weser, 2. 8. 1930, in: BArch, N 1012, 105.

⁴ Bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 traten DStP und DVP in Württemberg auf einer Einheitsliste an, für die von der württembergischen DVP nicht Bickes, sondern Keinath nominiert wurde; vgl. STATISTIK 382, I, S. 105.

⁵ Im Januar 1930 waren DDP und DVP gemeinsam in die württembergische Regierung eingetreten; vgl. Nr. 149, Nr. 150. In seiner Sitzung vom 31. 5. 1930 hatte der Landesausschuss der württembergischen DDP diese Zusammenarbeit ausdrücklich befürwortet; vgl. DEMOKRAT 11, Nr. 12, 20. 6. 1930, S. 290. Die Zusammenarbeit zwischen DDP und DVP wurde durch den Umstand erleichtert, dass der württembergische Landesverein der DVP auf dem linken Flügel der Gesamtpartei stand; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 662.

partei eine Voraussetzung war, daß die Bewegungsfreiheit zu einer Verständigung der Mittelparteien nicht erschwert werde⁶. Ich bin dessen gewiß, daß, wenn die Idee einer gemeinsamen schwäbischen Liste zwischen den Gruppen je erörtert wurde, unsere Freunde nie daran dachten, auf die erste Stelle je zu verzichten.⁷ Das war schon ein Gebot der Selbstachtung. Was das Reichslistenproblem anlangt, so hatten sie wohl, vielleicht unter dem Eindruck der Pressestimmung für Sammlung, die Auffassung, daß eine gemeinsame Reichsliste möglich sein würde.⁸ Ich konnte am Mittwoch wegen meiner Vorlesung⁹ die Tagung nicht bis zum Schluß mitmachen, Bruckmann hatte sich noch zum Wort gemeldet, und nach meiner Kenntnis seiner gesamten Stellung muß ich annehmen, daß er, da er noch kurz zum Wort kam, seine Auffassung von der notwendigen Bewegungsfreiheit zum Ausdruck brachte.¹⁰

Ich kann Ihnen nun nicht meine Sorge verhehlen, daß vermutlich die Nachricht über den Ausgang der gestrigen Parteiführerbesprechung¹¹ in Württemberg sehr verwirrend und wahrscheinlich verstimmend gewirkt hat. Als ich am Mittwoch im Reichstag kurz meine Besorgnis aussprach, daß Ihre Bemerkung über die unvermeidbare Schulddiskussion¹² mir keine ganz glückliche Overtüre für die Verhandlungen erschien, haben Sie diese Besorgnis zurückgewiesen. Ich weiß, wie vorsichtig man sein muß in der Beurteilung von Verhandlungen, an denen man selber nicht beteiligt war, aber der Öffentlichkeit bietet sich heute gerade das Bild dar, was ich vermieden wissen wollte. Draußen im Wahlkampf

⁶ In der Vorlage: „wurde“.

⁷ Die württembergische Einheitsliste Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei wurde nach dem Verzicht von Wieland von Heuss angeführt; vgl. STATISTIK 382, I, S. 105.

⁸ Die Gründung der DStP machte einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag mit der DVP obsolet.

⁹ Im Sommerhalbjahr 1930 hielt Heuss jeden Montag an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung zu „Deutsche Staatsmänner und Parlamentarier des 19. und 20. Jahrhunderts“ und jeden Mittwoch eine Studiengemeinschaft zu „Probleme des deutschen Parlamentarismus“; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1930, S. 5, 11.

¹⁰ Auf der Sitzung des Parteiausschusses der DDP vom 30. 7. 1930 hatte Bruckmann die gute Zusammenarbeit zwischen DDP und DVP in Württemberg hervorgehoben, die auch bei den Reichstagswahlen fortgesetzt werden solle; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 578.

¹¹ Am 30. und 31. 7. 1930 hatte eine ergebnislose Besprechung zwischen Ernst Scholz (DVP), Gottfried R. Treviranus (KVP), Hermann Drewitz (WP), Gotthard Sachsenberg (WP), Erich Koch-Weser (DStP), Oscar Meyer (DStP) und zwei Vertretern der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler über die von Scholz vorgeschlagene Sammlung der bürgerlichen Parteien der Mitte und der Rechten stattgefunden; vgl. E. JONAS, Volkskonservative, S. 83; L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 656.

¹² Vgl. Koch-Weser an Scholz, 1. 8. 1930: „Ich würde es für ein nationalpolitisches Unglück halten, wenn in diesem Wahlkampf unsere Parteien sich in einem kleinlichen Zank gegenüberstehen und vielleicht sogar erörtern würden, wer am Scheitern der Einigung schuld ist. Weite Kreise der Wählerschaft wollen keine Erörterung der Schuldfrage, sondern eine Einigung.“ Zit. n. POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE, erster Teil, S. 351. Der Brief wurde in der Presse veröffentlicht; vgl. BT, Nr. 361, 2. 8. 1930.

wird die Schulddiskussion in der kleinen Presse jetzt die Auseinandersetzung vergiften.

Der Vorschlag des Dr. Scholz, heute schon eine Fraktionsgemeinschaft in Aussicht zu nehmen,¹³ war selbstverständlich abzulehnen. Es ist fraglich, ob die Ablehnung nicht auch gleichzeitig den Konservativen¹⁴ mit zuzuschieben war, die sich, wenn sie aus dem Hugenberglager Leute heranziehen wollen, ja auch nicht mit uns Unter den Linden sehen lassen können.¹⁵ Aber Sie wollen es mir nicht verübeln, daß ich die offenbar schroffe Ablehnung eines gemeinsamen Wahlaufufes, ohne Hinzuziehung von Zentrum und Bayrischer Volkspartei, für taktisch falsch halte.¹⁶ Ein solcher Gesamtaufruf ist Sache der Regierung. Daß wir die Heranziehung des Zentrums und der B[ayerischen] V[olkspartei] zur Bedingung machten, wird, so logisch es erscheinen mag, draußen nicht verstanden werden, da diese beiden Gruppen Parteien sui generis sind und in der wahltechnischen Auseinandersetzung nicht interessieren. Die Hilfsstellung, die die kölnische Zeitung Ihrer Auffassung gibt,¹⁷ ist erfreulich, aber sie ist nur eine Überlegung für Intellektuelle. Ich hätte unter allen Umständen einen Ausschuß mitbesetzt, der peremptorisch¹⁸ nach Formulierungen gesucht hätte, um Zeit zu gewinnen, bis in Kassel die junge Volkspartei beisammen war.¹⁹ Vielleicht hätte man dann nachher, in dem Bedürfnis nach einer scharfen Formulierung, den Versuch scheitern lassen können. Ich für meine Person würde die Tatsache eines meinethalben auch inhaltslosen gemeinsamen Wahlaufufes begrüßt haben, denn er würde als

¹³ Scholz hatte anstatt einer Parteienfusion einen gemeinsamen Wahlaufruf von DStP, DVP, WP und KVP ins Spiel gebracht, mit dem sich die Parteien zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im künftigen Reichstag verpflichten sollten; vgl. FZ, Nr. 566, 1. 8. 1930.

¹⁴ Gemeint ist die KVP.

¹⁵ Zitatanklang an das bekannte Gedicht von Heinrich Heine: „Blamir’ mich nicht, mein schönes Kind, // Und grüß’ mich nicht unter den Linden; // Wenn wir nachher zu Hause sind, // Wird sich schon Alles finden.“ H. HEINE, Gesamtausgabe I/I, S. 485.

¹⁶ Koch-Weser hatte am 31. 7. 1930 den von Scholz vorgeschlagenen gemeinsamen Wahlaufruf abgelehnt (vgl. Anm. 13) und stattdessen einen Wahlaufruf gefordert, den auch das Zentrum und die BVP unterzeichnen sollten; vgl. Kölnische Zeitung, Nr. 415, 1. 8. 1930, bzw. FZ, Nr. 566, 1. 8. 1930.

¹⁷ Vgl. den Artikel „Wohin geht der Weg?“ In: Kölnische Zeitung, Nr. 415, 1. 8. 1930; darin heißt es u. a.: „Ein *Dachaufruf*, der das *gemeinsame* Ziel herausstellt, genügt vollständig, und es ist eigentlich selbstverständlich, daß diesen Aufruf, wie in dem Redaktionsausschuß der auf Veranlassung des volksparteilichen Vorstands eingeladenen Parteien beantragt wurde, auch Zentrum und Bayrische Volkspartei unterzeichnen. Fehlen sie, dann bekommt die ganze Aktion ein wesentlich andres Gesicht, dann versteht man auch nicht mehr, was das ‚zunächst‘ in dem Scholz’schen Einladungsbrief zu bedeuten hatte und warum er dem Reichskanzler zugeleitet wurde.“

¹⁸ Begriff aus der Rechtswissenschaft im Sinne von „aufhebend“.

¹⁹ Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hielt am 3. 8. 1930 einen Reichsvertretertag in Kassel ab und zeigte sich, entgegen der Hoffnung der DStP und trotz einzelner Parteiübertritte, mehrheitlich ablehnend gegenüber der neugegründeten DStP; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 657f.

Überbrückung des Parteienpartikularismus und als Bekundung eines bürgerlichen Machtwillens zunächst psychologisch gewirkt haben. Sorge vor der Sozialdemokratie brauchte man nicht zu haben, denn diese ist offenbar entschlossen, den Wahlkampf jetzt gegen uns so unpolitisch und gemein zu führen, wie es sich bei ihr mit dem Erwachen der spezifisch agitatorischen Instinkte ergibt.

Ich muß annehmen, daß Sie die Sachlage weithin anders sehen und offenbar mit einem starken Optimismus die Parole bewerten, daß die junge Generation, soweit sie nicht verhetzt ist, bei uns jetzt eine politische Heimat finden wird. Mir persönlich ist der Menschentypus, der jetzt zu uns stoßen soll,²⁰ höchst willkommen nach seiner menschlichen Haltung; ich bin geneigt zu glauben, daß er etwa in Fragen des berühmten Schmutz- und Schundgesetzes,²¹ in der Angelegenheit des § 218²² meiner inneren Auffassung näher steht, als das sichtbare demokratische Parteischema diese Dinge zeigt. Ich bin ganz ohne Sorge, daß in einer Fraktionsarbeit die sachlich ernsthafte Arbeit wertvolle Kräfte konkretisieren wird. Ich habe auch nichts gegen Romantik, aber ich bin gegen Betriebsmeierium, was Jugend zum Qualitätsbegriff erhebt. In dieser Gefahr scheinen wir im Augenblick zu stehen. Diesem Typus, an den ich jetzt denke, und Sie wissen, wen ich meine, kommt es gar nicht auf die Sammlung an, die als Fahne so schön geschwenkt wird, im Gegenteil, er sucht sie zu verhindern, weil das Bewußtsein des Integralen so viel angenehmer.

Verzeihen Sie, daß ich die württembergische Angelegenheit zum Anlaß einer so breiten Expektoration²³ gemacht habe, aber Sie waren ja schon oft genug der geduldige Zuhörer meiner sorgenvollen Betrachtungen. Ich hoffe für manche der Freunde am Mittwoch das Begreifen der Lage etwas erleichtert zu haben,²⁴ indem ich daran erinnerte, mit welchem Mißtrauen der Stöcker-Schüler und Antikapitalist Naumann im Freisinn empfangen wurde,²⁵ aber ich bin seit heute etwas sorgenvoll gestimmt. Ich kenne die Rede noch nicht, mit der ich diesen Wahl-

²⁰ Gemeint ist der in der Volksnationalen Reichsvereinigung organisierte Jungdeutsche Orden; vgl. Nr. 159, Anm. 2, 5.

²¹ Vgl. Nr. 111.

²² Zu den gesetzgeberischen Anläufen einer Neugestaltung des im § 218 StGB geregelten Abtreibungsverbots während der Weimarer Republik vgl. CHR. KOCH, Schwangerschaftsabbruch, S. 136–176. Bei der namentlichen Abstimmung über eine Neuformulierung des § 218 StGB am 7. 5. 1926, die von KPD, SPD, DDP und DVP gegen die Stimmen von DNVP und Zentrum beschlossen worden war, hatte sich Heuss entschuldigen lassen; RT-Bd. 390, S. 7052–7066, 7074–7077. Der abgeänderte § 218 StGB sah für einen Verstoß gegen das Abtreibungsverbot nur mehr Gefängnis- und nicht mehr Zuchthausstrafen vor; RGBl. 1926 I, S. 239.

²³ Veraltet für „Erklärung“.

²⁴ Eine entsprechende Wortmeldung von Heuss auf der Sitzung des Parteausschusses der DDP am 30. 7. 1930 ließ sich nicht ermitteln; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 562–578.

²⁵ Nach dem Misserfolg bei den Reichstagswahlen von 1903 hatte sich der Nationalsoziale Verein Naumanns der Freisinnigen Vereinigung angeschlossen; vgl. TH. HEUSS, Friedrich Naumann, S. 222–228.

kampf bestreiten werde, falls ich in ihn eingreife. Das letztere ist noch ungewiß. Der etwas törichte Katalog der ausscheidenden Abgeordneten der DDP, den irgend eine berliner Zeitungskorrespondenz herausgab,²⁶ hat, wie ich höre, die Ulmer Parteifreunde alarmiert. Wieland wird durch sie vermutlich seine neue Kandidatur verfechten lassen; die Nachricht hat auch andere Bewerber geweckt. Ich selber habe vor, wenn ich mich nicht durch die Arbeit von 12 Jahren im Lande und vier fleißiger Jahre im Parlament des Vertrauens der württembergischen Partei versichert halten kann, diesmal die Fahne an der Spitze zu tragen, zu resignieren.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 163

An Adolf Scheef, Tübingen

2. August 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 60: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Widerstände gegen eine Spitzenkandidatur „Heuss“ in den Schwarzwaldkreisen; Bitte um Unterstützung auf dem württembergischen Vertretertag¹

Lieber Freund,

der Brief eines Parteifreundes vom oberen Neckar teilt mir heute mit, daß die Schwarzwaldbezirke gegen meine neue Kandidatur zum Reichstag mobilisiert werden; Dr. Mauthe soll die demokratische Liste führen.² Gerade mit Mauthe in Wettbewerb zu treten, hat für mich einen unangenehmen Beigeschmack, da ich ihn menschlich sehr gern habe. Aber Du wirst verstehen, daß ich nicht einfach das Feld räumen will. Ich habe das Verhältnis zwischen der schwäbischen Partei und mir als eine gegenseitige Treueverpflichtung angesehen, ich habe den großen Bezirk auch während der Parlamentszeit rednerisch durchgearbeitet wie kein anderer zuvor. (Wieland und Herrmann Blaufelden hatten in dieser Richtung so gut wie gar nichts geleistet.) Ich habe hier im Parlament fleißig gearbeitet und nicht nur in der Fraktion, sondern auch bei den anderen Parteien rasch eine gute Stellung erworben. Ohne auf Dank zu rechnen, was man ja im öffentlichen Leben

²⁶ Eine entsprechende Zeitungsmeldung ließ sich weder im „Berliner Tageblatt“ noch in der „Frankfurter Zeitung“ oder der „Vossischen Zeitung“ ermitteln.

¹ Schreiben ähnlichen Inhalts gingen an den Redakteur Kühle in Schwäbisch Gmünd (BArch, N 1221, 58) und den Rechtsanwalt Erich Faber in Backnang (BArch, N 1221, 56).

² Ernst Mayer an Heuss, 31. 7. 1930, in: BArch, N 1221, 59.

nicht tun soll, habe ich es fast für eine Selbstverständlichkeit gehalten, daß mich die schwäbische Partei als ihren politischen Repräsentanten im Reich ansieht und behalten will. Daß ich in Berlin wohne, hat mich nicht daran gehindert, für Berichterstattung und menschliche Einzelfälle immer zur Verfügung zu stehen, während es meiner Aktivität in den Ausschüssen zustatten kam. Ich bin jetzt Mitte der Vierzig, ich habe, seit ich mit 21 Jahren zu Naumann ging, mein Leben auf öffentliches Wirken gestellt, und will jetzt die Möglichkeit des politischen Wirkens nicht mit einer vornehmen oder verstimmten Geste auf die Seite werfen. Dazu fühle ich mich noch zu jung. Ich habe auch die verschiedenen Anfragen, ob ich irgendwo anders kandidieren wolle, immer abgelehnt, weil ich mich nach Württemberg gehörig weiß und ohne falsche Anmaßung von mir sagen kann, daß ich das Land nach seiner geistesgeschichtlichen Artung und seiner wirtschaftspolitischen Struktur so gut kenne, wie sonst wenige. Soll ich nun höflich verabschiedet werden, weil mich mein berufliches Nachkriegsschicksal wieder in der Nachfolge Naumanns an die deutsche Hochschule für Politik getragen hat?³

Du wirst diesen Brief nicht falsch verstehen, wenn ich Dich bitte, Dir ein freundschaftliches Bild über meine Lage zu machen, wenn ich mich am 10. August⁴ von der schwäbischen Partei desavouiert fühlen müßte. Hier in Berlin rechnete man mit der Selbstverständlichkeit, daß ich anstelle Wielands, der in den zwei letzten Jahren wenig aktiv sein konnte, zurückkehren werde, umso mehr als man Leute braucht, die für die geistige Auseinandersetzung mit den Volksnationalen in Frage kommen. Ich schreibe Dir diesen Brief in all der Offenheit sachlich wie persönlich nie getrübtter Freundschaft, die zwischen uns ist, mit der Bitte, meine Sorge mit zu überlegen, und mir, wenn Du es sachlich und taktisch beantworten kannst, am 10. August Deine Unterstützung zu gewähren. Ich glaube sicher zu sein, daß dieses offene Wort von Dir richtig gewürdigt werden wird.

Mit herzlichen Grüßen, wie immer,
Dein

[Theodor Heuss]

³ Nach Ernst Mayer hielten die südlichen Parteiorganisationen Württembergs Heuss seinen Berliner Wohnsitz und seine „geistige Kultur“ vor: „Sie sind nach der Meinung der Leute ein so tüchtiger Politiker und ausgezeichnete Kopf, daß man sie im Reichstag nicht missen möchte, sind aber nicht der Volksmann, der von allen verstanden sich die Gefolgschaft der Masse sichert.“ Ebd.

⁴ Am 10. 8. 1930 fand in Stuttgart der Vertretertag der württembergischen DDP statt, der die Reihenfolge der DDP-Kandidaten für die in Württemberg beschlossene Einheitsliste von DVP und DSStP festlegte; vgl. Nr. 164, Anm. 4.

Nr. 164

An Philipp Wieland

14. August 1930

BArch, N 1221, 492: ms. Übertragung eines stenographierten Entwurfs¹

Dank für die Bereitschaft, die Spitzenkandidatur in Württemberg an Theodor Heuss abzutreten

Verehrter lieber Freund,

als ich am vergangenen Freitag nach Stuttgart fuhr, hoffte ich, Sie dort zu treffen, um mit Ihnen die Kandidatenfrage zur Reichstagswahl besprechen und klären zu können. Die Situation war durch ihre Undurchsichtigkeit charakterisiert: das Wahlabkommen mit der Volkspartei paraphiert,² aber die Kandidatenfrage noch völlig in Schwebelage. Dadurch, daß die Volkspartei Keinath nominiert hatte, hatte die Liste einen sehr starken wirtschaftlichen Akzent; bei den Verhandlungen hatte offenbar eine starke Rolle gespielt, ob Wirtschaftsminister Dr. Maier die Liste führen soll. Die Stimmung darüber war sehr geteilt. – Ich selber ließ keinen Zweifel darüber, daß ich eine so stark betonte „wirtschaftliche“ Pointierung der Liste bei dem gemischten Charakter unseres Anhangs und als Start der Staatspartei für falsch halte und daß ich auf dem Vertretertag eine klare Entscheidung erzwingen wolle. Man meinte, es werde gelingen, mich in Berlin auf die Reichsliste zu bringen; das lehnte ich ab, weil ich nicht bloß um die Aussichtslosigkeit des Versuchs wußte (ich half zweimal eine Reichsliste zu bauen!³), sondern weil ich glaube, einen Anspruch darauf zu haben, in Württemberg gewählt zu werden, nachdem ich zwanzig Jahre politischer Arbeit in das Land gesteckt hatte. Ich stand vor der Frage, ob ich, Mitte der Vierzig, in dem öffentlichen Wirken resignieren wollte, und das lehnte ich ab.

Die Entscheidung des Vertretertags ist Ihnen bekannt geworden.⁴

Es wäre mir bei dem jahrelangen kollegialen Zusammenarbeiten schmerzlich gewesen, wäre dieser Ausgang mit einer Kampfentscheidung zwischen Ihnen und

¹ Übertragung des Stenogramms durch den Stenographen des Landtags von Baden-Württemberg, 1965; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 492: stenographierter Entwurf.

² Bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 traten DSStP und DVP in Württemberg und in Baden auf einer Einheitsliste Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei an.

³ Eine Beteiligung von Heuss an der Kandidatenaufstellung ist im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 belegt; vgl. DEMOKRAT 8, Nr. 23, 8. 12. 1927, S. 535.

⁴ Der Vertretertag der württembergischen DDP stellte nach dem Verzicht Wielands auf seine Wiederwahl Heuss am 10. 8. 1930 durch Zuruf an die Spitze des Wahlvorschlages der württembergischen DDP; vgl. BT, Nr. 375, 11. 8. 1930. – In seinen Erinnerungen schreibt Heuss über seine Anstrengungen, Wieland zum Verzicht auf eine erneute Reichstagskandidatur zu bewegen, beschönigend: „Irgend jemand hatte Philipp Wieland aus Ulm dazu veranlaßt, jetzt auf eine neue Kandidatur zu verzichten“; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 391.

mir als Einleitung belastet worden; es ist mir deshalb ein Bedürfnis, Ihnen, wie ich es am 10. August vor der Partei getan habe, auch mit diesen paar Zeilen den Dank auszusprechen für Ihre Bereitwilligkeit, den Platz an der Spitze freizugeben.

Der nächste Reichstag wird eine sehr unpopuläre Politik machen müssen, und es sind keine Hochgefühle, mit denen man in den schweren Wahlkampf geht. Bei dem Werden der Staatspartei ist viel Wirrung. – Koch scheint zu viel versprochen zu haben, und Höpker ist gelegentlich verzweifelt. Immerhin hat er mit Scholz klug verhandelt,⁵ während, wie mir scheint, Koch seine Rückkehr als Führer psychologisch selber verbaut hat. Es scheint seine Wiederaufstellung in Berlin auf Schwierigkeiten zu stoßen.⁶

Ich erwarte jetzt Order von Hopf, wann ich antreten muß. – Es ist mir etwas angst vor den dreißig oder mehr Versammlungen, die mich erwarten. Um die Ferien bin ich nun ganz betrogen; hoffentlich halte ich die Kampagne durch.

Ich hoffe, Sie in diesen Wochen zu sehen; heute sende ich Ihnen, mit guten Wünschen für die Erholung, dankbare Grüße. [Theodor Heuss]

Nr. 165

An Dr. Carl Petersen, Hamburg

15. August 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1186, 44: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. paraphiert; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“

Bitte um die Unterstützung einer Reichstagskandidatur von Gustav Stolper in Hamburg

Verehrter, lieber Freund,

als ich von der Württembergischen Kandidatenreise vorgestern zurückkam,¹ war mir der Inhalt Ihres liebenswürdigen und eingehenden Briefes eine nicht er-

⁵ Am 7. 8. 1930 hatte eine weitere ergebnislose Unterredung zwischen Scholz und Höpker-Aschoff über einen Zusammenschluss von DVP und DStP statt gefunden; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 658f; SCHULTHESS' 1930, S. 187.

⁶ Bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 führte Koch-Weser den Reichswahlvorschlag der DStP an; auf eine erneute Kandidatur im Wahlkreis Berlin verzichtete er aufgrund des starken Gegensatzes zwischen seiner Person und dem „Berliner Tageblatt“; vgl. das Protokoll der Vorstandssitzung der DDP vom 20. 8. 1930, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 579f. Die Ortsgruppe Berlin-Mitte der DDP stand unter Leitung Feders, dem innenpolitischen Redakteur des „Berliner Tageblatts“, und hatte wenige Tage zuvor eine Resolution gegen den Übergang der DDP in die DStP gefasst; vgl. E. FEDER, Tagebücher, S. 22.

¹ Vgl. Nr. 164.

wünschte Überraschung.² Ich hatte nach den hiesigen Nachrichten bestimmt damit gerechnet, daß Sie zur Reichspolitik ins Parlament zurückkehren werden. Die entschlossene Sonderlösung, die im Süd-Westen gefunden wurde, hat, wie ich hoffe, Ihren Beifall gefunden; wir erwarten von ihr nicht bloß eine sachliche Konzentration der Kräfte, sondern auch einen wahlpolitischen Auftrieb.³

Wie ich höre, ist die Hamburger Kandidatenfrage noch in Schwebelage. Unter den Namen, die mir hier genannt worden sind, befindet sich nicht mehr Büll, aber Stolper.

Ich möchte Sie sehr bitten, sich die Möglichkeit einer Hamburger Kandidatur von Stolper sehr mit zu überlegen, denn ich habe seit gestern die Empfindung, daß einige unserer hiesigen Freunde bereit erscheinen, Stolper um seiner jüdischen Herkunft willen den Jungdeutschen zu opfern.⁴ Es war immer angenommen, daß er den dritten oder vierten Platz der Reichsliste erhalten werde; an ihn selber waren lange vor der Reichstagsauflösung einige Wahlkreise herangetreten, um ihm die Spitzenkandidatur anzubieten. In den Verhandlungen, die in den letzten Wochen gepflegt wurden, hat sich die Situation dann immer wieder verschoben. Ich selber habe Stolper, mit dem ich ja auch über Naumann seit 12 Jahren menschlich nahe befreundet bin, in der Richtung beraten, daß er das Fundament seiner politischen Stellung in einem Wahlkreise suchen soll. Nur ist dafür die Auflösung⁵ etwas zu rasch gekommen.

Ich für meine Person würde einen Wahlkreis wie den Hamburger mit seiner einheitlichen Struktur und dem interessanten wirtschaftspolitischen Hintergrund für ganz ausgezeichnet halten für einen Mann von Stolpers Denkart. Die Frage ist aber die, wie sich Hamburg zu einem Nithanseaten stellt. Eine Stadt wie Eure hat selbstverständlich einen Anspruch auf Eigenvertretung im engsten Sinn. Das Gefühl haben andere Länder auch von sich. Ich habe die Auseinandersetzung vor 23 Jahren auch gemacht, als ich den Schwaben zumutete, den Norddeutschen Naumann als ihren Vertreter zu nehmen.⁶ Ich erinnere an dieses Beispiel mit Absicht, denn ich glaube, daß Stolpers heutige Aufgabe in weitem Umfang der Nachfolge Naumanns entspricht: seine Mannheimer Rede hat aus Naumann-

² Vgl. Nr. 161, Anm. 4.

³ Vgl. Nr. 164, Anm. 2.

⁴ Im Haupt-Aktionsausschuss der DStP, der aus Vertretern von DDP, Jungliberalen und Volksnationaler Reichsvereinigung bestand und in dessen Händen die Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 lag, hatte sich der Jungdeutsche Orden anfangs gegen eine Kandidatur von Stolper ausgesprochen. Die Kandidatur Stolpers an zweiter Stelle im Wahlkreis Berlin, auf die man sich schließlich einigte, wurde jedoch am 15. 8. 1930 vom Vertretertag der DDP abgelehnt; vgl. Rundschreiben des Jungdeutschen Ordens vom 16. 8. 1930, in: POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE, erster Teil, S. 367–375, hier S. 373.

⁵ In der Vorlage: „Auslösung“; gemeint ist die Reichstagsauflösung vom 18. 7. 1930.

⁶ Bei den Reichstagswahlen von 1907 trat Naumann auf Initiative von Heuss in Heilbronn an; vgl. die Schilderung der Wahlkampagne, in: TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 55–64.

scher Grundauffassung das Werden der neuen Probleme gezeigt, wie sie sonst von niemandem heute in Deutschland gezeigt werden können.⁷ Wenn Hamburg heute durch Ihren Verzicht niemanden von deutschem Namen herausstellen kann (und Büll hatte bei allen Meriten gewiß keinen deutschen Namen), so ehrt sich die Partei dort, wenn sie einem Mann von Stolpers Maß die Chance des Wirkens gibt und ihn der peinlichen Situation enthebt, den Packeleien der Berliner Ausschüsse ausgeliefert zu sein.

Ich weiß nicht, wie die Dinge in diesen Tagen in Hamburg geformt werden. Ich selber bin an den hiesigen Verhandlungen nur sehr am Rande beteiligt, aber ich nehme an, daß in Hamburg keinerlei Entscheidung ohne Ihre aktive Beeinflussung getroffen wird, und ich habe mir deshalb die Freiheit genommen, Ihnen diese Zeilen zu schreiben.⁸

M[it] f[reundlichen] Gr[üßen]

Th. H.

Nr. 166

An Elly Heuss-Knapp, Berlin-Lichterfelde-West

26. August 1930; Bad Mergentheim

FA Heuss, Basel: hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Verlauf von Wahlkampfveranstaltungen

Liebe Elli,

da das Wetter nun wirklich herbstlich geworden, lasse ich mich heute etwas spazieren fahren u. zeichne dann im Park von Weikersheim. Deshalb komme ich erst am Abend zu den Neuigkeiten, die Du nach Crailsheim dirigiert hast; ich vermute, sie beziehen sich auf Vermieten der alten Wohnung. Oder nicht? Dann setze Kopania auf den Fall.¹ Hier geht alles ordentl[ich]. In Brackenh[ei]m Diskuss[ion] mit Nat[ional]soz[ialisten], in Leonberg mit Soz[ial]dem[okraten]; hier gestern ein nat[ional]soz[ialistischer] Stoßtrupp, den der Vorsitzende und ich

⁷ GUSTAV STOLPER: Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie. Programmrede auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei am 5. Oktober 1929, Berlin [1929]. Die Rede war auf dem Parteitag allerdings vom linken Parteiflügel der DDP als zu kapitalfreundlich kritisiert worden; vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, S. 170–174.

⁸ Wenige Tage nach Heuss' Schreiben wurde die Reichstagskandidatur Stolpers in Hamburg auf Petersens Antrag beschlossen. Bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 erzielt Stolper das reichsweit beste Ergebnis eines reinen DStP-Kandidaten; vgl. T. STOLPER, Gustav Stolper, S. 257–262.

¹ Kopania & Co., Möbelspedition in Berlin-Steglitz.

gleich dermaßen schwäbisch anfaßten, daß sie nach einigem Geschrei völlig still wurden. Ich glaube, ich komme ohne allen Krach durch, weil die Leute erstaunt sind, wenn man sich nicht von ihnen terrorisieren läßt.²

Zwischen den Reden sind auch schon ein paar Bildlein entstanden.³

An alle herz[l]iche] Grüße

Theodor

Nr. 167

An Hanns Peter Deeg, Kissingen

19. September 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 75: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Politische Entwicklung der BVP; künftige Rolle der demokratischen Staatsform

Sehr geehrter Herr Deeg,

freundlichen Dank für Ihren Brief.¹ Ich entsinne mich gut unserer Unterhaltung über die Situation der bayrischen Volkspartei und des Zentrums. Aber wenn ich die Dinge richtig sehe, suchen bestimmte fränkische Teile der bayrischen Volkspartei nach wie vor, die Verbindung zum Zentrum enger zu gestalten, während der altbayrische Teil sich dagegen wehrt.² Es ist natürlich noch schwer zu beurteilen, wie die Entwicklung gehen wird. Sie hängt mit davon ab, ob in Bayern, um zu einer Regierung kommen zu können, die Verbindung zwischen Sozialdemo-

² Bis zum 26. 8. 1930 hatte Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Balingen (17. 8.), Brackenheim (23. 8.), Leonberg (24. 8.), Bad Mergentheim (25. 8.) und Crailsheim (26. 8.) abgehalten; vgl. Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684; das Konzept seiner Rede zu den Reichstagswahlen findet sich ebd., 27. – Danach setzte sich Heuss in seiner Wahlkampfreden insbesondere mit der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands auseinander, als deren Geschöpf er den Aufstieg des Nationalsozialismus bezeichnete. Der SPD warf er vor, ihr Verlassen der Großen Koalition im Frühjahr sei ein Armutszeugnis. Das Parlament habe versagt, deswegen könne die Regierung ihre Notverordnungen mit gutem Gewissen verteidigen. An den Schluss seiner Rede stellte Heuss die Überlegungen vor, die zur Gründung der DStP führten und knüpfte daran die Hoffnung, dass Deutschland ohne die Kräfte des liberalen und demokratischen Bürgertums nicht regiert werden könne.

³ Vgl. die Zeichnungen „Brackenheim, Johanniskirche“ (24. 8.), „Mergentheim“ (25. 8.), „Weikersheim“ (26. 8.) und „Crailsheim“ (27. 8. 1930), in: FA Heuss, Basel, Skizzenbuch XII.

¹ Ließ sich nicht ermitteln; Deeg hatte zwischen 1928 und 1930 als Student der Deutschen Hochschule für Politik Veranstaltungen bei Heuss besucht.

² Während das Zentrum die Verselbständigung des bayerischen Zentrumsflügels zur BVP im Jahre 1918 stets wieder rückgängig machen wollte, beharrte die BVP auf ihrer Selbständigkeit. Nach den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 standen sich innerhalb der BVP zwei Richtungen gegenüber, eine in Franken beheimatete katholische, die auf eine stärkere Verbindung mit dem Zentrum setzte, und eine altbayerische, die der BVP eine „speziell bayerische Mission“ zusprach; vgl. K. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, S. 172–198, S. 251f (Zitat).

kratie und bayrischer Volkspartei gelingt, die in beiden Gruppen zum Teil gewollt und zum Teil bekämpft wird. Würde Sie kommen, so würden auch die Unterschiede zwischen bayrischer Volkspartei und Zentrum sich wieder verwischen.³

Was Ihre persönlichen Bemerkungen anlangt, daß ich mit „kolossaler Ausdauer“ mich für die „absinkende Sache“ der Demokraten⁴ einsetze, so stehen die Dinge von mir persönlich aus gesehen so, daß ich weder die Parteien noch die Doktrinen als gegebene gefestigte Größen ansehe, sondern spüre, wie die Dinge geistig und sachlich unterwegs sind. Ich glaube aber, daß die Demokratie als solche, nicht im Parteisinn gesprochen und nicht als Paragraphenreihe der Verfassung genommen, erst im Beginn ihrer Aufgabe steht, die Nation zu gestalten und zwischen individualistischem Erbe und Gemeinschaftssinn die Synthese zu schaffen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

[Theodor Heuss]

Nr. 168

An Elly Heuss-Knapp, Berlin-Lichterfelde-West

28. September 1930; Torbole, Italien

FA Heuss, Basel: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Erlebnisse am Gardasee; Memoiren von Bernhard von Bülow

Liebe Elli,

bald fange ich an, mir bunte Ansichtspostkarten zu kaufen, solche mit tiefblauem Himmel, und die Welt zu belügen. Dies ist ein trostloser Sonntag. Mussolini hat für heute „la festa dell’uva“ dekretiert, das Fest der Traube,¹ Propagandatag – ich wollte ihn in Riva mitmachen, um zu sehen, wie das aufgezogen wird, nach-

³ Nach dem Ausscheiden des Bayerischen Bauernbundes aus der bayerischen Regierung am 16. 7. 1930 und einer anschließenden parlamentarischen Niederlage am 20. 8. 1930 demissionierte das Rumpfkabinett Held, blieb aber bis zum Ende der Weimarer Republik geschäftsführend im Amt, ohne Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufzunehmen; vgl. ebd., S. 273–277; H. HÜRTELEN, *Revolution*, S. 497f.

⁴ Bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 hatte die neugegründete DStP lediglich 20 Mandate bzw. 3,8 % der abgegebenen Stimmen erzielt und war damit weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Heuss hatte in Württemberg als Listenführer der Einheitsliste Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei ein Mandat erringen können.

¹ Die „Prima Festa Nazionale dell’uva“ wurde am 28. 9. 1930 in ganz Italien gefeiert; vgl. FEDERAZIONE NAZIONALE FASCISTA, *Festa nazionale dell’uva in Italia*.



Abb. 22: Theodor Heuss: Torbole, Kreidezeichnung mit Farbstift, 30. 9. 1930

dem ich im Corriere della Sera einen interessanten ökonomischen Leitartikel gelesen. Aber es regnet Bindfäden.

Schön, klar, sonnig war nur der erste Tag. Ich kaufte mir deshalb, da man hier vom Hotel direkt ins Wasser kann, einen Badeanzug. Er ist noch nicht ausgepackt. Die beiden letzten Tage hat es freilich nicht geregnet – man konnte spazieren gehen. Aber der Boden naß, der Himmel verhängt, die Berge umwölkt, die Seeferne grau – es ist nicht das Rechte. Zum Zeichnen komme ich auf solche

Weise fast gar nicht – entweder windet es zu stark oder ist es zum Sitzen zu naß.²

Die Landschaft hat, rückwärts, ins Land hinein, große Reize. Ich wandelte gestern nach Arco und zurück, tektonisch kolossal interessant mit zusammengerutschten Bergen. Am See-Nord-Ende ist ausgesprochener Fjordcharakter – da ist der Genfer See reicher, weil er vor den hohen Erhebungen noch die Abplattungen mit Dörfern hat, die hier fast völlig fehlen.

Nachts schlechter bzw. später Schlaf, teils wegen des Kampfes mit den Mosquitos, teils wegen einer Pappelallee, in der die Nachtstürme Musik machen, teils wegen des Bülow,³ den ich jetzt hinter mir habe – das ist schon die schlimmste Lektüre seit langer Zeit, die eleganteste Gemeinheit – im Haß zu klein, aber schnöde in der Gesinnung, ein Rachefeldzug nicht bloß gegen den Kaiser u. s[eine] Hofumgebung, sondern gegen alle, die Bethmann stützten. Zwei Seiten Gemeinheit gegen Harnack, immer wieder Hans Delbrück – dabei in historischen Dokumenten z. T. rasend interessant.

Jetzt kommt Hitler an die Reihe – ich habe schon Angst wegen des Stils.⁴ Hoffentlich ist er besser als bei seinen gedruckten Reden.

Abends habe ich jetzt doch ein paarmal getanzt, doch sind die Zirkel der Gäste, die z. T. schon wochenlang da sind, ziemlich in sich geschlossen u. immer Ehepaare. Du würdest aber bei dem Wetter von dem Aufenthalt nicht viel haben. Immerhin würden wir stundenlang spielen können, welche Worte in Reichstag, Mahraun, Brüning enthalten sind. Daß das Reichsgericht den Hitler seine dumme Rede halten ließ, ist ein Skandal.⁵

Ich will noch zwei Tage mit dem Wetter Geduld haben – wenn es dann nicht besser wird, baue ich ab. Die Verpflegung ist zwar gut, ich konsumiere ganze Diners, ich habe mit hiesigen Weinen begonnen, bin dann zu einem Südtaliener übergegangen und heute mit einem alten Toskaner fertig geworden – aber la

² Zahlreiche am Gardasee entstandene Zeichnungen finden sich im Skizzenbuch XI, in: FA Heuss, Basel.

³ Gemeint sind die Memoiren des früheren Reichskanzlers von Bülow; von dem insgesamt vierbändigen Werk waren 1930 die ersten beiden Bände, die von Bülows aktive Zeit als Politiker umfassten, erschienen. BERNHARD VON BÜLOW: Denkwürdigkeiten, hg. von FRANZ VON STOCKHAMMERN, 4 Bde. Berlin 1930–1931. Heuss rezensierte alle vier Bände für die Zeitschrift „Die Literatur“; THEODOR HEUSS: Denkwürdigkeiten von Bernhard Fürst von Bülow, in: Die Literatur. Monatsschrift für Literaturfreunde 33, H. 2, November 1930, S. 112f; ebd., H. 6, März 1931, S. 354f; ebd., H. 8, Mai 1931, S. 480; ebd. H. 10, Juli 1931, S. 595.

⁴ Vermutlich handelt es sich um eine Analyse des Programms der NSDAP, die Heuss im Auftrag der Reichszentrale für Heimatdienst anfertigte; vgl. BArch, R 43 I, 2682. Die Arbeit an Heuss' Hitler-Studie „Hitlers Weg“ begann erst im Frühjahr 1931; vgl. Nr. 186, Anm. 1.

⁵ Am 25. 9. 1930 hatte Hitler als Zeuge im Hochverratsprozess gegen die Ulmer Reichswehroffiziere vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig ausgesagt. Dabei hatte Hitler behauptet, seine politischen Ziele nur mit legalen Mitteln verfolgen zu wollen; Abdruck der Zeugenaussage in: A. HITLER, Reden III/3, S. 434–451.

fiesta del vino ist ja nicht der Hauptzweck der Übung. Ob ich dann in einem Rutsch nach Hause fahre, oder unterwegs irgendwo noch ein oder zwei Tage bleibe, mache ich vom Wetter abhängig.

Hoffentlich geht bei Euch alles gut.

Herzliche Grüße

Dein

Theodor Heuss

[PS] Wir haben hier auch Radio! Eben brüllt ein Kerl Leoncavallo oder sonst was.

Nr. 169

An Albert Hopf, Stuttgart

12. Oktober 1930; [Berlin]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag¹

Austritt der Volksnationalen Reichsvereinigung aus der DStP; Rücktritt Koch-Wesers vom Parteivorsitz der DDP; Stellung der DStP im Parlament; kommende Gesetzesvorhaben; Festhalten am Parteinamen Deutsche Staatspartei

Lieber Freund!

Das Rundschreiben von Höpker-Aschoff² hat Dich im ganzen über die Entwicklung innerhalb der Staatspartei informiert, Reinhold Maier wird die Darstellungen noch ergänzt haben auf Grund der Mitteilungen, die Dr. Rexrodt ihm und mir am Mittwoch gemacht hat. In der Zwischenzeit ist die Zersetzung weitergegangen, insoweit die 6 Volksnationalen den Austritt aus der staatsparteilichen Fraktion angemeldet haben, ohne es zu der gemeinsamen Besprechung kommen zu lassen, die für morgen geplant war.³ Ich für meine Person bedaure es, daß nicht wenig-

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 159–163.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Bereits kurz nach den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 war es innerhalb des Haupt-Aktionsausschusses der DStP zu starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern der DDP und des Jungdeutschen Ordens über die künftige organisatorische Ausgestaltung und politische Ausrichtung der Partei gekommen. Sie endeten mit der Aufforderung Mahrauns vom 3. 10. 1930, alle jungdeutschen und volksnationalen Führer hätten sich künftig als „gesonderte Heersäule“ innerhalb der DStP zu betrachten. Auf der folgenden Sitzung des Haupt-Aktionsausschusses der DStP am 7. 10. 1930 kam es zur endgültigen Trennung der Volksnationalen Reichsvereinigung von der DStP; vgl. E. EGGELING, Partei, S. 20–33. Die Reichstagsfraktion der DStP hatte sich bereits am 17. 9. 1930 konstituiert und Heuss zu ihrem Geschäftsführer gewählt; vgl. DEMOKRAT 11, Nr. 18, 20. 9. 1930, S. 420. Für den 13. 10. 1930 war, trotz der Trennung der

stens die Fraktionsgemeinschaft aufrechterhalten wurde. Es wäre zwar nach dem Vorangegangenen zunächst eine einheitliche Grundgesinnung nicht vorhanden gewesen, aber wir hätten immerhin mit dem Arbeiten beginnen können, und es hätte sich vermutlich vor konkreten Aufgaben eine Annäherung erreichen lassen. Rein qualitativ ist der Verlust sicher nicht sehr groß, wenn ich an die Herren *Prütz* und *Abel* denke vermutlich eine Entlastung.

Da ich durch diese Entwicklung die Herren Mahraun, Bornemann und Baltrusch menschlich nicht näher kennengelernt habe, bin ich in der psychologisch-moralischen Beurteilung ihres Schrittes nicht ganz sicher: ob von Anfang an eine illoyale Grundstimmung vorhanden gewesen ist, oder ob Mahraun nach dem Mißerfolg sich deshalb zum Rückzug entschloß, um nicht die Gefolgschaft in seinem Orden zu verlieren. Beobachter des Ordens meinen, daß mindestens die Hälfte der organisierten Jungdoleute nationalsozialistisch gewählt habe. Das kann natürlich niemand kontrollieren, aber offenbar sind in der engeren Gefolgschaft die Schwierigkeiten nach dem 14. September⁴ lebendig geworden, die man zunächst dadurch abzulenken suchte, daß man durch öffentliche Resolutionen Stolper, Reinhold und andere geradezu kindisch angegriffen hat.⁵ Die persönliche Pointierung sollte dann offenbar mit den Absprung vorbereiten.

Es liegt auf der Hand, daß die innerparteiliche Auswirkung der Entwicklung Koch treffen mußte,⁶ der zu allem Unglück im Anschluß an seinen Genfer Völkerbundaufenthalt⁷ sich nach Meran begab, wofür ich menschlich alles Verständnis habe, was aber politisch sicher inopportun war. Als er am letzten Montag abend zurückkehrte, waren die Dinge schon so weit gediehen, daß er keinen Einfluß mehr auf sie gewinnen konnte. Offenbar hatte er nicht bloß vor den Wahlen, sondern auch nach dem Wahlausgang die innerparteiliche Lage vollkommen falsch taxiert. Es hat einen tragischen Zug, wie er sich selber aus einer möglichen

beiden Parteien, geplant, die Frage einer weiteren Fraktionsgemeinschaft zwischen Abgeordneten der Volksnationalen Reichsvereinigung und der DStP zu besprechen; nach weiteren Angriffen von Höpker-Aschoff auf den Jungdeutschen Orden erklärten die volksnationalen Abgeordneten jedoch bereits am 10. 10. ihren Austritt aus der Fraktion; vgl. ebd., Nr. 20, 20. 10. 1930, S. 465; A. KESSLER, Orden I, S. 144–146.

⁴ Der 14. 9. war der Tag der Reichstagswahlen.

⁵ Am 30. 9. 1930 fasste die von Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens dominierte erste Versammlung Berliner Wähler und Freunde der Deutschen Staatspartei eine Entschließung gegen die geplante Annahme eines Aufsichtsratsposten bei der Ullstein AG durch Peter Reinhold und bezeichnete gleichzeitig das Eintreten Stolpers für den tschechischen Schuhkonzern Bata als „wirtschaftlichen Landesverrat“; vgl. Staatspartei-Wähler protestieren! In: Der Jungdeutsche, Nr. 230, 2. 10. 1930.

⁶ Die Gründung der DStP war wesentlich von Koch-Weser vorangetrieben worden; vgl. Nr. 162.

⁷ Koch-Weser plante vom 10. 9. bis 4. 10. 1930 an der 11. Bundesversammlung des Völkerbundes in Genf teilzunehmen, trat seine Reise aber aufgrund des Ergebnisses der Reichstagswahlen erst später an; vgl. Koch-Weser an Curtius, 15. 9. 1930, zit. n. POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE, erster Teil, S. 382f.

Führeraufgabe herausmanövriert hat. Er hatte offenbar damit gerechnet, bei den Volksnationalen eine Stütze für die kommende Zeit zu finden, mußte es aber erleben, daß seine eigene Genfer Tätigkeit, ehe er noch nach Berlin zurückkam, im „Jungdeutschen“ verhöhnt wurde.⁸

Koch hat ja zunächst, was die Partei anlangt, die Konsequenzen gezogen; es ist ihm auch mit aller Offenheit gesagt worden, daß er bis zur letzten Konsequenz gehen und auf sein Mandat verzichten solle.⁹ Denn seine Zusagen an die Volksnationalen sind für die Gestaltung der Reichsliste offenbar die verhängnisvollste Erbschaft gewesen, so daß man wesentlich bei ihm die Schuld sieht, daß jetzt drei Volksnationale durch doch überwiegend demokratische Stimmen Reichslistenmandate erreicht haben.¹⁰ Sein Nachfolger würde Dr. Winschuh¹¹ sein, der Exponent der jungvolksparteilichen Gruppe.¹² Sein Nachrücken würde diese Kreise an die Staatspartei fesseln, ein sachliches Urteil über Dr. Winschuh habe ich selber noch nicht. Koch will die Frage seines Mandats, die ihn natürlich nach seiner langen parlamentarischen Wirksamkeit sehr nahe berührt, von dem Verlauf der Sitzung am nächsten Donnerstag abhängig machen, vor allem auch von der Stellungnahme der Wahlkreisvorsitzenden.¹³ Es besteht an sich bei denjenigen, die mit den Organisationen draußen die lebendigste Fühlung haben, die Auffassung, daß er in seinem eigenen Interesse eine Auseinandersetzung und

⁸ AUGUST ABEL: Wozu noch Völkerbund? in: Der Jungdeutsche, Nr. 233, 5. 10. 1930; darin heißt es u. a.: „Zusammengefaßt kann man wohl behaupten, daß noch keine Konferenz des Völkerbundes negativer und für Deutschland demütigender ausgefallen ist wie die letzte.“

⁹ Nach dem Austritt der Volksnationalen Reichsvereinigung aus der DStP am 7. 10. 1930 hatte Koch-Weser sein Amt als Vorsitzender der DDP niedergelegt. Namentlich Höpker-Aschoff und August Weber verlangten von ihm zusätzlich den Verzicht auf sein Reichstagsmandat; vgl. Koch-Weser an Gustav Ehlermann, 8. 10. 1930, in: POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE, erster Teil, S. 407f.

¹⁰ Über den Reichswahlvorschlag der DStP hatten die Volksnationalen Arthur Adolph und Otto Bornemann sowie der christliche Gewerkschaftler Georg Friedrich Baltrusch ein Reichstagsmandat erhalten; vgl. STATISTIK 382, I, S. 116.

¹¹ In der Vorlage hier und an späteren Stellen: „Windschuh“.

¹² Die Jungliberale Bewegung hatte sich 1928 im Umfeld der DVP gebildet und strebte in mehreren über Deutschland verteilten Reformclubs einen Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien der Mitte an. Führende Repräsentanten der Jungliberalen Bewegung wie Theodor Eschenburg, Rochus von Rheinbaben und Josef Winschuh hatten sich an den Verhandlungen zur Gründung der DStP beteiligt, während die offizielle Parteijugend der DVP, die Reichsvereinigung junger Volksparteiler, die ablehnende Haltung der DVP gegenüber der Neugründung der DStP bekräftigte; vgl. W. R. KRABBE, Zukunft, S. 284–295.

¹³ Auf der Vorstandssitzung der DDP am 16. 10. 1930 erklärte sich Koch-Weser zum Mandatsverzicht bereit, sobald geklärt sei, dass Winschuh der DStP treu bleibe. Für einen baldigen Mandatsverzicht von Koch-Weser sprachen sich zudem Otto Nuschke, Peter Stubmann, Oscar Meyer, Bernhard Falk und Richard Frankfurter, dagegen lediglich Georg Zehm aus. Am folgenden Tag erklärte Koch-Weser in einem offenen Brief an Meyer seinen Verzicht auf das Reichstagsmandat; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 597–612; DEMOKRAT 11, Nr. 20, 20. 10. 1930, S. 473 (Abdruck des offenen Briefes).

Kraftprobe auf dem eigentlichen Parteitag nicht suchen dürfte, denn die Verstimmung, ja Verbitterung sei außerordentlich. Ich habe ihn selber seit seiner Rückkehr noch nicht gesprochen.

In der restlichen Fraktion wird man sich ja nun morgen über den Weitergang der Dinge zu unterhalten haben. Einige der Freunde sind geneigt, den Verlust der Fraktionsstärke¹⁴ deshalb nicht allzu schwer zu nehmen, weil das Schergewicht der Arbeit vermutlich doch bei der Regierung liegen wird,¹⁵ und die schmerzliche Lage, in die wir gekommen sind, durch agitatorische Werbe in Lande ausgeglichen werden müsse. Ich für meine Person kann diesen Standpunkt nicht teilen, da ich mir eine intensive Agitation nicht vorstellen kann, wenn man gleichzeitig gehalten ist, notwendigerweise unpopuläre Vorlagen des Finanzministers zu vertreten, und wenn einem gleichzeitig, rein ziffernmäßig, die Möglichkeit fehlt, durch eigene Abänderungsanträge zur konkreten Gesetzgebung Stellung zu nehmen.

Die Frage der Stellungnahme zu anderen parlamentarischen Gruppen, wegen eventueller Herbeiführung einer fraktionsmäßigen Zusammen- oder Ergänzungsarbeit, wird uns morgen vermutlich in der Fraktion beschäftigen. Ich denke, daß sowohl zu den 6 Männern des bayrischen Bauernbundes die Fühler ausgestreckt werden, als auch das Verhältnis zur deutschen Volkspartei zur Verhandlung gebracht wird. Ich wage natürlich nicht zu prophezeien, was dabei herauskommen mag.¹⁶ Die Fraktion der deutschen Volkspartei war offenbar bis vorgestern in einem sehr ungewissen Zustand über ihr Verhältnis zum Kabinett, vor allem zu Curtius selber.¹⁷ An dessen erstem Auftreten in Genf¹⁸ kann ja gewiß kritisiert werden, daß ihm Phantasie und Elastizität gefehlt haben, mit denen er die deutschen Wahlen in die außenpolitische Berechnung hätte rücken können, aber ich würde es für außenpolitisch geradezu unverantwortlich halten, jetzt darum das

¹⁴ Nach dem Austritt der jungdeutschen Abgeordneten zählte die DSStP nur noch 14 Reichstagsabgeordnete; zur Fraktionsstärke fehlte ihr damit ein Mandat.

¹⁵ Die DSStP war innerhalb der Regierung Brüning durch Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dietrich vertreten.

¹⁶ Die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft mit der DVP scheiterte am 20. 10. 1930 an Scholz, der die DSStP-Abgeordneten lediglich als Hospitanten aufnehmen wollte; vgl. Nr. 170; L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 683. Die Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes schlossen sich der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Fraktionsgemeinschaft an; vgl. H. BERGMANN, Bauernbund, S. 345.

¹⁷ In ihrer Sitzung vom 10. 10. 1930 hatte die DVP-Reichstagsfraktion einen Rückzug von Julius Curtius aus dem Kabinett erwogen, sich aber nach schweren internen Auseinandersetzungen zur weiteren Unterstützung der Regierung Brüning entschlossen; vgl. NATIONALLIBERALISMUS, zweiter Halbbd., S. 1133, Anm. 10; POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE, erster Teil, S. 409, Anm. 4.

¹⁸ Vgl. den Abdruck der Rede von Curtius vor der 11. Bundesversammlung des Völkerbundes in Genf am 16. 9. 1930, in: Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik 8 (1930), S. 526–532.

nach Außen gewandte Gesicht zu wechseln, oder gar eine Kabinettskrise zu provozieren, aus den Reihen der Mittelparteien selber. So lange die Curtius-Frage noch in Schwebelage war, war natürlich auch unser Verhalten zur Volkspartei auf Zurückhaltung gestimmt. Jetzt wird es etwas lockerer sein können im Verkehr. Ich selber werde mich in der Richtung einer Arbeitsgemeinschaft einsetzen, bei der wir natürlich die Freiheit der eigenen Entschliebung und Haltung nicht preisgeben. Schwierigkeiten personeller Natur sind hier nicht mehr so groß, wenn August Weber unser Exponent ist, der sich gut bewährt;¹⁹ sie sind sachlich vorhanden, weil in Preußen heute noch die Volkspartei in der Opposition steht und sie vielleicht in dem Augenblick nicht verlassen will, in dem Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationale zum großen Sturm auf Braun rüsten.

Was die parlamentarische Gesamtlage anlangt, so wird heute angenommen, daß das Mißtrauensvotum gegen die Regierung eine Mehrheit nicht erhält.²⁰ Dabei ist freilich das Landvolk, das sich Schiele gegenüber distanziert hat, ebenso ein Faktor der Unsicherheit, wie es Teile der Sozialdemokratie sind.²¹ Diese sind an sich entschlossen, die Notverordnungen des August zunächst an einen Ausschuß zu verweisen (das wäre etwas Zeit gewinnend),²² aber es ist heute noch nicht zu übersehen, wie der drohende Metallarbeiterstreik in Berlin psychologisch wirken wird.²³ An unmittelbarer Gesetzgebung steht vor uns nur die Bewilligung des Überbrückungskredits. Die Gesetzesvorlagen des Kabinetts gehen zunächst an den Reichsrat, und für ihre Verabschiedung im Reichstag selber sehe ich nur darin eine Chance, daß durch eine positive Abstimmung der im Reichsrat vertretenen, sozialistisch mitregierten Länder die Sozialdemokratische Partei selber einigermaßen gebunden wird.²⁴ Freilich nur einigermaßen.

¹⁹ August Weber amtierte von Oktober 1930 bis Juli 1932 als Fraktionsvorsitzender der DStP.

²⁰ Sowohl die KPD als auch die NSDAP und die DNVP brachten kurz nach Zusammentritt des Reichstags am 13. 10. 1930 Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning ein; RT-Bd. 448, Nr. 14, 60, 76; die Anträge wurden durch die Annahme eines interfraktionellen Antrags vom 18. 10. 1930, über alle eingebrachten Misstrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, abgelehnt; RT-Bd. 444, S. 194.

²¹ Während die SPD die Misstrauensanträge geschlossen ablehnte, stimmte das Deutsche Landvolk mehrheitlich gegen die Regierung Brüning; das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vom 18. 10. 1930, in: RT-Bd. 444, S. 202–212.

²² Gemeint ist die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. 7. 1930; RGBl. 1930 I, S. 311–331. Die Aufhebungsanträge von KPD, NSDAP und DNVP wurden am 18. 10. 1930 auf Antrag des Zentrums und mit den Stimmen der SPD an den 5. Ausschuss (Reichshaushalt) überwiesen; RT-Bd. 444, S. 186–188, 203–213. Der Ausschuss legte seinen Bericht am 2. 12. 1930 vor; RT-Bd. 448, Nr. 329.

²³ Am 14. 10. beschlossen die Berliner Metallarbeiter aus Protest gegen einen Schiedsspruch vom 10. 10. 1930, der eine Herabsetzung der Mindesttariflöhne von 6 % bzw. 8 % vorsah, in den Streik zu treten; vgl. SCHULTHESS' 1930, S. 203, 219f.

²⁴ Vgl. Entwurf eines Gesetzes über Schuldentilgung, in: RT-Bd. 448, Nr. 21. Mit dem Gesetz sollte der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, einen bis zum 15. 11. 1932 laufenden Kredit

Einige Briefe, die ich aus Württemberg nach den Wahlen erhielt, setzten mir lebhaft zu, ich solle mich für eine Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten stark machen, vor allem dafür, daß diese Partei Finanz- und Arbeitsministerium übernehme, damit sie möglichst bald abwirtschafte. Auch möge man ihr eventuell das Außenministerium geben, damit deutlich werde, daß auch sie die Gebundene der weltpolitischen Situation sei.²⁵ Ich weiß nicht, ob diese Auffassung bei Euch in größerem Umfang verbreitet ist. Ich habe für sie parteitaktisch alles Verständnis, aber sie ist praktisch ohne Bedeutung, 1. weil die Nationalsozialisten heute offenbar gar nicht an die Regierung kommen wollen, und wenn schon, dann in ungefährlidere, aber für sie wirksamere Ministerien. Ich sehe im Augenblick gesamtpolitisch in dem Verhältnis Hindenburg – Groener mit das stärkste Aktivum und bin der Meinung, daß dies keiner Erschütterung vom Parlament her ausgesetzt werden darf.

Um nun noch einen Augenblick auf die innere Parteilage zurückzukommen, so würde ich es für sehr wichtig halten, wenn einer von Euch bestimmt am Donnerstag bei der großen Sitzung anwesend sein wird, in der der außerordentliche Parteitag vorbereitet wird.²⁶ Es wird dort, denke ich, auch schon diskutiert werden über die Frage, ob man bei der Deutschen Staatspartei bleibt, oder zu der deutschdemokratischen zurückkehrt.²⁷ Du weißt, daß ich den Namen Staatspartei nicht für glücklich halte, da er wesentlich auf Intellektuelle abgestellt ist und nicht gerade zugkräftig in einer Zeit, wo der Staat als Gehaltskürzer und Steuerpolizist sich individuell unangenehm bemerkbar macht. Aber die Änderung des Namens müßte sehr reiflich nach den verschiedenen Seiten überdacht werden. Wir [können] uns dem nicht aussetzen, daß nun wieder ein Katalog von Namen in der Zeitung steht, die aus der Staatspartei deshalb austreten, weil sie wieder demokratische Partei heißt. Es würden vielleicht manche der sogenannten Unabhängigen Demokraten wieder zurückkehren,²⁸ aber ich gestehe offen, daß ich auf eine Reihe dieser Männer und Frauen nur einen verhältnismäßig geringen Wert lege, weil sie damals ihr unpolitisches Wesen gezeigt haben und jetzt als Rechthaber besondere Geltung beanspruchen würden. Ich weiß, daß die Dinge in Württemberg stimmungsgemäß etwas anders liegen als in übrigen Teilen des Reiches,

von 530 Millionen Reichsmark aufzunehmen. Der Gesetzentwurf, dem der Reichsrat am 13. 10. 1930 in erster und zweiter Lesung zugestimmt hatte, wurde vom Reichstag am 18. 10. 1930 in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der SPD angenommen; NIEDERSCHRIFTEN ÜBER DIE VOLLSITZUNGEN DES REICHSRATS 1930, S. 487f; RT-Bd. 444, S. 185, 202–204. Der Wortlaut des Gesetzes vom 23. 10. 1930, in: RGBL. 1930 I, S. 467; zum Kredit vgl. PH. HEYDE, Ende, S. 96.

²⁵ Vgl. Hohlbauch an Heuss, 20. 9. 1930, in: BArch, N 1221, 57.

²⁶ An der Vorstandssitzung der DDP vom 16. 10. 1930 nahm als Vertreter der württembergischen DDP ihr Ehrevorsitzender Hieber teil; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 610f.

²⁷ Die Vorstandssitzung der DDP vom 16. 10. 1930 fasste den Beschluss, dem Parteitag der DDP die Überführung der Partei in die DStP vorzuschlagen; vgl. ebd., S. 612.

halte aber dafür, daß von Euch jetzt zunächst Festlegungen in dieser Frage vermieden werden, und auf jeden Fall die Parallelhaltung zu Baden weiterhin gepflegt wird.²⁹

Der Brief ist reichlich lang geworden, er kann seiner Natur nach in manchen Teilen nur aus Andeutungen bestehen, er hat für bestimmte Teile, vor allem personeller Art, einen Charakter, aber ich hoffe, daß er Dir in einigem doch dienlich ist, und überlasse es Dir, wie und wie weit Du ihn für Eure Besprechung verwenden willst. Ich bitte Dich, alle Freunde herzlich zu grüßen.

Auf Wiedersehen in vierzehn Tagen³⁰

Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 170

An Albert Hopf, Stuttgart

20. Oktober 1930; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag¹

Scheitern der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Reichstagsfraktionen von DStP und DVP

Lieber Freund,

bist Du am Samstag eigentlich noch einmal im Reichstag gewesen, oder doch schon in der Frühe abgefahren? Ich will Dir in Ergänzung der letzten Mitteilungen vom Freitag noch ein paar Informationen für Dich und für Reinhold Maier geben, bin aber im übrigen der Meinung, daß die Frage einstweilen noch mit einiger Delicatesse behandelt werden muß.

Ich erzählte Dir, daß am Freitag mittag die Frage der technischen Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei in Anregung kam, nachdem dort

²⁸ Als Reaktion auf die Gründung der DStP hatten DDP-Politiker um Quidde am 3. 8. 1930 die Vereinigung unabhängiger Demokraten gegründet; vgl. ebd., S. 607, Anm. 15.

²⁹ Der Landesvorstand der württembergischen DDP beschloss am 13. 10. 1930, auch künftig an dem alten Parteinamen DDP festzuhalten und ihm lediglich die Unterbezeichnung „Landesverband Württemberg der Deutschen Staatspartei“ hinzuzufügen; vgl. DEMOKRAT 11, Nr. 20, 20. 10. 1930, S. 466. Auf der Vorstandssitzung der DDP vom 16. 10. 1930 begründete Hieber dies mit der „Erbitterung über die Vorgänge bei den Wahlen und die zu weitgehende Vertrauensseligkeit gegenüber dem Jungdo. [...] Das hat nicht die Bedeutung einer politischen Distanzierung, sondern drückt nur die Vorliebe für den alten Namen aus.“ LINKSLIBERALISMUS, S. 611. Aus Baden berichtete Hummel von ähnlichen Vorbehalten gegen eine Namensänderung; ebd., S. 607.

³⁰ Heuss sprach am 24. 10. in Ludwigsburg und am 27. 10. 1930 in Stuttgart über die politische Lage; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹ Druck: POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE, erster Teil, S. 438–440.

eine innere Kräfteverschiebung sich durchgesetzt hatte.² Die Fraktionssitzung der D[utschen] V[olkspartei] erklärte sich am Freitag abend zu Verhandlungen auf der Basis bereit, [daß] bei Selbständigkeit der Gruppen für die Verteilung bei den Ausschüssen beide Parteien als Einheit auftreten.³ Da die Volkspartei 30 und wir 14 Leute haben, der Verteilungsschlüssel für die Ausschüsse 20 beträgt, hat die Volkspartei heute fast in allen Ausschüssen nur einen Sitz, bei einigen zwei Sitze, je nach der Verteilung der Reste. Die politische Wirkung und der politische Sinn einer gemeinsamen Aktion wäre nicht nur der gewesen, uns aus der Verdammnis der Arbeitslosigkeit herauszuholen, sondern den Kommunisten einen Ausschußsitz zu Gunsten der bürgerlichen Mitte zu nehmen.

Leider war von der volksparteilichen Fraktion schon am Freitag abend geschwätzt worden; der Rundfunk redete von den Verhandlungen. Das war für Herrn Dr. Scholz Anlaß, sich wieder einzuschalten (für die Verhandlungen war Dauch bestimmt gewesen).

Wir hatten Samstag vormittag unsere Fraktionssitzung, in der es gelang, die Gefühlswiderstände bei Zweien oder Dreien auszuschalten. Meyer und ich wurden mit den Verhandlungen betraut.⁴ Ich verständigte mich mit Morath über die technischen Dinge. Morath teilte uns mit, daß Scholz seinen Krankheitsurlaub unterbrechen würde und selber mit Weber verhandeln wolle. Er kam statt, wie wir angenommen hatten, um 12 Uhr, dann um 5 Uhr und zerschlug uns den ganzen Laden, indem er verlangte, daß wir als Hospitanten der deutschen volksparteilichen Fraktion beitreten. Seine Aufgabe sei es seit 6 Jahren, die Fraktion rechts zu halten, ein Entgegenkommen an uns sehe wie eine Linksschwenkung aus. Das ist offenbar der Tenor der Mitteilungen an Weber gewesen, der die Verhandlungen damit als zunächst gescheitert erklären mußte; denn es ist vollkommen ausgeschlossen, unsere 14 Leute in der Richtung zu bewegen, bei der Volkspartei sozusagen Unterschlupf zu suchen, vor allem nach der unmöglichen Politik Scholz' in der Präsidentenfrage.⁵ Auf meine Veranlassung ist dann später Dietrich noch einmal zu Scholz gegangen, um ihm die staatspolitische Situation klar zu machen. Scholz hat ihm dann wegen des südwestdeutschen Wahlbündnisses⁶

² Scholz hatte zuvor Verhandlungen mit der WP, dem CSVD und der KVP über die Bildung einer technischen Fraktionsgemeinschaft aufgenommen, die aber an der WP gescheitert waren; vgl. Aufzeichnung von Graf Westarp über mehrere politische Besprechungen (Auszug), in: POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE, erster Teil, S. 440–444, hier S. 442f.

³ Vgl. das Protokoll der Sitzung der DVP-Reichstagsfraktion vom 17. 10. 1930, in: BArch, R 45 II, 367. Das Protokoll vermerkt lediglich die Bestimmung von Walther Dauch zum Verhandlungsführer mit der DStP über eine technische Arbeitsgemeinschaft.

⁴ Protokolle der DStP-Reichstagsfraktion sind nicht überliefert.

⁵ Scholz hatte am 15. 10. 1930 versucht, sich mit den Stimmen der NSDAP zum Reichstagspräsidenten wählen zu lassen, unterlag in der Stichwahl aber dem SPD-Kandidaten Löbe mit 269 zu 209 Stimmen; RT-Bd. 444, S. 7–9.

⁶ Vgl. Nr. 164, Anm. 2.

Vorwürfe gemacht, und Dietrich war nach dieser Verhandlung ziemlich auf Scholz geladen. Curtius war für dieses Stadium der Verhandlungen nicht erreichbar, ist aber offenbar im Augenblick ohne fraktionspolitischen Einfluß, weil man ihn doch vor ein paar Tagen hatte stürzen wollen.⁷

Keinath, nach dem ich den ganzen Tag suchte, um gemäß unseres „Kontraktes“⁸ auf Vermittlung zu drängen, war die ganzen letzten Tage nicht im Haus gewesen, da im Augenblick sein Großhandelsverband⁹ eine Tagung abhielt. Er kam erst am Samstag abend zu den Abstimmungen hergerufen. Ich habe ihm den Tatbestand vorgetragen, aber er zeigte sich oder stellte sich vollkommen unorientiert über die Situation. Ich bat ihn dann, die Frage lebendig zu halten. Er meint, sie sei vielleicht noch korrigierbar. Ich sagte ihm meine Ansicht, daß ich befürchte, daß bei Scholz etwas Ranküne, obwohl dieser ausgeschieden, nachwirke. Bei unseren Leuten, vor allem auch bei Weber, ist eine ziemlich bittere Stimmung zurückgeblieben, die auch von einigen Volksparteilern geteilt wird. Ganz grob formuliert: Scholz will heute lieber einen Kommunisten in den Ausschüssen haben als einen Staatspartei, d. h. er denkt offenbar vollkommen parteieng und denkt, daß wir kaputt gehen, wenn uns Ausschußvertretung und Antragsrecht von ihm erwürgt wird.

Der ganze Vorgang ist tief verstimmend deshalb, weil jetzt in diesen Tagen die Ausschüsse für ein Jahr festgelegt werden. Es war mir gelungen, durch sehr intensives Drücken auf das Reichstagsbüro, zunächst die Ausrechnung der Ausschußziffern (Fraktionsbeteiligung) vom Freitag auf den heutigen Montag zu verschieben, damit wir uns noch einschalten könnten. Das ist jetzt aber umsonst gewesen, und ich fühle mich den Beamten gegenüber etwas blamiert.¹⁰

Teile mir gleich mit, was Du eventuell an Versammlungen für mich planst.¹¹ Ich werde je nachdem am Donnerstag abend wegfahren, sonst Freitag früh. Samstag will ich die Werkbundgeschichte in Stuttgart mitmachen.¹² Dienstag

⁷ Vgl. Nr. 169, Anm. 17.

⁸ Keinath war bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 im Wahlkreis Württemberg auf dem zweiten Platz der Einheitsliste Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei gewählt worden; die genauen Bestimmungen des Wahlbündnisses ließen sich nicht ermitteln.

⁹ Keinath war geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels; vgl. B. HAUNFELDER, Liberale Abgeordnete, S. 224.

¹⁰ Vermutlich im Laufe des Dezembers gelang es Dietrich, den schlesischen Landwirt August Hillebrand, der seit 1928 als Abgeordneter der Deutschen Bauernpartei im Reichstag saß, zum Beitritt zur parlamentarischen Gruppe der DStP zu bewegen. Die DStP erreichte damit die zur Fraktionsstärke notwendige Zahl von 15 Abgeordneten und das damit verbundene Recht, Abgeordnete in die parlamentarischen Ausschüsse zu entsenden. Heuss vertrat die DStP im Geschäftsordnungsausschuss und im Ausschuss für Liquidationsfragen; vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, S. 476f; BLÄTTER DER STAATSPARTEI 11, Nr. 24, 20. 12. 1930, S. 591.

¹¹ Vgl. Nr. 169, Anm. 30.

¹² Am 25. 10. 1930 fand in Stuttgart eine außerordentliche Tagung des Deutschen Werkbundes statt, die Bruckmann und Ludwig Mies van der Rohe in ihren Ämtern als 1. und 2. Vorsitzender

muß ich zurückfahren, da ich Mittwoch vormittag vor Polizeioffizieren zu predigen habe.¹³

Mit herzlichem Gruß
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 171

An Dr. Theodor Wilhelm, Esslingen am Neckar

30. Oktober 1930; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 61: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“

Enttäuschung über das Verhalten der Volksnationalen Reichsvereinigung

Lieber Doktor Wilhelm,

freundlichen Dank für Ihren Brief und seine Anlage.¹ Ich hoffe, es wird sich einmal die Gelegenheit geben, daß wir den ganzen Komplex der Staatspartei und Jugend durchsprechen. Ich darf Ihnen gestehen, daß die Erfahrungen, die bei dem Experiment der vielleicht zu staatsstreichartigen Schaffung der Staatspartei gemacht wurden,² mit zu meinen schwersten Enttäuschungen gehören. Nicht die Frage des Wahlausfalls,³ hier habe ich schon zu viel politische Wellenbewegungen gesehen, aber das Verhalten der Volksnationalen Gruppe in Berlin empfinde ich als ungewöhnliches Maß von sachlicher und menschlicher Illoyalität.⁴ Ich bin selber ja an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen. Ich halte es für selbstverständlich, daß auch auf demokratischer Seite in der Abtönung der Worte da und dort Fehler gemacht worden sind. Ich weiß auch, daß Stimmungen und Verstimmungen aus internen Vorstandssitzungen durch das beliebte System der Indiskretion weitergetragen wurden. Aber das Verhalten des Herrn Mahraun und seiner Freunde bleibt für mich trotzdem, moralisch gesehen, indiskutabel. Vielleicht halten sich die Herren heute für erfolgreiche Schüler des mißverstandenen Machiavelli, daß es ihnen gelungen ist, die Parteiroutiniers hereinzulegen und sich mit deren Stimmen und Geld ein paar Mandate zu erwerben. Ich weiß das

bestätigte; Heuss wurde in den Vorstand gewählt; vgl. MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN WERKBUNDES, in: Die Form. Zeitschrift für gestaltende Arbeit 5, H. 21/22, 15. 11. 1930.

¹³ Vgl. die Einladung der Höheren Polizeischule Eiche an Heuss vom 15. 7. 1930, einen Vortrag über „Probleme des Parlamentarismus“ zu halten, in: DLA, A: Heuss, 53.231.

¹ Ließen sich nicht ermitteln.

² Zur Gründung der DStP vgl. Nr. 159 und Nr. 162.

³ Zum Wahlergebnis der DStP bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 vgl. Nr. 167, Anm. 4.

⁴ Zum Austritt der Abgeordneten der Volksnationalen Reichsvereinigung aus der DStP vgl. Nr. 169.

nicht. Ich gehe nicht so weit, wie mancher meiner Freunde, anzunehmen, daß Herr Mahraun, seiner eigenen Schwäche bewußt, von vornherein nur ein Manöver machen wollte. Er ist dann vermutlich in das Kreuzfeuer seiner Gefolgschaft gekommen, die die Wendung nicht mitzumachen in der Lage war. Aber die Trennung hat dann an Ritterlichkeit sehr viel fehlen lassen. Die Herren von den Jungdeutschen und auch ein Teil der sogenannten Bündischen Jugend⁵ hat offenbar kein Gefühl dafür, daß es, wenn man zu einer gemeinsamen Arbeit zusammentritt, unschicklich ist, um mich keines anderen Ausdrucks zu bedienen, von der demokratischen Partei entweder herablassend oder mitleidig oder sogar wegwerfend zu sprechen und so zu tun, daß es wohl das beste sei, zunächst deren Bestände kaputt gehen zu lassen. Ich weiß so gut wie irgend jemand, wieviel nur Spießertum und Steifheit der Gedanken in den alten Parteien, also auch in der Demokratischen, vorhanden sind; aber es steckt auch mehr solide Arbeit, Kenntnis und Treue im Kleinen als in vielen sogenannten „Bewegungen“, bei denen Anspruch und Geste in keiner Beziehung stehen zu Leistung und Bewährung.

Wie das politische Schicksal dieser sogenannten Bündischen Jugend sich gestalten wird, bleibt, wie mir scheint, eine offene Frage. Man macht Politik nicht wie ein Tennismatch, das bei plötzlich eintretendem schlechten Wetter abgebrochen wird. Man macht Politik überhaupt nicht, weil einem ein Kontrahent gefällt, und hört⁶ dann auf, wenn er einem nicht mehr gefällt, sondern man macht sie, wenn man sie machen muß aus einem Gefühl der Berufung und des kämpferischen Willens, in der Gemeinschaft zu gestalten.

Was Herr Mahraun erreicht hat, ist, daß vierzehn Leute, die nach ihrer sachlichen Qualität sicher mit die beste Gruppe des Reichstags darstellen, arbeitsmäßig völlig gelähmt sind.⁷ Das ist das, was ich als die höchste Illoyalität empfinde. Wenn es der Gruppe Mahraun auch nicht darauf ankam, im Parlament konkret zu arbeiten, so hatte sie nicht das sachliche und menschliche Recht, uns die Arbeitsmöglichkeit zu verderben. Das wird natürlich auch bei anderen Gruppen empfunden. Herrn Mahrauns politische Rolle ist, was konkrete Parlamentsarbeit seiner Gefolgschaft anlangt, heute schon sachlich ausgespielt, da sein „treudeutsches“ Wesen als Hohn empfunden wird.

⁵ Die Bündische Jugend war im Laufe des Jahres 1923 entstanden. Sie lehnte die parlamentarische Demokratie ab und strebte eine homogene, national geschlossene Volksgemeinschaft an, ohne ein konkretes politisches Programm zu entwickeln. Im Gegensatz zu anderen Jugendorganisationen war sie „bündisch“ organisiert, d. h. ihre Mitglieder ordneten sich freiwillig einem aus ihren Reihen stammenden Führer unter. Teile der Bündischen Jugend engagierten sich 1930 in der Reichsgruppe bündischer Jugend in der deutschen Staatspartei; vgl. U. TREZIAK, Jugendbewegung, S. 12–16, 23–52, 61.

⁶ In der Vorlage: „man hört“.

⁷ Gemeint sind die 14 Reichstagsabgeordneten der DStP, denen zum Fraktionsstatus und damit zum Zugang zu parlamentarischen Ausschusssitzen ein Mandat fehlte; zum späteren Erreichen des Fraktionsstatus vgl. Nr. 170, Anm. 10.

Der Brief ist etwas länger geworden, als Sie vielleicht erwartet haben und als er geplant [gewesen] ist. Aber vielleicht entnehmen Sie ihm, daß mich diese Dinge doch bewegen. Wenn ich einmal nach Stuttgart kommen werde und etwas mehr Zeit habe, als bei meiner gegenwärtig sehr angespannten Arbeitslage möglich ist, will ich mich gern einmal mit Ihnen ausführlich unterhalten. Ich glaube, daß die sogenannte Bündische Jugend, indem sie das Wort „Antirationalismus“ und das Wort „seelische Haltung“ immer wieder dekliniert, sich ein wenig der Pflicht entzieht, konkret umschriebene Fragen der politischen Machtentscheidungen ernsthaft kennenzulernen, sich ihnen gegenüber einen Standpunkt zu schaffen und um diesen Standpunkt zu kämpfen. Wenn man wie Sie in Ihrem Brief große, weitherzige politische Grundlinien als Ausgangspunkt einer organisatorischen Arbeit ansieht, dann darf man nicht [vor] den in allem Parteiwesen gegebenen menschlichen Kleinigkeiten kapitulieren, noch darf man (das trifft natürlich nicht Sie) mit Rechthaberei starten.

Das Grotiske an dem Kampf hier in Berlin ist, daß er gegen einen Mann wie Höpker-Aschoff angelegt war,⁸ der nach dem, was man Haltung nennt, der jungen Gruppe menschlich am nächsten steht und alles andere ist als ein Parteiroutinier.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

[Theodor Heuss]

Anlage zurück.

Nr. 172

An Hermann Dietrich

25. November 1930; im Zuge von Hamburg nach Lübeck

BArch, N 1004, 255: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung

Übermittlung und Erläuterung eines Briefentwurfs an Eduard Dingeldey

Verehrter lieber Freund,

da ich den Brief von Dingeldey¹ nicht kenne, sondern mir nur von Rexrodt (aus dessen Gedächtnis) seinen ungefähren Inhalt habe sagen lassen können, bin ich

⁸ Die volksnationalen Mitglieder des Haupt-Aktionsausschusses der DStP hatten im September Höpker-Aschoffs Rückzug aus führenden Parteiämtern zur Vorbedingung von Verhandlungen über eine weitere Zusammenarbeit im Rahmen der DStP gemacht; vgl. E. EGGELING, Partei, S. 31f.

¹ Dingeldey an Dietrich, 14. 11. 1930, in: BArch, N 1002, 39.

natürlich ungewiß, ob ich das Richtige getroffen habe. Ich kenne auch Ihr persönl[iches] Verhältnis nicht.

Der Entwurf² ist so gehalten, daß er evtl. vor der Veröffentlichung keine Sorge zu haben braucht. Eine detaillierte Polemik gegen die oder die Halt[un]g der D[utschen] V[olkspartei] ist vermieden – wir haben ja in den letzten Jahren meist zusammen abgestimmt. Vielleicht ist der kurze Katalog der Erörterungen noch zu ergänzen aus der Finanzpolitik, aber dies schien mir für Sie gerade im Augenblick als unerwünscht. Und in der Wohnungspolitik stehe ich persönlich dem Standpunkt von Winnefeld (D[utsche] V[olkspartei]) näher als dem, den Büll durch Jahre für die D.D.P. vertreten hatte.

Hoffentlich ist der Aufschrieb, im fahrenden Zug verfaßt, lesbar. Ich wollte nicht hinausögern. Ich wollte auch die Beziehungen zur D[utschen] V[olkspartei] nicht verschärfen. Die D[utsche] V[olkspartei]³ tritt am 30. Nov. zu ihrer Vorstandssitz[un]g zusammen;⁴ sie müssen selber entscheiden, ob Sie für richtig halten, daß Di[n]geldey Ihren Brief vorher erhält.

Besten Gruß
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 172a

Entwurf eines Briefes von Hermann Dietrich an Eduard Dingeldey
25. November 1930

BArch, N 1004, 255: hs. Schreiben, Entwurf

Ablehnung der Parole vom Anti-Marxismus

Sehr geehrter Herr Kollege,

indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom ... bestätige,¹ darf ich um Ihre verständnisvolle Nachsicht bitten für die Verzögerung der Antwort – die letzten Wochen haben mir ein Übermaß von täglich andrängender Arbeit gebracht.

Ich habe in Hannover² in freier Rede gesprochen, die Einzelformulierung meiner Ausführungen war nicht festgelegt – wenn vielleicht nicht im Wortlaut,

² Vgl. Nr. 172a.

³ Von unbekannter Hand unterstrichen: „D[utsche] V[olkspartei] tritt am 30. Nov. zu ihrer Vorstandssitz[un]g zusammen“.

⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralvorstands der DVP vom 30. 11. und 1. 12. 1930, in: NATIONALLIBERALISMUS, zweiter Halbbd., S. 1179–1188.

¹ Dingeldey an Dietrich, 14. 11. 1930, in: BArch, N 1002, 39.

² Auf dem Gründungsparteitag der DStP in Hannover am 9. 11. 1930 wurde Dietrich zum Parteivorsitzenden gewählt; vgl. A. SALDERN, Hermann Dietrich, S. 112.

so doch in der Sinngebung entspricht die von Ihnen angezogene Zeitungsmeldung nun freilich dem Inhalt meiner, zu den Nachbarparteien abgrenzenden Bemerkungen.³ Ihre Fassung entstammt nicht einem polemischen Bedürfnis, sondern ist der sorgenvolle Niederschlag von Eindrücken und Beobachtungen, die die vergangenen Jahre begleitet haben; ich denke an die Auseinandersetzungen über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung im vergangenen Frühjahr,⁴ an die grundsätzliche Stellungnahme, die s. Zt. der Abg. Hueck⁵ dargetan, an die personellen und publizistischen Begleiterscheinungen in den Wochen, da es sich darum handelte, vor den Wahlen und nach den Wahlen politische Fronten zu bilden.

Es wird, sehr geehrter Herr Kollege, nicht notwendig sein, daß wir uns über den Marxismus unterhalten, über dessen Beurteilung und Ablehnung zwischen uns wesentliche Unterschiede schwerlich vorhanden sein werden. Was mich seit Jahren mit ernster Sorge bewegt – und diese fand in Hannover ihren Ausdruck – ist die Erkenntnis, daß mit dem Schlagwort des Anti-Marxismus in den sogenannten bürgerlichen Parteien eine Verengung des politischen Gesichtskreises herbeigeführt wird, die die Eingliederung der ökonomisch abhängigen Schichten in ein national betontes und lebendig bewußtes Staatsgefühl – es handelt sich um den geschichtlich größten Vorgang, um die nationalpolitische wichtigste Aufgabe unserer Zeit – immer wieder erschwert und zurückwirft. Daß ich Gruppen, die Ihnen nicht fern stehen, immer wieder auf jener Seite sah, die diesen Geschichtsvorgang nicht bloß kühl oder ängstlich, sondern ablehnend und abwehrend gegenüberstanden und stehen, rechne ich zu den schmerzlichen Erfahrungen dieser Jahre.

³ In seinem Brief (wie Anm. 1) hatte sich Dingeldey beschwert, dass Dietrich laut Zeitungsberichten behauptet habe, die DVP richte „ihre Arbeit unter der Parole gegen den Marxismus gegen die abhängigen Schichten des Volkes“. In der parteioffiziellen Wiedergabe von Dietrichs Rede über „Ziele und Aufgaben der Staatspartei“ lautet der entsprechende Passus, die Volkspartei führe „mit dem Ruf gegen den Marxismus letzten Endes den Kampf gegen die abhängigen Schichten“; vgl. BLÄTTER DER STAATSPARTEI 11, Nr. 22, 20. 11. 1930, S. 525–530, Zitat S. 526.

⁴ An der Frage der Sanierung der Arbeitslosenversorgung war im März 1930 die Große Koalition gescheitert. Durch ihre hartnäckige Weigerung, einer Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 % zuzustimmen, hatte die DVP-Fraktion den Bruch der Großen Koalition provoziert, mit dem sie einen Rechtsschwenk in der Reichspolitik einleiten wollte; vgl. H. A. WINKLER, Weimar, S. 365–374. – In seinen Memoiren beschrieb Heuss das Scheitern der Großen Koalition als „selbstgewählten Auszug der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung“; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 391.

⁵ Von unbekannter Hand unterstrichen „Hueck“ und an der Seite mit Fragezeichen versehen. In seiner Reichstagsrede vom 27. 6. 1930 hatte Hueck eine zu starke Belastung des Unternehmers lagers durch die Arbeitslosenversicherung beklagt und verschiedene Vorschläge zu ihrer Reform unterbreitet; RT-Bd. 428, S. 5946–5950.

⁶ Bei seiner Antwort an Dingeldey stützte sich Dietrich nicht auf den Entwurf von Heuss, sondern schlug Dingeldey vor „die Differenz durch eine mündliche Unterredung zu behandeln, als sie womöglich durch einen Brief zu verschärfen.“ Dietrich an Dingeldey, 29. 11. 1930, in: BArch, N 1002, 39.

Niemandem soll es willkommener sein als mir, wenn die Entwicklung eine Lockerung solcher Gesinnungen bringen wird.⁶

Genehmigen Sie u. s. f.

Nr. 173

An Julius Bab, Berlin-Westend

25. November 1930; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 73: ms. Schreiben, Durchschlag

Weitere Entwicklung der DStP; Beurteilung von Anton Erkelenz und Ludwig Quidde

Verehrter, lieber Herr Bab,

freundlichen Dank für Ihren Brief.¹ Ich hoffe, daß der Winter uns irgend einmal wieder zusammenbringen wird, damit man die politische Entwicklung miteinander durchsprechen kann. Es ist im Augenblick ja alles in einer schwer zu übersehenden Entwicklung, so daß die erste Aufgabe mit zu sein scheint, nicht zu frühe die Grenzen zu verhärten. Nachdem der Start so unglücklich war, muß jetzt im Augenblick etwas vorsichtig gefahren werden, obwohl viele Menschen meinen, daß man den Motor auf hohe Touren stellen müsse. Welcher neue Typ von Menschen sich aus den jungen Volksparteilern und aus jenen Volksnationalen, die Herrn Mahraun nicht wieder zum zweiten Mal gefolgt sind, als brauchbar und aktiv herausstellen wird, übersehe ich noch nicht ganz, habe aber den Eindruck, daß ja nun Enttäuschung und Gewinn auch hier nebeneinandersitzen werden.

Über Erkelenz und Quidde, die Sie in Ihrem Brief erwähnen,² werden wir uns einmal persönlich unterhalten. Ich habe über beide meine sehr bestimmten Meinungen, wobei mir Erkelenz der geistig Interessantere ist. Zu Quidde habe ich nie ein Verhältnis besessen. Sein sogenannter Idealismus ist, wenn Sie das richtig

¹ Bab an Heuss, 23. 11. 1930, in: BArch, N 1221, 73; Heuss und Bab kannten sich seit ihrer Studentenzeit in München; in den folgenden Jahren schrieb Bab zahlreiche Theaterkritiken für die „Hilfe“. Als Heuss in Zusammenhang mit dem „Schund- und Schmutzgesetz“ von zahlreichen Schriftstellern angegriffen wurde, unterstützte Bab die Position von Heuss; H. BOTT / H. LEINS, *Begegnungen*, S. 217–219.

² In seinem Schreiben (wie Anm. 1) hatte Bab das Ausscheiden von Erkelenz und Quidde aus der neugegründeten DStP bedauert. Während Erkelenz im September 1930 zur SPD übergetreten war, hatte Quidde noch im August die Vereinigung unabhängiger Demokraten gegründet, aus der Ende November 1930 die Radikaldemokratische Partei hervorging, an der sich Quidde jedoch nicht mehr beteiligte; vgl. *POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE*, erster Teil, S. 363, Anm. 1; K. HOLL, *Pazifismus*, S. 193f.

verstehen, für meine Art, die Dinge zu sehen und zu nehmen, mir immer zu museal gewesen.

Mit freundlichen Grüßen wie immer
Ihr

[Theodor Heuss]

Nr. 174

An Heinz Goldammer, Heilbronn am Neckar

31. Januar 1931; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 56: ms. Schreiben, Durchschlag

Kritik an der Art der politischen Berichterstattung der „Neckar-Zeitung“

Verehrter, lieber Kollege,

da ich gleich nach Weihnachten ins Allgäu verreiste und mich dann bis Mitte Januar redend in Württemberg umhertrieb,¹ habe ich Ihren Brief vom 27. Dezember² verhältnismäßig spät vorgefunden und zunächst in dem ewigen Hin und Her liegen lassen. Ich darf Ihnen aber vielleicht doch noch ein paar Bemerkungen dazu schreiben. Ich bin nicht „gekränkt“, daß Sie mir den Aufsatz zurückgegeben haben, in dem ich meine Auffassung über den Zusammenhang von Außenpolitik und Finanzpolitik darzulegen versuchte. Sie meinten, daß Sie sich mit dem Abdruck des Artikels in die unangenehme Lage des „Reduplikanten“ bringen, da die Neckar-Zeitung den Etat und die parlamentarische Situation schon ein paar Mal behandelt habe. Diese Sorge, vielleicht etwas zu sagen, was schon einmal gesagt ist, hätte mich an sich ja nicht sehr geschreckt; denn der Mensch ist ja nicht verpflichtet, in jeder Stunde originell zu sein und die Zeitungen tun es auch nicht. Es handelt sich in dem Aufsatz darum, möglichst präzis die These herauszuarbeiten, daß außenpolitische Aktivität nicht mit Romantik, sondern nur mit gesicherter Kassenlage gemacht werden kann. Darin sehe ich schlechthin die Kernfrage, sehe aber auch, daß sie meist, da unpopulär, nicht scharf gesagt wird. Den Abdruck hätte ich ja nicht nur um dieser objektiven Meinung willen³ gern gesehen, sondern auch mit einer gewissen subjektiven Überlegung; ich bin ja in gewissem Sinn gerade auch der Abgeordnete des württembergischen Unterlandes

¹ Heuss sprach am 5. 1. 1931 auf dem Vertretertag der DDP in Stuttgart und hielt anschließend Parteiveranstaltungen in Ulm (7. 1.), Rottweil (8. 1.), Ebingen (9. 1.), Trossingen (10. 1.) und Bietigheim (11. 1.) ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

² Goldammer an Heuss, 27. 12. 1930, in: BArch, N 1221, 56.

³ In der Vorlage: „Den Abdruck hätte ich ja nicht so sehr, aber nur mit dieser objektiven Meinung willen“.

und habe ein allgemein informatorisches Interesse daran, daß meine Wähler und meine Gegner gelegentlich erfahren, was ich zu den politischen Kernfragen denke. Ich hebe dabei gar nicht darauf ab, daß ich lange Jahre die Neckar-Zeitung geleitet habe. Ich habe in jener Zeit etwa, obwohl ich der Zeitung ein politisches Profil erhalten hatte, dem Abgeordneten Vogt-Gochsen nie die Aufnahme von Zuschriften abgelehnt, wenn er mir solche sandte, denn ich empfand es als ein gewisses objektives Recht für ihn, daß seine Stimme in seinem Wahlkreis vernehmbar sei.

Sie haben mich freundlicherweise nun in dem Brief aufgefordert, doch mal ein hübsches, politisches Feuilleton über das Leben im Reichstag, Anekdoten und Stilblüten etc. zu schicken.

Darüber, verehrter Kollege, bin ich geradezu erschrocken. Ich kann hübsche Feuilletons schreiben, aber ich kann doch von Ihnen nicht so mißkannt sein, daß ich mit dazu beitragen sollte, die politische Arbeit des Reichstags zu zerplaudern. „Das Volk liebt, meinen Sie, mehr das Menschliche in der Politik als die sachlichen Gegenstände seiner Souveränität“.⁴ Ist das richtig? Dieses „Lieben“ ist aber dann eine verfluchte Geschichte, ist Freude an Kitsch oder Skandal, und diesem Bedürfnis zu frönen, möge dem Schmock überlassen bleiben. Ich bin über das Parlament, wie über die Presse in vielem illusionslos, aber ich kämpfe auch seit Jahren dagegen, daß „hübsche Feuilletons“ über die verflucht ernste und fleißige Arbeit, die im Reichstag zumindestens von der Hälfte der Mitglieder über die Kraft geleistet wird, angenehm hinweggehen.

Ist das nun nicht ein etwas zu großer Aufwand an Sätzen und Argumenten gegenüber Ihren liebenswürdigen Zeilen? Sie mögen aus ihnen empfinden, daß ich mich etwas desorientiert empfinde gegenüber der Haltung der Neckar-Zeitung. Das betrifft nicht bloß meine Person.⁵ Ich habe keine besonderen Ansprüche zu stellen; aber ich weiß nicht, welche politische Linie Sie eigentlich zur Zeit verfolgen. Als Sie vor ein paar Wochen Dietrich die Zensur drei-bis-vier (vier) erteilten und ihm noch so eine kleine Spezialnote wegen Betragen und Ton anhängten,⁶ fragte ich mich: warum denn das? Ich habe es [bis] heute noch nicht herausgebracht. Ich selber stehe mit mancherlei Skepsis den Einzelplänen von Dietrich gegenüber und habe mich darüber auch in meinen Versammlungen ganz frank ausgesprochen; aber ich halte dafür, daß in der gegenwärtigen Lage Brüning und ihn, aber auch Curtius im Bewußtsein der breiten Schicht zu stützen,

⁴ Wörtliches Zitat aus dem Brief von Goldammer (wie Anm. 2).

⁵ Auch Mück zeigte sich Heuss gegenüber von der politischen Ausrichtung der „Neckar-Zeitung“ irritiert. Am besten sei es, Heuss frage Goldammer direkt, „ob die Neckar-Zeitung nun Faschismus machen will oder was sie zu machen gedenkt“; Mück an Heuss, 28. 1. 1931, in: BArch, N 1221, 269.

⁶ Vgl. den Artikel „Reichsminister Dietrichs Rede in Heilbronn. Eindruck der Rede“, in: NZ, Nr. 5, 8. 1. 1931.

schlechthin ein Erfordernis jener Politik ist, die sich über die deutsche Lage keine Illusionen macht und glaubt, Stresemanns Erbe verwalten zu sollen. Ich habe aus der Neckar-Zeitung gesehen, daß Sie jetzt ein paar Mal in Kontroversen mit dem Neckar-Echo⁷ gekommen sind; wie sich die im Einzelnen abgespielt haben, kann ich natürlich nicht verfolgen. Den Sozialdemokraten eins fest auf die Finger zu geben, wo sie sachliche Dummheiten machen, erschien und erscheint mir immer als ein notwendiges Stück der politischen Pädagogik, aber ich bin unsicher, ob Sie in diesen ganzen Campagnen sehr glücklich agieren. Das darf ich offen und freundschaftlich aussprechen. Es spricht aus Ihren Aufsätzen, sofern Sie an die politisch-konkreten Dinge herangehen, das Bedürfnis, die Parteien mies und madig zu machen. Das halte ich volkspädagogisch für eine große Gefahr. Es ist heute ja ein ziemlich verbreiteter Sport, der, wenn er Erfolg hat, mit der Neugründung einer Partei abschließt, siehe Wirtschaftspartei, siehe christlich-sozialer Volksdienst, siehe Nationalsozialisten. Ich darf mich vielleicht ohne Überhebung für einen der besten Kenner der deutschen Parteiengeschichte halten, da ich über sie seit zehn Jahren wissenschaftliche Vorträge halte, und diese Kenntnis zwingt auch natürlich zur Erkenntnis des Relativen, was in allen Parteiprogrammen und allen Parteitaktiken steht. Ich weiß, daß Volk und Staat mehr sind als Parteien. Ich weiß auch, daß keine Partei das Arcanum besitzt, mit dem die Nöte der Zeit heilbar. Aber ich weiß auch, daß der Anspruch der sogenannten Überparteilichkeit oder Parteilosigkeit der Gefahr des Pharisäertums so nahe steht, wie doktrinäre Parteieinge im Verfallen ist.

Sie haben von mir keine Ratschläge erbeten und empfinden vielleicht diesen großen Brief als eine Einmischung in Dinge, die mich nichts und doch nicht mehr angehen. Halten Sie mir bitte die Sorge zu gute, die Sie aus ihm empfinden. Es ist gewiß auch ein Stück weit Sorge um das Schicksal der Arbeit, die ich durch viele Jahre⁸ in die Gesinnungsbildung des württembergischen Landes gesteckt habe.⁹

Meine Frau, die Anfang Januar ein paar Tage in Heilbronn war, hat mir erzählt, daß Sie damals in großer Sorge um Ihr kleines Töchterchen gewesen sind. Ich darf hoffen, daß die Kleine jetzt aus aller Gefahr ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

[Theodor Heuss]

⁷ Das „Neckar-Echo“ war die örtliche Zeitung der SPD.

⁸ In der Vorlage: „Arbeit“.

⁹ In seinem Antwortschreiben wies Goldammer die Kritik Heuss' mit den Worten zurück, eine „Volkspädagogik“ sei im Augenblick „nicht so notwendig wie eine Führerpädagogik“. Sein Angebot an Heuss, ein „politisches Feuilleton“ zu verfassen, sei zudem nur ein rascher Hilfsgriff gewesen, „um Ihren Kassewünschen entgegenzukommen.“ Goldammer an Heuss, 12. 2. 1931, in: BArch, N 1221, 56.

Nr. 175

An Dr. Georg Schmückle, Stuttgart

5. März 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 96: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. gez.; ms. Briefkopf: „Dr. Th. Heuss“
Stilistische Bemerkungen zum Roman „Engel Hiltensperger“

Lieber Herr Schmückle,

freundlichen Dank für Ihre Zeilen.¹ Es hätte Ihres Monitums nicht bedurft, um mir den Mund zu öffnen; Sie wären in diesen Tagen sowieso an die Reihe gekommen. Ich habe die Lektüre Ihres Buches² vor etwa zehn Tagen abgeschlossen, und es liegt seitdem als eine stille, jedoch nicht aufdringliche Mahnung auf meinem Schreibtisch, daß nun auch ein Echo von mir der Lektüre nachfolgen soll. Ich hoffe, daß ich die Stelle finde, an der ich es auch bald anzeigen kann.³ Einstweilen will ich aber Ihnen ein paar Zeilen schreiben.

Ich habe das Buch mit lebendigem Anteil gelesen, und wenn ich es anzeigen kann, werde ich sagen, daß es in seinem Grundwesen eine Balladenfolge darstellt, für die der Held die anekdotische Verbindung gibt; denn ich finde die Stärke des Buches im Szenischen, d. h. in Ihrer kraftvollen Fähigkeit, den zerstreuten Episoden je und je ihre Mitte zu geben. Das reiche Szenarium bildet den eigentlichen Reiz des Buches neben dem Sprachlichen, das mir in den Unterhaltungen sehr geglückt erscheint. Der Held selber ist in seinem Ausgangspunkt und in seiner Stellung gut gewählt, vielleicht aber dann im Laufe der Dinge zu sehr typisierter Held, um das spezifisch menschliche Interesse zu sammeln. Sehr geglückt, und wie mir scheint, auch im ganzen historisch richtig (obwohl es darauf natürlich nicht ankommt), sind die politischen Motivationen von Spiel und Gegenspiel.

Nun aber, lieber Schmückle, mögen Sie mich für einen Schulmeister halten. Ich muß Ihnen auch ein paar Sachen sagen, nach denen Sie mich hoffentlich nicht für einen Kleinigkeitskrämer oder Federfuchser halten werden, sondern [für] einen Mann, der ihr Buch mit einem Stück Verantwortung las. Nämlich: so stark das Sprachliche ist, so sind Sie nach meinem Gefühl an ein paar Stellen ausgerutscht, und ich habe mir dann meinen Bleistift herausgezogen und mir gesagt, bei seiner nächsten Auflage sollte der Schmückle das ändern. Das sind die Stellen gewesen, wo Sie aus dem in die historische Atmosphäre sich einfühlenden Sprachschatz in das Deutsch gefallen sind, was in unserer Zeit mit einem unsicheren Pathos gemacht wurde. Ich darf Ihnen ein paar solche Stellen sagen und Sie werden, denke ich, verstehen, warum ich gegenreagiert habe. Also Seite 93

¹ Ließen sich nicht ermitteln.

² GEORG SCHMÜCKLE: Engel Hiltensperger. Der Roman eines deutschen Aufrührers, Stuttgart 1930.

³ Eine entsprechende Rezension von Heuss ließ sich nicht ermitteln.

oben „Der Engel würdigte ihn keiner Antwort“ oder Seite 122 die Charakteristik, die aus einem Feuilleton stammen könnte, „die von dem Auerberg waren nicht von übermäßigem Zartgefühl ihren Weibern gegenüber angekränkelt“ oder Seite 247 „Sparpfennige, die zu Hause jetzt eine liebend Hand mitgegeben“ oder Seite 494 unten „spottet jeder Beschreibung“.⁴ Es ist nicht sehr oft, daß Sie in Ihrem Wortschatz an solche abgegriffenen Ausdrücke herangekommen sind, und ich bin erstaunt gewesen von dem starken wechselvollen Rhythmus der Sprache, den das Buch hat. Aber solche Formeln haben dann wenigstens auf den Leser meiner Art immer etwas flüchtig gewirkt.

Ich bin sicher, daß diese paar Anmerkungen Sie nicht verletzen werden. Auf's Ganze gesehen halte ich das Buch für einen starken Wurf und hoffe, daß es auch trotz der nicht gerade günstigen Lage auf dem Buchmarkt seinen Weg machen wird.

Mit dankbarem Gruß
Ihr

Th. Heuss

Nr. 176

An Margarete Beutler-Frekxa, Tübingen

18. März 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

DLA, A: Heuss, 84.484: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹

Konflikt der Generationen; Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Jugend

Verehrte Frau Beutler-Frekxa,

für Ihren großen und eingehenden Brief herzlichen Dank.² Wenn der Anlaß zu diesem Brief ja auch eine gewisse Enttäuschung über ein grobes Wort von mir gewesen ist, so habe ich mich doch über das Echo meiner Rede³ gefreut, und ich

⁴ Schmückle machte sich die Kritik von Heuss zu eigen, denn bereits in der folgenden Ausgabe (6.–9. Tausend) waren sämtliche von Heuss bemängelten Textstellen umformuliert; GEORG SCHMÜCKLE: Engel Hiltensperger. Der Roman eines deutschen Aufrührers, Stuttgart 1931, S. 93, 122, 247, 494.

¹ Weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 74: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Beutler-Frekxa an Heuss, 9. bis 10. 3. 1931, in: BArch, N 1221, 74.

³ Heuss hatte am 26. 2. 1931 in Tübingen zum Thema „Hitler oder Dietrich?“ gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

denke, manche der Gedanken und Empfindungen, die Ihr Brief vorträgt, können wir einmal mündlich weiterspinnen.

Wohnen Sie jetzt ganz in Tübingen oder nur so lange der Sohn im Abschlußstudium steht? Ich komme ja verhältnismäßig oft nach Schwaben und würde die Gelegenheit zu einer Begegnung schon einmal schaffen können.

Zunächst zum Persönlichen. Sie sind mir als literarischer Name und auch aus Gedichten wohlbekannt. Ich glaube, es muß irgendwo noch ein Heft aus meiner späteren Pennälerzeit existieren, da ich mir nach der Jahrhundertwende eine Anthologie der zeitgenössischen Lyrik herstellte und auch Verse von Ihnen mit abschrieb. Auch der Name von Friedrich Frekса ist mir natürlich durchaus geläufig, aber begegnet sind wir uns nach meiner Erinnerung nie; wenigstens ist er für mich kein festes Erinnerungsbild geworden. Aber ich habe in der Zeit, da ich den Schutzverband Deutscher Schriftsteller leitete,⁴ sehr viele Schriftsteller kennengelernt, ohne sie immer ganz in der Erinnerung festzuhalten. Sehr viel deutlicher ist mir Bothmer geblieben, von dem ich durch Ihre Zeilen nach vielen Jahren zum ersten Mal wieder hörte. Was Sie mir über sein menschliches Verhalten dabei mitteilen,⁵ hat mich aber keineswegs in Erstaunen gesetzt. Ich habe von seiner charakterlichen Seite nie eine große Meinung gehabt.

Aber ist es denn in der Tat nun so, daß Sie etwa Bothmer als Typus für eine Generation nehmen könnten, die durch ihr menschliches Verhalten den Anspruch verspielt hat, einem heranwachsenden Geschlecht in irgend als Vorbild oder Lehrer zu dienen? Da möchte ich als Mitglied dieser Generation einen leisen Protest einlegen; wie ich ja überhaupt nicht sehr viel davon halte, Generation gegen Generation zu stellen, zumal wo es sich um die Sphäre des Charakterlichen handelt. Daß die Kindheit unserer Generation sorgloser war und darum von einer heiteren Atmosphäre umgeben, steht nicht zur Debatte. Aber es gab natürlich auch in unserer Jugend Kampf und Krampf, Gegensatz und Entscheidung und Arbeit und Hingabe.

Da ich an der Hochschule für Politik seit zehn Jahren Vorlesungen und Übungen halte, ist mir vielerlei Menschentum aus der Nachkriegsgeneration durch die Hände gegangen, von der Linken bis zur Rechten. Ich glaube, sie in einigem zu kennen. Wenn Sie den Eindruck gewonnen haben, daß ich an einer Stelle meiner Tübinger Rede die Jugend „beschimpfte“, so tut mir das leid. Meine innere Gesinnung ist gerade zu jungen Menschen gar nicht polemisch. Sie ist nur vielleicht dadurch charakterisiert, daß ich mich in dem inneren Parteibetrieb der vergangenen Jahre gar nicht daran beteiligte, der Jugend zu schmeicheln. Das ist nämlich eine

⁴ Vgl. Nr. 107, Anm. 3.

⁵ Nach Aussage von Beutler-Frekса hatten sich sowohl Karl Freiherr von Bothmer als auch Friedrich Frekса „unter der Peitsche des niederen Eros“ von ihren Ehefrauen getrennt und ihre Familien mittellos zurückgelassen.

Zeitlang bei den Politikern des mittleren und höheren Alters üblich geworden, weil sie eine Chance der Popularität nicht preisgeben wollten. Ich habe mich in jener Zeit ganz bewußt anders verhalten, mit den Jungen mich herumgeschlagen, aber mit den Wertvollen unter denen, die mir begegnet sind, gute und vertrauensvolle Freundschaft gefunden. Das pädagogische Verfahren ist nicht allen bequem gewesen: ich habe mich auf die Sprüche des Tages nicht eingelassen.

Was nun die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Jugend anlangt, so weiß ich nicht, ob Sie meine Tübinger Versammlung vom vergangenen September auch mitgemacht haben.⁶ Ich habe damals versucht, in einer ziemlich breiten Auseinandersetzung die beiden Typen in dieser Richtung zu charakterisieren, die idealistisch Opferwilligen und die landsknechtmäßig Brutalen. Ich habe mit beiden meine Erfahrungen gemacht. Ich bin für meine Person ja nicht sentimental genug, um über die „Verwilderung“ des politischen Tons zu klagen. Ich habe jetzt zu oft Versammlungen hinter mir, die gesprengt werden sollten, in denen man gesungen hat und Feuerwerk abgebrannt, um nicht mit einer gewissen technischen Gelassenheit solche Dinge zu sehen, denen man bei eigener innerer Sicherheit einigermaßen zu begegnen versteht. Aber wenn man dann denen, die den Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Talmibesitze angelernter Schlagworte aufnehmen und ihre Polemik durch schnöseliges Wesen verdecken, ein derbes Wort sagt, so ist das nicht das Urteil über eine Generation. Ich bin selber im Jahre 1903 zum Erschrecken meiner nationalsozialen Freunde in München in meinem zweiten Semester im Schwabinger Bräu Georg von Vollmar entgegengetreten.⁷ Wie könnte ich dann über junge Menschen, die in der Politik das Wort ergreifen, wegwerfend denken und reden? Aber ich glaube, unsere innere menschliche Situation war anders.

Im Augenblick kann ich mich gar nicht erinnern, an welcher Stelle etwa in meiner Rede oder in welchem Zusammenhang ich das ominöse Wort von den „Lausbuben“ benutzt habe.⁸ Vielleicht war es falsch, denn sonst hätte es bei Ihnen nicht so gehaftet. Aber vielleicht gibt Ihre kritische Empfindung mir den mildernden Umstand, daß ich selber Württemberger bin und hier ein kräftiger Wortschatz, wie Sie wissen, zur Verfügung steht. Ich darf gestehen, daß ich selber, wenn man mich gelegentlich einen Lausbuben nennen würde, das unter bestimmter Voraussetzung nicht weiter tragisch nehmen könnte. Wenn ich gelegentlich

⁶ Am 8. 9. 1930 hatte Heuss in Tübingen im Rahmen des Reichstagswahlkampfes gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁷ Vgl. die Schilderung der Episode, in: TH. HEUSS, Vorspiele, S. 241–244.

⁸ In ihrem Antwortbrief warf Beutler-Frekça Heuss vor, bei seinem Tübinger Auftritt auf einen Zwischenruf hin einen der „idealistischen Opferwilligen“ aus der nationalsozialistischen Jugend zu Unrecht einen „Lausbuben“ genannt zu haben. Es „war genug, daß der Junge von der Partei erledigt und niedergeschrien wurde, der Lausbub war zuviel und schaffte böses Blut.“ Beutler-Frekça an Heuss, Ostermontag 1931, in: BArch, N 1221, 74.

in Versammlungen kräftig haue, es kommt nur selten vor, dann nicht, weil ich das Bedürfnis zum Schimpfen hätte, sondern weil man gerade den Nationalsozialisten ganz primitiv zeigen muß, daß man gegenüber ihrem massierten Gefühl der Herrschaft keine Angst hat. Man hilft damit auch einer teilweise eingeschüchterten Gesellschaft über feige Empfindung hinweg.

Nun ist der Brief auch ganz stattlich lang geworden. Ich weiß nicht, ob er immer die Empfindungen richtig aufgenommen hat, von denen aus Sie mir geschrieben haben. Aber ich wollte den Versuch machen, Ihnen ein Bild zu geben.

Ich würde mich freuen, wenn wir diese schriftliche Besprechung gelegentlich einmal mündlich weiterführen könnten.

Mit bester Empfehlung
Ihr sehr ergebener

Theodor Heuss

Nr. 177

An das Auswärtige Amt Berlin

[Zweite Aprilhälfte 1931];¹ Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 1: ms. Schreiben, Durchschlag, ohne Anrede

Bericht über den Kongress der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires

Bericht über den Kongreß der Entente européenne des partis radicaux et démocratiques similaires²

Der Kongreß, der vom 4.–8. April 1931 in Athen stattfand, war an sich schwach besucht. Der frühe Termin, die exzentrische Lage der Stadt und die Tatsache, daß in einer Anzahl von Staaten die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse gespannt sind, haben unzweifelhaft darauf gewirkt, daß bei der diesjährigen Tagung weniger Länder vertreten gewesen sind als bei den früheren Zusammenkünften. Aus dem skandinavischen Bereich war nur Dänemark vertreten, aus dem Balkan neben Griechenland Bulgarien, außerdem Frankreich und Deutschland. Es ist aber, wie man auch über den sachlichen Ertrag solcher Konferenzen

¹ Nach seiner Teilnahme an dem Kongress verbrachte Heuss noch einige Tage auf dem Peloponnes und reiste dann über Neapel zurück nach Berlin, wo er am 20. 4. 1931 eintraf.

² Der korrekte Name der Organisation lautet Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires. Sie war 1924 als Zusammenschluss der linksliberalen Parteien Europas gegründet worden und hielt regelmäßig Kongresse ab, in deren Mittelpunkt die internationale Verständigung und die Förderung des Völkerbundes stand; vgl. A. HANSCHMIDT, Internationale Zusammenarbeit.

denken mag, wie mir scheint, sehr notwendig gewesen, daß Deutschland nicht fehlte. Denn die französische Delegation war sechs Mann stark; darunter drei frühere Kabinettsmitglieder (Borel, Delbos, Berthod), neben ihnen Bibie und Bastid (zweiter Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses) und als Nicht-Parlamentarier der frühere Generalsekretär der radikal-sozialen Partei, Pfeiffer. Die Abgeordneten gehören teils der Gruppe Painlevé, teils der Gruppe Herriot an.³ Die deutsche Delegation bestand aus den Abgeordneten Heuss und Lemmer⁴, sowie dem Leiter des demokratischen Zeitungsdienstes Brammer. Die griechische Presse schenkte dem Kongreß eine nicht unerhebliche Beachtung. An den Empfängen, vor allem bei dem früheren Ministerpräsidenten Papanastasiou, nahmen das Gesamtministerium und das diplomatische Corps teil. Es war wohl schon aus diesen Gründen gewiß erwünscht, daß wir anwesend waren und damit eine französische Präponderanz vermieden. Die Erörterungen, bei denen nebeneinander Deutsch und Französisch als Kongreßsprachen dienten, drehten sich zunächst um die europäische Agrarfrage in Weiterführung der Debatte von Stockholm 1929.⁵ Bastid referierte über die Beschlüsse einer Spezialkonferenz in Kopenhagen. Die Resolution hatte, fast naturgemäß, einen gewissen unverbindlichen Charakter.⁶ Das Schwergewicht der Verhandlungen lag bei der außenpolitischen Aussprache, die sich in den Balkankomplex und die deutsch-französische Problematik teilte. Die Balkandebatte brachte die leidenschaftliche Klage der Bulgaren über Mazedoniens Schicksal.⁷ Die griechische These war auf den „Balkanbund“ abgestellt. Wenn dieser verwirklicht würde, würde die mazedonische Frage in ihm ihre Lösung finden, eine andere gäbe es nicht.⁸ Aus den Privatunterhaltungen ergab sich, daß die griechische Initiative zu dem „Balkanbund“, der zunächst nur eine lose Formel ist, mit von dem Gedanken getragen wird, den Balkan aus seinem hundertjährigen Schicksal herauszuheben, daß er das Schnittfeld der großmächtigen Interessengegensätze darzustellen hat.

Die deutsch-französische Auseinandersetzung wurde mit sehr großer Offenheit geführt. Sie wurde von Lemmer eingeleitet, der nachdrücklich die psychologische Situation zwischen Deutschland und Polen beschrieb und darauf hin-

³ Paul Painlevé führte die Parti Républicain Socialiste, Édouard Herriot die Parti Radical et Radical-Socialiste an; beide waren Mitte-Linksparteien; vgl. F. WENDE, Lexikon, S. 185–189.

⁴ Im Gegensatz zu Heuss gehörte Lemmer dem Exekutivkomitee der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires an.

⁵ Der letzte Kongress der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires hatte 1929 in Stockholm stattgefunden.

⁶ Vgl. ENTENTE INTERNATIONALE, Compte-rendu, S. 44–46.

⁷ Bulgarien hatte im Ersten Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte Mazedonien erobert, musste die besetzten Gebiete aber im Friedensvertrag von Neuilly-sur-Seine an Jugoslawien abtreten.

⁸ 1912 hatten sich Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien schon einmal zu einem Balkanbund zusammengeschlossen, um gemeinsam militärisch gegen das Osmanische Reich vorzugehen.

wies, daß die Erstarrung der europäischen Dinge in den Versailler Bestimmungen den nachwachsenden Generationen historisch unverständlich sein müsse – gerade für die radikalen Gruppen sei es deshalb ein Gebot, nicht in den Bindungen sich selber zu binden und das Gesetz des Handelns an die anderen Gruppen zu verlieren. Die französische Replique ging, womit wir rechneten, auf die österreich-deutsche Zollunion, auf „Mitteleuropa“ und Verwandtes ein.⁹ Ich habe darauf geantwortet und erlaube mir, die nach der Rede für das Protokoll niedergeschriebenen Ausführungen in extenso beizulegen.¹⁰ Ich hoffe, daß meine Argumentation über die Zollunion und den Anschluß nicht ohne Wirkung geblieben ist. Sie hatte gerade auf dem Balkan eine nicht ungünstige Atmosphäre zur Voraussetzung, zumal auch in ihren historischen Teilen.¹¹ In den Privatunterhaltungen mit den Franzosen, die übrigens sehr schwer sachlich zu konkretisieren waren, kam die französische Meinung zum Ausdruck, der Akt der deutschen Politik sei für Briand persönlich unfreundlich gewesen; dieser stehe jetzt eben vor der Frage, ob er Präsident der Republik werden wolle; wir hätten ihm nicht bloß durch den Inhalt, sondern auch durch den Zeitpunkt unserer Aktion in Verlegenheit gebracht.

In den Privatgesprächen wurde auch, zur Erläuterung einer Resolution, in der Geheimverträge abgelehnt wurden, mitgeteilt, daß die Radikal-Sozialen im kommenden Jahr die Erneuerung des französisch-polnischen Militärbündnisses verhindern wollten.¹² Ich bin nicht in der Lage, das Gewicht dieser Bemerkung zu bewerten.

Die Unterhaltungen mit den Griechen hatten den freundschaftlichen Charakter liebenswürdiger Gastgeber. Die Griechen wissen gut, daß wir mehr von ihnen abkaufen als die Franzosen. In zwei Gesprächen suchte man mir die Haltung

⁹ Die deutsche und die österreichische Regierung hatten am 21. 3. 1931 die Öffentlichkeit mit dem Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion überrascht. Die Zollunion stieß vor allem in Frankreich auf starken Widerstand und wurde als Vorwegnahme eines politischen „Anschlusses“ interpretiert. Anfang September 1931 nahmen Deutschland und Österreich von dem Plan Abstand; vgl. SCHULTHESS' 1931, S. 88–91, 573–575; R. STEININGER, Zollunionsprojekt, S. 474–477.

¹⁰ Die Rede liegt dem Schreiben als Anlage bei; Abdruck in: ENTENTE INTERNATIONALE, Comptendu, S. 67–72.

¹¹ In seiner Rede verteidigte Heuss das Recht der Deutschen in Deutschland und Österreich auf einen gemeinsamen Staat und stellte es in Zusammenhang mit der Genese der nationalen Idee während der französischen Revolution; ebd., S. 69f. – Heuss rednerisches und publizistisches Eintreten für einen staatlichen Zusammenschluss des Deutschen Reiches mit Österreich reicht bis in die Frühzeit der Weimarer Republik zurück; vgl. Nr. 24, Anm. 3.

¹² Frankreich und Polen hatten am 18./22. 2. 1921 ein weitreichendes politisches Abkommen abgeschlossen; vgl. SCHULTHESS' 1921 II, S. 74, 182. Das Abkommen wurde durch die geheimen Militärverträge vom 15. 9. 1922 und 18. 1. 1926 ergänzt. Über ihre eventuelle Nichtverlängerung waren bereits im Januar 1931 im Auswärtigen Amt Mutmaßungen angestellt worden; vgl. ADAP B XVI, S. 450f, insbes. Anm. 9; zum Inhalt des Militärvertrages und seiner Datierung vgl. auch ADAP B XX, S. 109–112.

Griechenlands während des Krieges darzustellen.¹³ Sie sei rein realistisch bestimmt gewesen durch die Tatsache der maritimen Überlegenheit von England. Sie alle fühlten sich Deutschland geistig stärker verpflichtet als England. Aber die englische und französische Flotte sei für die Griechen geographisch und für ihren eigenen Schiffsbesitz Druck und Bedrohung gewesen. Was die innerpolitische Entwicklung des Landes anlangt, so nehmen die Herren, mit denen ich sprach, an, obwohl sie selber Gegner von Venizelos sind, daß dieser die Politik bestimmen wird, so lange er am Leben ist. Das Parteiwesen beginne sich erst langsam aus dem Typus der bloßen Personalgefolschaften heraus zu objektiven Programmsatzungen zu entwickeln. Die Kraft der monarchistischen Gesinnung (die auf dem Peloponnes noch am stärksten sei) wird von den Deutschen, mit denen ich sprach, höher angeschlagen als von den Griechen.

Ich konnte bei meiner Anwesenheit in Griechenland an dem Weihgottesdienst des neuerstellten evangelischen Gemeindehauses teilnehmen, das im wesentlichen eine Leistung des Pfarrers Dr. Kindermann ist. Ich stand bei den mannigfachen Unterhaltungen mit diesem Mann unter dem Eindruck, daß eine Form gesucht und gefunden werden müßte, für den durch das Gesetz von 1913 verlorenen Konsulareintrag irgend eine Art von „Meldepflicht“ für die Reichsdeutschen im Ausland wieder zu schaffen.¹⁴ Es ist fast zufällig, ob jemand von dem deutschen Gemeindeleben, sei es religiös, sei es bürgerlich, erfaßt wird. Die Kenntnis des Umfanges der reichsdeutschen Kolonie, wie der Stammesdeutschen, ist heute allein dem Vorhandensein einer griechischen Fremdenpolizei zu danken.

Sehr ergeben

[Theodor Heuss]
M. d. R.

¹³ Griechenland war 1917 auf der Seite der Alliierten in den Ersten Weltkrieg eingetreten.

¹⁴ Bis zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. 7. 1913 verloren deutsche Staatsangehörige, die sich länger als zehn Jahre im Ausland aufhielten und sich nicht in die bei den deutschen Botschaften, Gesandtschaften und Konsulaten vorliegenden Konsulatsmatrikel eintragen ließen, die deutsche Staatsangehörigkeit; vgl. § 21 des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. 6. 1870, in: BGBl. 1870, S. 355–360. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 kannte eine solche Bestimmung nicht mehr; RGBl. 1913, S. 583–593.

Nr. 178

An Emil Schwamberger, Ulm

26. Juni 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

StadtA Ulm, B 000/2 Nr. 2: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹

Rede zur Verfassungsfeier in Ulm

Lieber Freund,

besten Dank für die erneute Einladung, die Verfassungsrede in Ulm zu halten.² Ich habe an sich den Tag auch in diesem Jahr bereits vergeben gehabt, aber mich nun doch entschlossen, da Ihr in diesem Jahr früher an mich gekommen seid und also ein Ersatz in der anderen Stadt noch beschafft werden kann, heute der preußischen Regierung, die mich gebeten hatte, abzuschreiben, mit dem Hinweis, daß man mir die wiederholte Ablehnung in meiner Heimat mit Recht verübeln werde.³ Ich rede natürlich auch sehr gern in Ulm und bitte, diese Zeilen als Zusage anzusehen. Ich nehme an, daß ich von Euch über das nähere Programm noch informiert werde. Ich rechne damit, daß entweder Orchestermusik oder ein Männergesangsverein am Anfang und am Ende mitwirkt, womit ich einverstanden bin, melde aber Widerspruch aus alter Erfahrung gegen eventuell in Aussicht genommene Gedichtrezitation!⁴

Was das Honorar anlangt, das Ihr mir anbietet, so nenne ich die Summe, die mir in den letzten Jahren für solche Vorträge von Stadtverwaltungen oder Regierungen gezahlt wurden: Rm. 150,--. Die Bezahlung des Billets fällt ja bei mir weg,⁵ und ich nehme an, daß die zusätzlichen Reiseauslagen sich zwischen Rm. 10,-- und 20,-- bewegen werden.

Vielleicht veranlaßt Du, daß mir bald mitgeteilt wird, ob Ihr die Feier am Montag, den 10. oder am Dienstag, den 11. abends macht, damit ich eventuelle Dispositionen noch vereinigen kann.⁶

Mit freundlichem Gruß

Dein

Theodor Heuss

¹ Eingangsstempel vom 30. 6. 1931; Tagb. Nr. 1011; oben links Vermerk durch Empfänger: „Rede“

² Am 22. 6. 1931 hatte das Bürgermeisteramt von Ulm Heuss gebeten, die Festrede bei der Verfassungsfeier zu übernehmen; StadtA Ulm, B 000/2 Nr. 2. – 1929 hatte Heuss in Köslin zum 10jährigen Jubiläum der Reichsverfassung gesprochen und eine Einladung nach Ulm abgelehnt.

³ Ein entsprechendes Schreiben ließ sich nicht ermitteln.

⁴ Das Festprogramm zur Verfassungsfeier verzichtete auf Rezitationen und sah lediglich eine musikalische Umräumung des Vortrags von Heuss vor; StadtA Ulm, B 000/2 Nr. 2.

⁵ Nach Art. 40 WRV hatten die Reichstagsabgeordneten das Recht zur freien Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen.

⁶ Die Verfassungsfeier fand am 11. 8. 1931 abends statt; vgl. die Zeitungsberichte, die ausführlich auf die Rede von Heuss eingehen, in: StA Ulm, B 000/2 Nr. 2.

Nr. 179

An Dr. Gustav Kilpper, Stuttgart

2. Juli 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 513: ms. Schreiben, Durchschlag; ms. Briefkopf: „Dr. Theodor Heuss“
Mitarbeit an der Festschrift zu Robert Boschs 70. Geburtstag

Verehrter, lieber Herr Doktor,

freundlichen Dank für Ihren Brief.¹ Ich stecke zwar im Augenblick ziemlich erheblich in einer Arbeit drin, die auch einen gewissen befristeten Charakter hat,² auf der anderen Seite empfinde ich das vertrauensvolle Angebot, die Festschrift für Robert Bosch einzuleiten und in gewissem Sinn zu redigieren, als ehrenvoll und schriftstellerisch lockend genug, um es nicht abzulehnen. Meine Zusage ist aber nun von verschiedenen Voraussetzungen abhängig. Im Juli selber werde ich zur Inangriffnahme der Arbeit nicht kommen, da ich hier auch noch durch Vorlesungsabschluß³ sehr stark in Anspruch genommen bin und ein paar Aufsätze erledigen muß. Die übrigen Beiträge müssen zuverlässig vorliegen, daß ich in den ersten zwei Wochen im August sie durcharbeiten und meinen eigenen Aufsatz schreiben könnte.⁴ Zweitens: es müßte vom Privatsekretariat das „philologisch“ Notwendige vorbereitet sein. Darunter verstehe ich, daß man mir die von Robert Bosch gelegentlich geschriebenen Aufsätze zusammenstellt. Deren Inhalt wird ja auch für Kneher und Fischer wichtig sein. Aber ich selber habe das Bedürfnis, ehe ich über Bosch schreibe, seine schriftstellerische Ausdrucksweise auf mich wirken zu lassen. Ich habe bei den Sachen, die ich von ihm gelesen habe, immer gerade seine Ausdrucksweise als etwas sehr Persönliches empfunden. Drittens setze ich voraus, daß die Schrift nicht banale Lobhudelei sein soll. Es ist selbstverständlich, daß sie die Verdienste von Bosch herauszuarbeiten bestimmt ist. Aber ich möchte als Beschreiber seiner Persönlichkeit mit Ihnen und Herrn Direktor Walz von vornherein ein Einverständnis dahin festgestellt haben, daß wir

¹ Kilpper an Heuss, 30. 6. 1931, in: BArch, N 1221, 513. In seinem Brief hatte Kilpper Heuss die Redaktion einer Festschrift zu Boschs 70. Geburtstag angeboten, die mit einer Einleitung von 20 Seiten „über die menschliche Persönlichkeit des Herrn Robert Bosch“ verbunden wäre.

² Im Frühjahr 1931 hatte Heuss mit der Abfassung der Studie „Hitlers Weg“ begonnen; vgl. Nr. 186, Anm. 1.

³ Im Sommerhalbjahr 1931 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung zu „Reich und Länder“; HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1931, S. 7.

⁴ THEODOR HEUSS: Robert Bosch, in: DERS (Hg.): Robert Bosch, Stuttgart/Berlin 1931; neben der Einleitung von Heuss enthielt der Sammelband folgende Aufsätze: HANS KNEHER: Vom Mechaniker zum Großunternehmer, ebd., S. 29–52; JOHANNES FISCHER: Der Techniker und Sozialpolitiker, ebd., S. 53–68; THEODOR BÄUERLE: Dienst an Mensch und Volk, ebd., S. 69–100; PETER BRUCKMANN: Werkbundarbeit bei Bosch, ebd., S. 101–111; OTTO MEZGER: Heger und Jäger, Naturfreund und Landwirt, ebd., S. 112–126.

kein sonntägliches Abziehbild aus ihm machen, sondern daß die Möglichkeit gegeben bleibt, auch die Schroffheit und eigentümliche Versonnenheit seines Wesens mit zu zeigen. Ich habe leider Robert Bosch im Laufe der letzten Jahre wenig gesehen, glaube aber, aus dem häufigeren Zusammensein früherer Jahre eine einigermaßen deutliche Vorstellung seines Wesens zu besitzen, das einen großartigen Duktus besitzt, der mich immer angezogen hat; aber auch gerade das psychologisch Interessante soll gezeigt werden dürfen. Sie werden keine Sorge haben, daß ich mir die Freiheit sichern möchte, Taktlosigkeiten zu schreiben. Aber Sie werden verstehen, daß ich den üblichen Festschriftenhymnus nicht auf einen ehrbaren Jubilar loslassen möchte. Das entspricht auch meinem Gefühl nach gar nicht einer so eigentümlichen Erscheinung, wie Dr. Bosch sie ist.

Mit der Honorarbedingung bin ich einverstanden,⁵ stelle Ihnen aber anheim, ob, je nachdem [wie] das Redaktionelle des Aufeinanderabstimmens der übrigen Beiträge Mühe macht, dafür noch ein bestimmter Betrag angesetzt werden kann. Das soll für mich keine Bedingung sein, aber da ich einen Jungen zur Zeit auf der Universität habe,⁶ treten solche Überlegungen mit heran. Ich werde vermutlich nächsten Samstag, sicher am 13. Juli in Stuttgart sein, um dann mit Herrn Direktor *Walz* eine Besprechung herbeizuführen [zu] suchen. Ich gebe ihm aber auch von diesem Brief Kenntnis, damit er oder Herr *Debatin* die Vorbereitung dessen, was ich für notwendig halte, veranlaßt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

[Theodor Heuss]

Nr. 180

An Dr. Otto Meißner, Berlin

5. August 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 87: ms. Schreiben, Durchschlag; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Verleihung des Adlerschildes des Deutschen Reiches an Robert Bosch

Verehrter Herr Staatssekretär,

darf ich Ihnen eine persönliche Anregung unterbreiten, die ich ganz auf eigene Rechnung und Gefahr mache.

Am 23. September wird, wie ich neulich erfuhr, Dr. Robert *Bosch* in Stuttgart 70 Jahre alt.¹ Ich darf annehmen, daß er Ihnen persönlich bekannt ist. Sicher

⁵ Vorgesehen waren zehn Mark pro Seite; Kilpper an Heuss (wie Anm. 1).

⁶ Ernst Ludwig Heuss studierte seit dem Sommersemester 1930 Jura in Berlin; zum Sommersemester 1931 wechselte er nach Heidelberg.

¹ Vgl. Nr. 179.

wissen Sie von seinen Leistungen und Verdiensten Bescheid. Er ist einer der erfolgreichsten deutschen Unternehmer, der aus den kleinsten Anfängen eine Weltfirma aufbauen konnte. Er hat schon in der Vorkriegszeit sozialpolitisch vorbildlich gewirkt² und er hat, wie Sie sicher wissen, durch vielfache Millionenstiftungen ganz große Beträge seiner Einnahmen der Allgemeinheit für Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungszwecke wieder zur Verfügung gestellt.³ Er hat dabei diese Stiftungen in der Zeit vor 1918 davon abhängig gemacht, daß ihm nie ein Titel oder etwas ähnliches verliehen wurde.

Ich möchte Sie nun bitten, zu überlegen, ob nicht der Herr Reichspräsident Dr. Bosch aus Anlaß seines Geburtstages den Adlerschild der deutschen Republik verleihen könnte. Soweit ich mich erinnere, ist diese Auszeichnung bisher Männern der Wissenschaft und der Dichtung, Harnack, Delbrück, Hauptmann und ähnlichen verliehen worden, zum Teil aus Anlaß des 80. Geburtstags.⁴ Ich weiß nicht, ob eine eingrenzende Bestimmung über die Verleihung des Adlers vorliegt. Ich könnte mir aber vorstellen, daß es einen guten Eindruck machen würde, zumal in ganz Süddeutschland, wenn hier ein Mann der Wirtschaft ausgezeichnet wird, der eine Persönlichkeit von höchst eigener Prägung ist, politisch von der Linken her um seiner sozialpolitischen Verdienste willen respektiert wird, auf der Rechten um seiner Unternehmerleistung willen großes Ansehen genießt, auch wenn er politisch mehr der Linken zuneigt.

Ich erlaube mir, Ihnen diesen Brief zu übersenden in der vertrauten Offenheit, die Sie mir immer erlaubt haben. Ich habe mit niemandem über diesen Schritt gesprochen, so daß, wenn Sie die Anregung als untunlich ansehen oder nicht zur Verwirklichung bringen, die Frage mit dieser internen Briefbesprechung zwischen uns erledigt sein würde. Daß Bosch sich über diese Auszeichnung freuen würde, glaube ich annehmen zu können, weil er weiß, daß gerade diese Auszeichnung, die einigen Gelehrten gegeben wurde, nicht eine finanzielle Leistung als anonyme Voraussetzung kennt; denn seine Empfindlichkeit auf diesem Gebiet hat ihn ja früher gegenüber öffentlichen Ehrungen so spröde gemacht. Der

² Am bekanntesten war die Einführung des Achtstudententages bei Bosch im Jahre 1906; vgl. TH. HEUSS, Robert Bosch. Leben und Leistung, S. 157.

³ Vgl. die Übersicht bei C-M. ALLMENDINGER, Struktur, Anlage II; die bekanntesten Stiftungen von Bosch waren die Robert Bosch Stiftung für die Technische Hochschule Stuttgart (1 Million Mark), der Verein zur Förderung der Begabten (Ausstattung mit 2 Millionen Mark) und die in Anm. 5 genannte Robert Bosch Kriegsstiftung zur Neckarkanalisation (13 Millionen Mark).

⁴ Der Adlerschild des Deutschen Reiches – so der korrekte Titel – war die höchste staatliche Auszeichnung der Weimarer Republik. Sie wurde vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskunstwarts an verdiente Persönlichkeiten aus den Bereichen von Kunst und Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft – meist aus Anlaß des 70. oder 75. Geburtstages – verliehen. Der Adlerschild wurde während der Weimarer Republik 19mal verliehen, darunter 1922 an Gerhart Hauptmann, 1926 an Adolf von Harnack und 1928 an Hans Delbrück; vgl. W. STEGUWEIT, „Adlerschild“, S. 182–185.

württembergische König hatte ihm auch, ohne daß eine Finanzleistung erwartet wurde, wiederholt den Geheimrat verleihen wollen. Die berühmte 20 Millionenstiftung für den Neckarkanal⁵ gab Bosch damals nur unter der Bedingung, daß ihm nichts verliehen werde, weil er wußte, daß solche Titel „gekauft“ wurden.⁶

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich wie immer
Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 181

An Ernst Lissauer, Wien

5. August 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

LBI, New York, AR 25209, 8/18: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Erinnerung an frühere Bekanntschaft; Erfolgsaussichten des Volksbegehrens auf vorzeitige Auflösung des preußischen Landtags; Bankenkrise in Deutschland

Lieber Lissauer,

freundlichen Dank für Ihren Brief¹ und die Copie Ihrer Sorgen, die in dem Schreiben an Bondy² niedergelegt sind. Ich habe mich sehr gefreut, nach längerer Zeit wieder einmal ein direktes Lebenszeichen von Ihnen zu bekommen. Es sind doch wohl schon zehn bis zwölf Jahre, seitdem wir uns nicht mehr begegnet sind.³ Ich selber bin nur ein Mal in der Zwischenzeit wieder in Wien gewesen, um mit Löbe zusammen Anschlußreden zu halten, aber damals war ich nur ein Paket, was von einer offiziellen Veranstaltung zur anderen gereicht wurde.⁴ Sind Sie nicht gelegentlich in Berlin, das doch immerhin Ihre Heimatstadt geblieben ist? Meine Frau und ich würden uns sehr freuen, wenn Sie sich einmal bei uns

⁵ Bosch richtete Ende 1916 die Robert Bosch Kriegsstiftung zur Kanalisierung des Neckars zwischen Heilbronn und Esslingen ein. Das Stiftungskapital betrug nicht 20, sondern 13 Millionen Mark; vgl. die Stiftungsurkunde in: C-M. ALLMENDINGER, Struktur, Anlage III, S. 12–18.

⁶ In seiner Antwort dankte Meißner für die Anregung und kündigte an, die Möglichkeit einer Verleihung überprüfen zu lassen; Meißner an Heuss, 6. 8. 1931, in: BArch, N 1221, 87. Der Adlerschild wurde Bosch anlässlich seines 70. Geburtstages am 23. 9. 1931 verliehen; vgl. BArch, R 32, 290; W. STEGUWEIT, „Adlerschild“, S. 185.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Lissauer hatte Heuss noch vor dem Ersten Weltkrieg in Berlin kennengelernt und ihn in späteren Jahren noch einmal in Heilbronn besucht; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 89f. Seit 1923 lebte Lissauer in Wien.

⁴ Vgl. Nr. 100.

melden wollten. Es werden sich ja schon ein paar ruhige Stunden herausbringen lassen, in denen man über alte und neue Geschichten plaudern kann.

Sie werden ja in großen Umrissen mein Schicksal in dem letzten Jahrzehnt kennen. Ich bin ziemlich stark durch das Parlament in die Politik hereingeraten, Literatur und Kunst sind ein wenig in Verdruck gekommen, aber nicht völlig aufgegeben. Unser Junge, den Sie ja wohl das letzte Mal als Kind in Heilbronn gesehen haben, ist in der Zwischenzeit 21 Jahre alt geworden und hat sein drittes Semester hinter sich, Jura und Nationalökonomie. Hoffentlich geht es bei Ihnen persönlich und familiär gut, was man heute so gut nennen kann.

Über die politische Lage vermag ich Ihnen Aufsätze, die ich in der letzten Zeit geschrieben hätte, nicht zu senden. Ich habe zwar allerhand geschrieben, da ich für Stolpers Volkswirt immer einen Teil der innen- und außenpolitischen Glossen bestreite, aber im Zusammenhang habe ich eine Gesamtauffassung nicht dargelegt, zumal ich über die bank- und währungspolitischen Ereignisse der letzten sechs bis acht Wochen nicht mit dem Anspruch auf besondere autoritäre Sachkenntnis mich äußern könnte. Dann schweige ich schriftstellerisch lieber. Ich gehöre zu den Menschen, die an einen Erfolg des Volksentscheids nicht glauben,⁵ da ich annehme, daß vor dieser konkreten Entscheidung sowohl im Beamtentum als in den mittleren Wirtschaftskreisen eine Hemmung des Verantwortungsgefühls eintritt. Ich würde annehmen, daß das viele begreifen, daß die Frage, ob zwei oder vier Monate in Preußen später neu gewählt wird, im Augenblick ungeheuer gleichgiltig sein muß gegenüber dem Tatbestand, daß das deutsche Bankwesen erneute Erschütterungen schwer erträgt.⁶ Das ist allerdings noch keine Prognose für den Weitergang. Ich fürchte, es werden in der nächsten Zeit in der Handhabung der Devisenverordnung⁷ allerhand handelspolitische Dummheiten gemacht werden. Der Winter wird ziemlich schwierig sein, weil

⁵ Der rechtsgerichtete „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ hatte am 17. 2. 1931 beim preußischen Staatsministerium die Zulassung eines Volksbegehrens auf vorzeitige Auflösung des preußischen Landtags eingereicht. Das Volksbegehren wurde zugelassen und erreichte das notwendige Quorum von einem Fünftel der preußischen Staatsbürger; vgl. VERHANDLUNGEN DES PREUSSISCHEN LANDTAGS 3/1, Nr. 7432. Nachdem der Landtag am 9. 7. seine Auflösung abgelehnt hatte, wurde der Volksentscheid auf den 9. 8. 1931 festgesetzt. 37,1 % der Stimmberechtigten entschieden sich für den Volksentscheid, der damit gescheitert war; vgl. ebd., S. 21679; SCHULTESS' 1931, S. 178f.

⁶ Durch leichtfertige Kreditvergabe und massive Kreditabzüge ausländischer Gläubiger hatte im Sommer 1931 Großbanken wie der Darmstädter und Nationalbank und der Dresdner Bank die Zahlungsunfähigkeit gedroht. Als die gesamte deutsche Kreditwirtschaft von der „Bankenkrise“ erfasst zu werden drohte, hatte sich die Reichsregierung zu einer umfassenden Stützungsaktion entschlossen und zudem die Devisenzwangswirtschaft eingeführt; vgl. F. BLAICH, Schwarzer Freitag, S. 84–87.

⁷ Die Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 15. 7. 1931 gestattete den An- und Verkauf von Devisen nur unter Vermittlung der Reichsbank; Devisentermingeschäfte wurden verboten; RGBl. 1931 I, S. 366–368.

die Lockerung der deutsch-französischen Beziehungen unter dem Druck der im Frühjahr stattfindenden französischen Wahlen steht.⁸ Die innerdeutsche Situation würde unzweifelhaft eine rein seelische Entlastung erfahren, wenn die Rechte eine Zeitlang an der Staatsverantwortung teilnehmen müßte, aber bei der gespannten gesamtpolitischen Situation würde die Stillhaltungsaktion und ähnliches damit wieder fragwürdig sein.⁹

Damit für heute genug. In der Hoffnung, daß wir uns in nicht zu ferner Zeit einmal wieder sehen, sende ich Ihnen in alter Freundschaft einen herzlichen Gruß.

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 182

An Erich Rücker, Brackenheim

24. August 1931; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 94: ms. Schreiben, Durchschlag

Steuerangelegenheit von Gottlob Enzel

Sehr geehrter Herr Rücker!

Freundlichen Dank für Ihren Brief,¹ der mir die erwünschte Aufklärung über Sinn und Bedeutung der Weinkiste brachte, die während einer kurzen Abwesenheit von mir hier eingegangen war. Ich anerkenne sehr gerne die freundliche Absicht des Herrn Enzel,² sich mir für die Mühewaltung in seinem Steuerfall erkenntlich zu zeigen,³ aber die Annahme der freundlichen Gabe ist mir nicht ganz leicht gefallen und eigentlich nur deshalb möglich gewesen, weil die Intervention erfolglos geblieben war. Ich glaube, daß Sie dafür Verständnis haben: der Abgeordnete muß, wenn er um Rat angegangen wird, oder irgendwie Hilfe zu bringen sucht, dies ohne Erwartung einer Gegenleistung tun, weil er sonst über kurz oder lang in die schwierigste Situation geraten kann. Ich habe schon mehr als einmal Ge-

⁸ Die französischen Parlamentswahlen fanden am 8. 5. 1932 statt.

⁹ Im Basler Stillhalteabkommen vom 18./19. 8. 1931 war ein sechsmonatiges Moratorium für deutsche Privatschulden im Ausland vereinbart worden; vgl. SCHULTHESS' 1931, S. 508–514; S. WEGERHOFF, Stillhalteabkommen, S. 112–131.

¹ Rücker an Heuss, 21. 8. 1931, in: BArch, N 1221, 94.

² In der Vorlage hier und an späteren Stellen „Engel“ statt „Enzel“.

³ Heuss hatte auf Bitten von Enzel in dessen Steuerangelegenheit eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gerichtet; vgl. den Briefwechsel zwischen Heuss und Enzel vom Januar 1931, in: BArch, N 1221, 55.

schenke, die mir zgedacht waren, abgelehnt, aber ich habe das in diesem Fall nun doch nicht getan, weil mir nichts ferner liegen kann, als Herrn Enzel zu kränken. Ich weiß, daß seine Gabe einer freundschaftlichen Gesinnung entspringt, und freue mich natürlich an dem Guten, was die engere Heimat hervorbringt. Ich habe Herrn Enzel in diesem Sinn auch einen Dankbrief gesandt.⁴

Ein Brief von Herrn Enzel an den Herrn Reichspräsidenten kann natürlich nichts schaden, aber viel Aussichten kann ich ihm deshalb nicht geben, weil der Brief natürlich vom Präsidentenbüro zur Rückäußerung an das Reichsfinanzministerium weitergeleitet wird. Auf jeden Fall ist es gut, wenn der Brief in der temperamentvollen Charakteristik des Güglinger Finanzamtes sich einiger Mäßigung befleißigt und das Hauptgewicht darauf legt, die Revision der damaligen Schätzung zu erbitten.

Sehr gerne komme ich bei meinen Berichtsfahrten in die Heimat auch einmal nach Brackenheim; setzen Sie sich doch bitte deshalb gelegentlich mit Hopf in Verbindung, dem ich die Festsetzung aller meiner Vorträge überlassen muß, damit nicht Einzelverabredungen mit seinen Feldzugsplänen sich überschneiden.⁵ Persönlich geht es mir so weit ordentlich, was, wie ich hoffe, auch bei Ihnen zutrifft.

Mit den besten Grüßen, auch an die Brackenheimer Freunde
Ihr dankbar ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 183

An Hans Adolf von Moltke, Warschau

1. Oktober 1931; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 88: ms. Schreiben, Durchschlag

Erlebnisse als Repräsentant Deutschlands in Warschau und Krakau

Sehr geehrter, lieber Herr von Moltke,

nun ist also die improvisierte polnische Reise wieder zu Ende, und ich will Ihnen doch noch einmal schnell danken dafür, daß Sie in der Verlegenheit um einen deutschen Repräsentanten rasch nach mir gegriffen haben. Denn so improvisiert meine Funktion als Repräsentant der Gesellschaft für internationale Freundschaften gewesen ist,¹ so hoffe ich, sie doch mit einiger Sicherheit durchgeführt

⁴ Heuss an Enzel, 24. 8. 1931, in: BArch, N 1221, 94.

⁵ Eine Parteiveranstaltung von Heuss in Brackenheim ließ sich bis zum Ende der Weimarer Republik nicht nachweisen.

¹ Auf Wunsch des Auswärtigen Amtes hatte Heuss Ende September als deutscher Vertreter an einer Sitzung der Vereinigung „Les Amitiés internationales“ in Warschau teilgenommen und anschlie-

zu haben, und es ist mir vor allem das Bewußtsein angenehm, daß ich, wie ich spüren durfte, Ihnen persönlich auch einen Gefallen erwiesen habe. Als ich bei Lednicki meine kleine Demarche wegen des zweiten französischen Redners machte, sagte er mir über meine eigene Rede große Artigkeiten und versicherte mir, daß in Krakau dieser Herr nicht reden werde. Auch Nogaro legte, wie sich aus einer Unterhaltung auf der Heimfahrt ergab, auf diesen Compatrioten keinen Wert; der war ein junger Rechtsanwalt, als Ersatzmann für einen erkrankten Generalsekretär der Gesellschaft mit herübergekommen.

Krakau als Stadt hat mir außerordentlich gut gefallen. Ich könnte mich dort einige Tage bummelnd und zeichnend aufhalten. Die Veranstaltung in Krakau hatte einen akademischen Zuschnitt. Ich selber wurde sehr gut behandelt, in der Aula besonders begrüßt, beim Diner zwischen den Rektor der Universität und den Vizepräsidenten der Stadtverwaltung gesetzt und von dem nationalökonomischen Professor, nachdem Nogaro bedankt worden war, in einer deutschen Rede noch einmal besonders begrüßt wegen des Seltenheitswertes eines deutschen Reichstagsabgeordneten in Krakau. Ich habe dann auch noch einmal eine kleine Rede halten müssen, die ich mit allerhand nationalökonomischen Bildern und Vergleichen durchzog.² Den Hinweis auf den starken deutschen Charakter brauchte ich nicht sehr zu unterstreichen, denn es hatte vor mir der Anglist eine größere Rede gehalten; den Namen des Mannes weiß ich natürlich nicht mehr. Er machte einen ausgezeichneten Eindruck, zitierte in einem fort Goethe (worauf ich ihm mit Ranke antwortete); er setzte das auseinander, was ich sagen wollte, daß Krakau deutsches Stadtrecht gehabt und was an deutschem Bürgertum hier führend gewesen. Man spürte unter den Professoren doch sehr stark die Nachwirkung der österreichischen Zeit.³ Der Rektor, ein katholischer Theologe namens Michalski, zeigte sich mit der Entwicklung der deutschen Universitätsphilosophie aufs engste vertraut, und ein Bakteriologe setzte mir auseinander, daß für internationale wissenschaftliche Publikationen nur der deutsche Verlag ihnen offenstünde, der etwas wage, was in Frankreich und England nicht der Fall sei. Der Vizepräsident der Stadtverwaltung setzte mir auseinander, wie der Nichtabschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages die Polen zwingt, da und dort Industrie zu „stiften“, was ökonomisch sinnlos wäre, da es sich ja doch wesentlich

ßend Bertrand Nogaro, den Führer der französischen Delegation, nach Krakau begleitet. – „Les Amitiés internationales“ war ein kleiner politischer Klub, der sich der internationalen Verständigung widmete; vgl. Heuss an Lednicki, 1. 10. 1931, in: BArch, N 1221, 86; Lednicki an Heuss, 4. 10. 1931, ebd., 105; Heuss an Stehle, 23. 10. 1962, ebd., 479; TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 402–405.

² Heuss hatte am 21. 9. in Warschau und am 22. 9. 1931 in Krakau jeweils die Tischrede gehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684; Redekonzepte ließen sich nicht ermitteln.

³ Krakau gehörte von 1846 bis 1918 zu Österreich-Ungarn.

um ein Agrarvolk handele.⁴ Man beziehe deutsche Waren teilweise jetzt auf Umwegen über Österreich. Er klagte auch darüber, daß, während man früher überall Rheinwein bekommen habe, dieser jetzt ganz verschwunden sei.

Von eigentlicher Politik wurde sonst in diesem Kreis wenig gesprochen. Ich fand den Eindruck aber bestätigt, den Herr v. Rintelen⁵ mir dargestellt hatte, daß das Interesse für die deutschen kulturellen Dinge sehr stark ist.

Die Heimreise mit Nogaro zusammen war interessant. Wir haben stundenlang das Hin und Her der deutsch-französischen Probleme durchgeackert und auch die französische Stellung im europäischen Osten besprochen. Es kam auch bei ihm, wenn freilich vorsichtig, das Mißbehagen zum Ausdruck, daß Frankreich eine politische Solidarhaftung für Entwicklungen miteingegangen sei, die von ihm nicht sicher gelenkt werden können. Ich versuchte ihm das klar zu machen, daß das deutsch-französische Verhältnis wesentlich durch das französische Bündnisssystem belastet sei.⁶

Ich bin mit diesem Brief etwas ins Plaudern gekommen, aber ich hoffe, daß es Ihnen nicht unlieb ist, daß ich Ihnen, ehe ich nun wieder nach Süddeutschland fahre,⁷ von meinen Erfahrungen noch etwas mitgeteilt habe. Ich danke Ihnen nochmals für die freundliche persönliche Aufnahme in der Gesandtschaft und bitte Sie, mich den Herren der Gesandtschaft freundlichst empfehlen zu wollen.

Mit bestem Gruß

Ihr

[Theodor Heuss]

⁴ Der Gesetzentwurf über ein Deutsch-Polnisches Wirtschaftsabkommen war am 13. 6. 1930 in den Reichstag eingebracht, aber aufgrund der Auflösung des Reichstags am 18. 7. 1930 nicht mehr verabschiedet worden; RT-Bd. 442, Nr. 2138. Eine erneute Einbringung des Entwurfs scheiterte am Einspruch des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft; vgl. AdR Brüning I und II, Bd. 1, S. 90, Anm. 7. Der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Polen war seit 1925 durch den deutsch-polnischen „Zollkrieg“ erschwert.

⁵ In der Vorlage: „Rinkelen“.

⁶ Frankreich hatte formelle Bündnisse mit Polen (1921), der Tschechoslowakei (1924) und Rumänien (1926) abgeschlossen und galt zudem als Führungsmacht der aus Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien bestehenden „kleinen Entente“. Frankreich stand damit den deutschen Revisionsbestrebungen im Osten im Wege.

⁷ Anfang Oktober 1931 sprach Heuss über die politische Lage in Esslingen (2. 10.), Eningen unter Achalm (3. 10.), Reutlingen (4. 10.), Stuttgart (5. 10.) und Ellwangen (6. 10.); Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

Nr. 184

An die Deutsche Hochschule für Politik, [Berlin]

9. Oktober 1931; [Berlin]

GStA PK, I. HA, Rep. 303, 162: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ohne Anrede und Grußformel

Gutachten zur Diplomarbeit von Paul Ullrich

Gutachten zu Paul *Ullrich*: Kurt *Eisner*.

Die Arbeit Ullrichs entstammt einer Anregung von mir, an der Hochschule für Politik einmal monographische Charakteristiken aus der neueren Geschichte zu wagen. Es war mir dabei klar, daß das richtige Gelingen eines solchen Versuches eine größere literarische Darstellungskraft zur Voraussetzung hat, als sie unseren jungen Hörern durchschnittlich zur Verfügung steht. Immerhin sollte auch um der methodischen Quellenerschließung willen der Versuch einmal gemacht werden. Ich schlug Eisner vor, weil heute zumeist seine Rolle im Winter 1918/19 gesehen wird und es mir interessant schien, daß auch seine kämpferische und persönlich bedingte Stellung in der sozialistischen Parteiengeschichte des ersten Jahrzehnts nach 1900 sichtbar gemacht würde.¹ Ullrich hat sich der Aufgabe, die ihm im Anfang fremd war, nachdem er einige Schriften Eisners gelesen hatte, mit viel gutem Willen unterzogen, die ganze Literatur durchgearbeitet und die Eisnerkenntnis auch durch Erschließung einigen privaten Materials erweitert. In der Grundauffassung Eisners als eines Mannes mit wesentlich ethischen Impulsen und einer künstlerischen Grundnatur scheint er mir das Richtige zu treffen. Die seelische Analyse bleibt etwas befangen, sie stützt sich mehr auf Zitate, als sie freie Würdigung wagt. Was der Arbeit fehlt, ist, daß sie Eisner etwas isoliert nimmt und seine Erscheinung wie seine antithetische Haltung nicht genügend in die allgemeinen Problemstellungen eingliedert. Immerhin ist die Bemühung um eine umfassende, sachliche Würdigung anerkennenswert, und auch der literarische Vortrag dort, wo er sich eine größere selbständige Entfaltung gestattet, d. h. von den Zitaten sich löst, hat eine gewisse Frische.

Prädikat: ein knappes gut.

Theodor Heuss

¹ Eisner hatte in den Vorkriegsjahren einen ethisch begründeten Sozialismus vertreten und sich zwischen dem orthodoxen und dem revisionistischen Flügel der SPD bewegt; vgl. B. GRAU, Kurt Eisner, S. 130–219.

Nr. 185

An Albert Hopf, Stuttgart

16. Oktober 1931; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Abstimmungsverhalten des DVP-Abgeordneten Keinath; Auftreten der NSDAP-Fraktion im Reichstag

Lieber Hopf,

als ich Deinen Brief wegen Keinath erhielt,¹ suchte ich ihn im Reichstag sofort zu erreichen. Er hat aber offenbar nur eine ganz vorübergehende Gastrolle gegeben, so daß ich ihn vorgestern nicht auftrieb. Ich habe ihn dann erst gestern erreicht. Dietrich, der sich mit ihm auch unterhalten hatte und den ich von der Tendenz Deines Briefes unterrichtet hatte, meinte, ich solle die Unterhaltung, wenn sie sich ergibt, nicht im Sinne einer Pression betreiben. Ihm sei es nicht geglückt, aus Keinaths Stellung klar zu werden. Daß wir zu einem späteren Zeitpunkt die Folgerung [aus] Keinaths Stellung ziehen, scheint ihm auch gegeben.

Ich habe Keinath gesagt, daß die Mitteilung des [Stuttgarter] N[eu]en T[agblatts]² über seine Haltung in unseren Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen hat und daß ich einige sehr bittere Zuschriften erhalten hätte, die ich ihm gern vorgestern zur Kenntnis gebracht hätte, wenn ich ihn erreicht hätte. Er meinte etwas pikiert, daß das auf seine Stellung keinen Eindruck gemacht hätte. Ich sagte ihm, er müsse natürlich seine Stellung mit sich selber abmachen und ich hätte ihn deshalb auch nicht, da ich ihn nicht getroffen hätte, weiter gesucht, aber von der tiefen Verstimmung in unseren Kreisen wollte ich ihn doch kurz unterrichten.

Die Situation bei der Deutschen Volkspartei ist fraktionspolitisch vollkommen verwirrt gewesen. Einige Leute, die die schärfsten Gegner von Dingeldey in

¹ Hopf an Heuss, 13. 10. 1931, in: BArch, N 1221, 57. In seinem Brief hatte Hopf berichtet, dass sich Keinath dem Misstrauensantrag der DVP gegen das neugebildete zweite Kabinett Brüning anschließen wolle, obwohl er 1930 auf der württembergischen Einheitsliste von DVP und DStP und damit auch mit den Stimmen der DStP gewählt worden sei. Wenige Tage zuvor war es im Zuge des Rücktritts von Reichsaußenminister Curtius zum endgültigen Bruch zwischen der Regierung und der DVP gekommen. Brüning war daraufhin am 7. 10. 1931 gemeinsam mit seinem Kabinett zurückgetreten, aber von Reichspräsident von Hindenburg sofort mit der Neubildung eines Kabinetts beauftragt worden; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 720f; AdR Brüning I und II, Bd. 2, S. 1815f, Bd. 3, S. 1823.

² Nach den Mitteilungen des „Stuttgarter Neuen Tagblatts“ hatte Keinath anfangs geplant, sich bei dem Misstrauensvotum der DVP gegen die Regierung Brüning zu enthalten; vgl. „Die Volkspartei in der Opposition“, in: SNT, Nr. 475, 12. 10. 1931. Nach einer späteren Mitteilung vom gleichen Tag war Keinath jedoch auf den Kurs des Parteiführers Dingeldey eingeschwenkt, der eine Erweiterung der Regierung um Parteien der „nationalen Opposition“ forderte; vgl. ebd., Nr. 476, 12. 10. 1931.

5. Okt.	Hüttgen	J. Hopf.	Pol. Lage
6. Okt.	Flussungen	J. Hopf.	"
17. Okt.	Ludwig I	J. Hopf.	"
21. Okt.	Eise	Politzsch	Parlamentarismus
31. Okt.	Voss	J. Hopf.	Pol. Lage
1. Nov.	Poppenfeld	J. Hopf.	"
2. Nov.	Ludwig	Löffl. J. Hopf.	Reichstagsverh.
6. Nov.	Gräber	J. Hopf.	Pol. Lage
7. Nov.	Ludwig	J. Hopf.	"
11. Nov.	Ludwig	Löffl. J. Hopf.	Reichstagsverh.
13. Nov.	Ludwig	J. Hopf.	Pol. Lage
14. Nov.	Reinhold	J. Hopf.	"
15. Nov.	Flur	J. Hopf.	Pol. Lage
15. Nov.	Karl	J. Hopf.	"
19. Nov.	Mitglied	Reichstagsverh.	Reichstagsverh.
21. Nov.	Willig	J. Hopf.	Pol. Lage
23. Nov.	Ludwig	J. Hopf.	7 "
12. Dez.	Münster	J. Hopf.	"
13. Dez.	Münster	J. Hopf.	" (Kongress)

Abb. 23: Redenkalender von Theodor Heuss, Oktober–Dezember 1931

der Fraktion gewesen sind, wie Schneider-Dresden (der in der Voss einen ausgezeichneten Aufsatz geschrieben hat),³ sind bei der Abstimmung herausgegangen, um nicht die Discrepanz in der Fraktion noch stärker herauszuarbeiten.⁴ Wie die Dinge sich weiter entwickeln, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen.

³ RUDOLPH SCHNEIDER: Sozialisten oder Betrüger? In: VZ, Nr. 486, 15. 10. 1931. Nach Schneider waren „sowohl die Agitation wie die Politik der Nationalsozialisten sozialistisch“. Alle gegenteiligen Versicherungen, die die Nationalsozialisten den Industriellen und Agrariern gegeben hätten, seien im Zeitalter der Massenpolitik nicht einzuhalten.

⁴ Am 16. 10. 1931 stimmte der Reichstag über den Misstrauensantrag gegen die Regierung Brüning ab. Die DVP-Fraktion stimmte mehrheitlich für den Misstrauensantrag; dagegen stimmten die

Es wird wohl notwendig sein, daß die württembergische Parteileitung schon die taktische Situation der Landtagswahl abtastet, ob eine Distanzierung notwendig ist.⁵

Ich würde Dir empfehlen, im nächsten Beobachter die beiden Briefe von Stresemann abzudrucken, die gestern die Vossische Zeitung gebracht hat.⁶ Ich nehme an, daß der nächste Beobachter gerade der Haltung der Volkspartei eine gewisse ausführliche Betrachtung bieten muß, bei der Ihr etwa einen Passus einführen könnt, wie ich ihn auf der Anlage skizziere.⁷

Gestern fühlte sich Hermann-Reutlingen mit als Sieger auf dem Schlachtfeld. Er hat, da Bredt sich ins Krankenbett zurückzog und Drewitz noch einigermaßen lädiert ist, eine starke Stellung in der wirtschaftsparteilichen Fraktion erhalten und sowohl mit Hitler als mit der Reichsregierung hin und her verhandelt, um das Terrain abzutasten. Schließlich ist es bei dem Sauzustand des deutschen Parlamentarismus darauf hinausgelaufen, daß man ihnen Konzessionen macht in der Frage der Stützung der Genossenschaften,⁸ d. h. Konzessionen in einer Sache, die die Regierung sowieso fürsorglich vorgesehen hatte. Von einer anderen Stelle hörte man, daß Hitler und Göring auf Reichstagswahlen drängen, um sich eine neue Fraktion bilden zu können, da sich Hitler überzeugt haben soll, daß mit der menschlichen und sachlichen Qualität der Leute, die er ins Parlament hat kommen lassen, gegenüber den anderen Fraktionen mit kenntnisreichen und erfahrenen Leuten nichts darzustellen ist. Ob diese Fassung durchaus richtig ist, vermag natürlich niemand zu sagen. Aber ein Stück Wahrscheinlichkeit ist enthalten. Die unartige Art, daß die Rechtsopposition bei beiden Reden von Brüning den

Abgeordneten Frank Glatzel, Wilhelm Kahl, Wilhelm Kalle, Siegfried von Kardorff und Otto Thiel; Julius Curtius, Paul Moldenhauer und Rudolph Schneider entzogen sich der Abstimmung; vgl. RT-Bd. 446, S. 2239.

⁵ Am 24. 4. 1932 fanden in Württemberg Landtagswahlen statt; seit ihrem gemeinsamen Eintritt in die Regierung Bolz im Januar 1930 (vgl. Nr. 149, Nr. 150) hatten sich die württembergischen Landesverbände von DDP und DVP aufeinander zu bewegt, was sich u. a. in ihrem gemeinsamen Wahlvorschlag zu den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 niedergeschlagen hatte (vgl. Nr. 162, Anm. 4).

⁶ „Stresemanns Warnungsrufe. Das Erbe Bennigsens und Bassermanns“, in: VZ, Nr. 489, 16. 10. 1931; in den dort abgedruckten Briefen aus den Jahren 1926 und 1929 verteidigte Stresemann die politische Zusammenarbeit von DVP und SPD.

⁷ Die Anlage liegt dem Schreiben bei; vgl. Nr. 185a.

⁸ Beim gescheiterten Misstrauensantrag gegen das zweite Kabinett Brüning hatte das Abstimmungsverhalten der 23 Abgeordneten der WP den Ausschlag gegeben. Im Vorfeld der Entscheidung hatte die WP versucht, Brüning im Gegenzug eine weitreichende Hilfsaktion für die vom Bankrott bedrohten Mittelstandsbanken abzuhandeln, und zudem parallel mit Hugenberg und Hitler verhandelt. Brüning konnte diesen Erpressungsversuch zwar erfolgreich abwehren, gleichwohl erschienen sofort nach der Abstimmung Zeitungsmeldungen, die behaupteten, die Zustimmung der WP sei von der Regierung „gekauft“ worden; vgl. M. SCHUMACHER, Mittelstandsfront, S. 177–179.

Saal verlassen hat,⁹ deute ich mir so, daß die Naziführer wissen, daß sie über die schlechten Verkehrsformen ihrer Mitglieder nicht Herr sind und infolgedessen sozusagen aus Selbstschutz sie draußen hielten; denn im Augenblick wollen sie auf Hindenburg einen salonfähigen Eindruck machen.

Brüning hat gestern sehr eindrucksvoll gesprochen.¹⁰ Ich hatte Wolfgang Haußmann gerade zum Glück für diese Sitzung eine Karte reservieren können, und er wird Dir den starken Eindruck der Kanzlerrede bestätigen können.

Ich erwarte nun von Dir Nachricht, wann Du mich wieder haben willst. Einstweilen habe ich den 15. für Heilbronn vorgemerkt; da an diesem Tag in Hessen gewählt wird, habe ich die drei vorangegangenen Tage den Hessen zur Verfügung stellen müssen mit der Bitte, mich am 14. in Wimpfen bei Heilbronn anzusetzen. Ich nehme an, daß Du mich vorher noch einmal heranholst, bin bloß unsicher, ob man am 1. November Allerheiligen etwas machen kann.¹¹ Am 2. gehen abends schon meine Hochschulvorlesungen los,¹² so daß ich von Stuttgart so wegfahren muß, daß ich abends um 7 Uhr in Berlin sein kann.

Mit herzlichem Gruß

Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 185a

Anlage zum Brief an Albert Hopf vom 16. Oktober 1931

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Konsequenzen des Abstimmungsverhaltens des DVP-Abgeordneten Keinath

Daß der Abgeordnete Keinath in der entscheidenden Stellungnahme zu dem Kabinett Brüning die Option für Hugenberg und Hitler vollzog,¹ hat in den Kreisen

⁹ Zu den Reden von Brüning am 13. und 16. 10. 1931 vgl. RT-Bd. 446, S. 2069–2077, 2193–2196.

¹⁰ Am 15. 10. 1931 ergriff Brüning nur kurz das Wort; vermutlich ist seine Rede vom 16. 10. gemeint, die mit dem eindringlichen und von stürmischem Beifall begleiteten Appell endete, die Parteipolitik einmal beiseite zu lassen und nur daran zu denken, „das Vaterland zu retten und sich dem Vaterlande zu opfern“; ebd., S. 2196.

¹¹ Zu den hessischen Landtagswahlen vom 15. 11. 1931 hielt Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Gießen (6. 11.), Bensheim (7. 11.), Heppenheim (13. 11.) und Wimpfen (14. 11.) ab; in Württemberg hielt er Reden in Dornhan/Schwarzwald (31. 10.), Rosenfeld/Schwarzwald (1. 11.), Flein bei Heilbronn (15. 11.), Neckargartach (15. 11.) und Villingen (21. 11.); Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹² Im Winterhalbjahr 1931/32 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung „Einführung in die Politik“; HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1931/32, S. 9; das Vorlesungsmanuskript in: BArch, N 1221, 393.

¹ Keinath hatte am 16. 10. 1931 dem Misstrauensantrag gegen das zweite Kabinett Brüning zugestimmt; vgl. RT-Bd. 446, S. 2239.

der D.D.P. Württembergs große Überraschung und Verstimmung² hervorgerufen, weil der Abg. Keinath, wie sich aus einer Zahlenüberlegung ergibt und wie auch von den führenden Männern der Volkspartei Württembergs anerkannt ist, sein Reichstagsmandat wesentlich den Stimmen und der Aktivität der D.D.P. verdankt.³ Der Herr Abg. Keinath ist natürlich in seinen Entschlüssen wie jeder Abgeordneter nur sich und seinem Gewissen verantwortlich; aber er wird sich über die Rückwirkung seiner Haltung selber kaum Illusionen machen können. Als im September 1930 der gemeinsame Wahlkampf geschlagen wurde, hat die deutsche Volkspartei von ihren Führern im Reich als Repräsentanten der Stresemannschen Grundhaltung den verehrungswürdigen Rechtslehrer, Geheimrat Kahl, nach Stuttgart gesandt, der damals in einer großen Kundgebung gemeinsam mit Heuss in der Liederhalle sich zu der Annäherung der bürgerlichen und liberalen Gruppe bekannte.⁴ Damals erfuhr Kahl nicht nur die Zustimmung seiner demokratischen Zuhörer, sondern er wurde auch als das gute Gewissen der Deutschen Volkspartei, deren Ehrenvorsitzender er ist, vorgestellt. Man durfte damals glauben, daß Kahl für die württembergische deutsche Volkspartei und auch ihre parlamentarische Vertretung den Führertyp bilde. Kahl hat in allen diesen Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen seinen festen Willen gegen die Krisenmacherei des Herrn Dingeldey zum Ausdruck gebracht. Es will so scheinen, als ob die Linie Kahl auch innerhalb Württembergs absinke und ersetzt werde durch jenen Opportunismus, der unter dem antimarxistischen Schlagwort sich der inneren Freiheit begibt und bereit ist, dem Dilettantismus und der Brutalität eine Chance zu geben.⁵ Die Kurve der Hamburger Wahlen scheint eine vergebliche Warnung gewesen zu sein.⁶

² In der Vorlage: „hat in den Kreisen der D.D.P. Württemberg zur großen Überraschung als Verstimmung“

³ Sowohl in Württemberg als auch in Baden hatte sich bei den Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 eine Einheitsliste Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei zur Wahl gestellt. Die Einheitsliste erhielt in Württemberg 136.781 Stimmen; hinter Heuss zog Keinath als Zweitplazierter des Wahlvorschlags in den Reichstag. Bei den Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 hatte die DDP 109.986, die DVP dagegen lediglich 63.584 Stimmen erhalten; vgl. STATISTIK 372, I, S. 94 bzw. STATISTIK 382, I, S. 105. Projiziert man dieses Stimmenverhältnis der beiden liberalen Parteien auf die Wahlen von 1930, hätte vermutlich nur die DStP, nicht jedoch die DVP ein Mandat im Wahlkreis Württemberg erobern können.

⁴ Heuss und Kahl hatten am 3. 9. 1930 eine gemeinsame Wahlkampfveranstaltung in Stuttgart abgehalten; vgl. VZ, Nr. 212, 5. 9. 1930.

⁵ Gemeint ist die von der DVP geforderte Beteiligung der Parteien der „nationalen Opposition“ (DNVP und NSDAP) an der Regierung.

⁶ Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 27. 9. 1931 war der Stimmenanteil der DVP von 12,5 % (19. 2. 1928) auf 4,8 % zurückgegangen.

Nr. 186

An die Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart

30. Oktober 1931; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 514: ms. Schreiben, Durchschlag

Fertigstellung des Manuskripts von „Hitlers Weg“; Zeitpunkt der Veröffentlichung

Sehr geehrte Herren,

in der Anlage überreiche ich Ihnen jetzt das Manuskript des Buches über die N.S.D.A.P.¹ Es ist auch jetzt noch nicht völlig abgeschlossen, sondern es wird noch ein Schlußkapitel hinzukommen, in dem die geistesgeschichtliche Gesamtsituation, das Jugendproblem, die Führerfrage zur knappen Würdigung kommen sollen. Ich denke, das wird in der nächsten Woche möglich sein. Ich muß heute für ein paar Tage wieder auf Agitation fahren.²

Es liegt mir selber sehr viel daran, jetzt die Arbeit völlig durchzubiegen, auch um den Kopf für anderes frei zu bekommen. Denn es ist selbstverständlich, daß man, wenn eine solche Arbeit nicht abgeschlossen ist, dauernd sich mit ihr beschäftigt.

Zunächst kommt es mir darauf an, daß Sie mit der Prüfung des Manuskriptes beginnen, und ich hoffe, daß Sie aufs Ganze mit der Darstellungsart einverstanden sind. Den Ton zu finden, war für mich nicht immer leicht. Ich wollte kein polemisches Pamphlet schreiben, sondern eine Würdigung der eigentümlichen und echten Kräfte; aber die Versuchung, polemisch zu werden, ist dann je und je doch sehr groß.

Ich denke, daß die Korrektur keine wesentlichen Änderungen oder Zusätze bringen wird. Aber ich möchte Sie bitten, falls Sie die Arbeit jetzt schon zum Satz geben, die Fahnen einstweilen noch nicht zu umbrechen, weil ich für die einheitliche Durchprüfung einen gemeinsamen letzten Termin mir vorbehalten

¹ THEODOR HEUSS: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932. Angeregt durch Zeitungsberichte über eine Rede von Heuss in Tübingen, in der die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Mittelpunkt gestanden hatte (vgl. Nr. 176), hatte die Union Deutsche Verlagsgesellschaft im März 1931 bei Heuss die Abfassung einer Abhandlung über den Nationalsozialismus angeregt; Union Deutsche Verlagsgesellschaft an Heuss, 2. 3. 1931, in: BArch, N 1221, 514. – Bereits im Jahr zuvor hatte die Reichszentrale für Heimatdienst bei Heuss und einigen anderen Autoren eine systematische Darstellung des Programms der NSDAP in Auftrag gegeben, die für ihr Mitteilungsblatt „Der Heimatdienst“ gedacht war. Keine der eingereichten Arbeiten stieß jedoch auf die Zustimmung der Reichszentrale bzw. der zuständigen Beamten in der Reichskanzlei; vgl. BArch, R 43 I, 2682. Das Manuskript von Heuss ebd., N 1221, 614,

² Am 31. 10. 1931 hielt Heuss Parteiveranstaltungen in Dornhan/Schwarzwald und am 1. 11. in Rosenfeld/Schwarzwald ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

muß. Denn wenn an einem Buch von Mai bis November geschrieben wird, das gelegentlich ins Aktuelle vorstößt, so muß diese Möglichkeit der Abtönung gewahrt bleiben.

Was nun den Zeitpunkt des Erscheinens anlangt, ist mir natürlich daran gelegen, die Sache möglichst zu beschleunigen. Über die Propaganda und ihre Möglichkeiten werden wir uns ja noch unterhalten können. Falls Sie planen, über das Büchlein einen kleinen Prospekt zu machen, würde ich anfangen, zwischendurch eine Liste meines nicht geringen politischen Bekanntenkreises anzulegen. Ich bitte Sie, sich aber der folgenden Überlegung anzuschließen. Der Reichstag wird nicht vor dem 23. Februar zusammentreten. Ob eine weitere Vertagung stattfindet, wird vermutlich von dem Verlauf der Stillhalteverhandlungen abhängen.³ Das bedeutet, daß die gegenwärtige Situation zumindest bis Ende Februar, vermutlich länger dauert. Auf sie ist die Fragestellung der Parteientaktik zeitlich in dem Buch abgestellt (natürlich nicht inhaltlich). Es wird gerade dieser Schwebezustand der Entscheidung und Entwicklung charakterisiert. Das bedeutet, daß die zeitliche Chance möglichst vollkommen ausgenutzt werden muß, denn bei politischen Büchern weiß man erfahrungsgemäß ihre Lebensdauer nicht. Auf der anderen Seite ist ja der kommende Frühling und Frühsommer, wenn alles normal geht, politisch belebt genug: Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Wahl des Reichspräsidenten.⁴ Ich möchte aber nicht in diese Wahlzeit mit meinem Buch hereinkommen, da es ja keine Wahlbroschüre sein will, sondern eine historisch-politische Studie: mir liegt vor allem daran, und ich glaube, das ist auch das Interesse des Verlages, daß das Buch bei der sogenannten Dreikönigsparade der württembergischen demokratischen Partei schon vorliegt. Das würde sicher für die propagandistische Auswertung wichtig sein können.⁵

Wegen des Titels des Buches will ich Ihnen noch ein paar Vorschläge schreiben.⁶ Wenn das Manuskript endgültig abgeschlossen, dann wird auch ein kleines Vorwort und eine kurze Literaturangabe mit folgen. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld, aber ich bitte um Verständnis, daß ich selber mit mir jetzt etwas ungeduldig werde.

Sie werden ja dann auch bald eine Vorstellung gewinnen von Umfang und möglichem Verkaufspreis, nach dem sich das Honorar bemessen würde: auch

³ Der Reichstag hatte in seiner Sitzung vom 16. 10. 1931 beschossen, sich bis zum 23. 2. 1932 zu vertagen; RT-Bd. 446, S. 2230. Eine nochmalige Vertagung fand nicht statt; zum Verlauf der Stillhalteverhandlungen vgl. Nr. 181, Anm. 9, Nr. 193, Anm. 10.

⁴ Die Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg fanden gleichzeitig am 24. 4. 1932, die Wahlen zum Reichspräsidenten am 13. 3. bzw. 10. 4. 1932 (Stichwahl) statt.

⁵ Zum Erscheinungstermin Anfang Januar 1932 vgl. Nr. 194; abweichend davon E. JÄCKEL, Einleitung, S. XV.

⁶ Ein entsprechendes Schreiben ließ sich nicht ermitteln; laut seinen Erinnerungen hatte Heuss den Untertitel „Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“ hinzugefügt; vgl. TH. HEUSS, Erinnerungen, S. 397.

dafür haben Sie gewiß Verständnis, daß ich von dem „finanziellen Arbeitsertrag“ noch vor Weihnachten etwas zu spüren bekomme, denn die Zeit, die ich in die Vorbereitung des Buches stecken mußte, ist doch viel viel größer geworden, als im Frühjahr gesehen werden konnte; denn ich mußte die Jahrgänge der nationalsozialistischen Zeitschriften und den ziemlich angewachsenen Vorrat von Parteienpamphleten hin und her durchsehen.

Hoffentlich ist das Manuskript lesbar.⁷

Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 187

An Prof. Dr. Robert Gaupp, Tübingen

30. Oktober 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

Universitätsarchiv Tübingen, 669, 15193: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen:

„Dr. Theodor Heuss“¹

Charakteristik von Friedrich Mück

Verehrter, lieber Freund,

dieser Brief hat einen schmerzlichen Anlaß. Ich habe gestern Abend telephonisch erfahren, daß mein Freund Friedrich *Mück* aus Heilbronn jetzt zu ihnen gekommen ist oder kommen wird, damit Sie sich ein Bild über seinen gesundheitlichen Stand machen und die weitere Behandlung beraten können.

Ich darf Ihnen ein paar Zeilen über Mück schreiben, der mein nächster persönlicher Freund ist. Wir sind seit ein paar Jahrzehnten nahe miteinander verbunden und ich glaube, ihn sehr gut zu kennen. Natürlich will ich nicht in eine Hilfsstellung für Ihre medizinische Diagnose gehen. Mück hat auch immer hin und wieder Herzgeschichten gehabt bei seinem Talent, sehr rasch dick zu werden und dabei in seinem Eßtempo etc. nicht auf sich zu achten. Wir haben ihn vor Jahren wegen dieser Geschichten einmal zu Professor Albrecht Fränkel nach Heidelberg gebracht, mit dem wir befreundet sind, der ihm auch allerhand gute

⁷ Im Laufe des November überarbeitete Heuss das Manuskript noch einmal gründlich und führte „dabei wesentlich einen Feldzug gegen überflüssige Fremdwörter“. Daneben habe er, wie vom Verlag gewünscht, „an einer Reihe von Stellen den ironischen Ton beseitigt oder gemildert“; Heuss an Union Deutsche Verlagsgesellschaft, 19. 11. 1931, in: BArch, N 1221, 514.

¹ Oben rechts Vermerk durch Empfänger: „Zur Krankengeschichte Direktor Mück“; oben links: „beantw[ortet] 2. 11. 31.“

Ratschläge gab, mir aber schon damals sagte, daß Mück die Disposition zur „schwäbischen Melancholie“ besitze. Dies Wort ist mir geblieben.

Frau Marie Mück wird Ihnen ein Bild gegeben haben, daß diese depressiven Zustände ihn schon ein paar Mal heimgesucht haben. Ich habe ihn in dem Zustand der völligen Apathie und Niedergeschlagenheit bei Kriegsausbruch erlebt, er hatte wenige Wochen zuvor seine Mutter verloren, mit der er sehr verbunden gewesen. Dies Schwarzsehen, das mit Selbstvorwürfen begleitet ist, hat sich dann immer aus bestimmten Anlässen wiederholt. Wenn aber die allgemeine wirtschaftliche Situation sich hob, ist dieser Zustand wieder völlig gewichen. Arbeitskraft, Humor, Draufgängertum traten wieder an die Stelle. Aber dieses Mal ist der Zustand wieder länger dauernd und schlimmer als je. Ich habe Mück vor sechs Wochen in Freudenstadt besucht und war damals sehr erschüttert von dem Eindruck eines gebrochenen Mannes. Sein kurzes Intermezzo in Heilbronn vor drei Wochen hat mich dann optimistisch sein lassen, denn es ließ sich ganz gut an; aber dann kam wieder der Rückschlag, jene Mutlosigkeit, die sich mit Selbstvorwürfen peinigt: daß er sein Geschäft zu groß gemacht habe und nun in die Krisengefahr gebracht, daß er selber zu hoch hinaus gewollt habe, in seinem Selbstgefühl und in seinen Ansprüchen sich übersteigert und nun das Ende komme, daß er in seiner Bank wie in seinen privaten Entscheidungen alles falsch disponiert habe und nun andere Menschen mit in sein Elend reiße. Vielleicht hat er Ihnen das alles schon erzählt, erzählt mit jener dialektischen Hartnäckigkeit, die sich aus einem ewigen Mitdemstoffbeschäftigen ergibt. Es mag einem gelingen, in sachlichen Argumentationen ihm vorübergehend nachzuweisen, daß er die Dinge falsch sieht, daß auch nicht er gerade an der Krise der Bank von England² schuldig ist usw.; aber das hält dann nicht vor, wenn er wieder allein. Es konnte nicht ausbleiben, daß ihn der Gedanke, mit seinem Leben selber Schluß zu machen, beschäftigt. Er hat mir vor Wochen schon auseinandergesetzt, daß er leider zu feig dazu sei. Aber ich höre von den wenigen Freunden, die über den Ernst seines seelischen Zustands Bescheid wissen, daß bei denen die Sorge wächst, er werde sich in diesen Gedanken auch weiter und weiter verspinnen. Einstweilen hoffe ich, daß gerade diese Sorge nicht so ernst ist. Sie wird Ihnen ja bei Ihren Erfahrungen von selber sich nahe bringen.

Neben der Depression, daß er Anfang der Fünfziger ein erledigter Mensch sei und neben der Vorstellung, daß sein Lebenswerk zusammenbreche, wehrt sich gegen dies von ihm gesehene Ende sein menschlicher Stolz. Es ist nicht zu erwarten, daß Sie von der Stellung Mücks im württembergischen Bank- und Wirtschaftsleben eine deutliche Vorstellung haben. Er hat die mannigfachsten Berufungen

² Am 20. 9. 1931 hatte die britische Regierung die Bank of England von der Pflicht zur Einlösung der Pfundnoten in Gold befreit; als Folge sank das englische Pfund bis Anfang 1932 um ca. 40 %; vgl. F. BLAICH, Schwarzer Freitag, S. 88.

nach Stuttgart und anderen Plätzen abgelehnt, hat aber von Heilbronn aus eine sehr erhebliche Stellung gewonnen, ist in einer Reihe sehr wichtiger Aufsichtsräte³ und hat sehr erfolgreich große Transaktionen eingeleitet und durchgeführt. Er wurde mir vor Jahren schon als der erfolgreichste Bankier in Südwestdeutschland bezeichnet. Freilich macht er sich heute selber den Vorwurf mangelnder Vorsicht, der aber, was die von ihm selber geführte Bank <anlangt,> nach meiner Kenntnis unbegründet ist. Er nimmt in Heilbronn eine sehr große Stellung ein. Er ist aus sogenannten „kleinbürgerlichen“ Verhältnissen, sein Vater war Schneidermeister, seine Mutter eine in ihrer Art sehr bedeutende Frau. Auch für ihn ist dann die Begegnung mit Naumann zu einem sehr entscheidenden Erlebnis geworden, das ihn zur Teilnahme an den öffentlichen Dingen stärker führte. Er gehörte zum nächsten Heilbronner Freundeskreis Naumanns. Er hat erst sehr spät geheiratet, nachdem eine Jugendverlobung auseinandergegangen, was nach der Meinung meiner Frau wohl der erste schwere Schock seines Lebens gewesen ist. Seine Frau war früher Krankenschwester, sehr klug und besonnen, wie mir scheinen will, jetzt bald am Ende ihrer Kräfte. Sie ist, wie Sie vielleicht in der Zwischenzeit erfahren haben, eine Kusine von Oberbürgermeister Scheef in Tübingen.

Als ich neulich in Heilbronn bei ihr war, zeigte sie mir eine Niederschrift, die Mück über seinen eigenen Zustand in Freudenstadt gemacht hat. Ich habe ihr gesagt, daß sie das Dokument bewahren müsse auch für ärztliche Diagnose. Es mag sein, daß sie es Ihnen schon gegeben hat; wenn nicht, so erbitten Sie es sich doch unter Hinweis, daß ich Ihnen geschrieben habe. Wir stehen auch mit Frau Mück freundschaftlich so nahe, daß die gemeinsame Sorge mir diesen Hinweis erlaubt.

Verzeihen Sie, verehrter Freund, daß ich Ihnen so ausführlich geschrieben habe. Ich erwarte nicht von Ihnen, da Sie mit Arbeit immer überlastet sind, daß Sie mir eine große Antwort geben. Aber wenn Sie sich ein Bild von Mücks Zustand gemacht haben werden, lassen Sie mir vielleicht ein paar Zeilen durch Ihre Sekretärin zugehen.⁴ Ich werde übrigens morgen Abend in Sulz a. N. zu reden haben⁵ und will dann versuchen, einmal telephonisch Frau Mück über Scheef in Tübingen

³ 1931 war Mück Aufsichtsratsmitglied folgender Unternehmen: Fr. Ackermann AG (Heilbronn), P. Bruckmann u. Söhne AG (Heilbronn), Deutsche Verlags-Anstalt (Stuttgart), Deutsche Linoleum-Werke AG (Berlin), Holzwerke Neckarsulm Gebr. Hespeler AG (Neckarsulm), C. H. Knorr AG (Heilbronn), Madaform AG (Heilbronn), Adolf Marquardt AG (Heilbronn), Fr. Andreas Perthes AG (Stuttgart), Gebr. Rauch AG (Heilbronn), Saline Ludwigshalle (Wimpfen), Salzwerk Heilbronn, Schlepsschiffahrt auf dem Neckar AG (Heilbronn), Steigerwald AG (Heilbronn), Württembergische Notenbank (Stuttgart); vgl. ADRESSBUCH DER DIREKTOREN UND AUFSICHTSRÄTE 1931, I, S. 1239.

⁴ In seiner Antwort bezeichnete Gaupp Mück als „typischen Fall von depressiver Gemütsverstimmung periodischer Art“, gab aber für den weiteren Krankheitsverlauf eine günstige Prognose ab. Gaupp an Heuss, 2. 11. 1931, in: BArch, N 1221, 78.

⁵ Näheres zu dem Redeauftritt ließ sich nicht ermitteln.

zu erreichen. Ein Besuch bei Mück am Sonntag früh würde ich nur machen, wenn das erwünscht wäre.

Mit herzlichen Grüßen auch an Ihre Familie von meiner Frau und mir
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 188

An Dr. Monty Jacobs, Berlin

28. November 1931; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 83: ms. Schreiben, Durchschlag

Auseinandersetzungen innerhalb des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller

Verehrter Kollege,

leider habe ich in den letzten Wochen nie jemanden von den alten „Kampfgenossen“ des S.D.S. sprechen können, da ich mit Ausnahme meiner Vorlesungstage¹ fast dauernd Reden haltend auf der Walze lag.² Ich habe deshalb nur vom Schriftsteller und von den Zeitungsnotizen her einen Eindruck über die Kämpfe, die im S.D.S. wieder durchgefochten werden mußten.³ Meine früheren Erfahrungen erlaubten mir ja ohne zu mühevoller Anstrengung der Phantasie, die Zeitungsnotizen ins Bildhafte zu ergänzen.

Ich habe, wie Sie wissen, seit dem Kampf um das Schmutz-Gesetz mich mit voller Absicht aus der Verbandsarbeit zurückgezogen,⁴ nicht aus Feigheit oder Gleichgiltigkeit, sondern aus der Einsicht, daß vermutlich dauernd mein Auftreten eine Ablenkung auf diese, wie sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat,

¹ Vgl. Nr. 185, Anm. 12.

² Im November 1931 hatte Heuss Reden, Vorträge und Wahlkampfveranstaltungen in Rosenfeld (1. 11.), Berlin (2. 11.), Gießen (6. 11.), Bensheim (7. 11.), Berlin (11. 11.), Heppenheim (13. 11.), Wimpfen (14. 11.), Flein (15. 11.), Neckargartach (15. 11.), Neustrelitz (19. und 24. 11.), Villingen (21. 11.) und Heidelberg (23. 11.) abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

³ Im Oktober 1931 setzte der Hauptvorstand des SdS den Ausschluss zahlreicher kommunistischer Mitglieder durch, die sich zuvor in der „Opposition im Schutzverband Deutscher Schriftsteller“ organisiert hatten. Allerdings gelang es der kommunistischen Fraktion kurz darauf, den Vorstand der Berliner Ortsgruppe mit ihren Vertrauensmännern zu besetzen; vgl. E. FISCHER, Schutzverband, S. 577–587. In der verbandseigenen Zeitschrift „Der Schriftsteller“ wurde über diesen Vorgang nur am Rande berichtet; vgl. JAKOB SCHAFFNER: Der Ausschluß der Achtzehn, in: Der Schriftsteller. Zeitschrift des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller 19, H. 9/10, Oktober/November 1931, S. 1–4; ROBERT BREUER. Das Grundgesetz des S.D.S., ebd., S. 5–9.

⁴ Gemeint ist das „Schund- und Schmutzgesetz“; vgl. Nr. 111, Anm. 2.

furchtbar übertriebene Affaire bedeutet haben würde.⁵ Ich habe auch so viel anderes Zeug am Hals hängen, daß ich nicht gerade scharf darauf bin, etwa wieder neue aktive Verbandsarbeit anzustreben. Aber ich sehe heute aus der Vossischen Zeitung, daß man sich bei Ihnen melden soll, wenn man helfen will, die S.D.S.-Arbeit vor der brutalen Politisierung zu retten.⁶ Da ich vor bald einem Vierteljahrhundert mit zu den Gründern des S.D.S. gehört habe, ist mir sein Schicksal nie gleichgiltig geworden, und ich schreibe Ihnen deshalb diese Zeilen, damit Sie im Bedarfsfall mit mir rechnen.

Habe ich mich irgendwo abzumelden⁷ oder genügen diese Zeilen, damit Sie wissen, daß ich Ihren Versuch mit stützen will?

Mit freundlichen Grüßen
wie immer
Ihr

[Theodor Heuss]

Nr. 189

An Ernst Ludwig Heuss, [Heidelberg]

1. Dezember 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ms. gez.; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹

Verlauf der Gemeinderatswahlen in Heilbronn; Vortrag von Arnold Bergsträsser in der Deutschen Hochschule für Politik

Lieber Bub,

schönen Dank für Deinen interessanten Brief über Heilbronn. Das ist ja keine sehr angenehme Begleitmusik der Gemeindewahlen. Ich kann mir denken, was

⁵ In der Praxis führte das „Schund- und Schmutzgesetz“ zu wesentlich weniger Restriktionen als von Schriftstellerseite befürchtet. Bis Januar 1933 wurden lediglich 188 Schriften auf die Verbotliste gesetzt; vgl. E. FISCHER, Schutzverband, S. 535.

⁶ „Krisis im Schutzverbande Deutscher Schriftsteller“, in: VZ, Unterhaltungsblatt, Nr. 282, 27. 11. 1931. Der Artikel forderte alle Mitglieder, die mit der Übernahme der Berliner Ortsgruppe durch die kommunistische Fraktion nicht einverstanden waren, dazu auf, ihren Austritt zu erklären und einem neu zu errichtenden Ortsverband beizutreten. Entsprechende Meldungen waren an Monty Jacobs zu richten. Die neue Ortsgruppe Berlin-Brandenburg konstituierte sich am 11. 12. 1931 und wählte Max Barthel zu ihrem 1. Vorsitzenden; vgl. Der Schriftsteller. Zeitschrift des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller 19, H. 11, Dezember 1931, S. 24–28.

⁷ Heuss war vermutlich Mitglied in der Berliner Ortsgruppe des SdS.

¹ Eingangsstempel vom 3. 12. 1931.

mein Bruder in diesen Tagen zusammenflucht.² Er wird aus dieser Situation heraus, wie ich denke, im Gemeinderat einen Saukrach mit den Nazis aufführen. Aber es ist natürlich eine üble Geschichte, wenn die Politik auch in den Gemeindewahlen auf dieses Niveau geht. Wie hat sich denn das Neckar-Echo dazu verhalten?³

Wir haben jetzt hier regelrechten Winter, ohne Schnee, sehr kalt, 8 Grad unter Null. Die Mutter ist gestern Abend nach Königsberg abgefahren.⁴ Sissi Brentano ist am Sonntag Abend gekommen und wohnt in Deiner Stube. Sie fügt sich sehr behaglich in unseren Betrieb. Nebenher will sie auf der Staatsbibliothek in alten Papieren aus ihrer Familie kramen.⁵

Bergsträssers Vortrag war gestern sehr gut.⁶ Ich war von seiner Art des Vortrages zunächst etwas überrascht. Er hatte die ganze Vorlesung aufgeschrieben, und ehe er wirklich in den Stoff hineinkam, klang manchmal ein etwas pastoraler, unfreier Ton durch, mit Fremdwörterformulierungen, die mich vor der Mutter als Laienredner gerechtfertigt hätten. Im Aufbau war der Vortrag sehr weit gefaßt und gut fundiert. Er gab mehr eine Analyse der tatsächlichen Nachkriegsentwicklungen (Beherrschung der Wirtschaft durch die neuen Staatsgebilde als eine Heilmethode für die weitere Entwicklung). Er erörterte dabei die freihändlerische sowohl wie die autarkische Ideologie, beide in ihrer begrenzten tatsächlichen Richtigkeit charakterisierend, auch mit einer runden Ablehnung der Friedschen Zusammenbruchsthese.⁷ Er macht Fried vor allem auch den Vorwurf, daß er das Volumen der Wirtschaftsrelationen falsch bewerte. Auch setzte er sich mit der französischen Situation auseinander, die völlig übersehen zu haben ja, wie ich Dir neulich schon sagte, mir als ein Hauptmangel an dem Friedschen Buch erscheint.⁸ Ich glaube also nicht, daß es mit Eurer These etwas ist, daß Bergsträsser

² Die NSDAP bezeichnete im Vorfeld der Heilbronner Gemeinderatswahlen Ludwig Heuss als „Duzfreund“ der SPD und attackierte ihn wegen Nebeneinnahmen, die er zusätzlich zu seinem Stadtarztgehalt erzielte; vgl. Ernst Ludwig Heuss an Heuss, 29. 11. 1931, in: FA Heuss, Basel.

³ Eine Ausgabe des sozialdemokratischen „Neckar-Echo“ ließ sich für den betreffenden Zeitraum in Deutschland nicht nachweisen.

⁴ Heuss-Knapp brach am 1. 12. 1931 zu einer Vortragsreise über internationale Familienstrukturen nach Königsberg und Danzig auf; vgl. Heuss-Knapp an Ernst Ludwig Heuss, 10. 11. und 10. 12. 1931, in: FA Heuss, Basel.

⁵ In der Berliner Staatsbibliothek lagerten umfangreiche Korrespondenzen von Clemens Brentano und anderen Familienmitgliedern; vgl. L. STERN, Varnhagen von Ensesche Sammlung, S. 103–107.

⁶ Bergsträsser, bei dem Ernst Ludwig Heuss in Heidelberg Sozial- und Staatswissenschaften studierte, hatte am 30. 11. 1931 an der Deutschen Hochschule für Politik einen Vortrag über „Weltwirtschaft und Nationalstaat“ gehalten; vgl. Heuss an Ernst Ludwig Heuss, 26. 11. 1931, in: FA Heuss, Basel.

⁷ FERDINAND FRIED: Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931. Fried prophezeite darin die Ablösung des freien Kapitalismus durch eine verstaatlichte Wirtschaft.

⁸ Ähnlich die Rezension von THEODOR HEUSS: Das Ende des Kapitalismus. Von Ferdinand Fried, in: Die Literatur. Monatsschrift für Literaturfreunde 34, H. 11, August 1932, S. 651f. Dort heißt es

Fried sei. Denn da ich ihn nicht für einen zynischen Menschen halte, würde er dies Kunststück nicht aufführen, gegen sein Pseudonym zu polemisieren.⁹

Wegen des Griechischen würde ich doch einfach eine offizielle Seminar-demarche der „Barbareu“¹⁰ machen. Dies ist der Name, wie der Graecist weiß,¹¹ mit dem die Griechen alle Nichtgriechen belegten. Wenn es Dir möglich ist, treibe Deine juristischen Arbeiten möglichst vor Weihnachten voran, damit Du in den Ferien Dich zwischen Soziologie und Latein im Wechselgenuß der Dinge teilen kannst.

Mit herzlichen Grüßen

Dein Vater

gez. Theodor Heuss

i. V.

Ch. Kaempffer

Nr. 190

An Albert Hopf, Stuttgart

8. Dezember 1931; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der NSDAP; Pogromfurcht bei den deutschen Juden; Ausfall der Gemeinderatswahlen in Württemberg

Lieber Freund,

vor ein paar Tagen habe ich Dir einen Brief unseres Parteifreundes Kopp an mich zur Kenntnis übergeben.¹ Ich hatte einen Durchschlag auch an Hirschel gesandt. Der hat mir nun heute selber ausführlich geantwortet.² Wie er mir neulich erzählte, hat Kopp auch direkt an Dietrich geschrieben,³ dabei offenbar so grob,

u. a.: „Ein schwerer Mangel des Buchs, das unbefangen seine Beweismittel in der Welt zusammenholt, will uns scheinen das fast völlige Vorbeigehn [sic!] an der französischen Position – sie hätte wohl einige Ansagen unsicher machen müssen.“

⁹ Hinter dem Pseudonym Ferdinand Fried verbarg sich der Autor Friedrich Zimmermann.

¹⁰ Ms. Einfügung von Charlotte Kaempffer: „(Ist das Richtig geschrieben? L.)“. In seinem Brief (wie Anm. 2) hatte sich Ernst Ludwig Heuss beschwert, dass Bergsträssers Seminar jetzt so „griechisch“ geworden sei, daß er – wie über die Hälfte der Teilnehmer – „stundenlang kein Wort verstand“.

¹¹ Hs. Einfügung von Charlotte Kaempffer: „!!“.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Im Nachlass von Dietrich findet sich lediglich ein Brief von Gottlob Kopp vom Sommer 1931. Darin heißt es u. a., die Politik Dietrichs würde „die letzten Reste unserer Anhänger [...] zwangsläufig ins Lager der Radikalen“ stoßen; Kopp an Dietrich, 29. 7. 1931, in: BArch, N 1004, 245.

daß Hirschel es nicht recht möglich fand, ihm zu antworten. Der will nun haben, daß dieser beiliegende Brief an Kopp geht.⁴ Ich leite ihn aber über Dich, damit Du Dir selber die Argumentation einmal ansehen kannst. Vermutlich entspricht Hirschels Argumentation auch der Dietrich'schen Auffassung.

Ich hatte gehofft, Dir heute von dem Ergebnis meiner Besprechung mit Dietrich Mitteilung machen zu können, aber Dietrich hat die Fraktion gestern wieder einmal versetzt, bzw. versetzen müssen wegen der immerwährenden Kabinettsberatungen.⁵ Ich habe ihn nur kurz am Telephon erreicht, um von ihm zu erfahren, daß er doch nicht abkömmlich sei und daß er in der letzten Zeit einen 15 bis 16stündigen Arbeitstag gehabt hat. An Hirschel habe ich die Frage des 6. Januar herangebracht.⁶ Nun hoffe ich, daß Dietrich spätestens übermorgen greifbar sein wird, wenn die Beratungen im Hauptausschuß beginnen.⁷ Vielleicht kommt er auch morgen zu unserer neuen Fraktionssitzung. Die Beurteilung der politischen Entwicklung ist insoweit nicht einheitlich, als einige in der Fraktion für eine möglichst rasche Umbildung der Regierung unter Beteiligung der Nazis sind, in der Erwartung, daß das Zentrum als Bremse wirken werde. Wenn die Bewegung schon so anwachse, daß sie zur Teilnahme an der Macht dränge, dann solle man sie möglichst frühe dranlassen.

Ich selber halte diese Erörterung für den Augenblick fehl am Platz; wenn auch nach meiner alten These vor den französischen Wahlen⁸ außenpolitisch sehr wesentliche Erfolge nicht erzielt werden können, sondern im besten Fall weitere Moratorien,⁹ so würde ich es für falsch halten, uns an Brünings Sturz in einer Situation zu beteiligen, da er vor den außenpolitischen Beratungen steht, die jetzt schon erreicht zu haben doch immerhin ein Verdienst seiner Regierung ist. Würde jetzt ein Regierungswechsel erfolgen, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die

⁴ Ließ sich nicht ermitteln.

⁵ Am 7. 12. 1931 hatte das Reichskabinett in zwei Sitzungen über die am Folgetag veröffentlichte 4. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens beraten; vgl. AdR Brüning I und II, Bd. 3, S. 2074–2076, 2079–2084; Wortlaut der Notverordnung, in: RGBl. 1931 I, S. 699–745.

⁶ Hopf hatte Dietrich gebeten, auf dem Dreikönigstreffen der württembergischen Partei eine Rede zu halten. In einer Unterredung mit Werner Hirschel, dem persönlichen Referenten Dietrichs, unterstützte Heuss diesen Wunsch jedoch nicht, sondern legte Dietrich nahe „mit Rücksicht auf die außenpolitischen Verhandlungen“ abzusagen; Mitteilung von Hirschel an Dietrich, 4. 12. 1931, in: BArch, N 1004, 250. Dietrich sprach trotz der Bedenken von Heuss am 6. 1. 1932 in Stuttgart; vgl. Nr. 193.

⁷ Am 10. 12. 1931 gab Dietrich im Haushaltsausschuß des Reichstags eine Erklärung über die allgemeine Finanzlage ab; vgl. SCHULTHESS' 1931, S. 266–268.

⁸ Vgl. Nr. 181.

⁹ Am 7. 7. 1931 war der Hoover-Plan in Kraft getreten, aufgrund dessen das Deutsche Reich für ein Jahr seine Reparationszahlungen aussetzte; vgl. das offizielle Kommuniké in: SCHULTHESS' 1931, S. 499.

Januar-Konferenz überhaupt nicht zustande käme (das liegt durchaus an den Franzosen)¹⁰ und daß wir dann im Februar mit dem automatischen Aufhören der Stillhaltung¹¹ zum Auslandsmoratorium gezwungen sein würden und die Pfandnahme deutscher Guthaben im Ausland drohen würde.

Daß wir gestern abend noch einen Brief an Brüning geschickt haben und ihm unser Mißbehagen wegen seines Schweigens zu Hitlers Reden gesagt, hast Du gesehen.¹² Ich denke, daß die Parteifreunde mit diesem Schritt einverstanden sind. Hier ist in manchen Kreisen eine ziemlich nervöse Stimmung. Angeblich ist bei der Judenschaft in den ostdeutschen Kleinstädten Pogromfurcht. Es sollen neben den Friedhofszerstörungen auch gelegentlich schon Mißhandlungen jüdischer Familien vorkommen.¹³ Ich halte das für übertrieben, aber es ist immerhin charakteristisch, daß davon jetzt geredet wird. Die Judenschaft soll jetzt größtenteils bei dem Zentrum Anlehnung suchen, weil sie dort mit einer stabilen Macht rechnen kann, die konfessionell auch für Minderheitensicherung eintreten muß.

Ich würde Dir sehr dankbar sein, wenn Du mir in kurzen Stichworten Dein Urteil über die württembergischen Gemeindewahlen sagen könntest. Ich kenne bis jetzt nur das Stuttgarter Ergebnis, das ich enttäuschend finde.¹⁴ Auch wäre es mir lieb, Deine und Reinhold Maiers Meinung zu den grundsätzlichen politischen Fragen zu erfahren, weil wir vermutlich doch in der Fraktion in nächster Zeit ziemlich viel „große Politik“ zu besprechen haben werden und ich mich dabei mit Euch im Einvernehmen halten will. Kommt Maier in nächster Zeit zu einer Sitzung hierher? Dann wäre es gut, wenn wir uns sprechen könnten.¹⁵

Falch hat mir nicht geantwortet. Es scheint mir deshalb, daß ich am Freitag nicht in Ehingen reden soll. Wenn aber ja, dann bitte ich um eine Depesche. Es

¹⁰ Für den 18. 1. 1932 war eine Regierungskonferenz zur weiteren Beratung der deutschen Reparationsleistungen geplant, die jedoch mehrfach verschoben wurde und schließlich erst im Juni 1932 stattfand; vgl. E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte 7, S. 919–921.

¹¹ Vgl. Nr. 181, Anm. 9.

¹² Abdruck des Schreibens der Staatsparteilichen Fraktionsgemeinschaft des Reichstags, in: E. MATTHIAS / R. MORSEY, Deutsche Staatspartei, Nr. 3; unter der Überschrift „Gefährliches Schweigen“ veröffentlicht in: VZ, Nr. 577, 8. 12. 1931.

¹³ Vgl. den Aufruf des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ vom 11. 12. 1931, in dem von Boykottaufrufen gegen Juden, Zerstörungen von Gräbern und Schändung von Gotteshäusern berichtet wird. Zusätzlich werde in „Versammlungen und in der Presse [...] offen zu Gewalttaten gegen Juden aufgefordert“; Abdruck in: A. PAUCKER, Abwehrkampf, S. 203.

¹⁴ Bei den Gemeinderatswahlen vom 6. 12. 1931 hatte die DDP in Stuttgart auf einer bürgerlichen Einheitsliste kandidiert, die 23.104 Stimmen errang und damit deutlich hinter der SPD (46.810), der NSDAP (44.599) und der KPD (37.803) blieb; vgl. SNT, Nr. 571, 7. 12. 1931. Laut Hopf waren die Ergebnisse bis auf Stuttgart und Ludwigsburg jedoch zufriedenstellend ausgefallen; Hopf an Heuss, 9. 12. 1931, in: BArch, N 1221, 57. Zu den weiteren Wahlergebnissen vgl. SNT, Nr. 573, 8. 12. 1931, Nr. 574, 8. 12. 1931.

¹⁵ Nach Mitteilung von Hopf reiste Maier am 9. 12. 1931 nach Berlin, um sich u. a. mit Heuss über die Haltung der Reichstagsfraktion zur Regierung und zu Dietrich auszutauschen.

ist freilich kein Honigkuchen, unmittelbar zwei Tage nach der neuen Notverordnung zu reden,¹⁶ aber immerhin ich will es ja schon wagen. Am Samstag und Sonntag muß ich ja zweimal in Nürnberg reden, da dort am Sonntag bayrischer Landesparteitag zur Vorbereitung der Wahlen ist. Ob ich am Montag noch in Bamberg zu reden habe, ist noch nicht raus.¹⁷

Mit herzlichem Gruß
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 191

An Ernst Ludwig Heuss, [Heidelberg]

10. Dezember 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ms. gez.¹

Juristisches Problem des Überzeugungstäters; Wirkung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931

Lieber Bub,

besten Dank für Deinen amüsanten Brief.² Ich nehme an, daß die erste Gutzwillerarbeit in Ordnung geht. Deine Weihnachtswünsche werden demnächst erwartet. Gestern hat auch Frau Martha Jäckh, Steglitz, Wuthenowstr. 2 angefragt, was für ein Buch sie Dir zu Weihnachten schenken soll. Da ich nun nicht weiß, in welche Richtung Dein Bibliotheksergänzungswunsch geht (ein juristisches Handbuch kannst Du Dir dort natürlich nicht wünschen), so empfehle ich Dir, sofort an Frau Jäckh zu schreiben: Du hättest von uns gehört, daß sie nach Deinen Wünschen sich erkundigt habe, sie bewegen sich in der und der Linie. Jäckh selber wird vermutlich am 22. von Amerika zurückkehren. Die beiden haben neulich miteinander telephonierte. Er scheint sehr zufrieden zu sein.

Was Deine Arbeit für Radbruch anlangt, so kann ich Dir natürlich juristische Ratschläge im engeren Sinn nicht geben. Ich für meine Person bin sehr skeptisch

¹⁶ Vgl. Anm. 5.

¹⁷ Am 12. und 13. 12. sprach Heuss in Nürnberg über „Die politische Lage“; die Redeauftritte in Ethingen und Bamberg kamen nicht zustande; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Zum geplanten Auftritt in Bamberg vgl. Nr. 191, Anm. 7.

¹ Eingangsstempel vom 11. 12. 1931; am Briefende Vermerk durch Ernst Ludwig Heuss: „Pädagogisches Seminar“.

² Ließ sich nicht ermitteln.

über den Begriff des Überzeugungsverbrechers, weil damit die objektive Rechtsvorstellung zu sehr psychologisierend aufgelöst wird. Ich würde in Deinem Vortrag, wenn Du keck sein willst, etwa auseinandersetzen, daß irgend jemand durch die Lektüre entweder rassepolitischer Bücher oder Darstellungen deutscher Nachkriegsgeschichte der tiefen Überzeugung ist, daß a. Juden und b. Sozialdemokraten *die* Gefahr für Deutschland darstellen. Er braucht zu dieser Überzeugung gar nicht aufgehetzt zu sein, sondern sie kann sich ihm „wissenschaftlich“ verfestigt haben. Wie also nun, wenn er in schwankender Zeit aus Überzeugung Morde veranstaltet; wie, wenn irgend ein Arzt aus Überzeugung das Kinderkriegen als eine Gefahr für Deutschlands Zukunft ansieht und dauernd den Artikel 218 übertritt; wie, wenn einer aus pazifistischen Gründen gleichviel in welchem Land und in welchem Staat dauernd Material veröffentlicht, das³ dem objektiven Tatbestand des Landesverrats entspricht, aber bei dem betreffenden Mann Ausdruck einer allgemeinen und damit nach seiner Überzeugung vaterlandsfreundlichen Gesinnung. Nun weiß ich natürlich nicht, ob solche Beispiele nicht bereits von Dir selber verwandt werden. Ich weiß auch nicht, wie Ihr kontradiktorisch Eure Diskussion anlegt. Aber ich wollte Dir doch diese paar Zeilen diktieren haben.

Die Notverordnung hat sehr seltsam gewirkt in ihrer Mischung von Kühnheit und ökonomischer Brutalität.⁴ Ich glaube, daß sie passieren wird,⁵ da eine Reihe der Bestimmungen eine sehr volkstümliche Färbung hat (Konversion der hohen Zinsen); aber die Kreditsuche wird einige Zeit an der Operation leiden. Stolper sieht in dieser Frage wieder einmal das Ende, so sehr er andere Teile der Notverordnung anerkennt. Aber ich glaube, er übersieht, daß die Frage des Eingriffs in das Privateigentum heute nach den Erlebnissen der Aufwertungsgesetzgebung kein völliges Novum ist,⁶ die Völker haben sich schon an allerhand gewöhnt. Mit manchen der Bestimmungen ist der Grundriß des zweieinhalb[ten] Reiches gezeichnet.

Am nächsten Samstag und Sonntag werde ich in Nürnberg sein, wo ein bayrischer Parteitag ist, der (leider) durch die Notverordnung nicht verboten wird.

³ In der Vorlage: „was“.

⁴ Vgl. Nr. 190, Anm. 5.

⁵ Bereits am 9. 12. 1931 hatten KPD und DNVP Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 8. 12. 1931 eingebracht; RT-Bd. 451, Nr. 1250 bzw. RT-Bd. 452, Nr. 1251. Die NSDAP schloss sich am 22. 2. 1932 an; RT-Bd. 452, Nr. 1347 II. 3. In der Reichstagssitzung vom 26. 2. 1932 wurden die Aufhebungsanträge zur Weiterberatung an den Haushaltsausschuss überwiesen; RT-Bd. 446, S. 2437f.

⁶ Die Notverordnung vom 8. 12. 1931 setzte u. a. die Preisreduktion von Waren, die Senkung von Zinsen und Mieten sowie Gehaltskürzungen fest; RGBl. 1931 I, S. 699–745; zur Aufwertungsgesetzgebung vgl. Nr. 96.

Am Montag fällt eine Versammlung in Bamberg weg, wo ich nichts gegen einzuwenden habe.⁷

Mit herzlichen Grüßen
Dein Vater

gez. Theodor Heuss
i. A.
Ch. Kaempffer

Nr. 192

An Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig

17. Dezember 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1215, 35a: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Otto Gesslers Chancen auf eine Kandidatur bei den nächsten Reichspräsidentenwahlen; Bezeichnung von Theodor Heuss als „Rassejude“ im nationalsozialistischen Schrifttum

Lieber Freund,

verzeihen Sie, daß Sie auf Ihren Brief so lange auf Antwort warten mußten.¹ Ich habe mir überlegt, ob noch eine Reise nach Leipzig einzuschieben wäre. Aber es ist mir nicht gelungen. Ich bin in den letzten sieben bis acht Wochen mit einer einzigen Ausnahme dauernd auf politischen Wochenenden unterwegs gewesen, nicht bloß in Hessen und Württemberg, sondern auch in Baden und Bayern, da ich durch Dietrichs sachliche Behinderung zur Zeit der einzige süddeutsche Abgeordnete der Staatspartei bin, der für Agitation in Frage kommt.² In der Mitte der Woche mußte ich dann immer zu Vorlesungen und Übungen hier sein,³ um immer wieder gleich loszuschwirren. Wäre nicht als freundliche Gabe die Not-

⁷ Zur Sicherung des Weihnachtsfriedens wurden durch die Notverordnung vom 8. 12. 1931 (wie Anm. 6) alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Der Redeauftritt, zu dem Thomas Dehler Heuss für den 12. 12. 1931 nach Bamberg eingeladen hatte, konnte daher nicht stattfinden; vgl. den Briefwechsel zwischen Dehler und Heuss, in: AdL, N 53, 80.

¹ Goetz an Heuss, 21. 11. 1931, in: BArch, N 1221, 80.

² Zu den hessischen Landtagswahlen vom 15. 11. 1931 hatte Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Gießen (6. 11.), Bensheim (7. 11.), Heppenheim (13. 11.) und Wimpfen (14. 11.) abgehalten; daneben hatte er Reden in Dornhan/Schwarzwald (31. 10.), Rosenfeld/Schwarzwald (1. 11.), Flein bei Heilbronn (15. 11.), Neckargartach (5. 11.), Villingen (21. 11.), Heidelberg (23. 11.) und Nürnberg (12. 12. und 13. 12.) abgehalten; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Als Reichsfinanzminister war Dietrich meist in Berlin unabhkömmlich.

³ Vgl. Nr. 185, Anm. 12.

verordnung mit ihrem Verbot öffentlicher politischer Versammlungen gekommen,⁴ so würde sich das Spiel auch in dieser Woche noch fortgesetzt haben, freilich mit einer Diversion nach Pommern.

Ich habe wegen dieser Sachlage mich auch längere Zeit mit Gessler nicht mehr persönlich unterhalten. Als er im Demokratischen Klub über die Reichsreform sprach,⁵ war ein so großer Betrieb, daß ich nach der Diskussion mich verzog. Wir haben uns seitdem nur telephonisch gesprochen. Er erwartet mich Anfang Januar wieder in Lindenberg. Aber ich weiß nicht, ob ich es schaffen kann.⁶

Über seine politischen Absichten bin ich mir auch nicht ganz klar geworden.⁷ Ich sprach ihn, als er vor einigen Wochen unmittelbar von Brüning kam, sehr ungewiß, ob er dessen Ruf folgen solle.⁸ Er war sich damals darüber klar, daß er in der augenblicklichen Situation eine starke Belastung für die Sozialdemokraten sein würde, und ich glaubte, durch seine Worte hindurchzuhören, daß er sich als eine der Reserven Hindenburgs ansieht, daß er aber keineswegs auf die nationalsozialistische Karte setzt. Er hat einen, von mir übrigens verstandenen Groll gegen die demokratische Großstadtpresse, die mit einem ebenso konsequenten wie liebevollen Mißtrauen jeden seiner Schritte verfolgt. Er hat sich aber auch, wie er mir neulich mitteilte, jetzt einmal mit dem Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung, Dr. Kircher, zusammengesetzt, der ein paar Falschmeldungen über ihn gestartet hatte, und mit ihm offenbar eine gut verlaufene Aussprache erreicht. Ob Gessler auf den Reichspräsidenten zusteuert, ist mir noch nicht ganz klar. Gelegentlich wird auch Groener als Kandidat genannt. Es besteht immer noch kein abschließendes Wissen, ob Hindenburg definitiv Nein gesagt hat.⁹ Wenn ich die Dinge richtig beurteile, würde Gessler nur dann Chancen haben, wenn er im zweiten Wahlgang als Kompromißkandidat der Mitte erscheinen würde gegenüber einem nationalsozialistischen Kandidaten. Doch wechselt auch hier dauernd die Berichtsmeinung. Es wird immer von Zeit zu Zeit kolportiert, daß Hitler noch durch eine Beamtung in Braunschweig zum Reichsdeutschen ge-

⁴ Vgl. Nr. 191, Anm. 7.

⁵ Mit „Reichsreform“ war die seit 1928 intensiv diskutierte Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern gemeint; der Inhalt der Rede von Gessler ließ sich nicht ermitteln.

⁶ Ein Besuch von Heuss bei Gessler ließ sich für den genannten Zeitraum nicht ermitteln.

⁷ In seinem Brief (wie Anm. 1) äußerte sich Goetz sorgenvoll über die „Rechtsschwenkung“ von Gessler, der vor rechtsgerichteten Zirkeln spreche und nach Meinung von Goetz „Reichspräsident oder Nachfolger Brünings als eine Art von Diktator“ werden wolle.

⁸ Bei der Kabinettsumbildung vom Oktober 1931 hatte Brüning eine Berufung Gesslers zum Reichsinnenminister erwogen; vgl. AdR Brüning I und II, Bd. 3, S. 1827; H. HÖMIG, Brüning, S. 392ff.

⁹ Von Hindenburg bestätigte erst am 15. 2. 1932 seine erneute Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten. Zuvor war der Plan erwogen worden, von Hindenburgs Amtszeit durch eine Verfassungsänderung zu verlängern, wozu die NSDAP jedoch die erforderliche Zustimmung verweigerte; vgl. Y. ILSAR, Reichspräsidentenwahl, S. 35–43. Der Plan einer Kandidatur Gesslers wurde nicht ernsthaft verfolgt; vgl. H. MÖLLERS, Otto Gessler, S. 306.

macht werde, um selber starten zu können. Ich glaube nicht daran, auch nicht daran, daß man ein solches Scheinbeamtentum bei der Bewerbung anerkennen würde.¹⁰

Mit Interesse habe ich Ihren Aufsatz über den Stand der Rasseforschungen gelesen.¹¹ Ich habe selber in diesem Jahr eine Studie über den Nationalsozialismus geschrieben, die demnächst als kleines Buch erscheinen soll und mich an einigen Stellen mit diesen Fragen auseinandergesetzt und dabei auch die Polemik gegen Woltmann geführt.¹² Als ich zum Schluß Ihres Aufsatzes kam, empfand ich Sie doch sehr als Bruder im Leid; denn die „nationalsozialistische Bibliothek“ hat im vergangenen Frühjahr ein Buch über den Reichstag 1930 herausgebracht, in dem sich auch ein Kapitel über die Juden im Reichstag befindet. Dessen Einleitung lautet, daß hier nur die Abgeordneten genannt werden, die „einwandfrei als Rassejuden nachweisbar sind.“ Unter diesen befindet sich auch Heuss.¹³ Weit entfernt dadurch verletzt zu sein, hat mir diese Geschichte einen kolossalen Spaß gemacht. Ich habe sie damals in allen württembergischen Versammlungen vorgelesen und erreicht, daß sich ein paar Nationalsozialisten dieserhalb entschuldigt haben.

Persönlich und in der Familie geht es gut. Der Bub ist in seinem vierten Semester in Heidelberg und scheint langsam an der Juristerei Interesse zu finden, nachdem er sich zunächst in die von mir mißtrauisch betrachtete Soziologie verirrt hatte. Im Augenblick weilt für einige Wochen Sissi Brentano bei uns, die Sie grüßen läßt. Haben Sie Brentanos Lebenserinnerungen schon gelesen?¹⁴ Sie sind schon ein recht wichtiges Zeitdokument, auch mit all den Prozessen, die seine Lebensfreude ausgemacht haben.

¹⁰ Hitler war seit 1924 staatenlos und konnte damit laut Art. 41 WRV nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden. Auf Initiative des braunschweigischen Innen- und Volksbildungsministers Dietrich Klagges (NSDAP) wurde Hitler am 25. 2. 1932 zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt; tags darauf leistete Hitler seinen Dienst ab und erwarb dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit. In Kenntnis dieses Vorgangs hatte Joseph Goebbels bereits wenige Tage zuvor in einer NSDAP-Versammlung im Berliner Sportpalast Hitlers Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten verkündet; vgl. R. MORSEY, Hitler, S. 419–448.

¹¹ WALTER GOETZ: Die Rassenforschung, in: Archiv für Kulturgeschichte 22 (1932), S. 1–20; auf S. 17–20 setzte sich Goetz mit der „Rassenkunde des jüdischen Volkes“ von Hans F. K. Günther auseinander, der in der ersten Auflage eine Fotografie von Goetz mit der Unterschrift „Deutschland. Geschichtswissenschaftler. Vorderasiatisch und vorwiegend vorderasiatisch“ veröffentlicht hatte; H. F. K. GÜNTHER, Rassenkunde, S. 32. Gegen diese Behauptung hatte Goetz vor Gericht geklagt; zum gesamten Vorgang vgl. W. V. WEIGAND, Walter Goetz, S. 1–7.

¹² Vgl. das Kapitel „Volk und Rasse“, in: TH. HEUSS, Hitlers Weg, S. 31–46; auf S. 36 wendet sich Heuss gegen die Behauptung Woltmanns, die italienische Renaissance sei „eine Schöpfung des in den italienischen Volksboden gesickerten deutschen Blutes“. Vgl. dazu LUDWIG WOLTMANN: Die Germanen und die Renaissance in Italien, Leipzig 1905.

¹³ HEINRICH HIMMLER: Der Reichstag 1930. Das sterbende System und der Nationalsozialismus, München 1931, S. 57.

¹⁴ LUJO BRENTANO: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.

Grundsätzlich will ich sehr gern Ihre Einladung, einmal nach Leipzig zu kommen, im Auge behalten. Ich möchte mich vor allem an Ihren vier Buben erfreuen können. Was schlagen Sie mir als Thema für die politische Gesellschaft vor?¹⁵

Haben Sie Gesslers Buch über „Die Träger der Reichsgewalt“ gelesen?¹⁶ Es ist nicht eigentlich bedeutend, aber klar und durchsichtig und eine sehr anständige Herausarbeitung dessen, was eigentlich Hugo Preuß hatte schaffen wollen.

Mit herzlichen Grüßen für Sie alle
wie immer
Ihr dankbarer

Theodor Heuss

[PS]¹⁷ Sisi Br[entano], die morgen uns verläßt, hat heute Abend Ihren Brief via Prien bei uns erhalten und dankt sehr.

Nr. 193

An Friedrich Mück, [Tübingen]

21. Dezember 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 648: ms. Übertragung eines stenographierten Schreibens¹

Ausfall der Gemeinderatswahlen in Württemberg; mögliche Regierungsbeteiligung der NSDAP; Auswirkungen der neuerlichen Notverordnung; Drucklegung von „Hitlers Weg“; Hoffnung auf baldige Genesung Friedrich Mücks

Lieber Freund,

als ich heute früh wieder einmal die altvertraute Stenographie vor mir sah, habe ich mich von ganzem Herzen gefreut, denn schon bevor ich den Brief las,² spürte ich aus der Tatsache allein, daß Du Dich jetzt doch allmählich innerlich freier fühlst. Gerade gestern hatte Elly mit Lotz eine längere Unterhaltung gehabt, nachdem es mir ein paarmal mißglückt war, ihn zu erreichen; sie hatte ein paar Bücher für Dich bei ihrem Weihnachtskauf geholt (die inzwischen wohl weggegangen sind) und wollte vor dem Absenden hören, ob bei Lotz neuere Nachrichten von

¹⁵ Goetz hatte Heuss in seinem Brief (wie Anm. 1) eingeladen, in Leipzig in der „Politischen Gesellschaft“ zu sprechen; ob die Rede zustande kam, ließ sich nicht ermitteln.

¹⁶ OTTO GESSLER: Die Träger der Reichsgewalt, Hamburg/Berlin/Leipzig 1931.

¹⁷ Von Heuss hs. hinzugefügt.

¹ Übertragung des Stenogramms durch den Stenographen des Landtags von Baden-Württemberg, 1965; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 269: Stenographiertes Schreiben, behändigte Ausfertigung.

² Mück an Heuss, 19. 12. 1931, in: BArch, N 1221, 648.

Dir eingetroffen. Er erzählte ihr dann von der Sitzung des Aufsichtsrats und von der durchaus ruhigen Beurteilung der geschäftlichen Situation in Heilbronn.

Ich hatte ursprünglich gedacht, Mitte des Monats noch einmal nach Württemberg zu kommen, da ich mich für die Gemeindewahlen vor dem 6. und 13. Dezember zur Verfügung gestellt hatte.³ Es wurde dann nichts mehr daraus, vor allem weil inzwischen die Notverordnung den Weihnachtsfrieden angeordnet hatte.⁴ – Ich fuhr dann am 12. Dezember bloß nach Nürnberg, wo ich in einer Mitgliederversammlung und auf dem bayerischen Parteiausschuß zu predigen hatte.⁵ Da hier noch Vorlesungsbetrieb war,⁶ hat es nach Tübingen nicht gereicht; ich werde aber bestimmt Anfang Januar kommen, im Zusammenhang mit dem Dreikönigstag; entweder bin ich am 4. Januar in Tübingen oder komme ich nach der Tagung, ich warte noch, was für Versammlungen Hopf für mich zustandebringt.⁷

Soweit ich die württembergischen Gemeindewahlen übersehen kann, sind sie eigentlich schlecht nur in Stuttgart, Ludwigsburg und Reutlingen ausgefallen; auch Tübingen hätte besser sein können. Anderwärts ging es, nicht bloß Ebingen, sondern auch Schwenningen und Göppingen sind überraschend gut ausgefallen, und daß Bruckmann in Heilbronn für seine Person so gut abgeschnitten hat, war sehr erfreulich.⁸ Offenbar haben unsere Leute aber überall die Volkspartei glatt gestrichen, so daß diese eigentlich kaum mehr vorhanden ist; denn aus eigenem hat sie, soweit ich sehe, nichts fertiggebracht.

Man wird nun sehen müssen, wie die Nazi auf den Rathäusern sich anlassen. Sie sind dort ebenso unbeschrieben wie der Christliche Volksdienst, der das eine Mal mit rechts, das andere Mal mit links geht. Ich kenne die Heilbronner Vertreter nicht. Mein Bruder Ludwig hat, wie es scheint, noch einen persönlichen Stunk mit ihnen bekommen, was er bei seiner gegenwärtigen Sozialistenfresserei eigentlich gar nicht verdient. Um was für Vorwürfe es sich im einzelnen handelt, weiß ich nicht; es seien gegen ihn, Beutinger, Wulle Vorwürfe wegen unrechtmäßiger Bezüge gemacht worden. Sie haben zu dritt Klage erhoben.⁹ Hoffentlich kommt

³ In einigen württembergischen Gemeinden wurde am 6. 12., in anderen erst am 13. 12. 1931 gewählt.

⁴ Vgl. Nr. 191, Anm. 7.

⁵ Vgl. Nr. 190, Anm. 17.

⁶ Vgl. Nr. 185, Anm. 12.

⁷ Nach dem Dreikönigstreffen der württembergischen DStP am 5. 1. 1932 in Stuttgart hielt Heuss Parteiveranstaltungen in Bönningheim (6. 1.), Pfalzgrafenweiler (9. 1.), Baiersbronn (10. 1.) und Klosterreichenbach (11. 1.) ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁸ Zu den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen vgl. Nr. 190, Anm. 14. Das württembergische Gemeindewahlrecht sah die Möglichkeit einer Kumulierung von bis zu drei Stimmen auf einen Kandidaten vor. In Heilbronn konnte Bruckmann über 10.500 Stimmen auf seine Person vereinen und damit das drittbeste Ergebnis unter den Kandidaten aller Parteien erzielen; vgl. NZ, Nr. 287, 1. 12. 1931.

⁹ Vgl. Nr. 189; NZ, Nr. 279, 28. 11. 1931, Nr. 281, 1. 12. 1931.

die Sache bald zur Entscheidung. Ludwig soll dabei, wie mir mein Bub erzählt, seine gesamten Rathausdiäten seit Jahren dem – Stahlhelm für seine Kameradschaftshilfe zur Verfügung stellen!

Was die politische Situation anlangt, so haben auch bei uns einige Leute stark darauf gedrängt, jetzt die Nazi an das Ruder zu lassen. Ich selber habe mich diesem Drängen für den Augenblick nicht angeschlossen, weil ich mir einen halbwegs günstigen Verlauf der Stillhaltungsverhandlungen nicht vorstellen kann, wenn gleichzeitig ein wochenlanger innerer Krisenzustand herrscht.¹⁰ Die Dinge sind aber dadurch nie eigentlich praktisch gewesen, weil Brüning, wesentlich aus außenpolitischen Gründen, jetzt an ein Aufrollen der Frage nicht herangehen will und wiederholt privat erklärt hat, daß er für seine Person eine Kombination mit den Nazi nicht machen will.¹¹ Offenbar hat er zu große Sorge vor deren Dilettantismus.

Was die Notverordnung anlangt, so ist sie *politisch* geschickt gemacht worden. Ich habe ziemlich viel Sorge gehabt, daß ich, als sie am Mittwoch herauskam, am Samstag über sie sprechen mußte, und habe sie vorsichtig erläutert, auch meine Bedenken wegen der Zinsgeschichte vorgetragen und den Leuten klar gemacht, daß der Zins dadurch für neue Kredite nicht billiger, sondern sogar vielleicht teurer würde.¹² Aber von den vielen Diskussionsrednern haben sich eigentlich nur zwei (Industrielle) an meine Seite gestellt, während die Mehrzahl, unter der Führung von Luppe-Nürnberg, fast begeistert war. Die Psychologie der Menschen ist merkwürdig: die Beamten schimpfen diesmal gar nicht, wenigstens nicht in den Versammlungen, weil sie offenbar befriedigt sind, daß auch andere Volkskreise drankommen.¹³ Unverschämt ist die Haltung der offiziellen Landwirtschaft,¹⁴ für die doch mit Preis und Zins am meisten getan wird; dort hat Hitler seine größte Reserve, weil die jungen Bauern durch das bloße Zollgerede der älteren nicht mehr zu fesseln sind. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

¹⁰ Seit dem 11. 12. 1931 berieten die ausländischen Gläubigerbanken in Berlin über eine Verlängerung des Stillhalteabkommens vom 18./19. 8. 1931; vgl. Nr. 181, Anm. 9. Die Verhandlungen mündeten im Februar 1932 in den Abschluss eines Kreditabkommens, das die Auslandskredite um ein Jahr verlängerte; vgl. S. WEGERHOFF, Stillhalteabkommen, S. 182–193.

¹¹ Zu Brünings angeblichen Plänen für eine Rechtsregierung unter Beteiligung der NSDAP vgl. H. HÖMIG, Brüning, S. 432–435.

¹² Die Notverordnung vom 8. 12. 1931 beinhaltete eine deutliche Herabsetzung von Zinsen auf alle Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen oder über die Teilverschreibungen ausgegeben waren; RGBI. 1931 I, S. 702–704.

¹³ Die Löhne und Gehälter von Arbeitern und Angestellten wurden durch die Notverordnung vom 8. 12. 1931 auf den Stand vom 10. 1. 1927 zurückgeführt, die Bezüge der Beamten um 9 % gekürzt; ebd., S. 726, 738.

¹⁴ Vermutlich eine Anspielung auf den Aufsehen erregenden Beschluss der ostpreußischen Landwirtschaftskammer vom 15. 12. 1931, der die Forderung nach dem Rücktritt von Reichsregierung und Reichspräsident zum Inhalt hatte; die Landwirtschaftskammer wurde daraufhin am 22. 12. 1931 von der preußischen Staatsregierung aufgelöst; vgl. SCHULTHESS' 1931, S. 271f.

ist im Ausmaß, wenn ich die Dinge richtig beurteile, nicht ganz so schlimm geworden, wie etwa Brüning das selber im August angekündigt hat;¹⁵ die Versicherungsanstalt hat in ihrer Kalkulation mit größeren Ziffern gerechnet und hat im Augenblick – Überschüsse! Die wird sie wohl im Februar brauchen. Leider ist aber, wenn ich die Dinge richtig sehe, die außenpolitische Situation *vor* den französischen Wahlen ziemlich hoffnungslos.¹⁶ Demokratie ist ohne Außenpolitik schöner als mit Außenpolitik.

Dietrich wird am 6. Januar in Stuttgart reden; hoffentlich vorsichtiger als im vergangenen Jahr. Wir haben ihn in der ganzen Zeit der Notverordnungen nicht zu sehen erhalten, Brüning hat immer das Ehrenwort abgenommen, daß mit niemandem gesprochen werde, so daß wir uns in der Fraktion erst post festum mit ihm aussprechen konnten. Er ist ein leidenschaftlicher Verteidiger der Zinsgeschichte. Ich beurteile sie in ihrer Fernwirkung für wenig günstig, weil sie eben nur teilweise Devaluation ist. Theoretisch rechtfertigen kann man sie mit der These, daß wir nicht mehr an der Fiktion der Inflationszeit festhalten wollten: Mark = Mark. Für die öffentliche Vertretung will ich mir die Formel zurechtlegen: Gläubigerschutz durch Gläubigerschädigung – genereller Zwangsvergleich.¹⁷

Was ist von mir zu erzählen? Vorgestern habe ich die letzten durchkorrigierten Bogen meines Buches „Hitlers Weg“ an die Union Deutsche Verlagsgesellschaft zurückgesandt. Es ist also nun fröhlich im Druck, und ich muß sehen, was für eine Aufnahme es findet. Die verschiedenen Ereignisse der letzten Wochen mußten noch bei der Durchsicht berücksichtigt werden, so daß die Drucklegung sich verzögerte. Ich hatte mit dem Verlag verabredet, daß wir erst nach Weihnachten damit herauskommen,¹⁸ denn ein Weihnachtsbuch ist es ja nicht. Es bekommt einen sehr frechen Umschlag: Hitler in Redepose, mit aufgerissenem Maul, so daß der Harmlose gar nicht weiß, ob es für Hitler oder gegen Hitler. Du hast im Sommer einmal gemeint, es soll so geschrieben werden, daß die Bauernbuben auf dem Mainhardter Wald es verstehen.¹⁹ Da wirst Du nun sehr enttäuscht sein, denn die verstehen es sicher nicht. Das Buch wird vor allem von Studenten gelesen werden. Es ist ganz ohne laute Polemik, eine sachliche Auseinandersetzung,

¹⁵ In einem am 26. 8. 1931 mit dem Berliner Korrespondenten der „United Press“ geführten Interview hatte Brüning für den folgenden Winter eine Zunahme der Arbeitslosenzahl auf 7 Millionen für möglich gehalten; vgl. SCHULTHESS' 1931, S. 189; tatsächlich waren im Januar 1932 etwas über 6 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet; vgl. K. D. BRACHER, M. FUNKE, H.-A. JACOBSEN, Weimarer Republik, S. 636.

¹⁶ Die französischen Parlamentswahlen fanden am 8. 5. 1932 statt.

¹⁷ Eventuell gemeint: „Gläubigerschutz < Gläubigerschädigung – genereller Zwangsvergleich“; vgl. Anm. 12..

¹⁸ Vgl. Nr. 186.

¹⁹ Mück an Heuss, 11. 5. 1931, in: BArch, N 1221, 269: „Wenn Du das kleine Buch über die Theorie des Nationalsozialismus schreibst, dann schreibe es so, daß auch die Bauernbuben vom Mainhardter Wald merken, warum der Nationalsozialismus gefährlich ist.“

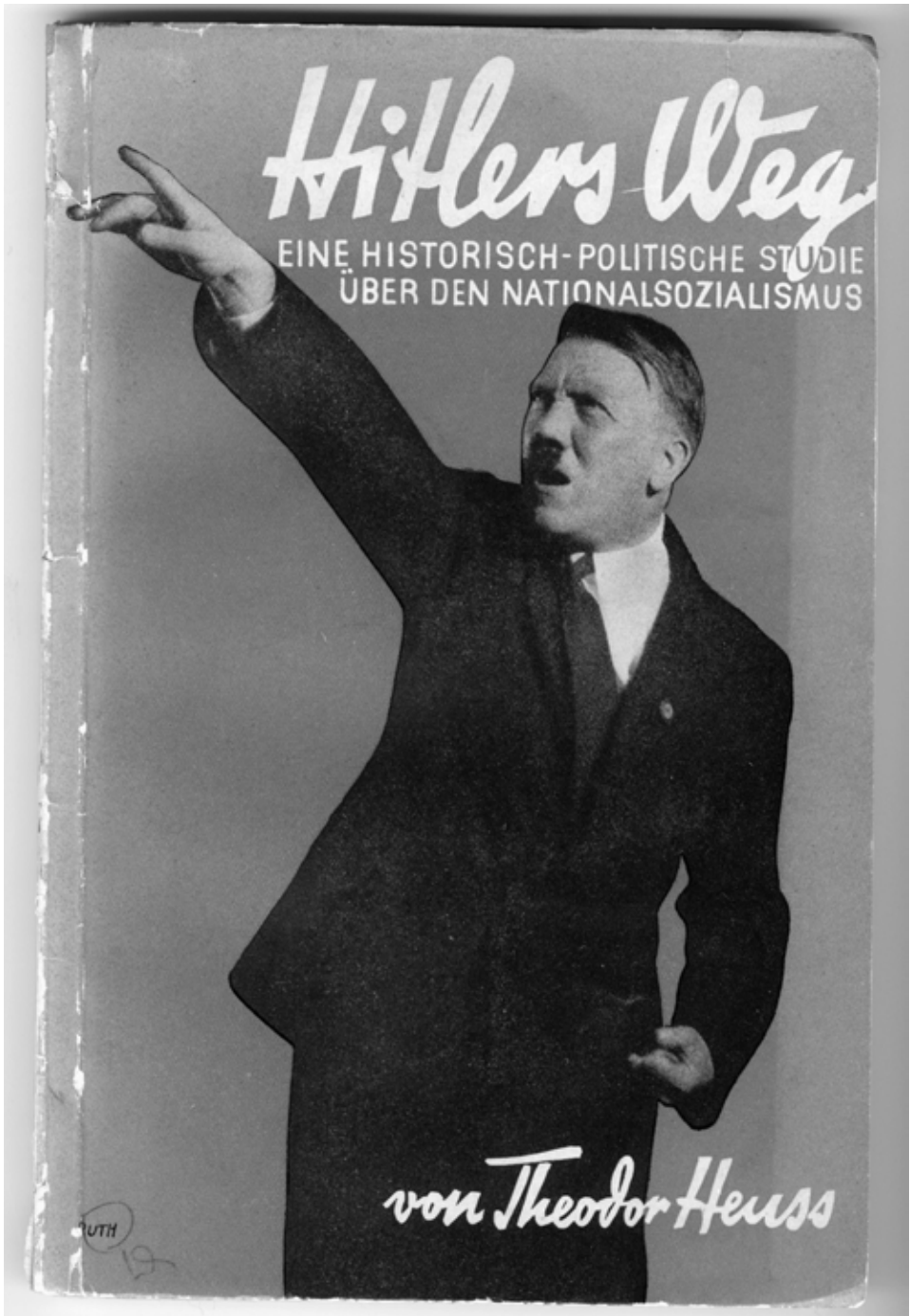


Abb. 24: Theodor Heuss: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932, Umschlagvorderseite

mit ziemlich viel Ironie durchsetzt. Polemische Pamphlete mit Zitaten usw. gibt es ganz wenige. Ich habe ziemlich viel Geschichte hineingebracht, darunter solche, die den Sozialdemokraten nicht gefallen wird (Parallele Hitler-Lassalle, Hitler-Bebel).²⁰ Ich glaube, daß das Buch lesbar ist. Der Verlag verspricht sich etwas davon, er will sich auch um Übersetzungen kümmern, an die ich nicht recht glaube, weil das Buch sehr auf die deutschen Dinge eingeht.²¹ Immerhin soll es mir sehr willkommen sein, wenn ein Erfolg heraus schauen sollte; das Buch kostet 2.80, ich erhalte vom verkauften Exemplar 28 Pfennige, 3.000 will er einmal drucken. Wenn das Buch da ist (ich rechne Anfang Januar), werde ich es Dir gleich schicken.

Nun habe ich Dir von mir, von meiner Arbeit, von den politischen Dingen geschrieben und gar nicht über Dich selber gesprochen. Aber ich habe mich so gefreut, daß Du in Deinem Brief auch von solchen Dingen des äußeren Lebens gehandelt hast, daß ich sehr gerne wieder im alten Sinne mit Dir geplaudert habe. Daß Du über das Weihnachtsfest in Tübingen bleiben wirst, wird Euch sicher bedrücken, aber nun muß halt das Wort Geduld immer wieder geschrieben werden. Das Ganze ist eine furchtbare Heimsuchung, die wir alle hinnehmen müssen, in der Hoffnung und dem abwartenden Glauben, daß das Schicksal sich wieder zum Guten wenden wird. Du mußt verzeihen, daß ich Dir so lange nicht geschrieben habe; aber es war das plagende Gefühl der Unsicherheit, wie Du auf einen Brief reagierst. Nun, nach Deinem Brief, werde ich wieder fleißiger werden. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht Deiner und Maries gedenken, von Euch sprechen und Euch unsere Wünsche senden.

Lulu²² ist vorgestern heimgekommen. Er scheint ganz fleißig gewesen zu sein. Die zwei Monate Heilbronn wirken nach.²³ Sogar für seine privaten Ausgaben rechnet er in doppelter Buchführung ab und spart sich Geld für Geschenke und dergleichen. Er ist in eine Periode des Sparens gekommen. Vielleicht hat er in Heilbronn ein wenig zu sehr hinter die Kulissen des Lebens geguckt; er kann ganz geschickt von Menschen und Dingen erzählen. Elly geht es immer recht ordentlich. Sie ist in vielerlei Geschichten tätig, unterrichtet und rundfunkte wie gehabt.²⁴

²⁰ Nach Heuss war Lassalle der „Erfinder der präsidentiellen Personalpartei“, die auch Hitler zu verwirklichen suche; TH. HEUSS, Hitlers Weg, S. 115f; August Bebel und Hitler verband nach Heuss der Umstand, dass beide während ihrer Inhaftierung das für ihre jeweilige politische Bewegung zentrale Buch verfasst hatten, Bebel „Die Frau und der Sozialismus“, Hitler „Mein Kampf“; ebd., S. 13–15.

²¹ „Hitlers Weg“ erschien noch 1932 in einer schwedischen, einer italienischen und einer holländischen Übersetzung; vgl. E. JACKEL, Einleitung, S. XIX–XXI.

²² Kosenamen für Ernst Ludwig Heuss.

²³ Im September und Oktober 1931 hatte Ernst Ludwig Heuss als „Bankstift“ an der Handels- und Gewerbebank in Heilbronn gearbeitet.

²⁴ Von 1926 bis 1933 verfasste Heuss-Knapp zahlreiche Radiosendungen; vgl. E. HEUSS-KNAPP, Bürgerin, S. 367–371. Zudem war Heuss-Knapp seit 1930 im Kulturbeirat der Berliner Funk-

Für Weihnachten und Neujahr viele herzliche Grüße und Wünsche. Es kommt doch wohl das meiste darauf an, daß Du den Willen zur Genesung in Dir selber pflegst. – Ich bin so froh, aus Deinem Brief ihn spüren zu dürfen.

In treuer Verbundenheit mit Euch beiden
Dein

Theodor Heuss

[PS] Stolper fährt über Weihnachten nach Oberstdorf. Mich hat Gessler wieder nach Lindenberg eingeladen; aber ich weiß noch nicht, ob ich das dazwischenschiebe.²⁵

Nr. 194

An Marianne Lesser, [Heidelberg]

31. Dezember 1931; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“
Steuerpflicht von Marianne Lessers fotografischer Tätigkeit; Fertigstellung von „Hitlers Weg“

Liebe Marianne,

von Ada kam ein sehr netter Brief,¹ aus dem sich ergibt, daß Deine Photographiererei noch groß im Schwung ist. Lulu hatte schon davon berichtet;² hoffentlich übernimmst Du Dich rein gesundheitlich nicht dabei. Ich finde die Bilder des Jungen sehr nett, vor allem das mit dem Schillerkragen. Ich schreibe Dir vor allem deshalb, damit Du Dich in Deiner Buchführung damit vertraut machst, daß über kurz oder lang ein Heidelberger gewerblicher Photograph Dich beim Steueramt denunziert. Du wirst auf alle Fälle sehen, daß Du nicht zur Gewerbesteuer herangezogen wirst. Ich selber kann nicht übersehen, was in Baden als Voraussetzung für Gewerbebetrieb bei Photographie gilt. Ich denke, Du würdest [bei] einem Anspruch des Finanzamtes, auch Gewerbesteuer zu bezahlen, durchkommen mit dem Hinweis darauf, daß Du keine gewerblichen Räume hast, kein Schild am Haus, kein Inserat erlassen und daß Du auch Leute, die sich photographieren lassen wollen, ablehnst (tust Du das?). Ich glaube aber, Du sollst Dich darauf ein-

Stunde tätig, der der Programmgestaltung des Senders beratend und kontrollierend zur Seite stand; vgl. TH. WITTENBRINK, Beratungsgremien, S. 258f.

²⁵ Vgl. Nr. 192, Anm. 6.

¹ Ließ sich nicht ermitteln; gemeint ist Ada von Roeder, eine Bekannte von Marianne Lesser.

² Ernst Ludwig Heuss an Heuss-Knapp, 7. 12. 1931, in: FA Heuss, Basel.

richten, bei Deiner nächsten Einkommenssteuer hier einiges zu melden. Du wirst ja in der Berechnung der sogenannten Werbungskosten, d. h. Deiner eigenen Auslagen, eventuell freie Hand haben. Aber ich würde mich doch an Deiner Stelle vorsehen und eine gewisse Buchführung Deiner Einnahmen einrichten, sowie das ja ein Maler schließlich auch tun muß. Ich wenigstens glaube, daß es richtig ist, vorbeugend hier eine gewisse Ordnung anzulegen.

Das sogenannte Hitler-Buch³ ist in den letzten Tagen fertig gedruckt worden und wird in der nächsten Woche ausgeliefert. Lulu vertritt die Meinung, daß Du grundsätzlich politische Bücher nicht liest und daß es deshalb nicht notwendig sei, aus dem kleinen Bestand meiner Exemplare eines an Dich abzusenden. Er will Dir dann einmal sein Exemplar, falls Du hineingucken willst, geben. Wir sind sehr dafür, daß das Buch fleißig gekauft wird, damit sein Erlös über die Depression hinweghilft. Aber das Schicksal einer solchen politischen Schrift übersieht ja niemand vorher genau. Das Buch ist nicht übermäßig polemisch geschrieben, einigermaßen mit Ironie durchsetzt und, wie ich glaube, gut lesbar.

Wenn Du nach Quartalsbeginn einmal das Konto Knapperben auf die neuen Zinseingänge durchsiehst und wie im vergangenen Jahr den überstehenden Betrag spaltest, um einen Teil an das Konto der Heilbronner Handels- und Gewerbebank überweisen zu lassen, soll mir das willkommen sein; denn die Finanzierung der Quartalswechsel mit ihren turmhohen Beträgen für Steuer, Miete und Lebensversicherung ist immer eine etwas schwierige Aufgabe.

Anfang der nächsten Woche fahre ich auf acht Tage wieder nach Württemberg, und es kann sein, daß ich auf der Rückreise am 11. Januar ein paar Stunden in Heidelberg bin.⁴

Ich bin sehr gespannt, ob das neue Jahr Dich einmal zu uns nach Berlin bringt.

Einstweilen herzlichen Gruß
Dein

Theodor Heuss

³ TH. HEUSS, Hitlers Weg.

⁴ Vgl. Nr. 193, Anm. 7.

Nr. 195

An Ernst Ludwig Heuss, [Heidelberg]

4. Februar 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ms. gez.; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹

Diskussion von „Hitlers Weg“ in studentischen Kreisen

Lieber Bub,

freundlichen Dank für Deinen Brief.² Daß Bergsträsser die Professur erhalten hat, ist erst gestern Abend in der Voss gekommen.³ Ich schreibe ihm auch ein paar Glückwünsche.⁴ Die Union ist von mir beauftragt, da ich selber keine Exemplare des Hitlerbuches mehr besitze, Dir zwei Stück direkt zuzusenden.⁵ Wir verrechnen sie dann im März. Es macht mir natürlich Spaß, daß Du das Buch im studentischen Nazikreis mit zur Diskussion gestellt findest. Du wirst mir dann ja erzählen, wie das Buch psychologisch auf den Menschentyp gewirkt hat, an den ich bei der Niederschrift vor allem gedacht habe. Man wird Dir vermutlich sagen, daß jemand, der von außen die Dinge sehe, auch beim vielleicht anerkannten guten Willen nicht in der Lage sei, die seelischen Triebkräfte richtig zu würdigen. Du wirst Dir, falls Du das Buch verteidigen mußt, was ich Dir aber völlig anheimstelle, die Pointe nicht versagen, bei der Erörterung des Rasseproblems auf die Leichtfertigkeit hinzuweisen, mit der mich eine parteioffizielle Schrift aus Feders nationalsozialistischer Bibliothek als 100 %igen einwandfreien Rassejuden bezeichnet hat.⁶

Richte Dich darauf ein, daß ich am Sonntag, den 14., wieder in Heidelberg auftauche, wohl das letzte Mal während Deiner Heidelberger Studentenzzeit. Ich rede am 12. und 13. in Württemberg und am 15. wahrscheinlich in Lahr.⁷ Vielleicht können wir an dem Sonntag miteinander nach Lambrecht fahren. Ich frage dort einmal unverbindlich an, ob wir willkommen sind. Der Sonntag fällt für

¹ Eingangsstempel vom 8. 2. 1932.

² Ernst Ludwig Heuss an seine Eltern, 3. 2. 1932, in: FA Heuss, Basel.

³ Bergsträsser wurde Anfang Februar auf die Eberhard-Gothein-Gedächtnis-Professur für Staatswissenschaften in Heidelberg berufen; vgl. die Rubrik „Hochschulnachrichten“ in: VZ, Nr. 59, 4. 2. 1932.

⁴ Ließen sich nicht ermitteln.

⁵ Gemeint ist TH. HEUSS, Hitlers Weg, das Anfang 1932 in der Union Deutsche Verlagsgesellschaft erschienen war. Die von Ernst Ludwig Heuss angekündigte Diskussion mit nationalsozialistischen Studenten wurde auf unbestimmte Zeit vertagt und kam vermutlich nicht mehr zustande; vgl. Ernst Ludwig Heuss an seine Eltern, 8. 2. 1932, in: FA Heuss, Basel.

⁶ Vgl. Nr. 192.

⁷ Heuss sprach am 12. 2. in Schwenningen und am 13. 2. 1932 in Winnenden zur politischen Lage; eine Rede in Lahr ließ sich nicht ermitteln; Redenkalender, in: BAArch, N 1221, 684.

Württemberg aus als Versammlungstag, da irgend etwas wie ein Bußtag auf diesen Termin fällt.

Mit herzlichen Grüßen
Dein Vater

gez. Theodor Heuss
i. V. Lotti Kaempffer

Nr. 196

An Dr. Reinhold Maier, Baden-Baden

27. Februar 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag

Organisationsfragen innerhalb des württembergischen Landesverbandes der DStP; Vorverlegung der preußischen Landtagswahlen; Stellung der DVP zur Regierung Brüning

Lieber Maier,

schönen Dank für Deinen eingehenden Brief, der mir nun ein einigermaßen klares Bild über die verschiedenen Züge Deiner Erkrankung gibt.¹ Daß die außerordentliche Intensität Deiner gleichzeitigen amtlichen und agitatorischen Tätigkeit diese Pause erzwang, ist mir an sich nicht erstaunlich. Du hast wahrscheinlich in diesen Jahren viel zu wenig Bewegung gehabt, die ein Bedürfnis Deines Naturells ist. Hoffentlich kommt das Herz wieder ganz in Ordnung. Ich selber bin Gott sei Dank augenblicklich in einem gesundheitlich guten Zustand, so daß mich auch die seit Wochen geübten Nachtfahrten nicht weiter schlauchen.

Die wahltechnische Gestaltung in Württemberg macht mir die gleiche Sorge wie Dir. Frau Mayr hat zwar eine ausgezeichnete Übersicht und auch eine geschickte Menschenbehandlung; aber sie muß natürlich jemanden haben, an den sie sich halten kann.² Ich habe neulich mit ihr die verschiedenen Männer durchgesprochen. Sie wußte nicht, wie lange Wolfgang Haußmann wegbleiben würde. Ich halte Weingand in Stuttgart selber für den Zuverlässigsten und Politischsten, zumal ja auch Goeser noch durch seinen Unfall behindert erscheint, und habe des-

¹ Maier an Heuss, 26. 2. 1932, in: BArch, N 1221, 58. Maier unterzog sich seit Ende Januar 1932 einer Erholungs- und Abmagerungskur in Baden-Baden, von der er am 11. 3. 1932 nach Stuttgart zurückkehrte; vgl. P. SAUER, Reinhold Maier, S. 21–23.

² Hopf, der Generalsekretär der württembergischen DStP, war Mitte Februar in Stuttgart überfallen und niedergeschlagen worden; vgl. Mayr an Heuss, 16. 2. 1932, in: BArch, N 1221, 57.

Deutsche Staatspartei in Bayern r. Rh.
VERBAND MÜNCHEN

Dienstag den 8. März
abends 8 Uhr

GR. WAGNERSAAL
SONNENSTRASSE

Grosse öffentliche Kundgebung

Es spricht Reichstagsabgeordneter

Dr. THEODOR HEUSS
HEILBRONN:

Hindenburg
oder
Hitler?

Eintritt frei für Mitglieder und deren Angehörige Nichtmitglieder 20 Pf.
Für Arbeitslose Karten nur in Familienbesitz (Wohlfahrtsgesetz § 111 u. Gemeindefürsorge-Erweiterungsgesetz)
Nationalsozialisten und Kommunisten ist der Zutritt verboten!

Der Erbkämmerer
ERHARDT

Abb. 25: Plakat zu den Reichspräsidentenwahlen vom 13. 3. 1932

halb auch Weingand, als ich in Rottweil mit ihm zusammen war,³ sehr gebeten, jetzt regelmäßig auf das Büro zu kommen. An Fischer hängt ja auch der Beobachter, und er ist ja auch weniger der Mann der Organisation und des Verhandeln.

Leider bin ich über die Entwicklung von Hopfs Geschichte seit acht Tagen auch völlig ohne Auskunft, obwohl ich an ihn wie an das Büro geschrieben habe. Ist vielleicht ein älterer Student in den Ferien einzustellen?

Daß über die Vorverlegung der Wahl auf den 10. April ernsthaft verhandelt wird,⁴ hat mich etwas bestürzt. Schade, daß ich das gestern nicht schon wußte. Ich habe mich an dem Tag sowohl mit Severing wie mit Bolz unterhalten und hätte darüber dann auch gesprochen. Ich teile durchaus Deine Auffassung, daß das vermieden werden sollte. Vermutlich spielt dabei eine Idee, daß in Preußen die Wahl dann noch eventuell im Schatten Hindenburgs gegen Hitler gefochten wird und damit eine Entlastung von der sehr angreifbaren preußischen Personal-

³ Näheres zu dem Aufenthalt von Heuss in Rottweil ließ sich nicht ermitteln.

⁴ Gemeint sind die Landtagswahlen in Preußen, die jedoch erst am 24. 4. 1932 stattfanden.

politik erfährt (einstweilen rechne ich noch damit, daß zwischen Hitler und Duesterberg so starke Grenzkämpfe entstehen, daß sich aus dieser brüderlichen Verkrampfung die Chance Hindenburgs hebt, im ersten Wahlgang gewählt zu werden).⁵ Für mich spricht aber gegen den 10. April weit mehr als die unklare Frontenbildung bei uns in Deutschland die außenpolitische Frage. Ich möchte nicht haben, daß die preußischen Wahlen, die rein ziffernmäßig, gemessen an 1928, einen starken Rechtsrutsch zeigen werden,⁶ vor den französischen Wahlen stattfinden und damit der französischen Wahl den Stempel aufdrücken. Dort versucht gegenwärtig die Rechte ihre aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen schwächer werdende Aussicht mit einem sinnlosen Chauvinismus auszugleichen. Ich schreibe im Verfolg Deines Briefes heute gleich noch an unseren Minister Schreiber im preußischen Kabinett.⁷

Die Reichstagscampagne ist an sich gut verlaufen, auch für unsere Partei. Weber ist zwar durch seinen Vorstoß um einen großen Teil seiner Rede gekommen (weil man ihn nicht weiter reden ließ), aber er hat dann in seiner zweiten kurzen Rede gegen die Nationalsozialisten eine gute offensive Position bezogen, auch Reinhold und Dietrich haben gut abgeschnitten.⁸

Wie der Wahlkampf für Hindenburg vollends angelegt werden wird, ist mir noch nicht klar. Ich habe deshalb auch nach Stuttgart geschrieben und mich erkundigt, ob man in Württemberg auch einige überparteiliche Sachen machen wird.⁹ Ganz auf Württemberg kann ich mich nicht beschränken, weil die Münchener wegen einer Versammlung seit Wochen hinter mir her sind und für die Preußencampagne ausdrücklich mich verlangen, so daß ich Ihnen neulich eine feste Zusage geben mußte.¹⁰

⁵ Bei den Reichspräsidentenwahlen vom 13. 3. 1932 erhielt von Hindenburg 49,6 % der Stimmen und verfehlte knapp die absolute Mehrheit; Hitler erzielte 30,1 %, Ernst Thälmann 13,2 % und Duesterberg 6,8 % der Stimmen. Der damit notwendig gewordene zweite Wahlgang fand am 10. 4. 1932 statt.

⁶ Zum Ergebnis der preußischen Landtagswahlen vom 24. 4. 1932 vgl. Nr. 198, Anm. 8.

⁷ Ein Schreiben von Heuss an Walther Schreiber ließ sich für den angegebenen Zeitraum nicht ermitteln; vgl. aber Heuss an Hermann Dietrich, August Weber und Walther Schreiber, 12. 3. 1932, in: BArch, N 1004, 251. Darin bat Heuss seine Parteifreunde, auf eine Verschiebung der preußischen Landtagswahlen auf frühestens den 24. April hinzuwirken. In Württemberg, das gleichzeitig mit Preußen seine Landtagswahlen abhalten wolle, käme der württembergische Landesverband der DStP ansonsten aufgrund von Krankheit oder Abwesenheit einiger Parteiführer in große Verlegenheit.

⁸ In seiner Reichstagsrede vom 24. 2. 1932 hatte August Weber der NSDAP vorgeworfen, den Weg des politischen Mordes beschritten zu haben, worauf die Sitzung unterbrochen worden war; RT-Bd. 446, S. 2303. Zwei Tage später hatte Weber nochmals das Wort ergriffen und seinen Vorwurf mit Zitaten aus NS-Schriften untermauert; ebd., S. 2400f. Die Reden von Reinhold am 25. bzw. Dietrich am 26. 2. 1932; ebd., S. 2371–2375 bzw. S. 2427–2431.

⁹ Entsprechende Briefe ließen sich nicht ermitteln.

¹⁰ Anlässlich des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl vom 13. 3. 1932 hielt Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Hagen (6. 3.), Augsburg (7. 3.), München (8. 3.), Trossingen (9. 3.),

Die Volkspartei ist von Dingeldey jetzt in die unwürdigste Lage gebracht, da das schroffe Nebeneinander für Hindenburg und gegen Brüning und Dietrich doch nicht einfach durchzuhalten ist,¹¹ nachdem Hindenburg einige der Demissionsgesuche von Brüning abgelehnt hat.¹² Curtius und Kardorff scheinen aus der Fraktion auszuschneiden. Keinath ist bei seiner Stellung geblieben.¹³ Ich nehme an, daß die Gärung vom Badischen her auch die württembergische Volkspartei sehr durchsetzen wird.¹⁴ Es wird richtig sein, wenn die uns nahestehende württembergische Presse über die Vorgänge in der nächsten Zeit fleißig referiert, ohne daß wir im Augenblick etwa mit einer besonders heftigen Polemik auftreten. Ich glaube, daß wir in dieser Frage taktisch einheitlich denken.

Ich will Dir gern, wenn ich in den nächsten Tagen noch etwas über die politische Entwicklung höre, darüber berichten.¹⁵ Ich kann sehr gut verstehen, daß Dir erwünscht ist, einiges Politisches und Parteienmäßiges außerhalb der Zeitungen zu erfahren; aber es ist auch sachlich geboten, daß wir bei dem Ausfall von Hopf in nächster Zeit etwas in unmittelbarer Fühlung miteinander bleiben. Ganz allgemein habe ich von meinen letzten Versammlungen in Württemberg, die sämtlich geglückt sind, einen recht guten Eindruck mitgenommen.¹⁶

Also alles Gute für Deine Gesundheit und freundschaftliche Grüße von mir und meiner Frau

Dein

[Theodor Heuss]

Tuttlingen (10. 3.), Göppingen (11. 3.) und Bietigheim (12. 3.) ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹¹ Die DVP unterstützte unter ihrem Parteiführer Dingeldey eine Wiederwahl von Reichspräsident von Hindenburg, führte aber einen kompromisslosen Kampf gegen das zweite Kabinett Brüning und hatte dazu am 23. 2. 1932 ein Misstrauensvotum gegen die Regierung eingebracht; vgl. Sitzung des Reichsausschusses der DVP vom 28. 2. 1932, in: NATIONALLIBERALISMUS, zweiter Halbbd., S. 1206f; RT-Bd. 452, Nr. 1362.

¹² Brüning hatte Reichspräsident von Hindenburg am 27. 1. und erneut am 6. 2. 1932 seinen Rücktritt angeboten, sollte seine Regierung einer erneuten Kandidatur von von Hindenburg zum Reichspräsidenten im Wege stehen. Beide Demissionsgesuche hatte von Hindenburg zurückgewiesen; vgl. AdR Brüning I und II, Bd. 3, S. 2231, 2280f.

¹³ Bei der Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning am 26. 2. 1932 waren Curtius und von Kardorff der Abstimmung ferngeblieben, während Keinath – wie die Mehrheit der DVP-Abgeordneten – den Anträgen zugestimmt hatte; vgl. RT-Bd. 446, S. 2462. Curtius und von Kardorff wurden daraufhin aus der DVP-Fraktion ausgeschlossen; vgl. L. RICHTER, Deutsche Volkspartei, S. 749.

¹⁴ Der Ausschluss von Curtius und von Kardorff führte in Baden, dem Wahlkreis von Curtius, und Württemberg, aber auch in Berlin zu zahlreichen Parteiaustritten von DVP-Mitgliedern; vgl. ebd., S. 749f.

¹⁵ Ein entsprechender Brief ließ sich nicht ermitteln; vgl. aber Nr. 198.

¹⁶ Heuss hatte kurz zuvor in Schwenningen (12. 2.), Winnenden (13. 2.), Schorndorf (19. 2.), Reutlingen (20. 2.), Dunningen (21. 2.) und Aldingen (21. 2. 1932) zur politischen Lage gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

Nr. 197

An Elly Heuss-Knapp, Berlin-Lichterfelde-West

14. April 1932; Stuttgart

FA Heuss, Basel; hs. Postkarte, behändigte Ausfertigung

Treffen mit Albert Schweitzer und Robert Bosch

Liebe Elli,

heute früh war ich $\frac{3}{4}$ St[un]den bei Albert Schweitzer¹ im Hotel – er hat gestern, wie ich an den Plakatsäulen las, georgelt. Wir haben [über die] polit[ische] Situation gesprochen; ich konnte ihm erzählen, daß mir vor ein paar Tagen ein ober-schwäb[ischer] Zentrumsführer (Studienrat) nach Hindenburgs Ausscheiden ihn als den einzigen Präsidentschaftskandidaten genannt hatte. Das war ihm nicht erstaunlich, weil es ihm schon einige Male passiert.

Nachher besuchte ich Bosch, der mich zum Essen mit nach Hause nahm – es war ganz behaglich; die kleinen Kinder sind nett. Käthe² scheint noch immer verreist zu sein.

Daß Lulu³ durch seine Geschäftsverbindungen mit der Firma O. Thiel mich schließlich sogar in den Gerichtsteil der B. Z. gebracht hat, war unerwartet u. überflüssig – aber dies scheint der untrügliche Nachweis, daß ich nun „prominent“ bin.⁴

Sonst ist im Augenblick nichts zu melden.

Wenn Hamburg weiter streikt, so geh auf den Christiansen los.⁵ Ich bin gespannt, ob wir das S. A. Verbot in dem Echo der Versammlungen spüren.⁶

Schönen Gruß

Euer

Theodor Heuss

¹ Schweitzer gehörte zum Straßburger Freundeskreis von Heuss-Knapp; 1908 hatte er das Ehepaar Heuss getraut; vgl. TH. HEUSS, *Erinnerungen*, S. 124f.

² Käte Schaller-Härlin.

³ Kosename für Ernst Ludwig Heuss.

⁴ B. Z. am Mittag, Nr. 87, 12. 4. 1932; unter der Überschrift „Bevor man ein Auto mietet“ wurde über den Betrugsprozess gegen den Autoverleiher Thiel berichtet, der seine Kunden durch die absichtliche Anbringung von kleinen Schäden um die Rückzahlung der Kautionssumme betrogen haben soll. Als Geschädigter von Thiel wurde auch Heuss genannt.

⁵ Der Sachverhalt ließ sich nicht klären.

⁶ Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. 4. 1932 wurden alle militärähnlichen Organisationen der NSDAP mit sofortiger Wirkung aufgelöst; RGBl. 1932 I, S. 175.

Nr. 198

An Dr. Reinhold Maier, [Stuttgart]

29. April 1932; Berlin NW 7

BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. gez.; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“¹

Vorstandssitzung der DStP; eventuelle Auflösung der DStP aufgrund des schlechten Abschneidens bei den Landtagswahlen; Regierungsbildung in Preußen

Lieber Freund,²

gestern Abend hat der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei seine erste Sitzung nach dem Wahltag abgehalten.³ Ich möchte einen kurzen Stimmungsbericht geben, vor allem um mit Euch wegen der möglichen Einflußnahme auf die weitere Entwicklung in Übereinstimmung zu bleiben. Bei einer nicht unerheblichen Anzahl der Vorstandsmitglieder war die Stimmung so, möglichst bald formale Auflösung der Deutschen Staatspartei, um für irgendwelche Neubildungen mit neuen Menschen den Raum zu schaffen. Das war vor allem die These Oscar Meyers, der sie zugespitzt so formulierte: wir haben uns eigentlich nur noch darüber zu unterhalten, wie wir möglichst anständig sterben.⁴ Aber auch Weber ging in der Richtung. Beide vertraten auch die Meinung, daß die staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft des Reichstags im Grunde nicht mehr als solche figurieren solle, sondern als Gruppe Weber⁵ und bei den eigentlichen politischen Aktionen sich der größten Zurückhaltung befleißigen.

Ich selber vertrat den Standpunkt, daß jetzt keine Panikbeschlüsse gefaßt werden dürfen. Die einfache Auflösung der Partei als zentraler Vorgang werde, wie etwa in Hamburg und Württemberg, bei der landes- und kommunalpolitisch gegebenen Stellung einfach nicht befolgt werden, weil sie aus Verantwortung gegenüber den Wahlen nicht befolgt werden könne.⁶ (Dem stimmte auch Freudenberger mir persönlich gegenüber zu.) Es sei natürlich auch mir durchaus klar,

¹ Vermerk auf dem Briefkopf: „Abl l Maier“; Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 173f; gleichlautende Schreiben gingen an Hopf und Bruckmann; vgl. Anm. 2.

² Von Heuss hs. in Klammern hinzugefügt: „(Hopf, Maier, Bruckmann)“.

³ Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der DStP vom 28. 4. 1932, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 704–711. Am 24. 4. 1932 hatten Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt sowie Bürgerschaftswahlen in Hamburg stattgefunden. Besonders dramatisch für die DStP war ihr Abschneiden in Preußen, wo sie künftig statt 22 nur mehr zwei Abgeordnete stellte.

⁴ Vgl. ebd., S. 706; ähnlich äußerten sich Adam Barteld, Gustav Schneider, Josef Winschuh, Bernard Falk und Heinrich Rönneburg; ebd., S. 704–706, 709.

⁵ Dieser Vorschlag ist im Protokoll nicht überliefert.

⁶ Vgl. den Redebeitrag von Heuss, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 707. Sowohl in Hamburg als auch in Württemberg hatte die DStP gute Chancen, bei der Regierungsbildung berücksichtigt zu werden.

daß die Dinge in ihrer organisatorischen Form in Umbildung bleiben. Ich halte es nur für unmöglich, daß die Führung den Leuten im Lande gegenüber fahnenflüchtig werde. Das Warten, bis neue unbelastete Männer für die Mittelschichten in die Führung treten, sei mir fragwürdig, weil nicht bloß ein Stück Menschenkenntnis und organisationstechnischer Erfahrung notwendig sei, sondern weil wir mit dem Suchen nach den neuen Menschen, die als Neuheit schon einen Spezialwert besitzen, bei der Gründung der Staatspartei unsere fragwürdigen Erfahrungen gemacht haben.⁷

Dietrich war nur kurz auf der Sitzung, ziemlich müde, da von angestauter Amtsarbeit überlastet. Er hat in der Sitzung selber gar nicht gesprochen. In der persönlichen Unterhaltung, um die er mich bat, legte ich ihm noch einmal sehr nahe, keine Überstürzung in Beschlüssen, aber Offenhalten der Bereitschaft zu den anderen Gruppen. Es ist selbstverständlich, daß ja nun von der Gestaltung der zwischenparteilichen Lage weiterhin sehr viel abhängen wird. Die Deutsche Volkspartei würde nach den Berechnungen der Reichstagswahlen überhaupt kein Mandat mehr erhalten haben (andere Gestaltung der Wahlverbände im Reich als in Preußen). Ich finde es aber natürlich einen ziemlich kümmerlichen Trost, wenn manche unserer Freunde jetzt mit einer gewissen Genugtuung herausrechnen, daß die demokratische Pleite in Prozenten doch noch geringer sei als die der Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlichen usw.⁸

Zum Atmosphärischen der Verhandlung: es gab eine ziemlich hitzige Debatte über die Abwanderung jüdischer Parteifreunde zur Sozialdemokratie oder Zentrum (wegen der Fragwürdigkeit des zum Zugekommens staatsparteilicher Reststimmen).⁹ Es wurden von einer Reihe von Städten Rundbriefe jüdischer Gemeindevorsteher und ähnliches mitgeteilt, die für die sozialistische oder Zentrumsliste aufforderten.¹⁰ Es wird angenommen, daß mindestens zwei der nahe erreichbaren Kreismandate durch diese Abstimmung auch eingeschriebener Parteimitglieder verloren gegangen sind und damit auch die zwei Mandate auf der Landesliste.¹¹

⁷ Vgl. Nr. 169, Nr. 170, Nr. 171.

⁸ Bei den preußischen Landtagswahlen vom 24. 4. 1932 war die DStP im Vergleich zu den Landtagswahlen vom 20. 5. 1928 von 4,4 % auf 1,5 %, die DVP von 8,5 % auf 1,5 %, die WP von 4,5 % auf 0,9 % und die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei von 2,5 % auf 0,7 % gefallen. Die große Gewinnerin war die NSDAP, die ihren Stimmenanteil von 1,8 % auf 36,3 % vergrößert hatte.

⁹ Vor allem Barteld und Rönneburg hatten jüdischen Wählern vorgeworfen, „uns in einer schäbigen Weise im Stich gelassen“ zu haben. „Durch Agitation von Haus zu Haus, von Mund zu Mund, durch Briefe und Flugblätter haben sie gegen uns Stimmung gemacht.“ LINKSLIBERALISMUS, S. 704, 709 (Zitat Rönneburg). Ihnen widersprach Zeitlin, der es für merkwürdig hielt, immer bei den Juden anzulangen, wenn „man nach Sündenböcken“ suche, und mit seinem Parteiaustritt drohte; ebd., S. 710.

¹⁰ Vgl. die Ausführungen von August Weber; ebd., S. 710.

¹¹ Nach dem preußischen Landeswahlgesetz vom 8. 3. 1932 waren für ein Direktmandat 50.000 Stimmen in einem Wahlkreis erforderlich. Die überschüssigen Stimmen wurden zuerst auf der

Die Aussprache über diesen Punkt hatte teilweise einen gereizten Charakter. Als ein weißer Rabe an Optimismus betätigte sich Nuschke, einer der beiden preußischen Landtagsabgeordneten, der glaubt an Bewegung.¹² Gott sei Dank sind [in] Berlin keine neuen Wahlschulden eingegangen worden.

Wie die koalitionspolitischen Gestaltungen der nächsten Zeit sich anlassen, ist im Augenblick noch undurchsichtig. Soweit ich aus Besprechungen mit einigen Leuten entnehme, wird Braun auf den Versuch, ein geschäftsführendes Ministerium zu konstruieren und zu retten, verzichten. Die Unterhaltungen zwischen Zentrum und Nazi haben begonnen, bleiben aber vorsichtig in Schwebelage, bis Brüning zurück ist.¹³ Es wird angenommen, daß die Hauptauseinandersetzung über das preußische Innenministerium erfolgen wird und über die Sicherung der Brüning'schen Außenpolitik. Dabei gehen die Auffassungen auseinander, ob es den Nationalsozialisten mit der Machtteilnahme Ernst ist oder ob sie nicht in letzter Stunde an bewußt überspitzten Forderungen eine Verständigung scheitern lassen. Bei den Besprechungen scheint einstweilen Hugenberg von beiden Gruppen ausgeschaltet zu sein, weil beide ihn nicht mögen und Quertreibereien ausweichen wollen. Ich selber neige zu der Auffassung, daß die Nazi in Preußen zu starken Konzessionen bereit sind, weil hier für die Parteipatronage ein sehr großer Raum frei gemacht werden kann. Sie werden dabei, wenn ich die Dinge richtig beurteile, bei der Durchsetzung der preußischen Verwaltung nicht mit Arbeitersekretären antreten, sondern mit Akademikern und damit die höhere Beamten- und die Akademikerschicht sich verpflichten.

Selbstverständlich würden sie bei der Machtteilnahme sehr schnell zu unpopulären Maßnahmen gezwungen sein. Ich nehme an, daß sie, um von diesen die Fantasie ihrer Anhängerschaft abzulenken, einige politische Demonstrationen arrangieren.

Ebene der Wahlkreisverbände verrechnet, wobei ebenfalls 50.000 Stimmen ein Mandat ergaben, und dann den Landeswahlvorschlägen bzw. Landeslisten der einzelnen Parteien zugeschlagen. Da die Zahl der über die Landesliste erzielten Mandate die Zahl der Direktmandate bzw. der im Wahlkreisverband gewonnenen Mandate nicht übersteigen durfte, erhielt die DStP trotz ihrer 332.490 erzielten Gesamtstimmen neben ihrem Mandat im Wahlkreisverband Brandenburg I lediglich ein weiteres Mandat auf der Landesliste. Hätte sie in den Wahlkreisverbänden Hessen-Nassau/Rheinland-Süd (43.676 Stimmen) und Brandenburg II (38.860 Stimmen) die nötigen 50.000 Stimmen erzielt, wäre sie demnach mit insgesamt sechs Mandaten in den neuen Landtag eingezogen; vgl. J. STANG, Deutsche Demokratische Partei, S. 56f, 93.

¹² Vgl. den Redebeitrag von Nuschke, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 708f. Nach Nuschke sei alles, was „wir heute reden, [...] elende Miesmacherei“; gerade jetzt träfen auf der Geschäftsstelle der DStP neue Mitgliederanträge ein.

¹³ Nach den Landtagswahlen vom 24. 4. 1932 verfügte die Regierung der „Weimarer Koalition“ von Ministerpräsident Otto Braun über keine Mehrheit mehr im preußischen Landtag; Braun und seine Kabinettkollegen wollten aus ihren Ämtern scheiden. Da sich jedoch auch nach der Konstituierung des Landtags am 24. 5. 1932 keine regierungsfähige Mehrheit abzeichnete – die Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP blieben ergebnislos –, blieb die Regierung Braun bis zum „Preußenschlag“ geschäftsführend im Amt; vgl. H. SCHULZE, Otto Braun, S. 725–728.

Sehr dankbar würde ich sein, wenn ich bald, wenn auch nur vielleicht in Stichworten, informiert werden könnte, wie Ihr die Entwicklung der württembergischen Lage ansieht.¹⁴

Ende Mai oder Anfang Juni ist eine erweiterte Vorstandssitzung geplant (es müssen vorher die preußischen Dinge geklärt sein). Es wird sehr wichtig werden, daß dabei Württemberg gut vertreten ist.¹⁵ Soweit gestern festgestellt wurde, soll dafür auch eventuell ein Reisezuschuß von der Zentrale noch zur Verfügung sein.

Mit herzlichem Gruß

Dein

gez. Th Heuss

Nr. 199

An Dr. Reinhold Maier, Stuttgart

14. Mai 1932; [Berlin NW 7]

BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.¹

Regierungsbildung in Württemberg; Reichstagsrede; Gedenkrede zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes

Lieber Freund,

besten Dank für Deinen Brief² und für den Durchschlag Deines Schreibens an Dietrich. In der Zwischenzeit hat auch Bolz mit mir geredet, und ich hatte von ihm nicht den Eindruck, daß eine „Verstimmung“ vorliege, wie die Schlußbemerkung Deines Briefes an Dietrich befürchten ließ.³ Offenbar ist hier meine Aufgabe,

¹⁴ Die bisherige württembergische Regierungskoalition aus DDP (DStP), DVP, Zentrum und Bürgerpartei/DNVP hatte bei den Landtagswahlen vom 24. 4. 1932 ihre Mehrheit verloren. Stattdessen war die Bildung einer evangelisch betonten Regierung unter Ausschluss des Zentrums, aber unter Beteiligung der NSDAP möglich, die über 42 der 80 Landtagsmandate verfügt hätte; vgl. TH. SCHNABEL, Württemberg, S. 122f. Zum Fortgang der Regierungsbildung in Württemberg vgl. Nr. 199, Nr. 200, Anm. 7.

¹⁵ Vgl. das Protokoll des Gesamtvorstandes der DStP vom 12. 6. 1932, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 717–726; Württemberg war durch Maier vertreten.

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 173f.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ Maier an Dietrich, 9. 5. 1932, in: BArch, N 1221, 58. In seinem Brief hatte Maier die Aufnahme von Sondierungsgesprächen zwischen dem württembergischen Landesverband der DStP und der NSDAP über die Bildung einer „evangelischen“ Regierung in Württemberg verteidigt (vgl. Nr. 198, Anm. 14). Obwohl Maier einen Erfolg dieser Gespräche für sehr unwahrscheinlich hielt und das württembergische Zentrum über alle unternommenen Schritte informiert gewesen sei, befürchte er jetzt eine Verstimmung auf Seiten des württembergischen Zentrums.



Abb. 26: Theodor Heuss spricht auf der Hundertjahrfeier des Hambacher Festes in Neustadt an der Weinstraße, 28. 5. 1932

irgend eine Stellungnahme der Fraktion zu den Landtagsverhandlungen zu verhindern. Ich hoffe, daß das wie bisher auch fernerhin gelingen wird, damit die Entfaltung der württembergischen Dinge keine Berliner Störung erfährt.

Die Erfahrungen der letzten Reichstagsitzungen haben die Lage wieder vollkommen verwirrt, da die sachlich wie auch ökonomisch romantische Rede⁴ von Straßer durch die spätere Auseinandersetzung in ihrem politischen Gewicht völlig zerstört wurde.⁵ Groener hat leider in der Vertretung seiner Sache vor dem Parlament katastrophal gewirkt. Daß er nicht sprechen kann, wußte man ja, deshalb hat er früher meist abgelesen. Aber jetzt war er sehr erregt, hatte dabei den Kopf wegen einer Furunkulose mit Pflastern bedeckt, sah schlecht aus, redete frei und kam bei den Unterbrechungen nicht mit den Sätzen zu Ende. Die Hintergründe, die zu seinem Rücktritt geführt haben, sind mir noch nicht vollkommen deutlich; ich hoffe aber, nach den Pfingsttagen einiges zu erfahren.⁶

⁴ In der Vorlage: „da die sachliche, wie auch ökonomische romantische Rede“.

⁵ In seiner Reichstagsrede vom 10. 5. 1932 hatte Gregor Straßer von der „große[n] antikapitalistische[n] Sehnsucht“ gesprochen, die durch das deutsche Volk gehe; RT-Bd. 446, S. 2510–2521, Zitat S. 2511.

⁶ In seiner von tumultartigen Szenen begleiteten Reichstagsrede vom 10. 5. 1932 hatte Wilhelm Groener das am 13. 4. 1932 erlassene Verbot von SA und SS verteidigt; ebd., S. 2545–2550; zur

In der Reichstagsfraktion waren Weber und Meyer zunächst dafür, wir sollten überhaupt nicht reden. Ich habe dieser Resignation, wesentlich durch Bäumers unterstützt, widersprochen mit dem Ergebnis, daß ich verurteilt wurde, die Rede zu halten, daß aber die Frage, ob ich sie halten solle, erst vom Verlauf der Debatte abhängig gemacht wurde. Nachdem sich ergab, daß auch Volkspartei, Wirtschaftspartei und Christlichsoziale sprechen würden, erhielt ich zwei Stunden, ehe ich drankommen würde, den Auftrag zu der Rede mit besonderer Auflage, zu den Einzeldingen der Arbeitsbeschaffungsfinanzierung mit der Prämienanleihe etc. nichts zu sagen,⁷ da hier die Fraktion sehr unterschiedlicher Auffassung ist. Da Brüning hatte mitteilen lassen, daß er nach mir sprechen wolle, war an sich klar, daß die Rede aus Raumgründen kaum ein Presseecho finden könne, aber das Haus war dann bei meiner Rede sehr gut besetzt, und ich kam in volle Fahrt, so daß ich mit 5 Zetteln Notizen statt der geplanten 30 Minuten eine volle Stunde darauflosredete; politisch, nach Weisung, nicht sehr konkret, aber in der ideenpolitischen Auseinandersetzung offenbar ganz wirkungsvoll, so daß ich auch die Nazis, einschließlich Frick, Göring und Goebbels, die am Anfang stören wollten, fast völlig zur Ruhe brachte.⁸

Wirkung seiner Rede vgl. J. HÜRTER, Wilhelm Groener, S. 349f. – Am 12. 5. hatte Groener auf Druck von General Kurt von Schleicher, dem Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, und von Reichspräsident von Hindenburg seinen Rücktritt vom Amt als Reichswehrminister angekündigt; vgl. ebd., S. 351.

⁷ Mit § 8 des Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigungen vom 12. 5. 1932 wurde der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über die Ausgabe von Schuldverschreibungen zu finanzieren. Für die Anleihebeträge, Zinsen und Prämien auf diese Schuldverschreibungen war Steuerbefreiung vorgesehen; RGBl. 1932 I, S. 191f; AdR Brüning I und II, Bd. 3, S. 2485, 2491.

⁸ In seiner Rede vom 11. 5. 1932 beschäftigt sich Heuss insbesondere mit den außen- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten und reagierte damit zum Teil auf vorangegangene Reden nationalsozialistischer Abgeordneter. So warf er Göring vor, „hier im Reichstag, also in voller Verantwortung, die propagandistischen Naivitäten Ihrer Versammlungsreden“ zu wiederholen und die außenpolitischen Erfolge der Regierung Brüning absichtlich zu verkennen. Außerdem begehe die NSDAP einen großen Fehler, in dem sie innerhalb des Auslandsdeutschtums eigene parteipolitische Organisationen gründe und damit entgegen dem bisherigen Konsens der Parteien das Auslandsdeutschtum „zum Mitträger oder Mitopfer der bösen innerdeutschen Streite“ mache. Die rassenpolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten brächten zudem „Millionen deutscher Volksgenossen draußen“ in eine gefährliche Lage, sollten „die anderen Völker das staatsbürgerliche Prinzip der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu ihrer Staatskonstruktion verwenden“. – Das von Strasser und Feder propagierte Wirtschaftsprogramm der NSDAP werde mit der Zielsetzung der Autarkie „den Hunger weiterer Millionen in Deutschland“ organisieren und durch währungspolitische Experimente Deutschland binnen kurzer Zeit wieder in eine Inflation führen. Dagegen sei Deutschland auf den Handel mit anderen Nationen und den Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie angewiesen. – Zum Schluss seiner Rede wandte sich Heuss gegen die Behauptung, die SA stelle eine neue Elite dar und mit der NSDAP entstehe eine neuer politischer Stil. In Wahrheit sei die SA ein „Instrument der Einschüchterung, der einfachen Terrorisierung“, das einen „fortgesetzten Appell an den ängstlichen

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns bei Deiner nächsten Berliner Anwesenheit über den gesamten Parteikomplex besprechen können, auch mit Stolper, der die Problematik des Zentrums falsch in dem Sinn sieht, daß er nur die politische Haltung der Fraktionen und nicht die innere Dynamik bewertet. Aber darüber mündlich mehr.

Ende der nächsten Woche rede ich in Rostock und Güstrow zu den mecklenburgischen Wahlen.⁹ Ende Mai halte ich in Neustadt die Gedenkrede zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes,¹⁰ auf die ich mich schon gefreut habe, die mir aber auf einmal Sorge macht, weil sie rundfunkmäßig übertragen werden soll und vorher einer Münchener Überwachungsstelle vorgelegt werden muß.¹¹

Mit herzlichem Gruß

Dein

gez. Theodor Heuss

Nr. 200

An Dr. Reinhold Maier und Albert Hopf, Stuttgart

19. Mai 1932; Berlin NW 7

BArch, N 1221, 58: ms. Schreiben, Durchschlag; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“
Stimmen für und wider eine baldige Einberufung des Reichstags; politische Situation in Württemberg

Lieber Freund,

die gestrige kombinierte Sitzung vom geschäftsführenden Vorstand und [der] Reichstagsfraktion war nur mäßig besetzt, weil einige der Herren noch im Pflingsturlaub sind.¹ Ich selber habe der Besprechung auch nicht von Anfang an beiwohnen können, weil ich die Fraktion bei der Beerdigung des alten Kahl vertreten

Spießbürger“ bedeute, und der propagierte neue Stil ein „Großausverkauf von neulackierten und aufgeputzten Ladenhütern der wilhelminischen Epoche“; RT-Bd. 446, S. 2587–2593.

⁹ Anlässlich der Landtagswahlen vom 5. 6. 1932 in Mecklenburg-Schwerin hielt Heuss am 20. 5. in Rostock und am 21. 5. in Güstrow eine Wahlkampfveranstaltung ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹⁰ Im Verlangen nach Freiheit und nationaler Einheit hatten sich vom 27. bis zum 30. 5. 1832 rund 30.000 Menschen auf dem Hambacher Schloss bei Neustadt in der Pfalz versammelt. Das Hambacher Fest gilt als Höhepunkt der bürgerlichen Opposition im Vormärz.

¹¹ Entwurf der Gedenkrede vom 28. 5. sowie Manuskript des Rundfunkvortrags vom 26. 5. 1932, in: BArch, N 1221, 1.

¹ Regest der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der DStP vom 18. 5. 1932, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 711f.

habe. Da Dietrich fehlte, sind wir in unserer Klarheit über die Hintergründe der Groener-Krise nicht sehr viel weiter gediehen;² Vermutungen und Befürchtungen wechseln miteinander. Einige wünschten ein Pronunziamento zur Lage; aber das haben wir schließlich abgeboten. Die nächste Entwicklung ist noch vollkommen undurchsichtig, da vor allem in Preußen ganz auf der Stelle getreten wird.³ Ich habe das Gefühl, für das mir aber die Unterlagen fehlen, daß Brüning sich möglichst außerhalb der preußischen Verhandlungen halten will, um vor Lausanne nicht persönlich mit weiteren Wirrungen belastet zu werden.⁴ Ob er diese Haltung wird durchführen können, ist nicht ganz deutlich. Manche in der Fraktion meinten, daß wir für baldige Einberufung des Reichstags eintreten müßten.⁵ Hier hat Stolpers Argumentation aber, für unsere Fraktion wenigstens, gesiegt, daß wir den Reichstag erst dann wieder beisammen haben wollen, wenn er durch den Etat Sachberatungsstoff erhalten hat, denn sonst wird der Reichstag nur eine Schießbude mit hin- und herschwankenden Ministerfiguren, auf die von den Fraktionsschützen mit Erfolg oder Pech geschossen wird. Allerdings würde ich es für gut halten, wenn vor Lausanne der Reichstag wieder zusammenkommt und das Gesicht einer normalen Arbeitsmöglichkeit zeigt, weil in Frankreich, wie ich auch privat höre, jetzt die öffentliche Meinung sehr unter den Druck der angeblich bevorstehenden Generalsdiktatur etc. gesetzt wird. Leider war Groeners Auftreten vor dem Reichstag rednerisch und auch in der Haltung so unzulänglich, daß man weniger von einem Sturz als von einem unfreiwilligen Selbstmord reden muß.⁶

Die württembergische Frage ist von einem der Vorstandsmitglieder zu Ende der Sitzung vorgebracht worden, weil man oft angefragt würde, was eigentlich los sei. Ich gab auf Grund des Studiums des letzten Beobachters ein kurzes Bild der Situation und betonte noch einmal, daß es völlig unsinnig wäre, von Berlin aus mit Erklärungen Stellung zu nehmen. Da der Kollege, der das seinerzeit in

² Vgl. Nr. 199, Anm. 6.

³ Vgl. Nr. 198, Anm. 13.

⁴ Vom 16. 6. bis zum 9. 7. 1932 fand in Lausanne die ursprünglich bereits für Januar 1932 (vgl. Nr. 190, Anm. 10) geplante internationale Reparationskonferenz statt; sie endete mit dem Vertrag von Lausanne, der de facto die deutschen Reparationszahlungen beendete; vgl. SCHULTHESS' 1932, S. 399-414.

⁵ Im Sitzungsregest (wie Anm. 1) nicht überliefert.

⁶ Vgl. Nr. 199, Anm. 6.

⁷ Heuss und August Weber wiesen auf der Vorstandssitzung insbesondere den Vorwurf zurück, der württembergische Landesverband der DStP sei in Separatverhandlungen mit der NSDAP eingetreten; LINKSLIBERALISMUS, S. 712. Über den weiteren Verlauf der Regierungsbildung in Württemberg, die an der Forderung der NSDAP nach den Ämtern des Staatspräsidenten und des Innenministers scheiterte, vgl. das Rundschreiben des württembergischen Landesverbands der DStP vom 26. 5. 1932, in: BArch, N 1221, 57; W. BESSON, Württemberg, S. 253-263. Die Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Bolz blieb bis März 1933 geschäftsführend im Amt.

der Fraktionssitzung gefordert hatte, gestern fehlte, ist dieser Wille nicht weiter verfolgt worden; auch Weber hat für eine beruhigt abwartende Haltung Berlins sich ausgesprochen.⁷ Ich würde bloß dankbar sein, wenn die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollten, daß ich rechtzeitig, wenn auch nur stichwortmäßig Bescheid erhalte, um „im Bilde“ zu bleiben.

Sonst im Augenblick nichts. Morgen Abend habe ich in Rostock eine öffentliche Versammlung⁸ und bin einigermaßen gespannt, wie so etwas jetzt nach den preußischen Landtagswahlen verläuft.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 201

An Otto Debatin, Stuttgart

13. Juni 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

DLA, A: Heuss, 73.4431: ms. Schreiben, Durchschlag, hs. gez.

Parteibildungsprozesse im bürgerlichen Lager

Sehr geehrter Herr Debatin,

freundlichen Dank für Ihren Brief.¹

Was die Parteiendinge anlangt, so sind die Geschichten, die werden wollen, noch nicht ganz durchsichtig. Es laufen zur Zeit die verschiedensten Besprechungen über Parteienneubildung oder Parteienumbildung.² Ich glaube, unser Fraktionsvorsitzender Dr. Weber hat auch wegen dieser Geschichten an Herrn Dr. Robert Bosch geschrieben.³ Aber es will mir noch sehr unklar sein, was dabei herauskommt, weil, soweit ich sehe, die Verhandelnden in den Voraussetzungen und im Ziel nicht einheitlich denken. Solche letzte Einheitlichkeit brauchte ja an sich nicht die Forderung bei Verhandlungen zu sein. Aber wenn ich aus den mannigfachen Berichten über die Konferenzen mir ein Bild machen kann, möchte die eine Gruppe eine bürgerliche Partei stellen, die sich à la suite der Regie-

⁸ Vgl. Nr. 199, Anm. 9.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Anfang Juni fanden Verhandlungen zwischen verschiedenen Splitterparteien der politischen Mitte über ihre Auflösung und die Gründung einer neuen Partei statt. Aufgrund der Forderung der DVP, die DNVP ebenfalls zu beteiligen und eine einseitige Ausrichtung gegen die NSDAP zu vermeiden, zog sich die DStP am 9. 6. 1932 von den Verhandlungen zurück; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 283–288.

³ Ein entsprechender Brief ließ sich im Unternehmensarchiv der Robert Bosch GmbH nicht ermitteln.

rung Papen⁴ und der Nationalsozialisten fühlt. Die andere Gruppe will aus dem Bürgertum das noch herausholen, was sich nicht der Suggestion unterwirft und sich gegen Generalspolitik⁵ und halbsozialistische Experimente wehrt. Die gestrige Verhandlung der Vorstandssitzung der Deutschen Staatspartei, an der von Württemberg Dr. Maier und Hopf teilgenommen haben, ist in der Linie geführt worden, daß man die Verhandlungen mit einer positiven Zielsetzung weiterführt, aber mit der Überlegung, daß nicht die eventuell kommende Neubildung nach rechts festgelegt wird.⁶ Dabei haben die Vorgänge der verschiedenen letzten Wahlen in dem Sinn meinungsbildend gewirkt, daß eine Notkombination von Volkspartei und Wirtschaftspartei, Volkskonservativen und Staatspartei vermutlich ziemlich erfolglos sein müßte, weil das furchtbare taktische Schwanken von Volkspartei und Wirtschaftspartei während der letzten anderthalb Jahre bei allen Länderwahlen der vergangenen Zeit diesen Parteien, auch wo sie einheitlich vorgingen, katastrophale Niederlagen gebracht hat. Man fürchtet, daß, wenn Männer wie Dingeldey und Drewitz sichtbar bleiben sollten, die Geschichte von vornherein mit dem Fluch der Erfolglosigkeit belastet ist. Es sollen deshalb zunächst auch Leute wie der frühere Botschafter Dr. Solf und Dr. Hugo Eckener als Parteigründer bemüht werden. Ich gestehe, daß ich von diesem Start deshalb nicht sehr viel halte, weil bei der heutigen Lage der unpolitische Name die Fantasie der Bevölkerung nicht⁷ allzusehr beschäftigt. Ich kann mich hier täuschen; aber ein bißchen habe ich das Gefühl, daß die Zeit von Exzellenzen als Parteigründer vorbei ist.⁸

Selbstverständlich ist das größte Anliegen, daß bei den kommenden Wahlen,⁹ nicht wie bei den letzten preußischen Wahlen, Hunderttausende von Stimmen verloren gehen.¹⁰ Dietrich verhandelt deshalb, wie ich Ihnen vertraulich mitteilen kann, mit Brüning wegen einer Reichslistenverbindung mit dem Zentrum. Es hat natürlich auch bestimmte Schwierigkeiten in manchen Teilen von Deutschland; aber bei dem vorzugsweise politischen Charakter, den die kommenden

⁴ Nach dem Rücktritt des Kabinetts Brüning am 30. 5. hatte Reichspräsident von Hindenburg Franz von Papen am 1. 6. 1932 zum neuen Reichskanzler berufen.

⁵ Als starker Mann des Kabinetts Papen galt General von Schleicher, der das Reichswehrministerium übernommen hatte.

⁶ Gegen die Mitwirkung der DStP an einer Parteinuugründung, die zur Zusammenarbeit mit der Rechtsopposition bereit sei, sprachen sich vor allem Dietrich, Lemmer, Schreiber und Weber aus; die Sitzung endete mit der Annahme eines entsprechenden Antrags; Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstands der DStP vom 12. 6. 1932, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 717–726.

⁷ In der Vorlage: „die Fantasie der Bevölkerung ins Politisch nicht“.

⁸ Zum weiteren Verlauf des Gründungsversuchs vgl. Nr. 203.

⁹ Am 4. 6. 1932 hatte von Hindenburg auf Grund des Art. 25 der WRV den Reichstag aufgelöst; zwei Tage später wurde der 31. 7. 1932 zum Termin der nächsten Reichstagswahlen bestimmt; RGBl. 1932 I, S. 255, 257.

¹⁰ Vgl. Nr. 198, Anm. 11.

Wahlen haben werden, werden sich, wie ich glaube, manche Bedenken überwinden lassen.¹¹

Die wesentliche Aufgabe des kommenden Reichstags wird, wie mir scheint, der Kampf gegen die wachsende Autarkieromantik sein müssen, die ja den Nationalsozialismus fast völlig aufgefressen hat und in dem neuen Machtanspruch des preußischen Großgrundbesitzes einen sehr starken Vertreter besitzt.

Das ist ein etwas länglicher Brief geworden. Aber indem ich ihn an Sie diktiere, will ich mir über die Situation selber Klarheit verschaffen.

Ich nehme an, daß mich der Juli ja wieder zur Wahlarbeit nach Württemberg führt (bei der bevorstehenden Hitze wahrlich kein Vergnügen),¹² und ich werde dann gern bei Ihnen einmal vorbeikommen und die Unterhaltung fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Th Heuss

Nr. 202

An Friedrich Mück, Tübingen

15. Juni 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 269: ms. Schreiben, Durchschlag

Politische Lage im Reich und in Württemberg

Lieber Freund,

man kann noch nicht sagen, daß in der politischen Lage in Berlin eine Klärung eingetreten wäre. Die Regierung Papen scheint sich ein wenig rückwärts zu konzentrieren, nachdem die psychologisch so falsch angelegte Regierungserklärung daneben gewirkt hat.¹ Papen soll ziemlich unbedeutend sein, Gayl wird ganz gut beurteilt. Über den Ernährungsminister Braun sind mir entgegengesetzte Meinung[en] gesagt worden, die eine, daß er jetzt stur autokratisch vorgehen werde,

¹¹ Die Verhandlungen über eine Listenverbindung mit dem Zentrum scheiterten; die DStP nahm daraufhin Gespräche mit der SPD auf; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 727.

¹² Anlässlich der Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 hielt Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Vaihingen auf den Fildern (9. 7.), Giengen a. d. Brenz (10. 7.), Aalen (11. 7.), Ulm (14. 7.), München (15. 7.), Uhingen (16. 7.), Onstmettingen (17. 7.), Bitz (17. 7.), Biberach (18. 7.), Freudenstadt (19. 7.), Ludwigsburg (20. 7.), Augsburg (21. 7.), Nürnberg (22. 7.), Schwabach (22. 7.), Bad Mergentheim (23. 7.), Bönningheim (24. 7.), Möckmühl (24. 7.), Tübingen (25. 7.), Heidenheim (26. 7.), Schweningen (27. 7.), Feuerbach (28. 7.), Heilbronn (28. 7.) und Reutlingen (30. 7.) ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684; das Konzept seiner Wahlkampfrede, ebd., 27.

¹ Am 4. 6. 1932, dem Tag der Reichstagsauflösung, hatte die Regierung Papen eine Regierungserklärung abgegeben, die die Vorgängerregierung Brüning ungewöhnlich scharf kritisierte; Abdruck, in: SCHULTHESS' 1932, S. 98f.

die andere, daß er persönlich verständig sei, aber freilich schwach gegenüber dem Druck des Reichslandbundes.²

Beim Zentrum scheint man die Auffassung zu haben, daß nach den Wahlen eine kombinierte nationalsozialistische und deutschnationale Regierung zunächst toleriert werden müsse.³ Hitler soll dem Reichspräsidenten gegenüber die Bereitschaft zu einer Koalitionsregierung ausgesprochen und Verzicht auf rein agitatorische Weitertreibung zugesagt haben.⁴ Es wird vermutlich sich um einen Kampf zwischen ihm und seinen Gefolgsleuten handeln, auch um einen Kampf zwischen ihm und Schleicher.⁵ Die kritische Situation wird entstehen, wenn bei einer solchen Machtteilnahme der Druck in der Richtung währungspolitischer Elemente gemacht werden sollte. Immerhin wird Luther, mit dem ich übrigens gestern Abend bei Hamm zusammen war, sich hier sehr wehren.

Die Verhandlungslage in Lausanne hat sich in den letzten Wochen sehr erleichtert.⁶ Tardieu, verstimmt, daß ein Teil seiner Fraktionskollegen bei dem Vertrauensvotum sich der Stimme enthielt, statt gegen Herriot zu votieren, ist aus seiner Gruppe ausgetreten und hat damit die Führung der Opposition aufgegeben.⁷ Dadurch ist Herriot seinen begabtesten Gegenspieler im Augenblick losgeworden.

² Der Reichs-Landbund war die mächtigste politische Interessenvertretung der Landwirtschaft während der Weimarer Republik; politisch stand er den Rechtsparteien nahe und wandte sich seit 1931 schrittweise der NSDAP zu; vgl. S. MERKENICH, *Grüne Front*, S. 300–319.

³ Möglicherweise bezieht sich Heuss hier auf die am 11. 6. 1932 erlassenen Wahlkampfrichtlinien des Reichsgeneralsekretariats des Zentrums, die Kooperationsbereitschaft gegenüber den weiter rechtsstehenden Parteien erkennen ließen; vgl. R. MORSEY, *Deutsche Zentrumsparlei*, S. 310f. Nach den Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 propagierten Teile der Zentrumsführung die Bildung einer parlamentarischen Regierung aus Zentrum und NSDAP; die Verhandlungen hierzu zogen sich bis zur erneuten Auflösung des Reichstags am 12. 9. hin; vgl. ebd., S. 315–321.

⁴ Am 30. 5. 1932, dem Tag der Demission des Kabinetts Brüning, hatte ein Treffen zwischen Hitler und von Hindenburg stattgefunden, über das jedoch strengste Vertraulichkeit vereinbart wurde; vgl. I. KERSHAW, *Hitler 1889–1936*, S. 460f; SCHULTHESS' 1932, S. 93. – Nach einer Aktennotiz aus dem Reichspräsidentenamt hatte Hitler seine Mitwirkung an einer Rechtsregierung in Aussicht gestellt, ohne personelle Forderungen zu erheben. Seine Bedingungen hierfür waren die baldige Neuwahl des Reichstags und die Aufhebung des SA-Verbots; vgl. den Abdruck, in: W. HUBATSCH, *Hindenburg*, S. 321. Laut einer Aufzeichnung aus der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums hatte Hitler von Hindenburg zudem für die Zeit des Wahlkampfes die Tolerierung eines Präsidialkabinetts zugesagt; vgl. den Abdruck, in: TH. VOGELSANG, *Politik Schleichers*, S. 102–104.

⁵ Kurz nach dem Verbot der SA (vgl. Nr. 197, Anm. 6) hatte sich General von Schleicher zweimal mit Hitler getroffen, um Hitlers Unterstützung für ein von Schleicher inspiriertes und auf die Reichswehr gestütztes autoritäres Regimes zu gewinnen. Wie später gegenüber dem Reichspräsidenten (vgl. Anm. 4) verlangte Hitler im Gegenzug für die Tolerierung einer solchen Rechtsregierung baldige Neuwahlen zum Reichstag und die Aufhebung des SA-Verbots; vgl. H. A. WINKLER, *Weimar*, S. 462f.

⁶ Vgl. Nr. 200, Anm. 4; die Reparationskonferenz nahm am 16. 6. 1932 ihre Arbeit auf.

⁷ Die Minderheitsregierung Herriot hatte am 7. 6. 1932 dank zahlreicher Stimmen und Enthaltungen von Abgeordneten der ehemaligen Regierungsparteien eine Vertrauensabstimmung im französischen Parlament überstanden; ANNALES DE LA CHAMBRE DES DÉPUTÉS, 15. Lég., Sess. ord.

Die Franzosen scheinen nach den letzten Verhandlungen mit den Engländern bereit, zunächst einmal auf die Unterscheidung von geschützten und ungeschützten Annuitäten zu verzichten⁸ und in Lausanne einem unbefristeten Moratorium zuzustimmen.⁹ Bis zum Herbst soll dann in ein paar Kommissionen die Geschichte weitergetrieben werden mit der Erwartung, daß eine einheitliche Stellungnahme Europas auf ein aus Wahlüberlegungen herausgekommenes Amerika ansteckend wirke.¹⁰

Am letzten Sonntag war hier Parteivorstand. Es ist im Augenblick wieder Luft für Parteigründungen. Natürlich war auch in der Sitzung die Temperamentslage sehr verschieden, einige Leute bereit, mit der Sammlungsparole loszugehen, andere sehr kritisch, weil eine zu nahe Verbindung mit den Resten von Volkspartei und Wirtschaftspartei die noch einigermaßen vorhandenen staatsparteilichen Bestände auseinandertreibe.¹¹ Ich selber glaube nicht, daß eine gedachte Mittelpartei jetzt improvisiert werden kann. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen so geführt werden sollen, daß man an eine spätere gemeinsame Fraktion denkt und Listen in den Wahlkreisen verbindet bzw., wenn die Reichslistenverbindung mit dem Zentrum nicht gelingt, eine gemeinsame Reichsliste konstruiert. Leider ist Dietrich seit der Auflösung des Parlaments¹² mehr in Wildgutach als in Berlin, auch im Augenblick wieder, um sich zu erholen. Dadurch fehlt es an Verhandlungssicherheit; zumal Weber, wie mir scheint, im Augenblick nicht genau weiß, wie er in Vertretung von Dietrich verhandeln soll. Ich glaube nicht, daß eine neufirmierte Partei ohne Vorbereitung heute über die politisch intellektuelle Schicht hinaus Leute interessiert. Vor allem scheint mir, daß Honoratioren wie Solf und Eckener an Gewicht verloren haben. Eckener soll sich, wie ich gestern abend hörte, auch wieder von dem Beruf des Parteigründers zurückgezogen haben.¹³ Ich habe für meine Person hier immer gewarnt, seine Aktion ernst zu

1932/II, S. 2236–2256. Der ehemalige Ministerpräsident André Tardieu hatte daraufhin am 9. 6. eine eigene Parlamentsfraktion gebildet; vgl. SCHULTHESS' 1932, S. 296f.

⁸ Die im Youngplan vereinbarten Reparationleistungen Deutschlands bestanden aus ungeschützten, d. h. auf jeden Fall zu zahlenden Annuitäten in Höhe von 660 Millionen Reichsmark und geschützten, d. h. auf Antrag der Reichsregierung aufschiebbaren Annuitäten; RGBI. 1930 II, S. 430–438.

⁹ Am 11. 6. 1932 war der britische Premierminister James Ramsay MacDonald, begleitet von Außenminister Sir John Allsebrook Simon, zur Vorbereitung der Konferenz von Lausanne nach Paris gereist und hatte dort die Zustimmung Herriots zu einem unbegrenzten Moratorium für Reparationszahlungen erwirkt; vgl. PH. HEYDE, Ende, S. 404.

¹⁰ Am 9. 11. 1932 wurde in den USA ein neuer Präsident gewählt; der Wahlkampf wurde am 31. 7. mit einer Rede des demokratischen Herausforderers Franklin D. Roosevelt eröffnet; vgl. SCHULTHESS' 1932, 367.

¹¹ Vgl. 201, Anm. 6.

¹² Vgl. Anm. 1.

¹³ Nachdem die geplante Parteinuigründung durch das vorzeitige Ausscheiden der DStP zu einer Sonderaktion der DVP geworden war, zog sich Eckener am 13. 6. 1932 von dem Projekt zurück; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 289; zu der Besprechung am 14. 6. vgl. Nr. 203.

nehmen, weil er ja doch so oder so auf Subventionen angewiesen ist und sich mit allen Regierungen [gut] stellen muß.

Mit Maier und Hopf habe ich die württembergische Lage besprochen. Maier sagt, daß er nicht mit mir in Konkurrenz treten wolle, da er mit Ministerium, Landtag, Reichsrat Arbeit genug hat und auch gesundheitlich nicht sich sehr sicher fühle. Es sei nur damit zu rechnen, daß aus mittelständlerischen Kreisen wieder die Frage komme, ob der Wahlkreis als solcher mit mir gehalten werden könne. Ich vermag nicht recht zu beurteilen, ob und wie weit die pessimistische Gesamtbewertung erlaubt ist. Die Gefahr liegt natürlich darin, daß manche Leute sich sagen werden, daß das rein Bekenntnismäßige der Stimmabgabe etwas Fragwürdiges <ist>¹⁴, wenn doch nur eine kleine Gruppe zu erwarten. Es wird nicht ganz leicht sein, die Argumentation so zu führen, daß der Wähler begreift, daß in diesem Reichstag kleine Gruppen zur Schlüsselstellung kommen können. Aber ich halte es für möglich, daß die nächsten Wochen noch allerhand an neuen taktischen Fragen heraufführen. Hopf meint, daß ich von dem Vertretertag als solchem glatt wieder aufgestellt würde.¹⁵ Er möchte aber eigentlich eine Diskussion vermieden wissen, bei wem die größere Chance des Behauptens des Mandats liege. Was Bruckmann für eine Meinung hat, weiß ich nicht. Er hat, wie ich fürchte, mir gegenüber seit der Auseinandersetzung vor zwei Jahren etwas die Unbefangenheit verloren.¹⁶ Die Unterhaltung mit Maier hier verlief durchaus loyal. An sich würde ich annehmen, daß ich zwar die Stimmen etwa im Schwarzwaldkreis nicht halten kann, aber aus Tübingen, Ludwigsburg und ähnlichen Plätzen etwas mehr Stimmen herausholen werde, und auch Bruckmann.¹⁷ Auch würde ich für richtig halten, wenn Dietrich an den paar Stellen in Württemberg und ich in einigen badischen Städten sichtbar werden. Vermutlich wird der Wahlkampf auf vierzehn Tage bis höchstens drei Wochen eingeschränkt. Es ist die blödsinnigste Zeit, was allerdings für alle Parteien gilt.

Rede doch einmal gelegentlich mit Scheef, wie er die Gesamtlage bewertet.¹⁸

Elly buchstabiert zur Zeit an Reiseplänen für den Juli. Mitte Juli muß sie an einem internationalen Kongreßlein in Frankfurt teilnehmen (um nachher darüber im Radio zu tönen).¹⁹ Sie will bei dieser Gelegenheit auch einige Besuche in

¹⁴ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

¹⁵ Vgl. Nr. 203, Anm. 12.

¹⁶ Vermutlich spielt Heuss hier auf seine Kritik an Bruckmanns Vorgehen beim überraschenden Eintritt der württembergischen DDP in die Regierung im Januar 1930 an; vgl. Nr. 150.

¹⁷ Vermutlich gemeint: „und ähnlich viel wie Bruckmann“; vgl. Nr. 205.

¹⁸ In seiner Antwort äußerte sich Mück positiv zu den Wahlchancen von Heuss in Württemberg und versprach, sich darüber gelegentlich mit Scheef auszutauschen; Mück an Heuss, 17. 6. 1932, in: BArch, N 1221, 648.

¹⁹ Vom 10. bis 14. 7. 1932 fand in Frankfurt a. M. die Zweite Internationale Konferenz für Soziale Arbeit statt, an der Heuss-Knapp als Berichterstatterin für den Rundfunk teilnahm; vgl. E. HEUSS-KNAPP, Bürgerin, S. 370.

Baden und Württemberg, vielleicht auch Bayern, absolvieren und rechnet sehr damit, auch bei Euch bei dieser Gelegenheit vorzusprechen. Hoffentlich trifft Dich dieser Brief bei guter Stimmung an. Stenographiere mir doch wieder einiges.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 203

An Albert Hopf, Stuttgart

17. Juni 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 75: ms. Schreiben, Durchschlag

Zwischenparteiliche Gespräche über ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien

Lieber Freund,

gestern Nachmittag hatten wir Sitzung des geschäftsführenden Vorstands,¹ aus dem sich über den Stand der Dinge Folgendes ergab: Die von Solf, Wildhagen, Eckener einberufene „Versammlung“ am Dienstag abend war offenbar eine totale Pleite. Von unserer Seite waren Reinhold, Lüders und einige [andere] als beobachtende Gäste dort, entsprechend auch einige Leute von Wirtschaftspartei und Volkspartei bei starker Zurückhaltung der eigentlichen Parteileute. Eckener lief weg, Solf scheint nach der Veranstaltung sich zum Rückzug entschlossen zu haben. Es wurde ein Komitee eingesetzt, das weitere Besprechungen veranlassen soll, aber niemand glaubt ernsthaft, daß dabei etwas herauskommt.²

Die Erklärung, die am Mittwoch die Geschäftsstelle herausgab von dem alleinigen Vorgehen der Staatspartei,³ erschien mir etwas zu forsch im Ton, und ich habe das gestern auch in der Sitzung vorgebracht,⁴ weil Nuschke und Rönne-

¹ Regest der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der DStP vom 16. 6. 1932, in: LINKS-LIBERALISMUS, S. 726f; das vollständige Protokoll in: BArch, R 45 III, 52.

² Am 14. 6. 1932 hatte in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ eine Beratung über die von der DVP forcierte Bildung einer Mittelpartei stattgefunden; als einziges Ergebnis wurde ein sechsköpfiger Arbeitsausschuss gebildet, aus dem sich Solf bereits einen Tag später zurückzog; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 289f.

³ Darin heißt es u. a.: „Die Deutsche Staatspartei hat auf der Sitzung ihres Gesamtvorstandes am Sonntag offen und klar die Voraussetzungen gekennzeichnet, unter denen sie eine kraftvolle Zusammenfassung der verfassungstreuen Mitte unterstützen würde. Leider sind alle Sammlungsbestrebungen in dieser Richtung gescheitert. Jetzt bleibt nur noch die Sammlung in der Deutschen Staatspartei, die als einzige intakte Mittelpartei verpflichtet und entschlossen ist, den Wahlkampf im ganzen Reich mit aller Kraft aufzunehmen.“ Abdruck, in: VZ, Nr. 287, 16. 6. 1932.

⁴ Die Wortmeldung von Heuss ist im Protokoll der Sitzung (wie Anm. 1) nicht überliefert.

burg, der als stellvertretender Vorsitzender fungiert, in diesen Dingen wohl etwas zu sehr den starken Mann markieren. Weber scheint sich vom Verhandeln zurückgezogen zu haben. Dietrich hat vor seiner Abreise zum Glück Meyer als Vertreter in die Verhandlungen eingeschaltet, der besonnener und klüger ist, als Rönneburg und Lüders seinerzeit zu stellvertretenden Vorsitzenden gemacht worden waren.

Gestern haben nun halb private weitere Besprechungen stattgefunden, zu denen Drewitz (Wirtschaftspartei) einlud, an denen von der Volkspartei Kardorff, Cremer, von uns Meyer und Schreiber teilnahmen und sozusagen als Ehrengast Solf, der sich von Dingeldey hereingelegt fühlt.⁵ Bei dieser Unterhaltung ergab sich, daß Dingeldey von der Einladungsliste zum Dienstag die Leute seines linken Flügels selber gestrichen hatte, worüber bei denen natürlich Wut. Auch Drewitz gab Erklärungen ab, daß für die Wirtschaftspartei eine isolierte Cooperation mit der Volkspartei nicht in Frage käme. Die Auffassung scheint dort nicht ganz einheitlich. Man verblieb in dieser Sitzung, die zunächst nur ein Nichtabweisen der Palawer bedeutete, in der Richtung, daß Anfang der nächsten Woche die Unterhandlungen fortgeführt werden. Am Sonntag tritt ein Parteiausschuß der Volkspartei hier zusammen, dessen Verlauf zunächst abgewartet werden soll. Es wird damit gerechnet, daß Dingeldey den Parteiapparat in der Hand behalten wird (das liegt offenbar in der organisatorischen Konstruktion der Partei), daß aber der ganz tiefe Riß nicht überbrückt werden kann.⁶

Ich plädierte in der Vorstandssitzung in der Richtung, daß die Staatspartei jetzt sehr die Tore offen hält und in Wahlkreisen, in denen Wirtschaftspartei oder Volkspartei das letzte Mal noch starke Bestände hatten, mit Einzelpersonen verhandelt und eventuell Listengemeinschaft herbeiführt. (Es kommen etwa Sachsen und das Rheinland in Frage.) Wenn, wie teilweise angenommen wird, bei der Volkspartei Selbständigkeit und Listenverbindung mit den Deutschnationalen betrieben werden sollte,⁷ so ist natürlich damit zu rechnen, daß große Teile der altliberalen Bestände den Anschluß bei uns finden. Ich habe in diesem Sinn nach Sachsen geschrieben,⁸ wo ja mit Antiautarkie eine gemeinsame Plattform leicht

⁵ Am 16. 6. 1932 hatte ein Treffen zwischen der DStP, der WP und Vertretern des linken Flügels der DVP stattgefunden, um die Möglichkeit von Listenverbindungen auf Wahlkreisebene auszuloten; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 290; vgl. auch den von Schreiber verfassten Bericht über das Treffen, in: BArch, N 1004, 224.

⁶ Vgl. den Zeitungsbericht über die Sitzung des Zentralvorstandes der DVP vom 19. 6. 1932, in: NATIONALLIBERALISMUS, zweiter Halbbd., S. 1209–1216. Danach zog Dingeldey in seiner Rede einen scharfen Trennungsstrich zwischen der DVP und den Parteien der „Weimarer Koalition“ und hielt einen Zusammenschluss des Bürgertums nur unter Beteiligung der DNVP für möglich. Die DVP müsse deshalb im kommenden Reichstagswahlkampf eigenständig vorgehen. Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder billigte den Kurs Dingeldeys.

⁷ DVP und DNVP vereinbarten am 2. 7. 1932 eine Verbindung ihrer Reichswahlvorschläge; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 291; NATIONALLIBERALISMUS, zweiter Halbbd., S. 1216, Anm. 16.

⁸ Heuss an Külz, 15. 6. 1932, in: BArch, N 1042, 17.

erreichbar ist. Es ist auch in Aussicht genommen, mit einigen Leuten der Wirtschaftspartei, die als tüchtig und unbelastet gelten, private Verbindung zu suchen; dabei glaubt man den relativ besseren Erfolg der Staatspartei bei den verschiedenen letzten Landtagswahlen psychologisch als Lockung einsetzen zu können. Über die Verhandlungen Dietrich-Zentrum ist auf Dietrichs Wunsch Näheres nicht mitgeteilt,⁹ doch scheinen sie [nicht] günstig zu stehen. Das Zentrum will offenbar in seinen Verhandlungen mit Bayern nicht irgendwie präjudiziert werden.¹⁰ Dietrich wird hier erst am 2. Juli zurückerwartet.

Die Vorstandssitzung ergab sonst nicht sehr viel Neues. Einige wollten gleich Kandidatenaufstellung vorbereiten, aber Meyer und ich huften etwas zurück. Es wurde nur im Grundsätzlichen diskutiert, daß, wenn man an den Neuaufbau der Mitte nach den Wahlen ernsthaft glaube, einige neue Gesichter in der Fraktion erwünscht sein müßten und eine gewisse Freizügigkeit der Abgeordneten für die Agitation in den Wahlkreisen, die zunächst ohne Vertretung bleiben werden (von diesem Gesichtspunkt aus wurden Bedenken gegen eine erneute Kandidatur Petersen und Külz u. s. f. gemeldet, die beruflich zu sehr lokal gebunden sein würden).¹¹

Das ist über die augenblickliche Lage wohl das Wichtigste, was ich mitzuteilen habe. Die Bemerkungen über die privaten zwischenparteilichen Besprechungen gestern müssen natürlich ganz vertraulich behandelt werden, sind in der Hauptsache also nur für Dich, Reinhold Maier und Bruckmann bestimmt. Denn es muß vermieden werden, daß diese Unterhaltungen von irgend einer Seite aus ins Gerede kommen. Wann glaubst Du, daß die württembergische Kandidatenfrage zur formalen Klärung gebracht werden kann?¹² Es liegt mir persönlich, auch aus einem beruflichen Grund, daran, daß ich womöglich bis zum Ende dieses Monats weiß, wie ich dran bin, weil ich je nachdem meine Vorlesungen zusammenstraffen muß, um den angekündigten historischen und theoretischen Stoff unter Ausfall der beiden letzten Wochen bis zum Schluß völlig absolvieren zu können.¹³

Am letzten Dienstag früh war ich wegen des Wetters etwas in Sorge für Deine Fliegerei; aber am Nachmittag ist es ja dann wieder schön gewesen, und ich habe

⁹ Vgl. Nr. 201.

¹⁰ Nach dem Sturz Brüning's hatten fränkische Kreise die Frage eines Zusammenschlusses von Zentrum und BVP aufgeworfen, waren damit aber auf die Ablehnung der Parteiführung der BVP gestoßen; vgl. K. SCHWEND, Bayerische Volkspartei, S. 466.

¹¹ Eine entsprechende Diskussion ist im Regest der Sitzung (wie Anm. 1) nicht enthalten.

¹² Der Vertretertag des württembergischen Landesverbandes der DStP bestimmte Heuss am 2. 7. zu seinem Spitzenkandidat für die Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932; vgl. SNT, Nr. 305, 4. 7. 1932.

¹³ Im Sommerhalbjahr 1932 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung „Geschichte der deutschen Innenpolitik (1871–1914)“; HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1932, S. 10.

Dir einige Neidgefühle nachgesandt. Hoffentlich hast Du Dich von Deiner Berliner Erkältung rasch völlig erholt.

Mit herzlichem Gruß
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 204

An Ernst Ludwig Heuss, [Heidelberg]

22. Juni 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

FA Heuss, Basel: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹
Latinum von Ernst Ludwig Heuss; Beurteilung der Regierung von Papen; politische Taktik der NSDAP

Lieber Bub,

schönen Dank für Deinen Brief. Die Geschichte mit dem Latinum ist ja nun ein ziemlicher Leim. Es ist sehr schwer, Dir einen Rat zu geben. In den Ovid kann man sich nicht aus dem Handgelenk hereinstürzen, und mir ist zweifelhaft, ob die Übersetzung aus dem Deutschen ins Lateinische in sechs Wochen als Sprachformvorstellung erreichbar.² Ob Du an das Latinum bei der Sachlage herangehen sollst, kann eigentlich nur jemand beurteilen, dem Du einmal solche Probearbeit gemacht hast; also vielleicht Dein cand. phil. Sonst scheint mir das Gemäße zu sein, daß Du durch einen Deiner Berliner Freunde feststellen läßt, ob diese Erschwerung des kleinen Latinums nun auch in Preußen Platz ergriffen hat. Sonst könntest Du den Versuch machen, eventuell Ende dieses Semesters noch in Frankfurt die Geschichte zu erledigen oder Ende der großen Ferien noch³ einmal hier die Geschichte zu riskieren. Das ist ja ziemlich langweilig, daß Du diese Geschichte durch Deine blühende Jugend mitherumtragen mußt.⁴ Würde ich Talent zum Moralpauken haben, so würde ich schön schreiben, daß ich Dir die Sache ungefähr vor zehn Jahren beschrieben habe. Es kommt natürlich mit darauf an, wie Du Dir Deine Ferien vorstellst, ob Du schon an den Repetitor heranwillst

¹ Eingangsstempel vom 23. 6. 1932.

² Ernst Ludwig Heuss an seine Eltern, 20. 6. 1932, in: FA Heuss, Basel. In seinem Brief hatte Ernst Ludwig Heuss berichtet, dass in Baden die erforderlichen Kenntnisse zum Bestehen des kleinen Latinums verschärft worden seien und u. a. die Lektüre von Ovid und eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Lateinische vorsähen.

³ Von hier bis zum Ende des nächsten Satzes rechte Randanstreichung durch Empfänger.

⁴ In der Vorlage: „daß Du Dich mit dieser Geschichte durch Deine blühende Jugend mitherumtragen mußt.“

und was sonst geplant wird. (Nächstes Semester etc.) Die Entscheidungen werden natürlich zum Teil auch davon abhängen, wie mein eigenes Schicksal sich vor dem und an dem 31. Juli gestaltet.⁵

Die Überweisung der Rm. 10,-- an Dein Heidelberger Konto hat Dir die Mutter angekündigt, ohne Lotti oder mir davon Kenntnis zu geben; deshalb die Nichtüberweisung, sie wird jetzt nachgeholt.

In der Beurteilung des Regiments Papen scheint Bergsträsser sich auf der Jäckhschen Linie zu halten, der in der vorangegangenen Woche mit Papen, Neurath und Planck die Dinge durchgesprochen hat und sie ähnlich sieht, wie sie von Kircher am Sonntag in seinem großen Aufsatz beschrieben wurden.⁶ Ich sehe die Dinge einigermaßen etwas kritischer, weil ich die populären Kräfte der Nazis für dynamisch stärker halte als die bürokratischen Abwehrkräfte, denen im Augenblick die volkpsychologische Basis fehlt. Das Spielen mit dem Einsatz der Reichswehr halte ich für eine sachlich ungeheuer gefährliche Geschichte;⁷ denn die Reichswehr mit politischer Machtentscheidung im Innern zu belasten, bedeutet die seelische Lähmung ihrer Stellung. Nun, wir werden ja sehen, wie in den nächsten Tagen die Kraftproben sich weiter abspielen. Heute ist unzweifelhaft die Taktik der Nazi in Preußen, in der einen Stunde von der kommenden Machtübernahme oder Machtteilnahme zu sprechen, in der anderen Stunde durch Provokationen beim gedachten oder möglichen Partner die Voraussetzungen zu zerstören.⁸

Zu Hause gehen die Dinge wie gewohnt. Lotti⁹ wirkt ansteckend und wir haben alles zu tun, daß auch Anna sich ihr Haar nicht abschneiden läßt. Fräulein Golentz optiert nach wie vor für Tugend.

Herzliche Grüße
Dein Vater

Theodor Heuss

⁵ Am 31. 7. 1932 fanden die Reichstagswahlen statt.

⁶ R[UDOLF] K[IRCHER]: Auf neuem Wege ..., in: FZ, Nr. 451/452, 19. 6. 1932. Kircher sah für die neue Regierung eine realistische Möglichkeit, nach den Reichstagswahlen die NSDAP zur Mitarbeit heranzuziehen und damit zur parlamentarischen Regierungsform zurückzukehren.

⁷ Vermutlich bezieht sich Heuss auf die Drohung des Reichswehrministers von Schleicher, die von der Regierung gewünschte Lockerung des SA-Verbots in den widerstrebenden süddeutschen Ländern notfalls durch die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes zu erzwingen. In verschiedenen Zeitungen wurde ferner das haltlose Gerücht kolportiert, Bayern plane die Vereidigung der 7. Division auf die Staatsregierung, was einen Einsatz der Reichswehr erforderlich mache; vgl. AdR Papen, Bd. 1, S. 105; TH. VOGELSANG, Reichswehr, S. 218–220.

⁸ Seit Ende Mai fanden in Preußen Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum über eine Regierungsbildung statt, die wiederholt an überzogenen Forderungen bzw. Provokationen der NSDAP scheiterten. So hatte der nationalsozialistische Landtagspräsident Hanns Kerrl am 21. 6. 1932 das Zentrum aufgefordert, einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu wählen, ohne dass zuvor ein Regierungsprogramm oder eine Kabinettsliste vereinbart worden wäre; vgl. H. HÖMIG, Preußisches Zentrum, S. 260–263.

⁹ Charlotte Kaempffer.

Nr. 205

An Willy Dürr, Heilbronn am Neckar

24. Juni 1932; Berlin NW 7

BArch, N 1221, 55: ms. Schreiben, Durchschlag; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“
Chancen für eine Spitzenkandidatur „Heuss“ in Württemberg

Persönlich!

Lieber Freund,

herzlichen Dank für Deinen eingehenden Brief, der mir sehr interessant gewesen ist.¹ Ich übersehe die Taktik von Hopf nicht völlig. Er hat mir neulich vorgetragen, daß eine Reihe der württembergischen Parteifreunde die Aussichten, das Mandat zu halten, sehr skeptisch betrachtet; vor allem nannte er mir einige der Stuttgarter Handwerker, Schwarz, Stöckele (den ich nicht kenne). In diesen Kreisen sei die Auffassung, daß das Mandat nur durch Maier gehalten werden könne. Einer ähnlichen Auffassung sei er auch im Schwarzwald begegnet. In den 60.000 Stimmen der Landtagswahl stecken sehr viel Personalstimmen, die Mauthe, Bruckmann und Maier, aber nicht der Partei gegeben worden seien. Es ist damit zu rechnen, daß die Frage eines Wechsels der Kandidatur auf dem Vertretertag drankäme. Auf der anderen Seite sei natürlich in der Partei die Meinung, daß ich dem Reichstag wohl anstünde, und es werde wohl anerkannt, daß ich in der Berichterstattung meine Pflicht getan habe, so daß ich gesichert sein müsse.

Maier hat sich mit mir auch über die Frage unterhalten und gesagt, er habe von sich aus nicht die Absicht, mir als Gegenbewerber entgegenzutreten. Er hat ja an sich mit seinem Amt viel Arbeit und fühle sich auch gesundheitlich eigentlich nicht leistungsfähig. Aber es sei damit zu rechnen, daß die Kandidatenfrage aufgeworfen werde, und wir müssen sie so lösen, daß keine Spannung in der Partei eintrete.

Ich habe beiden gesagt, daß ich nicht in der Lage sei, die Aussichtsberechnungen im Einzelnen überprüfen zu können. Ich würde annehmen, daß ganz gewiß Mauthe und auch Maier in bestimmten Kreisen ihren Personalanhang haben. Die Personalstimmen Bruckmann würde ich glauben, weitgehend auch im Unterland zu besitzen. Aus Ludwigsburg und vor allem Tübingen würde ich mir zutrauen, mehr Stimmen herauszuholen, als bei den letzten Wahlen abgegeben wurden. Ich würde aber meinen Anspruch auf das Mandat an sich aufrechterhalten, da ich auch meine berufliche Tätigkeit weitgehend auf die Kombination von

¹ In seinem Brief hatte Dürr über einen Besuch von Hopf berichtet, der eine Reichstagskandidatur von Maier derjenigen von Heuss vorziehe; Dürr an Heuss, 22. 6. 1932, in: BArch, N 1221, 55.

Lehramt, Publizistik und politischer Wirksamkeit aufgebaut habe. (Ich habe wiederholt in den letzten Jahren die Möglichkeiten akademischer Berufungen abgeschoben, weil sie mit einer Resignation innenpolitischer Betätigung verbunden gewesen wären.)²

Was Bruckmann für eine Stellung in der Frage einnimmt, ist mir nicht deutlich und ist mir auch aus Hopfs Meinungsäußerungen nicht klar geworden. Ich nehme an, daß ich Bruckmann in der nächsten Woche bei einer Werkbundvorstandssitzung³ sehe und dann einmal sprechen kann. Wegen des Termins des Vertretertages habe ich von mir aus natürlich auch für eine relativ frühe Entscheidung plädiert, vor allem weil ich mich mit dem Ablauf meiner Vorlesungen danach einrichten muß. Da Maier von Berlin zur Erholung nach Arosa fuhr, ist offenbar der ursprünglich in Aussicht genommene 25. fallen gelassen worden und erst der kommende Samstag in Aussicht genommen.⁴

Ich habe nach der Unterhaltung mit Hopf Fühlung mit Ulrich Zeller in Ludwigsburg und Ernst Mayer-Ebingen genommen und sie um ihre Beurteilung der Lage gebeten.⁵ Sie haben mir beide geschrieben, daß sie ein Doppelmandat von Reinhold Maier für eine Unmöglichkeit und meine erneute Kandidatur und auch Wiederwahl für eine Selbstverständlichkeit halten. Ernst Mayer hatte schon in seinem Bezirk vor meinem Brief gewisse Erhebungen über die Stimmung gemacht und festgestellt, daß dort eigentlich fast geschlossen die Meinung für mich sei. Die Leute haben halt nicht vergessen, daß ich Ihnen in den letzten Jahren immer, wann sie es gefordert haben, gute Versammlungen hingelegt habe. Nach einer neuerlichen Nachricht von Mayer sollen auch Mauthe und Moosmann meine erneute Kandidatur für gegeben ansehen.⁶

Leider ist hier in Berlin auf einmal, woher weiß ich nicht, die Legende in der Partei entstanden, daß ich nicht mehr in Württemberg aufgestellt würde. Das hat schon zur Folge gehabt, daß andere, aber freilich zweifelhafte Wahlkreise sich an mich wandten und daß a[uch] in der Reichsgeschäftsstelle die Sorge ausgebrochen ist, ich würde der Partei als Arbeitskraft verloren gehen. Mich konnte man zwischen Aachen und Königsberg, zwischen Bremen und München redne-

² Vgl. Nr. 155.

³ Die Sitzung des Vorstands des Deutschen Werkbundes fand am 28. 6. 1932 in Berlin statt und offenbarte heftige Feindseligkeiten und Missstimmungen innerhalb der Führung des Deutschen Werkbundes; vgl. J. CAMPBELL, S. 305, Anm. 96.

⁴ Vgl. Nr. 203, Anm. 12.

⁵ Heuss an Zeller, 14. 6. 1932, in: DLA, A: Heuss, 73.4228–4230; Heuss an Ernst Mayer, 14. 6. 1932, in: BArch, N 1221, 59.

⁶ Zeller an Heuss, 18. 6. 1932, in: BArch, N 1221, 61; bzw. Ernst Mayer an Heuss, 16. 6. und 20. 6. 1932, ebd., 59. Franz Moosmann schrieb nochmals separat an Heuss und versicherte ihm seine Unterstützung: „Wir Schwarzwälder halten an unserm Dr. Heuss fest, darauf können Sie sich stützen.“ Moosmann an Heuss, 26. 6. 1932, ebd. Unterstützung erhielt Heuss ferner von Emil Roth von der Ortsgruppe Reutlingen; Roth an Heuss, 28. 6. 1932, ebd.

risch einsetzen, was im Augenblick mit nur sehr wenig Leuten der Fall ist. Bei Maier sieht man hier stärker die durch sein Amt gegebene bezirkliche und zeitliche Gebundenheit, glaubt auch nicht an seine rednerische Leichtigkeit und wünscht selbstverständlich für diese schwere Durchgangszeit einer freiheitlichen bürgerlichen Auffassung ein paar Kräfte, die im ganzen Reich für Erhaltung und Werbung verfügbar sind und keine Angst haben. Ich schreibe dies nur an Dich, denn Wünsche von Berlin können ja heute gegenteilig wirken. Ich fürchte ja, daß das Argument, ich sei ein „Berliner“ geworden, auf manchen Eindruck machen kann. Aber so gegeben die süddeutsche Front gegen Ostpreußen psychologisch jetzt erscheint, so dürfen wir uns natürlich nicht innerhalb der Partei zum Opfer einer partikularistischen Grundhaltung machen wollen.

Du hast ganz recht, daß es eigentlich eine gewisse verkrampfte Geschichte ist, etwa Handwerkergegnungen gegen mich ausspielen zu wollen. Ich glaube persönlich in meiner Lebensführung wie auch in meiner politischen Stellungnahme niemals mit dem Grattel des Akademikers aufgetreten zu sein, und wenn ich bei meinen Reden nicht so sehr den Katalog der Einzelinteressen darzubieten versuche, sondern ein politisches Gesamtbild zu zeigen, so entspricht das doch in einigem der Tradition, zu der wir uns im allgemeinen bekennen und verpflichtet fühlen. Es wäre mir lieb, wenn, falls es zu einer Diskussion auf dem Vertretertag kommt, klargestellt würde, vielleicht gerade von mittelständlerischer Seite her, daß diese Argumentation an den Tatbeständen vorbeigeht.

Falls Ihr eine Vorstandssitzung in Heilbronn gehabt habt und Bruckmann an ihr beteiligt war, würde es mir nicht unerwünscht sein, wenn Du mir vor Dienstag mit ein paar Zeilen Bescheid geben könntest.⁷

Bei der Agitation stelle ich es mir so vor, daß ich dieses Mal sicher an den Kurorten Mergentheim, Freudenstadt, Wildbad rede; außerdem sicher in Ludwigsburg und Tübingen,⁸ daß wir aber sonst auch ein paar auswärtige Redner im Austausch nach Württemberg bringen, weil ja Maier und ich die größeren Plätze im letzten halben Jahr wohl alle besucht haben und eine gewisse Rednerauffrischung bei der kurzen Folge der Wahlen erwünscht sein muß.

Mit dankbaren Grüßen
wie immer
Dein

[Theodor Heuss]

⁷ Vgl. Dürr an Heuss, 27. 6. 1932, in: BArch, N 1221, 55. Danach habe die Heilbronner Ortsgruppe beschlossen, vom Parteivorstand eine Kandidatur von Heuss an erster Stelle zu fordern, ohne dass es „zu einer die einheitliche Schlagkraft der Partei lähmenden Auseinandersetzung auf dem Vertretertag“ komme. Nach Aussage von Dürr sei die Haltung von Bruckmann allerdings „nicht ganz durchsichtig“ gewesen.

⁸ Zu den Wahlkampfauftritten von Heuss vgl. Nr. 201, Anm. 12.

Nr. 206

An Dr. Otto Meißner, Berlin

29. Juni 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 87: ms. Schreiben, Durchschlag

Verfassungsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

Jäckh hat mir erzählt, daß Sie überlegen, Ihre Vorträge über das Amt und die Funktionen des Reichspräsidenten zu veröffentlichen. Darf ich mir erlauben, zu Ihren Ausführungen am letzten Freitag ein paar ergänzende Hinweise zu machen, um so mehr als es mir nicht möglich ist, auch die zweite Vorlesung anzuhören:¹ ich muß am Freitag wegen eines Parteitages nach Stuttgart fahren.²

Ich glaube, es ließen sich neben den Beispielen, die Sie gaben, noch ein paar andere, zum Teil früher liegende anführen, in denen der Versuch der Distanzierung zwischen Reichspräsidium und Reichstag deutlich wird. Wenn ich die geschichtliche Entwicklung richtig beurteile, so liegen schon bei Ebert entsprechende Versuche vor. Man kann sie als in der Abwehr parteigetönt sehen, aber sie haben doch symptomatische Bedeutung.

In Ihrer Vorlesung haben Sie darauf hingewiesen, daß Hindenburg im Sommer 1928 seine Prärogative bei der Kabinettsbildung in einer Kundgebung festgestellt hat.³ Ich habe mich, als Sie dies vortrugen, an folgenden Vorgang erinnert, den ich im Augenblick nicht genau fixieren kann, der aber wohl im Herbst 1923 (vielleicht auch 1922) sich ereignet hat. Damals hatte die deutschnationale Fraktion, unter Führung von Excellenz Hergt, an den Reichspräsidenten Ebert einen Brief geschrieben, daß nach den Gesetzen des Parlamentarismus jetzt [der] stärksten Oppositionsfraktion die Aufgabe der Regierungsbildung zufalle. Ebert hat diesen Anspruch mit sehr starkem Nachdruck zurückgewiesen und das Recht seiner freien Entscheidung auf Grund der Verfassung betont.⁴

¹ Seit dem Sommerhalbjahr 1932 veranstaltete die Deutsche Hochschule für Politik eine Vortragsreihe „Politik in der Praxis“, die von Meißner mit zwei Vorträgen über „Stellung und Funktion des Reichspräsidenten in der Staatspraxis“ eröffnet worden war; HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1932/33, S. 18.

² In Stuttgart fand am 2. 7. 1932 der Vertretertag des württembergischen Landesverbands der DStP statt, der Heuss erneut zum württembergischen Spitzenkandidaten bestimmte; vgl. SNT, Nr. 305, 4. 7. 1932.

³ Amtliche Mitteilung über die Neubildung der Reichsregierung vom 27. 6. 1928; Abdruck, in: E. R. HUBER, Dokumente 4, S. 438. Darin lehnt es von Hindenburg ab, „in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts besondere Vorschriften machen zu lassen“.

⁴ Oskar Hergt an Ebert, 29. 11. 1923; bzw. Ebert an Hergt, 29. 11. 1923, in: BArch, R 601, 399; der Briefwechsel wurde durch Wolff's Telegraphisches Büro der Presse zur Verfügung gestellt. –

Die Frage, ob der Reichspräsident beim Auftrag der Regierungsbildung dem in Aussicht genommenen Kanzler eine bestimmte Marschroute erteilen kann, ist, wenn ich die Dinge richtig in der Erinnerung habe, zum ersten Mal praktisch geworden nicht im Januar 1927,⁵ sondern bereits im Januar 1926 (und damals schon publizistisch etwas umstritten, wie mir scheint, zu Unrecht umstritten). Damals hatte Koch-Weser den „begrenzten“ Auftrag zur Bildung eines Kabinetts einer sogenannten großen Koalition erhalten. Er ist an den psychologischen Gegensätzen zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie bei dem Versuch gescheitert, und er hat den Auftrag dann zurückgegeben, da er ihm nur für diese Koalition gegeben war.⁶

Ich weiß nicht, ob Sie das Problem der nicht gezeichneten politischen Kundgebungen des Reichspräsidenten behandeln werden. Sie sind ganz sicher ein interessantes politisches und staatsrechtliches Problem. Ich denke jetzt an Fragen wie Stellungnahme zur Fürstenenteignung,⁷ wie Hindenburgs Brief an Hermann Müller wegen Osthilfe und ähnliches.⁸ Auch würde es mir lockend erscheinen, den Unterschied zwischen Ermächtigungsgesetz und Legislative des Art. 48 zu untersuchen.⁹

Diese Position Eberts wurde auch von Heuss geteilt; vgl. J. C. HESS, Theodor Heuss, S. 119–123, insbes. S. 120.

⁵ Reichspräsident von Hindenburg hatte Marx am 20. 1. 1927 mit der „Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien“ beauftragt, zit. n. AdR Marx III und IV, Bd. 1, S. 507f. Das Schreiben war von Meißner entworfen worden; vgl. ebd., S. 501f.

⁶ Reichspräsident von Hindenburg hatte Koch-Weser am 14. 12. 1925 mit der Regierungsbildung auf Basis einer „Großen Koalition“ beauftragt. Koch-Weser hatte den Auftrag bereits am 17. 12. 1925 zurückgegeben und die Haltung der SPD für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht; vgl. AdR Luther I und II, Bd. 2, S. 1009–1011; G. PAPKE, Erich Koch-Weser, S. 107–118.

⁷ Schreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Vorsitzenden des Reichsbürgerrats Friedrich Wilhelm von Loebell über die Fürstenenteignung vom 22. 5. 1926; Abdruck, in: E. R. HUBER, Dokumente 4, S. 430f. In seinem Schreiben bezeichnete von Hindenburg das Volksbegehren zur Fürstenenteignung als „großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank“. Zudem verstoße es „gegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlichen anerkannten Eigentum“ sei.

⁸ Von Hindenburg an Reichskanzler Müller, 18. 3. 1930; Abdruck, in: AdR Müller II, Bd. 2, S. 1580–1582; in seinem Brief hatte von Hindenburg eine „wirksame finanzielle Hilfsaktion“ für die Landwirtschaft im Osten gefordert.

⁹ In beiden Fällen wurde die normale parlamentarische Gesetzgebung umgangen. Durch Ermächtigungsgesetze hatten die Nationalversammlung und später der Reichstag mehrfach der Reichsregierung das zeitlich befristete Recht zum Erlass von Notverordnungen eingeräumt und damit den ordentlichen Weg der Gesetzgebung außer Kraft gesetzt; vgl. A. KURZ, Demokratische Diktatur, S. 145–149. Am umfangreichsten waren die Ermächtigungsgesetze Ende 1923; vgl. RGBL. I 1923, S. 943, 1179. – Der Art. 48, Abs. 2 der WRV gab dem Reichspräsidenten die Befugnis, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen, sofern „im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird“. Die seit April 1930 regierenden Präsidialkabinette stützen sich bei der Durch-

Ich darf wohl hoffen, daß diese paar Zeilen freundlich aufgenommen werden.¹⁰ Sie wollen der Ausdruck des Interesses sein, das ich an den vorgetragenen Fragestellungen nehme, um so mehr, als ich vor einiger Zeit auch einmal an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung über die Reichsverfassung in der Praxis gehalten habe¹¹ und mich für die Entstehung von gewohnheitsrechtlichen Übungen lebhaft interessiere.

Mit freundlicher Begrüßung

wie immer

Ihr sehr ergebener

[Theodor Heuss]

Nr. 207

An Friedrich Mück, Tübingen

8. Juli 1932; [Berlin NW 7]

BArch, N 1221, 269: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.¹

Listenverbindung mit der SPD; Beginn des Reichstagswahlkampfes

Lieber Freund,

gestern haben wir eine sehr zähe und gelegentlich heftige Vorstandssitzung, die sich bis in die Nachtstunden zog, abgehalten.² Ob Du mit dem Ergebnis zufrieden bist, weiß ich nicht. Meine erneute Forderung, mit dem bayrischen Bauernbund zu einer Vereinigung zu kommen, wird von Nuschke als nicht mehr erfolgreich angesehen, da in Bayern bayrische Volkspartei und Bauernbund sich doch noch³ fänden.⁴ Dietrich hat, wie er erzählt, wiederholt versucht, Dr. Fehr telephonisch

setzung ihrer gesetzgeberischen Vorhaben auf den Art. 48 und erließ sie als Notverordnungen des Reichspräsidenten.

¹⁰ Meißner an Heuss, 30. 6. 1932, in: BArch, N 1221, 87. Nach Meißner sei es zweckmäßig, „mit der Veröffentlichung noch zu warten; die politische Entwicklung ist gerade jetzt im Fluß, und die Veröffentlichung findet wohl besser in einer normalen politischen Atmosphäre statt, als in der jetzigen aufgeregten Zeit“. Die von Heuss angesprochenen Fragen der politischen Kundgebungen, der Gegenzeichnung und der politischen Kritik werde er in seinem zweiten Vortrag behandeln.

¹¹ Im Winterhalbjahr 1927/28 hatte Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik eine Vorlesung „Die deutsche Reichsverfassung“ gehalten; HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1927/28, S. 9; Vorlesungsmanuskript, in: BArch, N 1221, 394.

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 175–177.

² Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der DStP vom 7. 7. 1932, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 731–739.

³ In der Vorlage: „nicht“.

⁴ Bei den bayerischen Landtagswahlen vom 24. 4. 1932 hatte der Bayerische Bauernbund ein Wahlabkommen mit der DStP abgeschlossen; im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932

zu erreichen, gestern noch einmal auf meine Veranlassung den Auftrag gegeben, aber Fehr treibt sich offenbar unerreichbar in Bayern herum.

Die Beratungsthese war also, wie ich Dir gestern schon schrieb,⁵ Anschluß an die sozialdemokratische Reichsliste. In den Besprechungen hatte sich die Sozialdemokratie außerordentlich anständig gezeigt; natürlich keine Bedingungen. Wir sollten die ihrer Reichsliste anzufügenden Namen als eigene Reichsliste herausgehen lassen können. Sie waren auch bereit gewesen, die staatsparteilichen Namen auf ihre Liste zu bringen, wenn daneben eine geschlossene süddeutsche eigene Reichsparteiliste aufgestellt worden wäre. Die Verhandlung ergab, daß 21 Wahlkreise für die Listenverbindung waren, 12 dagegen waren und 2 wegen nicht genügender Instruktion die Abstimmung nicht gaben. Es stand dann der Kampf so, daß Hamburg, Sachsen, Württemberg, Bayern und aus den preußischen Bezirken Westfalen und Ostpreußen gegen die Listenverbindung votierten. Baden zunächst dafür.⁶ Ich habe für Württemberg die Erklärung abgegeben, daß für uns eine Verbindung mit den Sozialdemokraten den Anhang außerhalb der engeren Partei zersprengen müßte und unsere Landtagsposition erschüttern⁷ (das gleiche gelte natürlich auch für Hamburg). Eine „technische“ Verbindung jetzt würde durch die Vereinfachung der politischen Dinge nie als solche angesehen werden. Wir würden nun selber bestätigen, daß wir das „Schwanzstück“ der Sozialdemokratie seien. Wenn wir der Meinung seien, daß die Volkspartei durch ihren Unterschlupf bei Hugenberg sich definitiv beendige,⁸ so dürften wir unsere Aufgabe, in dem bürgerlichen Zwischenraum doch wieder einmal etwas Neues herzustellen, nicht allzusehr vorbelasten.⁹ Noch schärfer als ich focht Külz für Sachsen. Ich selber war bereit, einen Vermittlungsvorschlag mitzugehen, der eine Verbindung der sozusagen noch parlamentarischen Länder mit Grundmandaten vorgesehen hätte, obwohl mir klar war, daß natürlich das Einwirken der Norddeutschen an die sozialdemokratische Liste für uns nicht erwünscht gewesen wäre, weil es agitatorisch auch uns belastet hätte.

Die Entscheidung, wie immer sie gefallen, ist sehr kritisch, weil nun in weiten Teilen von Norddeutschland und vermutlich auch in einigen bei uns eine Agita-

strebte er die Einigung mit der BVP zu einem „Bayernblock“ an, die jedoch nicht zustande kam; vgl. H. BERGMANN, Bauernbund, S. 347.

⁵ Ein entsprechender Brief ließ sich nicht ermitteln.

⁶ Vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 734f.

⁷ In Württemberg war die DDP in der Regierung vertreten, die SPD gehörte der Opposition an.

⁸ Am 2. 7. 1932 hatten DVP und DNVP eine gemeinsame Listenverbindung vereinbart; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 291.

⁹ Vgl. Heuss' Redebeitrag, in: LINKSLIBERALISMUS, S. 733; bereits in der gemeinsamen Sitzung von Geschäftsführendem Vorstand und Reichstagsfraktion der DSfP vom 6. 6. 1932 hatte Heuss eine Listenverbindung mit der SPD kategorisch abgelehnt; vgl. ebd., S. 716.

tionsverdrossenheit einzieht.¹⁰ Ob die in dem Spurt der letzten Wahltagte zu überwinden sein wird, vermag im Augenblick noch niemand zu sagen. Der Wahlkampf selber ist agitatorisch leichter zu führen, als wenn wir in jeder Versammlung hätten mitteilen müssen, daß wir keine Sozialdemokraten seien.

Dietrich hat im Beginn der Sitzung etwas über eine Stunde Gelsenkirchen behandelt.¹¹ Dechamps hat ihm dann geantwortet. Es war nicht alles überzeugend bei Dietrichs Darstellung. Aber immerhin ist soviel deutlich geworden, daß er die Geschichte immer durchaus mit dem übrigen Kabinett, soweit es ressortmäßig beteiligt war, zusammen erledigte und auch keineswegs jetzt ein „Untersuchungsausschuß“ gegen ihn geplant ist. Er gab die Erklärung ab, daß er von sich aus bereit wäre, jetzt auf Reichslistenführung zu verzichten. Da sich aber Petersen am Dienstag entschlossen hatte, nun doch nicht zu kandidieren, um für alle Hamburger Eventualitäten freizubleiben, erfolgte Dietrichs Aufstellung mit Akklamation.¹²

Ich fahre heute Abend nach Württemberg, rede morgen Abend in Vaihingen auf den Fildern, am Sonntag in Gingen a. d. Brenz, am Montag in Aalen.¹³ Dienstag und Mittwoch bin ich dann noch einmal hier. Schreibe mir nur ein paar Zeilen nach Stuttgart, ins Hotel Banzhof, wie Du den Ausgang der Vorstandssitzung beurteilst.¹⁴ Ich kann mir nicht recht vorstellen, daß Du dafür gewesen wärest, daß wir jetzt Anschluß an die Sozialdemokratie genommen hätten. Bruckmann und Maier wären nach meiner Empfindung sicher dagegen gewesen.

Hopf ist damit einverstanden, daß ich in Oberbayern, Schwaben und Franken die Spitzenkandidatur übernehme, was Versammlungen in München, Augsburg, Nürnberg, Würzburg zur Folge hat.¹⁵ Als Gegenleistung verlangte ich von den Bayern, was auch der Nürnberger Geschäftsführer mir zusagte, die großzügige Organisation eines Stimmscheingrenzverkehrs von Lindau bis in die Gegend von Wertheim.¹⁶ Angeblich haben sie alle noch in den Städten und Städtchen Vereine,

¹⁰ Die Abstimmung ergab 29 Stimmen gegen und 13 Stimmen für eine Listenverbindung mit der SPD; sechs Vorstandsmitglieder übten Stimmenthaltung; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 738.

¹¹ Das Deutsche Reich hatte im Frühsommer 1932 für 100 Millionen Reichsmark die Aktienmehrheit an der Gelsenkirchner Bergwerks AG zu einem weit überhöhten Kurs erworben. Dietrich, der die Hauptverantwortung für die Transaktion trug, wurde daraufhin in Teilen der Öffentlichkeit und der DStP scharf kritisiert, zumal man ihm staatssozialistische Absichten unterstellte; vgl. A. SALDERN, Hermann Dietrich, S. 179–184.

¹² Der Gesamtvorstand beschloss folgende Reihenfolge auf dem Reichswahlvorschlag: Dietrich, Lemmer, Lüders, Höpker-Aschoff, Barteld, Reinhold; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 739.

¹³ Zu Heuss' Wahlkampfveranstaltungen im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 vgl. Nr. 201, Anm. 12.

¹⁴ Ein entsprechender Brief ließ sich nicht ermitteln.

¹⁵ Heuss übernahm für die DStP die Spitzenkandidatur in den Wahlkreisen 24 (Oberbayern-Schwaben), 25 (Niederbayern), 26 (Franken) und 31 (Württemberg); vgl. STATISTIK 434, I, S. 32f, 37.

¹⁶ Laut Art. 12 und 14 des Reichswahlgesetzes in der Fassung vom 31. 12. 1923 konnten Wahlberechtigte einen Wahlschein beantragen, mit dem sie in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen

deren Mitgliedschaft sie in dem Sinn instruieren werden, am 31. Juli württembergischen oder badischen Boden aufzusuchen und dort für uns zu stimmen. Ob sehr viel dabei herauskommen kann, weiß ich nicht, aber sie hoffen doch Hunderte von Stimmen so erfassen zu können. In der Pfalz ist ein entsprechendes Verfahren auf meine schon vor Wochen angegebene Anregung bereits in der Vorbereitung.

Damit für heute genug, herzlichen Gruß an Dich und Marie
Dein

gez. Theodor Heuss

Nr. 208

An Ernst Ludwig Heuss, Heidelberg

22. Juli 1932 (Poststempel); Stuttgart-Bahnpost

FA Heuss, Basel: hs. Ansichtskarte, behändigte Ausfertigung

„Kunstbummeltag“ zwischen Wahlkampfaufritten; „Preußenschlag“

Lieber Bub,

zwischen die Versammlungen in Augsburg u. Nürnberg¹ habe ich heute einen Kunstbummeltag eingeschaltet, um mir zwei Städte, die mir noch „fehlten“, anzusehen, Ingolstadt u. Eichstätt. Davon ist das zweite höchst lohnend gewesen. Die Stadt liegt im Altmühltal, das mir sehr paddelreif zu sein scheint. – Ich schrieb gestern an die Handelsbank, daß man auf Dein h[e]id[e]l[b]e[r]ger Konto noch einmal 100 Mk überweisen solle – ich denke, daß Du sie sparsam bewirtschaftest, denn 1. verdiene ich z. Zt. nichts, sondern habe Spesen, und 2. ist ungewiß, was nach dem 31. 7. geschieht.²

Augsburg ist nett verlaufen; es sieht so aus, als ob ein paar Dutzend Stimmscheine nach Ulm abgeliefert werden.³ Die berliner Geschichten machen mir ziemlich viel Sorge – ganz durchsichtig sind sie mir nicht, u. ein größerer staatsrechtl[icher] Plan ist einstweilen nicht sichtbar.⁴ Schreibe mir nach Stuttgart

konnten; RGBl. 1924 I, S. 159–164. Damit war es möglich, gezielt einzelne Wahlkreis-Kandidaten zu unterstützen.

¹ Heuss sprach im Rahmen der Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 am 21. 7. in Augsburg und am 22. 7. in Nürnberg; Redenkalender, in: BAArch, N 1221, 684.

² Am 31. 7. 1932 fanden die Reichstagswahlen statt.

³ Vgl. Nr. 207, Anm. 16.

⁴ Am 20. 7. 1932 hatte Reichspräsident von Hindenburg mit einer Notverordnung die geschäftsführende Regierung in Preußen amtsenthaben und Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar für Preußen bestellt. Zur Absicherung wurde in Berlin und Brandenburg der Ausnahmezustand verhängt und die Befehlsgewalt über die Schutzpolizei dem Reichswehrminister übertragen; vgl.

(Hotel Banzhof) bis Montag, wann Du in H[ei]d[el]b[er]g abbrichst, u. nochmals die neue Adresse.⁵

Grüße, Dein Vater

Theodor H

Nr. 209

An Herbert Julius Schmauser, [Schwabach]

23. Juli 1932; Bad Mergentheim

AdL, N 3, 10: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung¹

Bitte um Unterstützung des Stimmscheinverkehrs

Sehr geehrter Herr Schmauser,

darf ich die kurze Abschiedsunterhaltung von gestern abend noch einmal aufnehmen?

Ich glaube ja, daß mein württemberg[isches] Mandat zu halten sein wird, aber niemand übersieht im Augenblick die Auswirkung der Reisezeit u. der sonstigen Ermüdung. Deshalb pflege ich etwas den Gedanken, daß die Freunde aus den bayrischen Wahlkreisen, die zu diesem Opfer an Bequemlichkeit bereit sind, mir mit Stimm Scheinen Ihre Stimme zuführen² – von der Pfalz her soll das in größerem Stil organisiert werden. Nun liegt ja Schwabach ziemlich weit weg; aber wenn der eine od. andere der Freunde nach Ellwangen oder Crailsheim einen Auto-Ausflug machen könnte u. Gesinnungsgenossen mitnehmen, so wäre das sehr willkommen, und ich würde dann umso mehr bereit sein, im Rahmen des Möglichen den bayrischen Freunden fürderhin zur Verfügung zu stehen.

Wenn es nicht geht, geht es nicht – aber gewiß nehmen Sie mir die Erneuerung der Anregung nicht übel. Ein guter Stimmenerfolg in Württemberg ist (neben Hamburg) entscheidend für den möglichen Aufbau unserer Bewegung.

Mit dankbaren Empfehlungen, auch an Herrn Rometsch u. Ihre Familie,

Ihr

Theodor Heuss

SCHULTHESS' 1932, S. 120f. – Laut einem Bericht der „Ludwigsburger Zeitung“ bemerkte Heuss in einer Parteiveranstaltung zum „Preußenschlag“, „das Schlimmste sei, daß die Reichswehr wieder in das Spiel innerpolitischer Machtgewinnung hereinkomme“, zit. n. NZ, Nr. 169, 22. 7. 1932.

⁵ Ein entsprechender Brief ließ sich nicht ermitteln.

¹ Auf dem Briefkopf Vermerk durch Empfänger: „Rometsch, Albrecht, Schmauser“; am Briefende Vermerk durch Empfänger: „Schmauser 4, Rometsch 6“.

² Vgl. Nr. 207, Anm. 16.

Nr. 210

An Theodor Bäuerle, Stuttgart

29. Juli 1932; Stuttgart, Kleine Königstraße 7

HStAS, Q 1/21, 16: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Deutsche Demokratische Partei Württemberg und Hohenzollern“; Stempel: „Landesverband der Deutschen Staatspartei“¹

Austritt von Theodor Bäuerle aus der württembergischen DStP

Verehrter, lieber Herr Direktor!

Als ich gestern auf meinen Querfahrten durch das Land in Stuttgart sein mußte, erfuhr ich abends in der Versammlung von Hopf,² daß Sie dieser Tage Ihren Austritt aus der Deutsch-demokratischen Partei erklärt haben und daß Sie dabei zum Ausdruck gebracht, daß Sie bei uns für Ihre Arbeit nicht die erwünschte Unterstützung gefunden haben, die Sie an sich aus der kulturpolitischen Geisteshaltung unserer Partei glauben erwarten zu dürfen.³

Diese Nachricht hat mich schmerzlich überrascht. Ich kann im Augenblick nicht ermessen, auf was sich Ihre Entscheidung im Einzelnen bezieht, und ich finde bei dem Zwang, heute früh Stuttgart zu verlassen, keine zeitliche Möglichkeit, mit Ihnen die mir erwünschte Aussprache herbeizuführen. Aber ich möchte Ihre kritische Haltung nicht auf meine eigene Stellungnahme und Betätigung zurückführen müssen. Da ich selber ja seit Jahren praktisch in der Erwachsenenbildung stehe, hat mein Interesse immer den freien Volksbildungsbestrebungen gehört; ich habe zu Teilen von ihnen auch früher schon bei den kulturpolitischen Debatten des Reichstags gesprochen⁴ und habe immer, wo solche Fragen an mich herantraten, einen fördernden Einfluß auszuüben versucht. Ich darf Ihnen

¹ Oben rechts Vermerk durch Empfänger: „6. 9. W“.

² Die DDP von Groß-Stuttgart hatte am 28. 7. 1932 eine große öffentliche Wahlkundgebung im Festsaal der Stuttgarter Liederhalle veranstaltet, auf der u. a. Maier und Heuss gesprochen hatten; vgl. SNT, Nr. 349, 28. 7. 1932.

³ In seiner Antwort vom 6. 9. 1932 beschwerte sich Bäuerle über die mangelnde Unterstützung der DDP im württembergischen Landtag und im Stuttgarter Rathaus für Anliegen der Volksbildung: „Ich bin von denen, mit denen ich mich gesinnungsmäßig verbunden glaubte, im Stich gelassen worden und habe leider erkennen müssen, daß diese gesinnungsmäßige Verbundenheit leider eine bloße Fiktion war. Das stetige Schwanken zwischen reaktionärer Haltung und wahrhaft demokratischer Gesinnung hat der einst so stolzen demokratischen Partei den Untergang gebracht.“ Von seinem Urteil nahm Bäuerle jedoch Hieber und Heuss aus; HStAS, Q 1/21, 16.

⁴ Vgl. z. B. Heuss' Eintreten für die Volksbühnenvereine in seiner Reichstagsrede vom 17. 3. 1926; RT-Bd. 389, S. 6249.

deshalb schreiben, weil es mir ein unerwünschter Gedanke sein müßte, gerade von einem Mann wie Ihnen falsch gesehen zu werden.

Mit bestem Gruß wie immer
Ihr

Th. Heuss

Nr. 211

An Dr. Wilhelm Külz, Dresden

4. August 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1042, 17: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss¹
Wiederwahl in den Reichstag

Lieber Freund,

freundlichen Dank für Ihre Zeilen und Ihren Glückwunsch, den ich mit einem nassen und einem heiteren Auge entgegengenommen habe.² Was wir vier Männchen³ machen sollen und wollen, ist mir noch etwas unklar. Ich hatte mit Ihrem Grundmandat ziemlich sicher gerechnet und dabei auch mit Ihrer ausgleichenden Natur im Kreise der Gegensätze, die sich auf dem engen Raum sammeln würden. Diese Aufgabe ist ja nun zunächst nicht mehr gestellt; aber ich möchte hoffen dürfen, daß es sich ja nur um eine vorübergehende Konjunktur handelt. Irgendwann einmal müßte die bloße Leidenschaft, die Vernunft und Erfahrung verachtet, sich lahm laufen.

Seien Sie für heute herzlich begrüßt von
Ihrem

Theodor Heuss

¹ Druck: E. MATTHIAS / R. MORSEY, Deutsche Staatspartei, S. 84; E. PIKART, Theodor Heuss, S. 158f.

² Külz an Heuss, 2. 8. 1932, in: BArch, N 1042, 17. Külz hatte seinen Glückwunsch mit dem Motto „Moriturus te salutat!“ überschrieben.

³ Die DStP war in dem am 31. 7. 1932 neu gewählten Reichstag nur mehr mit vier Abgeordneten (Dietrich, Heuss, Lemmer und Stolper) vertreten.

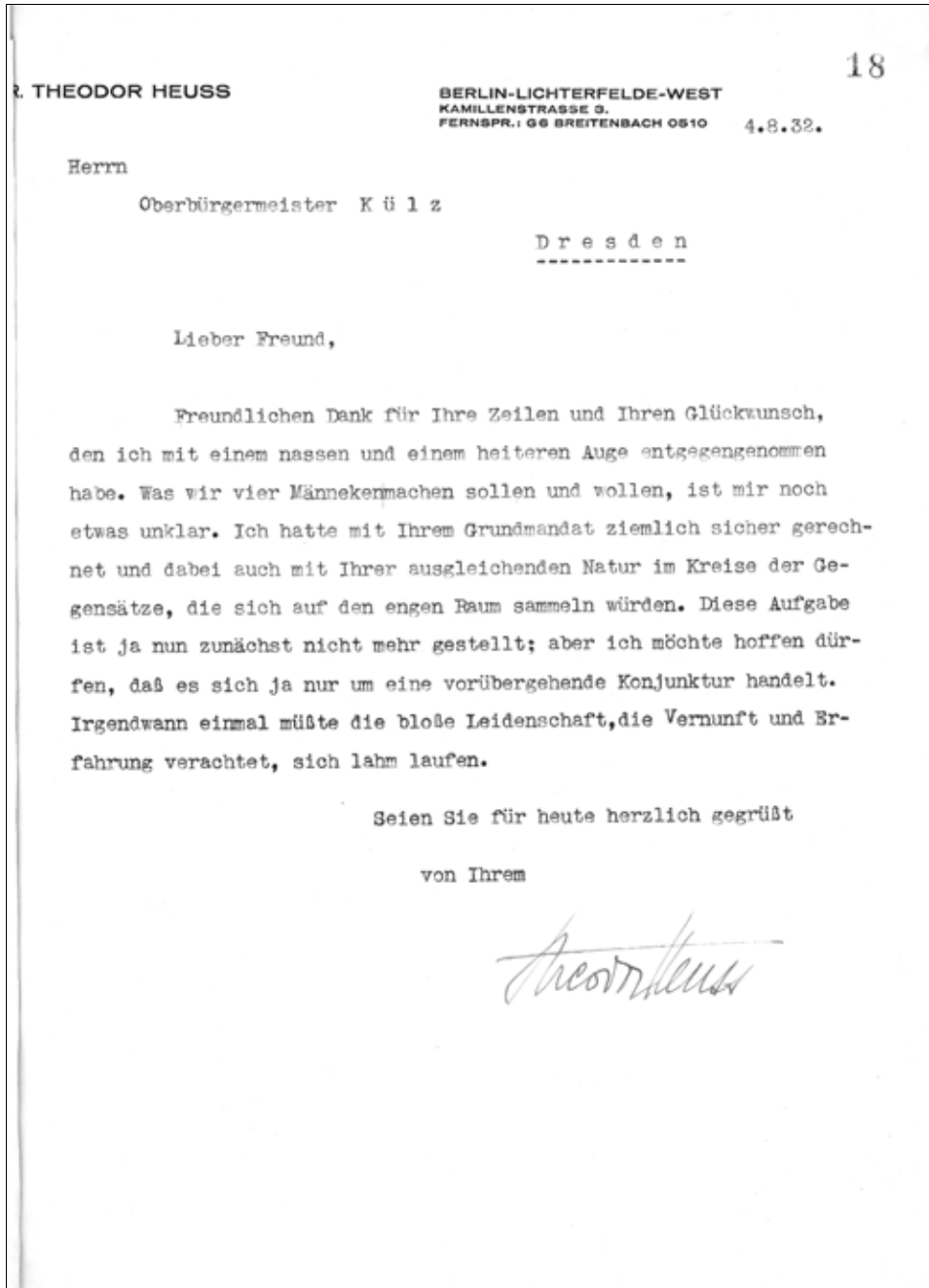


Abb. 27: Theodor Heuss an Wilhelm Külz, 4. 8. 1932 (linker Rand beschnitten)

Nr. 212

An Heinrich Schöff-Zerweck, Hallwangen bei Freudenstadt

10. September 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 60: ms. Schreiben, Durchschlag¹

Politische Situation nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932; Zukunft der bürgerlichen Parteien

Verehrter, lieber Herr Schöff,

verzeihen Sie, daß ich auf Ihren freundlichen und eingehenden Brief erst so spät antworte.² Ich hatte gedacht, nach den paar Wochen des Wahlkampfes einige Zeit des Ausruhens zu finden, aber ein Todesfall in der nächsten Familie³ und eine Reihe plötzlich kommender Verpflichtungen haben mich in den vergangenen Wochen immer hin und her getrieben, so daß ich erst verhältnismäßig spät dazu komme, die Briefe der letzten Zeit in Ruhe noch einmal durchzusehen. Zunächst freundschaftlichen Dank für Ihre Glückwünsche zur Wiederwahl.⁴ Ich habe mich über sie aufrichtig gefreut, da ich mich vom Lesen Ihrer Zeit-Gedanken⁵ in der Grundhaltung immer mit Ihnen verbunden fühle.

Die politische Lage hat freilich, seitdem Sie mir vor ein paar Wochen schrieben, an Verwirrtheit nichts eingebüßt. Ich habe von Herrn von Papen bislang noch keinen persönlichen Eindruck (auf den ich nicht wenig gebe), den wird ja nun die Programmrede am kommenden Montag vermitteln.⁶ Ich habe das Gefühl, daß er glaubt, die etwas zögerliche Grundhaltung von Brüning im Bewußtsein des Volkes durch Ferschheit verdrängen zu können. Er scheint sich dabei nicht recht bewußt zu sein, daß die Voraussetzungen, unter denen er Anfang Juni das Regiment an sich nahm, sich als Fehlurteil herausstellten, sowohl hinsichtlich des Reichspräsidenten – Papen und Schleicher waren ja eine Zeitlang bereit, ein Reichskanzleramt Hitler mitzumachen. Die Ablehnung ist durchaus persönliche Entscheidung von Hindenburg gewesen.⁷ Nun hat Papen die Chance, daß Hindenburg einen Wechsel nicht liebt. Aber die angedrohte Auflösung des Reichstags wird eine Klärung der Gesamtlage nicht bringen, sondern nur weitere Versteifung

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 178f.

² Schöff-Zerweck an Heuss, 9. 8. 1932, in: BArch, N 1221, 60.

³ Heuss' Bruder Ludwig Heuss war am 5. 8. 1932 an einem Herzschlag verstorben.

⁴ Vgl. Nr. 211.

⁵ Ein Text von Schöff-Zerweck mit diesem Titel ließ sich nicht ermitteln; vermutlich gemeint: HEINRICH SCHÖFF: Krieg. Zeitgedichte, Stuttgart 1914.

⁶ Reichskanzler von Papen beabsichtigte, am 12. 9. 1932 eine Regierungserklärung vor dem Reichstag abzugeben; zum Verlauf der Sitzung vgl. Nr. 213.

⁷ In einer persönlichen Unterredung mit Hitler am 13. 8. 1932 hatte Reichspräsident von Hindenburg es abgelehnt, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen; vgl. I. KERSHAW, Hitler 1889–1936, S. 468f; offizielles Kommuniké, in: SCHULTHESS' 1932, S. 140.

zwischen Kabinett und Parlament. Manche meinen, daß durch das wiederholte Repetieren der Auflösung die Volksvertretung im Bewußtsein der Wählerschaft diskreditiert werden soll. Ich weiß nicht, ob das die letzten Intentionen des Reichskanzlers sind. Sie würden gefährlich sein, denn dem wirtschaftlichen Zweckoptimismus werden wieder Rückschläge folgen können, und dann ist die Regierung in der Sackgasse. Denn der Reichspräsident seinerseits ist entschlossen, den Weg eines Staatsstreichs nicht zu gehen.

Die neuerliche Taktik des Zentrums geht ja dahin, einer Lage auszuweichen, die der Reichsführung die Bewegungsfähigkeit der Legalität raubt. Das Zentrum hat nach meiner Meinung im Juni etwas zu sehr ab irato⁸ die scharfe Stellung gegen Papen genommen. Es hätte damals mit Tolerierung die Hitlergruppe in der Verantwortung sichtbar werden lassen [können] – die bevorstehende Lausanner Konferenz⁹ hätte zur Motivierung genügt. Jetzt haben die Versuche etwas Verkrampftes erhalten; die Verärgerung gegen Papen bindet zwar die zwei Gruppen, aber solche Bindung reicht ja nicht völlig aus. Kommt es zum Wahlkampf, so werden bei der seelischen Vermassung, in die das Wahlrecht und das Dauerwählen den Deutschen gebracht haben, im Resultat nur Grenzverschiebungen eintreten. Die Sozialdemokratie wird wieder rückfällig in ihre agitatorische Haltung, die Kommunisten nehmen etwas zu (Folge der Senkung der Tariflöhne etc.). Die Nationalsozialisten mögen einige Verluste haben. Aber diejenigen, die ihnen einen raschen Schwund prophezeien, übersehen dabei, daß neben dem Treibholz, was ihnen von der Zeit zugeschwemmt wurde, ein Apparat steht, der für Tausende von Menschen heute Inhalt auch ihres beruflichen Seins geworden ist. Das soll man nicht gering anschlagen.

Wie das Schicksal der sogenannten bürgerlichen Mittelgruppen sich in dieser Sachlage gestalten wird, ist noch ungewiß genug. Der Zwang, im konkreten Sinn konservative Staatspolitik machen zu müssen und dauernd in der Verteidigungsposition zu stehen, hat sie unsicher gemacht. Auch ist „Mitte“ ja schließlich keine zündende Parole, so notwendig staatspolitisch und sozial in einem Volk der Schwierigkeiten, wie es das deutsche ist, die Ausgleichsfunktion bewertet werden muß. Ich möchte wünschen können, daß die Zeitlage uns die Möglichkeit gibt, ideenmäßig und organisatorisch eine Neuformung für die strategische Lage vorzubereiten, da ich glaube, daß der Zeitpunkt wiederkommt, wo eine tapfere bürgerliche Gesinnung und eine Neuprägung liberaler Gedanken den Deutschen notwendig genug sein werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr dankbarer

[Theodor Heuss]

⁸ Lateinisch für „im Zorn“.

⁹ Vgl. Nr. 200, Anm. 4.

Nr. 213

An Friedrich Mück, Heilbronn am Neckar

12. September 1932; Berlin NW 7

BArch, N 1221, 648: ms. Übertragung einer stenographierten Postkarte¹

Auflösung des Reichstags

Lieber Freund,

der Reichstag ist, wie Du inzwischen gehört hast, aufgelöst worden durch eine fast unmögliche geschäftsordnungsmäßige Kombination. Die Kommunisten beantragten, vor der Regierungserklärung die Abstimmung herbeizuführen.² Die Sitzung wurde darauf unterbrochen, und Göring ließ, nach dem Neubeginn, die Abstimmung anfangen. Als der Kanzler sich meldete, gab er ihm nicht das Wort, sondern sagte „Wir sind in der Abstimmung“ und wies die Auflösungsorder einfach zurück. Daraufhin verließ die Regierung den Reichstag, und Göring behauptete, die Auflösung sei nicht rechtsgültig, weil die Regierung inzwischen gestürzt sei. Das ist so natürlich Unsinn.³ Es ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, ob Papen demissioniert, um neu betraut zu werden und dann mit einer neuen Order aufzulösen; sein Prestige ist angeschossen. Die Begründung der Auflösung ist an sich rechtlich eine Unmöglichkeit, weil ja der Reichstag das Recht hat, Notverordnungen zu beraten, aufzuheben, umzuändern.⁴ Wir haben uns, um einmütig zu einem Votum zu kommen, an der Abstimmung nicht beteiligt und eine Erklärung losgelassen, in der wir unsere Haltung begründeten.⁵ Aber ob damit ein Absprung für weitere Arbeit gegeben ist, erscheint im Augenblick noch

¹ Übertragung des Stenogramms durch den Stenographen des Landtags von Baden-Württemberg, 1965; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 269: Stenographierte Postkarte, behändigte Ausfertigung; Aufdruck: „Reichstag. Abgeordneter“.

² Die KPD hatte einen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vom 4. 9. und 5. 9. 1932 und einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Papen eingebracht; RT-Bd. 454, S. 14; die Anträge ebd., Nr. 44, Nr. 118, Nr. 119.

³ Hermann Görings Begründung lautete wörtlich: „Als Präsident des Reichstags nehme ich hierzu den Standpunkt ein, daß dieses Schreiben [die Auflösungsorder] vorläufig keine Gültigkeit hat und hinfällig ist, da die Gegenzeichnung von einem Ministerium erfolgt ist, das durch die Volksvertretung soeben mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden ist.“ Zum Verlauf der Sitzung vgl. RT-Bd. 454, S. 13–21, Zitat S. 15; zur Verfassungsmäßigkeit der Reichstagsauflösung vom 12. 9. 1932, die von der SPD und den Fraktionen der bürgerlichen Mitte und Rechten anerkannt wurde, vgl. E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte VII, S. 1099–1102.

⁴ Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vom 12. 9. 1932 lautet: „Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September d. J. verlangt.“ RGBl. 1932 I, S. 441. Nach Art. 48, Abs. 3 der WRV hatte der Reichstag jedoch das Recht, alle Notverordnungen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.

⁵ Teilabdruck der Erklärung der staatsparteilichen Abgeordneten, in: VZ, Nr. 440, 13. 9. 1932; danach habe sich die DStP nicht an der Abstimmung über die kommunistischen Anträge beteiligt,

unklar. Immerhin haben Dietrich und Stolper gemeinsam an der Formulierung geholfen, und ich habe auch ohne Schwierigkeit erreicht, daß wir morgen früh zusammenkommen. Die dumme Lage, deren Entwicklung noch nicht abzusehen ist, hat dazu geholfen, daß persönliches Ressentiment nicht mehr eine Rolle spielt.

Soviel für heute. Herzliche Grüße
Dein

Theodor Heuss

[PS] Ich denke, daß Lulu⁶ sich bei Euch hat sehen lassen; wir erwarten ihn in diesen Tagen hier zurück.

Nr. 214

An Hermann Dietrich, Swinemünde, Hotel Walfisch
22. September 1932; Berlin NW 7

BArch, N 1004, 224: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung, ms. gez.; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“¹

Vorschlag Siegfried von Kardorffs, Hermann Dietrich solle in einem offenen Brief an Eduard Dingeldey eine Auflösung von DVP und DStP anregen; Reichstagskandidatur von Theodor Heuss

Verehrter Freund,

als ich gestern im Bibliothekssaal des Reichstags einiges arbeitete, erwischte mich dort Siegfried von Kardorff, holte mich heraus, um mir einen höchst intensiven Vortrag zu halten: Sie, Dietrich, müßten jetzt einen offenen Brief an Dingeldey schreiben, ihm klar machen, daß die beiden Parteien aufgelöst werden müßten, ihre Organisation aber jetzt einer neuen Bildung zwischen Hugenberg und S.P.D. zur Verfügung gestellt. Sie würden auf einen solchen offenen Brief eine Absage erhalten, aber damit Dingeldey ins Unrecht setzen. Ich möchte Ihnen diesen Vorschlag doch möglichst bald nahe bringen.

Was hiermit geschieht. Ich war in der Unterhaltung mit Kardorff aus begreiflichen Gründen mehr rezeptiv, da ich mich nicht berechtigt fühlte, von den zwischenfraktionellen Besprechungen etwas zu erzählen.² Ich machte ihn nur darauf

da sie „ein Vorhaben, das von vornherein zu schwersten Konflikten führen müßte“, nicht mitverantworten wollte.

⁶ Kosenamen für Ernst Ludwig Heuss.

¹ Oben Vermerk durch Empfänger: „Wahl 32.“ Druck: E. MATTHIAS / R. MORSEY, Deutsche Staatspartei, S. 86f; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 55: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.

² Vgl. Anm. 5.

aufmerksam, daß eine enthusiastische Gefolgschaft für Papen, zu der sich die Volkspartei offenbar auf den Weg mache, bei unseren Leuten kein Mitschwingen und eher Verstimmung bringen werde, wenn auch die Bereitwilligkeit ausgesprochen sei, dem wirtschaftspolitischen Versuch des Kabinetts ohne Gegenwirkungen eine Chance zu geben.³ Ich selber sehe ja natürlich das taktisch ganz Geschickte des Kardorffschen Vorschlags, glaube aber, daß er gerade von Ihnen nicht so ohne weiteres übernommen werden kann, da ja Ihre Stellungnahmen in den internen Parteiauseinandersetzungen anders abgetönt waren und jetzt ein solcher Schritt leicht Verwirrung und Mißverständnis wecken müßte.⁴ Immerhin wollte ich mich des Vortrags entledigt haben, da es ja sein kann, daß Sie Kardorff in nächster Zeit einmal begegnen.

Seit unserer kurzen Begegnung am Montag bin ich ohne weitere politische Fühlung geblieben und weiß auch nicht recht, wie nun eigentlich das für nächsten Montag angesetzte Palaver im Reichstag (Bauser) weitergehen wird. Soll ich dabei noch einmal erscheinen? Ich hatte das letzte Mal das Gefühl, daß wir mit drei Mann ein bißchen zu stark dasaßen.⁵ Eventuell bin ich, falls Sie am Sonntag schon zurückkehren, für Sie erreichbar.

Ich würde dankbar sein, wenn ich bei den wohl bald beginnenden internen Parteiverhandlungen mit Ihrer Stütze rechnen darf in der Frage, ob ich dem nächsten Reichstag angehören soll. Die Chancen werden von manchen wegen erwartetem Rückschluß optimistisch beurteilt. Es wird aber die Parteienentwicklung immerhin nicht so gehen, daß wir im Parlament schon wieder zu einer speziellen Sacharbeit kommen werden, die *den* Beamten, *den* sozialpolitischen Spezialisten erfordern; sondern wir werden ein paar Menschen brauchen, die willig und in der Lage sind, draußen in die Einbruchsstellen der Nazifront agitatorisch einzutreten. Es ist Ihnen bekannt, daß in den letzten Jahren ich wohl neben Lemmer der Abgeordnete war, der für alle Gegenden Deutschlands neben der intensiven Betreuung von Württemberg (Baden) zur Verfügung stand, soweit es sich mit meinen Berliner Vorlesungsverpflichtungen vereinbaren ließ.⁶

³ Vermutlich ist das im August 1932 entworfene „Steuer Gutscheinsystem“ gemeint, von dem sich die Regierung Papen eine Belebung der deutschen Wirtschaft und eine Senkung der Arbeitslosenzahl erhoffte; vgl. AdR Papen, Bd. 1, S. XXXVIII–XXXX.

⁴ Dietrich hatte sich bei den Verhandlungen über eine Parteinneugründung im Sommer 1932 sehr reserviert gegenüber einer Öffnung nach rechts gezeigt; vgl. Nr. 201, Anm. 6.

⁵ Auf Einladung des Abgeordneten Bauser von der Volksrechtspartei hatten am 17. 9. 1932 Sondierungsgespräche zwischen den Abgeordneten der bürgerlichen Splitterparteien über eine Zusammenarbeit bei den anstehenden Reichstagswahlen stattgefunden. Von der DStP waren daran Dietrich, Lemmer und Heuss beteiligt; vgl. Bauser an Dietrich 14. 9. 1932, in: BArch, N 1004, 224; zum Verlauf der Besprechung vgl. Heuss an Dürr, 17. 9. 1932, in: BArch, N 1221, 55; bzw. Heuss an Hopf, 17. 9. 1932, ebd., 57.

⁶ Zur gescheiterten Nominierung von Heuss in Württemberg bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 vgl. Nr. 217, Nr. 218, Nr. 219, Nr. 221.

Hoffentlich haben Sie an der See so schönes Wetter gehabt, wie es die letzten Tage hier durchschnittlich gewesen ist.

Mit herzlichem Gruß

Ihr

gez. Th. Heuss
i. V. Ch. Kaempffer

Nr. 215

An Karl Hoffstetter, Tuttlingen

23. September 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 382: ms. Schreiben, Durchschlag; Kopfbogen: „Reichstag. Abgeordneter“
Prozess gegen die „National-Sozialistische Volkszeitung“ in Trossingen

Sehr geehrter, lieber Herr Hoffstetter,¹

vom letzten Wahlkampf her ist noch eine etwas komische Anekdote zurückgeblieben, die jetzt vor dem Amtsgericht Tuttlingen fortgesponnen wird.

Als ich ein paar Tage vor der Wahl in Schwenningen sprach,² begrüßte mich der dortige Ableger des Trossinger Naziblatts mit einem kleinen Lokalartikel, in dem ich als der bekannte „Freimaurer und Jude“ begrüßt wurde, meine jüdische Frechheit und ähnliches zitiert, mir vorgeworfen, daß ich bei einer früheren Rede die ermordeten S.A.-Kameraden „Reklameleichen“ genannt habe und ähnliches. Ich habe damals auf Wunsch der Schwenninger Freunde der Zeitung noch am Abend eine pressegesetzliche Berichtigung geschickt (unwahr ist, wahr ist vielmehr).³ Die wurde nicht abgedruckt. Anfang August nach der Rückkehr fand ich dann einen Brief der Nazizeitung hier, sie sei bereit, einen Wahrheitsbeweis zu führen, und ich solle Privatklage gegen sie erheben.⁴

Das wäre nun für mich ein wahres Vergnügen gewesen, festzustellen, wie die Leute den Wahrheitsbeweis führen, daß ich Jude und Freimaurer bin.⁵ Aber ich habe von einer Privatbeleidigungsklage abgesehen, da ich unter den persönlichen

¹ In der Vorlage: „Hofstetter“.

² Heuss hatte am 27. 7. in Schwenningen im Rahmen der Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 gesprochen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

³ Heuss an die Schriftleitung der National-Sozialistischen Volkszeitung, 27. 7. 1932, in: BArch, N 1221, 382. Dort findet sich auch eine Abschrift des betreffenden Artikels der „National-Sozialistischen Volks-Zeitung Schwenningen“.

⁴ Schriftleitung der National-Sozialistischen Volks-Zeitung an Heuss, 29. 7. 1932, in: BArch, N 1221, 382.

⁵ Zur Behauptung im NS-Schrifttum, Heuss sei Jude, vgl. Nr. 192.

und politischen Freunden sehr viele habe, die sowohl Jude als Freimaurer sind, und ich mich an sich ja natürlich nicht in die Lage bringen möchte, daß solche Begriffe oder Tatsachen als Beleidigungen angesehen werden, wenn auch die Absicht dessen, der sie brachte, diese Infamierung ist. Mir kann nur daran liegen, daß nicht die infamierende Absicht widerspruchslos in den Köpfen der Leser sich festsetzt.

Ich habe also die Beleidigungsklage nicht erhoben, sondern einfach an die Staatsanwaltschaft in Rottweil Anzeige erstattet wegen Vergehen gegen das Pressegesetz (die Leute sind zum Abdruck einer Berichtigung verpflichtet.)⁶ Rottweil hat die Geschichte an Tuttlingen weitergegeben. Dort wird unter dem Rubrum Schrag am 29. September, vormittags 9¼ Uhr verhandelt. Ich komme natürlich deshalb nicht runter gefahren. Die Sache erledigt sich, auch ohne daß ich einen Anwalt brauche, denn es ist ja amtsanwaltliches Eingreifen. Aber es würde mich schon interessieren, wie die Gerichtssitzung verläuft und ob sie irgend eine politische oder persönliche Pointierung erfährt. Nun kann ich Ihnen natürlich nicht zumuten, daß Sie selber deshalb hingehen; aber vielleicht kann eine Ihrer Töchter einmal den „Kriminalstudenten“ bilden oder, wenn das in der kleinen Stadt zu auffällig ist, setzen Sie sich mit dem mir ja bekannten und, wie ich glaube, freundschaftlich gesonnenen Redakteur der dortigen Zeitung in Verbindung, er heißt wohl Strasser, der schlanke blonde junge Mann, der hier an der Hochschule für Politik bei mir gehört hat. Er wird sich für den Fall auch rein presserechtlich interessieren und mich vielleicht über den Gang der Verhandlung orientieren.⁷

Mit freundlichem Dank für Ihre Mühe, die Ihnen aus meiner Bitte entsteht, und herzlichen Grüßen an Sie alle

Ihr

[Theodor Heuss]

⁶ Heuss an die Staatsanwaltschaft Rottweil, 3. 8. 1932, in: BArch, N 1221, 382.

⁷ Sowohl Emma Hoffstetter, die Ehefrau von Karl Hoffstetter, als auch Hermann Strasser, der Redakteur des „Gränz-Boten“, besuchten die Gerichtsverhandlung am 29. 9. 1932, in der der Redakteur der „National-Sozialistischen Volks-Zeitung Schweningen“ zu einer Geldstrafe von 30 Mark, zum Abdruck der pressegesetzlichen Berichtigung und zur Übernahme der Kosten des Verfahrens verurteilt wurde; vgl. Emma Hoffstetter an Heuss, 29. 9. 1932, in: BArch, N 1221, 82.

Nr. 216

An Albert Hopf, Stuttgart

27. September 1932; [Berlin NW 7]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.

Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Parteien bei den kommenden Reichstagswahlen

Lieber Freund,

herzlichen Dank für Deinen Brief, der sich mit meiner gestrigen Aufsatzsendung ja gekreuzt hat.¹ Ich will Dich kurz ins Bild setzen über den Ablauf der verschiedenen Besprechungen, die hier stattgefunden haben:

1. Zum Samstag 12 Uhr hatte der Nationalverein (Wildermuth) zu einer Besprechung eingeladen, an der ich auf Dietrichs Wunsch teilnahm.² Es konnte bei ihr nichts herauskommen, denn zunächst waren nur Hartwig von den Christlich-sozialen und ich erschienen. Die Volkskonservativen hatten Wildermuth wissen lassen, daß sie an der bevorstehenden Wahl desinteressiert seien, Dingeldey hatte ihm telephonierte, er sei „vergeben“ (ein zweideutiges Wort, was zeitlich oder inhaltlich genommen werden kann). Das Landvolk war angekündigt, kam aber nicht, ebenso fehlte vom bayrischen Bauernbund und [der] Volksrechtspartei die Vertretung. Als wir mit unserem Palaver zu Ende kamen, erschien noch Drewitz von der Wirtschaftspartei. Wildermuth hatte die Sitzung etwas Hals über Kopf angesetzt, um, wenn es ihm möglich sei, auf die Entscheidung der Volkspartei, deren Parteiausschuß zu Sonntag einberufen war, noch Einfluß zu gewinnen.³ Hartwig, freilich ohne abschließende Instruktion, war der Meinung, daß seine Gruppe vielleicht für eine technische Verbindung in Frage käme (auch bei ihnen die Psychose der verlorenen Stimmen). Ich erklärte unsere grundsätzliche Bereitschaft, über einen Mittelblock weiterzuverhandeln, gab aber meine persönliche Meinung in der Richtung ab, daß ein Zusammengehen mit Hugenberg von der eigentlichen Parteianhängerschaft nicht akzeptiert werde. Hartwig bestätigte mir, daß das auch für sie nicht in Frage käme (denn sie sind ja unter Konflikt von

¹ Weder Brief noch Aufsatzsendung ließen sich ermitteln.

² Einladungsschreiben von Wildermuth an Dietrich, 23. 9. 1932, in: BArch, N 1004, 224. Der Deutsche Nationalverein war am 18. 9. 1932 in Berlin begründet worden; er verstand sich nicht als neue politische Partei, sondern setzte sich für ein Wahlkartell von der KVP bis zur DStP ein; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 292–294. Das Treffen hatte am 24. 9. 1932 im Haus der Deutschen Presse stattgefunden.

³ Vgl. den Bericht über Sitzung des Reichsausschusses der DVP vom 25. 9. 1932, in: NATIONAL-LIBERALISMUS, zweiter Halbbd., S. 1216f; der Reichsausschuß ermächtigte in dieser Sitzung Dingeldey, erneut mit der DNVP ein Wahlabkommen abzuschließen, womit die DVP für das Wahlkartell nicht mehr in Frage kam.

Hugenberg weg).⁴ Drewitz erzählte, daß die Volkspartei ihnen vorgeschlagen habe, die Parole für die Volkspartei auszugeben und dafür eventuell mit auf der Hugenbergreichsliste placiert zu werden.⁵

2. Am Montag früh fand eine zweite Konferenz statt, bei der wir unglücklicherweise nicht vertreten waren und zwar auf Grund eines Regiefehlers, der offenbar von Schütt gemacht wurde. Ich rief Montag in der Frühe in Dietrichs Wohnung an, um mich mit ihm zu verabreden, daß wir uns vor der gedachten Konferenz besprechen. Dort erfuhr ich, daß der noch nicht zurück sei. Das Parteibüro teilte mir dann mit, daß die Konferenz nach telephonischer Abmachung von Dietrich mit Dingeldey erst nachmittags 4 Uhr stattfände. In der Morgenkonferenz hat die Volkspartei durch Morath erklärt, wie wir nachmittags erfuhren, daß sie wieder den Anschluß an Hugenberg zu nehmen beabsichtige und bereit sei, mit Hugenberg darüber zu verhandeln, ob er auch den anderen Gruppen Plätze zuwiese.⁶

3. An der Nachmittagskonferenz konnte ich am Anfang nicht dabei sein, weil ich die Stunde schon für den offiziellen Empfang des aus der Mandschurei zurückgekehrten Gouverneurs Schnee (Bund der Auslandsdeutschen etc.) fest vergeben hatte,⁷ fuhr aber dann gleich nach der Rede in den Reichstag, wo Dietrich und Lemmer mich noch erwarteten. Dabei ergab sich folgendes, daß an der Nachmittagsitzung, obwohl der Termin zwischen Dingeldey und Dietrich verabredet war, von der Volkspartei überhaupt niemand mehr erschien. Das Bild der Besprechung scheint so gewesen zu sein, daß bei der Wirtschaftspartei Mollath eine stärkere Zuneigung zu einer mittelbürgerlichen Einheit zeigte als sein wirtschaftsparteilicher Kollege Holzammer.⁸ Von den Christlichsozialen wurde mitgeteilt, daß sie am Donnerstag in Frankfurt a. M. ihre Reichsführerkonferenz haben und sich dort entscheiden wollen (nach meinem Gefühl spricht die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie selbständig bleiben).⁹ Infolge dieser Sachlage

⁴ Emil Karl Hartwig gehörte zu den Abgeordneten, die Ende 1929 in dem parteiinternen Konflikt über das Volksbegehren gegen den Youngplan aus der DNVP ausgetreten und kurz darauf dem CSVD beigetreten waren; vgl. Nr. 158, Anm. 4.

⁵ Wie bereits bei den Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 waren auch bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 der Reichsliste der DNVP die DVP sowie zahlreiche kleinere Splitterparteien angeschlossen. Die WP schloss sich jedoch nicht der DNVP, sondern der Reichsliste der BVP an, über die Johann Viktor Bredt als einziger Abgeordneter in den neuen Reichstag einzog; vgl. STATISTIK 434, II, S. 76–81, 110.

⁶ Vgl. Anm. 3 und Anm. 5.

⁷ Schnee war am 20. 9. 1932 von einer siebeneinhalb Monate dauernden Studienreise zurückgekehrt, an der er als Mitglied einer vom Völkerbund entsandten fünfköpfigen Mandschurei-Kommission teilgenommen hatte; vgl. H. SCHNEE, Völker und Mächte; zum Empfang am 26. 9. 1932 vgl. VZ, Nr. 463, 27. 9. 1932.

⁸ Die Parteizeitung der WP erteilte dem politischen Sammlungsziel des Deutschen Nationalvereins am 1. 10. 1932 eine Absage; vgl. M. SCHUMACHER, Mittelstandsfrent, S. 187.

⁹ Der CSVD ging bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 eigenständig vor; seiner Reichsliste schlossen sich die Deutsch-Hannoversche Partei und die Volksrechtspartei an; vgl. STATISTIK 434, II, S. 78.

ist die Besprechung wieder vertagt worden. Die nächste Zusammenkunft soll wohl am kommenden Freitag stattfinden. Schon bei der Schneefeier hatte mir Schneider-Dresden gesagt, die Einigung mit uns würde nicht zu erreichen sein. Selbst in Sachsen habe er bei seiner Landeskonferenz, wo er einen solchen Schritt empfohlen habe, starken Widerspruch bekommen. Die Verständigung zwischen den Führern, also zwischen Külz und ihm, würde ja dort leicht zu machen sein, aber die zweiten und dritten Leute würden von der persönlichen Ablehnung gegeneinander leben. Und bei der Gesamtführung der Volkspartei würden halt einige Leute die Situation nur darunter sehen, daß sie bei Hugenberg ein paar Mandate gesichert erhalten.¹⁰

Eine Verständigung mit Hugenberg zu suchen, erscheint mir schlechthin unmöglich aus zwei Überlegungen: erstens, als Hugenberg im Juni mit der Volkspartei verhandelte,¹¹ behielt er sich die Auswahl der Leute vor, die er auf seine Liste nähme; d. h. er lehnte etwa Moldenhauer und Schneider-Dresden ab. Er würde bei uns sicher Dietrich ablehnen, dessen Finanzpolitik ja von Oberfohren immer scharf angegriffen war, und dem können wir uns nicht aussetzen. Zweitens aber glaube ich, würde er uns am Schluß von Verhandlungen überhaupt abfahren lassen und damit den Start der Wahl verderben. Wir können uns ja auch nicht gut der Situation aussetzen, daß die Volkspartei für uns sozusagen federführend die Patronage unserer Gruppe betreibt.

Es war mir sehr interessant, was Du mir über die Stuttgarter Versammlung geschrieben hast.¹² Ich habe hier den Freunden, die nach der württembergischen Situation sich erkundigten, meinem Gefühl nach ungefähr so gesagt, daß in der Grundentscheidung die Argumente, die wir im Frühsommer gegen eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie zum Vortrag gebracht haben,¹³ sicher im Breiten noch in Geltung sind, daß ich es aber für möglich halte, daß die Schaffung eines *Fait accompli* mit entsprechenden Sicherungen über diese Schwierigkeit hinweghelfen könne, vor allem dann, wenn man der Wahl einen verfassungsrechtlichen Grundzug mitgeben kann. Ich glaube, daß wir auch ziemlich stark gegen die agrarische Kontingentierungspolitik Stellung nehmen müssen.¹⁴ Denn

¹⁰ Durch ihre Verbindung mit der DNVP erhielt die DVP neben ihren vier Mandaten auf Wahlkreisverbandsebene sieben weitere Reichslistenmandate zugesprochen; vgl. ebd., S. 81, 110.

¹¹ Gemeint sind die Verhandlungen zwischen DVP und DNVP über eine Listenverbindung für die Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932, die in das Abkommen vom 2. 7. 1932 gemündet waren; vgl. Nr. 203, Anm. 7.

¹² Die DDP von Groß-Stuttgart hatte am 21. 9. 1932 eine Mitgliederversammlung abgehalten, auf der sich zahlreiche Redner für eine Unterstützung der Regierung Papen ausgesprochen hatten; vgl. SNT, Nr. 446, 23. 9. 1932.

¹³ Vgl. Nr. 207.

¹⁴ Anlässlich der Veröffentlichung der Notverordnung vom 4. 9. 1932 hatte die Reichsregierung angekündigt, die Einfuhr verschiedener landwirtschaftlicher Produkte durch Kontingentierungen beschränken zu wollen. Das Vorhaben der Reichsregierung fand durch die Rede des Reichsminis-

auf dem Lande werden wir ja im Augenblick doch nichts zu holen haben, und ich selber sehe in der Richtung der Handelspolitik ziemlich schwarz.

Dietrich will jetzt, glaube ich, die nächsten Tage hier sein, und ich hoffe, ihn dann auch einmal allein zu bekommen. Gestern war immer nur ein größerer Kreis beisammen.

Mit freundlichen Grüßen

Dein

gez. Theodor Heuss

Nr. 217

An Friedrich Mück, Heilbronn am Neckar

3. Oktober 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 269: ms. Schreiben, Durchschlag

Innerparteiliche Gegner einer Reichstagskandidatur von Theodor Heuss in Württemberg

Lieber Freund,

schade, daß wir uns neulich in Berlin nicht noch einmal gesprochen haben. Ich hätte ganz gern die württembergische Situation mit Dir geklärt. Ich wollte aber nicht davon anfangen, solange Elly dabei war, weil man solche Geschichten besser unmittelbar erörtert. Wie Du aus der nebenstehenden Niederschrift siehst, haben wir uns gestern in Mannheim eingehend ausgesprochen.¹ Ich stand schon etwa vor zehn Tagen vor der Überlegung, ob ich mich wie im Jahr 1930 und im Sommer 1932 auf den Kampf um die württembergische Kandidatur einstellen sollte.² Da hat sich nämlich folgendes abgespielt (was ich bitte, ganz vertraulich zu behandeln, weil die Kontrahenten nicht wissen, daß ich es weiß): Maier und Hopf fuhrten von Leipzig nach Berlin und waren hier, ohne mit mir Fühlung zu nehmen. Sie haben Dietrich klar gemacht, daß Maier kandidieren wolle. Er solle

ters für Ernährung und Landwirtschaft auf der Vollversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrats in München am 26. 9. 1932 nochmals breite Resonanz in der Öffentlichkeit; vgl. AdR Papen, Bd. 1, S. 508f, Anm. 29, und Bd. 2, S. 640–645 (Abdruck der Rede).

¹ Die von Heuss verfasste „Aufzeichnung über die Mannheimer Besprechung“, die am 2. 10. 1932 zwischen Dietrich, Heuss, Hopf und Maier stattgefunden hatte, findet sich als Anlage zu einem Brief von Heuss an Hopf vom 3. 10. 1932, in: BArch, N 1221, 57, bzw. als Anlage zu einem Brief von Heuss an Dietrich vom 6. 10. 1932, in: BArch, N 1004, 574. Der darin besprochene Wechsel in der württembergischen Spitzenkandidatur von Heuss auf Maier wurde am 8. 10. 1932 vom Vertretertag der württembergischen DStP bestätigt; vgl. NZ, Nr. 237, 10. 10. 1932. Zum Inhalt der Mannheimer Besprechung vgl. auch Nr. 218.

² Vgl. Nr. 158, Nr. 160, Nr. 163, Nr. 205.

mir das klar machen und mich auf der Reichsliste sichern. Dietrich hat aber, obwohl wir uns in der Zwischenzeit gesehen haben, nie den Rang gefunden, mir diesen Auftrag (von dem ich durch andere Seiten informiert war) auszurichten, bis er mir das am Freitag beiläufig sagte. Du kannst Dir denken, daß ich nicht gerade sehr angenehm davon berührt war, daß man über mich verhandelte, ohne mich hinzuzuziehen. Dietrich teilte mir dann auch mit, daß Bruckmann für Maiers Kandidatur sei (was er ja im Grunde seit 1930 ist). Ich bin überzeugt, auch nach der gestrigen Unterhaltung, daß, wenn ich um Kandidatur und Mandat in Württemberg kämpfen will, ich es durchsetze. Maier sagt zwar, daß viele Leute mit der Frage der Kandidatur jetzt an ihn herantreten, aber außerhalb Stuttgarts, vor allem im Schwarzwald, aber auch an anderen Stellen habe ich menschlich freundschaftliche Beziehungen, die von den Stuttgartern unterstützt werden. Aber es war mir schon seit dem Montag vor 14 Tagen, da ich von der anonymen Anwesenheit Maier-Hopf in Berlin erfuhr, klar, daß ich den Kampf dieses Mal wahrscheinlich nicht machen würde aus einem ganz einfachen Bedürfnis nach seelischer Klarheit. Ich ertrage das auf die Dauer nicht, von den leitenden Akteuren doch schließlich nur ein innerlich unfreies Wohlwollen und Mitgehen zu empfinden. Es ist für mich auch schwer erträglich, daß Sitzungen, Vertretertage und ähnliches angesetzt werden, ohne daß man mich vorher fragt, ob ich an dem Termin frei bin. Für den Mittwoch z. B. kann ich mich unmöglich hier frei machen, da ich zwei berufliche Bindungen habe, für den Samstag wird es möglich sein.³ Die Besprechung, die wir gestern gehabt haben, ist von mir in der Hauptsache bestritten worden und selbstverständlich auf die Tendenz einer loyalen Auseinandersetzung abgestellt gewesen. Ob der zwischen uns zustande gekommene Akkord die definitive Verabschiedung von Württemberg sein wird, übersehe ich noch nicht. Ich weiß auch noch nicht, ob die von mir in Angriff genommene Frage Potsdam II zum Ziel führt.⁴

Oscar Meyer hatte mich im Jahre 1930 schon als seinen eventuellen Nachfolger in diesem Mandat in Aussicht genommen. Er ist sich im Augenblick selber noch nicht klar, wie er zu den Aufforderungen sich verhalten soll, die Kandidatur, die er im Sommer abgelehnt hatte, wieder aufzunehmen, und teilt mir auch mit, daß Reinhold sich noch einmal bewerben wird. Wenn ich hier kandidiere, halte ich es für sehr wahrscheinlich, daß ich den Wahlkreis erobern werde, da mich das

³ Im Winterhalbjahr 1932/33 hielt Heuss an der Deutschen Hochschule für Politik jeweils mittwochs eine Vorlesung „Geschichte der deutschen Innenpolitik der Nachkriegszeit (1919–1932)“; HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1932/33. Am Mittwoch, den 5. 10. 1932, hielt er zusätzlich eine Rede vor der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in Berlin; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684. Am Samstag, den 8. 10. 1932, nahm Heuss am Vertretertag der württembergischen DStP teil; ebd.

⁴ Zu einer möglichen Kandidatur von Heuss im Wahlkreis Potsdam II vgl. Nr. 218, Nr. 219, Anm. 8.

B[erliner] T[ageblatt] vermutlich ignorieren wird. Freilich die Voss, die ich für wichtig halte, kann unter Umständen gekränkt sein, wenn Reinhold nicht mehr zum Zuge kommen sollte. Ich nehme an, daß es mir möglich sein wird, am Freitag in Stuttgart zu sein. Ich schicke Dir die Aufzeichnung und diesen Brief vor der morgigen Sitzung, damit Du auch über meine innere Haltung zu den Dingen „im Bilde“ bist. Ich bitte aber, diesen Brief und seinen Inhalt vertraulicher zu behandeln als den von Anfang August,⁵ wo Du mit Deiner Bemerkung über den kleinen Haußmann so ins Fettnäpfchen getreten bist.

Mit herzlichen Grüßen
wie immer
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 218

An Dr. Oscar Meyer, Berlin-Grunewald

3. Oktober 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 59: ms. Schreiben, Durchschlag

Listenverbindung mit der SPD; Wechsel in der württembergischen Spitzenkandidatur; eventuelle Kandidatur von Theodor Heuss im Wahlkreis Potsdam II

Verehrter Freund,

die Mannheimer Tagung hat äußerlich einen guten Verlauf genommen. Die drei Reden waren inhaltlich gut, mehr programmatisch als agitatorisch.¹ In der geschlossenen Versammlung hat sich Petersen für die Listenverbindung mit der SPD ausgesprochen.²

In einer längeren Unterhaltung mit Reinhold Maier, Hopf und Dietrich haben wir auch die württembergische Situation durchgesprochen und uns dahin verständigt, daß wir es um der Schlagfähigkeit der dortigen Partei nicht auf ein inneres Kräftemessen ankommen lassen wollen.³ Die Württemberger zeigen selber das lebhafteste Interesse daran, daß ich a. im Parlament bleibe und b. die Auseinandersetzung sich in der loyalsten Form vollzieht. Neben dem Argument des Wohnsitzes, was ja schon seit einiger Zeit vorgetragen wird, spricht für den Kandidaten-

⁵ Ließ sich nicht ermitteln.

¹ Die DStP hatte am 2. 10. 1932 in Mannheim eine Kundgebung abgehalten, bei der Dietrich, Petersen und Maier zum gemeinsamen Thema „Der Weg der nationalen Demokratie“ sprachen. Die Veranstaltung bildete den Auftakt zum Reichstagswahlkampf; vgl. SNT, Nr. 462, 3. 10. 1932.

² Gemeint ist ein Anschluss der DStP an den Reichswahlvorschlag der SPD; vgl. Anm. 5.

³ Vgl. Nr. 217, Anm. 1.

wechsel im Augenblick ein sachliches Argument, daß ich selber in der Besprechung formuliert habe. Die württembergische Partei steht stimmungsgemäß nach wie vor überwiegend gegen einen Anschluß an die SPD.⁴ Die Sache scheint so kritisch (ganz im Vertrauen), daß Bruckmann die Niederlegung des Landesvorsitzes in diesem Fall angekündigt hat und daß uns einige Fabrikanten aus alt-demokratischer Tradition im Fall der Listenverbindung mehr oder weniger demonstrativ verlassen wollen. Diese Gruppen, wie auch den Teil der Handwerker, kann Maier besser bei der Partei halten als ich, da ich dem Verdacht ausgesetzt bin, ein „Berliner Politiker“ geworden zu sein, während Maier so viele Reden gegen den Sozialismus als Wirtschaftsprinzip gehalten hat, daß seine Kandidatur die taktische Entscheidung nicht so sehr ins breite Bewußtsein treten läßt. Er ist an sich bereit, die Listenverbindung mit der SPD mitzuverantworten, obwohl sie die Sicherung des Grundmandats, die ja an sich gering genug geworden ist, nach der württembergischen Psychologie gefährdet.⁵ Die Württemberger haben offenbar bei der neulichen Leipziger Konferenz,⁶ an der ich ja nicht beteiligt war, mit Hamburg und ein paar anderen Stellen in dem Sinn Fühlung genommen, daß mir auf einer Reichsliste der zweite oder dritte Platz festgemacht werden soll, weil ich ja zu den paar Leuten gehöre, die mit einer gewissen rednerischen Freizügigkeit im ganzen Reich zur Verfügung stehen, und die Möglichkeiten eines Weiterführens oder Neuaufbaus der linksbürgerlichen Mitte ja von einer gewissen Außenaktivität abhängt, da ja das Parlament selber sehr wenig Chancen zur Wirkung zeigt.

Ich habe den drei Herren vertraulich auch von unserer Besprechung Kenntnis gegeben und ihnen dargestellt, daß für mich der Kampf um ein Grundmandat, das Aussichten bietet, persönlich und politisch erwünscht sein muß. Ich selber glaube, daß ich den Wahlkreis in der gegenwärtigen politischen Situation zurückgewinnen könnte, da ich ja hier auch in einer Reihe von Verbänden und Bewegungen, die über den Rahmen unserer Partei hinausreichen, eine gewisse Rolle spiele,⁷ und

⁴ Nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ fanden in Württemberg stattdessen Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien (DStP, WP, Volksrechtspartei, CSVD und Bauernbund) über die Bildung einer gemeinsamen Liste für die Reichstagswahlen statt; vgl. VZ, Nr. 468, 29. 9. 1932.

⁵ Die Listenverbindung mit der SPD kam nicht zustande, da der SPD-Parteivorstand einen entsprechenden Vorstoß des Parteivorsitzenden Dietrich am 10. 10. 1932 ablehnte; vgl. E. MATTHIAS / R. MORSEY, Deutsche Staatspartei, S. 59, Anm. 30.

⁶ Bei der „Leipziger Konferenz“ handelte es sich um eine Sitzung des Arbeitsausschusses der DStP, der nach dem Rücktritt des Geschäftsführenden Vorstandes der DStP am 11. 9. 1932 mit der Reorganisation der Partei beauftragt worden war; vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 749. Protokolle dieses Gremiums haben sich nur in Einzelfällen erhalten; vgl. ebd., S. 750, Anm. 1. – Auf Wunsch von Dietrich hatte Heuss an der Besprechung nicht teilgenommen; vgl. Heuss an Hopf, 17. 9. 1932, in: BArch, N 1221, 57.

⁷ Heuss war u. a. tätig im Bund der Auslandsdeutschen, im Deutsch-Österreichischen Volksbund, im Deutschen Werkbund und im Schutzverband deutscher Schriftsteller.

hier auch die mannigfache Wirksamkeit meiner Frau mich an Kreise herangeführt hat, die nicht zur Partei gehören.⁸ Dietrich hat mir zugesagt, daß er bei der Finanzierung dieses Wahlkampfes mitwirken werde. Ich hatte den Eindruck, daß er nach der Seite der Finanzierung des Wahlkampfes schon einige Schritte eingeleitet hat. Am nächsten Sonnabend ist in Württemberg der Vertretertag. Bis dorthin muß ja eine Klärung über die Gesamthaltung der Partei erfolgt sein. Vielleicht haben wir auch Gelegenheit, in der Zwischenzeit uns noch einmal zu sprechen.⁹

Mit freundlichen Grüßen
wie immer
Ihr dankbarer

[Theodor Heuss]

Nr. 219

An Friedrich Mück, Heilbronn am Neckar

13. Oktober 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 269: ms. Schreiben, Durchschlag, ms. gez.

Behandlung von Theodor Heuss durch die Parteispitze der DStP; Möglichkeit einer Listenverbindung zwischen DStP und Bayerischem Bauernbund; Kritik an der Führung des Deutschen Werkbundes

Lieber Freund,

die weitere Gestaltung der parteipolitischen Dinge, vor allem in Ansehung meiner Person, ist mir noch unklar. Klar ist einstweilen nur, daß, wie ich ja seit drei Wochen ungefähr kommen sehe, ein gegenseitiges Sichhereinlegen im Spiel ist, als dessen Opfer ich ausersehen bin. Gestern war hier der neugebildete Zwölfer- oder Fünfzehner-Ausschuß der Partei beisammen,¹ von Württemberg nur Hopf. Bei dieser Gelegenheit hat Dietrich die Abmachungen von Mannheim, die in meiner neulichen Aufzeichnung niedergelegt sind, gebrochen und sich für

⁸ Heuss-Knapp engagierte sich während der Weimarer Republik in vielfältiger Art und Weise innerhalb der evangelischen Laienbewegung; sie war u. a. aktives Mitglied in der Gemeinde zum Heilsbronn, hielt zahlreiche Vorträge zu religiösen Themen und unterrichtete im Burckhardt-Haus, einer Ausbildungsstätte für Gemeindefrauen; vgl. E. HEUSS-KNAPP, Bürgerin, S. 364–370.

⁹ Zum Beschluss des Vertretertags vgl. Nr. 217, Anm. 1; die beabsichtigte Kandidatur von Heuss im Wahlkreis Potsdam II scheiterte am Votum des dortigen Wahlkreisvorstandes; vgl. Nr. 219, Anm. 8.

¹ Gemeint ist der am 11. 9. 1932 eingesetzte Arbeitsausschuß der DStP; vgl. Nr. 218, Anm. 6. Nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ wurde auf dieser Sitzung die Reichsliste vorberaten; vgl. VZ, Nr. 493, 14. 10. 1932.

Lemmer an die 2. Stelle eingesetzt.² Auch Petersen hat dies getan, nachdem er, wie mir Hopf erzählte, eine herrliche Rede über mich als Person gehalten hatte, wieviel wertvoller ich sei als Lemmer, aber gerade wenn wir den bevorstehenden Wahlkampf stark in der Richtung des Wirtschaftskapitalismus führen, müsse ein Arbeitnehmervertreter sichtbar sein. Da ich selber <ja>³ sehr großes Talent zu Bitterkeiten besitze, versage ich mir das Kapitel zu buchstabieren, daß man vorteilhafterweise als Student zu keinem Examen kommt, sondern Sekretär wird, um über alle Charakterschwierigkeiten hinweg politisch sozusagen gesichert zu sein.⁴

Dietrich hat in den letzten Tagen wieder mit jenem ungeschickten Wechsel von Draufgängertum und Hängenlassen operiert. Als ich nach meiner Rückkehr⁵ wegen der Dinge des bayrischen Bauernbundes bei ihm anfragte, sagte er mir, daß am Dienstag mit Fehr verhandelt würde: der werde in Berlin erwartet. Ich versuchte mich dann in diese Verhandlungen einzuschalten. Fehr war am Dienstag wohl in Berlin, ist aber unsichtbar geblieben, auch in dem Hotel, in dem er sonst wohnt. Es stellte sich dann am Abend heraus, daß Dietrich den Brief, dessen Absendung ich am Freitag der vorigen Woche noch dringend gefordert hatte, überhaupt nicht weggeschickt hat, weil man in solchen Sachen besser nichts Schriftliches von sich gäbe. Ich habe daraufhin gestern von mir aus gleich in Freising bei Fehr angerufen und ihm gesagt, daß ich bereit sei, zu Besprechungen über Anlegen⁶ des Wahlkampfes zu ihm zu fahren. Er hat mir dann auseinandergesetzt, daß er am vergangenen Sonntag bindende Beschlüsse für alleiniges Vorgehen seiner Gruppe bekommen habe, mit der Einschränkung, daß eventuell mit dem Landvolk (Schlange-Schoeningen) verhandelt werden könne.⁷ Von uns habe

² In der Besprechung von Mannheim war vereinbart worden, dass Heuss den zweiten Platz auf der Reichsliste erhält, sollte die DStP selbständig vorgehen; lediglich wenn die DStP eine Listenverbindung eingehe, sei auch der dritte Platz für Heuss noch denkbar; vgl. Aufzeichnung über die Mannheimer Besprechung, wie Nr. 217, Anm. 1. Nach der Absage der SPD an eine Listenverbindung (vgl. Nr. 218, Anm. 5), hätte Heuss den zweiten Platz erhalten müssen. Heuss stellte seine Platzierung auf dem dritten Platz der Reichsliste dennoch nicht in Frage, weil es ihm „auf die Dauer seelisch etwas zu kompliziert gewesen wäre, zwar vom ‚Land‘ draußen gewünscht zu sein, aber in der Stuttgarter Parteileitung einen Konkurrenten zu wissen“; Heuss an Goetz, 11. 10. 1932, in: BArch, N 1215, 35a.

³ Unsichere Lesart wegen Lochung der Vorlage am linken Rand.

⁴ Lemmer hatte sein Studium der Theologie, Geschichte und Volkswirtschaft abgebrochen und seit 1922 als Generalsekretär des liberalen Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände gearbeitet.

⁵ Heuss hatte am 8. 10. 1932 am Vertretertag der württembergischen DStP in Stuttgart teilgenommen; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁶ In der Vorlage: „Anlagen“.

⁷ Der von Anton Fehr angeführte Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund (Deutsche Bauernpartei) stellte bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 eine gemeinsame Reichsliste mit dem Deutschen Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) auf; vgl. STATISTIK 434, II, S. 78.

er nie mehr etwas gehört. Die Vorschläge, die ich ihm aus Eigenem etwas keck machte (daß wir ihnen die bayrischen staatsparteilichen Stimmen an ihre Reichsliste anhängen und nur die beiden Reichlisten verkoppeln), leuchteten ihm ein, aber es sei jetzt zu spät.

Wie die hiesigen Kandidatendinge sich gestalten, ist im Augenblick noch unsicher. Dietrich hat merkwürdigerweise zwischen den anderen Versäumnissen es fertig gebracht, offenbar einiges Geld aufzutreiben, und hat mir gesagt, falls ich hier kandidiere,⁸ daß er für den Wahlkampf Rm. 20.000,-- zur Verfügung stellen könne.

In meinen Dispositionen bin ich noch unsicher. Wenn es sich machen läßt, komme ich am 22. nach Heilbronn (Pennälertreffen) und absolviere eventuell bei der Gelegenheit ein paar Versammlungen für Maier.⁹ In Hamburg scheint man auch einen Kandidatenwechsel vorzunehmen und einen Großkaufmann Otto Matthiessen aufzustellen. Stolper wird morgen aus Karlsbad zurückerwartet. Ob und wie er sich mit den Hamburgern verständigt hat, weiß ich noch nicht.¹⁰

Sonst ist nicht viel zu berichten. Morgen werde ich wohl hier Bruckmann bei der Jubiläumssitzung des Werkbundes sehen.¹¹ Heute Mittag habe ich mit Jäckh bei Poelzig eine Konferenz. Es ist auf einmal alles der Meinung, daß nur Jäckh den Werkbund aus der Krise retten kann, in die er durch die letzten Jahre der Spitzenintrigen geraten ist.¹² Bruckmann wird jetzt vermutlich zurücktreten. Hoffentlich vollzieht es sich in netten Formen. Er hätte früher einmal einen geschickteren Absprung gehabt.¹³

⁸ Gemeint ist die von Heuss angestrebte Kandidatur im Wahlkreis Potsdam II. Sie kam nicht zustande, da sich der örtliche Wahlkreisvorstand für Schreiber als Spitzenkandidat entschied; vgl. Dietrich an Heuss, 18. 10. 1932, in: BArch, N 1221, 55. Die gemeinsame Kandidatenliste der DStP für Berlin und Potsdam II lautete schließlich: Walther Schreiber, Otto Colosser, Kurt Goepel, Adele Beerensson; vgl. VZ, Nr. 503, 20. 10. 1932.

⁹ Anlässlich der Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 hielt Heuss Wahlkampfveranstaltungen in Emmendingen (24. 10.), Würzburg (25. 10.), Nürnberg (26. 10.), Hanau (28. 10.), Geislingen (29. 10.), Süßen (30. 10.), Kirchheim unter Teck (30. 10.), Regensburg (31. 10.), Wetzlar (1. 11.), Homburg (2. 11.), Frankfurt a. M. (3. 11.), Heilbronn (4. 11.) und Hildesheim (5. 11.) ab; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹⁰ Bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 führte Matthiesen den Wahlvorschlag der DStP in Hamburg an, konnte jedoch das DStP-Mandat nicht verteidigen; vgl. STATISTIK 434, II, S. 107.

¹¹ Am 14. und 15. 10. 1932 fand nach 25jährigem Bestehen die 21. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes im ehemaligen Herrenhaus in Berlin statt; vgl. MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN WERKBUNDES, in: Die Form. Zeitschrift für gestaltende Arbeit 7, H. 9, 15. 9. 1932, bzw. H. 11, 15. 11. 1932.

¹² Vgl. die Rundschreiben von Paul Renner an die Vorstandsmitglieder des Deutschen Werkbunds vom 12. 4. und 10. 5. 1932, in denen über eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Werkbundleitung in Berlin und der Amtsführung von Bruckmann berichtet wird; BArch, N 1221, 381.

¹³ Bruckmann erklärte auf der Vorstands- und Ausschuss-Sitzung vom 14. 10. 1932 seinen Rücktritt vom Amt des Vorstandsvorsitzenden; in der Mitgliederversammlung vom 15. 10. 1932 wurde er zum Ehrevorsitzenden ernannt; vgl. MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN WERKBUNDES, in: Die Form. Zeitschrift für gestaltende Arbeit 7, H. 11, 15. 11. 1932.

Jäckh erzählte neulich, daß die Regierung auf Hugenberg drücke, er solle, um seine Reichsliste überparteilich schmackhafter zu machen, Gessler dort an die zweite Stelle placieren.¹⁴ Ob das stimmt, habe ich nicht feststellen können. Als ich vor 14 Tagen hier mit Gessler zusammen war, hat er auf Grund einer längeren Unterhaltung über die staatsrechtlichen Pläne des Kanzlers und auch über den persönlichen Eindruck ziemlich skeptisch gesprochen. Dies aber nur ganz vertraulich.

Mit herzlichen Grüßen
Dein

gez. Theodor Heuss

Nr. 220

An Dr. Peter Bruckmann, Heilbronn am Neckar

18. Oktober 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 75: ms. Schreiben, Durchschlag

Wechsel im Vorsitz des Deutschen Werkbundes; Enttäuschung über die Platzierung auf der Reichswahlliste

Lieber Freund,

freundlichen Dank für Deinen Brief.¹ In gewissem Sinn ist er zu spät gekommen. Als ich gestern abend von der Stadt nach Hause kam, war eine Depesche von Düssel da,² daß er im Eilbrief einen Bericht über die Werkbundtagung erbitte. Das war natürlich sehr dumm von ihm, daß er mich nicht vor der Tagung gebeten hat. Ich hätte mir dann Notizen machen können, um vor allem über den zwar interessanten, aber doch in seiner These mir sehr fragwürdigen Vortrag von Plessner Genaueres und Kritischeres sagen zu können.³ Ich habe mich nun gestern nacht noch hingesetzt und aus der Tiefe des Gemüts einen Bericht handschriftlich los-

¹⁴ Bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 kandidierte Gessler nicht auf der Reichsliste der DNVP; vgl. STATISTIK 434, II, S. 109f; Hinweise auf einen entsprechenden Wunsch der Reichsregierung ließen sich nicht ermitteln; vgl. AdR Papen, passim.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

² Ließ sich nicht ermitteln.

³ HELMUTH PLESSNER: Die Wiedergeburt der Form im technischen Zeitalter; Hauptvortrag auf der Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes am 14. 10. 1932 in Berlin. – In seinem Vortrag verband Plessner Hoffnungen auf eine umfassende soziale und ästhetische Reform mit dem Werkbundgedanken. Der Vortrag erschien nicht in gedruckter Form; das Typoskript der Rede hat sich im Plessner-Archiv der Rijksuniversiteit Groningen/Niederlande erhalten; vgl. K. SCHÜSSLER, Helmuth Plessner, S. 120–123, 273.

gelassen und zur Nachtleerung weggetragen, der vermutlich heute abend nach Stuttgart kommt. Ich hatte schon, ehe Dein Brief vorhin kam, vor, Dir ein paar Zeilen zu schreiben, daß Du diesen „Bericht“ mit einer gewissen Nachsicht lesen sollst, weil er eben nicht als Bericht vorher angefordert war.⁴

Ich habe nun ganz selbstverständlich ein gut Teil der an sich kurzen Ausführungen auf Deine geschichtliche Stellung im Werkbund abgerichtet und auch davon geredet, daß bei der Berufung zum Ehrenvorsitzenden von beiden Teilen zum Ausdruck gebracht wurde, daß dies keine Würde der Ruhe bedeuten solle, sondern daß nach wie vor nicht nur Deine personelle und sachliche Mitarbeit gefordert, sondern auch versprochen wurde.⁵

Über den Nachfolger habe ich nur gesagt, daß seine Berufung satzungsgemäß dem neugewählten Vorstand zustehe und daß diese Wahl nicht ganz leicht sei, weil der Werkbund jemanden brauche, der mit der sachlichen Führerfähigkeit auch die taktische menschliche Ausgleichseignung besitze. Ich glaube, daß der kleine Aufsatz nach der persönlichen und taktischen Seite so gehalten ist, daß er weder für den Werkbund noch für Dich in irgend eine Störung werden könnte.

Von der Reichstagswahl und ihren Begleitumständen laß mich lieber schweigen. Es ist vielleicht schade, daß wir uns in Berlin nicht darüber unterhalten haben. Ich werde gegenwärtig nach Strich und Faden hereingelegt, und das leicht Groteske dabei ist, daß ich diese Dinge mit scharfsichtigen Augen in ihrer Entfaltung kommen sah.

Ich habe in einem Telefongespräch, das ich heute früh mit Hopf geführt habe, die Entscheidung, ob ich auf der dritten Stelle der Reichsliste kandidiere, nachdem mir die zweite verwehrt wurde, die eine Voraussetzung meines loyalen Abschieds von Württemberg war, von Württemberg abhängig gemacht.⁶ Ich möchte nicht durch einen zentralen Krach hier in die württembergische Partei Wirrnis bringen, zumal ich aus manchen Äußerungen sehe, daß mein Weggehen dort doch bei ziemlich vielen schmerzlich empfunden wird.⁷

⁴ TH[EODOR] H[EUSS]: Werkbundtagung in Berlin. Das 25jährige Jubiläum, in: SNT, Nr. 491, 20. 10. 1932.

⁵ Zum Wechsel im Vorsitz des Deutschen Werkbundes vgl. auch Nr. 222, Anm. 5.

⁶ In seiner Antwort beschwerte sich Bruckmann über Dietrich und Petersen, die ihr Versprechen, Heuss den zweiten Platz der Reichsliste zu sichern, nicht eingehalten hatten. „Wir sind also abermals mit unseren Forderungen unterlegen und direkt angelogen worden. Es ist also nur zu hoffen, daß ein dritter Abgeordneter gewählt wird, damit Du auf der Reichsliste zum Zuge kommst. Unter gar keinen Umständen würde ich auf den dritten Platz verzichten. Dadurch wäre die Gefahr des Ausgeschaltet-Werdens zu groß.“ Bruckmann an Heuss, 19. 10. 1932, in: BArch, N 1221, 75. Zur Kandidatur von Heuss auf der Reichsliste vgl. auch Nr. 219, Anm. 2, Nr. 221, Anm. 4.

⁷ Vgl. z. B. Schlenker an Heuss, 9. 10. 1932, in: BArch, N 1221, 60; DDP Schorndorf an Heuss, 19. 10. 1932, ebd., 55.

Wahrscheinlich werde ich Samstag und Sonntag zu einer Pennälerzusammenkunft (30 Jahre Abitur) nach Heilbronn kommen und wenn es reicht, bei Dir vorsprechen.

Mit herzlichem Gruß
Dein

[Theodor Heuss]

Nr. 221

An Hermann Dietrich

18. Oktober 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1004, 224: hs. Schreiben, behändigte Ausfertigung¹

Verstimmung über Hermann Dietrichs Vorgehen bei der Aufstellung der Reichswahlliste; Übersendung von „Hitlers Weg“

Verehrter Freund,

Dank für Ihre Zeilen.²

Ich habe heute früh schon Nuschke mitgeteilt, daß ich meine Entscheidung wegen der Reichsliste dem Votum der Württemberger überlasse³ – Hopf ist von mir telefonisch instruiert und will mir morgen Vormittag nach Rücksprache mit Maier u. Bruckmann Bescheid geben.⁴

Darf ich zu meiner „Verstimmung“ etwas sagen, die Sie in Ihrem Brief erwähnen? Manche Freunde meinen, daß ich zu solcher Gefühlshaltung fast etwas zu wenig Talent besitze. Wenn aber meine Meinung über die Vorgänge dieser Wochen und Tage so genannt werden soll, dann nicht, so paradox das klingen mag, in Bezug auf das Ergebnis als auf einige Verfahrensarten.

Wir haben neulich über mein Hitler-Buch gesprochen; Sie interessierten sich dafür. Vielleicht finden Sie auf den Bahnfahrten der kommenden Wochen Zeit, es zu lesen. Ich brauche kaum anzumerken, daß die Arbeit, mit geringen Einschaltungen, vor einem Jahr geschrieben wurde – heute würde, etwa im ökonomischen Teil, manches präziser zu fassen sein und der taktisch-politische schon

¹ In Briefkopf Vermerk durch Empfänger: „Wahl 32“.

² Dietrich an Heuss, 18. 10. 1932, in: BArch, N 1221, 55.

³ Heuss an Nuschke, 18. 10. 1932, ebd., 59.

⁴ Auf Bitten der württembergischen Partei kandidierte Heuss auf dem dritten Platz der Reichsliste der DStP; vgl. Heuss an Landahl, 20. 10. 1932, in: BArch, N 1221, 58. Die Bekanntgabe der Kandidatur erfolgte eine Woche später; vgl. VZ, Nr. 518, 28. 10. 1932.

wesentlich <reicher> aussehen müssen. Aber wesentliche Irrtümer zeigt wohl auch der Rückblick nicht.⁵

Die Nazi haben das Buch ziemlich übergangen⁶ – ich glaube, daß Ihnen das Organ für die Kombination von Ironie u. Sachlichkeit fehlt.

Mit bestem Gruß

Ihr

Theodor Heuss

Nr. 222

An Friedrich Mück, Heilbronn am Neckar

8. November 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 269: ms. Schreiben, Durchschlag

Politische Lage und berufliche Perspektiven nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932

Lieber Freund,

schade, daß Du mich gestern abend nicht erreicht hast. Ich war bei Stolper mit B.¹ zusammen. Große Klugheit herrschte noch nicht. Stolper meinte, er² solle gleich wieder aufgelöst werden in der optimistischen Annahme, daß dann die Niederlage von Nazi vollkommen sein würde. Ich teile diese Auffassung nicht. Hitlers Rückgang entspricht ungefähr genau meinem Voranschlag, daß er um 15 % herum verlieren werde. Ich hätte sogar Hugenberg einen etwas größeren Gewinn gegeben. Ich hatte angenommen, daß er auf 60 Mandate käme.³ Das geltende Wahl-

⁵ TH. HEUSS, Hitlers Weg. Das Buch hatte seit seinem Erscheinen Anfang Januar 1932 etliche Neuauflagen erlebt, aber erst in der achten Auflage von Ende März 1932 ging Heuss mit einigen Zusätzen auf zwischenzeitlich eingetretene politische Ereignisse ein; vgl. E. JÄCKEL, Einleitung, S. XVI–XVIII.

⁶ In einem Verzeichnis der Rezensionen, das von der Union Deutsche Verlagsgesellschaft erstellt worden war, findet sich lediglich eine Besprechung im „NS Kurier“ aus Stuttgart; vgl. BArch, N 1221, 514. Otto Strasser bezeichnete das Buch hingegen als „ersten gelungenen Versuch eines Verständnisses der Ideologie und der Bewegung des Nationalsozialismus von gegnerischer Seite“ und kündigte eine umfangreiche Rezension in der „Schwarzen Front“ an; Strasser an Heuss, 16. 8. 1932, in: BArch, N 1221, 99.

¹ Vermutlich Bernhard Wilhelm von Bülow, der zusammen mit Heuss regelmäßiger Gast des Dienstag-Kreises von Stolper war; vgl. T. STOLPER, Gustav Stolper, S. 204f; H. BOTT / H. LEINS, Begegnungen, S. 81–85.

² Gemeint ist der eben gerade gewählte Reichstag.

³ Bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 war die Zahl der abgegebenen Stimmen für die NSDAP von 13,779 Mio. (31. 7. 1932) auf 11,737 Mio. gefallen, was einem Rückgang von gut 17 % entsprach; prozentual gesehen war der Stimmenanteil der NSDAP von 37,3 % auf 33,1 %

recht kennt nun eben einmal nur den Schützengrabenkrieg, bei dem keine Durchbruchsschlachten, sondern nur Grabenverschiebungen erreicht werden. Man kann in diesem Winter nicht noch einmal wählen, weil allein die wirtschaftliche Begleitsituation Winterwahlen nicht empfiehlt. Papen scheint jetzt eher verhandlungsbereit. Man hat ihm aber klar gemacht, daß er zunächst noch etwas Geduld haben müsse, um die Parteiführer etwas ihre Köpfe von den Wahlreden frei werden zu lassen.⁴ Er soll jetzt selber zur Erholung etwas wegfahren und zwar incognito nach Paris, was an sich eine sehr hübsche Stadt ist.

Ich habe hier einen großen Haufen unerledigter Post vorgefunden, so daß ich zunächst nur mit dieser, mit Hochschul- und Werkbundsitzungen in Anspruch genommen bin. Der Werkbundvorstand wird, wie mir Jäckh mitteilt, doch am Samstag zusammentreten. Er will einen großen Krach mit den Münchenern durchkämpfen, vorher aber noch Poelzig, Wagner und mich informieren.⁵

Wie ich höre, sollen Weber, Reinhold und Meyer und einige andere am Wahltag, aber vor dem Ergebnis, Dietrich den Austritt aus der Staatspartei angezeigt haben, um für die erwartete Parteienbewegung der Mitte freier dazustehen.⁶

Wie sich mein eigenes Schicksal gestalten wird, sehe ich noch nicht ganz.⁷ Ich muß mir natürlich überlegen, neben die Rm. 330,-- Monatseinkommen von der Hochschule noch irgend etwas Stabiles zu setzen, ohne daß es mich zeitlich völlig verschlingt; denn nun muß und kann ja wohl mit der Naumannarbeit ernstlich begonnen werden. Mit dem Herumreisen wird freilich Schluß sein, was zum Teil schade ist. Das familiäre Leben steht noch in der Tendenz heroischer Sparsamkeit. Ich habe mich zum Beispiel gestern auf eine Zigarre beschränkt, und Elly ist entschlossen, auf den Kuchen beim Nachmittagskaffee zu verzichten. Ob sie, wie vor vier Jahren beim Reichstagsdurchfall,⁸ wieder aufs Bügeln zurückgreifen

gefallen, was einem Rückgang von knapp 13 % entsprach. Die DNVP konnte sich von 2,178 Mio. auf 2,959 Mio. Stimmen verbessern und erzielte 51 statt bisher 37 Mandate. Die DStP erzielte 0,336 Mio. Stimmen und konnte mit Dietrich und Maier lediglich zwei Abgeordnete in den Reichstag entsenden.

⁴ In der Sitzung vom 9. 11. 1932 beschloss die Regierung, erneut mit Hitler in Verhandlungen über eine Regierungsbildung einzutreten, was von Hitler mit Schreiben vom 16. 11. abgelehnt wurde; vgl. AdR Papen, Bd. 2, S. 901–907, 952–956. Weitere Sondierungsgespräche fanden am 13. und am 16. 11. zwischen von Papen und Vertretern von DNVP, DVP, Zentrum und BVP statt; vgl. ebd., S. 944–952, 956f.

⁵ Auf der Vorstandssitzung des Deutschen Werkbundes vom 12. 11. 1932 wurde Jäckh zum Vorsitzenden, Poelzig und Mies van der Rohe zu Stellvertretern gewählt; letzterer lehnte die Wahl jedoch ab und zog sich vom Deutschen Werkbund ganz zurück. Gegen die Wahl von Jäckh hatte die Münchner Werkbundgruppe, der mächtige Münchner Bund, starke Vorbehalte und drohte vorübergehend sogar mit seiner Abspaltung; vgl. J. CAMPBELL, Werkbund, S. 306f.

⁶ Entsprechende Briefe ließen sich im NL Hermann Dietrich nicht ermitteln.

⁷ Heuss war bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 nicht wiedergewählt worden.

⁸ Bereits bei den Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 war es Heuss nicht gelungen, sein Reichstagsmandat zu verteidigen; vgl. Nr. 121.

wird, weiß ich nicht; einstweilen betätigt sie sich weiterhin sehr stark am Radio.⁹ Am gescheitesten wäre für mich die Möglichkeit, in einer ausländischen Zeitung über deutsche Dinge mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu schreiben; denn auf Berichterstattung mit Telephondienst und ähnlichem kann und will ich mich wegen der Bindungen nicht einlassen.

Ich denke, daß es auch für Dich gut ist, wenn Du jetzt etwas ruhigere Zeit bekommst. Stolper ist der Meinung, daß sich das wirtschaftliche Leben von der politischen Verkrampfung überraschend emanzipiert. Ob er nicht zu optimistisch sieht, weiß ich nicht. Er behauptet, daß in Amerika, gleichviel wer gewählt würde,¹⁰ eine Hausse kommen werde, da dort die Wahl eine geschäftliche Stauung herbeigeführt habe.

Wenn ich Dir einen Vorschlag persönlicher Art machen darf, so würde ich mich einmal an Deiner Stelle wegen des Herzens und der Müdigkeiten ganz gründlich von Professor Albert Fraenkel¹¹ in Heidelberg untersuchen lassen. Du hast ihn ja früher schon einmal konsultiert. Ich halte ihn für einen der klügsten und weisesten Ärzte, denen ich je begegnet bin. Er hat Dich persönlich gern, und er gilt ja als einer der besten Diagnostiker gerade für Herzsachen.

Ich will Dich nun von mir aus nicht zum überflüssigen Reisen animieren, da ich Dir eher den Rat geben möchte, bieder und brav zu Hause zu bleiben; aber da ich selber wohl für einige Monate nicht südwärts reisen kann, werden wir uns gelegentlich nur hier sehen können. Nur bitte ich Dich, mich, wenn es geht, immer frühzeitig zu unterrichten.

Dr. Fischer von der Reichskredit soll übrigens in der Börsenzeitung einen sehr großen, etwas törichten Aufsatz geschrieben haben, in dem er das Nazi-Programm wirtschaftlich veredeln wollte.¹² Die Rede, die er vor den Berliner Kaufleuten neulich hielt, hat aber, wie es scheint, einiges wieder gut machen wollen.¹³

Mit herzlichem Gruß auch an Marie
wie immer
Dein

[Theodor Heuss]

⁹ Vgl. Nr. 193, Anm. 24.

¹⁰ Die US-amerikanischen Präsidentenwahlen fanden am 9. 11. 1932 statt; zum neuen Präsidenten wurde Roosevelt gewählt.

¹¹ In der Vorlage: „Fraenckel“.

¹² OTTO CHRISTIAN FISCHER: Nationales Wirtschaftsprogramm, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 499, 23. 10. 1932. In seinem Aufsatz stellte Fischer u. a. die Kongruenz zwischen dem Führerprinzip in der NSDAP und in der kapitalistischen Privatwirtschaft heraus, aufgrund derer „für ein politisches nationalsozialistisches Programm ein kapitalistisches Programm nicht nur möglich, sondern geradezu notwendig“ sei.

¹³ Zur Rede von Fischer vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller vgl. den Bericht „Nationale Wirtschaftspolitik“, ebd., Nr. 521, 5. 11. 1932. Nach dem Bericht fanden sich in der Rede Fischers keine positiven Bezüge auf die NSDAP, stattdessen kritisierte er die „schädliche Politisierung der Wirtschaft“.

Nr. 223

An Friedrich Mück, [Heilbronn am Neckar]

3. Dezember 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 648: ms. Übertragung eines stenographierten Schreibens¹

Politische Absicherung der Deutschen Hochschule für Politik; Perspektiven für die Regierung von Schleicher; Vorstoß gegen den Parteivorsitz von Hermann Dietrich; Kritik an der Berichterstattung der „Neckar-Zeitung“; berufliche und finanzielle Verhältnisse von Theodor Heuss

Lieber Freund,

da meine kleine Lotti² von Lulu³ eben eine größere Geschichte für seinen Heidelberger Professor Bergsträsser diktiert bekommt, greife ich wieder zu unserer alten vertrauten Kunst der Kurzschrift und antworte Dir gleich, damit Du den Brief noch am Sonntag erhältst.

Ich habe mich sehr gefreut, Nachricht von Dir zu erhalten, hätte aber gewünscht, daß sie, was Deine Gesundheit betrifft, besser gewesen wäre.⁴ Hoffentlich bist Du bald von Fieber usw. frei, denn für Dein Herz ist das, soviel ich davon verstehe, nicht sehr gut. Jäckh ist auch acht Tage lang krank gewesen, eine Rippenfellgeschichte mit Darmattacke, vermutlich die Reaktion auf die große Werkbundsitzung⁵ – denn die Geschichte ging bald darnach los. Jetzt scheint er mir aber wieder in Ordnung zu sein, vor allem, da der Dienstagabend in der Hochschule mit dem Vortrag des Finanzministers ein sehr großer Erfolg war: viele Prominente anwesend, Großer Hörsaal überfüllt, Krosigk sprach sehr gut, auch sehr anständig über die Leistungen des Kabinetts Brüning, freilich ohne Dietrich mit Namen zu erwähnen.⁶ Wir saßen nachher noch im kleinen Kreis mit Krosigk, Luther, Kircher (von der „Frankfurter“) und einigen Ministerialbeamten zusammen, um die Leute für die Hochschule warmzuhalten. Dabei hatte ich das komische Abenteuer, daß mich der Reichskommissar für das Preußische Kultusministerium, ein ältlicher deutschnationaler Professor Kähler aus Greifs-

¹ Übertragung des Stenogramms durch den Stenographen des Landtags von Baden-Württemberg, 1965; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 269: Stenographiertes Schreiben, behändigte Ausfertigung.

² Charlotte Kaempffer, Heuss' langjährige Privatsekretärin.

³ Kosenname für Ernst Ludwig Heuss.

⁴ Mück an Heuss, 2. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 269; Mück war an einer Lungenentzündung erkrankt.

⁵ Vgl. Nr. 222, Anm. 5.

⁶ Der Vortrag von Lutz Graf Schwerin von Krosigk war vermutlich Teil der von der Deutschen Hochschule für Politik veranstalteten Vorlesungsreihe „Politik in der Praxis“; vgl. Nr. 206, Anm. 1.

wald, ein Neffe von Adolf Stöcker, fast umarmte wegen meines Hitler-Buchs⁷ und mich zwei Stunden lang so intensiv in Anspruch nahm, daß Jäckh meinte, wir wären alte Bekannte. Von dieser Seite her wird also keine Gefahr drohen. Jäckh, schlau wie er ist, hat sich übrigens auch schon auf die Naziherrschaft eingerichtet. Im „Angriff“ war neulich den Parteigenossen die Hochschule empfohlen worden zum Erwerb politischer Kenntnisse: von dieser Nummer hat er sich einen größeren Vorrat bereitegelegt, um für kommende Fälle die Leute zu binden!⁸ Ganz schlau.

Ich bin seit gestern wirklich erleichtert, daß Papen nicht wiederkehrt.⁹ Das hätte eine Verdampfung der politischen Situation gebracht, die sich wirklich um des Mannes willen, so angenehme Eigenschaften er haben mag, nicht lohnte. Schließlich ist seine Wiederkehr, für die Hugenberg sehr eintrat, daran gescheitert, daß Bracht es ablehnte, in einem Kabinett Papen zu bleiben, und offenbar auch Krosigk starke Bedenken gemeldet hat.¹⁰ In einigen Monaten läuft die Kreditermächtigung für die Regierung, eine Erbschaft aus Dietrichs Zeit,¹¹ ab; nach der Stellungnahme des Rechnungshofs vom vergangenen Frühjahr kann sie nicht durch Notverordnung erneuert werden, sondern nur durch parlamentarischen Akt.¹² Das scheint mir Krosigk zu sehen. Natürlich ist im Augenblick noch nicht

⁷ TH. HEUSS, Hitlers Weg.

⁸ Unter der Rubrik „Die Plakatsäule“ findet sich im „Angriff“ folgende Mitteilung: „Parteigenossen! Volksgenossen! Erwerbslose! Erwerbslosen ist durch den NSDStB. Gelegenheit gegeben, sich an einer Staatl. Hochschule in Berlin politisch (wissenschaftlich) zu schulen. Dazu ist weder das Einjährige noch das Abitur notwendig, lediglich gute Allgemeinbildung wird verlangt. Die Gebühren für das Studium betragen allerhöchstens 2 Mark (einschl. evtl. verlangten polizeilichen Führungszeugnisses). Dafür genießen die Teilnehmer neben studienmäßiger Ausbildung Ermäßigungen auf der Stadtbahn, für Theater, Kino, Bücher usw.“ Der Angriff, Nr. 236, 14. 11. 1932. – Bei den Wahlen zum Hörer-Ausschuss der Deutschen Hochschule für Politik vom 22. 1. 1932 hatte der NSDStB 21,4 % erhalten, ein im Vergleich zur Berliner Universität geringer Anteil; vgl. D. LEHNERT, „Schule der Demokratie“, S. 67.

⁹ Nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer Regierung unter Einschluss der NSDAP (vgl. Nr. 222, Anm. 4) hatte Reichspräsident von Hindenburg am 17. 11. 1932 die Demission des Kabinetts Papen angenommen, es jedoch gebeten, geschäftsführend im Amt zu bleiben. Am 26. 11. und am 1. 12. war von Papen vom Reichspräsidenten erneut mit der Bildung einer Reichsregierung betraut worden, hatte den Auftrag jedoch am 2. 12. 1932 zurückgegeben; vgl. AdR Papen, Bd. 2, S. 964, 1025f, 1035f.

¹⁰ Zum Verlauf der entscheidenden Kabinettsitzung am 2. 12. 1932 vgl. die Tagebuchaufzeichnung von Schwerin von Krosigk, in: AdR Papen, Bd. 2, S. 1036–1038. Danach hatten sich gegen ein zweites Kabinett Papen bis auf von Eltz-Rübenach alle anwesenden Minister ausgesprochen; Bracht hatte seine Ablehnung durch sein Fernbleiben von der Kabinettsitzung zum Ausdruck gebracht.

¹¹ Vgl. Nr. 169, Anm. 24.

¹² In einem Schreiben vom 22. 3. 1932 hatte die Reichsschuldenverwaltung, in deren Aufsichtsinstanz der Präsident des Rechnungshofs vertreten war, den Standpunkt bezogen, dass die Kreditermächtigungen der Reichsregierungen nicht als Notverordnungen erlassen werden dürften; vgl. AdR Brüning I und II, Bd. 3, S. 2444, Anm. 1. Daraufhin hatte die Regierung einen Gesetzentwurf

klar, ob Schleicher einen Waffenstillstand mit dem Parlament fertigbringt.¹³ Ich bin ja nicht für das Auflösen des Reichstags so begeistert wie Stolper, wegen der Partei und wegen des Ruins, dem die Demokratie durch die ewige Repetition des Wählens ausgesetzt ist. Aber während eine Wahl unter Papen blöd gewesen wäre, könnte natürlich Schleicher, wenn er wollte, die Nazis vernichtend schlagen, wenn diese die Dummheit begehen sollten, mit den Kommunisten zusammen ihre Macht auszunutzen.¹⁴ Daß Hitler jetzt nicht nach Berlin kam, sondern in Thüringen in kleinen Nestern für die Kommunalwahlen redet,¹⁵ wird ihm bei der Reichswehr, denke ich, übelgenommen werden. Er benimmt sich im Augenblick, wie die kleinen Leute das tun: in Berlin will man mich bloß betrügen, ich werde nie mehr mit den Leuten sprechen, sondern alles nur noch schriftlich machen.¹⁶ So als ob für den alten Hindenburg das Lügen eine gute technische Tradition sei, mit der das einfach aufrichtige Volkskind hereingelegt werden solle. Der Kerl ist einfach, auf sich selber gestellt, feig. Ich habe nur den Wunsch, daß er morgen in Thüringen, obwohl dort alle Prominenten jetzt für die Nazis reden, bei den Gemeindewahlen hereinfällt.¹⁷

Dabei bin ich von der Kanzlerschaft Schleichers nicht allzusehr begeistert. Er wird die Atmosphäre erleichtern, indem er den Teil der Notverordnung des Sep-

über Schuldentilgung und Kreditermächtigungen in den Reichstag eingebracht, der am 12. 5. 1932 vom Reichstag verabschiedet wurde. Das Gesetz verlängerte die Laufzeit des Kredits über 530 Millionen Reichsmark vom 15. 11. 1932 auf den 15. 11. 1933; RGBl. 1932 I, S. 191f.

¹³ Vor und nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 3. 12. 1932 führte von Schleicher Gespräche mit der NSDAP, um doch noch eine parlamentarische Tolerierungsmehrheit für seine Regierung zu gewinnen. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen beabsichtigte von Schleicher das absehbare parlamentarische Misstrauensvotum mit der Auflösung des Reichstags und einer verfassungswidrigen Verschiebung von Neuwahlen zu beantworten; vgl. AdR Schleicher, S. 230f; zu von Schleichers politischer Konzeption vgl. W. PYTA, Verfassungsumbau, S. 188–195.

¹⁴ Heuss spielt hier vermutlich auf den von Krawallen begleiteten Streik der Berliner Verkehrsarbeiter vom 3. bis zum 7. 11. 1932 an, der sowohl von der NSDAP als auch der KPD unterstützt wurde; vgl. SCHULTHESS' 1932, S. 194, 196.

¹⁵ Anlässlich der Thüringer Kommunalwahlen vom 4. 12. 1932 hielt Hitler Wahlkampfveranstaltungen in Altenburg (1. 12.), Greiz (1. 12.), Gotha (2. 12.), Jena (2. 12.), Eisfeld (3. 12.), Effelder (3. 12.) und Sonneberg (3. 12.) ab; vgl. A. HITLER, Reden V/2, S. 219–236.

¹⁶ Am 21. 11. 1932 hatte ein Gespräch zwischen Reichspräsident von Hindenburg und Hitler über die Beteiligung der NSDAP an einem von einem Vertrauensmann von Hindenburg geführten Präsidialkabinett stattgefunden. Um zu vermeiden, dass seine ablehnende Haltung – Hitler beharrte auf seinem Anspruch auf die Kanzlerschaft – in der Presse unvorteilhaft wiedergegeben werden könne, hatte Hitler dem Reichspräsidenten zuvor eine vorbereitete Stellungnahme übermittelt. Der Wortlaut der Stellungnahme war gemeinsam mit dem sich daran anschließenden Briefwechsel zwischen Hitler und Staatssekretär Meißner am 24. 11. 1932 der Presse übergeben worden; vgl. A. HITLER, Reden V/2, S. 194–207.

¹⁷ Bei den Kommunalwahlen in Thüringen musste die NSDAP sowohl in den Städten als auch in den Landkreisen deutliche Stimmverluste hinnehmen. Während sie bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 in Thüringen insgesamt 341.230 Stimmen erzielt hatte, kam sie jetzt nur noch auf 262.662 Stimmen. Gleichwohl blieb sie die stärkste Partei im Land; vgl. VZ, Nr. 582, 5. 12. 1932, und Nr. 583, 6. 12. 1932.

tembers aufhebt, in dem die Ermächtigung gegeben wird, unter den Tariflohn herunterzugehen.¹⁸ Das kann er deshalb machen, weil von dieser Ermächtigung nur sehr geringer Gebrauch gemacht wurde. Ich habe schon in unserer September-Parteikonferenz in Stuttgart gesagt,¹⁹ daß diese Bestimmung falsch konstruiert ist, weil sie dem Schlichter eine individuelle Aufgabe zuweist, die er nicht lösen kann.²⁰ Nun hatten die Sozialdemokraten ein Volksbegehren beabsichtigt, das gerade diese Stücke der Notverordnung aufheben sollte. Das Volksbegehren ist im Reichsministerium des Innern hängengeblieben, weil man dort juristische Gutachten dafür einforderte. Wenn Schleicher das fallen läßt, ist es eine geschickte Geste gegen sozialdemokratische und christliche Gewerkschaften. Aber die Gefahr ist natürlich vorhanden, daß er bereit ist, auf wirtschaftlichem Gebiet experimentieren zu lassen; in der Reichswehr soll die „Tat“, die planwirtschaftliche Monatsschrift,²¹ ein sehr starkes Echo derer haben, die innerhalb der individuellen Verantwortung stehen, und vermutlich sind die Erinnerungen, da die Offiziere die Kriegswirtschaft mitmachten, noch nicht alle verblaßt.

Über die Parteilage erfuhr ich, daß Weber und einige andere einen Vorstoß gegen Dietrichs Parteivorsitz gemacht haben, bei dem nun Petersen die Vermittlung übernommen habe.²² Heute soll, glaube ich, darüber eine Sitzung stattfinden. Da ich nicht in dem Arbeitsausschuß des Zwölferkomitees bin, weiß ich aber den Einzelvorgang nicht. Hopf war wohl neulich hier, hat mich aber nicht erreicht, so daß ich nichts von ihm erfuhr. Er hat mir aber gestern einen großen, eingehenden Brief über die württembergische Lage geschrieben.²³ In welcher

¹⁸ Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. 9. 1932 sah die Möglichkeit zur Unterschreitung tarifvertraglich festgesetzter Lohnsätze für Betriebe vor, die ihre Arbeiterzahl vermehrten oder deren Existenz gefährdet war; RGBl. 1932 I, S. 433–435; ihre Bestimmungen wurden mit der Verordnung über die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 14. 12. 1932 zum 31. 12. 1932 bzw. zum 31. 1. 1933 außer Kraft gesetzt; ebd., S. 545.

¹⁹ Vermutlich ist der Vertretertag der württembergischen DStP vom 8. 10. 1932 gemeint.

²⁰ Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. 9. 1932 sprach dem Schlichter weitgehende Vollmachten zu. Im Falle von Mehreinstellungen konnte er nach Prüfung der betrieblichen Verhältnisse dem Arbeitgeber die Berechtigung zur Lohnsenkung mit bindender Wirkung wieder entziehen. Bei der Erhaltung existenzgefährdeter Betriebe setzte er den Umfang der Lohnreduktion fest; RGBl. 1932 I, S. 434f.

²¹ Zu planwirtschaftlichen Vorstellungen innerhalb des Tat-Kreises, der sich um Hans Zehrer, den Herausgeber der Zeitschrift „Die Tat“, sammelte, und zu ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen dem Tat-Kreis und der Reichswehrführung um von Schleicher, vgl. K. FRITZSCHE, Politische Romantik, S. 165–184; A. SCHILDT, Militärdiktatur, S. 98–103.

²² Vgl. Hopf an Heuss, 1. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 57; in seinem Brief berichtete Hopf ausführlich über die Sitzung des Arbeitsausschusses der DStP vom 23. 11. 1932; vgl. dazu das Protokoll in: LINKSLIBERALISMUS, S. 750–752. Danach zielte der Vorstoß von August Weber und anderen weniger gegen den Parteivorsitz von Dietrich, der diesen Posten bereits am 11. 9. 1932 niedergelegt hatte und seitdem den Arbeitsausschuß der DStP kollegial mit Petersen und Maier leitete, als auf die baldige Einberufung eines Auflösungsparteitags.

²³ Hopf an Heuss, 1. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 57.

Verfassung Dietrich ist, weiß ich nicht. Ich habe ihm zweimal geschrieben, daß wir uns einmal über die Lage unterhalten wollten, aber noch kein Echo bekommen.²⁴ Einstweilen rede ich den Leuten hier zu, nicht auseinanderzufallen; ich habe gestern abend in Lichterfelde in einer Mitgliederversammlung vor 20 biedereren Leuten gepredigt, am nächsten Freitag werde ich dies in Dresden tun.²⁵

Über die Neckarzeitung habe ich mich auch in der letzten Zeit ein paarmal wirklich geärgert, mit dem Gefühl der Scham, daß ich dieser Zeitung einmal das Gepräge gegeben habe.²⁶ Und zwar nicht wegen der großen Linie, sondern wegen der Subalternität kleiner Anmerkungen, so als seinerzeit nach Reinhold Maiers Mergentheimer Versammlung die Zensur kam.²⁷ Da hatten bei der Hauptmann-Ehrung die sozialistischen Minister Grimme und Severing in einer Ehrenurkunde davon gesprochen, daß Hauptmann ein Dichter der Seele sei. Mein Goldammer kommentiert, das sei im Munde atheistisch-materialistischer Parteileute unerlaubt zu sagen oder ähnlich!²⁸ Man mag über Severing und Grimme denken, wie man will: Severing legt Wert darauf, Mitglied der reformierten Kirche zu sein, Grimme ist einer der sogenannten „religiösen Sozialisten“. Aber wie das auch sei, es ist doch ekelhaft, dieses heuchlerische Getue, daß ein Sozialdemokrat unehrlich sein müsse, wenn er von „Seele“ spreche. Diese kleinen Dinge ertrage ich so schwer, denn sie sind geistloses Pharisäertum. Ich finde, daß demgegenüber Dürr mit den Nazis ganz ordentlich polemisiert hat wegen Demokratie und Kriegsdienst. Wahrscheinlich werde ich mir die Neckarzeitung abbestellen. Elly plädiert sehr dafür.

Persönlich geht es uns allen sehr gut. Wir sind gesund, bieder und fleißig. Lulu sitzt hinter juristischen Arbeiten und beschäftigt sich nach wie vor mit dem Problem des Arbeitsdienstes. Am Dienstag stand ein ganz guter Leitartikel von ihm

²⁴ Ein entsprechender Briefwechsel ließ sich nicht ermitteln.

²⁵ Genauere Informationen zu den beiden Reden ließen sich nicht ermitteln.

²⁶ Heuss hatte die „Neckar-Zeitung“ von 1912 bis 1917 als Chefredakteur geleitet; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 108–187.

²⁷ Auf einer Wahlrede in Bad Mergentheim am 16. 10. 1932 hatte sich Maier energisch gegen Stimmen gewandt, die die Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland propagierten. Die „Neckar-Zeitung“ kommentierte dies mit den Worten: „Herr Dr. Maier verfährt nach der psychoanalytischen Methode, unterbewußte Furchtkomplexe durch Aussprache abzureagieren. Ob solche Methoden auch für das Gebiet der innerpolitischen Therapie zu empfehlen sind oder ob damit nicht viel mehr unbegründete Wahnvorstellungen gezüchtet werden, ist eine Frage für sich.“ NZ, Nr. 243, 17. 10. 1932.

²⁸ Die preußische Staatsregierung hatte Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag die Große Preußische Staatsmedaille verliehen. In der Verleihungsurkunde, die von Braun und Grimme unterzeichnet war, heißt es, in Hauptmanns Lebenswerk breche sich „die Seele gegen alles, was die Seele tötet“. Die „Neckar-Zeitung“ kommentierte dies mit der Bemerkung: „Daß zwei Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung, des Atheismus und des Klassenkampfes die ‚Seele gegen alles, was die Seele tötet‘ in Schutz nehmen, ist eine Grotteske für sich in dieser ganzen Komödie.“ NZ, Nr. 269, 3. 12. 1932.

in der Neuen Badischen Landeszeitung, die ihn darum gebeten hatte.²⁹ Jeden Morgen läuft er um 8 Uhr zum Repetitor. Ob er daneben sich um Gajus Julius Cäsar und das Latinum kümmert, ist mir freilich nicht klar geworden.

Ich selber habe in den letzten Wochen auch schon allerhand arbeitsmäßig erledigt, so eine größere Abhandlung über das Wesen und die Bedeutung der Parla-mentsausschüsse für ein Jahrbuch der Hochschule für Politik,³⁰ dann für eine von der Union Deutsche Verlagsgesellschaft geplante Publikation ein größerer Beitrag über staatsbürgerkundliche Dinge,³¹ der mir keine Mühe machte. Vor allem aber habe ich jetzt wieder mit dem Radio angebändelt und gleich noch für den Dezember drei halbstündige Vormittagsreden über wirtschaftliche Dinge verabredet, die mir zusammen 300 Mark bringen, also fast die Miete für das kommende Quartalsjahr.³²

Wegen meiner Geldanfrage liegt es so: Ich wollte eigentlich nicht wissen, was ich an Zinsen im Kredit erhalte, sondern was ich im Debet zahlen muß.³³ Aus folgendem Grund: Am 1. Januar erhalte ich 750 Mark aus der Hypothek meiner Mutter, am 31. März erhält Elly 1.450 Mark von der Reichsschuldenverwaltung – Reste des mütterlichen Vermögens, das „mündelsicher“ in Straßburg festgelegt war, von den Franzosen beschlagnahmt wurde und jetzt vom Reich „entschädigt“ wird. Dieserhalb überlegte ich mir, am 1. Januar wieder, da es sich um nicht vorgesehene Anfälle von Geld handelt, dem Hausbesitzer 2.500 Mark als Darlehen zu geben, wodurch die Miete wieder ein Stück abwärts gedrückt werden kann. Ich weiß, daß das rein rechnungsmäßig nicht die gescheiteste Methode ist, aber ich möchte den Marsch auf den allmählichen Erwerb des Hauses nicht völlig aufgeben.³⁴

Mit Hedwig stehen wir in einem angenehmen Briefverkehr; Liselore scheint nun in der Tat ein bißchen ernsthafter Stunden zu geben.³⁵ Elly hat von Frau

²⁹ Ein Exemplar der „Neuen Badischen Landeszeitung“ vom 29. 11. 1932 ließ sich nicht ermitteln.

³⁰ Manuskript, in: DLA, A: Heuss, 53.223. Im Vorlesungsverzeichnis der Deutschen Hochschule für Politik für das Winterhalbjahr 1932/33 findet sich die Ankündigung eines „Jahrbuchs für politische Forschung“, dessen erster Band „Die Verfassung in der Krise“ am 1. 4. 1933 erscheinen sollte; vgl. HOCHSCHULE FÜR POLITIK, Vorlesungsverzeichnis 1932/33, S. 21. Der Plan wurde nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten nicht weiter verfolgt.

³¹ Bis Anfang Januar sollte Heuss für ein „Handbuch des guten Rats. Ein Hausbuch für das praktische Leben“ den Abschnitt über „Staatsbürger und Politik“ verfassen. Heuss reichte sein Manuskript Ende Dezember 1932 ein; die Publikation ist nicht erschienen; vgl. Union Deutsche Verlagsgesellschaft an Heuss, 3. 12. und 22. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 514.

³² Unter dem Obertitel „Wirtschaftliche Plaudereien zum Jahresende“ sprach Heuss im Radio zu den Themen „Staat und Wirtschaft“, „Binnenmarkt und Weltwirtschaft“ und „Krisenwende“; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

³³ Heuss hatte sich in einem früheren Brief nach den Habenzinsen der „Handels- und Gewerbebank Heilbronn“ erkundigt; Heuss an Mück, 19. 11. 1932, in: BArch, N 1221, 269.

³⁴ Vgl. Nr. 152, Anm. 11.

³⁵ Hedwig Heuss und ihre Tochter Elisabeth Eleonore, genannt Liselore.

Buttersack die Aufforderung bekommen, Ende des Winters in Heilbronn wieder einmal zu sprechen, und will sehen, daß sie sich noch ein paar Vorträge in Württemberg arrangieren kann, damit die Reise ermöglicht wird.³⁶

Für heute Dir und Marie herzliche Grüße und alles Gute für die Gesundheit.

Dein

Theodor Heuss

[PS] Ich denke natürlich, daß es möglich sein wird, daß ich am 6. Januar in Stuttgart bin. Wenn der „Burgfriede“ bis dorthin aufgehoben sein sollte,³⁷ will ich Hopf vorschlagen, mich am 3. und 4. Januar irgendwo reden zu lassen.³⁸

Nr. 224

An Heinrich Landahl, [Hamburg]

9. Dezember 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 58; ms. Schreiben, Durchschlag¹

Ablehnung, für das Amt des Parteivorsitzenden der DStP zu kandidieren

Lieber Doktor Landahl,

freundlichen Dank für Ihren Brief.² Stolper hatte mir neulich schon ein Wort davon gesagt, daß im Hamburger Freundeskreis daran gedacht werde, mich eventuell für die Nachfolge Dietrichs vorzuschlagen. Ich hatte aber angenommen, daß diese Überlegung inzwischen erledigt sei.

Ich möchte von vornherein bitten, den Gedanken selber nicht weiter zu verfolgen. Die Gründe für die völlige Unmöglichkeit, daß ich jetzt die Parteiführung übernehme, liegen in meiner Person wie in den allgemeinen Umständen. Ich bin

³⁶ Für den April 1933 geplante Vorträge von Heuss-Knapp in Stuttgart und Heilbronn wurden von der Polizei verboten; vgl. E. HEUSS-KNAPP, *Bürgerin*, S. 370.

³⁷ Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. 11. 1932 waren alle öffentlichen politischen Versammlungen mit Ausnahme von Wahlversammlungen verboten. Die ursprünglich bis zum 19. 11. geltende Verordnung wurde am 18. 11. nochmals bis zum 2. 1. 1933 verlängert; RGBl. 1932 I, S. 517, 519, 529.

³⁸ Entsprechende Redeauftritte ließen sich nicht ermitteln; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

¹ Druck: M. EKSTEINS, Theodor Heuss, S. 184–186.

² Landahl an Heuss, 7. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 58. In seinem Brief hatte Landahl Heuss mit folgender Begründung aufgefordert, den Parteivorsitz zu übernehmen: „Dietrich will nicht länger Führer der Partei sein. Das hat er in den letzten beiden Arbeitsausschuß-Sitzungen mit größter Deutlichkeit erklärt. Ich halte das auch sachlich für richtig. Petersen und ich haben uns mehrmals über die Nachfolgerschaft unterhalten. Wir möchten Sie in Vorschlag bringen. Ich habe gestern auch darüber mit Reinhold Maier gesprochen, der freudig zustimmte. Stolper, mit dem ich vor etwa 14 Tagen schon einmal darüber sprach, hat mich auch sehr in dem Gedanken bestärkt.“

an den inneren Auseinandersetzungen und Zuspitzungen der letzten Wochen ja nicht beteiligt gewesen und infolgedessen unbefangen. Aber ich weiß heute noch nicht recht, was eigentlich gespielt wurde, da ich eigentlich erst gestern abend von dem Hin und Her des Briefwechsels einiges erfuhr. Weder Dietrich, den ich wiederholt um eine Besprechung bat, hat sich mit mir in Verbindung gesetzt, noch kenne ich den Ausgang und Inhalt der Aktion Weber – Meyer usw.³ Als ich gestern abend bei einer Versammlung im Demokratischen Klub war, zu der vom Steglitzer Verein eingeladen worden ist, zu der ich ziemlich unbefangen hinging, merkte ich erst, was an Spannungen vorhanden war: es explodierte sowohl bei Dietrich, als auch bei einigen Vertretern des Wahlkreisvorstandes. Soviel merkte ich dabei, daß es in irgend um die Führung in Potsdam II geht. Daß eine mögliche Rekonstruktion der Partei ja mit einer gewissen Sanierung der Großberliner Verhältnisse einsetzen muß, ist gewiß richtig gedacht. Aber ich hatte gestern abend den Eindruck, daß diese Aktion nicht sehr glücklich eingeleitet ist, indem sie eine Spitze gegen Oscar Meyer nahm. Mit dessen sachlicher Beurteilung der politischen Entwicklung bin ich in den letzten zwei Jahren oft nicht einverstanden gewesen; aber er ist auf der anderen Seite einer der menschlich anständigsten und loyalsten Erscheinungen, denen ich im politischen Leben begegnet bin, so daß ein Mitwirken von mir in diesem Spiel sich völlig für mich verbietet. Nun können Sie ja fragen, was das mit der Führung der Gesamtpartei zu tun hat. Wie die Lage heute ist, erscheint mir bei aller Kritik an Berlin für die Gesundung das Vertrauensverhältnis in der Zentralstadt sehr wichtig. Man sagt mir im allgemeinen nach, daß ich „in der Partei keine Feinde habe“, und Dietrich hat einmal ganz witzig gemeint, das sei ja gerade mein Fehler. Aber von diesem „keine Feinde haben“ bis zu einem aktiven Vertrauen ist es doch noch ein ziemlicher Weg. Da das Talent zum Übelnehmen bei mir nicht übermäßig stark entwickelt ist, habe ich einige der Vorgänge bei den Kandidatenaufstellungen zur Wahlkreis- und Reichsliste abgeschrieben. Daß man damals glaubte, mit mir spielen zu können, und in Etappen die Voraussetzungen verschob, unter denen ich in Württemberg auf die Kandidatur verzichtete, habe ich immerhin nicht völlig vergessen und daraus auch einiges gelernt.⁴

Sie mögen verstehen, daß ich bei dieser Gesamtlage die Parteiumstände nicht gerade für verlockend ansehe.

Aber das dürfte ja einen tapferen Sinn, der sich etwas zutraut, nicht stören. Und hier kommen nun die persönlichen Gründe, die ich Ihnen nur privat mitteile, wie dieser Brief überhaupt ja einen persönlich vertraulichen Charakter hat. Ich

³ In seinem Brief (wie Anm. 2) hatte Landahl Heuss mitgeteilt, dass die Gruppe um August Weber und Oscar Meyer jetzt definitiv aus der Partei austreten werde. Beide hatten zuvor bei Dietrich auf die baldige Einberufung eines Auflösungsparteitags gedrängt; vgl. Nr. 223, Anm. 22.

⁴ Vgl. Nr. 217 bis Nr. 221.

selber traue mir die Fähigkeit, für die Finanzierung einer Organisation etwas zu tun, nur in bescheidenstem Maße zu. Es fehlt mir die Föhlung zu den Kreisen, die für solche Dinge in Frage kommen, und es fehlt mir auch das Talent zum Schnorren. Aber ehe ich an die Frage der Finanzierungssorgen der Partei selber denken könnte, muß ich ja, ganz banal gesprochen, die Sorge meiner Selbstfinanzierung erledigt haben. Heute kann eine Partei geführt werden nur von einem beurlaubten Beamten oder einem Mann mit Vermögenshintergrund oder einem besoldeten Parteiföhrer, der mit der Besoldung ein Stück seines Föhrertums verkauft hat. Die beiden ersten Voraussetzungen treffen bei mir nicht zu, die dritte kommt weder für die Partei noch für meine Person in Frage. Max Weber hat einmal die hübsche Form gefunden, daß das parteipolitische Föhrertum im engeren Sinn den ökonomisch Freigestellten fordere;⁵ der bin ich nicht, vor allem nicht mehr, seit Vermögensreste und Ersparnisse kaputt gegangen sind. Das ist ja weiter nicht schlimm; aber Sie können sich ja selber ausrechnen, wie die Dinge sich darstellen auf der Basis von noch nicht Rm. 350,-- Monatsbezügen, zu denen das andere eben einfach Tag für Tag hinzuverdient werden muß, um so mehr als noch Familienverpflichtungen über den engsten Kreis hinaus an mir hängen. Diese Situation schränkt an sich meine Bewegungsfähigkeit ein, ich nehme sie gar nicht tragisch. Sie zwingt mich aber freilich auf das Haus und dauernde literarische Arbeit zurück. Das ist auch ganz nett. Ich habe nach dem 6. November wieder angefangen, anständig wissenschaftlich zu arbeiten. Das heißt natürlich nicht, daß ich mich aus der Parteiarbeit zurückzöge, ich habe seit den Wahlen schon an einigen Plätzen in Mitgliederversammlungen gesprochen, ich fahre in zwei Stunden nach Dresden, um heute dort das gleiche zu tun.⁶ Aber für die Aufrechterhaltung des Lebens draußen wie für die konzentrierte Arbeit in Berlin fehlen mir Freifahrkarte bezw. Zeit.

Ich will natürlich sehr gern mit Ferdinand Göbel den Komplex einmal durchsprechen und will sehen, daß ich mit ihm in Verbindung komme.⁷ Ihrem Brief entnehme ich, daß Clauss wohl nun auch in Berlin ist. Wird er sich jetzt stärker in die Parteidinge werfen?⁸

⁵ In seiner Abhandlung „Politik als Beruf“ unterscheidet Max Weber zwischen dem Politikertypus der *für* und demjenigen der *von* der Politik lebe. Ersterer müsse „ökonomisch von den Einnahmen, welche die Politik ihm bringen kann, unabhängig sein“; letzterer strebe danach, aus der Politik „eine dauernde *Einnahmequelle*“ zu machen. Dabei sah Weber einen engen Zusammenhang zwischen demokratischer Staatsform einerseits und dem von der Politik lebenden Berufspolitiker andererseits; M. WEBER, Politik als Beruf, S. 169–172.

⁶ Ein entsprechender Redeauftritt ließ sich nicht ermitteln; Redenkalender, in: BArch, N 1221, 684.

⁷ In seinem Brief (wie Anm. 2) hatte Landahl den Publizisten Ferdinand Goebel als unterstützende Kraft für den Neuaufbau der DStP empfohlen.

⁸ Der Journalist Max Clauss war im Sommer 1932 in die DStP eingetreten; seit Dezember 1932 arbeitete er in der Rechtsanwaltskanzlei von Dietrich in Berlin; vgl. G. MÜLLER, Max Clauss, S. 399.

Gestern habe ich auch Reinhold Maier gesprochen (der mir übrigens von dem Vorsitzenden-Plan nichts erwähnte). Ich habe ihm meine Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß ich die Isolierung der zwei Abgeordneten für falsch halte.⁹ Dingeldey hat sie natürlich nicht eingeladen; aber einer von beiden hätte mit der Gruppe Fehr oder mit der Gruppe der Christlich-Sozialen natürlich gleich nach den Wahlen Fühlung nehmen müssen, um einem *Fait accompli* vorzubeugen, das hier zu erwarten war. Mit Verstimmung und Rechthaberei ist jetzt auf die Dauer nichts zu machen. Ich weiß nicht, wie Sie diese Situation sehen. Ich würde die Mitgliedschaft in der technischen Arbeitsgemeinschaft für richtig halten, um die Zweimänner-Gruppe etwas zu vernebeln und persönlich vertrauensvolle Verhältnisse in der Mitte zu ermöglichen.¹⁰ Als ich im August von mir aus in der Richtung Fühler ausstreckte, hat Dietrich das damals nicht mitmachen wollen.¹¹ Ich hoffe, daß meine Darstellung auf Maier nicht ganz ohne Eindruck gewesen ist, kann es aber nicht sagen. Es ist selbstverständlich, daß er die Sicherung der Position der Staatspartei in Württemberg wesentlich von seiner Ministertätigkeit erwartet und betreibt; aber ich hoffe doch, daß er sich in die gesamtdeutsche Parteienproblematik einspielt.

So, lieber Landahl, da habe ich Ihnen nun einen recht langen und fast etwas geschwätzigen Brief herunterdiktirt; aber ich wollte Ihnen auf Ihre Anfrage hin doch etwas eingehender meinen Standpunkt und meine Situation darstellen. Mir scheint auch, daß Dietrich in irgend einmal die Konsequenzen dessen ziehen muß, daß sich, wenn gewiß auch zum großen Teil mit Unrecht, so viel Verdrossenheit gegen ihn aufgestaut hat. Ich habe früher immer Höpker für den gegebenen Nachfolger gehalten; aber der sei im Augenblick sehr wenig für Parteidinge zu haben. Ich glaube, er spielt lieber Beethoven. Bleibt Schreiber. Ist über ihn nie gesprochen worden? Er ist sehr kaltschnäuzig und etwas humorlos, aber er hat ausgesprochenen Parteisinn und für den preußischen Bereich eine Freifahrkarte.

Wenn Sie wieder einmal nach Berlin kommen, teilen Sie es mir vorher mit, daß wir eventuell eine Unterhaltung über den Gesamtkomplex ermöglichen.¹²

Mit bestem Gruß auch an Ihre Gattin
Ihr

[Theodor Heuss]

⁹ Bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 konnte die DStP nur zwei Mandate erzielen; die beiden Abgeordneten Dietrich und Maier schlossen sich keiner Fraktion an und bezeichneten sich im Reichstag als Süddeutsche Demokraten; vgl. das Rundschreiben von Maier an die Mitglieder des Arbeitsausschusses der DStP, 9. 11. 1932, in: BArch, N 1221, 58.

¹⁰ Die „Technische Arbeitsgemeinschaft“ umfasste 20 Mitglieder und hatte damit Fraktionsstatus. Sie bestand aus Abgeordneten von DVP, CSVD, Deutscher Bauernpartei und Deutsch-Hannoverscher Partei; vgl. REICHSTAGS-HANDBUCH VII, S. 200.

¹¹ Vgl. Nr. 226.

¹² In seiner Antwort bedauerte Landahl die ablehnende Haltung von Heuss, hoffte ihn aber doch noch umstimmen zu können, denn lediglich Heuss könne es gelingen, bei den kommenden Reichs-

Nr. 225

An Friedrich Mück, [Heilbronn am Neckar]

16. Dezember 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1221, 648: ms. Übertragung eines stenographierten Schreibens¹

Schulden des Deutschen Werkbundes; Vorgehen des Deutschen Nationalvereins; Abbestellung der „Neckar-Zeitung“; Eintritt in das Herausgebergremium der „Hilfe“; politische Ansichten von Ernst Ludwig Heuss

Lieber Freund,

dem diktierten Brief lege ich noch ein paar Zeilen in der Stenographie bei.²

Was die Werkbundsache angeht, so weiß ich nicht, ob zwischen Bruckmann und Jäckh in der Geldsache eine eigentliche Auseinandersetzung stattgefunden hat.³ Jäckh stellt sich auf den Standpunkt, daß er in der Zeit der Unterschlagungen von Peiler⁴ nicht im Vorstand war und daß er seine Bereitwilligkeit zurückgezogen hat, als man ihn hinauswählte. (Das Groteske an der Geschichte ist, daß *ich* an dieser Hinauswählerei schuldig bin insofern, als ich damals, als Jäckh in Amerika war und Bruckmann die Verlängerung bis zum Jubiläum konzidiert werden sollte, sagte, daß Jäckh sicher bereit wäre, seinen Platz einstweilen an Rämisch abzutreten, damit nicht Bruckmann ein Jahr vor seinem Jubiläum ausscheide. Ich sei bereit, Jäckh das zu schreiben, was ich dann auch getan habe,⁵ aber ohne Erfolg, freilich auch, ohne die Zusammenhänge der Intrige zu kennen. Dies nur nebenbei.) Wenn Du in der Sache etwas machen willst, kann ich mir höchstens vorstellen, daß Du Jäckh schreibst, ob es möglich sei, die Tilgung der Bruckmannschen Schuld in Abteilungen zu vollziehen. Du übersähest die Bruckmannsche Vermögens- und Geschäftslage besser als Bruckmann selber, dort gehe

tagswahlen die für die DStP überlebenswichtige Listenverbindung der Mittelgruppen zustande zu bringen. Die von Heuss angeführten Hindernisse finanzieller Natur glaubte Landahl mit der Hilfe von Petersen und Dietrich aus dem Weg räumen zu können; Landahl an Heuss, 30. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 58.

¹ Übertragung des Stenogramms durch den Stenographen des Landtags von Baden-Württemberg, 1965; weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 269: Stenographiertes Schreiben, behändigte Ausfertigung.

² Der diktierte Teil des Briefes ließ sich nicht ermitteln.

³ Nach einer Mitteilung von Mück hatte Bruckmann auf Drängen von Jäckh 12.000 Mark der Schulden des Deutschen Werkbundes übernommen; Mück an Heuss, 11. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 648.

⁴ In der Vorlage: „Weiler“. Im Laufe des Jahres 1931 hatte sich herausgestellt, dass Peiler, ein langjähriger Mitarbeiter der Geschäftsführung des Deutschen Werkbundes, größere Beträge veruntreut hatte; vgl. J. CAMPBELL, *Werkbund*, S. 267.

⁵ Heuss an Jäckh, 27. 10. 1931, in: BArch, N 1221, 83; die erneute Wahl Bruckmanns zum Vorsitzenden des Deutschen Werkbundes war in der Vorstandssitzung vom 24. 10. 1931 erfolgt; Protokoll in: BArch, N 1221, 381.

das Geschäft zurück, er (Bruckmann) wolle davon Dritte nichts merken lassen, aber die Tilgung auf einmal zu vollziehen sei etwas schwierig. Natürlich müßtest Du ihm schreiben, daß Bruckmann von so einem Brief nichts wisse. Ich habe Jäckh persönlich abgeredet, den Werkbundvorsitz zu übernehmen, aber nachdem in einem Brief allerhand Anklage gegen ihn erhoben wurde, mußte er sich schließlich stellen.⁶ Soweit ich die Sache übersehe, wird er in einiger Zeit sehen, von der Geschichte wieder herunterzukommen und jemanden zu finden, der weniger mit den ganzen inneren Kämpfen belastet ist. Am nächsten Montag werden wir ein Werkbundfrühstück haben; dann erfahre ich, wie er sich seine Arbeit dort im einzelnen vorstellt.

Was den Nationalverein anlangt, so bin ich ja von Anbeginn sein Mitglied.⁷ Elsas hat ihn seinerzeit aufgezogen, um für die Großberliner Stadtverordnetenwahl eine gemeinsame Liste vorzubereiten, als man mit früheren Wahlen rechnete. Ich habe Wildermuth jetzt schon lange nicht mehr gesehen und weiß deshalb nicht recht, wie er sich den weiteren Gang vorstellt. Elsas sagte mir, es sei bis jetzt nicht gelungen, jemanden zu finden, der für einen größeren Versuch Geld gebe, und sie hätten im Geschäftsführer zunächst einen Mißgriff mit einem früheren Volksparteiler gemacht.⁸ Ich sehe nur, daß sie meinen Rat nicht befolgen. Sie fangen jetzt an, in den Berliner Vororten usw. Ortsgruppen zu gründen, was ziemlich reizlos und zwecklos ist.⁹ Ich hatte ihnen vorgeschlagen, nur Vertrauensmännersystem zu schaffen und dann, mit einer angemessenen Autorität, Leute der Mittelparteien zu Konferenzen und gemeinsamen Kundgebungen einzuladen, als ehrliche Makler, ohne eigenen Machtanspruch. Da ich in der letzten Zeit abends ziemlich viel in Anspruch genommen war, habe ich an den Sitzungen oder Versammlungen, zu denen ich eingeladen war, nicht teilnehmen können.

Über Goldammer braucht ja nichts Weiteres gesagt zu werden. Ich habe zum 1. Dezember die Neckarzeitung abbestellt, lese aber die Abendzeitung weiter. Gerne gelesen habe ich ja das Feuilleton von Franke, das frisch und anständig war; aber da der lokale Teil so schlecht geworden ist, erfahre ich das Nötige auch bei Dürr, wo er ja auch nicht berühmt ist. Mich über Goldammer zu ärgern, ist ja schließlich nicht ein unbedingtes Erfordernis der Genußsucht. Hoffentlich wird die Abendzeitung durchgehalten werden können.

⁶ Vgl. Nr. 222, Anm. 5.

⁷ Zum Deutschen Nationalverein vgl. Nr. 216, Anm. 2; in seinem Brief (wie Anm. 3) hatte Mück den Deutschen Nationalverein sehr skeptisch beurteilt.

⁸ Nicht nur der Geschäftsführer, sondern die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder des Deutschen Nationalvereins bestand aus ehemaligen DVP-Politikern; vgl. L. E. JONES, Sammlung, S. 293.

⁹ Auch nach seinen ergebnislosen Bemühungen, zu den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 ein Wahlkartell der links von der DNVP stehenden bürgerlichen Parteien zu vermitteln, unternahm der Deutsche Nationalverein weitere Versuche einer Zusammenfassung des gemäßigten Bürgertums und baute dazu u. a. eine Unterorganisation auf; vgl. ebd., S. 297f.

Der von Elsas verfolgte Plan einer Monatsschrift ist einstweilen nicht weitergekommen. Im Hause Ullstein haben diejenigen die Oberhand behalten, die für Zurückhaltung waren und meinten, daß der Name des Verlags selber eine Belastung sei: so was könne nur von einem neuen Verlag gestartet werden, den irgendjemand mit Geld und persönlicher verlegerischer Leidenschaft betreibe. Der ist aber bisher noch nicht gefunden. Gertrud Bäumer, die zum 1. Januar die „Hilfe“ aufstecken wollte, hat sich inzwischen entschlossen, sie weiter zu führen, und mich gebeten, in die Herausgeberschaft miteinzutreten. Ich habe ihr gesagt, daß ich dazu bereit sei.¹⁰ Finanziell bringt das aber nichts, sondern kostet eher noch etwas. Es ist schade darum. Die „Hilfe“ wird jetzt wieder in eine Halbmonatsschrift verwandelt; sie will jetzt Leute wie Schlange-Schoeningen mit heranziehen, wenn es gelingt.

Mit Lulu bin ich, so seltsam das klingen mag, zu der politischen Auseinandersetzung noch nicht gekommen.¹¹ Ich habe etwas Angst vor ihr, und zwar, daß ich zu grob oder zu ironisch werde. Mit seiner Mutter hat er über die Dinge, die ihn bewegen, wiederholt gesprochen. Elly macht mir, wohl nicht ganz ohne Grund, den Vorwurf, daß ich mich nicht mit ihm auseinandersetze. Ich fühle mich auch in einer schwachen Position, weil ich als junger Mensch ja eine andere politische Meinung hatte als mein Vater, und weil ich nicht recht weiß, was ich ihm Glänzendes über die Staatspartei sagen kann. Ich kann ihm nur Bosheiten über die Sozialdemokraten sagen. Persönlich quält mich der Gedanke, daß er zur Sozialdemokratie organisatorisch gehen will, sehr, aber als ich ihm, als er neulich zu irgendeiner Reichsbannergeschichte ging, sagte, das sei unter seinem Niveau, hat er sich nachher bei seiner Mutter über diesen Standpunkt beschwert. Er sei gegen den Marxismus, gegen das Internationale; er ist auch gegen den Typ Breitscheid, aber es seien bei jungen Gewerkschaftlern Ansätze, aus dem Bonzentum herauszukommen (erzählt er seiner Mutter). Er werde auch nie vergessen, daß er aus einem bürgerlichen Haus komme; aber, und das glaube ich ihm, in die oppositionelle Haltung sei er durch die zwei Monate Heilbronn im vergangenen Jahr gekommen,¹² durch die Klatschatmosphäre, die ihm damals etwas völlig Neues war. Vielleicht hat er sich das auch etwas zurechtgelegt. Auf jeden Fall wird er

¹⁰ Gemeinsam mit Goetz trat Heuss Ende 1932 in das Herausgebergremium der „Hilfe“ ein. Ab April 1933 unterstützte er die Redaktion der „Hilfe“ durch Beratung, Mitarbeit und Werbung, bevor er Anfang 1934 die Redaktionsleitung übernahm; beide Positionen musste Heuss 1936 auf Druck des Propagandaministeriums räumen; vgl. R. BURGER, Theodor Heuss, S. 297–319.

¹¹ Mück hatte Heuss gebeten, auf die politische Haltung seines Sohnes Einfluss zu nehmen. „Ich würde es, wenigstens solange Du im Reichstag warst, nicht gerade für ein zu großes Opfer angesehen haben, wenn er mit den Sozialisten nicht gerade allzu intim gewesen wäre. Und da ich annehme, daß Du eines Tages wieder bei Deinen alten Freunden kandidieren wirst, ist es auch jetzt nicht nötig, daß er diesen schmierigen Lohntarif- und Konsumvereinsbonzen nachläuft.“ Mück an Heuss (wie Anm. 3).

¹² Im Spätsommer 1931 hatte Ernst Ludwig Heuss als „Bankstift“ an der Heilbronner Handels- und Gewerbebank gearbeitet.

von der Frage der Arbeitslosigkeit sehr umgetrieben, nimmt hier an Diskussionen über Arbeitsdienst und Winterhilfe teil, ist mit jungen Arbeitern befreundet, die er zum Teil zu uns ins Haus bringt, und dagegen kann ich nichts sagen. Denn es geschieht alles in einer sehr anständigen Gesinnung, die er ja in ähnlicher Grundhaltung von seinen Eltern geerbt hat und auch vorgelebt erhielt. Mein Bemühen wird sein, ihn möglichst auf die wissenschaftliche Arbeit hinzulenken und möglichst von der Politik fernzuhalten – aber das ist natürlich in unserem Hause nicht gut möglich. Er ist im Augenblick sehr fleißig und sitzt fortgesetzt über juristischen Arbeiten. Ob mit Erfolg, weiß ich nicht. Das Latinum steht ja auch noch als Drohung vor ihm. Darüber, über den ganzen Komplex, wird man sich im Januar unterhalten können. Lulu behauptet, daß Wolfgang Lotz viel radikaler sei; er ist für ihn jetzt interessanter geworden, sie wollen an Weihnachten zusammenkommen.

Der Abend bei Lotz war übrigens neulich sehr nett. Es war auch die Tochter Beutinger da, für die ich mich wieder nicht im genügenden Ausmaß begeistern konnte; ein bißchen zu gröblich.

Ich hoffe, daß Du gesundheitlich wieder frischer geworden bist. Wenn Du in den nächsten Tagen morgens nicht allzufrüh weggehen muß, kannst Du den Genuß haben, über die Deutsche Welle mich am Montag und Mittwoch (19. und 21.) und dann wieder am 28. 12. morgens ½10 Uhr über „Wirtschaftliche Fragen am Jahresende“ „plaudern“ zu hören.¹³

Dir und Marie herzliche Grüße
Dein

Theodor Heuss

Nr. 226

An Albert Hopf, Stuttgart

17. Dezember 1932; [Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3]

BArch, N 1221, 57: ms. Schreiben, Durchschlag

Wunsch nach einem Beitritt der „Süddeutschen Demokraten“ zur „Technischen Arbeitsgemeinschaft“; die bürgerliche Mitte als künftige Stütze des Kabinetts von Schleicher

Lieber Freund,

zu der Sitzung des Landespartei Vorstandes am 20. Dezember kann ich natürlich nicht herunterfahren, aber ein paar Zeilen möchte ich Dir vorher schreiben. Es

¹³ Vgl. Nr. 223, Anm. 32.

ist mir leider bis jetzt noch nicht möglich gewesen, mit Dietrich mich einmal über seine Auffassung über die politische Lage zu besprechen, da ich ja jetzt ein ziemlich privates Dasein hier führe. Ich weiß auch nicht, wie sich die Parteienentwicklung im Kopf und in den Absichten der Mitglieder des früheren Vorstandes jetzt spiegelt, über deren Auffassung Du mir in Deinem vorletzten Brief einiges auf Grund der Erfahrungen im Zwölferausschuß gesagt hast.¹ Ich halte es aber für angebracht, daß Ihr Euch auch über die Frage unterhaltet, die ich neulich kurz mit Reinhold Maier besprechen konnte: Sollen unsere zwei Abgeordneten sehen, Mitglieder der technischen Arbeitsgemeinschaft der Mitte zu werden?² Ich habe neulich Maier meine Auffassung dargelegt, daß ich eine solche Verbindung für absolut notwendig halte. Als wir im August vor der ähnlichen Überlegung standen, hat sie Dietrich ziemlich schroff abgelehnt. Ich habe aber damals trotzdem, da er meinte, wir anderen könnten ja einer solchen Gruppe beitreten (das wäre isoliert natürlich gar nicht in Frage gekommen), mit Bauser Fühlung genommen, daß eine Konstituierung der Gruppe nicht erfolge, ohne daß mit uns Fühlung genommen würde. Das Schicksal des Reichstags hat dann die weitere Verfolgung dieser Überlegung ausgeschaltet.

Nun weiß ich ja selber gut genug, daß Herr Dingeldey, wenn auch unberechtigt, jetzt ziemlich hoch zu Roß sitzt und daß Teile der Volkspartei ihre Wahlpolemik auf unsere Kosten bestritten haben.³ Ich habe trotzdem die Auffassung, daß Verstimmung kein ganz guter Lehrmeister ist. Ich kann auch den Einwand, daß man uns nicht gefragt hat, deshalb nicht ganz gelten lassen, weil eine solche Gruppenbildung ja sichtbar unterwegs war und eine frühere Einschaltung in irgend hätte versucht werden müssen. Sie müßte nach meiner Meinung auch heute eventuell unter Inanspruchnahme von Nichtangehörigen der Fraktion erneut versucht werden. Warum dies? Erstens gefällt es mir ästhetisch nicht, wenn unsere zwei Abgeordneten als die einzigen „Wilden“ herumlaufen und damit in die Beleuchtung kommen, als ob sie trotzige Eigenbrötler seien, was in der gegenwärtigen Gesamtlage wenig angemessen ist. Zweitens glaube ich daran, daß die Partei isoliert in naher Zeit nicht noch einmal in den Kampf geführt werden könnte. Das ist natürlich bei uns im Südwesten und schließlich auch in Hamburg möglich; ob aber darüber hinaus, ist mir sehr fraglich geworden. Die Berliner sind ja das letzte Mal zum Teil, wie Du weißt, gegen ihre Stimmung in der Richtung vorangezwungen worden, aber die taktisch verschiedene Beurteilung der Möglichkeiten mußte ja notwendig lähmend wirken. In der vorigen Woche ist hier eine Versammlung

¹ Hopf an Heuss, 1. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 57.

² Zur „Technischen Arbeitsgemeinschaft“ vgl. Nr. 224, Anm. 10; die beiden DStP-Abgeordneten Dietrich und Maier bezeichneten sich im Reichstag als „Süddeutsche Demokraten“.

³ Im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 hatte die DVP bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 vier Mandate und deutlich über 200.000 Stimmen hinzugewonnen.

gewesen, die der Reorganisation von Potsdam II galt; aber ich habe von ihr einen recht unfrohen Eindruck mitgenommen. Es kam recht viel unfruchtbares Ressentiment zum Ausdruck. Ich habe in der Zwischenzeit hier in Ortsvereinen und neulich in Dresden in einer Mitgliederversammlung gesprochen.⁴ Die Treue der Menschen des engeren Kreises hat etwas Rührendes; aber sie ist im Wesentlichen ja auf Passivität abgestellt, d. h. man muß warten, bis die Zeiten besser werden. Würde die Wahlkreisänderung kommen, würde von ihr ein neuer Zwang ausgehen. Jetzt habe ich das Gefühl, man kann den Leuten nicht mehr gut zumuten, ihre Fantasie darauf abzustellen, daß aus zwei Mandaten vier oder sechs oder acht werden. Denn wie die Lagerung im Parlament ist, beginnt nach meiner Erfahrung und nach meinem Gefühl die Einsatzfähigkeit als Macht so ungefähr zwischen fünfzehn und zwanzig Mitgliedern; die können zum Schlüssel einer Machtlage werden, während eine Gruppe von unter zehn ein sehr zerbrechliches Häkchen bleibt. Du wirst nicht annehmen, daß ich „Defaitist“ geworden bin. Ich habe ja seit dem 6. November schon wieder vier Versammlungen innerhalb und außerhalb Berlins gehalten⁵ und dabei immer an das Treuegefühl der Partei appelliert und die Unentbehrlichkeit der Organisation sowie unserer Gedanken herausgearbeitet; doch spüre ich die Grenzen der Möglichkeiten.

Nun scheint aber, daß wir die Möglichkeiten der gesamtpolitischen Entwicklung scharf im Auge behalten. Das Experiment Schleicher läßt sich zwar verhältnismäßig gut an, um so mehr als die Nazis durch Strassers Schritt für einige Zeit gelähmt sind.⁶ Es kann aber sein, daß ja nun, weil die Sozialdemokraten eine ziemlich törichte Politik in den letzten Tagen gemacht haben, doch verhältnismäßig früh der Konflikt aufbricht und Neuwahlen kommen (ob die Sozialdemokraten darauf hinarbeiten, weiß ich nicht.). Wenn Neuwahlen kommen sollten, so wird der Unterschied zum November der sein, daß nicht mehr die Deutschnationalen als die anonyme Regierungspartei erscheinen, nicht nur, daß sie die Entstehung des Kabinetts Schleicher zu verhindern suchten und sich in den ersten Sitzungen an die Seite der Kommunisten manövrierten, sie haben auch schärfer als die Nazis Neuraths Außenpolitik kritisiert. Kommt es zur Auflösung, so wird neben dem Zentrum die links von den Deutschnationalen sitzende „bürgerliche

⁴ Vgl. Nr. 223, Nr. 224.

⁵ In Heuss' Redenkalender ist lediglich eine Rede im Demokratischen Klub von Homburg am 10. 11. 1932 nachgewiesen; BArch, N 1221, 684.

⁶ Im Gegensatz zu Hitler hatte Gregor Strasser, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, nach den Verlusten bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 auf eine Regierungsbeteiligung der NSDAP unter einem Reichskanzler von Schleicher gedrängt. Nachdem sich Strasser mit seiner Position gegenüber Hitler nicht hatte durchsetzen können, war er am 8. 12. von seinen Parteiämtern zurückgetreten. In der Öffentlichkeit hatten sich daran Spekulationen über einen möglichen Zerfall der NSDAP geheftet; vgl. U. KISSENKOETTER, Gregor Straßer, S. 162–177; I. KERSHAW, Hitler 1889–1936, S. 492–498.

Mittelgruppe“ die Chance bekommen, anonyme Regierungspartei zu werden. Ich sage Chance, weil ich optimistisch genug bin, zu glauben, daß wir zum Frühling konjunkturell besser stehen werden, und weil das Kabinett Schleicher eine demokratische Atmosphäre pflegen wird, pflegen muß, weil im Frühsommer die Creditemächtigung an die Reichsregierung abläuft und [es] dazu das Parlament braucht nach der Stellung des Rechnungshofes vom vergangenen Frühjahr.⁷ Kommt dieser Zustand, dann muß vorher schon im Parlament eine Atmosphäre der Cooperation dieser Gruppen hergestellt sein: denn sonst bleiben wir absolut auf der Seite liegen, und der kleine Dingeldey wird der parlamentarische Agent von Schleicher. Ich will nun sicher nicht unsere Rolle darin sehen, daß wir eine parlamentarische Agentur des Reichswehrministeriums aufmachen, mir persönlich [ist] die demokratische Presse zu schleicherfromm, aber wir wissen doch beide nachgerade, wie sehr es der Deutsche liebt, einen Offizier an seiner Spitze zu wissen, und Schleicher ist ja auch wendig und geschickt genug, die Verlegenheiten der Parteien nicht auszunützen, sondern eine Atmosphäre zu pflegen, die um Vertrauen wirbt. Ich will damit nicht eine Parteienfusion vorgeschlagen haben, sondern lediglich in einem wahrscheinlich kommenden Augenblick eine psychologische Isolierung der Partei vermieden wissen.

Du magst vielleicht finden, daß es sich hier um eine Überschätzung der Parlamentssituation handele, aber da ich die Auffassung habe, daß wir es im Laufe der letzten Jahre ein paar Mal an der vorsichtigen auf langer Hand besorgten Vorbereitung politischer Möglichkeiten haben fehlen lassen, vielleicht aus dem Abrupten der Entscheidungen haben fehlen lassen müssen, liegt mir daran, Dir und den Freunden meine Auffassung über den nächsten Schritt darstellen zu können.

Ich hoffe, meine Reise am 5. und 6. Januar finanzieren zu können.⁸ Wenn es sich gibt, will ich auch in den Weihnachtsferien einiges über die Stimmung und Meinungen in der Partei feststellen. Im Augenblick bin ich vollkommen ohne Orientierung, wie eigentlich der Verlauf der erweiterten Vorstandssitzung Anfang Januar gedacht ist.⁹

Grüße bitte die Freunde am 20. Dezember herzlich von mir
wie immer
Dein

[Theodor Heuss]

⁷ Vgl. Nr. 223, insbes. Anm. 12.

⁸ Ob Heuss am traditionellen Dreikönigstreffen der württembergischen DStP in Stuttgart teilnahm, ließ sich nicht ermitteln.

⁹ Zum Verlauf der Sitzung des Gesamtvorstandes der DStP vom 8. 1. 1933 vgl. LINKSLIBERALISMUS, S. 752–763.

Nr. 227

An Dr. Robert Bosch, Stuttgart

29. Dezember 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

RB, 1014, 577: ms. Schreiben, Abschrift, ms. gez.

Veröffentlichungen aus dem Nachlass von Gustav Stresemann; deutsch-französisches Verhältnis; Schweigen der „Frankfurter Zeitung“ zu einem Aufsatz von Robert Bosch

Verehrter, lieber Herr Dr. Bosch,

freundlichen Dank für Ihre beiden Briefe.¹

Zunächst ein paar Worte zu der Stresemann-Sache. Ich halte es nicht für gut möglich, daß die Gattin Stresemanns oder der Sohn an den Niederschriften etwas geändert haben. Aber ich habe die Auffassung, daß die ganze Stresemann-Publikation politisch völlig unzeitgemäß ist.² Ich habe persönlich die beiden bis jetzt vorliegenden Bände gelesen und für mich persönlich an Materialerkenntnis manches profitiert, weil ich gelegentlich über diesen Zeitraum ja Vorträge und Vorlesungen halte. Aber ich bin mehr als ein Mal erschrocken, sowohl in Ansehung der Innen- als der Außenpolitik, daß man jetzt schon Dokumente, Briefe oder Niederschriften veröffentlicht, die sich mit Ereignissen befassen, die noch völlig in Bewegung sind. Es ist mir einmal erzählt worden, daß die Familie Stresemann erwartet, durch diese Publikation einen entsprechenden Finanzgewinn zu haben. Ich kann aber nicht kontrollieren, wie weit dies richtig ist. Deshalb habe sie auf die frühen Veröffentlichungen gedrängt. Die Publikation hat gewisse Taktmängel, obwohl sie auf der anderen Seite interessant genug ist in der Veranschaulichung, wie Stresemann seinen Weg gefunden hat. Die Stelle, auf die Sie in Ihrem Brief anspielen,³ ist mir im Einzelnen natürlich nicht gegenwärtig, aber ich entsinne mich, daß seiner Zeit Herriot ziemlich verstimmt war über die Art, wie er bei den Londoner Verhandlungen im August 1924⁴ erscheint. Denn

¹ Bosch an Heuss, 24. 12. und 28. 12. 1932, in: DLA, A: Heuss, 73.4457.

² GUSTAV STRESEMANN: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hg. von HENRY BERNHARD, Berlin 1932–1933; vgl. dazu die Rezension: THEODOR HEUSS: Vermächtnis. Von Gustav Stresemann, in: Die Literatur. Monatsschrift für Literaturfreunde 35, H. 2, November 1932, S. 116f.

³ In seinem Brief vom 28. 12. 1932 (wie Anm. 1) hatte Bosch berichtet, dass laut einem Gewährsmann die Veröffentlichung der Briefe Stresemanns der deutsch-französischen Verständigung geschadet habe; dies gelte insbesondere für den Satz, „man müsse die Franzosen an der Nase herumführen“. Wie aus einem späteren Brief von Bosch hervorgeht, war damit die Stelle „finasieren“ in einem Brief an den Kronprinzen Wilhelm gemeint; Bosch an Heuss, 3. 1. 1933, in: DLA, A: Heuss, 73.4457. Der entsprechende Brief, mit dem Stresemann den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begründet, in: G. STRESEMANN, Vermächtnis 2, S. 553–555.

⁴ In der Vorlage: „1923“; zur Londoner Konferenz vgl. den entsprechenden Abschnitt in: G. STRESEMANN, Vermächtnis 1, S. 466–501; dort wird Herriot als leicht erregbarer und wankelmütiger Politiker charakterisiert, der zudem über wenig Rückhalt in Frankreich verfüge.

er muß damit rechnen, daß so oder so deutsche Äußerungen ihm im innenpolitischen Kampf Schwierigkeiten bereiten.

Wenn Herr Distelbarth mich wieder einmal hier aufsuchen wird, ist er mir immer willkommen.⁵ Ich habe ja die Freude gehabt, ihm sowohl hier in Berlin als auch in Paris einige Einführungen zu vermitteln.⁶ Ich halte ihn für einen sehr guten Beobachter der Volksströmungen und bin mit ihm und Ihnen der Meinung, daß die Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses die Voraussetzung der europäischen Ruhe und der Neugestaltung der Ostprobleme darstellt. Das ist mir selber nie so klar geworden, als vor etwa über einem Jahr, da ich in Warschau und in Krakau gemeinsam mit einem früheren französischen Minister redete und ich mit Franzosen wie Polen vorsichtig tastende politische Gespräche führen konnte.⁷ Ich sehe ein gut Teil der deutsch-französischen Schwierigkeiten in dem italienisch-französischen Gegensatz eingepackt. Dort gibt es effektive Schwierigkeiten (Schicksal der italienischen Einwanderung in Tunis), und die französische Fantasie sieht Deutschland als rechten Flügel Italiens. Bei uns ist es im allgemeinen üblich, den französisch-italienischen Gegensatz für eine deutsche Chance zu halten. Ich kann mich dem nicht anschließen.

Was nun die Haltung der Frankfurter Zeitung anlangt,⁸ so habe ich keine andere Erklärung für ihr Schweigen als dies, daß sie vielleicht, was sonst öfters bei ihr der Fall ist, die journalistische Technik überspitzt, Publikationen, die an dritter Stelle erschienen sind, zu übergehen. Es mag sein, daß sie auch gegenüber dem Grafen Coudenhove eine besondere Zurückhaltung übt.⁹ Ich habe wenigstens das Gefühl, daß von diesem öfters in den Berliner Blättern als in der Frankfurterin die Rede ist. Ich werde nun ganz gern an einen persönlichen Freund von mir, der in der Frankfurter Redaktion sitzt, schreiben, in dem Sinn, daß ich nicht recht verstehe, daß man dort an Ihrem Vorschlag, der ja doch in der Gesamtlinie gemäß ist, vorbeiging.¹⁰ Ich will einmal dann sehen, ob wir dort eine Antwort erhalten.¹¹

⁵ In seinem Brief vom 28. 12. 1932 (wie Anm. 1) hatte Bosch einen Besuch von Paul Distelbarth angekündigt. Distelbarth unternahm seit dem Frühsommer 1932 im Auftrag von Bosch und von diesem finanziell unterstützt mehrere Initiativen zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen; vgl. J. SCHOLTYSECK, Bosch und der liberale Widerstand, S. 103–109, 115f.

⁶ Etwa bei Edouard Pfeiffer, dem Generalsekretär der Parti Républiquein-Socialiste et Socialiste Français; Heuss an Pfeiffer, 11. 6. 1932, in: BArch, N 1221, 91.

⁷ Zu Heuss' Reise nach Polen vgl. Nr. 183.

⁸ In seinem Brief vom 24. 12. 1932 (wie Anm. 1) hatte sich Bosch über das Schweigen der „Frankfurter Zeitung“ zu seinem Aufsatz vom Frühsommer beschwert; ROBERT BOSCH: Die Verhütung künftiger Krisen in der Weltwirtschaft, in: Paneuropa 8, H. 5, Mai 1932, S. 136–156.

⁹ Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi war der Begründer der Pan-Europa-Idee und Herausgeber der Zeitschrift „Paneuropa“.

¹⁰ Zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise hatte Bosch in seinem Aufsatz (wie Anm. 8) die Einführung des sechsständigen Arbeitstages und eine Kartellierung der Produzenten vorgeschlagen.

¹¹ Heuss führte daraufhin einen Briefwechsel mit Cohnstaedt von der „Frankfurter Zeitung“ und übermittelte ihn Bosch zur Kenntnisnahme. Der Briefwechsel selbst ließ sich nicht ermitteln, vgl. aber Bosch an Heuss, 17. 1. 1933, in: DLA, A: Heuss, 73.4457.

Wie sich hier die politischen Dinge entwickeln, ist noch reichlich undurchsichtig. Ich möchte für meine Person hoffen, daß Neuwahlen noch einige Zeit auf sich warten lassen. Daß ich nicht mehr im Parlament bin, hat mich zwar zunächst von den politischen Tagesfragen etwas weggeschoben, und ich hoffe nun, neben der Erwerbsarbeit die Zeit zu finden, die lange geplante, umfassende Naumannbiographie zu schreiben. Die Hitlerei dürfte bei ihrer gegenwärtigen Krise sich nicht mehr erholen.¹² Aber es wäre gefährlich, sie als Machtfaktor zu unterschätzen, denn in ihrem Apparat kämpfen Tausende doch einfach um ihre ökonomische Lebensstellung.

Dieser Brief „zwischen den Jahren“ ist ein bißchen ausführlich geworden, aber ich denke, Sie lassen es sich gern gefallen, wenn ich die Antwort auf Ihre freundlichen Schreiben etwas gedehnt habe.

Indem ich Ihnen und Ihrer Familie zum neuen Jahr einen herzlichen Glückwunsch sende, dem auch meine Frau sich anschließt,
verbleibe ich

Ihr dankbar ergebener

Theodor Heuss

Nr. 228

An Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig

31. Dezember 1932; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

BArch, N 1215, 35a: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“¹

Kritik an Hermann Dietrich

Lieber Freund,

schönen Dank für Ihren Brief. Ich glaube, daß Sie weithin recht haben, daß Dietrich sich in seiner Führerstellung verbraucht hat und zwar nach meiner Meinung, ohne daß das nötig gewesen wäre.² Er war im Laufe des Sommers manchen Gruppen der Partei gegenüber in einen Zustand des Mißtrauens gekommen, so daß er für klare und kollegiale Aussprache, wie mir scheint, nicht mehr zu bekommen war. Auch in der alten Fraktion hatten sich ja viele Bitternisse gestaut,

¹² Vgl. Nr. 226, Anm. 6.

¹ Weiterer Nachweis: BArch, N 1221, 80: ms. Schreiben, Durchschlag.

² Goetz hatte Heuss brieflich gebeten, Dietrich zum Rückzug von der Parteiführung zu bewegen. Dies sei nicht nur seine Meinung, sondern auch diejenige von „Parteifreunden in Leipzig und anderswo“; Goetz an Heuss, 29. 12. 1932, in: BArch, N 1221, 56.

weil er nie mehr erschien. Ich selber hatte, meiner Stellung und³ Auffassung entsprechend, oft genug die Mittlerrolle übernommen, was auch einigermaßen ging, da ich mich von keiner Gruppierung in Anspruch nehmen ließ und keine der Gruppen wußte, wohin sie mich zu rechnen hatte.

Diese Mittlerstellung hat auf der einen Seite die merkwürdige Folge gehabt, daß ich von einer sehr wesentlichen Gruppe gebeten wurde, mich für die eventuelle Nachfolge Dietrichs zur Verfügung zu stellen, was ich aber sofort ablehnte, denn diese Aufgabe kann heute nur ein ökonomisch freigestellter Mann machen.⁴ Auf der anderen Seite bin ich jetzt hier, seit ich das Mandat nicht mehr besitze, in den Zustand der Privatisierung geraten, indem ich zu keiner der verschiedenen Konventikeln herbeigeholt werde. Darüber bin ich menschlich an sich nicht unglücklich; aber ich bin auch nicht mehr recht orientiert über das, was an Strömungen und Meinungen in den „Sphären“ vorhanden.

Ich bin zum Beispiel vollkommen unorientiert über Dietrichs Verhältnis zu mir. Ich habe ihn in den zwei Monaten seit dem 6. November einmal auf der Straße gesehen; das ist alles. Ich hatte ihn nach den Wahlen einige Male um eine Besprechung gebeten und habe ihm dann den Durchschlag eines großen Briefes geschickt, in dem ich den Württembergern meine Auffassung von den politischen Dingen niederlegte,⁵ aber er hat darauf nicht reagiert und ich denke nun nicht, meinerseits ihm nachzulaufen. Vielleicht (ich weiß es nicht) hat er so etwas wie ein schlechtes Gewissen darüber, dass er mich in den Oktoberverhandlungen einigermaßen angelogen hat, bezw. Vereinbarungen nicht hielt und Erklärungen dann auswich.⁶ Ich werde ihn vermutlich am 5. und 6. Januar in Stuttgart treffen.⁷ Ob es dort mit den Württembergern zu einer Klärung kommt, weiß ich nicht. In Württemberg ist die Gefahr vorhanden, ohne daß man sich darüber eine völlige Rechenschaft gibt, daß das vordringliche Interesse an den württembergischen Landtagsfragen die Fantasie stärker bewegt als das Reichsschicksal der Partei.⁸

³ In der Vorlage: „auf“.

⁴ Vgl. Nr. 224.

⁵ Ließ sich im NL Hermann Dietrich nicht ermitteln; vermutlich ist Heuss' Brief an Hopf vom 17. 12. 1932 (Nr. 226) gemeint.

⁶ Vgl. Nr. 217 bis Nr. 221.

⁷ Ob Heuss am traditionellen Dreikönigstreffen der württembergischen DStP in Stuttgart teilnahm, ließ sich nicht ermitteln.

⁸ Nach den Landtagswahlen vom 24. 4. 1932 waren in Württemberg alle Versuche zur Bildung einer parlamentarischen Regierung gescheitert. Die Regierung von Staatspräsident Bolz blieb geschäftsführend im Amt und regierte mit Notverordnungen, während der württembergische Landtag zu keiner konstruktiven Arbeit mehr im Stande war. In der Sitzung vom 20. 12. 1932 war es zu einer scharfen Konfrontation zwischen Regierung und Landtag gekommen, als der Landtag die Regierung Bolz aufforderte, den Einspruch der württembergischen Vertreter im Reichsrat gegen ein vom Reichstag verabschiedetes Amnestiegesetz zurückzuziehen. Die Weigerung von Bolz beantwortete der Landtag mit der Erklärung der „schärfsten Mißbilligung“ gegen-

Ich kann Ihnen also leider einstweilen noch nicht sagen, ob ich im Sinn Ihrer Anregung vorzustößen in der Lage bin. Wenn Petersen mitmacht tant mieux. Ich freilich bin sehr skeptisch geworden, ob im Fall einer baldigen Neuwahl ein isoliertes Antreten der Staatspartei verantwortbar sein wird; denn es wird ziemlich schwer sein, den Leuten zu predigen, daß man von 2 auf 4 oder 6 Mandate kommen soll. Die politische Manövrierguppe des Parlaments liegt nach meinem Gefühl bei etwa 20 Mandaten.

Über das Bäumerbuch werden wir uns in acht Tagen unterhalten können.⁹ Ich wollte Ihnen nur vertraulich die anderen Fragen Ihres Briefes schon im Voraus beantwortet haben.

Ihnen allen herzliche Grüße und gute Wünsche
Ihr

Theodor Heuss

Nr. 229

An Dr. D. Friedrich, Löbau in Sachsen

24. Januar 1933; Berlin-Lichterfelde-West, Kamillenstraße 3

DLA, A: Heuss, 84.2249/2: ms. Schreiben, behändigte Ausfertigung; Kopfbogen: „Dr. Theodor Heuss“

Frage des politischen Erfolges von Friedrich Naumann

Sehr geehrter Herr,

freundlichen Dank für Ihren Brief.¹ Es ist natürlich sehr schwer, in der Korrespondenz und ohne daß eine persönliche Bekanntschaft vorliegt, eine solche Fragestellung, wie sie von Ihnen entworfen wurde, zu beantworten. Das Problem des „erfolglosen“ Politikers bleibt immer in dem Sinn offen, als die Frage offen bleibt: was ist politischer Erfolg, und hier wird der Standpunkt des Betrachtenden, der Zeitpunkt des Betrachtens und der Zeitabschnitt des Betrachteten immer wesentlich sein. Man kann natürlich eine Studie über Naumann im Rahmen des Vorkriegsparlamentarismus schreiben; aber man wird ihn dann nicht ganz erfassen, denn die Stellung im Parlament hat er nur gegen erhebliche Widerstände

über der Regierung, die rechtlich jedoch ohne Konsequenzen blieb; vgl. W. BESSON, Württemberg, S. 264–273; VERHANDLUNGEN DES LANDTAGS WÜRTEMBERG 4, S. 811–825.

⁹ Sowohl Heuss als auch Goetz verfassten Beiträge für die Festschrift zum 60. Geburtstag von Gertrud Bäumer; THEODOR HEUSS: Friedrich Naumann und sein Kreis, in: Vom Gestern zum Morgen. Eine Gabe für Gertrud Bäumer, Berlin 1933, S. 102–113; WALTER GOETZ: Der politische Liberalismus, in: ebd., S. 114–120.

¹ Ließ sich nicht ermitteln.

und langsam sich errungen, und ein gut Teil seiner Tätigkeiten blieb außerhalb. Die Untersuchung übrigens des deutschen Vorkriegsparlamentarismus wird eine Einschränkung Ihrer These von Adel, Militär und Wirtschaft als Führungsrepräsentanten in Deutschland bringen. Das beamtliche Element ist stark genug gewesen und der „Syndikus“ bzw. „Gewerkschaftsfunktionär“ waren in jener Zeit noch nicht so prominent, wie sie durch das Listensystem später geworden sind.

Briefe gibt es von Naumann verhältnismäßig sehr wenig und vor allem wenige, in denen politische Fragen intensiver erörtert wurden. Seit er in Berlin wohnte, hatte er die Leute vor sich, auf die es ihm ankam. Mit Max Weber oder Brentano hat er sich zumeist mündlich ausgesprochen. Ich bin also etwas in Unsicherheit, wie ich Ihre Frage präzis beantworten soll. Mein eigener Versuch will den Zeit- hintergrund geben und auf ihm das Individuelle wie das Zeittypische von Naumanns Erscheinung abgrenzen.²

Mit freundlichem Gruß
Ihr

Theodor Heuss

² TH. HEUSS, Naumann.

Anhang

Bildnachweis

- Abb. 1, S. 86:** Abbildung: FA Heuss, Basel
Abb. 2, S. 110: Abbildung: StadtA Mannheim, NL Wichert, 307
Abb. 3, S. 114: Abbildung: BArch, N 3001, 11
Abb. 4, S. 124: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 5, S. 137: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 6, S. 143: Abbildung: SBTH, Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart (Leihgabe FA Heuss, Basel)
Abb. 7, S. 149: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 8, S. 167: Abbildung: SBTH, Theodor-Heuss-Haus Stuttgart (Leihgabe FA Heuss, Basel)
Abb. 9, S. 174: Abbildung: FA Heuss, Basel
Abb. 10, S. 180: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 11, S. 186: Abbildung: GStA PK, VI. HA, NL Meinecke, 15
Abb. 12, S. 190: Abbildung: GStA PK, VI. HA, NL Becker, 190
Abb. 13, S. 218: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 14, S. 235: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 15, S. 273: Abbildung: BArch, N 1020, 28
Abb. 16, S. 281: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 17, S. 290: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 18, S. 309: Abbildung: FA Heuss, Basel
Abb. 19, S. 311: Abbildung: FA Heuss, Basel
Abb. 20, S. 341: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 21, S. 355: Foto: FA Heuss, Basel
Abb. 22, S. 387: Abbildung: FA Heuss, Basel
Abb. 23, S. 427: Abbildung: FA Heuss, Basel
Abb. 24, S. 451: Abbildung: SBTH
Abb. 25, S. 457: Abbildung: Bayerisches HStA, Plakatsammlung 8839
Abb. 26, S. 465: Foto: Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 710, Nr. 9639
Abb. 27, S. 492: Abbildung: BArch, N 1042, 17
Abb. 28, S. 496: Abbildung: BArch, N 1221, 269

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdL	Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
AdR	Akten der Reichskanzlei
BArch	Bundesarchiv
BG, APWH	Berlinische Galerie. Landesmuseum für moderne Kunst, Photographie und Architektur, Architektursammlung, Archiv Puhl & Wagner, Gottfried Heinersdorff
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BLA	Berliner Lokal-Anzeiger
BT	Berliner Tageblatt
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich Demokratische Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Demokrat	Der Demokrat. Organ der Deutschen Demokratischen Partei
DLA	Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar
DN	Die Deutsche Nation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Politik
DStP	Deutsche Staatspartei
DVA	Deutsche Verlags-Anstalt
DVP	Demokratische Volkspartei (nach 1945)
DVP	Deutsche Volkspartei (1918–1933)
DVW	Der deutsche Volkswirt
DWB	Deutscher Werkbund
FA	Familienarchiv
FDP	Freie Demokratische Partei
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
FZ	Frankfurter Zeitung
GLAK	Generallandesarchiv Karlsruhe (Landesarchiv Baden-Württemberg)
GNM, DKA	Germanisches Nationalmuseum, Deutsches Kunstarchiv
GSA	Goethe- und Schiller-Archiv
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
H	Heft
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Landesarchiv Baden-Württemberg)
IfZ	Institut für Zeitgeschichte

Abkürzungen

IHK	Industrie- und Handelskammer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KVP	Konservative Volkspartei
KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
LBI	Leo Baeck Institute
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MdNV	Mitglied der Nationalversammlung
MdR	Mitglied des Reichstags
MdVL	Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung
ms.	maschinenschriftlich
NL	Nachlass
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NZ	Neckar-Zeitung
ÖVW	Der österreichische Volkswirt
PA	Privatarchiv
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
RB	Robert Bosch GmbH, C/CCH – Historische Kommunikation, Archiv
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RT-Bd.	Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte und Anlagen
SA	Sturmabteilung
SBB PK	Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz
SBTH	Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart
Schulthess'	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge
SdS/SDS	Schutzverband deutscher Schriftsteller
SNT	Stuttgarter Neues Tagblatt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
StadtA	Stadtarchiv
UB	Universitätsbibliothek
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VBH	Vaterstädtischer Bund Hamburg
VP	Volkspartei
VZ	Vossische Zeitung
WLB	Württembergische Landesbibliothek
WP	Wirtschaftspartei
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Z, Zentrum	Deutsche Zentrumspartei

Quellen und Literatur

Das Verzeichnis umfasst alle Archivalien und Literaturtitel, die in der Einführung und in den Briefen einschließlich Kommentar genannt werden. Nicht berücksichtigt werden zeitgenössische Zeitungs- und Zeitschriftenartikel.

Ungedruckte/archivalische Quellen

AJM Mönkemeier KG, Göttingen

Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach

N 3 (Nachlass Herbert Julius Schmauser)

N 53 (Nachlass Thomas Dehler)

Berlinische Galerie. Landesmuseum für moderne Kunst, Photographie und Architektur, Architektursammlung

Archiv Puhl & Wagner, Gottfried Heinersdorff

Bundesarchiv, Berlin

N 3001 (Nachlass Friedrich Naumann)

R 32 (Reichskunstwart)

R 43 (Reichskanzlei)

R 101 (Reichstag)

R 601 (Büro des Reichspräsidenten)

R 8011 (Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft)

Bundesarchiv, Koblenz

N 1002 (Nachlass Eduard Dingeldey)

N 1004 (Nachlass Hermann Dietrich)

N 1006 (Nachlass Georg Gothein)

N 1012 (Nachlass Erich Koch-Weser)

N 1015 (Nachlass Bernhard Schwertfeger)

N 1020 (Nachlass Friedrich von Payer)

N 1032 (Nachlass Otto Gessler)

N 1042 (Nachlass Wilhelm Külz)

N 1052 (Nachlass Reinhold Seeberg)

N 1072 (Nachlass Anton Erkelenz)

N 1082 (Nachlass Moritz Julius Bonn)

N 1160 (Nachlass Rudolf Pechel)

N 1186 (Nachlass Gustav und Toni Stolper)

N 1215 (Nachlass Walter Goetz)

N 1221 (Nachlass Theodor Heuss)

R 45 II (Deutsche Volkspartei)

R 45 III (Deutsche Demokratische Partei / Deutsche Staatspartei)

Carl Zeiss Jena GmbH

Firmenarchiv

Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar

A: Cäsar Flaischlen (Nachlass Cäsar Flaischlen)

A: Theodor Heuss (Nachlass Theodor Heuss)

A: Erich Schairer (Nachlass Erich Schairer)

Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Universitätsarchiv Tübingen, 669, 15193 (Psychiatrische Klinik, Krankenakten, Akte M)

Eugen Rosenstock-Huessy Archiv, Four Wells, Norwich (Vermont)

Familienarchiv Heuss, Basel

Korrespondenz Ernst Ludwig Heuss

Korrespondenz Theodor Heuss

Korrespondenz Elly Heuss-Knapp

Korrespondenz Georg Friedrich Knapp

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

I. HA, Rep. 76 (Preußisches Kultusministerium)

I. HA, Rep. 303 (Deutsche Hochschule für Politik)

VI. HA, Nachlass Carl Heinrich Becker

VI. HA, Nachlass Georg Cleinow

VI. HA, Nachlass Friedrich Meinecke

VI. HA, Nachlass Heinrich Schnee

VI. HA, Nachlass Werner Sombart

Generallandesarchiv Karlsruhe (Landesarchiv Baden-Württemberg)

Abt. N Willy Andreas (Nachlass Willy Andreas)

Abt. N Willy Hellpach (Nachlass Willy Hellpach)

Germanisches Nationalmuseum, Deutsches Kunstarchiv, Nürnberg

Nachlass Richard Riemerschmid

Goethe- und Schiller-Archiv, Weimar

58/C (Nachlass Heinrich Lilienfein)

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Nachlass Carl Schmitt

Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Landesarchiv Baden-Württemberg)

E 130 b (Staatsministerium)

Q 1/2 (Nachlass Conrad Haußmann)

Q 1/21 (Nachlass Theodor Bäuerle)

Q 2/10 (Nachlass Robert Haußmann)

Historisches Archiv der Stadt Köln

Bestand 1070 (Nachlass Wilhelm Marx)

Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M.

Autographensammlung

Institut für Zeitgeschichte, München

ED 163 (Nachlass Karl Otto Thieme)

Karl Ernst Osthaus-Archiv, Hagen

DWB (Deutscher Werkbund)

Landesarchiv Berlin

B Rep. 042 (Amtsgericht Charlottenburg)

Leo Baeck Institute, New York

AR 25209 (Nachlass Ernst Lissauer)

Marburg, Universitätsbibliothek

MS 839 (Nachlass Martin Rade)

Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg

Nachlass Hermann Oncken

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin

Nachlass Gustav Stresemann
R 73314

Privatarchiv Hans Bruckmann, Heilbronn

Nachlass Peter Bruckmann

Privatarchiv Elsbeth Haule, Heilbronn

Nachlass Willy Dürr

Robert Bosch GmbH, C/CCH – Historische Kommunikation, Archiv, Stuttgart

Nachlass Robert Bosch

Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz

Dep. 42 (Gr) (Archiv de Gruyter)
Nachlass Hans Delbrück

Stadtarchiv Mannheim

Nachlass Fritz Wichert

Stadtarchiv Stuttgart

2188 (Nachlass Fritz Elsas)

Stadtarchiv Ulm

B 000/2

Werkbundarchiv Berlin

Sammlung Deutscher Werkbund

Württembergische Landesbibliothek, Stuttgart

Cod. hist 4° 600
Cod. hist 4° 624

Gedruckte Quellen und Literatur

ADERS, THOMAS: Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker-Aschoff (1883–1954), Frankfurt a. M. u. a. 1994.

AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK 1918–1945. Serie B:1925–1933

Bd. XV: 1. Mai bis 30. September 1930, Göttingen 1980.

Bd. XVI: 1. Oktober 1930 bis 28. Februar 1931, Göttingen 1981.

Bd. XX: 1. März bis 15. August 1932, Göttingen 1983.

AKTEN DER REICHSKANZLEI. Weimarer Republik, hg. v. Karl Dietrich Erdmann und Hans Booms

Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921. 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922, bearb. v. Ingrid Schulze-Bidlingmaier, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973.

Die Kabinette Stresemann I und II. 13. August bis 6. Oktober 1923. 6. Oktober bis 30. November 1923, bearb. v. Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, 2 Bde., Boppard am Rhein 1978.

Die Kabinette Marx I und II. 30. November 1923 bis 3. Juni 1924. 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925, bearb. v. Günter Abramowski, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973.

Die Kabinette Luther I und II. 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926. 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard am Rhein 1977.

- Die Kabinette Marx III und IV. 17. Mai 1926 bis 29. Januar 1927. 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1928, bearb. v. Günter Abramowski, 2 Bde., Boppard am Rhein 1988.
- Die Kabinette Brüning I und II. 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931. 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932, bearb. v. Tilman Koops, 3 Bde., Boppard am Rhein 1982/1990.
- Das Kabinett von Papen. 1. Juni bis 3. Dezember 1932, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard am Rhein 1989.
- Das Kabinett von Schleicher. 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. v. Anton Golecki, Boppard am Rhein 1986.
- AKTEN DER REICHSKANZLEI. Weimarer Republik, hg. v. Karl Dietrich Erdmann und Wolfgang Mommsen
- Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, bearb. v. Martin Vogt, 2 Bde., Boppard am Rhein 1970.
- ALBERTIN, LOTHAR: Einleitung. Deutsche Demokratische Partei / Deutsche Staatspartei, in: LINKS-LIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, bearb. v. Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin, Düsseldorf 1980, S. IX–LI.
- ALLMENDINGER, CLAUS-MICHAEL: Struktur, Aufgabe und Bedeutung der Stiftungen von Robert Bosch und seiner Firma. Ein Beitrag zur Geschichte des Stiftungswesens in Württemberg von 1900 bis 1964, Mannheim wirtschaftswiss. Diss. 1977.
- ANNALES DE LA CHAMBRE DES DÉPUTÉS. 15^{me} Législature. Débats parlementaires. Session ordinaire de 1932. Tome II: Du 1^{er} Juni au 16 Juillet 1932, Paris 1932.
- BÄUERLE, THEODOR: Dienst an Mensch und Volk, in: THEODOR HEUSS (Hg.): Robert Bosch, Stuttgart/Berlin 1931, S. 69–100.
- BARTH, THEODOR: Politische Porträts, Berlin 1904.
- BAUMANN, WALBURGA: Die selige Irmengard von Chiemsee. Jungfrau aus dem Benediktinerorden, München 1922.
- BAUMGÄRTNER, ULRICH: Von einer Republik zur anderen: Theodor Heuss' Wahrnehmung und Deutung der Weimarer Republik nach 1945, in: CHRISTOPH GUSY (Hg.): Weimars lange Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S. 92–117.
- BAUMGART, WINFRIED: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966.
- BECKER, ERNST WOLFGANG: Biographie als Lebensform. Theodor Heuss als Biograph im Nationalsozialismus, in: WOLFGANG HARDTWIG / ERHARD SCHÜTZ (Hg.): Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S. 57–89.
- BECKER, ERNST WOLFGANG: Ein Haus voller Briefe für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zum Stand der Edition „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe“, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 17 (2005), S. 215–234.
- BELGISCHE AKTENSTÜCKE 1905–1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußeren in Brüssel, hg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1915.
- BELGISCHES GRAUBUCH. Diplomatischer Schriftenwechsel des Königlich Belgischen Ministeriums des Äußeren zu dem Kriege von 1914, 24. Juli bis 29. August, hg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1916.
- BERGMANN, HANNSJÖRG: Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919–1928, München 1986.
- BERLINER ADRESSBUCH, Berlin 1920.
- BESSON, WALDEMAR: Württemberg und die deutsche Staatskrise. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.

- BEST, HEINRICH: Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990.
- BIEBER, HORST: Paul Rohrbach. Ein konservativer Publizist und Kritiker der Weimarer Republik, München-Pullach/Berlin 1972.
- BINDSCHEDLER, IDA: Die Turnachkinder im Sommer. Erzählungen für Knaben und Mädchen von 8–14 Jahren, Frauenfeld um 1909.
- BINDSCHEDLER, IDA: Die Turnachkinder im Winter. Erzählungen für Knaben und Mädchen von 8–14 Jahren, Frauenfeld um 1909.
- BLAICH, FRITZ: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München ²1990.
- BOTT, HANS / LEINS, HERMANN (Hg.): Begegnungen mit Theodor Heuss, Tübingen 1954.
- BRACHER, KARL DIETRICH / FUNKE, MANFRED / JACOBSEN, HANS-ADOLF (Hg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft, Bonn ²1988.
- BRADLER, GÜNTHER: Politische Unterhaltungen Friedrich Payers mit Theodor Heuss. Ein Fund aus dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 1973, S. 161–192.
- BRANDES, GEORG MORRIS COHEN: Cajus Julius Caesar, Kopenhagen 1918 (dt.: Cajus Julius Caesar, Berlin 1925).
- BRENTANO, LUJO: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands
Bd. 1: Von den Anfängen bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts, Jena 1927.
Bd. 2: Die Zeit des Merkantilismus, Jena 1927.
Bd. 3: Die Zeit der Befreiung und Neuorganisation, Jena 1928/29.
- BRENTANO, LUJO: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.
- BRUCKMANN, PETER: Werkbendarbeit bei Bosch, in: THEODOR HEUSS (Hg.): Robert Bosch, Stuttgart/Berlin 1931, S. 101–111.
- BRUNS, VIKTOR (Hg.): Württemberg unter der Regierung König Wilhelm II., Stuttgart 1916.
- BÜLOW, BERNHARD VON: Denkwürdigkeiten, hg. v. Franz von Stockhammern, 4 Bde. Berlin 1930/31.
- BURGER, REINER: Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte, Münster 1999.
- BUSCH, WILHELM: Die fromme Helene, Hamburg 1957.
- BUTSCHK, FELIX: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1985.
- BUTZER, HERMANN: Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes, Düsseldorf 1999.
- CAILLAUX, JOSEPH: Agadir. Ma politique extérieure, Paris 1919.
- CAMPBELL, JOAN: Der Deutsche Werkbund 1907–1934, München 1989.
- CARSTEN, FRANCIS L.: Reichswehr und Politik. 1918–1933, Köln/Berlin 1964.
- CECIL, LAMAR: Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888–1918, Hamburg 1969.
- CHRONIK DER SOZIALEN FRAUENSCHULE. Wohlfahrtsschule Pestalozzi-Fröbelhaus III. 1899–1929, Berlin 1929.
- CHRONIK DES DEUTSCHEN KRIEGES nach amtlichen Berichten und zeitgenössischen Kundgebungen, Bd. II, München 1915.

DAMMANN, OSWALD: Alfred Doves Briefnachlaß, in: Aus der Werkstatt. Den Deutschen Bibliothekaren zu ihrer Tagung in Freiburg Pfingsten MCMXXV dargebracht von der Universitätsbibliothek, Freiburg o. J. [1925], S. 153–187.

DANTE ALIGHIERI: Göttliche Komödie, übertragen v. Stefan George, Berlin ⁴1925.

DAVIS, GERALD H.: Deutsche Kriegsgefangene im Ersten Weltkrieg in Rußland, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 31 (1982), S. 37–49.

DEMM, EBERHARD: Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920, Boppard am Rhein 1990.

DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929

DEUTSCHE HOCHSCHULE FÜR POLITIK: Vorlesungsverzeichnisse WS 1921/22 bis WS 1932/33, Berlin 1921–1932.

DEUTSCHER WERKBUND / DEUTSCH-TÜRKISCHE VEREINIGUNG (Hg.): Das Haus der Freundschaft in Konstantinopel. Ein Wettbewerb deutscher Architekten. Mit einer Einführung v. Theodor Heuss, München 1918.

DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE AGRARFRAGEN. Referate und Arbeitsberichte aus der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Fachausschüsse der deutsch-österreichischen und österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft in Berlin, München und Wien, Berlin 1930.

DOSS, KURT: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977.

DOVE, ALFRED: Ausgewählte Aufsätze und Briefe, hg. v. Friedrich Meinicke und Oswald Dammann, 2 Bde., München 1925.

EGGELING, ERICH: Partei oder Bewegung? Der jungdeutsche Kampf und die Staatspartei, Berlin 1930.

ELSAS, FRITZ: Auf dem Stuttgarter Rathaus 1915–1922. Erinnerungen, hg. v. Manfred Schmid, Stuttgart 1990.

ENTENTE INTERNATIONALE DES PARTIS RADICAUX ET DES PARTIS DÉMOCRATIQUES SIMILAIRES: Compte-rendu du congrès d’Athènes. Fascicule VII, Paris/Kopenhagen 1932.

ENTSTEHUNG DES YOUNGPLANS [DIE], dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933. Durchgesehen und eingeleitet v. Martin Vogt, Boppard am Rhein 1970.

EKSTEINS, MODRIS: Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1969.

FARBLICHT. Kunst und Künstler im Wirkungskreis des Glasmalers Gottfried Heinersdorff (1883–1941), Hagen 2001.

FEDER, ERNST: Heute sprach ich mit... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932, hg. v. Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.

FEDERAZIONE NAZIONALE FASCISTA DEI COMMERCianti DI OLIO: La prima festa nazionale dell’uva in Italia. 28 settembre 1930, Rom 1931.

FENSCH, DOROTHEA: Deutscher Schutzbund (DtSB). 1919–1936, in: DIETER FRICKE u. a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Leipzig 1984, Bd. 2, S. 290–310.

FISCH, STEFAN: Der Übergang des Elsass vom Deutschen Reich an Frankreich 1918/19, in: MICHAEL ERBE (Hg.): Das Elsass. Historische Landschaft im Wandel der Zeiten, Stuttgart 2002, S. 147–152.

- FISCHER, ERNST: Der „Schutzverband deutscher Schriftsteller“ 1909–1933, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 21 (1980), S. 1–666.
- FISCHER, JOHANNES: Der Techniker und Sozialpolitiker, in: THEODOR HEUSS (Hg.): Robert Bosch, Stuttgart/Berlin 1931, S. 53–68.
- FRANK, WALTER: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlichsoziale Bewegung, Berlin 1928.
- FRITZSCHE, KLAUS: Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des „Tat“-Kreises, Frankfurt a. M. 1976
- GARSCHA, WINFRIED R.: Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft (DÖAG) 1925–1938, in: DIETER FRICKE u. a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 2, Leipzig 1984, S. 529–533.
- GAY, PETER: Die Macht des Herzens. Das 19. Jahrhundert und die Erforschung des Ich, München 1997.
- GESSLER, OTTO: Die Träger der Reichsgewalt, Hamburg/Berlin/Leipzig 1931.
- GESSLER, OTTO: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hg. v. Kurt Sendtner. Mit einer Vorbemerkung v. Theodor Heuss, Stuttgart 1958.
- GNAMM, HELLMUT: Das Füsilier-Regiment Kaiser Franz Joseph von Österreich, König von Ungarn (4. württ.) Nr. 122 im Weltkrieg 1914–1918, Stuttgart 1921.
- GOETHE, JOHANN WOLFGANG VON: Sämtliche Werke nach Epochen seines Schaffens. Münchner Ausgabe. Band 11.1.1.: Divan-Jahre 1814–1819, München/Wien 1998.
- GRAF, FRIEDRICH WILHELM unter Mitarbeit von CHRISTIAN NEES (Hg.): Ernst Troeltsch in Nachrufen, Gütersloh 2002.
- GRAU, BERNHARD: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2001.
- GRIESMEIER, JOSEF: Die Reichswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919–1930, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1930/31, S. 77–158.
- GROSSE POLITIK DER EUROPÄISCHEN KABINETTE 1871–1914 [DIE]. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, im Auftrage des Auswärtigen Amtes hg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. Bde. 1–6, Berlin 1922.
- GROSSE POLITIK DER EUROPÄISCHEN KABINETTE 1871–1914 [DIE]. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, im Auftrage des Auswärtigen Amtes hg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme, Bd. 30: Der Italienisch-Türkische Krieg 1911–1912, Berlin 1926.
- GRÜNTAL, GÜNTHER: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.
- GÜNTHER, HANS F. K.: Rassenkunde des jüdischen Volkes, München 1930.
- GUNDOLF, FRIEDRICH: Shakespeare und der deutsche Geist, Berlin 1911.
- GUNDOLF, FRIEDRICH: Goethe, Berlin 1916.
- GUNDOLF, FRIEDRICH: George, Berlin 1920.
- GUNDOLF, FRIEDRICH: Caesar. Geschichte seines Ruhms, Berlin 1924.
- GUTSCHE, WILLIBALD: „Mittwochabend“ (Delbrück) (MD) gegründet 1914, in: DIETER FRICKE u. a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Leipzig 1984, S. 376–380.
- HAGENLÜCKE, HEINZ: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997.

HALLER, JOHANNES: Bundesstaat oder Einheitsstaat? Das Problem der deutschen Reichsverfassung in geschichtlicher Beleuchtung. Vortrag auf der Führertagung des Reichslandbunds am 8. November 1927, Tübingen 1928.

HANDBUCH DER DEUTSCHEN KUNSTDENKMÄLER, Bd. 4: Südwestdeutschland, bearb. v. Georg Dehio, Berlin 1911.

HANSCHMIDT, ALWIN: Internationale Zusammenarbeit linksliberaler Parteien Europas zwischen den beiden Weltkriegen. Eine Skizze, in: Historisches Jahrbuch 109 (1989), S. 164–190.

HARDTWIG, WOLFGANG: Kunst, liberaler Nationalismus und Weltpolitik. Der Deutsche Werkbund 1907–1914, in: DERS.: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1994, S. 246–273.

HAUFELDER, BERND: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871–1918. Ein Biographisches Handbuch, Münster 2004.

HAUSENSTEIN, WILHELM: Albert Weisgerber. Ein Gedenkbuch, hg. v. der Münchener Neuen Sezession, München 1918.

HEGER, KLAUS: Die Deutsche Demokratische Partei in Württemberg und ihre Organisation, Leipzig 1927.

HEIBER, HELMUT: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966.

HEIDLER, IRMGARD: Der Verleger Eugen Diederichs und seine Welt (1896–1930), Wiesbaden 1998.

HEINE, HEINRICH: Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke, hg. v. Manfred Windfuhr, Bd. I/I: Buch der Lieder. Text, bearb. v. Pierre Grappin, Hamburg 1975.

HERTFELDER, THOMAS: Das symbolische Kapitel der Bildung: Theodor Heuss, in: GANGOLF HÜBINGER / THOMAS HERTFELDER (Hg.): Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart 2000, S. 93–113.

HERTFELDER, THOMAS: Der demokratische Politiker, in: DERS. / CHRISTIANE KETTERLE (Hg.): Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart 2003, S. 89–99.

HERTFELDER, THOMAS: Der Bürger als Präsident: Theodor Heuss, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 66 (2007), S. 457–473.

HESS, JÜRGEN C.: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Stuttgart 1973.

HESS, JÜRGEN C.: „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.

HESS, JÜRGEN C.: „Die deutsche Lage ist ungeheuer ernst geworden. Theodor Heuss vor den Herausforderungen des Jahres 1933, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 6 (1994), S. 65–136.

HEUSS, THEODOR: Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N., Heilbronn 1906.

HEUSS, THEODOR: Schwaben und der deutsche Geist, Konstanz 1915.

HEUSS, THEODOR: Die Bundesstaaten und das Reich, Berlin 1918.

HEUSS, THEODOR: Das „Haus der Freundschaft“ in Konstantinopel, in: DEUTSCHER WERKBUND / DEUTSCH-TÜRKISCHE VEREINIGUNG (Hg.): Das Haus der Freundschaft in Konstantinopel. Ein Wettbewerb deutscher Architekten. Mit einer Einführung v. Theodor Heuss, München 1918, S. 5–45.

HEUSS, THEODOR: Deutschlands Zukunft, Stuttgart 1919.

- HEUSS, THEODOR: Zwischen Gestern und Morgen, Stuttgart 1919.
- HEUSS, THEODOR: Die neue Demokratie, Berlin 1920.
- HEUSS, THEODOR: Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation, Berlin 1920.
- HEUSS, THEODOR: Demokratie und Selbstverwaltung, Berlin 1921.
- HEUSS, THEODOR: Das Wesen der Demokratie, hg. v. der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin [1921].
- HEUSS, THEODOR: Denkschrift zur Errichtung einer Deutschen Hochschule für Politik, in: Politische Bildung. Wille, Wesen, Ziel, Weg. Sechs Reden, gehalten bei der Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1921, S. 33–37.
- HEUSS, THEODOR: Staat und Volk. Betrachtungen über Wirtschaft, Politik und Kultur, Berlin 1926.
- HEUSS, THEODOR: Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte, Halberstadt 1927.
- HEUSS, THEODOR: Führer aus deutscher Not. Fünf politische Porträts, Berlin 1927.
- HEUSS, THEODOR: Das Schicksal der Auslandsdeutschen, in: HEINRICH SCHNEE / HANS DRAEGER (Hg.): Zehn Jahre Versailles, Bd. 2: Die politischen Folgen des Versailler Vertrages, Berlin 1929, S. 25–46.
- HEUSS, THEODOR: Robert Bosch, in: DERS (Hg.): Robert Bosch, Stuttgart/Berlin 1931, S. 9–28.
- HEUSS, THEODOR: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932.
- HEUSS, THEODOR: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart/Berlin 1937.
- HEUSS, THEODOR: Hans Poelzig. Bauten und Entwürfe. Das Lebensbild eines deutschen Baumeisters, Berlin 1939.
- HEUSS, THEODOR: Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart/Tübingen 1946.
- HEUSS, THEODOR: Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen, Tübingen 1953.
- HEUSS, THEODOR: Friedrich Meinecke, in: DERS.: Würdigungen. Reden, Aufsätze und Briefe aus den Jahren 1949–1955, hg. v. Hans Bott, Tübingen 1955, S. 280–288.
- HEUSS, THEODOR: Von Ort zu Ort. Wanderungen mit Stift und Feder, hg. v. Friedrich Kaufmann und Hermann Leins, Berlin/Darmstadt/Wien 1959.
- HEUSS, THEODOR: Erinnerungen. 1905–1933, Tübingen 1963.
- HEUSS, THEODOR: Die großen Reden, Bd. 1: Der Staatsmann, Tübingen 1965.
- HEUSS, THEODOR: Hitlers Weg. Eine Schrift aus dem Jahre 1932, neu hg. und mit einer Einleitung versehen v. Eberhard Jäckel, Tübingen 1968.
- HEUSS, THEODOR: Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hg. und eingeleitet v. Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart²1970.
- HEUSS, THEODOR: Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, ausgewählt und kommentiert v. Martin Vogt, Tübingen 1984.
- HEUSS, THEODOR: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949, hg. und bearb. v. Ernst Wolfgang Becker, München 2007.
- HEUSS-KNAPP, ELLY: Vorwort, in: GEORG FRIEDRICH KNAPP: Aus der Jugend eines deutschen Gelehrten, Berlin/Leipzig 1927, S. 5–10.
- HEUSS-KNAPP, ELLY: Ausblick vom Münsterturm. Erinnerungen, Tübingen⁸1952.

- HEUSS-KNAPP, ELLY: Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen, hg. v. Margarethe Vater, Tübingen 1961.
- HEYDE, PHILIPP: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn u. a. 1998.
- HIERONIMUS, MARC: Krankheit und Tod. Zum Umgang mit der Spanischen Grippe in Frankreich, England und dem Deutschen Reich, Berlin 2006.
- HIMMLER, HEINRICH: Der Reichstag 1930. Das sterbende System und der Nationalsozialismus, München 1931.
- HITLER, ADOLF: Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933
Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–September 1930. Teil 3: Januar 1930–September 1930, hg. und kommentiert v. Christian Hartmann, München u. a. 1995.
Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung April 1932 – Januar 1933. Teil 2: Oktober 1932 – Januar 1933, hg. und kommentiert v. Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit, München 1998.
- HÖHNE, GÜNTHER: Deutsche Liga für Völkerbund (DLfV) 1918–April 1933, in: DIETER FRICKE u. a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 2, Leipzig 1984, S. 9–16.
- HÖMIG, HERBERT: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979.
- HÖMIG, HERBERT: Brüning. Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn u. a. 2000.
- HOHBERG, CLAUDIA: Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie (HB) 1909–1934, in: DIETER FRICKE u. a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Leipzig 1984, S. 91–108.
- HOLL, KARL: Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus? Zur Rolle der Pazifisten in der Deutschen Demokratischen Partei 1918–1930, in: JOACHIM RADKAU / IMANUEL GEISS (Hg.): Imperialismus im 20. Jahrhundert. Gedenkschrift für George W. F. Hallgarten, München 1976, S. 171–195.
- HOLZ, KURT A. Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1977.
- HORNUNG, KLAUS: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
- HUBATSCH, WALTHER: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Berlin/Frankfurt a. M./Zürich 1966.
- HUBER, ERNST RUDOLF (Hg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte
Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900, Stuttgart/Berlin/Köln 1986.
Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919–1933, Stuttgart/Berlin/Köln ³1992.
- HUBER, ERNST RUDOLF: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart/Berlin/Köln 1993.
- HÜBINGER, GANGOLF: Eugen Diederichs' Bemühungen um die Grundlegung einer neuen Geisteskultur, in: WOLFGANG J. MOMMSEN unter Mitarbeit von ELISABETH MÜLLER-LUCKNER (Hg.): Kultur und Krieg: Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1996, S. 259–274.
- HÜRTEIN, HEINZ: Revolution und Zeit der Weimarer Republik, in: ALOIS SCHMID (Hg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, vierter Band: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart, erster Teilband: Staat und Politik, München ²2003, S. 440–498.
- HÜRTER, JOHANNES: Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932), München 1993.

- ILSAR, YEHIEL: Die Reichspräsidentenwahl 1932, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 78 (1987), S. 35–58.
- JÄCKEL, EBERHARD: Einleitung, in: THEODOR HEUSS: Hitlers Weg. Eine Schrift aus dem Jahre 1932, neu hg. und mit einer Einleitung versehen v. Eberhard Jäckel, Tübingen 1968, S. XI–XLIV.
- JÄCKH, ERNST (Hg.): Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlaß, 2 Bde., Stuttgart 1924.
- JÄCKH, ERNST: Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954.
- JONAS, ERASMUS: Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.
- JONES, LARRY E.: Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 265–304.
- JONES, LARRY E.: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933, Chapel Hill u. a. 1988.
- JUNG, EDGAR: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung, Berlin 1927.
- JUNG, EDGAR: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich, Berlin ²1930.
- JUNG, OTMAR: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt a. M./New York 1989.
- JUNG, OTMAR: Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, Hamburg 1990.
- KAUNE, CLAUDIA-ANJA: Willy Hellpach (1877–1955). Biographie eines liberalen Politikers der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u. a. 2005.
- KERMANN, JOACHIM / KRÜGER, HANS-JÜRGEN (Bearb.): 1923/24. Separatismus im rheinisch-pfälzischen Raum, Koblenz 1989.
- KERSHAW, IAN: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1994.
- KESSLER, ALEXANDER: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung (I) 1928–1930, München 1974.
- KEYNES, JOHN MAYNARD: The economic consequences of peace, London 1919.
- KEYNES, JOHN MAYNARD: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, übers. v. M. J. Bonn u. C. Brinkmann, München 1920.
- KICK, WILHELM: Barock, Rokoko und Louis XVI aus Schwaben und der Schweiz, Stuttgart 1903 bzw. Leipzig ²1907.
- KISSENKOETTER, UDO: Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.
- KLOOSTERHUIS, JÜRGEN: „Friedliche Imperialisten“. Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906–1918, Frankfurt a. M. 1994.
- KNAPP, GEORG FRIEDRICH: Staatliche Theorie des Geldes, Leipzig 1905.
- KNAPP, GEORG FRIEDRICH: Staatliche Theorie des Geldes. Zweite durchgesehene und vermehrte Auflage, München/Leipzig 1918.
- KNAPP, GEORG FRIEDRICH: The state theory of money. Abridged edition, translated by H. M. Lucas and J. Bonar, London 1924.

- KNAPP, GEORG FRIEDRICH: Aus der Jugend eines deutschen Gelehrten. Mit einem Vorwort v. Elly Heuss-Knapp, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927.
- KNAPP, GEORG FRIEDRICH / BENDIXEN, FRIEDRICH: Zur Staatlichen Theorie des Geldes. Ein Briefwechsel 1905–1920, hg. v. Kurt Singer, Tübingen 1958.
- KNEHER, HANS: Vom Mechaniker zum Großunternehmer, in: THEODOR HEUSS (Hg.): Robert Bosch, Stuttgart/Berlin 1931, S. 29–52.
- KOCH, CHRISTINA: Schwangerschaftsabbruch (§§ 218ff. StGB). Reformdiskussion und Gesetzgebung von 1870 bis 1945, Münster 2004.
- KOCH, ELKE: Frauen – Männer – Stadtgesellschaft. Heilbronn und die „Frauenfrage“ von 1900 bis 1918, Heilbronn 2002.
- KOCKA, JÜRGEN: Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: DERS. (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1988, S. 11–76.
- KÖHLER, HENNING: Berlin in der Weimarer Republik (1918–1932), in: WOLFGANG RIBBE (Hg.): Geschichte Berlins, zweiter Band: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, Berlin³2002, S. 797–923.
- KOHLHAAS, WILHELM: Chronik der Stadt Stuttgart 1918–1933, Stuttgart [1964].
- KRABBE, WOLFGANG R.: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918–1933), Opladen 1995.
- KREY, URSULA: Demokratie durch Opposition: Der Naumann-Kreis und die Intellektuellen, in: GANGOLF HÜBINGER / THOMAS HERTFELDER (Hg.): Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart 2000, S. 71–92.
- KURZ, ACHIM: Demokratische Diktatur? Auslegung und Handhabung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung 1919–25, Berlin 1992.
- LANDMANN, GEORG PETER: Stefan George und sein Kreis. Eine Bibliographie, Hamburg²1976.
- LEHNERT, DETLEF: „Politik als Wissenschaft“. Beiträge zur Institutionalisierung einer Fachdisziplin in Forschung und Lehre der Deutschen Hochschule für Politik (1920–1933), in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S. 443–465.
- LEHNERT, DETLEF: „Schule der Demokratie“ oder „politische Fachhochschule“? Anspruch und Wirklichkeit einer praxisorientierten Ausbildung der Deutschen Hochschule für Politik 1920–1933, in: GERHARD GÖHLER / BODO ZEUNER (Hg.): Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991, S. 65–93.
- LINDSEY, BEN B.: Die Revolution der modernen Jugend, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927.
- LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, bearb. v. Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin, Düsseldorf 1980.
- LONGERICH, PETER: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.
- LUCKEMEYER, LUDWIG: Die Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919, phil. Diss. Gießen 1975.
- LUTHER, HANS: [Rudolf Schwander], in: Rudolf Schwander zum ehrenden Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1951, S. 4–13.
- MANN, BERNHARD: Württemberg 1800 bis 1866, in: HANSMARTIN SCHWARZMAIER (Hg.): Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, dritter Band: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, Stuttgart 1992, S. 235–331.

- MATTHIAS, ERICH / MORSEY, RUDOLF: Die Deutsche Staatspartei, in: DIES. (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 29–97.
- MEILHAC, HENRI / HALÉVY, LUDOVIC: Carmen. Oper in vier Akten. Nach einer Novelle von Prosper Mérimée. Musik von Georges Bizet, Wien 1925.
- MERKENICH, STEPHANIE: Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933, Düsseldorf 1998.
- MEZGER, OTTO: Heger und Jäger, Naturfreund und Landwirt, in: THEODOR HEUSS (Hg.): Robert Bosch, Stuttgart/Berlin 1931, S. 112–126.
- MILTENBERGER, MICHAEL: Der Vorwurf des Landesverrats gegen Reichspräsident Ebert. Ein Stück deutscher Justizgeschichte, Heidelberg 1989.
- MILLER-GRUBER, RENATE: Gustav Schönleber 1851–1917. Monographie und Werkverzeichnis, Karlsruhe 1990.
- MITTAG, JÜRGEN: Die württembergische SPD in der Weimarer Republik. Eine sozialdemokratische Landtagsfraktion zwischen Revolution und Nationalsozialismus, Köln 1997.
- MÖLLERS, HEINER: Reichswehrminister Otto Gessler. Eine Studie zu „unpolitischer“ Militärpolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u. a. 1998.
- MOGK, WALTER: Paul Rohrbach und das „Größere Deutschland“. Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter. Ein Beitrag zur Geschichte des Kulturprotestantismus, München 1972.
- MOHLER, ARMIN: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch, Darmstadt ⁴1994.
- MOLO, WALTER VON: Fridericus, München 1918.
- MOLO, WALTER VON: Ein Deutscher ohne Deutschland. Ein Friedrich List-Roman, Berlin/Wien/Leipzig 1931.
- MOMMSEN, HANS: Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: JÜRGEN KOCKA (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 288–315.
- MORSEY, RUDOLF: Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 419–448.
- MORSEY, RUDOLF: Die Deutsche Zentrumspartei, in: ERICH MATTHIAS / RUDOLF MORSEY (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 281–453.
- MOSICH, ERNST: Steuersenkung statt Steuererhöhung bleibt unsere Parole! Materialien und Vorschläge zur Vorbereitung des Reichshaushalts von 1930, Berlin 1930.
- MÜHLHAUSEN, WALTER: Friedrich Ebert. 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.
- MÜLLER, ARMIN: Zwischen Wahlkampf und Politik. Halls Parteien der Linken und der bürgerlichen Mitte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bis 1924/25, in: Württembergisch Franken. Jahrbuch des Historischen Vereins für Württembergisch Franken 78 (1994), S. 493–511.
- MÜLLER, GUIDO: Der Publizist Max Clauss. Die Heidelberger Sozialwissenschaften und der „Europäische Kulturbund“ (1924/5–1933), in: REINHARD BLOMERT / HANS ULRICH ESSLINGER / NORBERT GIOVANNINI (Hg.): Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften. Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958, Marburg 1997, S. 369–409.
- NATIONALLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933, bearb. v. Eberhard Kolb und Ludwig Richter, 2 Bde., Düsseldorf 1999.
- NAUMANN, FRIEDRICH: Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik, Berlin-Schöneberg 1900.

- NAUMANN, FRIEDRICH: Mitteleuropa, Berlin 1915.
- NAUMANN, FRIEDRICH: Gestalten und Gestalter. Lebensgeschichtliche Bilder, hg. v. Theodor Heuss, Berlin/Leipzig 1919.
- NAUMANN, FRIEDRICH/ HEILE, WILHELM: Erziehung zur Politik, Berlin 1918.
- NICKEL, ERICH: Politik und Politikwissenschaft in der Weimarer Republik, Berlin 2004.
- NIEDERSCHRIFTEN ÜBER DIE VOLLSTIZUNGEN DES REICHSRATS 1930, Berlin 1930.
- NIETZSCHE, FRIEDRICH: Der Fall Wagner. Ein Musikanten-Problem, in: Kritische Studienausgabe, hg. v. Giorgio Colli und Mazzino Montinari, Bd. 6, München 1988, S. 9–53.
- OPITZ, GÜNTER: Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969.
- ORGANISATIONSHANDBUCH der Deutschen Demokratischen Partei, hg. v. der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin 1926.
- PALLUCCHINI, RODOLFO / ROSSI, PAOLA: Tintoretto. Le opere sacre e profane, 2 Bde., Mailand 1982.
- PAPKE, GERHARD: Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1989.
- PAUCKER, ARNOLD: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg ²1969.
- PAUL, GERHARD: Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.
- PAULY, WALTER: Paul Laband (1838–1918). Staatsrechtslehre als Wissenschaft, in: HELMUT HEINRICHS u. a. (Hg.): Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, München 1993, S. 301–319.
- PAYER, FRIEDRICH VON: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt a. M. 1923.
- PEUKERT, DETLEV: Der Schund- und Schmutzkampf als „Sozialpolitik der Seele“. Eine Vorgeschichte der Bücherverbrennung? In: AKADEMIE DER KÜNSTE (Hg.): „Das war ein Vorspiel nur ...“. Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen, Berlin 1983, S. 51–63.
- PIKART, EBERHARD: Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart 1967.
- PLETERSKI, JANKO: Die Slowenen, in: ADAM WANDRUSZKA / PETER URBANITSCH (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. III: Die Völker des Reiches, 2. Teilband, Wien 1980, S. 801–838.
- POLITIK UND WIRTSCHAFT IN DER KRISE. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet v. Gerhard Schulz, bearb. v. Ilse Maurer und Udo Wengst, 2 Bde., Düsseldorf 1980.
- PREUSS, HUGO: Entwicklungsgeschichte der deutschen Städteverfassung, Leipzig 1906.
- PREUSS, HUGO: Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte, mit einem Geleitwort v. Theodor Heuss, Tübingen 1926.
- PROTOKOLLE DER REICHSTAGSFRAKTION [DIE] und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrums-
partei 1926–1933, bearb. v. Rudolf Morsey, Mainz 1969.
- PROZESS DES REICHSPRÄSIDENTEN [DER], bearb. v. Karl Brammer, Berlin 1925.
- PYTA, WOLFRAM: Verfassungsumbau, Staatsnotstand und Querfront: Schleichers Versuche zur Fernhaltung Hitlers von der Reichskanzlerschaft August 1932 bis Januar 1933, in: WOLFRAM PYTA / LUDWIG RICHTER (Hg.): Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 173–197.

QUAATZ, REINHOLD: Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, hg. v. Hermann Weiss und Paul Hoser, München 1989.

RAAB, HEINRICH: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, Stuttgart 1998.

RABENSTEIN-KIERMAIER, KARIN: Conrad Haußmann (1857–1922). Leben und Werk eines schwäbischen Liberalen, Frankfurt a. M. u. a. 1993.

RABL, KURT: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Geschichtliche Grundlagen. Umriß der gegenwärtigen Bedeutung. Ein Versuch, Köln/Wien ²1973.

RADBRUCH, GUSTAV: Verfassungsrede, gehalten bei der Feier der Reichsregierung am 11. August 1928, Berlin 1928.

RAITH, CARL: Die Wahlen zur verfassungsgebenden Württ. Landesversammlung und deutschen Nationalversammlung am 12. und 19. Januar 1919 nach Oberämtern und Gemeinden, Stuttgart 1919.

REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN 1918/19 [DIE], eingeleitet v. Erich Matthias, bearb. v. Susanne Miller unter Mitwirkung v. Heinrich Potthoff, 2 Bde., Düsseldorf 1969.

REICHSGESCHÄFTSSTELLE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI (Hg.): Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, Berlin 1919.

REICHSGESCHÄFTSSTELLE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI (Hg.): Bericht über die Verhandlungen des 4. ordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin [1922].

REICHSTAGS-HANDBUCH. VII. Wahlperiode 1932, hg. vom Büro des Reichstags, Berlin 1933.

RIBBE, WOLFGANG: Flaggenstreit und Heiliger Hain. Bemerkungen zur nationalen Symbolik in der Weimarer Republik, in: DIETRICH KURZE (Hrsg.): Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld, Berlin/New York 1972, S. 175–188.

RICHARD RIEMERSCHMID. Vom Jugendstil zum Werkbund. Werke und Dokumente, Ausst. Kat., München/Nürnberg 1982/83.

RICHTER, ANNEMARIE: Gottfried Heinersdorff (1883–1941). Ein Reformier der Deutschen Glasbildkunst, Diss. TU Berlin 1983.

RICHTER, LUDWIG: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002.

ROHE, KARL: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

ROTHENBÜCHER, KARL: Der Fall Kahr, Tübingen 1924.

SALDERN, ADELHEID VON: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard am Rhein 1966.

SALOMON, ALICE: Frauenemanzipation und soziale Verantwortung. Ausgewählte Schriften, Bd. 3: 1919–1948, hg. v. Adriane Feustel, München 2004.

SAUER, PAUL: Reinhold Maier – Briefwechsel mit seiner Familie 1930–1946, Stuttgart/Berlin/Köln 1989.

SAUER, PAUL: Württemberg in der Weimarer Republik, in: HANSMARTIN SCHWARZMAIER u. a. (Hg.): Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, vierter Band: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 73–149.

SCHAIRER, ERICH: Bin Journalist, nichts weiter. Ein Leben in Briefen, hg. v. Manfred Bosch und Agathe Kunze, Tübingen 2002.

SCHANBACHER, EBERHARD: Das Wählervotum und die Machtergreifung im deutschen Südwesten, in: THOMAS SCHNABEL (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart 1982, S. 295–317.

SCHEFFLER, KARL: Der Geist der Gotik, Leipzig 1917.

SCHICKELE, RENÉ: Blick auf die Vogesen, München 1927.

SCHIEDER, WOLFGANG: Einleitung, in: FRIEDRICH NAUMANN: Werke, vierter Band: Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, Köln/Opladen 1964, S. 373–399.

SCHILDT, AXEL: Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M./New York 1981.

SCHMITT, CARL: Hugo Preuss. Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatsrechtslehre, Tübingen 1930.

SCHMÜCKLE, GEORG: Engel Hiltensperger. Der Roman eines deutschen Aufrührers, Stuttgart 1930.

SCHMÜCKLE, GEORG: Engel Hiltensperger. Der Roman eines deutschen Aufrührers, (6.–9. Tausend) Stuttgart 1931.

SCHNABEL, THOMAS: Württemberg zwischen Weimar und Bonn. 1928 bis 1945/46, Stuttgart u. a. 1986.

SCHNEE, HEINRICH: Völker und Mächte im Fernen Osten. Eindrücke von der Reise mit der Mandschuri-Kommission, Berlin 1933.

SCHNEIDER, EUGEN: Württembergische Geschichte, Stuttgart 1896.

SCHNEIDER, EUGEN (Hg.): Ausgewählte Urkunden zur Württembergischen Geschichte, Stuttgart 1911.

SCHNEIDER, EUGEN: Abriß der württembergischen Geschichte, Stuttgart 1915.

SCHNEIDER, EUGEN: Aus der württembergischen Geschichte. Vorträge und Abhandlungen, Stuttgart 1926.

SCHNEIDER, WERNER: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.

SCHÖNHOFEN, KLAUS: Die Bayerische Volkspartei 1923–1932, Düsseldorf 1972.

SCHÜREN, ULRICH: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherrn als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

SCHULTHESS' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge, München 1918–1932.

SCHULZE, HAGEN: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M./ Berlin/Wien 1977.

SCHUMACHER, MARTIN: Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972.

SCHURZ, CARL: Lebenserinnerungen. 3 Bde., Berlin 1906–1912.

SCHUSTEREIT, HARTMUT: Unpolitisch – Überparteilich – Staatstreu. Wehrfragen aus der Sicht der Deutschen Demokratischen Partei 1919–1930, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 16 (1974), Heft 2, S. 131–172.

SCHÜSSLER, KERSTEN: Helmuth Plessner. Eine intellektuelle Biographie, Berlin/Wien 2000.

SCHWEND, KARL: Die Bayerische Volkspartei, in: ERICH MATTHIAS / RUDOLF MORSEY (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 455–519.

SCHWERTFEGER, BERNHARD: Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität, Berlin 1919.

SCHWERTFEGER, BERNHARD: Die Grundlagen des belgischen Franktireurkrieges 1914. Das deutsche amtliche Material, Berlin 1920.

SCHWERTFEGER, BERNHARD: Der Fehlspruch von Versailles. Deutschlands Freispruch aus belgischen Dokumenten 1871–1914. Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke, Berlin 1921.

SCHWERTFEGER, BERNHARD: Die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit. Gutachten, Berlin 1922.

SCHWERTFEGER, BERNHARD: Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung, fünfter Teil: Weltpolitische Komplikationen, zweite Abteilung, Berlin 1927.

SEVERING, CARL: Arbeiterschaft und Staat, in: DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929, S. 162–166.

SIEBEN SCHWABEN. Ein neues Dichterbuch von Ludwig Finckh, Cäsar Flaischlen, Hermann Hesse, Heinrich Lilienfein, Anna Schieber, Wilhelm Schussen, Auguste Supper, mit einer Einleitung v. Theodor Heuss, Heilbronn 1909.

SIMON, KLAUS: Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Stuttgart 1969.

SÖSEMANN, BERND: Politische Kommunikation im „Reichsbelagerungszustand“ – Programm, Struktur und Wirkungen des Klubs „Deutsche Gesellschaft 1914“, in: MANFRED BOBROWSKY, WOLFGANG R. LANGENBUCHER (Hg.): Wege zur Kommunikationsgeschichte, München 1987, S. 630–649.

SPENGLER, OSWALD: Politische Pflichten der deutschen Jugend. Rede, gehalten am 26. Februar 1924 vor dem Hochschulring deutscher Art in Würzburg, München 1924.

SPENGLER, OSWALD: Neubau des Deutschen Reiches, München 1924.

SPENKUCH, HARTWIN: Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages, Düsseldorf 1998.

SPILLER, JÖRG-OTTO: Reformismus nach rechts. Zur Politik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in den Jahren 1927–1930 am Beispiel der Reparationspolitik, in: HANS MOMMSEN / DIETMAR PETZINA / BERND WEISBROD (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973, Düsseldorf 1974, S. 593–602.

STADT-BUCH DER KREISHAUPTSTADT SPEYER A. RH., Speyer 1926.

STANG, JOACHIM: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933, Düsseldorf 1994.

STATISTIK des Deutschen Reichs. Neue Folge

Bd. 291, I: Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920, Berlin 1920.

Bd. 315, I–III: Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai und am 7. Dezember 1924, Berlin 1925.

Bd. 372, I–III: Die Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928, Berlin 1930.

Bd. 372, Anhang: Volksbegehren und Volksentscheid über den Entwurf eines „Gesetzes gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“, Berlin 1930.

Bd. 382, I–III: Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930, Berlin 1932.

Bd. 434: Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933, Berlin 1935.

STEFAN GEORGE-BIBLIOGRAPHIE 1976–1997. Mit Nachträgen bis 1976, hg. v. der Stefan George-Stiftung, bearb. v. Frank Lore und Sabine Ribbeck, Tübingen 2000.

STEGUWEIT, WOLFGANG: Der „Adlerschild“ des Deutschen Reiches, in: Berlinische Monatsschrift 9 (2000), Heft 6, S. 182–187.

STEHKÄMPER, HUGO (Bearb.): Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Teil II, Köln 1968.

STEININGER, ROLF: „... Der Angelegenheit ein paneuropäisches Mäntelchen umhängen ...“. Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931, in: MICHAEL GEHLER u. a. (Hg.): Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 441–478.

STENOGRAPHISCHE BERICHTE und Anlagen des Deutschen Reichstags, 1918–1933.

STEPHAN, WERNER: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

STERN, LUDWIG: Die Varnhagen von Ensesche Sammlung in der Königlichen Bibliothek zu Berlin, Berlin 1911.

STIEG, MARGARET F.: The 1926 German Law to Protect Youth against Trash and Dirt: Moral Protectionism in a Democracy, in: Central European History 23 (1990), S. 22–56.

STOEHR, IRENE: Von Max Sering zu Konrad Meyer – ein „machtergreifender“ Generationenwechsel in der Agrar- und Siedlungswissenschaft, in: SUSANNE HEIM (Hg.): Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002, S. 57–90.

STOLPER, GUSTAV: Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie. Programmrede auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei am 5. Oktober 1929, Berlin [1929].

STOLPER, TONI: Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947, Tübingen ³1967.

STRESEMANN, GUSTAV: Der deutsche Weg, in: DEUTSCHE EINHEIT – DEUTSCHE FREIHEIT. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929, S. 155–161.

STRESEMANN, GUSTAV: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hg. v. Henry Bernhard, Berlin 1932/33.

STÜRMER, MICHAEL: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.

TREZIAK, ULRIKE: Deutsche Jugendbewegung am Ende der Weimarer Republik. Zum Verhältnis von Bündischer Jugend und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1986.

TRÖGER, PAUL: Stuttgarter Neues Tagblatt. Eine Zeitungsgeschichte, München 1937.

TROELTSCH, ERNST: Der Historismus und seine Probleme. Erstes Buch: Das logische Problem der Geschichtsphilosophie, Tübingen 1922.

TROTZKI, LEO: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930.

UNGERN-STERNBERG, JÜRGEN VON / UNGERN-STERNBERG, WOLFGANG VON: Der Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘ Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg. Mit einer Dokumentation, Stuttgart 1996.

VENUS, THEODOR: Die dunklen Jahre. Österreichs Ende und das Ende der „Neuen Freien Presse“, in: JULIUS KAINZ / ANDREAS UNTERBERGER (Hg.): Ein Stück Österreich. 150 Jahre „Die Presse“, Wien 1998, S. 136–149.

VERHANDLUNGEN DES LANDTAGS des freien Volksstaates Württemberg auf dem 3. ordentlichen Landtag 1928/1932. Protokollbände, Stuttgart 1929–1932.

VERHANDLUNGEN DES LANDTAGS des freien Volksstaates Württemberg auf dem 4. ordentlichen Landtag 1932/1933. Protokollband, Stuttgart 1933.

VERHANDLUNGEN DES PREUSSISCHEN LANDTAGS. Sitzungsberichte und Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags, 3. Wahlperiode, 1. Tagung 1928/31, Berlin 1931.

VOGELANG, THEODOR: Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6 (1958), S. 86–118.

VOGELANG, THEODOR: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, München 1962.

VOLLRATH, WILHELM OTTO: Der parlamentarische Kampf um das preußische Dreiklassenwahlrecht, Borna-Leipzig 1931.

WEBER, MARIANNE: Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen 1926.

WEBER, MAX: Grundriß der Sozialökonomik. III. Abteilung. Wirtschaft und Gesellschaft. I. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Erster Teil, Tübingen 1921.

WEBER, MAX: Politik als Beruf, in: HORST BAIER u. a. (Hg.): Max Weber Gesamtausgabe. Abteilung I: Schriften und Reden, Bd. 17, Tübingen 1992, S. 157–252.

WEBER, REINHOLD: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933), Düsseldorf 2004.

WEBER, WOLFGANG: Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber für Geschichte von den Anfängen des Faches bis 1970, Frankfurt a. M. u. a. 1984.

WEGERHOFF, SUSANNE: Die Stillhalteabkommen 1931–33. Internationale Versuche zur Privatschuldenregelung unter den Bedingungen des Reparations- und Kriegsschuldensystems, phil. Diss. München 1982.

WEIGAND, WOLF VOLKER: Walter Wilhelm Goetz. 1867–1958. Eine biographische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten, Boppard am Rhein 1992.

WENCK, MARTIN: Naumann. Lebensbild, Berlin 1920.

WENDE, FRANK (Hg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981.

WILHELM II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Leipzig/Berlin 1922.

WINKLER, HEINRICH AUGUST: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.

WIPPERMANN, KLAUS W.: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Bonn 1976.

WIRSCHING, ANDREAS: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000.

WITTENBRINK, THERESIA: Beratungsgremien mit beschränktem Einfluß: die Kulturbeiräte, in: JOACHIM-FELIX LEONHARD (Hg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik, München 1997, S. 246–277.

WOLLKOPE, ROSWITHA: Zur politischen Konzeption und Wirksamkeit der Deutschen Hochschule für Politik (1920–1933), phil. Diss. Berlin HU 1983.

WOLTMANN, LUDWIG: Die Germanen und die Renaissance in Italien, Leipzig 1905.

Biographisches Personenregister

Das biographische Personenregister umfasst alle Namen aus den abgedruckten Briefen und aus dem Vorwort, der Zeittafel, der Einführung, den Dokumentenköpfen sowie aus dem Kommentar, so weit sie nicht Bestandteile bibliographischer Angaben sind. Der Name „Theodor Heuss“ wurde nicht aufgenommen. Seitenzahlen in Kursivschrift verweisen auf Briefempfänger.

Abbe, Ernst (1840–1905), Physiker, Sozialreformer und Unternehmer, Professor in Jena (1870–96), Mitgründer (1884) und Alleinbesitzer (ab 1889) des Jenaer Glaswerks Schott & Gen. (Carl Zeiss Werke)
157

Abel, August (1887–1962), Journalist und Politiker, MdR (DStP/Volksnationale Reichsvereinigung 1930–32), Reichspressechef des Jungdeutschen Ordens (1930–33), Emigration nach Afrika (1934), Rückkehr nach Deutschland (1948)
390

Ableiter, Leonhard (1844–1921), Lehrer, Mitglied der Reichsschulkommission und Präsident der württembergischen Ministerialabteilung für die höheren Schulen (1905–18)
140

Adenauer, Konrad (1876–1967), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Köln (1917–33, 1945), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1917/18), Präsident des preußischen Staatsrates (1920–33), inhaftiert (1944), MdL Nordrhein-Westfalen (CDU 1946–50), Präsident des Parlamentarischen Rates (1948/49), MdB (CDU 1949–67), Mitgründer und Vorsitzender der CDU im (Nord-)Rheinland, in der britischen Zone (1946–50) und in der Bundesrepublik (1949–66), Bundeskanzler (1949–63)
7

Adolph, Arthur (1896–1956), Verwaltungsbeamter und Politiker, MdR (DStP/Volksnationale Reichsvereinigung 1930–32), Sekretär des Deutschen Beamtenbundes (ab 1930)
391

Aereboe, Friedrich (1865–1942), Agrarwissenschaftler, Professor in Breslau (1905/06, 1913–19), Bonn (1906–10), Berlin (1910–13, 1922–31) und Hohenheim (1919–22)
371

Albrecht, Wilhelm (1878–1947), Stadtkämmerer (1904–45) und 2. Bürgermeister (1919–33) von Schwabach, DDP-Mitglied
489

Alexiew, Wladislaw, Redakteur der bulgarischen Zeitschrift „Demokratija“
176f

Amanda, Nichte von Robert Bauer
95

Andreas, Willy (1884–1967), Historiker, Professor in Rostock (1919–22), Berlin (1922/23) und Heidelberg (1923–46, 1948/49), Rektor der Universität Heidelberg (1932/33)
48, *257f*

Arco, Georg Wilhelm Graf von (1869–1940), Elektroingenieur und Pazifist, technischer Direktor der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie System Telefunken (1903–31)
371

Arendt, DDP-Mitglied in Berlin-Wilmersdorf
280

Auguste Viktoria, Königin von Preußen, deutsche Kaiserin (1858–1921), Heirat mit Prinz Wilhelm von Preußen (1881), Königin von Preußen und deutsche Kaiserin (1888–1918), Flucht nach Holland (1918)
106

Bab, Julius (1880–1955), Theaterkritiker, Dramaturg und Schriftsteller, freier Mitarbeiter zahlreicher Zeitungen und Zeitschriften, Gründungsmitglied des Kulturbundes Deutscher Juden (1933–38), Emigration über Frankreich in die USA (1940)
48, *403f*

Baecker, Paul (1874–1946), Journalist und Politiker, MdR (DNVP 1924–28), MdL Preußen (DNVP 1921–30, fraktionslos bzw. Deutsche Fraktion 1930–32), Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“
318

Bäuchle, Bekannter der Familie Heuss in Berlin
152

Bäuerle, Theodor (1882–1956), Lehrer und Politiker, Mitgründer und Direktor des Vereins zur Förderung der Volksbildung in Stuttgart (1918–36), Geschäftsführer des Vereins zur Förderung der Begabten (1919–36) und der Bosch-Jugendhilfe der Firma Bosch (1936–45), württemberg-badischer Kultusminister (1947–51)
490f

Bäumer, Gertrud (1873–1954), Germanistin, Schriftstellerin und Politikerin, Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine (1910–19), MdNV/MdR (DDP/DSVP 1919–32), Ministerialrätin im Reichsinnenministerium (1920–33), Schriftleiterin (1912–19) bzw. Herausgeberin der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1920–31, 1933) und „Die Frau“ (1916–36) 191, 220, 229, 289, 348, 372, 466, 529, 538

Baltrusch, Georg Friedrich (1876–1949), Tischler, Gewerkschafter und Politiker, MdR (DStP/Volksnationale Reichsvereinigung 1930–32), Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Mitgründer der CDU in Waldeck
390f

Barge, Hermann (1870–1944), Historiker und Politiker, Mitglied des Nationalsozialen Vereins, MdL Sachsen (DDP 1919/20)
312

Barteld, Adam (geb. 1876) Oberpostinspektor, MdL Preußen (DDP/DStP 1919–32)
461f, 487

Barth, Theodor (1849–1909), Jurist, Publizist und Politiker, MdR (Liberaler Vereinigung/Deutschfreisinnige Partei/Freisinnige Vereinigung 1881–84, 1885–98, 1901–03), MdL Preußen (Freisinnige Vereinigung 1899–1903), Gründer und Herausgeber der Wochenschrift „Die Nation“ (1883–1907), Mitgründer der Demokratischen Vereinigung (1908)
129, 168

Barthel, Max (1893–1975), Journalist und Schriftsteller, Mitglied der KPD (1918–23), nach 1933 Mitarbeiter der NS-Zeitschrift „Der Angriff“, Reporter und Kriegsberichterstatter
437

Bartschat, Franz (1872–1952), Klempnermeister und Politiker, MdR (FVP 1912–18), MdNV/MdR (DDP 1919–21, 1924–28, 1930), Vorsitzender der DDP in Königsberg, Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der DDP 229, 255

Bastid, Paul (1892–1974), französischer Jurist und Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1924–42, 1944/45, 1946–51), Handelsminister (1936/37)
412

Bauer, Marie (geb. 1878), Ehefrau von Robert Bauer
95

Bauer, Robert (1874–1953), Lokalredakteur der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn
88, 94f, 96, 99, 133

Bauer, Walter (1901–1968), Unternehmer, Leiter und Geschäftsführer der Thüringischen Kohlen- und Brikettverkaufsgesellschaft in Leipzig (1928–38), Hauptanteilseigner der Hutstoffwerke Fulda Muth & Co. (1938–44), Vorstandsvorsitzender der Valentin Mehler AG in Fulda (1957–68), Neffe von Robert Bauer
95

Baur, Otto (1875–1944), Architekt, Mitarbeiter (1918) bzw. Leiter (1922–34) der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes
92

Bauser, Adolf (1880–1948), Oberschulrat und Politiker, MdR (Volksrechtspartei 1932), MdL Württemberg (Volksrechtspartei 1929–32), MdVL Württemberg-Baden (CDU 1946), MdL Württemberg-Baden (CDU 1946–48)
216f, 498, 531

Bayer, Hermann Gustav (1876–1928), Jurist, Publizist und Politiker, MdVL Württemberg (DDP 1919/20), Redakteur an verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen, Syndikus verschiedener industrieller Verbände
118, 170

Bazille, Wilhelm (1874–1934), Jurist und Politiker, MdR (DNVP 1920–30), MdVL/MdL Württemberg (Württembergische Bürgerpartei/DNVP 1920–30, Volkskonservative Vereinigung 1930–32), württembergischer Staatspräsident und Wirtschaftsminister (1924–28), württembergischer Kultusminister (1924–33), Selbstmord
297f, 347–352, 361, 369

Bebel, August (1840–1913), Drechsler, Publizist und Politiker, MdR (Sächsische Volkspartei/SDAP/SPD 1867–81, 1883–1913), MdL Sachsen (SPD 1881–90), Vorsitzender der SPD (1892–1913)
129, 452

Becker, Carl Heinrich (1876–1933), Orientalist und Politiker, Professor in Hamburg (1908–13) und Bonn (1913–16), preußischer Kultusminister (1921, 1925–30)
145, 189f, 291, 303f, 351

Becker, Johann (1869–1951), Jurist und Politiker, hessischer Finanzminister (1916–18), MdNV/MdR (DVP 1919–30)
196, 318

Beerensson, Adele (1879–1940), Sozialpolitikerin, Mitarbeiterin an der Sozialen Frauenschule des Pestalozzi-Fröbel-Hauses in Berlin (1908–25), Mitglied im Gesamtvorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine (1928–33), Leitungspositionen in zahlreichen sozialen Verbänden, Emigration nach England (1933)
510

Behrens, Peter (1869–1940), Architekt und Graphiker, Mitgründer des Deutschen Werkbundes (1907), Professor in Wien (1922–27) und Berlin (1936)
92f

Békessy, Imre (1887–1951), Verleger und Journalist, Herausgeber der Wiener Boulevardzeitung „Die Stunde“ (1923–26)
200

Benecke, Otto (1896–1964), Jurist, Beamter im preußischen Kultusministerium (1921–28)
303f

Bergson-Sonnenberg, Egon (geb. 1878), Rechtsanwalt und österreichischer Finanzfachmann
105

Bergsträsser, Arnold (1896–1964), Politologe, Professor in Heidelberg (1932–36), Emigration in die USA (1937), Professor in Chicago (1937–52), Rückkehr nach Deutschland und Professor in Erlangen (1952/53) und Freiburg (1954–59)
438f, 455, 479, 517

Bergsträsser, Ludwig (1883–1960), Historiker, Schriftsteller und Politiker, Professor in

Greifswald (1916–19), Berlin (1919/20) und Frankfurt a. M. (1928–34), Archivar am Reichsarchiv in Potsdam (1920–33), MdR (DDP 1924–28), Übertritt zur SPD (1930), Kontakte zur deutschen Emigration in England und Frankreich (nach 1933), Verbindungen zum bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, hessischer Ministerpräsident (1945), Regierungspräsident in Darmstadt (1945–49), MdL Hessen (SPD 1946–49), Mitglied des Parlamentarischen Rates (SPD 1948/49), MdB (SPD 1949–53)
220

Bernhard, Georg (1875–1944), Publizist und Politiker, Herausgeber der Zeitschrift „Plutus“ (1904–25), Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ (1914–30), MdR (DDP 1928–30), Emigration über Frankreich (1933) in die USA (1941)
27, 97, 113, 230, 321–325, 329, 371f

Bernstorff, Johann Heinrich Graf von (1862–1939), Diplomat und Politiker, Botschafter in den USA (1908–17) und der Türkei (1917/18), Präsident der Deutschen Liga für Völkerbund (1920–31), MdR (DDP 1921–28), Übersiedlung in die Schweiz (1932)
220

Berthod, Adrien Maxime Aimé (1878–1944), französischer Jurist und Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1911–14, 1924–35), Minister für Pensionen (1932), Erziehungsminister (1934)
412

Best, Georg (1855–1946), Jurist und Politiker, MdR (DNVP/Völkische Arbeitsgemeinschaft/Volksrechtspartei 1924–30), MdL Hessen (Volksrechtspartei 1927–31)
252, 254, 326

Bethmann Hollweg, Theobald von (1856–1921), Verwaltungsjurist und Politiker, preußischer Innenminister (1905–07), Vizekanzler und Staatssekretär des Reichsamtes des Innern (1907–09), Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident (1909–17)
388

Beutinger, Emil (1875–1957), Architekt, Direktor der Kunstgewerbeschule Wiesbaden (1913), Oberbürgermeister (1921–33, 1945/46) und Mitglied des Gemeinderates Heilbronn (1948–50), Mitglied der Vorläufigen

Volksvertretung Württemberg-Baden (1946),
Ehrenbürger von Heilbronn
448

Beutinger, Stina, verh. Kobell (geb. 1909),
Kunsthistorikerin, Tochter von Emil Beutinger
530

Beutler-Freksa, Margarete (1876–1949),
Ärztin, Schriftstellerin und Übersetzerin
408–411

Beyerle, Josef (1881–1963), Rechtsanwalt
und Politiker, MdL Württemberg (Zentrum
1924–33), württembergischer Justizminister
(1923–33) und Wirtschaftsminister (1928–30),
Vorsitzender des Zentrums in Württemberg
(1919–33), Mitgründer der CDU in Württem-
berg (1945), Mitglied der Vorläufigen Volks-
vertretung Württemberg-Baden (1946), würt-
temberg-badischer Justizminister (1945–51)
349

Beyerle, Konrad (1872–1933), Historiker und
Politiker, Professor in Freiburg (1900–02),
Breslau (1902–06), Göttingen (1906–17),
Bonn (1917/18) und München (1918–33)
MdNV/MdR (BVP 1919–24)
144

Bibié, Maxence (1891–1950), französischer
Jurist und Politiker, Mitglied der National-
versammlung (1924–42)
412

Bickes, Theodor (1868–1933), Chemiker und
Politiker, MdR (DVP 1924–30), MdL Württem-
berg (DVP 1920–24), Mitgründer (1919) und
Vorsitzender (1920–27) der DVP in Württem-
berg
375

Binder, Hermann (1877–1957), Lehrer und
Germanist, Leiter des Eberhard-Ludwig-Gym-
nasiums in Stuttgart (1920–44), Präsident der
Kultusverwaltung von Württemberg-Hohen-
zollern (1945/46)
131

Bizet, Georges (1838–1875), französischer
Komponist
347

Blaine, James Gillespie (1830–1893), ameri-
kanischer Politiker, Kandidat der Republika-
ner bei den Präsidentschaftswahlen (1884)
313

Blos, Wilhelm (1849–1927), Schriftsteller
und Politiker, MdR (SPD 1878/79, 1881–87,
1890–1907, 1912–18), MdVL/MdL Württem-
berg (SPD 1919–24), Vorsitzender der Provi-
sorischen Regierung für Württemberg bzw.
würtembergischer Staatspräsident und würt-
tembergischer Minister des Äußeren (1918–
20)
111, 119

Böhm, Sekretärin an der Deutschen Hoch-
schule für Politik
264

Böhme, Karl (1877–ca. 1940), Historiker,
Nationalökonom und Politiker, geschäftsfüh-
rendes Vorstandsmitglied des Deutschen
Bauernbundes, MdR (Deutschsoziale Wirt-
schaftliche Vereinigung/Nationalliberale Par-
tei 1907–12, Nationalliberale Partei 1913–18),
MdNV/MdR (DDP 1918–24), Übertritt zur
DVP (1924)
233

Bolz, Eugen (1881–1945), Jurist und Politiker,
MdR (Zentrum 1912–18), MdNV/MdR (Zent-
rum 1919–33), MdL Württemberg (Zentrum
1912–18), MdVL/MdL Württemberg (Zent-
rum 1919–33), württembergischer Justizminis-
ter (1919–23), Innenminister (1923–33),
Finanzminister (1924) und Staatspräsident
(1928–33), Beteiligung am bürgerlich-kon-
servativen Widerstand gegen das NS-Regime,
hingerichtet im Berliner Gefängnis in der Lehr-
ter Straße
38, 296, 298, 349f, 352, 428, 457, 464, 468,
537

Bondy, Joseph Adolf (1876–1946), Journal-
ist, Mitarbeit an verschiedenen Zeitungen,
politischer Redakteur beim „Berliner Börsen
Courier“ (ab 1920), Emigration über die
Schweiz (1933) nach England (1939)
419

Bonn, Julius (1873–1965), Nationalökonom,
Gründungsrektor und Professor an der Han-
delshochschule in München (1910–20), Pro-
fessor (1920–33) und Rektor (1931–33) an der
Handelshochschule Berlin, Emigration nach
England (1933), Dozent an der London School
of Economics (1933–38), Emigration in die
USA (1939), Gastprofessor in Los Angeles
(1939–46)
184

Borel, Émile (1871–1956), französischer Politiker und Mathematiker, Professor in Lille (1893–96) und Paris (ab 1896), Mitglied der Nationalversammlung (1924–36), Marineminister (1925)
412

Bornemann, Otto (1891–1972), Justizobersekretär und Politiker, MdR (DStP/Volkshochschulvereinigungen 1930–32)
390f

Borst, Hugo (1881–1967), kaufmännischer Angestellter und Sammler von Büchern und Kunstwerken, Mitarbeiter von Robert Bosch und Verantwortlicher für das Auslandsgeschäft der Firma Bosch in den USA (1900–26), Mitglied des Vorstandes und Aufsichtsrates der Bosch Metallwerk AG (1918–26), Vorsitzender des Galerievereins Stuttgart (1927–48)
153, 247, 285

Bosch, Robert (1861–1942), Mechaniker, Unternehmer und Philanthrop, Gründer der Robert Bosch GmbH (1886) und Robert Bosch AG, u. a. finanzielle Unterstützung des Deutschen Werkbundes, der Zeitschrift „Deutsche Politik“ und der Deutschen Hochschule für Politik, Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1946)
29, 32, 38, 135, 247–250, 370–371, 416–419, 460, 469, 534–536

Bothmer, Karl Freiherr von (1881–1947), Schriftsteller
409

Bracht, Franz (1877–1933), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister der Stadt Essen (1924–32), stellvertretender Reichskommissar für Preußen und preußischer Innenminister (1932), Reichsinnenminister (1932/33)
518

Brackenhammer, Rudolf (geb. 1876), Maler aus Nürtingen
88

Brackmann, Karl (1872–1931), Chefredakteur des „Stuttgarter Neuen Tagblatts“ (1918–31)
369

Brammer, Karl (1891–1964), Journalist, leitender Herausgeber des „Demokratischen Zeitungsdiensts“ (1926–33, ab 1947), stellv. Chef-

redakteur des CDU-Organs „Neue Zeit“ (1945–48), Leiter der Pressestelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (1950–59), Vorsitzender des Deutschen Presseverbands Berlin (1949–58), Vorstandsbeisitzer im Deutschen Journalistenverband (1949–61)
412

Branca, Gerhard Freiherr von (1885–1953), Schriftsteller, Geschäftsführer der „Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft“ (1925–38)
262f

Brandes, Georg (1842–1927), dänischer Schriftsteller und Philosoph
237

Braumann-Honsell, Lilly (1876–1954), Schriftstellerin
269

Braun, Magnus Freiherr von (1878–1972), Jurist, Reichsernährungsminister (1932/33)
471

Braun, Otto (1872–1955), Buchdrucker und Politiker, MdNV/MdR (SPD 1919–33, MdL Preußen (SPD 1913–18, 1921–33), preußischer Ministerpräsident (1920–32, mit kurzen Unterbrechungen 1921 und 1925), Amtsenthebung durch Reichskanzler von Papen (1932), Emigration in die Schweiz (1933)
304, 393, 463, 521

Brauns, Heinrich (1868–1939), Priester, Nationalökonom und Politiker, MdNV/MdR Zentrum 1919–33), Reichsarbeitsminister (1920–28)
255, 267

Bredt, Johann Viktor (1879–1940), Jurist und Politiker, MdR (Wirtschaftspartei/Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1924–33), MdL Preußen (Freikonservative Partei 1911–18, Wirtschaftspartei 1921–24), Reichsjustizminister (1930)
428, 502

Breitscheid, Rudolf (1874–1944), Journalist, Schriftsteller und Politiker, MdR (USPD/SPD 1920–33), preußischer Innenminister (1918/19), Mitgründer der Demokratischen Vereinigung (1908), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Reichstag (1928–33), Emigration nach Frankreich (1933), Verhaftung (1941) und

Einlieferung in die KZ Sachsenhausen (1942) und Buchenwald (1943)
529

Brendle, Erica, Inhaberin eines Heilbronner Stoffgeschäfts
286

Brentano, Clemens (1778–1842), Dichter
438

Brentano, Lujo (1844–1931), Nationalökonom, Mitgründer des „Vereins für Socialpolitik“ (1872), Professor in Breslau (1873–82), Straßburg (1882–88), Wien (1888/89), Leipzig (1889–91) und München (1891–1914)
22, 28, 48, 85, 130, 158, 165, 248, 265, 329–331, 341, 343, 446, 539

Brentano, Sissi (1875–1956), Tochter von Lujo Brentano
329, 438, 446f

Brentano, Valerie, geb. Erbreich (1851–1918), Ehefrau von Lujo Brentano
85

Brettauer, Guido (1882–1956), Jurist, Oberregierungsrat im bayerischen Handelsministerium, Emigration über Frankreich (1933) und Portugal nach Brasilien (1939), Aufenthalt in der Schweiz (ab 1945)
165

Bretzke, Georg, Student an der Deutschen Hochschule für Politik
362–365

Briand, Aristide (1862–1932), französischer Jurist und Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1902–32), Ministerpräsident (1913, 1915–17, 1921/22, 1925/26, 1929), Außenminister (1915–17, 1921/22, 1925–32), Justizminister (1912/13, 1914/15) und Innenminister (1913)
318, 367, 413

Briefs, Goetz (1889–1974), Nationalökonom und Soziologe, Professor in Freiburg (1919–21, 1923–26), Würzburg (1921–23) und Berlin (1926–34), Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik (ab 1927), Emigration in die USA (1934), Professor an der Georgetown University in Washington (1937–62)
363

Brinkmann, Carl (1885–1954), Nationalökonom und Soziologe, Professor in Heidelberg (1923–42), Berlin (1942–46) und Tübingen (1947)
188

Brockhausen, Carl (1859–1951), Jurist, Professor in Wien (1907), Mitgründer der ersten volkstümlichen Universitätskurse in Europa (1895), Gründer der „Internationalen Rundschau“ (1916)
139, 161f, 172f

Brockhausen, Ehefrau und Schwiegermutter von Carl Brockhausen
172

Brodauf, Alfred (1871–1946), Jurist und Politiker, MdL Sachsen (Freisinnige Volkspartei/FVP 1909–18), MdNV/MdR (DDP 1919–28)
220

Brodführer, Richard (1892–1958), Germanist, Mitarbeiter im Bibliographischen Institut in Leipzig
335f

Broecker, Arthur von (1846–1915), evangelischer Theologe
278

Brolat, Fritz (1883–1946), Gewerkschaftsführer und Politiker, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin (SPD 1919–29), Direktor der Berliner Verkehrs-AG (1929–33)
342

Bruckmann, Peter (1865–1937), Industrieller und Politiker, MdL Württemberg (FVP 1915–18), MdVL/MdL Württemberg (DDP 1919–33), Vorsitzender der DDP in Württemberg (1921–33), Mitglied des Heilbronner Gemeinderates (1900–33), Mitgründer (1907) und 1. Vorsitzender (1909–19, 1926–32) des Deutschen Werkbundes, Inhaber der Silberwarenfabrik P. Bruckmann und Söhne AG in Heilbronn
21, 29, 32, 92, 94, 118, 133, 135, 164f, 202, 209f, 212, 214f, 237, 280, 283, 295, 297, 347, 348–352, 352–354, 367, 369f, 372, 375f, 397, 448, 461, 474, 477, 480–482, 487, 505, 507, 510, 511–513, 513, 527f

Brüning, Heinrich (1885–1970), Philologe und Politiker, MdR (Zentrum 1924–33), Vorsitzender der Zentrums-Fraktion im Reichstag

(1929/30), MdL Preußen (Zentrum 1928–30), Reichskanzler (1930–32), Emigration über mehrere Länder in die USA (1939), Professor in Harvard (1937–51) und Köln (1951–55) 35, 42, 353, 355, 360, 366–368, 388, 392f, 405, 426–429, 440f, 445, 449f, 456, 459, 463, 466, 468, 470–472, 477, 493, 517

Bruns, Viktor (1884–1943), Jurist, Professor in Genf (1910–12) und Berlin (1912), Gründer des Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (1924) 145

Bücher, Karl (1847–1930), Nationalökonom, Professor in Dorpat (1882), Basel (1883–90), Karlsruhe (1890–92) und Leipzig (1892–1917) 153

Büll, Johannes (1878–1970), Politiker, MdL Hamburg (Vereinigte Liberale 1910–18, DDP 1919–24), MdR (DDP 1924–30), MdL Hamburg (VBH 1949–54, FDP 1957), Bausenator von Hamburg (1946–49, 1953–57) 229, 333, 374, 383f, 401

Bülow, Bernhard Fürst von (1849–1929), Diplomat und Politiker, Staatssekretär im AA (1897–1900), Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident (1900–09) 386, 388

Bülow, Bernhard Wilhelm von (1885–1936), Publizist und Diplomat, Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“, Leiter des Völkerbundesreferats (1923–28), Dirigent in der westeuropäischen Abteilung (1925) und Staatssekretär im AA (1930–36) 25, 168f, 196, 366f, 514

Buttersack, Emma (1872–1964), Vorsteherin des Evangelischen Frauenbundes in Heilbronn 523

Caesar, Gaius Julius (100–44 v. Chr.), römischer Feldherr und Staatsmann 237, 522

Caillaux, Joseph Pierre Marie Auguste (1863–1944), französischer Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1898–1919), Finanzminister (1899–1902, 1906–09, 1911, 1913/14, 1925, 1926, 1936), Innenminister (1911/12), Kultusminister (1911/12) und

Ministerpräsident (1911/12) 258

Caprian, DDP-Mitglied in Ludwigsburg 134

Cato, Marcus Porcius (95–46 v. Chr.), römischer Staatsmann, überzeugter Republikaner 149

Cervantes, Miguel de (1547–1616), spanischer Dichter 307

Christiansen, Bekannter der Familie Heuss in Hamburg 460

Clara, Haushälterin beim Ehepaar Heuss in Berlin 255, 260

Clauss, Max (1901–1988), Journalist, Redakteur der „Europäischen Revue“ und Generalsekretär des Europäischen Kulturbundes (1926–32), Leiter des Berliner Büros des Deutsch-Französischen Studienkomitees (1930–32), Mitglied der DStP (ab 1932), Auslandskorrespondent für die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ (1934–40), Auswanderung nach Lissabon (1943), Rückkehr nach Deutschland (1956) 525

Cleveland, Stephen Grover (1837–1908), Präsident der USA (1885–89, 1893–97) 313

Cohnstaedt, Wilhelm (1880–1937), Journalist, politischer Redakteur bei der „Frankfurter Zeitung“ (1906–34), Vorstandsmitglied der DDP, Emigration in die USA (1933) 18, 27, 48, 215, 230, 242, 299–301, 325–329, 535

Colosser, Otto (1878–1948), Architekt und Politiker, MdL Preußen (WP 1927/28), MdR (WP 1928–30, WP/DStP 1930–32) 510

Colsman, Alfred (1873–1955), Unternehmer, Generaldirektor der Luftschiffbau-Zeppelin-GmbH in Friedrichshafen (1909–29) 134, 224f, 283

Colsman, Helene, geb. Berg (1878–1944), Ehefrau von Alfred Colsman 225

Colsman, Irmgard (1901–1969), Tochter von Alfred und Helene Colsman
225

Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus Graf (1894–1972), Publizist und Politiker, Gründer der paneuropäischen Bewegung, Emigration über Frankreich (1938) in die USA, Rückkehr nach Europa (1947)
535

Cremer, Carl (1876–1953), Schriftsteller und Politiker, MdR (DVP 1920–32), MdL Preußen (Nationalliberale Partei 1913–18)
476

Cuno, Wilhelm (1876–1933), Jurist, Reeder und Politiker, Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag (1918–22/1926–33), Reichskanzler (1922/23)
196

Curtius, Julius (1877–1948), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (DVP 1920–32), Reichswirtschaftsminister (1926–29) und -außenminister (1929–31)
298, 390, 392f, 397, 405, 426, 428, 459

Dammann, Bruno (geb. 1869), Jurist, Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium
332

Dauch, Walther (1874–1943), Kaufmann und Politiker, MdR (DVP 1920–32), MdL Hamburg (DVP 1921–28)
396

David, Hermine, geb. Schmidt (1878–1950), Bekannte der Familie Heuss, Heirat (1918) mit dem SPD-Politiker und späteren Gesandten des Reiches in Hessen (1922–27) Eduard David
98, 245

Dawes, Charles Gates (1865–1951), Bankier und US-amerikanischer Politiker, Leiter einer Expertenkommission zur Bestimmung der deutschen Reparationslasten (1923/24), Vizepräsident (1924–29), Botschafter in Großbritannien (1929–32), Träger des Friedensnobelpreises (1925, zusammen mit Sir J. Austen Chamberlain)
365

Debatin, Otto (1882–1973), Eintritt in die Firma Bosch und erster Schriftleiter der Mitarbeiterzeitschrift „Bosch-Zünder“ (ab 1918),

Personalleiter (ab 1926) und Prokurist (1931–45)
417, 469–471

Dechamps, Gustav (1878–1942), Jurist und Industrieller im Ruhrgebiet, Generaldirektor der Concordia Bergbau AG, Mitglied des Parteiausschusses der DDP
487

Deeg, Hanns Peter (1908–2005), Jurist, in der NS-Zeit Forschungsbeauftragter von Julius Streicher
385f

Degner, Gustav (1892–1978), Kaufmann und Politiker, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin (USPD/KPD 1920–29)
342

Dehler, Thomas (1897–1967), Rechtsanwalt und Politiker, Vorsitzender der DDP in Bamberg (1926–33), Verbindungen zum bürgerlich-liberalen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1938, 1944), Vorsitzender der FDP in Bayern (1946–56), MdL Bayern (FDP 1946–49), Mitglied des Parlamentarischen Rates (FDP 1948/49), MdB (FDP 1949–67), Bundesjustizminister (1949–53), Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag (1953–57), Bundesvorsitzender der FDP (1954–57)
444

Dehlinger, Alfred (1874–1959), Jurist und Politiker, Mitgründer der DNVP (1918), württembergischer Finanzminister (1924–42)
349

Deimling, Berthold von (1853–1944), Militär und Politiker, Anschluss an die deutsche Friedensbewegung (nach 1918), DDP-Mitglied, Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz Rot Gold
229

Delbos, Yvon (1885–1956), französischer Journalist und Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1924–40, 1945–55), Minister für Erziehung und Kunst (1925), Justizminister (1936), Außenminister (1936–38) und Erziehungsminister (1939/40, 1948–50), Staatsminister (1947)
412

Delbrück, Clemens von (1856–1921), Jurist und Politiker, preußischer Minister für Handel

und Gewerbe (1905–09), Vizekanzler und Staatssekretär im Reichsamt des Innern (1909–16), Mitgründer der DNVP, MdNV/MdR (DNVP 1919–21)
144

Delbrück, Hans (1848–1929), Historiker, Publizist und Politiker, MdR (Freikonservative Partei 1884–90), MdL Preußen (Freikonservative Partei 1882–1918), Professor in Berlin (1895–1921), Mitherausgeber (1883) bzw. alleiniger Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“ (1889–1919)
22, 85, 91, 94, 108, 137, 144, 168f, 171, 185, 193f, 238, 337, 388, 418

Dernburg, Bernhard (1865–1937), Bankier und Politiker, Staatssekretär im Reichskolonialamt (1907–10), MdNV/MdR (DDP 1919–30), Reichsfinanzminister (1919), Ehrenvorsitzender der DStP (1930–33)
22, 94, 116, 137, 229

Diederichs, Eugen (1867–1930), Verlagsbuchhändler, Inhaber des Eugen Diederichs-Verlages in Leipzig (ab 1896), Mitgründer des Deutschen Werkbundes (1907), Herausgeber der Zeitschrift „Die Tat“ (1912–28), Organisator der Lauensteiner Tagungen
85, 357, 359

Dietrich, Hermann (1879–1954), Rechtsanwalt und Politiker, Bürgermeister in Kehl (1908–14), Oberbürgermeister in Konstanz (1914–18), MdL Baden (Nationalliberale Partei/DDP 1911–21), badischer Finanz- (1919) und Außenminister (1919/20), MdNV/MdR (DDP/DStP 1919–33), Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (1928–30), Reichswirtschaftsminister (1930), Reichsfinanzminister (1930–32), stellv. Reichskanzler (1930–32), Vorsitzender der DStP (1930–32), Sonderbevollmächtigter für Ernährung und Landwirtschaft des Länderrates der US-Zone (1946), Vorsitzender des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats der Bizone (1946/47)
35, 292f, 302f, 366, 392, 396f, 400f, 401f, 405, 426, 439–441, 444, 450, 458f, 462, 464, 468, 470, 473f, 476f, 485, 487, 491, 497, 497–499, 501–510, 512, 513f, 515, 517f, 520f, 523–527, 531, 536f

Dietrich, Marta, geb. Fick, verw. Troeltsch (1874–1947), Ehefrau von Hermann Dietrich
303

Diez, Carl (1877–1969), Landwirt und Politiker, MdR (Zentrum 1912–18), MdNV/MdR (Zentrum 1919–33)
268

Dingeldey, Eduard (1886–1942), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (DVP 1928–33, Hospitant bei der NSDAP 1933), MdL Hessen (DVP 1919–28), Vorsitzender der DVP (1931–33) und der DVP-Fraktion im Reichstag (1930–33)
400–403, 426, 430, 459, 470, 476, 497, 501f, 526, 531, 533

Distelbarth, Paul (1879–1963), Publizist und Schriftsteller, Emigration nach Frankreich (1933), Rückkehr nach Deutschland (1939)
535

Döblin, Alfred (1878–1957), Arzt und Schriftsteller, 1. Vorsitzender des SdS (1924/25), Emigration über mehrere Länder in die USA (1940), Rückkehr nach Deutschland (1946), Übersiedlung nach Paris (1953)
270

Dohrn, Anton (1840–1909), Zoologe, Gründer und Leiter der Zoologischen Station in Neapel (1872–1909), Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1940)
13

Dohrn, Boguslav (1875–1960), Gutsbesitzer in Hökendorf bei Stettin (bis 1945), Sohn von Anton Dohrn
283, 357

Dohrn, Marianne, Tochter von Boguslav Dohrn
283

Dohrn, Wolfgang (1878–1914), Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes (1908–10), Mitgründer der Gartenstadt Hellerau (1908), Gründer der Bildungsanstalt für Musik und Rhythmus in Hellerau bei Dresden (1911), Sohn von Anton Dohrn, Studienfreund von Theodor Heuss
94

Dominicus, Alexander (1873–1944), Verwaltungsjurist und Politiker, Jugendbekanntschaft von Elly Heuss-Knapp, Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg (1911–20), MdVL/MdL Preußen (DDP 1919–24), preußischer Minister des Innern (1921)
90, 152, 200, 228, 232–234

Dominicus, Helene (geb. 1880), Ehefrau von Alexander Dominicus
152

Donnevert, Max (1872–1936), Jurist, MdL Elsass-Lothringen (Liberale Fraktion 1911–18), Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Mitgründer und 1. Vorsitzender des Hilfsbundes für die Elsass-Lothringer im Reich
307

Dove, Alfred (1844–1916), Historiker und Publizist, Professor in Breslau (1874–84), Bonn (1884–91) und Freiburg (1897–1905), Mitgründer der Wochenschrift „Im neuen Reich“
265

Dressler, Max (1863–1936), Arzt und Philosoph
168f

Drewitz, Hermann (1887–1955), Bäckermeister und Politiker, MdL Preußen (WP 1921–28), MdR (WP 1924–32), Vorsitzender der WP-Fraktion im Reichstag (1924–31), MdL Berlin (CDU 1946–54)
428, 470, 476, 501

Drews, Bill (1870–1938), Jurist und Politiker, preußischer Minister des Innern (1917/18), Vorsitzender des preußischen Oberverwaltungsgerichts (1921–37), Mitglied des Vorstandes und Dozent der Deutschen Hochschule für Politik
144

Dürr, Willy (1889–1975), Journalist und Politiker, Volontär bei der „Neckar-Zeitung“ (1913), Parteisekretär der DDP in Heilbronn (1919), Chefredakteur der „Heilbronner Abend-Zeitung“ (1920–33), Mitglied des Gemeinderates Heilbronn (DDP 1928–33, FDP/DVP 1945–59), Vorsitzender der DDP in Heilbronn (1932/33) und der DVP in Heilbronn (1945–49), Mitglied der Vorläufigen Volksversammlung Württemberg-Baden (1946), Chef vom Dienst bei der „Heilbronner Stimme“ (1949–55)
19, 93, 236f, 349, 480–482, 498, 521, 528

Düssel, Karl Konrad (1871–1940), Feuilletonredakteur beim „Stuttgarter Neuen Tagblatt“
511

Duesterberg, Theodor (1875–1950), Militär und Politiker, 2. Bundesvorsitzender des pa-

ramilitärischen „Stahlhelm“ – Bund der Frontsoldaten
458

Eberhardt, Bekannte der Familie Heuss in Heilbronn
90

Ebert, Friedrich (1871–1925), Sattler und Politiker, MdL Bremen (SPD 1900–05), MdR (SPD 1912–18), MdNV (SPD 1919), Vorsitzender der SPD (1913–19) und der SPD-Fraktion im Reichstag (1916–18), Reichskanzler und Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten (1918/19), Reichspräsident (1919–25)
199, 219, 226, 238f, 240, 483f

Ecarius, Fritz (1880–1951), Verwaltungsjurist und Unternehmer, Direktor der Celluloidfabrik Speyer und der Firma Franz Kirmmeier (1913–51)
261

Ecarius, Helene, geb. Kirmmeier (1886–1967), zweite Ehefrau von Fritz Ecarius, Schwester von Lucia Ecarius, Jugendfreundin von Theodor Heuss aus Speyer
260f

Ecarius, Lucia, geb. Kirmmeier (1884–1922), erste Ehefrau von Fritz Ecarius, Schwester von Helene Ecarius, Jugendfreundin von Theodor Heuss aus Speyer
170, 261

Eckener, Hugo (1868–1954), Luftschiffpionier, Mitarbeiter von Graf Zeppelin
284, 470, 473, 475

Eckhart, gen. Meister Eckhart (1260–1328), Dominikaner, mittelalterlicher Mystiker
169

Egelhaaf, Albert Friedrich Gottlob (1848–1934), Historiker und Politiker, Lehrbeauftragter für Geschichte und Kulturgeschichte an der TH Stuttgart (1900–25), Vorsitzender der DVP in Württemberg (1919/20), MdL Württemberg (DVP 1920–26)
361

Ehlermann, Gustav (1885–1936), Rechtsanwalt, Notar und Politiker, MdL Oldenburg (DDP 1919/20, DStP 1931–33), MdR (DDP 1928–30)
391

Ehrecke, Fritz (1896–1946), Lehrer von Ernst Ludwig Heuss im Landschulheim Holzminden, später Lehrer an der Ursprungsschule (ab 1930)
282–284

Ehrler, Hans Heinrich (1872–1951), Jurist, Schriftsteller, Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Schwäbische Bund“ (1920–22)
123

Einstein, Albert (1879–1955), Physiker, Professor in Zürich (1909–11, 1912–14), Prag (1911/12) und Berlin (1914–33), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik (1917–32), Träger des Nobelpreises für Physik (1921), Emigration in die USA (1932/33), dort am Institute for Advanced Study in Princeton tätig (1933–55), Begründer der Relativitätstheorie
125, 277

Eisner, Kurt (1867–1919), Journalist und Politiker, leitender Redakteur des „Vorwärts“ (1900–05), Vorsitzender der USPD in Bayern (1917–19), bayerischer Ministerpräsident (1918/19), Opfer eines Attentats von Rechtsradikalen
425

Eitze, Georg, Städtischer Jugendpfleger in Berlin-Schöneberg
317

Elbau, Julius (1881–1965), Journalist, Redakteur (1918–30) bzw. Chefredakteur (1930–33) der „Vossischen Zeitung“, Emigration in die USA (1938)
27, 292

Eloëßer, Arthur (1870–1938), Dramaturg und Theaterkritiker, Geschäftsführer (1921–28) und 1. Vorsitzender (1930/31) des SdS
270

Elsaëßer, Elisabeth, geb. Wilhelm (geb. 1890), Ehefrau von Martin Elsaesser
121

Elsaëßer, Martin (1884–1957), Architekt, Direktor der Kölner Kunstgewerbeschule (1920–25), Leiter des Hochbauamts in Frankfurt a. M. (1925–33), Emigration in die Türkei (1933), Professor an der TH München (1947–56)
21, 101, 121

Elsas, Fritz (1890–1945), Verwaltungsjurist und Politiker, MdL Württemberg (DDP 1924–26), Vizepräsident des Deutschen und Preußischen Städtetages (1926–31), 2. Bürgermeister von Berlin (1931–33), Beteiligung am bürgerlich-liberalen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1944) und ermordet
118, 209–211, 212, 219–221, 528f

Elser, Kaspar (geb. 1861), Lehrer von Theodor und Ernst Ludwig Heuss in Heilbronn
93

Eltz-Rübenach, Paul Freiherr von (1875–1943), Ingenieur und Beamter, Reichsverkehrs- und Reichspostminister (1932–37)
518

Enzel, Gottlob Hermann (1869–1935), Winzer in Brackenheim
421f

Erbach, Franz Graf zu (1754–1823), Regent der Grafschaft Erbach-Erbach und Kunstsammler
149

Erhard, Hermann Hesperus (1883–1968), Lehrer, Unternehmer und Politiker, Lehrer in Rom (1908/09), Direktor der Metallwarenfabrik „Erhard & Söhne GmbH“ in Schwäbisch Gmünd (1922–57), DDP-Mitglied, Mitglied des Gemeinderates Schwäbisch Gmünd (DVP 1946–53), Vizepräsident der IHK Stuttgart (1949–58), Münchener Studienfreund von Heuss
216

Erkelenz, Anton (1878–1945), Schlosser, Gewerkschafter und Politiker, MdNV/MdR (DDP 1919–30), Vorsitzender des Parteivorstandes der DDP (1921–29), stellv. Vorsitzender der DDP-Fraktion im Reichstag (1920–28), Herausgeber der Metallarbeiterzeitschrift „Der Regulator“ (1919–33), Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1923–30), Austritt aus dem Parteivorstand (1929) und Übertritt zur SPD (1930)
35, 191, 192f, 205f, 207, 220, 229f, 241, 271f, 272, 285, 294, 314f, 340, 348f, 403

Erlanger, Hugo (1868–1941), Rechtsanwalt, DDP-Mitglied in Stuttgart, Emigration nach Frankreich (1938)
253

Erlenmeyer, Albert (gest. 1935), württembergischer Ministerialdirektor
188

Ertal, mit Heuss befreundete Familie in Gablonz
261

Erzberger, Matthias (1875–1921), Lehrer und Politiker, MdR (Zentrum 1903–18), MdNV/MdR (Zentrum 1919–21), Reichsminister ohne Portefeuille (1919), Vizekanzler und Reichsfinanzminister (1919/20), Opfer eines Attentats der rechtsradikalen Organisation Consul
338

Eschenburg, Theodor (1904–1999), Historiker und Politologe, Mitglied der Jungliberalen Bewegung, Professor in Tübingen (1952–73)
391

Esenwein, Albert (1867–1940), evangelischer Theologe und Politiker, MdVL Württemberg (DDP 1919/20), Pfarrer in Langenbeutingen (1893), Markgröningen (1904) und Stuttgart-Gaisburg (1913–33)
118

Ewald, Peter Paul (1888–1985), Physiker, Professor in Stuttgart (1921–37), Rektor der TH Stuttgart (1932/33), Emigration nach Großbritannien (1937), Übersiedlung in die USA (1949)
361

Eyck, Erich (1878–1964), Rechtsanwalt, Publizist und Historiker, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin (DDP 1928–30), Emigration über Italien nach England (1937)
168

Faber, Erich (1877–1959), Rechtsanwalt, Vorsitzender der DDP im Oberamt Backnang
134, 379

Falch, Franz (1871–1941), Seifensiederfabrikant, Vorsitzender der DDP im Oberamt Ehingen
441

Falk, Bernhard (1867–1944), Jurist und Politiker, MdNV (DDP 1919/20), MdL Preußen (DDP/DStP 1924–32), Emigration nach Belgien (1939)
208, 391, 461

Feder, Erna, geb. Zobel (1893–1973), Ehefrau von Ernst Feder, tätig in der Jugendbildungsarbeit
277

Feder, Ernst (1881–1964), Rechtsanwalt und Journalist, innenpolitischer Redakteur am „Berliner Tageblatt“ (1919–31), Vorsitzender der DDP in Berlin-Mitte, Emigration über Paris nach Brasilien (1941), auf persönliche Aufforderung von Heuss Rückkehr nach Berlin (1957)
27, 230, 277, 382

Feder, Gottfried (1883–1941), Ingenieur und Politiker, MdR (Großdeutsche Freiheitsbewegung/NSDAP 1924–36), Reichskommissar für das Siedlungswesen (1934), Wirtschaftstheoretiker der NSDAP
466

Federn, Walther (1869–1949), österreichischer Nationalökonom, Herausgeber der Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ (1908–34), Emigration in die USA (1938)
102, 178f, 197

Fehr, Anton (1881–1954), Agrarwissenschaftler und Politiker, MdR (Bayerischer Bauernbund/Deutsche Bauernpartei 1920–33), Reichsminister für Ernährung (1922), bayerischer Landwirtschafts- (1924–30) und Arbeitsminister (1928–30), Professor in Weihenstephan (1917–35), im Zuge des gescheiterten Attentats vom Juli 1944 im KZ Ravensbrück inhaftiert
485f, 509, 526

Fehrenbach, Konstantin (1852–1926), Jurist und Politiker, MdR (Zentrum 1903–18), MdNV/MdR (Zentrum 1919–26), Präsident der verfassunggebenden Nationalversammlung (1919/20), Reichskanzler (1920/21), Vorsitzender der Zentrums-Fraktion im Reichstag (1923–26)
219, 339

Feldmann, Jochen, von Heuss unterstützter Lehrling in Neckarsulm
89, 93

Fischbeck, Otto (1865–1939), Verbandsfunktionär und Politiker, MdR (Freisinnige Volkspartei 1895–1903, Freisinnige Volkspartei/FVP 1907–18), MdL Preußen (Freisinnige Volkspartei/FVP 1904–13, DDP 1921–24), Vorsitzender der FVP (1910–12) und der FVP-Fraktion im Reichstag (1912/13, 1917/18), Mitgründer

der DDP (1918), MdNV/MdR (DDP 1919–30), preußischer Handelsminister (1921–24)
117, 119

Fischer, Hermann (1851–1920), Germanist und Dialektforscher, Professor in Tübingen (1888–1920), Bearbeiter des „Schwäbischen Wörterbuches“
140

Fischer, Hermann (1873–1940), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (DDP/DStP 1920–32), Präsident des Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie (1922–33), Schatzmeister der DDP/DStP (1919–32)
207, 220, 229, 294, 298f, 366

Fischer, Johannes (1880–1942), Journalist, Parteifunktionär und Politiker, Wahlkreissekretär der Deutschen Volkspartei bzw. der FVP in Heilbronn (1909–14), MdL Württemberg (FVP 1912–18), Chefredakteur (1919/20) und Mitarbeiter der Zeitschrift „Der Beobachter“, MdVL Württemberg (DDP 1919/20), MdL Württemberg (DDP 1929–33), Vorsitzender der DDP in Stuttgart (ab 1930), inhaftiert (1933)
112, 367, 373, 416, 457

Fischer, Otto (1882–1953), Jurist und Bankier, Inhaber einer Privatbank, Vorstandsmitglied der „Reichs-Kredit-Gesellschaft AG“ (ab 1925)
516

Flaischlen, Cäsar (1864–1920), Schriftsteller
147

Flaischlen, Edith, geb. Klapp (1879–1957), Ehefrau von Cäsar Flaischlen
147

Foerster, Friedrich Wilhelm (1869–1966), Philosoph, Pädagoge, Journalist und Pazifist, Professor in Wien (1913/14) und München (1914–20), Emigration in die Schweiz (1920), nach Frankreich (1926) und über die Schweiz und Portugal in die USA (1940), Rückkehr in die Schweiz (1963)
151

Fontane, Theodor (1819–1898), Schriftsteller
146

Fraenkel, Albert (1864–1938), Arzt in Heidelberg
433, 516

Franck, Marie Louise, Studentin an der Deutschen Hochschule für Politik
263

Frank, Maria, Ehefrau von Walter Frank
295

Frank, Walter (1905–1945), Historiker, Leiter des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“ (1935–41), Selbstmord
295

Franke, Hans (1893–1964), Schriftsteller und Journalist, Redakteur der „Neckar-Zeitung“ (1920–34) und des „Neckar-Echos“ (1949–58) in Heilbronn
528

Frankfurter, Richard (1873–1953), Rechtsanwalt, Schriftsteller und Politiker, Mitgründer der DDP (1918) Leiter des Organisationsausschusses der DDP (1920–29), MdR (DDP 1928), Emigration über Paris in die Schweiz (1933) und nach Uruguay (1939)
300, 391

Freksa, Friedrich (1882–1955), Schriftsteller
409

Freudenberg, Richard (1892–1975), Agrarwissenschaftler, Unternehmer und Politiker, MdVL/MdL Baden (DDP 1919–24), Vorsitzender der DDP/DStP in Baden (1924–33), MdB (Hospitalant bei der FDP 1949–52, parteilos 1952/53)
461

Frey, Eberhard, Bekannter der Familie Heuss in Madrid
342

Frick, Wilhelm (1877–1946), Jurist und Politiker, MdR (Nationalsozialistische Freiheitspartei/NSDAP 1924–45), Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Reichstag (1928–45), Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen (1930/31), Reichsinnenminister (1933–43), preußischer Innenminister (1934–43), „Reichsprotector“ von Böhmen und Mähren (1943–45), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode verurteilt (1946), hingerichtet
466

Frieboes, Hedwig, geb. Gumbel (1884–1942), Ehefrau von Walter Frieboes, Cousine von Theodor Heuss
170

- Frieboes, Walter** (1880–1945), Hautarzt, Professor in Rostock (1914–32) und Berlin (1932–45), Selbstmord
245
- Fried, Ferdinand**, Pseudonym für Ferdinand Friedrich Zimmermann (1898–1967), Publizist, Wirtschaftsredakteur bei der „Vossischen Zeitung“ und der „Berliner Morgenpost“ (1923–32), Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Tat“ (1930–34), während der NS-Zeit Tätigkeit für das Rasse- und Siedlungsamt der SS, nach 1949 Redakteur
438f
- Frieda**, Haushälterin beim Ehepaar Heuss in Berlin
154
- Friedlaender**, Bildhauerin
245
- Friedrich, D.**, Schriftsteller in Löbau
48, 538f
- Friedrich II.** (1712–1786), König von Preußen (1740–86)
146
- Gäbel, Otto** (1885–1953), Buchbinder und Politiker, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin (KPD 1921–29), Stadtrat in Berlin (KPD), Mitgründer und Vorstandsmitglied der Roten Hilfe
342
- Gaupp, Robert** (1870–1953), Psychiater und Neurologe, Professor in Tübingen (1906–36)
205, 433–436
- Gayl, Friedrich Wilhelm von** (1879–1945), Jurist und Politiker, Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft (1909–32), Angehöriger des rechten Flügels der DNVP, Reichsinnenminister (1932)
339, 471
- Geibel, Karl jr.** (1842–1910), Verleger, Eigentümer des Verlags Duncker & Humblot
265
- Geiger, Hermann** (1870–1962), Pharmazeut und Unternehmer, Gründer und Inhaber der pharmazeutischen Firmen Gaba AG (1917) und Wybert GmbH in Lörrach (1921), Cousin von Elly Heuss-Knapp
146, 181, 269, 356
- Geiger, Trudi**, geb. Otto, Ehefrau von Hermann Geiger
205, 269, 285
- George, Stefan** (1868–1933), Schriftsteller
148, 245
- Gerland, Heinrich** (1874–1944), Jurist und Politiker, MdR (DDP 1924), Professor in Jena (1906–39)
213, 220, 228, 233
- Gessler, Karl** (gest. 1926), Sohn von Otto Gessler
267
- Gessler, Karoline**, Mutter von Otto Gessler
267
- Gessler, Maria**, geb. Helmschrott (gest. 1954), Ehefrau von Otto Gessler
268
- Gessler, Otto** (1875–1955), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Nürnberg (1914–19), Reichsminister für Wiederaufbau (1919/20), Reichswehrminister (1920–28), MdR (DDP 1920–24), Austritt aus der DDP (1927), inhaftiert (1944/45), Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (1951/52)
36f, 204, 207f, 222f, 225–228, 230, 232–234, 240, 242–244, 267, 269, 279f, 444f, 447, 453, 511
- Gief**, Bekannter der Familie Heuss in Heilbronn
90
- Glatzel, Frank** (1892–1958), Jurist, Journalist und Politiker, MdR (DVP 1930–32), Vorsitzender der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler
428
- Gneist, Rudolf von** (1816–1895), Jurist und Politiker, Professor in Berlin (1845–95), MdL Preußen (v. Vincke/Linkes Centrum/National-liberale Partei 1859–93), MdR (Nationalliberale Partei 1871–84)
346
- Goebbels, Joseph** (1897–1945), Germanist und Politiker, Gauleiter von Berlin (1926–45), MdR (NSDAP 1928–45), Reichspropagandaleiter der NSDAP (1930–45), Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (1933–45), Selbstmord
446, 466
- Goebel, Ferdinand** (geb. 1886), Publizist
525
- Göhre, Luise**, geb. Bischoff, Ehefrau von Paul Göhre
312

Göhre, Paul (1864–1928), evangelischer Theologe, Schriftsteller und Politiker, Mitgründer des Nationalsozialen Vereins (1896), Austritt (1899) und Eintritt in die SPD (1900), MdR (SPD 1903, 1910–18)
278, 312, 359

Goepel, Kurt, Vorsitzender des Reichsausschusses der Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei, Mitglied des Gesamtvorstandes der DStP (1930–32)
510

Goerderler, Carl Friedrich (1884–1945), Verwaltungsjurist und Politiker, Oberbürgermeister von Leipzig (1930–37), Reichskommissar für Preisüberwachung (1931/32, 1934/35), führender Kopf des bürgerlich-konservativen Widerstands gegen das NS-Regime, inhaftiert und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt (1944), hingerichtet
13

Göring, Helmut (1894–1957), Historiker, Professor in Stuttgart (1932–45), Rektor der Universität Stuttgart (1934/35)
362

Göring, Hermann (1893–1946), Militär und Politiker, MdR (NSDAP 1928–45), Reichstagspräsident (1932–45), preußischer Ministerpräsident (1933–45), Reichsminister der Luftfahrt (1933–45) und Oberbefehlshaber der Luftwaffe (1935–45), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode verurteilt (1946), Selbstmord
428, 466, 495

Görres, Joseph von (1776–1848), katholischer Publizist und Schriftsteller
338

Goeser, Karl (1890–1933), Direktor des statistischen Amtes der Stadt Stuttgart, Mitglied des Vorstandes der DDP im Wahlkreis Württemberg, Schwiegersohn von Conrad Haußmann
135, 163, 268, 456

Goeser, Lotte, geb. Haußmann (geb. 1890), verw. Fleischhauer, Tochter von Conrad Haußmann, Heirat mit Karl Goeser (1919)
163, 268

Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832), Schriftsteller, Naturforscher und Minister in Sachsen-Weimar-Eisenach (1775–86)
26, 131, 152, 238, 308, 423

Goetz, Adolf, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Abteilung für Elsass-Lothringen
149, 371

Goetz, Harald (geb. 1918), Sohn von Walter Goetz
261f, 447

Goetz, Hedwig, geb. Pfister (1885–1968), Ehefrau von Walter Goetz
260

Goetz, Helmut (geb. 1920), Sohn von Walter Goetz
261f, 447

Goetz, Ottmar (geb. 1921), Sohn von Walter Goetz
261f, 447

Goetz, Rolf (geb. 1925), Sohn von Walter Goetz
261f, 447

Goetz, Walter (1867–1958), Historiker und Politiker, MdR (DDP 1920–28), Professor in Tübingen (1905–13), Straßburg (1913–15), Leipzig (1915–33) und München (1946–51), Mitglied (ab 1904) und Präsident (1946–51) der Historischen Kommission in München
44, 48, 150, 220, 250, 257, 259, 263, 294f, 311f, 333, 358–360, 360, 444–447, 509, 529, 536–538

Goldammer, Sophie, geb. Gippert (1895–1970), Ehefrau von Heinz Goldammer
286

Goldammer, Heinz (1896–1978), Journalist und Pfarrer, Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ (1927–33)
27, 404–406, 521, 528

Goldammer, Tochter von Heinz Goldammer
406

Golentz, Bekannte der Familie Heuss in Berlin
479

Gothein, Georg (1857–1940), Journalist und Politiker, MdR (Freisinnige Vereinigung/FVP 1901–18), MdNV/MdR (DDP 1919–24), Reichsminister ohne Portefeuille (1919) und Reichsschatzminister (1919)
157

Grabowsky, Adolf (1880–1969), Politikwissenschaftler, Redakteur der „Zeitschrift für

Politik“ (1907–33, 1954–69), Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik (1921–33), Emigration in die Schweiz (1934), Professor in Marburg (1950–52) und Gießen (1952–66) 193f, 239

Grimme, Adolf (1889–1963), Lehrer und Politiker, MdL Preußen (SPD 1932/33), preußischer Kultusminister (1930–33), inhaftiert (1942–45), MdL Niedersachsen (SPD 1946–48), Kultusminister in Niedersachsen (1946–48) 351, 512

Groener, Wilhelm (1867–1939), Militär und Politiker, 1. Generalquartiermeister (1918/19), Reichsverkehrsminister (1920–23), Reichswehrminister (1928–32) und Reichsinnenminister (1931/32) 394, 445, 465f, 468

Gropius, Walter (1883–1969), Architekt, Direktor des Bauhauses (1919–28), Emigration über England (1934) in die USA (1937) 126

Grosse, Ernst (1877–1947), Kolonialbeamter, Geschäftsführer und Präsidialmitglied des Bundes der Auslandsdeutschen 304f, 332

Grossmann, Hermann (1878– vermutlich 1937), DDP-Mitglied, Senatspräsident am Kammergericht in Berlin (1922), Übertritt zur SPD (1929), Richter am Reichsgericht (1930) 280, 300

Grünberg, Carl (1861–1940), Jurist und Nationalökonom, Professor in Wien (1900–24), Leiter des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt a. M. (1924–31) 102, 198

Grund, Bernhard (1872–1950), Unternehmer und Politiker, MdL Preußen (FVP 1913–18), MdVL/MdL Preußen (DDP 1919–24) Präsident der Breslauer Handelskammer 228

Gruyter, Walter de (1862–1923), Verleger, Eigentümer der „Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Walter de Gruyter & Co.“ 28, 128f, 156f

Gümbel-Seiling, Maximilian (1879–1963), Schauspieler, Schriftsteller und Schüler von Rudolf Steiner, Cousin von Theodor Heuss 269

Günther, Hans F. K. (1891–1968), Rassen-theoretiker, Professor in Jena (1930–34), Berlin (1934–39) und Freiburg (1939–45) 446

Günzler, Wilhelm (1876–1960), Journalist, Mitarbeiter (1909) bzw. Chefredakteur (1931) des „Stuttgarter Neuen Tagblatts“ 349

Gundolf, Friedrich (1880–1931), Germanist, Professor in Heidelberg (1916–31) 148, 237, 245, 274

Gunßer, Hermann (1871–1934), Gastwirt und Politiker, MdR (FVP 1912–18) 111

Gutbrod, Otto (1875–1923), Gynäkologe, Inhaber einer privaten Frauenklinik in Heilbronn 166

Gutmann, Bekannter der Familie Heuss in Heilbronn 89

Gutzwiller, Max (1889–1989), Jurist, Professor in Fribourg (1921–26, 1937–56) und Heidelberg (1926–36) 442

Haas, Karl Wilhelm (geb. 1882), Dozent (ab 1923) und Studienleiter der Akademischen Abteilung (1927–29) der Deutschen Hochschule für Politik, Emigration nach Persien (1934) 264, 288

Haas, Ludwig (1875–1930), Rechtsanwalt und Politiker, MdL Baden (FVP 1910), MdR (FVP 1912–18), MdNV/MdR (DDP 1919–30), badischer Innenminister (1918/19), MdVL Baden (DDP 1919–21), MdL Baden (1925–27), Vorsitzender der DDP-Fraktion im Reichstag (1928/29) 209f, 220, 285

Haber, Fritz (1868–1934), Chemiker, Entdecker der Ammoniaksynthese aus Stickstoff und Wasserstoff, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie (1911–33), Träger des Nobelpreises für Chemie (1919), Emigration nach England (1933) 371

Haehnle, Eugen (1873–1936), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (FVP 1912–18) 111, 212

Haenisch, Konrad (1876–1925), Journalist und Politiker, MdL Preußen (SPD 1913–18), Redakteur der Zeitschrift „Die Glocke“ (1915–19), preußischer Kultusminister (1918–21), MdVL/MdL Preußen (SPD 1919–24)
144

Häring, Theodor von (1848–1928), evangelischer Theologe, Professor in Zürich (1886–89), Göttingen (1889–95) und Tübingen (1895–1920)
131

Hahn, Kurt (1886–1974), Pädagoge, Leiter der Schule Schloss Salem (1920–33), Emigration nach England (1933), Gründer und Leiter von Gordonstoun School in Schottland (1933–53), Rückkehr nach Deutschland (1953)
284

Haile Selassie I. (1892–1975), Kaiser von Äthiopien (1930–74)
14

Haller, Johannes (1865–1947), Historiker, Professor in Gießen (1904–13) und Tübingen (1913–32)
303

Hamm, Eduard (1879–1944), Verwaltungsjurist, Rechtsanwalt und Politiker, MdL Bayern (DDP 1919/20), bayerischer Minister für Handel und Verkehr (1919–22), MdR (DDP 1920–24), Staatssekretär der Reichskanzlei (1922/23), Reichswirtschaftsminister (1923–25), Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages (1925–33), Verbindungen zum bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1944), Selbstmord
204, 222, 472

Hamsun, Knut (1859–1952), norwegischer Schriftsteller, Träger des Nobelpreises für Literatur (1920)
182f

Harden, Maximilian (1861–1927), Journalist, Gründer und Herausgeber der Zeitschrift „Die Zukunft“ (1892–1922)
172f

Harnack, Adolf von (1851–1930), evangelischer Theologe und Kirchenhistoriker, Professor in Gießen (1879–86), Marburg (1886–88) und Berlin (1888–1921), Präsident des Evange-

lisch-Sozialen Kongresses (1902–12), Generaldirektor der Königlichen Bibliothek zu Berlin (1905–21), Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1911–30), Cousin von Elly Heuss-Knapp
185–187, 245, 388, 418

Hartenstein, mit der Familie Heuss bekanntes Ehepaar in Berlin
288

Hartmann, Anna, geb. Hartmann (geb. 1884), Ehefrau von Otto Hartmann
216

Hartmann, Gustav (geb. 1861), Schlosser und Politiker, MdNV (DDP 1919/20), MdL Preußen (DDP/DSfP 1921–32), Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) in Berlin
116

Hartmann, Johann, Konditor in Neckarsulm
89

Hartmann, Ludo Moritz (1865–1924), Historiker und Politiker, österreichischer Gesandter in Berlin (1918–20), Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung Österreichs (Sozialdemokratische Partei 1919/20), Mitglied des österreichischen Bundesrates (Sozialdemokratische Partei 1920–24), Professor in Wien (1919–24)
102, 149

Hartmann, Otto (1877–1952), Jurist, Stadtschultheiß (1919) bzw. Bürgermeister (1920–33) von Göppingen, geschäftsführender Direktor des Deutschen Städtetages, Landesstelle Württemberg (ab 1936), 2. Vorsitzender des Schiller-Nationalmuseums, Jugendfreund von Hermann Hesse
216

Hartmann, Sohn von Otto Hartmann
216

Hartmann, Wilhelm, Eisenbahnersekretär, DDP-Mitglied in Stuttgart
231f

Hartwig, Emil Karl (geb. 1873), Schneidermeister, Journalist und Politiker, MdR (DNVP/Christlichnationale Arbeitsgemeinschaft 1920–30, CSVD 1930–32)
501f

Hauptmann, Gerhart (1862–1946), Schriftsteller, Träger des Nobelpreises für Literatur (1912)

418, 521

Hausenstein, Wilhelm (1882–1957), Kunsthistoriker, Schriftsteller und Diplomat, Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ (ab 1917), Leiter der Literarischen Beilage der „Frankfurter Zeitung“ (1934–43), deutscher Generalkonsul bzw. Botschafter in Paris (1950–55)

97

Haußmann, Conrad (1857–1922), Rechtsanwalt, Publizist und Politiker, MdL Württemberg (VP/FVP 1889–1918), MdR (Deutsche Volkspartei/FVP 1890–1918), Herausgeber der Zeitschrift „März“ (1907–17), MdNV/MdR (DDP 1919–22), Staatssekretär (1918), Vorsitzender des Verfassungsausschusses der verfassunggebenden Nationalversammlung (1919), MdVL/MdL Württemberg (DDP 1919–22), Vorsitzender der DDP in Württemberg (1918–21) und der DDP-Fraktion im württembergischen Landtag (1919–22)

20, 23, 88, 103f, 105f, 111f, 115–117, 117–119, 123, 134–136, 158, 162–164, 231, 327, 373

Haußmann, Helene, geb. Kausler (1866–1941), Ehefrau von Conrad Haußmann

162

Haußmann, Robert (1891–1978), Jurist, Sohn von Conrad Haußmann, DDP-Mitglied

162

Haußmann, Wolfgang (1903–1989), Rechtsanwalt, Notar und Politiker, Vorstandsmitglied der DDP in Württemberg (1928–33), Mitgründer der DVP in Württemberg-Baden (1945), MdVL/MdL Württemberg-Baden (DVP 1946–50), MdL Baden-Württemberg (FDP/DVP 1952–64), Vorsitzender der FDP/DVP in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1946–64), württembergischer Justizminister (1953–66), Sohn von Conrad Haußmann

294, 296, 372, 429, 456, 506

Hebel, Johann Peter (1760–1826), evangelischer Theologe und Schriftsteller

123

Hefele, Herman (1885–1936), Literaturhistoriker, Regierungsrat am Württembergischen

Staatsarchiv (1919–29), Professor an der Staatlichen Akademie Braunsberg (1929–36)

140

Heile, Wilhelm (1881–1969), Journalist und Politiker, Redakteur der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1912–23), Dozent an der Staatsbürgerschule (1918/19) und der Deutschen Hochschule für Politik, MdNV/MdR (DDP 1919–24), mehrfach inhaftiert (nach 1933), Mitgründer der niedersächsischen FDP (1945), Vorsitzender der FDP in der britischen Zone (1946), niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Verkehr (1946), MdL Niedersachsen (FDP 1946/47, Deutsche Partei 1947–51), Mitglied des Parlamentarischen Rates (Deutsche Partei 1948/49)

22, 88f

Heine, Heinrich (1797–1856), Dichter und Journalist

377

Heinersdorff, Gottfried (1883–1941), Inhaber der „Vereinigten Werkstätten für Glasmosaik und Glasmalerei Puhl & Wagner, Gottfried Heinersdorff, Berlin-Treptow“

89, 155

Heinz, Franz Josef (1884–1924), Landwirt und Politiker, Präsident der Autonomen Pfalz (1923/24), ermordet

196

Held, Heinrich (1968–1938), Journalist und Politiker, MdL Bayern (Zentrum 1907–18, BVP 1919–33), bayerischer Ministerpräsident (1924–33)

386

Helfferrich, Karl (1872–1924), Bankier und Politiker, Schüler von Georg Friedrich Knapp, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank (1908–15), Staatssekretär des Reichsschatzamtes (1915–17), Vizekanzler und Staatssekretär des Reichsamtes des Innern (1916/17), MdR (DNVP 1920–24)

106

Hellpach, Willy (1877–1955), Psychologe und Politiker, Professor in Karlsruhe (1911–26, 1949–55) und Heidelberg (1926–55), badischer Unterrichtsminister (1922–25) und Staatspräsident (1924), Kandidat der DDP bei den Wahlen zum Reichspräsidenten (1925), MdR (DDP 1928–30)

240–242, 242, 244, 339, 360

Hellwag, Fritz (1871–1950), Journalist, Mitarbeiter in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes

92

Henne, Otto (1873–1939), Flaschnermeister und Politiker, MdVL/MdL Württemberg (DDP 1919–32)

370, 373, 375

Henning, Ernst Moritz (1873–1935), Oberjustizrat, Direktor der Strafanstalt in Schwäbisch Gmünd

216

Henning, Ernst Ludwig (geb. 1907), Sohn von Ernst Moritz Henning

216

Henning, Louise, genannt Lotte (geb. 1905) Tochter von Ernst Moritz Henning

216

Hergt, Oskar (1869–1967), Jurist und Politiker, preußischer Finanzminister (1917/18), MdVL Preußen (DNVP 1919–21), Vorsitzender der DNVP (1918–24) und der DNVP-Fraktion im Reichstag (1920–24), MdR (DNVP 1920–33), Reichsjustizminister (1927/ 28)

254, 483

Herkner, Heinrich (1863–1932), Nationalökonom und Sozialpolitiker, Professor in Freiburg (1889–92), Karlsruhe (1892–98), Zürich (1898–1907), an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg (1907–13) und der Universität Berlin (1917–30), Vorsitzender des „Vereins für Socialpolitik“ (1917–29)

179

Hermann, Carl (1886–1933), Politiker und Verbandsfunktionär, MdNV/MdR (DDP 1919–22, WP 1930–32), 2. geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks- und Gewerbehandwerks

111, 115, 135, 164, 428

Hermes, Andreas (1878–1964), Agrarwissenschaftler und Politiker, Reichsernährungs- (1920–22) und Reichsfinanzminister (1921–23), MdL Preußen (Zentrum 1924–28), MdR (Zentrum 1928–33), Mitglied des bürgerlich-konservativen Widerstands gegen das NS-Regime, inhaftiert (1944) und zum Tode verurteilt (1945), Mitgründer der Berliner CDU

und stellv. Oberbürgermeister von Berlin (1945)

196

Herriot, Édouard Marie (1872–1957), französischer Schriftsteller und Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1919–40, 1945–54), Ministerpräsident und Außenminister (1924/ 25, 1926, 1932), Minister für öffentliche Arbeiten (1916/17) und für Unterrichtswesen (1926–28), Staatsminister (1934–36), Führer der Radikal-Sozialistischen Partei

220, 412, 472f, 534

Herrmann, Hugo (1879–1943), Landwirt und Politiker, MdL Württemberg (VP 1914–18), MdVL Württemberg (DDP 1919/ 20), MdR (DDP 1922–24)

33, 134, 164f, 379

Herzog, Wilhelm (1884–1960), Publizist und Schriftsteller, Emigration über Trinidad in die USA, Rückkehr in die Schweiz (1947) und nach Deutschland (1952)

305

Hesse, Elsa, geb. Beck (1881–1958), Bekannte von Elly Heuss-Knapp

342

Heuss, Elisabeth, geb. Gumbel (1853–1921), Mutter von Theodor Heuss

120, 128, 138, 522

Heuss, Elisabeth Eleonore, genannt Liselore, verh. Würz (1909–1994), Tochter von Ludwig Heuss

286, 522

Heuss, Ernst Ludwig (1910–1967), Jurist und Fabrikant, Mitarbeiter der Deutschen Handelskammer in London (1939) und der „Reichsstelle Leder“ (1939–45), Verbindungen zum liberalen Widerstand gegen das NS-Regime, Direktor der Wybert GmbH in Lörrach, später der Gaba AG in Basel (1946–67), Sohn von Theodor Heuss

11, 16, 45f, 92f, 96f, 108, 137, 142f, 146, 152, 165f, 169f, 172, 176, 181, 183, 217, 246, 254f, 259, 261, 267, 282–284, 287, 288, 289–291, 317, 331, 341–343, 347f, 352, 356, 417, 420, 437–439, 442–444, 446, 449, 452–454, 455f, 460, 478f, 488f, 497, 517, 521, 527, 529, 530

Heuss, Georg Friedrich, genannt Fritz (1804–1870), Schiffbaumeister in Haßmersheim,

Teilnehmer an der Revolution von 1848/49,
Urgroßonkel von Theodor Heuss
313

Heuss, Hartmann (1912–1936), Sohn von
Ludwig Heuss
138

Heuss, Hedwig, geb. Mödinger (1883–1980),
Ehefrau von Ludwig Heuss
167, 205, 216, 286, 522

Heuss, Hermann (1882–1959), Architekt,
Professor für Baugeschichte und Baukunde in
Chemnitz (1919–45, 1947–49), Umzug nach
Stuttgart und Gründung eines Architekturbüros
(1949), Bruder von Theodor Heuss
142, 147, 152

Heuss, Ludwig (1881–1932), Stadt- und Schul-
arzt in Heilbronn (1913–32), Mitglied des
Gemeinderats Heilbronn (DDP 1919–32),
Bruder von Theodor Heuss
166, 181, 279f, 285, 438, 448f, 493

Heuss, Ludwig, genannt Louis (1853–1903),
Bauingenieur, Regierungsbaumeister in Bra-
ckenheim (1880–90) und Heilbronn (1890–
1903), Vater von Theodor Heuss
46

Heuss-Knapp, Elisabeth Eleonore, geb.
Knapp, genannt Elly (1881–1952), Publizistin,
Pädagogin und Politikerin, Tätigkeit im Be-
reich der Sozialfürsorge und der Frauenbildung,
Werbefachfrau (1933–41), MdL Württem-
berg-Baden (DVP 1946–49), Gründerin des
Deutschen Mütter-Genesungswerkes (1950),
Ehefrau von Theodor Heuss
11, 14, 16, 22f, 28, 45f, 48, 87, 88–90, 92f,
94f, 96, 97f, 102, 112f, 116, 120f, 121, 130,
135, 136–138, 142f, 146f, 149, 152–154, 162,
165–168, 169f, 172–174, 178f, 181, 183, 185f,
197f, 204f, 210, 216f, 218, 225, 237, 239,
244f, 245f, 250, 254–256, 257, 258f, 259–
261, 264f, 267–269, 274f, 278, 282f, 285–
287, 288, 300, 308f, 310, 317f, 319, 329–331,
342f, 347, 352, 356, 361, 365, 384f, 386–389,
406, 419, 435, 438, 447f, 452f, 459, 460, 474,
479, 504, 508, 515f, 521–523, 529, 536

Heyse, Paul von (1930–1914), Schriftsteller
131

Hieber, Johannes (1862–1951), evangelischer
Theologe und Politiker, MdR (Nationalliberale
Partei 1898–1910, DDP 1921–24), MdL Würt-

temberg (Deutsche Partei 1900–10, 1912–18),
MdVL/MdL Württemberg (DDP 1919–32),
2. Vorsitzender der DDP in Württemberg
(1919), württembergischer Kultusminister
(1919–24) und Staatspräsident (1920–24),
Ehrevorsitzender der DDP/DStP (1929–33)
32, 112, 134, 187f, 201, 204, 207, 230, 249,
280, 285, 348, 371–373, 394f, 490

Hilferding, Rudolf (1877–1941), Arzt, Journa-
list und Politiker, Reichsfinanzminister (1923,
1928/29), MdR (SPD 1924–33), Emigration
über die Schweiz (1933) nach Paris (1938)
323

Hillebrand, August (1888–1953), Landwirt
und Politiker, MdR (Deutsche Bauernpartei
1928–30, Deutsche Bauernpartei/DStP 1930–
32), Mitglied der Volkskammer der DDR
(CDU 1949–53)
397

**Hindenburg und von Beneckendorff, Paul
von** (1847–1934), Militär und Politiker, Chef
der Obersten Heeresleitung (1916–19), Reichs-
präsident (1925–34)
31, 39, 244–247, 249f, 266, 302, 339, 353,
367, 393f, 418, 422, 426, 429, 440, 445, 449,
457–460, 466, 470, 472, 483f, 488, 493–495,
518f, 523

Hirschel, Werner, persönlicher Referent von
Hermann Dietrich im Reichsfinanzministerium,
DDP-Mitglied
439f

Hitler, Adolf (1889–1945), Politiker, „Führer“
der NSDAP (1921–45), Reichskanzler (1933–
45), MdR (NSDAP 1933–45), Reichspräsident
(1934–45)
15, 44, 48, 388, 428f, 441, 445f, 449–452,
457f, 472, 493, 514f, 519, 532

Hitze, Franz (1851–1921), katholischer Theo-
loge und Sozialpolitiker, MdL Preußen (Zent-
rum 1882/83, 1898–1912), MdR (Zentrum
1884–1918), MdNV/MdR (Zentrum 1919–21),
Professor in Münster (1893–1921)
338

Hobohm, Martin (1883–1942), Historiker,
Sachverständigenmitglied des parlamentari-
schen Untersuchungsausschusses für die
Schuldfragen des Weltkrieges
171

Höche, Ferdinand, Architekt in Berlin
356

Hölderlin, Friedrich (1770–1843), Dichter
125

Höpker Aschoff, Hermann (1883–1954),
Richter und Politiker, MdL Preußen (DDP/
DStP 1921–32), preußischer Finanzminister
(1925–31), MdR (DStP 1930–32), Mitglied
des Parlamentarischen Rates (FDP 1948/49),
MdB (FDP 1949–51), Präsident des Bundes-
verfassungsgerichts (1951–54), Professor in
Bonn und Münster
374, 382, 389–391, 400, 487, 526

Hörle, Emil, Lehrer, Schriftführer der Volks-
partei in Stuttgart
124

Hörsing, Friedrich Otto (1874–1937), Schmid
und Politiker, MdNV/MdR (SPD 1919–22),
Oberpräsident der preußischen Provinz Sach-
sen (1920–27), MdL Preußen (SPD 1924–33),
Vorsitzender des Reichsbanner Schwarz Rot
Gold (1924–32)
268

Hoff, Curt (1888–1950), Jurist und Politiker,
MdR (DVP 1924–30, Zentrum 1933), Ge-
schäftsführer industrieller Fachverbände
356

Hoffstetter, Emma, geb. Heldmaier (1873–
1939), Ehefrau von Karl Hoffstetter
500

Hoffstetter, Iris (geb. 1908), Tochter von Karl
Hoffstetter
500

Hoffstetter, Karl (1871–1948), Fabrikant für
chemisch-technische Produkte, Öle und Fette,
DDP-Mitglied in Tuttlingen
499f

Hoffstetter, Ruth Pauline (geb. 1900), Toch-
ter von Karl Hoffstetter
500

Hohlbauch, Immanuel (1879–1953), Archi-
tekt, Vorsitzender der DDP in Göppingen, kurz-
fristig inhaftiert (1938), Mitglied des Gemein-
derats Göppingen (1946)
394

Holbein, Hans (1497/98–1543), Maler und
Zeichner
123

Holtzendorff, Arndt von (1859–1935), Ber-
liner Repräsentant der Hapag
96

Holtzendorff, Henning von (1853–1919),
Großadmiral, Führung des Admiralstabs im
Großen Hauptquartier (1915)
96

Holzamer, Franz (1872–1945), Politiker,
MdL Preußen (WP 1921–24), MdR (WP 1924)
502

Hopf, Albert (1879–1963), Redakteur und
Politiker, MdVL/MdL Württemberg (DDP
1919/20, 1933), Generalsekretär der DDP in
Württemberg (1918–33), Redakteur der Zeit-
schrift „Der Beobachter“
37, 134, 162, 164f, 165, 182f, 201f, 207–209,
211–214, 221, 224, 237, 242, 296–299, 349,
367–369, 372, 382, 389–395, 395–398, 422,
426–429, 429f, 439–442, 448, 456f, 459, 461,
467–469, 470, 474, 475–478, 480f, 487, 490,
498, 501–504, 504–509, 512f, 520, 523, 530–
533, 537

Hueck, Adolf (1882–1955), Bergwerksdirek-
tor und Politiker, MdR (DVP 1928–30), Mit-
glied des Vorstands der Gelsenkirchener Berg-
werks AG (1920–45)
402

Hugenberg, Alfred (1865–1951), Industrieller,
Verleger und Politiker, MdNV/MdR (DNVP
1919–33, Hospitant bei der NSDAP 1933–
45), Vorsitzender der DNVP (1928–33),
Reichsminister für Wirtschaft und Ernährung
(1933)
318, 368f, 377, 428f, 463, 486, 497, 501–503,
511, 514, 518

Hummel, Hermann (1876–1952), Chemiker,
Unternehmer und Politiker, MdL Baden (Süd-
deutsche Volkspartei/FVP 1909–18), MdVL/
MdL Baden (DDP 1919–25), badischer Minis-
ter für Kultus und Unterricht (1919–21) und
Staatspräsident (1921/22), Direktor der Badi-
schen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen
(1922), MdR (DDP 1924–30), Mitglied des
Aufsichtsrats der I.G. Farben AG, Emigration
in die USA (1939), Rückkehr nach Deutsch-
land (1951)
207f, 230, 300, 395

Irmgard von Chiemsee (831–866), Benedik-
tinerin, Äbtissin des Klosters Frauenwörth
331

Jacobs, Monty (1875–1945), Journalist, Feuille-
tonredakteur der „Vossischen Zeitung“ (1921–

33), 1. Vorsitzender des SdS (1920), Emigration nach London (1938)

436f

Jäckh, Bertha, geb. Klein (gest. 1928/29), Bekannte der Familie Heuss, erste Ehefrau von Ernst Jäckh

92, 143f, 165, 170, 246

Jäckh, Ernst (1875–1959), Verbandsfunktionär und Publizist, Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ (1902–12), Vorsitzender der Geschäftsstelle (1912–22) und 1. Vorsitzender (1932/33) des Deutschen Werkbundes, Mitgründer und -herausgeber der Zeitschrift „Das größere Deutschland“, ab 1916 „Deutsche Politik“ (1914–22), geschäftsführender (ab 1920) bzw. Vorsitzender der Deutschen Hochschule für Politik (1926–33), Emigration über England (1933) und die Türkei in die USA (1935), Professor in New York (1940), Patenonkel von Ernst Ludwig Heuss
19–22, 29f, 47f, 85, 87, 92, 94, 96, 100, 122, 126, 130, 133, 143, 145, 147, 153, 160, 257f, 336, 360–362, 442, 479, 483, 510f, 515, 517f, 527f

Jäckh, Hans (1900–1918), Sohn von Ernst und Bertha Jäckh

92

Jäckh, Martha, geb. Ruben, zweite Ehefrau von Ernst Jäckh

442

Jarres, Karl (1874–1951), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Duisburg (1914–33), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1914–18), Reichsinnenminister (1923–25), Kandidat des Reichsblocks (DNVP/DVP) bei den Wahlen zum Reichspräsidenten (1925)

241

Jastrow, Ignaz (1856–1937), Nationalökonom und Historiker, Rektor der Berliner Handelshochschule (1906–09), Professor an der Universität Berlin (1920–24)

89

Jörg, Joseph Edmund (1819–1901), Historiker und Politiker, MdL Bayern (Patriotenpartei 1865–81), MdR (Zentrum 1874–78), Redakteur der „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“ (1852–1901)

338

Jürgens, Lotte, Erzieherin und Haushälterin im Hause von Georg Friedrich Knapp

87, 146, 170, 185, 198, 244, 275

Jung, Edgar Julius (1894–1934), Jurist und Publizist, führender Vertreter der jungkonservativen Bewegung, im Zuge des „Röhm-Putsches“ verhaftet und erschossen (1934)

344f

Kaas, Ludwig (1881–1952), katholischer Theologe und Politiker, MdNV/MdR (Zentrum 1919–33), Vorsitzender des Zentrums (1928–33)

159

Kähler, Wilhelm (1871–1934), Nationalökonom und Politiker, Professor in Aachen (1901–14) und Greifswald (1914–34), MdL Preußen (DNVP 1921–28), Reichskommissar für das preußische Kultusministerium (1932/33)

517

Kaempffer, Charlotte, genannt Lotti, langjährige Sekretärin von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp (ab 1928)

317, 343, 439, 444, 479, 499, 517

Kahl, Wilhelm (1849–1932), Jurist und Politiker, MdNV/MdR (DVP 1919–33), Professor in Rostock (1879–83), Erlangen (1883–88), Bonn (1888–95) und Berlin (1895–21)

428, 430, 467

Kahn, Anselm (geb. 1877 oder 1878), Inhaber einer Zigarrenfabrik in Heilbronn, Emigration in die USA (1938/40)

121

Kahr, Gustav Ritter von (1862–1934), Jurist und Politiker, bayerischer Ministerpräsident und Minister für Inneres und Äußeres (1920/21), Generalstaatskommissar in Bayern mit diktatorischen Befugnissen (1923), im Zuge des „Röhm-Putsches“ verhaftet und ermordet (1934)

192, 199f

Kaiser, Eugen (1872–1944), Inhaber eines Elektrofachgeschäftes in Heilbronn

94, 120

Kalle, Wilhelm (1870–1954), Chemiker, Unternehmer, und Politiker, MdVL/MdL Preußen (DVP 1919–24), MdR (DVP 1924–32), Mitglied (1926), stellv. Vorsitzender (1938) bzw. Vorsitzender (1940) des Aufsichtsrats der I. G. Farben AG

428

Kampf, Arthur von (1864–1950), Maler, Präsident der Preußischen Akademie der Künste (1907–21)

255

Kandinsky, Wassily (1866–1944), russischer Maler, Aufenthalte in München (1908–15) und Moskau (1915–21), Lehrer am Bauhaus in Weimar, Dessau und Berlin (1922–33), Umzug nach Paris (1933)
277

Kardorff, Siegfried von (1873–1945), Jurist und Politiker, MdL Preußen (Freikonservative Partei 1909–18), MdVL/MdL Preußen (DNVP/DVP 1919–24), MdR (DVP 1920–30, DVP/ parteilos 1930–32)
144, 428, 459, 476, 497f

Karl I. Franz Joseph (1887–1922), Kaiser von Österreich (1916–18)
102

Kastor, Figur aus der griechischen Mythologie, Zwilling Bruder des Pollux
213

Katter, Sekretärin von Friedrich Naumann
129

Katz, Eugen (1881–1937), Nationalökonom, Redakteur der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1903–07), Syndikus der Alexander und Fanny Simon-schen Stiftung in Hannover, später Unternehmer in Berlin, Emigration nach Frankreich (1933)
96, 166, 170, 288, 356

Katz, Gertrud, Ehefrau von Eugen Katz
166, 288

Keil, Wilhelm (1870–1968), Drechsler, Journalist und Politiker, MdL Württemberg (SPD 1900–18), Chefredakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ (1903–30), MdR (SPD 1910–18), MdNV/MdR (SPD 1919–32), MdVL/MdL Württemberg (SPD 1919–33), Vorsitzender der SPD-Fraktion im württembergischen Landtag (1920–33), württembergischer Minister für Arbeit und Ernährung (1921–23), MdVL/MdL Württemberg-Baden (SPD 1946–52), Präsident des württemberg-badischen Landtags (1947–52)
253f

Keinath, Otto (1879–1948), Verbandsfunktionär und Politiker, MdR (Nationalliberale Partei 1912–18, DDP 1920–24, DVP 1924–28, 1930–32)
228, 233, 243, 381, 397, 426, 429f, 459

Kemper, August (geb. 1870), Chefredakteur der „Württembergischer Zeitung“
369

Kepler, Johannes (1571–1630), Astronom und Mathematiker
125

Kerrl, Hanns (1887–1941), Jurist und Politiker, MdL Preußen (NSDAP 1928–33), preußischer Landtagspräsident (1932/33), preußischer Justizminister (1933/34), MdR (NSDAP 1933–41), Reichsminister ohne Geschäftsbereich (1934), Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten (1935–41)
479

Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von (1811–1877), katholischer Theologe und Sozialpolitiker, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung (1848/49), Bischof von Mainz (1850–1877), MdR (Zentrum 1871/72)
338

Keudell, Walter von (1884–1973), Jurist, Politiker und Rittergutsbesitzer, MdR (DNVP 1924–28, DNVP/Christlichnationale Arbeitsgemeinschaft 1928–30), Reichsminister des Innern (1927/28)
283, 307

Keynes, John Maynard (1883–1946), Nationalökonom, Mitglied der britischen Friedensdelegation in Versailles
184

Keyserling, Hermann Graf (1880–1946), Philosoph und Schriftsteller
169

Kiderlen-Waechter, Alfred von (1852–1912), Diplomat und Politiker, Staatssekretär im AA (1910–12)
257f

Kilpper, Gustav (1879–1963), Verleger, Generaldirektor der DVA (1910–42), Vorsitzender der Vereinigung Württembergischer Arbeitsgeberverbände (1919–32), erster Vorsteher des Deutschen Verlegervereins (1924–29), Präsident der IHK Stuttgart (1932–34), Landesdirektor für Wirtschaft von Württemberg-Hohenzollern (1945/46), Gründer des Gustav Kilpper Verlags (1953)
286, 305–308, 416

Kindermann, Auslandspfarrer in Athen
414

Kircher, Rudolf (1885–1954), Journalist, Redakteur (1912) bzw. Chefredakteur (1933–43) der „Frankfurter Zeitung“
445, 479, 517

Klages, Dietrich (1891–1971), Lehrer, Journalist und Politiker, MdR (NSDAP 1932–45), MdL Braunschweig (NSDAP 1933), braunschweigischer Minister für Inneres und Volksbildung (1931–45) und Ministerpräsident (1933–45), zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt (1950), vorzeitig aus der Haft entlassen (1957)
446

Klepper, Otto (1888–1957), Jurist und Politiker, Präsident der Preußischen Generalgenossenschaftskasse (1928), preußischer Finanzminister (1931–33), Emigration (1933) über mehrere Stationen nach Mexiko (1942), Rückkehr nach Deutschland (1947), Mitgründer der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“
354

Knapp, Georg Friedrich (1842–1926), Nationalökonom, Leiter des Statistischen Amtes in Leipzig (1867–74), Mitgründer des „Vereins für Socialpolitik“ (1873), Professor in Leipzig (1869–74), Professor (1874–1918) und Rektor (1891/92, 1907/08) an der Universität Straßburg, Übersiedelung über Mannheim (1919) nach Darmstadt (1920), Vater von Elly Heuss-Knapp
20, 45f, 85–87, 89, 101–103, 130, 145f, 148–150, 152f, 163, 170, 178, 179–181, 183–185, 195, 197, 244f, 255, 264f, 274f, 285

Knapp, Lydia, geb. von Karganow (1849–1925), Ehefrau von Georg Friedrich Knapp
184, 198, 254

Kneher, Hans (1884–1968), Politologe und Journalist, Syndikus des Verbands württembergischer Industrieller (bis 1944), Mitautor an der Bosch-Festschrift (1931), Hauptgeschäftsführer der IHK Stuttgart (1945–50)
416

Koch-Weser, Erich (1875–1944), Jurist und Politiker, MdL Oldenburg (parteilos 1902–09), MdL Bremen (parteilos 1909–13), Oberbürgermeister von Kassel (1913–19), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1913–18), MdNV/MdR (DDP 1919–30), Reichsinnen- (1919–21) und Reichsjustizminister (1928/29), Vorsitzender der DDP (1924–30) und der DDP-Fraktion im Reichstag (1924–28), Emigration nach Brasilien (1933)
27, 35, 41, 200, 207f, 222, 228–230, 234–236, 262, 272, 280, 285, 292, 294, 298, 300,

314, 321–324, 332f, 339, 351, 352f, 354, 366, 368, 370f, 373f, 375–379, 382, 389–392, 484

Könke, Paul (geb. 1870), Malermeister und Politiker, MdR (DDP 1924)
236

Kopp, Gottlob (1895–1970), Malermeister, Vorsitzender der DDP in Waiblingen, Präsident der Handwerkskammer in Stuttgart (1945–64), MdL Württemberg-Baden (DVP 1946–52)
439f

Kopsch, Julius (1855–1935), Lehrer und Politiker, MdR (Freisinnige Volkspartei/FVP 1896–1918, DDP 1920–28), MdL Preußen (Freisinnige Volkspartei/FVP 1899–1918), MdVL Preußen (DDP 1919–21)
119

Korell, Adolf (1872–1941), evangelischer Theologe und Politiker, MdL Hessen (FVP 1911–18, DDP 1927–33), MdR (DDP 1920–28), hessischer Minister für Wirtschaft und Arbeit (1928–31)
220

Krämer, Isy (1877–1963), Religionslehrer, Vorsteher und Kantor der jüdischen Gemeinde in Heilbronn, freier Mitarbeiter der „Heilbronner Zeitung“ (ab 1908) und der „Neckar-Zeitung“ (ab 1910), Emigration über Frankreich (1939) in die USA
93

Krämer, Viktor (1881–1937), Verleger der „Neckar-Zeitung“, des „Heilbronner General-Anzeigers“ und der „Heilbronner Abend-Zeitung“
95, 99, 132f

Kraus, DDP-Mitglied in Neckarsulm
134

Krauß, Richard (1866–1944), Mühlenbesitzer, DDP-Mitglied in Göppingen
134

Krosigk, Lutz Johann Ludwig Graf s. Schwerin-Krosigk, Lutz Johann Ludwig Graf

Kübler, Karl (1880–1955), Postsekretär und Politiker, Mitglied des Gemeinderats Geislingen (FVP/DDP 1911–33), MdVL Württemberg (DDP 1919/20), MdL Württemberg (DDP 1922–24), Vorsitzender der DDP im Oberamt Geislingen, Mitglied der beratenden Landes-

versammlung Württemberg-Hohenzollern (DVP 1946/47), MdL Württemberg-Hohenzollern (DVP 1947–52)
134

Kühle, Emil (1878–1965), Journalist in Heilbronn und Schwäbisch Gmünd, Redakteur beim „Heilbronner General-Anzeiger“, bei der „Heilbronner Zeitung“, der „Gmünder Zeitung“ (1916) und der „Schwäbischen Rundschau“ (1936–45)
379

Külz, Wilhelm (1875–1948), Rechtsanwalt und Politiker, MdNV/MdR (DDP 1920–32), Reichsinnenminister (1926/27), Oberbürgermeister von Dresden (1931–33), Mitgründer und Vorsitzender (1945–48) der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (1945–48)
14, 252, 266, 280, 305–308, 326f, 333, 476f, 486, 491, 492, 503

Kuhl, Hermann von (1856–1958), Militär und Militärhistoriker
171

Kurz, Hermann (1813–1873), Schriftsteller und Übersetzer
131

Laband, Paul (1838–1918), Staatsrechtler, Professor in Königsberg (1864–72) und Straßburg (1872–1918), Mitglied im Staatsrat von Elsass-Lothringen (1879–1911), führender Staatsrechtler des Kaiserreichs
346

Lampe, Bekannter der Familie Heuss in Heilbronn
120

Landahl, Heinrich (1895–1971), Lehrer und Politiker, 1. Vorsitzender des Reichsbunds Deutsch-Demokratischer Jugendvereine (1920–23), MdL Hamburg (DDP/DStP 1924–33), MdR (DStP 1933), MdL Hamburg (SPD 1946–66), Hamburger Schulsenator (1945–53, 1957–61)
513, 523–526, 527

Landauer, Carl (1891–1983), Nationalökonom und Publizist, Redakteur des „Deutschen Volkswirt“ (1926–33), Professor an der Handelshochschule in Berlin (1932/33), Emigration in die USA (1933), Professor in Berkeley (1936–59)
354f

Landsberg, Otto (1869–1957), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (SPD 1912–18), MdNV/MdR (SPD 1919–33), Mitglied im Rat der Volksbeauftragten (1918/19), Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles (1919), Reichsjustizminister (1919), Emigration nach Holland (1933)
37, 281f

Laotse (6. Jh. v. Chr.), chinesischer Philosoph, Begründer des Taoismus
169

Lassalle, Ferdinand (1825–1864), Philosoph und Politiker, Gründer und Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863/64)
452

Lauterbach, Amandus (geb. 1878), DDP-Mitglied in Berlin-Schöneberg, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Schöneberg (DDP 1919), Stadtschulrat in Breslau (1920–34)
138

Lederer, Hugo (1871–1940), Bildhauer, Schöpfer des Hamburger Bismarckdenkmals (1902–08)
255

Lednicki, Aleksander (1866–1934), Rechtsanwalt und polnischer Politiker, Mitglied der russischen Duma (Konstitutionelle Partei 1905–17), Übersiedlung nach Polen (1918)
423

Lemmer, Ernst (1898–1970), Journalist, Gewerkschaftsführer und Politiker, Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften (1922–33), 1. Vorsitzender des Reichsbunds Deutsch-Demokratischer Jugendvereine (1923–30), MdR (DDP/DStP 1924–33), Mitgründer der CDU in Berlin (1945), MdL Brandenburg (CDU 1946–49), MdL Berlin (CDU 1950–69), MdB (CDU 1952–70), Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (1956/57), für gesamtdeutsche Fragen (1957–62) und für Vertriebene (1964/65)
229, 360, 369, 412, 470, 487, 491, 498, 502, 509

Lempp, Gertrud, geb. Dessecker (1889–1977), Bekannte von Heuss in Schwäbisch Gmünd
216

Lenin, Deckname von Wladimir Iljitsch Uljanow (1870–1924), russischer Revolutionär und Politiker
205f

Lennox, Richmond (1894–1929), Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik (1924–29)
193f, 288

Lennox, Ehefrau von Richmond Lennox
288

Lesser, Ernst (1879–1928), Mediziner und Physiologe, Vorstand des Laboratoriums der städtischen Krankenanstalten Mannheim (1910–28)
87

Lesser, Marianne, geb. Knapp (1879–1966), Malerin, Schwester von Elly Heuss-Knapp, Ehefrau von Ernst Lesser
87, 130, 274f, 453f

Liebermann, Max (1847–1935), Maler, Mitgründer (1898) und Präsident der „Berliner Secession“ (1899–1911), Präsident der Preussischen Akademie der Künste (1920–33)
340

Liebig, Justus von (1803–1873), Chemiker, Professor in Gießen (1824–52) und München (1852–73), Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (1859–73), Großonkel von Elly Heuss-Knapp, Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1942)
13

Liefmann, Robert (1874–1941), Nationalökonom, Professor in Freiburg (1904–33)
153

Liepmann, Hans (geb. 1906), Freund der Familie Heuss in Berlin
246

Liesching, Theodor (1865–1922), Rechtsanwalt und Politiker, MdL Württemberg (VP/FVP 1900–18), MdR (FVP 1912–18), württembergischer Justiz- und Außenminister und Ministerpräsident (1918), württembergischer Finanzminister (1918–22), Mitgründer der DDP in Württemberg, MdVL/ MdL Württemberg (DDP 1919–22)
111, 118f, 231, 372

Lilienfein, Heinrich (1879–1952), Schriftsteller und Literaturhistoriker
276f

Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann von (1883–1947), Jurist und Politiker, MdL Preußen (DNVP 1921–24), MdR (DNVP 1924–28, DNVP/Christlichnationale Arbeitsgemeinschaft 1928–30, KVP 1930–32)
356, 368

Lindsey, Ben B. (1869–1943), Richter und amerikanischer Sozialreformer
286

Lissauer, Ernst (1882–1937), Schriftsteller
419–421

List, Friedrich (1789–1846), Nationalökonom, Journalist und Politiker, Professor in Tübingen (1817–19), Mitgründer des Deutschen Handels- und Gewerbevereins (1819), MdL Württemberg (1820/21), inhaftiert (1824–26), Emigration in die USA (1825), Rückkehr nach Deutschland als US-Konsul für Hamburg (1832), Verfechter eines industrialisierten und wirtschaftlich vereinigten Deutschlands
275, 357

Löbe, Paul (1875–1967), Schriftsetzer, Journalist und Politiker, MdNV/MdR (SPD 1919–33), Reichstagspräsident (1920–32), Verbindungen zum sozialdemokratischen Widerstand gegen das NS-Regime, inhaftiert (1933, 1944), Mitglied des Parlamentarischen Rates (SPD 1948/49), MdB (SPD 1949–53)
219, 258, 339, 396, 419

Loebell, Friedrich Wilhelm von (1855–1931), Jurist, Beamter und Politiker, MdR (Deutschkonservative Partei 1898–1900), preussischer Innenminister (1914–17), Präsident des Reichsbürgerrates
484

Loew, Elisabeth (1894–1980), Tochter von Friedrich Naumann, Ehefrau von Wilhelm Loew
166, 192, 311, 340

Loew, Wilhelm (1887–1977), evangelischer Theologe, Pfarrer in Simmersbach, Remscheid und Traben-Trarbach, Studiendirektor des Predigerseminars der Rheinischen Kirche in Düsseldorf (1936), nach Zwangspensionierung Studium der Medizin, Arzt in Graz, Professor in Mainz und Saarbrücken, Schwiegersohn von Friedrich Naumann
166

Loris-Melikow, Josef (geb. ca. 1875), Vetter von Elly Heuss-Knapp, Diplomat, russischer Gesandtschaftsattaché bei der Den Haager Friedenskonferenz (1907), in St. Petersburg ansässig
181

Lossow, Otto von (1868–1938), Militär, Divisionskommandeur und bayerischer Landeskommandant im Konflikt mit der Reichsregierung während der Krise zwischen Bayern und dem Reich (1923), Rückzug ins Privatleben (1924)
199

Lotz, Hermann (1877–1936), Ingenieur, Kaufmännischer Vorstand der Salzwirk Heilbronn AG (1910–22), Vorstandsmitglied der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft Mannheim (1922–27), Vorstandsmitglied der Preussag (1927–36)
447f, 530

Lotz, Wolfgang (1912–1981), Kunsthistoriker, stellvertretender Direktor des Zentralinstituts für Kunstgeschichte in München (1947), Professor in Poughkeepsie (1952–59) und New York (1959–62), Direktor der Bibliotheca Hertziana in Rom (1962–80), Sohn von Hermann Lotz
530

Loulakakis, Emmanuel, Student an der Deutschen Hochschule für Politik
239

Lüders, Marie-Elisabeth (1878–1966), Sozialpädagogin und Politikerin, Leiterin der Frauenarbeitszentrale (1916–18), MdNV/MdR (DDP 1919–30), Mitgründerin des Deutschen Akademikerinnenbundes (1925), inhaftiert (1937), MdL Berlin (FDP 1948–50), Berliner Stadträtin für Sozialwesen (1949–51), MdB (FDP 1953–61), Alterspräsidentin des Deutschen Bundestags (FDP 1953 und 1957)
116, 213, 475f, 487

Luppe, Hermann (1874–1945), Verwaltungsjurist und Politiker, Mitgründer der DDP (1918), MdNV (DDP 1919/20), Oberbürgermeister von Nürnberg (1920–33), inhaftiert (1933, 1938, 1939), bei einem Bombenangriff auf Kiel ums Leben gekommen
449

Luther, Hans (1879–1962), Verwaltungsjurist und Politiker, Oberbürgermeister von Essen

(1918–22), Reichsernährungsminister (1922/23), Reichsfinanzminister (1923–25), Reichskanzler (1925/26), Reichsbankpräsident (1930–33), Botschafter in Washington (1933–37), Professor in München (ab 1952)
36, 187, 246, 250, 272f, 306, 339, 472, 517

Luther, Martin (1483–1546), Theologe und Reformator
307

Machiavelli, Niccolò di (1469–1527), italienischer Staatsmann und Geschichtsschreiber
398

MacDonald, Ramsay (1866–1937), britischer Politiker, Mitglied des Unterhauses (Labour Party 1906–18, 1922–37), Vorsitzender der Labour Party (1911–14, 1922–31) bzw. der National Labour Party (1931–37), britischer Außenminister (1924) und Premierminister (1924, 1929–35)
473

Mahraun, Arthur (1890–1950), Politiker, Gründer (1920) und Hochmeister des Jungdeutschen Ordens (1920–1930)
388–390, 398f, 403

Maier, Hanna, geb. Weinbrenner, Mitglied der Jugendgruppe für soziale Hilfsarbeit in Heilbronn
87, 90

Maier, Pfarrer, Mann von Hanna Maier
90

Maier, Reinhold (1889–1971), Rechtsanwalt und Politiker, Vorsitzender der DDP in Stuttgart (1924–30), württembergischer Wirtschaftsminister (1930–33), MdR (DStP 1932/33), MdL Württemberg (DDP 1932/33), Ministerpräsident von Württemberg-Baden (1945–52) und Baden-Württemberg (1952/53), MdVL Württemberg-Baden (DVP 1946), MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (FDP/DVP 1946–64), MdB (FDP 1953–56, 1957–59), Bundesvorsitzender der FDP (1957–60)
347, 350f, 373, 381, 389, 395, 441, 456–459, 461–464, 464–467, 467–469, 470, 474, 477, 480–482, 487, 490, 504–507, 510, 513, 515, 520f, 523, 526, 531

Maltzan, Ago von, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin (1877–1927), Jurist und

Diplomat, Staatssekretär im AA (1922–24),
Botschafter in Washington (1925–27)
287

Mann, Thomas (1875–1955), Schriftsteller,
Träger des Nobelpreises für Literatur (1929),
Emigration über Frankreich und die Schweiz
(1933) in die USA (1938), Übersiedelung in
die Schweiz (1952)
39, 277

Maretzky, Oskar (geb. 1881), Jurist und Poli-
tiker, Bürgermeister von Berlin-Lichtenberg
(1912–20), MdNV/MdR (DVP 1919–24,
Nationalliberale Vereinigung/DNVP 1924),
MdL Preußen (DNVP 1924–28), Oberbürger-
meister von Berlin (1935–37)
232

Marie, Haushälterin beim Ehepaar Heuss in
Berlin
154

Marx, Wilhelm (1863–1946), Richter und
Politiker, MdL Preußen (Zentrum 1899–
1918), MdR (Zentrum 1910–18), MdNV/
MdR (Zentrum 1919–32), MdVL Preußen
(Zentrum 1919–21), Vorsitzender des Zent-
rums (1922–28) und der Zentrums-Fraktion
im Reichstag (1921–23, 1925/26), Reichs-
kanzler (1923–25, 1926–28), preußischer Mi-
nisterpräsident (1925), Kandidat der republika-
nischen Parteien bei den Wahlen zum Reichs-
präsidenten (1925), Reichsjustizminister (1926)
36, 40, 201, 208, 219, 221, 223, 226, 244,
245–247, 279f, 283, 306, 336f, 339, 484

Matthiesen, Otto Heinrich (geb. 1878), Groß-
kaufmann in Hamburg, Kandidat der DStP
bei den Reichstagswahlen vom November
1932
510

Maucler, Friedrich Freiherr von (1783–
1859), Jurist, württembergischer Justizminister
(1818–31) und Präsident des Geheimen Rathes
(1831–48), Mitschöpfer der württembergi-
schen Verfassung (1818)
357

Maurenbrecher, Ehefrau von Max Mauren-
brecher
359

Maurenbrecher, Max (1874–1930), evange-
lischer Theologe, Publizist und Politiker,
Mitglied des Nationalsozialen Vereins, SPD-
Mitglied (1903–13), Organisator der Lauen-

steiner Tagungen (1917), Mitglied der Deut-
schen Vaterlandspartei (1917) und des All-
deutschen Verbandes (1918), MdL Sachsen
(DNVP 1920/21)
358f

Mauthe, Fritz (1875–1951), Uhrenfabrikant
und Politiker, Geschäftsführer der Firma
Mauthe GmbH Großuhrenfabrik in Schwen-
ningen (ab 1904), MdL Württemberg (DDP
1924–32)
372f, 379, 480f

May, Karl (1842–1912), Schriftsteller
181

Mayer, Catharina, Bibliothekarin an der
Deutschen Hochschule für Politik
206

Mayer, Ernst (1901–1952), Journalist und
Politiker, geschäftsführender Vorsitzender der
DVP in Württemberg (ab 1945) und Bundes-
geschäftsführer der FDP (1950–52), MdB
(FDP 1949–52)
38, 379f, 481

Mayer, Gustav (1871–1948), Historiker, Pro-
fessor in Berlin (1922–33), Emigration über
Holland nach Großbritannien (1936)
343f

Mayer, Julius Robert von (1814–1878), Arzt
und Naturforscher in Heilbronn, formuliert als
wissenschaftlicher Außenseiter den Ersten
Hauptsatz der Wärmelehre
125

Mayr, Gertrud, Mitarbeiterin in der Geschäfts-
stelle der DDP in Stuttgart
456

Meinecke, Friedrich (1862–1954), Historiker,
Professor in Straßburg (1901–06), Freiburg
(1906–14) und Berlin (1914–32), Gründungs-
rektor der Freien Universität Berlin (1948)
20, 22, 85, 91, 144, 160, 185–187, 193f, 214,
264f, 336f, 339, 343f

Meißner, Otto (1880–1953), Verwaltungsjurist,
Leiter des Büros des Reichspräsidenten
(1920–35) bzw. der Präsidialkanzlei (1935–45)
246, 417, 483–485, 519

Merten, Otto (geb. 1874), Lehrer und Poli-
tiker, MdR (Freisinnige Volkspartei 1904–07),
MdL Preußen (DDP/DStP 1925–32), Ober-
regierungs- und Gewerbeschulrat in Potsdam

(1922–29), Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium (1929–33)
236

Meyer, Julie (1897–1970), Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Dozentin an der Volkshochschule und Sozialen Frauenschule in Nürnberg (bis 1933), Gründerin des Bayerischen Landesverbands Deutscher Demokratischer Jugendvereinigungen (1920), Übertritt zur Radikaldemokratischen Partei (1930), Emigration in die USA (1937), Dozentin, später Professorin an der New School for Social Research in New York (1938–67)
192, 269

Meyer, Oskar (1876–1961), Jurist und Politiker, Syndikus der Handelskammer Berlin (1905–33), MdL Preußen (FVP 1915–18), MdVL Preußen (DDP 1919–21), MdR (DDP/DStP 1924–32), Vorsitzender der DDP-Fraktion im Reichstag (1929/30), Emigration über die Schweiz (1933) und Kolumbien (1940) in die USA (1941)
229, 294, 299, 350, 355, 368, 391, 396, 461, 466, 476f, 505, 506–508, 515, 524

Meyer-Lindenberg, Hermann (1912–1982), Jurist und Diplomat, Leiter der Politischen Abteilung des AA (1965–67), Botschafter in Madrid (1967–74) und Rom (1974–77), Sohn von Oskar Meyer
355

Michalski, Konstanty (1879–1947), katholischer Theologe und Philosoph, Professor in Krakau (ab 1919), Rektor der Universität Krakau (1931/32), inhaftiert im KZ Sachsenhausen (1939/40)
423

Mierendorff, Carlo (1897–1943), Nationalökonom, Schriftsteller und Politiker, MdR (SPD 1930–33), Inhaftierung in verschiedenen KZ (1933–38), Aufbau einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe, Verbindungen zum bürgerlichen Widerstand gegen das NS-Regime
244

Mies van der Rohe, Ludwig (1886–1969), Architekt, stellv. Vorsitzender des Deutschen Werkbundes (1926–33), Leiter des Bauhauses (1930–33), Emigration in die USA (1937), Direktor der Architektur-Abteilung am Armour-

Institute (ab 1940 Illinois Institute of Technology) in Chicago
397, 515

Minna, Haushälterin beim Ehepaar Heuss in Berlin
288, 309

Mischel, Joseph, polnischer Dichter und Übersetzer, Mitarbeiter am „Deutschen Volkswirt“
357

Missenharter, Hermann (1886–1962), Journalist und Schriftsteller, Herausgeber des „Schwäbischen Bundes“ und anderer Zeitschriften
25, 122–125, 131f, 140f

Mittag, R., Sekretärin von Theodor Heuss
222

Mittelmann, Fritz (1886–1932), Schriftsteller und Politiker, MdNV/MdR (DVP 1919–30)
298

Mittenzwei, Mitarbeiter am Bibliographischen Institut in Leipzig
335f

Moericke, Otto (1880–1965), Oberbürgermeister von Konstanz (1919–33)
284

Mörike, Direktor der DVA in Berlin
308

Moldenhauer, Paul (1876–1947), Jurist und Politiker, Professor an der Kölner Handelshochschule (1903–07), MdVL Preußen (DVP 1919–21), MdR (DVP 1920–32), Reichswirtschafts- (1929) und Reichsfinanzminister (1930), Professor in Berlin (1931–43)
428, 503

Mollath, Jakob Ludwig (1888–1966), Kaufmann und Politiker, MdR (WP 1924–32)
502

Molo, Walter von (1880–1958), Schriftsteller, 1. Vorsitzender (1927/28) des SdS, Präsident der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste (1928–30)
99, 276, 357f

Moltke, Hans Adolf von (1884–1943), Diplomat, Gesandter (1931–34) bzw. Botschafter in Warschau (1934–39) und Madrid (1943)
422–424

Mommsen, Theodor (1817–1903), Historiker, Professor in Leipzig (1848–50), Zürich (1852–54), Breslau (1854–61) und Berlin (1861–85), Rektor der Universität Berlin (1874/75), MdL Preußen (Deutsche Fortschrittspartei 1863–66, Nationalliberale Partei 1873–79, „Secession“ 1881–84), Verfasser von Standardwerken zur römischen Geschichte 129

Montgelas, Maximilian Graf von (1860–1938), Militär und Publizist 171

Moosmann, Franz (1889–1946), DDP-Mitglied in Schramberg 481

Morath, Albrecht (1880–1942), Postbeamter und Politiker, MdR (DVP 1920–33) 396, 502

Mosich, Ernst (geb. 1892), Publizist und Politiker, Geschäftsführer des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP, Geschäftsführer des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie (1931–34) 366

Mück, Friedrich (1879–1936), Direktor der Heilbronner Gewerbekasse AG bzw. der Handels- und Gewerbebank Heilbronn AG (1904–36), DDP-Mitglied in Heilbronn, einer der engsten Freunde von Theodor Heuss 46f, 89, 93–96, 120, 133–136, 164f, 170, 178, 202, 212, 268f, 285f, 318, 405, 433–436, 447–453, 471–475, 485–488, 495–497, 504–506, 508–511, 514–516, 517–523, 527–530

Mück, Marie (1880–1966), Ehefrau von Friedrich Mück 268f, 285, 318, 434f, 452, 488, 516, 523, 530

Müller, Hermann (1876–1931), Handlungsgehilfe, Journalist und Politiker, MdR (SPD 1916–18), MdNV/MdR (SPD 1919–31), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Reichstag (1920–28), Reichskanzler (1920, 1928–30) und Reichsaußenminister (1919/20) 302, 353, 484

Müller, Ludwig, Bekannter von Friedrich Mück in Heilbronn 89

Muser, Oscar (1850–1935), Rechtsanwalt und Politiker, MdL Baden (Deutsche Volkspartei/FVP 1889–1918), MdVL Baden (DDP 1919) 268

Mussolini, Benito (1883–1945), italienischer Journalist und Politiker, Gründer der faschistischen Bewegung (1919), nach dem „Marsch auf Rom“ (1922) Errichtung einer Einparteiendiktatur unter seiner Führung, Entmachtung (1943), von italienischen Partisanen hingerichtet 386

Nägele, Eugen (1856–1938), Gymnasiallehrer und Politiker, MdL Württemberg (VP/FVP 1907–18), Mitgründer (1888) und Vorstand des Schwäbischen Albvereins (1913–33), Leiter des Jugendherbergswesens in Württemberg 283, 285

Napoleon I. (1769–1821), französischer Politiker und Militär, Kaiser der Franzosen (1804–14, 1815) 129

Naumann, Friedrich (1860–1919), Pfarrer, Publizist und Politiker, Gründer und Herausgeber der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1894–1919), Gründer des Nationalsozialen Vereins (1896), Mitgründer des Deutschen Werkbundes (1907), MdR (Freisinnige Vereinigung, FVP 1907–12, 1913–18), Mitgründer und Vorsitzender der DDP (1918/19), MdNV (DDP 1919), Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1937) 11f, 17, 19, 22f, 28–30, 37, 41, 47f, 88–90, 92, 94, 101f, 108, 113f, 116, 128–130, 139, 145, 152, 154, 156–158, 166, 170, 185, 191–193, 197, 229, 278, 281f, 301, 311f, 325, 340f, 346, 358f, 378, 380, 383, 435, 538f

Naumann, Johannes (1861–1946), Pfarrer, Bruder von Friedrich Naumann 156

Naumann, Maria Magdalena (1859–1937), Ehefrau von Friedrich Naumann 128, 166, 170, 192, 195, 197, 200, 281f, 311, 340

Neurath, Konstantin Freiherr von (1873–1956), Diplomat und Politiker, Botschafter in Rom (1921–30) und London (1930–32), Reichsaußenminister (1932–38), Reichsprotektor von Böhmen und Mähren (1939–43, ab 1941 beurlaubt), als Hauptkriegsverbrecher durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig entlassen (1954) 479, 532

Neurath, Otto (1882–1945), österreichischer Philosoph, Soziologe und Bildungspolitiker, Emigration über Holland (1934) nach England (1940)
153

Newton, Isaac (1643–1727), Begründer der neueren mathematischen Physik und Astronomie
125

Nietzsche, Friedrich (1844–1900), klassischer Philologe und Philosoph, Professor in Basel (1869–79)
347

Nogaro, Bertrand (1880–1950), französischer Jurist und Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1924–34), Erziehungsminister (1926)
423f

Nuschke, Otto (1883–1957), Journalist und Politiker, Chefredakteur der „Hessischen Landeszeitung“ (1904–08) und der „Berliner Volks-Zeitung“ (1915–30), MdNV (DDP 1919/20), MdL Preußen (DDP/DStP 1921–33), Reichsgeschäftsführer der DStP (1931–33), inhaftiert (1933, 1936), Verbindungen zum Widerstand („Kreisauer Kreis“) gegen das NS-Regime, Mitgründer (1945) und Vorsitzender (1948–57) der CDU in der SBZ bzw. DDR, MdL Sachsen-Anhalt (CDU 1946–48), MdL Brandenburg (CDU 1946–52), Mitglied der Volkskammer und stellv. Ministerpräsident der DDR (1949–57)
116, 213, 391, 463, 475, 485, 513

Oberfohren, Ernst (1881–1933), Lehrer und Politiker, MdNV/MdR (DNVP 1919–33), Vorsitzender der DNVP-Fraktion im Reichstag (1929–33)
503

Oncken, Hermann (1869–1945), Historiker, Mitglied der Ersten Badischen Kammer (1915–18), Professor in Gießen (1906/07), Heidelberg (1907–23), München (1923–28) und Berlin (1928–35)
361

Ovid (43 v. Chr.–17 n. Chr.), römischer Dichter
478

Pagel, Karl (1898–1974), Schriftsteller und Verleger, Mitarbeiter der DVA in Stuttgart

(1924–33) bzw. Leiter ihrer Berliner Zweigstelle (1933–45), Leiter des Carl Habel Verlags (1946–52)
286

Painlevé, Paul (1863–1933), französischer Mathematiker und Politiker, Professor in Paris (1903), Mitglied der Nationalversammlung (1910–33), Premierminister (1917, 1925), Minister für Unterricht (1915/16), Kriegsminister (1917, 1925, 1925/26, 1926–29), Finanzminister (1925) und Minister für Luftfahrt (1930/31, 1932/33)
412

Pallat, Wandervogelkamerad von Ernst Ludwig Heuss
166

Papanastasiou, Alexandros Panagiotou (1879–1936), Ministerpräsident von Griechenland (1924, 1932)
412

Papen, Franz von (1879–1969), Diplomat und Politiker, MdL Preußen (Zentrum 1921–28, 1930–32), Reichskanzler (1932) und Vizekanzler (1933/34), MdR (Hospitant bei der DNVP, NSDAP 1933–45), Gesandter und Botschafter in Wien (1934–39) und Ankara (1939–44), Freispruch durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gegen die Hauptkriegsverbrecher
42, 470f, 478f, 488, 493–495, 498, 503, 511, 515, 518f

Paul, Bekannte der Familie Heuss in Heilbronn
121, 286

Payer, Alwine von, geb. Schöninger (1854–1936), Ehefrau von Friedrich von Payer
272

Payer, Friedrich Adolf (1877–1961), Rechtsanwalt, Mitglied des Stuttgarter Gemeinderats, Sohn von Friedrich von Payer
122

Payer, Friedrich von (1847–1931), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (Deutsche Volkspartei/FVP 1877/78, 1880–87, 1890–1917), MdL Württemberg (VP/FVP 1894–1912), Präsident des württembergischen Landtags (1895–1912), Vorsitzender der FVP-Fraktion im Reichstag (1913–17), stellv. Reichskanzler (1917/18), MdNV (DDP 1919/20), Vorsit-

zender der DDP-Fraktion in der verfassunggebenden Nationalversammlung (1919/20) mit einer kurzen Unterbrechung

23f, 27, 40, 106, 111, 118f, 122, 135, 158, 163, 212, 231, 242–244, 272–274, 285, 343f, 351, 372

Pechel, Rudolf (1882–1961), Publizist, Herausgeber der „Deutschen Rundschau“ (1919–42, 1946–61), Mitglied der jungkonservativen Bewegung, während des NS-Regimes vorübergehend im KZ Sachsenhausen inhaftiert (1942) 256, 344f

Peel, Sir Robert (1788–1850), britischer Politiker, Premierminister (1834/35, 1841–46) und Innenminister (1822–27, 1828–30) 129

Peiler, Bekannter der Familie Heuss 132, 527

Petersen, Carl (1868–1933), Jurist und Politiker, MdL Hamburg (Vereinigte Liberale 1899–1918, DDP/DStP 1921–24, 1928, 1931/32), MdNV/MdR (DDP 1919–24), Vorsitzender der DDP (1919–24) und der DDP-Fraktion im Reichstag (1921–24), Erster Bürgermeister von Hamburg (1924–30, 1931–33) 35, 301, 373f, 382–384, 477, 487, 506, 509, 512, 520, 523, 527, 538

Pfeiffer, Edouard (1890–1966), Jurist und französischer Politiker, Generalsekretär der „Parti radical“ (1927) 412, 535

Pfleiderer, Wolfgang (1877–1971), Erwachsenenpädagoge, Mitgründer (1918) und stellvertretender Direktor (1928–32) des Vereins zur Förderung der Volksbildung in Württemberg, Direktor der Volkshochschule Stuttgart (1925–32), Gründer und Leiter der Volkshochschule Schorndorf (1946–51) 121

Philippovich von Philippsberg, Eugen Freiherr von (1858–1917), Nationalökonom und Politiker, Professor in Freiburg (1888–93) und Wien (1893–1917), Mitglied des österreichischen Herrenhauses (1907–17) 87, 89

Planck, Erwin (1893–1945), Staatssekretär in der Reichskanzlei (1932/33), als Mitglied des bürgerlich-konservativen Widerstands gegen das NS-Regime hingerichtet 479

Planck, Mathilde (1861–1955), Frauenrechtlerin und Politikerin, MdL Württemberg (DDP 1919–28) 111

Plessner, Helmuth (1892–1985), Philosoph und Soziologe, Emigration nach Holland (1933), Professor in Groningen (1939–43, 1946–51), Göttingen (1951–61) und New York (1962/63) 511

Poelzig, Hans (1869–1936), Architekt, Direktor der Kunstakademie Breslau (1903–16), Mitgründer (1907) und 1. Vorsitzender (1919–21) des Deutschen Werkbundes, Professor in Dresden (1916–20) und Berlin (1923–33), Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin (1933), Protagonist einer Biographie von Theodor Heuss (1939) 21, 29, 126f, 510, 515

Poincaré, Raymond (1860–1934), französischer Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1887–1903), Ministerpräsident (1912/13, 1922–24, 1926–29), Bildungsminister (1893, 1895), Finanzminister (1894/95, 1906, 1926–28) und Außenminister (1912/13, 1922–24) 220

Pollux, Figur aus der griechischen Mythologie, Zwillingbruder des Kastor 213

Preuß, Hugo (1860–1925), Jurist und Politiker, Staatssekretär des Innern (1918/19), Reichsinnenminister (1919), MdVL/MdL Preußen (DDP 1919–25) 229, 275, 295, 327, 345f, 358, 447

Preußen, August Wilhelm Prinz von (1887–1949), vierter Sohn von Kaiser Wilhelm II., MdR (NSDAP 1933–45) 145f

Preußen, Wilhelm von (1882–1951), ältester Sohn von Kaiser Wilhelm II., Kronprinz von Preußen 534

Prütz, Max (1876–1945), Chemiker und Politiker, MdR (DStP/Volksnationale Reichsvereinigung 1930–32) 390

Quaatz, Reinhold (1876–1953), Rechtsanwalt und Politiker, MdR (DVP 1920–24, DNVP 1924–33)

232

Quidde, Ludwig (1858–1941), Historiker, Politiker und Pazifist, Direktor des Preußischen Historischen Instituts in Rom (1890–92), MdL Bayern (Liberale Vereinigung/FVP 1907–18), MdNV (DDP 1919/20), Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft (1914–29), Träger des Friedensnobelpreises (1927), Emigration in die Schweiz (1933)

226, 229, 395, 403

Raab, Friedrich (1890–1936), Nationalökonom, Professor in Tharandt (1926–29) und Dresden (1929–34)

188

Radbruch, Gustav (1878–1949), Jurist, Rechtsphilosoph und Politiker, Professor in Heidelberg (1910–14, 1926–33, 1945–48), Königsberg (1914) und Kiel (1919–26), MdR (SPD 1920–24), Reichsjustizminister (1921/22, 1923)

31, 144, 319–321, 442

Rade, Martin (1857–1940), evangelischer Theologe, Schwager Friedrich Naumanns, MdVL Preußen (DDP 1919–21), Professor in Marburg (1904–24), Herausgeber der Zeitschrift „Die christliche Welt“ (1887–1931)

47, 278

Radowitz, Joseph Maria von (1797–1853), Militär, Politiker und politischer Schriftsteller, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung (äußerste Rechte 1848/49), preußischer Außenminister (1850), Verfechter der Idee eines „sozialen Königtums“

338

Raemisch, Erich (geb. 1896), Jurist, Syndikus, Geschäftsführer des Vereins deutscher Seidenwebereien, Mitglied des Deutschen Werkbundes

527

Raithel, Hans Adolf (1864–1939), Schriftsteller

131

Ranke, Leopold von (1795–1886), Historiker, Professor in Berlin (1825–1886), Präsident der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (ab 1858)

423

Raschig, Friedrich (1863–1928), Unternehmer und Politiker, MdNV (DDP 1919/20), MdR (DDP 1924–28), Inhaber einer chemischen Fabrik in Ludwigshafen am Rhein

208

Rathenau, Walther (1867–1922), Industrieller, Schriftsteller und Politiker, Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium (1914/15), Reichsminister für Wiederaufbau (1921), Reichsaußenminister (1922), ermordet von der rechtsradikalen Organisation Consul

133, 172f

Rathgen, Irmgard (1897–1985), Nationalökonomin und Frauenpolitikerin, Mitarbeiterin in der Reichsgeschäftsstelle der DDP

250f

Rauch, Hans (1876–1937), Ingenieur und Politiker, Mitglied des Münchner Stadtrats (1919–24), MdR (BVP 1923–33)

255

Rauth, Alfred (1884–1963), Arzt in Heilbronn, Schulfreund von Theodor Heuss

90

Redlich, Josef (1869–1936), österreichischer Jurist, Politiker und Historiker, Professor in Wien (1907–18) und Harvard (1926–34), Mitglied des österreichischen Reichsrats (1907–18), Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung Österreichs (Deutschnationale Partei 1918/19), österreichischer Finanzminister (1918, 1931)

102

Reibnitz, Kurt Freiherr von (1877–1937), Jurist und Politiker, Vorsitzender des Staatsministeriums Mecklenburg-Strelitz (1919/20), Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz (1920–23, 1928–31)

246

Reichensperger, August (1808–1895), Jurist und Politiker, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung (1848/49), MdL Preußen (1850–63), Gründer der katholischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus (1852), MdR (Zentrum 1871–84)

338

Reichensperger, Peter (1810–1892), Jurist und Politiker, Mitglied der preußischen Nationalversammlung (1848/49), MdL Preußen

(Zentrum, 1858–92), MdR (Zentrum 1870–92)

338

Reimann, geb. Petersen, Schwester von Carl Petersen

246

Reinert, Hellmut (1891–1962), Jurist und Politiker, Mitglied der Frankfurter Stadtverwaltung (1921), Frankfurter Magistratsrat (1926), Stadtrat in Frankfurt (1945–60)

312

Reinhold, Peter (1887–1955), Verleger und Politiker, MdL Sachsen (DDP 1919–24), sächsischer Finanzminister (1920, 1924–26), Reichsfinanzminister (1926/27), MdR (DDP 1928–32), Aufsichtsratsvorsitzender der schlesischen Zellstoff- und Papierfabriken (nach 1933)

390, 458, 475, 487, 505f, 515

Reinöhl, Walter (1887–1937), Oberreallehrer, Vorsitzender der DDP im Oberamt Aalen

134

Renner, Karl (1870–1950), österreichischer Politiker, Bibliothekar und Schriftsteller, Mitglied des österreichischen Reichsrats (1907–18), Staatskanzler (1918–20), Leiter des Staatsamtes für Inneres und Unterricht (1919) und des Staatsamtes für Äußeres (1919/20), Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung Österreichs (Sozialdemokratische Partei 1918–20), Mitglied des österreichischen Nationalrats (Sozialdemokratische Partei 1920–34), Mitglied des österreichischen Nationalrats (SPÖ 1945), österreichischer Staatskanzler bzw. Bundespräsident (1945–50)

268

Renner, Paul (1878–1956), Graphiker, Buch- und Schriftkünstler, Leiter der von ihm gegründeten Meisterschule für Deutschlands Buchdrucker in München (1926–33), Mitglied des Deutschen Werkbundes

510

Rex, Karl, Kaufmann, Vermieter der Familie Heuss in der Fregestraße 80 in Berlin-Friedenau

173

Rex, Lotte, Tochter von Karl Rex, Spielkameradin von Ernst Ludwig Heuss

142

Rexrodt, Wilhelm (1895–1969), Nationalökonom, Generalsekretär der DDP im Wahl-

kreis Franken, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP/DStP (1929–31), Mitgründer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in Sachsen-Anhalt (1945), Oberbürgermeister von Eisleben (1946–49), Übersiedlung nach West-Berlin (1951)

389, 400

Rheinbaben, Rochus Freiherr von (1893–1937), Journalist, Gründer des jungliberalen Clubs „Front 1929“

391

Richter, Eugen (1838–1906), Publizist und Politiker, MdR (Deutsche Fortschrittspartei/Deutsche Freisinnige Partei/Freisinnige Volkspartei 1867, 1871–1906) MdL Preußen (Deutsche Fortschrittspartei/Deutsche Freisinnige Partei/Freisinnige Volkspartei 1868–1905), Vorsitzender der Freisinnigen Volkspartei (1893–1906)

129, 325

Richthofen, Hartmann Freiherr von (1878–1953), Diplomat, Politiker und Gutsbesitzer, MdR (Nationalliberale Partei 1912–18), MdNV (DDP 1919/20), MdR (DDP 1924–28), MdL Preußen (Nationalliberale Partei 1915–18), MdVL Preußen (DDP 1919–21), Emigration nach Österreich (1933), Rückkehr nach Deutschland (1945)

252f, 295

Riedl, Richard (1865–1944), österreichischer Gesandter in Berlin (1921–25)

161f

Riedmaier, Paul (1879–1951), Schriftsetzer bei der „Neckar-Zeitung“ in Heilbronn

95

Riemerschmid, Richard (1868–1957), Maler und Architekt, Mitgründer der „Vereinigten Werkstätten für Kunst und Handwerk“ in München (1897), Mitgründer (1907) und 1. Vorsitzender (1921–26) des Deutschen Werkbundes, Mitgründer der „Gartenstadt Hellerau“ (1908), Leiter der Kunstgewerbeschule in München (1912–24) und der Kölner Werkstätten (1926–31)

21, 92, 101, 126

Riezler, Kurt (1882–1955), Journalist und Politiker, Vortragender Rat in der Reichskanzlei und enger Mitarbeiter von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1915–17), Leiter des Büros des Reichspräsidenten Fried-

rich Ebert (1919/20), Vorsitzender des Kuratoriums der Universität Frankfurt (1928–34), Emigration in die USA, Professor an der New School for Social Research in New York (1938–52), Rückkehr nach Deutschland (1954)
25, 33, 168f, 182, 185, 187, 196, 214f, 230, 245

Rintelen, Emil von (1897–1981), Legationssekretär bei der deutschen Botschaft in Paris (1923–28), Gesandtschaftsrat in Warschau (1929–32)
424

Roeder von Diersbach, Ada Freiin von (1879–1970), Malerin in Heidelberg
453

Rönneburg, Heinrich (1887–1949), Lehrer und Politiker, Mitgründer der DDP in Braunschweig, MdL Braunschweig (DDP 1918–24, 1927/28), braunschweigischer Kultusminister (1919/20) und Innen- und Wirtschaftsminister (1922–24), MdR (DDP 1924–30), Mitgründer der CDU in Braunschweig (1945), Mitglied des Parlamentarischen Rates (CDU 1948)
251, 272, 461f, 475f

Roeseler, Hans (1893– vermutlich 1945), Leiter des Buchverlages Ullstein bzw. des Deutschen Verlags (nach 1933), Vorstandsmitglied der Deutschen Hochschule für Politik, Geschäftsführer des Propyläen-Verlages
144

Rohrbach, Clara, geb. Müller (geb. 1870), Lehrerin, Ehefrau von Paul Rohrbach
93

Rohrbach, Paul (1869–1956), Publizist, Historiker und evangelischer Theologe, kaiserlicher Kommissar in Deutsch-Südwestafrika (1903–06), Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Hilfe“ und der „Neckar-Zeitung“, Mitgründer und -herausgeber der Zeitschrift „Das größere Deutschland“, ab 1916 „Deutsche Politik“ (1914–22), Mitglied der DDP (1920–26), leitende Tätigkeit in der „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums“ (1927–30)
19–20, 24, 47, 87, 97, 108, 332–334

Rometsch, Parteifreund von Theodor Heuss in Schwabach
489

Roosevelt, Franklin D. (1882–1945), amerikanischer Politiker, Präsident der USA (1933–45)
473, 516

Rosenfeld, Otto (geb. 1863), Inhaber einer Tabakblätterhandlung in Stuttgart
205, 286

Rosenstock-Huessy, Eugen (1888–1973), Philosoph, Jurist und Soziologe, Mitgründer (1921) und Leiter der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., Professor in Breslau (1923–33), Emigration in die USA (1933), Professor in Harvard (1933–35) und am Dartmouth College in Hanover, New Hampshire (1935–60)
308

Roth, Emil (1867–1939), Fabrikant und Politiker, MdL Württemberg (DDP 1920–32), Inhaber einer Möbel- und Schuhstoffweberei in Reutlingen
118, 481

Rothardt, Erwin, Journalist, Redakteur der „Mitteldeutschen Presse“ in Magdeburg (1923/24)
238

Rothembücher, Karl (1880–1932), Jurist, Professor in München (1910–32)
214

Rücker, Erich (1899–1958), Oberpostsekretär in Brackenheim
421f

Rümelin, Johanna (1874–1947), Vorstandsmitglied des Heilbronner Frauenvereins, Nachfolgerin von Elly Heuss-Knapp in der Arbeitsbeschaffungsstelle für Kriegerfrauen
286

Rustige, Heinrich (1884–1974), Rechtsanwalt in Stuttgart, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Süßwarenindustrie (1919), des Verbandes Württembergischer Weinkellereien (1922), des Zweigvereins des Reichsbundes der deutschen Süßwarenindustrie für Württemberg-Hohenzollern (1928) und des Fachverbandes der Süßwarenindustrie Württemberg-Baden e. V. (1945), Münchener Studienfreund von Heuss
121, 285

Sabatier, Paul (1858–1928), französischer Theologe und Historiker
311

Sachsenberg, Gotthard (1891–1961), Jagdflieger und Politiker, MdR (WP 1928–32), Mitarbeiter der Junkers-Werke in Dessau
376

Salzer, Eugen (1866–1938), Verleger in Heilbronn
123

Schacht, Hjalmar (1877–1970), Bankier und Politiker, Mitgründer und Mitglied der DDP (1918–26), Reichsbankpräsident (1923–30, 1933–39), Reichswirtschaftsminister (1934–37), Generalbevollmächtigter für die Wehrwirtschaft (1935–37), inhaftiert (1944/45), durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg freigesprochen (1946), aufgrund mehrerer Spruchkammerverfahren inhaftiert (1946–48)
122, 203f, 223, 323

Schäfer, Max (1889–1966), Diplomat
286

Schäfer-Rümelin, Maria (1896–1966), Übersetzerin, Ehefrau von Max Schäfer
286

Schäff-Zerweck, Heinrich (1862–1937), Schriftsteller und Maler
493

Schaffner, Jakob (1875–1944), Schriftsteller
140

Schairer, Erich (1887–1956), Publizist, Sekretär Friedrich Naumanns (1912–14), Redakteur der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1912–14), Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“ (1918/19), Gründer und Herausgeber der „Heilbronner Sonntags-Zeitung“ (1920–22) und der „Sonntags-Zeitung“ in Stuttgart (1922–37), Chefredakteur des „Schwäbischen Tagblatts“ in Tübingen (1945/46), Mitherausgeber der „Stuttgarter Zeitung“ (1946–54)
27, 90, 95, 98f, 102, 132f, 152

Schall, Wilhelm Friedrich (1882–1928), Jurist und Politiker, MdL Württemberg (DDP 1924–28), württembergischer Staatsminister für Arbeit und Ernährung (1920/21) und Finanzen (1922–24), stellv. Vorsitzender der DDP in Württemberg
200, 210, 295, 297

Schaller, Hans Otto (1883–1917), Kunsthistoriker und Kunsthändler, Leiter des Kunsthauses Schaller in Stuttgart
123, 138

Schaller, Sibylle, verh. Barth-Schaller (1913–2000), Tochter von Hans Otto Schaller und

Käte Schaller-Härlin, Patenkind von Theodor Heuss
138, 205

Schaller-Härlin, Käte (1877–1973), Malerin, Ehefrau von Hans Otto Schaller
121, 138, 143, 153, 167, 170, 205, 217, 285, 460

Scheef, Adolf (1874–1944), Verwaltungsbeamter und Politiker, MdL Württemberg (FVP 1912–18), MdR (FVP 1918), MdVL/MdL Württemberg (DDP 1919–32), Vorsitzender der DDP-Fraktion im württembergischen Landtag (1924–32), Oberbürgermeister in Tübingen (1927–39)
111, 348, 379f, 435, 474

Scheffler, Karl (1869–1951), Kunstkritiker, Herausgeber der Zeitschrift „Kunst und Künstler“
126

Scheidemann, Philipp (1865–1939), Buchdrucker und Politiker, MdR (SPD 1903–18), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Reichstag (1913–18), Vizepräsident des Reichstags (1912 und 1918), Proklamierung der Deutschen Republik (9. 11. 1918), Reichsministerpräsident (1919), MdNV/MdR (SPD 1919–33), Oberbürgermeister von Kassel (1920–25), Emigration nach Dänemark (1933)
279, 281

Schickele, René (1883–1940), Schriftsteller, Emigration nach Frankreich (1932)
318

Schiele, Martin (1870–1939), Landwirt und Politiker, MdR (Deutschkonservative Partei 1914–18), MdNV/MdR (DNVP 1919–30), Reichsinnenminister (1925), Reichsminister für Ernährung (1927/28, 1930–32), Gründer der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei (1930)
292, 297, 393

Schiffer, Eugen (1860–1954), Richter und Politiker, MdL Preußen (Nationalliberale Partei 1903–18, DDP 1921–24), MdR (Nationalliberale Partei 1912–17), Vorsitzender der Fraktion der Nationalliberalen Partei im Reichstag (1912–17), MdNV/MdR (DDP 1919–24), Vorsitzender der DDP-Fraktion in der verfassunggebenden Nationalversammlung (1919) und im Reichstag (1920/21), Staatssekretär im Reichsschatzamt (1918/19), Reichsfinanz-

minister (1919), Reichsvicekanzler (1919/20), Reichsjustizminister (1919/20, 1921), Verbindungen zum bürgerlich-liberalen Widerstand gegen das NS-Regime, Vorstandsmitglied der Liberal-Demokratischen Partei in der SBZ bzw. DDR (1946–51)
22, 94, 144, 220, 226, 228, 233, 243

Schiller, Friedrich von (1759–1805), Schriftsteller und Historiker
129, 166, 307

Schlange-Schöningen, Hans (1886–1960), Landwirt und Politiker, MdL Preußen (DNVP 1921–28), MdR (DNVP, Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1924–32), Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe (1931/32), Verbindungen zum bürgerlich-konservativen Widerstand gegen das NS-Regime, Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bizone (1947–50), MdB (CDU 1949/50), Botschafter in London (1953–55)
509, 529

Schleicher, Kurt von (1882–1934), Militär und Politiker, Chef der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium (1929–32), Reichskanzler (1932/33), im Zuge des „Röhm-Putsches“ ermordet (1934)
44, 466, 470, 472, 479, 493, 517, 519, 520, 530, 532f

Schleicher, Rudolf (1865–1950), Forstmeister in Leonberg, DDP-Mitglied
134

Schlenker, Martin (1878–1936), Postbeamter, Postassistent bzw. Postsekretär in Lauffen (1909–25), Mitglied des Gemeinderats Lauffen (DDP 1919–22), später Oberpostmeister in Trossingen
107f, 121f, 512

Schmaltz, Vermieterin des Ehepaars Heuss in Miltenberg
246

Schmauser, Herbert Justus (1903–1989), Industrieller, DStP-Mitglied, Stadtrat bzw. Bürgermeister in Schwabach (1945–66)
389

Schmidt, Axel (1870–1940), Historiker und Journalist, Redakteur der „Deutschen Politik“
89, 92, 153

Schmidt, Anna, Ehefrau von Axel Schmidt
92

Schmidt, Hermine, s. David, Hermine

Schmitt, Carl (1888–1985), Staatsrechtler, Professor in Greifswald (1921/22), Bonn (1922–26), Berlin (1926–33, 1933–45) und Köln (1933), Vertreter der Reichsregierung im Staatsgerichtshofverfahren um die Rechtmäßigkeit der Amtsenthebung der preußischen Regierung („Preußenschlag“) 1932
345f, 358

Schmoller, Gustav von (1836–1917), Nationalökonom, Professor in Halle (1864–72), Straßburg (1872–82) und Berlin (1882–1913), Rektor der Universität Berlin (1897), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1899–1917), Mitgründer (1873) und Vorsitzender (1890–1917) des „Vereins für Socialpolitik“
265

Schmückle, Georg (1880–1948), Jurist und Schriftsteller, Herausgeber der Zeitschriften „Schwäbische Kunde“ (1918–20) und „Schwäbischer Bund“ (1919–23), Landesleiter der Reichsschrifttumskammer (1933–45) und Direktor des Schiller-Nationalmuseums (1939–45)
123, 141, *407f*

Schnee, Heinrich (1871–1949), Jurist, Kolonialbeamter und Politiker, Gouverneur von Deutsch-Ostafrika (1912–19), MdR (DVP 1924–32, NSDAP 1933–45), Präsident des Bundes der Auslandsdeutschen (1926–33)
262, 266, *304f*, 502f

Schneider, Eugen von (1854–1937), Historiker und Archivar, Leiter des Württembergischen Staatsarchivs (1905–24), Vorsitzender der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte (1914–20), Schriftleiter der „Württembergischen Vierteljahrshefte für Landesgeschichte“ (1911–20)
357f

Schneider, Fritz, Lehrer im Landschulheim Holzminde
347

Schneider, Fritz, Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte (USPD/SPD 1921–29)
342

Schneider, Gustav (1877–1935), Kaufmann, Verbandssekretär und Politiker, MdNV (DDP

1919/20), MdR (DDP/DStP 1924–32), Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Angestellten
229, 262, 332, 342, 461

Schneider, Rudolph (1876–1933), Kaufmann, Bankier und Politiker, MdR (DVP 1924–33), MdL Sachsen (DVP 1922–25), Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (1919–22), Syndikus des Dresdner Bankhauses Bondi & Maron
427f, 503

Schönleber, Gustav (1851–1917), Maler
89

Schönleber, Luise (1861–1940), Ehefrau von Gustav Schönleber
88

Scholz, Ernst (1874–1932), Jurist und Politiker, Oberbürgermeister von Kassel (1912/13) und Berlin-Charlottenburg (1913/14, 1917–20), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1912–18), MdR (DVP 1921–32), Reichswirtschaftsminister (1921/22), Vorsitzender der DVP (1929/30) und der DVP-Fraktion im Reichstag (1923–30)
209, 368, 376f, 382, 392, 396f

Schotte, Walther (geb. 1886), Publizist, Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“ (1920–35), Mitglied des jungkonservativen „Juni-Klubs“
89, 139

Schradin, Hugo (1874–1961), Oberpostinspektor, DDP-Mitglied in Bietigheim bzw. Friedrichshafen, als politisch mißliebig entlassen (1933), Vorsitzender der DVP und Mitglied im Gemeinderatskomitee in Friedrichshafen (1946)
134

Schreiber, Georg (1882–1963), katholischer Theologe, Historiker und Politiker, MdR (Zentrum 1920–33), Professor in Regensburg (1915–17) und Münster (1917–35, 1945–51)
159, 338f

Schreiber, Walther (1884–1958), Rechtsanwalt und Politiker, MdVL/MdL Preußen (DDP/DStP 1919–33), Vorsitzender der DDP/DStP-Fraktion im preußischen Landtag (ab 1924), preußischer Minister für Handel und

Gewerbe (1925–32) und Finanzminister (1931/32), Verbindungen zum sozialdemokratischen Widerstand gegen das NS-Regime, Mitgründer (1945) und Vorsitzender der CDU in Berlin (1947–52), MdL Berlin (CDU 1946–58), Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus (1946–51), Bürgermeister (1951–53) und Regierender Bürgermeister von Berlin (1953–55)
458, 470, 476, 510, 526

Schücking, Walther (1875–1935), Jurist und Politiker, MdNV/MdR (DDP 1919–28), Professor in Marburg (1903–21), Berlin (1921–26) und Kiel (1926–33), Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles (1919)
220, 222f, 226, 229

Schütt, Konrad, stellvertretender Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DStP
502

Schumacher, Kurt (1895–1952), Jurist, Journalist und Politiker, Redakteur bei der „Schwäbischen Tagwacht“ (1920–30), MdL Württemberg (SPD 1924–31), MdR (SPD 1930–33), inhaftiert (1933–43, 1944), MdL Hannover (SPD 1946), Vorsitzender der SPD in den drei Westzonen bzw. in der Bundesrepublik (1946–52), MdB (SPD 1949–52), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag (1949–52)
7

Schurz, Carl (1829–1906), amerikanischer Politiker, Revolutionär und Publizist, Teilnehmer an der deutschen Revolution (1848/49), Emigration über die Schweiz, Paris und London nach New York (1849–52), Eintritt in die Republikanische Partei (1856), Generalmajor im amerikanischen Bürgerkrieg, amerikanischer Innenminister (1877–81)
12, 312–314

Schwamberger, Emil (1882–1955), Politiker, Oberbürgermeister von Ulm (1919–33), Ministerialdirektor im württembergisch-badischen Innenministerium (1945–48)
415

Schwander, Rudolf (1868–1950), Nationalökonom und Verwaltungsbeamter, Bürgermeister von Straßburg (1906–17), Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt (1917), Statthalter von Elsass-Lothringen (1918), Ober-

präsident der Provinz Hessen-Nassau (1919–30)
188

Schwarz, DDP-Mitglied in Stuttgart
480

Schweickhardt, Heinrich (1862–1919), Kaufmann und Politiker, MdR (Deutsche Volkspartei/FVP 1903–18), MdL Württemberg (VP/FVP 1903–18), MdVL Württemberg (DDP 1919), Gründungsmitglied der DDP in Württemberg
111

Schweitzer, Albert (1875–1965), Arzt, evangelischer Theologe, Philosoph, Musiker und Schriftsteller, Gründer eines Tropenhospitals in Lambarene (1913), Traupfarrer und Freund von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp
11, 275, 460

Schweitzer-Bresslau, Helene (1879–1957), Sozialarbeiterin, Ehefrau von Albert Schweitzer, Jugendfreundin von Elly Heuss-Knapp
275, 309

Schweizer, Friedrich (1873–1944), Oberlehrer, Mitglied des Gemeinderats (DDP 1919–22) und Vorsitzender der DDP in Schorndorf
134

Schwerin von Krosigk, Lutz Johann Ludwig Graf (1887–1977), Jurist und Politiker, Reichsfinanzminister (1932–45), Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis im „Wilhelmstraßenprozeß“ (1949), vorzeitige Haftentlassung (1951)
517f

Schwertfeger, Bernhard (1868–1953), Militär und Historiker, Mitarbeiter im AA
175f

Seeberg, Reinhold (1859–1935), evangelischer Theologe, Professor in Dorpat (1885–89), Erlangen (1889–98) und Berlin (1898–1927)
159

Seipel, Ignaz (1876–1932), katholischer Theologe und österreichischer Politiker, Professor in Salzburg (1908–17) und Wien (1917), österreichischer Minister für soziale Fürsorge (1918), Obmann der Christlichsozialen Partei (1921–30), Bundeskanzler (1922–24, 1926–29) und Außenminister (1930)
259

Selbert, Elisabeth (1896–1986), Rechtsanwältin und Politikerin, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Kassel (SPD 1946–52), MdVL/MdL Hessen (SPD 1946–58), Mitglied des Parlamentarischen Rates (SPD 1948/49)
7

Senn, Marie (1877–1955), Cousine von Theodor Heuss
245

Senn, Nora (geb. 1899), Lehrerin, Tochter von Marie Senn
245

Sering, Max (1857–1939), Agrarökonom, Professor in Bonn (1885–89) und Berlin (1889–1925), Leiter der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, Gründer des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen (1922)
161, 179–181

Severing, Carl (1875–1952), Schlosser, Gewerkschafter und Politiker, MdR (SPD 1907–12), MdNV/MdR (SPD 1919–33), MdVL/MdL Preußen (SPD 1919–33), preußischer Innenminister (1920, 1921–26, 1930–32), Reichsinnenminister (1928–30), MdL Nordrhein-Westfalen (SPD 1947–52)
31, 304, 307, 320, 327, 457, 521

Siemens, Carl Friedrich von (1872–1941), Unternehmer und Politiker, MdR (DDP 1920–24)
220, 233

Simon, John Allsebrook (1873–1954), Rechtsanwalt und britischer Politiker, Innen- (1915/16, 1935–37), Außen- (1931–35) und Finanzminister (1937–40), Lordkanzler (1940–45)
473

Simons, Hans (1893–1972), Verwaltungsjurist und Politikwissenschaftler, Dozent und Direktor (1925–29) der Deutschen Hochschule für Politik, Oberpräsident in Niederschlesien (1930–32), Emigration in die USA (1933), Professor in New York (1935–60), Präsident der New School for Social Research in New York (1950–60), Abteilungsleiter der amerikanischen Besatzungsbehörde in Deutschland (1947–49)
263f

Singer, Kurt (1886–1962), Nationalökonom, Promotion bei Georg Friedrich Knapp (1910),

Chefredakteur des „Wirtschaftsdienstes“ in Hamburg (1916–28), Professor in Hamburg (1928–31) und Tokyo (1931–39), Übersiedlung nach Australien (1939), Rückkehr nach Europa (1957)

274

Singer, Paul (1844–1911), Kaufmann und Politiker, Mitgründer des Berliner demokratischen Arbeitervereins (1868), Eintritt in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869), MdR (SPD 1884–1911), gemeinsam mit August Bebel Vorsitzender der SPD (1890–1909)

129

Sklarek, Gebrüder, Leo, Willi und Max, Inhaber einer Textilfirma

342

Sodemann, August, Lehrer von Ernst Ludwig Heuss in Berlin

166

Sohm, Rudolph (1841–1917), Jurist und Rechtshistoriker, Professor in Freiburg (1870–72), Straßburg (1872–87) und Leipzig (ab 1887), Kommissionsmitglied bei der Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches (ab 1890), Mitgründer des Nationalsozialen Vereins (1896)

129, 312

Solf, Wilhelm (1862–1936), Politiker, Diplomat und Orientalist, Staatssekretär im AA (1918), Botschafter in Tokyo (1921–28), DDP-Mitglied, Mitglied des bürgerlich-konservativen Widerstands gegen das NS-Regime („Solf-Kreis“)

106, 470, 473, 475f

Sombart, Werner (1863–1941), Nationalökonom, Professor in Breslau (1890–1906) und Berlin (1906–31)

153, 158

Sonnemann, Leopold (1831–1909), Journalist, Verleger und Politiker, MdR (Süddeutsche Volkspartei 1871–76, 1878–84), Stadtverordneter von Frankfurt (1869–80, 1887–1904), alleiniger Eigentümer und Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“ (1866–93)

243

Sparrer, Georg (1877–1936), Apotheker und Politiker, MdR (DDP 1924–30), Vorsitzender des Deutschen Apotheker-Vereins

220

Spengler, Oswald (1880–1936), Kulturphilosoph und Schriftsteller, Verfasser des kulturkritischen Werkes „Der Untergang des Abendlandes“ (1919/22)

221f

Spiecker, Bekannter der Familie Heuss in Stuttgart

246

Stählin

318

Stein, Philipp (1870–1932), Rechtsanwalt und Bankier, Mitherausgeber der „Deutschen Politik“, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (1925–32)

87

Steinberg, Siegfried (1899–1969), Historiker, Mitarbeiter von Walter Goetz

358

Steiner, Rudolf (1861–1925), Philosoph und Pädagoge, Begründer der Anthroposophie

269

Steiniger, Karl (1864–1947), Verwaltungsbeamter und Politiker, MdR (DNVP 1924–30)

254

Stephan, Werner (1895–1984), Journalist und Politiker, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP (1922–29), Referent in der Presseabteilung der Reichsregierung (1929–33) und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (1933–38), persönlicher Referent beim Reichspressechef Otto Dietrich (1938–45), Bundesgeschäftsführer der FDP (1955–59), Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung (1959–64)

202, 234, 236, 298, 370

Stinnes, Hugo (1870–1924), Industrieller und Politiker, MdR (DVP 1920–23)

117

Stock, Carl (1876–1945), Bildhauer

96

Stöckele, DDP-Mitglied in Stuttgart

480

Stoecker, Adolf (1835–1909), evangelischer Theologe und Politiker, Berliner Dom- und Hofprediger (1874–90), Gründer der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei (1878) und der antisemitischen „Berliner Bewegung“, MdL Preußen (Deutschkonservative Partei 1879–98),

MdR (Deutschkonservative Partei 1881–93, 1898–1908), Gründer des „Evangelisch-sozialen Kongresses“ (1890)
295, 378, 518

Stöcker, Helene (1869–1943), Frauenrechtlerin, Schriftstellerin und Pazifistin, Emigration (1933) über mehrere Länder in die USA (1941)
129f

Stolper, Ernst Gustav (1916–2000), amerikanischer Militär, Mitarbeiter der amerikanischen Besatzungsbehörde in Deutschland, Sohn von Gustav Stolper aus erster Ehe
178, 259

Stolper, Gustav (1888–1947), Nationalökonom, Publizist und Politiker, Mitherausgeber des „Österreichischen Volkswirtes“ (1911–25), Chefredakteur des „Berliner Börsen-Couriers“ (1925), Gründer und Herausgeber des „Deutschen Volkswirtes“ (1926–33), MdR (DStP 1930–32), Emigration in die USA (1933), Wirtschafts- und Finanzberater (1933–39), wirtschaftspolitischer Berater der Stadt New York (1943–47), Teilnahme an der Hoover-Mission nach Deutschland (1947)
26, 47, 104f, 127f, 138f, 141, 161f, 174, 177f, 179, 195–198, 199f, 203f, 217f, 221f, 222–224, 255, 258, 288, 313, 330, 354–357, 365–367, 369, 374, 382–384, 390, 420, 443, 453, 467f, 491, 497, 510, 514, 516, 519, 523

Stolper, Johanna Maria, verh. Campbell (geb. 1929), amerikanische Historikerin, Tochter von Gustav und Toni Stolper, Patenkind von Elly Heuss-Knapp
342f

Stolper, Toni, geb. Kassowitz (1890–1988), Juristin und Journalistin, Mitarbeiterin des „Österreichischen Volkswirtes“ (1921–25), Mitgründerin und Mitarbeiterin des „Deutschen Volkswirtes“ (1926–33), Emigration in die USA (1933), Gründungsmitglied und geschäftsführende Sekretärin von „Selfhelp“ (1936–38), leitende Mitarbeiterin des American Council for Emigres in the Professions (1948–55), Ehefrau von Gustav Stolper
47, 174, 178f, 198, 222f, 288, 312, 341–343, 354–357, 365, 367

Stolper, Wolfgang Friedrich (1912–2002), amerikanischer Volkswirtschaftler, Emigration in die Schweiz (1933) und in die USA (1934),

US-Soldat (1944/45), Professor in Michigan (1949–83), Sohn von Gustav Stolper aus erster Ehe
178, 198, 259, 367

Stotz, Gustav (1884–1940), Graphiker, Leiter des Kunsthauses Schaller, Gründer (1920) und Leiter der Württembergischen Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes
121, 135, 285

Strahl, Richard (1884–1957), Jurist, Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst (1919–33)
319

Strasser, Gregor (1892–1934), Apotheker und Politiker, MdR (Nationalsozialistische Freiheitspartei, NSDAP 1924–33), MdL Bayern (Nationalsozialistische Freiheitspartei 1924), Reichsorganisationsleiter der NSDAP (1928–32), im Zuge des „Röhm-Putsches“ ermordet (1934)
44, 465f, 532

Strasser, Hermann (1906–45), Student an der Deutschen Hochschule für Politik (1930), Lokalredakteur des „Gränz-Boten“ in Tuttlingen, während der NS-Zeit Kaufmann in Nürtingen und Speyer
500

Strasser, Otto (1897–1974), Politiker, Publizist, NSDAP-Mitglied (1925–30), Emigration über die Tschechoslowakei (1933), die Schweiz und Frankreich nach Kanada, Rückkehr nach Deutschland (1955), Gründer und Vorsitzender der Deutsch-Sozialen Union (1956–60)
514

Strauss, Emil (1866–1960), Schriftsteller
123

Stresemann, Gustav (1878–1929), Verbandsfunktionär und Politiker, MdR (Nationalliberale Partei 1907–12, 1914–18), Vorsitzender der Nationalliberalen Partei (1917/18), MdNV/MdR (DVP 1919–29), Mitgründer (1918) und Vorsitzender der DVP (1919–29) und der DVP-Fraktion in der verfassungsgebenden Nationalversammlung (1919/20) und im Reichstag (1920–23), Reichskanzler (1923), Reichsaußenminister (1923–29), Träger des Friedensnobelpreises (1926)
31, 34, 113, 119, 188, 196, 199, 201, 208, 240, 266, 287, 294, 298f, 300f, 316, 324, 339, 406, 428, 430, 534

Stresemann, Joachim (1908–1999), Jurist, Emigration in die USA, Sohn von Gustav Stresemann
534

Stresemann, Käte, geb. Kleefeld (1885–1970), Ehefrau Gustav Stresemanns
534

Stresemann, Wolfgang (1904–1998), Komponist, Emigration in die USA (1939), Intendant des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin (1956–59) und des Berliner Philharmonischen Orchesters (1959–78)
534

Stubmann, Peter Franz (1876–1962), Verbandssyndikus und Politiker, MdL Hamburg (Nationalliberale Partei 1913–18, DDP/DStP 1919–33), Senator in Hamburg (1920–25), MdR (Nationalliberale Partei 1917/18, DDP 1920), MdVL Mecklenburg-Strelitz (DDP 1919), Mitglied des Staatsministeriums von Mecklenburg-Strelitz (1918/19)
300f, 391

Stündt, Otto (1894–1970), Kaufmann, Schriftsteller und Politiker, DDP-Mitglied (1919–30), Gründer des Bayerischen Landesverbands Deutscher Demokratischer Jugendvereinigungen (1920), Herausgeber der Zeitschrift „Echo der Deutschen Demokratischen Jugendvereinigungen“, stellv. Vorsitzender der „Radikaldemokratischen Partei“ (1930/31), vorübergehend inhaftiert (1939), nach 1945 im Dienst der evangelischen Kirche
192

Sutter, Otto (1884–1970), Ingenieur und Journalist, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ (ab 1910), Geschäftsführer der Frankfurter Messe- und Ausstellungsgesellschaft (1920–29)
312–314

Sybel, Heinrich von (1885–1969), Gutsbesitzer und Politiker, MdR (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei/Deutsches Landvolk 1928–30, NSDAP (Gast) 1930–32, NSDAP 1932–45), Direktor des Reichs-Landbundes (bis 1933)
356

Tantzen, Theodor (1877–1947), Landwirt und Politiker, MdL Oldenburg (FVP/DDP 1910–28), MdNV/MdR (DDP 1919, 1928–30), Ministerpräsident in Oldenburg (1919–

23, 1945–46), inhaftiert (1939, 1944, 1945), MdL Niedersachsen (FDP 1946/47), Verkehrsminister und stellv. Ministerpräsident von Niedersachsen (1946/47)
207, 229f

Tardieu, André (1876–1945), französischer Politiker, Mitglied der Nationalversammlung (1914–24, 1926–36), Ministerpräsident (1929/30, 1932), Minister für die befreiten Gebiete (1919/20), Minister für öffentliche Arbeiten (1926–28), Innenminister (1928–30), Agrarminister (1931/32), Kriegsminister (1932), Außenminister (1932) und Staatsminister (1934)
472f

Taut, Bruno (1880–1938), Architekt, Professor in Berlin (1930–32), Emigration über die UdSSR (1932), die Schweiz und Japan nach Istanbul (1936)
126

Terian, Helene, Tante von Elly Heuss-Knapp
168, 181

Thälmann, Ernst (1886–1944), Hafenarbeiter und Politiker, MdL Hamburg (USPD/KPD 1919–33), MdR (KPD 1924–33), Vorsitzender der KPD (1925–33), inhaftiert (1933–44), im KZ Buchenwald ermordet
458

Thiel, Otto (1884–1959), Gewerkschafter und Politiker, MdR (DVP 1920–32), Mitgründer und Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes
428

Thieme, Karl Otto (1902–1963), evangelischer Theologe und Historiker, Direktionsassistent an der Deutschen Hochschule für Politik (1927–31), Professor in Elbing (1931–33), Emigration in die Schweiz (1935), Rückkehr nach Deutschland (1945), Direktor des Auslands- und Dolmetscher-Instituts der Universität Mainz (1954–59)
362

Thorn-Prikker, Jan (1868–1932), Glasmaler
154f

Thyssen, August (1842–1926), Industrieller
117

Thyssen, Fritz (1873–1951), Industrieller, finanzieller Förderer der NSDAP, MdR

(NSDAP 1933–39), Emigration in die Schweiz und Frankreich (1939), nach Deutschland ausgeliefert und inhaftiert (1940–45)
323

Tintoretto, eigentlich Jacopo Robusti (1518–1594), italienischer Maler
310

Tirpitz, Alfred von (1849–1930), Militär und Politiker, Staatssekretär im Reichsmarineamt (1897–1917), preußischer Staatsminister (1898–1917), Förderer des Flottenbaus („Tirpitz-Plan“), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1908–18), Großadmiral (ab 1911), Mitgründer der Deutschen Vaterlandspartei (1917), MdR (DNVP 1924–28)
220

Traub, Gottfried (1869–1950), evangelischer Theologe und Politiker, Pfarrer in Dortmund (1901–12), MdL Preußen (FVP 1913–17, Deutsche Vaterlandspartei 1917/18), Mitgründer der Deutschen Vaterlandspartei (1917), MdNV (DNVP 1919/20), Chefredakteur der „München-Augsburger Abendzeitung“ (1921–25), Herausgeber der „Eisernen Blätter“ (1921–29)
92f, 278

Treviranus, Gottfried (1891–1971), Agrarfachmann und Politiker, MdR (DNVP, Volkskonservative Vereinigung 1924–30, KVP 1930–32), Mitgründer der KVP (1930), Reichsminister für die besetzten Gebiete (1930), Reichsverkehrsminister (1931/32), Emigration über England (1934) und Kanada (1939) in die USA (1942), unternehmerische Tätigkeiten, Rückkehr nach Deutschland (1947)
293, 356, 368

Troeltsch, Ernst (1865–1923), evangelischer Theologe, Philosoph und Historiker, Professor in Bonn (1892–94), Heidelberg (1894–1915) und Berlin (1915–23), MdVL Preußen (DDP 1919–21), Unterstaatssekretär im Preußischen Kultusministerium (1919/20)
22, 85, 183, 185–187

Trotzki, Leo (1879–1940), russischer Revolutionär und Politiker, Volkskommissar des Äußeren (1917/18), Volkskommissar für Verteidigung (1918–22) und Schöpfer der Roten Armee, Entmachtung und Ausweisung durch Stalin (1925–29), in Mexiko von Agenten der sowjetischen Geheimpolizei ermordet
356

Turnau, Helene, Cousine von Toni Stolper
153f

Turnau, Laura (1882–1978), Ärztin, Cousine von Toni Stolper
153f, 166

Ullrich, Paul (geb. 1908), Student an der Deutschen Hochschule für Politik
425

Ullstein, Franz (1868–1945), Verleger, Vorstandsvorsitzender der Ullstein AG (1921–33), Emigration in die USA (1938)
371

Ullstein, Rosie, geb. Goldschmidt (1898–1982), Journalistin, Ehefrau von Franz Ullstein
371

Urbanitzky, Grete von (1893–1974), österreichische Schriftstellerin und Journalistin, Emigration über Frankreich (1938) in die Schweiz (1939)
223

Varrentrapp, Franz (1884–1956), Verwaltungsjurist, Schul- und Kirchenpolitiker, Referent für das Volksschulwesen im preußischen Kultusministerium (1918–33), DDP-Mitglied
192

Vater, Margarete, Pädagogin, Professorin an der Pädagogischen Hochschule in Berlin, Leiterin des Seminars für Berufsschullehrerinnen, Freundin der Familie Heuss
169

Venizelos, Eleftherios Kiriakou (1864–1936), Ministerpräsident von Griechenland (1910–15, 1917–20, 1924, 1928–32, 1933)
414

Vögler, Albert (1877–1945), Industrieller und Politiker, MdNV/MdR (DVP 1919–24, NSDAP 1933–45), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum (1915–26), Mitgründer und Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG in Düsseldorf (1925–36), Selbstmord
321, 323f, 329

Vogt, Wilhelm (1854–1938), Landwirt und Politiker, MdL Württemberg (Konservative Partei 1900–18), MdVL Württemberg (Württembergischer Bauernbund 1919/20), MdR (fraktionslos/Wirtschaftliche Vereinigung

1903–12, Konservative Partei 1912–18)
MdnV/MdR (DNVP 1919–30)
405

Vollmar auf Veltheim, Georg von (1850–1922), Militär und Politiker, MdR (SPD 1881–87, 1890–1918), MdL Sachsen (SPD 1883–89), MdL Bayern (SPD 1893–1918), Vertreter des Reformismus innerhalb der SPD
410

Wagner, Martin (1885–1957), Architekt, 1933 Emigration in die Türkei und die USA
515

Wagner, Richard (1813–1883), Komponist
129, 347

Wallraf, Max (1859–1941), Politiker und Verwaltungsbeamter, Oberbürgermeister von Köln (1907–17), Mitglied des preußischen Herrenhauses (1907–17), Staatssekretär im Reichsamt des Innern (1917/18), MdL Preußen (DNVP 1921–24), MdR (DNVP 1924–30), Reichstagspräsident (1924)
219

Walz, Hans (1883–1974), Industrieller, Leiter des Privatsekretariats (1912–25) und Generalbevollmächtigter (1925–42) von Robert Bosch, Mitglied des Aufsichtsrates (1919–24) und des Vorstandes (1924–37) der Firma Robert Bosch, Vorsitzender des Testamentsvollstrecker-Kollegiums (1942–63), einer der führenden Köpfe des Widerstands der Firma Robert Bosch gegen das NS-Regime, inhaftiert (1945–47), Vorsitzender des Aufsichtsrates (1948–52) und der Geschäftsführung (1953–63) der Firma Robert Bosch
286, 416f

Wangenheim, Alexander Freiherr von (1872–1959), Schriftsteller, Landwirt und Politiker, MdR (NSDAP 1930–45)
357

Wassileff, Redakteur der bulgarischen Zeitschrift „Demokratija“
176f

Weber, Alfred (1868–1958), Nationalökonom und Soziologe, Professor in Prag (1904–07) und Heidelberg (1907–33), Mitgründer und Vorsitzender der DDP (1918), Verbindungen zum Widerstand („Kreisauer Kreis“) gegen das NS-Regime
24, 85, 115, 117

Weber, August (1871–1957), Bankier und Politiker, MdR (Nationalliberale Partei 1907–12, DStP 1930–32), Vorsitzender der DStP-Fraktion im Reichstag (1930–32), Emigration über Holland nach England (1939)
391, 393, 396f, 458, 461, 466, 468–470, 473, 476, 515, 520, 524

Weber, Helene (1881–1962), Lehrerin, Sozialpädagogin und Politikerin, MdnV/MdR (Zentrum 1919/20, 1924–33), MdL Preußen (Zentrum 1922–24), Ministerialrätin im preußischen Wohlfahrtsministerium (1920–33), MdL Nordrhein-Westfalen CDU 1946/47), Mitglied des Parlamentarischen Rates (CDU 1948/49), MdB (CDU 1952–62)
7

Weber, Marianne, geb. Schnitger (1870–1954), Publizistin und Frauenrechtlerin, Vorsitzende des Bunds deutscher Frauenvereine (1919–24), MdVL Baden (DDP 1919), Ehefrau von Max Weber
87, 192

Weber, Max (1864–1920), Jurist, Nationalökonom und Soziologe, Professor in Freiburg (1894–97), Heidelberg (1897–1903) und München (1920)
26, 85, 87, 89, 141, 152f, 185, 192f, 359, 525, 539

Wegener, Paul (1874–1948), Theater- und Filmschauspieler sowie Regisseur, Engagement am Deutschen Theater in Berlin (ab 1905)
283

Weingand, Eugen, DDP-Mitglied in Stuttgart
456f

Weinhausen, Friedrich (1867–1925), Journalist und Politiker, MdR (FVP 1912–18), MdL Preußen (FVP 1913–18), MdnV/MdR (DDP 1919–21), Redakteur der Zeitschrift „Die Hilfe“ (1895–1903), Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung/FVP (1906–11)
192

Weisgerber, Albert (1878–1915), Maler, Gründungsmitglied und 1. Vorsitzender der „Neuen Münchener Sezession“ (1913), Mitglied des Deutschen Werkbundes (ab 1913) und der „Berliner Sezession“ (ab 1914), gefallen im 1. Weltkrieg, mit Theodor Heuss befreundet
97

Wenck, Martin (1862–1931), Pfarrer und politischer Publizist, Anhänger von Friedrich Naumann, Chefredakteur der „Wormser Volkszeitung“ (1920–27)
158, 278

Westarp, Kuno Graf von (1864–1945), Jurist und Politiker, MdR (Deutschkonservative Partei 1903–18), Vorsitzender der Fraktion der Deutschkonservativen Partei im Reichstag (1912–18), Mitgründer der DNVP (1918), MdR (DNVP 1920–30, KVP 1930–32), Vorsitzender der DNVP (1926–28) und der DNVP-Fraktion im Reichstag (1925–29), Mitgründer der KVP (1930)
368, 396

Wichert, Fritz (1878–1951), Kunsthistoriker, Gründungsdirektor der Mannheimer Kunsthalle (1909–22), Gründer der Kunstgewerbeschule in Frankfurt a. M. (1923)
109f

Wiedersheim, Richard (1884–1974), Rechtsanwalt, Vorsitzender der DDP in Cannstatt
134

Wieland, Philipp (1863–1949), Fabrikant und Politiker, MdL Württemberg (National-liberale Partei 1909–18), MdVL Württemberg (DDP 1919/20), MdNV/MdR (DDP 1919–30), Präsidiums- und Vorstandsmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie
33, 111, 115, 135, 202, 204, 207, 209f, 211–213, 224, 228f, 293–295, 299, 351–354, 369, 372f, 376, 379f, *381f*

Wiemer, Otto (1868–1931), Journalist und Politiker, MdR (Freisinnige Volkspartei/FVP 1898–1912), Vorsitzender der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei (1907–10) bzw. der FVP im Reichstag (1910–12), MdL Preußen (Freisinnige Volkspartei/FVP 1899–1918, DVP 1921–31)
119

Wiener, Alfred (1885–1964), Emigration über Amsterdam (1933) nach London (1939), Gründer und Direktor der Wiener Library zur Dokumentation der Verbrechen des Nationalsozialismus, regelmäßige Vortragsreisen in das Nachkriegsdeutschland
44

Wilbrandt, Robert (1875–1945), National-ökonom und Schriftsteller, Professor in Tübingen (1908–29) und Dresden (1929–33)
148

Wild, DDP-Mitglied in Schwäbisch Hall
151

Wild, Gerda, Bekannte der Familie Heuss
260

Wildermuth, Eberhard (1890–1952), Verwaltungsjurist und Politiker, DDP/DStP-Mitglied (1919–33), Führer der „Jungdemokraten“ in Württemberg (1923), Mitarbeiter bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1926–28), Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank AG (1928–37), Gründer des Deutschen Nationalvereins (1932), Soldat in der Wehrmacht (1939–45), Wirtschaftsminister in Württemberg-Hohenzollern (1947–49), MdL Württemberg-Hohenzollern (DVP/FDP 1947–50), MdB (FDP 1949–52), Bundesminister für Wiederaufbau (1949–52)
202, 288, 356, 501, 528

Wildhagen, Georg (1857–1947), Jurist, Präsident der Rechtsanwaltskammer am Reichsgericht
475

Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen (1888–1918), Exil in Holland (1918–41)
99, 106, 136, 295, 307

Wilhelm II. (1848–1921), König von Württemberg (1891–1918)
419

Wilhelm, Theodor (geb. 1906), Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung Oldenburg (1937–42), Professor in Flensburg (1951–59) und Kiel (1959–71)
398–400

Willich, Bekannter der Familie Heuss
205

Wilson, Woodrow (1856–1924), Präsident der USA (1913–21)
261

Windthorst, Ludwig (1812–1891), Jurist und Politiker, Justizminister in Hannover (1851–53, 1861–65), MdR (Zentrum 1871–91), MdL Preußen (parteilos/Zentrum 1867–91), Gegenspieler Bismarcks im „Kulturkampf“, Führer des politischen Katholizismus
338

Winnefeld, August (1877–1947), Bergmann und Politiker, MdR (DVP 1919–33)
401

Wenschuh, Josef (1897–1970), Unternehmer, Journalist und Politiker, Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ (1925–29), MdR (DStP 1930–32), Leiter der Wirtschaftsredaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (1934–45), Mitgründer der „Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer“ (1949)
391, 461

Wirth, Joseph (1879–1956), Lehrer und Politiker, MdR (Zentrum 1914–18), MdNV/MdR (Zentrum 1919–33), Reichsfinanzminister (1920/21), Reichskanzler und Reichsaußenminister (1921/22), Reichsminister für die besetzten Gebiete (1929/30), Reichsinnenminister (1930/31), MdL Baden (Zentrum 1913–18), MdVL Baden (Zentrum 1919–21), badischer Finanzminister (1918–20), Emigration über mehrere Länder in die Schweiz (1933), Rückkehr nach Deutschland (1948)
173, 268, 288, 296, 298, 339

Wissel, Rudolf (1869–1962), Gewerkschafter und Politiker, MdL Lübeck (SPD 1905–08), MdR (SPD 1918), MdNV/MdR (SPD 1919–33), Reichswirtschaftsminister (1919), Reichsarbeitsminister (1928–30)
133

Wittich, Werner (1867–1937), Nationalökonom und Wirtschaftsgeograph, Professor in Straßburg
264

Wolf, Alfred (1878–1949), Landwirt und Politiker, MdL Elsass-Lothringen (1911–18)
33, 170, 213, 230, 333

Wolf, Martha, geb. Harff (1879–1969), Ehefrau von Alfred Wolf
166, 170

Wolff, Theodor (1868–1943), Journalist, Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ (1906–33), Mitgründer der DDP (1918), Emigration nach Frankreich (1933), von dort an die Gestapo ausgeliefert (1943)
24, 27, 39, 113, 117, 277, 301, 322

Woltmann, Ludwig (1871–1907), Philosoph und Rassenanthropologe
446

Wüst, Elisabet, geb. Dessecker (gest. 1944), Heilbronner Jugendfreundin von Heuss, Ehefrau von Karl Wüst
205

Wüst, Karl (1879/1880–1929), Inhaber der Heilbronner Speditionsfirma W. Wüst (ab 1914)
205

Wulle, Karl (1864–1937), Buchdruckereibesitzer und Stadtrat, Vorsitzender der VP bzw. der DDP in Heilbronn (1907–32), Mitglied des Gemeinderats der Stadt Heilbronn (VP/DDP 1906–33), MdVL Württemberg (DDP 1919/20)
121, 134, 237, 448

Young, Owen D. (1874–1962), Jurist, Unternehmer und Politiker, bekannt durch den nach ihm benannten „Youngplan“ zur Regelung der deutschen Reparationszahlungen (1929)
322, 365

Zehm, Georg, Studienrat in Stettin, DDP-Mitglied
391

Zehrer, Hans (1889–1966), Journalist und Schriftsteller, Auslandsredakteur der „Vossischen Zeitung“ (1925–31), Herausgeber der Zeitschrift „Die Tat“ (1931–33), Chefredakteur der „Welt“ (1946, 1953–66) und des „Sonntagsblattes“ (1948–53)
520

Zeitlin, Leon (1876–1967), Wirtschaftsfachmann, MdL Preußen (DDP 1928–32), Emigration nach London (1935)
462

Zeller, Ulrich (1884–1985), Oberreallehrer in Schwäbisch Hall, Vorsitzender der DDP in Schwäbisch Hall, Umzug nach Ludwigsburg (1925)
134, 151, 371, 481

Ziegler, Theobald (1846–1918), Philosoph und Pädagoge, Professor in Straßburg (1886–1911)
26, 131

Zimmermann, Ferdinand Friedrich s. Fried, Friedrich

Zobel, Louis (1870–1964), Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Schöneberg (DDP), Vorsitzender des Deutschen Demokratischen Vereins in Schöneberg
113

Zobeltitz, Fedor von (1857–1934), Journalist und Schriftsteller, 2. Vorsitzender des SdS (1924/25)
270

Sachregister

Das Sachregister erschließt thematisch differenziert alle Sachbegriffe und relevanten Informationen aus den abgedruckten Briefen und aus dem Vorwort, der Zeittafel, der Einführung, den Kurzregesten sowie aus dem Kommentar. Nicht aufgenommen wurden die Ortsangaben des Adressaten und des Absenders aus dem Dokumentenkopf sowie alle Bestandteile bibliographischer Angaben. Unspezifische Begriffe wie „Deutschland“ wurden nicht berücksichtigt, stattdessen – wie in diesem Fall – eine Differenzierung in „Deutsches Kaiserreich (1871–1918)“ und „Weimarer Republik (1918–1933)“ vorgenommen.

Das Sachregister orientiert sich in Form von Stichwörtern möglichst eng am Text. Wo es notwendig erschien, Begriffe in eine strukturelle Ordnung zu bringen und damit zusammenzufassen, wurden unter einem Oberbegriff Unterbegriffe, gelegentlich auch Unterbegriffe zweiter Ordnung eingeführt. Dieses Vorgehen bot sich vor allem an bei:

- Parteien mit ihren Untergliederungen, Gremien, Fraktionen, Parteitag
- Parlamenten und Repräsentativversammlungen mit ihren Ausschüssen und Gremien
- komplexen historischen Vorgängen wie „Kriege“ oder „Revolutionen“
- politischen Systemen bzw. Zeitabschnitten in der deutschen Geschichte wie „Deutsches Kaiserreich“ und „Weimarer Republik“
- Ländern und Orten mit institutionellen und lokalen Zuordnungen

In einigen Fällen wurden Schlagwörter gebildet, um auf den darunterliegenden Ebenen alphabetisch disparate und kontingente, jedoch strukturell zusammengehörige Begriffe zu bündeln und somit für den Benutzer besser recherchierbar zu machen. Dazu gehören Schlagwörter wie „Gesetze, Rechtsverordnungen“, „Parlamente, Repräsentativversammlungen, Volksvertretungen, deutsche“, „Verträge, Abkommen“, „Wahlen, Wahlkämpfe“ oder „Zeitungen, Zeitschriften“.

Reden von Theodor Heuss finden sich in chronologischer Folge unter „Heuss, Theodor, Reden“. Reden zu einem gleichen Anlass (Wahlen) wurden zusammengefasst. Selbständige, gedruckte Werke von Heuss, soweit sie nicht nur Teil einer bibliographischen Angabe sind, finden sich – geordnet nach Erscheinungsdatum – unter „Heuss, Theodor, selbständige, gedruckte Werke“. Größere Reisen von Heuss finden sich bei dem entsprechenden Ortseintrag.

Aachen 315, 372, 481

Adlerschild des Deutschen Reiches 417–419

Ärmelkanal 98

Agrarfrage 164, 204, 412

Aisne 98

Aktionskomitee Intellektueller 197

Albert Langen Verlag 99, 182

Allgäu 207, 404

Allgemeine Wehrpflicht 231

Alpen 45, 142, 260, 263

Altmühltal 488

Amiens 106, 257

Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 39f, 127f, 162, 258, 262f, 413, 419

Antiautarkie 476

Anti-Marxismus 37, 401f

Antisemitismus 41, 44, 371

Arbeiter, Arbeiterschaft 16, 115, 346, 530

Arbeiterbewegung 17, 150, 393

Arbeitsdienst 521, 530

Arbeitsgemeinschaft deutscher Zeitschriften für die Interessen des Grenz- und Auslandsdeutschtums 256

Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden 333

Arbeitslosenversicherung 402

Arbeitslosigkeit 449f, 498, 530

Arbeitsstelle für sachliche Politik 187

Arco 388

- Arlbergbahn** 174
- Armenpflege** 120, 197
- Athen** 309
- Aufwertungsfrage** 38, 210, 241, 252f, 326f
- Augsburg** 172f, 487
- Aulendorf** 283
- Auslandsdeutschum** 254, 266, 318, 332–334, 466
- Ausschuss für Neugestaltung des Auslandsdienstes** 104
- Ausschuss zur Vorbereitung der Frauen für die Nationalversammlung** 113
- Außenpolitik** 27, 104, 146, 188, 241, 287, 298, 327, 404, 450, 463, 532, 534
- Autarkie** 438, 466, 471
- Avesnes** 106
- Backnang** 19, 112, 379
- Backsteingotik** 145
- Bad Boll** 128
- Bad Mergentheim** 43, 164, 384f, 521
- Baden** 123, 293, 328, 444, 453, 475, 478, 488
- Baden-Baden** 456
- Badenweiler** 165f, 309, 318, 356
- Balkan** 45, 304, 308, 411, 413
– Reise von Heuss (1928) 304f, 307–309
- Balkanbund** 412
- Balkanpolitik** 91, 412
- Bamberg** 444
- Bank of England** 434
- Bankenkrise** (1931) 419f
– Mittelstandsbanken 428
- Barock** 88, 140
- Basel** 123, 217, 269
- Bauern, Bauernschaft** 115, 134, 136, 212, 246, 427, 449, 450
– Weinbauern 38, 249
- Bayerischer Landwirtschaftsrat** 504
- Bayerische Volkspartei (BVP)** 144, 201, 219f, 255, 377, 385f, 477, 485f, 502, 515
- Bayerischer Bauernbund** 386, 392, 485, 501, 508f
- Bayern** 123, 444, 475, 477, 486f
– Franken 385, 487
– Oberbayern 487
– Oberland 297
– Pfalz 196, 208, 242, 261, 488f
– Regierung, Regierungsbildung 173, 192, 199–201, 349f, 385f, 479, 485f
– Schwaben 123, 487
- Beamte, Beamtentum** 33f, 96, 130, 144, 146, 150, 161, 212, 229, 300, 420, 446, 449, 498, 525
- Belgien** 106, 175, 322
- Belgrad** 170, 304
- Berlin** 11, 13f, 19–22, 26, 33, 35, 38, 47, 85, 88f, 94, 96f, 104, 107f, 115f, 121, 130, 135, 147, 162, 165, 168, 170, 179, 181, 205, 210, 217, 234–236, 255, 260, 263, 274, 285f, 288f, 296, 298, 308f, 314f, 334, 342, 356, 370, 380–384, 391, 393, 400, 411, 417, 419, 429, 436, 441, 444, 449, 454, 459, 463, 468f, 471, 473, 481f, 488, 501, 504f, 507, 509, 511f, 519, 524–526, 532, 535, 539
– Autoverleih O. Thiel 460
– Dahlem 179, 354
– Demokratischer Club 28, 340, 445, 524
– Deutsche Linoleum-Werke AG 435
– Deutscher Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschum 345
– Deutsches Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen 179
– Friedenau 11, 92f, 166, 365
– Germania Prachtsäle 234
– Gründung von Groß-Berlin (1920) 122
– Gymnasium am Maybachplatz 93
– Handelshochschule 345, 358
– Helmholtzrealgymnasium 93
– Herrenhaus 305, 510
– Holtzendorff-Abend 22, 96
– Kopania & Co., Möbelspedition 384
– Liberaler Stammtisch 168
– Lichterfelde 12, 355, 365, 521
– „Mittwochabende“ 22, 85, 91, 94, 137, 185, 193f
– Rheingold-Saal 116
– Motzstraße 345
– Preußische Akademie der Künste 38f, 255, 277
– Preußische Akademie der Wissenschaften 125
– Reichstagsgebäude 235, 263, 315, 497
– Schöneberg 93, 113, 142, 197
– Schöneberger Rathaus 324
– Soziale Frauenschule 120, 153

- Sportpalast 446
- Staatliche Bauakademie 145f
- Staatsbibliothek 195, 438
- Staatsbürgerschule 29f, 145f
- Universität 30, 179, 188, 518
- Verein Berliner Kaufleute und Industrieller 516
- Volksdeutscher Klub 345
- Wintergarten 235
- Zwölf-Apostel-Kirchhof 166, 341
- Besenfeld** 90
- Beuron** 283
- Biarritz** 357
- Bibliographisches Institut** 335f
- Bingen** 284
- Bodenbach** 260
- Bodensee** 216, 225, 268, 283, 287
- Böhmen** 260
- Börsenverein der Deutschen Buchhändler** 308
- Bologna** 310
- Bopfingen** 164
- Boppard** 284
- Boschhof in Oberbayern** 13
- Brackenheim** 11, 218, 384f, 422
- Brandenburg** 122
- Bregenz** 174
- Bremen** 481
 - Handelskammer 104
- Brenta** 98
- Brettheim** 142
- Brindisi** 304
- Bruchsal**
 - Schloss 178
- Budapest** 102, 200, 304
- Buenos Aires** 185
- Bürger, Bürgertum** 15–18, 37, 42, 44, 378, 385, 414, 423, 470, 476, 482, 494, 528f
 - Bildungsbürgertum 8, 16f, 24, 85
 - Kleinbürgertum 25, 123, 146, 236, 435
 - Mittelbürgertum 258, 328
 - Spießbürgertum 118, 225, 339, 467
 - Staatsbürgertum 15–17, 114, 329
 - Wirtschaftsbürgertum 16, 85
- Bürgerblock** 17, 36, 220, 243
- Bürgerlich-Demokratische Partei** 122
- Bukarest** 304
- Bulgarien** 99, 411f
- Bund der Auslandsdeutschen** 12, 39, 262, 266, 287, 304f, 308, 333f, 502, 507
- Bund der Erneuerung** 126
- Bund der Frontsoldaten**, s. „Stahlhelm“ – Bund der Frontsoldaten
- Bund der Landwirte** 248, 336
- Bundesrepublik Deutschland** 7, 14
 - Bundespräsident 7f, 11, 14
 - Bundesverdienstkreuz 14
 - Nationalhymne 14
- BVP**, s. Bayerische Volkspartei
- Cambridge** 184
- Cannstatt** 183
- Cassel**, s. Kassel
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens** 441
- Chartres** 257
- Chiemsee** 331
- Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft** 368
- Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei** 392f, 462, 501, 509
- Christlich-soziale Bewegung** 366, 368
- Christlich-sozialer Volksdienst (CSVD)** 298, 368, 396, 406, 448, 466, 501f, 507, 526
 - Württemberg 298
- Constanza** 304
- Cortina d’Ampezzo** 255
- Crailsheim** 384, 489
- CSVD**, s. Christlich-sozialer Volksdienst
- Dänemark** 411
- Danzig** 438
- Darmstadt** 130, 137, 148, 154, 178f, 183, 264
- Darmstädter und Nationalbank** 420
- Dawes-Plan** 40, 218, 253, 337, 365
- DDP**, s. Deutsche Demokratische Partei
- Demokratie, demokratische Staatsform** 7–9, 15, 17, 23, 27, 30f, 39, 128, 144, 187, 230f,

237, 241, 313, 329f, 385f, 399, 450, 490, 519, 521, 525

Demokratische Partei Deutschlands 14

Demokratische Volkspartei 13

Demokratischer Zeitungsdienst 192, 326, 412

Deutsche Demokratische Partei (DDP) 11f, 16–18, 23–27, 32, 34–37, 39–41, 45f, 111–113, 115–119, 122, 135, 139, 144, 168, 192, 200f, 208–211, 219–221, 223, 226, 228f, 232–236, 240, 242–244, 252, 263, 267, 271, 279f, 289, 294, 299f, 302, 314, 332, 339f, 351, 359f, 367f, 370–374, 379, 382–384, 389, 391, 394, 398f, 401, 428, 430, 490

- Auflösung 370
- Baden 293
- Bayern 214, 269
- Berlin 116, 342, 382f
- Berlin-Mitte 382
- Berlin-Schöneberg 113, 232
- Deutscher Demokratischer Presse-Verein 366
- Fraktion im Deutschen Reichstag 34f, 37f, 42, 208–210, 215f, 220f, 223, 226–230, 233, 240–243, 249, 252f, 255, 271f, 274f, 277, 279f, 285, 292, 294f, 299, 302, 321, 324, 333, 351, 354, 366, 369, 372, 374, 376, 379
- Fraktion in der Nationalversammlung 344
- Geschäftsführender Ausschuss 119
- Gründung 16, 23, 112f, 301
- Hamburg 301, 373f, 382–384
- Heilbronn 32, 118, 134, 347
- Kulturausschuss 250f
- Ludwigsburg-Heilbronn 134
- Magdeburg 233
- Parteiausschuss 207, 370
 - Parteiausschuss-Sitzung (27. 1. 1924), 207f
 - Parteiausschuss-Sitzung (25. 5. 1930), 359
 - Parteiausschuss-Sitzung (30. 7. 1930), 374, 376, 378
- Parteitage 314
 - Parteitag in Berlin (19.–22. 7. 1919) 127f
 - Parteitag in Elberfeld (9./10. 10. 1922) 178, 182, 215
 - Parteitag in Hamburg (21.–24. 4. 1927) 280
 - Parteitag in Mannheim (5. 10. 1929) 301, 384

- Parteivorsitz 35, 207, 389, 391
- Parteivorstand 12, 207, 215, 242, 280, 301, 314f
 - Vorstandssitzung (26. 1. 1924) 207
 - Vorstandssitzung (26. 5. 1924) 220
 - Vorstandssitzung (2. 2. 1925) 242
 - Vorstandssitzung (6. 11. 1926) 280
 - Vorstandssitzung (14./15. 6. 1928) 299f
 - Vorstandssitzung (23. 3. 1929) 314
 - Vorstandssitzung (23. 1. 1930) 351
 - Vorstandssitzung (8. 2. 1930) 350–352
 - Vorstandssitzung (5. 5. 1930) 359f
 - Vorstandssitzung (10. 7. 1930) 365f, 368
 - Vorstandssitzung (25. 7. 1930) 367
 - Vorstandssitzung (20. 8. 1930) 382
 - Vorstandssitzung (16. 10. 1930) 391, 394f
- Potsdam II 116, 137, 213, 280
- Preußen 351
- Programm 16, 113
- Reichsarbeitnehmerausschuss 229
- Reichsbeamtenausschuss 229
- Reichsgeschäftsstelle 202, 351, 354
- Reichswahlliste, Reichswahlvorschlag 41, 213–216, 229f, 233, 252, 368, 376
- Reutlingen 118, 481
- Schwäbisch Hall 32
- Schwarzwald 372, 379
- Sozial-Republikanischer Kreis 360
- Tübingen 32
- Ulm 209, 212, 294, 372, 379
- Württemberg 32f, 37f, 46, 89, 111f, 115–119, 134–136, 182, 201f, 204, 209, 211–213, 217f, 228, 231, 243, 280, 285, 293–296, 298f, 326, 347–354, 367, 372f, 375f, 378–381, 395, 428, 474
 - Landesausschuss-Sitzung (13. 6. 1927), 285
 - Landesausschuss-Sitzung (31. 5. 1930), 353, 375
 - Landtagsfraktion 37, 252, 348, 360
 - Dreikönigstreffen (5. 1. 1924), 204
 - Dreikönigstreffen (5. 1. 1930), 350
 - Vertretertag (22. 3. 1924), 212f, 227
 - Vertretertag (26. 10. 1924), 224
 - Vertretertag (19. 1. 1930), 347–349
 - Vertretertag (10. 8. 1930), 379–381

Deutsche Bauernpartei 42, 397, 509, 526

„Deutsche Gesellschaft 1914“ 22, 88, 90, 106, 475

Deutsche Hochschule für Politik 12f, 17, 24, 29f, 85, 136, 144–146, 148–150, 159–

161, 164, 171, 175, 183, 189, 193–197, 206, 232, 239, 246, 263, 279, 288, 291, 303, 335f, 361–363, 376, 380, 385, 409, 416, 425, 429, 437f, 477, 483, 485, 500, 505, 515, 517f, 522

Deutsche Liga für Völkerbund 130

Deutsche Partei 112

Deutsche Reichsbahn 364f

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft 364f

Deutsche Staatspartei (DStP) 12f, 17f, 32, 35, 42–47, 376f, 381f, 384, 386, 389–392, 394, 396–400, 403, 444, 462, 469–471, 473, 475–477, 487, 491, 495, 498, 501, 506, 508f, 515, 525f, 529, 531, 538

- Arbeitsausschuss 507f, 520, 526, 531
- Auflösung 42, 461, 497, 520
- Baden 376, 381, 395, 430, 486, 498
- Bayern 442f, 448, 485–487, 489, 510
- Berlin 510
- Fraktion im Deutschen Reichstag 13, 378, 389f, 392, 395–397, 440f, 450, 461, 465–469, 477, 495, 536
- Geschäftsstelle 463
- Groß-Stuttgart 490, 503
- Gründung 41, 368, 370f, 374–376, 382, 385, 390f, 395, 398, 462
- Hamburg 461, 486, 489, 507, 510, 523, 531
- Haupt-Aktionsausschuss 383, 389, 400
- Heilbronn 482
- Ostpreußen 486
- Parteitag in Hannover (9. 11. 1930) 370, 392, 401f
- Parteivorsitz 401, 517, 520, 523
- Parteivorstand
 - Vorstandssitzung (28. 4. 1932) 461–463
 - Vorstandssitzung (18. 5. 1932) 467f
 - Vorstandssitzung (6. 6. 1932) 486
 - Vorstandssitzung (12. 6. 1932) 464, 470, 473
 - Vorstandssitzung (16. 6. 1932) 475–477
 - Vorstandssitzung (7. 7. 1932) 485–487
 - Vorstandssitzung (8. 1. 1933) 533
- Potsdam II 505–508, 510, 524
- Preußen 462f
- Reichsgeschäftsstelle 463, 475, 481
- Reichswahlliste, Reichswahlvorschlag 35, 382, 391, 487, 511, 513
- Sachsen 486
- Schorndorf 512
- Schwarzwald 480f, 505
- Steglitz 524

– Stuttgart 441, 490, 505

– Westfalen 486

– Württemberg 37, 375f, 380f, 386, 395, 397, 405, 426, 430, 432, 441, 456, 458, 461, 464f, 468, 474, 480, 486f, 489f, 498, 504, 507, 513, 526, 530

– Dreikönigstreffen (5. 1. 1931) 404

– Dreikönigstreffen (5. 1. 1932) 448

– Dreikönigstreffen (5. 1. 1933) 533, 537

– Vertretertag (2. 7. 1932) 474, 477, 480–483

– Vertretertag (10. 10. 1932) 504f, 508f, 520

Deutsche Vaterlandspartei 93f

Deutsche Verlags-Anstalt (DVA) 135f, 285f, 305, 308, 435

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte 177

Deutsche Volkspartei (DVP) 34–37, 41f, 113, 119, 139, 144, 196, 201, 208f, 219–221, 223, 226, 233, 241, 267, 271, 283, 289, 294, 296, 298–301, 339, 368, 371, 375–377, 382, 391, 393, 395f, 401f, 426, 428, 430, 456, 459, 469f, 473, 475f, 484, 486, 497f, 501–503, 515, 526, 531

– Baden 381, 430, 459

– Berlin 459

– Fraktion im Deutschen Reichstag 196, 208, 219, 232, 378, 392, 395–397, 402, 426f, 459, 466

– Hamburg 430

– Ostpreußen 368

– Preußen 296, 351, 393, 462

– Reichsausschuss 459, 501

– Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler 376f, 391

– Sachsen 503

– Württemberg 112, 294, 297–299, 347, 350, 375f, 380f, 386, 397, 426, 428, 430, 448, 459, 464

– Zentralvorstand 196, 368, 377, 401, 476

Deutsche Welle 530

Deutsche Zentrumspartei (Z, Zentrum) 31, 35f, 201, 205, 219f, 223, 226, 243, 249, 267, 297, 328, 338f, 377, 385f, 440f, 462f, 470–473, 477, 494, 515, 532

– Fraktion im Deutschen Reichstag 201, 378, 393, 467

– Parteivorstand 296, 298

– Preußen 479

– Reichsgeneralsekretariat 472

- Württemberg 136, 201, 211, 294, 296, 297f, 349, 464
- Deutscher Nationalverein** 501f, 527f
- Deutscher Ostbund** 333
- Deutscher Werkbund** 11–13, 19–21, 85, 89, 94, 107, 125–127, 136, 155, 165, 172, 182f, 250, 342, 397, 481, 507f, 510–512, 515, 517, 527f
 - Haus der Freundschaft 21, 100
 - Münchner Bund 515
 - Werkbundaussstellung Köln (1914) 21
 - Werkbundaussstellung Stuttgart (1927) 285
 - Württembergische Arbeitsgemeinschaft 135
- Deutsches Kaiserreich** (1871–1918) 16f, 19, 22, 99, 102, 105f, 257, 289, 346, 539
 - Außenpolitik 22, 29, 104
 - Auswärtiges Amt, Auswärtiger Dienst 20, 103f
 - Friedensbemühungen 105f
 - Parlamentarisierung 22, 88
 - Reichsfarben 39
 - Reichsregierung 99, 106
 - Sozialversicherungen 289
- Deutsches Reich** (1918–1933), s. Weimarer Republik
- Deutsch-Hannoversche Partei** 502
- Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft** 368
- Deutschnationale Volkspartei** (DNVP) 36f, 41f, 44, 144, 196, 201, 216, 219–221, 223, 226f, 232f, 240f, 252, 271, 283, 293, 297, 300, 318, 326, 339, 368, 393, 430, 469, 472, 476, 486, 501–503, 511, 515, 528, 532
 - Fraktion im Deutschen Reichstag 368f, 378, 393, 443, 483
 - Parteivorsitz 318
 - Parteivorstand 318
 - Württemberg 294, 296, 347, 349f, 369, 464
- Deutsch-Österreich**, s. Republik Österreich
- Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft** 262f, 317
- Deutsch-Österreichische Zollunion** 413
- Deutsch-Österreichischer Volksbund** 12, 39, 258, 263, 507
- Deutsch-Türkische Vereinigung** 21, 100
- DNVP**, s. Deutschnationale Volkspartei
- „Dolchstoßlegende“** 24
- Dresden** 94, 153, 251, 260
- Dresdner Bank** 420
- DStP**, s. Deutsche Staatspartei
- Düsseldorf** 251
- Duncker & Humblot** 87, 184
- DVA**, s. Deutsche Verlags-Anstalt
- DVP**, s. Deutsche Volkspartei
- Ebingen** 448
- Eichstätt** 488
- Ellwangen** 489
- Elsass** 46, 130, 148, 150
- Elsass-Lothringen** 332
- Elsass-Lothringischer Hilfsbund** 333
- England**, s. Großbritannien
- Enklaven** 291
- Ermatingen** 268
- Ernährungslage in Deutschland** 85
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft** 14
- Evangelischer Volksbund** 210
- FDP**, s. Freie Demokratische Partei
- Flandern** 98
- Florenz** 310
- Föderalismus, Bundesstaat** 254, 289, 291, 303
- Fortschrittliche Volkspartei** (FVP) 113
 - Württemberg 111f
- Frankfurt a. M.** 92f, 137, 153f, 179, 313, 474, 478, 502
 - Frankfurter Societäts-Druckerei 243
 - Paulskirche 12, 312
 - Zweite internationale Konferenz für Soziale Arbeit (10.–14. 7. 1932) 474
- Frankfurt (Oder)** 92, 328
- Frankreich** 130, 184, 220, 249, 322, 358, 371, 411–414, 421, 423f, 438f, 441, 468, 473, 522, 534f
 - Parlament, Parlamentswahlen 220, 421, 440, 450, 458, 472
 - Reise von Heuss (1925) 257
 - Reise von Heuss (1960) 14
- Frauenpolitik, Frauenwahlrecht** 17, 23, 112f, 116, 121, 134
- Freiburg** 337
 - Universitätsbibliothek 265
- Freie Demokratische Partei** (FDP) 14
- Freie Interessenvertretung der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen** 333

- Freihandel** 438
- Freisinnige Vereinigung** 41, 378
- Freudenstadt** 434f
- Friedensverträge**
- von Brest-Litowsk (1918) 99, 106
 - von Neuilly-sur-Seine (1919) 412
 - von St. Germain (1919) 127f
 - von Versailles (1919) 39, 184, 226f, 241, 261
- Friedrichshafen** 164, 212, 225, 269, 283f
- Luftschiffbau-Zeppelin-GmbH 216, 225, 283f
- Führerfrage, Führergedanken, Führerprinzip** 30, 115, 117, 144, 162, 406, 431, 516, 525
- FVP**, s. Fortschrittliche Volkspartei
- Gablonz** 12, 259–261
- Gardasee** 13, 255, 386–388
- Garmisch** 246
- Gelsenkirchener Bergwerks AG** 487
- Generationsabfolge, Generationskonflikt** 40, 107, 147, 185, 323, 349, 378, 408–410, 413
- Genf** 390, 392
- Genfer See** 388
- George-Kreis** 148
- Gesellschaft zur Förderung von Mosaik und Glasmalerei** 21, 109
- Gesetze, Rechtsverordnungen**
- Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit (1. 6. 1870) 414
 - Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (22. 7. 1913) 414
 - Steuergesetze (1918) 99
 - Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (30. 11. 1918) 111
 - Gesetz, betreffend den Staatsvertrag über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich (30. 4. 1920) 364
 - Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemaligen elsass-lothringischen Beamten (11. 1. 1922) 150
 - Gesetz zum Schutz der Republik (21. 7. 1922) 200
 - Gesetz über die Verpflichtung der Beamten zum Schutz der Republik (21. 7. 1922), 200
 - Ermächtigungsgesetz (13. 10. 1923) 484
 - Ermächtigungsgesetz (8. 12. 1923) 484
 - Zweites Gesetz zur Änderung des Reichswahlgesetzes (31. 12. 1923) 487f
 - Bekanntmachung der neuen Fassung des Reichswahlgesetzes und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten (6. 3. 1924) 487f
 - Verordnung über die Schaffung eines Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ (12. 2. 1924) 364
 - Dritte Steuernotverordnung (14. 2. 1924) 210, 253
 - Verordnung über die Neuwahl des Reichstags (14. 3. 1924) 210
 - Dawes-Gesetze (30. 8. 1924) 227, 365
 - Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (30. 8. 1924) 365
 - Gesetz über die Industriebelastung (30. 8. 1924) 253
 - Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags (20. 10. 1924) 226
 - Verordnung über die Neuwahl des Reichstags (21. 10. 1924) 228
 - Verordnung zur Wahl des Reichspräsidenten (9. 3. 1925) 240
 - Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen (16. 7. 1925) 252f, 326
 - Zweite Verordnung über die deutschen Flaggen (5. 5. 1926) 266
 - Gesetz zur Abänderung des Strafgesetzbuchs – § 218 (18. 5. 1926) 326, 378, 443
 - Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften (18. 12. 1926) 38f, 276f, 306, 436
 - Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutz der Republik (2. 6. 1927) 283
 - Gesetz zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden (1. 4. 1928) 333
 - Entwurf eines Reichsschulgesetzes (1927/28) 283, 288f
 - Gesetz über die Haager Konferenz (13. 3. 1930) 333, 350, 473
 - Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (13. 3. 1930) 365
 - Gesetz über Zolländerungen (15. 4. 1930) 355
 - Mineralwassersteuergesetz (15. 4. 1930) 355

- Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über die Zulassung einer Gemeindegetränksteuer (16. 7. 1930) 366
- Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags (18. 7. 1930) 353
- Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände (26. 7. 1930) 393
- Gesetz über Schuldentilgung (23. 10. 1930) 393f
- Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln (15. 7. 1931) 420
- Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens (8. 12. 1931) 440, 443, 449
- Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität (13. 4. 1932) 460
- Gesetz über Schuldentilgung und Kreditermächtigungen (12. 5. 1932) 466, 518f
- Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags (4. 6. 1932) 470
- Verordnung über die Neuwahl des Reichstags (6. 6. 1932) 470
- Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit (5. 9. 1932) 520
- Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags (12. 9. 1932) 495
- Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens (2. 11. 1932) 523
- Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens (3. 11. 1932) 523
- Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens (18. 11. 1932) 523
- Verordnung über die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit (14. 12. 1932) 520

Gewerkschaften 229, 509, 520

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände 509

Gewerkverein Deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter 206

Glasmalerei 21, 89, 109, 154f

Göppingen 216, 448

Görlitz 260

Göttingen 269, 274

Goslar 334

Gotik 178

Graal 170

Graphologie 152

Griechenland 411f, 414

– Reise von Heuss (1931) 13, 411–414

– Staatsbesuch von Heuss (1956) 14

Großbritannien 14, 98, 184, 317, 332, 414, 423, 434, 473

– Staatsbesuch von Heuss (1958) 14

Große Koalition 35, 40, 191, 199, 201, 296f, 385, 402, 484

Güglingen

– Finanzamt 422

Halle 245, 359

Hambacher Fest (1832) 467

Hamburg 251, 383, 460, 487

– Bismarckdenkmal 255

– Handelskammer 104

– Hapag-Reederei 96

Handwerker 115, 155, 212, 482, 507

Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 366

Haßmersheim 313

Heidelberg 13, 85, 87, 170, 178, 245, 417, 433, 438, 446, 453–455, 489, 516

Heilbronn 11, 13, 19, 22, 46, 85, 87–90, 95–97, 107f, 121f, 133, 137f, 142, 167, 178, 182f, 218, 225, 237, 246, 279, 283, 285f, 352, 383, 406, 419f, 433–435, 437f, 448, 452, 510, 513, 523, 529

– Adolf Marquardt AG 435

– Arbeitsbeschaffungsstelle für Kriegerfrauen 97

– C. H. Knorr AG 435

– Fr. Ackermann AG 435

– Frauenmeldestelle 97

– Frauenverein 286

– Fürsorgevermittlung 97

– Gebr. Rauch AG 435

– Handels- und Gewerbebank AG, Gewerbe-Kasse AG 96, 122, 178, 182, 435, 448, 452, 454, 522, 529

– Herrenbekleidungsgeschäft Skorepa 167

– Jugendgruppe für soziale Hilfsarbeit 97

- Karls gymnasium 11
- Madaform AG 435
- P. Bruckmann u. Söhne AG 283, 435, 527f
- Salzwerk 435
- Schleppschiffahrt auf dem Neckar AG 435
- Steigerwald AG 435
- Weinbau 248
- Heiligenberg** 284
- Heppenheim**
 - Pflegeanstalt 184
- Hessen** 444
 - Regierung 154f
- Heuss, Theodor, Reden und Vorträge** (allgemein) 8, 31, 33f, 38, 40, 122, 125, 128, 134, 278, 315, 323, 359, 369, 406, 422, 482, 534
- Heuss, Theodor, Reden und Vorträge** (chronologisch)
 - 5. 10. 1918: Vorstands- und Ausschusssitzung des Deutschen Werkbundes, Schwäbisch Hall 108
 - 7. 10. 1918: „Weltwirtschaftsfragen nach dem Krieg“, Kaufmännischer Verein Heilbronn 108
 - 15. 11. 1918: „Der neue Volksstaat“, Liberaler Verein Berlin-Schöneberg 113
 - 21. 11. 1918: „Die politische Lage“, Liberaler Verein Berlin-Schöneberg 113
 - 15. 12. 1918: Wahlen zur Nationalversammlung, Berlin 116
 - 1.–6. 1. 1919: Wahlen zur Nationalversammlung, Stuttgart, Bietigheim, Böningheim, Brackenheim, Güglingen, Ludwigsburg, Marbach, Waiblingen, Esslingen, Backnang 120
 - 7. 1. 1919: „Student und Politik, Stuttgart 120
 - 17. 1. 1919: „Deutschlands Zukunft“, Stuttgart 123
 - 11.–14. 2. 1919: Wahlen zur Provisorischen Nationalversammlung Österreichs 122, 203
 - 13./20. 5. 1919: „Fragen der auswärtigen Politik“, Staatsbürgerschule, Berlin 145f
 - 20. 7. 1919: Rede auf dem Parteitag der DDP, Berlin 127f
 - 6.–9. 9. 1919: „Wirtschaft, Staat, Kunst“, Deutscher Werkbund, Stuttgart 126
 - 10. 5.–4. 6. 1920: Wahlen zum Deutschen Reichstag, Urach, Metzingen, Pfullingen, Sindelfingen, Güglingen, Brackenheim, Böckingen, Bad Mergentheim, Stuttgart, Vaihingen auf den Fildern, Nürtingen, Böblingen, Mühlacker, Maulbronn, Schweningen, Schwäbisch Gmünd, Bietigheim, Murrhardt, Öhringen, Schwäbisch Hall, Hohenheim, Schorndorf, Zuffenhausen, Cannstatt, Tübingen 136
 - 1921: Parteiveranstaltungen, Tübingen, Schwäbisch Hall, Lauffen, Esslingen, Heilbronn 211
 - 5. 2. 1921: „Die politische Lage“, Schwäbisch Hall 151
 - 21. 3. 1921: „Demokratischer Staat und Volksgemeinschaft“, Leipzig 154
 - 1922: Parteiveranstaltungen, Ulm, Göppingen, Heilbronn 211
 - 13. 2. 1922: „Führertum und moderner Staat“, Akademisch-demokratische Arbeitsgemeinschaft Jena 162
 - 27. 6. 1922: „Führertum und moderner Staat“, Demokratische Studenten, München 172
 - 2./3. 11. 1922: Wahlen zum Landtag von Sachsen, Meerane, Reichenbach 182
 - 1923: Parteiveranstaltungen, Göppingen, Stuttgart, Brackenheim, Bietigheim, Backnang, Schorndorf, Aalen, Tübingen, Calw, Zuffenhausen, Rotenberg, Ebingen, Hechingen, Kirchheim, Nürtingen, Maulbronn, Schwäbisch Hall 211
 - 18. 1. 1923: Reichsgründungsfeier der DDP, Oldenburg 183
 - 26.–28. 1. 1923: Ruhrbesetzung, Chemnitz, Meerane 183
 - 26. 8.–1. 9. 1923: Innen- und kulturpolitische Fragen, Reichszentrale für Heimatdienst, Maulbronn 188
 - 2. 9. 1923: Kabinett Stresemann, Schwäbisch Hall 188
 - 1924: Parteiveranstaltungen, Biberach, Aalen, Stuttgart, Waiblingen, Neuenburg, Künzelsau, Tübingen, Crailsheim, Schramberg, Reutlingen, Untertürkheim 211
 - 3.–12. 1. 1924: „Deutsche und europäische Krisis“, Bopfingen, Untertürkheim, Neuenburg Biberach, Aalen, Waiblingen, Künzelsau, Crailsheim, Schramberg, Reutlingen 201, 203, 205
 - 6. 1. 1924: „Aktuelle Wirtschaftsfragen“, Dreikönigstreffen der DDP, Stuttgart 204
 - 10. 1. 1924: „Nationale Diktatur oder nationale Demokratie“, Tübingen 205

- 30. 3.–10. 4. 1924: Wahlen zum Deutschen Reichstag, Herrenalb, Conweiler, Marbach, Backnang, Gaildorf, Ludwigsburg, Cannstatt, Böckingen, Schwäbisch Hall, Pfullingen, Göppingen, Schwäbisch Gmünd 33, 216f
- 26. 10. 1924: Vertreterversammlung der württembergischen DDP, Stuttgart 228f
- Ende 1924: Wahlen zum Deutschen Reichstag 232
- 8. 12. 1924: „Weltbetrachtung“, Heilbronn 237
- 17. 12. 1924: Jugend-Bannerweihe der DDP, Berlin 234–236
- 6. 1. 1925: Dreikönigstreffen der DDP, Stuttgart 237
- 18. 1. 1925: „Die parlamentarische Lage“, Heilbronn 236
- 15.–28. 3. 1925: Wahlen zum Reichspräsidenten, erster Wahlgang, Stuttgart, Schwerin, Krefeld, Aachen, Frankfurt a. M., Speyer, Biberach, Schweningen 242
- 19.–25. 4. 1925: Wahlen zum Reichspräsidenten, zweiter Wahlgang, Neiß, Eisenach, Nordhausen, Darmstadt, Stuttgart, Untertürkheim, Heilbronn, Ulm, Ehingen 244, 247, 249
- 15./16. 6. 1925: Deutscher Reichstag 254–256
- 21. 7. 1925: Deutscher Reichstag 255f
- 30. 8. 1925: Anschlusskundgebung, Deutsch-Österreichischer Volksbund, Wien 258f, 419
- 2. 9. 1925: „Politik und Volkskunst“, Deutsch-Österreichischer Volksbund, Wien 259, 419
- 16.–23. 10. 1925: Wahlen zum Landtag von Baden, Achern, Baden-Lichtental, Mülheim, Sandhausen, Wiesloch, Singen, Konstanz, Pforzheim, Heidelberg, Weinheim 258
- 11. 2. 1926: Kundgebung zur Not der Schriftsteller, Schutzverband deutscher Schriftsteller 305
- 17. 3. 1926: Deutscher Reichstag 490
- 7. 5. 1926: „Politische Ideen und Parteien“, Weißenfels (Saar) 266
- 9. 5. 1926: Magdeburg, Parteiveranstaltung 266
- 23. 5. 1926: „Großdeutschland“, Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Konstanz 268
- 12. 6. 1926: Glückwünsche für Friedrich von Payer, Stuttgart 285
- 9. 10. 1926: „Hugo Preuß zum Gedächtnis“, Republikanischer Reichsbund, Frankfurt a. M. 275
- 10.–23. 10. 1926: „Die politische Lage“, Ludwigsburg, Nürtingen, Weilheim, Künzelsau, Schorndorf, Aachen 274f
- 12. 10. 1926: „Friedrich List“, Holzminden 275
- 18. 10. 1926: „Neugestaltung der deutschen und europäischen Wirtschaft“, Kaufmännischer Verein Heilbronn 275
- 26.–28. 10. 1926: Wahlen zum Landtag von Sachsen, Zwickau, Annaberg, Meerane 275
- 27. 11. 1926: Deutscher Reichstag 277
- 22. 1. 1927: „Geschichte und Wesen des deutschen Nationalbewußtseins“, Lübeck 279
- 24. 1. 1927: Wahlen zum Landtag von Thüringen, Rudolstadt 279
- 9./10. 11. 1927: Wahlen zum Landtag von Hessen, Bingen, Darmstadt 288
- 20. 3. 1928: Deutscher Reichstag 333
- 15. 6. 1928: „Probleme der Wirtschaftsentwicklung“, Kommunale Arbeitgeber, Dessau 300
- April/Mai 1928: Wahlen zum Deutschen Reichstag 323
- 7.–9. 1. 1929: „Die politische Lage“, Calw, Nagold, Vaihingen an der Enz 323
- 2. 3. 1929: Gedenkrede zum 100. Geburtstag von Carl Schurz, Frankfurt a. M. 12, 31, 312–314
- 24. 4. 1929: Schöneberger Bezirksversammlung, Berlin 317
- 15. 5. 1929: „Wesen und Krise des Parlamentarismus“, Polizeischule Eiche bei Potsdam 318
- 5. 1. 1930: „Jugend und Politik“, Dreikönigstreffen der DDP, Stuttgart 349
- 18. 1. 1930: Rede zu Lujo Brentanos 85. Geburtstag, Rundfunk 343
- 25. 3. 1930: „Probleme der deutschen Innenpolitik“, Reichszentrale für Heimatdienst, Stuttgart 352
- 17.–26. 8. 1930: Wahlen zum Deutschen Reichstag, Balingen, Brackenheim, Leonberg, Bad Mergentheim, Crailsheim 385
- 8. 9. 1930: Wahlen zum Deutschen Reichstag, Tübingen 410
- 24.–27. 10. 1930: „Die politische Lage“, Ludwigsburg, Stuttgart 395

- 5. 1. 1931: „Arbeit des Reichstags“, Dreikönigstreffen der DStP, Stuttgart 404
 - 7. 1. 1931: „Die politische Lage“, Ulm 404
 - 8.–11. 1. 1931: „Hitler oder Dietrich?“, Rottweil, Ebingen, Trossingen, Bietigheim 404
 - 26. 2. 1931: „Hitler oder Dietrich?“, Tübingen 43, 408–411, 431
 - 7. 4. 1931: Rede, Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires, Athen 413
 - 11. 8. 1931: Festrede zur Verfassungsfeier, Ulm 415
 - 21./22. 9. 1931: Tischreden, Les Amitiés internationales, Warschau, Krakau 423
 - 2.–6. 10. 1931: „Die politische Lage“, Esslingen, Eningen unter Achalm, Reutlingen, Stuttgart, Ellwangen 424
 - 31. 10.–23. 11. 1931: „Die politische Lage“, Dornhan/Schwarzwald, Rosefeld/Schwarzwald, Flein bei Heilbronn, Neckargartach, Villingen, Heidelberg 429, 431, 436, 444
 - 2. 11. 1931: „Deutsche Innenpolitik“, Deutsche Hochschule für Politik, Berlin 436
 - 6.–14. 11. 1931: Wahlen zum Landtag von Hessen, Gießen, Bensheim, Heppenheim, Wimpfen 429, 436, 444
 - 11. 11. 1931: „Reich und Länder“, Deutsche Hochschule für Politik, Berlin 436
 - 19. 11. 1931: „Reich und Länder“, Staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft, Neustrelitz 436
 - 24. 11. 1931: „Probleme der Reichsreform“, Neustrelitz 436
 - 12./13. 12. 1931: „Die politische Lage“, Nürnberg 442–444, 448
 - 6.–11. 1. 1932: „Die politische Lage“, Bönningheim, Pfalzgrafenweiler, Baisersbronn, Klosterreichenbach 448
 - 12.–21. 2. 1932: „Die politische Lage“, Schweningen, Winnenden, Schorndorf, Reutlingen, Dunningen, Aldingen 455, 459
 - 6.–12. 3. 1932: Wahlen zum Reichspräsidenten, erster Wahlgang, Hagen, Augsburg, München, Trossingen, Tuttingen, Göppingen, Bietigheim 458f
 - 11. 5. 1932: Deutscher Reichstag 466f
 - 20./21. 5. 1932: Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Schwerin, Rostock, Güstrow 467
 - 26. 5. 1932: Gedenkrede zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes, Rundfunk 467
 - 28. 5. 1932: Gedenkrede zur 100. Wiederkehr des Hambacher Festes, Neustadt in der Pfalz 13, 31, 465, 467
 - 9.–30. 7. 1932: Wahlen zum Deutschen Reichstag, Vaihingen auf den Fildern, Giengen a. d. Brenz, Aalen, Ulm, Münschen, Uhingen, Onstmettingen, Bitz, Biberrach, Freudenstadt, Ludwigsburg, Augsburg, Nürnberg, Schwabach, Bad Mergentheim, Bönningheim, Möckmühl, Tübingen, Heidenheim, Schweningen, Feuerbach, Heilbronn, Reutlingen 471, 482, 487f, 499
 - 5. 10. 1932: „Demokratische Republik“, Soziale Arbeitsgemeinschaft, Berlin 505
 - 8. 10. 1932: „Die politische Lage“, Stuttgart 505, 509
 - 24. 10.–5. 11. 1932: Wahlen zum Deutschen Reichstag, Emmendingen, Würzburg, Nürnberg, Hanau, Geislingen, Süßen, Kirchheim unter Teck, Regensburg, Wetzlar, Homburg, Frankfurt a. M., Heilbronn, Hildesheim 510
 - 10. 11. 1932: „Die Lage nach den Wahlen“, Demokratischer Klub, Homburg 532
 - 2. 12. 1932: Mitgliederversammlung DStP, Berlin-Lichterfelde 521
 - 9. 12. 1932: Mitgliederversammlung DStP, Dresden 512, 525
 - Ende 1932: „Wirtschaftliche Plaudereien zum Jahresende“, Rundfunk 522
 - 28. 3. 1950: „Friedrich Ebert zum Gedächtnis“ 239
- Heuss, Theodor, selbständige, gedruckte Werke** (Kurztitel, chronologisch)
- Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a. N. (1906) 11, 248
 - Schwaben und der deutsche Geist (1915) 108
 - Die Bundesstaaten und das Reich (1918) 11, 112
 - Das Haus der Freundschaft in Konstantinopel (1918) 11, 21, 100f
 - Zwischen Gestern und Morgen (1919) 11, 28, 132
 - Deutschlands Zukunft (1919) 11, 28, 123
 - Die neue Demokratie (1920) 12, 28, 137
 - Denkschrift zur Errichtung einer Deutschen Hochschule für Politik (1920) 30, 144f
 - Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation (1920) 12, 28
 - Demokratie und Selbstverwaltung (1921) 28

- Das Wesen der Demokratie (1921) 28
- Staat und Volk (1926) 12, 31, 251, 269, 291
- Führer aus deutscher Not (1927) 12, 347
- Politik (1927) 12, 31, 291
- Deutsche Einheit. Deutsche Freiheit (1929) 12, 31, 40, 316, 319–321, 330, 338f
- Robert Bosch (1931) 13, 29, 416f
- Hitlers Weg (1932) 13, 43, 338, 416, 431–433, 446f, 450–455, 513f, 518
- Friedrich Naumann (1937) 12f, 24, 28f, 40, 48, 156–160, 278, 281f, 311f, 336, 346, 369, 515, 536, 539
- Hans Poelzig (1939) 13, 29, 127
- Anton Dohrn (1940) 13
- Justus von Liebig (1942) 13
- Robert Bosch (1946) 13, 29, 136
- Vorspiele des Lebens (1953) 13
- Erinnerungen 1905–1933 (1963) 13, 29, 47, 381, 432
- Hilfswerk für Deutschland** 197
- Historische Reichskommission** 12, 40, 336f, 343f, 351
- Hitlerputsch** (1923) 206
- Hökendorf bei Stettin** 357
- Hoffmann und Campe** 295
- Holland** 136, 146, 166
 - Haus Doorn 136
 - Schloss Amerongen 136
- Holzminen am Solling** 269, 288
 - Landschulheim 46, 267, 269, 274, 282f, 288, 317
- Hoover-Plan** 440
- Immendingen** 283
- Imperialismus** 20, 29, 126, 301
- Indien**
 - Reise von Heuss (1960) 14
- Inflation** 40, 172, 466
 - Inflation (1923) 25f, 154, 182, 191f, 196, 210, 252, 323, 450
- Ingelfingen** 147
- Ingolstadt** 488
- Inselverlag** 95
- Internationale** 219
- Israel**
 - Reise von Heuss (1960) 14
- Istanbul** 304
- Italien** 45, 98, 216, 249, 257, 309, 322, 446, 535
 - Festa Nazionale del Libro 307
 - Prima Festa Nazionale dell’uva 386
 - Reise von Heuss (1912) 310
 - Reise von Heuss (1928) 310
 - Reise von Heuss (1930) 45, 386–389
 - Staatsbesuch von Heuss (1957) 14
 - Süditalien 181
 - Südtirol 255
- Italienisch-Türkischer Krieg** 257
- Jena** 162
- Journalisten, Zeitungsredakteure** 18, 27, 96, 115, 300
- Juden** 44, 280, 439, 441, 443, 446, 455, 462
- Jugend, Jugendbewegung** 23, 41, 118, 120, 234, 261, 304, 347, 378, 398f, 409, 431
 - Bündische Jugend 399f
- Jugoslawien** 412, 424
- Jungdeutscher Orden**, s. auch Volksnationale Reichsvereinigung 41, 371f, 375, 378, 383, 389–392, 399
- Jungkonservative Bewegung** 345
- Jungliberale Bewegung** 41, 370, 383, 391
- Jura** 46, 417, 420, 446
- Justiz, Justizverwaltung** 239, 289
- Kairo** 286
- Kaiserreich**, s. Deutsches Kaiserreich
- Kaisertum**, s. Monarchie, Monarchismus
- Kaisertum Österreich** 358
- Kanada**
 - Staatsbesuch von Heuss (1958) 14
- Kapitalismus** 261, 438, 509
- Karlsbad** 510
- Karlsruhe** 88f, 251
- Kassel** 188, 274, 377
 - Schloss Wilhelmshöhe 106
- Katholikentag** 337
- Katholizismus** 249, 338
- Kehl** 356
- Kempten** 358
- Kirchen** 159, 254, 325, 521
- Kissingen** 298
- Kitzbühel** 174
- Kitzbühler Horn** 173
- Koblenz** 284
- Köln**
 - Internationale Presseausstellung „Pressa“ (1928) 307

- Königsberg** 251, 372, 438, 481
- Kolonialpolitik** 20
- Kommunistische Partei Deutschlands** (KPD) 150, 271, 277, 328, 342, 436f, 494, 519, 532
- Berlin 342
 - Fraktion im Deutschen Reichstag 219, 378, 393, 396f, 443, 495
 - Preußen 393
 - Sachsen 201
 - Stuttgart 441
 - Thüringen 201
 - Württemberg 294
- Kongress der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires in Stockholm** (1929) 412
- Kongress der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires in Athen** (4.–8. 4. 1931) 13, 411–414
- Kongress von Les Amitiés internationales in Warschau** (1931) 13, 422–424
- Konferenz von Lausanne** (16. 6.–9. 7. 1932) 468, 472f, 494
- Konservative Volkspartei (KVP)** 368, 376f, 396, 470, 501
- Konstantinopel**, s. auch Istanbul 21, 100, 309
- Konstanz** 267–269, 284
- Kopenhagen** 412
- Korfu** 304
- KPD**, s. Kommunistische Partei Deutschlands
- Krakau** 13, 422f, 535
- Kriege**
- napoleonische Befreiungskriege (1813–15) 31
 - Erster Weltkrieg (1914–18) 19f, 22, 24, 91f, 107, 171, 180, 231, 323, 337, 434
 - Deutsch-Türkisches Bündnis 100
 - Kriegsausbruch 434
 - Kriegsbeorderung von Heuss 99
 - Kriegsführung, Kriegsverlauf 22, 98, 106, 265
 - Kriegsschuldfrage 175f, 227, 326
 - Kriegswirtschaft 520
 - Kriegsziele 20, 106
 - Kundgebungen von Gelehrten 265
 - Oberste Heeresleitung 106
 - U-Boot Krieg 90, 98
 - Waffenstillstand 261
 - Zweiter Weltkrieg (1939–45) 7
- Kriegsgefangenschaft** 107
- Kulturpolitik, Kulturpropaganda** 9, 26, 31, 38, 124, 188, 241, 249, 251, 306, 332, 351, 490
- KVP**, s. Konservative Volkspartei
- Lahr** 455
- Lambrecht** 455
- Landesverrat** 238, 326, 390, 443
- Latinum** 478, 522, 530
- Lauensteiner Tagungen** (1917) 85, 87, 357, 359
- Lauffen** 107
- Leipzig** 150, 251, 360, 444, 504
- Politische Gesellschaft 447
- Leonberg** 384
- Liberalismus, liberal** 7, 9, 17, 30, 85, 338, 494
- liberale Presse, liberale Zeitungen 19, 243, 299, 342
 - sozialer Liberalismus 46
- Liberale Vereinigung** 34, 233, 294, 300
- Lindau** 268, 487
- Lindenberg** 267, 445, 453
- Linz** 259f
- Londoner Konferenz** (16. 7.–16. 8. 1924) 337, 534
- Ludwigsburg** 183, 441, 448, 474, 480f
- Lübeck**
- Handelskammer 104
- Machtübertragung an die Nationalsozialisten** (1933) 42, 48, 522
- Magdeburg** 334
- Amtsgericht 238
- Mailand** 181, 310
- Mainhardter Wald** 450
- Mainz** 284
- Mandschurei** 502
- Mannheim** 92f, 130, 178, 504, 506, 508f
- Maulbronn** 285
- Kloster 178
- Mazedonien** 412
- Mecklenburg** 145f, 328

- Mecklenburg-Schwerin** 350
- Mecklenburg-Strelitz** 188
- Meersburg** 268
- Meran** 390
- Miltenberg** 246
- Mitteuropakonzept Friedrich Naumanns**
101f, 301, 413
- Mittelstand** 118, 474, 482
- Monaco** 357
- Monarchie, Monarchismus** 23, 226, 414, 521
- Mosaikkunst** 21, 109
- Mosel** 331
- Moskau** 22, 106, 206
- München** 85, 97, 130, 150, 166f, 172f, 214, 251, 257, 263f, 268, 403, 481, 487
- Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums – Deutsche Akademie 332, 334
 - Deutsche Gewerbeschau (1922) 165f, 172f
 - Schwabinger Bräu 410
 - Überwachungsstelle 467
 - Universität 11
- Nationale Volksgemeinschaft** 369
- Nationalismus, national** 37, 117, 144, 231, 264, 330, 402, 413, 467
- Nationale Opposition** 426, 430
- Nationalliberale Partei** 113
- Württemberg 112, 243
- Nationalliberale Vereinigung** 232
- Nationalökonomie** 11, 420, 423
- Nationalsozialer Verein** 41, 89, 150, 359, 378, 410
- Nationalsozialismus** 7, 15, 42–44, 48, 385, 390, 394, 411, 427, 429, 431, 445f, 448–450, 458, 463, 466, 470–472, 479, 494, 498, 514, 516, 518f, 521f, 532, 536
- Jugend 408, 410
 - Presse und Publizistik 44, 433, 444, 446, 455, 458, 499, 514
 - Propagandaministerium 529
 - Schutzstaffel (SS) 465
 - Studenten 455
 - Sturmabteilung (SA) 15, 460, 465f, 472, 479, 499
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)** 15, 41–44, 326, 384, 388, 406, 430, 439f, 445–447, 449, 458, 460, 463, 466, 472, 478f, 494, 514, 516, 518f, 532
- Heilbronn 438
 - Preußen 393, 462f, 479
 - Programmatik 43
 - Fraktion im Deutschen Reichstag 44, 393, 396, 426, 430f, 443, 466
 - Stuttgart 441
 - Thüringen 519
 - Württemberg 464, 468
- Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB)** 518
- Nationalstaat** 128
- Naumann-Kreis** 16, 20, 22, 47f, 90, 150, 168, 229, 268, 435
- Neapel** 411
- Neckar** 312, 379
- Neckarkanal** 419
- Neckarsulm** 89
- Fahrzeugwerke 93
 - Hespeler AG 435
 - Holzwerke 435
- Neiße** 315, 372
- Neu-Brandenburg** 146
- Neu-Ruppin** 146
- Neustrelitz** 188
- Niederrhein** 242
- Nordafrika** 249
- Norddeutscher Bund** 289, 291
- NSDAP**, s. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- NSDStB**, s. Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
- Nürnberg** 269, 487
- Oberstdorf** 130, 453
- Odenwald** 153
- Österreich** (1804–1867), s. Kaisertum Österreich
- Österreich** (1867–1918), s. Österreich-Ungarn
- Österreich** (1918–1938), s. Republik Österreich
- Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft**, s. Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft
- Österreichisch-Deutscher Volksbund** 263

- Österreichische Freundeshilfe für Deutschland** 197
- Österreichische Künstlerhilfe** 197
- Österreich-Ungarn** (1867–1918) 91, 99, 101f, 268, 423
- Nationalitätenfrage 23
 - österreichische Reichshälfte 87, 102, 358
 - Reichsrat 102
 - Südslawischer Klub 102
 - ungarische Reichshälfte 105
- Offenbach** 154f, 246
- Organisation Consul** 173
- Osiandersche Buchhandlung** 303
- Osmanisches Reich**, s. auch Türkei 257, 412
- Ostsee** 499
- Oxforder Fakultät für moderne Geschichte** 265
- Padua** 310
- Paris** 97f, 181, 473, 515, 535
- Exposition Internationale des Arts Décoratifs et Industriels Modernes (1925) 257
- Pariser Reparationskonferenz** (11. 2.–7. 6. 1929) 321–325
- Parlamentarisierung, Parlamentarismus** 22f, 39, 41, 88, 219, 291, 359, 374, 376, 398f, 428, 472, 479, 483f, 486, 537–539
- Parlamente, Repräsentativversammlungen, Volksvertretungen, deutsche**
- Abgeordnetenhaus, Zweite Kammer des Preußischen Landtags (1849–1918) 99
 - Bezirksversammlung von Berlin-Schöneberg (vor 1933) 12, 122, 317
 - Deutscher Bundestag (ab 1949) 7, 14
 - Deutscher Reichstag (1871–1918) 19, 99
 - Deutscher Reichstag (1920–1933) 24, 27, 29, 32–41, 47, 150, 164f, 201, 208f, 218f, 221, 224, 226f, 232, 235, 237, 246f, 252f, 257, 266, 271f, 276, 292f, 296, 299, 302, 326, 328, 332f, 352–355, 366f, 372, 375–377, 380, 382, 388, 393–395, 397, 399, 405, 424, 426f, 432, 443, 446, 458, 465–468, 470–472, 474, 483f, 490, 493, 495, 498, 502, 514f, 519, 529, 531, 537
 - Ausschuss für Aufwertungsfragen 252, 254
 - Ausschuss für Bildungswesen 255, 288f
 - Ausschuss für das deutsch-spanische Handelsabkommen 247
 - Ausschuss für Entschädigungsgesetze 255, 333
 - Ausschuss für Jugenschutz und Jugendpflege 255
 - Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen 255
 - Ausschuss für künstlerische Ausschmückung des Reichstags 254f
 - Ausschuss für Liquidationsfragen 397
 - Geschäftsordnungsausschuss 397
 - Haushaltsausschuss 150, 292, 366, 393, 440, 443
 - Reichstagsbüro 397
 - Reichstagsdiäten 34, 182
 - Reichstagspräsident 219, 343, 396, 495
 - Frankfurter Nationalversammlung (1848/49) 24, 115
 - Gemeinderat von Heilbronn (vor 1933) 279
 - Herrenhaus, Erste Kammer des Preußischen Landtags (1854–1918) 99
 - Landtag von Preußen (1921–33) 419f, 463, 479
 - Landtag von Württemberg (vor 1933) 11, 19, 285, 299, 361, 465, 474, 486, 490, 537f
 - Landtag von Württemberg-Baden (1946–52) 13
 - Parlamentarischer Rat (1948/49) 14
 - Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin (vor 1933) 12, 138, 342
 - Stadtverordnetenversammlung von (Berlin-)Schöneberg (vor 1920) 12, 24, 113, 121f
 - Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung (1919/20) 11, 23, 111, 113, 115, 281, 339, 344, 484
 - Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg-Baden (1946) 13
 - Vereinigter Landtag Preußen (1847) 364
- Parma** 310
- Parteien, Parteiengeschichte, Parteienverständnis** 15, 17, 22, 27, 30, 34, 40–44, 112, 144, 187, 215, 232, 302, 335, 338f, 378, 386, 399, 402, 406, 432, 459, 493, 498, 526
- Sammlung der bürgerlichen Mitte 42, 112f, 271, 279, 360, 368, 370, 375–377, 391, 469f, 475, 497f, 501–503, 507, 515, 528, 530–533
- Pazifismus, Antimilitärstimmung** 24, 90, 117, 223, 226, 230–232, 443
- Peloponnes** 411, 414
- Pfänderrücken** 267

- Pfullendorf** 284
- Piave** 98
- Piräus** 304
- Plebiszite** 39, 218, 325–327, 520
- Volksbegehren und Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer (1926) 39, 271f, 327, 484
 - Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan (1929) 39, 323, 325–329, 368, 502
 - Volksbegehren und Volksentscheid auf vorzeitige Auflösung des preußischen Landtags (1931) 419f
- Polen** 91, 256, 412f, 424, 535
- Reise von Heuss (1931) 422–424
- Politische Bildung, staatsbürgerliche Bildung** 9, 17, 29–31, 38, 145, 278, 490
- Politische Geographie** 239
- Pogromfurcht** 440f
- Pontresina** 351
- Potsdam** 169
- Prag** 12, 259–261
- Wilson-Bahnhof 261
- Preußen** 16, 145, 199f, 290, 296, 304, 457, 463, 478, 526
- Dreiklassenwahlrecht 22, 85, 98f
 - Große Preußische Staatsmedaille 521
 - Innenministerium 463
 - Kultusministerium 145, 303, 517
 - Mark Brandenburg 122, 124, 488
 - Ostbahnkredite 364
 - Ostpreußen 184, 482, 486
 - Landwirtschaftskammer 449
 - Provinzialstände 364
 - Regierung, Regierungsbildung 22, 98f, 179, 200, 296, 351, 393, 415, 420, 449, 458, 461–464, 468, 479, 488, 521
 - Verfassung 99
 - Verwaltungsreform 200
- „**Preußenschlag**“ (1932) 463, 488f
- Prien am Chiemsee** 329, 331, 447
- Protestantismus** 249
- Radolfzell** 283
- Radikaldemokratische Partei** 403
- Rätegedanken** 132
- Rassenforschung, Rassenideologie** 443, 446, 455, 466
- Ravenna** 310
- Rechtsanwälte** 115, 254
- Reichenau** 269, 284
- Löchnerhaus 284
- Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung** 450
- Reichsarchiv** 336
- Reichsbanner Schwarz Rot Gold** 16, 39, 235, 267f, 288, 529
- Reichsgericht** 388
- Reichshaushalt** 325–327, 366
- Reichs-Kredit-Gesellschaft AG** 516
- Reichs-Landbund** 303, 472
- Reichsreform** 200, 370, 445
- Reichsschuldenverwaltung** 518, 522
- Reichsverband der Kolonialdeutschen** 333
- Reichswehr** 36, 199f, 208, 223, 226f, 230, 233f, 279f, 472, 479, 489, 519f
- Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands** 251
- Reichszentrale für Heimatdienst** 31, 316f, 319, 338f, 352, 388, 431
- Schulungswochen 12, 31, 187f, 224, 255
- Relativitätstheorie** 125
- Remscheid** 166
- Reparationen** 40, 218, 322f, 326, 337, 365, 440f, 468, 473
- Republik Österreich** (1918–1938) 39, 127f, 139, 149, 161f, 172, 179, 197, 222–224, 243, 259, 263, 413, 423
- Republikanischer Schutzbund** 268
- Reutlingen** 118, 225, 448
- Revolutionen**
- Revolution in Frankreich (1789) 413
 - Revolution in Deutschland (1848/49) 313
 - Revolution in Deutschland (1918/19) 11, 19, 23, 125, 243, 307, 425
- Rhein** 284, 331
- Rheinsberg** 145f
- Schloss Rheinsberg 146
- Rheinland, Rheinlandfrage** 196, 208, 241, 476
- Rheinische Republik** 196
- Riva** 386

- Robert Bosch Kriegsstiftung zur Neckarkanalisation** 418f
- Robert Bosch Stiftung für die Technische Hochschule Stuttgart** 418
- Rom** 142
- Romanik** 178
- Rotenberg**, s. Stuttgart, Rotenberg
- Rottweil** 457
– Staatsanwaltschaft 500
- Rouen** 257
- Ruhrbesetzung, Ruhrkampf** 184, 196, 200
- Rumänien** 424
- Russland**, s. auch Sowjetrussland 91, 106
- SA**, s. Nationalsozialismus, Sturmabteilung
- Salem**
– Landschulheim 284
- Salzburg** 12, 259–261
– Bahnhof 259
- Sachsen** 183, 201, 476
- Schaffhausen** 284
- Schutzverband deutscher Schriftsteller (SdS)** 12, 39, 262, 270, 276f, 305, 409, 436f, 507
- Schwabach** 489
- Schwaben**, s. auch Württemberg 25f, 107f, 112, 123–125, 131f, 140, 142, 357f, 373, 383, 383, 409
- Schwäbisch Hall** 151
- „**Schwarze Reichswehr**“ 226, 233
- Schwarzwald** 87, 90, 165, 205, 308, 317
- Schweiz** 123, 210, 255, 286
- Schwenningen** 164, 448
- SdS**, s. Schutzverband deutscher Schriftsteller
- Selbstbestimmungsrecht der Völker** 20, 91, 102, 261, 263
- Sexualität** 152
- Sigmaringen** 283f
- Sizilien** 355
- Skandinavien** 411
- Slowenien** 102
- Sofia** 177, 304, 308
- Sowjetrussland** 99, 107
- Sowjetunion**
– Rote Armee 279
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** 16, 23f, 34–37, 46, 92f, 118, 121, 139, 199, 201, 205, 218, 233, 243, 254f, 266, 271, 300, 328, 378, 384f, 393, 403, 406, 425, 428, 438, 445, 452, 462, 471, 484–487, 494, 503, 506f, 509, 520, 529, 532
– Bayern 385f
– Berlin 317, 341f
– Fraktion im Deutschen Reichstag 99, 208, 253f, 279, 367f, 378, 393f, 402, 495
– Heilbronn 406
– Preußen 351
– Sachsen 201
– Stuttgart 441
– Thüringen 201
– Württemberg 112, 136, 139, 201, 294, 296f, 348, 350, 486
- Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs** 149, 268
- Sozialismus** 425, 507
- Sozialistische Internationale** 91
- Sozialpolitik** 198, 418, 498
- Soziologie** 46, 140, 439, 446
- Spanien** 181, 247, 249, 307
– Fiesta del Libro 307
- Spanische Grippe** 105
- SPD**, s. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Speyer**
– Firma Franz Kirmmeier 261
- SS**, s. Nationalsozialismus, Schutzstaffel
- Staad bei der Mainau** 268
- Staatsrechtslehre** 23, 91, 108, 111, 269, 345f, 358, 364, 484
- Staatsstreich** 494
- Städtetag** 306
- „**Stahlhelm**“ – **Bund der Frontsoldaten** 326, 420, 449
- Stein am Rhein** 284
- Steinach am Brenner** 174, 179
- Stenographie** 47, 132, 220, 337, 343, 447, 475, 517, 527
- Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus** 7
- Stiftung Kriegerhilfe Ost** 179

- Straßburg** 90, 97, 102, 130, 142, 146, 150, 460, 522
 – Universität 46, 146, 181
- Streiks** 94, 150, 195, 238, 393, 519
- Strömthal bei Leipzig** 154
- Stuttgart** 13f, 38, 88f, 103, 122f, 126f, 133–135, 162f, 214, 216f, 225, 242, 246, 251, 274, 280, 283, 285, 302, 361, 397, 400, 417, 429f, 435, 441, 448, 450, 456, 483, 490, 505f, 512, 520, 523, 533, 537
 – Bürgerausschuss 122
 – Deutsches Ausland-Institut 334
 – Fr. Andreas Perthes AG 435
 – Hotel Banzhof 487, 489
 – Hotel Marquardt 285
 – Königliche Bibliothek 88
 – Kunsthaus Schaller 89
 – Liederhalle 249, 430, 490
 – Nachlassausstellung der Werke Gustav Schönlebers (1918) 89
 – Robert Bosch Aktiengesellschaft 246f, 418
 – Stadtgartensaal 244
 – Technische Hochschule 14, 135, 360–362, 418
 – Rotenberg 170, 174
 – Württembergische Notenbank 435
- Sudetenland** 263
- Süddeutsche Demokraten** 526, 530f
- Sulz am Neckar** 435
- Tat-Kreis** 520
- Technische Arbeitsgemeinschaft** 395f, 526, 530f
- Thüringen** 201, 519
- Tirol** 12, 172, 174, 179
- Torgau** 288
- Trier** 372
- Tripolis** 257
- Trossingen** 499
- Tschechoslowakei** 153, 424
- Tübingen** 205, 214, 283, 409, 435, 448, 452, 474, 480
 – Psychiatrische Klinik 47
- Türkei** 99f
 – Staatsbesuch von Heuss (1957) 14
- Tunis** 535
- Tuttlingen** 283
 – Amtsgericht 499f
- Übergangswirtschaft** 94
- Ullstein-Verlag** 97, 324, 390, 529
- Ulm** 212, 225, 415, 488
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)** 93, 139
 – Fraktion im Deutschen Reichstag 99
- Union Deutsche Verlagsgesellschaft** 43, 431, 433, 450, 452, 455, 514, 522
- Unitarismus, Einheitsstaat** 132, 289, 291, 303, 319
- Unternehmer, Fabrikanten, Industrielle** 22, 96, 115, 118, 155, 212, 229, 248, 261, 304, 321, 323, 402, 418, 507
- Urach** 370
- USA**, s. Vereinigte Staaten von Amerika
- USPD**, s. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Venedig** 45, 304, 310f
 – Scuola del Rocco 310
- Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker)** 206
- Verein Wiederaufbau im Ausland** 333
- Verein zur Förderung der Begabten** 418
- Vereinigte Staaten von Amerika (USA)** 185, 284, 287, 313, 442, 473, 516, 527
 – Parteiwesen 313
 – Staatsbesuch von Heuss (1958) 14
- Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier** 333
- Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung** 146, 161
- Vereinigung unabhängiger Demokraten** 395, 403
- Verlag Carl Heymann** 193
- Verlag K. F. Koehler** 182
- Verlag Reimar Hobbing** 295
- Verlag von J. Engelhorns Nachfolger** 132
- Verona** 310
- Verträge, Abkommen**
 – französisch-württembergischer Vertrag (20. 5. 1802) 358
 – Bündnisvertrag zwischen Preußen und den norddeutschen Staaten (18. 8. 1866) 289

- Novembervträge zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten (1870) 289
- französisch-polnisches Abkommen (18./22. 2. 1921) 413
- französisch-tschechoslowakisches Abkommen (25. 1. 1924) 424
- deutsch-spanisches Handelsabkommen (25. 7. 1924) 38, 247–249
- Dawes-Abkommen (29. 8. 1924) 218, 253, 337
- französisch-rumänisches Abkommen (10. 6. 1926) 424
- Basler Stillhalteabkommen (18./19. 8. 1931) 421, 449
- Deutsches Kreditabkommen (17. 2. 1932) 449
- Vertrag von Lausanne (9. 7. 1932) 468
- deutsch-polnischer Handelsvertrag (nicht in Kraft getreten) 297, 423f
- Vicenza** 310
- Völkerbund** 130, 231, 390–392, 411, 534
 - Mandschurei-Kommission 502
- Völkische Arbeitsgemeinschaft** 252
- Volksbund der betrogenen und der entrechteten Sparer** 216f
- Volkskonservative Vereinigung** 368
- Volksnationale Reichsvereinigung** 41, 370–372, 374, 378, 380, 383, 389–391, 398–400, 403
- Volksrechtspartei** 498, 501f
- Volkssouveränität** 16f
- Vormärz** 357, 467
- Wahlen, Wahlkämpfe**
 - Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Schöneberg (1920) 137
 - Bürgerschaft von Hamburg (1932) 461
 - Deutscher Reichstag (1903) 378
 - Deutscher Reichstag (1907) 11, 383
 - Deutscher Reichstag (1920) 12, 32, 35, 133–139
 - Deutscher Reichstag (Mai 1924) 12, 33, 201, 204, 207–217, 223, 225, 232
 - Deutscher Reichstag (Dezember 1924) 12, 224, 228–230
 - Deutscher Reichstag (1928) 12, 293f, 297, 299f, 430, 515
 - Deutscher Reichstag (1930) 12, 41, 43, 367, 369, 371–386, 389f, 397f, 428, 430
 - Deutscher Reichstag (Juli 1932) 13, 15, 42, 44, 470–474, 476f, 479f, 485–491, 493, 499, 502f, 531
 - Deutscher Reichstag (November 1932) 13, 15, 32, 42, 48, 497f, 501–515, 519, 526, 528, 531f
 - Deutscher Reichstag (1933) 13
 - Gemeinden in Thüringen (1932) 519
 - Gemeinden in Württemberg (1925) 298
 - Gemeinden in Württemberg (1931) 437f, 441, 447f
 - Landtag von Anhalt (1932) 461
 - Landtag von Baden (1925) 258
 - Landtag von Bayern (1932) 42, 432, 461, 485
 - Landtag von Hessen (1927) 288
 - Landtag von Hessen (1931) 429
 - Landtag von Preußen (1928) 462
 - Landtag von Preußen (1932) 42, 432, 456–458, 461–463, 469
 - Landtag von Sachsen (1922) 182
 - Landtag von Württemberg (1906) 103
 - Landtag von Württemberg (1912) 112
 - Landtag von Württemberg (1920) 134, 137
 - Landtag von Württemberg (1924) 297
 - Landtag von Württemberg (1928) 296–298
 - Landtag von Württemberg (1932) 42, 428, 432, 458, 461, 464, 480, 537
 - Reichspräsidentenwahlen (1925) 31, 39, 207f, 240–247, 249f
 - Reichspräsidentenwahlen (1932) 42, 432, 444–446, 457f
 - Stadtverordnetenversammlung von Berlin (1929) 342
 - Stadtverordnetenversammlung von Berlin (1932) 528
 - Stadtverordnetenversammlung von (Berlin-)Schöneberg (1919) 122
 - Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung (1919) 32, 46, 111f, 115–121, 135
 - Verfassunggebende Landesversammlung für den freien Volksstaat Württemberg (1919) 115, 118
- Walchensee** 166
- Wandervogel** 166, 246
- Wannsee** 25, 169
- Warschau** 13, 422, 535
- Wasseralfingen** 102
- Weikersheim**
 - Park 384

- Weimar** 281, 359, 339
 – Druckerei Dietsch & Brückner 106
- Weimarer Koalition** 35, 240, 244, 246, 266, 296, 463, 476
- Weimarer Reichsverfassung** 17, 23, 31, 39, 201, 283, 291, 319, 325–330, 339, 363f, 386, 445, 483–485, 495, 503, 519
- Weimarer Republik, Deutsches Reich** (1918–1933) 9, 15–18, 23f, 26f, 29, 31f, 34–36, 38–40, 45f, 89, 94, 105, 112, 117, 119, 127f, 130, 135, 138f, 156, 161, 168, 173, 184, 191, 196f, 199f, 204, 209, 218f, 221f, 233, 235, 238, 241, 243, 247, 249, 253, 259, 261–263, 266, 271, 287, 289, 291, 295f, 306f, 321, 323, 328, 332, 337, 350, 354, 363–365, 372, 375, 380, 384–386, 391, 394, 411–414, 418f, 422, 424, 429, 440, 443, 445, 458, 462, 466, 470–473, 475, 482, 487, 498, 507f, 521f, 534f
 – Auswärtiges Amt 168, 189, 394, 411, 413, 422
 – Rechnungshof 518, 533
 – Regierung (Kabinett), Regierungsbildung 12, 31, 35f, 40, 42, 44, 111, 173, 188, 196, 199–201, 208f, 219–221, 223, 225–228, 233, 241, 247, 249, 255, 266f, 271, 274, 279–281, 283, 289, 294, 296–299, 302, 306, 316, 318–322, 328–330, 338, 353, 355, 360, 367f, 377, 385, 392–394, 402, 420, 426–430, 439–441, 445, 447, 449, 456, 459, 466, 470–473, 478f, 483f, 487, 494f, 498, 503, 511, 515, 517–519, 530, 532f
 – Reichskanzlei 431
 – Reichskunstwart 418
 – Reichsministerium der Finanzen 393f, 421f, 466
 – Reichsministerium des Innern 149f, 306–308, 327, 330, 332, 520
 – Reichsministerium für Arbeit 394
 – Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 179, 302
 – Reichspräsident 36, 40, 246, 289, 327, 353, 418, 483–485, 495
 – Reichsrat 289, 291, 327, 350, 393f, 474, 537
 – Reichswehrministerium 36, 226, 233f, 466, 470, 472, 533
 – Wahlrecht 207–209, 233, 494
- Welt-Tagung des Auslandsdeutschtums** (1929) 334
- Werder** 166
- Wertheim** 487
- Weser** 331
- Westarp-Gruppe** 368f
- Westfalen** 486
- Wien** 12, 26, 97, 102f, 162, 197, 258, 304
 – Leopoldsberg 102
 – Reise von Heuss (1910) 173
 – Reise von Heuss (1918) 11, 23, 26, 47, 101f, 104f
 – Reise von Heuss (1919) 11, 121f, 203
 – Universität 87, 89
- Wiener Kongress** (1814/15) 91
- Wilder Kaiser** 172
- Wildgutach im Schwarzwald** 302, 473
- Wimpfen** 178, 283
 – Saline Ludwigshalle 435
- Winterhilfe** 530
- Wirtschaftspartei (WP)** 368, 375–377, 396, 406, 428, 462, 466, 470, 473, 475–477, 501f
 – Fraktion im Deutschen Reichstag 428
 – Preußen 462
 – Württemberg 507
- Witzenhausen** 188
- Wörgl** 172
- Worms** 278
- WP**, s. Wirtschaftspartei
- Württemberg**, s. auch Schwaben 19, 24, 33, 38, 108, 111f, 116f, 120, 123f, 132, 134f, 139, 164, 188, 203, 205, 210, 217f, 228, 230, 234, 242, 280, 293f, 298f, 318, 343f, 348–352, 357f, 369, 375f, 378, 380–382, 394, 397, 404, 406, 410, 429f, 434, 444, 448, 454–456, 458f, 471, 474f, 482, 487–489, 498, 505, 507, 512, 523
 – Finanzausgleich 353
 – Hohenlohe 205
 – Kultministerium 353
 – Oberland 242
 – Regierung, Regierungsbildung 38, 187f, 201, 211, 296–298, 347–353, 375, 428, 461, 464, 468, 474, 486, 537f
 – Schulfragen 353
 – Unterland 134, 404, 480
 – Verwaltungsreform 211
 – Wirtschaftsministerium 350
 – Zabergäu 212
- Württemberg-Baden**
 – Kultusministerium, Kultusminister 13

- Württembergische Bürgerpartei** 112, 296, 347, 349f, 369, 464
- Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund** 136, 248, 294, 296f, 349, 369, 507
- Württembergischer Bauernbund** 112
- Württembergisches Füsilier-Regiment Nr. 122** 121
- Würzburg** 283, 487
- Youngplan** 40, 321–323, 327f, 333, 350, 473
- Z**, s. Deutsche Zentrumspartei
- Zeitungen, Zeitschriften**
- 8 Uhr-Abendblatt 341f
 - Argentinisches Tageblatt 185
 - Berliner Börsen-Zeitung 516
 - Berliner Lokal-Anzeiger 272, 317
 - Berliner Tageblatt 26f, 113, 229, 230, 276, 301, 382, 506
 - B. Z. am Mittag 460
 - Corriere della Sera 387
 - Demokratija 176
 - Demokratischer Zeitungsdienst 192, 326, 412
 - Der Angriff 518
 - Der Beobachter 162, 182, 428, 457
 - Der deutsche Volkswirt 26, 47, 291, 326, 330, 354f, 420
 - Der Heimatdienst 431
 - Der Jungdeutsche 391
 - Der Leuchter 169
 - Der österreichische Volkswirt 26, 141, 179, 195f, 198–200, 203f, 217f, 221–223
 - Der Schriftsteller 436
 - Der Schwäbische Bund 26, 123, 131, 140
 - Der Wiederaufbau 166
 - Deutsche Kunst und Dekoration 96
 - Deutsche Politik 11, 19–21, 24–26, 29, 85, 87, 89, 91, 95, 102–108, 116, 127, 139, 168, 177, 284
 - Deutsche Rundschau 169
 - Die Deutsche Nation 12, 25, 47, 136, 168f, 173, 175, 185, 187, 195f, 198, 222f, 246, 256
 - Die Hilfe 11, 13, 19f, 26, 89, 108, 129, 158, 191f, 195, 205f, 241, 268f, 281, 304, 325, 348, 403, 527, 529
 - Die Literatur 388
 - Die Tat 520
 - Die Weltbühne 329
 - Echo der jungen Demokratie 192f, 269
 - Economist 330
 - Frankfurter Zeitung 27, 90, 147, 173, 182, 222, 230, 242–245, 301, 326–328, 372, 379, 445, 517, 534f
 - Gränz-Bote 500
 - Heilbronner Abend-Zeitung 528
 - Heilbronner Sonntags-Zeitung 133
 - Kölnische Zeitung 377
 - Ludwigsburger Zeitung 489
 - März 11, 103
 - Nachrichtenblatt des Deutschen Demokratischen Vereins Schöneberg-Friedenau 232
 - National-Sozialistische Volkszeitung in Trossingen 499f
 - National-Sozialistische Volks-Zeitung in Schwenningen 499f
 - Neckar-Echo 406, 438
 - Neckar-Zeitung 11, 19, 27, 85, 89f, 94f, 132f, 404–406, 517, 521, 527f
 - Neue Badische Landeszeitung 522
 - Neue Freie Presse 197, 243
 - Neue Rundschau 97, 358
 - NS Kurier, Stuttgart 514
 - Oberdeutschland 140
 - Paneuropa 535
 - Rhein-Neckar-Zeitung 13
 - Schwäbischer Merkur 249
 - Schwarze Front 514
 - Schwarzwälder Bote 221
 - Stuttgarter Neues Tagblatt 119, 135, 138, 204, 244, 426, 511f
 - Süddeutsche Zeitung, Stuttgart 249, 369
 - Vorwärts 272
 - Vossische Zeitung 15, 27, 97, 111, 140, 146, 230, 259, 280, 292, 317f, 321, 379, 427f, 437, 455, 506–508
 - Wieland 96
 - Wormser Volkszeitung 278
 - Zeitschrift für Politik 87, 193f, 358
- Zentralverband des Deutschen Großhandels** 397
- Zentrum**, s. Deutsche Zentrumspartei
- Zürich**
- Volkswirtschaftlich-statistische Gesellschaft 203